



AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811



vom 03. März 2022

Ein gemeinsamer Rundbrief von AG Ostmitteleuropa (AGOM) e. V.
Berlin und Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Herausgegeben von Reinhard M. W. Hanke (V.i.S.d.P.)

Auflage: Verteiler von über 2.000 Konten

www.ostmitteleuropa.de

www.westpreussen-berlin.de

Anschrift der Redaktion: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

Landsmannschaft Westpreußen e. V., Brandenburgische Straße 24 – Steglitz, 12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533 (Büro), Fax-Nr.: auf Anfrage

Postbank Berlin: IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF, LM Westpreußen

Inhaltsverzeichnis

Seiten I - XVIII

Editorial

Seite 0 -1

EDITORIAL: Auf zu neuen Ufern!

**Dr. Jürgen Martens, Königswinter: Westpreußisches Landesmuseum -
die Würfel sind gefallen...???** ***Seiten 0-2 – 0-3***

**Die Fortsetzung: Der Stand der Dinge um das Westpreußische
Landesmuseum am 03.01.2022** ***Seiten 0-3 – 0-12***

Briefe und Leserbriefe

Seiten 0-13 – 0-15

01) Einbahnstraße Borstellstraße

Brief an das Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf

- Antwort weiterhin Fehlanzeige! –

Pfarrer Steffen Reiche, Kirchengemeinde Berlin-Nikolassee

Seiten 1 - 16

Hinweise

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“
Geschichten über Siege und Niederlagen im 20. Jahrhundert

Gottesdienst – Letzter Sonntag nach Epiphania 06.02.2022

Aufruf zur Unterstützung

Seiten 17 - 21

- 1) Finanzielle Unterstützung der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
- 2) Paten für Jahrbuch Weichsel-Warthe 2022 gesucht
- 3) BdV: „Ewige Flamme“ in Berlin-Charlottenburg braucht Ihre Unterstützung
- 4) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

„Zum Wohle des deutschen Volkes...“, Grundgesetz, Artikel 64 und 56

Seite 20

Du musst denken

Seite 21

A. a) Leitgedanken

Seite 22

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“ *Arthur Schopenhauer*

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“ *LW Berlin*

A. b) Forderungen und Grundsätze

Seite 23

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

<http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf>

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG)
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

- 01) Lesehinweis an einem schwarzen Tag: Reden von Putin und Zelens´kyj
- 02) Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen für Ukraine-Präsident Selenskyj
- 03) Aktion Nothilfe für deutsche Altösterreicher aus der Ukraine.
Eine AGDM-Hilfsaktion „Minderheiten helfen Minderheiten“
- 04) Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen für Ukraine-Präsident Selenskyj
- 05) Krieg, Flucht und Vertreibung haben keinen Platz in Europa.
Pressemitteilung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- 06) Freies und geeintes Europa bleibt wichtiger Auftrag. Bund der Vertriebenen (BdV) verurteilt russischen Angriffskrieg – Spätaussiedleraufnahme wird erleichtert. Erklärung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius
- 07) Nördliches Ostpreußen: Versorgungslage in Königsberg spitzt sich zu.
Von Manuela Rosenthal-Kappi
- 08) Spendenaufruf des Bundes der Vertriebenen: Aktion Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine
- 09) Sorge und Entsetzen über den Krieg in der Ukraine.
Erklärung des Vorsitzenden der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, Dr. Christian Wagner
- 10) Deutsch-Polnische Gesellschaft: Die Ukrainer kämpfen für ihre und unsere Freiheit!
- 11) Internationale Begegnungstagung des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen e. V. (BdV). 11. bis 13. März, Heiligenhof, Bad Kissingen
- 12) Internationaler Tag der Muttersprache
- 13) Michael Andrick erhält Jürgen Moll-Preis für verständliche Wissenschaft
- 14) Neue Ausgabe der Wiener Sprachblätter
- 15) Bund der Vertriebenen (BdV): Diskriminierung der Deutschen in Polen verstößt gegen grundlegende Menschenrechte.
BdV erinnert an internationalen Tag der Muttersprache.
Erklärung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius
- 16) Minderheitenrechte sind keine Verhandlungsmasse. Kürzungen im Sprachunterricht in Polen in der Kritik – Bundesregierung muss handeln
- 17) BdV: „Offene Diskriminierung eigener Staatsbürger“.
Polen kürzt muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit
- 18) Spielball zwischen Deutschland und Polen?
Die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen
- 19) Deutschland und Polen: Wir brauchen mutige Stimmen! Aufruf der deutsch-polnischen Kopernikus-Gruppe gegen den Fatalismus der Gleichgültigkeit
- 20) Buch-Neuerscheinung: Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten – Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale
- 21) Empfehlung des DPI: Andrzej Klamts Kult-Doku "Die geteilte Klasse/Podzielona klasa" diese Woche online zu sehen
- 22) Grundschule der deutsch-tschechischen Verständigung

23) Immaterielles Kulturerbe Kuhländler Tänze

A. da) Berichte

Seiten 58 - 60

- 01) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen digitalisiert Vertriebenen-heimatstube vor allem zu Böhmen, Mähren, Ostpreußen und Ungarn in Heuchelheim an der Lahn in Hessen
- 02) Gericht weist Klage der Adelsfamilie Liechtenstein als unbegründet ab

A. db) Berichte von Fachtagungen

Seiten 61 - 65

- 01) Die Billunger zwischen Westfalen und der Ostsee. Dynastisches Agieren im mittelalterlichen Reich und seinen Randzonen

A. ea) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen

Seiten 66 - 71

- 01) Schreiben für den A. E. Johann-Preis 2022
– Einsendeschluss 31. März 2022
- 02) [IfL-Medieninfo] Licht in Datenschungel bringen. Medieninformation
- 03) Heute ist ein besonderer Tag: 22.02.2022

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen S. 72 – 75**

- 01) Die Wissmannstraße in Grunewald heißt ab Samstag Baraschstraße

A. f) Ehrungen, Gedenken, Nachrufe

Seiten 76 - 97

- 01) Prof. Dr. Sven Ekdahl erhält die Silbermedaille *Plus ratio quam vis* der Jagiellonen-Universität in Krakau
- 02) Zum Ableben von Bischof Lobkowitz
- 03) Hanns Erich Köhler. Rubrik „Fundstücke“
- 04) Renovierung des Grabes von Guido Glück. Bemerkenswerte Initiative einer Dozentin der Brünner Universität

A. g) Fördermöglichkeiten

Seite 98

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01) Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02) Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03) Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

A. h) Beiträge zur geschichtlichen und geographischen Landeskunde

Seiten 99 - 126

- 01)** Innovative Kooperationen von Mittelstand und Forschung:
Eine Raumstrukturanalyse des Förderprogramms ZIM.
Von Matthias Brachert und Thilo Lang
- 02)** Goldschatz aus der Zeit der Völkerwanderung entdeckt
- 03)** Nahezu unbekannt geographische Bezeichnungen in Italien
- 04)** Neue Verbindung Brunn-Flughafen Wien lässt Zugverkehr abheben
- 05)** Nahezu unbekannt geographische Bezeichnungen in Italien
- 06)** Skizzen aus dem Passeyrthale vom Jahr 1828

A. i) Plattform des Arbeitskreises für ostdeutsche Landsmannschaften u.ä. (Historisches Ostdeutschland und östliches Mitteleuropa)

Seiten 127 – 132

- 01)** Westpreußischer Gesprächskreis, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin:
24.04.2022: Lesung aus der neuen Buchveröffentlichung von Hans-Jürgen Kämpfert: „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten“ - eine Veröffentlichung der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mit Ute Breitsprecher und Reinhard M. W. Hanke
- 02)** September 2022?: „Julianes Flucht von Westpreußen nach Berlin“. Ein Programm mit Musik von westpreußischen und Berliner Komponisten wie Theo Mackeben, Walter Kollo und anderen.
Als „Juliane“: Annette Ruprecht, Gesang und Klavier
- 03)** Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerkes
(*Termine bislang nicht bestätigt*)

07.03.2022?: Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung

begannen vor mehr als 75 Jahren.

Referent Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder)

- 04)** Tagesfahrten, Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
- 05)** Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl und wählt Anfang Oktober 2021 erneut, aber: der neue Vorsitzende Thomas Ruschin (AfD) ist mittlerweile zurückgetreten....
- 06)** Einladung: 72. Sudetendeutscher Tag, 03. bis 06.06.2022
– Begegnung im Dreiländereck

**A. J) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche ostdeutsche
Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und östl. Mitteleuropa
Seiten 133 – 134**

- 01)** Heimatkreis Wirsitz: Bericht zur 30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021, in Vorbereitung
- 02)** Programm der "31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. bis 28. Mai 2022, in Vorbereitung
- 03)** 12.03.2022: Heimatgruppe Grenzmark / Heimatkreis Schneidemühl

B. a) Vortragsveranstaltungen **Seiten 135 – 152**

- 01)** AGOM-Vortragsveranstaltungen - 1. Vierteljahr 2022
- 02)** Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerks
- 03)** 26.03.2022, DeutKultForÖstlEur, LitForum Brecht-Haus Berlin: Wie kommt der Krieg ins Kind. Lesung mit Susanne Fritz
- 04)** 17.03.2022: Bunzlauer Heimatgut in Haus Schlesien in Königswinter - Führungen
- 05)** 05.05.2022, Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner: „Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe. Lesung zum 75. Todestag von Hans Fallada
- 06)** 05.03.2022, Literaturhaus Berlin: »Rosa Luxemburg zum Gedenken«. Literarische Führung mit Mit Sebastian Januszewski
- 07)** 10.03.2022, Literaturhaus Berlin: »Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur«. Mit Astrid Böger, Heinz Ickstadt und Julia Lange
- 08)** 10.03.2022, Literaturhaus Berlin: Nino Haratischwili »Das mangelnde Licht«. Berliner Buchpremiere. Es moderiert Shelly Kupferberg
- 09)** 24.03.2022, Literaturhaus Berlin: Uta von Arnim »Das Institut in Riga«. Es moderiert die Autorin und Journalistin Dorothee Nolte.
- 10)** 24.03.2022, Literarisches Colloquium Berlin: Uta von Arnim »Das Institut in Riga«. Es moderiert die Autorin und Journalistin Dorothee Nolte
- 11)** 11.03.2022, UTP Berlin: Mathematisches epidemiologisches Modell am Beispiel Coronavirus-Pandemii. Mit Dr. Rafał Mostowy, Institution: Zentrum für Biotechnologie, Jagiellonen Universität Krakau
- 12)** 14.03.2022, Evangelische Akademie in Berlin: Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung. Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen. Europäische Bibeldialoge
- 13)** 07.03.2022, Katholische Akademie in Berlin: 2 – Das Wunderjahr der Worte. Mit Dr. Norbert Hummelt, Berlin, und Prof. Dr. Michael Braun

- 14)** 15.03.2022, TopogrTerrors: „Euthanasie“ und Holocaust. Kontinuitäten, Kausalitäten, Parallelitäten.
Buchpräsentation: Dr. Jörg Osterloh, Frankfurt/M., und PD Dr. Jan Erik Schulte, Hadamar. Moderation: Prof. Dr. Peter Klein, Berlin
- 15)** 31.03.2022, TopogrTerrors: Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Geschichte der Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF. Buchpräsentation: Prof. Dr. Friedrich Kießling, Bonn, und Prof. Dr. Christoph Safferling, Erlangen. Moderation: Prof. Dr. Annette Weinke, Jena

B. b) Vorlesungsreihen, Podiumsdiskussionen, Seminare u.ä.

Seiten 153 – 289

- 01)** 09.03.2022, Veranstalter Stadt Fulda, Bürgerschaftliche Initiative: 150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland (1871-2021)
- 02)** 10.03.2022, Veranstalter Humboldt Universität Berlin: Was ist eine Kunstkammer? Historische Sammlungspraktiken im Berliner Schloss
- 03)** 18.03.2022 - 19.03.2022, Veranstalter ONLINE, Institut für Kunstgeschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg: Nationalmuseen und Nationalgalerien als Vermittlungsorte der Nation im langen 19. Jahrhundert in Europa
- 04)** 22.03.2022 – 23.03.2022, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa: „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945
- 05)** 23.03.2022 – 27.03.2022, Veranstalter Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V., Veranstaltungsort Universität Stuttgart: 36. Deutscher Kunsthistorikertag
- 06)** Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen, 24. bis 26. März 2022. Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- 07)** 31.03.2022, Veranstalter Deutsches Historisches Museum Berlin, gefördert durch Dr. Christiane und Dr. Nicolaus Weickart: Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum
- 08)** 31.03. 2022 - 01.04.2022, Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen, in Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen, Gefördert durch Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld: Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven
- 09)** 31.03. - 01.04.2022, Deutsches Historisches Institut Warschau: Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

- 10) 31.03.2022 – 02.04.2022, Veranstalter Dr. Stephan F. Ebert / Prof. Dr. Gerrit Jasper Schenk (TU Darmstadt), Veranstaltungsort UNESCO Welterbe Kloster Lorsch: Vom Buch aufs Feld – vom Feld ins Buch. Verflechtungen von Theorie und Praxis in Ernährung und Landwirtschaft (ca. 1300–1600)
- 11) 06.04 – 08.04.2021, Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt, Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München: Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland
- 12) 08.04.2022 – 10.04.2022, Schwabenakademie Irsee / Zentralinstitut für Kunstgeschichte: Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)
- 13) 21.04.2022 - 23.04.2022, Veranstalter Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam, Deutsches Marinemuseums, Wilhelmshaven und Freundeskreis Marineschule Mürwik e.V., Flensburg-Mürwik, Veranstaltungsort Atlantic Hotel Wilhelmshaven:
Seemacht - Ideologie, Realität, Politik und Repräsentation
- 14) 28.04.2022 - 29.04.2022, Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg), Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier), in Universität Trier: Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert)
- 15) 28.04.2022 - 29.04.2022, Chair for East and Southeast European History (LMU, Munich), Institute of International Studies (Charles University, Prague), Munich Graduate School for East and Southeast European Studies, Junge Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Regionalgruppe München, LMU in Munich: On Borders and Boundaries
- 16) 11.05.2022 – 13.05.2022, Veranstalter Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf: „Fließende Räume“ – Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken
- 17) 12.05.2022 - 13.05.2022, Veranstalter Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Kunstgeschichte (Dr. Marina Beck), Online: Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung
- 18) 19.05.2022 - 20.05.2022, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) (Historische Forschungsstelle), Ausrichter Historische Forschungsstelle, Erkner:
17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR
- 19) 19.05.2022 – 21.05.2022, Veranstalter Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice: Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum

- 20)** 20.05.2022 - 22.05.2022, Veranstalter Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) u. KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, in KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora: Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte
- 21)** 26.05.2022 - 27.05.2022, Institute of History at the University of Szczecin / Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University / Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow, Veranstaltungsort University of Szczecin and online (hybrid) International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries"
- 22)** 09.06.2022 - 10.06.2022, Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanów; Kulturbüro des Marschallamtes der Woiwodschaft Podlachien in Białystok; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Institut für Geschichte und Archivkunde, Institut für Militärgeschichte; Hauptvorstand der Polnischen Historischen Gesellschaft; Hauptarchiv für alte Akten Warschau; Institut für Geschichte Litauens in Vilnius; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Ciechanowiec (Woiwodschaft Podlachien, Polen):
Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit
- 23)** 29.06.2022 – 01.07.2022, Institute of History, Jagiellonian University; ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (Institute of History, Jagiellonian University), in Krakau:
Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923
- 24)** 30.06.2022 - 03.07.2022, Veranstalter Marco Besl und Simone Oelke, in der Abtei Niederaltaich: Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum
- 25)** 01.07.2022 - 03.07.2022, Veranstalter Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Center für Governance und Kultur in Europa an der Universität St. Gallen, Imre Kertész Kolleg, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in Friedrich-Schiller-Universität Jena, in Jena:
29. Tagung Junger Osteuropa-Experten
- 26)** 06.07.2022 – 08.07.2022, Veranstalter Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. (IKKDOS), Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München e.V. (IKGS), Lehrstuhl für Kroatische und Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Split, in München:
Christen unter totalitärer Herrschaft

- 27) 06.07.2022 – 08.07.2022, Veranstalter Katja Castryck-Naumann, Lucie Dušková, Matthias Hardt, Uwe Müller, Timm Schönfelder, Max Trecker, Marcin Wołoszyn, Jan Zofka (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO), Ausrichter Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO):
Stoffe, Güter, Waren. Zur Verflechtungsgeschichte des östlichen Europas
- 28) **07.07.2022 – 08.07.2022**, Veranstalter Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Denkmalkunde, Veranstaltungsort Collegium Polonicum, Ślubice / Dammvorstadt Frankfurt (Oder):
Marginalisiertes Kulturerbe und Perspektiven für regionale Kultur-entwicklung – Schlösser, Gutshäuser und jüdische Friedhöfe im deutsch-polnischen Grenzland
- 29) 07.07. - 09.07.2022, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald: IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“
- 30) 08.09.2022 - 10.09.2022, Veranstalter Tallinn City Archives, Tallinn – Academia Baltica, Lübeck – Aue-Stiftung, Helsinki – Nordeuropa-Institut, Humboldt Universität zu Berlin – International Center for Interdisciplinary Studies, Uniwersytet Szczeciński, Szczecin (Tallinn City Archives):
Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?
- 31) 16.09.2022 - 17.09.2022, Veranstalter Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice, Polen:
Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg
- 32) **19.09.2022 - 20.09.2022**, Veranstalter Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska, Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder, Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche. Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet: "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]"
- 33) 21.09.2022 – 24.09.2022, Veranstalter Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum): Slavistiktag 2022
- 34) 23.09.2022 – 25.09.2022, in Zitadelle Jülich, Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung: Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis

- 35) 23.09.2022 - 25.09.2022, Veranstalter Studiengang Grund- und Vorschulpädagogik in deutscher Sprache an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu: Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen
- 36) 28.09.2022 - 01.10.2022, Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie (Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger), Ausrichter Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Veranstaltungsort Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie: Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume
- 37) 28.09. - 01.10.2022, Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt, in Sibiu / Hermannstadt: Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert
- 38) 04.10.2022 - 05.10.2022, Veranstalter AK Politik und Religion (DVPW) (Bildungszentrum Kloster Banz), Ausrichter Bildungszentrum Kloster Banz: Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?
- 39) 05.10.2022 – 07.10.2022, Veranstalter Prof. Dr. Lukas Bormann, Fachbereich Ev. Theologie; Prof. Dr. Manfred Gailus, Zentrum für Antisemitismusforschung (Philipps Universität Marburg; TU Berlin), Ausrichter Philipps Universität Marburg; TU Berlin: Otto Dibelius (1880 bis 1967). Neue Forschungen zu einer protestantischen Jahrhundertfigur
- 40) 14.10.2022 - 16.10.2022, Veranstalter International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, gefördert durch Implemented under the Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal "European Territorial Cooperation" of the European Regional Development Fund (ERDF), project number – INT198: Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe
- 41) 19.10.2022 – 22.10.2022, Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau: War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923
- 42) 03.11.2022 - 04.11.2022, Hochschule für Bildende Künste Dresden (Forschungsprojekt "Kunst am Bau"). Ausrichter Forschungsprojekt "Kunst am Bau". Veranstaltungsort Güntzstraße 34 in Dresden: "Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau"

- 43) 17.11. - 18.11.2022, Historische Kommission zu Berlin / Hiko 21: HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022
- 44) 17.11.2022 - 18.11.2022, Veranstalter Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck: Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989)
- 45) 24.11.2022 - 26.11.2022, Veranstalter International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland, Veranstaltungsort International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland, gefördert durch Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal “European Territorial Cooperation” of the European Regional Development Fund (ERDF). Project Number – INT198: Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries
- 46) 03.12.2022, Staatliches Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger / Cheb (Mag. Karel Halla): Internationale Tagung im Rahmen des 700-jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger
- 47) 06.12.2022, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft, Marburg /Lahn: Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa
- 48) 19.02.2023 – 17.09.2023, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Ermland-Masuren-Universität Olsztyn, Jagiellonen-Universität Kraków, Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnische Akademie der Wissenschaften: Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen
- 49) 15.03.2023, Veranstalter Higher School of Economics, Moscow; German Historical Institute Moscow: Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia
- 50) 23.11.2023 – 25.11.2023, Veranstalter Interdisziplinäres Zentrum für Pietismusforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Franckesche Stiftungen zu Halle, Bucknell University Lewisburg, Moravian Archives Bethlehem, Evangelisch-Theologische Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Franckesche Stiftungen zu Halle), Ausrichter Franckesche Stiftungen zu Halle: Hallescher und Herrnhuter Pietismus im globalen Kontext: Theologien und Praktiken – Strategien und Konflikte

C. a) Ausstellungen usw. in Berlin und Umland

Seiten 290 – 307

- 01) Kommunale Galerie Wilmersdorf:
- 02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg
- 03) Wir waren Nachbarn. Biografien jüdischer Zeitzeugen.
Dauerausstellung im Rathaus Berlin-Schöneberg

- 04) 03.11.2021 bis 20.03.2022, Tempelhof-Museum: „Unser Leben“ — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945. Sonderausstellung
- 05) 25.01.2022 – 08.04.2022, Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg
- 06) 27.11.2021 - 18.04.2022, Topographie des Terrors, Sonderausstellung: Der kalte Blick. Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów
- 07) Brandenburg-Preußen Museum, Wustrau: Winterschließzeit

C. b) Ausstellungen usw. außerhalb des Raumes von Berlin S. 308 – 318

- 01) 01.10.2022 - 05.06.2022, Westpreußisches Landesmuseum, Warendorf: Cadinen. Des Kaisers Kunst und Kitsch
- 02) 16.10.2021 - 18.04.2022, Ostpreußisches Landesmuseum, Lüneburg: Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling
- 03) 05.05.2022, Schlesisches Museum, Görlitz: Kuratorenführung durch die Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“
- 04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums
- 05) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold
- 06) 11.12.2021 bis 25.09.2022, Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Ausstellung „Heimat. Eine Suche“

E. a) Neuerscheinungen auf dem Büchermarkt

Seiten 319 – 337

A. Besprechungen (Seiten 319 - 333)

- 01) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von Schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin
- 02) „Zustände und Gebräuche“ in Königsberg und Berlin im frühen 19. Jahrhundert. Aus den Aufzeichnungen des Königsberger Regierungsrats Karl Heinrich Bartesius. (23 Abb., davon zwei mehrfarbige). Herausgegeben, illustriert und mit einem Vorwort versehen von Gerhard E. Feurle. (Norderstedt: Book on Demand 2021). 313 Seiten. ISBN 978-3-7334-9372-5. € 29,99 (gebunden), € 12,99 (E-Book).
Rezensent: Dr. Lothar Mundt, Berlin

- 03) Konrad Badenheuer: Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (mit einer Vielzahl von SW- und mehrfarbigen Abbildungen). (London, Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 144 Seiten. ISBN 978-3-9451127-339. € 19,90.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 334)

- 01) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann. (Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference. Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz
- 02) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975). (Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
- 03) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. (Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17. ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (S. 334 – 337)

- 01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung. (13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten. ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

- 02)** Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.
- 03)** Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text). (Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.
- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung. (zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen). (Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makąła. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020). 400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.). (Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 08)** Preußenland. Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.12 (2021). (mit 6 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 160 Seiten. ISSN 0032.
ISBN 978-3-944870-77-9. € 29,80.

- 09)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.
- 10)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text).
(Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts
Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00
- 11)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.).
Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59,99.
- 12)** Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos).
Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten.
ISBN 978-615-81674-0-6.
- 13)** Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918.
(5 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.
- 14)** Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen).
[Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern.
[Gegen Spende von mindestens € 7,00 + Versandkosten].

- 15) Bernhard Jähmig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln).
Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- *Preis kann zurzeit nicht angegeben werden!*
- 16) Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen. Der Schriftsteller A. E. Johann.
Herausgegeben von der A.E. Johann-Gesellschaft e. V. (mit zahlreichen zum Teil mehrfarbigen Abbildungen).
Gifhorn/Oerrel: Calluna-Verlag 2021. 335 Seiten.
ISBN 978-3-944946-17-7. € 24,90.
- 17) Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 18) WOLFRAM EULER: Das Westgermanische von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. Analyse und Rekonstruktion.
(vier Abbildungen). London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2013.
244 Seiten. ISBN 978-3-9812110-7-8. € 49,00.

E. b) Zeitschriftenschau

Seiten 338 - 365

- 01) Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (2022), 5-7
Weiterer Titel: Geschlechtergerechte Sprache
Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 2022
- 02) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), 2
Herausgeber: Wolfgang Benz, Michael Borgolte, Peter Steinbach, Ludmila Thomas und Benjamin Ziemann. Berlin 2022
- 03) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 73 (2022), 1/2
Weiterer Titel: Unterrichtspraktische Impulse
Herausgeber: Christoph Cornelißen, Michael Sauer, Peter Burschel. Seelze 2022

- 04) Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 (2021), 2**
Weiterer Titel: Kolonialismus und Landwirtschaft
Herausgeber: Gesellschaft für Agrargeschichte. Herausgeber/innen: Stephan Beetz (Mittweida), Stefan Brakensiek (Essen), Niels Grüne (Innsbruck), Dietlind Hüchtker (Leipzig), Johann Kirchner (Regensburg), Barbara Krug-Richter (Saarbrücken), Margareth Lanzinger (Wien), Gunter Mahlerwein (Gimbsheim/Saarbrücken), Birgit Metzger (Saarbrücken), Claudia Neu (Göttingen/Kassel), Werner Rösener (Gießen), Michael Schimek (Cloppenburg), Ira Spieker (Dresden), Clemens Zimmermann (Saarbrücken). Frankfurt/M. 2021
- 05) Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 60 (2020), 2**
Herausgegeben im Auftrag des Collegium Carolinum von Martin Schulze Wessel, Alfrun Kliems, Frank Hadler, Sheilagh Ogilvie
- 06) Istorija 20. veka 40 (2022), 1**
Zeitschriftentitel: Istorija 20. veka / History of the 20th Century
Herausgeber: Editor in Chief: DRAGOMIR BONDŽIĆ, Institute for Contemporary History, Belgrade u.a.m. Belgrad 2022 und Martin Nodl. München 2020

[Inhaltverzeichnis zu den Seiten AA-I - AA-V nach Seite 365](#)

[Politische Themen Seiten A 1 – A 246/A 251](#)

**[Redaktionsschluss für diesen AWR-Nr. 811 vom 03.03.2022:
01.03.2022, 12:00 Uhr \(vereinzelt auch später\)](#)**

**[Der nächste Rundbrief Nr. 812 erscheint voraussichtlich, am 17.03.2022.
Redaktionsschluss für AWR-812: 15.03.2022, 12:00 Uhr](#)**

EDITORIAL: Auf zu neuen Ufern!

Liebe Leser,

vor fast zwei Monaten verloren wir unseren langjährigen Administrator für die Leitseiten sehr plötzlich und überraschend. Landsmanns Albert Lipskey, dessen Familie aus dem westpreußischen Kreis Rosenberg stammte und über Kanada wieder zurück nach Deutschland gekommen war, entschied sich, seine Tätigkeit einzustellen. Albert Lipskey hat unsere Leitseiten über viele Jahre betreut. Er hat diese Arbeit gegen ein geringes Honorar geleistet: Weniger als ein Stundenlohn für ein ganzes Jahr! Die Arbeit von Albert Lipskey war unbezahlbar! Er hat für seine, für unsere Heimat gearbeitet! Wir danken ihm und hoffen, dass er nun mit mehr Muße seinen Lebensabend genießen kann.

Die Nachfolge gestaltete sich erst einmal nicht einfach. Immerhin meldeten sich im einige Einzelpersonen, die uns helfen wollten. Schließlich folgten wir der Empfehlung von unserem Freund Dr. Jürgen Martens und entschieden uns für Georg Verwayen. Herr Verwayen hat inzwischen seine Arbeit aufgenommen und innerhalb kürzester Zeit hat er sich eingearbeitet und die Lücken, die auf den Leitseiten entstanden waren, gezielt geschlossen. Unsere Arbeit kann somit fortgesetzt werden, denn unsere Leitseiten sind für eine erfolgreiche Tätigkeit unerlässlich.

Wir leben in unruhigen Zeiten. Nicht alle der bisher von uns genutzten Quellen erweisen sich dabei als annehmbar. Aber wir haben unsere Texte immer kritisch ausgewählt, ohne gegensätzliche Meinungen auszuschließen. Was in der Ukraine geschieht, lässt uns nicht kalt. Wir glauben, dass viele Leute aus den Vorgängen der letzten Monate viel gelernt haben (müssen)!

Dieser AWR-Nr. 811 bringt auf den Seiten 319 bis 333 drei Buchbesprechungen, sie können - wie gewohnt – auch über die Leitseiten aufgerufen werden. Die Themen sind „Museen der Zukunft“, „Gebräuche in Königsberg Pr. und Berlin“ und nicht zuletzt „Die Sudetendeutschen“.

Kurz nach Redaktionsschluss hat uns unser Freund, Prof. Dr. Sven Ekdahl (Berlin), noch einen Bericht über seine Ehrung durch die Jagiellonen-Universität in Krakau übermittelt. Der Bericht zu seinen Forschungen über die Schlacht von Tannenberg (1410) war so spannend, dass wir uns entschlossen haben, ihn noch in diesem Rundbrief zu veröffentlichen.

Wir warten noch immer auf die Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen. Die seit Jahresanfang angekündigten Veranstaltungen mussten alle abgesagt werden. Wir rechnen nun mit weitgehenden Änderungen ab Ende März 2022! Wir streben zu neuen Ufern, wir lassen die alten Ufer nicht aus den Augen! Alles Gute wünscht Ihnen Ihr Reinhard M. W. Hanke

Westpreußisches Landesmuseum – die Würfel sind gefallen...???

Von Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Am 24. August 2021 bestimmte die Kulturstiftung Westpreußen (KSW) den Nachfolger für den langjährigen Leiter des Westpreußischen Landesmuseums – Dr. Lothar Hyss. Abgesehen davon, daß die KSW es leider nicht für nötig befunden hat, Lothar Hyss in einer würdigen Form zu verabschieden, hat sie sich in einem intransparenten und durchaus anfechtbaren Verfahren für eine Bewerberin entschieden, die diverse Anforderungen der vorausgegangenen Ausschreibung nicht erfüllt.

PD Dr. Gisela Parak, die neue Leiterin des Westpreußischen Landesmuseums werden soll, hat Kultur- und Kunstgeschichte studiert. Da ihr Forschungsschwerpunkt in der Fotogeschichte liegt, wird sie im Bereich der westpreußischen Kultur- und Landesgeschichte wohl Neuland betreten. Sie wird es wahrscheinlich – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal in diesem Fall die sprachliche Kompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiter führende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

Von einer Intransparenz des Auswahlverfahrens läßt sich insofern sprechen, weil der Stiftungsrat, dem nach § 7, Abs. 2 f die Einstellung und Entlassung des Museumsleiters obliegt, in der Auswahlkommission Personen beteiligte, die dem Rat nicht angehören. Ein derartiges Verfahren sieht die geltende Satzung nicht vor.

Nur wenige Personen haben sich für die Leitung des Westpreußischen Landesmuseums beworben. Nach welchen Kriterien der Stiftungsrat dann aus den vorliegenden Bewerbungen die Kandidaten zur Vorstellung einlud bzw. nicht einlud, bleibt unerfindlich.

Ein Bewerber konnte sich bei dem Vorstellungsgespräch des Eindrucks nicht erwehren, als sei die Auswahl unter den Bewerbern bereits im Voraus getroffen worden. Und eine andere höchst kompetente, aber nicht zur Vorstellung gebetene Kandidatin schrieb dem Verfasser u. a., sie habe bis dato (28.09.2021) keine Rückmeldung von dem Vorsitzenden der Auswahlkommission erhalten, daß ihre Bewerbung unberücksichtigt geblieben sei. Zudem führte sie aus, es hätte die Auswahlkommission *nur einige Online-Gespräche gekostet, damit alle Bewerber/Innen den Eindruck hätten, seriös behandelt zu werden*. Resignierend stelle sich ihr die Frage, ob [es] sich denn

wirklich lohnen wird, weiter den Kopf mit unseriösen Menschen [gemeint ist die Auswahlkommission] zu belasten? Für sie sei es jedoch eine große Genugtuung, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Kulturgemeinschaft „Borussia“ in Allenstein (1990 gegründet; die „Borussia“ dokumentiert u. a. die vollständige und unverfälschte lokale Geschichte, zu der die Schicksale von Polen und Deutschen, Juden und Litauern, Ukrainern und Weißrussen sowie aller weiteren ethnischen Gruppen und Individuen gehören, die im Laufe der Jahrhunderte einvernehmlich und mitunter auch in tragische Konflikte verwickelt in Ostpreußen gelebt haben) am 7. Oktober den Hauptpreis des Georg-Dehio-Kulturpreises 2021 im Deutschen Kulturforum östliches Europa in Potsdam zu empfangen. Hervorzuheben ist die Begründung der siebenköpfigen Jury: *Sie sprach den Hauptpreis der Kulturgemeinschaft Borussia zu für ihr über drei Jahrzehnte währendes Engagement der Bewahrung und Vermittlung des kulturellen Erbes in der Woiwodschaft Ermland-Masuren.*

Für den Fall, daß der Einstellungsvertrag mit der neuen Museumsleitung noch nicht unterschrieben wurde, bleibt die Hoffnung, die Verantwortlichen in der KSW werden sich zu einer Wiederholung der Ausschreibung entschließen.

*

Die Fortsetzung:

Der Stand der Dinge um das Westpreußische Landesmuseum am 03.01.2022

Fortsetzung des Beitrags auf Seite 2 des AGOMWBW-Rundbriefs Nr. 805 vom 02.12.2021 zum Westpreußischen Landesmuseum:

In der Tat: Die Würfel sind gefallen. In der Presseerklärung vom 14. Oktober 2021 teilte die Kulturstiftung Westpreußen mit, daß der Stiftungsrat Frau Dr. Gisela Parak einstimmig zur neuen Direktorin des Westpreußischen Landesmuseums in Warendorf gewählt habe. Damit sei er dem einhelligen Votum einer von ihm eingesetzten siebenköpfigen Kommission, die von Repräsentanten der Trägerstiftung und der Fördergeber sowie externen Beratern gebildet worden war, gefolgt. Frau Dr. Parak, die am 2. November ihren Dienst in Warendorf angetreten hat, lasse, wie der Stiftungsratsvorsitzende Ulrich Bonk, hervorhob, vielversprechende Voraussetzungen dafür erkennen, „dass sich das Westpreußische Landesmuseum unter ihrer Leitung stärker die Perspektiven der aktuellen Museologie erschließen wird, eine größere Außenwirkung erzielt und nicht zuletzt zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln vermag“. Der am Westpreußischen Landesmuseum Interessierte fragt sich allerdings, wie diese

Erwartungen realisiert werden sollen, denn der Forschungsschwerpunkt der neuen Leiterin liegt in der Fotogeschichte, sie betritt somit im Bereich der westpreußischen Kultur- und Landesgeschichte Neuland und wird es – trotz ihrer in anderen Fachgebieten ausgewiesenen Kompetenz - schwer haben, die Erwartungen zu erfüllen, die ein von der öffentlichen Hand im Rahmen von § 96 des Bundesvertriebenengesetzes institutionell gefördertes Landesmuseum, das eine bedeutende historische ostdeutsche Provinz repräsentiert, an seine Leitung stellt, zumal auch die polnische Sprachkompetenz fehlt, die eine in die Zukunft gerichtete und weiterführende Kooperation mit polnischen Museen an der unteren Weichsel ermöglicht.

In einem Offenen Brief an Frau Staatsminister Monika Grütters vom 21. Oktober 2021 wurde die Gesamtproblematik Westpreußisches Landesmuseum, Außenstelle Krockow/Krokowa, sowie die Trägerin des Westpreußischen Landesmuseums, die Kulturstiftung Westpreußen, ausführlich dargestellt. In diesem Zusammenhang wurde auch die Bitte geäußert, die Leitungsstelle für das Museum erneut auszuschreiben.

Nachstehend der Wortlaut des Offenen Briefes:

Sehr geehrte Frau Staatsminister,
sehr verehrte Frau Professor Grütters,

in Angelegenheiten des Westpreußischen Landesmuseums hatte ich mich bereits am 26. Mai d. J. an Sie gewandt. Erneut wende ich mich an Sie, dieses Mal in Form eines Offenen Briefes.

Mein Studium und meine Promotion waren dem mittelalterlichen Preußenland, das der Deutsche Orden geprägt hat, gewidmet. Fast mein ganzes Berufsleben galt der gleichen Region. Es berührt mich daher zutiefst, erleben zu müssen, daß das Westpreußische Landesmuseum (weiter WLM), das Kultur und Geschichte dieser Region der Öffentlichkeit vermittelt, in seiner Existenz bedroht ist. Das gilt auch für die vielfältigen Kontakte des WLM zu zahlreichen polnischen Museen an der unteren Weichsel wie auch zu seiner Außenstelle in Krockow/Krokowa.

Drei Sachverhalte möchte ich Ihnen vortragen:

- 1. Neubesetzung der Leiterstelle im WLM**
- 2. Das Verhältnis der Trägerstiftung Kulturstiftung Westpreußen (weiter KSW) zum WLM**

3. Unzulässiges Einwirken des Vorstands der KSW in Belange der Außenstelle Krockow

Zu 1. Im Mai erfolgte die Ausschreibung der Leitungsstelle des WLM. Am 24. August fanden die Bewerbergespräche statt. Nicht alle Bewerber wurden bis heute vom Stiftungsratsvorsitzenden darüber informiert, daß sie unberücksichtigt blieben. Ein unverständliches Verhalten des Vorsitzenden! *Der Stiftungsrat folgte mit seiner einstimmigen Entscheidung dem ebenfalls einhelligen Votum* – darüber informierte eine Pressemitteilung der KSW vom 14.10.2021 – *einer von ihm eingesetzten siebenköpfigen Kommission, die von Repräsentanten der Trägerstiftung und der Fördergeber sowie externen Beratern gebildet worden war.* Diese siebenköpfige Kommission bestand nur aus Mitgliedern des Stiftungsrates einschließlich des Vorsitzenden. Ein weiterer landsmannschaftlicher Vertreter kam hinzu, dazu der Leiter eines Bundesinstituts. Diese Kommission entschied sich für Frau Dr. Gisela Parak, eine wissenschaftlich hervorragend qualifizierte Persönlichkeit mit Forschungsschwerpunkt Fotogeschichte. Seit 2013 leitete sie unter anderem das Museum für Photographie Braunschweig e. V. und das Forschungsprojekt „Bergbaukultur im Medienwandel – Fotografische Deutungen von Arbeit, Technik und Alltag im Freiburger Raum“ an der TU Bergakademie Freiberg. Seit Juli 2019 betreute sie den Forschungsbereich „Visual history“ am Deutschen Schiffahrtsmuseum Bremerhaven. Frau Dr. Gisela Parak erwartet in Warendorf eine neue Herausforderung, nunmehr in einem historisch-landeskundlichen Museum mit vielfältigen Kontakten zu Polen, vor allem aber zu der Außenstelle des WLM in Krockow. Hier fehlen ihr – das muß angemerkt werden – alle Voraussetzungen, auch die absolut notwendige polnische Sprachkompetenz ist nicht vorhanden. Wo sich die vielversprechenden Voraussetzungen erkennen lassen, wie der Stiftungsratsvorsitzende in der Presseerklärung hervorhebt, daß *sich das Westpreußische Landesmuseum unter ihrer Leitung stärker die Perspektiven der aktuellen Museologie erschließen wird, eine größere Außenwirkung erzielt und nicht zuletzt zukunftsfähige Strukturen zu entwickeln vermag,* bleibt indes offen. Zu konstatieren ist, daß eine Reihe von Punkten der Stellenausschreibung nicht erfüllt wird. Der Stiftungsratsvorsitzende Ulrich Bonk erwies sich zuvor als beratungsresistent gegenüber Vorschlägen, die ihm von kompetenter Seite hinsichtlich einer Präzisierung des Ausschreibungstextes auf die spezifischen Belange des WLM zuzugingen.

Ich erlaube mir, zu dem praktizierten Auswahlverfahren aus einem mir zugeleiteten Schreiben einer polnischen Mitbewerberin zu zitieren, das mich zutiefst berührt hat:

Meine Anmerkungen zum Auswahlverfahren betreffen folgende Tatsachen und Eindrücke: Nach der Ausschreibung, auf die man sich vom 19. Mai bis 19. Juni bewerben konnte, musste man lediglich einen Lebenslauf und entsprechende Zeugnisse einsenden. Das hat mich gewundert, denn z.B. in Polen muss man auch eine Skizze/ein Konzept für die Weiterentwicklung der Institution erarbeiten, dafür werden in der entsprechenden Behörde alle Unterlagen zu der Institution ausgelegt. Dann werden idealerweise die Kandidaten mit ihren Konzeptionen zu weiteren Gesprächen eingeladen. Daher konnte ich annehmen, dass von der KSW zuerst alle Kandidaten, die in ihrem Lebenslauf 80 Prozent der Bedienungen erfüllen, zu weiteren Gesprächen eingeladen werden.

Das war nicht der Fall und daher entsteht mein Eindruck, dass die Ausschreibung ein Vorwand für eine bereits getroffene Entscheidung gewesen war. Daher würde ich gerne wissen, wie viele Bewerbungen es gegeben hat, wie viele KandidatInnen die Bedingungen erfüllten und wie viele von ihnen zu weiteren Gesprächen tatsächlich eingeladen wurden? Zum Verlauf von Gesprächen sollte auch eine Dokumentation vorhanden sein - bei solch niedrig angesetzten "Eingangskriterien" sollten dann die Gespräche eine vertiefte Diskussion über die Lage und Zukunftsvision des WLM darstellen.

Ich fühle mich zutiefst empört über die Ignorierung von meiner Bewerbung, da ich alle Kriterien erfüllte. Ich wurde weder informiert noch eingeladen. Herr Bonk als Stiftungsratsvorsitzender antwortete auf meine Anfragen erst am 1. Oktober. Er verwendete in seiner Korrespondenz meinen Dokortitel nicht, daher mein Eindruck, dass man nicht einmal meine Unterlagen mit dem Dokortitel geprüft hat. Man könnte ironisch meinen, dass die Kenntnisse über Westpreußen und der Landessprachen eben zum Hindernis wurden.

Ein weiterer Kritikaspekt betrifft die fehlende Kompatibilität zwischen den starken Seiten der neuen Direktorin und der Spezifik von Westpreußen. Es geht nicht nur um ihre absolut fehlende Sprachkompetenz und ihren Mangel an Geschichtswissen. Es geht auch um die Einstellung zur Minderheitsfragen (Kaschuben) oder auch zu der dunklen Rolle der deutschen Nachbarn im Zweiten Weltkrieg (Piasnitz), um die Problematik der Grenzregion und der Freien Stadt Danzig. Das sind Fragen, die im polnischen Diskurs stets aktuell sind. Solches Wissen ist nicht in einem Jahr zu erwerben. Weiter: Wie sehen ihre Kontakte zu polnischen und kaschubischen Museen aus? Fazit: Die Einstellung einer Person ohne den Background in Minderheits- und Grenzregionfragen ist als Ausdruck des modernen deutschen Kolonialismus im Osten anzusehen. Genauso hatte man im 19. Jahrhundert deutsche Priester und Lehrer nach Westpreußen geschickt, die kein Verständnis für das

"niedrige Volk" besitzen mussten. Vielleicht geht meine Analogie zu weit, denn Frau Dr. Parak geht nicht nach Polen, um die Kaschuben zu belehren, aber Sie verstehen, was ich meine. Ich habe stets bedauert, dass nicht alle wissenschaftlichen MitarbeiterInnen des WLM über Polnischkenntnisse verfügten und nie nach Polen reisten (ich werfe Herrn Dr. Hyss vor, dass er Frau Fethke oder Herrn Steinkühler nie mitgenommen hat). Und letztens: Ist es für Frau Dr. Parak eine Ehre zu wissen, dass sie in einem völlig undurchschaubaren Verfahren, mit Ausschließen von anderen potentiellen Kandidaten, gewonnen hat?

Zu 2. Das Verhältnis zwischen WLM und der Trägerstiftung KSW war bis zur Neuausrichtung der Stiftung 2013 harmonisch. Dr. Lothar Hyss baute als Museumsleiter Ausstellungen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit systematisch aus. Zugleich war er sehr erfolgreich in der Zusammenarbeit mit seiner Außenstelle in Krockow; unter seiner verantwortlichen Leitung wurden zudem zahlreiche Kooperationsvereinbarungen mit polnischen Museen der Region Westpreußen geschlossen. Ihm kamen seine muttersprachlichen Polnischkenntnisse zugute. Nach 2013 verschlechterte sich das Verhältnis der neu organisierten KSW und dem WLM zusehends. Ein Evaluationsbericht der KSW vom 18.02.2017 zur Tätigkeit des WLM nach Wiederbeginn seiner Tätigkeit an dem neuen Standort Warendorf stellte den Höhepunkt des Zerwürfnisses mit dem Museum dar; die Vorwürfe widerlegte das Museum in seiner Entgegnung vom 25.04.2017. Die Spannungen mit der KSW verursachten letztlich den gesundheitlichen Zusammenbruch des Museumsleiters; dies führte zu seinem vorzeitigen Ruhestand im April 2021.

Zu 3. Mit rd. 85% finanziert der Bund das WLM institutionell. Jährlich erstellt das WLM im Benehmen mit dem Haushaltsreferat K 14 seinen Wirtschaftsplan, ebenso jährlich den Verwendungsnachweis. Museumsleiter bzw. Verwaltungsleiterin sind nach § 9 BHO Beauftragte für den Haushalt ihrer Einrichtung. Auch wenn die Satzung in § 10 (2) b) festlegt, *Aufgabe des Vorstands sei die Erstellung des Wirtschaftsplanes vor Beginn und der Jahresrechnung mit Vermögensübersicht nach Ende des Geschäftsjahres*, ist diese Aufgabenzuweisung irrelevant, da sie aus Zeiten herrührt, als der Bund das Museum noch nicht institutionell förderte. Die Satzung erfordert eine umgehende Korrektur. Der Eingriff der Vorstandsvorsitzenden in Haushaltsangelegenheiten, die allein das Museum aufgrund seiner Zuständigkeit nach § 9 BHO zu regeln hat, ist somit unzulässig. Das gilt insbesondere auch für ein KSW-Schreiben an die Schloßdirektorin in Krockow vom 04.10.2021. Sie verwaltet die deutschen Mittel, die zum Betrieb der Außenstelle des WLM von der deutschen Seite bereitgestellt werden.

Zweifelsfrei sind die deutschen Mittel nicht durchweg zweckentsprechend im letzten Jahr verwendet worden. Geschuldet ist dies u. a. der Unkenntnis der seit 2019 neu installierten Schloßdirektorin, aber auch der existentiellen Bedrohung der gesamten Einrichtung in Krockow durch die Coronakrise. Statt die bestehende Problematik über Vertrauen bildende Gespräche des WLM mit der Krockower Schloßverwaltung abzuklären, fordert die nicht zuständige Vorstandsvorsitzende der KSW die polnische Seite in dem rüden und stillösen o. g. Schreiben vom 04.10. zur Rückerstattung eines Teilbetrages der deutschen Zuwendung des Jahres 2020 auf. Zugleich überlegt sie, wie Leihgaben des WLM zurückgeführt werden können. Der Eindruck, den dieses Schreiben erweckt, die deutsche Seite wolle die seit mehr als 20 Jahren bestehende vertrauensvolle Kooperation zwischen dem WLM und seiner Außenstelle sowie dem Regionalmuseum Krockow beenden, ist verheerend und muß rasch korrigiert werden.

Welche Schlußfolgerungen müßten aus dem Gesagten gezogen werden?

1. Die Leitungsstelle des WLM sollte nochmals ausgeschrieben werden. Zur Wahrung der Neutralität des Verfahrens ist eine Personalauswahlagentur mit der Ausschreibung und Personalauswahl zu beauftragen. Für Frau Dr. Gisela Parak, deren Vertrag – zunächst geltend für eine zweijährige Probezeit – unterschrieben wurde, könnte mit Sicherheit im nachgeordneten Bereich des BKM eine Leitungsstelle bereitgestellt werden, die auf ihren bisherigen beruflichen Werdegang zugeschnitten ist und ihr somit auch persönlich entgegenkommt. Die von dem Stiftungsrat der KSW getroffene Entscheidung ist intransparent und angreifbar. Denn Mitbewerber besitzen zumindest die gleiche Qualifikation wie Frau Dr. Gisela Parak. Sie haben zudem den Vorteil, ihre Erfahrungen in einer vom Bund nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) geförderten landeskundlich-historischen Museumseinrichtung gesammelt zu haben. Überdies besitzen sie gegenüber Frau Dr. Gisela Parak den entscheidenden Vorzug, die polnische Sprache in Wort und Schrift zu beherrschen.

2. Die KSW ist nicht zeitgemäß. Sie sollte in eine reine Museumsstiftung nach dem Muster der Stiftung Pommersches Landesmuseum umgewandelt werden. Dazu gehören: Der Vorstand ist zu verschlanken auf drei Personen mit dem Museumsleiter als Vorsitzendem, einem Vertreter der Stadt Warendorf und einem Vertreter der Familie Horstmann, in deren Eigentum sich das Klosterensemble als Sitz des WLM befindet. Der

Stiftungsrat ist zu begrenzen auf 5 Personen (4 Vertreter der das WLM finanzierenden öffentlichen Hand, 1 Vertreter der Landsmannschaft, letzterer darf nicht der geborene Stiftungsratsvorsitzende sein).

3. Der KSW mit ihrem Vorstand ist zu verdeutlichen, daß sie sich aus allen Bereichen, die den Haushalt des WLM betreffen, heraushalten muß. Sie hat sich ausschließlich auf die ihr nach der Satzung zugewiesenen Aufgaben mit Ausnahme von § 10 (2) b) zu konzentrieren.

Ich hoffe und wünsche, daß Sie sich in Ihrer dem Ende zugehenden Amtszeit nachhaltig für das Fortbestehen des WLM und damit auch für die ungefährdete Weiterentwicklung der nachbarschaftlichen deutsch-polnischen Kooperation zwischen Warendorf und vor allem Krockow verwenden werden.

Die Antwort erfolgte seitens des Fachreferats in der für eine oberste Bundesbehörde ungewöhnlichen Form einer Email. Lapidar wurde festgehalten, daß offene Briefe seitens der Bundesregierung nicht beantwortet werden. Gleichwohl wurden mir Falschbehauptungen und Fehlbewertungen unterstellt, ohne dies zu begründen. Überdies hielt man mich dazu an, unter Hinweis auf das beamtenrechtliche Mäßigungsgebot, von weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit abzusehen. Ich wies das zurück mit Hinweis darauf, mir unterstellte Falschbehauptungen bzw. Fehldeutungen zeigten nur, daß man meine Ausführungen entweder nicht verstanden hatte oder verstehen wollte. Mit der beamtenrechtlichen Drohgebärde werde zudem versucht, mein verfassungsrechtlich garantiertes Recht auf Meinungsfreiheit einzuschränken.

Inzwischen amtiert Frau Dr. Parak seit mehr als einem Monat als Direktorin des WLM. Die Website des Museums wurde neugestaltet, bringt aber wenig Neues. Unter SITEMAP lassen sich alle Aktivitäten des Museums der vergangenen Jahre nachverfolgen, so auch die von Dr. Hyss begründeten Partnerschaften bzw. Kooperationen zu 8 polnischen Museen. Auffällig ist, daß unter der Rubrik DAS WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM UND SEINE AUSSENSTELLE IN KROCKOW/KROKOWA SEIT 1999 ausführlich auf Krockow eingegangen wird. Das betrifft allerdings nur die Vergangenheit; die Gegenwart, die nicht nur die museale Einrichtung Krockows akut gefährdet, wird in keiner Weise erwähnt. Die gezeigten Fotos des Schlosses, eines Danzig-Zimmers – Leihgabe des WLM – sowie eines Ausstellungsdetails der Schlacht von Schwetzin von 1462, die das Krockower Regionalmuseums 2018 produziert hatte, sind Vergangenheit. Denn mit dem Fortgang der letzten Museumsleiterin Krockows im August 2020 verfügt das Regionalmuseum über keine kompetente Leitung, die in der Lage wäre, Ausstellungen und sonstige Veranstaltungen zu organisieren oder – wie von 1999 bis 2020 –

deutschsprachige Führungen anzubieten. All das, was das WLM und die Museumsleitungen des Krockower Regionalmuseums/Außenstelle WLM in den vorausgegangenen 20 Jahren mit Verve geschaffen haben, scheint nunmehr Makulatur zu sein. Und die Coronakrise trägt das Ihrige dazu bei, daß in naher Zukunft die Aussicht auf Besserung offen ist.

Nicht zuletzt ist die Kulturstiftung Westpreußen dafür verantwortlich zu machen, daß die Kooperation mit Krockow in Frage gestellt ist. Dafür einige Beispiele:

- Die Krockower Schloßleitung gratulierte am 3. November 2021 der neuen Direktorin in Warendorf. In der Antwort hieß es seitens der Leiterin des WLM dann u. a.: *Bitte wenden Sie sich zgl. der Kooperation an Frau Dr. Reisinger-Weber [die Vorstandsvorsitzende der KSW], die hier zuständig ist.* Die Warendorfer Museumsleitung entläßt sich somit aus ihrer Verantwortung für Krockow.
- Ulrich Graf v. Krockow, maßgeblich Mitverantwortlicher in Krokowa/Krockow, versuchte nach Übernahme der Museumsverantwortung in Warendorf mit Frau Dr. Parak telefonisch in Kontakt zu treten. Das lehnte Frau Dr. Parak kategorisch ab.
- Mitbedingt durch die Coronakrise wurden 2020 bei der Prüfung des Verwendungsnachweises der Bundeszuwendung für Krockow Unstimmigkeiten festgestellt. Die KSW in Person von Frau Dr. Reisinger-Weber forderte rigoros € 8.500 von der Schloßverwaltung Krockow zurück. Diese Rückzahlungssumme hätte das wirtschaftliche Aus für den gesamten Schloßbetrieb bedeuten können. Abgesehen von der Problematik, ob die KSW rechtlich die Rückforderung vornehmen durfte und dies nicht zu dem Zuständigkeitsbereich der Verwaltung des WLM gehörte – sie trägt als Beauftragte für den Haushalt nach § 9 BHO die Verantwortung – fragt man sich, ob nicht eine angemessenere Vorgehensweise zu prüfen gewesen wäre. Wenn Frau Dr. Reisinger-Weber überdies fordert, die Leihgaben des WLM, die in Krockow gezeigt werden, seien Anfang 2022 nach Warendorf zurückzuführen, läßt sich daraus ableiten, die KSW wolle einseitig die jahrelang erfolgreiche Kooperation mit Krockow aufkündigen. Ein konkreter Grund ist nicht erkennbar, zudem steht das Ansinnen des KSW-Vorstands in absolutem Widerspruch zu den Angaben auf der Website des WLM unter DAS WESTPREUSSISCHE LANDESMUSEUM UND SEINE AUSSENSTELLE IN KROCKOW/ KROKOWA SEIT 1999.

Etwa 14 Tage nach Dienstantritt Frau Dr. Paraks führte das Organ der Westpreußischen Gesellschaft – Landsmannschaft Westpreußen e.V. *Der Westpreuße – Unser Danzig* mit ihr ein Interview. Die in der ersten Folge (siehe AGOMWBW-Rundbrief Nr. 805) geäußerte Befürchtung, Frau Dr. Parak werde möglicherweise nicht die geeignete Nachfolgerin von Dr. Lothar Hyss sein, scheint sich zu bestätigen: Ihre historischen Kenntnisse zur Region sind sicher ausbaufähig. Dazu einige Beispiele: Westpreußen, das Territorium, das im Zweiten Thorner Frieden 1466 an die Krone Polens fiel, gelangte 1772 unter der Bezeichnung Neupreußen weitgehend nach den von Rußland betriebenen Teilung Polens an Preußen und stellte damit die Landverbindung zwischen Ostpreußen und Brandenburg her. Als *Provinz Westpreußen* tritt dieses Neupreußen erst 1773 und nicht 1772 auf.

Das Westpreußische Landesmuseum will künftig die Kolonisierung des Ostens kritisch erörtern und die Ostpolitik Friedrichs des Großen am Beispiel Westpreußens analysieren. Was Frau Dr. Parak meint, bleibt ungewiß. Der Begriff „Kolonisierung des Ostens“ ist verfehlt, dafür steht der wissenschaftliche Terminus „mittelalterliche Ostsiedlung“. Eine „kritische“ Erörterung dieses Phänomens im Museum ist sicher nicht der richtige Ort. Was unter *Ostpolitik Friedrichs des Großen* verstanden werden soll, bleibt unerklärt. Oder sollte dies nur eine Reminiszenz an die Brandt/Scheelsche Ostpolitik sein? Kryptisch heißt es dann im Interview: *Vor allem fehlt im Museum belang auch eine Vertiefung der polnischen Perspektive. Die Annexion Westpreußens kann heute nicht mehr aus der Perspektive einer veralteten deutschen Geschichtsdeutung heraus erzählt werden.* Abgesehen davon, daß dies der einzige Bezug des WLM zu Polen ist, wie soll die polnische Perspektive mit der Annexion Westpreußens vertieft werden? Die Sinnhaftigkeit der drei polnischen Teilungen (1772, 1793 und 1795) ist längst wissenschaftlich ausdiskutiert und muß nicht vom WLM wiederholt werden. Sinnhafter wäre es gewesen, wenn Frau Dr. Parak auf die insbesondere von der KSW verursachten gestörten Verhältnisse zwischen Außenstelle/Regionalmuseum Krokowa/Krockow und ihrem Hause, dem WLM, eingegangen wäre. Ein Eingehen auf die künftigen Beziehungen des WLM zu den anderen, vom Bund geförderten Landesmuseen erfolgt nicht, etwa wie die Museen Ausstellungen untereinander austauschen könnten. Auch erwähnt die neue Museumsleitung mit keiner Silbe das am Museum angesiedelte Kulturreferat und wie dessen weit nach Polen reichenden Kapazitäten für die Museumsarbeit gemeinsam genutzt werden können.

Gleichwohl sollte die Hoffnung auf ein Umdenken innerhalb der KSW und der Museumsleitung nicht aufgegeben werden und somit die Fortsetzung der

Kooperation des WLM mit seiner Außenstelle Krockow/Regionalmuseum Krokowa auch zukünftig möglich sein. Gleiches gilt für die zahlreichen von Dr. Hyss begründeten Kooperationen mit befreundeten polnischen Museen an der unteren Weichsel im Sinne einer guten deutsch-polnischen Nachbarschaft.

Dr. Jürgen Martens, Königswinter

Dieser Beitrag steht jetzt auch im weltweiten Netz auf den Seiten „Ostdeutsche Museen“:

http://www.ostdeutsche-museen.de/html/westpreusslandsmuseum_wp.html



Das Westpreußische Landesmuseum im früheren Franziskanerkloster in Warendorf



Schloss Krockow in Westpreußen, Sitz der Außenstelle des Westpreußischen Landesmuseum Warendorf



01) Einbahnstraße Borstellstraße – eine Fehlentscheidung.
Brief an die Straßenverkehrsamt von Berlin Steglitz-Zehlendorf



Verkehrszeichen Richtzeichen...

§ 42 Richtzeichen:

Richtzeichen geben **besondere** Hinweise zur Erleichterung des Verkehrs. Sie können auch Anordnung ...

tiefbauamt@ba-sz.berlin.de

Ccc: bzbm@ba-sz.berlin.de

Bcc: agom.westpreussen.berlin@gmail.com

13.04.2021, 10:40 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

wegen einer Baustelle ist seit einigen Wochen u.a. der Abschnitt der Borstellstraße zwischen Brandenburgischer Straße und Albrechtstraße zur Einbahnstraße umgewidmet worden. Ich halte das nach meinen Beobachtungen nicht für klug!

Seite 0-14 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Es ist ein verhältnismäßig kurzer Straßenabschnitt von etwa 20 Metern. Nach meinen Beobachtungen ignorieren nicht nur große Lastfahrzeuge diese Regelung und fahren von der Brandenburgische Straße in Richtung Albrechtstraße der Einbahnstraße-Regelung entgegen. Den großen Lastfahrzeugen ist das auch nicht zu verdenken, denn andernfalls müssten sie sich im Zuge der Borstellstraße durch die mit Autos enggestellten Straßen quälen, sofern sie überhaupt von der Brandenburgische Straße her nach rechts in die Borstellstraße Richtung Stephanstraße (auch eine Einbahnstraße zwischen Albrechtstraße und Borstellstraße) einbiegen können: es ist dort aufgrund einer Baustellenabspernung sehr eng. Aber nicht nur Laster-, sondern auch PKW-Fahrer ignorieren die o.g. Einbahnstraßenregelung.

Ich halte es daher für sinnvoller, wenn statt der Beschilderung als „Einbahnstraße“ Richtzeichen nach § 42 der Straßenverkehrsordnung aufgestellt werden: so weit mir bekannt roter bzw. weißer Pfeil auf blauem Grund (waren die früher nicht anders gestaltet?).

Ich freue mich auf die Umsetzung meines Vorschlags und Ihre Eingangsbestätigung zu meinem Vorschlag, den Sie bitte an die zuständige Stelle weitergeben.

Mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke,
Vorsitzender der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
c/o Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
www.westpreussen-berlin.de
www.ostmitteleuropa.de

19.04.2021

Sehr geehrte Damen und Herren vom Tiefbauamt usw.,

zu meinem bislang unbeantworteten Schreiben vom 13. April 2021 ergänze ich:
Nach meinen Beobachtungen wird auch die Einbahnstraßen-Ausschilderung der Borstellstraße zwischen Brandenburgische Straße und Stephanstraße nicht nur von LKW-Fahrern, sondern auch von PKW-Fahrern ignoriert. Sie Sollten handeln.

In Erwartung Ihrer freundlichen Antwort verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Reinhard M. W. Hanke

Anmerkung von Reinhard M. W. Hanke am 02.06.2021:

Das Tiefbauamt hat am 19.04.2021 meinen Brief zuständigkeitshalber an die Straßenverkehrsamt des Bezirks weitergeleitet.

Eine Antwort auf unsere Schreiben vom 16. und 19.04.2021 ist bis heute – 03. März 2022 - ausgeblieben...! Aber die Verkehrsteilnehmer verhalten sich nach gesundem Menschenverstand, so, wie wir es erwartet hatten! „Nicht antworten“ als Prinzip? Auch die BVG pflegt das in einer anderen Frage....BVG = Bin Von Gestern!

Vielleicht sollten wir noch ein paar Fotos von zerstörten Mosaiksteinpflastern und anderen Straßenschäden am beschriebenen Ort bringen!



Borstellstraße, Blick Richtung Albrechtstraße von Ecke Brandenburgische Straße



Vom selben Standort: Borstellstraße Richtung Stephanstraße. *Aufnahmen (2): Reinhard M.W. Hanke*



Steffen Reiche

Liebe Freunde und Freundinnen, ich habe gerade die Petition „Freiheit für alle politischen Gefangenen in Belarus!“ unterzeichnet und möchte Dich fragen, ob auch Du Dich hinter dieses Anliegen stellen kannst. Dieses Anliegen bedeutet mir viel! Je mehr Unterstützung wir für diese Kampagne mobilisieren können, desto grösser sind unsere Chancen, die Kampagne zu gewinnen. Mehr über die Kampagne lesen und die Petition unterzeichnen:

https://act.campax.org/petitions/freilassung-aller-politischer-gefangenen-in-belarus?share=28716014-b5ba-45a3-ba6b-1fab6e0d6390&source=email-share-button&utm_medium=&utm_source=email

Pfarrer Steffen Reiche nimmt Sie gerne in seinen „Predigerkreis“ auf. Sie erhalten dann direkt neben den Predigten und Andachten auch Hinweise zu Gesellschaft und Politik und zu interessanten Veranstaltungen:

Steffen-reiche@gmx.de

Berlin-Nikolassee, 20.02.2022

Liebe Schwestern und Brüder,

ich habe heute nur eine große Bitte an uns alle: Bitte lassen wir die Kirche im Dorf!

Natürlich meine ich damit nicht das Gebäude. Das steht meistens unter Denkmalschutz und kann und darf insofern gar nicht beräumt werden.

Wir alle kritisieren die Kirche immer wieder und merken dabei gar nicht, dass wir an dem Ast sägen, auf dem wir sitzen. Natürlich ist Kritik nötig, soll und darf nicht unterdrückt werden. Aber ich spüre, dass vieles, was da kritisch über die Kirche gesagt wird, mehr zerstört als aufbaut.

„Das Recht fließe wie Wasser, die Gerechtigkeit wie ein nie versiegender Bach.“ – Das können doch nur JuristInnen oder KirchenrechtlerInnen schreiben – könnte man denken. Stimmt aber nicht. Der Verfasser dieses Textes ist weder Jurist noch Kirchenrechtler, sondern Prophet. Und deshalb steht der Text auch nicht in einem kirchlichen Gesetzbuch, sondern in der Bibel im Prophetenbuch Amos 5,24.

Wasser fließt klar und rein und es gelangt überall hin und ist die Grundlage des Lebens.

Die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley hat nachdem auch der Osten Deutschlands dem Geltungsbereich des Grundgesetzes 1990 beigetreten sind, einmal gesagt: „*Wir wollten Gerechtigkeit, aber wir bekamen den Rechtsstaat.*“

Ich habe ihren Satz verstanden, aber die Kritik darin nicht geteilt, denn der Rechtsstaat ist doch die Voraussetzung für Gerechtigkeit. Nur dort, wo es einen Rechtsstaat gibt, also für alle einsehbar Recht gesprochen und überprüft wird, kann dann auch Gerechtigkeit wachsen. Wo nicht einmal Recht gilt, kann es auch keine Gerechtigkeit geben.

Heute, wo durch einen neu entbrannten Kampf der Kulturen und ja auch der Systeme, sich diese Frage wieder neu stellt, mit einer Dramatik und Dynamik, ja auch einer Unerbittlichkeit, wie wir sie 1989 für überwunden, ja undenkbar gehalten haben, weil wir glaubten, hofften, meinten und dachten, dass sich eben auch Demokratie wie Wasser, wie ein nie versiegender Bach über die ganze Erde ausbreiten würde und entwickeln könnte und mit der Demokratie die allgemeinen, für jeden gültigen Menschenrechte, steht diese Frage ganz neu auf unserer Tagesordnung. Als Studenten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in China zur wirtschaftlichen Freiheit auch die persönliche Freiheit wollten, als Gorbatschow Glasnost und Perestroika in Russland und der Sowjetunion einführte und nicht nur Deutschland, sondern auch Europa zusammen wuchsen und Francis Fukuyama glaubte, die Geschichte hätte sich erfüllt und da derselbe Geist alle Menschen erfasst hatte, wäre der Geist zu sich selbst zurück gekehrt, wie von Hegel prophezeit und die Geschichte an ihr Ende gelangt.

Wo kommen Sie her die unteilbaren, für alle Menschen gleichermaßen gültigen Menschenrechte, die die Grundlage der UNO sind? Oder müsste man nicht schon jetzt resigniert, aber in der Wahrheit bleibend, sagen: *sie waren die Grundlage der UNO?*

Denn sie werden doch längst nicht mehr von allen anerkannt, auch wenn sie Mitglieder der UNO sind oder sogar Mitglieder im UNO-Sicherheitsrat sind wie China und Russland!?

Sind die Menschenrechte vom Himmel gefallen? Nein, sie sind von Menschen erkämpft worden, durchgesetzt gegen Herrscher, gegen Systeme von Herrschaft. Erkämpft und durchgesetzt worden als Grundlage nicht nur neuen Rechts, sondern für das globale Miteinander von fast 200 Staaten, in denen eine stetig wachsende Zahl von Menschen miteinander leben. Die Weltbevölkerung umfasste im Januar 2022 rund 7,95 Milliarden Menschen. Die UNO rechnete für den Zeitraum 2015 bis 2020 mit einem Bevölkerungswachstum von rund 78 Millionen Menschen pro Jahr. Und erwarten nun für 2050 und die Konfis werden das erleben, etwa 9,7 Milliarden Menschen auf dem Globus. Und für sie alle wurden 1948 als Grundlage der Vereinten Nationen, der United Nations, der UNO, die Menschenrechte deklariert. Erklärt!! Nicht verabschiedet.

Verabschiedet werden sie heute leider von einigen Staaten.

Und doch ist an dem Satz etwas Wahres. Denn die Menschenrechte sind aus dem Himmel gefallen. Nicht aus sky, sondern aus heaven. Zuerst wurden sie in den Vereinigten Staaten definiert und erklärt – erstmals 1776. Sie waren sozusagen die Grundlage dafür, dass man sich in den Kolonien Großbritanniens für unabhängig erklärte von der Krone.

Die [Unabhängigkeitserklärung](#) vom 4. Juli 1776 erklärte, dass „alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; dass dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören.“

Die Verfassung von 1787 trat 1789 in Kraft, die Bill of Rights stammt aus dem Jahr 1791. Die [Sklaverei in den Vereinigten Staaten](#) aber gab es leider bis 1865 und die Rassentrennung gab es sogar bis in die Zeit von Martin Luther King und sie ist wohl auch noch immer nicht wirklich überwunden, obwohl der Schwarze Barack Obama zweimal Präsident der Vereinigten Staaten war. Dann wurden die Menschenrechte 1789 in der Französischen Revolution erklärt, deklariert, und dann als [Allgemeine Erklärung der Menschenrechte](#) 1948 unter Führung der Amerikaner und mit der Stimme der USA von der [Generalversammlung der Vereinten Nationen](#) in [Paris](#) verkündet.

Die Menschenrechte, die von der unveräußerlichen Würde eines jeden Einzelnen, von Gott geschaffenen Menschen ausgehen, sind wie eine ansteckende Gesundheit. Menschen, die sie spüren, die sie kennen, die ihre Wirkung erlebt haben und die sie für sich wollen und beanspruchen, versuchen sie auch in ihren Heimatländern durchzusetzen. Und wenn sie daran scheitern, wenn sie resignieren, dann fliehen sie wie 2015 hierher zu uns.

Ich weiß wie Sie, dass der Grund hierher zu uns zu wollen, in den freien Westen zu fliehen, nach Europa, in die USA, nach Kanada und Australien und Neuseeland nicht nur die Menschenrechte sind, sondern auch der Wohlstand, den diese Menschen bei uns sehen und für sich beanspruchen. Wie die Menschenrechte!

Denn auch sie haben nur dieses eine Leben.

Aber dieser Wohlstand ist untrennbar verbunden, ja ist eine Folge davon, dass Menschen in einer Demokratie, in der sie diese Rechte unveräußerlich haben, sich gemeinsam und jeder für sich, diesen Wohlstand erarbeiten. Und auch das gehört zu unserer gewiss nicht makellosen Geschichte, dass ein Teil davon durch Ausbeutung anderer Menschen geschaffen worden ist.

Dieser Wohlstand hat also eine wichtige Grundlage, seinen Ursprung in den Menschenrechten. Und die wiederum haben ihre Grundlage, ihren Ursprung in der Kultur, die das Zusammenleben dieser Menschen prägt und ausmacht. Und diese Kultur ist unlösbar verbunden mit der Religion, für die sich diese Menschen entschieden haben, die sie prägt und in die sie hineingeboren worden sind.

Dieses Recht und dieser Wohlstand müssen ja einen Ursprung haben. Denn nichts ist ohne Grund. Alles hat einen, hat seinen Grund. Und wenn wir gemeinsam zu Recht ablehnen, dass dieser Wohlstand etwas mit der Hautfarbe oder mit der Rasse zu tun hat, denn das wäre ja auch ein wissenschaftlich abzulehnender Blödsinn, ja Unfug, dann bleibt nur die durch Religion geprägte Kultur als Ursache, als Grund. Und ich weiß wie Sie, wie viel Missbrauch, wie viele Fehler es auch in unserer Geschichte gegeben hat und in welchen Umfang es fehlerhafte Menschen, die Kirche redet von sündigen Menschen, auch in den Kirchen gegeben hat und gibt.

Nachdem der Missbrauch von Menschen in den Kirchen bekannt geworden ist, in den USA, in Irland, bei uns und in vielen anderen Ländern, haben viele erst leise, dann immer lauter gesagt: „Schmeißt die Kirche endlich raus.“ Jeder Missbrauch eines Menschen ist ein intolerales Verbrechen. Durch nichts entschuldbar. Auch wenn es in manchen Fällen

durch eigene vergangene Missbrauchserfahrung erklärt werden kann, es ist niemals, unter keinen Umständen akzeptabel. Oder tolerierbar. Aber wir sollten alle vor Augen haben, dass leider noch weit mehr Missbrauch in den Vereinen stattfindet. Und am meisten leider, Gott sei es geklagt, in den Familien. Und es fordert ja auch keiner ernsthaft, löst die Vereine und die Familien auf. Wo immer auch Missbrauch geschieht, er ist intolerabel, unter keinen Umständen akzeptabel und muss ohne Rücksicht und mit aller Entschiedenheit bekämpft werden. Aber doppelte Standards geht eben auch unter keinen Umständen. Das Vergleichbares mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen wird. Schon der große Kirchenvater und Philosoph Boethius hat im 6. Jahrhundert gesagt: Der Missbrauch hebt den Gebrauch nicht auf. *Abusus non tollit usum.*

Deshalb soll, muss und wird in den Kirchen Gottes Wort immer wieder neu verkündet: *Denn das Wort Gottes ist lebendig und kräftig und schärfer als jedes zweischneidige Schwert und dringt durch, bis es scheidet Seele und Geist, auch Mark und Bein, und ist ein Richter der Gedanken und Sinne des Herzens. Und kein Geschöpf ist vor ihm verborgen, sondern es ist alles bloß und aufgedeckt vor den Augen Gottes.*

Gottes Wort ist seit 2000 Jahren wie ein Sauerteig. Und dass die Kirche neben dem Staat seit 2000 Jahren und hier in Europa auch seit über einem Jahrtausend Gottes Wort im Menschenwort verkündet und gepredigt hat, dass hat nicht nur durch die Europäischen Revolutionen Europa verändert, wie der Vater des Kreisauer Kreises und damit einer der Impulsgeber des Widerstandes gegen Hitler, Eugen Rosenstock-Huessy, erklärte, sondern es hat dem Menschen in Europa und dann der ganzen westlichen Welt die Freiheit eines Christenmenschen gegeben. Denn es gab und gibt für uns Christen eben nicht nur den weltlichen Herrscher, sondern auch den Weltenherrscher Jesus Christus, der bei uns in der Kirche für alle sichtbar auf dem Thron sitzt, vorn auf dem Altar.

Denn meine Gedanken sind nicht eure Gedanken, und eure Wege sind nicht meine Wege, spricht der HERR, sondern so viel der Himmel höher ist als die Erde, so sind auch meine Wege höher als eure Wege und meine Gedanken als eure Gedanken. Denn gleichwie der Regen und Schnee vom Himmel fällt und nicht wieder dahin zurückkehrt, sondern feuchtet die Erde und macht sie fruchtbar und lässt wachsen, dass sie gibt Samen zu säen und Brot zu essen, so soll das Wort, das aus meinem Munde geht, auch sein: Es wird nicht wieder leer zu mir zurückkommen, sondern wird tun, was mir gefällt.

Das hat es, Gott sei Dank, immer getan. Auch wenn es leider zu oft in den Kirchen nur müde und matt verkündet wird, ohne seine ansteckende Kraft. Aber die Kirchen sind eben mit ihren Türmen, mit denen sie sich zeichenhaft dem Wort Gottes entgegenstrecken, so etwas wie Blitz**ein**leiter, damit Gottes Wort zu den Menschen kommt.

Heinz Schilling hat darüber gerade ein grandioses Buch geschrieben, in dem er uns den Aufbruch in die Welt von heute gut nachvollziehbar erklärt. „Das Christentum und die Entstehung des modernen Europa“ hat er es genannt. Und ich bin dankbar, dass er zugesagt hat, dass wir das Buch mit den Konfirmanden und Ihren Eltern vor der Konfirmation in einem intensiven Gespräch einmal bereden können. Denn durch dieses Buch kann man besser verstehen, warum die Eltern ihre Kids nicht nur taufen lassen wollten oder wollen, sondern dass sie vor allem wollen, dass die Konfis, ihre Kinder verstehen, dass der Aufbruch in die moderne Welt unauflöslich mit dem Christentum verbunden ist.

Aber von Anfang an ist das Wort Gottes, ist die Kirche, sind die, die das Wort Gottes weiter sagen auch immer wieder verleumdet worden. Ist der, der Gottes Wort so unüberbietbar in die Welt brachte wie Jesus Christus geschmäht worden. Denn das, was wir vorhin im

Evangelium gehört worden, ist doch ganz gewiss ein Wort Jesu. Die urchristliche Gemeinde hätte es damals wohl lieber getilgt und es keinen Eingang in die Bibel, ins Evangelium finden lassen. „*Johannes ist gekommen, aß nicht und trank nicht, und sie sagen: Er ist von einem Dämon besessen. Der Menschensohn ist gekommen, isst und trinkt, und sie sagen: Siehe, dieser Mensch ist ein Fresser und Weinsäufer, ein Freund der Zöllner und Sünder!*“ Nicht einmal Jesus konnte es also den Herren der Welt, den Herren der Synagoge recht machen. Das Wort, was er als menschliches Wort, eben aus dem Mund des Juden Jesus Christus aus Nazareth sagte, war denen in Jerusalem und denen in Rom zu gefährlich. Es bestand und besteht die Gefahr, dass es Menschen verändert, ihnen die Freiheit gibt, die Welt Gottes, die Schöpfung, zu einem besseren Ort zu machen. Dass es das Unterste zu Oberst kehrt. Dass es die Verhältnisse verändert und auch die Zöllner und Sünder zurückholt an den Tisch Gottes, in die Gemeinschaft mit Gott. Ihnen eine neue Chance gibt.

Und dann scheint es denen da oben eben besser, diesen von Gott gesandten Menschen, diesen Sohn Gottes Jesus Christus als Fresser und Weinsäufer zu denunzieren. So wie man vorher den Täufer, den Vorläufer Johannes als von einem Dämon besessen versuchte auszuschalten und seine Wirkung in die damalige Gesellschaft zu zerstören.

Johannes hat auf Jesus hingewiesen, auf ihn gezeigt, ihn uns als Sohn Gottes vor Augen stellt. So wie ihn Matthias Neidhart Grünwald in seinem grandiosen Altargemälde zeigt, mit seinem überlangen Finger, der auf Jesus, den Sohn Gottes am Kreuz zeigt.

Johannes hat in der Wüste wie später die Mönche um den Heiligen Benedikt gelebt und gefastet, weil für ihn Gottes Reich ganz nahe herbei gekommen war. Und Herodes hat ihn deshalb enthaupten lassen, geköpft, weil er die Bigotterie der Reichen anprangerte. Und Jesus hat, weil das Reich Gottes ganz nah herbeigekommen ist, die Freude am Reich Gottes schon hier auf Erden leben wollen und wieder war es den Mächtigen nicht recht und sie haben ihn als Fresser und Weinsäufer denunziert und unschädlich machen wollen und ihn, als das nicht glückte, gekreuzigt.

Aber durch das Wort Gottes ist Auferstehung, Auferweckung in die Welt gekommen.

Und selbst ein Mann wie Goethe, der nicht alles glauben wollte, was in der Bibel steht und nicht alles glauben konnte, was die Kirche predigte, hat in seinem Osterspaziergang erklärt, wie die Botschaft von der Auferstehung in die Welt wirkt, in der Welt wirkt:

*Vom Eise befreit sind Strom und Bäche
Durch des Frühlings holden, belebenden Blick,
Im Tale grünet Hoffnungsglück;
Der alte Winter, in seiner Schwäche,
Zog sich in rauhe Berge zurück.
Von dort her sendet er, fliehend, nur
Ohnmächtige Schauer körnigen Eises
In Streifen über die grünende Flur.
Aber die Sonne duldet kein Weißes,
Überall regt sich Bildung und Streben,
Alles will sie mit Farben beleben;
Doch an Blumen fehlts im Revier,
Sie nimmt geputzte Menschen dafür.
Kehre dich um, von diesen Höhen
Nach der Stadt zurück zu sehen!*

*Aus dem hohlen finstern Tor
Dringt ein buntes Gewimmel hervor.
Jeder sonnt sich heute so gern.
Sie feiern die Auferstehung des Herrn,
Denn sie sind selber auferstanden:
Aus niedriger Häuser dumpfen Gemächern,
Aus Handwerks- und Gewerbesbanden,
Aus dem Druck von Giebeln und Dächern,
Aus der Straßen quetschender Enge,
Aus der Kirchen ehrwürdiger Nacht
Sind sie alle ans Licht gebracht.*

Wer die Welt verändern will muss tiefer träumen und wacher sein als andere!

Das was sich scheinbar ausschließt, träumen und wach sein, das können Christen in der Nachfolge Jesu. Denn Jesus war ganz bei Gott mit all seinen Gedanken und Gefühlen und schien deshalb ein Träumer zu sein, schien manchen als Idiot, wie es Dostojewski beschrieb oder als Narr, wie es Gerhart Hauptmann beschrieb.

Und war doch ganz wach. Auch noch in Gethsemane, als seine Jünger schliefen. War ganz wach, ganz bei sich, als die Jünger Angst hatten auf dem stürmischen See Genezareth. Und hat die Härte der Herzen der Menschen überwunden, als er ihnen von Gott erzählte und was Gott mit uns vorhat, so dass die 5000 Menschen miteinander teilen konnten und alle satt wurden und vieles übrig blieb. Und so wie wir heute in der Europäischen Union miteinander teilen und für alle mehr da ist, als wenn wir nicht miteinander teilen würden und wo die, die am meisten geben, auch am meisten bekommen, wie wir Deutschen, so wollen und könnten wir es morgen in der ganzen Welt tun. Das ist zumindest der Auftrag und der Anspruch Gottes an seine Menschheit und wir Christen sind in der Nachfolge Christi gehalten, diesen Auftrag – weltweit miteinander zu teilen – Wirklichkeit werden zu lassen.

Denn das Wort Gottes ist lebendig und kräftig und schärfer als jedes zweischneidige Schwert und dringt durch, bis es scheidet Seele und Geist, auch Mark und Bein, und ist ein Richter der Gedanken und Sinne des Herzens.

Bitte lassen wir also die Kirche im Dorf! Denn Sie ist und bleibt ein guter Ort für uns alle, auch für die, die sich abgewendet haben. **Amen.**

Wie sich Russlands Nachbarn fühlen: „Wir wissen nicht, wo die russischen Panzer anhalten“ 13.02.2022

Das russische Regime spricht von einer Militärübung, die auf dem Gozhsky-Übungsgelände in Belarus stattfindet. Die Truppen, die Putin rund an der Grenze zur Ukraine zusammengezogen hat, deuten jedoch auf etwas anderes hin: dass ein russischer Großangriff bevorsteht. Will Putin Europa zersetzen? Unsere Autorinnen und Autoren aus den Nachbarländern Russlands schildern, wie sie die bedrohliche Situation an der Grenze zur Ukraine wahrnehmen: in Finnland, Norwegen, im Baltikum, in Polen, Belarus, Georgien, in der Ukraine selbst.

Jonas Dagys, Litauen Es war der 11. Januar 1991 in Vilnius. Ich war in der Schule und, soweit ich mich erinnern kann, lief der Unterricht wie immer. Als er vorbei war, trat ich aus dem Klassenzimmer in den Flur und sah meinen Vater in seinem Mantel am Fenster stehen. Ich war dreizehn Jahre alt, wir wohnten in Fußnähe meiner Schule, und ich kannte meinen Weg sehr gut. Es muss etwas Ungewöhnliches passiert sein,

dass ich von meinem Vater nach Hause begleitet werden musste. Ich fand bald heraus, dass mein Vater beschloss, sich um mich zu kümmern, weil sowjetische Militäreinheiten durch die Stadt zogen, das Pressehaus und andere strategische Objekte eingenommen hatten und Munition gegen Zivilisten einsetzten. Der Höhepunkt war das gut dokumentierte Blutvergießen vom 13. Januar im Fernsehturm und im Fernsehzentrum von Vilnius.

Natürlich sind diese Tage auch mit den Ereignissen von 1940 verbunden, als die drei unabhängigen baltischen Staaten von der Sowjetunion annektiert wurden. Es ist kaum möglich, eine Familie in Litauen zu finden, in deren Geschichte dieses Regime keine traumatischen Spuren hinterlassen hat. Angesichts all dieser Ebenen des kollektiven Gedächtnisses versteht es sich von selbst, dass die Menschen in Litauen über die gespenstische Möglichkeit russischer Militäraktionen in der Ostukraine zutiefst beunruhigt sind. Trotzdem wird die Situation noch nicht als direkte Bedrohung durch eine militärische Intervention in unser Staatsgebiet wahrgenommen. Unsere Beziehungen zu Russland bleiben angespannt, aber es hat den Anschein, diese Spannungen würden derzeit vor allem als wirtschaftliche und diplomatische begriffen und nicht als solche, die ausgehen von bevorstehenden militärischen Aktionen. Um ein diplomatisches Klischee zu verwenden: Wir sind vorsichtig optimistisch. Die Lage der internationalen Diplomatie und die Anwesenheit der [NATO](#)-Verbündeten im Lande sind sehr wichtige und beruhigende Faktoren. Vielleicht haben zwei Jahre Covid-Pandemie auch unsere Toleranzschwelle für Ängste verändert. Vielleicht liegt der Fokus auf der allgemeinen Erwartung, dass sich das Leben nach der Pandemie wieder normalisiert. Vielleicht liegt es daran, dass die sozialen Interaktionen noch immer recht begrenzt sind, der Small Talk und die anderen Gelegenheiten, persönliche Sorgen zu teilen und so zu verbreiten.

Die Situation ist weniger angespannt als vor etwa einem halben Jahrzehnt, als die Streitkräfte der Russischen Föderation und Weißrusslands die gemeinsame Militärübung „Sapad 2017“ planten. Weil das Manöver im Westen Weißrusslands und in der Exklave Kaliningrad durchgeführt wurde, wurde es nicht zu Unrecht als klare Bedrohung für Litauen und Polen angesehen. Es war damals nicht ungewöhnlich, dass man beiläufig in eine Diskussion verwickelt wurde, in der es nicht nur um Geopolitik ging, sondern auch darum, dass der Tank des eigenen Autos ständig voll sein sollte, nur für den Fall der Fälle; oder um die Bargeldreserven der Familie, falls die militärische Intervention das Bankensystem lahmlegen und die Geldkarten unbrauchbar werden sollten. Die Erinnerung an die sowjetische Militärpräsenz ist bei mehreren Generationen von Litauern und im Baltikum im Allgemeinen noch sehr lebendig. Ein Bekannter, der an der estnischen Ostseeküste lebt, beobachtete, dass in diesem Jahr die privaten Segelboote bis weit in die kalte Jahreszeit hinein nicht aus dem Wasser gehoben wurden. Wieder nur für den Fall der Fälle.

Ganz abgesehen davon wird das Leben in der Nachbarschaft von [Putins](#) Russland generell als ein Leben in der Nähe eines brodelnden Vulkans empfunden, der ohne Vorwarnung ausbrechen könnte. Auch wenn es scheint, dass ein militärischer Konflikt rational nicht zu erwarten ist, kann wohl niemand sicher sein, dass das, was die Europäer als Mindeststandards der Rationalität ansehen, auch im Kreml gilt. Ein enger Freund von mir hat mir kürzlich gestanden, dass der immer wiederkehrende Alptraum, den er in seiner Jugend in den achtziger Jahren hatte, plötzlich wieder aufgetaucht ist. In diesem Traum verkündet das Radio während des Familienfrühstücks den Beginn des Krieges, und durch das Küchenfenster sind Bombenexplosionen zu sehen. Die Familie eilt zum Luftschutzkeller und fragt sich, ob dort genügend Platz sein wird. Die Sowjetarmee ist im August 1993 für immer verschwunden und wird hier nicht vermisst. Aber die Ängste, Erinnerungen und Alpträume bleiben und halten die Nation wach und aufmerksam.

Jonas Dagys ist Direktor des Philosophischen Instituts an der Universität Vilnius und leitet das Journal „Problemos“. Aus dem Englischen von Harald Staun.

Sofi Oksanen, Finnland Der Begriff Interessensphäre ist an die Verhandlungstische der Politik zurückgekehrt, zusammen mit dem berüchtigten F-Wort. Für einen Augenblick hatte es den Anschein, beide wären schon von Naphthalin bedeckt, wie es auch sein sollte. **Die westliche Welt hatte begonnen, ihre kolonialistische Vergangenheit aufzuarbeiten, und brüstete sich nicht mehr mit der Ausplünderung ehemaliger Kolonien. In Putins Russland war es anders. Die Praktiken der Sowjetdiktatur wurden wieder zum Ideal, Stalin wurde rehabilitiert.** Kein Wunder, dass der Führer Russlands sich jetzt nach etwas umsieht, das er mit seinem Namen verbinden kann und an das künftige Generationen sich so gut erinnern werden wie wir an das geheime Protokoll des Molotow-Ribbentrop-Pakts. Das billigte der Sowjetunion Kolonien zu und den Missbrauch meiner beiden Heimatländer: Finnland wurde mit Krieg überzogen und finnlandisierte sich, Estland wurde besetzt. Das Denken in Interessensphären hat aber nicht nur mit Putins Wunsch zu tun, etwas zu hinterlassen, um dessentwegen man ihn später zumindest als Stalin ebenbürtig betrachten wird.

Russland führt schon einen psychologischen Krieg gegen den Westen, und da liegt es nahe, die Interessensphären und die Finnlandisierung aus ihren Gräbern hervorzuholen. Da wir damit Erfahrung haben, wirkt der mehrfache Händedruck hinter unserem Rücken zumindest suspekt. Denn die Zersetzung der europäischen Einigkeit ist Russlands Ziel. **Russland ist unterwegs in die Vergangenheit, weil es von einem Dieb geführt wird, der nur ein einziges Mittel hat, um ungestraft das Eigentum seines Volks zu rauben – die Diktatur.** Dass Stalin in Russland gegenwärtig den Status eines Superstars innehat, passt dazu. Indem Putin Stalins Methoden und Taten legitimiert, erlaubt er sie sich selbst. Bei diesem Projekt spielt die Geschichte eine wesentliche Rolle: Die Verbrechen der Sowjetunion wurden geheiligt durch die Änderung der russischen Verfassung, und nun ist es bei unserem östlichen Nachbarn kriminell, diese Verbrechen zur Sprache zu bringen. In das Gesamtbild fügt sich gut die Lüge ein, dass Finnland und Estland „historisch zu Russland gehören“. Faktisch flatterte die russische Fahne über Finnland nur einen Augenblick im Vergleich zu der Zeit, die es unter schwedischer Herrschaft stand. Estland wurde 700 Jahre lang von den Deutschen beherrscht. Russland will zurück zu Fotos wie denen, auf denen Stalin schmunzelnd hinter Molotow steht, der den Vertrag unterschreibt, oder auf denen er bei der Konferenz von Jalta auf dem Platz des Siegers sitzt. Doch die heutigen Entscheidungsträger sollten sich überlegen, ob sie selbst auf solche Fotos wollen. Arm in Arm mit Tyrannen zu posieren ist populär – bis daraus eine Schande wird, was früher oder später geschehen wird. Der Diktator, der die Gewalt glorifiziert, befleckt unausweichlich auch ihm Nahestehende mit Blut.

***Sofi Oksanen** ist eine finnisch-estnische Schriftstellerin und Dramaturgin. Im Januar erschien ihr Roman „Hundepark“ bei Kiepenheuer & Witsch. Aus dem Finnischen von Angela Plöger.*

Lasha Bugazde, Georgien Russlands Panzer stehen 60 Kilometer von der Hauptstadt meines Landes entfernt. Es vergeht kein Monat, in dem russische Soldaten nicht georgische Staatsbürger festnehmen, die die Grenze zum sogenannten „Südostetien“ überschreiten und sich auf seit 2008 russisch besetztem georgischen Territorium aufhalten. Diese aus dem Nichts entstandene Grenze ist beweglich. Niemand weiß, wo genau die rechtswidrige „mobile Berliner Mauer“, wie sie in Georgien genannt wird, verläuft. Auch jetzt, während ich dies schreibe, rollen Putins Soldaten auf geraubtem Boden ihren Stacheldraht aus, mit dem Ergebnis, dass Menschen die Häuser verlieren, in denen sie seit ihrer Geburt lebten. Der Vorgang trägt die deprimierende Bezeichnung „schleichende Okkupation“. Das Schwinden von georgischem Territorium und die Gefahr eines russischen Angriffs werden zum Alltag – eine schleichende Putinisierung.

Am 9. April 1989 wurden bei einer friedlichen Demonstration im Zentrum von Tbilissi 21 Demonstrierende von Sowjettruppen getötet und Hunderte mit Kampfgas vergiftet. Sie hatten die Ablösung Georgiens von der UdSSR gefordert. Die Jüngste unter den Ermordeten war 16 Jahre alt (was mir als damals Elfjährigem alt vorkam), das älteste Opfer war 75; ihr Mörder, General Rodionow, verschwieg mithilfe der Sowjetpropaganda beharrlich die Tatsache, dass es Tote gegeben hatte. Meine Eltern, die ebenfalls an der Kundgebung teilnahmen, kamen wie durch ein Wunder lebend davon, aber die vom Kreml ausgehende Bedrohung verfolgte ihre und meine Generation – eine unaufhörliche Provokation, die nun schon mehr als dreißig Jahre lang andauert. Für uns ist der Westen immer ein Muster moralischer Deutlichkeit gewesen, und er ist es noch immer, auch wenn uns mitunter fassungsloses Entsetzen packt, angesichts einer europäischen Ex-Ministerin, die auf ihrer Hochzeit mit Putin tanzt (quasi einen Mephisto-Walzer mit einem unverfrorenen Mörder), oder angesichts des deutschen Altkanzlers im Aufsichtsrat des staatlichen russischen Gaskonzerns, des dunklen Horts des Geldes, mit dem Kriege, Auftragsmorde und Putinsche Propaganda finanziert werden.

Es stimmt, Russlands [Panzer](#) stehen nicht so nah vor Zentraleuropa wie vor Tbilissi oder der ukrainischen Grenze, doch eines wird wohl den meisten klar sein: Ziehen sich diese Panzer nicht zurück, werden sie ihr geografisch und ideologisch verheerendes Vorrücken weiter fortsetzen, mit der Folge, dass sich aufs Neue Unfreiheit und Lüge etablieren. Und dann wird es wirklich zu spät sein. Betrachte ich die Wechselbeziehung zwischen dem Kreml und uns historisch, denke ich oft, dass er immer dann triumphiert, wenn wir dem Bösen gegenüber zu wenig konsequent sind. Denn das Problem ist nicht seine Macht, sondern unsere Schwäche und fehlende Deutlichkeit, vor allem und gerade von moralischer Warte aus.

***Lasha Bugadze** ist georgischer Schriftsteller und Cartoonist. Auf Deutsch erschien zuletzt 2018 sein Roman „Der erste Russe“ in der Frankfurter Verlagsanstalt. Aus dem Georgischen von Rachel Gratzfeld.*

Piret Raud, Estland Die aktuelle angespannte Lage und die Ambitionen unseres östlichen Nachbarn verursachen natürlich große Sorge. Aufgrund einer ähnlichen historischen Erfahrung verstehen Esten leicht das Bestreben der Ukrainer, und die Zerbrechlichkeit der Situation berührt uns tief. **Ich würde Estland mit**

einer Frau vergleichen, die aus einer gewaltsamen Ehe geflüchtet ist: Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat diese Frau hart daran gearbeitet, ihr Leben wiederaufzubauen, obwohl Erinnerungen an vergangene Demütigungen und die Gewalt sie noch immer heimsuchen, umso mehr, als der brutale frühere Ehemann in der Nähe lebt, fortwährend ein Auge auf sie hat und versucht, in ihr Leben einzudringen, wann immer er die Möglichkeit dazu hat; er verbreitet Gerüchte über sie und Verleumdungen.

Die Frau lebt in ständiger Angst davor, dass der Mann zurückkehrt. Sie hat mehrere neue Schlösser in ihre Tür eingebaut; sie ist der Europäischen Union und der NATO beigetreten, aber der Mann könnte dennoch wieder kommen und die Tür aufbrechen. Sie weiß nicht, ob ihr jemand zur Hilfe käme oder ob die anderen wegschauen, weil das einfacher und einträglicher scheint. Denn der Mann ist trotz alledem einflussreich, er ist stark. Jetzt gerade rüttelt er laut an der Tür, und wir haben Angst.

Esten erinnern sich viel zu gut daran, wie wir vor und nach dem Zweiten Weltkrieg alleingelassen wurden. Die Wunden mögen verheilt sein, aber die Narben schmerzen noch. Heute sagen wir uns selbst, dass die Mitgliedschaft in der [EU](#) und der NATO als Garantien gegen die Wiederholung der Geschichte wirken sollten. **Doch was ist mit der Ukraine? Dort haben sie nicht die nötigen Schlösser, nur eine dünne Tür aus Sperrholz.** *Die Bücher der estnischen Illustratorin und Kinderbuchautorin **Piret Raud** erscheinen auf Deutsch im Midas-Verlag. Aus dem Englischen von Novina Göhlsdorf.*

Sasha Filipenko, Belarus Europäische Politiker, die glauben, dass Russland recht hat, wenn es sagt, russische Sicherheitszonen seien tatsächlich bedroht – sie hätten vermutlich in den Dreißigerjahren Hitler auch nicht an der Annexion der Tschechoslowakei gehindert. Diese Leute haben entweder keine Ahnung, was in Russland wirklich vor sich geht, oder sie sind bereit, die Augen davor zu verschließen. In der Hoffnung, sich selbst in Sicherheit zu bringen, sind sie bereit, die Annexion der Krim zu akzeptieren und, wenn es sein muss, die Ukraine ganz aufzugeben, im naiven Glauben, dass Putin es dabei belassen wird. Nein, wird er nicht, denn er versteht nur die Sprache der Stärke.

Die größte Gefahr für Russland ist inzwischen jedoch Putin selbst – sein Totalitarismus und sein Wunsch, die Sowjetunion wiederzubeleben. Gleichzeitig will er eine neue Berliner Mauer errichten, um von Europa abgegrenzt in „seinen Ländern“ all das zu tun, was auch immer er will. Er glaubt an seinen besonderen Weg, während er die Wählerschaft verliert. Jetzt braucht er dringend einen weiteren kleinen, siegreichen Krieg. Aber anscheinend versteht er nicht mehr, dass sich die Geschichte der Krim nicht wiederholen wird. Eine Invasion in die Ukraine wäre eine Katastrophe, vor allem für Russland selbst. Mit jedem Tag und mit aller Kraft verwandelt sich Russland in ein Belarus, in ein Land, in dem selbst die grundlegendsten Gesetze nicht eingehalten und elementare Rechte und Freiheiten verletzt werden. Eine neue Diktatur. Unabhängige Journalisten werden in Russland täglich angegriffen, Nichtregierungsorganisationen werden systematisch zerstört. Die Ausrottung jeglicher Initiative – das ist das vorrangige Anliegen von Putins Russland. Die Größe des Landes ist wichtiger als das Wohlergehen und die Freiheiten seiner Bürger. Ich glaube fest daran, dass Putin den Bezug zur Realität verloren hat. Im Jahr 2022 wird ein riesiges Land von einem Geheimdienstler regiert, der überall Feinde und Verräter sieht und seine Informationen nur aus den Papieren bezieht, die ihm seine Generäle bringen. Sein einziges Ziel ist es, Macht zu erhalten – vorzugsweise über so viele Gebiete wie möglich. Ein neuer sowjetischer Zar. **Während Europa sich in die Zukunft bewegt, versucht Putin mit aller Kraft, sein riesiges Kriegsschiff in die Vergangenheit zu lenken.**

***Sasha Filipenko** ist ein belarussischer Schriftsteller. Bis 2020 lebte er in Russland, seitdem wohnt er an wechselnden Orten in Europa. Am 23. Februar erscheint auf Deutsch sein neuer Roman „Die Jagd“ bei Diogenes. Aus dem Russischen von Anna Prizkau*

Maarja Kangro, Estland Meine Freundin, die vor fünf Jahren aus Estland nach Spanien gezogen ist, hat mir jetzt gesagt, dass das Leben in Estland immer beängstigender wird, wegen Putins Aktionen. Sie sei glücklich, dass sie weit weg von dieser Gefahr lebe. Von Madrid aus mag es tatsächlich so aussehen. Aber wie sieht es aus in Tallinn, etwas mehr als 200 Kilometer von der russischen Grenze entfernt? Hier gibt es keine Panik, keine Beunruhigung im Alltag. Natürlich sind die Berichte über die [Ukraine](#), Russland und die Reaktionen des Westens Spitzenmeldungen. Ein Frieden um jeden Preis wird nicht toleriert (in der Theorie), besorgt redet man von einer möglichen „Finnlandisierung“ der Ukraine. Aber in den öffentlichen Medien wird

Seite 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

auch versucht, die Einstellung der Bevölkerung zu besänftigen und die Atmosphäre zu beruhigen. Jetzt kam die Nachricht, dass Russland daran interessiert sei, das Grenzabkommen mit Estland zu ratifizieren. Kürzlich ist ein Artikel über eine Umfrage erschienen, der zufolge die Russen in Russland ein positives Bild von Esten haben: In den Regionen, die an Estland grenzen, stehen sogar 72 Prozent der Russen den Esten positiv gegenüber.

Man behauptet auch, dass es nicht notwendig sei, in Estland die russischen Propagandakanäle zu schließen (wie in Lettland): im Gegenteil, diese Kanäle würden uns „auf dem Laufenden“ halten. Und auch Premierministerin Kallas betont, dass - obwohl Europa vor der größten Sicherheitskrise seit dreißig Jahren steht und wir der Ukraine Hilfe leisten müssen, auch mit den Waffen! - sich Russlands Aggression nicht gegen uns richtet. Anfang der Woche war ich zu Gast bei einem Gala-Mittagessen der größten Zeitung Estlands. Sie steht politisch rechts, aber aus irgendeinem Grund bin ich trotzdem immer wieder eingeladen worden. Der Chefredakteur hat emotional gesprochen: Wer heute im Westen vom Frieden spricht, dem dürfe man nicht vertrauen! Er hat Vergleiche zu Chamberlain und Churchill gezogen. Aber für unseren ehemaligen Staatspräsident Ilves steht hinter der heutigen Kriegsgefahr eher ein digitaler Krieg, eine Möglichkeit, den ganzen Staat digital zu paralysieren. Wer ein Mitglied der NATO angreife, riskiere damit einem Atomkrieg, so hat er es in seinem Vortrag gesagt. Na ja. In Estland verlässt man sich sehr auf diesen Artikel 5 des NATO-Pakts. Ob ein solcher starker Glaube gut begründet ist, weiß ich nicht. Aber wir wollen es sicher nicht in einer echten Kriegssituation prüfen oder widerlegen.

Maarja Kangros Memoir „Kind aus Glas“, das auch von einer Reportage-Reise in die krisengebeutelte Ukraine erzählt, ist 2018 im Kommode Verlag auf Deutsch erschienen.

Johan Harstad, Norwegen Leben wir in den neuen Achtzigern, den neuen Sechzigern oder den neuen Dreißigern? Das ist die Frage, die ich mir in diesen Tagen stelle. Weil ich mir sicher bin, dass Ärger auf uns zukommt. Weltpolitiker neigen dazu, schlechte Geschichtsstudenten zu sein, daher ist von Wiederholungen vergangener Fehler fast auszugehen. Imperien zerfallen, weil Leute ihre Hausaufgaben nicht machen. Ich bin erschüttert von der Androhung einer Invasion der Ukraine, so wie mich die Idee von Invasionen überhaupt entsetzt. Aber ich befürchte, die Russland-Ukraine-Situation ist nur der Anfang, und dass, wenn diese Situation in Grauen umschlägt, sich das auf die China-Taiwan-Situation auswirkt, einen erneuten Krieg in Bosnien entfacht und so weiter. Und damit müssen wir dann zurechtkommen – und mit einer USA, die vielleicht auf einen Proto-Faschismus zusteuert. Es ist das, was mich nachts wirklich wachhält, da Donald Trump weder Fakten noch die Realität wahrzunehmen scheint. Von ihm abgesehen, gibt es Hoffnung, sofern die Regierungschefs miteinander reden. Und wie bei jeder Paartherapie musst du, bevor du beginnst anzuklagen, zuhören und verstehen, was die andere Seite bewegt – und ich meine, wirklich zuhören, anstatt nur darauf zu warten, dass du dran bist damit, die Bombe zu werfen. Angst, Hoffnung und eine stolze Geschichte sind in allen Ländern tief verwurzelt. Und wenn sie unwillig sind, einander anzuhören, schlage ich vor, sie googeln einmal das Bild „Pale Blue Dot“ (blassblauer Punkt) und lesen die Gedanken von Carl Sagan dazu. Und falls auch das nicht hilft, tja, dann kann ich ihnen echt nicht helfen.

Johan Harstad ist ein norwegischer Schriftsteller. Sein neuer Roman „Auf frischer Tat“ erscheint im August im Rowohlt Verlag. Aus dem Englischen von Novina Göhlsdorf

Inga Åbele, Lettland An einem bestimmten Punkt wird ein Krieg persönlich. Das Baltikum war schon immer ein Schlachtfeld. Ich hoffe und glaube jedoch, dass Krieg der Vergangenheit angehört. Ich hoffe und glaube, dass es endlich eine Generation geben wird, die hier ein Leben lang ohne Krieg leben kann!

Auf die Frage „Was halten Sie von Stimmen im Westen, die die Auffassung Russlands zu teilen scheinen, dass Länder wie Polen oder die baltischen Staaten schon immer Teil von Russlands größerem Einflussgebiet waren?“ lautet meine Antwort: Ich glaube, das sind böse Alpträume!

Ein verwirrter russischer Ex-KGB-Offizier will Gebiete erobern, die ihm nicht gehören, das ist alles. Glücklicherweise hat sich die Situation seit dem letzten Weltkrieg geändert – alles muss vor den Augen der ganzen Welt geschehen, denn das Internet hat die Welt transparent gemacht. Vor ein paar Jahren konnten wir sehen, wie ein verwirrter belarussischer Diktator auf sein Volk einprägen ließ. Wir konnten den Belarussen

nicht helfen, aber wir haben ihren Freiheitskampf gesehen und konnten für sie beten. „Ich glaube, diese Zeit wird wie ein böser Alptraum vergehen. Es gibt mir die Kraft, hier zu stehen und zu atmen“, sagte der lettische Freiheitskämpfer Gunārs Astra, als er 1983 vor einem sowjetischen Gericht stand. Was er glaubte, ist wahr geworden. 1991 hat Lettland seine Freiheit und Souveränität wiedererlangt. Mein Sohn hat sich als Freiwilliger bei den Reservisten der Nationalen Streitkräfte gemeldet. Was mehr kann ich sagen? Ich bete zu Gott. **Inga Ābele** ist eine lettische Schriftstellerin. Auf Deutsch erschien zuletzt ihr Roman „Die Flut“ im Kommode Verlag.

Szczepan Twardoch, Polen Mit einem russischen Einmarsch in die Ukraine droht die Gefahr eines umfassenden Krieges in einem Ausmaß, wie es Europa seit 1945 glücklicherweise nicht mehr erlebt hat. Diese Bedrohung erinnert uns, die wir in Mittel- und Osteuropa leben, auf schmerzliche Weise an mehrere Wahrheiten:

1. **Die Geschichte ist nicht vorbei. Unser europäischer Kristallpalast**, erbaut auf der Illusion des Endes der Geschichte, des ewigen Friedens und des endgültigen Triumphs der liberalen Demokratie, bekommt Risse und kann jeden Moment einstürzen.

2. Wir wissen nicht, wo die russischen Panzer anhalten werden, sobald sie sich einmal in Bewegung gesetzt haben. In Mariupol? In Kiew? In Lemberg? In Przemyśl? An der Oder? In Berlin? Weiter westlich? Ist es nicht an der Zeit, dass wir uns das Unvorstellbare vorstellen, um unserer selbst willen? Vor zehn Jahren hätte sich niemand ausmalen können, dass Putin in die Ukraine einmarschieren, ihre Grenzen gewaltsam ändern und die Krim an Russland angliedern könnte.

3. Die Haltung Deutschlands ist äußerst enttäuschend. Deutschland schien ein Musterbeispiel für den Umgang mit der eigenen historischen Schuld zu sein, ein Musterbeispiel dafür, internationale Politik nicht nur auf Grundlage eigener Interessen, sondern auch bestimmter moralischer Standards zu betreiben. Heute dagegen verhält es sich, als wäre Gerhard Schröder noch Kanzler. **Der unverschämte Vorschlag, 5000 Helme an die Ukraine zu liefern, ist der bisherige Tiefpunkt dieser unwürdigen Politik, die darauf abzielt, die Europäische Union von Russland abhängig zu machen und sie ihm anzunähern, als ob Russland ein „normales“ Land wäre** – und keine aggressive Diktatur. Es ist der Tiefpunkt einer Politik, deren neueste Vorstöße die Zerstörung der europäischen Einheit durch Nord Stream 2 oder das angesichts der Klimakatastrophe für niemanden verständliche Ende der Nuklearenergie sind. Das Münchner Abkommen und die dortige Politik Chamberlains sollten weiter eine Abschreckung sein.

Szczepan Twardoch ist ein polnischer Schriftsteller. Sein neuer Roman „Demut“ erscheint am 15. Februar bei Rowohlt Berlin. Aus dem Polnischen von Susanne Romanowski.

Serhij Zhadan, Ukraine Ich erinnere mich sehr gut an das Frühjahr von 2014, den sogenannten „russischen Frühling“; in dem hat Russland versucht, mithilfe seiner Agenten die Städte in der Ost- und Südukraine zu destabilisieren. In den meisten Städten konnte die Ukraine die Angriffe zurückschlagen, im Donbass artete das Ganze jedoch in einen regelrechten Krieg aus, der bis heute andauert. Ich erinnere mich, wie in Charkiw, einer Stadt, die rund fünfzig Kilometer von der russischen Grenze entfernt ist, regelmäßig und professionell Gerüchte gestreut wurden, dass etwa am nächsten Montag die russische Armee in die Stadt einmarschieren würde. Damals war es wirklich beängstigend, da nach der Annexion der Krim das Auftauchen von russischen Soldaten auf dem ukrainischen Gebiet niemanden mehr verwundern konnte.

Im damaligen Frühling tauchten die russischen Truppen in Charkiw nicht auf. Sie griffen im Sommer im Donbass an, als klar wurde, dass die Ukraine die Kontrolle über die von russischen Milizen eroberten Städte allmählich zurückgewinnt. Allerdings bekannte sich Russland nicht dazu, seine Truppen in die Ukraine geschickt zu haben, **und der Westen nahm aus irgendwelchen Gründen eine merkwürdige Position ein** – wir wissen, dass ihr da seid, werden aber nicht laut darüber sprechen. Ich rede hier aber nicht über die Prinzipientreue unserer westlichen Partner. Es geht um die Wahrscheinlichkeit eines offenen Krieges, Informationsattacken und Panikgefühle.

Ich vermute, dass der ganze Informationsdruck gegen die Ukraine, den wir seit dem vergangenen Herbst beobachten, größtenteils Einschüchterung und Demoralisierung zum Ziel hat. Wir werden schon so lange

Seite 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

davor gewarnt, dass Putin angreifen wird, als rollten die russischen Panzer aus eigener Kraft von Sibirien an die ukrainische Grenze heran. Es ist wohl klar, dass Russland in den letzten acht Jahren den Angriff jederzeit starten konnte. Und es ist auch offensichtlich, dass eine neue Eskalation von russischer Seite nicht unbedingt den Einsatz von Panzerkolonnen bedeuten muss – die Hackerangriffe auf die Websites der ukrainischen Ministerien und die zuletzt regelmäßigen Bombenalarme wegen vermeintlich deponierter Sprengsätze in Schulen, U-Bahn-Stationen und Bahnhöfen in den ukrainischen Städten machen deutlich, dass man den Krieg mit diversen Mitteln führen kann. **Dieser ständige Druck und Versuche, Panik auszulösen, haben aber noch etwas gezeigt – dass die Ukrainer in Wirklichkeit keine Angst haben. Ja, alle begreifen die Gefahren, alle haben sich längst festgelegt. Und alle verstehen, dass man sich nur auf sich selbst verlassen kann.** Freilich gibt es eine gewisse Besorgnis, viel wichtiger ist aber, dass man nun Selbstvertrauen hat. Etwas, was uns im Frühjahr von 2014 gefehlt hat. Also schläft man ruhig in Charkiw. Allerdings mit Waffen unter dem Kissen.

Serhij Zhadan ist ein ukrainischer Schriftsteller, Musiker und Dichter. Er lebt in Charkiw. Auf Deutsch erschien von ihm zuletzt der Roman „Internat“ (Suhrkamp). Am 21. Mai feiert das Musiktheaterstück „Lieder von Vertreibung und Nimmerwiederkehr“, zu dem Zhadan das Libretto geschrieben hat, in der Tischlerei der Deutschen Oper Berlin Premiere. Aus dem Ukrainischen von Juri Durkot.

Gerade Deutschland muss der Ukraine Waffen liefern! [Richard Herzinger](#) 7.2. 2022

Die Bundesregierung weigert sich nicht zuletzt mit dem Verweis auf die deutsche Geschichte, der Ukraine Waffen zu ihrer Verteidigung zu liefern. Gemeint ist damit offenbar, dass Deutschland angesichts der Verbrechen des Nationalsozialismus, und namentlich des völkermörderischen deutschen Wütens in der Sowjetunion, zu besonderer Zurückhaltung auf militärischem Gebiet verpflichtet sei.

Doch dieses Argument dokumentiert in Wahrheit nur die Geschichtsvergessenheit der deutschen politischen Elite, statt dass es von einem wirklichen Verantwortungs-bewusstsein im Umgang mit der NS-Vergangenheit zeugen würde. Denn wenn es eine Lehre aus der Ausbreitung von Faschismus und Nationalsozialismus mit all ihren vernichtenden Konsequenzen im vergangenen Jahrhundert gibt, dann lautet sie, dass Demokratien bewaffnet und verteidigungsbereit sein müssen, um sich rechtzeitig gegen die Aggression autoritärer und totalitärer Mächte zu Wehr setzen zu können. Und dass es die Pflicht der großen Demokratien ist – wenn sie schon nicht direkt intervenieren -, schwächeren Nationen die militärische Ausstattung zukommen zu lassen, die es ihnen ermöglicht, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Wenn Deutschland diese Unterstützung nun ausgerechnet einem eng befreundeten demokratischen Staat in der europäischen Nachbarschaft verweigert, handelt es nicht dem moralischen Imperativ gemäß, dem es sich aufgrund seiner NS-Vergangenheit angeblich verpflichtet fühlt, sondern verkehrt diesen geradewegs in sein Gegenteil.

Denn das Versäumnis, rechtzeitig aufzurüsten und potenzielle Opfer der totalitären Aggression militärisch zu unterstützen, war ein Hauptmerkmal jener verhängnisvollen Appeasement-Politik, die Hitler die Bahn für seinen Eroberungs- und Vernichtungskrieg frei machte. Zu den schwersten historischen Fehlern der Westmächte in den 1930er Jahren gehörte es, dass sie gegenüber der bedrohten Spanischen Republik eine Politik der „Nichteinmischung“ betrieben und ein Waffenembargo verhängten, das in erster Linie die demokratisch gewählte Regierung in Madrid traf. Sie ebneten damit Franco den Weg zum Sieg im Bürgerkrieg von 1936 bis 1939 und ermöglichten es NS-Deutschland, an der Seite des Caudillos einen mörderischen Testlauf für den großen Krieg ab 1939 durchzuführen. Vor der Niederlage der republikanischen Kräfte hatten sie diese zudem in die Abhängigkeit von der Sowjetunion getrieben, die mit Waffenlieferungen und der Entsendung von Militärpersonal (sowie von jeder Menge Geheimdienstagenten, die Linksabweichler verfolgten) in die Lücke stieß, die sich durch die westliche Abstinenz aufgetan hatte.

Falsche Lehren aus der Geschichte

Neben der Preisgabe der Tschechoslowakei stellte das Heraushalten des Westens aus dem Spanischen Bürgerkrieg eines der entscheidenden Signale an Hitler dar, die ihn davon überzeugten, dass er von den westlichen Demokratien keine ernsthafte Gegenwehr zu erwarten habe. Hätten die USA unter Franklin D. Roosevelt diesen verhängnisvollen Neutralitätskurs auch nach 1939 fortgesetzt und Großbritannien in den Jahren 1940/41, als es allein gegen Hitler stand, nicht massiv mit Waffen und anderen Hilfsgütern beliefert, hätte dieses seinen Widerstand gegen die NS-Kriegsmaschinerie nicht so lange durchhalten können, bis die Vereinigten Staaten schließlich selbst in den Krieg eintraten. Dasselbe gilt übrigens auch für die Rote Armee, die den deutschen Invasoren ohne die umfassende Lieferung von Kriegsmaterial und Lebensmitteln durch die USA seit Ende 1941 kaum hätte standhalten können. Dabei musste Roosevelt diese Hilfsleistungen gegen eine in der US-Öffentlichkeit dominante isolationistische und abstentionistische Stimmung durchsetzen. Ohne Roosevelts Entschlossenheit und den von ihm in die Wege geleiteten Waffenlieferungen aus den USA, hätte Hitlerdeutschland mit hoher Wahrscheinlichkeit den Krieg gewonnen. **Kurz: Auf die Waffen kam es an.** Es ist schon seltsam, dass gerade die Kräfte, die sich hierzulande am vehementesten auf den Antifaschismus berufen, diese historische Erkenntnis nicht wahrhaben wollen.

Heute aber ist Deutschland eine der größten und stärksten Demokratien der Welt, und es obliegt nun ihm, in die historischen Fußstapfen der USA zu Zeiten Roosevelts zu treten. Es ist jetzt selbst eines der mächtigen demokratischen Staaten, von denen sich schwächere Nationen Schutz erhoffen. Das festzustellen bedeutet übrigens in keiner Weise, Putin auf eine Stufe mit Hitler zu stellen und die Dimension des NS-Vernichtungskrieg mit dem Gewaltpotenzial von Putins Neo-Imperialismus gleichzusetzen. Doch den ukrainischen Zivilisten, die demnächst Opfer verheerender Bombardements nach dem Muster des Vorgehens der russischen Luftwaffe in Syrien werden könnten, weil ihrem Land adäquate Luftabwehrsysteme fehlen, dürfte dieser historische Unterschied für den Augenblick ziemlich egal sein.

Es mag ehrenwert klingen, wenn sich die deutsche Politik in Erinnerung an die sowjetischen Opfer des deutschen Überfalls gerade gegenüber Russland zu besonderer Zurückhaltung in militärischen Dingen angehalten sieht. Sie übergeht dabei jedoch großzügig, dass die Sowjetunion eben nicht nur aus Russland bestand. Vielmehr waren die Ukraine und Belarus die beiden Nationen innerhalb des Sowjetstaats, die unter der NS-Besatzung bei weitem am meisten zu leiden und die mit Abstand meisten Opfer zu beklagen hatte. **Die Ukraine verlor etwa die Hälfte ihrer Bevölkerung, und ihr Territorium war zu einhundert Prozent der mörderischen NS-Okkupation ausgesetzt – das Russlands dagegen nur zu drei bis fünf Prozent.** Nicht zum Zweck einer sinnlosen Opferaufrechnung ist es wichtig, sich dies vor Augen zu führen. Sich die Dimension von Tod und Verwüstung zu vergegenwärtigen, die Deutschland einst über die Ukraine gebracht hat, unterstreicht vielmehr, wie objektiv zynisch es ist, heute ausgerechnet mit dem Hinweis auf die deutsche Geschichte Mittel zu verweigern, die ukrainische Leben schützen können. Gerade aufgrund seiner Vergangenheit ist Deutschland in besonderer Weise dazu verpflichtet, alles zu tun, um neues grauenvolles Unheil von der Ukraine abzuwenden. Und das bedeutet eben nicht zuletzt, ihre Verteidigungs- und Abschreckungskraft effektiv zu stärken.

Wofür die Ukraine Waffen braucht

Dabei schlägt die deutsche eherne Maxime, keine Waffen „in Krisengebiete“ zu liefern, im Falle der Ukraine in empörenden Widersinn um. Denn die Ukraine ist in keiner Weise verantwortlich für den Ausbruch jener „Krise“, die Berlin jetzt als Vorwand dafür dient, ihr Hilfe zu verweigern. Verursacher und Betreiber dieser „Krise“ ist vielmehr alleine der Aggressor Russland. Folgt man der deutschen Rüstungsexportlogik in die letzte Konsequenz, bräuchte ein Aggressor nur eine bewaffnete „Krise“ vom Zaun brechen und ein Land mit einer Invasion bedrohen, um eine Belieferung seines Opfers mit Waffen zu seiner Verteidigung unmöglich zu machen. **Vollends verlogen wird die Weigerung Berlins, der Ukraine Waffen zur Verfügung zu stellen, wenn man bedenkt, dass Deutschland**

zu den größten Rüstungsexporteurern der Welt gehört und keine Hemmungen zeigt, sein Kriegsgerät selbst an finsterste Autokratien zu verkaufen. Zudem hat es durchaus auch bereits Ausnahmen von dem deutschen „Keine-Waffen-in Krisengebiete“-Dogma gegeben. So hat die Bundesregierung die kurdischen Peschmerga in ihrem Krieg gegen den IS vollkommen zu Recht [mit umfangreichem Kriegsgerät unterstützt](#). Warum aber enthält sie der akut in ihrer Freiheit und Unabhängigkeit bedrohten Ukraine vor, was sie den kurdischen Freiheitskämpfern gewährte?

Gewiss dürfte niemandem wohl bei dem Gedanken sein, dass möglicherweise russische Soldaten durch deutsche Waffen getötet werden könnten. Doch die Verantwortung dafür, dass dies Realität werden könnte, liegt allein bei dem Regime Wladimir Putins. Weder Deutschland noch der gesamte demokratischen Westen haben die geringste Absicht oder irgendein Interesse daran, Krieg gegen Russland zu führen oder es mit Krieg zu bedrohen. Im Gegenteil: Kaum etwas wünscht man sich in den westlichen Demokratien sehnlicher, als Russland irgendwann endlich im Kreis der gleichberechtigten, friedlich und konstruktiv mit seinen Nachbarn kooperierenden demokratischen Nationen begrüßen zu können. Westliche Waffen, die an die Ukraine geliefert werden, dienen ausschließlich dem Zweck, den Angriff des vom Putinismus beherrschten Russland auf das Land und sein Recht auf demokratische Souveränität abzuschrecken oder abzuwehren. Verzichtet Putin auf die Aggression gegen die Ukraine, werden diese Waffen niemals zum Einsatz kommen. Er allein hat es in der Hand, die Opfer zu vermeiden, die seine verschärfte kriegerische Aggression kosten würde – und zwar auch die russischen.

Lesen Sie auch: [Die Ukraine braucht Waffen – und die Aufnahme in die Nato!](#)

<https://herzinger.org/die-ukraine-braucht-defensivwaffen-und-die-aufnahme-in-die-nato>

[Putins Krieg: Erst die Ukraine, dann der ganze Westen](#)

<https://herzinger.org/putins-krieg-erst-die-ukraine-dann-der-ganze-westen>

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“^[1]

Geschichten über Siege und Niederlagen im 20. Jahrhundert

Vom 6. Februar an jeden Sonntag ab 19:30 Uhr in HAUPTSTADT TV

Lily Braun: 6. Februar 2022

Otto Sidow: 13. Februar 2022

Arthur Stadthagen: 20. Februar 2022

Emma Ihrer: 27. Februar 2022

Paul Neumann: 6. März 2022

Otto Wels: 13. März 2022

Marie Juchacz: 20. März 2022

Ernst Schrader: 27. März 2022

Clara Bohm-Schuch: 3. April 2022

Paul Szillat: 10. April 2022

Otto Braun: 17. April 2022

Siehe nächste Seite!

STEFFEN REICHE PRÄSENTIERT: „POLITISCHE BIOGRAFIEN“¹

Geschichten über Siege und Niederlagen im 20 Jahrhundert



Ab 6. Februar jeden Sonntag um 19:30h bei HAUPTSTADT TV: <https://hauptstadt.tv>



Lily Braun: 6. Februar 2022



Otto Sidow: 13. Februar 2022



Arthur Stadthagen: 20. Februar 2022



Emma Ihrer: 27. Februar 2022



Paul Neumann: 6. März 2022



Otto Wels: 13. März 2022



Marie Juchacz: 20. März 2022



Ernst Schrader: 27. März 2022



Clara Bohm-Schuch: 3. April 2022



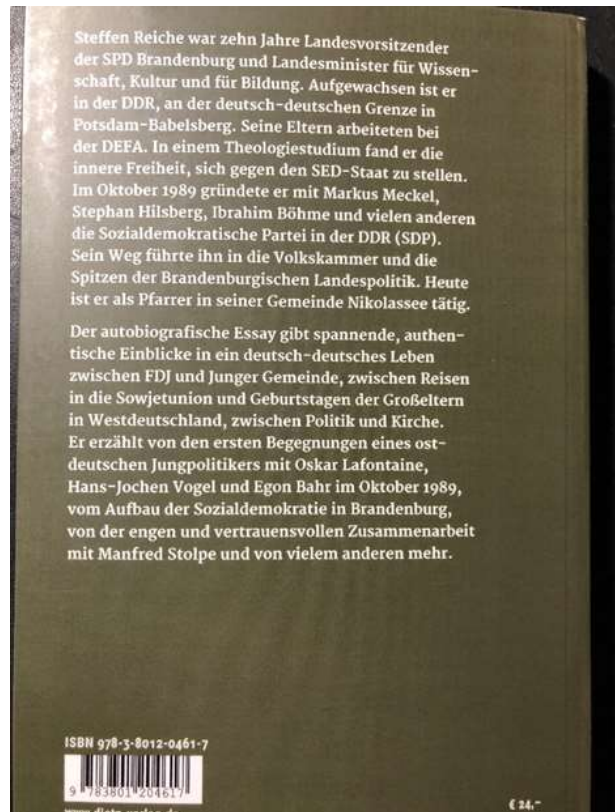
Paul Szillat: 10. April 2022



Otto Braun: 17. April 2022

Alle Sendungen auch in der:
Mediathek Hauptstadt TV

¹ Mit Texten von: Willi Carl, Christel Dettmann, Siegfried Heimann, Sabine Hering, Uwe Klett, Gisela Notz, Wolf Preuss, Frank Reich, Kurt Schilde, Cornelia Wenzel und Christoph Wunnicke,
Aus dem Buch: Sozialdemokratie in Brandenburg 1868-1933, Dietz Verlag Bonn 2021.



Zugleich biete ich Ihnen mein Buch „Tief träumen und hellwach sein“ an. Ihnen kann ich den Autorenrabatt anbieten und so sind es auch trotz Porto nur 20 €. Die CD kostet € 5,00.

1) Aufruf der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin zur Unterstützung*)

Die finanzielle Lage der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin ist schwierig. Gründe sind durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gegenwärtig der Ausfall sämtlicher Veranstaltungen, die nicht nur Kosten verursachen, sondern – von Fall zu Fall – auch für die nötigen Einnahmen sorgen können.

Wir sind für unsere Arbeit vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt. Das heißt einerseits: wir dürfen keine Rücklagen bilden (mit denen wir jetzt wirtschaften könnten, unsere Miet- und anderen Kosten selbst tragen), aber wir dürfen für Ihre großzügige Spende eine Spendenquittung ausstellen.

Wir haben die herzliche Bitte, unsere Arbeit durch eine Geldspende zu unterstützen, damit unsere Tätigkeit weitergehen kann. Wir arbeiten ehrenamtlich.

Sie erhalten am Ende des Jahres eine Spendenbescheinigung, unsere Arbeit ist vom Finanzamt für Körperschaften als gemeinnützig anerkannt!

Unsere Bankverbindung (Zusatz „Spende“ auf der Überweisung nicht vergessen!):

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:

Konto bei der Postbank Berlin

IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 **BIC** BNKDEFF

***) Unser erfolgsester Aufruf!!!**

2) BdV: Die „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung



„Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung

Die 1955 von Bundespräsident Theodor Heuss entzündete „Ewige Flamme“ braucht Ihre Unterstützung. Das Mahnmal der deutschen Heimatvertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin, an dem wir jährlich am Tag der Heimat unserer Opfer gedenken, wird seit vielen Jahren von uns mitgepflegt.

So nutzen wir Spenden unserer Mitglieder dazu, die „Ewige Flamme“ brennen zu lassen. Dazu bitten wir in diesem Jahr um eine Spende auf das unten angegebene Konto.

Bankverbindung
Deutsche Bank Bonn

BdV Förderverein

IBAN:
DE54 3807 0059 0077 0107 00

BIC:
DEUTDEK380



3) Aufruf des Leibniz-Instituts für Länderkunde: Heimatzeitschriften erbeten!

Sehr geehrter Herr Hanke,

herzlichen Dank für Ihr Angebot, in Ihrem Rundbrief auf unser Anliegen aufmerksam zu machen. Gerne nehmen wir diese Möglichkeit wahr. Angefügt finden Sie einen Text, der in ähnlicher Weise schon mehrfach abgedruckt wurde.

Ich habe soeben nachgeschaut: Wir haben in unserem Katalog 17 Heimatzeitschriften über Westpreußen nachgewiesen. Allerdings sind die jeweiligen Bestände sehr lückenhaft und bestehen häufig nur aus neueren Ausgaben. Insofern erhoffe ich mir durch den Aufruf viele Ergänzungen.

Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen
H. P. Brogiato

Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften Heimatzeitschriften erbeten

Die Geographische Zentralbibliothek (GZB) im Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig hat Ende 2013 vom Bund Heimat und Umwelt (BHU) die „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ übernommen. Um diese Sondersammlung systematisch auszubauen, wurden in den vergangenen drei Jahren zahlreiche Heimatvereine, Museen usw. mit der Bitte angeschrieben, das Anliegen zu unterstützen und der GZB ihre Heimatzeitschriften zur Verfügung zu stellen. Inzwischen werden mehr als 1000 Zeitschriften und Serien aus dem deutschsprachigen Raum regelmäßig zugesandt. (<http://ifl.wissensbank.com>). Da die Bibliotheklandschaft in Deutschland dezentral aufgebaut ist und einzelne Bibliotheken regionale Sammelschwerpunkte aufweisen, kann man in keiner deutschen Leihbibliothek (die Deutsche Nationalbibliothek als Präsenzbibliothek bildet einen Sonderfall) heimatkundliche Literatur regionsübergreifend vorfinden. Durch den Aufbau der „Bibliothek der deutschen Heimatzeitschriften“ entsteht somit ein einmaliger Bestand, der es erlaubt, heimatkundliche und regionalgeschichtliche Literatur räumlich vergleichend zu untersuchen.

Wir hoffen, dass sich durch diesen Aufruf viele Redaktionen, Heimatkreisbetreuer, Heimatmuseen, aber auch Privatpersonen entschließen können, die von Ihnen betreuten Zeitschriften an die Leipziger Bibliothek zu senden. Erwünscht sind auch die Zeitschriften, die inzwischen eingestellt wurden, von denen es aber vielleicht noch Lagerbestände gibt. Bei größeren Sendungen können die Versandkosten gegen eine Rechnung übernommen werden. Für weitere Informationen setzen Sie sich bitte mit uns in Verbindung:

Dr. Heinz Peter Brogiato
Leibniz-Institut für Länderkunde
GZB – Heimatzeitschriften
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig
E-Mail: h_brogiato@ifl-leipzig.de
Ruf: 0341 600 55 126

So wahr mir Gott helfe: Der Amtseid des Bundeskanzlers



Amtseid: Olaf Scholz am 08.12.2021 im Bundestag mit Parlamentspräsidentin Frau Bärbel Bas bei der Vereidigung zum neunten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Bei der Vereidigung verzichtete er als zweiter Bundeskanzler nach Gerhard Schröder (SPD) auf den Gottesbezug in der Eidesformel. Der Zusatz "So wahr mir Gott helfe" ist freiwillig.

Der 63-Jährige ist der vierte SPD-Kanzler in der Geschichte der Bundesrepublik - nach Willy Brandt (1969-1974), Helmut Schmidt (1974-1982) und Gerhard Schröder (1998-2005). Die CDU stellte bislang die vier Kanzler Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Helmut Kohl sowie zuletzt Kanzlerin Merkel. *Bild: ZDF*

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/olaf-scholz-bundeskanzler-ampel-100.html>

„So wahr mir Gott helfe“:

Laut Artikel 64 des Grundgesetzes müssen Kanzler und Minister bei der Amtsübernahme vor dem Bundestag den Amtseid leisten. Artikel 56, der die Vereidigung durch den Bundespräsidenten vorsieht, legt den Wortlaut fest.

In Artikel 56 heißt es:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.“

*Du musst denken, dass du morgen tot bist,
musst das Gute tun und heiter sein.*

Freiherr vom Stein

**„Wird der Zweifel Gegenstand des Zweifels,
zweifelt der Zweifelnde am Zweifel selbst, so verschwindet der Zweifel.“**

Der Philosoph Georg Wilhelm Friedrich Hegel, der am 27. August 250. Geburtstag hat, in seinen Vorlesungen über die „Philosophie der Religion“ (Berlin 1832).

Aus: Der Tagesspiegel, 19.08.2020, S. 6.

**„Berlin braucht bessere Schulen.
Kann ja nicht jeder Politiker werden.“**

Kampagnenspruch der CDU Berlin – in Orange auf Schwarz und illustriert mit Merkelraute. Eine PR-Aktion, für die es via Twitter gleich viel Kritik gab. Weil: Was soll das eigentlich bedeuten?

Aus: Der Tagesspiegel, 12.08.2020, S. 6.

„Verletze niemanden, vielmehr hilf allen, soweit du kannst.“

Arthur Schopenhauer

Was wir heute tun, entscheidet darüber, wie die Welt von
Morgen aussieht!

Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916)

„Heimat gestalten und nicht nur verwalten!“

Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsaeetze.pdf

- 1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend! „Rote Karte“ für die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG);
- 2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!

01) Lesehinweis an einem schwarzen Tag:
Reden von Putin und Zelens´kyj

Posteingang von A. Kaluza, Donnerstag, 24.02.2022, 16:19 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!
aus dem "kalten" Krieg um die Ukraine machte Putin gestern Nacht einen heißen.

Jetzt sprechen die Waffen.

Die Zeitschrift "Osteuropa" publiziert heute auf ihrer Homepage die Reden von

- Volodymyr Zelens´kyjs Rede aus der gestrigen Nacht 23./24. Februar 2022
- Vladimir Putins Rede an die Nation vom 22. Februar 2022

Sie sind auf der Homepage rechts zu finden:

<https://zeitschrift-osteuropa.de/>

Mit besten Grüßen

Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutsches Polen-Institut

Residenzschloss / Marktplatz 15

D-64283 Darmstadt

Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10

Mobil: 0157-57241221

www.deutsches-polen-institut.de

www.facebook.com/deutschespoleninstitut

02) Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen für Ukraine-Präsident
Selenskyj

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wird ihren nach Kaiser Karl IV. benannten Europäischen Karls-Preis dem Ukrainischen Staatspräsidenten Wolodymyr Selenskyj verleihen. Damit will sie, so der Sprecher und damit oberste politische Repräsentant der Sudetendeutschen Volksgruppe Bernd Posselt, „gegen Putins Angriff auf Herz und Seele Europas protestieren und Solidarität mit dem tapferen ukrainischen Volk bekunden. Selenskyj ist durch seine Tapferkeit und sein Augenmaß einer der bedeutendsten Europäer der Gegenwart.“ Der Europäische Karls-Preis der Sudetendeutschen wird für „Verdienste um eine gerechte Völkerordnung in Mitteleuropa verliehen“.

**03) Aktion Nothilfe für deutsche Altösterreicher aus der Ukraine.
Eine AGDM-Hilfsaktion „Minderheiten helfen Minderheiten“**



Aktion [#Nothilfe](#) für Deutsche aus der Ukraine: Flüchtende Angehörige der deutschen Minderheit brauchen unsere Unterstützung. Bitte helfen Sie mit!

Kontoinhaber: **Bund der Vertriebenen**, Commerzbank Bonn
IBAN: **DE59 3804 0007 0111 7043 00**, BIC: **COBADEFFXXX**
Verwendungszweck: Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine.

Uns haben dringende Bitten um Unterstützung von der Selbstorganisation unserer Landsleute in der Ukraine, dem Rat der Deutschen (+Altösterreicher!) in der Ukraine erreicht. Viele Landsleute versuchen, sich aus dem Kriegsgebiet zu retten. Flüchten können lediglich Frauen, Kinder und alte Menschen. Wehrfähige Männer dürfen das Land laut Berichten nicht mehr verlassen und werden zum Kriegsdienst eingezogen.

Die flüchtenden Frauen und Kinder sind auf ihrem Weg in die Sicherheit dringend auf Hilfe angewiesen. Die Bundesregierung hat die Anwendung eines allgemeinen Härtefallverfahrens für zuzugswillige Spätaussiedler-Bewerber eingerichtet. Betroffene können ohne ein Aufnahmeverfahren im Herkunftsgebiet direkt in Friedland vorsprechen und mündlich dort einen Aufnahmeantrag stellen.

Auf dem Fluchtweg bekommen unsere Landsleute **unkompliziert Unterstützung** durch die gemeinsam mit der [AGDM](#) (Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der **FUEN**, Berlin) und unseren Partnerorganisationen in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien sowie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland ([LmDR e.V.](#)) organisierte Hilfe. Nottelefone sind rund um die Uhr besetzt.

Für konkrete Direkthilfe benötigen wir dringend und kurzfristig Geldmittel. Daher hat der BdV die Spendenaktion für zweckgebundene Spenden „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ gestartet. Eingeworbene Gelder werden ohne jeden Abzug zur Unterstützung unserer auf der Flucht hilfsbedürftigen Landsleute aus der Ukraine und ihrer Familien über unsere gemeinsame Hilfsaktion zu Gute kommen.

Die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit unseren Partnerverbänden, den Organisationen der deutschen Minderheit in der Ukraine, in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien (wo Landsleute nach erfolgreicher Flucht zuerst ankommen) sowie der LmDR. [#BdVNothilfe](#)

SLÖ Bundesobmann-Stellvertreter Dr. Rüdiger Stix möchte anlässlich dieser Aussendung dem BdV sowie allen unterstützenden Organisationen einen „herzlichen Dank für die rasche und unbürokratische Hilfe“ aussprechen und gleichzeitig daran erinnern, dass Deutsche in der Ukraine auf jeden Fall – bis zum Ende der Monarchie – Österreicher waren, was natürlich auch für deren Nachkommen gilt!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 25, 2022

Wien, am 28. Feber 2022

04) Europäischer Karlspreis der Sudetendeutschen für Ukraine-Präsident Selenskyj

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft wird ihren nach Kaiser Karl IV. benannten **Europäischen Karls-Preis** dem Ukrainischen Staatspräsidenten **Wolodymyr Selenskyj** verleihen. Damit will sie, so der Sprecher und damit oberste politische Repräsentant der Sudetendeutschen Volksgruppe **Bernd Posselt**, „gegen Putins Angriff auf Herz und Seele Europas protestieren und **Solidarität** mit dem **tapferen ukrainischen Volk** bekunden. Selenskyj ist durch seine Tapferkeit und sein Augenmaß einer der bedeutendsten Europäer der Gegenwart.“ Der Europäische Karls-Preis der Sudetendeutschen wird für „Verdienste um eine gerechte Völkerordnung in Mitteleuropa verliehen“.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 25, 2022

Wien, am 28. Feber 2022

05) Krieg, Flucht und Vertreibung haben keinen Platz in Europa.
Pressemitteilung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen



Pressemitteilung

Nr. 05/2022

Krieg, Flucht und Vertreibung haben keinen Platz in Europa

Mit Bestürzung müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass in Europa wieder Machtinteressen mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen versucht wird. Die deutschen Heimatvertriebenen haben, die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und der Vertreibung leidvoll in Erinnerung, mit ihrer seit Jahrzehnten betriebenen Politik der Verständigung und des Ausgleiches dazu beigetragen, ein geeintes friedliches Europa auf der Basis von Partnerschaft freier Völker aufzubauen. Der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen liegt in diesem Rahmen auch das Anliegen der deutschen Minderheiten in Europa besonders am Herzen, die nunmehr in der Ukraine wieder leidvoll betroffen sind.

Die Kulturstiftung fühlt sich in Übereinstimmung mit der Erklärung des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit allen Menschen verbunden, die durch den Krieg in der Ukraine betroffen sind und wird nach Kräften das ihr Mögliche an Hilfe für diese Menschen leisten.

77 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, dem auch im Anschluss noch weiteres unermessliches Leid an Flucht und Vertreibung folgte, schien es unvorstellbar, dass sich in Europa derartige Ereignisse wiederholen könnten. Krieg, Flucht und Vertreibung dürfen im Geiste der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950 keinen Platz in Europa haben.

Besonderer Dank gilt der Bundesregierung für ihre Entscheidung im Sinne eines Härtefallverfahrens die Aufnahme deutscher Spätaussiedler aus den Kriegs- und Krisengebieten zu erleichtern. Noch heute leben rund 33 000 ethnische Deutsche auf dem Gebiet der Ukraine.

Dank auch der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM) in der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN), mit der die Kulturstiftung in Freundschaft und Zusammenarbeit eng verbunden ist, für deren großartige Aktion: Mitgliedsorganisationen in

Berlin, 28.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

www.kulturstiftung.org



Rumänien, der Slowakei und Polen haben sich bereit erklärt, Angehörige der deutschen Minderheit, die keine eigenen Transportmöglichkeiten haben, bei der Weiterreise zum Aufnahmelager Friedland zu unterstützen.

Der Bund der Vertriebenen hat die Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ gestartet, die hilfsbedürftige Landsleute aus der Ukraine und ihre Familien auf der Flucht unterstützt. Die Umsetzung erfolgt mit den Organisationen der deutschen Minderheit in der Ukraine, in Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien sowie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen ruft zur Solidarität mit den Flüchtlingen aus der Ukraine und den Menschen vor Ort auf. Sie schließt sich dem Spendenaufruf des Bundes der Vertriebenen „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ sowie all den Spendenaufrufen, die von den großen Sozialverbänden Deutschlands eingerichtet worden sind, an.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

- Internetseite des Bundes der Vertriebenen (BdV) mit entsprechender Erklärung:
<https://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/presse-details/freies-und-gemeintes-europa-bleibt-wichtiger-auftrag>

- Spendenaktion „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ des BdV:
<https://www.bund-der-vertriebenen.de/themen-und-termine/aktion-nothilfe-ukraine>

- Hilfsaktion der der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten (AGDM):
<https://agdm.fuen.org>

- Information des Bundesbeauftragten für Spätaussiedler und nationale Minderheiten zum Härtefallverfahren für deutsche Spätaussiedlerbewerber aus der Ukraine:
<https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/kurzmeldung/en/Webs/AUSB/DE/2022/20220224-dt-minderheit-ukraine.html>

06) Freies und geeintes Europa bleibt wichtiger Auftrag. Bund der Vertriebenen (BdV) verurteilt russischen Angriffskrieg – Spätaussiedleraufnahme wird erleichtert.

Erklärung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius



Pressemitteilung

Freies und geeintes Europa bleibt wichtiger Auftrag

BdV verurteilt russischen Angriffskrieg – Spätaussiedleraufnahme wird erleichtert

Zum russischen Angriff auf die Ukraine erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Mehr als ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erleben wir erneut einen Angriffskrieg auf europäischem Boden. Dies ist durch nichts zu rechtfertigen und erschüttert jeden friedliebenden und freiheitlich denkenden Menschen.

Dass dieser Krieg gerade von Russland ausgeht – dem Land, das neben Polen am meisten unter den deutschen Nationalsozialisten und ihrem Terror gelitten hat und wo nach wie vor zahllose Kriegsgräberstätten gepflegt werden, die an das Leid und die Verluste der damaligen Zeit erinnern – ist besonders bestürzend.

Angesichts der Bilder von Krieg und Flucht und der Hilferufe, die uns aus der Ukraine erreichen, rufen die deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler einen der wichtigsten Aufträge aus ihrer Charta von 1950 ins Gedächtnis: „Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.“

Diesem Auftrag bleiben wir verpflichtet. Wir sind überzeugt davon, dass die meisten Menschen in Europa – auch in Russland und der Ukraine – ohne Furcht und Zwang miteinander leben können und wollen. Darauf ist die Verständigung auf der Ebene von Mensch zu Mensch von jeher ausgerichtet. Darauf muss auch das politische Handeln ausgerichtet bleiben.

Aus eigener Erfahrung von Flucht und Vertreibung, von Heimatverlust, Deportation und Zwangsarbeit fordern wir dazu auf, die Zivilbevölkerung der Ukraine vor humanitären Katastrophen zu schützen und politisch motiviertes Unrecht unnachgiebig zu verfolgen. Hier muss auch Deutschland seiner Verantwortung gerecht werden.

Dazu trägt die gute, richtige und vor allem schnelle Entscheidung der Bundesregierung bei, im Sinne eines Härtefallverfahrens die Aufnahme deutscher Spätaussiedler aus den Kriegs- und Krisengebieten zu erleichtern. Noch heute leben rund 33.000 ethnische Deutsche auf dem Gebiet der Ukraine. Wer nach Deutschland kommt und die Voraussetzungen für die Aufnahme erfüllt, kann seinen Antrag mündlich in Friedland stellen. Wichtig ist, dass nicht gleichzeitig eine Aufnahme als Flüchtling beantragt wurde.

25. Februar 2022

Herausgeber:
BdV-Bundesgeschäftsstelle
Codesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc-P. Halatsch
Pressesprecher
Stressemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urheberkennzeichnung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche haben, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



Nördliches Ostpreußen

07) Versorgungslage in Königsberg spitzt sich zu

Von Manuela Rosenthal-Kappi

25.02.2022



Foto: paBedrohliche Lage: Durch den russischen Angriff auf die Ukraine wird auch die innerostpreußische Grenze (hier bei Heiligenbeil) zur Konfliktlinie

Durch den Kriegsbeginn in der Ukraine zeichnen sich auch für das Königsberger Gebiet eklatante Einschnitte ab. Der heute zur Russischen Föderation gehörende Teil des nördlichen Ostpreußens hat Landgrenzen ausschließlich zu den beiden Nato- und EU-Mitgliedstaaten Polen und Litauen.

Seit Wochen schon leidet die russische Exklave unter Lieferproblemen, da die Abfertigung von Lkw an den Grenzen zu Litauen und Polen nur verzögert stattfindet. Fahren, die normalerweise innerhalb von wenigen Tagen erfolgen, können jetzt bis zu 14 Tagen dauern. Die Lkw-Fahrer müssen unter schlechten hygienischen Bedingungen in ihren Fahrzeugen ausharren, und die Versorgung der Region verschlechtert sich zunehmend.

Der Krieg hat die Lage nun weiter zugespitzt. Schon am zweiten Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine werden über die sozialen Medien aus mehreren Orten der Region Gerüchte laut, dass es bei der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs zu Engpässen komme. In vielen Läden seien Salz, Zucker, Nudeln, Graupen, Mehl, Pflanzenöl, Fleisch- und Fischkonserven knapp. Ein in einem Post veröffentlichtes Foto zeigt ein Schild der Großhandelskette Metro, auf dem darüber informiert wird, dass pro Kunde nur noch begrenzte Mengen an Lebensmitteln herausgegeben würden.

Aus den Kommentaren geht hervor, dass es zu Hamsterkäufen kam. Die Menschen kauften die Regale der Läden leer. Neben Grundnahrungsmitteln betrifft dies wie zu Beginn der Corona-Pandemie auch Toilettenpapier. Es ist zum einen die Furcht vor der galoppierenden Inflation, die die Menschen umtreibt, als auch die Sorge davor, dass aufgrund der Lieferschwierigkeiten tatsächlich der Nachschub zum Erliegen kommen wird.

Aus: *Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt* v. 26.02.2022

08) Spendenaufruf des Bundes der Vertriebenen: Aktion Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine



Der Präsident

Bund der Vertriebenen, Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn

An die
Landsmannschaften,
Landesverbände und
außerordentlichen Mitglieder
im Bund der Vertriebenen sowie
deren Mitglieder

Dr. Bernd Fabritius

BdV-Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007 30
Telefax +49 (0)228 81007 52
E-Mail info@bund-der-vertriebenen.de
Internet www.bund-der-vertriebenen.de

2. März 2022

Spendenaufruf: Aktion Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine

Kontoinhaber: Bund der Vertriebenen

Commerzbank Bonn

IBAN: DE59 3804 0007 0111 7043 00

BIC: COBADEFFXXX

*Verwendungszweck: **Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine***

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitstreiter im Bund der Vertriebenen, den Landsmannschaften
und sämtlichen Gliederungen,

der Angriff Russlands auf die Ukraine ist nicht nur ein schwerwiegender Verstoß gegen das Völkerrecht. Er erzeugt auch eine humanitäre Notlage direkt in unserer europäischen Nachbarschaft. Der Bund der Vertriebenen steht mit großer Empathie an der Seite aller in Not geratenen Menschen – und aus Schicksalsverwandtschaft gerade an der Seite derjenigen, die sich jetzt gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen und sich in Sicherheit zu bringen.

Aufgrund unserer Arbeit in den Landsmannschaften und auf Bundesebene pflegen wir den Kontakt mit den Selbstorganisationen unserer Landsleute in den Nachbarländern. Aus der Ukraine haben uns vom dortigen „Rat der Deutschen“ dringende Bitten um Unterstützung erreicht. Viele Landsleute versuchen, sich aus dem Kriegsgebiet zu retten. Flüchten können meist nur Frauen, Kinder und alte Menschen. Wehrfähige Männer dürfen das Land laut Berichten nicht mehr verlassen und werden zum Kriegsdienst eingezogen.

Die flüchtenden Frauen und Kinder sind auf ihrem Weg in die Sicherheit dringend auf Hilfe angewiesen. Die Bundesregierung hat die Anwendung eines allgemeinen Härtefallverfahrens für zuzugswillige Spätaussiedler-Bewerber eingerichtet. Betroffene können ohne ein Aufnahmeverfahren im Herkunftsgebiet direkt in Friedland vorsprechen und mündlich dort einen Aufnahmeantrag stellen.

Auf dem Fluchtweg bekommen unsere Landsleute und ihre Familien unkompliziert Unterstützung in den Ländern, in denen sie nach erfolgreicher Flucht zuerst ankommen. Die AGDM (Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in der FUEN, Berlin) und unsere Partnerorganisationen in diesen Ländern – die Organisationen der deutschen Minderheiten in Polen (VdG – Verband deutscher sozial-kultureller Gesellschaften), der Slowakei (Karpatische deutscher Verein), der Republik Moldau (Deutsches Haus „Hoffnung“), Ungarn (LdU – Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen) und Rumänien (DFDR – Demokratisches Forum der Deutschen) – sowie in Deutschland die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LmDR) stellen diese Hilfe zur Verfügung.

Sie haben sich insbesondere bereit erklärt, Angehörige der deutschen Minderheit, die keine eigene Transportmöglichkeiten haben, bei der Weiterreise zum Aufnahmelager Friedland zu unterstützen. Wer Hilfe benötigt, kann sich rund um die Uhr unter den Nottelefonnummern melden, die stets aktuell unter der Internetadresse www.agdm.fuen.org sowie auf der Facebookseite der AGDM zu finden sind.

Deutsche Städte haben z.T. bereits Busse gemietet, um Betroffene von der Grenze in sichere Gebiete zu bringen. Auch die Bahngesellschaften haben schnell reagiert und bieten kostenlose Zugfahrten von der ukrainischen Grenze weg an.

Da Kartenzahlungsmittel vielfach kriegsbedingt ausgefallen sind oder keine Kontoabhebungen vorgenommen werden können, gilt es aber ebenso, soziale und medizinische Hilfe oder gerade auch Hilfe für die Weiterreise mit eigenen Fahrzeugen zu leisten (z.B. über Benzingutscheine).

Mit dieser Zielrichtung haben wir in Abstimmung mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland die Spendenaktion für zweckgebundene Spenden „Nothilfe für Deutsche aus der Ukraine“ gestartet. Helfer sollen direkt und unbürokratisch tätig werden können. Hierfür benötigen wir dringend und kurzfristig Geldmittel. Eingeworbene Gelder werden ohne jeden Abzug zur Unterstützung unserer sich auf der Flucht befindenden, hilfsbedürftigen Landsleute aus der Ukraine und ihrer Familien über unsere gemeinsame Hilfsaktion eingesetzt. Nach Mitteilung an die BdV-Bundesgeschäftsstelle können auch Spendenquittungen ausgestellt werden.

Bitte machen Sie mit, spenden Sie und verbreiten die Information über diese Aktion weiter. Jeder Beitrag hilft!

Mit besten Grüßen und einem herzlichen Dank

Ihr

Dr. Bernd Fabritius



09) Sorge und Entsetzen über den Krieg in der Ukraine.

Erklärung des Vorsitzenden der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, Dr. Christian Wagner



25. Februar 2022

Sorge und Entsetzen über den Krieg in der Ukraine

Der 24. Februar 2022 wird als Tag des Überfalls Russlands auf die Ukraine und damit als Zeitenwende in der europäischen Geschichte eingehen. Dazu erklärt der Vorsitzende der Stiftung ZENTRUM GEGEN VERTREIBUNGEN, Dr. Christian Wagner:

Mit großer Sorge und Entsetzen nehmen wir die kriegerischen Ereignisse zwischen Russland und der Ukraine zur Kenntnis. Der völkerrechtswidrige Überfall Russlands auf einen souveränen demokratisch verfassten europäischen Staat aus reiner Machtpolitik markiert einen Wendepunkt in der Nachkriegsgeschichte. Krieg als Mittel der Politik, wie wir ihn jetzt erleben, ausgelöst durch einen Diktator, der die Grenzen der früheren Sowjetunion wiederhergestellt haben will, haben wir uns alle nicht mehr vorstellen können. Zugleich sehen wir mit großer Sorge, wie nahe uns der Krieg gekommen ist. Lemberg, das Florenz des Ostens, liegt nur 924 km von Berlin entfernt.

Für die deutschen Heimatvertriebenen werden schreckliche Erinnerungen an das eigene Schicksal 1944/45 wach. Vorrückende, von Infanterieeinheiten begleitete russische Panzer, Explosionen, das ferne Donnern der Artillerie und Gewehrschüsse aus nächster Nähe, Luftangriffe und die Angst vor dem Tag danach, die Angst überrollt zu werden und die Angst vor einer Besatzungsmacht: Alles das kennen die deutschen Vertriebenen aus eigenem Erleben und fühlen und leiden mit der ukrainischen Bevölkerung. Schon jetzt befinden sich 100.000 Menschen innerhalb der Ukraine auf der Flucht, das UNHCR berichtet von „eindeutig erhebliche Vertreibungen im Land“ und „Bewegungen Richtung Grenzen und ins Ausland“. Während die ukrainische männliche Bevölkerung zwischen 18 und 60 Jahren zu den Waffen gerufen worden ist, haben sich viele Alte, Frauen und Kinder auf den Weg gemacht. Gerechnet wird mit einer Million Flüchtlingen, die vorübergehende Aufnahme in den westeuropäischen Nachbarländern finden müssen.

Flucht, Vertreibung und Heimatverlust sind neben dem unsäglichen Leid des Krieges im Allgemeinen Unrechtstatbestände, die von einer Zivilgesellschaft niemals akzeptiert werden dürfen. Wir müssen weiter daran arbeiten, Konflikte nicht mit Gewalt, sondern im Dialog zu lösen.

Als Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen setzen wir uns gegen Menschenrechtsverletzungen ein und erklären uns aus der Erfahrung des eigenen Erlebens mit den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich machtlos einem schrecklichen Schicksal ausgesetzt sehen, solidarisch.

10) Die Ukrainer kämpfen für ihre und unsere Freiheit!



Deutsch-Polnische Gesellschaft Berlin e. V.

Schillerstr. 59
10627 Berlin

Tel: +49 (0)30 713 89 213
Fax: +49 (0)30 713 89 201
E-Mail: info@dpgberlin.de

Liebe Mitglieder, Freundinnen und Freunde der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe polnische Mitbürger unserer Stadt!

Die letzten Tage und Wochen haben uns alle in Atem gehalten und wir mussten erleben, dass sich trotz aller diplomatischen Bemühungen die Situation um die Ukraine immer mehr zuspitzte.



Rund 150.000 gingen in Berlin für eine freie Ukraine auf die Straße.- Aufnahme: Jürgen Kohlfaerber

Seit dem 24. Februar mussten wir ohnmächtig mit ansehen, wie die Ukraine von ihrem übermächtigen Nachbarn Russland überfallen wurde. Wir sahen uns an den September-Überfall Nazideutschlands 1939 auf Polen erinnert, der zum Zweiten Weltkrieg und seinen verheerenden Folgen führte. Auch Erinnerungen wie jene an den niedergeschlagenen Volksaufstand in Ungarn durch die Rote Armee 1956 und der Einmarsch von Armeen des Warschauer Paktes 1968 in die Tschechoslowakei wurden bei den Älteren unter uns wieder wach. Uns allen sind die russischen

Seite 35 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Kriege in Tschetschenien, in Georgien, der Überfall auf die Ukraine und Beginn des Krieges dort 2014 und die grausame Kriegsführung Russlands in Syrien in Erinnerung.

Der russische Präsident Putin scheint wild entschlossen zu sein, die Ukraine seinem Herrschaftsbereich einzuordnen und zu unterjochen! Und droht allen, die dem überfallenen Land helfen wollen, mit unvorstellbaren Folgen - bis hin zum Einsatz von Atomwaffen!



Brandstifter Putin.- © Wieslaw Smetek

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen der bisherigen Ostpolitik Deutschlands. Trotz der jetzt angekündigten Sanktionen des Westens gegenüber Moskau wird sich die Lage nicht so schnell ändern lassen. Deutschland hat noch rechtzeitig verstanden, dass es aus seiner lang gepflegten Komfortzone heraustreten muss. Schmerzlich mussten wir lernen, dass zu erfolgreicher Diplomatie, Entspannungs-politik und wirtschaftlichen Kooperation mit Ländern außerhalb von Europäischer Union und NATO auch eine gewisse militärische Stärke gehört, um ernst genom-men zu werden und um sich nicht auszuliefern. Gerne blendeten wir aus pazifi-stischen Motiven die Dialektik aus, die bedeutete, dass Entspannung und Koope-ration mit Regimen, die nach anderen Regeln als unseren transatlantisch-demo-kratischen funktionieren, nur auf Basis einer militärischen Mindeststärke zuver-lässig und friedlich sich entwickeln können. Die Welt, in der wir uns darauf ver-lassen konnten, dass die Stärke des internationalen Rechts gilt, ist ein stückweit vorbei.

Wir lernten schmerzlich erneut, dass die Freiheit zu verteidigen heißt, dies auch wehrhaft zu tun, wenn der freie Westen von einem Autokraten und Kriegs-verbrecher mit imperialen Zielen bedroht wird. Insofern hat Bundeskanzler Scholz noch gerade rechtzeitig die Außen- und Sicherheitspolitik neu aus-gerichtet. Deutsch-land liefert den Ukrainern jetzt Waffen, fügt gemeinsam mit den G7-Staaten und der EU dem putinistischen Russland schmerzliche Sanktionen zu und schadet mit Boykottmaßnahmen der Wirtschaft und dem Finanzsektor in Russland erheblich. Der Krieg wird weitergehen, Putin wird noch weitere Truppen in die Ukraine ein-marschieren lassen, um sein Kriegsziel zu erreichen: Die Annektierung der Ukraine heißt – heim ins Russische Reich! Dazu darf es nicht kommen!

Was gibt es jetzt zu tun, um aus diesem Dilemma herauszukommen?

Deutschland muss dem Nachbarn Polen in seiner exponierten Lage in Ostmittel-europa zur Seite stehen. Wir bauen darauf, dass die polnische Regierung ihren antieuropäischen und

auch antideutschen Weg aufgeben wird, um die EU im gemeinsamen Kampf gegen Putin zu stärken. Und den anderen Staaten im Baltikum unmittelbar an der Grenze zu Russland wollen wir die Sicherheit geben, dass sie vor einem ähnlichen Überfall Russlands durch ihre Zugehörigkeit zu EU und NATO geschützt sind.

Mit Sorge blicken wir auch auf Belarus, ein Land, dessen Bevölkerung für Demokratie und Freiheit bisher opferreich aber erfolglos kämpfte und dessen Diktator sich anschickt, die russische Aggression militärisch zu unterstützen.

Auf eindrucksvolle Weise haben wir am letzten Wochenende in Berlin und in anderen Städten mit großen Friedensdemonstrationen gezeigt, was wir von Putins Krieg gegen die Ukraine halten.

Wir sind überwältigt von den Nachrichten über die riesengroße Hilfsbereitschaft für die ukrainischen Flüchtlinge in Polen, in den Nachbarländern der Ukraine und auch bei uns in Deutschland!

Für den Vorstand der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin e. V.

Christian Schröter Anita Baranowska-Koch Elfie Froese
Dr. Wolfram Meyer zu Uptrup Marzena Wasilewska-Tourneux

11) Internationale Begegnungstagung des Frauenverbandes im Bund der Vertriebenen e. V. (BdV). 11. bis 13. März, Heiligenhof, Bad Kissingen

<p>FRAUENVERBAND IM BDV e.V.</p>  <p>Einladung zur internationalen Begegnungstagung</p> <p>Frauen – was trauen sie sich selber zu?</p> <p>Vom 11.03 -13.03.2022, Bildungsstätte Heiligenhof, 97688 Bad Kissingen, Alte Euerdorfer Str. 1</p> <p>Gestützt durch:</p>  <p>aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages</p>	<p>In den letzten Jahren sind wir immer wieder auf Themen zurück gekommen, die für uns Frauen von besonderer Bedeutung sind; wir setzten uns mit der Geschichte der Frauen sowie jener unserer Mütter und Väter auseinander und wir erörterten die Potenziale und Strategien von Frauen zur Bewältigung von Extremsituationen. Diesmal möchte ich der sehr individuellen Frage nachgehen, was wir Frauen uns selber zutrauen. Die Idee zu diesem Thema liegt in der Beobachtung der Auswirkungen der Pandemie. Nach zweijähriger Isolierung ist das Bedürfnis zu einem zwischenmenschlichen Austausch mit Frauen übergroß. Um den Herausforderungen unserer Zeit mit Globalisierung und Technisierung gewachsen zu sein und um in der Gesellschaft wirksam zu werden, brauchen wir Frauen den Dialog innerhalb Deutschlands und mit unseren osteuropäischen Nachbarinnen. Deswegen ist diese Tagung uns / den ehrenamtlichen Frauen gewidmet. Wir wollen uns unserer Potentiale und Strategien für unsere Arbeit vergewissern.</p> <p>Psychologen mahnen oft mangelndes Selbstvertrauen von Mädchen und Frauen an und fordern Eltern und Erzieher auf, gegen zu steuern. Wir wollen unsere persönlichen Erfahrungen hinterfragen: Welche Erfahrungen haben wir Frauen in der Kindheit gemacht? Haben wir gelernt, unsere Stärken wahrzunehmen und wert zu schätzen? Wurden wir ermutigt, „selbst zu sein“ / Ja zu uns selber zu sagen und unsere Träume zu verwirklichen? Haben wir gelernt, mit Selbstzweifeln umzugehen? Wie können wir das Selbstvertrauen unserer Töchter, Enkelinnen und aller jungen Frauen in unserer Umgebung stärken?</p> <p>Diesen und weiteren Fragen aus Ihrer Mitte wollen wir uns während der Tagung widmen. Wir wollen erkunden und zeigen, wie viel schöpferisches Potential im Austausch von Frauen aus Ost und West steckt.</p> <p>Sie alle lade ich herzlich ein, sich diesen Fragen zu stellen und eigene Impulse in die Tagung einzubringen!</p> <p>Ihre Maria Werthan</p>
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

<p>Tagungsleiterin: Dr. Maria Werthan, Präsidentin Frauenverband im BdV</p> <p>Tagungsprogramm (Änderungen vorbehalten)</p> <p>Freitag, 11. März 2022</p> <p>ab 14.30 Uhr Kaffeetrinken</p> <p>15.30 Uhr Einführung Tagungsleiterin Dr. Maria Werthan</p> <p>16.00-17.00 Was hat unser Selbstsein als Frauen geprägt – was wollen wir an junge Frauen weiter geben?</p> <p>Referentin: Dr. Maria Werthan, Sozialwissenschaftlerin</p> <p>17.00-18.00 Selbstbewusste Frauen – werden und sein</p> <p>Referentin: Sibylle Rothkegel, Psychologische Psychotherapeutin, Gestalttherapeutin, Gutachterin, Autorin, Berlin</p> <p>18.00 Uhr Abendessen</p> <p>19.00 Uhr Website für Frauen, Dietmar Schulmeister, IT-Fachmann</p> <p>Samstag, 12. März 2022</p> <p>8. 00 Uhr Frühstück</p> <p>9.00-10.00 Impulse zur Vorstellung der Arbeitsweise der Workshops:</p> <p>1. Lass deine Stimme klingen!</p> <p>Referentin: Helena Goldt, Sangerin und Gesangspädagogin, Berlin</p> <p>2. Schreib deine Geschichte!</p> <p>Referentin: Katharina Martin-Virolainen, M.A., Autorin, Kulturschaffende, Vizepräsidentin Frauenverband, Eppingen</p> <p>3. Wer bin ich?</p> <p>Eva-Maria Piringer, Musiklehrerin, Schauspielerin, München</p>	<p>4. Nutze die Vorteile der Technik!</p> <p>Referent: Dietmar Schulmeister, IT Fachmann, Düsseldorf</p> <p>5. Tauche ein in die Welt der Farben!</p> <p>Referentin: Therese Teichert, Künstlerin, Kunstlehrerin, Uhingen</p> <p>6. Schwing das Tanzbein!</p> <p>Referentin: Regina Thelen, Rhythmik- und Tanzpädagogin, Köln</p> <p>10.00-12.00 Arbeit in den Workshopgruppen</p> <p>12.00 Mittagessen</p> <p>14.00 Uhr Kaffeetrinken</p> <p>15.00-18.00 Fortsetzung der Arbeit in den Workshops</p> <p>18.00 Uhr Abendessen</p> <p>19.00 Uhr Präsentation der Ergebnisse der Arbeitsgruppen</p> <p>Sonntag, 13. März 2022</p> <p>8.00 Uhr Frühstück</p> <p>9.00- 9.10 Morgenandacht</p> <p>9.10 – 10.30 Auswertung / Reflexion der Arbeitsergebnisse</p> <p>10.30 Uhr Schlussfolgerungen</p> <p>12.00 Mittagessen und Heimfahrt</p>
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Teilnahmebedingungen:

Einhaltung aller gesetzlichen Hygiene Vorgaben laut Infektionsschutzgesetz und Selbstverpflichtungserklärung.

Der Beitrag für die Teilnahme deutscher Gäste beträgt 85,- €, plus Kurtaxe 1,80 € pro Tag. Gäste aus dem Ausland zahlen 20,- €. Die Fahrtkostenerstattung gilt nur für die 2. Klasse Bundesbahn, mit dem PKW Höchstsatz: 150 €.

Anmeldung: Bildungsstätte Heiligenhof, Alte Euerdorfer Str. 1, 97688 Bad Kissingen, Telefon: 0971-714 70, Fax: +49 971 / 7147-47, E-Mail: info@heiligenhof.de, Internet: www.heiligenhof.de.

Bitte teilen Sie den Wunsch nach Einzel- oder Doppelzimmer mit. Die Teilnahmegebühr bezahlen Sie bar bei Frau Pohle im Heiligenhof.

Anmeldung ab sofort bitte bis zum 28. Februar 2022. Erfolgt eine Abmeldung später als vier Tage vor Beginn der Tagung oder erscheint der Teilnehmer nicht, berechnen wir den vollen Beitrag.

Im Preis enthalten sind Kosten für Unterkunft, Verpflegung und das gesamte Programm. Der Einzelzimmerzuschlag: 10 € pro Nacht, ohne Übernachtung: 55,- € (Programm und Verpflegung), Einzelvortrag: 7 €.

Anreise Bahn: Von Nürnberg, Bamberg oder Würzburg über Schweinfurt im Stundentakt nach Bad Kissingen, ab Frankfurt a.M. über Gemünden. Der Heiligenhof besitzt keine direkte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr. Ein Taxi vom Bahnhof kostet ca. 7 €. Bitte Gruppentaxi nehmen. Zu Fuß ca. 30 Min. (Über Saalebrücke und beim Parkplatz Heiligenfeld links). **Auto:** A 7 von Norden: Ausfahrt Bad Kissingen/Oberhulba, nach Ortschaft auf dem Westring bleiben, nach der Ampel, nächste Straße rechts abbiegen, (Heiligenhof ausgeschildert). A 7 von Süden: Ausfahrt Bad Kissingen / Hammelburg, B 267 Rtg. Bad Kissingen, nach dem Ortschaftschild der Straße folgen (180° Drehung), bei der Ampel rechts (Westring) und gleich wieder links Rtg. Heiligenhof. Von Osten über die A 70 Bamberg-Schweinfurt, dann auf die A 71 Richtung Erfurt. Ausfahrt: Bad Kissingen. Ca. 1 km nach dem Ortschaftschild an der Ampel links (Westring) über die Saalebrücke und gleich wieder links Richtung Heiligenhof. Von Nordosten (Thüringen) über die neue A 71. Ausfahrt: Bad Kissingen. Weiter siehe oben „Vom Osten“.

Haftung: Der Veranstalter übernimmt keinerlei Haftung bei Gesundheits-(Corona eingeschlossen), Personen- und Sachschäden bei der An- und Rückreise und am Tagungsort.

Zwecks Unterstützung unserer Öffentlichkeitsarbeit verzichten die Teilnehmer bitte auf ihr **Recht am Bild** während der Dauer der Veranstaltung.

Anmeldung für die Workshop-Gruppen zur Tagung „Frauen – was trauen sie sich selber zu?“, vom 11.-13. März 2022 in der Bildungsstätte Heiligenhof, Bad Kissingen

Meine lieben Damen und Förderer,

damit wir alle froh und zufrieden unseren Vorlieben/Neigungen im Rahmen der Workshops nachgehen können, ist eine Vorwahl von Ihnen sinnvoll.

Deswegen tragen Sie bitte unten Ihre Auswahl ein - mit erster und zweiter Wahl. Vorausgesetzt, der erste Workshop ist dicht, dann gilt die zweite Wahl. Die Eintragungen in die Workshoplisten erfolgen in der Reihenfolge der Anmeldungen. Deswegen sofort anmelden!

Ihren Wahlzettel bitte an mich zurück senden! maria.werthan@gmail.com oder Pochmühlenweg 85, 52379 Langerwehe

(Im Gegensatz zur Anmeldung für die Tagung im Heiligenhof)

Workshop-Gruppen:

1. Lass deine Stimme klingen!
Referentin: Helena Goldt, Sängerin und Gesangspädagogin, Berlin
2. Schreib deine Geschichte!
Referentin: Katharina Martin-Virolainen, M.A., Autorin und Kulturschaffende, Vizepräsidentin Frauenverband, Eppingen
3. Wer bin ich?
Eva-Maria Piringer, Musiklehrerin, Schauspielerin, München
4. Nutze die Vorteile der Technik!
Referent: Dietmar Schulmeister, IT Fachmann, Düsseldorf
5. Tauche ein in die Welt der Farben!
Referentin: Therese Teichert, Künstlerin, Kunstlehrerin, Uhingem
6. Schwing das Tanzbein!
Referentin: Regina Thelen, Rhythmik- und Tanzpädagogin, Köln

Anmeldung Workshop zur Tagung vom 11.-13. März 2022

Ich, _____ wähle Workshop Nr. ____
(Name)

Zweite Wahl _____ Workshop Nr. ____
(Name)

Erleichterung der Teilnahmebedingungen (Mitteilung vom 01.03.2022):

Die Hausverwaltung der Bildungsstätte Bad Kissingen teilte mir gestern mit, dass ein vorheriger Schnelltest für die Teilnahme an der Tagung genügt. Das bedeutet, dass auch Ungeimpfte mit einem Schnelltest teilnehmen können.

Das Tragen FFP2-Masken ist verpflichtend!

In der Hoffnung, Sie zahlreich bei der Tagung vom 11.-13. März im Heiligenhof zu treffen, verbleibe ich mit guten Wünschen und herzlichen Grüßen

Ihre Maria Werthan

12) Internationaler Tag der Muttersprache

Am heutigen **21. Feber** wird alljährlich – seit dem Jahr 2000 - der „internationale Tag der Muttersprache“ begangen.

Vor dem Hintergrund, dass gut die Hälfte aller weltweit gesprochenen Sprachen vom Aussterben bedroht ist, hat sich die UNESCO zum einen die Förderung von Sprachen als Zeichen der kulturellen Identität der Sprecher auf die Fahnen geschrieben, zum anderen geht es ihr auch um den **Fremdsprachenunterricht** und **Mehrsprachigkeit** als Schlüssel zum gegenseitigen Verständnis und Respekt. Wir bieten Ihnen deshalb heute einen SdP mit dem **Schwerpunkt „Muttersprache“**.

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 21, 2022

Wien, am 21. Feber 2022

Anmerkung der Redaktion: siehe auch Seite xxx

13) Michael Andrick erhält Jürgen Moll-Preis für verständliche Wissenschaft

Michael Andrick erhält den mit 5.000 Euro dotierten [Jürgen-Moll-Preis für verständliche Wissenschaft](#). Das hat die Theo Münch-Stiftung für die **Deutsche Sprache** zum Welttag der Muttersprache am 21. 2. bekanntgegeben. Der Berliner Philosoph und Historiker wurde durch sein Buch „Erfolgsleere – Philosophie für die Arbeitswelt“ (2020) bekannt. Es stellt Begriffe wie Erfolg, Ehrgeiz, Karriere, Führung und Professionalität kritisch in neue, unkonventionelle Zusammenhänge. Außerdem schreibt Andrick seit Juli 2021 alle vier Wochen für die Berliner Zeitung eine philosophische Kolumne. Daneben arbeitet der Philosoph in der Industrie, vor allem in den Bereichen betriebliche Optimierung und Organisationsentwicklung. [Bitte lesen Sie hier weiter.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 22, 2022

Wien, am 22. Feber 2022

<https://deutsche-sprachwelt.de/aktionen/juergen-moll-preis/>

Jürgen-Moll-Preis



Der Jürgen-Moll-Preis für verständliche Wissenschaftssprache ist nach dem deutschen Unternehmer Jürgen Moll (1941 bis 2013) benannt. Nach dessen überraschendem Tod rief der Sohn des Verstorbenen, Sebastian Moll, den Preis ins Leben, um ein Herzensanliegen seines Vaters über dessen Tod hinaus weiterzuführen: Die Förderung verständlicher Sprache in der Wissenschaft. Der Preis wurde seit 2013 jährlich als Kategorie des Deutschen Lesepreises verliehen.

Seit 2017 wird der Jürgen-Moll-Preis durch Sebastian Moll, die DEUTSCHE SPRACHWELT und die Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache übergeben. Der Preis ist derzeit mit 5.000 Euro dotiert. Vorschläge für den nächsten Preisträger sind willkommen. Gesucht werden Wissenschaftler, die sich in ihren Publikationen um eine gut lesbare Ausdrucksweise bemühen. Ein Preisgericht ermittelt den Gewinner.

Vorschläge bitte an: DEUTSCHE SPRACHWELT, Postfach 1449, 91004 Erlangen, schriftleitung@deutsche-sprachwelt.de

Gefördert durch die



<https://deutsche-sprachwelt.de/>

Michael Andrick erhält Jürgen-Moll-Preis für verständliche Wissenschaft

[21. Februar 2022 Deutsche Sprachwelt Nachrichten](#), [Pressemitteilungen 2022](#), [Wissenschaftssprache 0](#)



Düsseldorf/Erlangen/Berlin, 21. Februar 2022 – Michael Andrick erhält den mit 5.000 Euro dotierten [Jürgen-Moll-Preis für verständliche Wissenschaft](#). Das hat die Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache zum heutigen Welttag der Muttersprache bekanntgegeben. Der Berliner Philosoph und Historiker wurde durch sein Buch „Erfolgsleere – Philosophie für die Arbeitswelt“ (2020) bekannt. Es stellt Begriffe wie Erfolg, Ehrgeiz, Karriere, Führung und Professionalität kritisch in neue, unkonventionelle Zusammenhänge. Außerdem schreibt Andrick seit Juli 2021 alle vier Wochen für die Berliner Zeitung eine philosophische Kolumne. Daneben arbeitet der Philosoph in der Industrie, vor allem in den Bereichen betriebliche Optimierung und Organisationsentwicklung.

Zur Begründung der Preisverleihung erklärt Sebastian Moll, Vorstandsmitglied der Theo-Münch-Stiftung: „Wissenschaft hat die Aufgabe, die großen und prinzipiellen Fragen unserer Zeit anzugehen. Tut sie dies, gerät sie leider oft in Gefahr, den Leser, auch den interessierten, zu verlieren, weil sie in eine komplizierte und unverständliche Akademikersprache abschweift. Herrn Andrick gelingt das Kunststück, die der Wissenschaft gestellte Aufgabe wahrzunehmen, ohne in die genannte Falle zu tappen, und leistet so der Gesellschaft einen wertvollen Dienst.“

Über den Preis:

Der Jürgen-Moll-Preis ist nach dem deutschen Unternehmer Dr. Jürgen Moll (1941 bis 2013) benannt. Nach dessen überraschendem Tod rief der Sohn des Verstorbenen, Dr. Sebastian Moll, den Preis ins Leben, um ein Herzensanliegen seines Vaters weiterzuführen: die Förderung verständlicher Sprache in der Wissenschaft. Der Jürgen-Moll-Preis wurde ab 2013 zunächst als Kategorie des Deutschen Lesepreises verliehen. Seit 2017 wird er von der Theo-Münch-Stiftung für die Deutsche Sprache und der Zeitschrift DEUTSCHE SPRACHWELT übergeben. Ausgezeichnet werden Wissenschaftler, denen eine besonders gut lesbare Ausdrucksweise in ihren Publikationen gelingt. Den Preis erhielten 2017 Tomas Kubelik („Genug gegendert! Eine Kritik der feministischen Sprache“), 2019 Benjamin Hasselhorn („Das Ende des Luthertums?“) und 2020 Andreas Rödder („21.0. Eine kurze Geschichte der Gegenwart“).

Die DEUTSCHE SPRACHWELT ist mit rund 80.000 Lesern die größte deutsche Zeitschrift für Sprachpflege und Sprachpolitik. Sie ist Sprachrohr und Plattform einer ständig wachsenden Bürgerbewegung, die sich um die deutsche Sprache sorgt. Die DEUTSCHE SPRACHWELT tritt für die Erhaltung einer lebendigen deutschen Sprache und für ein neues Sprachbewußtsein ein. Die Druckausgabe erscheint vierteljährlich.

Schriftleitung:

Postfach 1449

D-91004 Erlangen

Telefon +49-(0)9131-480661

Telefax +49-(0)9131-480662

www.deutsche-sprachwelt.de

schriftleitung@deutsche-sprachwelt.de

Probeexemplare der Sprachzeitung:

bestellung@deutsche-sprachwelt.de

14) Neue Ausgabe der Wiener Sprachblätter

Die „Wiener Sprachblätter“ wenden sich an alle, die sich für Sprachkultur in Geschichte und Gegenwart interessieren und denen es ein Anliegen ist, Deutsch als vollwertige Kultursprache zu erhalten: als Gebrauchs-, Verkehrs-, Literatur- und Wissenschaftssprache innerhalb eines gemeinsamen Europas der Muttersprachen!

Sie lieben unser Deutsch und machen sich Sorgen um den Umgang damit? Diskutieren Sie mit über „Wegwerfssprache“, „SprachpolizistInnen“, „Anglizismenflut“, „Gendern“ und andere aktuelle Themen! Der **Verein Muttersprache** als Herausgeber teilt Ihre Anliegen und kümmert sich gemeinsam mit der Lesergemeinde um die Welt des Wortes – kritisch, offen und unabhängig.

[Hier sehen Sie Auszüge aus dem neuen Heft](#)

<https://drive.google.com/drive/folders/1mIn22pFTPHkCpZiD7bJV1CLgfkUB2ouJ>



– bestellen Sie [kostenlose Schnupperhefte](#)

<https://wiener-sprachblätter.at/probeheft-anfordern/>

oder einen [Jahresbezug für 24.- € pro Jahr](#) im In- und Ausland.

<https://wiener-sprachblätter.at/jahresbezug-bestellen/>

**15) Bund der Vertriebenen (BdV): Diskriminierung der Deutschen in Polen verstößt gegen grundlegende Menschenrechte.
BdV erinnert an internationalen Tag der Muttersprache.**

Erklärung von BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius



Pressemitteilung

**Diskriminierung der Deutschen in Polen
verstößt gegen grundlegende Menschenrechte
BdV erinnert an Internationalen Tag der Muttersprache**

Zum Internationalen Tag der Muttersprache am 21. Februar 2022
erklärt BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius:

Der Internationale Tag der Muttersprache der UNESCO erinnert daran, dass Sprache zum einen das Selbstverständnis eines jeden Menschen bestimmt und zum anderen eine der wichtigsten Grundlagen jeder kulturellen Identität ist. Sprachliche Vielfalt trägt zum gegenseitigen Verständnis wie zum Respekt vor anderen Kulturen maßgeblich bei.

Daher ist es gerade im Europa des 21. Jahrhunderts eine negative Entwicklung, dass in Polen die in ihren Heimatgebieten seit Jahrhunderten lebenden Deutschen jetzt durch staatliche Diskriminierung im Erlernen ihrer Muttersprache behindert werden sollen. Eine derartige, gezielte Benachteiligung verstößt gegen grundlegende Menschenrechte.

Nach einem Haushaltsbeschluss des polnischen Parlamentes hat das dortige Bildungsministerium angeordnet, den muttersprachlichen Unterricht für die deutsche Minderheit in Polen von 3 auf 1 Wochenstunde zu kürzen. Gleichzeitig wurde die finanzielle Förderung des Unterrichts um 10 Millionen Euro abgesenkt. Andere ethnische und nationale Minderheiten in Polen sind von solchen Kürzungen nicht betroffen.

Diese deutliche Diskriminierung eigener Staatsbürger erinnert an die Zeit kommunistischer Diktatur und lässt sich auch nicht damit entschuldigen, dass man Deutschland in Zugzwang setzen will, den herkunftssprachlichen Unterricht für in Deutschland lebende Polen zu verbessern. Im Gegenteil zeigt sich darin, dass erneut Minderheiten einseitig instrumentalisiert und in Geiselnhaft genommen werden, um politische Ziele durchzusetzen und vorhandene Narrative zu bedienen. Wie wenig es dabei tatsächlich um die Sache geht, zeigen die Reaktionen der Polonia in Deutschland. Den ansonsten guten deutsch-polnischen Beziehungen hat die polnische Regierung einen Bärendienst erwiesen.

Es ist gut, dass der Sachverständigenrat des Europarates die Diskriminierung sofort öffentlich verurteilt und Polen vor dem Hintergrund seiner Verpflichtungen aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen als auch aus dem Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten aufgefordert hat, sich zu erklären.

20. Februar 2022

Herausgeber:
BdV Bundesgeschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon +49 (0)228 81007-0
Telefax +49 (0)228 81007-52

Pressekontakt:
Marc P. Halatsch
Pressesprecher
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 5858 443-50
Telefax +49 (0)30 5858 443-57
E-Mail presse@bdvbund.de

Die Pressemitteilungen des Bundes der Vertriebenen sind zur Information, zur redaktionellen Verwertung bzw. zur Veröffentlichung bestimmt. Beiliegende Fotos dienen ebenfalls der redaktionellen Verwertung bzw. der Veröffentlichung. Bitte beachten Sie die Urhebernennung sowie ggf. weitere Hinweise im Text. Sollten Sie weitere Fotomotivwünsche wünschen, sprechen Sie uns unter den genannten Kontaktdaten an. Weitere Auskünfte erteilt die Pressestelle.



Ebenso wichtig ist es, dass viele Fürsprecher in Deutschland sich bereits deutlich hinter die deutsche Minderheit gestellt haben.

Auch der Bund der Vertriebenen steht fest an der Seite Deutschen in Polen. Gemeinsam mit den deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedlern stehen sie für grenzüberschreitende Verständigung, für Brückenbau und für ein geeintes und friedliches Europa ein. Auch daher fordern wir Polen anlässlich des Internationalen Tags der Muttersprache auf, nationale wie internationale Verpflichtungen zu achten und die Diskriminierung seiner eigenen, loyalen Staatsbürger zu beenden.

Alle weiteren zwischenstaatlichen Themen gehören in die Verhandlungen des deutsch-polnischen Runden Tisches. Hier ist die Bundesregierung weiterhin gefordert, auch die Anliegen der deutschen Minderheit in Polen wie bisher mit Nachdruck und diplomatischem Geschick zu vertreten.

16) Minderheitenrechte sind keine Verhandlungsmasse.

Kürzungen im Sprachunterricht in Polen in der Kritik – Bundesregierung muss handeln

In Polen erleben wir derzeit eine beispiellose, politisch motivierte Diskriminierung der deutschen Minderheit. Obwohl Polen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert hat und obwohl innerstaatliche Gesetze den Minderheitenschutz regeln, streicht man der dortigen deutschen Minderheit einen Großteil der dringend benötigten Mittel für den muttersprachlichen Unterricht und kürzt die Unterrichtszeit von drei auf eine Stunde. Andere nationale Minderheiten sind nicht von Kürzungen betroffen. [Hier geht es zur tagesaktuellen Aussendung](#) von **Egon Primas**, OMV - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge.

<https://www.omv.cdu.de/artikel/minderheitenrechte-sind-keine-verhandlungsmasse>

Minderheitenrechte sind keine Verhandlungsmasse

Erklärung des Bundesvorsitzenden der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) - Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas

21.02.2022

Kürzungen im Sprachunterricht in der Kritik – Bundesregierung muss handeln

In Polen sind Anfang Februar finanzielle Mittel und Unterrichtszeit für den muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit drastisch gekürzt worden. Anlässlich des Internationalen Tags der Muttersprache am 21. Februar 2022 erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas, dazu:

In Polen erleben wir derzeit eine beispiellose, politisch motivierte Diskriminierung der deutschen Minderheit. Obwohl Polen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen und das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten ratifiziert hat und obwohl innerstaatliche Gesetze den Minderheitenschutz regeln, streicht man der dortigen deutschen Minderheit einen Großteil der dringend benötigten Mittel für den muttersprachlichen Unterricht und kürzt die Unterrichtszeit von drei auf eine Stunde. Andere nationale Minderheiten sind nicht von Kürzungen betroffen.

Diese staatlich veranlasste Diskriminierung polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität ist also ein eklatanter Bruch innerpolnischer Gesetze und internationaler Vereinbarungen. Wird daran festgehalten, kann sich eine Bedrohungslage für die sprachliche und kulturelle Identität der deutschen Minderheit in Polen entwickeln. Dies wollen wir am Internationalen Tag der Muttersprache anmahnen.

Gegen diese Benachteiligungen braucht es jetzt lauten Widerspruch – aus Polen selbst, aber auch aus Deutschland und Europa. Minderheitenrechte sind keine Verhandlungsmasse. Die angestammte deutsche Minderheit in Polen darf nicht zum Sündenbock dafür gemacht werden, dass Deutschland sich angeblich nicht ausreichend um die Förderung der in Deutschland lebenden Polen bemühe. Solche Fragen gehören an den bilateralen Verhandlungstisch. Ansonsten ist jeder Staat gut beraten, die eigenen gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, die eigenen angestammten Minderheiten zu schützen und sie im Erhalt ihrer Muttersprache zu unterstützen.

Unionsgeführte Regierungen haben sich stets zu den deutschen Minderheiten bekannt und dies sowohl in ihrer Programmatik als auch in ihrem politischen Handeln verankert. Für ihre berechtigten Anliegen bleiben CDU/CSU und mit ihnen die OMV auch zukünftig ein verlässlicher politischer Partner, gerade im Hinblick auf sprachliche und kulturelle Selbstbestimmung.

Die neue Bundesregierung muss jetzt handeln und zeigen, wie ernst ihr auch diese Interessensvertretung ist. Dabei ist das für den deutsch-polnischen Runden Tisch zuständige Bundesinnenministerium gefordert, das unter CDU/CSU-Führung stets gleichermaßen engagierte wie erfahrene Regierungsbeauftragte mit einem starken Mandat in die Verhandlungen mit Polen schickte. Dabei ist aber auch das Auswärtige Amt gefordert, das hoffentlich neben Klimapolitik auch nach wie vor für Schutz und Hilfe für die Deutschen im Ausland eintritt.

17) BdV: „Offene Diskriminierung eigener Staatsbürger“.
Polen kürzt muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit



Bundesgeschäftsstelle
Pressestelle

Presstext

„Offene Diskriminierung eigener Staatsbürger“

Polen kürzt muttersprachlichen Unterricht der deutschen Minderheit

„Politische Geiselhaft“ und „offene Diskriminierung eigener Staatsbürger“, „Schaden an zukünftigen Generationen“ und „Rückfall in kommunistische Zeiten“: Wer regelmäßig aufmerksam gen Polen blickt, kann derzeit solche Schlagzeilen lesen und hören. Geäußert werden sie von der deutschen Minderheit in Polen sowie von Amtsträgern und Organisationen in Deutschland, die sich für die Anliegen der Deutschen in Polen einsetzen. Was ist passiert?

Am 4. Februar 2022 hat Polens Bildungsminister Przemysław Czarnek eine Verordnung erlassen, mit der die Anzahl des muttersprachlichen Deutschunterrichts für Schüler aus der deutschen Minderheit von 3 auf 1 Stunde wöchentlich reduziert werden soll. Für Schüler anderer nationaler Minderheiten in Polen gibt es eine solche Kürzung nicht. Diese Kürzungen werden zum 1. September in Kraft treten, aber durch eine weitere Verordnung vom 10. Februar wurden bereits die Mittel für den muttersprachlichen Unterricht rückwirkend zum 1. Januar 2022 um rund zehn Millionen Euro abgesenkt. Die Organisationen der deutschen Minderheit in Polen, allen voran der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften (VdG), reagierten empört auf die Kürzungen. Sie treffe die Kinder, die Lehrer und die Selbstverwaltung der Deutschen ins Mark, zumal weitere Kürzungen in den Folgejahren zu befürchten seien.

Der Handlungen des Bildungsministers stehen im Zusammenhang mit dem Haushaltsgesetz, das vom polnischen Parlament – dem Sejm – nach langer Debatte Ende 2021 dann am 27. Januar 2022 verabschiedet wurde. Die Abgeordneten beschlossen damit gegen die Stimmen der Opposition eine ausdrücklich auf den Sprachunterricht der deutschen Minderheit beschränkte Mittelkürzung um die erwähnte Summe – obwohl vorher der Senat der Republik Polen empfohlen hatte, an der Förderung der Minderheiten festzuhalten.

Mitzudenken sind aber auch andere Einschränkungen im Bildungswesen, die dieser Kürzung vorausgingen: So wurde unter Bildungsminister Czarnek generell verboten, muttersprachlichen Unterricht mit Fremdsprachenunterricht zu kombinieren. Gleichzeitig wurden Angebote außerschulischer Sprachmittlung staatlicher Aufsicht unterstellt. Die polnische Öffentlichkeit betitelte diese Regelungen als „Lex Czarnek“.

Hergeleitet wird die Kürzung immer wieder von einer angeblich fehlenden „Symmetrie“ in der Förderung der angestammten deutschen Minderheit in Polen und der in Deutschland lebenden polnischen Staatsbürger. Der Deutsch-Polnische Nachbarschaftsvertrag von 1991 gebiete, diese Symmetrie herzustellen und Deutschland tue insbesondere im Bereich der Bildungspolitik zu wenig für die polnische Diaspora in Deutschland, so die Position der aktuellen polnischen Regierung. Dies scheint Grund genug, eigene Staatsbürger in Polen massiv in ihren Rechten zu beschränken und sie ganz offen nicht nur gegenüber der Mehrheitsbevölkerung, sondern auch gegenüber anderen nationalen Minderheiten in Polen zu diskriminieren.

Mehrfach hat der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten unter großer medialer Aufmerksamkeit in Polen darauf hingewiesen, dass die polnische Regierungs- und Parlamentsposition

auf „falschen Annahmen“ beruhe. So gebe es kategorische Unterschiede zwischen den beiden Ländern in der Finanzierung des Bildungssektors. Im Gegensatz zu Polen sei Bildung in Deutschland Sache der Bundesländer und werde nicht direkt aus den Haushaltsmitteln des Bundes finanziert. Seit 1991 habe sich die Anzahl der Polnisch-Schüler an deutschen Schulen um das 13-fache erhöht. Annähernd 15.000 Oberschüler, die Polnisch als Herkunftssprache lernen, profitierten 2020 von deutschen Bildungsausgaben in Höhe von rund 200 Millionen Euro aus Steuermitteln der Länder. „Zudem stärkt das 2020 gegründete Kompetenz- und Koordinierungszentrum für Polnisch in St. Mariental den Polnisch-Unterricht in Deutschland. Auch das Deutsche Polen-Institut leistet wichtige Arbeit und wird von öffentlichen deutschen Stellen unterstützt, so Fabritius. Es gebe „herausragende Modellprojekte in den Grenzregionen und seit 2013 eine Strategie der Kultusministerkonferenz zur Förderung von Polnisch als Herkunftssprache“. Die „Polonia“ als wichtigste Selbstorganisation der Polen in Deutschland habe zuletzt ca. 85.000 Euro jährlich aus Mitteln des Bundesinnenministeriums erhalten. „Diese Fakten zeigen, wie breit die polnische Gemeinschaft in Deutschland finanziell und ideell unterstützt wird. Es ist mir daher wichtig, dass diese Fakten Eingang in die weiteren Beratungen finden und Polen seine Diskriminierungsentscheidung überdenkt“, mahnte der Bundesbeauftragte in einer Presseerklärung. Demonstrativ forderte er Anfang Februar die polnische Regierung im Rahmen eines Besuches in Oppeln nach intensiven Gesprächen mit dem Vorsitzenden des VdG, Bernard Gaida, dem Präsidenten des Oppelner Regionalparlamentes, Rafał Bartek, und dem Sejm-Abgeordneten der Minderheit, Ryszard Galla, zu weiterem Dialog auf.

Polen steht jedoch nicht nur bezüglich des Nachbarschaftsvertrages in der Pflicht. Das Land hat als Mitglied im Europarat sowohl die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen von 1992 als auch das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten von 1995 ratifiziert. Beide Vereinbarungen resultieren auch aus einem Blick auf die gemeinsame europäische Geschichte und regeln, dass Sprache, Kultur und Identität von angestammten Minderheiten geschützt und Diskriminierung beseitigt werden müssen. Gerade für die Deutschen in Polen ist dies von großer Bedeutung, zumal in den Jahrzehnten kommunistischer Diktatur in vielen der ehemaligen deutschen Gebiete der Gebrauch der deutschen Sprache verboten war und vielerorts sogar Vor- und Zunamen von Deutschen zwangsweise in Polnische übersetzt wurden. Dies alles wirke bis heute nach, wie die Minderheitenverbände in Polen betonen.

Zu dieser Gemengelage kommen aktuell immer wiederkehrende politische Debatten, die das öffentliche Verhältnis zwischen Polen und Deutschland beeinflussen und in denen Themen wie Reparationsforderungen, Nord Stream 2 oder polnische Gesetze, die Überzeugungen der Europäischen Union zuwiderlaufen, eine wesentliche Rolle spielen. Aus den Verbänden der Deutschen in Polen wird vermehrt „von einem Klima wachsender Deutschenfeindlichkeit“ berichtet, die im Zusammenhang mit der jetzt beschlossenen Sprachunterrichtsreduzierung sogar „an einen Rückfall in kommunistische Zeiten“ erinnere. Der Wortführer für die Kürzungen, der Sejm-Abgeordnete Janusz Kowalski von der Partei „Solidarität Polen“ des umstrittenen Justizministers Zbigniew Ziobro, trug seine Forderungen gar in einer Pressekonferenz direkt vor der Geschäftsstelle der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen in Oppeln vor und untermauerte damit seinen Konfrontationskurs gegenüber der Minderheit.

Der VdG als Dachverband hat unterdessen die zuständigen europäischen Gremien auf die Diskriminierung der Deutschen in Polen aufmerksam gemacht. Der Sachverständigenrat des Europarates reagierte sofort öffentlich, äußerte seine Besorgnis und forderte Polen auf, die Mittelkürzungen vor dem Hintergrund der Verpflichtungen aus Sprachen- und Minderheitencharta zu erklären.

In Deutschland haben sich neben Bernd Fabritius bereits viele unterstützende Stimmen für die Deutschen in Polen zu Wort gemeldet. Deutlich äußerten sich etwa die SPD- und die CDU/CSU-

Bundestagsfraktion sowie das „Polnische Bundesnetzwerk für Partizipation und Soziales in Deutschland“ mit Sitz in Aachen.

Aus Aachen hieß es in einem offenen Brief an die Adresse sämtlicher politischer Entscheider in Polen: „Wir wollen und brauchen keine Unterstützung auf Kosten der Marginalisierung anderer. Der Entzug von Bildungssubventionen für nationale und ethnische Minderheiten (...) ist ein unethischer und kurzsichtiger Akt, der die resultierenden negativen sozialen Folgen im In- und Ausland nicht berücksichtigt.“ Bei den umgesetzten „Lösungen“ hätten die Bedürfnisse der Polonia in Deutschland keine Rolle gespielt.

Christoph de Vries, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte: „Dieser Angriff auf die Rechte der nationalen Minderheiten in Polen betrifft ausschließlich die deutsche Minderheit und ist eine gezielte Diskriminierung. (...) Uns liegt das freundschaftliche Verhältnis zu Polen auch aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands besonders am Herzen. Deshalb hoffen wir weiterhin auf ein Einlenken der polnischen Regierung und ein Abflauen nationalistischer Reflexe.“

Dietmar Nietan, SPD-Bundesschatzmeister und Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft, erklärte für seine Fraktion: „Dass mitten in Europa nationale und regionale Minderheiten und ihre Mehrsprachigkeit nicht als Bereicherung, sondern als Last begriffen werden und man sie zur Geisel politischer Interessen machen will, entspricht nicht unserer Vorstellung eines vereinten Europas. Es schadet den deutsch-polnischen Beziehungen, die uns sehr am Herzen liegen.“

Bernd Fabritius plant als Bundesbeauftragter für nationale Minderheiten Anfang März 2022 nochmals Gespräche mit der polnischen Regierung in Warschau und wird sich weiterhin für die Rücknahme der Kürzungen einsetzen. Aber auch aus dem Blickwinkel des BdV-Präsidenten „berührt dieses Thema einen wichtigen Punkt unseres europäischen Zusammenlebens. Die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen leisten als loyale Bürger einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt der polnischen Gesellschaft und sind gemeinsam mit den deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedlern unverzichtbare Brückenbauer im Verhältnis zwischen den Ländern. Sie fühlen sich – so ist mein Eindruck auch durch die vielen Gespräche vor Ort und durch Zuschriften, die ich von Deutschlehrern, von Eltern und Schülern erhalte – durch die Entscheidung ihrer eigenen, polnischen Regierung tief ins Herz getroffen“.

m-ph

Hinweis: Der Text erscheint im DOD 1/2022.

SPIELBALL ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND POLEN?

DIE POLONIA IN DEUTSCHLAND UND DIE DEUTSCHE MINDERHEIT IN POLEN



22. Februar 2022, 14 Uhr
Online-Debatte

DEUTSCHES
POLEN
INSTITUT

ISIP INSTITUTE OF POLITICAL STUDIES
POLISH ACADEMY OF SCIENCES



18) Spielball zwischen Deutschland und Polen?

Die Polonia in Deutschland und die deutsche Minderheit in Polen

Online-Debatte am Dienstag, 22.02.2022, 14 Uhr

Registrierung: https://us06web.zoom.us/webinar/register/WN_b1wuz6o0RdOwihgegh7dAg

Ende 2021 beschloss das polnische Parlament, der deutschen Minderheit die Mittel für muttersprachlichen Unterricht um insgesamt 20 Prozent zu kürzen. Begründet wurde dieser Schritt mit dem Hinweis auf mangelnde Förderung der Polonia in Deutschland durch die Bundesregierung.

Die Entscheidung und die damit verbundenen Vorwürfe wurden seitens Vertreter Deutschlands als „inakzeptabel“ zurückgewiesen. Offensichtlich handelt es sich vonseiten der polnischen Regierung um den Versuch, die Deutschen in Polen und die Polen in Deutschland für innen- bzw. außenpolitische Ziele zu instrumentalisieren.

In unserer Debatte wollen wir insbesondere folgende Fragen diskutieren:

- Wie unterscheidet sich der rechtliche Status der Polonia in Deutschland von dem der deutschen Minderheit in Polen?

- In welchem Verhältnis stehen die Vereinbarungen des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrags und internationale Abkommen, denen Polen und Deutschland beigetreten sind?

- Wie sehen Vertreter:innen der Polonia in Deutschland und der deutschen Minderheit in Polen die derzeitige Situation ihrer Communitys? Wo sehen sie Änderungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten?

Diskussion mit:

Knut Abraham MdB, CDU

Rafał Bartek, Vorsitzender des Parlaments der Woiwodschaft Oppeln, Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen (SKGD) im Oppelner Schlesien

Hans-Leo Dirks, Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat, Polonia-Beauftragter des Bundes

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts

Dr. Kamila Schöll-Mazurek, Polnisches Bundesnetzwerk Partizipation und Soziales „Part of Europe“

Moderation: Dr. Agnieszka Łada-Konefał, stv. Direktorin des Deutschen Polen-Instituts

Die Debatte ist Teil des Projekts "Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft", das realisiert wird in Kooperation mit:

21.02.2022

Mit besten Grüßen
Dr. Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
D-64283 Darmstadt
Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10
Mobil: 0157-57241221
www.deutsches-polen-institut.de
www.facebook.com/deutschespoleninstitut

19) Deutschland und Polen: Wir brauchen mutige Stimmen!

Aufruf der deutsch-polnischen Kopernikus-Gruppe gegen den Fatalismus der Gleichgültigkeit

Wir brauchen mutige Stimmen, um den deutsch-polnischen Dialog neu zu beleben: Die deutsch-polnische Kopernikus-Gruppe ruft Politikerinnen und Politiker sowie Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler aus beiden Ländern dazu auf, sich ein Herz zu fassen und öffentlich der Destruktion des Dialogs entgegenzutreten. Es reicht nicht aus, abzuwarten. In unseren Beziehungen darf es keinen Fatalismus der Gleichgültigkeit geben.

Eine Persönlichkeit, die nie gleichgültig geblieben ist, war Władysław Bartoszewski. Am 19. Februar 2022 jährt sich sein Geburtstag zum 100. Mal. Er erlebte die Grausamkeit und die Demütigungen im deutschen Konzentrationslager Auschwitz und war Zeuge der Zerstörung seiner Heimatstadt Warschau. Bereits seit Mitte der 1960er-Jahre setzte er sich unermüdlich für den deutsch-polnischen Dialog ein: zunächst als Publizist und Hochschullehrer, dann als Diplomat und Politiker. Er tat dies auf der Grundlage christlicher und universeller Werte der Versöhnung, geprägt von politischer Reife. In einer Zeit, in der auf beiden Seiten Feindseligkeit herrschte, hatte Władysław Bartoszewski den außerordentlichen Mut, sich in Polen und Deutschland öffentlich für den Aufbau gereifter und partnerschaftlicher Beziehungen zwischen unseren Völkern und Staaten einzusetzen. Im deutsch-polnischen Dialog sah er ein wichtiges Fundament für ein friedliches Zusammenleben in Europa.

Persönlichkeiten wie Władysław Bartoszewski haben wir es zu verdanken, dass unsere bilateralen Beziehungen der letzten drei Jahrzehnte, die weitgehend auf der Grundlage einer deutsch-polnischen Werte- und Interessensgemeinschaft gestaltet wurden, von vielen Erfolgen geprägt sind. Natürlich gab es in diesem Dialog auch Misserfolge. Bei der Bewertung der polnisch-deutschen Beziehungen ist es jedoch sinnvoll zu bedenken, dass Polen und Deutschland politisch, strategisch, geopolitisch, sozial, wirtschaftlich und kulturell in weitaus größerem Maße aufeinander angewiesen sind, als es die aktuellen Debatten in Medien und Politik nahelegen. Leider vergessen wir zu oft, das auch öffentlich immer wieder hervorzuheben. Die beunruhigende Situation jenseits der Ostgrenze der Europäischen Union zeigt einmal mehr, dass Polen und Deutschland für ihre eigene Sicherheit und die der EU gemeinsam handeln müssen. Die Verankerung dieser Denkweise in der polnischen und deutschen Außenpolitik ist einer der größten Erfolge des deutsch-polnischen Dialogs. Das gegenseitige Vertrauen in dieser Hinsicht muss weiter gepflegt und gestärkt werden, insbesondere angesichts der unterschiedlichen Einschätzungen dazu, welche Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit in der Region geeignet sind.

Die Art und Weise, wie Polen und Deutschland ihre gegenseitigen Beziehungen gestalten, hängt vor allem von der Dynamik der inneren Umstände in unseren Ländern ab. Umso wichtiger sind daher der politische Mut und der Weitblick jener Politiker, Intellektuellen, Künstler, Publizisten und gesellschaftlichen Akteuren, die den Versuch unternehmen, die Beweggründe für das Handeln ihrer Nachbarn auch zu verstehen und zu erklären, statt sie nur zu bewerten. Das Potenzial des deutsch-polnischen Dialogs zu ignorieren oder ihn für kurzlebige innenpolitische Zwecke zu instrumentalisieren, führt zu nichts und trägt darüber hinaus dazu bei, die europäische Ordnung in ihren Grundfesten zu erschüttern.

Und auch wenn der deutsch-polnische Dialog in der Berichterstattung der Medien eher als Konflikt- oder Divergenzgemeinschaft dargestellt wird, müssen wir uns bewusst sein, wie produktiv die Spannungen in den gegenseitigen Beziehungen Polen und Deutschland verändert haben. Sowohl im Bereich der Erinnerungskultur als auch in anderen Bereichen wie im Jugendaustausch, in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit, in zahlreichen Kommunalpartnerschaften oder im wirtschaftlichen Austausch. Zehntausende Menschen engagieren sich in Deutschland und Polen Tag für Tag für diesen Dialog. Es sind greifbare Beweise für den Erfolg der deutsch-polnischen Zusammenarbeit.

Eine besondere Herausforderung in unserem Dialog bleibt die Geschichte. Die Art und Weise, wie wir sie in den vergangenen Jahrzehnten diskutiert haben, gehört zu den Erfahrungen, die unsere deutsch-polnische Nachbarschaft verändert haben: Wir haben voneinander und übereinander gelernt und uns auch auf schwierige Themen eingelassen. Dazu gehören komplexe Meinungsbildungsprozesse u. a. zur Aufarbeitung der Verbrechen der Wehrmacht in Polen, zur Entstehung des Deutsch-Polnischen Schulbuchs, zum „Dokumentationszentrum Flucht und Vertreibung“ in Berlin in seiner heutigen Gestalt, zu einem „Ort des Erinnerns und der Begegnung mit Polen“, wie er vom Bundestag im Herbst 2020 beschlossen worden ist.

Zum Alltag deutsch-polnischer Beziehungen gehören die lautlose Arbeit von Bildungs- und Begegnungsstätten, Wanderausstellungen und die Veröffentlichung tausender Publikationen. Es ist normal, dass jede Generation andere und neue Fragen an die Geschichte stellt. Themen, die eben noch sachlich diskutiert wurden, lassen uns plötzlich wieder emotional werden. Wenn etwa Persönlichkeiten, die sich aufrichtig für den Dialog zwischen unseren beiden Gesellschaften einsetzen, durch Vergleiche mit nationalsozialistischen Tätern diffamiert werden, zum Beispiel auf Plakaten im Straßenbild

von Warschau, so ist eine Grenze überschritten. Die seit Jahrzehnten geltenden ungeschriebenen Regeln des Anstandes im gegenseitigen Umgang scheinen nicht mehr zu gelten. Das demonstrative Beharren auf Kriegsreparationen als Vorbedingung einer weiteren Verständigung nimmt billigend in Kauf, dass die Meilensteine deutsch-polnischer Annäherung und Verständigung öffentlich negiert werden. Wenn Trauer und Wut über das fehlende Eingeständnis deutscher Verbrechen, die in Polen und an der polnischen Gesellschaft begangen wurden, auf diese Weise ausgedrückt werden, so kann uns das nicht gleichgültig sein. Wir sollten den Mut aufbringen, eine sachliche Diskussion zu führen.

Wir rufen alle Akteurinnen und Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen auf: Verzagt nicht! Lasst Euch nicht beirren von den fortwährenden Versuchen, Euer Werk gering zu schätzen. Ihr seid die wahren Baumeister Europas, denn nur aus verständnisvollen, engen bilateralen Beziehungen kann unser großes europäisches Projekt, dieses komplexe Gebilde aus Staaten und Mentalitäten, aus Geschichten und Gedanken weiter wachsen.

Wir appellieren an Außenministerin Annalena Baerbock und Außenminister Zbigniew Rau, sich dafür einzusetzen, die bestehenden, allerdings seit Jahren nicht mehr genutzten Formate des deutsch-polnischen Dialogs wieder aufleben zu lassen: die Regierungskonsultationen, die deutsch-polnischen Parlamentarierbegegnungen, das Deutsch-Polnische Forum oder auch den Deutsch-Polnischen Preis.

Wir appellieren an alle Akteurinnen und Akteure des öffentlichen Lebens, mutig gegen die Versuche aufzutreten, unsere Nachbarschaft schlechtzureden. Denken wir an die Worte von Władysław Bartoszewski: „Es lohnt sich, anständig zu sein!“ Deshalb dürfen wir nicht gleichgültig bleiben gegenüber Stimmen, die unsere Beziehungen gefährden.

Darmstadt, Kreisau, Warschau, im Februar 2022

Kontakt:

Prof. Dr. Peter Oliver Loew, deutscher Ko-Vorsitzender der Kopernikus-Gruppe (loew@dpi-da.de)

Prof. Dr. Waldemar Czachur, polnischer Ko-Vorsitzender der Kopernikus-Gruppe (waldemar.czachur@uw.edu.pl)

Zur Kopernikus-Gruppe siehe: <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/kopernikus-gruppe/>

*

Aufruf der Kopernikus-Gruppe - Deutschland und Polen: Wir brauchen mutige Stimmen!

Der vorstehende Aufruf wurde uns übermittelt durch:

Andrzej Kaluza DPI 17.02.2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

soeben wurde der aktuelle Aufruf der Kopernikus-Gruppe veröffentlicht. In der Anlage finden Sie die deutsche und die polnische Fassung als Word und pdf.

Die Kopernikus-Gruppe ruft Politikerinnen und Politiker sowie Intellektuelle, Künstlerinnen und Künstler aus beiden Ländern dazu auf, sich ein Herz zu fassen und öffentlich der Destruktion des Dialogs entgegenzutreten: "Es reicht nicht aus, abzuwarten. In unseren Beziehungen darf es keinen Fatalismus der Gleichgültigkeit geben." Die Kopernikus-Gruppe verbindet diesen Aufruf mit dem Gedenken an einen mutigen Akteur der deutsch-polnischen Beziehungen: Władysław Bartoszewski wäre am 19. Februar 2022 100 Jahre alt geworden.

Viele Grüße aus Darmstadt!
Andrzej Kaluza

--

Dr. Andrzej Kaluza
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
D-64283 Darmstadt
Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10
Mobil: 0157-57241221
www.deutsches-polen-institut.de
www.facebook.com/deutschespoleninstitut

20) Buch-Neuerscheinung: Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten – Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale



Pressemitteilung

Nr. 04/2022

Neuerscheinung: Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten – Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale

Band 2 der Reihe „Widerstand im Widerstreit“, herausgegeben im Auftrag des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, Dresden, und der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn, von Jens Baumann, Ernst Gierlich, Frank-Lothar Kroll und Rüdiger von Voss

mit Beiträgen von Rainer Bendel, Wladimir Gilmanov, Wieslaw-Roman Gogan, Gilbert H. Gornig, Ulrich Hutter-Wolandt, Barbara Kämpfert, Frank-Lothar Kroll, Horst Mühleisen, Karol Sauerland und Rainer Zacharias

Ist vom Widerstand gegen den Nationalsozialismus die Rede, so fällt bald das Stichwort vom »Kreisauer Kreis«, also der – später von der Geheimen Staatspolizei so benannten – Gruppe um Helmuth James Graf von Moltke, die sich ab 1940 mehrfach auf dessen niederschlesischem Gut Kreisau bei Schweidnitz traf und die dort Konzepte für ein Deutschland nach der Überwindung des Nationalsozialismus in staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht entwickelte, mit diesen weitere Widerstandskreise wesentlich beeinflusste. Rückt damit Schlesien in den Fokus der Betrachtung des Widerstands, so erscheint es lohnend, weitere historische deutsche Ostprovinzen und auch Gebiete mit deutschsprachiger beziehungsweise deutschstämmiger Bevölkerung außerhalb der Reichsgrenzen im mittleren und östlichen Europa hinsichtlich des Widerstands gegen den Nationalsozialismus beziehungsweise das System des Dritten Reichs zu befragen.

Die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen unternahm dies im Rahmen einer auf drei Veranstaltungen ausgelegten, jeweils vom Bundesministerium des Innern geförderten Reihe zeitgeschichtlicher Fachtagungen, die unter Beteiligung von Wissenschaftlern aus Deutschland und aus den östlichen Nachbarländern stattfanden. Unter

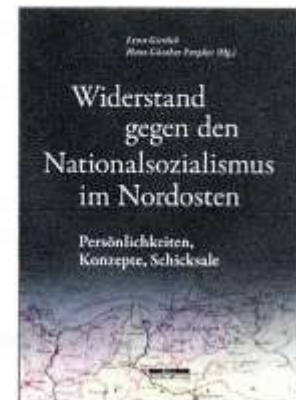
Berlin, 18.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

Web:
www.kulturstiftung.org



Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten – Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale

Ernst Gierlich, Hans-Günther Parplies (Hg.)

be.bra wissenschaft verlag,
Berlin-Brandenburg 2022,
242 Seiten, gebunden,
20 s/w-Abbildungen, 34,- €

ISBN 978-3-95410-288-4



dem Titel »Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Nordosten – Persönlichkeiten, Konzepte, Schicksale« fand im Jahre 2019 in Göttingen die Tagung statt, in der die Provinzen Ost- und Westpreußen sowie Pommern mit Ausblicken auf den baltischen Raum im Mittelpunkt standen. Es ging darum, die latent oppositionellen Milieus der »Parallelgesellschaften« des Landadels, der Bekennenden Kirche und der katholischen Kirche, des Militärs und des preußischen Bürger- und Beamtentums in den Blick zu nehmen. Anhand von Lebensbildern herausragender Vertreter aus diesen Milieus wurde deren Entwicklung von der Herkunft, dem familiären und gesellschaftlichen Umfeld und dem beruflichen Werdegang zu ihrer Entscheidung zu aktivem Widerstandshandeln nachgezeichnet und veranschaulicht.

Der vorliegende Band präsentiert nun die für den Druck bearbeiteten Beiträge der Tagung, die noch durch weitere Aufsätze ergänzt wurden. Die Ergebnisbände der beiden anderen Fachtagungen (zu Schlesien/Sudetenland und zum Südosten Europas) werden in dieser Reihe folgen.

Die Thematik des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in den damaligen deutschen Ostprovinzen und in den angrenzenden Regionen Europas verstärkt ins Bewusstsein zu rücken und einen entsprechenden internationalen wissenschaftlichen Austausch zu befördern, war beziehungsweise ist Anliegen der Veranstaltungen und dieser Veröffentlichung, die damit der Verständigung der Deutschen und ihren Nachbarn im östlichen Europa dienen soll.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Weitere Informationen zum Band auf der Seite des be.bra wissenschaft verlags:

<https://www.bebra-wissenschaft.de/vzgesamt/titel/998-widerstand-gegen-den-nationalsozialismus-im-nordosten.html>

21) Empfehlung des DPI: Andrzej Klamts Kult-Doku "Die geteilte Klasse/Podzielona klasa" diese Woche online zu sehen

- für alle, die den Dokumentarfilm **"Die geteilte Klasse"** von Andrzej Klamt (D 2011) noch nicht gesehen haben oder ihn gerne nach Jahren wieder sehen möchten, hier eine zeitlich begrenzte Möglichkeit, den Film diese Woche online zu sehen: <https://www.olatv.de/aktuell/film-der-woche-geteilte-klasse/>

Die Doku erzählt die Schicksale von Klamts Mitschülerinnen und Mitschülern einer Grundschule in Bytom (Beuthen), die mehrheitlich in den 1970/80er Jahren mit ihren Eltern nach Westdeutschland gegangen sind. Nach drei Jahrzehnten sehen sie sich wieder. Das Deutsche Polen-Institut zeigte dem Film mehrmals in Darmstadt und Schwalbach/Ts., letzters im programmkino rex 2019:

<https://www.deutsches-polen-institut.de/termine/archiv/die-geteilte-klasse-podzielona-klasa/>



- für alle, die das **Jahrbuch Polen 2021 Oberschlesien** noch nicht haben, aber es gerne in die Hand nehmen möchten, hier die (fast) letzte Möglichkeit: Es gibt nur noch wenige Exemplare und an Ihrer Stelle, würde ich jetzt schnell zugreifen!

Bestellung: verlag@harrassowitz.de

Mehr zum Jahrbuch: <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/jahrbuch-polen/jahrbuch-polen-2021/>

Mit besten Grüßen
Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Polen-Institut
Residenzschloss / Marktplatz 15
D-64283 Darmstadt
Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10
Mobil: 0157-57241221
www.deutsches-polen-institut.de
www.facebook.com/deutschespoleninstitut

22) Grundschule der deutsch-tschechischen Verständigung

Die [Grundschule der deutsch-tschechischen Verständigung](#) wurde im Jahr 1991 vom Verband der Deutschen in der Tschechoslowakei - dem Vorgänger der Landesversammlung - gegründet. Statutarisches Organ ist der Verwaltungsrat, bestehend aus Vertretern des Schulgründers, Fachleuten der breiten Öffentlichkeit und Vertretern der Elternschaft.

Danach kann das [Thomas Mann-Gymnasium](#), eine von der deutschen Minderheit in Prag gegründete Schule, besucht werden. Es gewährt eine achtjährige Allgemeinbildung mit Schwerpunkt auf den erweiterten intensiven Deutschunterricht, ausgewählten Fachunterricht in Deutsch und die Erziehung zur deutsch-tschechischen Verständigung.

(mit Dank an **Lm. Tschardtke**)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 21, 2022

Wien, am 21. Feber 2022

23) Immaterielles Kulturerbe Kuhländler Tänze

Heimatspflgerin **Christina Meinsch** schreibt: „Wir gratulieren Christine Rösch, Obfrau der Heimatgruppe Kuhländchen in München, und dem Landschaftsbetreuer Ulf Broßmann zur Eintragung der Kuhländler Tänze in das Register Guter Praxisbeispiele des Bayerischen Landesverzeichnisses des Immateriellen Kulturerbes.“

Auch **SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel** gratuliert dazu im Namen aller hiesigen Landsleute „auf das Herzlichste!“

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 23, 2022

Wien, am 23. Feber 2022

01) Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen digitalisiert Vertriebenen-heimatstube vor allem zu Böhmen, Mähren, Ostpreußen und Ungarn in Heuchelheim an der Lahn in Hessen



Pressemitteilung

Nr. 03/2022

Kulturstiftung digitalisiert Vertriebenenheimatstube in Heuchelheim

Anfang Februar war das Hessen-Team des Leuchtturmprojekts „Virtuelle Heimatsammlungen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen im mittelhessischen Heuchelheim an der Lahn zu Gast. Das dortige Heimatmuseum im Kinzenbacher Bahnhof beherbergt eine Heimatstube, die vor allem Böhmen, Mähren, Ostpreußen und Ungarn gewidmet ist.

Das Heimatmuseum wird vom Heimat- und Geschichtsverein Heuchelheim-Kinzenbach betrieben, dessen erster Vorsitzender, Gerhard Kreiling, das Team um Projektleiterin Lydia Tosses bei der Digitalisierung unterstützte. Seit 1989 wird im Heimatmuseum auch an das Schicksal der etwa 1300 Heimatvertriebenen erinnert, die in Heuchelheim Aufnahme gefunden haben.

In der Vertriebenenheimatstube wurden ausgewählte Exponate für die Projektwebseite www.heimatsammlungen.de digitalisiert, die Räumlichkeiten für eine 360-Grad-Ansicht abgelenkt und die digitalisierten Ausstellungsstücke für ihren virtuellen Auftritt im Internet vorbereitet. Auf der Projektseite werden Heimatstube und Digitalisate schon bald in ihren kulturellen Kontext eingebettet und mit vielen Zusatzinformationen versehen zu sehen sein.

Das Leuchtturmprojekt „Virtuelle Heimatsammlungen in Hessen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen wird finanziell durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport gefördert und dient der Erhaltung des deutschen kulturellen Erbes aus dem östlichen Europa. Es knüpft an das bereits seit über zwei Jahren erfolgreich in Nordrhein-Westfalen laufende Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ an.

Berlin, 16.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org



Das Heimatmuseum Heuchelheim im Kinzenbacher Bahnhof beherbergt eine Vertriebenenheimatstube im Dachgeschoss. Aufnahme © IMG_3871 Kulturstiftung



Der erste Vorsitzende des Heimat- und Geschichtsvereins Heuchelheim-Kinzenbach, Gerhard Kreiling, mit Lydia Tosses, der Leiterin des Hessen-Teams der Kulturstiftung bei der Begutachtung eines Gewürzschrankchens aus der Sammlung des Heimatmuseums.- Aufnahme © IMG_3905 Kulturstiftung



Zur Heuchelheimer Sammlung gehören Trachten, Kartenmaterial und viele Alltagsgegenstände.- Aufnahme © IMG_6515 Kulturstiftung

02) Gericht weist Klage der Adelsfamilie Liechtenstein als unbegründet ab

Das Gericht im südmährischen **Lundenburg** / Břeclav hat eine Klage der Stiftung Fürst Liechtenstein abgewiesen, mit der beim tschechischen Staat die **Rückgabe von Immobilien** sowie eine **Schadensersatzzahlung** erreicht werden sollte. Konkret ging es zum Beispiel um die Schlösser in **Eisgrub** / Lednice und **Feldsberg** / Valtice. Das Kreisgericht lehnte die Klage als unbegründet ab.

Die Adelsfamilie Liechtenstein ist der Ansicht, dass sich der tschechoslowakische Staat den Besitz nach 1945 auf Grundlage der **Beneš-Dekrete** und damit **gesetzeswidrig angeeignet** habe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Klägerseite hat eine Berufung angekündigt. Insgesamt hat die Stiftung Fürst Liechtenstein **26 Klagen** bei tschechischen Bezirksgerichten eingereicht, Lundenburg ist nur eine davon. Die Stiftung argumentiert vor allem damit, dass **Fürst Franz Josef II.** als letzter Besitzer des Familieneigentums auf tschechischem Boden kein deutscher Staatsbürger gewesen sei, sondern **Staatsoberhaupt des neutralen Liechtensteins**.

Im Sommer 2020 hat das Fürstentum ja eine [Staatenklage gegen die Tschechische Republik](#) beim Europäischen Gerichtshof in Straßburg (EGMR) eingebracht:

https://www.llv.li/files/srk/bua_091_2020_verpflichtungskredit-staatenbeschwerde.pdf

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 22, 2022

Wien, am 22. Feber 2022

01) Die Billunger zwischen Westfalen und der Ostsee. Dynastisches Agieren im mittelalterlichen Reich und seinen Randzonen

Ratzeburg

Veranstalter

Florian Hartmann, Lehr- und Forschungsgebiet Wissensdiskurse des Mittelalters, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen University

09.09.2021 - 11.09.2021

Von

Caroline Galla, Lehr- und Forschungsgebiet Wissensdiskurse des Mittelalters, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen University

Die Billunger kennzeichnen, wie FLORIAN HARTMANN (Aachen) in seiner Einführung darlegte, eine einmalige herzogliche Herrschaftskontinuität im Reich, die über fünf Generationen in Sachsen Bestand haben sollte. Indes sind die Billunger im Gegensatz zu anderen Dynastien, etwa den Welfen oder den Askaniern, weitgehend unbekannt. Und auch der Grenzraum des Reiches, in dem die Billunger als Markgrafen agierten, erscheint nur unzureichend von der Forschung beleuchtet. Bis auf einige Dissertationen aus den 1950er-Jahren sind keine Überblicksdarstellungen zu den Billungern und ihrem Herrschaftsraum vorhanden und auch ein Sammelband zu den Billungern bleibt ein Desiderat der Forschung. Dem etwas entgegenzutreten, nahm sich die dreitägige Tagung vor.

Schwerpunktmäßig sollten hierbei die Billunger in ihrem Agieren in weltlichen und geistlichen Netzwerken und deren Aktivitäten in einem Grenz- und Kontaktraum, der nicht allein als Ort der Konfliktaustragung fungierte, sondern als Gebiet wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs Bestand hatte, Betrachtung finden.

Die erste Sektion der Tagung suchte die Billunger als Familienverband und ihr Herzogtum in Sachsen zu fassen. Die Anfänge des Herzogtums Sachsen durch Hermann Billung veranschaulichte MATTHIAS BECHER (Bonn). Entgegen der Meinung der älteren Forschung, das Herzogtum Sachsen sei allmählich aus den von Otto dem Großen an Hermann Billung in den Jahren 953, 961 und 966 übertragenen *procurationes* entstanden, argumentiert Becher, dass Hermann Billung vielmehr bereits seit 953 mit dem Titel und den Aufgaben eines Herzogs betraut wurde. Der Aufstieg Hermanns habe sich hierbei in drei Schritten vollzogen: die Ernennung Hermanns zum *princeps militiae* durch Otto den Großen 936, der Aufstieg zum Herzog im Jahr 953, und die in einer Spätphase Ottos des Großen fassbare Stellung Hermanns als königsgleicher Herzog in Sachsen.

Den Spuren des billungischen Verwandtenverbandes ging GERHARD LUBICH (Bochum) anhand zweier grundlegender Bindungsmechanismen von Verwandtenkreisen nach: die Abstammungsverwandtschaft sowie die in der Heiratspolitik fassbare aktive Herstellung von Verwandtschaften. Der Forschungsmeinung, die Verwandtschaft hierbei als bedeutendstes Werkzeug zur Charakterisierung der Billunger zu verstehen, sei mit Vorsicht zu begegnen. Die Vorstellung eines geschlossenen Stemmas der Billunger rühre aus einem Konstrukt der Nachzeit, in der deren Amtskontinuität mit genealogischen Erklärungsmustern vereint wurde, wie das Stemma aus dem *Ordinarius* von St. Blasius in Braunschweig (NLA Wolfenbüttel, VII B Hs Nr. 129, fol. 47v) veranschauliche. Indes lasse sich bei Betrachtung

der zeitgenössischen Quellen des 10. und 11. Jahrhunderts eine Reduzierung eines weiten Verwandtschaftskreises der Billunger auf eine Familie des sächsischen Hochadels, die über fünf Generationen fassbar werde, feststellen.

Einen Überblick über die Wahrnehmung der billungischen Herzöge und ihrer chronikalisch belegten Verwandten in den verschiedenen zeitgenössischen historiographischen Darstellungen bot HANS-WERNER GOETZ (Hamburg). Hierbei werde ein ambivalentes Bild der Billunger deutlich: In den nahezu ausschließlich aus der Feder sächsischer Autoren verfassten Belegen rücken nicht deren Geschlecht, sondern oftmals im Kontext einzelner Ereignisse allein die Herzöge und einzelne Träger unter ihren nächsten Verwandten in das Interesse der zeitgenössischen Historiographen. Dabei sei die Wertung der einzelnen Vertreter höchst unterschiedlich ausgefallen. Erst der *Annalista Saxo* habe die verstreuten Belege zusammengefasst und durch eigene Ergänzungen zu den Verwandtschaftsverhältnissen eine Genealogie der Billunger verfasst.

Mit einer Neubewertung ihrer 2009 erschienenen Arbeit zu den billungischen Klöstern leitete NATHALIE KRUPPA (Göttingen) die zweite Sektion ein, die auf das Agieren der Billunger in den geistlichen Sphären blickte. Dabei rückten sowohl Urkunden als auch Memorialquellen in den Blickpunkt ihrer Betrachtungen, um den Einfluss der Billunger auf die mit ihnen in Verbindung gebrachten Klöster und Stifte zu erläutern. Insgesamt lasse sich festhalten, dass es sich hierbei um eine geringere Anzahl an Klöstern handele als 2009 angenommen. Während verschiedene Verbindungen der Billunger zu geistlichen Gemeinschaften in Sachsen fassbar werden, seien diese Kontakte, mit Ausnahme des St. Michaelis Klosters in Lüneburg, kurzzeitig gewesen. Weiter zeige sich, dass die von der Forschung konstruierten Billungerklöster vornehmlich mit der ebenfalls konstruierten wachmännischen Linie sowie den vermeintlichen Vorfahren der Billunger zu finden seien.

Inwiefern die billungischen Herzöge und ihre Familie Kontakte zu Mitgliedern des ostfränkisch-deutschen Episkopats pflegten, beleuchtete TOBIAS JANSEN (Bonn) anhand einer exemplarischen Untersuchung der Nekrologien des Klosters St. Michaelis in Lüneburg, des Stiftes Borghorst (Münster, Landesarchiv NRW. Abteilung Westfalen, Msc. VII, Nr. 1322, f. 19r-56r) und des Stiftes Möllenbeck. Demnach habe sich das geistliche Netzwerk der engen Verwandtschaft der Billunger allein in Ausnahmefällen über deren geistlichen Schwerpunkt in Verden ausgedehnt. Indes lasse sich in den billungischen Nekrologien ein breites Netzwerk an zum Teil mehrfach in diesen Quellen erwähnten Bischöfen und Erzbischöfen erkennen. Dies vermittele den Eindruck eines personellen Handlungsspielraums der reichspolitisch bedeutsamen Akteure bezogen auf die obersten Mitglieder des Episkopats im Reich, der auf interpersonellen Beziehungen beruhe.

Die dritte Sektion suchte das Wirken der Billunger in der weltlichen Sphäre aufzuzeigen und wurde von ROBERT GRAMSCH-STEHFEST (Jena) eröffnet. Er präsentierte eine netzwerktheoretische Sozialstrukturanalyse der im *Annalista Saxo* dargestellten sächsischen Adelsnetzwerke des 11. und 12. Jahrhunderts. An den Clusterbildungen und Zentralitätswerten der insgesamt 21 führenden Adelsfamilien in einem Soziogramm zeige sich, dass das Adelshaus der Northeimer sowie die Grafen von Stade eine hervorgehobene Position innehatten. Die unscheinbare Stellung der Billunger innerhalb der sächsischen Adelsfamilien müsse hierbei als Konsequenz ihrer überregionalen Heiratspolitik und ihrer ständischen Exklusivität gedeutet werden.

Dem Phänomen der billungischen Herzogsherrschaft im Vergleich zu den süddeutschen Herzogtümern Bayern und Schwaben im 11. Jahrhundert widmete sich JÜRGEN DENDORFER (Freiburg im Breisgau). Demnach habe sich die Sonderstellung des Herzogtums in Sachsen durch die auf Erblichkeit beruhende Kontinuität der

Herzogsherrschaft und der damit verbundenen Akkumulation von Besitz und Herrschaftsrechten der Billunger geäußert, die den süddeutschen Herzögen nicht mehr möglich war. Ebenso werde anhand verschiedener Auseinandersetzungen mit dem Königtum deutlich, dass sich die Billunger als Vertreter der Sachsen verstanden und sich somit von dem Amtsverständnis als Unterstellte des Königs abhoben.

Welche Akteure suchten mit welchen Argumenten in der Folgezeit der Billunger Ansprüche auf das Herzogtum Sachsen gültig zu machen? Dieser Frage widmete sich FLORIAN HARTMANN (Aachen) in seinem Vortrag zur Nachfolge der Billunger unter den Welfen und Askaniern. Nach der Erhebung Lothars von Süpplingenburg zum König 1125 und der anschließenden Hochzeit zwischen dessen Tochter und Heinrich dem Stolzen 1126/27 habe die virulente Frage der Nachfolge der Herzogsherrschaft – insbesondere im Herrschaftsraum der Askanier – zu Unruhen geführt. Bezeichnend sei hierfür ein zuerst im Jahr 1869 von Otto von Heinemann im *Codex Diplomaticus Anhaltinus* bearbeitetes und auf das Jahr 1047 datiertes Schreiben eines gewissen Presbyter G. an einen gewissen E., in dem Albrecht der Bär als Garant des Friedens in Sachsen angesprochen wird. Die Neubewertung der Zeitfassung innerhalb des Briefes erlaube eine Neudatierung auf die späten 1120er-Jahre. Damit werde deutlich, dass die Askanier durch ihre billungische Tradition und ihre Vernetzungen innerhalb Sachsens sowohl in der eigenen als auch in der Wahrnehmung der Zeitgenossen Ansprüche auf das Herzogtum geltend machen konnten und dass Albrecht der Bär Ende der 1120er-Jahre diese Ansprüche durchzusetzen suchte.

In seinem öffentlichen Abendvortrag behandelte GERD ALTHOFF (Münster) Leitlinien politischen Agierens der Billunger anhand zweier für die mittelalterliche Politik prägender Begriffe: das adelige Widerstandsrecht der *coniuratio* und der *rebellio*. Das adelige Selbstverständnis der Billunger sowie ihre Vernetzung innerhalb Sachsens habe sich in ihrer wiederholten Nutzbarmachung der *coniuratio* zur Stärkung ihrer Stellung geäußert. In den ersten drei Generationen billungischer Herzöge sei diese Form der Gruppenbildung zu einer Schwureinigung vor allem den Auseinandersetzungen mit dem Königtum entsprungen. Erst in der letzten Phase der billungischen Herrschaft sei im Konflikt mit Heinrich IV. die *coniuratio* zunehmend neuen Verhandlungsformen zwischen der sächsischen Elite und dem Herrscher gewichen, in denen die Billunger in den Hintergrund politischen Agierens gerückt seien.

Mit einer Neubewertung des durch Adam von Bremen entworfenen Bildes von Herzog Ordulf eröffnete CAROLIN TRIEBLER (Aachen) die letzte Sektion, die das Agieren der Billunger in den Kontaktzonen an den Grenzen des Reiches in den Blick nahm. Dabei wurden neben nordischen Quellen wie der *Heimskringla* auch diplomatische Quellen ebenso wie ein Brief des Bischofs Gunther von Bamberg an Anno von Köln aus dem Jahr 1063 herangezogen. Entgegen einer bei Adam durch wiederholte Niederlagen gegen die Elbslawen skizzierten Herzogsherrschaft Ordulfs, trete dieser dort als kriegserfahrener Herzog im Bündnis mit dem König von Dänemark und Norwegen, als Verteidiger des sächsischen Reichsgebietes und als Diplomat von reichspolitischer und internationaler Relevanz in Erscheinung.

RAINER-MARIA WEISS (Hamburg) gewährte in seinem Vortrag einen Einblick in die archäologischen Erkenntnisse der Ausgrabungen um die Neue Burg in Hamburg, die in einem lapidaren Eintrag bei Adam von Bremen Erwähnung fand. Nach Aufgabe der Hammaburg sei diese vermutlich zeitgleich zum Heidenwall an der Alster unter Bernhard II. errichtet worden. Anhand einer dendrochronologischen Analyse des Holzes ließe sich deren Bauzeit in die Jahre zwischen 1021 und 1023 datieren. Es werde durch die Größe der Burganlage deutlich, dass die Neue Burg quasi als zweite Hauptresidenz der Billunger diene und dass Hamburg als Zentralraum der Nordelbe fungierte.

GÜNTHER BOCK (Großhansdorf) untersuchte das Agieren der Billunger im nordelbischen Raum. Das sächsische Nordelbien habe den Billungern als sächsisches Hinterland sowohl Rückhalt als auch einen Rückzugsort geboten. Dabei seien kulturelle Kontakträume bereits ab 1043 nördlich der Elbe erkennbar: der mit Ratzeburg vergleichbare Kontaktraum an der Sadelbande im Vorfeld der Ertheneburg, der Kontaktraum an der oberen Bille im Zuge der Aktivitäten des Billungers Thietmar II. und der Kontaktraum an der westlichen Trave, der über 1127 hinaus unter der Herrschaft von Nachkommen des Abodritenkönigs Heinrich geblieben sei. Weiter könne über den Grafen Heinrich I. von Hamburg eine herrschaftliche Kontinuität zwischen dem billungischen Herzogshaus im 11. Jahrhundert und den Edelherren von Barmstede im 12. und 13. Jahrhundert in jenen Gebieten rekonstruiert werden.

Der Stellung der Billunger in der nordelbischen Geschichte und in der schleswig-holsteinischen Geschichtsforschung widmete sich OLIVER AUGÉ (Kiel). An verschiedenen Beispielen der jüngeren landesgeschichtlichen Forschung bezüglich der Verwandtschaftsbeziehungen der Billunger und deren Nachfahren, der Genese des Overbodenamts und dem Verhältnis zu den slawischen Nachbarn verdeutlichte er, dass auch in der jüngeren Forschung zu den Billungern im nordelbischen Raum ein reges Diskussionspotential bestehe und geführt werde.

Die verschiedenen und vielfältigen Beiträge in Bezug auf die Billunger, ihre Herzogsherrschaft und ihre Vernetzungen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen bestätigten, wie erhellend und gewinnbringend ein kollektiver Zugriff für ein neues Verständnis der Stellung der Billunger immer noch ist. Dabei wurde deutlich, wie ambivalent die Billunger nicht allein innerhalb der zeitgenössischen Geschichtsschreibung, sondern bis heute in der Forschung sind. Eine kritische Neubetrachtung und Ausweitung des Quellenmaterials ermöglicht hierbei, das Bild der Billunger neuzubewerten.

Konferenzübersicht:

Florian Hartmann (Aachen): Begrüßung und Einführung

Sektion I: Dynastie und Herzogtum

Matthias Becher (Bonn): Hermann Billung und die Anfänge des sächsischen Herzogtums

Gerhard Lubich (Bochum): Die Billunger als Verwandte

Hans-Werner Goetz (Hamburg): Die Billunger in der zeitgenössischen Historiographie

Sektion II: Agieren in geistlichen Sphären

Nathalie Kruppa (Göttingen): Die Klöster der Billunger

Tobias P. Jansen (Bonn): Blut ist dicker als Weihwasser. Billunger im ostfränkisch-deutschen Episkopat und geistliche Netzwerke in der billungischen Memorialliteratur

Sektion III: Agieren in weltlichen Sphären

Robert Gramsch-Stehfest (Jena): Das Netzwerk des sächsischen Hochadels im 11. und 12. Jahrhundert

Jürgen Dendorfer (Freiburg i. Br.): Die Billunger im spätsalischen Reich. Ein vergleichender Blick aus der Reichsperspektive

Florian Hartmann (Aachen): Billunger, Welfen, Askanier: Kontinuitäten und Neuanfänge im 12. Jahrhundert

Gerd Althoff (Münster): Verschwörung und Rebellion als politische Strategie der Billunger

Sektion IV: Agieren in Kontaktzonen am Rande des Reiches

Carolin Triebler (Aachen): Herzog Ordulf von Sachsen – Ein Billunger im Schatten seiner Vorgänger?

Rainer-Maria Weiss (Hamburg): Das archäologische Erbe der Billunger: Die Ausgrabungen an der Neuen Burg in Hamburg

Günther Bock (Großhansdorf): Burgen, Kontakträume, Herrschaften, Erbgänge – Überlegungen zu den Aktivitäten der Billunger nördlich der Elbe

Oliver Auge (Kiel): Die Billunger in der nordelbischen Geschichte und schleswig-holsteinischen Geschichtsforschung

Zitation

Tagungsbericht: Die Billunger zwischen Westfalen und der Ostsee. Dynastisches Agieren im mittelalterlichen Reich und seinen Randzonen, 09.09.2021 – 11.09.2021 Ratzeburg, in: H-Soz-Kult, 26.02.2022, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9318.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Schreiben für den A. E. Johann-Preis 2022
– Einsendeschluss 31. März 2022



A.E. JOHANN-GESELLSCHAFT e.V.

NEWSLETTER Februar 2022

Einsendeschluss für A. E. Johann-Preis endet am 31. März 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe A. E. Johann-Freunde!

Wir möchten noch einmal an den Einsendeschluss für den A. E. Johann-Preis 2022 erinnern.
Wenn Sie junge Menschen kennen, die gern schreiben, dann informieren Sie bitte und weisen auf unsere Homepage hin.

Wir haben neue Lesezeichen drucken lassen (s. Anlage). Wenn es Büchereien oder sonstige Einrichtungen gibt, die daran interessiert sind, teilen Sie es uns mit. Wir senden gern welche zu.

Die bisherigen Resonanzen auf unser Buch



waren sehr positiv. Machen Sie Werbung für die Biografie. Wir würden uns darüber freuen.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Wolters Karin Hübscher Rudi Zülch

Kontakt:

Vorsitzender Rudi Zülch

A.E. Johann-Weg 1

D-34593 Knüllwald

FON: 05681-3992

FAX: 05681-9390015

Handy: 0173-2936098

Email: a.e.johann-gesellschaft@web.de

www.a-e-johann.de

02) [IfL-Medieninfo] Licht in Datenschungel bringen

Medieninformation

Leipzig, den 28. Februar 2022

Licht in Datenschungel bringen

Im Rahmen des Projekts NFDI4Biodiversity zur gemeinschaftlichen Nutzung von Biodiversitäts- und Umweltdaten entwickelt ein Forschungsteam am Leibniz-Institut für Länderkunde visuelle Zugänge zu komplexen Datenbeständen.

NFDI4Biodiversity ist eines von derzeit rund 30 thematischen Konsortien der von Bund und Ländern finanzierten Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI). Das Netzwerk soll eine gemeinschaftliche Nutzung von Biodiversitäts- und Umweltdaten ermöglichen. Das Leibniz-Institut für Länderkunde ist in dem wissenschaftlichen Konsortium für Biodiversität vertreten und forscht innerhalb des Projekts an Visualisierungsansätzen und Methoden des visuellen Storytelling.

Dr. Jana Moser und ihr Team wollen in den kommenden zwei Jahren Visualisierungen entwickeln, die die spezifischen Eigenschaften, die Qualität der einzelnen Datensätze, ihre räumliche Ausprägung und bestehende Schutzinteressen berücksichtigen. Die Visualisierungen sollen überdies die Interpretation der Daten unterstützen, indem sie relevante Datensätze zusammenführen oder Informationen über die Zuverlässigkeit der Erhebungen liefern.

Das Projekt „NFDI4Biodiversity – Geovisualisierungstool für Biodiversitätsdaten“ wird sich in lokalen verorteten Beispielen mit dem Verhältnis verschiedener Arten und Artengruppen zueinander befassen. So lassen sich etwa aus der Kombination von Beobachtungsdaten von Vögeln mit denen von Insekten Rückschlüsse auf Veränderungen in der Population ziehen.

Eine besondere Rolle kommt dabei der transparenten Visualisierung der Unterschiede von Vorkommen, Beobachtungen und Meldungen zu, um die Interpretation der Daten zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit ausgewählten Datenprovidern will das Forschungsteam im Storytellingformat Geschichten zu Lokalbeispielen verfassen, die eine mögliche Veränderung über Bestand oder Verortung aufzeigen.

NFDI4Biodiversity

Die NFDI4Biodiversity ist ein Netzwerk von rund 50 Akteurinnen und Akteuren, die Biodiversitätsdaten erheben und mit diesen Daten arbeiten. Im Projekt werden für das deutsche Wissenschaftssystem Datenbestände systematisch erschlossen, vernetzt und nachhaltig nutzbar gemacht. Das Biodiversitäts-Konsortium umfasst unter anderem Forschungseinrichtungen, Fachgesellschaften und Landesämter.

Wissenschaftliche Ansprechpartnerin:

Dr. Jana Moser

Tel. +49 341 600 55-133

j_moser(at)leibniz-ifl.de

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann

Leibniz-Institut für Länderkunde Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Schongauerstraße 9

04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174

Fax: +49 341 600 55-198

presse@leibniz-ifl.de

www.leibniz-ifl.de

@Leibniz_Ifl

blog.leibniz-ifl.de

Das Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [<https://leibniz-ifl.de>]

Hinweis zum Datenschutz: Im Rahmen der Pressearbeit des IfL speichern und verarbeiten wir Ihre Daten (E-Mail, Name, Adresse) in einem Presseverteiler. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck verwendet und sind durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen. Dafür wenden Sie sich bitte an presse@leibniz-ifl.de.

03) Heute ist ein besonderer Tag: 22.02.2022

Der **22.02.2022** liest sich von vorne und hinten gleich – eine Besonderheit, die als „Palindrom“ bezeichnet wird und höchst selten ist – [hier lesen Zahlenfans mehr darüber](#).

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 22, 2022

Wien, am 22. Feber 2022

https://www.t-online.de/leben/familie/id_91586878/22-02-2022-deshalb-ist-heiraten-am-palindromischen-datum-so-besonders.html

22.02.2022:

Deshalb ist heiraten am palindromischen Datum so besonders

Palindromischer Tag



[Von Claudia Zehrfeld](#)

22.02.2022, 07:39 Uhr

FEBRUARY / 2022						
SU	MO	TU	WE	TH	FR	SA
		1	2	3	4	5
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28					

Palindromischer Tag: Der 22.02.2022 ergibt rückwärts gelesen das gleiche Datum. (Quelle: Aliaksandr Bukatsich/Getty Images)

Der 22. Februar 2022 ist etwas für alle, die sich von Zahlen faszinieren lassen. Denn er besitzt eine Besonderheit, die nur 28 weitere Tage in diesem Jahrhundert haben.

"Du bist von hinten wie von vorne" – was auf den Namen Anna im gleichnamigen Hit von Freundeskreis zutrifft, passt auch zum heutigen Datum, dem 22.02.2022. Es liest sich von vorne wie von hinten genau gleich. Im Fachjargon nennt sich das kalendarische Palindrom.

Im 21. Jahrhundert gibt es insgesamt 29 dieser Palindromtage, wenn man das in Europa übliche Format "TT.MM.JJJJ" zugrunde legt. Der erste in diesem Jahrhundert war der 10.02.2001. Der letzte vergangene ist erst ein Jahr her, er war am 12.02.2021. Bis zum nächsten hingegen dauert es deutlich länger, am 03.02.2030 ist es wieder so weit.

Vor 2001 hat es viele Jahrhunderte keine Daten gegeben, die sich in beide Richtungen lesen ließen. Genau genommen mehr als 808 Jahre lang. Denn der letzte Palindromtag vor dem 21. Jahrhundert fiel in das Jahr 1192 – auf den 29.11.1192. Diese Zahlendreher-Tage im

heute geläufigen achtstelligen Datumsformat waren generell bisher nur im 11., 12. und 21. Jahrhundert möglich.

Palindromtage 2010 bis 2042

Wochentag Datum

Montag 01.02.2010

Freitag 11.02.2011

Dienstag 21.02.2012

Sonntag 02.02.2020

Freitag 12.02.2021

Dienstag 22.02.2022

Sonntag 03.02.2030

Donnerstag 13.02.2031

Montag 23.02.2032

Samstag 04.02.2040

Donnerstag 14.02.2041

Montag 24.02.2042

Die Amerikaner können sich im 21. Jahrhundert übrigens nur über zwölf Palindromtage freuen. Im dort gängigen Datumsformat wird erst der Monat genannt, dann der Tag. Besonders selten ist der "Universal-Palindrom-Tag", der in beiden Datumsformaten funktioniert. Der letzte war der 02.02.2020. Davor gab es einen solchen Tag zuletzt am 11.11.1111. Der nächste kommt erst am 12.12.2121.

Heiraten am Palindrom-Datum



Hochzeit: Bei heiratswilligen Paaren ist der 22.02.2022 als Hochzeitsdatum sehr beliebt. (Quelle: Thinkstock by Getty-Images)

Ähnlich wie Schnapszahltag (02.02.2022, 11.11.2011) sehen manche Paare Palindromtage als geeignetes Hochzeitsdatum an. Sie könnten zum Song "Anna" von Freundeskreis ihren Hochzeitstanz tanzen.

Wer darauf noch etwas warten kann, sollte den 14.02.2041 zum [Heiraten](#) wählen, empfehlen Wissenschaftler der Fachhochschule Münster – hier fällt das kalendarische Palindrom mit dem [Valentinstag](#) zusammen. Eine solche Konstellation gibt es dann erst wieder am 14.02.12041 – aber so lange warten wird wohl niemand können.

Auch Wörter können Palindrome sein

Die Bezeichnung Palindrom geht auf Griechisch "palíndromos" zurück. Das bedeutet "rückwärts laufend".

- **Das sagt die Statistik:** [Heiraten am 02.02.22 – Bringt die Schnapszahl Glück?](#)
- **Mutter mit drei Schalttag-Kindern:** [Zehn skurrile Fakten zum 29. Februar](#)
- **12. Februar 2021:** [Deshalb ist dieses Datum so besonders](#)

Das gibt es nicht nur bei Zahlen, sondern auch bei Buchstaben. So gibt es palindromische Wörter und sogar Sätze. Einige Beispiele für palindromische Wörter, da sie auch rückwärts gelesen einen Sinn ergeben: stets, neben, Kajak, Level, Neffen, Radar, Tat, Uhu. Sogar bei den wissenschaftlichen Namen für Arten in der Biologie kann man einige Palindrome entdecken, etwa Xela alex (eine Schwebfliege), Allenella (eine Nacktschnecke), Afoiogfa (eine Plattwespe).

Sie sind von hinten wie von vorn, wie der Songtitel "Anna". Der in seiner rückwärtigen Lesbarkeit von "SOS" von Abba noch getoppt wird – hier ist nicht nur der Songtitel, sondern auch der Bandname ein Palindrom.

Verwendete Quellen:

- Eigene Recherche
- [Fachhochschule \(FH\) Münster: "Palindrome"](#)

**A. eb) Dokumentationen, Projekte, Diskussionen: Veränderung der
Geschichtslandschaft durch Umbenennung von Straßen u.a.m.**

S. 72 - 75

Die Dokumentation bis einschließlich AWR-809 vom 03.02.2022 wird zurzeit für eine gesonderte Veröffentlichung bearbeitet.

Aber wir beobachten das Feld der Geschichtsfälschung und Geschichtsverdrehung weiter. Wir vermissen die Gegenwehr!

Dieses Thema finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

Von der Geschichtsklitterung zur Geschichtsfälschung:
Straßenumbenennungen für eine andere Republik, für eine andere
Gesellschaft – für ein anderes Volk?

Das Beispiel Steglitz-Zehlendorf in Berlin: Paul von Hindenburg, Max von
Gallwitz, Georg Maercker

[http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-
Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gede
nktafeln_%20Ehrengraeber.pdf](http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Geschichtslandschaft_Strassen_Gedenktafeln_%20Ehrengraeber.pdf)

01) Die Wissmannstraße in Grunewald heißt ab Samstag Baraschstraße



Bild: BACW

Wissmannstraße wird zu Baraschstraße.

Pressemitteilung vom 22.02.2022

Die Wissmannstraße in Grunewald bekommt einen neuen Namen. Künftig wird der Straßename die jüdischen Eheleute Irene und Arthur Barasch ehren, die bis zu ihrer Flucht und Deportation mit ihren Kindern Else und Werner in der Wissmannstraße 11 gelebt haben.

Die Umbenennung wird am **Sonntag, dem 27. Februar 2022, um 12 Uhr** mit einem Festakt in der Aula des Walther-Rathenau-Gymnasiums, Herbertstraße 4, in Grunewald, in Anwesenheit von Nachkommen der Familie Barasch begangen. Die symbolische Umbenennung der Straße wird anschließend ab 13.30 Uhr vor Ort vollzogen.

Seit vielen Jahren engagieren sich zivilgesellschaftliche und afrodiasporische Initiativen für einen kritischen Umgang mit Straßennamen aus einem kolonialen Kontext. Initiativen für Umbenennungen haben in den vergangenen Jahren eine öffentliche Auseinandersetzung mit deutscher Kolonialgeschichte wesentlich mit angestoßen. Die Straße in Grunewald wurde noch zu seinen Lebzeiten nach Hermann von Wissmann (1853-1905) benannt. Wissmann hatte als Befehlshaber von Kolonialtruppen 1889/1890 den Widerstand der Küstenbevölkerung in Ostafrika niedergeschlagen. In einem gewaltsamen Feldzug nahm er das Gebiet ein, das 1891 offiziell zur Kolonie Deutsch-Ostafrika, heute Tansania, erklärt wurde.

2020 hat die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf eine Initiative mit dem Ziel der Umbenennung der Wissmannstraße beschlossen. Alle Initiativen, Bürger:innen im Bezirk waren eingeladen, Namensvorschläge einzureichen. Unter 47 Persönlichkeiten wählte eine Jury aus Anwohner:innen der Wissmannstraße, des zivilgesellschaftlichen Bündnisses Decolonize Berlin e.V. sowie der BVV-Fraktionen, einen Vorschlag aus. Im Mai 2021 folgte die Bezirksverordnetenversammlung der Empfehlung, mit dem Straßennamen künftig die jüdischen Eheleute Irene und Arthur Barasch zu ehren. Die Initiative „Öffentlicher Bürgergarten der Erinnerung“ hat seit 2014 das lokale Gedenken an die Verfolgung der Familie gestaltet.

Alan Ross, Enkel von Arthur und Irene Barasch:

Ich habe die Villa in der Wissmannstraße vor ein paar Jahren besucht. Es war ein so trauriger wie schöner Besuch. Dass jetzt die Straße nach meinem Großvater Arthur und meiner Großmutter Irene Barasch benannt wird, um sie zu ehren, macht mich sehr glücklich. Es ändert nichts an der Vergangenheit, aber es ändert vielleicht die Zukunft.

Bezirksstadträtin Heike Schmitt-Schmelz:

Eine ehrende Erinnerung an Hermann von Wissmann ist mit demokratischen Werten der Gegenwart nicht vereinbar. Eine Umbenennung trägt zu einer kritischen öffentlichen Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte bei und ist Teil des Zusammenlebens im Bezirk. Ich freue mich sehr, dass wir zur feierlichen Umbenennung auch eine Reihe von Nachkommen der Familie Barasch begrüßen können.

Tahir Della von "Decolonize Berlin":

Die erfolgreichen Umbenennungen von Straßennamen in Berlin die entweder koloniale Verbrecher ehren oder rassistische Bezeichnungen tragen stehen für einen inzwischen in

Gang gekommen Prozess den öffentlichen Raum diskriminierungsfrei zu gestalten und die gesellschaftlichen Verhältnisse neu zu gestalten. Daher begrüße ich die Umbenennung der Wissmannstraße in Grunewald als einen weiteren Schritt hin zu einem dekolonisierten öffentlichen Raum.

Am Festakt beteiligen sich auch Vertreter:innen, die sich für die Erinnerung an die neuen Namensgeber als jüdische Opfer des Nationalsozialismus engagieren, wie auch das zivilgesellschaftliche Bündnis Decolonize Berlin e.V., das für eine Dekolonisierung der Stadt eintritt und die Umbenennung der Straße maßgeblich initiiert hat. Eine Informationssäule wird vor Ort über die Gründe und den Kontext der Umbenennung aufklären.

Die Veranstaltung ist unter der 2G Regel und mit getragener FFP2-Maske zugänglich.

Im Auftrag
Brühl

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

- [Otto-Suhr-Allee 100](#)
[10585 Berlin](#)
- Raum: 228

<presse@charlottenburg-wilmersdorf.de>

Drucksache - 0092/VI

Betreff: Treitschkestraße
umbenennen – weil es
endlich Zeit wird!

Status: öffentlich

Ursprung: aktuell

Initiator: Linksfraktion Linksfraktion

Verfasser: 1. Imhof-
Speckmann/Dr.
Egginger-
Gonzalez
2. Gruner

Drucksache-
Art: Antrag Antrag

Beratungsfolge:

Bezirksverordnetenversam- Vorberatu
mlung Steglitz-Zehlendorf ng
von Berlin
[23.02.2022](#)

[4. öffentliche Sitzung der
Bezirksverordnetenversammlung
Steglitz-Zehlendorf - Videokonferenz](#)

Sachverhalt

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, die Treitschkestraße umzubennen, so wie dies mehrfach in der Vergangenheit und nun aktuell erneut gefordert wurde.

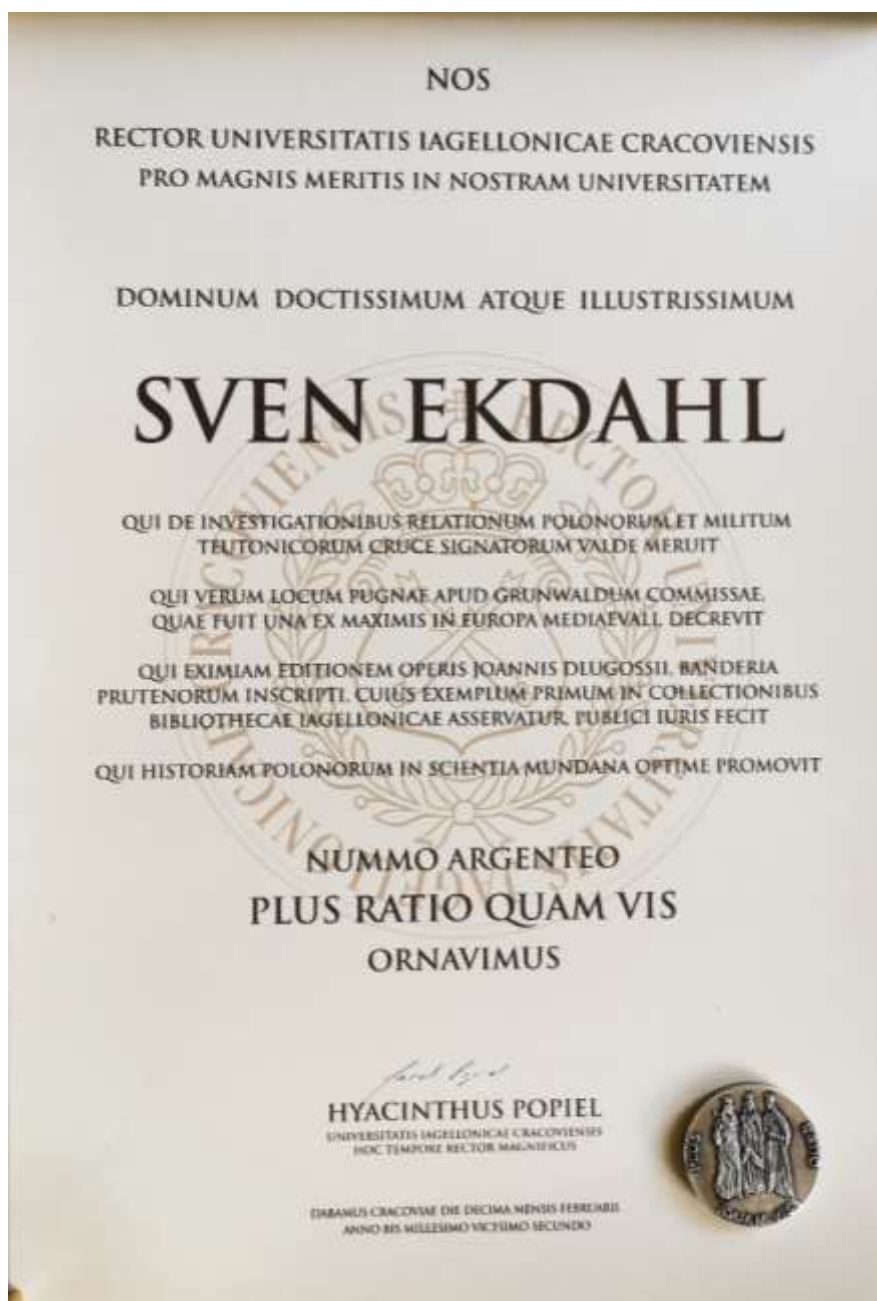
Begründung:

Die Treitschkestraße in Steglitz ist benannt nach dem deutschen Historiker Heinrich von Treitschke, auf den der Satz „Die Juden sind unser Unglück“ zurück geht. Dieser Spruch war die Losung der Wochenzeitung "Der Stürmer" (<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/ns-regime/ausgrenzung-und-verfolgung/die-zeitung-der-stuermer.html>). Damit und mit seiner Rolle im sogenannten Antisemitismus-Streit war Treitschke Wegbereiter der Nazi-Ideologie und des Holocaust. Das Dossier von Felix Sassmannshausen, das er im Auftrag des Senats von Berlin erstellt hat, kommt eindeutig zu dem Ergebnis, dass die Treitschkestraße umbenannt werden sollte – so wie dies in Heidelberg bereits vollzogen wurde. Eine historische Einordnung durch die am Harry-Bresslau-Platz angebrachten Stelen ist nicht ausreichend, zumal sie nur von wenigen Menschen wahrgenommen werden. Eine vielfach geforderte Umbenennung wäre ein Zeichen, dass der Bezirk Steglitz-Zehlendorf sich seiner historischen Verantwortung bewusst ist und alles dafür tut, dass Antisemiten nicht weiter durch Straßennamen geehrt werden

01) Prof. Dr. Sven Ekdahl erhält die Silbermedaille *Plus ratio quam vis* der Jagiellonen-Universität in Krakau

Vielleicht Interessiert es Sie zu erfahren, dass ich am 10. Februar 2022 die Silbermedaille *Plus ratio quam vis* der Jagiellonen-Universität in Krakau entgegennahm. In der Laudatio wurden auch meine Forschungen über das Schlachtfeld von 1410 gewürdigt. Die Absuche des Schlachtfeldes mit Metalldetektoren wird vom Museum zusammen mit dem dänischen archäologischen Verein Harja (wo ich und meine Frau Mitglieder sind) Ende August/Anfang September weitergehen.

Prof. Dr. Sven Ekdahl, Berlin, 01. März 2022





Während des Festaktes im Collegium Maius der Krakauer Jagiellonen-Universität



Zum Schluss des Festaktes Blumen für Prof. Dr. Sven Ekdahl

Krzysztof Ożóg:

Laudacja wygłoszona 10 lutego 2022 r. w Collegium Maius na uroczystości wręczenia Panu Profesorowi Svenowi Ekdahlowi srebrnego medalu Plus ratio quam vis

Wielce Szanowna Pani Rektor, Szanowny Panie Rektorze, Szanowny Panie Dziekanie, Wielce Czcigodny Panie Profesorze, Panie i Panowie!

Nieomal sześćset lat temu w murach naszej Almae Matris odbyła się uroczysta promocja nieznanego nam z imienia licencjata artium na Wydziale Sztuk Wyzwolonych. Jego promotorem był znakomity filozof, a następnie teolog profesor Mikołaj z Kozłowa, który z tej okazji wygłosił mowę rozpoczynającą się słów Ubi labor gravis, ibi non est gloria levis, (gdzie wielki trud, tam jest niemała chwała), zaczerpniętych ze zbioru florilegiów De remediis Pseudo Seneki. Krakowski uczony podkreślał w tej mowie wagę intelektualnego trudu człowieka w rozwoju wiedzy, a także w jego moralnym doskonaleniu i dążeniu do cnót. W kontekście tej najstarszej uniwersyteckiej tradycji spójrzmy na naszego Dostojnego Gościa, Pana Profesora Svena Ekdahla, uczonego, który zasłużył na srebrny medal Plus ratio quam vis.

Pan Profesor Sven Ekdahl urodził się w 1935 r. w prowincji Småland na południu Szwecji. Studiował na uniwersytetach w Göteborgu i Getyndze (Göttingen). Dyplom magisterski uzyskał w Göteborgu w 1961 r., zaś 6 lat później zwieńczył studia historyczne. Najpierw pracował jako bibliotekarz w Bibliotece Uniwersyteckiej w Göteborgu (1965-1968) oraz jako archiwariusz w tamtejszym krajowym archiwum (1968-1973). W następnych latach był stypendystą Fundacji im. Alexandra von Humboldta (1974-1975), a następnie Max Planck Gesellschaft (1976-1979), prowadząc badania naukowe w archiwum Zakonu Krzyżackiego w Getyndze, które po drugiej wojnie światowej tam właśnie było ulokowane od 1953 do 1978 r. Stopień doktora z historii uzyskał w 1977 r. w Åbo Akademi (szwedzkojęzycznym uniwersytecie w fińskim Turku), natomiast habilitację w 1978 r. na Uniwersytecie w Göteborgu, gdzie w tym samym roku został zatrudniony jako docent (Privatdozent). Podstawą habilitacji była wydana w 1976 r. monografia dzieła Jana Długosza, Banderia Prutenorum (wraz z edycją), którego oryginał znajduje się w zbiorach Biblioteki Jagiellońskiej. W 1979 r.

opuścił Szwecję i przeniósł się na stałe do Berlina podejmując pracę jako naukowy pracownik w Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, do którego to archiwum w 1978 r. przeniesiono z Getyngi zbiory archiwum Zakonu Krzyżackiego. Na tym stanowisku pracował 20 lat. W 2002 r. został zatrudniony jako profesor historii średniowiecznej w Instytucie Polsko-Skandynawskim w Kopenhadze (Polish-Scandinavian Research Institute).

Profesor Sven Ekdahl jest światowej sławy znawcą dziejów Zakonu Krzyżackiego, w tym w szczególności wielkiej wojny 1409-1411 i bitwy pod Grunwaldem. W swoim bogatym dorobku naukowym ma monumentalne prace o tej bitwie, jak również edycje źródłowe.

Na dorobek naukowy prof. Svena Ekdahla składa się ponad 170 publikacji, w tym kilka monografii, których wartość trudno przecenić, zwłaszcza dla historii Polski, bo dotyczą jednej z najważniejszych bitew w naszych dziejach, czyli bitwy pod Grunwaldem. Naukowa twórczość prof. Ekdahla jest niezwykle bogata, a początki zainteresowań dziejami Europy Środkowej, a zwłaszcza Zakonu Krzyżackiego sięgają czasów, gdy jako młody adept historii miał możliwość pracować w Getyndze nad archiwaliami Zakonu Krzyżackiego. Już na początku swojej drogi naukowej odnalazł dokument (list nieznanego z imienia wojskowego

dowódcy do wielkiego mistrza zakonu), który okazał się być wyjątkowym odkryciem, bo inaczej ukazywał ucieczkę Litwinów z pola bitwy pod Grunwaldem, co tak sugestywnie opisał swojej kronice Jan Długosz. To co dla polskiego kronikarza miało być ucieczką okazało się w rzeczywistości przemyślanym manewrem taktycznym wielkiego księcia litewskiego Witolda. O tym odkryciu napisał w artykule *Die Flucht der Litauer in der Schlacht bei Tannenberg*, opublikowanym w 1963 r.

Pierwszą monografią prof. Svena Ekdahla, na dodatek ściśle związaną z Uniwersytetem Jagiellońskim, jest wydana w 1976 r. edycja jednego z najważniejszych dzieł Jana Długosza, *Banderia Prutenorum*, którego oryginał znajduje się w zbiorach Biblioteki Jagiellońskiej. Trudne lata zimnej wojny oraz siermiężna atmosfera tych czasów w Polsce odcisnęły się mocno na pracy nad tym rękopisem. Prof. Ekdahl dzięki życzliwości ówczesnej Dyrekcji Biblioteki Jagiellońskiej oraz Jej pracowników (w szczególności nieżyjącej już znakomitej mediewistki dr Marii Kowalczyk) miał możliwość zapoznania się z oryginałem dzieła. Na potrzeby edycji konieczne było jednak wykonanie kolorowych fotografii tego rękopisu, a w ówczesnych warunkach Biblioteka Jagiellońska takich możliwości nie miała. Przypomnijmy, że dzieło Jana Długosza zawiera opis 56 chorągwi krzyżackich zdobytych przez wojska polskie w wojnach z zakonem za panowania Władysława Jagiełły (w tym 51 chorągwi zdobyto w trakcie bitwy pod Grunwaldem) i zawieszonych przez tego króla w katedrze na Wawelu przy grobie św. Stanisława. Informacje o każdej z chorągwi, jako formacji wojskowej, zostały umieszczone przy kolorowej podobiznie każdej z nich, namalowanej przez Stanisława Durinka, krakowskiego miniaturzystę. Zdaniem specjalistów *Banderia Prutenorum* Długosza jest jedynym w swoim rodzaju zabytkiem w dorobku kulturalnym średniowiecznej Europy. Poprzednie edycje tego dzieła, w tym przygotowana przez Karola Górskiego w 1958 r., zawierały jedynie czarno-białe podobizny chorągwi krzyżackich. Prof. Ekdahl chciał wydać dzieło Jana Długosza w takiej postaci, w jakiej się ono zachowało. Aby pokonać zatem trudności świata istniejącego za żelazną kurtyną postanowił przywieźć samochodem odpowiednie lampy i aparat, dzięki czemu udało mu się wykonać profesjonalne, kolorowe zdjęcia rękopisu. Aby jednak te cenne fotografie nie zostały skonfiskowane przez celników na granicy pomiędzy PRL a NRD i NRD a RFN, prof. Ekdahl postanowił dostarczyć je do Getyngi za pośrednictwem szwedzkiej ambasady w Warszawie.

Opisane trudności w przygotowaniu edycji i monografii o jednym z najważniejszych rękopisów do dziejów bitwy pod Grunwaldem pokazują determinację prof. Ekdahla, który przed podjęciem szeroko zakrojonych badań nad wielką wojną Polski i Litwy z Zakonem Krzyżackim chciał wpięrcz przebadac zachowany materiał źródłowy. Przygotowana przez niego edycja dzieła Jana Długosza górowała – jak napisał profesor Jerzy Wyrozumski – nad wszystkimi dotychczasowymi wydaniemi zarówno poziomem edycji tekstu i rysunków, jak i też bogactwem postawionych i rozwiązanych problemów historycznych i źródłoznawczych. O skali osiągnięcia prof. Ekdahla świadczy ponad 50 recenzji, które ukazały się w czasopiśmie naukowych europejskich i amerykańskich. Nie wspomnę już o trudnej do określenia liczby cytowań w pracach mediewistów na całym świecie. Mam też osobiste wspomnienie związane z ukazaniem się edycji *Banderia Prutenorum*. Byłem wtedy uczestnikiem seminarium magisterskiego prof. Jerzego Wyrozumskiego, który w 1977 r. przyniósł na jedno ze spotkań seminaryjnych dzieło prof. Ekdahla i dokonał bardzo szczegółowego omówienia walorów naukowych edycji. Po raz pierwszy widziałem wtedy kolorowe reprodukcje chorągwi krzyżackich z dzieła Długosza. Książka prof. Ekdahla o *Banderia Prutenorum* ukazała się także w języku litewskim (1992).

Dalsze badania prof. Svena Ekdahla przyniosły obfity efekt w postaci wydanej w 1982

r. obszernej monografii o źródłach do dziejów bitwy pod Grunwaldem pt. Die Schlacht bei Tannenberg 1410. Quellenkritische Untersuchungen, Bd. I: Einführung und Quellenlage (Berlin) (polskie wydanie tej książki pt. Grunwald 1410. Studia nad tradycją i źródłami, w przekładzie Macieja Dorny, miało miejsce w 2010 r.). Poprzedziła ją bardzo rozległa kwerenda w archiwach i bibliotekach europejskich, szczególnie niemieckich, austriackich, polskich i litewskich dla zebrania materiałów źródłowych dotyczących tej bitwy. Przyniosła ona odkrycie przez prof. Ekdahla szeregu nieznanych dotąd badaczom źródeł, oświetlających niektóre aspekty konfliktu (w tym m.in. mowy posta polskiego Andrzeja Łaskarzyca do papieża Jana XXIII z 1411 r., ukazującej sprawę wojny z zakonem i bitwy grunwaldzkiej z polskiej perspektywy). We wspomnianej monografii dokonał prof. Ekdahl gruntownej analizy źródeł pisanych, szczególnie kronik i roczników, listów, dokumentów, mów, kazań i pism związanych z soborem w Konstancji. Systematycznie omówił z jednej strony najstarsze źródła polskie i o tendencji propolskiej, dotyczące bitwy oraz rozwój polskiej propagandy po Grunwaldzie, zaś z drugiej w podobnym układzie najstarsze źródła krzyżackie i o tendencji prokrzyżackiej oraz propagandę zakonu po bitwie. W odrębnej części zanalizował pisma obu stron powstałe na soborze w Konstancji, a dotyczące konfliktu polsko-litewsko-krzyżackiego oraz relacje posoborowe o Grunwaldzie, a na koniec opisy tej bitwy w dziełach Eneasza Sylwiusza Piccolominiego i Annales Jana Długosza. Podsumował także wyniki swoich badań nad Banderia Prutenorum. Analizy źródłowe dopełnił prezentując historyczny materiał kartograficzny związany z polem bitewnym oraz wyniki ówczesnych badań archeologicznych przeprowadzonych na polach grunwaldzkich. Ta monografia prof. Ekdahla otworzyła nowy etap w badaniach nad bitwą grunwaldzką. Stała się źródłoznawczym fundamentem dla międzynarodowego grona badaczy, podejmujących rozmaite aspekty wojny z 1410 r.

Doczekała się bardzo wielu recenzji. Jedną z nich sam sporządziłem. Z dzieła prof. Ekdahla korzystam w swoich badaniach od 40 lat. Przy pisaniu wspomnianej pracy nawiązał on bliższe kontakty z kilkoma polskimi historykami. Ponadto towarzyszyła prof. Ekdahlowi głębsza myśl, o czym czytamy we wstępie z października 1982 r.: „Niniejsza praca została napisana zgodnie z wymogami metody historyczno-krytycznej sine ira et studio. Będzie jednak dla mnie powodem do radości, jeśli rezultaty moich badań przyniosą nie tylko naukowy postęp, ale okażą się skromnym wkładem w porozumienie między narodami Europy Środkowej i Wschodniej”. Te słowa stały się niejako programem Jego działalności badawczej, który konsekwentnie realizuje do dziś.

Badawcza fascynacja wielką wojną i bitwą pod Grunwaldem sprawiła, że poświęcił im kilkadziesiąt rozpraw naukowych, w większości w języku niemieckim i angielskim, ale także polskim i litewskim. Uczestniczył w wielu międzynarodowych konferencjach na ich temat oraz zacieśniał więzy z polskimi historykami. Nie sposób pominąć udziału prof. Ekdahla w jednej z takich konferencji, zorganizowanych w 2010 r. z udziałem obecnego tu Pana Dziekana Stanisława Sroki, wówczas Dyrektora Instytutu Historii oraz dra Janusza Trupindy, Dyrektora Muzeum Zamkowego w Malborku i moim, która obradowała w Malborku i Krakowie.

Z niezwykłą energią i wytrwałością prof. Ekdahl badał sprawę pola bitewnego, tj. miejsca starcia obu armii. Już w 1965 r. po raz pierwszy zakwestionował najbardziej rozpowszechniony w historiografii pogląd o trasie marszu polsko-litewskiej armii na pola Grunwaldu i miejscu jej rozlokowania przed bitwą. Uważano, że wojska polsko-litewskie doszły od strony Ulnowa i Jeziora Łubień, zaś bitwa rozegrała się między Stębarkiem (niem. Tannenberg) a Łodwigowem w tzw. Dolinie Wielkiego Strumienia (w tym miejscu, we wsi Stębark, w 1960 r., w 550 rocznicę bitwy grunwaldzkiej, postawiono Muzeum oraz odsłonięto Pomnik Grunwaldzki). Natomiast prof. Ekdahl na podstawie wszechstronnej analizy źródeł pisanych i kartograficznych doszedł do przekonania, że armia Władysława Jagiełły i Witolda dotarła na pole bitwy przez Dąbrówno i Samin, zajmując pozycje między wsiami Grunwald i Łodwigowo, zaś bitwa rozegrała się na terenie położonym na południe i

wschód o Grunwaldu. Źródła pisane polskiej strony wyraźnie i jednoznacznie mówią o bitwie pod Grunwaldem („conflitus magnus apud Grunwald”). Prof. Ekdaahl przez wiele lat doprecyzowywał swoją koncepcję i niezmordowanie zabiegał o przeprowadzenie dokładnych badań archeologicznych z wykorzystaniem wykrywaczy metali na wskazanym obszarze, co pozwoliłoby zweryfikować nie tylko jego tezę, ale przede wszystkim ustalić prawdziwe miejsce stoczenia jednej z największych bitew średniowiecznej Europy. Dzięki zabiegom prof. Ekdaahla w latach 2014-2020 były prowadzone badania archeologiczne, w których brali udział duńscy archeolodzy z Harja Arkaeologisk z Odense oraz badacze z Norwegii, Litwy, Anglii, Szwecji i Polski. W wyniku tych badań udało się odkryć niezwykle liczne militaria oraz jamy grobowe pomiędzy wsiami Grunwald i Łodwigowo. Zapewne znajdowały się tam zbiorowe mogiły rycerzy walczących po obu stronach. Badania prowadzone przez archeologów zostały podsumowane przez prof. Svena Ekdaahla w kilku publikacjach, w tym w książce wydanej w 2019 r. w 4 językach: litewskim, angielskim, niemieckim i polskim. Osiągnięte przez międzynarodowe grono specjalistów, głównie archeologów, rezultaty stanowią potwierdzenie koncepcji, którą prof. Ekdaahl głosi od kilkudziesięciu lat, a mianowicie, że faktyczne pole bitwy grunwaldzkiej znajduje się nie tam, gdzie wystawiono Muzeum tej bitwy i Pomnik, lecz w pobliżu wsi Grunwald.

Do niezwykle interesujących ustaleń Svena Ekdaahla należy także stwierdzenie, że wielki mistrz Ulryk von Jungingen planował niespodziewany atak na Królestwo Polskie 1 czerwca 1410 r., a więc na kilka tygodni przed upływem rozejmu i prowadził w maju na wielką skalę tajną akcję werbunkową zaciężnych. Plany te jednak pokrzyżował sojusznik zakonu Zygmunt Luksemburski, których chciał ogrywać rolę głównego mediatora w konflikcie polsko-litewsko-krzyżackim. Zdaniem prof. Ekdaahla zaprzestanie akcji werbunkowej doprowadziło do tego, że wielki mistrz nie zdażył później zebrać wystarczających sił na generalne starcie pod Grunwaldem, które zakończyło się katastrofalną klęską zakonu.

Wiele wysiłku włożył prof. Ekdaahl także w badania nad tradycją grunwaldzką w XIX i XX w. oraz jej rolą w historycznej i politycznej świadomości Polaków, Niemców i Litwinów, a także formami upamiętnienia tej bitwy.

W twórczości naukowej Svena Ekdaahla ważne miejsce zajmują też badania nad dziejami Zakonu Krzyżackiego w Prusach i jego wojskowością. W 1988 r. wydał drukiem przygotowaną niezwykle starannie krytyczną edycję Księgi żołdu Zakonu z lat 1410-1411, tj. spisu zaciężnych walczących po stronie Zakonu i pobierających od niego żołd. Dopełnieniem tej edycji jest wydany w 2010 r. obszerny tom indeksów ze szczegółowymi komentarzami dotyczącymi 800 zaciężnych. Nie sposób tu omówić kilkudziesięciu prac naukowych poświęconych tej tematyce, opublikowanych, w większości w języku niemieckim i angielskim, ale także polskim i litewskim. Dodać wypada, że w polu zainteresowań Svena Ekdaahla są także niektóre problemy związane z dziejami Szwecji, w tym np. zmagania Karola IX Sudermańskiego i Gustawa II Adolfa z Zygmuntem III Wazą o tron szwedzki, czy nieznanne miniatury króla Gustawa II Adolfa i jego żony Marii Eleonory odkryte w jednym z XVII-wiecznych sztambuchów. Ponadto opracował duży katalog do badań genealogicznych w archiwum krajowym w Göteborgu.

Dorobek naukowy i działalność Svena Ekdaahla ma wielkie znaczenie dla historii średniowiecznej całej Europy środkowo-wschodniej, co znalazło wyraz w wielu przyznanych Mu nagrodach i wyróżnieniach. W 1999 r. prezydent Litwy Valdas Adamkus nadał Prof. Ekdaahlowi Order Wielkiego Księcia Giedymina. Wspomniany Polsko-Skandynawski Instytut Badań Naukowych uhonorował Go Nagrodą imienia Stanisława Sawickiego (1998) oraz Medalem Pro Meritis (2013). W 2004 r. otrzymał doktorat honoris causa Uniwersytetu w

Wilnie, zaś w 2005 r. Litewska Akademia Nauk przyjęła Go w poczet swoich członków zagranicznych. W 2014 r. gmina Grunwald przyznała Profesorowi Medal Grunwaldzki.

Profesor Sven Ekdahl jest członkiem wielu instytucji i towarzystw naukowych. Są to następujące instytucje: szwedzka: Svenska Historiska Föreningen, niemieckie: Historische Kommission für ost-und westpreußische Landesforschung; Internationale Historische Kommission zur Erforschung des Deutschen Ordens, duńskie: Instytut Polsko-Skandynawski; Harja. Archaeologisk Forening, litewska: Lietuvos mokslų akademija (członek zagraniczny Litewskiej Akademii Nauk), a także Society for the Study of the Crusades and the Latin East. Ponadto zasiada w komitetach redakcyjnych kilku czasopism, w tym także polskich: Fasciculi Archaeologiae Historicae; Z badań nad Książką i Księgozbiorami Historycznymi.

Zasługi prof. Svena Ekdahla mają bardzo doniosłe znaczenie dla polskiej nauki nie tylko poprzez znakomite badania nad stosunkami polsko-litewsko-krzyżackimi, wielką wojną bitwą pod Grunwaldem, ale również poprzez promocję historii Polski i dorobku polskiej historiografii w nauce światowej. Wielce Czcigodny Panie Profesorze, Twój wielki trud przyczynił się do postępu nauki i porozumienia między narodami Europy Środkowo-Wschodniej, przynosząc Ci nie małą chwałę. Tak więc przytoczone na początku słowa, wypowiedziane przez krakowskiego mistrza Mikołaja z Kozłowa: Ubi labor gravis, ibi non est gloria levis, spełniają się w Twoim życiu. Dlatego Wielce Czcigodny Panie Profesorze Uniwersytet Jagielloński w uznaniu Twoich znakomych zasług z wielką radością obdarza Cię dziś srebrnym medalem Plus ratio quam vis.

*

Ekdahl, Kraków 10.02.2022

[DANK]

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist mir eine große Ehre und Freude, nach einem halben Jahrhundert wieder in der ehrwürdigen Jagiellonen-Universität zu sein, diesmal aber nicht als Forscher, sondern als Empfänger der Silbermedaille PLUS RATIO QUAM VIS. Es ist ein Spruch, der verpflichtet!

Ich bin Ihnen, Frau Professor Malec, als Vizerektor der Universität, und Ihnen, Herr Professor Sroka, als Dekan der Fakultät für Geschichte, für diese große Ehrung zutiefst dankbar und verbunden. Ich bin der erste Schwede, dem diese sehr noble Medaille verliehen worden ist. Und Sie, Herr Professor Ożóg, haben mir mit Ihrer Laudatio viel Freude und Ehre bereitet. Gern denke ich an unsere Begegnung während der Grunwald-Konferenz hier in Kraków im Jahr 2010 zurück, als Sie mir den zweibändigen, in jeder Hinsicht schwergewichtigen Ausstellungskatalog schenkten.

Heute Vormittag hat mich Herr Professor Sapa in der Bibliothek Jagiellońska empfangen und mir die Handschrift Banderia Prutenorum des großen Jan Długosz, ein Kleinod der polnischen Geschichte, vorgelegt. Auch dafür herzlichen Dank, denn das hat in mir viele schöne und spannende Erinnerungen hervorgerufen. Ich habe nämlich in den Jahren 1968 und 1975 in der Bibliothek diese berühmte Handschrift untersucht und 1976 die Ergebnisse meiner Forschungen veröffentlicht. Darüber werde ich im Folgenden berichten.

*

Ekdahl, Kraków 10.02.2022

[Vortrag]

Sie werden sich die Frage stellen, wie ich als schwedischer Historiker zu einem für mein Heimatland so fremdes Thema wie die Schlacht bei Grunwald 1410 und die damit verbundenen Probleme gekommen bin. So ungewöhnlich wie es sich anhört: Es hängt mit meinem Militärdienst bei der schwedischen Kavallerie in den Jahren 1955/1956 zusammen, als mein Interesse für Pferde, für diese edlen Vierbeiner, geweckt wurde. Als ich ein Jahr später mein Geschichtsstudium an der Universität Göteborg begann, entstand in mir der Gedanke, die Pferdezucht im Mittelalter als wissenschaftliches Thema zu bearbeiten. Da die Quellenlage dafür in Schweden sehr dürftig war, begab ich mich zunächst 1959 nach Hannover, wo ich nach Material in der Bibliothek der Tierärztlichen Hochschule suchte und auch fündig wurde. Dort entdeckte ich nämlich einen bis dahin in der Forschung übersehenen wichtigen Aufsatz von Fritz Rüniger über „Herkunft, Rassezugehörigkeit, Züchtung und Haltung der Ritterpferde des Deutschen Ordens. Ein Beitrag zur Geschichte der ostpreußischen Pferdezucht und der deutschen Pferdezucht im Mittelalter“ (1924). Auf diese Weise geriet der Deutsche Orden in mein Blickfeld und meine Wege führten mich Anfang der 1960er Jahre nach Göttingen, wo im damaligen „Staatlichen Archivlager“ die ausgelagerten reichhaltigen Ordensarchivalien aus dem Staatsarchiv Königsberg aufbewahrt wurden. Heute befinden sie sich bekanntlich im Geheimen Staatsarchiv in Berlin. Für mein Thema waren diese Bestände eine wahre Fundgrube.

Nach der Entdeckung einer unbekannt gebliebenen wichtigen Quelle im Ordensarchiv mit Bezug auf die berühmte Schlacht von Tannenberg/Grunwald 1410 verlegte ich jedoch mein hauptsächliches Interesse auf dieses faszinierende Thema mit so vielen Facetten. Am 10. Mai 1965 verteidigte ich an der Universität Göteborg erfolgreich einen Seminaaraufsatz auf Schwedisch über den Marsch des Ordensheeres und der polnischen und litauischen Heere zum Schlachtfeld sowie ihre Aufstellung und die Lage des Schlachtfeldes. Ich war nämlich nach der Analyse der schriftlichen Quellen zu der Ansicht gelangt, dass die bisherigen Darstellungen in der Fachliteratur unrichtig waren.

Um die polnische Forschung näher kennen zu lernen und tiefer in das neue Thema einzudringen, besuchte ich 1966 die Gegend um Stębark, Grunwald und Łodwigowo (ehemals Tannenberg, Grünfelde und Ludwigsdorf) und plante im September 1968 eine zweiwöchige Reise in die Tschechoslowakei und nach Polen. Die Visum- und anderen Anträge wurden von den polnischen Behörden und Dienststellen anstandslos genehmigt, so beispielsweise vom Vizedirektor der Biblioteka Jagiellońska, Dr. Karol Lewicki, der mir in einem Brief vom 24. August eine Benutzergenehmigung erteilte. Er hatte außerdem auf meine Bitte hin mit dem renommierten Długosz-Forscher Professor Ignacy Zarębski Kontakt aufgenommen und somit eine für mich äußerst wichtige Beziehung in die Wege geleitet, die bis zum Tod Zarębskis im Jahr 1974 andauern sollte.

Die geplante Reise nach Krakau über Prag, wo ich auch ein Archiv besuchen wollte, musste jedoch kurzfristig umdisponiert werden, als ich unterwegs in Süddeutschland im Autoradio erfuhr, dass in der Tschechoslowakei ein Aufstand ausgebrochen war, der zu einer Schließung der Grenzen führte. So drehte ich um und fuhr stattdessen in der Nacht über den Grenzkontrollpunkt Marienborn in Niedersachsen durch die DDR und sah im Scheinwerferlicht lange Militärkolonnen mit Lastwagen, die für ein Eingreifen in der Tschechoslowakei vorgesehen waren.

Am 13. September 1968 erreichte ich die alte polnische Hauptstadt und wurde gleich von Ignacy Zarębski und seiner Familie überaus freundlich empfangen. Bis tief in die Nacht führte er mich in die fesselnde Długosz-Problematik ein, in der er sich wie kaum ein anderer auskannte. Es sei daran erinnert, dass er von 1959 bis 1965 Vizedirektor der Biblioteka Jagiellońska und Redakteur des Bulletins der Bibliothek gewesen war. Wichtig und entscheidend in diesem Zusammenhang war vor allem, dass er mich auf das Vorhandensein der Handschrift Banderia Prutenorum in der Handschriftenabteilung der Bibliothek aufmerksam machte und sie mir am nächsten Tag an Ort und Stelle zeigte. Ich kannte zwar die Edition von Karol Górski aus dem Jahr 1958, hatte mich jedoch bis dahin nicht mit dieser Quelle befasst.

Die Einsichtnahme des Ms. 10001 (Banderia Prutenorum) in der Handschriftenabteilung am 14. September war nur von kurzer Dauer, etwa eine halbe Stunde, aber sie reichte aus, um einige interessante Beobachtungen zu machen. So fiel mir auf, dass die Abbildungen von 10 Bannern, die abweichend von den übrigen auf den Recto-Seiten der Handschrift zu sehen waren, später als die auf den Verso-Seiten hinzugemalt sein mussten. In meinem Schreibblock notierte ich „Die Zeichnungen auf den rechten Seiten sind später gemacht worden als die auf den linken“, ohne mir nähere Gedanken darüber zu machen, denn ich meinte, dieses sei sicherlich bereits der Forschung bekannt und von ihr erörtert worden.

Bei einer Überprüfung der Literatur, insbesondere der Edition Karol Górskis von 1958, stellte ich nach meiner Rückkehr nach Göteborg jedoch fest, dass die Beobachtung offenbar neu war und dass die Entstehung der Handschrift von Górski anders dargestellt worden war, als sie in Wirklichkeit erfolgt sein musste. Daraufhin entschloss ich mich, der Sache auf den Grund zu gehen und den Banderia Prutenorum eine Untersuchung zu widmen. Am 2. November 1970 legte ich meine ersten Thesen dem Historischen Seminar von Professor Erik Lönnroth an der Universität Göteborg vor, um sie von den Kollegen überprüfen zu lassen. Sie hielten der Kritik stand.

Aus beruflichen Gründen konnte die weitere Arbeit an dieser Quelle nur über einen längeren Zeitraum durchgeführt werden. Unschätzbare Hilfe wurde bei diesen Recherchen von den Wissenschaftlern in der Handschriftenabteilung der Biblioteka Jagiellońska geleistet, die im Auftrag der Bibliotheksleitung meine Anfragen geduldig, freundlich, sachlich und kompetent beantworteten. Von besonderer Bedeutung war ein Brief vom 28. Februar 1971, der von der Mitarbeiterin der Handschriftenabteilung, Frau Dr. Maria Kowalczyk, geschrieben und vom Direktor Doc. Dr. Jan Baumgart, unterzeichnet war. Darin wurde unter anderem mitgeteilt, dass die Originalhandschrift des Krakauer Kalendariums die Anzahl der in der Kathedrale auf dem Wawel um 1422 hängenden eroberten Banner des Deutsch-Ordens-Heeres mit lediglich 39 angibt, während die Herausgeber des Kalendariums abweichend davon die Zahl auf 48 erhöht haben.

Diese wichtige Mitteilung lieferte den fehlenden Link in der Indizienkette, die ich schon nach der ersten Analyse von Banderia Prutenorum zusammengestellt hatte und die ein ganz anderes Bild von der Entstehung der Handschrift als das von Górski dargestellte ergab.

Hier muss nachträglich erwähnt werden, dass der Warschauer Historiker Dr. Marek A. Janicki in einem umfangreichen Beitrag von 2011 die Zahl der Banner in der Handschrift des Krakauer Kalendariums anders liest als Maria Kowalczyk und später auch Prof. Zofia Kozłowska-Budkowa, nämlich nicht als 39, sondern als 44. Es gibt auch weitere Deutungsvorschläge. Vielleicht ist eine „kriminaltechnische“ Untersuchung erforderlich, um diese umstrittene Frage zu klären. Sollte Janicki mit seiner Deutung recht haben, hat das

selbstverständlich wichtige, wenn auch nicht entscheidende Konsequenzen für die Schilderung der Entstehung der Banderia Prutenorum in meinem 1976 veröffentlichten Buch.

In einem Brief vom 12. Dezember 1973 erhielt ich von der Bibliothek die Antwort auf eine weitere Anfrage, die die Anordnung der Lagen der Handschrift betraf. Es wurde nun von Doc. Dr. Jerzy Zathey, dem Leiter der Handschriftenabteilung, in einem Brief des Vizedirektors Lewicki, bestätigt [Zitat], „dass der von Ihnen graphisch dargestellte Aufbau der Hefte dieser Handschrift richtig ist und aufs genaueste ausgearbeitet ist“.

Mit den bisher erzielten Forschungsergebnissen im Gepäck reiste ich Ende desselben Jahres als Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung nach Göttingen, um die Untersuchungen zu Ende führen zu können und die Fragen der Drucklegung, der Finanzierung und des Erscheinungsortes zu klären.

*

Während der Gespräche und Verhandlungen mit verschiedenen deutschen Verlagen, die zu keinem positiven Ergebnis führten, kam der Gedanke auf, verkleinerte Faksimile-Abbildungen der quellenkritischen Untersuchung der Handschrift anzufügen und die erzielten Forschungsergebnisse in die Kommentare einer neuen Edition einfließen zu lassen. Dieses würde einen wissenschaftlichen Gewinn, zugleich jedoch eine erhebliche Erweiterung der ursprünglich gestellten Aufgabe bedeuten. Es gab viele Unsicherheitsfaktoren. Vor allem stellte sich die Frage, wie geeignete Fotoaufnahmen in Farbe als Druckvorlage besorgt und wie die hohen Druckkosten bestritten werden sollten. Das letztgenannte Problem schob ich zunächst beiseite und konzentrierte mich auf das der Bildvorlagen. Die Leitung der Biblioteka Jagiellońska teilte auf Anfrage mit, dass man keine Farbaufnahmen herstellte, gestattete mir aber in einem anderen Schreiben vom 9. September 1974, die Aufnahmen selbst zu machen und sie in dem geplanten Buch zu veröffentlichen.

Nach dieser überaus großzügigen Genehmigung des Vizedirektors Karol Lewicki im Namen des Direktors Jan Baumgart bereitete ich mich auf die Reise mit dem eigenen Auto nach Krakau vor, besorgte eine geeignete Fotoausrüstung und übte während einiger Wochen im Staatlichen Archivlager in Göttingen mit freundlichem Einverständnis des Direktors Hans Koeppen das Abfotografieren einer illuminierten Pergamenthandschrift von ähnlichem Format wie dem der Banderia Prutenorum, um die beste Einstellung von Blende und Zeit herauszufinden. Um die Handschrift nicht durch Wärme zu schädigen, wurde Blitzlicht von rechts und links vorgezogen; zwei schwächere Lampen sollten lediglich die richtige Schärfereinstellung ermöglichen. Durch „trial and error“ erreichte ich schließlich ein Ergebnis, mit dem ich zufrieden sein konnte. Dies alles erfolgte ja vor dem digitalen Zeitalter.

Somit gut vorbereitet setzte ich am 24. und 25. März 1975 meine neuen Kenntnisse beim Fotografieren in der Handschriftenabteilung der Biblioteka Jagiellońska um und erhielt dabei Unterstützung vom Leiter der Abteilung, Doc. Dr. Zathey, der mir ein geeignetes Zimmer zur Verfügung stellte. Die bisweilen recht steifen Pergamentblätter der Handschrift wurden von meiner Frau mit dem hinteren Teil eines kleinen Malerpinsels beim Fotografieren heruntergedrückt, und die Spitze des Stöckchens ist auf einigen Abbildungen am Rande zu sehen. Um sicher zu gehen, machte ich vier Serien von Aufnahmen in Farbe und eine in Schwarzweiß.

Da die Farbfilme nicht in Polen entwickelt werden konnten und es verboten war, unentwickelte Filme aus dem Land zu führen, versuchte ich – vergeblich – im Hauptzollamt Kraków, mit Hilfe einer Bescheinigung von Doc. Dr. Zathey, eine Sondergenehmigung zu erhalten. Immerhin gelang es mir durch lauten Protest zu verhindern, dass der Zollbeamte einen der Filme aus der Rolle herauszog, und ich konnte auch das Zollamt mit meinen „Schätzen“ unbehindert verlassen. Eine illegale Ausfuhr schien mir zu riskant im Hinblick auf die scharfen Zollkontrollen an den Grenzen zwischen Polen/DDR und DDR/Bundesrepublik Deutschland. In dieser Lage fuhr ich nach Warschau und wandte ich mich hilfesuchend an die dortige schwedische Botschaft. Die Frau des Botschafters hat mir geholfen: Sie nahm die Filmrollen in ihrem Handgepäck im Flugzeug nach Stockholm mit und sandte sie von dort nach Göteborg. Dort fand sie meine Mutter eines Tages am Griff ihrer Wohnungstür hängend vor. Von Göteborg wurden sie an mich in Göttingen weiterbefördert und dann in einem Speziallabor in Stuttgart entwickelt. Die beste Serie der Diapositive brachte ich zu einer Firma in Ratingen bei Düsseldorf, wo die Klischees in einem für die damaligen Verhältnisse sehr modernen Scanner-Verfahren hergestellt wurden. Nur dadurch war es möglich, die kleinformatigen Aufnahmen so scharf zu vergrößern, dass so auch der Text der Handschrift gelesen werden konnte.

Das schwierigste Problem war jedoch die Finanzierung, wobei die Kosten für die insgesamt 63 ganzseitigen Farbbilder des Buches besonders ins Gewicht fiel. Es erforderte einen langen, zähen Kampf, auf den hier nicht näher eingegangen werden soll. Mit Dankbarkeit denke ich an die Institutionen und Privatpersonen in Deutschland und Schweden, die mir behilflich gewesen sind, die Gesamtkosten in Höhe von Annähernd 80.000 DM aufzutreiben. Dadurch konnte ich das Buch ganz nach meinen Vorstellungen gestalten. Ebenfalls mit Dankbarkeit denke ich an den Leiter der Druckerei Hubert & Co. in Göttingen, Herrn Liebetrau, der mich bei der komplizierten Drucklegung immer gut betreute.

Das Buch wurde am 23. Januar 1976 als Abhandlung der Akademie der Wissenschaften in Göttingen angenommen und am 18. Dezember desselben Jahres als Dissertation für einen Doktorgrad pro gradu – also nicht Doktor-Examen - an der schwedischen Universität in Åbo (finnisch Turku) in Finnland vorgelegt. Der Grund für mein Ausweichen nach Finnland war die damalige Umwandlung des schwedischen Universitätswesens und die daraus erfolgende Ablehnung meines Antrags auf eine pro gradu-Disputation nach dem alten System durch das schwedische Ausbildungsministerium. Auch meine Berufung wurde abgelehnt. Auffällig ist, dass die Anträge von neun weiteren Forschern an der Humanistischen Fakultät der Universität Göteborg auf eine pro gradu-Disputation vom Ministerium anstandslos genehmigt wurden. Auslandsschweden waren eben zu der Zeit in Schweden nicht gerade beliebt, denn sie wurden oft entweder als Steuerflüchtlinge oder als eine Art „Vaterlandsverräter“ betrachtet. Es hing mit dem damaligen innenpolitischen Klima zusammen. So ist die Ablehnung wohl als eine Art „Bestrafung“ für meine langjährigen Auslandsaufenthalte und auch für das „exotische“ Thema, das ja weder mit Gewerkschaftsgeschichte, noch mit anderer schwedischer Geschichte nach 1850 etwas zu tun hatte, anzusehen.

1978 wurde ich an der Universität Göteborg habilitiert und zum Assistant Professor ernannt.

Erfreulicherweise wurde das Buch in Polen sehr positiv bewertet. Unter den vielen Zuschriften, die ich nach der Veröffentlichung bekam, mögen die von Zenon Hubert Nowak, Krystyna Pieradzka, Jan Baumgart, Karol Estreicher, Karol Lewicki und Bibliotheksdirektor Władysław A. Serczyk erwähnt werden. In einem Brief des Direktors des Archivs Alter Akten in Warschau, Doc. Dr. Michał Wąsowicz, vom 12. Dezember 1976, heißt es: „Nach dem

Durchlesen einiger Abschnitte habe ich mich über den großen Wert des Werkes orientieren können“. Erfreulich war auch ein Brief von Professor Karol Górski, in dem er betonte, dass er „sehr hoch die Ergebnisse Ihrer Forschungen einschätze“.

Eine Übersetzung des Buches ins Litauische erschien 1992 und die Veröffentlichung einer polnischen Übersetzung wurde vom Kętrzyński-Institut in Olsztyn in die Wege geleitet. Auf Veranlassung und Kosten des Instituts wurde eine Übersetzung von einem historisch und heraldisch interessierten polnischen Diplomaten in Kiew angefertigt. Mit dem Grunwald-Museum wurde dann vereinbart, dass das Buch in dessen Reihe erscheinen sollte. Allerdings konnte oder wollte das Museum nicht für die Druckkosten aufkommen, sondern verlangte dies vom Kętrzyński-Institut, weshalb das Projekt nach jahrelangem Hin und Her im Sand verlief. Inzwischen ist bekanntlich 2009 eine wichtige und sehr prachtvolle Neuedition der Banderia Prutenorum durch Krzysztof Stopka hier in Kraków erschienen. 2011 erschien auch eine tiefeschürfende Untersuchung von Marek A. Janicki über die eroberten Banner des Deutsch-Ordens-Heeres in der Wawelkathedrale im Jahrbuch der Nationalbibliothek in Warschau, weshalb die Angelegenheit für mich nicht länger aktuell ist.

*

Damit ist die Geschichte meiner Forschungen in der Bibliothek der Jagiellonen-Universität vor einem halben Jahrhundert im Umriss erzählt worden. Es ging mir heute nicht so sehr um inhaltliche Fragen der Handschrift Banderia Prutenorum, sondern mehr um die logistischen Probleme der Veröffentlichung. Ich habe gezeigt, dass es auch zur Zeit des „Eisernen Vorhangs“ gewisse Möglichkeiten gab, mit entsprechender Unterstützung ein Forschungsprojekt über die Grenzen hinweg durchzuführen. Heute ist alles zwar viel einfacher, aber auch nicht ganz so abenteuerlich und spannend wie damals.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

*

Liste der mit der Silbermedaille der Jagiellonen-Universität Krakau ausgezeichneten Personen (1997-2022), von Papst Johannes Paul II. (1997) bis Prof. Dr. Sven Ekdahl (2022):

https://en.uj.edu.pl/en_GB/about-university/ju-awards/plus-ratio

*

WIADOMOŚCI

UNIWERSYTET JAGIELLOŃSKI ([HTTPS://WWW.UJ.EDU.PL](https://www.uj.edu.pl)) | WIADOMOŚCI ([HTTPS://WWW.UJ.EDU.PL/WIADOMOŚCI](https://www.uj.edu.pl/wiadomosci))

Szwedzki historyk odznaczony medalem Plus ratio quam vis



Prof. Sven Ekdahl otrzymał jedno z najwyższych odznaczeń przyznawanych przez Uniwersytet Jagielloński za badania nad stosunkami polsko-krzyżackimi w średniowieczu, w tym w szczególności nad bitwą pod Grunwaldem, wzorową edycję jednego z najważniejszych dzieł Jana Długosza, *Banderia Prutenorum* oraz promocję historii Polski w nauce światowej.

10 lutego 2022 roku w Collegium Maius odbyła się uroczystość, podczas której srebrny medal Plus ratio quam vis otrzymał historyk prof. Sven Ekdahl. Odznaczenie wręczyła uhonorowanemu prorektor Uniwersytetu Jagiellońskiego ds. współpracy międzynarodowej prof. Dorota Malec. Zwracając się do zebranych, prorektor podkreśliła doniosłość sentencji „Plus ratio quam vis” (łac. „więcej znaczy rozum niż siła”) jako dewizy przyświecającej działalności i misji najstarszej polskiej uczelni, zaznaczając, że uhonorowany należy do osób, które tę ideę wcielają w życie.

Laudację na cześć prof. Ekdahla wygłosił prof. Krzysztof Ożóg z Wydziału Historycznego UJ. Podkreślił on między innymi, że uhonorowany jest światowej sławy znawcą dziejów Zakonu Krzyżackiego, w tym w szczególności wielkiej wojny 1409-1411 i bitwy pod Grunwaldem. W swoim bogatym dorobku naukowym ma monumentalne prace o tej bitwie, jak również edycje źródłowe.

Laudator zwrócił uwagę, że zainteresowanie uhonorowanego dziejami Europy Środkowej, w tym Zakonu Krzyżackiego, sięga początku lat 60. ubiegłego wieku, kiedy jako młody adept historii zdobył dostęp do archiwaliów zakonu w Getyndze. Już wtedy dokonał istotnego odkrycia rzucającego nowe światło na bitwę pod Grunwaldem, odnajdując list jednego z dowódców krzyżackich do wielkiego mistrza zakonu, dowodzący, że opisana przez Jana Długosza ucieczka Litwinów z pola bitwy była w istocie przemyślanym manewrem taktycznym.

W laudacji przypomniane zostało wybitne osiągnięcie prof. Ekdahla, jakim była dokonana w wyniku współpracy z Uniwersytetem Jagiellońskim publikacja w 1976 r. pierwszej wydanej w kolorze edycji *Banderia Prutenorum* – przechowywanego w Bibliotece Jagiellońskiej dzieła Jana Długosza zawierającego ilustracje i opis 56 chorągwi krzyżackich zdobytych w wojnach z zakonem za panowania Władysława Jagiełły (głównie w wyniku bitwy pod Grunwaldem). Publikacji towarzyszyła monografia, wyróżniająca się, jak ocenił prof. Jerzy Wyrozumski, bogactwem postawionych i rozwiązanych problemów historycznych i źródłoznawczych.

Wśród istotnych osiągnięć nagrodzonego laudator wymienił także m.in. przedstawienie nowej koncepcji dotyczącej trasy marszu wojsk polsko-litewskich na pola Grunwaldu oraz samego miejsca bitwy. Tezy prof. Ekdahla, podważające rozpowszechnione wcześniej poglądy na ten temat, potwierdziły badania archeologiczne pola bitwy, dokonane z jego inicjatywy w latach 2014-2020.

Jak zwrócił uwagę prof. Ożóg, dociekania naukowe uhonorowanego obejmują także m.in. takie zagadnienia jak rola tradycji grunwaldzkiej w historycznej i politycznej świadomości Polaków, Niemców i Litwinów, dzieje Zakonu Krzyżackiego w Prusach i jego wojskowość, a także niektóre problemy związane z dziejami Szwecji, w tym np. zmagania Karola IX Sudermańskiego i Gustawa II Adolfa z Zygmuntem III Wazą o tron szwedzki.

Dziękując za odznaczenie, prof. Sven Ekdahl przedstawił pokrótce genezę swoich – dość nietypowych dla szwedzkiego historyka – zainteresowań Zakonem Krzyżackim i jego stosunkami z Polską. Opowiedział także o swojej współpracy z Uniwersytetem Jagiellońskim, zwłaszcza zaś o prowadzonych pół wieku temu badaniach nad *Banderia Prutenorum*, w tym o trudnościach związanych z przygotowaniem wydanej w 1976 r. edycji i monografii dzieła Jana Długosza.

Prof. Sven Ekdahl urodził się w 1935 r. na południu Szwecji. Przez wiele lat związany był z Uniwersytetem w Göteborgu. Stopień doktora z historii uzyskał w 1977 r. w Åbo Akademi (szwedzkojęzycznym uniwersytecie w fińskim Turku), natomiast habilitację w 1978 r. na Uniwersytecie w Göteborgu. Rok później przeniósł się na do Berlina podejmując pracę jako naukowy pracownik w Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. W 2002 r. został zatrudniony jako profesor historii średniowiecznej w Instytucie Polsko-Skandynawskim w Kopenhadze. Na jego dorobek naukowy składa się ponad 170 publikacji, w tym kilkadziesiąt poświęconych wielkiej wojnie polsko-krzyżackiej i bitwie pod Grunwaldem.



Prof. Dr. Sven Ekdahl mit Gattin während der Festsitzung im Collegium Maius

Der vorstehende polnische Text in der englischen Fassung, die auf den Seiten der Jagiellonen-Universität nicht mehr abrufbar ist:

Swedish historian awarded with Plus ratio quam vis medal



Prof. Sven Ekdahl received one of the highest distinctions awarded by the Jagiellonian University for his research into relations between Poland and the Teutonic Order in the Middle Ages, with special focus on the Battle of Grunwald, for the publication of a model edition of one of the most important works by Jan Długosz, *Banderia Prutenorum*, and for promoting the history of Poland in international academic circles.

On 10 February 2022 a ceremony to award the silver Plus ratio quam vis medal to historian Prof. Sven Ekdahl was held in Collegium Maius. The decoration was presented by the Jagiellonian University Vice-Rector for International Relations Prof. Dorota Malec. In her address, Prof. Malec stressed the importance of *Plus ratio quam vis* (Latin 'reason before force') motto in the mission of the oldest Polish university, pointing out that the medal recipient is one of the people who put this very idea into practice.

The laudatory address was given by Prof. Krzysztof Ożóg from the JU Faculty of History, who stressed that Prof. Ekdahl is a world renowned expert in the history of the Teutonic Order, especially the Polish-Teutonic war in 1409-1411, which culminated in the Battle of Grunwald (1410). His scholarly achievements include major publications about this battle as well as critical editions of source texts.

As indicated by Prof. Ożóg, the medal recipient's interest in the medieval history of Central Europe, and especially the Teutonic Order, dates back to the early 1960, when as a young researcher he gained access to the archives of the order in Göttingen. As early as then, he made a remarkable discovery, finding a letter of an unnamed Teutonic commander to the Grand Master of the order, shedding a new light on the Battle of Grunwald by proving that the alleged flight of Lithuanian forces was in fact a tactical retreat.

The laudatory address recognised Prof. Ekdahl's 1976 publication of first colour edition of Jan Długosz's *Banderia Prutenorum*, accompanied by a comprehensive monograph, as a major editorial and scholarly achievement. The illustrated manuscript, kept in the Jagiellonian Library, is a unique medieval document listing 56 banners of Teutonic Knights captured by the Polish King Władysław Jagiello during his wars with the order, mainly after the Battle of Grunwald.

The medal recipient's achievements and merits briefly discussed by Prof. Ożóg also include groundbreaking discoveries related to the specific location of the Battle of Grunwald as well as troop movements right before the battle. As pointed out in

the address, Prof. Ekdahl also carried out studies into the role of the Battle of Grunwald in collective memory of Poles, Germans, and Lithuanians, the History of Teutonic Order in Prussia as well as selected issues from the history of Sweden including the struggle for the Swedish throne between Charles IX and Gustavus Adolphus on the one side and Sigismund III Vasa on the other.

Expressing his gratitude for the award, Prof. Ekdahl briefly discussed the origins of his interest in the Teutonic Order and its relations with Poland. He also recalled the history of long-time cooperation with the Jagiellonian University with special focus on his studies of *Banderia Prutenorum*, conducted about half a century ago, including technical and legal difficulties related to the preparation of the 1976 edition of the famous work by Jan Długosz.

Prof. Sven Ekdahl was born in 1935 in south Sweden. He graduated from the University of Göteborg in 1961, obtained a PhD in history from the Åbo Akademi in Turku, Finland in 1977, and habilitated at the University of Göteborg in 1978. In the following year, he moved to Berlin and was employed as a researcher at the Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. From 2002, he worked as a medieval history professor at the Polish-Scandinavian Research Institute in Copenhagen. He has published over 170 research papers, including several dozen articles devoted to the Polish-Teutonic war of 1409-1411 and the Battle of Grunwald.



Etykiety:

nagrody ([//www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=12088](http://www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=12088)), uroczystość ([//www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=96212407](http://www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=96212407)), wiadomość ([//www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=148685327](http://www.uj.edu.pl/pl_PL/wiadomosci?tagId=148685327))

Data opublikowania 10/02/2022



Prof. Dr. Sven Ekdahl mit Gattin während des Verleihungsaktes. Alle Fotos: Anna Wojnar

02) Zum Ableben von Bischof Lobkowicz



Wikipedia

Der Bischof des Bistums Mähr. Ostrau/ Troppau **František Lobkowicz** verstarb im Alter von 74 Jahren. Er führte das Bistum seit 1996. Seit mehreren Jahren war er schwer krank, gestorben ist er nun am 17. Feber im Ostrauer Krankenhaus.

Lobkowicz wurde am 5. Jänner 1948 in Pilsen geboren, sein Vater war **Fürst Jaroslav Claude von Lobkowicz**, seine Mutter **Gabriela von Korff-Schmising-Kerssenbrock**.

Theologie studierte er sowohl in Innsbruck als auch in Leitmeritz. 1972 wurde er in Prag durch den Prager Erzbischof **František Kardinal Tomášek** zum Priester geweiht.

Papst **Johannes Paul II. schließlich** weihte Lobkowicz 1990 zum Bischof – bis 1996 blieb er in Prag, ehe er nach Ostrau wechselte.

P. Barton, Prag

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 23, 2022

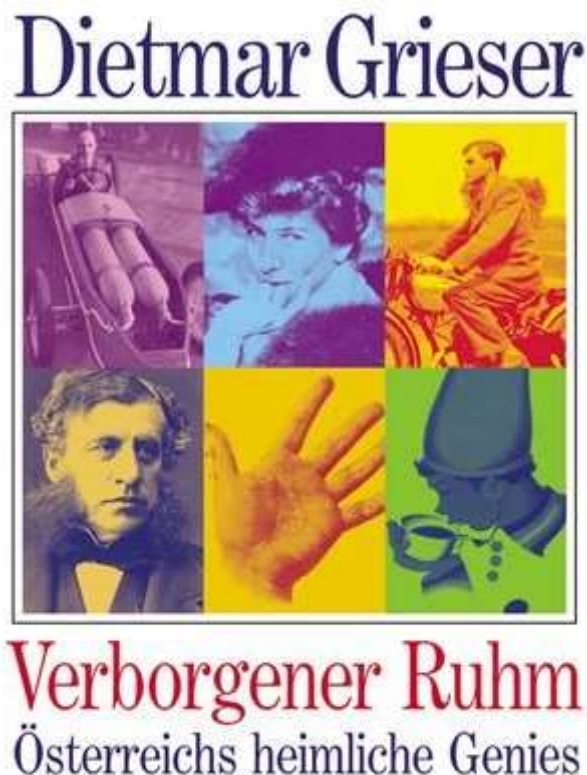
Wien, am 23. Feber 2022

03) Hanns Erich Köhler

Rubrik „Fundstücke“

„Im Buch von **Dietmar Grieser** [„Verborgener Ruhm- Österreichische heimliche Genies“](#) ist mir die Biografie von einem Sudetendeutschen aus **Tetschen** / Dčín aufgefallen, fast sieben Seiten lang, erfahren wir von **E. Werkmann**.

<https://amalthea.at/produkt/verborgener-ruhm/>



Amalthea

€ 19,90 inkl. MwSt.

[ZUM E-BOOK Download Cover](#)

Verborgener Ruhm

Österreichs heimliche Genies

Auf dieses Buch, das sich die Wiederentdeckung eines stolzen Olymps bedeutender Österreicherinnen und Österreicher zum Ziel gesetzt hat, haben die Leser seit Jahren gewartet.

Es schließt an Dietmar Griesers Bestseller »Heimat bist du großer Namen« und »Wien – Wahlheimat der Genies« an und überrascht mit ebenso informativen wie unterhaltsamen Porträts jener heute Vergessenen, die zu ihrer Zeit Außerordentliches geleistet haben: vom Erfinder der Postkarte, der Mund-zu-Mund-Beatmung und der Frankfurter Würstel über den

Entdecker der "Venus von Willendorf", den Schöpfer des Meinl-Mohren und den legendären »Goldfüllfederkönig« bis zu herausragenden Frauengestalten wie der Beethoven-Muse Therese von Malfatti, der Schriftstellerin Sir Galahad und der Gandhi-Gefährtin Mirabeau.

»... der begnadete Erzähler vieler köstlicher Geschichten.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung

ISBN-13: 978-3-85002-508-9.

Erscheinungsdatum: 31.12.2003.

Sonstiges: 2. Auflage, 280 Seiten.

Kategorien: Biografie, Geschenkbuch, Geschichte, Sachbuch

Und weiter: „Ganz besonders ist die Karikatur von Figl, wie er Raab ins Ohr flüstert: „...und jetzt no d' Reblaus, dann sans waach"...in Bezug auf die Unterzeichnung des Staatsvertrags 1955. Im Kapitel wird auch auf seine Mitgliedschaft in der Henleinpartei eingegangen.“

[Mehr über Hanns Erich Köhler lesen Sie bitte hier:](#)

https://de.m.wikipedia.org/wiki/Hanns_Erich_K%C3%B6hler

Hanns Erich Köhler

deutscher Karikaturist und Grafiker

Hanns Erich Köhler (auch: *H.E. Köhler, Erik*) (* [17. April 1905](#) in [Tetschen](#),^[1] [Böhmen](#); † [7. November 1983](#) in [Herrsching am Ammersee](#)) war ein deutscher [Grafiker](#) und [Karikaturist](#).

Leben und Werk [Bearbeiten](#)

Köhler wuchs in einer deutschböhmischen Familie auf, sein Vater arbeitete in der Verwaltung einer Papierfabrik. Er absolvierte die Kunstgewerbeakademie in [Dresden](#) und war anschließend als Zeichner in [München](#) tätig. Es folgte ein Studium an der Kunstgewerbeschule in [Wien](#) und die Berufstätigkeit als Werbegrafiker in [Prag](#). 1938 siedelte er in die Hauptstadt des [Reichsgau Sudetenland](#), nach [Reichenberg](#), über, um bald nach [Berlin](#) zu gehen. Von 1943 bis 1945 unterrichtete Köhler als Professor an der Deutschen Hochschule für Bildende Kunst in Prag. Nach dem Krieg kam er zunächst nach Riedenburg und ließ sich 1953 in Herrsching nieder, wo er auch starb.

Köhler war früh mit politischen Zeichnungen in Kontakt gekommen. Seit Ende der 1930er Jahre arbeitete er für die Zeitschrift *Der Volksdeutsche* und als Karikaturist – zusammen mit seinem Freund [Erich Ohser](#) alias e.o. plauen – für die Wochenzeitung *Das Reich*. Unter dem Pseudonym Erik war er der Zeichner eines der ersten deutschen [Comics](#) unter dem Namen *Tipp und Tapp*, der die Umsiedlung der [Wolhyniendeutschen](#) zum Thema hatte, der Text stammte von [Walter Pogge](#). Nach 1945 stieg Köhler zu einem der bekanntesten Karikaturisten der frühen Bundesrepublik auf, u. a. arbeitete er jahrzehntelang für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und für den Münchner *Simplicissimus*. Zudem veröffentlichte er eine Reihe von Büchern und stellte [Werbegrafiken](#) her, darunter 1954 den *Indianer* für die Schuhmarke [Sioux](#). Er arbeitete in der Nachkriegszeit vor allem für *Die Welt*.

1955 schuf Köhler die international berühmt gewordene Karikatur der Verhandlungen zum [österreichischen Staatsvertrag](#), bei dem der österreichische Außenminister [Leopold Figl](#) dem von weinenden sowjetischen Delegationsmitgliedern umgebenen, Zither spielenden und singenden Bundeskanzler [Julius Raab](#) einflüstert: „Jetzt, Raab – jetzt noch [d’Reblaus](#), dann sans waach!“

Köhlers Nachlass, bestehend aus 4383 Werken, befindet sich seit 1970 im [Wilhelm Busch – Deutsches Museum für Karikatur und Zeichenkunst](#) in [Hannover](#).

Veröffentlichungen (Auswahl)[Bearbeiten](#)

- *Nach der Beschlagnahme...: Politische Karikaturen aus der Kampfzeit der Sudetendeutschen*. Reichenberg: Stiepel (1939)
- *Tipp und Tapp, der Junge und der Dackel aus Wolhynien: Eine Umsiedlungsgeschichte mit bunten Zeichnungen* von Erik. Mit heiteren Versen von Walter M. Pogge. Berlin: Verlag Grenze und Ausland, 1941.
- *Pardon wird nicht gegeben*, Hannover 1957
- *Wer hätte das von uns gedacht*, 1959
- *Große Deutsche*. München: Bassermann, 1973
- *Die Lage der Nation: [mit 111 Abb. nach Karikaturen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus den Jahren 1958 bis 1974]*. Einf. von Nikolas Benckiser. Frankfurt (Main): Societäts-Verlag, 1974
- *Unsere Ahnen, die Germanen: 45 Zeichnungen zu Tacitus' Germania*; (lat.-dt.). Freiburg im Breisgau, Basel, Wien: Herder, 1976.
- *Teufel, Teufel: 35 zeichnerische Interpretationen des Leibhaftigen*. Oldenburg (u. a.): Stalling, 1980.
- *Moritaten, Moritaten! Wahre, erschreckliche Begebenheiten einem verehrl. Publico zur Belehrung / gar kunstfertig niedergeschrieben und zum allgemeinen Verständnis in Bildern aufgezeichnet dazu mit singbaren Noten versehen von* München: Droemersch Verlagsanstalt Knauer, 1985
- *O heiliger Bürokratius! : Karikaturen rund um die Steuer*. Freiburg im Breisgau (u. a.): Herder, 1982.
- *Ohne Furcht mit Tadel*. München: Heyne, 1982

Literatur[Bearbeiten](#)

- Walter Kleindel: *Das große Buch der Österreicher*. Kremayr & Scheriau, Wien 1987

Weblinks[Bearbeiten](#)

- [Literatur von und über Hanns Erich Köhler](#) im Katalog der [Deutschen Nationalbibliothek](#)

Beispiele für Köhler-Karikaturen

- [Nachlass Hanns Erich Köhler im Museum Wilhelm Busch – Deutsches Museum für Karikatur und Zeichenkunst](#)
- [Die oben genannte Karikatur zum österreichischen Staatsvertrag](#)
- [Neue Ostpolitik 1970](#)

Einzelnachweise[Bearbeiten](#)

1. Die fast durchgängig anzutreffende Angabe des Geburtsortes Tetschen-Bodenbach ist nicht korrekt. Die Stadt trug lediglich von 1942 bis 1945 diesen Doppelnamen.

Aufgerufen am 01.03.2022, 11:00 Uhr

[Zuletzt bearbeitet vor 7 Monaten](#)

04) Renovierung des Grabes von Guido Glück

Bemerkenswerte Initiative einer Dozentin der Brünner Universität



„Vor einigen Jahren ist es uns gelungen, im Rahmen einer kleinen Konferenz über das Deutsche Haus in Brünn eine Gedenktafel für eine Brünner Persönlichkeit des kulturellen Lebens der Zwischenkriegszeit, den Kulturschaffenden **Dr. Guido Glück**, an dem Gebäude der ehemaligen Brünner deutschen Volkshochschule zu platzieren. Dr. Glück war unter seinen vielen anderen kulturellen Aktivitäten auch der Initiator und Herausgeber der Theaterzeitschrift *Die Rampe*“, berichtet Hanna Zakhari, Leiterin des Brünner Begegnungszentrums.

Den Impuls dazu gab der damalige Student der Brünner Universität, Jiří Skoupý, mit seiner Diplomarbeit über [„Guido Glück in der Rolle eines Schutzgeistes“](#).

https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fis.muni.cz%2Fth%2Fjr7fz%2FGuido_Gluck_In_der_schwierigen_Rolle_eines_Schutzgeistes.doc&wdOrigin=BROWSELINK

Einen Bildbericht über die damalige Konferenz und den Enthüllungsakt [können Sie hier ansehen](#).

<https://www.freunde-bruenns.com/2017-1/sonderprojekt-des-jahres-das-deutsche-haus-in-br%C3%BCnn-aus-heutiger-sicht/>

Im Vorjahr hat sich nun **Jana Urbanovská**, eine Dozentin der Brünner Universität, des verlassenen Grabes von Dr. Glück am Zentralfriedhof in Brünn angenommen und versucht, durch eine **Spendensammlung** Mittel zur Renovierung zu erhalten. Es wurde dafür auch mit einigem Aufwand eine sehr informative Seite erstellt (tschechisch / deutsch), [die Sie hier abrufen können, um mehr über dieses Projekt zu erfahren](#), Spenden sind natürlich auch willkommen.

<https://sites.google.com/view/guidoglueck/obnova-hrobu-guido-gl%C3%BCcka/die-renovierung-des-grabes-von-guido-gl%C3%BCck>



Warum sollte das Grab von Guido Glück erneuert werden?

Ich heiße Jana Urbanovská und ich arbeite an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Masaryk-Universität in Brunn, wo ich mich mit den deutsch-tschechischen Beziehungen beschäftige. Was mich an ihnen fasziniert, ist die Vielfalt der gegenseitigen Verbindungen und die Breite der gemeinsamen Interessen, aber auch die Tiefe der Wunden, die aus der gemeinsamen Vergangenheit entstanden sind.

Im Juni 2021 übernahm ich die Patenschaft für das verlassene Grab von Guido Glück, einem deutschen Intellektuellen aus Brunn, dessen reiches kulturelles und pädagogisches Wirken eine der Brücken zwischen der tschechischen und der deutschen Gemeinschaft in Brunn in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dargestellt hat. Seine Haltung gegen den Nationalsozialismus rettete ihn zwar vor der Vertreibung der Deutschen aus Brunn nach dem 2. Weltkrieg, er konnte jedoch nicht mehr am öffentlichen Leben teilnehmen und geriet in Vergessenheit.

Da ich davon überzeugt bin, dass die Vergangenheit ein untrennbarer Teil unserer Identität ist und nicht in Vergessenheit geraten darf oder gar ignoriert werden sollte, habe ich mir das Ziel gesetzt, Initiativen zu unterstützen, die Glücks Erbe und seinen Platz im Gedächtnis des tschechischen und deutschen Volkes wiederbeleben. Mithilfe einer öffentlichen Sammlung möchte ich das Grab von Glück seinen Verdiensten entsprechend renovieren und gleichzeitig an die gemeinsame deutsch-tschechische Vergangenheit mit sowohl ihrem Reichtum als auch ihrer Härte erinnern.

Diese Themen finden Sie jetzt auf unseren Leitseiten:

- 01)** Preise & Stipendien des Deutschen Kulturforums östliches Europa e. V. und weiterer Einrichtungen
- 02)** Förderpreise und Förderstipendium der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens e. V.
- 03)** Bund der Vertriebenen: Beratungsstellen für Finanzielle Förderungen und Heimatsammlungen nehmen Tätigkeit auf

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Foerdermoeglichkeiten.pdf

**01) Innovative Kooperationen von Mittelstand und Forschung:
Eine Raumstrukturanalyse des Förderprogramms ZIM
Von Matthias Brachert und Thilo Lang**

**Innovative Kooperationen von Mittelstand und Forschung: Eine
Raumstrukturanalyse des Förderprogramms ZIM**

Mit dem Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) fördert das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie seit 2008 mit etwa 500 Millionen Euro pro Jahr Forschungs- und Entwicklungsprojekte der mittelständischen Wirtschaft. Damit sollen die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen gestärkt sowie Wirtschaft und Wissenschaft besser vernetzt werden. Aktuelle Deutschlandkarten verorten die 13.100 Projektbeteiligungen von Mittelstand und Forschung an insgesamt 5.379 ZIM-Kooperationsprojekten mit Start zwischen 2015 und 2019. Von Matthias Brachert und Thilo Lang

Das ZIM-Programm erreicht vor allem kleine Unternehmen (**Glossar**); 72 Prozent aller Projektbeteiligungen gehen von Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten aus. Der Bund übernimmt bei diesen Projekten bis zu 60 Prozent der Kosten. Er fördert damit die Investitionsanstrengungen der Unternehmen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung gemeinsamer, anwendungsorientierter Forschungs- und Entwicklungsprojekte dieser Unternehmensgruppe. Als Forschungspartner dominieren mit 2.829 Projektbeteiligungen Universitäts- und Hochschulinstitute, 1.018 Beteiligungen entfallen auf Fachhochschulinstitute und 1.968 Beteiligungen auf sonstige Forschungseinrichtungen (**Grafik 1**).

Regionale Schwerpunkte

Dementsprechend konzentrieren sich die ZIM-Projektbeteiligungen aus Wissenschaftseinrichtungen in den Großstädten, in denen die große Mehrheit der Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen angesiedelt ist (**Karte 1**). München nimmt mit 562 Projektbeteiligungen den Spitzenplatz ein, gefolgt von Chemnitz (410), Dresden (404), Berlin (355), der Städteregion Aachen (279) und Stuttgart (279). Besonderes Augenmerk verdient der ländliche Ilm-Kreis in Thüringen, der mit 98 Projektbeteiligungen aus der Wissenschaftslandschaft im Rahmen des ZIM-Programms noch vor Hamburg (90 Projektbeteiligungen) platziert ist. Trotz seiner peripheren Lage profitiert der Landkreis von der guten regionalen Vernetzung der Technischen Universität Ilmenau. **Karte 1** zeigt darüber hinaus, dass die Projektbeteiligung von Unternehmen – hier dargestellt als ZIM-Programmbeteiligungen je 100.000 Beschäftigte – in Sachsen und Thüringen besonders hoch ist. Alle zehn Landkreise und kreisfreien Städte mit der höchsten relativen Beteiligung befinden sich in den neuen Ländern. Den Spitzenwert weist der Saale-Holzland-Kreis mit 37,5 Projektbeteiligungen je 100.000 Beschäftigte auf, gefolgt von Jena (26,7), dem Ilm-Kreis (25), dem Erzgebirgskreis (23) und Chemnitz (22,4).

Zugleich zeigt **Karte 1**, dass das ZIM-Programm fast alle Kreise der Bundesrepublik erreicht. Nur elf der 402 Kreise (2,7 Prozent) verblieben ohne Projektbeteiligung im Zeitraum 2015 bis 2019. Hierbei handelt es sich vorwiegend um strukturschwache oder peripher gelegene Kreise in Westdeutschland.

Intra- und interregionale Kooperationen

Karte 2 zeigt die regionalen Muster der ZIM-Kooperationsprojekte, die zwischen 2015 und 2019 begonnen wurden. Die kreisförmigen Pfeile markieren diejenigen Kreise und kreisfreien Städte, in denen überdurchschnittlich viele Kooperationsvorhaben innerhalb der Gebietskörperschaften durchgeführt werden – ein Zeichen guter lokaler Vernetzung. Mit 434 innerstädtischen Kooperationen ist Berlin der absolute Spitzenreiter. Viele lokale Kooperationsprojekte werden auch in kleineren Städten wie Chemnitz (224, Platz 2), Jena (68, Platz 10) oder Magdeburg (64, Platz 13)

durchgeführt. Bemerkenswert ist, dass der Märkische Kreis in Nordrhein-Westfalen mit 86 Kooperationen knapp hinter Leipzig (88) und gemeinsam mit Hannover (86) auf Platz 6 landet. Der oben erwähnte Ilm-Kreis nimmt mit insgesamt 52 lokalen Kooperationen Platz 14 ein.

Karte 2 verdeutlicht zudem die interregionalen Kooperationsmuster. Neben nahräumlichen Verbindungen spielen vor allem die Standorte München, Aachen, Stuttgart und Berlin eine zentrale Rolle im deutschen Innovationssystem. Die dortigen Wissenschaftslandschaften scheinen besonders von der ZIM-Förderung zu profitieren: Charakteristisch ist ein sehr diverses Netz lokaler, regionaler und auch interregionaler Kooperationsprojekte über größere Distanzen hinweg.

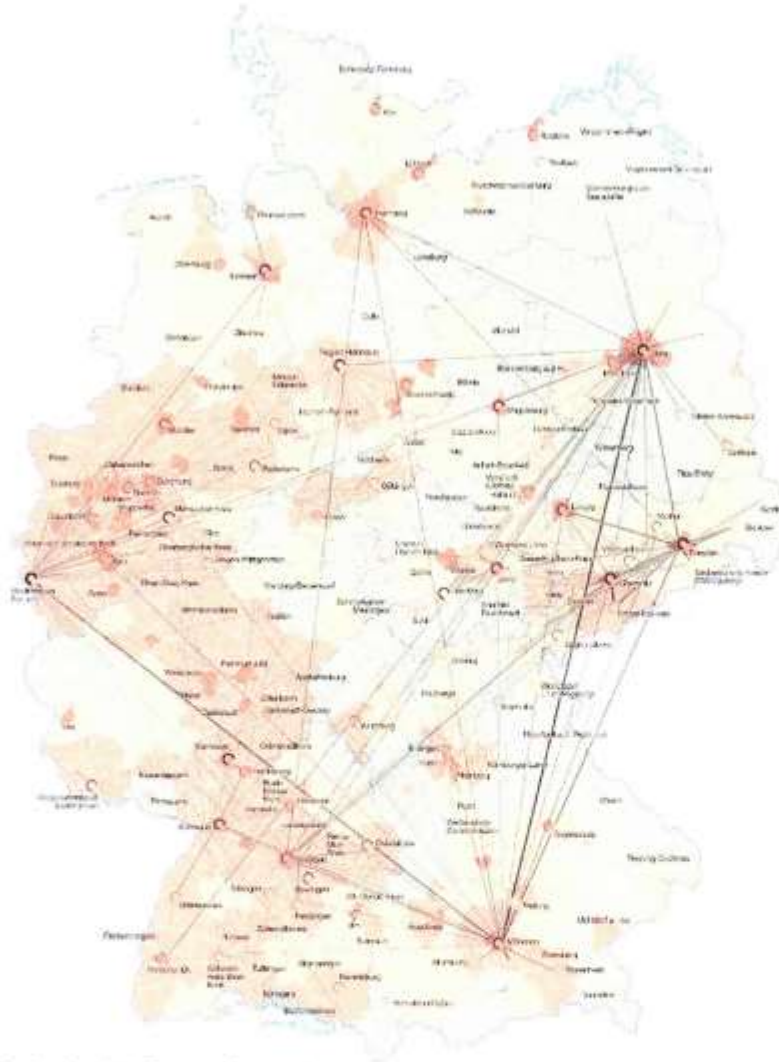
Unter den zehn intensivsten interregionalen Beziehungen finden sich sieben innerhalb Sachsens. Allein 77 Projektverbindungen bestehen zwischen dem Erzgebirgskreis und Chemnitz, 59 zwischen Mittelsachsen und Chemnitz und 49 zwischen Dresden und Chemnitz. Überdies zeigt der gesamte mitteldeutsche Raum (Sachsen, das südliche Sachsen-Anhalt und Thüringen) eine überdurchschnittliche Kooperationsdichte zwischen Mittelstand und Forschung im Rahmen des ZIM-Programms. Ins Auge fallen außerdem die Verbindungen zwischen München und Berlin (59 Kooperationsfälle), zwischen München und der Städtereion Aachen (28 Kooperationsfälle) sowie zwischen Berlin und Jena (27 Kooperationsfälle). Dagegen bestehen noch erhebliche Potenziale bei der Einbindung ländlicher Regionen Ost- und Westdeutschlands in das ZIM-Förderprogramm (**Karte 2**).

Fazit

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) ist ein technologie- und branchenoffenes Förderprogramm, das auf die Stärkung der Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in ganz Deutschland abzielt. Die Analyse zeigt, dass die Inanspruchnahme der Förderung durchaus im Einklang mit diesem Ziel steht und Akteure in fast allen Regionen Deutschlands erreicht werden. Zugleich entfallen fast drei Viertel aller Mittelstandsbeteiligungen auf kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten. Der räumliche Fokus der Projektbeteiligung liegt, auch durch die Programmhistorie bedingt, da bestimmte ZIM-Vorläuferprogramme lediglich Unternehmen in den neuen Ländern offenstanden, weiterhin auf den ostdeutschen Regionen und hier insbesondere auf Sachsen. Gleichzeitig zeigen sich räumliche Disparitäten und bisher unerschlossene Förderpotenziale bei der Einbindung der ländlichen Räume in das deutsche Innovationssystem.

Karte 2

Kooperationen
in ZIM-Projekten
nach Kreisen



Zahl der Kooperationen
nach Kreisen

- 100–434
- 50–99
- 25–49
- 10–24
- 5–9

Kooperationen innerhalb
eines Kreises einer kreisfreien Stadt

Siedlungsstrukturelle
Kreistypen

- Kreisfreie Großstadt
- städtischer Kreis
- ländlicher Kreis mit Verdichtungsansätzen
- dünn besiedelter ländlicher Kreis

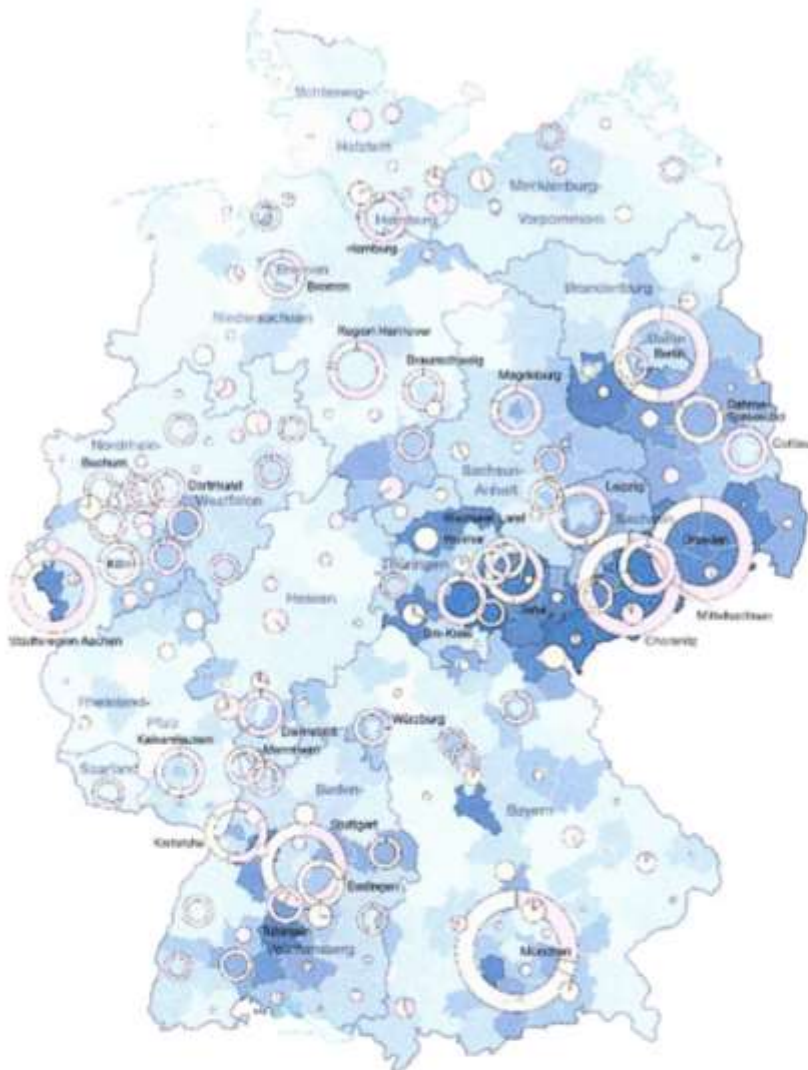
Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021, BMWI 2020, eigene Berechnungen

0 50 100 km

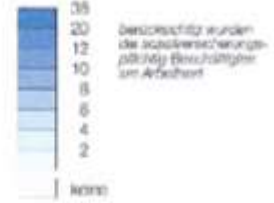
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2022
Autoren: M. Buchart, T. Lemp
Redaktion: S. Schmalen
Kartographie: S. D. Ziemann

Karte 1

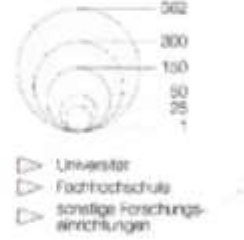
Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) 2015–2019
nach Kreisen



Anzahl der von mittelständischen Unternehmen 2015 bis 2019 begonnenen ZIM-Projekte je 100.000 Beschäftigte



Anzahl der von Hochschulen/Forschungseinrichtungen 2015 bis 2019 begonnenen ZIM-Projekte nach Sitz der kooperierenden Forschungseinrichtung



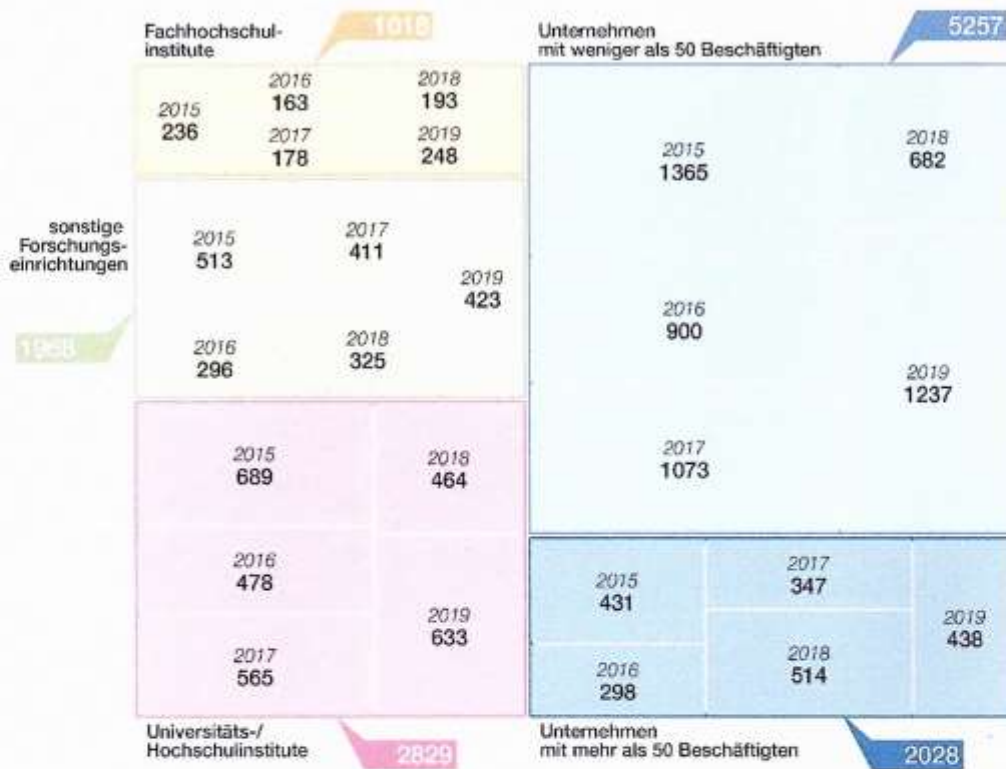
Quelle: Statistische Ämter der Bundesländer und der Länder 2021, BMWI 2020, eigene Berechnungen

0 50 100 km

ifl
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2022
Autoren: M. Böhmer, T. Lind
Redaktion: S. Opatzmann
Kartographie: S. Opatzmann

Grafik 1

Zentrales Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM)
Zahl der Projektpartner
2015–2019



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2021, BMW 2020, eigene Berechnungen

ifl Leibniz-Institut für Länderkunde 2021
Autoren: M. Stachert, T. Laatz
Redaktion: S. Diermann
Kartographie: S. Gutzmann

Glossar

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Als **kleine Unternehmen** gelten Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten und einer Jahresbilanzsumme oder einem Jahresumsatz von höchstens 10 Millionen Euro. Als **mittlere Unternehmen** gelten Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten und einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro oder einem Jahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro.

Quellen

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (Hrsg.) (2021a): Impulse für Innovationen: Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) unterstützt kreative Unternehmen bei der Realisierung guter Ideen mit passenden Fördermöglichkeiten. URL: <https://www.zim.de/>
Abrufdatum: 22.11.2021

BMWi (Bundesministerium für Wirtschaft und Energie) (Hrsg.) (2021b): Von der Idee zum Markterfolg. Programme für einen innovativen Mittelstand. Berlin. URL: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/von-der-idee-zum-markterfolg-programme-fuer-einen-innovativen-mittelstand.pdf?__blob=publicationFile&v=58
Abrufdatum: 22.11.2021

Brachert, Matthias; Graffenberger, Martin u. Thilo Lang (2020): Innovation und Wissenstransfer außerhalb der Agglomerationsräume. Bd. 1 Kontextfaktoren, Strukturen und räumliche Muster. = Forum IfL H. 36, hrsg. vom Leibniz-Institut für Länderkunde. Leipzig. URL: <https://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/68575>

RKW (Rationalisierungs- und Innovationszentrum der Deutschen Wirtschaft) (Hrsg.) (2020): Datenbank zum Zentralen Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM): ZIM-Kooperationsprojekte 2015-2019. (Sonderauswertung). Eschborn.

Zitierweise

Brachert, Matthias und Thilo Lang (2022): Innovative Kooperationen von Mittelstand und Forschung: Eine Raumstrukturanalyse des Förderprogramms ZIM. In: Nationalatlas aktuell 16 (02.2022) 2 [17.02.2022]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). URL: http://aktuell.nationalatlas.de/mittelstand-2_02_2022-0.html/



Nationalatlas aktuell wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Autoren



Dr. Matthias Brachert

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Tel: 0345 7753-870
E-Mail: matthias.brachert@iwh-halle.de



Dr. Thilo Lang

Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel: 0341 600 55-159
E-Mail: t_lang@leibniz-ifl.de

02) Goldschatz aus der Zeit der Völkerwanderung entdeckt

Rubrik „Fundstücke“

Archäologen vom Regionalmuseum in **Rakonitz** / Rakovník (ca. 50 km nordwestlich v. Prag) haben vor kurzem über einen **einzigartigen Fund** aus der Zeit der **Völkerwanderung** berichtet. Goldene Gegenstände lagerten 1500 Jahre lang unbemerkt im Boden nahe der Stadt. Zwei Brüder haben im Sommer vergangenen Jahres mit einem Metall-Detektor den Schatz aufgespürt: Zwanzig Zentimeter unter der Erdoberfläche verbargen sich ein goldener Ring und eine Schnalle, besetzt mit Granatsteinen und Almandinen sowie mit drei Stücken antikem Glas. [Bitte lesen Sie hier weiter.](#)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 22, 2022

Wien, am 22. Feber 2022

<https://deutsch.radio.cz/goldener-schatz-aus-der-voelkerwanderungszeit-tschechien-entdeckt-8736280>

Goldener Schatz aus der Völkerwanderungszeit in Tschechien entdeckt

09.12.2021



[volume](#)

Goldener Schatz aus der Völkerwanderungszeit in Tschechien entdeckt

Länge 4:28

Foto: Kreisamt des Mittelböhmischen Kreises

Archäologen vom Regionalmuseum in Rakovník haben vor kurzem über einen einzigartigen Fund aus der Zeit der Völkerwanderung berichtet. Goldene Gegenstände lagerten 1500 Jahre lang unbemerkt im Boden nahe der Stadt.



Foto: ČT24

Zwei Brüder haben im Sommer vergangenen Jahres mit einem Metall-Detektor den Schatz aufgespürt: 20 Zentimeter unter der Erdoberfläche verbargen sich ein goldener Ring und eine Schnalle, besetzt mit Granatsteinen und Almandinen sowie mit drei Stücken antikem Glas. Ein Jahr lang haben Experten die Schmucksachen studiert und nach ihrem möglichen Ursprung gesucht. Kateřina Blažková ist Archäologin im Museum von Rakovník:

„Die wahrscheinlichste Hypothese lautet, dass es sich um einen Raub handelt. Dies ist bei den archäologischen Funden aus der Völkerwanderungszeit im 5. und im 6. Jahrhundert relativ häufig der Fall. Wahrscheinlich hat jemand die Raubbeute durch unsere Region verfrachtet und einen Teil davon hier vergraben, aber später nicht mehr ausgebuddelt. Die Gründe dafür können wir nur vermuten – vielleicht er ist erkrankt, oder in der Zwischenzeit hat sich das Terrain verändert und er gelangte nicht mehr an die Schmuckstücke.“



Kateřina Blažková | Foto: ČT24

Ob die Goldsachen aus einem Grab gestohlen wurden oder ihr Besitzer direkt beraubt wurde, wisse man nicht, so die Archäologin:

„Die Schmuckstücke gehörten wahrscheinlich einem Aristokraten jener Zeit. In Europa wurden bisher kaum weitere Funde dieser Art und von dieser Bedeutung entdeckt. Der Besitzer der Gegenstände muss eine sehr bedeutende Persönlichkeit gewesen sein, entweder ein König, ein Gesandter oder eine Person, die diesen am nächsten stand.“

Wo genau der Schatz lag, wissen zwar die Experten, die Information darüber wurde aber nicht veröffentlicht:



Foto: Kreisamt des Mittelböhmischen Kreises

„Der Ort wird mittlerweile geheim gehalten, weil die Archäologen mit unterschiedlichen Methoden weiterforschen. Wir wissen heute, dass die alte Straße, die durch unsere Region führte, nicht nur – wie bisher angenommen – im Mittelalter von großer Bedeutung war, sondern auch in der letzten Phase des Altertums.“

Insgesamt enthalten die Juwelen mehr als 150 Gramm Feingold und sind außerordentlich reich verziert. Bei der Schnalle, die in drei Teile zerbrochen ist, handelt es sich um die bisher älteste bekannte Verwendung von böhmischem Granat in der Geschichte der Goldschmiedekunst. Der Ring sei komplett erhalten, was den Fund einzigartig mache, betont Kateřina Blažková.



Foto: Kreisamt des Mittelböhmischen Kreises

Ein internationales Team von Experten aus Tschechien, Deutschland, Österreich und Frankreich hat sich an der Erforschung der Kleinode beteiligt. 2022 wird auch die Öffentlichkeit die Gelegenheit bekommen, sich die wertvollen Stücke anzuschauen, wie Museumsleiterin Magdalena Elznicová Mikesková bestätigt.

„Da es sich um ein so wertvolles Unikat handelt, muss dieses gut abgesichert sein. Wir bereiten die Ausstellung für den Sommer kommenden Jahres vor. Dabei wollen wir auch Ergebnisse der Forschungen und ähnliche Beispiele aus dem Ausland präsentieren sowie etwas mit der Geschichte rund um die Entdeckung spielen.“

Im April dieses Jahres wurde etwa zwei Kilometer vom ursprünglichen Schatz ein weiterer Fund gemeldet, und zwar der vergoldete Teil eines Halfters.



Foto: Kreisamt des Mittelböhmischen Kreises

Autoren: [Markéta Kachlíková](#) , Markéta Šulejová

03) Nahezu unbekannte geographische Bezeichnungen in Italien

Lm. Baalman übermittelte uns [diese kurze Abhandlung](#) über „nahezu unbekannte geographische Bezeichnungen in Italien“ wie z. B. **Augschtal** für das Aostatal – da erfahren auch Sie bestimmt etwas Neues!

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 21, 2022

Wien, am 21. Feber 2022

04) Neue Verbindung Brunn-Flughafen Wien lässt Zugverkehr abheben

Ein Service der

Presse-Service Rathauskorrespondenz
Rathauskorrespondenz vom 22.02.2022



Copyright: PID/Votava

[Download \(0.47 MB\)](#)



Neue Verbindung Brünn-Flughafen Wien lässt Zugverkehr abheben

Seit Dezember 2014 halten Fernzüge der ÖBB am Flughafen Wien. Heute, Dienstag, rollte auch erstmals ein Sonder-Zug aus dem tschechischen Brünn am Flughafen-Bahngleis in Schwechat ein. Empfangen wurde der Zug samt Delegation aus der mährischen Metropole von Wiens Bürgermeister Michael Ludwig.

„Es freut mich, dass dieser Zug direkt aus Brünn zum Flughafen Wien gekommen ist. Zunächst einmal als „Einmal erlebnis“. Aber wir alle hier hoffen, dass es doch bald eine regelmäßige Verbindung geben wird“, sagte Bürgermeister Ludwig.

Klimaziele mit neuen Zugverbindungen erreichen

Die neue Zugverbindung soll den Zugverkehr zwischen Wien und Tschechien abheben lassen, auch im Sinne des Klimaschutzes: Schnell und direkt mit der Bahn zu einem Flughafen um von dort weiter entfernte Destinationen zu erreichen, unterstütze das Ziel der Europäischen Union, den Flugverkehr in Europa – vor allem auf der Kurzstrecke – im Interesse der Erreichung der Klimaziele drastisch zu reduzieren, erinnerte Ludwig.

Ausbau zwischen Deutschland, Tschechien und Österreich auf Schiene

Österreich, Tschechien und Deutschland hätten im Mai letzten Jahres ein Memorandum zum Bahnausbau zwischen Wien, Prag und Berlin unterzeichnet, sagte Ludwig. „Künftig ist eine Fahrtzeit von Wien nach Berlin – via Brünn - von vier Stunden geplant. Da passt eine geplante Verbindung von Brünn zum Flughafen sehr gut hinein“, sagte Ludwig.

Die Anfahrt mit dem Auto von Brünn zum Flughafen Wien dauert derzeit zwischen einer und einer Dreiviertelstunde bis zwei Stunden, die Fahrzeit mit dem Zug wird deutlich darunterliegen.

Die neue Zugverbindung soll nicht nur einen positiven Effekt auf das Klima haben, sondern auch auf die Zahlen der Passagier*innen am Flughafen Schwechat. Die Flugbranche leidet besonders unter Corona; die Passagierzahlen am Wiener Airport in Schwechat lagen im Jänner trotz einem deutlichen Plus im Vergleich zum Vorjahr noch 55 Prozent unter dem Vorkrisen-Wert von Jänner 2019. Stadt Wien und Land Niederösterreich sind am Flughafen finanziell beteiligt. Vor der Corona-Krise waren Fluggastzahlen auch Hand in Hand mit steigenden Nächtigungszahlen und steigendem Umsatz vor allem mit der Gruppe der Tagungs-Besucher*innen durchgestartet.

Weitere Informationen: Paul Weis, Mediensprecher des Bürgermeisters, Tel.: +43 1 4000 81846, paul.weis@wien.gv.at

Hanno Csisinko, Mediensprecher des Bürgermeisters, Tel.: +43 1 4000 81855, hanno.csisinko@wien.gv.at (Schluss) red/ato

PID-Rathauskorrespondenz

Stadt Wien Presse- und Informationsdienst, Diensthabende/r Redakteur*in

Service für Journalist*innen, Stadttredaktion

01 4000-81081

dr@ma53.wien.gv.at

www.wien.gv.at/presse

05) Nahezu unbekannte, kuriose geographische Bezeichnungen in Italien

<https://docs.google.com/document/d/1nD72jqdUV9e3sEJV8NN4CPwid3q0Cp0I/edit>

Im norditalienischen Bereich gibt es einige Gebiete mit deutscher Besiedlung. Die breite Masse glaubt, nur in der nördlichen Provinz der Region Trentino/Südtirol, was aber nicht ganz stimmt. Denn es gibt noch die bairischen Kanaltaler, die Zimbern in einigen Sprachinseln östlich von Südtirol u. in dessen südl. Provinz Trentino.

Kaum bekannt ist hier, daß es auch (Höchst)alemannen westlich von Südtirol bis in den Bereich des Monte Rosa gibt.

Wer weiß schon, daß die Region Aoûta (in der größten Landesprache arpitanisch), Aosta (ital.) auch einen alemannischen Namen hat: **Augschtal**! Ein weiteres Bundesland heißt in der regionalen Landessprache piemontesisch, genauso wie auf alemannisch u. Hochdeutsch **Piemont**, Piemonte ist lediglich schriftitalienisch.

Einige Städte heißen in den ital. Regionalsprachen fast - oder genau - so wie in der eingedeutschten Form: **Turin** (gespr. Türin), **Trènt** (lombard./venez.) heißt auf (im nahen Dialekt) zimbrisch Tria (öst. zimbr.) bzw. Trea't (im Bersntol), **Triest** ist nicht nur die deutsche, sondern auch venezianische u. furlanische Bezeichnung des ital. Trieste. Pàdoa ist eine weitere Großstadt auf venezianisch, die sich fast gleich wie die dt. Form Padua anhört.

Wenn man also Einheimische dort hört u. glaubt, sie würden ihre Bundesländer od. Städte gegenüber Touristen auf deutsch benennen, irrt man. Meist verwenden sie dabei die lokale Dialekt- bzw. Regionalsprachform, die mit der deutschen (fast) ident ist.

Möglicherweise kommen sogar die eingedeutschten Formen von den regionalen Bezeichnungen, denn diese Gegend war lange österreichisch u. die „Zuagroastn“ deutsch-österr. Beamten u. Militärs hörten meist die Dialektformen der Einheimischen u. trugen diese „heim“, die dann im dt. Teil von Österreich verwendet wurden. Außerdem war das **vor** der ital. Einigung und somit gab es damals noch keine einheitliche italienische Amtssprache. In einigen ital. Provinzen sind sogar die Regionalsprachen zweite Amtssprache (z.B. venezianisch, sizilianisch, sardisch).

Im heutigen Kroatien sind einige vermeintlich dt. Bezeichnungen allerdings die italienischen, so in Fiume, das eig. auf dt. St. Veit heißt, od. Ragusa, was eig. die ital. meerseitige Kolonie neben der altkroatischen landseitigen Ortschaft Dubrovnik ist. Erst später wurden diese Bezeichnungen für die ganze Stadt verwendet.

So ähnlich ist es mit meiner Heimatgemeinde: neben/westl. dem altbair. Dorf **Habbingen** legten um 1300 fränkische Siedler den Markt [Frankenmarkt](#) an, dessen Name dann auf den zusammengewachsenen Ort überging. Nur wissen selbst viele Einheimische mit Habbingen nichts (mehr) anzufangen. In Dubrovnik/Ragusa sind beide Namen bekannt.

<https://www.frankenmarkt.eu/gemeinde/geschichte/geschichtliche-entwicklung.html>

P. Baalman (vlg. Schienenpeter)

06) Skizzen aus dem Passeyrthale vom Jahr 1828

Am 20. Feber jährte sich der 212. Todestag von **Andreas Hofer**. Erstaunlicherweise findet sich immer wieder noch Unbekanntes aus damaliger Zeit: Im digitalisierten „Album aus Österreich ob der Enns“ (Linz, 1843), fand **G. Dattenböck** (SID) einen bemerkenswerten Reisebericht: [„Skizzen aus dem Passeyrthale“, verfaßt im Herbst 1828 von Carl F. Hock.](https://suedtirol-info.at/skizzen-aus-dem-passeyrthale-vom-jahr-1828/)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 22, 2022

Wien, am 22. Feber 2022

<https://suedtirol-info.at/skizzen-aus-dem-passeyrthale-vom-jahr-1828/>



Skizzen aus dem Passeyrthale vom Jahr 1828

Einleitung von Georg Dattenböck

Am 20. Februar jährte sich der 212. Todestag von Andreas Hofer. Erstaunlicherweise findet sich immer wieder noch Unbekanntes aus damaliger Zeit: Im digitalisierten „Album aus Österreich ob der Enns“ (Linz, 1843), fand ich einen bemerkenswerten Reisebericht: „Skizzen aus dem Passeyrthale“, verfaßt im Herbst 1828 von Carl F. Hock. Wer war dieser heute unbekannte Autor Hock? Das „Biographische Lexikon des Kaiserthums Österreich“ schrieb über Hock:



Karl Ferdinand Freiherr Hock
(Bild aus: „Illustrierte Zeitung“, Nr. 760, Leipzig 23.1.1838).

„Hock, Karl Ferdinand Freiherr von (philosophischer und nationalökonomischer Schriftsteller, geb. zu Prag 18. März 1808). Sohn israelitischer Eltern, der aber selbst zur katholischen Kirche übertrat; besuchte das akademische Gymnasium in Prag, begab sich zur Fortsetzung seiner Studien 1823 nach Wien, wo er die Vorträge an der Universität hörte und 1828 die philosophische Doctorwürde erhielt. 1830, nach beendeten juridischen Studien, trat er in den Staatsdienst, in welchem er mehrere Jahre in Triest und Salzburg zubrachte, dann als Director des Hauptzollamtes nach Wien berufen ward, im Jahre 1847 unter gleichzeitiger Ernennung zum Regierungsrathe bei der Generaldirection der Eisenbahnen in Verwendung kam, und bei derselben im Jahre 1848 zum zweiten Director ernannt ward.

Im Jahre 1849 berief ihn Minister Freiherr von Bruck in's Handelsministerium; im Jahre 1854 trat Hock mit dem Titel eines Vicepräsidenten an die Spitze der zur entsprechenden Verwirklichung der handelspolitischen Pläne Oesterreichs und der dadurch bedingten inneren Reformen in der Gefällsgesetzgebung niedergesetzten Ministerialcommission, mit welcher er im Jahre 1856 in das Ressort des Finanzministeriums überging. In letzterem bekleidet Hock zur Zeit die Stelle eines Sectionschefs. Die vielseitige Thätigkeit Hocks spaltet sich vornehmlich in die staatsmännisch-administrative und schriftstellerische.“

Karl Ferdinand Hock entwickelte eine umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit, die hier nicht abgehandelt werden kann. Er wurde vom Kaiser und von fremden Staatsmännern für seine Verdienste vielfach ausgezeichnet:

„Außer dem Orden der eisernen Krone zweiter Classe und dem Leopold-Orden, welche ihm der Kaiser verlieh, ist Hock Officier der französischen Ehrenlegion, und außerdem haben ihm Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Churhessen und Großherzogthum Hessen, Parma und Este die Commandeurkreuze ihren Civilverdienst- und Haus-Orden verliehen. (...) Karl Ferdinand Hock wurde mittelst kais. Diploms vom 19. Juni 1852 in den erbländischen Ritterstand, und nachdem er in Anerkennung seiner Verdienste um den Handel und die Finanzen Oesterreichs den Orden der eisernen Krone zweiter Classe erhalten hatte, den Statuten dieses Ordens gemäß mit kais. Diplome vom 2. December 1859 in den österreichischen Freiherrnstand erhoben.“

18 Jahre nach Hofer's Erschießung in Mantua am 20.2.1810, durch Napoleon selbst befohlen, besuchte der Patriot Karl Ferdinand Hock Hofer's Frau und Kinder am Sandhof und stieg auch zu Hofer's letztem Versteck auf.

Berührend ist Hock's Schilderung vom damaligen Passeiertal und dessen herzlicher Bewohner. Im Detail überraschend sind manche Schilderungen von Hock zu Personen aus des Sandwirts letzter Lebenszeit und zum dramatischen Ablauf der letzten Wochen vor Hofer's Verhaftung.



Anna Hofer

Aus unbekanntem Grund nennt Hock Hofer's Gattin mit ihrem zweiten Vornamen „Gertrud“. Anna Gertraud Ladurner hieß die Ehefrau von Andreas Hofer, sie wurde als viertes Kind des Tiroler Obst- und Weinbauern Peter Ladurner und dessen Frau Maria Tschölin am 27. Juli 1765 in Algund bei Meran geboren. Am 21. Juli 1789 heiratete die zwei Jahre ältere Anna den 22jährigen Andreas Hofer. Anna Hofer lebte, bis zu ihrem Tod am 6. Dezember 1836, auf dem Sandhof, wo sie viele neugierige Patrioten und Verehrer ihres Mannes besuchten.

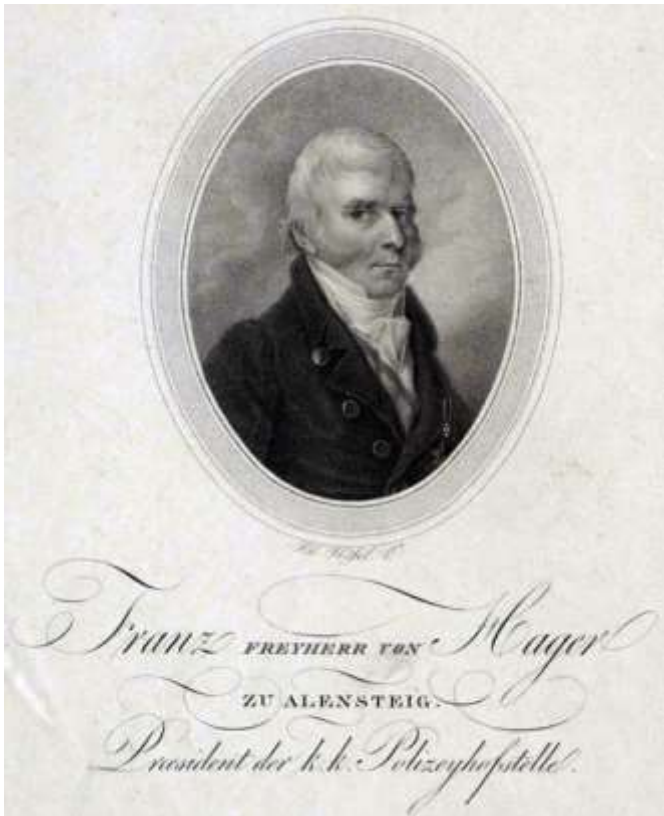
In der Zeit der französischen Besatzung Tirols und der schweren Kämpfe, die sehr viele zivile, besonders jedoch viele tausende männliche Opfer forderte, führte Anna Hofer das Gasthaus im Sandhof. Die Lage all jener Frauen, die damals ihre Männer verloren, kann man mit einem Elend ohne Ende bezeichnen. In vielen Fällen war der wirtschaftliche Ruin unausweichlich. Der bekannte Publizist und Tiroler Historiker Michael Forcher berichtete 2008 über diese unglaublichen, gewaltigen Leistungen der Frauen und deren enormen Anteil im Tiroler Freiheitskampf:

„In der Regel war der Anteil der Frauen am Freiheitskampf der, dass sie – soweit sich das Geschehen nahe dem eigenen Dorf abspielte – Verwundete versorgten und Verpflegungsdienste leisteten (...)

Die häufigste Rolle der Frauen war ohnehin das Ersetzen der abwesenden Männer zu Hause, am Bauernhof oder in der Gastwirtschaft, das Ertragen von Plünderungen oder gar Mißhandlungen, von Alleinsein, Angst und Leid.“ („Anno Neun. Der Tiroler Freiheitskampf von 1809 unter Andreas Hofer. Ereignisse, Hintergründe, Nachwirkungen“; S. 78, Innsbruck/Wien. Siehe dazu auch Birgit Treffner: „Der Tiroler Freiheitskampf 1809 mit besonderer Berücksichtigung der Frauen zu dieser Zeit“; Magisterarbeit, Wien 2012).

Die finanzielle Situation von Anna Hofer und ihren Kindern war nach dem Tode ihres Mannes trostlos: es wurde ein Konkursverfahren eröffnet. In ihrer Not, aber mit starkem Mut,

reiste Anna nach Wien, um beim Kaiser vorzusprechen. Sie kam am 22.7.1810 in Wien an und wohnte unter ihrem Mädchennamen „Anna Ladurnerin“ bei einem Landsmann in der Josefstadt Nr. 47. Durch das Tragen ihrer Passeirer Tracht erregte sie in Wien großes Aufsehen und stand unter andauernder Polizeibeobachtung durch den Polizeioberkommissar Strobel, der sogar jede Kleinigkeit nach oben meldete.



Die Oberaufsicht über diese scheinbar für „den Staat sehr gefährliche Person“ führte höchstselbst der „Präsident der k. k. Polizeyhofstelle“, Franz Freiherr v. Hager, ein Angehöriger eines der urältesten Adelsgeschlechter von Bayern und Österreich (erstmalig wurden die Hager 955 beim Abwehrkampf gegen die Ungarn am Lechfeld erwähnt).

In ihrer Audienz am 2. September 1810 beim Kaiser, der als Franz II. von 1792 bis 1806 letzter Kaiser des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und, ab 1806, als Franz I. Österreichischer Kaiser war, wurden Anna Hofer 2000 Gulden in Bankozetteln, 800 Gulden in bar und 500 Gulden jährlich, sowie 200 Gulden für jede Tochter zugesprochen. Erst im Jahr 1818, als Napoleon endgültig keine Gefahr mehr war, erhielt sie auch das versprochene Adelsdiplom „Edle von Hofer“.

Karl Ferdinand Hock war 1828 nicht der Erste, der Anna Hofer am Sandhof besuchte: bereits im November 1810, nur acht Monate nach Hofers Tod, besuchte der bayrische Kronprinz Ludwig I. v. Wittelsbach (seit 1825 König) Anna Hofer. Er war der Sohn des unter Napoleon regierenden Maximilian I. Für die Rolle, die König Maximilian I. als williger Vasall Napoleons bei der brutalen Niederwerfung Tirols spielte, kann sein Sohn nicht verantwortlich gemacht werden. Im Hinblick auf Ludwigs Wesen muss man wohl von seiner tiefen Einsicht über das Tirol zugefügte Unrecht ausgehen. Als König ließ Ludwig I. von 1830 bis 1842 die „Walhalla“ bei Regensburg errichten, in dieser wird mit Büsten und Tafeln vieler berühmter Persönlichkeiten aus dem deutschen Sprachraum gedacht (für Andreas Hofer fand sich kein Platz).



König Ludwig I.

Bild aus: Haus der Bayerischen Geschichte

Das „Haus der Bayerischen Geschichte“ berichtet über König Ludwig I.:

„Ein Dorn im Auge war ihm die frankreichfreundliche Politik des bayerischen Ministers Maximilian Joseph von Montgelas. Ludwig machte aus seiner Abneigung gegen Napoleon und Frankreich kein Hehl, und demonstrierte bewußt und in aller Öffentlichkeit seine deutsch-nationale Einstellung, die er selbst als „Teutschtum“ bezeichnete. So war es nur folgerichtig, wenn Ludwig den Bündniswechsel Bayerns im Jahr 1813 befürwortete und aktiv auf die Absetzung Montgelas' im Jahr 1817 hinarbeitete.“

Es folgt nun der ungekürzte Bericht von Karl Ferdinand Hock, der 14 Jahre nach Hofers Erschießung aus dem Passeiertal berichtete.

Carl F. Hock: Skizzen aus dem Passeyrthale. (Im Herbste 1828).



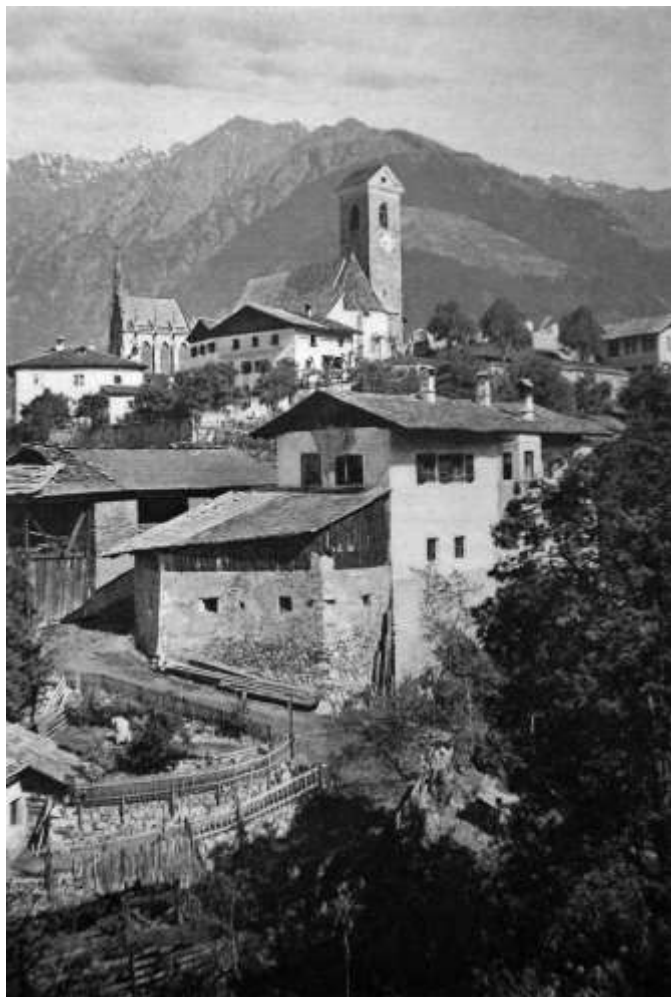
Erste Seite von Hock's Bericht aus dem „Album aus Oesterreich ob der Enns“; Seiten 134-147; Linz, 1843.

„Vierzehn Jahre sind vorübergegangen, seitdem diese Skizzen niedergeschrieben wurden; vielleicht aber dürfte gerade der Umstand, daß so Vieles sich geändert, und namentlich Hofer's Gattin und Töchter, die hier als lebend geschildert werden, in wenigen Jahren ein Raub des Todes geworden, dieser Darstellung einen eigentümlichen Reiz gewähren. Auch die Darstellung von Hofer's Gefangennehmung, wie sie hier gegeben wird, dürfte einigen Antheil verdienen, da sie in wesentlichen Punkten von den Berichten abweicht, die in den Lebensbeschreibungen enthalten sind.



Schloss Tirol. Von hier stammt der Landesname

Hinter der Pfarrkirche des Schlosses Tyrol führt der Weg nach Passeyer hinein, dem Thale voll edler Herzen und starker Arme. Er zieht munter dahin, über kleine Hügel hinan und hinab. Weinlauben wölben sich über den Weg, und große, dunkelblaue Trauben drängen sich keck hervor, oder sind scheinbar unter riesigen Blättern versteckt. Dort breiten wieder Nußbäume ihre schattigen Wipfel aus, und erfüllen die Lüfte mit ihrem Arom. Kastanien erheben sich mitten in üppigen Wiesen, Häuser und Höfe zeigen sich rechts und links an den Abhängen, und dazwischen wird das untere Etschthal sichtbar, die Gebirge von Schenna mit dem stattlichen Schloße, die Orte hoch oben an den Kuppen, wo der Sommer nur sechs Wochen währt.



Ort und Schloss Schenna

In der blauen, durchsichtigen Ferne glaubt man Botzen zu entdecken, und wohin auch das Auge schweift, es ermüdet nicht, überall ist Bewegung, Wechsel, Leben. An dem Hügel, auf dem wir standen, liegt Kains mit seinem Kirchlein, schon 768 von einem Heiligen zum Andenken eines Heiligen (vom heil. Vital zu Ehren des heil. Korbinian) erbaut, auch durch Riffian mußten wir. Aber in den Dörfern herrschte eine sonntägliche Stille, während draußen die Fluren vom Gejauchze erschallten. Alles war mit der reichen Ernte des Jahres beschäftigt, und wie wir wanderten, kamen uns Winzer und Winzerinnen, reich beladen und singend entgegen, und boten uns freundlich von ihren Früchten.

Plötzlich senkte sich der Pfad rasch abwärts, eine Kastanienreihe durch, und in einigen Sekunden standen wir in dem Thale, an jenem Punkte, wo die Landgerichte Meran und St Leonhard sich scheiden. Eine plötzlichere Veränderung könnte nicht einmal Jener gewahren, der von der Donau oder dem Rhein mit einem Schlage in die Wüste der Brandenburger Mark versetzt würde. Statt der weiten lieblichen Fläche, die wir vorher übersahen, waren wir in einem schmalen Kessel eingeschlossen und die düsteren Berge waren mit Nadelholz bedeckt, aus dem nur hie und da ein kleiner Grasplatz, eine niedere Hütte hervorschaute. Der üppige Rasen hatte einem Sandlager Platz gemacht, das durch das ganze Thal bis an die Berge hinan reichte. Ein gelblicher, einförmiger Bach, ohne feste Ufer, wälzte sich traurig in der Tiefe. Dieser Bach war die Passer und diese Wüste ihr Werk. Noch im Sommer war die ganze Strecke fruchtbares Wiesenland, wenn auch jedes Jahr vom verheerenden Wildstrom versandet und geschmälert, vom fleißigen Bebauer dem Wasser entrissen, umgewendet, neu bestellt. Doch die Überschwemmung im Juni jenes Jahres vernichtete in einem Stoße die Mühe und Hoffnung vieler Jahre.



Meran – Historische Postkarte

Wir waren seit unserem Auszuge von Meran (Nachmittag 2 Uhr) sechs Stunden im Marsche, die Sonne in dieser Schlucht früher als gewöhnlich untergegangen, und nur langsam konnten wir den schwach ausgetretenen, vielfach gekrümmten Weg im Sande verfolgen. So oft wir die Passer überschritten – und ich glaube, es geschah mehr, als zehnmahl – fanden wir eine neugezimmerte Brücke; so oft ein Hügel sich erhob, hatte sich vor ihm ein zweiter aus Sand gebildet, und zertrümmerte Baumstöcke, einzelne Grasplätze, die sich wie Oasen and dem Sande erhoben, waren ebenso sprechende, als traurige Zeugen der Verwüstung. Nach acht Uhr kamen wir an eine Stelle, wo jede Spur eines Weges verloren schien; ein Sandberg schien hier ein ganzes Seitenthal ausgefüllt und sich in dichten Strömen dem Bache zugewälzt zu haben. Noch hörte man ein dumpfes Gerolle, als wenn Felsen von ihren Banden sich lösten, in eine unermessene Tiefe hinabstürzten, und wie das lose Gestein langsam und durch lange Zeit nachrollte. Dieß war die Kellerlahn. Ich sah sie später noch einmal von der Höhe aus in ihrer ganzen furchtbaren Gestalt.

Spät in der Nacht erreichten wir St Martin, nach St Leonhard das größte Dorf in Passeyr; aber wir mochten nicht dort bleiben, und welcher Reisende folgt nicht unserem Beispiele, wenn er das „Wirthshaus am Sand“, wo er die Familie Hofer's begrüßen darf, in der Nähe weiß.



Sandwirtshaus im Passeier. (Foto vom Verfasser)

Und wenn ich sie nur recht treu und kräftig schildern könnte, die gute Frau Gertrud und Hofer's Töchter. Gutmüthigkeit und Treuherzigkeit sind auf allen Gesichtern der Grundcharakter. Auf der Stirne der Wittve haben Gram und Angst tiefe Furchen gezogen, und doch zeigt ein feiner Zug um die Lippen, daß dieß Gemüth nicht zum Trübsinn geschaffen, sondern zur Freude und Heiterkeit geboren war. Sie ist einige sechzig Jahre alt, aber noch wirkt sie kräftig und umsichtig im Hause; Alles will sie selber selber sehen, hören, thun. Dagegen sitzt sie gern am Abende auf der Ofenbank, und erzählt einfach ihre Geschicke. Die älteste Tochter, Marie, ist in Schwermuth versunken; wenn Andere lachen und schäkern, ist's bei ihr nur, als ob ein leiser Hauch einen Augenblick den Schleier lüfte, der sie verhüllt. Sie hat die Leiden ihres Hauses am bittersten mit- und nachempfunden. Die zweite Tochter Rosa (Röseli), ist ein harmloses und rundes Mädchen; sie lacht uns aus ihren braunen Augen so freundlich und unschuldig an, daß man ihr unmöglich gram werden könnte. Wir genossen auch das Glück, die dritte Tochter, Anna (Anneli), hier in Passeyr zu sehen. Sie hat in Brünn, in der Nähe ihrer Tante (Chorfrau bei den Elisabetherinnen daselbst), eine städtische Erziehung genossen und ihr reicher Geist das Empfangene wohl zu benützen gewußt. Ein hoher schwärmerischer Ernst thront auf ihrer Stirne, Mund und Kinn zeigen ganz die Herzlichkeit und Entschlossenheit ihres Vaters, dem sie überhaupt unter allen seinen Kindern am ähnlichsten ist und am nächsten steht. Die vierte Tochter endlich, Gertrud, (Gerdeli) ist so schüchtern, daß ich sie erst bei unserem Abschiede erblickte, wo auch sie uns freundlich die Hand reichte und das landesübliche: „Laßt Euch Zeit!“ lispelte.

Vom Wirtshause am Sand verfolgt man eine halbe Viertelstunde am linken Ufer den Lauf der Passer, und steigt dann auf in's Gebirg. Erst auf einer solchen Wanderung läßt sich begreifen, wie das Landgericht St Leonhard 1200 Menschen zählen kann.



Jede paar Minuten findet man Bauernhöfe; sie ziehen sich in der größten Höhe bis an den Kamm des Gebirges hinauf. Tannengehölze wechseln mit den schönsten Futterwiesen, sorgfältig bewässert durch Leitungen, die oft eine Stunde weit und noch länger reichen. Jedes Haus hat sein Wasserrad, das, wenn es nichts anders treibt, wenigstens der Hausfrau die Butter rührt. Nirgend sieht man eine müßige Hand; der Eine mäht, der Andere schnitzt, der Dritte führt die Schafe auf die Alm. Lauter große, schlanke Gestalten. Eine braune Jacke von Loden, ein grüner Hosenträger, ein breiter, schwarzer, ausgelegter Gürtel, eine schwarzlederne, über das Knie festgebundene Hose, graue Strümpfe und schwer beschlagene Schuhe sind die Kleidung des Mannes; die Pseyerin trägt eine schwarze, weiß durchnähte, runde Wollmütze, schwarze Jacke (Spenser) und einen weiten, schwarzen, viel gefalteten Rock.

Nach drei Stunden stand ich auf einer Alpenwiese nächst der Kellerlahn, wo über das Wartleis der Paß in's Ahrenthal hinüber führt. Sie bildet ein kleines Plateau, mondformig von

höhern Bergen umgeben. Vor sich sieht man die Gebirge Passeyr's, weit hinein bis zum Hintersee; rechts scheint der Jauffen herüber, und an einigen Spitzen sieht man auf die Jauffenburg nieder, eine der Hauptburgen des Landes.



Alte Ansicht der Jauffenburg.

Schon am Anfange Septembers fällt hier Schnee, und weicht nicht von der Mitte Oktobers bis zum Anfang Mai's; hier saust ein ewiger Wind, von jeder Seite gleich unverwehrt, und gleich gewaltig. Auf dieser Wiese stehen zwei Hütten, Verschläge könnte man sagen, nach der Weise jener Gegend durch einige Balken in eine obere und untere Abtheilung gebracht; beide zusammen kaum sechs Fuß hoch. Und auf dieser Wiese, in der zweiten dieser Hütten, die hart am Rande der Waldung am meisten südlich steht, und vor der ein Ahorn halb zerstört seine Äste breitet, lag Andreas Hofer vom 23. November bis 20. Jänner (1809-1810) mit Frau, Sohn, den zwei mittlern seiner Töchter und seinem Schreiber verborgen; den Tag über in kauender Stellung auf der Erde gelehnt, oft Hunger, stets Kälte erdulnd. Bloss bei Nacht durfte er einige Gänge auf dem dicht beschneiten Gebirge wagen. Keine Spur, keine Inschrift, erinnert an die Martertage des Helden. Selbst die Fremden, die seine Familie besuchen, klimmen nicht herauf auf diesen öden, aber doch so merkwürdigen Platz.

Ich war seit vier Jahren, wo der Landrichter Strolz mit einigen Andern ihn besuchte, der einzige Auswärtige, der ihn beschrift. Für den Historiker, für Hofer's Biographen, wäre es unerlässlich, hieher zu kommen. Von da aus sieht man sein geliebtes Passeyr, hier die Hütte seines Pflegers in der Noth, des Pfaundler, hier die, wo sein Verräther, Raffel, wohnte. Hier erkennt man deutlich die Fügung Gottes, die den Menschen errettet und untergehen läßt, und seine Wege bestimmt, wie es recht und gut und im Plane des Herrn ist. Nur eine Minute früher hätte Hofer erwachen sollen – und er war gerettet. In der finsternen Nacht, wo der Paß in's Ahrnthal so nahe (kaum eine Viertelstunde entfernt) ist, wer hätte ihn verfolgen, erreichen können?

Eine Viertelstunde südlich von der Hütte erreicht man den höchsten Punkt der Kellerlahn. Man erblickt einen ungeheuern Bergkessel aus Sandstein. Auf vielen Seiten ist der Berg untergraben, mächtige Blöcke liegen ganz lose auf dürrem Sand, und gräßlich starrt das obere, lose Ende in die Leere hinaus. In der Tiefe haben sich neue Sandhügel gebildet, mit

jedem Moment sich vergrößernd und die Gestalt wechselnd, denn unaufhörlich rollen die Sandströme hinab. Bei jedem Regenschauer bewegt sich die lose Masse, wie ein aus seinen Angeln gerissener Berg, mit Wasser untermengt in's Hauptthal hinab.

Am Abend saßen wir beisammen bei Mutter Gertrud, und sprachen über die großen Ereignisse ihres Lebens; über Hofer's Leben und Tod. Neu war mir ihre Darstellung von Hofer's Gefangennehmung. Ich gebe sie hier treulich wieder; nur daß ich die nöthigen Ergänzungen aus der Zeitgeschichte beifügte.

Der Friede von Preßburg war geschlossen, und die Kunde davon durch sichere Boten an die treuen Tyroler gelangt; auch war dem Lande durch das Proclam Eugen's (25. October), die Decrete Baierns und das Wort seines Obercommandanten, Grafen d'Erlon, völlige Amnestie gesichert. – Da fand Hofer jeden ferneren Kampf nutzlos und verderblich und forderte das Volk, wie er es zum Streite gerufen, jetzt zur Ruhe auf: „Wir wollen uns nun durch Ergebung in den göttlichen Willen, durch brüderliche Liebe und geforderte Unterwerfung der Großmuth Napoleon's würdig machen.“ (Sterzing, 8. November 1809). Die Schützen zerstreuten sich und auch Hofer kehrte zu den Seinen zurück.

Das Land schien beruhigt, und nur einzelne Schaaren französischer Truppen durchzogen die Thäler, um alle Keime fernerer Unruhen zu entfernen oder unschädlich zu machen. Am 14. November rückten die Generäle Rusca und Barbou an den zwei entgegengesetzten Enden über Meran und über den Jauffen nach Passeyr; aber Torggler, die beiden Thalgueter und andere Brauseköpfe regten die Landleute von Neuem auf.



Jauffenpaßstraße. (Alte Lithographie)

Am Jauffen und in den Engpässen von St Martin wurde siegreich gekämpft und vorzüglich litt die Schaar, die über den Jauffen herabgezogen. Bei 600 Franzosen blieben, und an 1700 zogen sich auf den Kirchhof von St Leonhart, von allen Seiten angegriffen, bloßgestellt, der Erschöpfung, dem Hunger, dem Verderben Preis gegeben. Der wilde Haufe der Bauern sprach von Niedermetzeln: man habe nicht Zeit und nicht Leute genug, so viel Gefangene zu bewahren.

Schon früher hatte sich die tolle Schaar zu Hofer gedrängt, ihn mit Gewalt aus dem Hause gerissen: Ihr Andrä müsse wieder ihr Commandant werden! Doch er warnte, drohte und widerstand. Da kamen nun die Angesehensten des Thales, die Gutgesinnten, und flehten, er möchte sich doch zum Anführer erklären; er allein könne die Wuth des Haufens beschwichtigen, das Leben der Franzosen retten, das Thal vor einer schrecklichen Wiedervergeltung bewahren.



Andreas Hofer. Gemälde von Placidus Altmutter

Dieß bestimmte ihn; und man drang ihm alsogleich folgende Ordre ab, die später – traurig genug – sein Todesurtheil begründete:

... „Ich sehe mich gezwungen, nachdem Jung und Alt die Waffen zu ergreifen sich nicht abhalten lassen, an euch, geliebte Mitbrüder, zu melden, daß Alles in ganz Passeyr auf ist, und den Feind als gestern den 14. November nach Herzenslust schlug. Streitet daher brüderlich nach dem Beispiele der übrigen Orte, glaubet Niemanden was, außer ihr habt meine Unterschrift und dann will ich mit euch brüderlich streiten und nicht vergessen euer Vater zu seyn. – Dieses sehe ich mich verpflichtet, euch in Kürze zu melden, wenn ich mich nicht selbst als Opfer meiner eignen Leute Preis geben will.“ (Passeyr am Sand, den 15 November 1809.)

Die Franzosen waren gerettet; sie ergaben sich, und wurden gut gepflegt und versorgt; aber die offene Ordre Hofer's ward im Vintschgau, im Innthal bis in's Zillerthal, verbreitet und das Volk erhob sich von Neuem; doch wurde der Aufstand ebenso schnell unterdrückt, und auf den Höhen von Jenesiern blieb Thalguter mit den kühnsten seiner Schützen. Die vormaligen Anführer flohen alle aus dem Lande: Pater Haspinger nach Graubündten, Speckbacher mit unsäglicher Gefahr nach Österreich. Holzknecht erhielt einen Paß von Baraguay d' Hilliers, der auch Hofern einen anbot, aber dieser bat sich drei Tage Bedenkzeit aus und – verschwand mit einem Male. Er hatte sich in die Hütte an der Kellerlahn geflüchtet, mit seinem Sohn und Schreiber. Seine Vertrauten, Pfaundler, Strobel, Laner, Illmer, Raffel, brachten ihm abwechselnd Speise, Trank, Botschaft. Den meisten Pseyrern war sein Aufenthalt bekannt, aber Jeder hätte lieber sein Leben, als seine Treue geopfert. In seine Einöde drang die Nachricht von der entsetzlichen Zersplitterung des Landes unter Baiern, Italien und Illyrien und schlug ihn tief darnieder, – ein solches Ende hatte sein redliches, patriotisches Streben nicht verdient. Es kamen auch geheime Abgesandte von Wien, und boten ihm die Hand zur Rettung; aber er war unschlüssig, seine Kraft und sein Muth gelähmt. Mit aller Heftigkeit erwachte die Liebe zu seinem heimischen Boden, zu seinen

alten Freunden, dem gastlichen Hause seiner Urältern. Bald schützte er vor, er könne Weib und Kinder nicht verlassen, bald wollte er sich den Bart nicht abnehmen lassen; er wurde krank und schwach, immer düsterer, immer unschlüssiger im Gemüthe. – Zu Anfang des neuen Jahres (1810) rief er Frau und Töchter, die in der Gegend von Ridaun verborgen waren, zu sich über das Gebirg. Schmerzlich war ihr Wiedersehen und ach, wie kurz sollte es währen, wie traurig enden. –

Die Hütte hatte nicht Platz für die Familie, und die älteste mit der jüngsten Tochter ward hinüber gesandt ins Gebirg auf dem andern Ufer der Passer. Unablässig lag ihm Frau Gertrud an: er möchte sich mit ihr über das Wartleis retten, – der Eifer seiner Leute erkalte nach und nach, – Raffel habe bedeutende Worte, Drohungen fallen lassen. Sie brachte es endlich dahin daß er am 21. des Morgens zu fliehen beschloß; aber die fluchwürdigen Verräther kamen ihm zuvor. Joseph Donay, von Schlanders gebürtig, Student, dann Jäger, endlich Capuziner, früher Hofers Vertrauter, von ihm als Deputirter zu Eugen gesendet, und seit der Zeit im Gefolge der französischen Generäle, war der Versucher und Raffel der Ischariot (was Donay s Schicksal geworden ist mir unbekannt. Raffel, in München angestellt, in Blutschande mit der eigenen Tochter lebend, wurde heuer (1828) von seinem Weibe erschlagen, sie selbst hingerichtet).

Baraguay d' Hilliers, damals in Meran, beorderte 1500 Mann, 30 Gensd'armes, 70 Jäger zu Pferde unter Capitän Renouard zur Überwältigung des Einzelnen, Verlassenen. In der Nacht vom 18. zum 20. zogen sie ins Passerthal, bei St Martin wandten sie sich hinauf in's Gebirg durch Schnee und Eis in tiefem, von keinem Monde, keinem Sterne erhellten Dunkel. Schon dämmerte es, als sie die Holzung verließen und im Angesicht der Hütte waren; da glaubten sie sich getäuscht, banden Raffel an einen Baum fest, und wäre Hofer nicht in der Hütte gewesen, Jener wäre ein Opfer ihrer betrogenen Erwartung geworden. Sie umringten in dichten Reihen die Hütte, die Wiese, den Paß. Renouard trat vor und rief Hofer. Der Arme genoß eben eines kurzen, erquickenden Schlummers; er schritt (oder kroch vielmehr, so niedrig ist der Eingang jener Hütte) hervor, und sagte mit fester Stimme seinen Namen.



Schnell ward er gefesselt, auch sein Sohn und Schreiber hatten gleiches Schicksal. Ersterem ward nicht einmal gegönnt, Schuhe und Strümpfe anzulegen; nur die Frau und die Töchter, halb ohnmächtig vor Schreck, wurden glimpflicher behandelt. Hofer wurden die Hände auf den Rücken gebunden; er fiel oft auf dem gefährlichen, schlüpfrigen Wege und ward jedesmal mit Gewalt aufgerissen und fortgestoßen; aber er murrte und seufzte nicht.

Der zweimonatliche Aufenthalt in jener Schneewelt, schlechte Nahrung, Kälte, Kummer und Gram hatten ihn stark angegriffen, seine Wangen waren eingefallen, sein Kopf ergraut; aber er ging gleich einem Märtyrer (wie sein Beichtvater von ihm in der Stunde der Hinrichtung sagte) ruhig und ungebeugt den schweren Gang voll innerer Ergebung, der Gnade seines Erlösers gewiß. – Bei St Martin an der Passer, wo die Kellerlahn sich mündet, haben ihn seine Pseyrer das letzte Mal gesehen.“



Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin
Brandenburgische Straße 24 - Steglitz
12167 Berlin
Ruf: 030-257 97 533, Fax auf Anfrage
<westpreussen-berlin.de>
Postbank Berlin,
IBAN DE26 1001 0010 0001 1991 01 BIC PBNKDEFF

01) Westpreußischer Gesprächskreis

Im „Ännchen von Tharau, Rolandufer 6, 10719 Berlin,
S- / U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Eine vorherige Anmeldung ist auch hier jeweils erforderlich! Teilnahme nur nach Anmeldebestätigung!

So, 13.02.2022, 15:00 Uhr: Die „Weißenhöher Himmelfahrt“ – eine erfolgreiche Tagung in Westpreußen. Mit Ute Breitsprecher, Reinhard M.W. Hanke und weiteren Teilnehmern aus den letzten Jahren. **Abgesetzt, wird zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden!**

So, 24.04.2022, 15:00 Uhr: Lesung aus der neuen Buchveröffentlichung von Hans-Jürgen Kämpfert: „Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten“ - eine Veröffentlichung der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mit Ute Breitsprecher und Reinhard M. W. Hanke.

Weitere Termine für den Westpreußischen Gesprächskreis im Jahr 2022: 19.06., 14.08., 16.10. und 04.12.2022.

Alle Termine unter Vorbehalt! – Anmeldung bei:
Reinhard M. W. Hanke, Ruf: 030-257 97 533.

02) „Julianes Flucht von Westpreußen nach Berlin“

Ein Programm mit Musik von westpreußischen und Berliner Komponisten wie Theo Mackeben, Walter Kollo und anderen.
Als „Juliane“: Annette Ruprecht, Gesang und Klavier

Die 18-jährige Juliane flieht mit 1945 mit ihren Eltern und Geschwistern aus Elbing in Westpreussen zu Verwandten nach Berlin.

Sie beschreibt im Nachhinein diese abenteuerliche und gefährliche Flucht, untermalt mit zeitgemässen Kompositionen westpreussischer und Berliner Komponisten.
Es erklingen u.a. Lieder von Theo Mackeben, Walter Kollo und Friedrich Hollaender.

Sonntag, 20. Februar 2022, ab 12:30 Uhr.

Diese Veranstaltung wird verlegt auf September 2022

Ort: Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b (Ecke Nonnendammallee),
13629 Berlin-Siemensstadt.

03) Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerkes

Wir bitten Interessenten um Anmeldung: 030-257 97 533: Teilnahme nur nach Anmeldebestätigung!

322 Montag 10. Januar 2022, 18.30 Uhr

Thema Die altnordische Edda - literarisches Werk und Quelle für die altnordische Mythologie. (Mit Medien).

Referent Dr. phil. Berthold F o r s s m a n , Berlin

323 Montag 07. Februar 2022, 18.30 Uhr

Thema Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit. (Mit Medien).

Referent Prof. Dr. Bernhart J ä h n i g , Berlin

324 Montag 07. März 2022, 18.30 Uhr

Thema Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung begannen vor mehr als 75 Jahren

Referent Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder)

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf,
Theatersaal. **Fahrverbindung:** U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien

04) Tagesfahrten:

Zurzeit keine Termine



Landsmannschaft Schlesien



Nieder- und Oberschlesien Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e. V.

Herausgeber: Landsmannschaft Schlesien - Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Berlin/Mark Brandenburg e.V.,
Brandenburgische Str. 24, 12167 Berlin-Steglitz – Bürozeit: Donnerstag 14.00 – 17.00 Uhr und nach Vereinbarung

05) Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. Berlin-Brandenburg vervollständigt Vorstand durch Briefwahl und wählt Anfang Oktober 2021 erneut, aber: der neue Vorsitzende Thomas Ruschin (AfD) ist mittlerweile zurückgetreten....

Die Landsmannschaft hat mit einer schriftlichen Wahl ihren Vorstand wieder vervollständigen können. Die Briefwahl war vom Amtsgericht angeordnet worden, nachdem die bisherige stv. Vorsitzende Frau M. Peters zurückgetreten war und Ihren Rücktritt dem Amtsgericht mitgeteilt hatte.

Der Vorstand setzt sich nunmehr wie folgt zusammen:

Bernd Stefan Schmieder, Vorsitzender,

Thomas Ruschin, 1. Stv. Vorsitzender,

David Peixoto, 2. Stv. Vorsitzender

Marcus Lausch, Schatzmeister

Neue Situation:

Am Montag, dem 04. Oktober 2021, hat in den den Berliner Räumen der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Anwesenheit des Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft Schlesien, Stefan Rauhut, – eine weitere Delegiertenversammlung stattgefunden. Dabei wurde u.a. auch Zusammensetzung des Vorstandes verändert. Neuer Vorsitzender soll Thomas Ruschin sein, der bisherige Vorsitzende Bernd Stefan Schmieder soll die Absicht haben, seinen Hauptwohnsitz demnächst nach Görlitz zu verlegen.

Nach unserer heutigen Kenntnis ist der neugewählte Vorsitzende Thomas Ruschin (AdD) vor einigen Wochen zurückgetreten. Er ist Rechtsanwalt und arbeitet jetzt im Büro der brandenburgischen Landtagsfraktion der AfD in Potsdam.

Da bislang niemand - weder die Mitglieder der LS noch wir als Partner in der Bürogemeinschaft - Informationen über die Neuwahlen usw. erhalten haben, müssen wir wohl auf die für diese LS auch erforderliche Eintragung im Vereinsregister warten! Zurzeit ist noch der „Schmieder-Vorstand“ im Vereinsregister eingetragen. Es bleibt also abzuwarten, wie die LS mit dem Rücktritt des neugewählten Vorsitzenden Thomas Ruschin, der auch kein Interesse an schlesischen und weiteren ostdeutschen Themen hatte, umgeht. Gegenüber dem Vorsitzenden der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin (LW) Reinhard M. W. Hanke äußerte er, nach Hinweis auf die zahlreichen Veranstaltungsplanungen der LW: „In zwei Jahren ist sowieso alles vorbei!“

Thomas Ruschin vergaß bei seiner Äußerung, die auch sein Desinteresse an ernsthafter ostdeutscher Heimatarbeit ausdrückte, dass seine Mitstreiter im Vorstand der LS mit Ihrer Entscheidung, die Bürogemeinschaft mit der LM zum 30.11.2021 zu kündigen, um nicht die halbe Miete bezahlen zu müssen, der LW bereits den Todesstoß versetzen wollten! Die sehr viel kleinere LW sollte also nun fähig sein, die Gesamtmiete alleine zu stemmen!?

Seit dem 01. Dezember 2021 versuchen Mitglieder der Landsmannschaft Schlesien e. V. Berlin-Brandenburg unabhängig von der LS den Standort in der Brandenburgischen Straße 24 in 12167 Berlin-Steglitz gemeinsam mit der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin und der AG Ostmitteleuropa e. V. (AGOM) zu erhalten. Der Hauseigentümer ist dem Vorhaben entgegengekommen und hat auf Mietzahlungen verzichtet; die beiden Einrichtungen müssen nur die Nebenkosten tragen!

Die Bibliothek, die Vorstandsmitglied Markus Lausch (AfDI in seinem „trockenen Keller“ zwischenlagern wollte, wird also weiter ausgebaut. Am Eingang wird bereits improvisiert darauf hingewiesen.

Das „Mitteilungsblatt Nr. 126 (1-2022) der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin berichtet auf Seite 5 seiner neuesten Ausgabe:

„Schlesien-Bibliothek“ statt „Landsmannschaft Schlesien“ – unser neuer Büropartner!



Vorher



und nachher!

Nachdem die neuen Vorstände unter den Herren **Bernd Schmieder** bzw. **Thomas Ruschin** das Mietverhältnis für die Bürogemeinschaft in der Brandenburgischen Straße gekündigt hatten, ist eine Gruppe von „Alt-Schlesiern“ aus der LM Schlesien als „Schlesien-Bibliothek in das Mietverhältnis neu eingetreten.

Mit dieser Lösung wird nicht nur der Bürostandort für unsere Öffentlichkeitsarbeit erhalten, sondern auch die vor allem von Herrn Dr. Hans Weinert aufgebaute und gepflegte Schlesien-Bibliothek weiterhin der Öffentlichkeit zugänglich bleiben und nicht, wie von den neuen Vorständen geplant, „im trockenen Keller“ eines der Vorstandsmitglieder verschwinden. Die mittlerweile reichen Bestände sollen später auch ins weltweite Netz gestellt werden.

Wir Westpreußen hängen da organisatorisch noch weit zurück.

Herr Dr. Hans Weinert freut sich über personelle und finanzielle Unterstützung für die Schlesien-Bibliothek.

Er ist telefonisch erreichbar unter der Ruf-Nummer 0157-798 59 327.-

Wir informieren über den Vorstand zu gegebener Zeit!

Die Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e. V. Berlin-Brandenburg hatte bis 30.11.2021 eine Bürogemeinschaft mit der Landsmannschaft Westpreußen e. V. Berlin



Einladung

06) 72. Sudetendeutscher Tag, 03. bis 06.06.2022
– Begegnung im Dreiländereck

Kaum ist der Jänner vorüber, lockt schon der 72. Sudetendeutsche Tag, der wieder zum traditionellen Pfingsttermin stattfinden wird, und zwar von **3. bis 6. Juni 2022** in **Hof** und in der Euregio Egrensis. Das große Volksgruppentreffen steht unter dem Motto „**Dialog überwindet Grenzen**“. Volksgruppensprecher **Bernd Posselt** erläuterte die vom Bundesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft einstimmig getroffene Wahl des

Themas und des Ortes wie folgt: „Die teils willkürlichen, auf jeden Fall aber schmerzlichen Grenzschießungen haben vor allem uns Sudetendeutsche daran erinnert, wie schlimm die Trennung unserer Volksgruppe von der Heimat durch die Vertreibung und den Eisernen Vorhang war. Der europäische Aufbruch nach 1989 und die von führenden Sudetendeutschen mit begründeten grenzüberschreitenden Euroregionen schienen gefährdet, neu gewachsene Bindungen zu unserer *Wurzelheimat* drohten auch für unsere jüngeren Generationen verloren zu gehen. Deshalb sind wir glücklich, einen Sudetendeutschen Tag im Dreiländereck zwischen **Bayern**, **Sachsen** und **Böhmen** durchführen zu können.“

Traditionelle und neue Veranstaltungsformen des Sudetendeutschen Tages sind von Freitag 3. bis Sonntag 5. Juni 2022 in der **Freiheitshalle von Hof** geplant. Dem sollen zwei „**Sudetendeutsche Wochen**“ mit interessanten Einzelveranstaltungen vieler Träger in der ganzen [Euregio Egrensis](#) vorausgehen. Erstmals dauert die Begegnung bis Pfingstmontag. Der 6. Juni ist denen, die Lust dazu haben, für Ausflüge und eine Gebetswallfahrt für Frieden und Verständigung vorbehalten. Weitere Einzelheiten zum Programm werden in den kommenden Wochen bekanntgegeben

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr.17, 2022

Wien, am 01. Februar 2022

A. j) Plattform des Arbeitskreises für landsmannschaftliche
ostdeutsche Heimatkreise (Historisches Ostdeutschland und
östliches Mitteleuropa)

Seiten 133 - 134



Heimatkreis Wirsitz

Kom. Heimatkreisvertreter: Frank-Rainer Seelert
Lange Straße 6 27211 Bassum
Tel: 04241-970350 Mobil-Telefon: 0178-6393122 E-Mail: frank.seelert@t-online.de



Seniorenhaus Anna-Charlotte
ul. Strzelecka 21, PL 89-340 Białośliwie Pologne

01) Bild-Bericht zur „30. Weißenhöher Himmelfahrt, 24. bis 31. Juli 2021

In Vorbereitung!

02) Programm der „31. Weißenhöher Himmelfahrt, 21. bis 28. Mai 2022

In Arbeit!



Herzlich Willkommen beim Heimatkreis Schneidemühl e.V.

<http://www.schneidemuehl.net/vorstand.html>

03) Treffen des Heimatkreises Grenzmark

im „Ännchen von Tharau“, Rolandufer 6, 10179 Berlin,
am S-/U-Bahnhof Jannowitzbrücke

Heimatgruppe Grenzmark

Liebe Heimatfreunde und Landsleute,

mit dem Restaurant & Café **„Ännchen von Tharau“**,

Rolandufer 6 in 10179 Berlin, Tel.: 030 726202070, am U- und S-Bahnhof
Jannowitzbrücke, werden wir für das Jahr **2022** folgende Termine vorsorglich
planen:

**an den Sonntagen 12. März, 11. Juni, 10. September und 10. Dezember
2022**

immer um **14 Uhr**. Wer möchte, kann sich auch gerne schon zum Mittagessen
hier einfinden.

Manfred Dosedall, Münchehofer Str. 1A, 15374 Müncheberg, Tel: 033432-71505
mdosedall@freenet.de

*

Diese Seiten sind im Aufbau! Wir sind auf Ihre Mitarbeit angewiesen. Wir können uns vorstellen, dass auch weitere landsmannschaftliche Gliederungen eine Plattform in unserem AWR erhalten. Der Vorteil: Unser AWR ist durch seine Erscheinungsweise hochaktuell!

01) AGOM-Vortragsveranstaltungen - 1. Vierteljahr 2022

Arbeitsgemeinschaft Ostmitteleuropa e.V. Berlin

Mitglied im Dachverband Steglitz-Zehlendorfer Seniorenvereinigungen

Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.

Brandenburgische Straße 24 Steglitz, D – 12167 Berlin

Konto Nr. IBAN DE 39

100100100065004109

Postbank Berlin

Vorsitzender: Diplom-Geograph Reinhard M. W. Hanke, stv. Vors: N.N.,

Schatzmeisterin: Angelika Hanske, Ruf: 030-772 13 93

02. November 2021

Tel.: 030/257 97 533 Büro

www.ostmitteleuropa.de

post@ostmitteleuropa.de

Einladung Nr. 88

(Vortragsveranstaltungen Januar bis Juni 2022)

Ort:

Bürgertreff im S-Bahnhof Berlin-Lichterfelde West,

Hans-Sachs-Straße 4 D, 12205 Berlin

Fahrverbindungen: S-Bahn, Busse M11, M48, 101 u. 188.

- | | | | |
|------------|------------------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 459 | <u>Freitag</u> | 28. Januar 2022, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Potsdamer Konferenz 1945 – Das Ende für Ostdeutschland?</u> | |
| | | Gab es Möglichkeiten zu einer Teilrevision? <i>(Mit Medien)</i> . | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Jürgen W. Schmidt, Berlin | |
| 460 | <u>Freitag</u> | 25. Februar 2022, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | Gustav Freytag – ein Gestalter deutscher Vergangenheit und Gegenwart. <i>(Mit Medien)</i>. | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Hans-Joachim W e i n e r t, Berlin | |
| 461 | <u>Freitag</u> | 25. März 2022, | 19:00 Uhr |
| | <u>Thema</u> | <u>Treuhandanstalt, Aufbau Ost – Vorbild für die ostmitteleuropäischen Länder nach der Wende 1989? <i>(mit Medien)</i>.</u> | |
| | <u>Referent</u> | Dr. Gerhard K ö p e r n i k, Berlin | |

Teilnahme nur nach bestätigter Voranmeldung auf Ruf-Nr: 030-257 97 533 (Anrufernehmer)!

Eintritt frei!

Weitere Termine: 29.04., 13.05., 24.06, 26.08., 23.09., 28.10., 25.11., 23.12.2022 (?)

(Mitgliedsbeitrag: 25,00 € / Jahr; Ehepaare 40,00 €, weitere Ermäßigungen möglich)

Seite 482 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 803 vom 11.11.2021

**Westpreußisches Bildungswerk Berlin-
Brandenburg**
in der Landsmannschaft Westpreußen e.V., Berlin
Ostdeutscher Hochschulbund Danzig-Westpreußen
Landesarbeitsgemeinschaft Ostkunde im Unterricht e.V.
www.westpreußen-berlin.de

Brandenburgische Straße 24 Steglitz
12167 Berlin
Fon: 030-257 97 533, Fax: auf Anfrage
westpreussenberlin@gmail.com

Postbank Berlin
IBAN DE 26 1001 0010 0001 1991 01
BIC PBNKDEFF

1. Vors.: Diplom-Geograph Reinhard M.W. Hanke; stv. Vors.: Ute Breitsprecher
Schatzmeister: Dieter Kosbab

02. November 2021

02) Vortragsveranstaltungen des Westpreußischen Bildungswerks

Teilnahme nur nach bestätigter Anmeldung (Ruf-Nr. 030-257 97 533)

Einladung Nr. 69 (Januar bis Juni 2022)
(Änderungen vorbehalten) - Eintritt frei

Ort der Veranstaltung: Hohenzollerndamm 177, 10713 Berlin-Wilmersdorf, Theatersaal.

Fahrverbindung: U-Bahn Fehrbelliner Platz, Buslinien

- | | | | |
|------------|---------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------|
| 322 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 10. Januar 2022,
<u>Die altnordische Edda - literarisches Werk und Quelle für die altnordische Mythologie. (Mit Medien).</u>
Dr. phil. Berthold F o r s s m a n , Berlin | 18.30 Uhr |
| 323 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>
<u>Referent</u> | 07. Februar 2022,
<u>Danzigs Weg zur Metropole der frühen Neuzeit. (Mit Medien).</u>
Prof. Dr. Bernhart J ä h n i g , Berlin | 18.30 Uhr |
| 324 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 07. März 2022,
<u>Neumärkische Schicksale – Flucht und Vertreibung begannen vor mehr als 75 Jahren</u>
Jörg L ü d e r i t z, Frankfurt (Oder) | 18.30 Uhr |
| 325 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 11. April 2022,
<u>Herkunft der Amtsträger der kulmländischen Deutschordenshäuser (Mit Medien).</u>
Dr. Dieter H e c k m a n n, Berlin | 18.30 Uhr |
| 326 | <u>Montag</u>
<u>Thema</u>

<u>Referent</u> | 09. Mai 2022,
<u>Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit: Geschichten aus dem Staatsleben der Freien Stadt Danzig. (mit Medien).</u>
Dr. Bennet B r ä m e r, Berlin | 18.30 Uhr |

327 **Montag** 13. Juni 2022, 18.30 Uhr
Thema Danzig und Gdingen – zwei Ostseehäfen in politischer Konkurrenz nach dem Ersten Weltkrieg. (Mit Medien).
Referent Diplom-Geograph Reinhard M. W. H a n k e, Berlin

Eintritt frei

Termine im 2. Halbjahr: 22.08., 12.09., 10.10., 14.11., 12.12.2022

Mitgliedsbeitrag: 60,00 €, Ehepaare € 50,00 / Person / Jahr; AGOM-Mitglieder: 30,00 € / Person / Jahr

Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa

Fortsetzung unserer Lesereihe mit vier neuen Terminen von Januar bis April 2022



Egon Schiele, Kauerndes Menschenpaar (Die Familie), Öl auf Leinwand, 1918. © Österreichische Galerie Belvedere, Wien



Familiengeschichten sind seit jeher eine Inspirationsquelle. Unzählige belletristische Werke und Sachbücher widmen sich Dramen, die sich im Mikrokosmos der Familie abspielen. Viele zeitgenössische Autorinnen und Autoren erkennen in der Beschäftigung mit der eigenen Herkunft eine Form der Vergangenheitsbewältigung, ohne die ein Verständnis komplexer gesellschaftspolitischer Zusammenhänge gar nicht mehr möglich zu sein scheint.

Die 2020 vom Deutschen Kulturforum östliches Europa initiierte Lesereihe »Unerhörte Familiengeschichten aus dem östlichen Europa« widmet sich historischen Landschaften des östlichen Europa, in denen Kulturen und Menschen im 20. Jahrhundert unheilvoll aufeinanderprallten. 2022 macht Jan Koneffke mit seiner Pommern-Trilogie den Auftakt. Mit Nadine Schneiders Romanen geht die Spurensuche ins Banat. Susanne Fritz erzählt in ihrem Buch den Lebensweg ihrer aus Schwarsensz bei Posen stammenden Mutter, und Laura Starink rekonstruiert das Schicksal ihrer in Mikultschütz (Schlesien) geborenen Mutter. Die ausgewählten Familiengeschichten zeigen, wie historische Zeitläufe und Zäsuren die Lebensgestaltung einzelner Menschen beeinflussen.

03) Wie kommt der Krieg ins Kind
Lesung mit Susanne Fritz

Sonnabend, 26. März 2022, 17:00 Uhr
Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Sonnabend, 23. April 2022, 17:00 Uhr
[Meine Mutter aus Mikultschütz. Eine deutsche Familiengeschichte](#)
Lesung mit Laura Starink
Literaturforum im Brecht-Haus Berlin

Begrüßung

MinDir i. R. Winfried Smaczny, Vorstandsvorsitzender, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Moderation

Dr. Ingeborg Szöllösi, Deutsches Kulturforum östliches Europa

Eintritt

jeweils 5,- Euro, ermäßigt 3,- Euro

04) Bunzlauer Heimatgut in Haus Schlesien in Königswinter - Führungen am Donnerstag, 17. März 2022

Liebe Freunde des alten und des neuen Bunzlaus,

nach erneuter gründlicher Lektüre des aktuellen "Briefs von Haus Schlesien" möchte ich nicht versäumen, mich für die zwei öffentlichen Vorboten der Übergabeveranstaltung des Bunzlauer Heimatguts an Haus Schlesien zu bedanken.

Peter Börner, Bundesheimatgruppe Bunzlau
22.01.2022, 22:39 Uhr

Führung am Donnerstag, 17.03.2022, 14:30 Uhr

<p>Donnerstag 17.3.2022 14.30 Uhr</p> <p>Öffentliche Führung „EIN STÜCK HEIMAT IN DER FREMDE“</p> 	<p>Donnerstag 17.03.2022 14.30 Uhr</p> <p>Öffentliche Führung „VON TASSE UND TIPPELN“</p> 
<p>Seit den 1950er Jahren entstanden in vielen Städten schlesische Heimatstuben, die zum einen durch die Rekonstruktion einer gemütlichen und folkloristischen Atmosphäre den Vertriebenen eine emotionale Heimat boten und zum anderen mittels Fotos und persönliche Erinnerungsstücke den Besuchern ein Bild von der „alten Heimat“ vermittelten. In der Führung geht es um Heimatstuben, ihre Ursprünge und ihre Bedeutung. Entgelt 3,- €, ermäßigt 1,50 €</p>	<p>Bunzlau galt immer als „Stadt des guten Tons“ – ob eine Bunzlauer Braunware oder kunstvolle Vasen mit Intarsien, ob Spritzdekor oder Pfauenaugenmuster – die Bunzler Keramik war und ist weltbekannt. Nicht nur in Bunzlau wird sie hergestellt, auch die vertriebenen Töpfer im Westen von vorne beginnen mussten, nutzten ihr Talent und Wissen und produzierten nach alter Bunzlauer Tradition. In der Führung dreht sich alles um die Bunzlauer Keramik. Entgelt 3,- €, ermäßigt 1,50 €</p>



Gerhart-Hauptmann-Museum Erkner

Gerhart-Hauptmann-Straße
15537 Erkner

1–2

Fon +49 (0)3362 70 00 141
Fax +49 (0)3362 70 00 141

(0)3362

3663

info@hauptmannmuseum.de

Öffnungszeiten

Dienstag bis Sonntag 11.00 – 17.00 Uhr

Eintritt

Erwachsene: 2 € pro Person
Schüler, Studenten: 1,50 Euro
Führungen: 10 €

Adresse

Gerhart-Hauptmann-Str. 1–2
D-15537 Erkner



05) Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe

Zum 75. Todestag von **Hans Fallada**

Hans Fallada und sein „Lämmchen“ – Von Licht und Schatten einer großen Liebe
Mit dem **Kalliope-Team**

Gisela M. Gulu (Programm & Moderation)
Lusako Karonga – Schauspieler (Wort & Gesang)
Armin Baptist (Klavier)

Lesung
Sonnabend, 05. Mai.2022, 16:00 Uhr

Eintritt: 5 Euro

Alle Biografen sind sich einig: Dem Hamburger Arbeitermädel Anna Issel ist es zu verdanken, dass aus dem vom Pech verfolgten Rudolf Wilhelm Friedrich Ditzen der berühmte Schriftsteller Hans Fallada geworden ist. Trotz seiner Drogen- und Alkoholsucht, seiner seelischen Labilität, und seines schlechten Rufs hat sie sich nicht davon abhalten lassen, den sieben Jahre Älteren zu heiraten, der gerade aus dem Zuchthaus kommt. Sie ist sein „Lämmchen“ im Erfolgsroman „Kleiner Mann, was nun?“, sie steckt hinter manchen seiner Roman- Frauen. Unbeirrbar und vorurteilslos gibt sie Fallada den Rückhalt, den er zum Schreiben braucht, schafft dem Ruhelosen für Jahre in Carwitz Familie und Heimat. Sie ist seine praktische, lebenskluge Suse, die er liebt, und die er doch immer wieder verletzt, bis sie es nicht mehr aushält. Die Ehe mit der sehr viel jüngeren attraktiven, aber morphiumsüchtigen Ulla besiegelt sein frühes Ende, aber noch aus seinem letzten Klinikaufenthalt schreibt er seiner Suse „in Freundschaft, Dein Ditzen“. Ohne diese starke Frau wäre Falladas literarischer Erfolg (Wer einmal aus dem Blechnapf frisst, Kleiner Mann, was nun? Jeder stirbt für sich allein...) undenkbar.



Literaturhaus Berlin

Fasanenstraße 23

10719 Berlin

+49 (0)30 887 286 0

info@literaturhaus-berlin.de

06) »Rosa Luxemburg zum Gedenken«.

Literarische Führung mit Sebastian Januszewski

Sonnabend, 05. März 2022, 11:00 Uhr

8 € / erm. 5 €

Noch im Gefängnis in Breslau vollendete Rosa Luxemburg ihre Übersetzung von Wladimir Korolenkos Buch »Die Geschichte meines Zeitgenossen«. Literarisch war Korolenko – der letzte Vertreter des russischen Realismus – ohne Zweifel einer der bedeutendsten Dichter des vorrevolutionären Russlands. Das profunde Nachwort, in dem Luxemburg konzentriert und umfassend die Geschichte der russischen Literatur zusammenfasst, ist unterzeichnet mit »geschrieben im Strafgefängnis Breslau, im Juli 1918«. Das Werk erschien im Frühjahr 1919 im Paul Cassirer-Verlag, zu dem Zeitpunkt, als Rosa Luxemburg bereits durch Mitglieder der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ermordet worden war.

Der Gedenksparade zu Rosa Luxemburg widmet sich neben ausgewählten biographischen Stationen vorrangig ihrem schriftstellerischen Werk.

Treffpunkt: Treffpunkt: Gerhart Hauptmann-Anlage, Bundesallee / Ecke Meierottostraße

Dauer: ca. 1,5 Std.

07) »Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur«.

Mit Astrid Böger, Heinz Ickstadt und Julia Lange

Brown Bag Lunch

Donnerstag, 10. März 2022, 12:30 Uhr

Live im Li-Be und im [Videostream](#)

8 € / erm. 5 €

Wie wäre es, wenn die Geschichte eines Denkmals einmal aus dessen Sicht erzählt wird? Die Autor:innen dieser Anthologie wagen den Perspektivenwechsel und schildern, wie es Denkmälern im Wandel der Zeiten erging, hin- und hergerissen zwischen ursprünglichen Intentionen, Umdeutungen und Instrumentalisierungen. Mit tiefgründigem Humor begeben sie sich in den Kopf der Freiheitsstatue, lassen die Brooklyn Bridge über ihre Rezeption in der Literatur zu Wort kommen, oder enttarnen die Neue Wache in Berlin als konservative Querdenkerin. Andere räsonieren über die nackte Weiblichkeit im schwedischen Wohlfahrtsstaat, oder schlüpfen in die Rolle des Sockels, der unter der Büste eines Nazidichters leidet. Ein intellektuelles Experiment, das eine neue Sicht auf Denkmäler eröffnet. Die Amerikanist:innen der Freien Universität Berlin, **Heinz Ickstadt** und der Universität Hamburg, **Astrid Böger** und **Julia Lange**, stellen Ihre Beiträge vor und laden zur Diskussion ein.

»Was denkt das Denkmal? Eine Anthologie zur Denkmalkultur« hrsg. von Tanja Schult und Julia Lange, Böhlau Verlag 2021

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!

08) Nino Haratischwili »Das mangelnde Licht«.

Berliner Buchpremiere

Es moderiert Shelly Kupferberg.

Donnerstag, 10. März 2022, 19:00 Uhr

8 € / erm. 5 € AUSVERKAUFT

Live im Li-Be (ausverkauft) und im kostenfreien [Videostream](#)

Die große Erzählerin Nino Haratischwili hat einen weiteren großen Georgienroman vorgelegt. Im Tbilissi der späten 1980er Jahre finden vier Mädchen zusammen: die freiheitshungrige Dina, die kluge Außenseiterin Ira, die romantische Nene, Nichte des mächtigsten Kriminellen der Stadt, und die sensible Qeto. Es geht um nicht weniger als die erste große Liebe, die nur im Verborgenen blühen darf, die aufbrandende Gewalt in den

Straßen, die Stromausfälle, das ins Land gespülte Heroin und die Gespaltenheit einer jungen Demokratie im Bürgerkrieg – allem trotz ihre Freundschaft, bis ein unverzeihlicher Verrat und ein tragischer Tod sie schließlich doch auseinandersprenge. Erst 2019 in Brüssel, anlässlich einer großen Retrospektive mit Fotografien ihrer toten Freundin, kommt es zu einer Wiederbegegnung. Die Bilder zeigen ihre Geschichte, die zugleich die Geschichte ihres Landes ist, eine intime Rückschau, die sie zwingt, den Vorhang über der Vergangenheit zu heben, eine Vergebung scheint möglich.

Über Georgien zu Zeiten der Unabhängigkeit bis heute und ihren neuen Roman spricht **Nino Haratischwili** mit der Journalistin **Shelly Kupferberg**.

Nino Haratischwili »Das mangelnde Licht« Frankfurter Verlagsanstalt, 2022

09) Uta von Arnim »Das Institut in Riga«.

Es moderiert die Autorin und Journalistin Dorothee Nolte.

Brown Bag Lunch

Donnerstag, 24. März 2022, 12:30 Uhr

Live im Li-Be und im [Videostream](#)

8 € / erm. 5 €

Herbert Bernsdorff, Uta von Arnims Großvater, leitete in den Jahren 1941-1944 das Gesundheitswesen der besetzten baltischen Staaten. Im Gutshaus seiner Ehefrau Edda am Stadtrand von Riga, dem Kleistenhof, gründete er ein »Forschungsinstitut«. Dort dienten Juden als »Versuchskaninchen«. Herbert Bernsdorff saß im »Reichskommissariat Ostland«, dem deutschen Machtzentrum. Er unterstützte Gründung und Aufbau des Instituts. Zudem sorgte er dafür, dass im gesamten Baltikum Gesundheitspolitik im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie umgesetzt wurde.

Aus Gesprächen und Interviews mit Familienmitgliedern, Fotos, Archivrecherchen in Berlin und Riga, Zeitzeugenberichten und dem Studium historischer Fachliteratur rekonstruiert Uta von Arnim die Geschehnisse rund um das Forschungsinstitut. Zwischen die Schilderung der historischen Ereignisse setzt die Autorin subjektive Miniaturen. Mit »Das Institut in Riga« zeigt Uta von Arnim einen Ausschnitt aus der Brutalität des nationalsozialistischen Regimes. Aus der Spurensuche einer Enkelin, die auch selbst Ärztin ist, entsteht eine ungemein eindringliche Darstellung.

Uta von Arnim »Das Institut in Riga: Die Geschichte eines NS-Arztes und seiner Forschung. Eine Spurensuche« Nagel & Kimche, 2021

Bitte unterstützen Sie unsere kostenlosen digitalen Veranstaltungen mit einer Spende. Vielen Dank!



Literarisches Colloquium Berlin

Am Sandwerder 5
D-14109 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 - 816 996-0
Fax: +49 (0) 30 - 816 996-19
mail@lcb.de

Hinweise zum Besuch der Veranstaltungen

Liebes Publikum,

wir freuen uns, Sie wieder im LCB begrüßen zu dürfen!

Wenn Sie ins LCB kommen möchten:

Tickets für den Besuch vor Ort können Sie nur online über www.lcb.de sowie in unserem [Ticketshop](#) erwerben. Restkarten können am Abend vor Ort erworben werden, sollte die Veranstaltung nicht ausverkauft sein. Es besteht kein Anspruch.

Nach den neuen Bestimmungen des Senats zur Covid19-Prävention gilt ab Montag, 15.11.2021, auch bei uns die **2G-Regelung**: Sie benötigen für die Teilnahme an allen LCB-Veranstaltungen einen Nachweis über eine vollständige Impfung (mindestens 2 Wochen zurückliegend) oder einen Nachweis über Ihre Genesung (nicht älter als 6 Monate). Als **Nachweis** müssen digital lesbare Impfzertifikate oder Genesenenzertifikate vorgelegt werden. Die Vorlage eines Impfausweises in Papierform ohne digital lesbaren QR-Code oder ein aktueller Testnachweis reichen für den Besuch nicht mehr aus.

Ausgenommen sind Personen unter 18 Jahre sowie Personen, die nachweislich (ärztliches Attest) nicht geimpft werden können. Diese Personengruppen benötigen ein tagesaktuelles negatives Testergebnis (Schnelltest oder PCR-Test).

Im Innenbereich besteht **Maskenpflicht** (FFP2- / FFP3-Masken oder OP- / Medizinische Masken), auch während der Veranstaltungen auf den Sitzplätzen. Im Außenbereich sind keine Masken notwendig. Bitte beachten Sie die geltenden Mindestabstände.

Leider können wir derzeit noch keine Speisen anbieten und Getränke nur in Flaschen ausgeben.

Haustiere dürfen nicht mit zu unseren Veranstaltungen gebracht werden.

Danke für Ihr Verständnis und Ihre Unterstützung.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Ihr LCB

10) weiter lesen | Antje Rávik Strubel

PODCAST bei rbbKultur

Antje Rávik Strubel: »Blaue Frau« (S. Fischer, 2021)

Im Gespräch mit **Anne-Dore Krohn** und **Thorsten Dönges**



Blaue Frau

© S. Fischer Verlag

Sonnabend, 19. März 2022, 17:00 Uhr

Außer Haus: Live im Radio bei rbbKultur | Podcast on demand

Tickets

Kostenlos on demand

Teilnehmer

[Antje Rávik Strubel](#), [Anne-Dore Krohn](#), [Thorsten Dönges](#)

[Zum Podcast](#)

Antje Rávik Strubel „Blaue Frau“

Der Literaturpodcast von rbbKultur und dem Literarischen Colloquium Berlin

Am Mikrophon: [Anne-Dore Krohn](#), Thorsten Dönges

Schon seit ihrem Debüt »Offene Blende« (S. Fischer, 2001) überwindet Antje Rávik Strubel in ihrem Schreiben Grenzen, u. a. zwischen Ländern und Geschlechtern. Mit ihrem Roman »Blaue Frau« hat die Potsdamerin dieses Jahr den Deutschen Buchpreis gewonnen: Eine junge Frau, im Riesengebirge aufgewachsen, strandet in Helsinki und versucht, nach einer Gewalterfahrung wieder auf die Beine zu kommen. Es ist die Geschichte einer Selbstermächtigung, politisch, poetisch und anklagend, gleichzeitig geht es auch um Erinnerungskulturen in Ost und West. Ein Gespräch über politisches Schreiben, unbequeme Literatur und die Wandelbarkeit von Sprache.

Debütromane, Jahrestage, Übersetzungen, Neuerscheinungen. Die (fast) ganze Welt der Bücher von heute. In Lesungen und Gesprächen mit den Autor·innen sowie mit Übersetzer·innen, Kritiker·innen und den Programm-Kuratoren des LCB. Moderiert von Natascha Freundel, Anne-Dore Krohn, Nadine Kreuzahler und Franziska Walser.



Universität der Drei Generationen Uniwersytet Trzech Pokoleń
Uniwersytet Humboldtów, Unter den Linden 6, 10117 Berlin
www.UTP.berlin

Kontakt:

utp@utp.berlin

fleck.boguslaw@utp.berlin / mobil: +49 176 83 17 16 09

hanna.jakob@utp.berlin

barbara.czechmeszynska-skowron@utp.berlin

UTP Vorlesungsplan 2021/ 2022

HU, Unter der Linden 6, Freitags um 18:00 Uhr

Leitthema: ***Pandemie und ihre Auswirkungen auf verschiedene Bereiche der Gesellschaft***

11) Mathematisches epidemiologisches Modell am Beispiel Coronavirus-Pandemii.

Mit Dr. Rafał Mostowy, Institution: Zentrum für Biotechnologie,
Jagiellonen Universität Krakau

Freitag, 11. März 2022, 18:00 Uhr

8. April

Prof. Dr. habil. Paweł Łukow

Institution: Fakultät für Ethik am Institut für Philosophie der Universität Warschau.

Thema: Krisensituationen zwingen uns dazu neue Lösungen auszuprobieren

13. Mai

Prof. Aleksandra Maatsch

Institution: Lehrstuhl für Wirtschaft und Sozialwissenschaften, Universität Breslau

Thema: Die Rolle der Parlamente in der COVID-19-Pandemie

17. Juni

Dr. Zofia Dworakowska

Institution: Institut für Polnische Kultur, Universität Warschau

Thema: Kultur im Angesicht einer Pandemie

15. Juli

Dr. Joanna Gocłowska-Bolek

Institution: Zentrum für politische Analyse, Universität Warschau

Thema: Coronavirus-Pandemie in den ärmsten Ländern

Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH

Charlottenstraße 53/54

10117 Berlin

Tel.: (030) 203 55 - 0

Fax: (030) 203 55 – 550

eazb@eaberlin.de

12) Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung

Frag doch mal: Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen

Europäische Bibeldialoge

Tagungsnr. **22027**

Montag, 14. März 2022, 18:30 Uhr

Online

Nichts ist unmöglich! Alles ist machbar! Die Maßlosigkeit des Menschen ist unzweifelhaft eine der größten Bedrohungen für die gesamte Schöpfung. Braucht es für eine Umkehr also unsere Bereitschaft, uns selbst zu begrenzen? Und wäre eine solche Selbstbeschränkung wirklich das Gegenteil von Freiheit?

Die Vorstellung grenzenloser Freiheit ist nicht nur gefährlich, sie ist eine Illusion. Alles Leben ist begrenzt in Zeit und Raum. Wir sind auf andere angewiesen und von ihnen abhängig – auch von der nichtmenschlichen Schöpfung. Die Freiheit des Menschen lebt in der Beziehung und im Dialog mit der Welt um uns herum. Verantwortung aus christlicher Perspektive ist die Antwort des Menschen, der von Gott immer schon angesprochen ist.

Bibeldialog ganz kurz: Wir laden Sie ein, Ihre Fragen zu stellen. Holger Schmidtke, ordiniertes Theologe, Religionspädagoge und langjähriger Leiter mehrerer Europäischer Bibeldialoge, lässt uns nach einem kurzen Impuls zum Thema miteinander ins Gespräch kommen.

Die Teilnahme an den Online-Dialogen ist kostenlos, wir bitten aber um verbindliche Anmeldung.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an hahn@eaberlin.de.

Der Abend zum Thema „Zwischen Grenzenlosigkeit und Selbstbegrenzung“ ist der dritte Abend der Reihe „Frag doch mal“ in diesem Jahr. Der nächste Abend findet am 11. April unter der Überschrift „Die Hoffnung des leeren Kreuzes“ statt.

Die Online-Dialoge zu aktuellen Glaubensfragen sind eine Zusammenarbeit der Europäischen Bibeldialoge mit dem Evangelischen Forum Berlin/Brandenburg (Landesverband der Evangelischen Akademikerschaft e.V.).

Katholische Akademie in Berlin e.V.

Hannoversche Str. 5
10115 Berlin

Telefon: +49 30 28 30 95-0

Telefax: +49 30 28 30 95-147

E-Mail: information@katholische-akademie-berlin.de

13) 1922 – Das Wunderjahr der Worte.

Mit Dr. Norbert Hummelt, Berlin , und Prof. Dr. Michael Braun

Quelle: www.penguinrandomhouse.de

Montag, 07. März 2022, 19:00 Uhr

Das Buch eines ganzen Jahres, von Neujahr bis Silvester, ist von den großen Texten inspiriert, die 1922 zum Annus mirabilis der Moderne machten, von Joyces "Ulysses", Eliots "The Waste Land", Rilkes Elegien und Sonetten, ...

... wie auch vom zeitgleichen Schreiben Virginia Woolfs, Katherine Mansfields, Franz Kafkas und vieler anderer. Es erzählt, wie die Autoren selbst dieses Jahr erlebten, von ihren Hoffnungen und Malaisen, ihren Begegnungen und der Zeit, in der sich das alles zutrug.

Es erzählt vom Tod des Papstes Benedikt XV., der Konferenz von Rapallo, der Ermordung Walther Rathenaus, den Vortragsreisen Albert Einsteins, Mussolinis Marsch auf Rom, den Kriegen in Irland und Kleinasien, vom Tod Marcel Prousts und von Tutanchamun, dessen Totenruhe in diesem Jahr gestört wurde. Es blickt aber auch in die Tageszeitungen, die Kinoprogramme, den Sportteil und den Wetterbericht von 1922 und erzählt von Menschen, die nicht viel weiter planen konnten als bis zum nächsten Tag und sehen mussten, woher das Geld kam, während die Inflation bereits Fahrt aufnahm. Und es folgt den Wegen meiner Großmutter, die am Stadtrand von Neuss zum Nähen ging und davon träumte, bis nach Köln zu fahren. Wie sich diese großen und kleine Dinge zu gleicher Zeit zutrugen, wie sie einander berührten und versäumten, was die Menschen voneinander wussten und was nicht, beschäftigt mich, getragen von der Einsicht, die Ludwig Wittgenstein so formulierte: „Die Welt ist alles, was der Fall ist.“

Link zum Livestream: <https://youtu.be/Y0SbybRWDI0>

Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg
Info@topographie.de
www.topographie.de
Ruf: 030-254 509-0
Fax: 030-254-09-99

14) „Euthanasie“ und Holocaust. Kontinuitäten, Kausalitäten, Parallelitäten



Buchpräsentation: Dr. Jörg Osterloh, Frankfurt/M., und PD Dr. Jan Erik Schulte, Hadamar

Moderation: Prof. Dr. Peter Klein, Berlin

Dienstag, 15. März 2022 19:00 Uhr

Livestream:

<https://www.topographie.de/livestream/>

Neben dem Holocaust zählt die „Euthanasie“ zu den großen nationalsozialistischen Massenverbrechen. In dem von Jörg Osterloh und Jan Erik Schulte herausgegebenen Sammelband *„Euthanasie“ und Holocaust* (2021) untersuchen die Autorinnen und Autoren Verflechtungen der beiden Mordprogramme und fragen nach Kontinuitäten, Kausalitäten und parallelen Entwicklungen. Dabei geht es um Themen wie Biopolitik, Eugenik und Zwangssterilisation, die Judenverfolgung in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg, die Morde im Rahmen der „Aktion T4“, die Krankenmorde in den Konzentrationslagern und im besetzten Polen und die „Aktion Reinhardt“. In den Blick genommen wird auch die justizielle Ahndung der Verbrechen nach 1945.

Jörg Osterloh, 1967 geboren, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fritz Bauer Institut in Frankfurt am Main.

Jan Erik Schulte, 1966 geboren, ist Leiter der Gedenkstätte Hadamar und Privatdozent für Zeitgeschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

Peter Klein, 1962 geboren, ist Professor am Fachbereich für Holocaust Studien des Touro College Berlin.

15) Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Geschichte der Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF



Buchpräsentation: Prof. Dr. Friedrich Kießling, Bonn, und Prof. Dr. Christoph Safferling, Erlangen

Moderation: Prof. Dr. Annette Weinke, Jena

Donnerstag, 31. März 2022 19:00 Uhr

Livestream:

<https://www.topographie.de/livestream/>

(Weitere Informationen in Kürze)

01) 150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland (1871-2021)

Veranstalter
Stadt Fulda, Bürgerschaftliche _Initiative_
Veranstaltungsort
Stadtschloss Fulda, Schlossstraße 1

36037 Fulda

Vom - Bis
09.03.2022 - 12.03.2022
Von

Lars Lehmann, Direktion, Institut für Zeitgeschichte München-Berlin

Das Fuldaer Föderalismus Forum 2022 findet vom 9. bis 12 März unter dem Titel "150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland (1871-2021)" statt. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden bei dieser Zusammenkunft ihre Forschungsergebnisse präsentieren und mit dem Publikum über die grundlegenden Entwicklungen und Perspektiven von 150 Jahren Föderalismusgeschichte in Deutschland diskutiert.

150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland (1871-2021)

Der Föderalismus, dessen Wurzeln bis in das Mittelalter zurückreichen, gehört zu den Grundtatsachen der deutschen Geschichte. Das hat die Corona-Krise der Jahre 2020 und 2021 schlagartig ins Bewusstsein gerufen. Die Tagung nimmt dies zum Anlass, nach der Entwicklungsdynamik des Föderalismus in Deutschland zu fragen. Im Mittelpunkt stehen die historischen Übergänge, Wandlungsprozesse und die Aktualität des Föderalismus. Auch in der Zeit des 1871 als „Fürstenbund“ gegründeten deutschen Nationalstaats blieb der Föderalismus ein bestimmendes Element deutscher Staatlichkeit. Seit dem späten Kaiserreich, in der Weimarer Republik und erst recht in der NS-Diktatur gewann zwar die Zentralgewalt des Reiches immer mehr an Bedeutung, und nach 1945 wurden in der DDR die ostdeutschen Einzelstaaten bald gänzlich abgeschafft. Gleichzeitig aber entfaltete sich in der Bundesrepublik der Föderalismus erneut als ein verfassungspolitisches Strukturprinzip, das mit der zentralstaatlichen Gewalt konkurriert und zugleich eng kooperiert. Dieses Wechselverhältnis, das die komplexe politische und rechtliche Gegenwart des deutschen Föderalismus charakterisiert, verstärkte sich noch infolge der 1990 neu gegründeten ostdeutschen Bundesländer.

Vor diesem geschichtlichen Hintergrund ist das FULDAER FÖDERALISMUS FORUM zu sehen, in dessen Rahmen renommierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Forschungsergebnisse präsentieren und mit dem Publikum über die grundlegenden Entwicklungen und Perspektiven von 150 Jahren Föderalismusgeschichte in Deutschland diskutiert werden.

Die Durchführung der Tagung steht unter dem Vorbehalt, dass der weiteren Entwicklung des derzeitigen Infektionsgeschehens Rechnung zu tragen sein wird. Beim Besuch der Tagung, für den es einer schriftlichen Anmeldung im Tagungsbüro bedarf, sind die dann gültigen pandemiebedingten Einschränkungen zu beachten.

Tagungsbüro

Kulturamt der Stadt Fulda
– Leitung: Dr. Thomas Heiler –
Schlossstraße 1 · 36037 Fulda
E-Mail: michaela.ritz@fulda.de
Telefon: 0661 -102 1440

Zentraler Tagungsort

Stadtschloss Fulda
Schlossstraße 1
36037 Fulda

Programm

MITTWOCH, 9. MÄRZ 2022

14:00 Uhr: Begrüßungen

Dr. Heiko Wingenfeld (Oberbürgermeister der Stadt Fulda)

Dr. Alexander Jehn (Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung)

Josef Hoppe (Sprecher der Bürgerschaftlichen INITIATIVE)

14:30 Uhr: Einführung in das Tagungsthema

Prof. Dr. Andreas Wirsching (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München
Berlin/Wissenschaftlicher Leiter der Tagung)

15:15 Uhr: Pause

*I. Unitarische und föderative Tendenzen im 19. Jahrhundert
*Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Langewiesche, Tübingen**

15:45 Uhr: PD Dr. Jana Osterkamp, München
Deutschland ordnen. Föderative Zukunftsvorstellungen vor 1866

16:30 Uhr: Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Berlin
Preußen und der Einheitsstaat bis 1866. Ein doppeltes Missverständnis

DONNERSTAG, 10. MÄRZ 2022

II. Das Deutsche Kaiserreich zwischen Staatenbund und unitarisierenden Tendenzen

Moderation: Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Langewiesche, Tübingen

09:00 Uhr: Prof. Dr. Christoph Nonn, Düsseldorf
Der Reichstag als unitarische Klammer des Kaiserreichs

09:45 Uhr: Dr. Oliver Haardt, Cambridge/GB
Der Bundesrat als föderale Klammer des Kaiserreichs

10:30 Uhr: Pause

III. Die Weimarer Republik als zentralisierter Bundesstaat

Moderation: Prof. Dr. Elizabeth Harvey, Berlin

11:00 Uhr: Prof. Dr. Michael Dreyer, Jena
Hugo Preuß und die Idee des „dezentralisierten Einheitsstaates“

11:45 Uhr: Prof. Dr. Stefanie Middendorf, Jena
Einheitserwartungen: Die Finanzverfassung als Politikum in der Weimarer Republik

12:30 Uhr: Mittagspause

IV. Reich, Länder und Kommunen unter der NS-Diktatur

Moderation: Prof. Dr. Elizabeth Harvey, Berlin

14:30 Uhr: Prof. Dr. Michael Kißener, Mainz
Regionalismus im Nationalsozialismus. Über Freiräume und Grenzen regionaler Herrschaftspraxis

15:15 Uhr: PD Dr. Bernhard Gotto, München
Von „gegen das Reich“ zu „für die Demokratie“. Föderalismus als Fahnenwort und Staatsdoktrin in Bayern von den 1920er bis 1950er Jahren

Forum Kanzlerpalais, Unterm Heilig Kreuz 1

Gemeinschaftsveranstaltung im Zusammenwirken mit dem Fuldaer Geschichtsverein e. V.

19:00 Uhr: Begrüßung

Gerhard Möller (Oberbürgermeister a.D./ 1. Vorsitzender des Fuldaer Geschichtsvereins e.V.)

Einführung: Prof. Dr. Andreas Wirsching (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin)

Vortrag:

Prof. Dr. Andreas Hedwig (Präsident des Hessischen Landesarchivs)
Die Neugründung des Landes Hessen und sein Weg in die Bundesrepublik

Podiumsdiskussion

Moderation:

Gerhard Möller, Oberbürgermeister a.D.,
1. Vorsitzender des Fuldaer Geschichtsvereins e.V.

Diskutanten:

Prof. Dr. Andreas Hedwig (Präsident des Hessischen Landesarchivs)
Dr. Alois Rhiel (Staatsminister des Landes Hessen a.D.)
Dr. Thomas Heiler (Leiter des Kulturamts der Stadt Fulda/ Geschäftsführer des Fuldaer Geschichtsvereins e.V.)

FREITAG, 11. MÄRZ 2022

V. Staatliche Neuanfänge 1945-1949

Moderation: Dr. Lars Lehmann, München

09:00 Uhr: Prof. Dr. Hermann Wentker, München
Zwischen Föderalismus und Zentralismus. Die Länder in der Sowjetischen Besatzungszone

09:45 Uhr: Prof. Dr. Manfred Görtemaker, Potsdam
Föderalistische Weichenstellungen zwischen Bizone und Bundesrepublik

10:30 Uhr: Pause

VI. Die Bundesrepublik Deutschland als föderaler Staat

Moderation: Prof. Dr. Arthur Benz, Darmstadt

11:00 Uhr: Prof. Dr. Siegfried Weichlein, Fribourg/CH
Föderalismus und Parteien in der Bundesrepublik Deutschland

11:45 Uhr: Prof. Dr. Stefan Oeter, Hamburg
Föderalismusreformen – Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern

12:30 Uhr: Mittagspause

14:30 Uhr: PD Dr. Ariane Leendertz, München
Die Nebenregierung. Die Ministerpräsidenten-Konferenz in der Geschichte der Bundesrepublik

15:45 Uhr: Prof. Dr. Hélène Miard-Delacroix, Paris/F
Föderalismus als Prinzip: Die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich

SAMSTAG, 12. MÄRZ 2022

VII. Föderalismus im vereinigten Deutschland seit 1990

Moderation: Prof. Dr. Arthur Benz, Darmstadt

09:00 Uhr: Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Heinz Paqué, Magdeburg (Staatsminister des Landes Sachsen-Anhalt a. D.)
„Neue Bundesländer“. Entstehung und Entwicklung

09:45 Uhr: Prof. Dr. Guido Thieme, Düsseldorf
Die Bundesländer im europäischen Einigungsprozess

10:30 Uhr: Pause

Abschlussveranstaltung

11:00 Uhr: Begrüßungen

Dr. Heiko Wingenfeld (Oberbürgermeister der Stadt Fulda)
Prof. Dr. R. Alexander Lorz (Kultusminister des Landes Hessen/Schirmherr der Tagung)

Vortrag:

Prof. Dr. Christian Walter, München
Die Coronakrise und der deutsche Föderalismus

Podiumsdiskussion

Moderation:

Prof. Dr. Andreas Wirsching (Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin)

Diskutanten:

Prof. Dr. R. Alexander Lorz (Kultusminister des Landes Hessen/Schirmherr der Tagung)

Dr. Winfried Brechmann (Amtschef des Bayerischen Staatsministerium für Gesundheit und Pflege)

Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Heinz Paqué, Magdeburg (Staatsminister des Landes Sachsen-Anhalt a. D.)

Prof. Dr. Christian Walter, München

12:30 Uhr Verabschiedung der Tagungsbeteiligten

Kontakt

Tagungsbüro

Kulturamt der Stadt Fulda

– Leitung: Dr. Thomas Heiler –

Schlossstraße 1 · 36037 Fulda

E-Mail: michaela.ritz@fulda.de

Telefon: 0661 -102 1440

Zitation

150 Jahre Nationalstaat und Föderalismus in Deutschland (1871-2021). In: H-Soz-Kult, 15.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115962.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Was ist eine Kunstammer? Historische Sammlungspraktiken im Berliner Schloss

Veranstalter

Humboldt Universität zu Berlin

Veranstaltungsort

Humboldt Forum - Humboldt Labor

10178 Berlin

10.03.2022 - 10.03.2022

Von

Sönke Schneidewind, Kommunikation, Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss

Experten vom Forschungsprojekt "Das Fenster zur Natur und Kunst. Zur Geschichte der Berliner Kunstammer" stehen Rede und Antwort.

Was ist eine Kunstammer? Historische Sammlungspraktiken im Berliner Schloss

Vom 17. bis zum 19. Jahrhunderte beherbergte das Berliner Schloss die Kunstkammer der brandenburgisch-preußischen Kurfürsten und Könige. Die sich stetig wandelnde Sammlung aus Kunstwerken und naturkundlichen Objekten, wissenschaftlichen Instrumenten und ethnologischen Exponaten bildete die Keimzelle der heutigen Berliner Museumslandschaft. Was aber war eine Kunstkammer? Wie sammelte man, wie ging man mit Exponaten um, was lernte man über die Welt? Welche Praktiken in solchen Sammlungen sind heute verschwunden, welche kehren wieder? Expert:innen vom Forschungsprojekt Das Fenster zur Natur und Kunst zur Geschichte der Berliner Kunstkammer stehen Rede und Antwort.

Mit Marcus Becker, Eva Dolezel, Meike Knittel, Diana Stört und Sarah Wagner (Hermann von Helmholtz-Zentrum für Kulturtechnik).

Programm

Termin: 10.März 2022 16:00-17:00 Uhr

- kostenfrei Bitte buchen Sie Ihr Ticket vorab online oder an der Kasse im Foyer.
- Dauer: 60 min
- Deutsch, Englisch
- Ort: Humboldt Labor, 1. OG Teil von: Nach der Natur

<https://www.humboldtforum.org>

Zitation

Was ist eine Kunstkammer? Historische Sammlungspraktiken im Berliner Schloss. In: H-Soz-Kult, 23.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-116094.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Nationalmuseen und Nationalgalerien als Vermittlungsorte der Nation im langen 19. Jahrhundert in Europa

Veranstalter

ONLINE (Institut für Kunstgeschichte / Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

91054 Erlangen

Vom - Bis

18.03.2022 - 19.03.2022

Von

Marina Beck, Institut für Kunstgeschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Auf der Tagung werden die Funktion und Sammlungsschwerpunkte sowie die Bildungsziele und die damit verbundenen jeweiligen Vermittlungskonzepte von Nationalmuseen und Nationalgalerien vorgestellt und diskutiert. Im Zentrum steht die Frage warum sich in verschiedenen Ländern unterschiedliche Typen von Nationalmuseen gründeten und welcher Bildungsauftrag in diesen Häusern verfolgt wurde. Die Tagung findet vom 18. bis zum 19. März 2022 online statt.

Die Tagung setzt sich zum Ziel, die Entstehung der Nationalmuseen im 19. Jahrhundert neu zu betrachten. Im Zentrum steht die Frage warum sich in verschiedenen Ländern unterschiedliche Typen von Nationalmuseen gründeten und welcher Bildungsauftrag in diesen Häusern verfolgt wurde. Hierbei wird insbesondere die Funktion der Nationalmuseen in den Blick genommen. Häufig verfolgten die Nationalmuseen zwei idealtypische Ziele, die das Wort ›bilden‹ im doppelten Wortsinn umfasst: Sie sollten zum einen die Bevölkerung ausbilden (›belehren‹) und damit als Gedächtnis- und Wissensspeicher fungieren und Wissen vermitteln. Zum anderen erfolgte in den Museen die Ausbildung der Nation im Sinne des englischen ›nation building‹. In diesem Zusammenhang sollte die Bevölkerung zu einer Nation ausgebildet / geformt werden und lernen, was die (eigene) Nation historisch, kulturell, sprachlich etc. ausmachte.

Auf der Tagung werden die Funktion und Sammlungsschwerpunkte sowie die Bildungsziele und die damit verbundenen jeweiligen Vermittlungskonzepte von Nationalmuseen und Nationalgalerien vorgestellt und diskutiert. Der Fokus liegt hierbei auf der Untersuchung der Art und Weise, wie die Inszenierung und Präsentation der jeweils zu vermittelnden Inhalte in den Museen erfolgte. Dabei wird insbesondere die Frage, wie eine nationale Identität in den unterschiedlichen Häusern vermittelt werden sollte, in den Blick genommen.

Programm

Tagungsprogramm

18. März 2022 (Freitag)

9:15-9:30

Marina Beck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg):
Begrüßung Einführung in die Tagung

Sektion 1: Von der Galerie zum Museum

Sektionsleitung: Marina Beck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

9:30-10:00

Christina Strunck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg):
Precursors and Reinterpretations of the National Museum: From Charles Le Brun to
Anselm Kiefer

10:00-10:30

Daniel Hess (Germanisches Nationalmuseum Nürnberg / Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg):
Die Nation als Fiktion? Das Germanische Nationalmuseum und sein ambivalentes Erbe

10:30-11:00

Kaffeepause

11:00-11:30

Stefan Berger (Ruhr-Universität Bochum):
Nationalmuseen in Europa im 19. Jahrhundert – zwischen antagonistischer und
kosmopolitischen Erinnerungsstrategien?

11:30-12:00

Diskussion Sektion 1

Seite 160 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

12:00-13:30
Mittagspause

Sektion 2: Gründungsstrategien und die Einrichtung von Nationalmuseen
Sektionsleitung: Heike Zech (Germanisches Nationalmuseum Nürnberg)

13:30-14:00
Maria Vittoria Marini Clarelli (Sovrintendenza Capitolina ai Beni Culturali, Rom):
The Birth of the National Museums in Rome: Cultural Policy and Education 1870-1915

14:00-14:30
Martin Olin (Schwedisches Nationalmuseum, Stockholm):
The two, or three, National Museums of Sweden 1840-1910

14:30-15:00
Christopher Breward (Schottisches Nationalmuseum, Edinburgh):
"To no one nation has been given the monopoly of genius..." Multiple nationalism at the National Museum of Scotland

15:00-15:30
Diskussion Sektion 2 (Teil 1)

15:30-16:00
Kaffeepause

16:00-16:30
Kamila Kłudkiewicz (Adam Mickiewicz Universität Posen):
Between art and history. Polish national museums in the 19th century – museums of the nation without the state

16:30-17:00
Thomas Lyngby (Nationalhistorisches Museum Frederiksborg):
Educating the people. The establishment of a Museum of National History at Frederiksborg

17:00-17:30
Cristina Gutbrod (Zürich):
Formfindungsprozesse im Standort-Wettbewerb für das Schweizerische Landesmuseum:
«welche Stadt die beste Gewähr dafür biete, daß das Museum wirklich ein nationales werde»

17:30-18:00
Diskussion Sektion 2 (Teil 2)

19. März 2022 (Samstag)

Sektion 3: Die ausgestellten Objekte als Medium der nationalen Inszenierung
Sektionsleitung: Thomas Eser (Museen der Stadt Nürnberg)

9:00-9:30
Ellinoor Bergvelt (Universität Amsterdam):
Presentation of history in Dutch national museums 1800-1885

Seite 161 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

9:30-10:00

Marina Beck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg):
Objects in the hall of f(r)ame. How commissioned works set the stage in the museum

10:00-10:30

Raphael Beuing / Matthias Weniger (Bayerisches Nationalmuseum München):
Das Bayerische Nationalmuseum zwischen „Schaukasten“ und „Lehrschule“

10:30-11:00 Diskussion Sektion 3

11:00-11:30

Kaffeepause

Sektion 4: Sammlungspräsentation und Inszenierungsstrategien in Nationalgalerien und Nationalmuseen

Sektionsleitung: Christina Strunck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

11:30-12:00

Estelle Gottlob-Linke (Universität Hamburg):
Zur Inszenierung und Vermittlung der Geschichte Frankreichs im ›Musée Du Sommerard‹ (1833-1842)

12:00-12:30

Daniela Roberts (Julius-Maximilian-Universität Würzburg):
Visualisierung historischer Größe – eine Nation und doch zwei Museen? The National Portrait Gallery in London und Edinburgh

12:30-13:00

Diskussion Sektion 4

13:00-14:30

Mittagspause

Sektion 5: Die Ausstellung der Nationalschulen in Gemäldegalerien

Sektionsleitung: Marina Beck (Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg)

14:30-15:00

Martyna Łukasiewicz (Adam Mickiewicz Universität Posen):
It is all about the national. Niels Laurits Høyen and the display of Danish art in the National Gallery of Denmark

15:00-15:30

Eleonora Vratskidou (Technische Universität Berlin):
Die Gemäldegalerie in Athen im 19. Jahrhundert und ihre Entwicklung der Sammlungs- und Ausstellungspraxis

15:30-16:00

Gemeinsame Diskussion Sektion 5

16:00-16:30

Kaffeepause

16:30-17:30

Podiumsdiskussion: Welche Funktion können / sollen Nationalmuseen im 21. Jahrhundert haben?

Die Tagung findet online via Zoom statt. Bitte registrieren Sie sich unter folgendem Link:

<https://fau.zoom.us/meeting/register/u5llcuiqrD0rGNHhM6zNFoNbs0njDSM7DkPy>

Der Zoom-Link für den Tagungsraum wird Ihnen nach erfolgreicher Registrierung zugesandt.

Tagungssprachen sind deutsch und englisch.

Organisation:

Dr. Marina Beck

Institut für Kunstgeschichte

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Kontakt

marina.beck@fau.de

Zitation

Nationalmuseen und Nationalgalerien als Vermittlungsorte der Nation im langen 19. Jahrhundert in Europa. In: H-Soz-Kult, 15.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115939.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

04) „Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autoren aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945

Veranstalter

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg / Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Veranstaltungsort

Deutsches Rundfunkarchiv (DRA)
60320 Frankfurt am Main

22.03.2022 - 23.03.2022

Frist:

15.12.2021

Von

Hans-Ulrich Wagner, Wissen für die Mediengesellschaft, Kompetenzbereich Mediengeschichte, Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut

Die Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der

Bundesrepublik und in der DDR werden auf dem Workshop ausgelotet. Der Workshop bringt am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort Frankfurt/Main mit Archivmitarbeitern der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges flohen viele deutschsprachige Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa in die vier Besatzungszonen, aus denen 1949 die Bundesrepublik und die DDR entstanden. Mit ihrer literarischen und publizistischen Arbeit reagierten sie auf die Erfahrungen von Krieg und Flucht, von Verlust der Heimat und vom Start in einer neuen Umgebung. Der Arbeit für die Rundfunksender kam dabei eine besondere Bedeutung zu, bildeten diese doch sehr schnell zentrale Orte der Literaturproduktion und der Literaturvermittlung und übernahmen eine wichtige Rolle in den neu entstehenden Literaturbetrieben.

Diese rundfunkliterarische und rundfunkpublizistische Tätigkeit von Autorinnen und Autoren, aus „dem Osten“ ist insgesamt bislang wenig erforscht, auch wenn es Ausnahmen gibt, wie etwa die des in Estland geborenen Hörspielautors Fred von Hoerschelmann (1901–1976) oder die des in Schlesien geborenen Friedrich Bischoff (1896–1976). Er war Schriftsteller und vor 1933 Intendant der Schlesischen Funkstunde in Breslau; nach dem Krieg startete er eine zweite Rundfunk-Karriere beim Südwestfunk. Bis 1965 war er Intendant der Rundfunkanstalt und prägte mit den Redakteuren in Baden-Baden das Programm nachhaltig. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht die verschlungenen Wege, die mitunter gegangen wurden. So arbeitete der in Prag in einer deutschsprachigen jüdischen Familie aufgewachsene Dr. Vilém Fuchs (1933–1990) zunächst bis 1965 als Chefredakteur der deutschsprachigen Sendungen von Radio Prag, bevor er 1971 Leiter der Abteilung Kultur und Gesellschaft bei Radio Bremen wurde. Schließlich kamen viele Schriftsteller der sogenannten „jungen Generation“ nach 1945 zum ersten Mal mit dem Rundfunk in Kontakt. Dies konnte wie im Fall des in Ostpreußen geborenen Siegfried Lenz zu einer lebenslangen Medienarbeit führen.

Diese Verbindungen von Literatur und Medien, von Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa und der Rolle des Rundfunks nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der Bundesrepublik und in der DDR sollen auf dem Workshop ausgelotet werden. In den Archiven der ARD-Landesrundfunkanstalten und im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) gibt es Hörfunkaufnahmen von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren aus dem östlichen Europa, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg „im Westen“ eine neue Existenz aufbauen mussten. Diese Stimmen im Rundfunk der ersten Nachkriegsjahrzehnte in der Bundesrepublik und in der DDR sollen wiederentdeckt und die Kontexte der Aufnahmen erforscht werden.

Dazu bringt der Workshop am Thema interessierte Nachwuchswissenschaftler aus den Literatur- und Medienwissenschaften im Deutschen Rundfunkarchiv am Standort

Frankfurt/Main mit Archivmitarbeiter der Rundfunkanstalten und des DRA ins Gespräch. Die Teilnehmer erhalten Gelegenheit, Skizzen mit Forschungsinteressen und geplanten Projekten vorzustellen und zu diskutieren sowie einen Einblick in vorhandene Archivbestände zu bekommen.

Ein damit verbundenes Ziel des Workshops ist es, Forschungen im Schnittpunkt von Rundfunk- und Literaturgeschichte, von Programm- und Zeitgeschichte anzustoßen. Im Zusammenhang mit einem geplanten Forschungsprojekt der Veranstalter besteht die

Möglichkeit, eigene Fragestellungen aus diesem Themenfeld einzubringen und diese im Rahmen einer Dissertation und/oder eines Post-Doc-Projekts zu bearbeiten. Ein entsprechender Antrag kann gemeinsam mit den ausgewählten Nachwuchskräften entwickelt und eingereicht werden.

Der call for papers richtet sich an Masterabsolventen mit Promotionswunsch, Doktoranden und Post-Docs. Sie sind eingeladen, laufende Arbeiten bzw. Projektideen zum oben genannten Themenfeld und den damit verknüpften Fragestellungen vorzustellen. Auf der Grundlage der eingegangenen Exposés werden die Archivare gebeten, speziell zu den Themenvorschlägen eine kleine Auswahl von passenden Dokumentenbeispielen aus ihren jeweiligen Archiven zu präsentieren.

Fragestellungen

Im Fokus steht die Medienarbeit von Autoren aus dem östlichen Europa und speziell ihre Arbeit für die Radioprogramme in den ersten Nachkriegsjahrzehnten. Folgende Fragestellungen sollen angegangen werden:

- Wie gingen Literaten und Journalisten aus dem östlichen Europa mit dem Ankommen in einer neuen Umgebung/Region um?
- Wie gestalteten sie den beruflichen und literarischen Neubeginn in einer anders geprägten Kulturlandschaft?
- Wie verhielten sie sich zu Traumata der Kriegs- und Nachkriegszeit?
- Welche Themen wählten sie für ihr Schreiben?
- Welche medialen Strategien der Bewältigung ihrer neuen Situation entwickelten sie, und welche Rolle spielte dabei das Medium Rundfunk?
- Wie nahmen sie selbst und die neuen Zuhörer ihre andere Sprachfärbung / ihren Dialekt wahr? Wie veränderte sich ihre Sprache?
- Wieviel „Osten“ steckte in ihrer neuen Tätigkeit im „Westen“ (Kontinuitäten, Brüche)?
- Gab es Unterschiede zwischen Westdeutschland und der DDR im medialen Umgang der Literaturschaffenden mit ihrer neuen Situation, bzw. in ihrer Rezeption durch die neue Umgebung?

Bitte senden Sie Ihr Exposé (ca. 2.500 Zeichen), einen kurzen Lebenslauf mit E-Mail- und Postanschrift (ca. 1.000 Zeichen) bis spätestens 15.12.2021 an:

Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut Hamburg
Dr. Hans-Ulrich Wagner (E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de)

Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
Maria Luft (E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de)

Die Fahrt- und Unterkunfts-kosten für die wissenschaftlichen Workshop-Teilnehmer:innen werden vorbehaltlich vorhandener Haushaltsmittel erstattet.

Projektpartner:

- Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa (BKGE), Oldenburg
- Leibniz-Institut für Medienforschung, Hans-Bredow-Institut, Hamburg
- Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv- Historische Kommission der ARD
- Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam

Kontakt

Dr. Hans-Ulrich Wagner

E-Mail: h.u.wagner@leibniz-hbi.de

Maria Luft

E-Mail: maria.luft@bkge.uni-oldenburg.de

Zitation

„Der Osten im Westen“. Deutschsprachige Autor:innen aus dem östlichen Europa im Rundfunk nach 1945. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98894.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) 36. Deutscher Kunsthistorikertag

Veranstalter

Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.

Veranstaltungsort

Universität Stuttgart

Gefördert durch

Deutsche Forschungsgemeinschaft, Eva Mayr-Stihl Stiftung, Fritz Thyssen Stiftung, Gerda Henkel Stiftung, Landesamt für Denkmalpflege Baden-Württemberg, Péter Horváth-Stiftung, The Schaufler Foundation, Marli Hoppe-Ritter

70174 Stuttgart

Vom - Bis

23.03.2022 - 27.03.2022

Von

Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.

Der 36. Deutsche Kunsthistorikertag findet vom 23. bis 27. März 2022 an der Universität Stuttgart statt. Mit dem Motto der Tagung „FORM FRAGEN“ knüpft die Konferenz an die programmatische Stuttgarter Ausstellung „Die Form“ an, die vor fast 100 Jahren vom Deutschen Werkbund in Stuttgart organisiert wurde. Damals wollte man die „gute Form“ definieren und hoffte, mit gutem Design Technik und Kunst zu versöhnen. Heute dagegen soll die Rolle der Form für die Kunstgeschichte kritisch befragt werden.

36. Deutscher Kunsthistorikertag

XXXVI. Deutscher Kunsthistorikertag
Universität Stuttgart, 23.–27.03.2022

veranstaltet vom
Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.
und dem Institut für Kunstgeschichte der Universität Stuttgart

und seinen Kooperationspartnern
Institut für Architekturgeschichte der Universität Stuttgart
Staatliche Akademie der Bildenden Künste Stuttgart

unter der Schirmherrschaft des
Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg
Winfried Kretschmann

FORM FRAGEN

Programm

D I E N S T A G, 22. MÄRZ 2022

10:00–16:00 Uhr, online

2. #ARTHISTOCAMP

BarCamp als Vorkonferenz-Programm zum 36. Deutschen Kunsthistorikertag
organisiert vom Arbeitskreis Digitale Kunstgeschichte

ab 19:30 Uhr

AUSSTELLUNGSERÖFFNUNG UND BUCHPRÄSENTATION

Wanderausstellung „Theater in Sizilien“

Eine Kooperation des Bildarchivs Foto Marburg, der Bibliotheca Hertziana und des IÖB
der Fakultät für Architektur und Stadtplanung

Grußworte der Kooperationspartner

Einführung: Susanne Grötz, Stuttgart

M I T T W O C H, 23. MÄRZ 2022

10.00–12.00 Uhr

FOREN I

FORUM KUNST AUF DER IBERISCHEN HALBINSEL UND IN IBEROAMERIKA

Moderation: Sylvaine Hänsel, Münster / Bettina Marten, Bonn

Beiträge: Ángel Justo Estebarez, Sevilla / Urte Krass, Bern

FORUM FRANKREICHFORSCHUNG

Moderation: Thomas Kirchner, Paris / Kerstin Thomas, Stuttgart

Beiträge: Claire Barbillon, Paris / France Nerlich, Paris

FORUM KUNSTGESCHICHTE ITALIENS

Manifestationen des Sakralen

Moderation: Armin Bergmeier, Leipzig / Nadja Horsch, Leipzig

Beiträge: Andrew Kandel, Tübingen / Klaus Krüger, Berlin / Bianca Kühnel, Jerusalem / Wendy Shaw, Berlin

FORUM KUNSTGESCHICHTE BRITANNIENS UND IRLANDS

Exchange Across Barriers: Researching British Art Post-Brexit

Moderation: Ute Engel, Halle-Wittenberg / Kerstin Maria Pahl, Berlin

Beiträge: Sarah Victoria Turner, London / Alexandra Gajewski, London / Zoë Opacic, London / Christian Tico Seifert, Edinburgh

10:00–11:45 Uhr

ORTSTERMIN I

STADTSPAZIERGANG

A) Stuttgart als Residenzstadt

B) Neues Bauen und Leitlinien des Wiederaufbaus

geleitet von Studierenden des Instituts für Kunstgeschichte

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

13.00–14.45 Uhr

FOREN II

FORUM WISSENSCHAFTSGESCHICHTE DER KUNSTGESCHICHTE

Kunstwissenschaftliche Editionen im digitalen Zeitalter

Moderation: Hubert Locher, Marburg / Tristan Weddigen, Zürich/Rom

Beiträge: Elisa Bastianello, Rom / Nicola Carboni, Genf / Elena Chestnova, Mendrisio / Maria Effinger, Heidelberg / Maurizio Ghelardi, Pisa / Christine Grundig, Zürich / Sonja Hildebrand, Mendrisio / Thomas Kirchner, Paris / Katrin Neumann, Bonn

FORUM NIEDERLÄNDISCHE KUNST- UND KULTURGESCHICHTE

Fragen an Rembrandt. Forschungsperspektiven zur niederländischen Kunst des 17. Jahrhunderts

Moderation: Britta Bode, Berlin / Almut Pollmer-Schmidt, Frankfurt a. M. / Friederike Schütt, Frankfurt a. M.

Podium: Volker Manuth, Nijmegen / Michael Philipp, Potsdam / Anja Sevcík, Köln / David de Witt, Amsterdam

FORUM ANGEWANDTE KÜNSTE – SCHATZKUNST, INTERIEUR UND MATERIELLE KULTUR

Moderation: Birgitt Borkopp-Restle, Bern / Ariane Koller, Tübingen / Barbara Welzel, Dortmund

ARBEITSKREIS DIGITALE KUNSTGESCHICHTE

Digitaler Formalismus – Muster, Taxonomien, Standards

Leitung: Peter Bell, Marburg / Lisa Dieckmann, Köln / Georg Schelbert, Berlin

Nina Niedermeier, Wolfenbüttel

Visuelle Ähnlichkeit als relationaler Formbegriff: Automatische Bilderkennung von Reproduktionen frühneuzeitlicher Porträtgrafik

Seite 168 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Linda Freyberg, Potsdam / Sabine de Günther, Berlin
Digitale Kontextualisierung und visuelle Reinszenierung vestimentärer Quellen

Julia Rössel, Marburg
Datenqualität – eine Frage der Form(en)

13:00–14:45 Uhr
ORTSTERMIN II

STADTSPAZIERGANG

A) Stuttgart als Residenzstadt
B) Neues Bauen und Leitlinien des Wiederaufbaus

geleitet von Studierenden des Instituts für Kunstgeschichte
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

15:00–17:30 Uhr
ORTSTERMIN III

ORTSTERMIN MAURISCHE PRACHT IN BAD CANNSTATT

Ortsbesuch in der historischen Anlage der Wilhelma in Stuttgart
Leitung: Patricia Peschel, Stuttgart / Rostislav Tumanov, Stuttgart
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

15:30–17:15 Uhr
FOREN III

FORUM TOPOGRAFISCHE BILDMEDIEN

Moderation: Ulrike Boskamp, Berlin / Tabea Braun, Bochum / Amrei Buchholz, Potsdam /
Annette Kranen, Bern
Beiträge: Jannik Eikmeier, Trier / Diana Lange, Hamburg / Noemi Quagliati, München

FORUM KUNSTGESCHICHTE INKLUSIV

Auftaktveranstaltung und Vorstellung der Initiative

Moderation: Frederike Eyhoff, Aachen / Anita Hosseini, London / Fabian Röderer,
Hamburg

Beiträge: CARAH – Collective for Anti-Racist Art History, Zürich / Lee K. Chichester,
Hamburg / Övül Ö. Durmusoğlu, Berlin / Katrin Köppert, Bochum / Christian Liclair, Berlin /
Christopher Nixon, Hamburg / Rethinking Art History through Disability, Zürich und Rom /
Heiner Schulze, Berlin / Brigitte Sölch, Heidelberg / Wendy Meryem Kural Shaw, Berlin

NACHWUCHSFORUM

Formen des Übergangs – Perspektiven des Kunstgeschichtsstudiums

Leitung: Alexa Dobelmann / Anna Falk / Katharina Massing / Alexander Schuhbauer /
Alisha Spatz / Ioanna Valavanis / Anne Volk / Kristin Weber (alle Stuttgart)

Podium: Amrei Bahr, Düsseldorf / Gabriel Hensche, Berlin / Xenia Mura-Fink, Halle
(Saale) / Sandra Oehy, Stuttgart / Paula Kohlmann, Stuttgart / Yvonne Schweizer, Bern

ARBEITSKREIS KUNSTGESCHICHTE UND BILDUNG

Für eine kunsthistorische Streitkultur für Kunst und Kulturelles Erbe

Leitung: Martina Sitt, Kassel / Barbara Welzel, Dortmund / Andreas Zeising, Dortmund

Seite 169 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

18:00–18:30 Uhr, Neues Schloss Stuttgart
ERÖFFNUNG DES DEUTSCHEN KUNSTHISTORIKERTAGES
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

Grußworte

Prof. Dr.-Ing. Wolfram Ressel
Rektor der Universität Stuttgart

Petra Olschowski MdL
Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-
Württemberg

Prof. Dr. Kilian Heck
Erster Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V.

18:30–19:30 Uhr
FESTVORTRAG
Prof. Dr. Dr. h.c. Ulrich Raulff
Präsident des Instituts für Auslandsbeziehungen (ifa), Stuttgart/Berlin
Aus dem Leben eines Schwererziehbaren.
Die Kunstgeschichte, die gute Form und der schlechte Geschmack

19:30–20:00 Uhr
VERLEIHUNG DES DEUBNER-PREISES 2022
DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER E.V.

im Anschluss
GEMEINSAMER EMPFANG
des Instituts für Kunstgeschichte der Universität Stuttgart und des Verbandes Deutscher
Kunsthistoriker e.V.

D O N N E R S T A G, 24. MÄRZ 2022

9:00–10:45 Uhr
PLENUM I

FORM FRAGEN
Form. Funktion. Methode.
Moderation: Daniela Bohde, Stuttgart

Grußwort des Stuttgarter Ortskomitees

Christopher S. Wood, New York
Im Reich des Chaos

Monika Wagner, Hamburg
Material und Farbe als Faktoren der Form

Christian Freigang, Berlin
Form und Technik. Para-Diskurse um das deutsche Neue Bauen

Seite 170 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

11:30–13:00 Uhr

PLENUM II

FORM FRAGEN

Formen in globaler Perspektive

Moderation: Kerstin Thomas, Stuttgart

Impulsvorträge

Susanne Leeb, Lüneburg

Michael Falser, München/Heidelberg

Gemeinsame Diskussion

mit Inés de Castro, Stuttgart

14:00–16:00 Uhr

ORTSTERMIN IV

ORTSTERMIN NACHKRIEGSMODERNE

Zwei Stuttgarter Architekten: Günter Behnisch und Hans Kammerer

Leitung: Klaus Jan Philipp, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

14:00–16:00 Uhr

ORTSTERMIN V

ORTSTERMIN AUSSTELLUNG „GEGO. DIE ARCHITEKTUR EINER KÜNSTLERIN“

Ausstellung und Performance im Kunstmuseum Stuttgart

Leitung: Stefanie Reisinger, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

14:30–18:30 Uhr

SEKTIONEN

GASTSEKTION POLEN

Leitung: Ryszard Kasperowicz, Warschau / Piotr Korduba, Posen

Wojciech Bałus, Krakau

Die im Stil verfangene Form. Zu einem blinden Fleck in der polnischen Kunstgeschichte

Rafał Makala, Danzig

Flucht in die Form als eine der Strategien der polnischen Kunstgeschichte in den ehemaligen deutschen Gebieten nach 1945

Patryk Paweł Tomaszewski, New York

N.N.

Marta Smolińska, Posen

Haptik von Form und Materie in den Werken ausgewählter Künstlerinnen und Künstler der 2. Krakauer Gruppe

REALISMUS ALS FORMPROBLEM

Leitung: Regine Prange, Frankfurt a. M. / Christine Tauber, München

Seite 171 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Eva Ehninger, Berlin
Deadpan. Form ohne Ausdruck und Ästhetik der Neutralität

Gerrit Walczak, Berlin
Schwierige Scharaden: Realismus, Form und Formalismus in der frühen DDR

Simon Baier, Basel
Isa Genzkens blinder Realismus

Katharina Brandl, Basel
Die Zeiten fließen. Realistische Computerspielbilder bei Hito Steyerl und Harun Farocki

„DEN SCHLECHTEN GESCHMACK AUF ALLEN GEBIETEN BEKÄMPFEN“.
ÄSTHETISCHE ERZIEHUNG ALS MUSEUMSAUFGABE?
Leitung: Irmgard Müsch, Stuttgart / Maaïke van Rijn, Stuttgart

Anna Frasca-Rath, Erlangen / Andrea Mayr, Wien / Luise Reitstätter, Wien
Öffentliche entwerfen. Das Publikum formen. „Ästhetische Erziehung“ und
„Geschmacksbildung“ als (dis-)kontinuierliche Motive musealer Leitbilder

Anna-Sophie Laug, Weimar / Alexandra Panzert, Hannover
Sammeln, Lehren, Zeigen – Geschmacksbildung in den deutschen Kunstgewerbemuseen
und -schulen des langen 19. Jahrhunderts

Sandra-Kristin Diefenthaler, Stuttgart
„Kunst gegen Krieg“. Die Ausstellungs- und Sammlungspolitik der Staatsgalerie Stuttgart
von 1945 bis 1960

Klara von Lindern, Göttingen
Werner Hofmanns Hamburger Ausstellungen als Medium der Erziehung zum kritischen
Museumspublikum

14:30–16:15 Uhr
FOREN IV

FORUM FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Moderation: Johannes Grave, Jena

Beiträge: Janne Lenhart (DFG) / Vera Szöllösi-Brenig (VolkswagenStiftung) / Nicole Fuchs
(DLR Projektträger) / Hendrikje Gröpler (Fritz Thyssen Stiftung) / Sybille Wüstemann
(Gerda Henkel Stiftung)

17:00–18:30 Uhr
ORTSTERMIN VI

ORTSTERMIN GRAPHISCHE SAMMLUNG DER STAATSGALERIE

Form schneiden, stechen, ritzen. Albrecht Dürers druckgrafische Arbeit an der Form

Leitung: Bertram Kaschek, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

17:00–20:00 Uhr

ABENDÖFFNUNG DER STAATSGALERIE STUTTGART

Seite 172 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

20:00–22:00 Uhr

PODIUMSDISKUSSION

Formfragen in der Architektur

Moderation: Klaus Jan Philipp, Stuttgart

Podium: Achim Menges, Frankfurt a. M./Stuttgart / Alexander Schwarz, Berlin/Stuttgart
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

F R E I T A G, 25. MÄRZ 2022

9:00–12:15 Uhr

FOREN V (BERUFSGRUPPEN)

FORUM MUSEEN

Herausforderungen und Perspektiven

Leitung: Marcus Dekiert, Köln

Almut Pollmer-Schmidt, Frankfurt a. M.

Vom Glück, im Museum zu forschen

Lina Dolfen, Bonn

Ein märchenhafter Aufstieg? Das H.C. Andersen Museum in Odense und wie
Vermittlungsziele ein Museum formen

Diskussion zur Positionierung der Berufsgruppe Museen

FORUM DENKMALPFLEGE

Formen – Fragen – Wege. Aktuelle Positionen und Herausforderungen

Leitung: Martin Bredenbeck, Brauweiler/Koblenz / Constanze Falke, Bonn

Ulrich Garbe, Hamburg

Denkmalpflege in sich wandelnden Gesellschaften

Timo Saalman, Flossenbürg

Zur Konversion des Steinbruchs des ehemaligen Konzentrationslagers Flossenbürg

Ellen Pietrus, Stuttgart / Bernd Langner, Stuttgart

Impulsvortrag

Diskussion zur Positionierung der Berufsgruppe Denkmalpflege

9:00–13:00 Uhr

SEKTIONEN

RE-FORM. FORM UND FORMWANDEL IN DER MITTELALTERLICHEN KUNST

Leitung: Tobias Frese, Heidelberg / Anselm Rau, Stuttgart

Matthias Untermann, Heidelberg

Monastische Reform-Architektur – asketische Reduktion, Rom-Bezug oder „Baukunst“?

Lena Marschall, Hamburg

Der Predigerorden – ein glücklicher Weinstock? Stammbäume als Werkzeug der
Traditionsbildung im Kontext der dominikanischen Ordensreform

Seite 173 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Kathrin Müller, Berlin

Typologie – Apologie. Neuformulierungen liturgischer Geräte im 12. Jahrhundert

Gunnar Brands, Halle-Wittenberg / Stefanie Lenk, Göttingen

Eine Spolienbearbeitung aus Bari – Umformung als Bekehrungsmetapher?

FORMLOSIGKEIT ... MIT FOLGEN: EXZENTRISCHE ABSTRAKTION, ANTI-FORM,
POST-MINIMALISMUS, INFORME UND IHRE RELEKTÜREN

Leitung: Valeria Schulte-Fischedick, Berlin / Elena Zanichelli, Bremen

Leena Crasemann, Hamburg / Anne Röhl, Siegen

Nach „Primary Structures“. Textile Ausformungen, 1966–71

Christian Berger, Mainz

Form, Formlosigkeit und Zeitlichkeit in Japan um 1970: Nomura Hitoshis Arbeit mit sublimierenden Substanzen

Holger Kube Ventura, Reutlingen

Formen, die nicht geheuer sein können. Abjekte Dinge von Peter Buggenhout

Rahma Khazam, Paris

The New Formlessness

9:00–10:45 Uhr

WORKSHOP I

KUNSTWISSENSCHAFT + WIKIPEDIA. DIALOG, REFLEXION UND KOLLABORATION
– EIN PRAXISTEST

Leitung: Henrike Haug, Köln / Andreas Huth, Berlin / Waltraud von Pippich, München

11:30–13:00 Uhr

WORKSHOP II

„FORM“ BEI PANOFSKY IN DEN 1920ER JAHREN

Leitung: Christian Freigang, Berlin

mit Markus Klammer, Basel / Regine Prange, Frankfurt a. M. / Frederic J. Schwartz,
London / Christine Tauber, München

13:45–16:45 Uhr

FOREN VI (BERUFSGRUPPEN)

FORUM HOCHSCHULEN UND FORSCHUNGSINSTITUTE

Aus der Form geraten?

Zur Situation der universitären Lehre im Fach Kunstgeschichte

Leitung: Johannes Grave, Jena / Iris Wenderholm, Hamburg

Podium: Charlotte Klonk, Berlin / Ulrich Pfisterer, München

FORUM FREIE BERUFE

Wer zahlt wodurch wieviel?

Erlösmodelle und Honorare in der Kultur- und Kreativwirtschaft

Leitung: Ruth Heftrig, Halle (Saale) / Holger Simon, Köln

Seite 174 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

13:45–16:45 Uhr
WORKSHOP III

NFTS (NON-FUNGIBLE TOKENS): WERKFORM/WERTFORM
Leitung: Magdalena Nieslony, Wien / Barbara Reisinger, Stuttgart
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

14:00–15:30 Uhr
ORTSTERMIN VII

FÜHRUNG DURCH DIE AUSSTELLUNG „THEATER IN SIZILIEN“ UND DURCH DIE
FAKULTÄTSWERKSTATT ARCHITEKTUR
Leitung: Susanne Grötz / Andreas Kulla / Studierende der Fakultät für Architektur und
Stadtplanung (alle Stuttgart)
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

14:00–16:00 Uhr
ORTSTERMIN VII

STADTFÜHRUNG BAUTEN DER NACHKRIEGSZEIT IM ZENTRUM STUTTGARTS
Leitung: Michael Goer, Stuttgart
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

17:30–19:30 Uhr
MITGLIEDERVERSAMMLUNG DES VERBANDES DEUTSCHER KUNSTHISTORIKER
E.V.
(nur für Verbandsmitglieder mit gültigem Ausweis!)

ab 20:00 Uhr
EMPFANG IM LANDESMUSEUM WÜRTTEMBERG
Grußwort
Prof. Dr. Astrid Pellengahr, wissenschaftliche Direktorin des Landesmuseums
(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

S A M S T A G, 26. MÄRZ 2022

9:00–13:00 Uhr
SEKTIONEN

SEMANTIKEN DER FORM
Leitung: Daniela Bohde, Stuttgart / Joris Corin Heyder, Tübingen

Thomas Ketelsen, Weimar
Rembrandt-Zeichnungen. Über die Zukunft der Kennerschaft

Valérie Kobi, Hamburg
Visualizing Accuracy: Reproduction Engravings in Connoisseurial Practices

Sabine Mainberger, Bonn
„Draw a Line and Read It.“ Überlegungen zu einer interkulturellen Liniensemantik

Astrid Zenkert, Stuttgart

Tintoretto's Pinselstrich. Rezeptionsgeschichtliche Überlegungen zur Deutung der Faktur als Form

„DIE GUTE FORM“ – ÜBERHOLTES DOGMA ODER BEWÄHRTES PARADIGMA IM DESIGN?

Leitung: Annette Geiger, Bremen / Anneli Kraft, Augsburg

Renate Flagmeier, Berlin

Das Konzept der „technischen Form“ als Grundlage des Designbegriffs in der Moderne und seine ideologisch geläuterte Wiederaufnahme in der „guten Form“ der Nachkriegsmoderne

Max Korinsky, Berlin

Die „gute Form“ in bunten Farben – das Geschirr „Form 1/Minden“ von Melitta

Christopher Haaf, München / Linus Rapp, München

The New Designers. HfG Ulm im Ausstellungsfieber

Roland Meyer, Cottbus

Interface vs. Gestalt. Kritik und Krise der „guten Form“ um 1968

FORMANALYSE UND FORMFINDUNG IN ZEITEN COMPUTERGENERIERTER ARCHITEKTUR

Leitung: Klaus Jan Philipp, Stuttgart / Christian Vöhringer, Stuttgart

Dominik Lengyel, Cottbus / Catherine Toulouse, Berlin

Die formale Sprache computergenerierter Architektur

Victoria H. F. Scott, St. John's (Neufundland)

From Modernism to Parametricism: Art, Architecture and Objecthood since 1945

Ole Fischer, Salt Lake City

Form. Finden. Fragen? Greg Lynn, parametrisches Entwerfen und die analoge Kontinuität

Mirco Becker, Hannover

Von einer Ästhetik der Kybernetik zum maschinellen Sehen – Architekturwahrnehmung als Integral visueller Komplexität

9:00–13:00 Uhr

WORKSHOP IV

FORM UND FUNKTION VON ALTARAUFSAETZEN

Südwestdeutsche Retabel in der Staatsgalerie Stuttgart und dem Landesmuseum Württemberg

Leitung: Sandra-Kristin Diefenthaler, Stuttgart / Ingrid-Sibylle Hoffmann, Stuttgart / Anselm Rau, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

9:00–10:30 Uhr

WORKSHOP V

MEDIUM/FORM: DIE SYSTEMTHEORETISCHE PERSPEKTIVE NIKLAS LUHMANNS

Leitung: Michael Lüthy, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

11:30–13:00 Uhr

FOREN VII

NACHWUCHSFORUM: OFFENE DISKUSSIONSRUNDE

Formen des Übergangs – Perspektiven des Kunstgeschichtsstudiums

Moderation: Alexa Dobelmann / Alexander Schuhbauer / Kristin Weber (alle Stuttgart)

14:30–18:30 Uhr

SEKTIONEN

**GESTE, SPUR UND LINIE. ZUR RELATION VON FORM UND TECHNIK IN DEN
DRUCKGRAFISCHEN VERFAHREN DER FRÜHEN NEUZEIT**

Leitung: Magdalena Bushart, Berlin / Henrike Haug, Köln

Susan Maxwell, Oshkosh

The Void as Form in Martin Schongauer's Engravings

Beitrag der Sektionsleitung

in Gedenken an Jeannet Hommers †

Rebecca Partikel, Marburg

Missverständlich, unförmig oder an der falschen Stelle – wie Semantik, Pragmatik und Arbeitsteilung den Formungsprozess beeinflussen

Anna Christina Schütz, Düsseldorf

Formfindungsprozesse zwischen Zeichnung und Radierung: Chodowiecki und seine Kupferstecher

FORMIERUNG – AKTIVIERUNG. FORMBEZUG IN DER KUNST DER MODERNE

Leitung: David Misteli, Berlin / Kerstin Thomas, Stuttgart

Konzeption: Kerstin Thomas, Stuttgart / Ralph Ubl, Basel

Julie Ramos, Straßburg

„I will not Reason & Compare: my business is to Create“. William Blake's Indian Forms

Thomas Moser, Wien

Form um 1900: Kraftreservoir und -katalysator

Clara Wörsdörfer, Mainz

Das transformierende Potential der Übung. Allan Kaprows „Activities“ der 1970er Jahre

Léa Kuhn, München

Welche Schublade? Zur (Re-)Aktivierung einer anderen Geschichte von Form und Funktion in der Moderne

STEHT DIE FORM SCHON VORHER FEST?

Leitung: Martin Bredenbeck, Brauweiler/Koblenz / Ulrike Plate, Esslingen

Seite 177 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Stefan Bürger, Würzburg

Denkmalschützer/-innen im Konflikt – Zum Rollenspiel der Akteure und ihren Umgangsformen in denkmalbezogenen Formbildungsprozessen

Meinrad v. Engelberg, Darmstadt

„Ex gothica in novam formam redacta“ – Denkmalpflege im Barock?

Anne Scheinhardt, Paderborn

Die alternative Form(-Frage) – zur Revision römischer Industriedenkmale

Andreas Putz, München

Wider die „Geschlossene Gesellschaft“

14:30–16:30 Uhr

ORTSTERMIN IX

ORTSTERMIN AUSSTELLUNG „TOBIAS REHBERGER“

Tobias Rehberger. „I do if I don't“ im Kunstmuseum Stuttgart

Leitung: Tina Weingardt, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

16:45–18:15 Uhr

ORTSTERMIN IX

ORTSTERMIN „CARRIE MAE WEEMS. THE EVIDENCE OF THINGS NOT SEEN“

Sneak Preview zur Ausstellung im Württembergischen Kunstverein

Leitung: Hans D. Christ, Stuttgart / Iris Dressler, Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

16:45–18:30 Uhr

FOREN VIII

FORUM KUNST DES MITTELALTERS

Neue Tendenzen in der Erforschung der Kunstgeschichte des Mittelalters

Moderation: Wolfgang Augustyn, München

Diskussion: Kristin Böse, Frankfurt a. M. / Juliane von Fircks, Jena / Markus Hörsch, Leipzig / Gerhard Lutz, Cleveland / Regula Schorta, Riggisberg

ab 20:30 Uhr

ABSCHLUSSFEIER

organisiert von der Fachgruppe Kunstgeschichte der Universität Stuttgart

(vorherige Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

Grußwort der Direktorin des Kunstmuseums Stuttgart Dr. Ulrike Groos

S O N N T A G, 27. MÄRZ 2022

EXKURSIONEN

(Anmeldung erforderlich, limitierte Plätze)

Bitte beachten Sie die Umstellung von Winter- auf Sommerzeit.

1. DER GARTEN DER SOMMERRESIDENZ SCHWETZINGEN

Leitung: Hartmut Troll, Bruchsal / Ralf Richard Wagner, Bruchsal / Astrid Zenkert, Stuttgart
9:30–17:15 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof Stuttgart
(An- und Rückreise per Bahn)

2. SCHLOSS LUDWIGSBURG

Leitung: Patricia Peschel, Stuttgart / Ulrike Seeger, Stuttgart
8:45–15:30 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof Stuttgart
(An- und Rückreise per Bahn)

3. CRAILSHEIM: DAS HOCHALTARRETABEL DER JOHANNESKIRCHE UND DER JUNGE DÜRER?

Leitung: Sandra-Kristin Diefenthaler, Stuttgart / Anselm Rau, Stuttgart
8:45–17:00 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof Stuttgart
(An- und Rückreise per Bahn)

4. UNI-CAMPUS VAIHINGEN

Architektur der 1960er und 1970er Jahre zwischen Norm und Experiment

Leitung: Martin Hahn, Esslingen / Klaus Jan Philipp, Stuttgart / Christian Vöhringer, Stuttgart

10:00–13:00 Uhr

Treffpunkt: S-Bahn-Station „Universität“, Stuttgart-Vaihingen

5. PRIVATSAMMLUNGEN RUND UM STUTTGART: SCHAUWERK SINDELFINGEN UND MUSEUM RITTER

Leitung: Barbara Reisinger, Stuttgart / Barbara Willert, Waldenbuch / Tobias Bednarz, Sindelfingen / Damaris Wurster, Sindelfingen

10:00–16:30 Uhr

Treffpunkt: Campus Stadtmitte, UG K2
(An- und Rückreise per Bus)

6. DIE WEIßENHOF SIEDLUNG

Was von der Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung“ (1927) übrig blieb

Leitung: Nils Büttner, Stuttgart

10:00–12:00 Uhr

Treffpunkt: Campus Weißenhof

7. FACHWERKBAUTEN IN ESSLINGEN UND RESTAURIERUNGSATELIERS IM LANDESAMT FÜR DENKMALPFLEGE

Leitung: Jochen Ansel, Esslingen / Michael Goer, Stuttgart / Dörthe Jakobs, Esslingen
9:15–14:30 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof Stuttgart
(An- und Rückreise per S-Bahn)

8. STUTTGARTER BAHNHOF

Baustellenführung Stuttgart 21 und der Bau von Paul Bonatz

Leitung: Verein Bahnprojekt Stuttgart–Ulm e.V. / Dietrich Heißenbüttel, Esslingen

9:45–14:00 Uhr

Treffpunkt: Hauptbahnhof Stuttgart

9. FÜHRUNG DURCH DIE SONDERAUSSTELLUNG

„GESCHMACKSSACHE – VORBILDLICHES DESIGN UM 1900“

im Landesmuseum Württemberg

Leitung: Irmgard Müsch, Stuttgart

10:00–10:30 Uhr und 11:00–11:30 Uhr

Treffpunkt: Eingangshalle des Museums

10. FÜHRUNG DURCH DIE SCHAUSAMMLUNG

„WAHRE SCHÄTZE – DIE KUNSTKAMMER DER HERZÖGE VON WÜRTTEMBERG“

im Landesmuseum Württemberg

Leitung: Katharina Küster-Heise, Stuttgart

11:00–11:30 Uhr

Treffpunkt: Eingangshalle des Museums

11. FÜHRUNG DURCH DIE GROßE LANDESAUSSTELLUNG

„FASHION?! WAS MODE ZU MODE MACHT“

im Landesmuseum Württemberg

Leitung: Maaïke van Rijn, Stuttgart

11:30–12:15 Uhr

Treffpunkt: Eingangshalle des Museums

INFORMATIONEN ZUR ANMELDUNG

ORT

Die Veranstaltungen finden in Präsenz am Campus Stadtmitte der Universität Stuttgart sowie an verschiedenen Stuttgarter Museen statt. Der Kongress wird am Mittwochabend im Weißen Saal im Neuen Schloss Stuttgart eröffnet. Das BarCamp wird als Vorkonferenz-Programm online durchgeführt.

ANMELDUNG

Die Teilnahme am 36. Deutschen Kunsthistorikertag steht allen Interessierten offen. Für die Teilnahme ist aufgrund der Auflagen zur Kontaktnachverfolgung und limitierter Plätze eine verbindliche Anmeldung erforderlich. Die Anmeldung ist ausschließlich online über unseren Ticketshop (<https://kunsthistorikertag.de/anmeldung/>) möglich. Der Vorverkauf endet am 16. März 2022. Die Möglichkeit einer kontaktlosen Anmeldung nach dem 16. März 2022 wird derzeit geprüft.

Nach Ihrer Anmeldung und dem Eingang Ihrer Zahlung wird ein vorläufiges Ticket an die von Ihnen angegebene E-Mail-Adresse zugestellt. Dieses drucken Sie bitte aus und bringen es zu Beginn Ihres Kongressbesuches zur Registrierung vor Ort mit. Sie erhalten dort Ihre personalisierte Eintrittskarte. Bitte tragen Sie diese während des gesamten Kongresses. Für verlorene oder vergessene Eintrittskarten kann kein kostenloser Ersatz geleistet werden. Auch für den Besuch einzelner Vorträge muss mindestens eine Tageskarte gelöst werden.

Bitte beachten Sie, dass auch für den Eröffnungstag (Mittwoch, 23. März 2022) Eintrittskarten erworben werden müssen. Alle Abendveranstaltungen sind kostenlos, die Teilnahme ist nur nach vorheriger Registrierung über den Ticketshop möglich. Die ebenfalls kostenlose Teilnahme an den Ortsterminen und Workshops ist nur mit Voranmeldung möglich. Pro Person können maximal zwei Termine reserviert werden. Das #arthistoCamp findet diesmal online statt und ist kostenlos. Eine Anmeldung ist aus organisatorischen Gründen notwendig und kann ebenfalls über den Ticketshop des Kunsthistorikertages vorgenommen werden.

Seite 180 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Eine Teilnahme am Kongress ist nach aktuellem Stand nur mit 2G-Plus-Nachweis möglich. Anpassungen der Zutrittsregelungen behalten sich die Veranstalter aufgrund des dynamischen Infektionsgeschehens und rechtlicher Vorgaben vor.
(Siehe auch: <https://kunsthistorikertag.de/hygienekonzept/>.)

Abmeldungen müssen schriftlich erfolgen. Bis zum 15. Februar 2022 können Tickets kostenfrei storniert werden. Nach dem 15. Februar 2022 wird eine Bearbeitungsgebühr von 25 % des Gesamtbetrages erhoben. Die Bearbeitungsgebühr entfällt, sofern eine Covid-Infektion oder Quarantäne eine Abmeldung erforderlich machen (nur mit Nachweis). Sollte die gesamte Veranstaltung aufgrund gesetzlicher Bestimmungen nicht durchgeführt werden können, werden alle Ticketpreise rückerstattet.

FRÜHBUCHERTARIF bis 20. Februar 2022

Kongressticket

- (Teilnahme an der gesamten Veranstaltung)
- 75,00 € für Nichtmitglieder
- 50,00 € für Mitglieder des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V. sowie für Mitglieder der Kunsthistorikerverbände in Österreich und der Schweiz (mit gültigem Ausweis)
- 25,00 € für Schüler, Studenten, Volontäre und Bezieher von ALG I/II (nur gegen Nachweis)

NORMALTARIF

ab dem 21. Februar 2022

Kongressticket

- (Teilnahme an der gesamten Veranstaltung)
- 90,00 € für Nichtmitglieder
- 60,00 € für Mitglieder des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V. sowie für Mitglieder der Kunsthistorikerverbände in Österreich und der Schweiz (mit gültigem Ausweis)
- 30,00 € für Schüler, Studenten, Volontäre und Bezieher von ALG I/II (nur gegen Nachweis)

Tageskarten

- 40,00 € für Nichtmitglieder
- 25,00 € für Mitglieder des Verbandes Deutscher Kunsthistoriker e.V. sowie für Mitglieder der Kunsthistorikerverbände in Österreich und der Schweiz (mit gültigem Ausweis)
- 15,00 € für Schüler, Studenten, Volontäre und Bezieher von ALG I/II (nur gegen Nachweis)

RAHMENPROGRAMM

Abschlussfeier (Samstag, 26. März 2022)

- 5,00 €
- 3,00 € für Schüler, Studenten, Volontäre und Bezieher von ALG I/II (nur gegen Nachweis)

Exkursionen (Sonntag, 27. März 2022)

- 25,00 € für die Exkursion 8
- 20,00 € für die Exkursion 1
- 15,00 € für die Exkursion 3

Seite 181 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

– 5,00 € für die Exkursionen 2, 4, 5, 6, 7

– 0,00 € für die Exkursionen 9, 10, 11

Die Teilnahme an einer Exkursion setzt die Tagungsgebühr für mindestens einen Tag voraus. Da bei zu geringer Beteiligung die entsprechenden Exkursionen abgesagt werden müssen, wird um ggf. Angabe von alternativen Exkursionen gebeten. Die Anmeldung ist bindend.

Kommen Exkursionen nicht zustande, wird der Exkursionsbeitrag rückerstattet.

ZIMMERRESERVIERUNG

Hotelzimmer

Für unsere Tagungsgäste stehen Kontingente in verschiedenen Stuttgarter Hotels zur Verfügung.

Bitte buchen Sie Ihre Unterkunft eigenständig über unser Online-Buchungsportal:

<https://kunsthistorikertag.de/tagungsort/unterkunft/>. Bitte beachten Sie, dass die angegebenen Raten zum Kunsthistorikertag nur bis spätestens 4 Wochen vor Veranstaltungsbeginn gelten. Bei einer späteren Buchung werden Ihnen die jeweiligen Tagespreise der Hotels angeboten. Alle Preise gelten für Übernachtungen jeweils inkl. Frühstück.

Für nachträgliche Änderungen Ihrer Buchungsdaten nehmen Sie bitte direkt mit dem entsprechenden Hotel Kontakt auf.

DJH Jugendherberge Stuttgart International

Die Jugendherberge Stuttgart liegt zentral in Halbhöhenlage mit Blick über die Stadt.

Für Tagungsgäste ist bis zum 22. Februar 2022 ein Kontingent reserviert. Bitte buchen Sie Ihr Zimmer direkt dort unter dem Buchungscode „Kunsthistorikertag“.

Haußmannstr. 27, 70188 Stuttgart

Tel. 0711 6647470

JH-Stuttgart@jugendherberge.de

www.jugendherberge-stuttgart.de

Für Beherbergungen in Baden-Württemberg gilt derzeit die 2G-Regelung.

Für alle Fragen zur Unterkunft können Sie sich direkt an die Stuttgart Marketing GmbH wenden:

Tel.: 0711 2228100 (Mo–Fr 09:00–17:00 Uhr)

oder per Mail an info@stuttgart-tourist.de.

AUSSTELLER / PRÄSENTATIONEN

Im Rahmen des Kunsthistorikertages findet Kollegiengebäude 2 (K2, Keplerstr. 17, 70174 Stuttgart) eine attraktive Ausstellung von kommerziellen Anbietern wie Verlagen, Herstellern von fachspezifischer Software und anderer einschlägiger Produkte sowie von zahlreichen Forschungseinrichtungen statt, deren Besuch wir Ihnen sehr empfehlen. Die ausstellenden Firmen und Einrichtungen tragen wesentlich zum Gelingen der Tagung bei und freuen sich auf Ihren Besuch! Weitere Informationen und eine Übersicht der Aussteller entnehmen Sie bitte der Website des Kongresses.

Falls Sie Fragen zur Ausstellung haben, wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle des Verbandes.

KINDERBETREUUNG

Wie schon bei den vergangenen Kongressen werden wir versuchen, für unsere Tagungsgäste eine Kinderbetreuung während der Zeiten des Vortragsprogramms zu organisieren. Falls Interesse an einer Kinderbetreuung besteht, kann dies im Ticketshop unverbindlich angemeldet werden. Sofern eine Betreuung unter den gegebenen Umständen der Pandemiesituation realisierbar ist, werden Sie entsprechend kontaktiert.

BARRIEREFREIHEIT

Alle Bereiche des Kollegiengebäudes II (K 2) sind prinzipiell barrierefrei zugänglich. Die Vortragsräume sind aufsteigend fest bestuhlte Hörsäle. Einige Behindertenparkplätze sind in unmittelbarer Nähe des Kollegiengebäudes II (K 2) vorhanden.

Die Universität Stuttgart stellt online einen Lageplan zur Barrierefreiheit zur Verfügung:

<https://www.uni-stuttgart.de/universitaet/lageplan/barriere-informationen/>.

KONTAKTADRESSE

Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.
Haus der Kultur
Weberstr. 59 a
53113 Bonn
Tel.: +49 228 18034-182
Fax: +49 228 18034-209
E-Mail: info@kunsthistoriker.org

WEB

<https://kunsthistorikertag.de>
<https://www.facebook.com/kunsthistoriker.org>
<https://twitter.com/VDKunsthistorik>

#kht2022
#arthistoCamp

(Änderungen vorbehalten)

Kontakt

Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V.
Haus der Kultur
Weberstr. 59 a
53113 Bonn
Tel.: +49 228 18034-182
info@kunsthistoriker.org

<https://kunsthistorikertag.de>

Zitation

36. Deutscher Kunsthistorikertag. In: H-Soz-Kult, 22.02.2022,
www.hsozkult.de/event/id/event-116066.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen, 24. bis 26. März 2022



Terminhinweis

Nr. 01/2022

Fachtagung zur Literatur der Wolgadeutschen

In der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur gibt es eine Reihe von Texten, die bereits vor der Einwanderung ihrer Autoren nach Deutschland zur Migrations- und interkulturellen Literatur zählten. Gemeint sind die Werke von Heimatvertriebenen und Spät-/Aussiedlern, die bis zu den beiden Weltkriegen im östlichen Europa beheimatet waren. Zu den bekanntesten unter ihnen gehören die Wolgadeutschen im Russischen Reich und in der Sowjetunion.

Ziel der Fachtagung „Die Literatur der Wolgadeutschen: Geschichte, Werke, Menschen“ der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Chemnitz und dem Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Dr. Jens Baumann, ist es, bisher weitgehend unbekannte Themen, Persönlichkeiten, kanonische Werke sowie Zeiträume und Existenzbedingungen eines scheinbar eigenständigen Literaturbetriebs der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen. In der Zusammenschau ergeben die Vorträge einen Parforceritt durch die Literaturgeschichte (nicht nur) der Deutschen an und von der Wolga. Es referieren sowohl namhafte und teilweise ebenfalls literarisch aktive Experten als auch junge Forscher.

Fachtagung: Die Literatur der Wolgadeutschen: Geschichte, Werke, Menschen

Wann: Donnerstag, den 24. März 2022, (ab 15 Uhr) bis Samstag, den 26. März 2022 (bis 12 Uhr)

Wo: Goethe-Institut Dresden, Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden

Achtung: Anwesend sind nur die Veranstalter, Referenten sowie geladene Journalisten. Die Veranstaltung wird übertragen im Live-Stream auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Berlin, 14.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

Web:
www.kulturstiftung.org

Präsenz-Lesung im Rahmen der Hybrid-Fachtagung

Titel: **Vom Erinnern und den Lücken dazwischen**

am: **25. März 2022**
ab: **19.30 Uhr**
mit: **Melitta L. Roth** und
Eleonora Hummel

Eintritt frei, Kapazität begrenzt,
Anmeldung bis **20. März**
erforderlich unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de





Die Beschäftigung mit dem Thema lohnt sich gerade mit Blick auf den wachsenden Markt an im weitesten Sinne russlanddeutscher Gegenwartsliteratur. Im Rahmen der Fachtagung bieten zwei ihrer bekanntesten Gesichter am Freitagabend, den 25. März 2022, eine gemeinsame Lesung an: die Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie die Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel**.

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Bei Teilnahmeinteresse sowie für weitergehende Fragen kontaktieren Sie bitte die Organisatorin der Tagung, Tatjana Kohler, unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Gerne vermitteln wir Interview- und Fotomöglichkeiten mit der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie der Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel** im Rahmen ihrer Lesung am 25. März 2022.

Die mitgeschickten Fotos und Cover sind unter Nennung des Copyrightinhabers beziehungsweise des Verlags (jeweils im Dateinamen vermerkt) für Ihre Berichterstattung frei verwendbar.

Für die finanzielle Förderung der Veranstaltung dankt die Kulturstiftung dem:



In Kooperation mit:



TECHNISCHE UNIVERSITÄT
CHEMNITZ

Aktuelle Änderungen im Programm entnehmen Sie bitte unseren Internetseiten:

www.kulturstiftung.org

Weitere Auskünfte:

Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
Godesberger Allee 72-74, 53175 Bonn
Brunnenstraße 191, 10119 Berlin
Telefon Bonn: 0228 / 915 12 0
Telefon Berlin: 030 / 863 355 10
E-Mail: kontakt@kulturstiftung.org



Abbildung Vorderseite:
Literaturregal im Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte
(Foto: Tomáš Randošek)



Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

EINLADUNG



Die Literatur der
Wolgadeutschen:
Geschichte, Werke, Menschen

Historisch-literaturwissenschaftliche
Fachtagung

24. bis 26. März 2022
Live-Stream aus Dresden

HINWEISE FÜR TAGUNGSTEILNEHMER

1. Live-Stream und Aufzeichnung der Tagung

Die Fachtagung unter dem Titel „Die Literatur der Wolgadeutschen – Geschichte, Werke, Menschen“ wird vom 24. bis 26. März 2022 als Live-Stream auf dem Youtube-Kanal der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen übertragen und anschließend dort abrufbar bleiben:

www.bit.ly/kulturstiftungvideo

2. Teilnahmemöglichkeit an der Tagung

Während der Ausstrahlung des Live-Streams können auf dem YouTube-Kanal der Kulturstiftung Fragen an die jeweiligen Referenten gestellt werden.

3. Anmeldung zur Autorinnenlesung

Die Autorinnenlesung „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“ findet am Freitag, den 25. März 2022, im **Goethe-Institut Dresden (Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden)** statt. Es wird einen Live-Stream mit Aufzeichnung geben, doch auch eine Teilnahme vor Ort ist möglich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt – es gilt die aktuelle Corona-Landesverordnung des Freistaates Sachsen (www.coronavirus.sachsen.de). Bei Interesse an einer Teilnahme in Präsenz melden Sie sich bitte bis Sonntag, den **20. März 2022**, an unter:

wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Zum Tagungsthema

Die Vielfalt einer Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland spiegelt sich auf mehreren Ebenen wider. Eine davon ist die Literatur, wie das wachsende Angebot an Migrations- und interkultureller Literatur zeigt. Darunter befindet sich eine Gruppe von Texten, die nicht erst mit der Einwanderung ihrer Autorinnen und Autoren nach Deutschland zur Migrations- und interkulturellen Literatur wurde. Gemeint sind die Werke deutschsprachiger Heimatvertriebener und Spät-/Aussiedler, die bis zu den beiden Weltkriegen im östlichen Europa beheimatet waren. Zu den bekanntesten gehören die Wolgadeutschen im Russischen Reich und der Sowjetunion.

Im Nachgang des 80. Jahrestags ihrer Deportation unter Josef Stalin per Erlass vom 28. August 1941 stellen der Beauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, die Technische Universität Chemnitz und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen das literarische Schaffen der Wolgadeutschen sowie ihrer Nachfahren in der späten Sowjetunion und in der „Berliner Republik“ in den Fokus einer gemeinsamen Fachtagung. Ziel ist es, bisher weitgehend unbekannte Themen, Persönlichkeiten, kanonische Werke sowie Zeiträume und Existenzbedingungen eines scheinbar eigenständigen Literaturbetriebs der interessierten Öffentlichkeit vorzustellen.

Denn obwohl die hiesige Forschung zur wolgadeutschen Literatur im Besonderen und der russlanddeutschen Literatur im Allgemeinen noch recht lückenhaft ist, lohnt sich die Beschäftigung – gerade mit Blick auf den wachsenden Markt an im weitesten Sinne russlanddeutscher Gegenwartsliteratur. Die Vorträge ausgewiesener, teilweise ebenfalls literarisch aktiver Expertinnen und Experten als auch von jungen Forschenden werden abgerundet durch eine Autorinnenlesung am Freitagabend.

PROGRAMM

Donnerstag, 24. März 2022

- 15.00 Uhr – Grußworte und Einführung
 > Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, Technische Universität Chemnitz
 > Dr. Jens Baumann, Beauftragter für Vertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen
 > Reinfried Vogler, Vorstandsvorsitzender der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen
- 15.30 Uhr – Entstehung und gewaltsame Auflösung einer eigenständigen nationalen Minderheit: der Fall Wolgadeutsche
 > Dr. Viktor Krieger, Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland
- 16.30 Uhr – Erfrischungspause
- 16.45 Uhr – Literarisierte Wirklichkeit. Leben an Wolga und nördlicher Schwarzmeerküste in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg
 > Prof. em. Dr. Annelore Engel, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Freitag, 25. März 2022

- 9.15 Uhr – Gerhard Sawatzkys Roman „Wir selbst“ (1938/2020) und die Wolgadeutsche Republik
 > Prof. Dr. Carsten Gansel, Justus-Liebig-Universität Gießen
- 10.15 Uhr – Erfrischungspause
- 10.30 Uhr – „Sowjetdeutsche“ Literatur der Nachkriegszeit; Zwischen dem „Großen Schweigen“ und dem Ausgang in die historische Heimat
 > Nina Paulsen, Publizistin, Literaturkritikerin und Redakteurin bei der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, LMDR Stuttgart
- 11.30 Uhr – Erfrischungspause
- 11.45 Uhr – 25 Jahre Literaturkreis der Deutschen aus Russland e.V.: Entstehung, Aktivitäten, Zusammenarbeit mit Verlagen und Förderung junger Autoren
 > Agnes Gossen-Giesbrecht, Schriftstellerin, Übersetzerin sowie Mitbegründerin und ehem. Vorsitzende des Literaturkreises der Deutschen aus Russland e.V.

12.45 Uhr – Mittagspause

- 15.00 Uhr – Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland
 > Dietmar Schulmeister, Landsmannschaft der Deutschen aus Russland und Russlandsdeutsche Kulturtagung
 > Artur Böppele, Bayerisches Kulturzentrum der Deutschen aus Russland
 > Alexandra Dornhof, Interessengemeinschaft der Deutschen aus Russland in Hessen
- 15.30 Uhr – Russlandsdeutsche Literatur im Rahmen eines diversitätssensiblen Literaturunterrichts
 > Julia Podelo, Humboldt-Universität zu Berlin
- 16.00 Uhr – Erfrischungspause
- 16.15 Uhr – Das Theater der deutschsprachigen Minderheit in der Sowjetunion: Zwischen Emanzipation und Abhängigkeit
 > Jan Pohliking, Ruhr-Universität Bochum
- 16.45 Uhr – Von „Der eigene Herd“ bis „Die Kist' von der Wolga“: Inszenierungen wolgadeutscher Texte im Kontext der Zeit
 > Edwin Warkentin, Kulturreferent für Russlandsdeutsche am Museum für russlandsdeutsche Kulturgeschichte
- 19.30 Uhr – Kulturelles Abendprogramm
 „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“
 Lesung mit der bloggenden „Scherbensammlerin“ Melitta L. Roth und ihrem Ehrengast, der Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel

Samstag, 26. März 2022

- 9.15 Uhr – Die Methodologie zur Erforschung der russlandsdeutschen Literatur
 > Prof. Dr. Elena Seifert, Russische Staatliche Geisteswissenschaftliche Universität
- 10.15 Uhr – Erfrischungspause
- 10.30 Uhr – Religiöse Weltsticht und literarische Verarbeitung von Migration am Beispiel der russlandsdeutschen Mennoniten
 > Dr. Lilli Gebhard, freie Mitarbeiterin im Museum für russlandsdeutsche Kulturgeschichte
- 11.30 Uhr – Zusammenfassung und Schlussworte



Kulturstiftung
der deutschen Vertriebenen

Terminhinweis

Nr. 02/2022

Lesung und Premiere mit Eleonora Hummel und Melitta L. Roth

Am letzten Märzwochenende präsentiert die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen in Kooperation mit der Technischen Universität Chemnitz und dem Beauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler im Freistaat Sachsen, Dr. Jens Baumann, eine Lesung mit zwei der bekanntesten Gesichter der **russlanddeutschen Gegenwartsliteratur**, der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** (Pseudonym) sowie der mehrfach ausgezeichneten Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel**.

Das Publikum, sowohl vor Ort als auch im Live-Stream, erwartet zunächst ein kurzer Impulsvortrag mit dem Titel „Vom Erinnern und den Lücken dazwischen“ von Melitta L. Roth. Anschließend liest sie aus ihrem **Erzählband „Gesammelte Scherben“** (2020, ostbooks Verlag) und erzählt von der Arbeit an ihrem literarischen **Blog „Scherben Sammeln – Geschichten aus meiner Aussiedler-Parallelwelt“**.

Diesem Auftakt folgt ein weiterer Höhepunkt, denn die Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel liest – passend zum Motto des Abends – einen Ausschnitt aus ihrem jüngsten Werk **„Die Wandelbaren“** (2019, Mury Salzmann Verlag). Dabei handelt es sich um einen historischen Schlüsselroman anlässlich des 40. Jubiläums des **Deutschen Theaters in Kasachstan**.

Lesung: Vom Erinnern und den Lücken dazwischen. Lesung mit der bloggenden „Scherbensammlerin“ Melitta L. Roth und ihrem Ehrengast, der Dresdner Schriftstellerin Eleonora Hummel

Wann: Freitag, den 25. März 2022 von 19.30 Uhr bis ca. 21.00 Uhr (Einlass ab 19 Uhr)

Wo: Goethe-Institut Dresden, Königsbrücker Straße 84, 01099 Dresden

Eintritt: frei

Teilnahme: Kapazität vor Ort ist begrenzt, Anmeldung bis **20. März erforderlich** unter: wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Stream: www.bit.ly/kulturstiftungvideo

Berlin, 14.02.2022

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 0

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org

Web:
www.kulturstiftung.org





Gegen 20.30 Uhr endet der Live-Stream, denn zum Abschluss erwartet das Präsenz-Publikum eine **Premiere**: Melitta L. Roth, die bereits in zahlreichen Anthologien und Zeitschriften publiziert hat, liest nur an diesem Abend einen bislang unveröffentlichten Prosatext vor.

Im Anschluss laden die Veranstalter zu einem kleinen **Stehempfang** sowie zum Stöbern, denn der Literaturkreis der Deutschen aus Russland betreut einen **Bücherverkaufstisch** zur russlanddeutschen Gegenwartsliteratur. Durch den Abend führt Tatjana Kohler (Berlin/Frankfurt an der Oder).

- Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Bei Teilnahmeinteresse sowie für weitergehende Fragen kontaktieren Sie bitte die Organisatorin der Tagung, Tatjana Kohler, unter:
wolgadeutsche.tagung@outlook.de

Gerne vermitteln wir Interview- und Fotomöglichkeiten mit der Hamburger Autorin und Bloggerin **Melitta L. Roth** sowie der Dresdner Schriftstellerin **Eleonora Hummel** im Rahmen ihrer Lesung am 25. März 2022.

Die mitgeschickten Fotos und Cover sind unter Nennung des Copyrightinhabers beziehungsweise des Verlags (jeweils im Dateinamen vermerkt) für Ihre Berichterstattung frei verwendbar.



Melitta L. Roth



Eleonora Hummel

07) Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum

Veranstalter

Deutsches Historisches Museum

Veranstaltungsort

Unter den Linden 2 und via Zoom

Gefördert durch

Dr. Christiane und Dr. Nicolaus Weickart

10117 Berlin

Vom - Bis

31.03.2022

Von

Nicola Schnell, Kommunikation, Stiftung Deutsches Historisches Museum (DHM)

4. Symposium in der Reihe "Historische Urteilskraft".

Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum

Im Oktober 2020 beschloss der Deutsche Bundestag, ein Dokumentationszentrum zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges und der deutschen Besatzungsherrschaft in Europa zu errichten. Mit der Ausarbeitung des Realisierungskonzepts wurde das Deutsche Historische Museum beauftragt. Wir nehmen dies zum Anlass, das vierte Symposium unserer Reihe „Historische Urteilskraft“ diesem Thema zu widmen und laden dazu ein, sich Aspekten der deutschen Besatzungsherrschaft über insgesamt etwa 230 Millionen Menschen in heute 27 europäischen Ländern zu nähern.

Im Zentrum der Diskussionen und Vorträge internationaler Expert:innen steht die Frage, wie man Gewalt ausstellen kann, und welche Art von Objekten welche Geschichten über die Gewaltherrschaft erzählen können.

Konferenzsprachen: Deutsch und Englisch / Simultanübersetzung

Das Symposium wird aufgezeichnet sowie per Livestream übertragen: [dhm.de/historischeurteilskraft/livestream](https://www.dhm.de/historischeurteilskraft/livestream).

Wir bitten um Ihr Verständnis, dass es aufgrund der aktuellen Lage zu Änderungen kommen kann. Aktuelle Informationen finden Sie auf unserer Homepage <https://www.dhm.de>.

Programm

09.00–9.30 / Registrierung

09.30–10.30 Uhr / Raphael Gross (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Begrüßung

Keynote

Jens-Christian Wagner (Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora, Weimar): Gewalt ausstellen. Zur Musealisierung der deutschen Besatzungsherrschaft im Zweiten Weltkrieg

Seite 190 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

10.30–12.30 Uhr *Panel 1: Besatzungsherrschaft in Objekten*

Julia S. Torrie (St. Thomas University, Fredericton): Besatzung oder Urlaub? Deutsche in Frankreich, 1940–44

Fritz Backhaus (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Objekte der Besatzungsherrschaft erkennen, erforschen, ausstellen. Ein Blick in die Sammlung des Deutschen Historischen Museums

Im Gespräch:

Julia Franke, Lili Reyels (Stiftung Deutsches Historisches Museum)
Moderation: Raphael Utz (Stiftung Deutsches Historisches Museum)

12.30–14.00 Uhr Mittagspause

14.00–16.00 Uhr *Panel 2: Gestohlene und zerstörte Objekte*

Meike Hopp (Technische Universität Berlin): Der deutsche Kulturgutraub in den besetzten Gebieten: Warum Versuche der Kategorisierung und Quantifizierung scheitern

Im Gespräch:

Wolfgang Eichwede (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)
Bianca Gaudenzi (Deutsches Historisches Institut Rom)
Hermann Parzinger (Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin)
Moderation: Benjamin Lahusen (Europa-Universität Viadrina, Frankfurt an der Oder)

16.00–16.30 Uhr Kaffeepause

16.30–19.00 Uhr *Panel 3: Objekte der Erinnerung*

Sabina Ferhadbegović (Friedrich-Schiller-Universität Jena): Unter den Galgen. Erinnerung an die deutsche Besatzung in Jugoslawien

Im Gespräch:

Mary Fulbrook, Philippe Sands (University College London)
Moderation: Natalia Aleksion (University of Florida, Gainesville)

Raphael Gross (Stiftung Deutsches Historisches Museum): Abschlusskommentar

Kontakt

Jenny Jakubik und Sonja Trautmann

E-Mail: tagungsbuero@dhm.de
Tel.: +49 (0)30 20304-415/-411

Anmeldung bis 09.03.2022 unter <https://www.dhm.de/historischeurteilskraft/anmeldung>.

<https://www.dhm.de/besuch/veranstaltungen/tagungen-und-symposien/europa-und-deutschland-1939-45-gewalt-im-museum/>

Zitation

Europa und Deutschland 1939–45. Gewalt im Museum. In: H-Soz-Kult, 30.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115563.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

08) Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven

Veranstalter

Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen

Veranstaltungsort

Landeskirchenamt der Evangelischen Kirche von Westfalen

Gefördert durch

Evangelische Kirche von Westfalen

33602 Bielefeld

Vom - Bis

31.03.2022 - 01.04.2022

Frist

03.03.2022

Von

Norbert Friedrich, Fliedner-Kulturstiftung Kaiserswerth

Die Tagung will in einem historischen Zugriff gesellschaftlich relevante Dimensionen des komplexen Untersuchungsgegenstands "Volkskirche" im 20. Jahrhundert ausloten.

Seit Friedrich Schleiermacher den Begriff „Volkskirche“ in den theologischen Diskurs einführte und Johann Hinrich Wichern öffentlichkeitswirksam missionarische Forderungen an die evangelische Kirche zum Wohle des Volkes stellte, hat sich diese Wortschöpfung zu einem Schlagwort für unzählige Kontroversen entwickelt.

Nachdem in der Weimarer Reichsverfassung 1919 den kirchlichen Religionsgesellschaften der Status einer „Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zuerkannt und 1949 durch die Übernahme in das Grundgesetz bestätigt wurde, nehmen die Kirchen auf vertraglicher Basis Einfluss auf alle gesellschaftlichen Bereiche von der Bildung und Erziehung über den Gesundheits- und Wohlfahrtssektor bis zur Polizei- und Heeresseelsorge, kurzum: Sie handeln im expliziten Sozial-, Kultur- und Bildungsauftrag des Staates.

Das spezifisch deutsche Arrangement zwischen Staat und Kirche gerät in Zeiten abnehmender Kirchenmitgliedschaft zunehmend unter Rechtfertigungsdruck, während

diakonisches Handeln und religiöse Dienstleistungsangebote in der Öffentlichkeit weiterhin hoch im Kurs stehen. Dieser ambivalente Trend regt dazu an, erneut Fragen nach den Ursprungsideen des Konzepts Volkskirche, ihrer gesellschaftlichen Rolle als kirchlich verfasster Deutungs- und Handlungsinstanz sowie der Legitimation eines plausiblen Modells von Kirche im Volk als „Wohlfahrtsträger und Wertelieferantin“ zu stellen.

Programm

Donnerstag, 31. März 2022

10.30 Uhr Stehkafee

11.00 Uhr Eröffnung, Grußworte
Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

11.15 Uhr Einführung

Prof. Dr. Hinnerk Wißmann (Münster): Die Volkskirche als Resonanzraum des Religionsverfassungsrechts

Dr. Benedikt Brunner (Mainz): Konfigurationen und Potenziale eines evangelischen Grundbegriffs im 20. Jahrhundert

13.15 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen

14.45 Uhr *1. Sektion: Historischer Zugriff*

Dr. Norbert Friedrich (Hagen): Wilhelm Zoellner und die Kirche – Zwischen Monarchie, Demokratie und Diktatur

Prof. Dr. Ute Gause (Bochum): „Den Pastoren leistet Ehrerbietung und Gehorsam“ – Gemeindepflege der Sareptadiakonissen im Ruhrgebiet und in Westfalen

16.15 Uhr Kaffeepause

16.45 Uhr *2. Sektion: Historischer Zugriff*

Prof. Dr. Jürgen Kampmann (Tübingen): Konkurrierende Konzeptionen von Volk, Kirche und Volkskirche in der nationalsozialistischen Zeit

17.45 Uhr Kaffeepause

18.00 Uhr Podiumsdiskussion und anschließender Empfang

Volkskirche: Konfessionelle Prägungen – gemeinsame Perspektiven?

Diskussionsteilnehmer:innen:

Präses Dr. h. c. Annette Kurschus (Westfalen)

Kirchenpräsident Joachim Liebig (Dessau-Roßlau)

Bischöflicher Generalvikar Klaus Pfeffer (Essen)

Kirchenpräsident Dr. h.c. Christian Schad i.R. (Speyer)

Moderation: Reinhard Mawick (Chefredakteur „Zeitzeichen“)

Freitag, 01. April 2022

8.30 Uhr Andacht
Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

9.00 Uhr *Fortsetzung 2. Sektion: Historischer Zugriff*

Prof. Axel Noack (Halle an der Saale): Von der Orientierung auf die Kerngemeinde zur Kirche in der Diaspora – Überlegungen zur „Volkskirche“ in der DDR

Dr. Tobias Sarx (Ratzeburg): Kirchenkritik um 1968: Volkskirche als überholtes statisch-harmonisierendes Ferment der bürgerlichen Gesellschaft?

10.30 Uhr Kaffeepause

11.00 Uhr *3. Sektion: Volkskirche nach 1945*

Dr. Christoph Kösters (Bonn): Zum Wandel des katholischen Milieus nach 1945

Prof. Dr. Gerhard Wegner (Hannover): Die Entwicklung der Mitgliedschaft in den Evangelischen Kirchen in Deutschland: Faktoren und Folgen

12.30 Uhr Gelegenheit zum Mittagessen

14.00 Uhr *4. Sektion: Begriff „Volkskirche“ in der Diskussion*

Prof. Dr. Traugott Jähnichen (Bochum): Kirche im Volk – Transformationen volkskirchlicher Leitbilder

Prof. Dr. Antje Roggenkamp (Münster): Kirchbautag und Volkskirche: Strukturtheoretische Antinomien einer demokratisch konnotierten Begrifflichkeit

15.30 Uhr Abschlussdebatte und Schlusswort
Dr. Vicco von Bülow (Bielefeld)

Kontakt

Kommission für kirchliche Zeitgeschichte der Evangelischen Kirche von Westfalen
Geschäftsstelle
c/o Landeskirchliches Archiv
Bethelplatz 2
33617 Bielefeld
Tel.: 0521 594-164
E-Mail: marion.passlack@ekvw.de

Zitation

Modell Volkskirche – Ein Jahrhundert im Wandel Strukturen, Praxis, Perspektiven. In: H-Soz-Kult, 19.12.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-114825>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

09) Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Konzeption / Organisation: Venessa de Senarclens, Humboldt Universität Berlin (Deutsches Historisches Institut Warschau)

Ausrichter

Deutsches Historisches Institut Warschau

Veranstaltungsort

Deutsches Historisches Institut Warschau

Gefördert durch Max Weber Stiftung

31.03. bis 01.04.2022

Anmeldefrist

01.09.2021

Von

Dorota Zielinska, Palac Karnickich, Niemiecki Instytut Historyczny w Warszawie (DHI Warschau)

Das „Bibliomigratorische“ im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg
Konzeption / Organisation: Vanessa de Senarclens (senarclv@hu-berlin.de)

Der Historiker Robert Darnton hat die Geschichte eines Buches als einen lebendigen Kommunikationskreislauf – „a communication circuit“ – beschrieben, an dessen materieller Produktion, Vertrieb und Wirkung zahlreiche Akteure und Institutionen beteiligt sind: vom Autor zum Drucker und Buchhändler, über viele private wie öffentliche Räume wie Salons, Kaffee, Bibliotheken, in denen das Buch vom Leser interpretiert, diskutiert und adaptiert wird. Im 18. Jahrhundert, das Darnton untersucht, bilden diese Kommunikationskreise lebendige Netzwerke, die oft unter dem Radar der staatlichen Kontrolle interagieren. Auf verschlungenen und oft auch verbotenen Wegen werden Bücher durch ganz Europa transportiert, von Paris nach Warschau, von Dresden bis London, von Genf nach Leipzig.

Der Titel dieses Kolloquiums – Das Bibliomigratorische im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg – rückt Bücher als Träger materieller aber auch immaterieller Geschichte in einen Kontext, in dem der Kreis der Kommunikation stark von der Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg geprägt ist. Mit dem Angriff Nazi-Deutschlands auf Polen 1939 wurden bis Kriegsende 1945 rund 70 bis 75 Prozent der polnischen Bibliotheksbestände dezimiert, zerstört oder verstreut. Gemäß einer Berechnung von 2015 überlebten von den 22,6 Millionen Bänden der polnischen Bibliotheken vor 1939 nur ein knappes Drittel. Nach der Verlegung der deutsch-polnischen Grenze entlang der Oder-Neiße-Linie im August 1945 gelangten hingegen Millionen von Büchern aus privaten, kirchlichen und auch ausgelagerten öffentlichen Sammlungen der Preußischen Staatsbibliothek in einen neuen nationalen Kontext. Aus polnischer Perspektive wurden diese „zurückgelassenen“ Bücher aus deutschen Bibliotheken als Staatseigentum betrachtet und als solches vor weiteren Plünderungen und Zerstörungen geschützt. Polen hat auch versucht, den Abtransport von „Trophäenbüchern“ in die Sowjetunion zu verhindern. Laut einem polnischen Gesetz vom 6. Mai 1945 waren sie „verlassen und aufgegeben“. Entsprechend bezeichnet man diese Bücher aus ehemaligen deutschen Bibliotheksbeständen als „sichergestellte Büchersammlungen“ und betrachtet sie als „Kompensation“ für die absichtliche Zerstörung von polnischen Archiven und Bibliotheken während des Krieges – wenn auch eine gänzlich

unzureichende und unverhältnismäßige. In der Bundesrepublik wie auch in der DDR und vielleicht erst recht im wiedervereinigten Deutschland sind diese Bücher mit Begriffen wie „Verlust“, „schmerzliche Lücke“ oder „Zerrissenheit der Nachlässe und Sammlungen“ verbunden. Sinnbild dieser Zerrissenheit ist sicher die 8. Sinfonie von Beethoven: Die Handschrift des ersten, zweiten und vierten Satzes sind in der Staatsbibliothek zu Berlin aufbewahrt, der dritten Satz Tempo di menuetto indessen in der Biblioteka Jagiellońska in Krakau.

In Anlehnung an den Begriff der „Bibliomigrancy“ von B. Venkat Mani, wollen wir auf dieser Tagung Geschichten von Büchermigrationen zwischen Deutschland und Polen ab 1939 in den Mittelpunkt stellen. Die Wortneuschöpfung, die auf dem englischen Wort „Migrancy“ abgeleitet ist, deutet nicht so sehr auf ein Ereignis hin – die Migration von einem Land in ein anderes oder von einer Sprache in eine andere – als vielmehr auf einen Zustand, der andauert und sich fortentwickelt. Bei dem Begriff „Bibliomigratorisch“ geht es ebenso um die Reise der Bücher in Raum und Zeit, wie auch um ihre sich wandelnde Semantisierung innerhalb geografischer, politischer, institutioneller und sprachlicher Räume. Neben der Migration der Bücher geht es auf unserer Tagung auch um ihre Stellung in den Institutionen, in die sie integriert oder in denen sie auch nur aufbewahrt werden. Wir wollen den wechselnden Status der Bücher erkunden wie auch das Verhältnis von Gedächtnis,

Erinnern und Vergessen, dass bis heute zwischen Polen und Deutschland brisant bleibt. Seit nunmehr 75 Jahren sind diese Bücher Gegenstand zweier völlig verschiedener nationaler Erzählungen. Von einigen Initiativen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern abgesehen, sind sie auf eine politisch-symbolische Dimension der Kriegsfolgen reduziert.

Die Bücher sind in Universitätsbibliotheken (Łódź, Kraków, Wrocław, Warszawa) aufbewahrt, doch oft ohne erklärenden Zusammenhang, unzureichend katalogisiert, ohne Eingabe von Provenienz, „Verlegt, verwahrt und vergessen“, wie ich an einer Voltaire-Ausgabe der Philosophie de l'Histoire von 1765 zeigen konnte. Und doch haben diese Bücher etwas Gemeinsames: Auf beiden Seiten der Oder-Neiße-Linie geht es um Verlust- und Trauergeschichten. In ihrem programmatischen Aufsatz von 2017 mit dem Titel Die Provenienz der Kultur. Von der Trauer des Verlusts zum universalen Menschheitserbe plädierte Bénédicte Savoy für einen offenen Umgang mit der Provenienz kunsthistorischer Objekte auf ihren Wegen im Laufe des 18. und 19. Jahrhunderts in die europäischen Sammlungen. Sie zeigte, wie Trauer dadurch überwunden werden kann, dass man die Geschichte von wechselseitiger Wirkung und Verflechtung als gemeinsames europäisches Erbe erzählt und teilt. Die Bücher, die uns hier interessieren, sind im Gegensatz zu den Objekten der Kunstgeschichte, die Savoy behandelt, selten in einer Museumsvitrine vorzufinden, sondern oft vernachlässigt und vergessen. Doch sind sie gleichermaßen Zeugnis einer gemeinsamen europäischen Geschichte, die in eine Zeit weit vor 1939 zurückreicht. Der fast wahrgewordene Traum einer umfassenden erhabenen Weltbibliothek, in der alle Bücher über die digitalen Medien friedentiftend, überall zugänglich sind, hat auch etwas Abstraktes. Die Wiederentdeckung der „Lust am Buch“, wie Michael Hagner ausweist, geht mit Erzählungen, Provenienzforschung und subjektiver Aneignung einher. Auf dieser Tagung wollen wir die Bücher aus ihrem politischen toten Winkel herausholen und sie als lebendiges „Geschichtsding“ betrachten, samt ihrer „Biographie“ mit ihren kulturellen, sozialen und politischen Aspekten.

Avisierte Fragen und Themen

Seite 196 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

- Beispiele einzelner Bände aus polnischer oder deutscher Sammlungen, die im Krieg aus ihren institutionellen Kontext gerissen oder gar vollkommen zerstört wurden.
- Geschichte der Wege und der Wirkung einzelner Bände – auch als „vermisste“, abwesende, zerstörte Objekte im polnischen und deutschen kulturellen Gedächtnis.
- Stellenwert dieser Bücher im politischen und diplomatischen Diskurs sowohl in Polen wie auch in Deutschland. Können wir Schlüsselmomente in der Behandlung dieser diplomatischen Angelegenheit seit 1945 ausmachen, sowohl zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen wie auch zwischen Polen und der Bundesrepublik?
- Was machen die wandelnde Kontexte mit dem Buchobjekt, aber auch, was bewirkt ein solches Buch in verschiedenen wechselnden sozialen und politischen Umfeldern?

Die Tagung wird in Kooperation mit und in den Räumen des Deutsches Historisches Instituts Warschau (DHIW) stattfinden. Das Deutsches Historisches Institut Warschau (DHIW) wird während der Tagung auch einen Übersetzungsdienst anbieten. Sprachen: Deutsch/ English/ Polnisch.

Frist für die Einreichung der Abstracts ist der 01. September 2021

Kontakt

dhi@dhi.waw.pl

Zitation

Das "Bibliomigratorische" im deutsch-polnischen Kontext seit dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 21.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98476.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

10) Vom Buch aufs Feld – vom Feld ins Buch. Verflechtungen von Theorie und Praxis in Ernährung und Landwirtschaft (ca. 1300–1600)

Veranstalter

Dr. Stephan F. Ebert / Prof. Dr. Gerrit Jasper Schenk (TU Darmstadt)

Veranstaltungsort

UNESCO Welterbe Kloster Lorsch

64653 Lorsch

Vom - Bis

31.03.2022 - 02.04.2022

Frist

20.03.2022

Von

Stephan F. Ebert, Institut für Geschichte, Technische Universität Darmstadt

Seite 190 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Gegenwärtig führt der menschengemachte Klimawandel in der Nahrungsmittelproduktion und -konsumtion zu intensiven Debatten. Es entwickeln sich alternative Ansätze; neue Interaktionsformen zwischen Menschen und Natur entstehen. Moderne Techniken und Medien wandeln zugleich die Informationsmöglichkeiten und die Nahrungsmittelbeschaffung. Auch in der Vergangenheit haben Umbruchszeiten bedeutende Transformationsprozesse von Wirtschaftsweisen und Konsumverhalten ausgelöst, die diskutiert werden sollen.

In der Gegenwart führt der menschengemachte Klimawandel in der Landwirtschaft, der Nahrungsmittelproduktion und -konsumtion zu intensiven Debatten. Die industrielle Land- und Viehwirtschaft steht in der Kritik, das Klima anzuheizen. Es entwickeln sich daher alternative Ansätze; neue Interaktionsformen zwischen Mensch und Natur entstehen. Durch moderne Techniken und Medien wandeln sich in der Gegenwart zugleich die Informationsmöglichkeiten und die Nahrungsmittelbeschaffung tiefgreifend. Doch auch in der Vergangenheit haben Umbruchszeiten tiefgreifende Transformationsprozesse von Wirtschaftsweisen und Konsumverhalten ausgelöst.

Unter anderem klimatische Trends seit dem Einsetzen der Kleinen Eiszeit (ca. 1300), die europäische Hungerkrise (1315–1317) oder die Große Pest (1347–1352) führten zur Umwälzung gesellschaftlicher Verhältnisse, die auf die Landwirtschaft sowie den Anbau von Sonderkulturen wie etwa den Obst- und Weinbau Auswirkungen hatten. Durch den Humanismus und die Medienrevolution des 15. Jahrhunderts beschleunigt und vervielfältigt, wurde vermehrt klassische Fachliteratur in die Volkssprachen übertragen und auf diese Weise einem breiteren Rezipientenkreis zugänglich. Kulinarik und Diätetik sind daher bereits seit längerem Gegenstand der Germanistischen Mediävistik. Alte Wissensbestände über Agronomie und Diätetik wurde aber nicht nur kopiert, sondern auch um relevante Informationen zu witterungsbedingten Ansprüchen sowie unterschiedliche Wachstumsphasen bestimmter Pflanzen ergänzt. Durch den Columbian Exchange fanden dabei allmählich auch Nahrungsmittel der Neuen Welt (z. B. Mais, Paprika) Eingang in die Fachliteratur, wie beispielsweise das New Kreüterbuch von Leonhart Fuchs (1543) zeigt. Auch adlige Heiratsverbindungen sorgten für einen Austausch von Ernährungsgewohnheiten, die neuartige Anbauformen erforderlich machten (z. B. Spargel). ‚Verdichtungsorte des Wissens‘ wie Höfe, Städte und Klöster können hier als Impulsgeber verstanden werden, da dort aufgrund der intellektuellen, wirtschaftlichen und grundherrschaftlichen Ressourcen Expertenwissen am ehesten zusammenlief und weiterverbreitet werden konnte. Es ist kritisch zu diskutieren, in welchem Verhältnis hier Traditionswissen, Ansätze zur Empirie und praktisches Erfahrungswissen (z. B. local knowledge) zueinander standen. Verbanden sich diese Formen tatsächlich oder setzten sich bestimmte Formen durch und falls ja, unter welchen Bedingungen? Insgesamt, so die Annahme, konnten neue Interaktionsformen mit der biophysikalischen Umwelt entstehen, die als sozionaturale Schauplätze im Sinne der Wiener Schule der Umweltgeschichte aufgefasst werden können.

Die Tagung möchte hinter diese Prozesse und wechselwirkenden Dynamiken blicken und dabei nicht nur Fragen der Wissensaneignung und -distribution klären, sondern auch deren Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse während der Zeit von 1300–1600 diskutieren: Inwiefern half insbesondere volkssprachliche Fachliteratur dabei, Wissen ‚vom Buch auf das Feld‘ zu bringen (oder umgekehrt) und inwiefern führten neues Wissen und neue Praktiken zu einer gesellschaftlich getragenen Umformung bestehender Ökosysteme?

Seite 198 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Die Tagung findet in Präsenz in Lorsch statt und wird zugleich digital über Zoom übertragen. Interessierte an einer digitalen Teilnahme melden sich bitte bis zum 20. März 2022 bei Dr. Stephan Ebert: ebert@pg.tu-darmstadt.de.

Programm

Thursday, 31 March 2022

12 p.m. [CET] arrival

1 p.m. welcome

Section 1: Vom Buch aufs Feld I – Volkssprachen und der Einfluss neuer Medien / From Book to Field I – Vernacular Languages and the Influence of New Media

Chair: Jürgen Wolf (Marburg)

1:30 p.m.

Helmut W. Klug / Astrid Böhm (Graz): Kochrezeptsammlungen als Spiegel von Ernährungsgewohnheiten. Zum Erkenntnispotential einer Quellengattung

2:15 p.m.

Thomas Gloning (Giessen): Landwirtschaftliche Literatur in deutscher Sprache vom Mittelalter bis um ca. 1600

3 p.m. coffee break

3:30 p.m.

Christian Stadelmaier (Giessen): Verdichtungsorte von Wissen? Niederlassungen der Zisterzienser und ihr Umfeld mit Fokus auf das frühe 14. Jahrhundert

4:15 p.m.

Stefan Sonderegger (Zurich): Landwirtschaftliche Spezialisierungen in der südlichen Bodenseeregion im Spätmittelalter. Voraussetzungen, Akteure und Auswirkungen

6 p.m. keynote (in English)

Johannes Preiser-Kapeller (Vienna): New Crops for the New Rome? Tradition, Innovation and Dynamics of Agriculture in the Byzantine Empire and the (late) Medieval Eastern Mediterranean / Neue Früchte für das neue Rom? Tradition, Innovation und Dynamik der Landwirtschaft im Byzantinischen Reich und im (spät-)mittelalterlichen östlichen Mittelmeerraum

8 p.m. dinner

Friday, 1 April 2022

9 a.m. arrival

Section 2: Vom Buch aufs Feld II – Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau in Theorie (und Praxis) / From Book to Field II – Dietetics, Agriculture and Horticulture in Theory (and Practice)

Chair: Volkhard Huth (Bensheim/Darmstadt)

9:15 a.m.

Dominic Olariu (Marburg): Botanik am Übergang von der Handschrift zum Druckwerk. Pflanzenillustrationen in Kräuterbüchern des 15. und 16. Jahrhunderts

Seite 199 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

10:00 a.m.

Ansgar Schanbacher (Göttingen): Gärten und Ackerbau in religiösen Kontexten des 16. Jahrhunderts

10:45 a.m. coffee break

11 a.m.

Maximilian Schuh (Berlin): Grundherrschaft in Theorie und Praxis. Landnutzung und -verwaltung in der didaktischen Literatur zur Landwirtschaft in England zu Beginn des 14. Jahrhunderts

11:45 a.m.

Stephan F. Ebert (Darmstadt): Vom Buch aufs Feld? Zur praktischen Rezeption von ‚Fachliteratur‘ im deutschsprachigen Raum des ausgehenden Mittelalters

12:30 p.m. lunch

Section 3: Vom Feld ins Buch – Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau in Praxis (und Theorie) / From Field to Book – Dietetics, Agriculture and Horticulture in Practice (and Theory)

Chair: Rainer Schreg (Bamberg)

2 p.m.

Julian Wiethold (Metz): Landwirtschaft, Weinbau und Ernährung im Spätmittelalter und zu Beginn der Frühen Neuzeit (1300–1600). Neue archäobotanische Ergebnisse aus Lothringen, Ostfrankreich

2:45 p.m.

Andreas Dix (Bamberg): Sonderkulturen als historisch-geographisches Problem – Das Fallbeispiel Bamberg seit dem Spätmittelalter

3:30 p.m. coffee break

4 p.m. excursion Freilichtlabor Lauresham / Laboratory for Experimental Archaeology

7 p.m. evening lecture (in German)

Gerrit J. Schenk (Darmstadt): Gartenbau und Sonderkulturen am Oberrhein. Vom Lorscher Arzneibuch bis zum Pfälzer Duwak / Horticulture and special crops on the Upper Rhine. From the Lorsch Pharmacopoeia to the Palatinate Duwak

8:30 p.m. dinner

Saturday, 2 April 2022

9 a.m. arrival

Section 4: Globale Perspektiven / Global Perspectives

Chair: Stefan Knost (Halle)

9:15 a.m.

Antonio Sánchez de Mora (Seville): Documents from Spanish Archives to Study the Changes in American Agriculture, Ecosystems and Food during the Early Modern Age

10 a.m.

Fabian Kümmeler (Vienna): Granoturco (Maize) and the Columbian Exchange. Agriculture, Pastoralism, and Society in Premodern Southeast Europe

10:45 coffee break

11 a.m.

Chun Xu (Berlin): Terraforming the Mongol-Yuan Metropole. Yu Ji and His Campaign for Riziculture in Littoral Metropole

11:45 a.m.

summary und final discussion

12:30 p.m. refreshment / snacks

End of conference

Zitation

Vom Buch aufs Feld – vom Feld ins Buch. Verflechtungen von Theorie und Praxis in Ernährung und Landwirtschaft (ca. 1300–1600). In: H-Soz-Kult, 20.02.2022,

www.hsozkult.de/event/id/event-116048.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

11) Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland

Veranstalter

Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung München, Universität der Künste in Posen/Poznań, Deutsch-Polnische Gesellschaft München, Deutsches Polen-Institut in Darmstadt

Veranstaltungsort Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, 80333 München

06.04.2022 - 08.04.2022

Frist

08.08.2021

Von

Anna Baumgartner, Ludwig-Maximilians-Universität München

Ziel der Tagung ist zum einen, den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland zu reflektieren. Zum anderen werden aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutiert. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln. Die Tagung ist interdisziplinär angelegt und richtet sich an Kunsthistoriker sowie Forschende aus den Osteuropa- und Polenstudien. Auch Beiträge aus weiteren Disziplinen sind willkommen.

Konzeption und Organisation: Anna Baumgartner, Christian Fuhrmeister, Nerina Santorius, Marta Smolińska

Die Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München plant vom 25. März bis zum 31. Juli 2022 in Kooperation mit den Nationalmuseen in Warschau, Krakau und Posen eine groß angelegte Ausstellung zur polnischen Malerei: „Stille Rebellen. Polnischer Symbolismus um 1900“. Diese Ausstellung ist Ausgangspunkt und Resonanzraum einer Tagung, in der wir zum einen den Stand und die Rezeption der polnischen Kunst(geschichte) in Deutschland reflektieren und zum anderen aktuelle theoretische und methodische Ansätze diskutieren wollen. Es gilt, neue Perspektiven auf die polnische Kunst zu entwickeln.

Gerade in den letzten Jahren waren Initiativen zur Erforschung der Rezeption der polnischen Kunst außerhalb Polens, Tendenzen der stärkeren Vernetzung mit polnischen Kunsthistoriker:innen sowie Projekte zur Geschichte der deutsch-polnischen Kunstbeziehungen zu beobachten. Diese stehen oft in Zusammenhang mit Forschungen zur „Globalisierung osteuropäischer Kunstgeschichten“ (Vgl. Beáta Hock / Anu Allas (Hg.): *Globalizing East European Art Histories. Past and present*, London / New York 2018) und der Hinterfragung des kunsthistorischen Kanons. Im Fokus stand dabei zuletzt die Kunst(geschichte) des 20. Jahrhunderts mit Themen aus der Performance-Kunst, der Architekturgeschichte, Denkmalpflege und seit Kurzem auch der Provenienzforschung. Transnationale und auf die Untersuchung von Verflechtung und Austausch ausgerichtete Theorie- und Methodenansätze wurden fruchtbar gemacht und lenkten den Blick auch auf Abgrenzungs- und Entflechtungsmechanismen, die gerade im spannungsreichen deutsch-polnischen Kontext immer wieder zu beobachten sind.

Nichtsdestotrotz nimmt die polnische Kunst(geschichte) in der deutschen Forschungs- und Museumslandschaft nur einen Nischenplatz ein. In Anbetracht der in Deutschland nur selten öffentlich rezipierten polnischen Kunst vergangener Epochen ist die kommende Ausstellung in der Kunsthalle München ein wichtiges Ereignis, zumal die Malerei des 19. und frühen 20. Jahrhunderts auch in den auf Osteuropa insgesamt ausgerichteten Initiativen bisher nur wenig Beachtung fand. Eine gewisse Aufmerksamkeit erhielten jedoch die in München zahlreich tätigen polnischen Malern, die zuletzt aussagekräftig als Phänomen künstlerischer Migration untersucht worden sind. Eine gezielte Untersuchung der hochgradig transnational vernetzten und auch in anderen deutschen bzw. europäischen Kunstzentren tätigen polnischen Künstler:innen innerhalb der global zirkulierenden visuellen Kulturen des 19. Jahrhunderts ist bislang dennoch ein Desiderat, ebenso wie das zeitgenössische Kunstgeschehen in Polen jenseits des internationalen Galeriewesens.

Vor diesem Hintergrund soll der erste Teil der Tagung – mit Blick v.a. auf das 19. Jahrhundert – der Diskussion dieser Leerstellen gewidmet sein. Der Fokus liegt auf der deutsch-polnischen Perspektive, die aber in den europäischen und/oder globalen Kontext gesetzt werden soll. Die Beiträge aus der Kunstgeschichte oder den Polen- und Osteuropastudien sollten dezidiert das Potential neuer Forschungsansätze ausloten und sich beispielsweise mit Spannungen zwischen dem nationalen und transnationalen Paradigma, mit der Ver- und Entflechtung oder mit der (De-)Essentialisierung von Begrifflichkeiten oder Alterisierungs- bzw. (Selbst-)Exotisierungsmechanismen befassen. Auch infrastrukturelle Aspekte oder die Auswirkungen aktueller Kultur- und Ausstellungspolitik können thematisiert werden.

Im zweiten Teil der Tagung möchten wir das Untersuchungsfeld zeitlich ausweiten und neue theoretische Kontexte, Methoden und kuratorische Strategien diskutieren, die zur Überwindung jahrzehntelang tradiertener Deutungsmuster beitragen können. Hierfür begrüßen wir erneut ausdrücklich interdisziplinäre Beiträge, die anhand innovativer werkorientierter Analysen alternative Sichtweisen auf das Schaffen polnischer Künstler:innen durch die Epochen hindurch bis heute entwickeln: Border (art) studies / Migration studies und Erinnerungsräume / Memory studies / Visual culture und Postcolonial studies / (Post)feminismen / Posthumanismus / Postanthropozentrismus / Ökologische Strömungen / Material turn und neuer Materialismus / Jenseits des Visuellen: Tastsinn, Geschmacksinn, Geruchssinn, Propriozeption, kinästhetischer Sinn / Körperlichkeit und Somästhetik / Kartographisches und geopoethisches Denken / Kritische Geographie etc.

Abschließend wollen wir das Potential dieser neuen methodischen Herangehensweisen evaluieren und sondieren, ob und wie diese Ansätze auch für die polnische Kunst früherer

Epochen, insbesondere das 19. Jahrhundert, fruchtbar gemacht werden können. Welche neuen Perspektiven könnte dies für die deutsch-polnischen Kunstbeziehungen bringen?

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (maximal 2.500 Zeichen) samt einem kurzen Lebenslauf (maximal 500 Zeichen) bis zum 08. August 2021 an: polishart@zikg.eu.

Geplante Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. In Ausnahmefällen werden auch Beiträge in anderen Sprachen akzeptiert. Die Vorträge sollen die Dauer von 20 Minuten auf keinen Fall überschreiten.

Die Veranstalter haben Zuschüsse für Reise und Übernachtungskosten der Referent:innen beantragt. Werden diese bewilligt, können die Kosten übernommen werden. Es ist geplant, ausgewählte Beiträge der Tagung in einem Sammelband zu veröffentlichen.

Die Tagung findet in Kooperation zwischen dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte München, der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung, München, der Universität der Künste in Posen/Poznań, der Deutsch-Polnischen Gesellschaft München sowie dem Deutschen Polen-Institut in Darmstadt statt.

Kontakt

polishart@zikg.eu

Zitation

Un/Sichtbarkeit. Die polnische Kunst(geschichte) und Deutschland. In: H-Soz-Kult, 04.07.2021, <www.hsozkult.de/event/id/event-98653>.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

12) Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit. IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium

Veranstalter

Schwabenakademie Irsee

Veranstaltungsort

Irsee

Gefördert durch

Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG); Bezirk Schwaben; Trierer Arbeitsstelle für Künstlersozialgeschichte (TAK); Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München (ZI)

87660 Irsee

08.04.2022 - 10.04.2022

Frist

06.04.2022

Von

Markwart Herzog, Direktion, Schwabenakademie Irsee

Die Tagung nimmt die Reise- und Sammlungsbeschreibungen von Philipp Hainhofer zum Anlass, um verschiedene Aspekte der deutschen Gartenkunst zu beleuchten. Der behandelte Zeitraum setzt mit dem mittleren 16. Jahrhundert ein und endet etwa mit dem Erscheinungsdatum von Joseph Furttensbachs „Architectura Recreationis“ (1641).

Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit. IV. Philipp-Hainhofer-Kolloquium

Im Spannungsfeld von Nutzen und Zierde, von Natur und Kunst entwickelte sich ein breites Spektrum von Gestaltungen und von höfischen, städtischen, religiösen und wissenschaftlichen Nutzungskonzepten der Gärten.

Die Beiträge der Tagung widmen sich übergreifenden Themen wie der Gartentheorie, der Pflanzenverwendung und dem Sammeln exotischer Pflanzen, Gartengeräten sowie einzelnen Anlagen. Verschiedene Konzepte des Sammelns und Gestaltens sowie der Nutzung durch die Auftraggeberinnen und Auftraggeber werden untersucht.

Der Tagungsband, der 2023 im Michael Imhof Verlag als 4. Band der Buchreihe *Hainhoferiana* erscheint, wird über die Vorträge hinaus einen Aufsatz von Holger Th. Gräf zu „Tulpen aus Augsburg – zwei Funde zum Anbau und Handel von Zierpflanzen um die Mitte des 17. Jahrhunderts“ beinhalten.

Programm

Freitag, 8. April 2022

18.00 Uhr Anreise – Abendessen

19.30 Uhr

Dr. Markwart Herzog, Direktor der Schwabenakademie Irsee: Begrüßung

Abendvortrag

Prof. Dr. Iris Lauterbach, München: Wasserspiele, Vogelhäuser, Artischocken. Augsburger Gartenkunst der Frühen Neuzeit im Kontext

Die Rednerin ist Forschungsreferentin am Münchner Zentralinstitut für Kunstgeschichte und lehrt an der Technischen Universität München. Ihre Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der europäischen Gartenkunst vom 16. bis zum 20. Jahrhundert, Architektur und Stadtplanung im Nationalsozialismus sowie die Restitution von NS-Raubkunst nach 1945.

Samstag, 9. April 2022

9.00 Uhr

Prof. Dr. Hubertus Fischer, Berlin: „Gartenzierd“ und „Gartenlust“. Zwei Zentralbegriffe der frühen deutschen Gartentheorie

Dr. Helmut Zäh, Augsburg: Der Humanist als Gärtner. Konrad Peutinger (1465–1547) und die Botanik

10.30 – 11.00 Uhr Kaffeepause

Seite 204 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Dr. Christiane Lauterbach, Nürnberg: Botanische Gelehrtengärten des 16. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum

Dr. habil. Clemens Alexander Wimmer, Potsdam: Grammatik und Bepflanzungselemente des Renaissancegartens

12.30 Uhr Mittagessen

14.00 Uhr

Dr. Simone Balsam, Dresden: Facetten deutscher Orangeriekultur der Frühen Neuzeit (ca. 1550 bis 1640)

Dr. Elke Bujok, München: Hofküchengärten der Wittelsbacher

15.30 – 16.00 Uhr Kaffeepause

Dr. Michael Wenzel, Wolfenbüttel: „... aber für Churfürstliche gärten sein sie nit zu zierlich, sondern die Münchische gärten übertreffen sie weit, an zirligkeit“. Philipp Hainhofer besichtigt den Hortus Palatinus

Dr. Hanns Hubach, Haßloch: Fürst und Fürstin im Garten. Zur Nutzung des Renaissancegartens von Schloss Friedelsheim durch Pfalzgraf Johann Casimir und seine Ehefrau Elisabeth von Sachsen

Dr. Sophie-Luise Mävers, Köln: „[...] hernacher der Garten gewaltiglich gros und kunstreich“. Der höfische Renaissancegarten in Kassel zwischen Lust, Nutzen und Wissenschaft

18.15 Uhr Abendessen und Beisammensein im Stiftskeller

Sonntag, 10. April 2022

8.30 Uhr

Dr. Christine Nagel, Dresden: Gartengerät des 16. Jahrhunderts in der Dresdner Kunstkammer

Dr. Christa Syrer, München: Sophia von Brandenburg und die Gartenkunst in Dresden und Colditz um 1600. Quellen, Netzwerke, Akteure

Dr. Zdeňka Míchalová, Plzeň: The Renaissance Garden of Telč Castle in Moravia: History, Iconography and Meaning

10.45 – 11.00 Uhr Kaffeepause

Dr. Waltraud Kofler Engl, Bozen: „Mensch wie Fisch gleichermaßen zur Recreation dienend“. Der Stiftsgarten des Augustiner-Chorherrenstiftes Neustift

Prof. Dr. Nadja Horsch, Leipzig: Garteneremitagen als ästhetische und soziale Gegenwelten

ca. 12.30 Uhr Tagungsende, Mittagessen, Abreise

Leitung und Moderation

Dr. Markwart Herzog, Irsee

Dr. Sylvia Heudecker, Irsee

Prof. Dr. Dr. Andreas Tacke, Trier

Dr. Michael Wenzel, Wolfenbüttel

in Kooperation mit
Prof. Dr. Iris Lauterbach, München

Kontakt

Schwabenakademie Irsee
Klosterring 4
87660 Irsee
Telefon: 08341 906-661 oder -662
Fax: 08341 906-669
E-Mail: buero@schwabenakademie.de

<https://www.schwabenakademie.de/veranstaltung/alias/deutsche-gartenkunst-der-fruehen-neuzeit-circa-1550-bis-1640-52.html>

Zitation

Aspekte deutscher Gartenkunst der Frühen Neuzeit. In: H-Soz-Kult, 17.02.2022,
<www.hsozkult.de/event/id/event-115990>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

13) Seemacht - Ideologie, Realität, Politik und Repräsentation

Veranstalter

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, Potsdam,
Deutsches Marinemuseum, Wilhelmshaven und Freundeskreis Marineschule Mürwik
e.V., Flensburg-Mürwik

Veranstaltungsort

Atlantic Hotel Wilhelmshaven

26382 Wilhelmshaven

Vom - Bis

21.04.2022 - 23.04.2022

Von

Nina Nustede, Sammlung, Deutsches Marinemuseum

„Seemacht“, dies zeigt die aktuelle Diskussion über die Aufrüstung der USA, Russlands und Chinas, aber auch kleinerer Mächte zur See, erscheint heute ebenso wichtig wie in vergangenen Jahrhunderten.

„Seemacht“, dies zeigt die aktuelle Diskussion über die Aufrüstung der USA, Russlands und Chinas, aber auch kleinerer Mächte zur See, erscheint heute ebenso wichtig wie in vergangenen Jahrhunderten. Es ist Ziel der Tagung, die historische Dimension der Bedeutung von „Seemacht“, ihre theoretische Begründung und ihre Ausprägungen an ausgewählten Beispielen zu untersuchen. Damit verknüpft ist der Versuch, das Thema „Seemacht“ für Besucherinnen und Besucher in verständlicher Weise zu musealisieren und damit der breiten Bevölkerung verständlich zu machen.

Seite 206 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Gemeinsame Tagung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, des Deutschen Marinemuseums in Wilhelmshaven und des Freundeskreises Marineschule Mürwik e.V. in Flensburg-Mürwik.

Die Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Englische Vorträge werden auf Deutsch simultanübersetzt.

Die Anmeldung zur Tagung erfolgt ausschließlich über den Onlineshop auf der Website des Deutschen Marinemuseums (Einkaufswagensymbol in der Kopfleiste oder Link unten), in dem Sie sich mit Ihren bereits vorhandenen Zugangsdaten anmelden oder ein Konto eröffnen müssen. Anschließend wählen Sie den Artikel „Tagung ‚Seemacht – Ideologie, Realität, Politik und Repräsentation‘“. In dem sich nun öffnenden Fenster müssen Sie auf dem Kalender das grün markierte Datum „21. Apr 2022“ anklicken und Ihre Auswahl durch klicken auf das blaue Feld „Preise (135,00 EUR)“ bestätigen.

Im Tagungshotel Atlantic Hotel, Jadeallee 50, 26382 Wilhelmshaven (atlantic-hotels.de/Wilhelmshaven) steht bis 14. März ein Abrufkontingent von 25 Zimmern zu einer Sonderrate von 120,00 EUR zur Verfügung. Bitte buchen Sie Ihr Zimmer direkt über das Hotel (Tel +49 4421 773 38 162).

Bitte beachten Sie, dass die Veranstalter sich kurzfristige Änderungen aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie vorbehalten.

Programm

21. April 2022

Anreise: bis 13.00 Uhr

Grußworte: Dr. Stephan Huck (Leiter Deutsches Marinemuseum)

Oberst i.G. Dr. Sven Lange (Kommandeur Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr)

Seemacht – Ideologie 14.00-17:00

Holger H. Herwig (University of Calgary): Alfred T. Mahan – Der Marineprophet

Andrew Lambert (King's College London): Julian Corbett – Some Principles in Naval Strategy

Jean Martinant de Preneuf (Service Historique de la Défense, Paris): Théophile Aube – Vater de Jeune Ecole

18:00 Uhr Öffentlicher Abendvortrag

Einführung: Konteradmiral a.D. Gottfried Hoch (Vorsitzender des Vorstands der Stiftung Deutschen Marinemuseum)

N.N.

Die Deutsche Marine – Was bedeutet Seemacht für Deutschland heute?

Anschließend Umtrunk (Auf Selbstzahlerbasis; 15,- EUR; wird vor Ort erhoben)

22. April 2022

09.00-13:00 Uhr: Seemacht – Realität

Chris Bell (Dalhousie University, Halifax: „Rule Britannia“ – Großbritannien: Von Admiral John Fisher bis Dudley Pound“

Jörg Hillmann (Einsatzführungskommando, Potsdam): Seemacht = Weltmacht: Von Tirpitz bis Raeder

Thibault Lavernhe (Marine nationale française): Frankreich – eine Seemacht?

Geoff Till (Naval War College, Newport/USA): Die USA – Von Roosevelts Great White Fleet zur „Maritime Doctrine“ in der Reagan-Ära

Tobis Kollakowski (King's College, London): Russland – eine Seemacht?

Seite 207 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Alessio Patalano (King's College, London): China Weltmacht durch Seemacht?

14:00-17:00 Uhr: Politik

Frank Nägler (Berlin): Doktrin und Geschichte. Maltzan und der Russische-Japanische Krieg

Kerrin Langer (ZMSBw): "The old world fought; the modern world counts." - Wettrüsten, Abrüsten und Rüstungsvergleiche, 1889- 1922

Christian Jentzsch (ZMSBw): Gunboat diplomacy - Marine als Mittel der Politik

18:00-21:00 Uhr Gemeinsames Abendessen (Teilnahme bitte separat über den Onlineshop buchen)

Dinner speech

Michael Epkenhans: Der Einfluss von Seemacht auf die Geschichte – von Salamis bis Kuwait

23. April 2022

09:00 – 12:00 Uhr: Repräsentationen – Marine im Museum

Stephan Huck (Deutsche Marinemuseum): Einführung – Zwischen Technikfaszination und Partizipation. Marinemuseen im Wandel

Round Table: Maritime Museums in transition – Moderation: Dr. Ralf Raths (Direktor Deutsches Panzermuseum, Munster)

Ruth Schilling (Geschäftsführende Direktorin, Deutsches Schifffahrtsmuseum, Bremerhaven/D) – Mathew Sheldon (Executive Director of Museum Operations, National Museum of the Royal Navy, Portsmouth/GB) – Stephan Huck (Deutsches Marinemuseum, Wilhelmshaven) – N.N.

Kontakt

info@marinemuseum.de

<https://marinemuseum.ticketfritz.de/Event/Kalender/8242/23973?typ=Vorlage>

Zitation

Seemacht - Ideologie, Realität, Politik und Repräsentation. In: H-Soz-Kult, 20.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-116016.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

14) Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert)

Veranstalter

Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg), Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

Veranstaltungsort

Universität Trier

54286 Trier

Vom - Bis

28.04.2022 - 29.04.2022

Frist:

23.01.2022

Von

Christa Birkel, Universität Trier

Call for Papers - Nachwuchstagung an der Universität Trier - 28./29.04.2022

(Version française ci-dessous)

Die Grenzregion zwischen dem Königreich Frankreich und dem Heiligen Römischen Reich war im Hoch- und Spätmittelalter ein nicht nur in territorialpolitischer, sondern auch in wirtschaftlicher, religiöser, sozialer und kultureller Hinsicht dynamischer Raum, dessen geschichtswissenschaftliche Erforschung immer auch ein grenzübergreifendes Arbeiten erfordert. Trotz dieser Grundvoraussetzung fehlt derzeit insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Nachwuchses die Möglichkeit eines Länder- und Sprachgrenzen übergreifenden Austauschs. Um diesem Desiderat entgegenzuwirken, möchten wir Master-Absolvent/innen und Nachwuchswissenschaftler/innen (Promotion, Habilitation) dazu einladen, ihre aktuellen Forschungsprojekte im Rahmen einer Nachwuchstagung an der zentral im Einzugsgebiet der ‚Großregion‘ gelegenen Universität Trier einem einschlägig interessierten Publikum vorzustellen und mit diesem zu diskutieren.

Die Veranstaltung richtet sich sowohl an Historiker/innen als auch an interdisziplinär arbeitende Wissenschaftler/innen fachverwandter Disziplinen (Archäologie, Kunstgeschichte, Literatur- und Sprachwissenschaften, etc.), die ihre Forschungsvorhaben in einem zwanzigminütigen Vortrag präsentieren und anschließend zur Diskussion stellen möchten. Als Tagungssprachen sind Deutsch, Französisch und Englisch vorgesehen. Die Präsentationssprache ist darunter frei wählbar, die beiden anderen Sprachen sollten aber, um sich am wissenschaftlichen Austausch beteiligen zu können, zumindest passiv beherrscht werden. Zudem sollte die Bereitschaft bestehen, bereits eine Woche vor Tagungsbeginn ein Abstract der Präsentation für alle Teilnehmer/innen zur Verfügung zu stellen. Um Nachwuchswissenschaftler/innen auf allen Stufen ihrer Projektvorhaben anzusprechen, ist eine Publikation des Vortrags bisher nicht vorgesehen, bei entsprechender Qualität der Präsentationen aber nachträglich zu erwägen.

Eine Zuschussung der Reisekosten ist nach Vorlage der Fahrkarten in einer Höhe von max. 70 € möglich, ebenso können die Kosten für eine Übernachtung erstattet werden.

Seite 209 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Interessierte können ihr Abstract (1-2 Seiten) inklusive akademischem CV bis zum 23. Januar 2022 einreichen unter christa.birkel@hhu.de. Eine Rückmeldung erfolgt bis spätestens 4. Februar 2022.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an schaeferh@uni-trier.de oder christa.birkel@hhu.de.

Auf Zuschriften freuen sich

Dr. Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr. Antoine Lazzari (Université du Luxembourg) und Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

CfP : Colloque pour jeunes chercheur·ses « De Liège à Strasbourg. Recherches récentes sur la région frontalière franco-allemande au Moyen Âge central et à la fin du Moyen Âge (XIe-XVle siècles) »

(English version below)

La région frontalière entre le royaume de France et le Saint Empire représentait au Moyen Âge central et à la fin du Moyen Âge un espace dynamique, aussi bien sur le plan de la politique territoriale, que d'un point de vue économique, religieux, social et culturel. Les recherches en histoire sur cet espace requièrent donc toujours un travail transfrontalier. Malgré ce prérequis, la possibilité d'un échange qui dépasserait les frontières et les barrières linguistiques fait actuellement défaut, particulièrement pour les jeunes chercheur·ses. Afin de pallier ce manque, nous souhaitons inviter des diplômé·es de Master et des chercheur·ses en début de carrière (doctorat, habilitation) à présenter leurs projets de recherche actuels devant un public intéressé avec lequel ils ou elles pourront discuter. Le colloque destiné aux jeunes chercheur·ses se tiendra à l'Université de Trèves, située au cœur de la « Grande Région ».

Le colloque s'adresse aussi bien aux historien·nes qu'aux chercheur·ses travaillant de manière interdisciplinaire dans des disciplines apparentées (archéologie, histoire de l'art, littérature, linguistique, etc.). Les communications auront une durée de vingt minutes et seront suivies d'une discussion. Les langues prévues pour la conférence sont le français, l'allemand et l'anglais. La langue de présentation peut être choisie librement, mais les deux autres langues doivent être maîtrisées au moins passivement afin de pouvoir participer à l'échange scientifique. De plus, il est attendu des conférencier·ères qu'ils et elles mettent à disposition des participants un résumé de leur présentation une semaine avant le début du colloque. Afin de s'adresser à tou·tes les jeunes chercheur·ses indépendamment du degré d'avancement de leur projet, une publication des communications n'est pas encore prévue, mais pourra être envisagée ultérieurement si la qualité des présentations le permet.

Une subvention pour les frais de voyage est possible sur présentation des titres de transport à hauteur de 70 € maximum. Les frais d'hébergement pourront également être remboursés. Les personnes intéressées pourront envoyer leur proposition de contribution (1 à 2 pages) et leur CV académique jusqu'au 23 janvier 2022 à christa.birkel@hhu.de. Une réponse sera donnée au plus tard le 4 février 2022.

Pour toute question, veuillez vous adresser à schaeferh@uni-trier.de ou christa.birkel@hhu.de.

Se réjouissent de vos propositions :

Dr Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr Antoine Lazzari (Université du Luxembourg),
Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

CfP: Young Researchers' Conference „From Liège to Strasbourg. New Research on the German-French Border Region During the High and Late Middle Ages (11th–16th Century)“

In the High and Late Middle Ages, the border region between the Kingdom of France and the Holy Roman Empire was a dynamic space not only in terms of territorial politics, but also in economic, religious, social and cultural terms, which always requires cross-border work in historical research. Despite this elementary precondition, there is currently a lack of cross-national and cross-language exchange, especially for young academics. In order to meet this need, we would like to invite MA graduates and young researchers (doctorate, habilitation) to the University of Trier, which is located in the centre of the ‚Greater Region‘, to present their current research projects to a professional audience and to discuss them within the setting of a young researchers' conference.

The event is open to historians as well as interdisciplinary researchers from related disciplines (archaeology, art history, literature, linguistics, etc.) who would like to present their research projects in a twenty-minute lecture and put them up for discussion afterwards. The conference languages are German, French and English. The language of the presentation can be chosen freely, but the other two languages should be mastered at least passively in order to participate in the scientific exchange. Additionally, lecturers should be willing to provide an abstract of the presentation for all participants one week before the start of the conference. In order to address young researchers at all stages of their projects, a publication of the contributions is not yet planned, but could be considered at a later stage if the presentations are of appropriate quality.

A grant for the travel costs is possible up to a maximum of 70 € after submission of the travel tickets, and the costs for one overnight stay can also be refunded.

Potential participants can submit their abstracts (1-2 pages) including an academic CV by 23 January 2022 to christa.birkel@hhu.de. Feedback will be provided by 4 February 2022 at the latest.

For further information, please contact schaeferh@uni-trier.de or christa.birkel@hhu.de.

We look forward to receiving your contributions

Dr Christa Birkel (HHU Düsseldorf), Dr Antoine Lazzari (Université du Luxembourg) and
Hanna Schäfer, M.A. (Universität Trier)

Kontakt

Dr. Christa Birkel (christa.birkel@hhu.de)

Zitation

Von Lüttich bis Straßburg. Neue Forschungen zur deutsch-französischen Grenzregion im Hoch- und Spätmittelalter (11.-16. Jahrhundert). In: H-Soz-Kult, 16.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114775.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

15) On Borders and Boundaries

Veranstalter

Chair for East and Southeast European History (LMU, Munich), Institute of International Studies (Charles University, Prague), Munich Graduate School for East and Southeast European Studies, Junge Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde Regionalgruppe München

LMU in Munich
80539 Munich

Vom - Bis

28.04.2022 - 29.04.2022

Frist

31.01.2022

Von

Matthias Melcher, Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Historisches Seminar, LMU

We kindly invite you to apply for our international conference: On Borders and Boundaries: German-Czech Conference for Young Researchers. The conference is scheduled to take place in Munich on April 28th - 29th. Please apply by January 31st.

On Borders and Boundaries

Program:

Even though state borders in Europe in times of Schengen, Erasmus and EU roaming seem less and less important to a lot of young people, borders and boundaries nevertheless are key factors of our discourses. Regardless of the external frontiers of the EU, discursive boundaries of what can (or cannot) be said or even limits of CO2 emission – borders, boundaries, frontiers and limits are relevant in many different contexts and guide our perception of the world. Even the state borders within the EU have attained a new relevance due to the Covid-19 pandemic which no one expected two years ago. The conference is hosted in Munich. We invite young scholars (students of Master's programs or doctoral students) from the Czech Republic and Germany to engage in interdisciplinary discussion on the issue of borders and boundaries. We explicitly welcome presentations from different fields of study (history, language & literature, political and social sciences, cultural studies etc.) Individual presentations (15-20 min) will be integrated into panels and shall also be commented upon by advanced researchers. A publication of the conference proceedings is envisioned in the DigiOst book series. The Working language of the conference is English. All expenses for travel, board and lodging will be covered for the participants presenting a paper (conditional to the approval of funding). The conference will take place according to the extant rules regarding the Covid-19 pandemic. Should an in-person event not be possible, the conference will take place online.

Application:

To apply for the conference, please send abstracts of your proposed presentation (max. 400 words) to the organizing team by January 31st. Notifications of acceptance will be provided by February 7th. Please then prepare your presentation including a paper (max. 4.000 words) to be handed in by April 1st to give the commentators enough time to prepare their remarks.

Kontakt

matthias.melcher@lmu.de

https://www.gose.geschichte.uni-muenchen.de/aktuelles/conference_borders/index.html

Zitation

On Borders and Boundaries. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-114929.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

16) "Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Veranstalter

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

40225 Düsseldorf

11.05.2022 - 13.05.2022

Anmeldefrist

31.07.2021

Von

Gero Faßbeck, Institut für Romanistik, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Im Mittelpunkt der Tagung steht die Frage, welche wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ästhetischen Dynamiken durch Flüsse in Gang gesetzt werden. Neben konkreten Flussräumen (z.B. Rhein, Donau, Oder, Rhône, Ebro, Tiber) soll es dabei auch um Fragen des methodischen Zugriffs auf räumliche Flussdynamiken gehen. Flüsse, so die leitende These, sind nicht nur passive Objekte wissenschaftlicher Beschreibung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstituierung von Räumen beteiligt.

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken

Flüsse sind (genauso wie Meere oder Gebirge) seit jeher ein prägender Bestandteil von Räumen. Sie dienen als natürliche Grenzen, formen den Charakter einer Landschaft und prägen das Bild ganzer Regionen. Für die Wahrnehmung eines geografischen Raumes spielen Flüsse daher eine ganz wesentliche Rolle. Entsprechend werden ihre Lage und ihr Verlauf aufs Genaueste beschrieben, vermessen und kartografiert. Als natürliche Gebilde konfrontieren sie den Menschen mit Gefahren (Hochwasser, Dammbüche, usw.), deren Risiken durch Eingriffe in die Natur (z.B. Staudämme, Kanäle, Begradigungen) minimiert werden. Umgekehrt macht sich der Mensch das natürliche Potenzial von Flussräumen auch zu Nutze (z.B. Wasserkraft, Landwirtschaft). Flüsse sind jedoch nicht nur das passive Objekt wissenschaftlich-technischer Naturbeherrschung, sondern sie sind selbst aktiv an der Konstitution von Räumen beteiligt. Begreift man Flüsse als eigenständige Akteure im Rahmen einer Netzwerk-Theorie, so stellt sich die Frage, welche Dynamiken durch sie in Gang gesetzt werden.

In ökonomischer Hinsicht dienen Flüsse als wichtige Transport- und Verkehrswege. Sie sind Lebensadern der Wirtschaft, die zur Verflechtung von Wirtschaftsräumen beitragen. Ihre verkehrstechnische Nutzung zieht eine Vielzahl von juristischen Diskursen nach sich, die ihrerseits wieder neue Dynamiken erzeugen, indem sie (supra-)staatliche Gesetzgebungen anregen, aus denen neue Institutionen hervorgehen. In politischer Hinsicht sind Flüsse oftmals umkämpfte Grenzen oder Orte kriegerischer Auseinandersetzungen. Mitunter werden sie zur Projektionsfläche für nationale Diskurse, an denen sich langlebige Feindschaften ausbilden (z.B. Rhein, Oder-Neiße). Gleichzeitig bilden sie aber auch Räume des Kontakts, in denen kulturelle Transfer- und Austauschprozesse stattfinden. Flussräume sind somit exemplarische Räume der Abgrenzung und der Verflechtung. Als solche tragen sie entscheidend zur Herausbildung von Raumkulturen bzw. zur Entstehung von Kulturräumen bei (z.B. Donau, Rhein, Oder, Rhône, Tiber, Ebro). Nicht zufällig gilt der Fluss seit der Antike (Heraklit) als Sinnbild für Identitätsproblematiken schlechthin. Denn Flüsse konstituieren Räume mit erheblicher Beharrungskraft, die gerade deswegen konstant bleiben, weil sie immer in Bewegung sind.

Das paradoxe Verhältnis von Konstanz und Veränderung eignet sich auch für ästhetische Diskurse. Bereits im Mythos wird der Fluss als metaphorische Schwelle bzw. Ort des Übergangs markiert (z.B. Lethe, Rubikon). In der Bibel ist er ein Symbol für Reinigung und Heilung (z.B. Jordan). Überaus häufig begegnet man Fluss-Symboliken in Sagen, Märchen und Legenden (z.B. Loreley). Überhaupt scheinen Flussräume in besondere Weise anschlussfähig für eine Imagologie des Wassers zu sein. Daneben spielt der Fluss aber auch eine Rolle bei der Entstehung von Kulturtechniken (z.B. Baden, Schwimmen, Waschen, Kuren) und künstlerisch-diskursiven Praktiken (z.B. Rhein-Romantik). Letztere verbinden sich auffällig häufig mit Flussabschnitten, die als Knotenpunkte für Transferprozesse zwischen einzelnen Regionen dienen (z.B. Furten, Zusammenflüsse). Oftmals bilden diese Räume schon nach kurzer Zeit eigene „Kulturlandschaften“, d.h. räumliche Einheiten, die über bestimmte Merkmale verfügen und an denen sich ein einheitlicher „Stil“ (im Unterschied zu kurzfristigen Moden) entwickelt. Bezeichnenderweise haben sich Orte des Wissens (z.B. Bibliotheken, Klöster, Stifte) im Mittelalter bevorzugt an solchen Flussabschnitten angesiedelt, deren begünstigende Faktoren auch dazu beigetragen haben, künstlerische Praktiken zu verbreiten.

Im Rahmen der Tagung sollen sowohl konkrete Flussräume als auch einzelne der hier vorgestellten Flussdynamiken aus einer geistes- und kulturwissenschaftlichen Perspektive beleuchtet werden. Das Verhältnis von Flussdynamiken und Raumkulturen soll dabei aus einer längeren historischen Perspektive untersucht werden, die den Zeitraum vom Mittelalter bis zum 19. und 20. Jahrhundert abdeckt. Neben thematisch-inhaltlichen Aspekten sind insbesondere auch Beiträge erwünscht, die sich mit methodischen Fragen auseinandersetzen.

Mögliche Themen oder Fragestellungen der Beiträge könnten u.a. sein:

- Wie lassen sich Flussräume mit ihren spezifischen Eigenheiten und Verflechtungen über (nationale) Grenzen hinweg beschreiben?
- Wie lassen sich der Fluss und seine dazugehörigen Elemente (Strom, Quelle, Mündung, Fließen, usw.) für eine Analyse von Raumkulturen / Kulturräumen operationalisieren?
- Welche Rolle spielen Flüsse für die Konstitution von Räumen? Welcher kulturellen Anstrengungen bedarf es, um Flüsse als räumliche Einheiten zu konstituieren?
- Inwiefern wird die Wahrnehmung von geografischen Räumen durch Flüsse gelenkt und welche Faktoren tragen dazu bei, dass sich die Raumwahrnehmung verändert?

Seite 214 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

- Welche Art von wirtschaftlichen, politischen, ästhetischen und künstlerisch-diskursiven Dynamiken entstehen entlang von Flussläufen?

Die Tagung wird organisiert vom Forschungsverbund "Fluide Räume" der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zu den beteiligten Fachdisziplinen gehören das Institut für Geschichte, germanistische Mediävistik, Romanistik und Kunstgeschichte.

Beiträge aus anderen als den genannten Disziplinen sind jedoch explizit erwünscht.

Die Tagung beginnt am Mittwoch, den 11. Mai 2022, und endet am Freitag, den 13. Mai 2022, jeweils gegen Abend. Veranstaltungsort ist das Haus der Universität Düsseldorf, Shadowplatz 14, 40212 Düsseldorf. Die Anwesenheit der Tagungsteilnehmer an allen drei Veranstaltungstagen ist erwünscht. Kosten für Unterkunft und Reise werden erstattet. Honorare können nicht gezahlt werden.

Wir erbitten die Einsendung von Abstracts (max. 2500 Zeichen) bis zum 31.07.2021 an Fluide.Raume@hhu.de.

Veranstalter:

Geographie Fehlanzeige! Warum?

Prof. Dr. Achim Landwehr
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Gebäude 23.32
Universitätsstraße 1
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Guido Thiemeyer
Institut für Geschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 23.31
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ricarda Bauschke-Hartung
Institut für Germanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.54
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Andrea von Hülsen-Esch
Institut für Kunstgeschichte
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Prof. Dr. Ursula Hennigfeld
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Dr. Gero Faßbeck
Institut für Romanistik
Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1
Gebäude 24.51
40225 Düsseldorf

Kontakt: Fluide.Raeume@hhu.de

Zitation

"Fließende Räume" - Der Fluss als Generator räumlicher Dynamiken. In: H-Soz-Kult, 03.06.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98109.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

17) Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung

Veranstalter

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Institut für Kunstgeschichte (Dr. Marina Beck)

Ausrichter

Dr. Marina Beck

Veranstaltungsort

Online

91054 Erlangen

Vom - Bis

12.05.2022 - 13.05.2022

Frist

06.03.2022

Von

Marina Beck, Institut für Kunstgeschichte, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Die Geschmacksbildung stellte im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine der Kernaufgaben der Museen dar. Sie diente der Vermittlung eines positiven Bildes der eigenen Nation und sollte helfen das Nationalgefühl zu stärken. In dem Workshop sollen verschiedene Möglichkeiten untersucht werden, die aufzeigen, wie sich die erzieherische Rolle der Museen unter Einbeziehung der Frage der Vermittlung eines nationalen Identitätsgefühls ausdrückte.

Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung

Die Geschmacksbildung stellte im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert eine der Kernaufgaben der Museen dar. Ihre Umsetzung erfolgte je nach Art des Museums unterschiedlich. In den Kunstgewerbemuseen wurden Vorbildersammlungen genutzt, in denen besonders technisch oder ästhetisch ansprechende Anschauungsobjekte getrennt nach Material und Objektgruppen präsentiert wurden. Ähnliche Studiensammlungen lassen sich auch in kulturhistorischen Museen finden, die in ihrer Ausstellungskonzeption oft versuchten, typologische Sammlungen mit Schausammlungen, die die Objekte in ihrem funktionalen historischen Kontext zeigten, zu verbinden. In den Kunstmuseen lag der Fokus auf einer ästhetischen Geschmacksbildung. Durch die Hängung der Kunstwerke nach National-Schulen wurden den Besucher:innen die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der verschiedenen Stile aufgezeigt.

Die unterschiedlichen Präsentationskonzepte in den verschiedenen Museen hatten dabei ein gemeinsames Ziel: Die Produkte / Objekte / Kunst der eigenen Nation sollten hervorgehoben und ihre Vorzüge betont werden. Der bildungspolitische Auftrag der Museen zielte somit darauf ab, mit Hilfe der Geschmacksbildung ein positives Bild der eigenen Nation zu vermitteln und hierdurch das Nationalgefühl zu stärken. Die erzieherische Funktion der Bildungsinstitution Museum reichte hierbei von Formfragen über die ästhetische Erziehung bis hin zu verschiedenen Bildungsaufgaben der Museen und sollte dazu dienen, die Bevölkerung zu guten nationalen Staatsbürger:innen zu erziehen. Der letzte Punkt wurde insbesondere nach 1871 virulent, als die Museen im Zuge der Volksbildungsbewegung die Aufgabe einer Volksbildungsstätte übernehmen sollten.

In dem Workshop sollen verschiedene Möglichkeiten untersucht werden, die aufzeigen, wie sich die erzieherische Rolle der Museen unter Einbeziehung der Frage der Vermittlung eines nationalen Identitätsgefühls ausdrückt. Ein Schwerpunkt liegt auf der Ankaufs- und Sammlungspolitik der Museen, die durch kultur-, bildungs- und (wirtschafts-)politische Beweggründe beeinflusst wurde. Hieran anknüpfend stellt sich die Frage der Anordnung und Präsentation der Sammlungen sowie der Objekte in den Museen und die damit verbundenen Vermittlungsstrategien, die in den Museen umgesetzt wurden. Wie lässt sich der erzieherische Auftrag der Museen fassen und beschreiben? Wo wird er auf welche Art und Weise sichtbar und für die Besucher:innen erfahrbar?

Somit werden drei Themenfelder in den Blick genommen, wobei sich innerhalb der Beiträge gerne Überschneidungen ergeben können:

- 1) Geschmacksbildung und ästhetische Erziehung im Museum
- 2) Das Museum als Ort der Bildung und Abbildung der Nation
- 3) Vermittlung im Museum: Das Museum als Volksbildungsstätte

Der geographische Fokus liegt auf den sich im 19. Jahrhundert konstituierenden Staaten in Europa. Zeitlich liegt der Schwerpunkt auf der Phase der Museumsgründungen in der zweiten Hälfte des 19. und dem beginnenden 20. Jahrhundert. Beiträge, die sich mit der erzieherischen Aufgabe von Museen hinsichtlich der Prägung eines Nationalgefühls im 20. Jahrhundert beschäftigen, sind ebenfalls sehr willkommen. Die Beiträge können sich auf einen oder mehrere Museumstypen (Kunstmuseen, Kunstgewerbemuseen, kulturgeschichtliche Museen etc.) konzentrieren und entweder einen Bau in den Fokus der

Seite 217 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Analyse stellen oder mehrere miteinander vergleichen. Deziert möchten wir Nachwuchswissenschaftler:innen dazu einladen, aus ihren laufenden Projekten (Dissertationen, Forschungsprojekten, Habilitationen) zu berichten.

Der Online-Workshop setzt sich zum Ziel, ein Forum zur gemeinsamen Diskussion über aktuell in Arbeit befindliche Projekte zu bieten und soll der Vernetzung und dem intensiven Austausch dienen. Um dies zu gewährleisten, werden verschiedene Möglichkeiten zur Diskussion miteinander kombiniert. So werden die Beiträge der Referent:innen zunächst in Kleingruppen (Breakout-Sessions) diskutiert. Die Fragen, Anregungen und Diskussionsbeiträge der Kleingruppen werden gesammelt und im Anschluss in der großen Runde gemeinsam mit den Referent:innen besprochen.

Der Online-Workshop wird via Zoom am 12. und 13. Mai 2022 stattfinden.

Bitte senden Sie Ihr Abstract (maximal eine Seite) sowie ein kurzes CV bis zum 6. März 2022 an folgende Mailadresse: marina.beck@fau.de. Die Rückmeldung und Einladung zum Workshop erfolgt bis zum 28. März 2022.

Organisation:
Dr. Marina Beck
Institut für Kunstgeschichte
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Kontakt

E-Mail: marina.beck@fau.de

Zitation

Geschmacksbildung im Zeitalter der Nationenbildung. Das Museum als Ort der (ästhetischen) Erziehung und Volksbildung. In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115665.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

18) 17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR

Veranstalter
Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) (Historische Forschungsstelle)
Ausrichter
Historische Forschungsstelle

15537 Erkner

Vom - Bis
19.05.2022 - 20.05.2022
Frist
15.02.2022

Seite 218 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Von

Harald Engler, Historische Forschungsstelle, Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung

Seit knapp drei Jahrzehnten organisiert das IRS in Erkner Werkstattgespräche zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR, die zu einem zentralen Forum der Diskussion über dieses Themenfeld geworden sind. Das 17. Werkstattgespräch wird am 19. und 20. Mai 2022 stattfinden.

In Kooperation mit:

- Prof. Dr. Stephanie Herold (TU Berlin/ISR, Professur für Städtebauliche Denkmalpflege und urbanes Kulturerbe)
- Prof. Dr. Harald Kegler (Universität Kassel/Zentrum für Planungsgeschichte)
- Prof. Dr. Hans-Georg Lippert (TU Dresden/Professur für Baugeschichte) und
- Prof. Dr. Hans-Rudolf Meier (Bauhaus-Universität Weimar/Professur Denkmalpflege und Baugeschichte)

Es dient als Forum zur Diskussion über neue fachwissenschaftliche Forschungsarbeiten jüngerer und etablierter KollegInnen sowie zum Gedankenaustausch zwischen Fachwissenschaftler und Zeitzeug:innen.

Wir freuen uns über Vorschläge zu allen Aspekten der Bau- und Planungsgeschichte der DDR. Besonders erwünscht sind dieses Mal Beiträge zu den Themenfeldern:

- Bauen und Planen in der SBZ/DDR 1945–1955
- Planen und Bauen im ländlichen Raum
- staatliche Institutionen des Bauwesens
- Baukombinate, Projektierungsbüros und weitere Tätigkeitsbereiche der DDR-Architekt:innen
- Architektur der Sowjetischen Streitkräfte (auch Vergleichsstudien zu den Bauten der westlichen Alliierten) und ihre Umnutzung nach der Wende
- Umgang mit der DDR und ihrem baulichen Erbe in der Transformationszeit (1985–2000)
- Stadterneuerung und Umgang mit Altstädten in der DDR und nach der Wende
- Denkmalpflege in der DDR
- Neubewertung der Architektur der Ostmoderne

Willkommen sind auch epochenübergreifende Beiträge zur Planungsgeschichte Ostdeutschlands im 20. Jahrhundert, transnationale Zugänge sowie zu Biografien von Architekten und Planer:innen. Wir freuen uns über Vorträge aus allen Disziplinen wie Architektur, Kunstgeschichte, Bauforschung, Denkmalpflege, Sozial- und Kulturwissenschaften sowie der Stadtforschung. Explizit aufgerufen werden auch neue methodische Ansätze aus dem digitalen Bereich. Da die Konferenz die aktuellen Trends der Forschung reflektieren und diskutieren soll, werden die Schwerpunkte der einzelnen Sektionen der Tagung entsprechend den eingegangenen Themenvorschlägen eingerichtet. Inwiefern die Tagung in Präsenz oder in digital-hybrider Form stattfinden wird, ist von den pandemiebedingten Entwicklungen abhängig.

Wir bitten alle interessierten Kolleginnen und Kollegen, uns bis spätestens zum **15. Februar 2022** Vorschläge für Vorträge per E-Mail an: werkstattgespraech2022@leibniz-irs.de zu schicken. Die Themenvorschläge sollten in Form eines Abstracts (max. 400 Worte) und einem knappen CV (max. 200 Worte) eingereicht werden.

Kontakt

E-Mail: werkstattgespraech2022@leibniz-irs.de

<https://leibniz-irs.de/forschung/forschungsabteilungen/historische-forschungsstelle/werkstattgespraeche>

Zitation

17. Werkstattgespräch zur Bau- und Planungsgeschichte der DDR. In: H-Soz-Kult, 21.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114882.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

19) Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum

Veranstalter

Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice

Veranstaltungsort

Kulice

Gefördert durch

Interreg V A Programm der Zusammenarbeit Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polen im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Projektnummer – INT198

PL 72200 Kulice

Vom - Bis

19.05.2022 - 21.05.2022

Frist

15.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

Jahreskonferenz des Internationalen Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin, Kulice, 19.–21. Mai 2022

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Geschichtsforschung und -schreibung über den Ostseeraum deutlich intensiviert. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Reaktion auf die Grenzöffnungen seit 1989. Vielmehr hat die öffentliche Beschäftigung mit der Geschichte der Ostseeregion den politischen Wandel und eine transnationale gesellschaftliche Annäherung befördert.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Geschichtsforschung und -schreibung über den Ostseeraum deutlich intensiviert. Dabei handelt es sich nicht nur um eine Reaktion auf die Grenzöffnungen seit 1989, vielmehr könnte man die These aufstellen, dass die öffentliche Beschäftigung mit der Geschichte der Ostseeregion den politischen Wandel und eine transnationale gesellschaftliche Annäherung befördert hat.

Bildete zunächst Fernand Braudel und seine Mittelmeerwelt einen zentralen Orientierungspunkt für eine neue Geschichtsschreibung der Ostseeregion, so stellt sich das Bild mittlerweile deutlich vielschichtiger dar. Neben klassischen Themen wie der Hanse und den Auseinandersetzungen um das *Dominium Maris Baltici* in der frühen Neuzeit werden inzwischen zahlreiche weitere Aspekte thematisiert, wie etwa Migrationen, Erinnerungskulturen, Geschlechtergeschichte, Imperien- oder Postkolonialismus, um nur einige Themenfelder zu nennen. Zudem gibt es Ansätze, die Ostseeregion im größeren Kontext globaler Geschichte zu betrachten. Nicht alle dieser Zugänge zur Geschichte der Ostseeregion sind völlig neu, sondern finden sich mitunter schon auch in früheren Publikationen. Allerdings wurde ihre Verbreitung nicht selten durch Probleme in der Distribution behindert, so dass manche Publikationen schlicht kaum greifbar waren. Dazu gesellten sich politische, sprachliche und mitunter auch mentale Barrieren. Vor diesem Hintergrund bilden die Generierung und der transnationale Austausch von Wissen über die Geschichte der Ostseeregion ein zentrales Thema der Konferenz. Ein zweites Kernthema bildet die Fragen, ob die Ostseeregion als Bezugspunkt historiographische Narrationen hervorbringt, die sich von nationalen Perspektiven unterscheiden, und inwieweit solche transnationalen Aspekte auch in die Forschung und Geschichtsvermittlung Eingang finden.

Auf der Konferenz sollen in zeitlicher und geographischer Breite biographische, thematische und regionale Beiträge zur Geschichtsschreibung über die Ostseeregion traditionskritisch erörtert werden und auf ihre Bedeutung für zukünftige Forschungsansätze befragt werden. Wir laden Sie herzlich ein, sich als Experten/Referenten an der Konferenz zu beteiligen. Wir sind an bisher unveröffentlichten Einzelstudien, aber auch an synthetischen und vergleichenden Ansätzen interessiert.

Bewerbungen mit Titel des Vortrags, Zusammenfassung (bis zu 600 Zeichen) und Biogramm (bis zu 600 Zeichen) auf Englisch oder Polnisch bis zum 15. März 2022 an jorg.hackmann@usz.edu.pl.

Die BewerberInnen werden bis zum 1. April 2022 über diese Auswahl informiert. Tagungssprachen sind Englisch und Polnisch. Die Veranstaltung wird simultan übersetzt. Eine Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist geplant.

Die Teilnahme an der Konferenz ist für Experten/Referenten kostenlos. Die Reisekosten (2. Klasse bzw. Economy Class) werden erstattet bzw. mit einem Honorar verrechnet.

Die Konferenz findet am 19.-21. Mai 2022 im Internationalen Zentrum für interdisziplinäre Studien (MOBI) der Universität Szczecin statt, das sich in einem ehemaligen Herrenhaus der Familie von Bismarck befindet. Der Veranstalter bietet einen kostenlosen Transport von Stettin zum Veranstaltungsort in Kulice und zurück.

Sollte sich die Pandemiesituation nicht wesentlich verbessern, besteht die Möglichkeit, die Veranstaltung im hybriden Format oder vollkommen online zu organisieren.

Sie sind herzlich eingeladen!

Kontakt

jorg.hackmann@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/de/call-for-papers-d/>

Zitation

Stand und Perspektiven der Geschichtsschreibung über den Ostseeraum. In: H-Soz-Kult, 17.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115239.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

20) Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte

Veranstalter

Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) u. KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Veranstaltungsort

KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Gefördert durch

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

99734 Nordhausen

Vom - Bis

20.05.2022 - 22.05.2022

Frist

14.04.2022

Von

Karsten Uhl, KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

Die Gesellschaft für Technikgeschichte (GTG) und die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora laden zur Jahrestagung der GTG zum Thema „Technik im Nationalsozialismus“ ein, die vom 20. bis zum 22. Mai 2022 in der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora stattfinden wird. Im Rahmen der Tagung findet am Sonntag (22.5.) das thematisch offene Technikhistorische Forum der GTG statt, in dem Habilitierende und Promovierende ihre laufenden Projekte vorstellen.

Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte

Für die Teilnahme an der Tagung sind die dann geltenden Pandemiebestimmungen zu beachten, über die wir die Angemeldeten informieren werden. Aktuell gilt für die Räumlichkeiten der Gedenkstätte die 2G-Regel.

Eine Anmeldung ist bis zum 14. April per Mail an gtg2022@dora.de möglich. Der Tagungsbeitrag beträgt 50€ für GTG-Mitglieder, 15€ für Studierende und Geringverdienende sowie 70€ für Nicht-Mitglieder ohne Ermäßigung.

Hotelempfehlungen:

Bitte beachten Sie, dass einige Hotelkontingente nur bis Ende Februar reserviert sind. Bitte beziehen Sie sich bei einer Buchung auf die Tagung in der Gedenkstätte.

In folgenden Hotels wurden Kontingente zu besonderen Konditionen reserviert:

Seite 222 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

1. Nordhäuser Fürstenhof, Bahnhofstr. 12-13, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 62 50, email: hotel@nordhaeuser-fuerstenhof.de, Web: www.nordhaeuser-fuerstenhof.de
Einzelzimmer 85€ (vorreserviert bis 14.4.)

2. Hotel Nordhausen, Freiherr-vom-Stein-Str. 48, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 4626780, email: info@hotel-nordhausen.de, Web: <https://www.hotel-nordhausen.de>
Einzelzimmer 59-75€ (vorreserviert bis 28.2.)

Seite 205 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 810 vom 17.02.2022

3. Jugendgäste- und Bildungshaus Rothleimmühle, Parkallee 2, 99734 Nordhausen, Tel.: +49 (0) 3631 902391, email: rothleimmuehle@jugendsozialwerk.de, Web: www.jugendherberge-thuringen.de
Einzelzimmer ab 30€ (vorreserviert bis 1.3.)

Programm

Freitag, 20. Mai

14 Uhr: Begrüßung und Einführung

14.30-16.30 Uhr: SEKTION 1: TECHNIK FÜR DEN KRIEG

- Frank Dittmann (Deutsches Museum München): Automatische Arbeiter für die Raketenproduktion des Mittelwerks

- Beate Winzer (Berlin): Automatisierung und Zwangsarbeit in der elektrischen Industrie

- Maximilian Schulz (Universität Leipzig): Technisierte Zwangsarbeit für die Luftrüstungsindustrie. Das System der KZ-Außenlager der Erl-Maschinenwerk GmbH Leipzig 1943-1945

- Rachele Delucchi (ETH Zürich): Mit Nichts unterwegs. Vakuumtechnologie im Transfer um 1945

16.30 Uhr: Kaffeepause

17 Uhr: Führung über das Gelände der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora

19 Uhr: KEYNOTE

Tiago Saraiva (Drexel University, Philadelphia): A global perspective on fascism and technology

Anschließend: Buffet

22 Uhr: Transfer in die Hotels

Samstag, 21. Mai

9.30-11.30 Uhr: SEKTION 2: VISIONEN DER KREISLAUF-ÖKONOMIE. ABFALL UND RECYCLING IM NS-REGIME

- Sören Flachowsky (Bergische Universität Wuppertal): ‚Planende Schüttung‘ – Berliner Müllkreisläufe im NS

- Anne Berg (University of Pennsylvania): Schrottparadies Osten: Fantasie und Wahn der nationalsozialistischen Kreislaufwirtschaft

- Heike Weber (TU Berlin): Altstoffe und Altstoffgewerbe in der NS-Zeit: Das Beispiel der Lumpen

- Christian Möller (Bielefeld): Kreislaufträume im Sozialismus. Die Aneignung und Umformung nationalsozialistischer Verwertungspraktiken in der SED-Diktatur

11.30 Uhr: Treffen der Arbeitskreise der GTG und Möglichkeit zur Besichtigung der Ausstellungen in der Gedenkstätte

13 Uhr: Mittagspause

Seite 223 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

14-15.30 Uhr: PODIUMSDISKUSSION: TECHNIK UND NATIONALSOZIALISMUS IN GEDENKSTÄTTEN UND MUSEEN

mit Johannes Großwinkelmann (Weltkulturerbe Rammelsberg), Tina Kubot (Museum für Kommunikation Frankfurt), Timo Saalman (KZ-Gedenkstätte Flossenbürg) u. Konrad Sziedat (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit); Diskussionsleitung: Nora Thorade (Deutsches Technikmuseum Berlin)

15.30 Uhr: Kaffeepause

16 Uhr: Die Zukunft der Zeitschrift TECHNIKGESCHICHTE

17 Uhr: GTG-Mitgliederversammlung

19 Uhr: Transfer in die Hotels

Sonntag, 22. Mai

9.30-11 Uhr: SEKTION 3: DER UMGANG MIT NS-TECHNIK IN DER GESCHICHTSKULTUR NACH 1945

- Philipp Aumann (Historisch-Technisches Museum Peenemünde): Technik des Nationalsozialismus ausstellen. Theoretische Grundlagen und praktische Umsetzung am Beispiel der Versuchsanstalten Peenemünde

- Sandra Klos (Österreichische Akademie der Wissenschaften): Rudolf Salinger – Denken und Tun eines Technikers während und nach der NS-Zeit

- Sarine Waltenspül (Collegium Helveticum Zürich): Reusing technology: NS-Forschungsfilm in der Bundesrepublik

11 Uhr: Kaffeepause

11.30 Uhr: TECHNIKHISTORISCHES NACHWUCHSFORUM DER GTG

- vier Vorträge, separate Bekanntmachung

13.30 Uhr: Tagungsausklang beim Mittagsimbiss

ab 14 Uhr: Transfer zum Bahnhof

Kontakt

gtg2022@dora.de

<https://www.dora.de>

Zitation

Technik im Nationalsozialismus. Jahrestagung der Gesellschaft für Technikgeschichte. In: H-Soz-Kult, 31.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115601.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

21) International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries"

Veranstalter

Institute of History at the University of Szczecin / Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University / Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow

Veranstaltungsort

University of Szczecin and online (hybrid)

71017 Szczecin

Vom - Bis

26.05.2022 - 27.05.2022

Frist

29.04.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

The conference will oscillate around three fundamental research problems:

- 1) Central and Eastern European countries as a subject and object of international relations,
- 2) Intercultural relations in Central and Eastern Europe, and
- 3) The countries of Central and Eastern Europe facing the crises of the 21st century.

Oskar Halecki's concept of Central and Eastern Europe has become the subject of many historical, cultural, and political debates. The states of Central and Eastern Europe are undoubtedly an integral part of Europe with which they share common civilization roots. Historical experiences, however, brought some differences in their model of political and legal culture. Central and Eastern Europe, somewhat doomed to a different, diverse, and multinational neighborhood, was in the past and is still open to playing the role of a bridge between the East and the West. Besides, like the West of Europe, it has a long tradition of integration thought, ranging from the idea of Res Publica Christiana, through the idea of a union, up to a federation of states. A special place in this process is occupied by the dramatic events of the 20th century, when after World War I the identity of the countries in the region was shaped through the experience of communism, until the end of the 1980s, which brought the end of the Cold War and a change in the international position of Central and Eastern European countries. The arduous process of systemic transformation and gaining the subjectivity of societies and legal and international sovereignty by the states of this part of Europe began. The organizers are pleased to invite experienced researchers as well as people on the threshold of their adventure with science to the scientific conference - Central and Eastern Europe in international politics of the 20th and 21st centuries.

We are interested in bringing together scholars from various fields, especially but not exclusively, international relations, history, politics and public policy, social studies, etc. We encourage interdisciplinary and comparative perspectives and welcome abstract submissions from postgraduate students as we plan to organize panels with the participation of doctoral students and students.

All presentations should oscillate around three fundamental research problems:

Central and Eastern European countries as a subject and object of international relations

- bilateral and multilateral relations
- cooperation within international organizations
- diplomacy and foreign policy
- regional cooperation
- integration concepts in this part of Europe

Seite 225 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Intercultural relations in Central and Eastern Europe

- ethnic and national minorities
- cultural cooperation
- protection of cultural heritage
- multiculturalism

The Countries of Central and Eastern Europe facing the crises of the 21st century

- the migration crisis
- the climate crisis
- the energy crisis
- the health security crisis

Individual proposals should be sent to europasrodkowa@usz.edu.pl, interested scholars and doctoral students will then receive an application form to fill in and send back to the same address by April 29, 2022. The program will be posted on May 5, 2022. The organizers do not cover travel and accommodation expenses.

The conference fee is 350 PLN (round about 80,00 EUR) for experienced researchers, 100 PLN (round about 22,00 EUR) for doctoral students.

CONFERENCE VENUE:

- The conference will be held in the hybrid form, in Szczecin and via the internet platform.
- CONFERENCE LANGUAGES: Polish, English, German, Czech, Slovak

POST-CONFERENCE PUBLICATION:

There is a publication planned in one of the conference languages in a renowned publishing house or journals from the ministerial list (after receiving positive reviews).

ORGANIZER: The Institute of History, the University of Szczecin in scientific cooperation with the Department of International Relations at Andrzej Frycz Modrzewski Krakow University and the Institute of History and Archival Studies at the Pedagogical University in Krakow.

ORGANIZING COMMITTEE:

- dr hab. Anna Szczepańska-Dudziak, prof. US (Chair)
- dr Renata Nowaczewska
- dr Jordan Siemianowski
- mgr Michał Rozenberg

Kontakt

E-Mail: europasrodkowa@usz.edu.pl

<https://en.usz.edu.pl/his/>

Zitation

International Conference "Central and Eastern Europe in the International Politics of the 20th and 21st Centuries". In: H-Soz-Kult, 01.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115510.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

22) Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit

Veranstalter

Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanów; Kulturbüro des Marschallamtes der Woiwodschaft Podlachien in Białystok; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Institut für Geschichte und Archivkunde, Institut für Militärgeschichte; Hauptvorstand der Polnischen Historischen Gesellschaft; Hauptarchiv für alte Akten Warschau; Institut für Geschichte Litauens in Vilnius; Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń: Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Veranstaltungsort

Ciechanowiec (Woiwodschaft Podlachien, Polen)

18-230 Ciechanowiec

Vom - Bis

09.06.2022 - 10.06.2022

Frist

01.03.2022

Von

Renata Skowronska, Polnische Historische Mission, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

Internationale wissenschaftliche Tagung "Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit"
Tagungsort: Muzeum Rolnictwa im. ks. Krzysztofa Kluka w Ciechanowcu [Krzysztof-Kluk-Landwirtschaftsmuseum in Ciechanowiec] (Woiwodschaft Podlachien, Polen. Google Maps.
Termin: 9.-10. Juni 2022

Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit

Ziel der Tagung ist es, die sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen und ihre Auswirkungen auf das Leben und Funktionieren der ländlichen Gemeinden in Polen und seinen Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit darzustellen. Wir interessieren uns besonders für die Gebiete Polens, Litauens, Lettlands sowie der UdSSR (BSSR, UdSSR, RFSRS) in der Zwischenkriegszeit. Willkommen sind auch Referate zu verschiedenen

Seite 227 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Regionen des damaligen und heutigen Deutschlands (Ostpreußen, Schlesien, Pommern, Brandenburg, Sachsen etc.).

Detaillierte Beschreibung der Themen:

- wirtschaftliche Entwicklung oder Rückständigkeit ländlicher Gebiete;
- die Auswirkungen von Agrarreformen;
- Entwicklung des politischen Bewusstseins der Landbewohner;
- Kultur- und Bildungsleben auf dem Land;
- Alltagsleben;
- Entwicklung des Nationalbewusstseins der ländlichen Bevölkerung;
- Landbevölkerung angesichts der Veränderung der Staatsgrenzen in Mittel- und Osteuropa;
- wirtschaftliche und ideologische Experimente auf dem Land in der Sowjetunion;
- Migrationen der ländlichen Bevölkerung (Wirtschafts-, Bildungs- und Politikmigration, Militärdienst).

Sprachen der Vorträge: Polnisch, Weißrussisch, Ukrainisch, Russisch, Englisch. Die Tagung ist für Präsenz geplant, sofern dies aus Pandemie-Sicherheitsgründen zulässig ist.

Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 1. März 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de). Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung: sind der Webseite (<http://pmh.umk.pl/de/ciechanowiec/>) zu entnehmen. Die Veranstalter bieten an (kostenlos):

- Verpflegung und Übernachtung vom 8. bis 11. Juni 2022 in den Gästezimmern des Museums;
- Beichtigung des Landwirtschaftsmuseums sowie eine Besichtigungstour;
- Druck der Referate in einem Sammelband (den Veransaltern ist sehr wichtig, die Beiträge möglichst schnell zu veröffentlichen, die Texte werden ins Polnische übersetzt);
- Transport vom / zum Bahnhof (Czyżew) zum / vom Sitz des Museums in Ciechanowiec (nach vorheriger Benachrichtigung des Datums und der Uhrzeit);

Es wird keine Tagungsgebühr erhoben. Achtung: Die Veranstalter erstatten keine Reisekosten.

Kontakt

Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de)

<http://pmh.umk.pl/de/ciechanowiec/>

Zitation

Veränderungen im sozialen und wirtschaftlichen Leben der Landbevölkerung in Polen und in den Nachbarländern in der Zwischenkriegszeit. In: H-Soz-Kult, 10.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115851.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

23) Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923

Veranstalter

Institute of History, Jagiellonian University; ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute
(Institute of History, Jagiellonian University)

Ausrichter

Institute of History, Jagiellonian University

Veranstaltungsort Kraków

31-007 Kraków

Vom - Bis

29.06.2022 - 01.07.2022

Frist

01.02.2022

Von

Kamil Ruzsala, Institut für Geschichte, Jagiellonen-Universität-Krakau

The refugee crisis has accompanied people in every era of the past. While observing the current migration crisis on the European continent, it is not something completely unknown: floating borders and people on the move remain permanent, though forgotten, part of the past and heritage. The organizers invite researchers to Kraków who study war refugees in the first decades of the twentieth century. The focus of the planned conference is on comparative transnational perspectives.

The refugee crisis has accompanied people in every era of the past. The current migration crisis on the European continent is not something completely unknown: changing borders and people on the move remain a permanent, though forgotten, part of the past and heritage. This makes the problem of war refugees part of the public discourse and social consciousness. Lessons from past refugee crises teach us something about the mechanisms – as it turns out, unchanged for centuries – of state policy and human behaviour when prejudices and stereotypical views collide with migrants/refugees (different contexts but similar attitudes?). Therefore, studying refugeedom is also an attempt to understand contemporary problems from a historical perspective.

To date researchers have studied the issue of war refugees, focusing on specific regions, areas of the former empires that collapsed in 1918; specific refugee groups (with different social, cultural, and religious backgrounds); the reaction between refugees and locals (hosts); refugee policies of authorities at central (state) and local levels, etc. Nevertheless, there are still many unexplored problems related to the forgotten history of anonymous masses of people – mostly average citizens in exile who were overshadowed by the major political events of the First World War and the shaping of a new post-imperial order. The goal is to create a common narrative comparing the war experiences of civilians on the run and the politics and attitudes towards them from different areas of the European continent.

The organizers invite researchers to Kraków who study war refugees in the first decades of the twentieth century. The focus of the planned conference is on comparative transnational perspectives, which will make an important contribution to international learning. Previous work has rarely compared the refugee experience in a broader context (with some exceptions), mainly from an East-West perspective, and therefore there is no single European narrative of this human experience from over a hundred years ago. Therefore,

the conference debate (and subsequent conference proceedings) will include a comparison of the experiences of war refugeedom on the Eastern Front, the Italian Front, the Western Front, the Ottoman Empire, the Balkan Front, the Baltic Region, etc., from 1914 to 1920. The aim of the conference is the integration of the research communities, academic infrastructures, and the local institutions and individual scholars representing different fields. The conference will allow the organizers to involve an interdisciplinary and international team of researchers working on war refugees in the first decades of the twentieth century in Europe, providing them with a place to present their research and a platform to exchange ideas and debate colleagues at different levels (PhD students, post-docs, and early career and advanced scholars) on current issues from the angle of past experience.

We are particularly interested in papers that address the following themes:

- The legal status and definition of refugees in a centennial perspective: from local to global, from the Hague Conventions to the Geneva Convention;
- Diverse group: experiences of refugees in national, religious, ethnic and gender categories;
- Migration patterns: differences and similarities between different refugee experiences, inclusion vs. exclusion;
- Public health in the context of flight and the public response, stereotypes and public discourse;
- The role of the state in mitigating public discourse and responses;
- Systems of refugee assistance;
- Trajectories and displacement of refugees, including political strategies (organized infrastructure and location system) and refugees' own directions of spontaneous escape/migration;
- The analysis of state mechanisms in the face of a migration crisis (legislation, relations with local authorities, state population control, propaganda);
- The development of tools to deal with the refugee crisis after the First World War;
- The chronology of the refugee influx in comparison with the chronology of the First World War;
- Consequences of refugeedom: how did the experience influence the continent, its people and politics;
- Methodological approaches and concepts (WW1 and beyond).

Finally, there is a summary question that combines all of the previous questions: can we create a single narrative of wartime refugeedom that covers the different refugee groups of the European continent and even a broader geographical perspective? Is this theoretical experiment even possible? These are just some of the ideas on the possible research questions on the subject of refugees and displaced persons during the First World War and after the collapse of the empires and the old system in Europe. The organizers are also looking for proposals that go beyond the above questions. The invitation to submit proposals is thus not only open to historians who are aware of the fact that migrations represent an intersection of different disciplines. The conference coordinators in Krakow and Ljubljana are attempting to create this single transnational comparative narrative that could, over time, find its place not only in a broad academic audience but also in the consciousness of the European public and in policy and decision-making. The organizers plan to publish the results of the conference in the form of a collective research monograph on the experience of migration and war flight during the First World War and the post-war years in a comparative perspective. Therefore, further meetings and seminars are planned to prepare and provide a final product in the form of a book.

Seite 230 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

The conference will be accompanied by a keynote lecture by Prof. Peter Gatrell, as well as by a seminar on source studies in the archives in Krakow, presenting sources on World War I refugees and forced migration. As part of our workshop we are planning a special tour of former World War I battlefields with some of the great examples of war memorials designed by famous artists and war gravesites.

Abstracts no longer than 300 words, along with contact information, name, and institutional affiliation, should be sent to kamil.ruszala@uj.edu.pl and petra.svoljsak@zrc-sazu.si. The deadline for abstract submission is February 1, 2019, and the full list of speakers will be announced in early February 2022. The conference will be held in Kraków in June 29 – July 1, 2022.

The organizers will cover the cost of accommodation, conference materials, participation in the planned excursion, refreshments, and lunch.

Organizing Committee
Petra Svoljšak, ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (petra.svoljsak@zrc-sazu.si)
Kamil Ruszala, Jagiellonian University (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Kontakt

Petra Svoljšak, ZRC SAZU, Milko Kos Historical Institute (petra.svoljsak@zrc-sazu.si)
Kamil Ruszala, Jagiellonian University (kamil.ruszala@uj.edu.pl)

Zitation

Humans in Motion: War Crisis and Refugees in Europe 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 20.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114861.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

24) Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum

Veranstalter
Marco Besl und Simone Oelke
Veranstaltungsort
Gästehaus der Abtei Niederaltaich
Gefördert durch
Studienstiftung d. dt. Volkes, StipendiatInnen machen Programm

94557 Niederalteich

30.06.2022 - 03.07.2022

Frist

15.03.2022

Von

Marco Besl, Abteilung für Alte Geschichte, Historisches Seminar, Ludwig-Maximilians-Universität München

Forschungskolloquium für Doktorandinnen und Doktoranden
mit Prof. Dr. Hartmut Leppin (Abteilung für Alte Geschichte, Goethe-Universität Frankfurt)

Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum

Welche Rolle spielt das orthodoxe Christentum in der politischen Welt Osteuropas? Nicht nur bei der letzten Kremlwahl wurde deutlich, in welchem Ausmaß religiöse Autoritäten politische Herrschaft stützen und unterstützen. Dieses interdisziplinäre Seminar will allerdings den Zusammenhang zwischen der in Osteuropa dominierenden Konfession und den verschiedenen politischen Kulturen umfassender in Blick nehmen: Das Kolloquium will grundlegende Strukturen und historische Bedingungen analysieren, die den heutigen, sehr eng erscheinenden Zusammenhang zwischen Politik und Religion in Osteuropa verständlich machen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sollen ihre eigenen Arbeiten und Ideen in die Veranstaltung einbringen und in Vorträgen von maximal 45 Minuten (auch kreative Formate erwünscht) präsentieren. Es sollen dabei verschiedene Fachdisziplinen wie Politik-, Geschichts-, Religionswissenschaft, Theologie oder Kunstgeschichte etc. miteinander ins Gespräch kommen.

Zentrale Fragen werden unter anderem sein: Welche theologischen Denkvoraussetzungen bringt das orthodoxe Christentum mit sich, um sein Verhältnis zur politischen Sphäre zu bestimmen? Wie bezieht sich die Politik in den verschiedenen Staaten Osteuropas auf die dortige Mehrheitsreligion? Unter welchen historischen Bedingungen lässt sich das heutige Verhältnis von Religion und Politik verstehen und welche Spannungen zwischen politischer und religiöser Sphäre bestehen bereits seit der Spätantike? Inwiefern besitzt religiöse Symbolsprache und Kunst eine unterstützende Funktion für politische Anliegen? Primär will dieses Forschungskolloquium auf ein Verständnis der Phänomene abzielen und die Formel von der Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke kritisch hinterfragen.

Das Forschungskolloquium findet im Gästehaus der Benediktinerabtei Niederaltaich (bei Passau) statt. Dort wird der in der Orthodoxie praktizierte byzantinische Ritus in deutscher Sprache gepflegt, sodass Einblicke in Glaubens- und Bildwelt des orthodoxen Osteuropa möglich werden. Der Tagungsort ist komfortabel mit dem ICE zu erreichen (Haltestelle Plattling, Niederbayern).

Tagungsort: Abtei Niederaltaich, Mauritiushof 1, 94557 Niederalteich, Bayern

Für diese Veranstaltungen gelten die zum Tagungszeitpunkt geltenden behördlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie, zumindest jedoch 2G.

Kosten für Unterkunft (in Einzel- oder Doppelzimmer nach Verfügbarkeit), Vollpension und Tagungsteilnahme: 260,00€

Für PromotionsstipendiatInnen der Studienstiftung d. dt. Volkes wird ein großzügiger Zuschuss gewährt (siehe die Ausschreibung im Daidalosnet)

Bewerbung bis zum 15. März 2022 mit Lebenslauf und Expose des eigenen Beitrags (max. 1 Seite) bitte ausschließlich an Simone1.Oelke@stud.uni-regensburg.de

Zitation

Politische Kulturen Osteuropas und das orthodoxe Christentum. In: H-Soz-Kult, 31.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115577.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

25) 29. Tagung Junger Osteuropa-Experten

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, Center für Governance und Kultur in Europa an der Universität St. Gallen, Imre Kertész Kolleg, Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Veranstaltungsort

Friedrich-Schiller-Universität Jena

07743 Jena

Vom - Bis

01.07.2022 - 03.07.2022

Frist

24.01.2022

Von

Matthias Melcher, Abteilung für Geschichte Ost- und Südosteuropas, Historisches Seminar, LMU

CfP für die 29. JOE-Tagung, die vom 1. bis 3. Juli 2022 in Jena stattfindet. Deadline für Paper- und Panel-Einreichungen: 24. Januar 2022.

29. Tagung Junger Osteuropa-Experten

-- English version see below --

Vom 1. bis zum 3. Juli 2022 findet die diesjährige Fachtagung für junge Osteuropa-ExpertInnen in Jena statt. Die Tagung richtet sich an fortgeschrittene Studierende, DoktorandInnen und jüngere Promovierte unterschiedlicher Disziplinen, die sich mit dem östlichen Europa beschäftigen. Diese erhalten die Möglichkeit, ihre Forschungsprojekte anderen angehenden WissenschaftlerInnen und ausgewiesenen FachvertreterInnen vorzustellen und mit ihnen zu diskutieren. Die Tagung bietet einen Überblick über die aktuelle Osteuropaforschung im deutschsprachigen Raum und ermöglicht einen interdisziplinären Austausch zu Ostmittel- und Osteuropa, dem Kaukasus und Zentralasien

Seite 233 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

sowie eine Vernetzung unter den Nachwuchswissenschaftler. Wir freuen uns über Projektskizzen aus den Geistes- und Sozialwissenschaften, den Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und verwandten Disziplinen. Darüber hinaus können Vorschläge für Panels, bestehend aus drei Beiträgen, gemacht werden. Beiträge können auf Deutsch und Englisch eingereicht und gehalten werden. Passive Deutschkenntnisse sind notwendig, da keine Verdolmetschung stattfindet.

Die Tagung findet nach den dann gültigen Hygieneregeln statt. Wenn die Durchführung der Tagung aufgrund der COVID-19 nicht möglich sein wird, wird sie auf das Jahr 2023 verlegt. Die Tagung wird von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO), der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) an der Universität Bremen, dem Center für Governance und

Kultur in Europa an der Universität St. Gallen sowie den Gastgebern, dem Imre Kertész Kolleg, dem Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte und dem Institut für Kaukasiologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena veranstaltet. Die Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von den Veranstaltern getragen. Fahrtkosten können nicht übernommen werden.

Vorschläge für Einzelbeiträge:

- Abstract von maximal 400 Wörtern mit Angaben zu Fragestellung, Erkenntnisinteresse, theoretischem Ansatz und Methode;
- fünf Schlüsselbegriffe zur thematischen Veranschaulichung;
- Mitteilung über den Stand des Forschungsprojekts und institutionelle Anbindung.

Vorschläge für Panels:

- Zusammenfassung von maximal 200 Wörtern mit Angaben zum Titel, Thema und Ziel des Panels;
- Abstracts und Informationen zu den jeweiligen Einzelbeiträgen (siehe oben);
- fünf Schlüsselbegriffe zur thematischen Veranschaulichung;
- ein Panel sollte aus drei Vortragenden bestehen und mindestens zwei unterschiedliche Institutionen repräsentieren. Die Moderation wird von den Veranstaltern organisiert.

Wir bitten darum, alle Vorschläge über die vorbereiteten Formulare (verfügbar auf der Webseite der DGO oder hier <https://dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/cfp-joe-29th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>) einzureichen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum 24. Januar 2022 an joe-tagung@dgo-online.org zu senden.

Die Auswahlentscheidungen werden bis zum 15. Februar 2022 mitgeteilt. Bei Zusage muss bis zum 15. Mai 2022 ein deutsch- oder englischsprachiges Paper (max. 3.000 Wörter) eingereicht werden, das den Teilnehmern vorab zur Verfügung gestellt wird.

CfP: 29th Conference of junior scholars in the field of East European studies

The annual conference of junior scholars in East European studies (JOE) will take place from 1-3 July 2022 in Jena. The conference aims to bring together scholars from various disciplines focusing on Eastern Europe namely advanced students, Ph.D. candidates, and young scholars who have already completed their doctoral research. The conference encourages all participants to present and discuss their research projects with other prospective scholars and qualified professionals. The convention provides an overview of current research projects on East Central and Eastern Europe, the Caucasus and Central Asia in the German-speaking area. It enables interdisciplinary exchange and networking among young scholars.

In addition, proposals for panels consisting of three contributions could be suggested. Contributions can be submitted in German and English languages. Passive knowledge of German language is necessary.

The conference will take place in accordance with the then valid hygiene requirements. If the conference can't take place due to COVID-19, it will be postponed to 2023. The conference is organized by the German Association for East European Studies (DGO), the Research Centre for East European Studies (FSO) at the University of Bremen, the Center for Governance and Culture in Europe at University of St. Gallen and the host institutions Imre Kertész Kolleg, the Chair for Eastern European History and the Institute for Caucasus Studies at Friedrich Schiller University Jena. The costs for accommodation and catering are covered by the organizers. Travel expenses will not be refunded.

Suggestions for individual projects:

- An abstract of maximum 400 words which relates to the research question, findings, theoretical approach and method;
- Five key words to summarize the thematic focus;
- Information about the status of the research project and institutional affiliation.

Suggestions for panels:

- Summary of maximum 200 words with the title, topic, and target of the panel;
- Abstracts and information on the individual texts;
- Five key words per abstract to summarize the thematic foci;
- A panel should consist of three speakers and represent at least two different institutions.

The moderation is arranged by the organizer. We kindly ask you to submit your applications based on the prepared forms (they are available on the website of the DGO or here <https://dgo-online.org/neuigkeiten/aktuelles/cfp-joe-29th-conference-of-junior-scholars-in-the-field-of-east-european-studies/>). Please send your abstract(s) by 24 January 2022 to joe-tagung@dgo-online.org. Selection decisions will be communicated by 15 February 2022.

In the case of acceptance to the conference, you have to submit a German or English-language paper (max. 3,000 words) by 25 May 2022. It will be made accessible to the other participants prior to the conference.

Kontakt

joe-tagung@dgo-online.org

<https://dgo-online.org/kalender/berlin/2022/29-tagung-junger-osteuropa-expert-innen-joe/>

Zitation

29. Tagung Junger Osteuropa-Expert:innen. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-114931.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

26) Christen unter totalitärer Herrschaft

Veranstalter

Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. (IKKDOS), Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München e.V. (IKGS), Lehrstuhl für Kroatische und Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Split

81379 München

Vom - Bis

06.07.2022 - 08.07.2022

Frist

01.04.2022

Von

Angela Ilic, Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München

Veranstalter: Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. (IKKDOS), Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München e.V. (IKGS) und Lehrstuhl für Kroatische und Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Split

Veranstaltungsort: München

Zeit: 6.-8. Juli 2022

Wissenschaftliche Leitung: Aleksandar Jakir (Split), Angela Ilić (München), Rainer Bendel (Tübingen)

Das Institut für Kirchen- und Kulturgeschichte der Deutschen in Ostmittel- und Südosteuropa e.V. (IKKDOS), das Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der Ludwig-Maximilians-Universität München e.V. (IKGS) und der Lehrstuhl für Kroatische und Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Split laden zu einer Sommerschule von 6. bis 8. Juli 2022 in München ein.

Die Veranstaltung richtet sich an Studierende höherer Semester sowie DoktorandInnen aller Disziplinen, insbesondere aus den Bereichen Geschichtswissenschaft, Kulturwissenschaft, Sozialwissenschaften, Kirchengeschichte und Theologie. Die Sommerschule findet in Präsenz – oder der aktuellen Pandemielage entsprechend in hybrider Form – statt, auch mit Teilnahme von Studierenden von der Universität Split.

Seminarinhalte:

Das nach dem Zweiten Weltkrieg gegründete neue Jugoslawien stellte die Beziehung zwischen Staat und Kirche auf eine völlig neue Grundlage. Ausgewählte Autoren sprechen gar von einem „Krieg gegen die organisierte Religion“ nach 1945. Dieses, anfänglich von Misstrauen, ideologisch basierten Entfremdung und Rachenwunsch belastete und sich mit

dem Verlauf der Zeit wandelnde Verhältnis widerspiegelte zum einen Titos Machtkonsolidierungsmaßnahmen im Lande, zum anderen seine Versuche, Jugoslawiens Position auf der politischen Weltbühne zu sichern.

In der Sommerschule wird das komplexe Verhältnis von Religion und Gesellschaft durch die Analyse der Rolle der verschiedenen Religionsgemeinschaften und Kirchen am Beispiel der Entwicklungen auf dem Gebiet des sozialistischen Jugoslawiens unmittelbar differenzierten und genauen Blick auf den Themenkomplex ermöglichen.

Die Erforschung des Lebens von Christen unter totalitären Herrschaften bedarf einer Vielzahl von Zugängen und methodologischen Ansätzen. Es wird daher in der Sommerschule bei der Behandlung des kirchlichen Lebens unter der kommunistischen Herrschaft eine Zusammenschau der religiösen Vorsätze und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen geben. Auch der komparative Blickwinkel und die Kontextualisierung spielen eine wichtige Rolle sowie die Einbeziehung von mikro- und makrohistorischen Ansätzen.

Inhaltliche Perspektiven und Fragen, die anhand ausgewählter Lektüre thematisiert werden:

- Die ideologischen/politischen Rahmenbedingungen („Eiserner Vorhang“, Kalter Krieg), die gesellschaftlichen Veränderungen (Technisierung, Urbanisierung, wie wir sie in den westlichen Gesellschaften in den 1950er-Jahren kennen) und ökonomische Umstrukturierungen sollen in ihren Folgen auf den Alltag, in dem religiöse Gemeinschaften lebten, befragt werden.

- Herrschaftsnähere und herrschaftsfernere Gruppen: Konfessionen im Vergleich. Welche Faktoren bestimmten die Gruppenidentität? Gab es formale, strukturelle, gar auch inhaltliche Parallelen zwischen der Herrschaftsideologie und religiöse Aussagen? Diente Ideologie als Ersatzreligion?

- Reaktion auf Repression im alltäglichen Leben, in der Theologie, „Widerstand“: Gab es in der Auseinandersetzung mit totalitären Systemen neben Konfrontation auch Phasen der Anpassung, vielleicht auch der Resignation? Oder gar der Kollaboration? Wer war aus welchen Gründen und mit welchen Intentionen dazu bereit?

- Welche Motive für Überlebensstrategien, für Anpassung, aber auch für Non-Konformität, für Widersetzen und Widerstand lassen sich jeweils feststellen? Welche Auffassung vom Menschen, von der Kirche, von den Aufgaben der Seelsorge, vom Staat verbirgt sich dahinter?

Teilnahme:

Die Veranstalter vergeben eine begrenzte Zahl an Stipendien für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Sommerschule. Diese Stipendien beinhalten zwei Übernachtungen, Verpflegung und die Übernahme von Reisekosten unter den vom Bundesreisekostengesetz vorgeschriebenen Bedingungen bis zu einer maximalen Höhe von 150 €. Bei der Veranstaltung wird ein der aktuellen Situation angemessenes Hygienekonzept verwendet.

Interessierte werden gebeten, sich bis zum 1. April 2022 um eine Teilnahme an der Sommerschule mit folgenden Unterlagen ausschließlich in elektronischer Form zu bewerben:

- Motivationsschreiben (max. 2.500 Zeichen), in dem die Gründe für eine Teilnahme an der Sommerschule erläutert werden;

- tabellarischer Lebenslauf mit vollständiger Anschrift (Email- und Postadresse). Die Bewerbung ist an Robert Pech, bertpech@yahoo.com, zu schicken. Die ausgewählten

TeilnehmerInnen werden bis zum 30. April 2022 benachrichtigt und erhalten anschließend von den Veranstaltern weitere Informationen und Unterlagen (Lektüre) für die Vorbereitung.

Zitation

Christen unter totalitärer Herrschaft. In: H-Soz-Kult, 20.02.2022,
<www.hsozkult.de/event/id/event-116028>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

27) Stoffe, Güter, Waren. Zur Verflechtungsgeschichte des östlichen Europas

Veranstalter

Katja Castryck-Naumann, Lucie Dušková, Matthias Hardt, Uwe Müller, Timm Schönfelder, Max Trecker, Marcin Wołoszyn, Jan Zofka (Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO))

Ausrichter

Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europas (GWZO)

Veranstaltungsort

Specks Hof (Eingang A), Reichsstraße 4-6

04109 Leipzig

Vom - Bis

06.07.2022 - 08.07.2022

Frist

15.03.2022

Von

Timm Schönfelder, GWZO

CfP: Jahrestagung. 6. bis 8. Juli 2022, Ort: GWZO Leipzig und ZOOM (hybrid)

Stoffe prägen Gesellschaften. Ihre Förderung, Produktion, Zirkulation und Nutzung bestimmen die Verteilung von Ressourcen; als Güter und Waren werden sie weltweit gehandelt. Das beeinflusste die Ansiedlung und Vernetzung von Dörfern und Städten. Verarbeitung und Gebrauch schufen Infrastrukturen und Institutionen. Zahlreiche Studien der Globalgeschichte haben ausgehend von einzelnen Stoffen und Gütern transnationale und transregionale Verflechtungen beleuchtet. Rohstoffe wie Baumwolle, Silber, Kupfer, Blei und Zink, fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas und Lebensmittel wie Getreide, Tee, Kaffee und Zucker eröffnen dabei wichtige Perspektiven auf den Wandel von Arbeits- und Lebenswelten sowie auf zugrundeliegende Machtverhältnisse. Darüber hinaus fragt die zeitgenössische Umweltgeschichte nach dem sich wandelnden Verhältnis von Mensch und Materie, wie es sich in einem über Jahrhunderte global beschleunigenden Raubbau an der Natur zeigt. Sie verweist zudem auf durch Ressourcenknappheit motivierte Veränderungen in der Stoffnutzung und die Entwicklung substituierender Technologien. Das östliche Europa steht in solchen Studien der Global-, Wirtschafts- und Umweltgeschichte jedoch eher am Rande. Dieser Herausforderung widmet sich die Jahrestagung des GWZO. Durch das Prisma einer Geschichte von Stoffen, Gütern und Waren betrachtet sie die globalen Verflechtungen des östlichen Europas vom Frühmittelalter bis in das 21. Jahrhundert.

Wir laden dazu ein, ausgehend von einem Stoff oder einer Gruppe von Stoffen Produktionsketten, Warenzirkulation, den Austausch von Wissen sowie die gesellschaftlichen Auswirkungen mit Bezug auf das östliche Europa in den Blick zu nehmen. Von Interesse sind nicht zuletzt die Konstitution und Abgrenzung von Interaktionsräumen, grenzüberschreitende Netzwerke sowie die politisch-staatliche Regulation von Zirkulationsprozessen: Wie positionierten sich Akteure aus dem östlichen Europa in (trans-)regionalen und globalen Interaktionsketten? Wie beeinflussten Stoffe und das Wissen über sie die Einbindung des östlichen Europas in Welthandel und Weltwirtschaft? Welche Auswirkungen hatte diese Vernetzung auf die sozialen Verhältnisse im östlichen Europa? Beiträge mit einer *longue durée*-Perspektive sind ebenso willkommen wie solche, deren Fragestellungen sich auf einzelne Zeitschichten beziehen.

Wir bitten um die Einsendung Ihres Abstracts von 300 bis 500 Wörtern bis 15. März 2022 an tim.schoenfelder@leibniz-gwzo.de. Anfang April werden wir über die Teilnahme informieren. Bis 20. Juni 2022 werden dann ausformulierte Kurzpapier im Umfang von 3.000 Wörtern erbeten. Es wird ein hybrides Tagungsformat angestrebt.

Kontakt

Lucie Dušková: lucie.duskova@leibniz-gwzo.de
Timm Schönfelder: tim.schoenfelder@leibniz-gwzo.de
Jan Zofka: jan.zofka@leibniz-gwzo.de

<https://leibniz-gwzo.de>

Zitation

Stoffe, Güter, Waren. Zur Verflechtungsgeschichte des östlichen Europa. In: H-Soz-Kult, 17.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115976.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

28) Marginalisiertes Kulturerbe und Perspektiven für regionale Kulturentwicklung – Schlösser, Gutshäuser und jüdische Friedhöfe im deutsch-polnischen Grenzland

Veranstalter

Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Denkmalkunde

Veranstaltungsort

Collegium Polonicum, Stubice / Dammvorstadt Frankfurt (Oder)

Gefördert durch

Die Konferenz wird durch die Europäische Union aus Mitteln des Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) kofinanziert und ist Teil eines Projektes: "Das Meer – Pommern – die Grenzregion als Orte des deutsch-polnischen Dialogs" - grenzübergreifendes Netzwerk zur wissenschaftlichen Kooperation und historischen Bildung über Ostsee und Odergebiet.

Weitere Informationen über das Projekt: [https://www.kuwi.europa-](https://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/kg/denkmalkunde/forschung/Interreg-Projekt/index.html)

[uni.de/de/lehrstuhl/kg/denkmalkunde/forschung/Interreg-Projekt/index.html](https://www.kuwi.europa-uni.de/de/lehrstuhl/kg/denkmalkunde/forschung/Interreg-Projekt/index.html)

<http://mare.usz.edu.pl/de/>

69-100 Stubice

Vom - Bis

07.07.2022 - 08.07.2022

Frist

14.03.2022

Von

Magdalena Abraham-Diefenbach, Lehrstuhl für Denkmalkunde, Europa-Universität
Viadrina

Internationale Konferenz

Mit „Marginalisierung“ wird in den Sozialwissenschaften der Verdrängungsprozess einer bestimmten Gruppe an den Rand von gesellschaftlichen Relevanzordnungen bezeichnet, meist verbunden mit der Ideologie einer konkreten Herrschaft. Die Konsequenzen dieses Prozesses werden auch im Umgang mit historischem Kulturgut sichtbar. Das gilt vor allem für Grenzlandschaften, die durch die Verschiebung von Grenzen geprägt oder sogar erst geschaffen wurden und für Objekte, die ursprünglich dazu erzeugt wurden, um bestimmte Werte – über ihre reine Funktionalität hinausgehend – innerhalb und außerhalb der eigenen Gemeinschaft dauerhaft zu manifestieren.

Im deutsch-polnischen Grenzgebiet finden wir mehrere Objekte und ganze Objektgruppen, die nicht allein wegen ihrer peripheren geographischen Lage marginalisiert wurden und teilweise noch werden. Im Wesentlichen haben wir es hier mit einer Subkategorie von „dissonant heritage“ (Ashworth/Thurnbridge 1996) zu tun. Genauer genommen handelt es sich hierbei oft um Objekte, die mit den Wirklichkeitskonstruktionen der heutigen Mehrheit nicht kompatibel sind. Die Besonderheit liegt dabei nicht etwa in konkurrierenden Erzählungen, sondern im Fehlen einer kulturgeschichtlichen Verankerung überhaupt. Prinzipiell werden den betroffenen Objekten ihre gestalterischen Werte nicht gänzlich abgesprochen, und dennoch fehlt eine sinnstiftende Motivation, sie vor dem Verfall zu retten.

Im Rahmen der zweitägigen internationalen Konferenz werden zwei beispielhafte Gruppen marginalisierten Kulturerbes betrachtet: Zeugnisse jüdischer Kultur und ländliche Residenzen einstiger Eliten in peripheren Räumen beiderseits der „mittleren Oder“. Durch Völkermord, Flucht und Zwangsmigration infolge der Grenzverschiebung nach dem Zweiten Weltkrieg sowie durch autoritär durchgesetzte Sozialreformen verschwand der ursprüngliche gesellschaftliche Kontext dieser Objektgruppen gänzlich.

Die „Rückkehr zur Demokratie“ hat die Überlebenschancen beider Genres in beiden Ländern sogar noch geschwächt. Die Transformationsprozesse folgten ihrer eigenen Logik, durch die die Fürsorge für das Bewahren des marginalisierten Kulturguts an Bedeutung verloren hat. Der Umgang mit dem jüdischen Kulturerbe zeigt Asymmetrien: Im heutigen Brandenburg besteht – aus historischen Gründen – eine höhere Bereitschaft, die Überreste zumindest in der offiziellen Erinnerungskultur zu verankern. Auf der polnischen Seite werden sie als eine komplexe Subkategorie der deutschen Vergangenheit gedeutet. Die Herrenhäuser, die als Knotenpunkte der Kulturlandschaft angelegt wurden, haben theoretisch bessere Chancen auf eine geglückte Aneignung. In der Praxis erweisen sich die einst verstaatlichten, heruntergekommenen und dann reprivatisierten Objekte oft als sperrig für private Nutzungen.

Während der Konferenz soll überlegt werden, welche Potenziale dieses Erbe bietet, um eine diskursive Geschichtsreflexion in den beiden Zivilgesellschaften der Oderregion zu

fördern. Dazu gehört aber auch die praktische Frage, wie können wir die Bedeutung und die historische Dimension dieser Objektgruppen sinnstiftend vermitteln? Lässt sich die deutsch-polnische Kulturlandschaft der Mittleren Oder mit einem Netzwerk von Kulturrouten in einen Gesamtzusammenhang setzen? Wie krisensicher ist wertvolle, historische Bausubstanz? Zusammenfassend: Welche Perspektiven eröffnet die Beschäftigung mit marginalisiertem Kulturerbe für die regionale Kulturentwicklung?

Vorträge und Konferenzpublikation

Die Vorträge sollen nicht länger als 20 Minuten sein und können auf Deutsch, Polnisch oder Englisch gehalten werden. Die Konferenz wird simultan gedolmetscht. Bis Ende 2022 wird eine deutsch-polnische Online-Publikation erscheinen. Wir erwarten Texte mit einer Länge von max. 20.000 Zeichen. Die Artikel müssen uns spätestens am 15. Juli 2022 vorliegen.

Teilnahme ohne Vortrag

Eine Teilnahme ohne eigene Präsentation ist im Sinne der Vernetzung auch erwünscht. In diesem Fall bitten wir um Anmeldung bis 1.6.2022 via Konferenzwebseite:

<https://www.confinium-viadrina.eu>

COVID-19

Die Konferenz soll in Präsenz und unter Einhaltung der zu dem Zeitpunkt geltenden Covid-19-Maßnahmen im Collegium Polonicum in Ślubice, der gemeinsamen Einrichtung der Europa-Universität Viadrina und der Adam-Mickiewicz-Universität stattfinden. Sollte dies nicht möglich sein, ist geplant, die Tagung in einem digitalen Format durchzuführen. Da es sich um die Abschluss-tagung des Interreg-Projektes handelt und der Termin daher nicht verschoben werden kann, wird die Tagung unabhängig vom Modus (analog oder digital) an den oben genannten Tagen stattfinden. Die Konferenz wird höchstwahrscheinlich über Internetplattformen gestreamt werden und dauerhaft auf Youtube abrufbar sein.

Einsendefrist

Die Einsendefrist ist der 14. März 2022.

Benachrichtigungen über die Annahme des Proposals erfolgen bis Ende März 2022. Bitte senden Sie Ihren Vorschlag (max. eine A4-Seite) mit kurzer biographischen Notiz und ggf. eine Publikationsliste in einem PDF-Dokument per E-Mail an abraham-diefenbach@europa-uni.de

Unterbringung, Reisekosten, Honorar

Bei Annahme Ihres Themas und Einladung als Referent:in erstatten wir Ihre Reise- (2. bzw. Economy-Klasse) und Unterbringungskosten und bieten ein kleines Honorar an.

Kontakt

Dr. Magdalena Abraham-Diefenbach, abraham-diefenbach@europa-uni.de
Europa-Universität Viadrina, Lehrstuhl für Denkmalkunde

<https://www.confinium-viadrina.eu>

Zitation

Marginalisiertes Kulturerbe und Perspektiven für regionale Kulturentwicklung – Schlösser, Gutshäuser und jüdische Friedhöfe im deutsch-polnischen Grenzland. In: H-Soz-Kult, 16.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115965.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

29) IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“

Veranstalter

Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Veranstaltungsort

Greifswald

Gefördert durch

Bundesministerium für Bildung und Forschung, BMBF

17487 Greifswald

07.07.2022 - 09.07.2022

Anmeldefrist

10.11.2021

Von

Alexander Drost, Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO), Universität Greifswald

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von gegenwärtigen und historischen Transformationsprozessen im Ostseeraum. In den Forschungsfeldern "Geteiltes Kulturelles Erbe", "Energietransformation", "Sicherheitsarchitektur", "Ländliche Räume", "Neue Nationalismen", "Nachhaltigkeit" sowie "Raum-Zeitliche Muster der Landnutzung" wollen wir den Wandel von Technologien, Bedeutungen, Werten und Traditionen in transformativen Prozessen und deren Auswirkungen auf die Region diskutieren.

CALL FOR PAPERS

Im Mittelpunkt der Konferenz steht die Erforschung von Transformationsprozessen im Ostseeraum. Die Gesellschaften des Ostseeraums müssen im Kontext von Klimakatastrophe, politischer Radikalisierung und wirtschaftlichen Herausforderungen einen grundlegenden Wandel gemeinsam bewältigen. Dieser betrifft gleichermaßen überholte Technologien und eingeübte Praktiken als auch die Bedeutungs- und Wertesysteme, die in Jahrhunderten aus Interaktion, Integration und gemeinsamer Problemlösungskompetenz hervorgegangen sind. Ohne erneuerbare Energien, nachhaltige Wirtschaftsmodelle und Transportsysteme sowie deren Akzeptanz wird man den Wandel des Ostseeraums nicht angehen können. Gleichzeitig stehen Lebensräume und Leistungen auf dem Spiel, die die Gesundheits- und Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ebenso gefährden wie das kulturelle Erbe der gesamten Region. Neue Ideen und Ansätze müssen dabei nicht nur entwickelt, sondern ebenso übersetzt, beschrieben und vermittelt werden. Aufgrund ihres komplexen Charakters haben Transformationen in vielen Forschungsbereichen ihre Spuren hinterlassen. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden Streams ein, um ihre Beobachtungen, Fragestellungen

und Ergebnisse zu Transformationsprozessen im Ostseeraum zu teilen und interdisziplinär zu diskutieren. Die Tagung soll damit einen Beitrag zu einem verbesserten Verständnis der vielfältigen Fragmentierungsmechanismen in Transformationsprozessen liefern und helfen, übergreifende Fragestellungen interdisziplinär weiterzuentwickeln.

Im Stream „Geteiltes Kulturelles Erbe“ wollen wir ein gewandeltes Verständnis kulturellen Erbes am Beispiel verschiedener Formen von konfliktbehafteten und ungewollten Erbschaften (Monumenten, militärischen, industriellen Hinterlassenschaften), von Kulturlandschaften bis hin zu kulturellen Kanons und deren Neusemantisierungen diskutieren.

Im Stream „Energietransformation“ stehen rechtliche und sozialwissenschaftliche Fragestellungen im Mittelpunkt der Diskussion, die unter anderem die ambivalente Position von „Nord Stream 2“ im Kontext erneuerbarer Energien beleuchtet. Ebenso laden wir Beiträge zur nachhaltigen Energieversorgung im ländlichen Raum und zur Diskussion eines einheitlichen Energiemarktes im Ostseeraum ein.

Im Stream „Sicherheitsarchitektur“ werden wir die sich verändernde politische, militärische und infrastrukturelle Situation im Ostseeraum diskutieren und begrüßen Beiträge zum NATO-Russland Verhältnis in der Region, militärischen Manövern und zur Rolle nationaler Sicherheitsinteressen im Kontext der anstehenden Transformationsprozesse. Im Stream „Ländliche Räume“ laden wir zur Diskussion von Innovationen/Best-Practice-Beispielen der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen des Ostseeraums ein. Im Mittelpunkt stehen dabei sowohl Fallbeispiele aus den Bereichen Gesundheitsversorgung, Entrepreneurship und Finanzierungssysteme als auch übergreifende Fragen der räumlichen Übertragung von Politiken (policy mobilities).

Im Stream „Neue Nationalismen“ stehen die Themen Geschichtskonstruktionen, Gendernarrative und Minderheitendiskurse neu-nationalistischer Bewegungen und Akteur*innen im Zentrum der Diskussion. Der Fokus liegt auf Erinnerungspolitik, nationalen Minderheiten und Minderheitenpolitik sowie sprachlichen bzw. soziolinguistischen Aspekten.

Im Stream „Nachhaltigkeitstransformation“ fokussieren wir auf die Rolle von Verhaltensänderungen im Transformationsprozess, den Wandel zu nachhaltigen Wirtschaftsformen und Einträge in die Ostsee. Diese Themen berühren zudem Fragen von Nutzungskonflikten, Nachhaltigkeitspolitik und Nachhaltigkeitspsychologie. Im Stream „Raum-zeitliche Muster der Landnutzung“ begrüßen wir Beiträge zum Wandel der Landnutzung nach markanten Umbruchssituationen, u. a. dem Zusammenbruch des Ostblocks, Tschernobyl, oder dem Ukraine Konflikt.

Das Interdisziplinäre Forschungszentrum Ostseeraum bündelt die Forschungskompetenzen zum Ostseeraum an der Universität Greifswald und bietet internationalen Nachwuchs- und Gastwissenschaftler*innen ein innovatives Forschungsumfeld.

Im IFZO-Forschungsverbund „Fragmentierte Transformationen. Wahrnehmungen, Konstruktionen, Verfasstheiten einer Region im Wandel“ werden in sieben interdisziplinären Forschungsgruppen Transformationsprozesse zum neuen Verständnis des kulturellen Erbes, der Energiewende, dem Wandel von Sicherheitsarchitektur und Daseinsvorsorge, dem Aufkommen neuer Nationalismen, der Nachhaltigkeitstransformation und Landnutzung im Ostseeraum untersucht.

Panel- und Paper-Bewerbungen mit Titel, Abstract (300 Zeichen) und Kurz-CV per E-Mail bis zum 10. November an ifzo@uni-greifswald.de.

Kontakt

Dr. Alexander Drost
Universität Greifswald
Interdisziplinäres Forschungszentrum Ostseeraum (IFZO)
Bahnhofstraße 51
17489 Greifswald
ifzo@uni-greifswald.de

<https://phil.uni-greifswald.de/institute/einrichtungen/ifzo/ifzo-neuigkeiten/ifzo-neuigkeiten-detailansicht/n/cfp-ifzo-konferenz-ostsee-im-austausch-transformationen-zwischen-konflikt-und-kooperation/>

Zitation

IFZO-Konferenz „Ostsee im Austausch. Transformationen zwischen Konflikt und Kooperation“. In: H-Soz-Kult, 13.09.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-112800.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

30) Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?

Veranstalter

Tallinn City Archives, Tallinn – Academia Baltica, Lübeck – Aue-Stiftung, Helsinki – Nordeuropa-Institut, Humboldt Universität zu Berlin – International Center for Interdisciplinary Studies, Uniwersytet Szczeciński, Szczecin (Tallinn City Archives)

Ausrichter

Tallinn City Archives

Gefördert durch

Tallinn City Administration - Aue Foundation, Helsinki - Böckler-Mare-Balticum Foundation, Bad Homburg

10133 Tallinn
Estonia

08.09.2022 - 10.09.2022

Frist

31.03.2022

Von

Jörg Hackmann, University of Szczecin, International Center of Interdisciplinary Studies

Wenn man den Ostseeraum als Geschichtsregion betrachtet, stellt das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 eine Epochenwende dar, deren politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Umwälzungen die folgenden Jahrhunderte geprägt haben. Von zentraler Bedeutung ist der Frieden von Nystad (finnisch: Uusikaupunki) zwischen Schweden und Russland vom 12. September 1721, der den Ausgangspunkt der Konferenz bildet.

Wenn man den Ostseeraum als Geschichtsregion betrachtet, stellt das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 eine Epochenwende dar, deren politische, gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Umwälzungen die folgenden Jahrhunderte geprägt haben. Von zentraler Bedeutung ist der Frieden von Nystad (finnisch: Uusikaupunki) zwischen Schweden und Russland vom 12. September 1721, der den Ausgangspunkt der Konferenz bildet.

Dass sich die Folgen von Kriegsende und Friedensschluss für die betroffenen Staaten, Regionen und ihre Bewohner:innen signifikant unterscheiden und damit verbunden auch die jeweiligen (nationalen) Erinnerungen sehr heterogen sind, unterstreicht die Bedeutung des Umbruchs von 1721 auch in einer längerfristigen Perspektive: In Schweden begann mit den Gebietsabtretungen an das Zarenreich der mächtropolitische Abstieg, dem nach anfänglichen Revancheplänen dann der Rückzug aus der europäischen Mächtspolitik folgte. In Russland wurde der Frieden von Nystad dagegen als triumphaler Aufstieg zur Großmacht und Beginn einer neuen (europäischen) Epoche gefeiert. Für die deutschen Adligen in Estland und Livland bot sich mit dem Übergang an das Zarenreich die Gelegenheit zur Fixierung ihrer rechtlichen und sozialen Privilegien, während für die Esten und Letten aus der neuen Situation dagegen eine Verschärfung der Leibeigenschaft resultierte. In Finnland führte der Friedensschluss mit der Abtretung von Wiborg und Kexholm zu den ersten Anfängen von Autonomie unter russländischer Herrschaft. Für Polen-Litauen bedeutete der Ausgang des Nordischen Kriegs zunächst das Scheitern der Versuche zur Revindikation Livlands. Zudem verdeutlichte die Tatsache, dass der polnische König in den Friedensschluss mit Schweden nicht einbezogen wurde, auch den Beginn der Souveränitätskrise, aus der sich dann eine Außensteuerung der Adelsrepublik durch Österreich, Preußen und Russland entwickelte und die schließlich in die Teilungen Polen-Litauens Ende des 18. Jahrhunderts mündete. Damit fällt der Blick dann auf Preußen, das sich durch den Friedensschluss von Stockholm 1720 Stettin angliedern konnte.

Ziel der Tagung ist es, die langfristigen Folgen des Friedens von Nystad für Nordost- und Ostmitteleuropa zum einen aus unterschiedlichen thematischen Blickwinkeln (Politikgeschichte, Kulturgeschichte, Kunstgeschichte, Wirtschaftsgeschichte, Sozialgeschichte) und zum anderen aus den nationalen Perspektiven kollektiver Erinnerung zu beleuchten und dabei zu fragen, welche Rolle diese Folgen und Wahrnehmungen bis in die Gegenwart spielen: Dazu zählen etwa die Prägung der Region durch den Aufstieg Russlands, Traditionen der nordischen Neutralität nach dem Ende der schwedischen Großmachtszeit, die Formierung der „Deutschbalten“ und der Aufstieg der kleinen Nationen.

Die Internationalen Symposien zur Geschichte und Kultur Nordosteuropas finden seit 1995 in unregelmäßiger Folge in Tallinn statt. Die Themen befassen sich insbesondere mit den Beziehungen der baltischen Region im engeren Sinne mit dem deutschsprachigen Raum sowie mit Nordeuropa und Nordwestrussland.

Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch.

Abstracts auf Deutsch oder Englisch (max. 300 Worte) mit einem kurzen Biogramm werden erbeten bis zum 31.3.2022 an jorg.hackmann@usz.edu.pl, robschweitzer@yahoo.com oder lea.koiv@tallinnlv.ee

Unterkunft und Verpflegung während der Tagung werden von der Stadtverwaltung Tallinn getragen, die Aue Stiftung und Böckler-Mare-Balticum Stiftung übernehmen die Reisekosten der Teilnehmer.

Kontakt

Joerg Hackmann, University of Szczecin, Dept. of History, jorg.hackmann@usz.edu.pl

Zitation

Das Ende des Großen Nordischen Kriegs 1721 – eine Wende im Ostseeraum, aber wohin?.
In: H-Soz-Kult, 23.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115376.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.
This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

31) Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg

Veranstalter

Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin in Kulice, Polen

Veranstaltungsort: Kulice

Gefördert durch

Interreg V-A Kooperationsprogramm Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Polen, Projekt Nr. INT198

PL 72-209 Kulice

Vom - Bis

16.09.2022 - 17.09.2022

Frist:

01.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

Ziel des Treffens ist es, über den Stellenwert der Ostsee, Pommerns und Mecklenburgs in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Veränderungen nachzudenken, die seit 1945 auf beiden Seiten der deutsch-polnischen Grenze eingetreten sind.

Internationale Tagung "Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg"

Ort: Kulice (Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien der Universität Szczecin)

Datum: 16. bis 17. September 2022.

Die Zeit nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war für die damals lebenden Polen und Deutschen von großer Bedeutung. Die Schornsteine der Krematorien als Hinterlassenschaft, die frischen Gräber auf den polnischen Friedhöfen, die noch rauchenden Ruinen Warschaus und die darauf folgende Zwangsaussiedlung der vor dem Krieg östlich von Oder und Lausitzer Neiße lebenden Deutschen aus ihrer Heimat blieben lange ein Hindernis für gutnachbarschaftliche Beziehungen zwischen den beiden Gesellschaften. In diesem Zusammenhang wurde die Ostsee auch nicht zu einem vollwertigen Raum der Zusammenarbeit, sondern in gewisser Hinsicht zu einem Raum der

Rivalität – trotz der Propagandasprüche über die brüderlichen Kontakte zwischen der Volksrepublik Polen und der Deutschen Demokratischen Republik. Gleichzeitig schuf diese neue Konstellation ähnliche wirtschaftliche und soziale Bedingungen für die polnischen und deutschen Gebiete an der Ostsee, die bis 1989/90 ein von den Behörden streng überwachtes Fenster zur Welt darstellte. Ziel des Treffens ist es, über den Stellenwert der Ostsee, Pommerns und Mecklenburgs in den wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Veränderungen auf beiden Seiten der Grenze nachzudenken. Wir möchten auch eine Diskussion über die Folgen der Transformation am Ende des 20. Jahrhunderts für die polnischen und deutschen Grenzregionen anregen und versuchen, die Frage zu beantworten, ob die demokratischen Veränderungen auf beiden Seiten der Oder die gegenseitige Wahrnehmung und Entwicklung der Zusammenarbeit beeinflusst haben.

Wir laden Sie herzlich ein, sich als Expert:in/Referent:in zu bewerben. Wir sind an bisher unveröffentlichten Einzelstudien, aber auch an synthetischen und vergleichenden Ansätzen interessiert.

Die Bewerbungen sollten Folgendes enthalten: Titel des Vortrags, Zusammenfassung (bis zu 600 Zeichen) und Kurzbiogramm (bis zu 600 Zeichen) in einer der folgenden Sprachen: Englisch, Deutsch, Polnisch. Als Einreichungstermin gilt der 1. März 2022, Ihre Bewerbung senden Sie bitte an tomasz.slepowerski@usz.edu.pl. Der Veranstalter behält sich vor, aus den eingereichten Beiträgen eine Auswahl zu treffen. Die BewerberInnen werden bis zum 15. April 2022 über diese Auswahl informiert. Konferenzsprachen sind Polnisch und Deutsch, die Veranstaltung wird simultan übersetzt. Eine Veröffentlichung der Tagungsbeiträge ist geplant.

Die Teilnahme an der Konferenz ist für Experten/Referenten kostenlos. Die Reisekosten (2. Klasse bzw. Economy-Class) werden zurückerstattet bzw. ein Honorar ausgezahlt.

Die Konferenz findet am 16. und 17.09.2022 im Internationales Zentrum für interdisziplinäre Studien (MOBI) der Universität Szczecin statt, das sich in einem ehemaligen Herrenhaus der Familie von Bismarck befindet. Der Veranstalter bietet einen kostenlosen Transport von Szczecin zum Veranstaltungsort in Kulice und zurück.

Sollte sich die Pandemiesituation nicht wesentlich verbessern, besteht die Möglichkeit, die Veranstaltung im hybriden Format oder vollkommen online zu organisieren.

Kontakt

E-Mail: tomasz.slepowerski@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/de/deutschland-polen-d/>

Zitation

Deutschland, Polen und die Ostsee nach dem Zweiten Weltkrieg. In: H-Soz-Kult, 07.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115072.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

32) "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]"

Veranstalter

Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska, Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber, Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radziwiński, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder, Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche. Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet.

Veranstaltungsort

97074 Würzburg

Vom - Bis

19.09.2022 - 20.09.2022

Frist

15.01.2022

Von

Renata Skowronska, Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń)

CfP für die internationale wissenschaftliche Tagung: "Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]." Migrationsbewegungen zwischen den deutschen und polnischen Gebieten vom Mittelalter bis 1989.

In der Geschichte Mitteleuropas spielen Migrationsbewegungen, sowohl natürliche wie auch erzwungene, eine große Rolle. Die heute wohl meist bekannten historischen Wanderungen – die der vielfältigen und keinesfalls homogenen germanischen Ethnien vom 4. bis ins 6. Jahrhundert – werden in engem Zusammenhang mit dem Niedergang der weströmischen Zivilisation und dem Anfang des kulturell deutlich anders geprägten europäischen Mittelalters gedeutet. Ebenso wichtig für das historische Verständnis Polens und Deutschlands sind Wanderbewegungen der späteren Zeiten, auch wenn sie nicht im großen Ausmaß erfolgten und zum Teil heute wenig bekannt sind: Sie beeinflussten und prägten die verschiedenen Regionen, die sie betrafen. Diese Migrationsbewegungen konnten einen natürlichen Charakter haben, Teil einer Suche nach Innovationen (militärisch, religiös, wirtschaftlich) sein oder von einem tief in der Psyche des Menschen verankerten Veränderungsbedürfnis her stammen, das der Suche der einzelnen Personen, Familien oder Gruppen nach einem neuen und besseren Leben geschuldet war. Zuweilen wurden sie auch durch ungünstige externe Faktoren verschiedener Art verursacht – politischer, wirtschaftlicher oder sozialer Herkunft. Einen wichtigen Einfluss auf die Mobilität der Menschen übte die Territorial- und Staatsgewalt aus: Sie versuchte, die Bewegungen in den Territorien zu kontrollieren und zu steuern bzw. diese zur Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen. Und so instrumentalisieren die jeweiligen Obrigkeiten bis ins späte 20. Jahrhundert – ebenso in deutschen wie in polnischen Gebieten – mit den Migrationsbewegungen: Sie lösten diese aus, verstärkten sie oder versuchten, diese zu verhindern. Die Mobilität der Bevölkerung wurde auf verschiedene Art und Weise erzwungen, gefördert, toleriert oder eben nicht akzeptiert, eingeschränkt, bis hin zu

Versuchen, diese zum möglichst weitgehenden Stillstand zu bringen. Migration war somit auch ein Instrument im Sinne politischer, wirtschaftlicher und sozialer Zwecke. Die tatsächlichen Folgen der Migrationspolitik waren jedoch unvorhersehbar, Bevölkerungsbewegungen hatten oft erhebliche Auswirkungen, die nicht immer den Intentionen der Verursachenden entsprachen.

Ziel der internationalen wissenschaftlichen Tagung ist die Darstellung der Geschichte der natürlichen und erzwungenen Migrationsbewegungen zwischen den polnischen und deutschen Gebieten vom frühen Mittelalter bis zum Jahr 1989. Dabei sollen verschiedene Gründe, Quantitäten, Formen und Konsequenzen der Aus- und Einwanderungen aufgezeigt werden: Beginnend mit Beispielen für gewaltfreie gezielte An-, Aus- und Umsiedlungspolitik, bis hin zu erzwungenen Migrationsbewegungen und Flucht aus verschiedenen Gründen (Konfession, Nationalität etc.). Das Zitat im Titel der Tagung – „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen [...]“ – stammt aus dem Artikel 13 der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ (1948), in dem die Auswanderungsfreiheit sowie das Recht „in sein Land zurückzukehren“ bestätigt wurden.

Der geographische Rahmen der Tagung umfasst zwei Bereiche: den historischen polnischen und deutschen Kultur- und Geschichtsraum. Die politischen Grenzen dieser Gebiete decken sich weitgehend mit den Territorien des Heiligen Römischen Reiches, Preußens, des Deutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichs bis hin zur DDR und BRD sowie mit Polen (Königreich Polen, Polen-Litauen, Rzeczpospolita, Herzogtum Warschau, Kongress-Polen, Zweite Polnische Republik, Volksrepublik Polen).

Untersuchungszeitraum: epochenübergreifend, vom frühen Mittelalter bis um 1989.

Dieser Call for Papers richtet sich insbesondere an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, aber auch an Interessierte aus anderen benachbarten Forschungsdisziplinen. Einführende, übergreifende und vergleichende Beiträge sind explizit erwünscht. Ebenso können Einzelbeispiele mit entsprechender Signifikanz auf der Tagung vorgestellt werden.

Die Tagungssprachen sind Deutsch und Englisch. Für jeden Vortrag ist eine Dauer von ca. 20 Minuten vorgesehen. Tagungsgebühren werden nicht veranschlagt. Honorare können leider nicht gezahlt werden. Die Veranstalterinnen und Veranstalter bemühen sich derzeit, die Reise- und Übernachtungskosten der Referierenden sicherzustellen. Die Veröffentlichung der Vorträge ist im Jahrbuch „Bulletin der Polnischen Historischen Mission“ Nr. 18 (2023) vorgesehen.

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein! Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 9. Januar 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de).

Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung:

- <http://pmh.umk.pl/de/tagung-migration/>
- <http://pmh.umk.pl/start/konferencja-migracja/>

Veranstalter:

- Polnische Historische Mission an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń) – Dr. Renata Skowrońska
- Haus des Deutschen Ostens (HDO) in München – Prof. Dr. Andreas Otto Weber
- Nikolaus-Kopernikus-Universität Thorn / Toruń, Institut für Geschichte und Archivkunde, Lehrstuhl für Geschichte der skandinavischen Länder sowie Mittel- und Osteuropas – Prof. Dr. Andrzej Radzimiński
- Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Philosophische Fakultät, Lehrstuhl für Fränkische Landesgeschichte – Prof. Dr. Helmut Flachenecker, Dr. Lina Schröder
- Universität Potsdam, Historische Institut, Professor für Allgemeine Geschichte der Frühen Neuzeit – Prof. Dr. Matthias Asche

Die Tagung wird in Verbindung mit dem Kolleg „Mittelalter und Frühe Neuzeit“ veranstaltet.

Kontakt

Universität Würzburg
Polnische Historische Mission
Dr. Renata Skowronska
Am Hubland
97074 Würzburg
Tel.: 09313181029
E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de

33) Slavistiktag 2022

Veranstalter
Verband der deutschen Slavistik (Ruhr-Universität Bochum)

Ausrichter
Ruhr-Universität Bochum
44780 Bochum

21.09.2022 - 24.09.2022

Anmeldung bis:
15.01.2022

Von
Thomas Skowronek, Seminar für Slavistik / Lotman-Institut für russische Kultur, Ruhr-Universität Bochum

Der 14. Deutsche Slavistiktage findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavisten und Doktoranden aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende.

Der Deutsche Slavistiktage ist die zentrale Tagung der deutschsprachigen Slavistik. Alle drei bis vier Jahre versammelt er Forschende, die sich mit der slavischen Welt und ihrer Erkundung im Bereich der Literatur-, Kultur- und Medienwissenschaft, der Linguistik und der Fachdidaktik auseinandersetzen.

Der 14. Deutsche Slavistiktag findet vom 21. bis 24. September 2022 an der Ruhr-Universität Bochum statt. Der Verband der deutschen Slavistik lädt alle promovierten Slavisten und Doktoranden aus dem deutschsprachigen Raum sowie internationale Gäste zur aktiven Teilnahme ein; die Einladung zur passiven Teilnahme richtet sich auch an Studierende. Ihre Bewerbung schicken Sie bitte an: slavtag2022@rub.de

Programm

- bis 15. Januar 2022: Bewerbung für aktive Teilnahme, Einreichung der Abstracts
- bis 15. Februar 2022: Information über die Annahme des Themenvorschlags
- 15. Februar – 1. Juni 2022: Nach Zusage Zahlung des Kongressbeitrags (verbindliche Anmeldung)
- bis 1. September 2022: Anmeldung für passive Teilnahme
- 21.–24. September 2022: 14. Deutscher Slavistiktag

Kontakt

slavtag2022@rub.de

<https://slavtag2022.blogs.ruhr-uni-bochum.de>

Zitation

Slavistiktag 2022. In: H-Soz-Kult, 06.05.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-97428.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.
This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

34) Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis

Veranstalter

Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung (Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung)

Ausrichter

Deutsche Gesellschaft für Festungsforschung

Veranstaltungsort

Zitadelle Jülich

52428 Jülich

Vom - Bis

23.09.2022 - 25.09.2022

Frist

15.02.2022

Von

Dr. Eberhardt Kettlitz, praeHistoria. Archäologie & Geschichte

Call for Paper zur 41. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung in Jülich, 23.-25.9.2021: Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis

Festungsanlagen sind defensive Verteidigungswerke. Sie sind die Reaktion auf eine Bedrohung, die von außen kommt. Der Einsatz von Feuerwaffen veränderte das Kriegswesen in fundamentaler Weise. In der Frühen Neuzeit kam es mehr und mehr zu einer Verwissenschaftlichung, die sich vor allem auch darauf bezog, wie eine Festung am besten gegen Angriffe zu verteidigen und umgekehrt, wie solche erfolgreich durchzuführen sind. Eine Form des Angriffs gegen eine Festung war die Belagerung. Neben die Poliorketik – die Wissenschaft von der Belagerungskunst – trat die Kastametation – die Wissenschaft vom rechten Lageraufschlagen.

Die 41. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Festungsforschung e.V. findet vom 23.-25. September 2022 in Jülich statt. Die in der Mitte des 16. Jahrhunderts entstandene Festung Jülich galt den Zeitgenossen als ein Musterbeispiel für das zeitgemäße bastionierte Festungssystem. Gleichwohl wurde Jülich im frühen 17. Jahrhundert bei zwei Belagerungen beide Male eingenommen, wobei sich die Vorgehensweise der Belagerer in beiden Fällen deutlich unterschied. 1610 wurde die Belagerung aktiv unter massivem Waffen- und Menscheneinsatz vorgetragen, während 1621/22 die Festung durch einen Kranz von Sternschanzen blockiert und innerhalb von fünf Monaten ausgehungert wurde. Das 400jährige Jubiläum dieser zweiten Belagerung Jülichs ist Anlass für die Wahl des Tagungsthemas. Die Tagung begleitet damit die historische Ausstellung „Weltreich und Provinz. Die Spanier am Niederrhein 1560–1660“ im Museum Zitadelle Jülich wissenschaftlich.

Anhand konkreter Fallbeispiele soll das Belagerungswesen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert in den Blick genommen werden. Zudem soll danach gefragt werden, wie sich Theorie und Praxis gegenseitig beeinflussten. Nicht wenige, den Zeitgenossen als mustergültig erscheinende Belagerungen fanden ihren Weg in die entsprechende Traktatliteratur. Für das Lagerwesen ist Simon Stevin im frühen 17. Jahrhundert einer der maßgeblichen Autoren, während Vauban in den Jahrzehnten um 1700 das Belagerungswesen und damit auch den Festungsbau revolutionierte. Historische Gemälde und Grafiken geben einen Eindruck vom zeitgenössischen Kriegstheater, wobei sich hier die Frage nach dem Realitätsgehalt stellt. Fallbeispiele können aus dem In- und Ausland kommen. Dabei sollen die Spezifika der jeweiligen Belagerung deutlich herausgearbeitet und mit dem damals herrschenden Kenntnisstand rückgekoppelt werden. Es stellen sich im Besonderen die Fragen: War die ursprüngliche Planung der Belagerung erfolgreich ausgeführt worden? Gab es Änderungen im Ablauf und was begründete sie? Welche Faktoren führten zum Erfolg bzw. Misserfolg einer Belagerung? Und schließlich wäre von Interesse, ob Lehren aus solchen Erfolgen und Misserfolgen gezogen wurden und in den Quellen nachzuvollziehen sind.

Vorschläge für Referate von 30 Minuten Redezeit werden bis 15. Februar 2022 digital erbeten an Dr. Eberhardt Kettlitz (info@praehistoria.de). Das Organisationsteam ist dankbar für ein kurzes Exposee von max. 1 DIN A 4-Seite Länge und einem Kurzlebenslauf. Es ist vorgesehen, die Beiträge in einem Band der Schriftenreihe „Festungsforschung“ zu publizieren.

Kontakt

Dr. Eberhardt Kettlitz, info@praehistoria.de

<http://www.festungsforschung.de>

Zitation

Die Festung im Ernstfall: Belagerungen in Theorie und Praxis. In: H-Soz-Kult, 07.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114555.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

35) Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen

Veranstalter

Studiengang Grund- und Vorschulpädagogik in deutscher Sprache an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu

550324 Sibiu

Vom - Bis

23.09.2022 - 25.09.2022

Frist

30.04.2022

Von

Robert Pfützner, Departamentul de Pregatire a Personalului Didactic, Universitatea "Lucian Blaga" din Sibiu

Tagung zum 10-jährigen Jubiläum des deutschsprachigen Studiengangs Grund- und Vorschulpädagogik an der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt/ Sibiu

Der deutschsprachige Studiengang „Grund- und Vorschulpädagogik“ an der „Lucian Blaga“ Universität Hermannstadt wurde im Jahr 2010 gegründet. Seither haben ihn knapp hundert Studierende erfolgreich absolviert. Der Studiengang hat damit schon eine eigene kleine Tradition begründet und steht selbst in einer langen Tradition der Ausbildung von Erziehern und Lehrern in deutscher Sprache in Siebenbürgen.

Zur Feier des 10-jährigen Jubiläums unseres Studienganges, die aufgrund der Pandemie um zwei Jahre verzögert wird, wollen wir uns mit diesen Traditionen beschäftigen. Das deutschsprachige Bildungswesen in Siebenbürgen steht dabei nicht für sich, sondern ist seit fast 700 Jahren eng mit Kultur und Sprache der Siebenbürger Sachsen und anderer deutschsprachiger Minderheiten verbunden. Das deutschsprachige Bildungswesen entstand und entwickelte sich innerhalb Siebenbürgens und Rumäniens in einem multikulturellen Umfeld und im dynamischen Austausch mit den anderen Ethnien sowie mit dem deutschsprachigen Raum.

Im deutschsprachigen Bildungswesen – von Kindergärten über Schulen bis hin zur beruflichen Bildung und universitären Studiengängen – spiegelt sich die wechselvolle Geschichte Siebenbürgens wider. Dabei haben sich einerseits Traditionslinien etabliert, aber andererseits auch Veränderungen und Verwandlungen vollzogen. Sowohl den

Traditionen als auch den Transitionen soll auf der Jubiläumstagung 2022 nachgegangen werden. Welche Interaktionen fanden und finden zwischen dem deutsch-, rumänisch- und ungarischsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen statt und welche in Bezug auf den

deutschsprachigen Raum in Mittel- und Westeuropa? Welche Besonderheiten, welche Möglichkeiten, aber auch: welche Grenzen und Herausforderungen ergeben sich daraus für die aktuelle und künftige Entwicklung deutschsprachiger Kultur und Bildung in Siebenbürgen? Was heißt das für die konkrete, tägliche pädagogische Arbeit in deutschsprachigen Kindergärten und Schulen?

Wir laden zur Einsendung von Vorschlägen für wissenschaftliche Vorträge ein, die sich mit diesen und folgenden Fragen befassen:

- historischer oder aktueller Perspektiven auf Traditionen und/ oder Transitionen im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen und Rumänien
- systematische Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang von Sprache, Kultur und Bildung im Kontext des Verhältnisses von Mehrheitsgesellschaften und Minderheiten (auch in anderen Regionen der Welt)
- (fach)didaktische Fragestellungen im Kontext deutschsprachigen Unterrichts (DaM/ DaF /DaZ)

Neben dem wissenschaftlichen Austausch sollen auf der Tagung Möglichkeiten für pädagogisch-praktische Weiterbildungen im Rahmen von 90-minütigen Workshops geboten werden. Zielgruppe der Workshops sind Erzieher und Grundschullehrer. Inhaltlicher Fokus soll auf Methoden sprachlicher und kultureller Bildung in deutscher Sprache und deren praktischer Anwendung und Reflexion liegen.

Inhaltliche Rückfragen zur Tagung und zum Studiengang können an Dr. Liana Regina Iunesch (liana.iunesch@ulbsibiu.ro) gesendet werden.

Einsendung von Vortrags- und Workshop-Vorschlägen (Exposé im Umfang von etwa 500 Wörtern) bis zum 30. April 2022 an Dr. Robert Pfützner (robert.pfutzner@ulbsibiu.ro). Eine Rückmeldung zur Annahme Ihres Vorschlags erfolgt nach der Begutachtung durch das Organisationsteam der Tagung bis zum 31. Mai 2022. Es ist geplant, die Vorträge im Jahr 2023 in einem Tagungsband zu publizieren.

Die Anmeldung zur Tagungsteilnahme ohne eigenen Beitrag ist bis zum 30.06.2022 per Mail an Dr. Sara Konnerth (sara.konnerth@ulbsibiu.ro) möglich.

Die Tagung ist als Präsenzveranstaltung in Hermannstadt geplant. Sollte die pandemische Lage eine physische Zusammenkunft nicht gestatten, findet die Tagung online statt.

Tagungsteam: Eveline Cioflec, Liana Regina Iunesch, Sara Konnerth, Teresa Leonhard, Robert Pfützner

<http://dppd.ulbsibiu.ro/pippde/index.php?id=25&L=1%27%27%27%27%27%27%27>

Zitation

Kultur - Sprache - Bildung. Tradition und Transition im deutschsprachigen Bildungswesen in Siebenbürgen. In: H-Soz-Kult, 04.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-114922.
Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

36) Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume

Veranstalter

Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie (Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger)

Ausrichter

Arbeitskreis deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger

Veranstaltungsort

Nationalmuseum Stettin /Muzeum Narodowe w Szczecinie

70-561 Szczecin

Vom - Bis

28.09.2022 - 01.10.2022

Frist

31.03.2022

Von

Beate Störtkuhl, Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises polnischer und deutscher Kunsthistoriker:innen und Denkmalpfleger:innen befasst sich mit dem Museum als ideologisch aufgeladener Sammlung von Dingen im Raum, geschaffen von Akteur:innen, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewusst sind. Der Fokus liegt auf Geschichte und Gegenwart des östlichen Europas in einem weit gefassten Sinne – als Raum mit oft komplizierten nationalen und ethnischen Verhältnissen und mehrfach verschobenen Staatsgrenzen.

Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume.

29. Tagung des Arbeitskreises deutscher und polnischer Kunsthistoriker und Denkmalpfleger, Szczecin/Stettin, 28. September bis 1. Oktober 2022.

Seit seinen Anfängen ist das Museum mehr ein Ort der Kontroverse als des Dialogs, mehr ein Ort der Exklusion denn der Emanzipation. Im Raum des Museums überlappen sich – in der Vergangenheit ebenso wie in der Gegenwart – die Sphären von Macht und kultureller Produktivität. Geschichtsnarrationen in Museen können Spaltungen vertiefen oder sogar erst erzeugen, quer durch die jeweilige Gesellschaft, aber auch – wie Pierre Bourdieu betonte – zwischen ethnischen und nationalen Gruppen. Im Besonderen gilt dies für die auf ethnischer und sprachlicher Distinktion basierenden modernen Staaten des östlichen Europas: Museen in Grenzregionen spielen eine besondere Rolle, sie werden zu Instrumenten der Verteidigung oder der Propagierung nationaler Kultur. In Zeiten geopolitischer Grenzverschiebungen wurden sie zum strategischen Objekt und zum Vehikel für eine Re- bzw. Akkulturation.

Die diesjährige Tagung des Arbeitskreises polnischer und deutscher Kunsthistoriker und Denkmalpfleger befasst sich mit dem Museum als ideologisch aufgeladener Sammlung von Dingen im Raum, geschaffen von Akteur:innen, die sich ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewusst sind. Der Fokus liegt auf Geschichte und Gegenwart des östlichen Europas in

einem weit gefassten Sinne – als Raum mit oft komplizierten nationalen und ethnischen Verhältnissen und mehrfach verschobenen Staatsgrenzen, in dem National-, Regional- und Lokalmuseen unter staatlicher, regionaler, städtischer oder privater Trägerschaft existieren. Die Institution Museum soll als Ort betrachtet werden, an dem sich soziale, nationale und kulturelle Spannungen bündeln, als Ort, der ebenso als Brücke zwischen der schwierigen Vergangenheit und der komplexen Gegenwart fungieren kann, als Ort der Vermittlung, Konsolidierung und der Analyse.

Ehemalige und gegenwärtige Museen im östlichen Europa sollen im Kontext der drei folgenden Begriffsfelder betrachtet werden:

Dinge: Der Blick richtet sich auf einzelne Objekte ebenso wie auf ganze Sammlungen, auf Exponate, an denen sich einst oder heute Kontroversen entzünd(et)en, auf Konfliktherde zwischen Gesellschaften und Nationen, bedeutungsvoll für die jeweilige Identitätsbildung. Zur Nachverfolgung der wechselvollen Geschichte und der Migration von Objekten gewinnt die Provenienzforschung an Bedeutung, als Plattform gleichermaßen für Kooperation und Diskussion. Wie wandeln sich die inhaltlichen Zuschreibungen von musealen Sammlungen im Kontext unterschiedlicher lokaler, nationaler oder imperialer Bedeutungsschichten, wie verändern sich ihr Status und ihre Aussagekraft bei einem Besitzerwechsel, bei der Übernahme eines Museums durch die Behörden eines anderen Staates, durch gesellschaftliche Transformationen etc.?

Akteure: Welche Rolle spielen Museumsmitarbeiter:innen, Sammler:innen, Forscher:innen, Vertreter:innen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen (Geschichte, Kunstgeschichte, Ethnologie, Archäologie), die ihre Arbeit manchmal in den Dienst der Propaganda und der staatlichen Politik stellen, manchmal aber ihrem eigenen Sammlungskonzept folgen, unabhängig von offiziellen Vorgaben. Welche Visionen, Aktivitäten und Haltungen entwickel(te)n sie gegenüber den Herausforderungen historischer, politischer und gesellschaftlicher Veränderungen?

Räume: In diesen Themenkomplex gehören Fragen nach Symbolik und Bedeutung der Architektur von Museumsgebäuden, nach der Art der musealen Präsentation und Narration, nach deren Botschaft und deren Rezeption durch das Publikum gestern und heute. Zu untersuchen ist die Lokalisation der Museumsgebäude im städtischen Umfeld: Welchen Stellenwert hatten sie im öffentlichen Raum, welche Rolle spielen sie heute? Einen eigenen „Raum“ nehmen in aktuellen Diskursen die Territorien der außereuropäischen Kolonien ein. Die von dort stammenden Artefakte erweisen sich als doppelt „schwieriges Erbe“, unabhängig davon, ob sie am ehemaligen Aufbewahrungsort verblieben oder nach den Grenzverschiebungen im östlichen Europa einen neuen Standort erhielten.

Einreichen

Wir erwarten 20-minütige Beiträge zu Diskursen und Fallbeispielen aus dem östlichen Europa (Deutschland, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Österreich, Ungarn, Rumänien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro, Albanien, Litauen, Lettland, Estland, Weißrussland, Ukraine, Russland). Neben den thematischen Vorträgen bietet die Informationsbörse des Arbeitskreises ein Forum zur Vorstellung aktuell laufender, individueller oder institutioneller Forschungsprojekte zur Kunstgeschichte und Denkmalpflege zum Themenbereich des gemeinsamen Kulturerbes im östlichen Europa, insbesondere zu den Interferenzen zwischen Polen und Deutschland (Kurzreferate, max. 10 Min.).

Bitte senden Sie Ihr Exposé für einen Vortrag bzw. die Informationsbörse (max. 1.800 Zeichen mit Leerzeichen), einen kurzen Lebenslauf sowie Angaben zu Ihrer derzeitigen Tätigkeit bis zum 31. März 2022 an die Adresse: s.kubiak@muzeum.szczecin.pl.

Weitere Informationen

Konferenzsprachen sind Deutsch, Polnisch und Englisch; ein Simultandolmetschen ist geplant. Tagungsort ist das Nationalmuseum Stettin / Muzeum Narodowe w Szczecinie.

Wissenschaftliche Leitung der Tagung: Dr. Dariusz Kacprzak (Nationalmuseum Stettin), Dr. Kamila Kłudkiewicz (Institut für Kunstgeschichte, Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań/Posen), Dr. Szymon P. Kubiak (Nationalmuseum Stettin, Akademie der Künste in Stettin).

Kontakt

E-Mail: s.kubiak@muzeum.szczecin.pl

<https://muzeum.szczecin.pl/en/>

Zitation

Das Museum in Mitteleuropa als Ort von Spannungen, als Konfliktfeld und Dialograum. Dinge – Akteure – Räume.. In: H-Soz-Kult, 11.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115861.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

37) Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert

Veranstalter

Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt

550024 Sibiu / Hermannstadt

Vom - Bis

Tagungstermin: 28.9. bis 01.10.2022

Frist

01.03.2022 -

Von

Ralf Grabuschnig, Spiegelungen. Zeitschrift für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas

Im Zentrum der Tagung soll die Diskussion von Raumkonzeptionen und -theorien stehen, mit einem Fokus auf Mittel- und Südosteuropa. Wichtig erscheint den Veranstaltern einerseits die Berücksichtigung einer breiten Perspektive auf die Longue durée seit dem 18. Jahrhundert und andererseits die Miteinbeziehung der zeitgenössischen, jeweils größeren Öffentlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Feldes, über die engere Geschichtsschreibung hinaus.

Tagungsort: Institutul de Cercetări Socio-Umane/Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften, Sibiu/Hermannstadt, Rumänien

Keynotes: Emil Brix (Direktor der Diplomatischen Akademie, Wien) und Emil Hurezeanu (Botschafter von Rumänien in der Republik Österreich)

Tagungsleitung: Rudolf Gräf (Hermannstadt), Kurt Scharr (Innsbruck), Florian Kühner-Wielach (München)

Veranstalter: Kommission für Geschichte und Kultur der Deutschen in Südosteuropa e. V., Tübingen, Mathias Beer; Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Kurt Scharr; Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München, Florian Kühner-Wielach; Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt, Rumänische Akademie der Wissenschaften, Rudolf Gräf; in Kooperation mit der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg und der Lucian-Blaga-Universität Hermannstadt

Konferenzsprachen: Deutsch/Englisch/Rumänisch.

Die Tagung wird live gestreamt und nachträglich online verfügbar gemacht.

We cease to consider so many geographical complexes as simple linear boundaries. And we also become aware that ancient boundaries were never, so to speak, linear; more often they were zones [...] every historical unit, every regulated society, seemed to form ipso facto a geographical personality in the past. [...] it is no longer a question of finding at all costs a network of lines, a definite bound enclosing with more or less success a piece of territory: it is not the definite bound or frame that is of prime importance, but the thing framed or bounded – the expressive and living centre of the the picture. The rest is only a margin. Lucien Febvre: A Geographical Introduction to History, London 1932 (1. Aufl. 1925), S. 304 u. 308.

Als der französische Historiker Lucien Febvre 1922 sein Buch *La Terre et l'évolution humaine. Introduction géographique à l'histoire* (aus dem hier in der englischen Ausgabe zitiert wurde) veröffentlichte, lag das Ende des Ersten Weltkrieges gerade vier Jahre zurück und die Pariser Friedensverträge waren eben in Kraft getreten, ihre langfristigen Folgen noch nicht absehbar. Sie sollten Europa ‚neu‘ ordnen. Febvre konzipierte, entgegen dem Zeitgeist, bereits eine bewusst transnationale Geschichte des Raumes.

Die Kommission für Kultur und Geschichte der Deutschen in Südosteuropa (KGKDS) oszillierte seit ihrer Gründung im Jahr 1957, wie auch andere Einrichtungen, selbst zwischen zurückblickenden und pluralistischen Standpunkten in punkto Raumvorstellungen. Sie bewegte sich damit in einem Kontext des vorherrschenden Zeitgeistes. Allerdings war ihr Forschungsauftrag zugleich und von Beginn an mit einer Dialektik in Bezug auf ihren Forschungsraum konfrontiert: Spätestens nach 1945 und vor allem mit den Jahren der Wende 1989/91 hatten sich staatliche Grenzen, politische Zugehörigkeiten und ethnische

Zusammensetzung dieses Raumes so gravierend verändert, dass die Geschichte der Deutschen in Südosteuropa nicht mehr in linearen Vorstellungswelten der Großmächte vor 1918 gedacht und geschrieben werden konnte. Darin und in der Brutalität seiner Umsetzung unterscheidet sich der Bruch von 1945 auch von jenem von 1918. „The expressive living centre of the picture“ – wie das Febvre beschreibt – also auch die ‚Zonen des Überganges‘ und gegenseitiger Beeinflussung, wurden allmählich zum zentralen Gegenstand des forschenden Interesses.

Geographische Bilder, wie wir sie etwa im Schulunterricht einlernen, aber auch aus der Politik kennen, wenn es etwa um Fragen der Schengen-Grenze oder künftige EU-Erweiterungen geht, prägen unsere Raumvorstellungen. Sie bauen allesamt auf einer Entwicklung auf, die im 18. Jahrhundert massiv ansetzt, als sich sowohl das Zaren- wie auch das Habsburgerreich in der Machtausdehnung ihrer Zentren in diesen südosteuropäischen, vermeintlichen Peripherraum vorschoben. Bislang weitgehend imperial gedachte Räume erhielten spätestens zur Mitte des 19. Jahrhunderts massive Konkurrenz seitens nationalstaatlicher Konzepte. Letztere setzen sich allmählich durch, existieren zunächst jedoch bis zum Ersten Weltkrieg oftmals parallel zueinander, ohne die imperialen Vorstellungen vollständig zu verdrängen. Die Diskussionen rund um das Centenarium 1914/1918 haben deutlich gezeigt, dass Raumkonzeptionen und damit verbundene Vorstellungswelten nach wie vor ein weites Feld an Forschungsdesiderata umfassen.

Das erschien der KGKDS Grund genug, die Jahrestagung 2022 – gemeinsam mit der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, dem Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU-München (IKGS), dem Forschungsinstitut für Geisteswissenschaften Hermannstadt/ Institutul de Cercetări Socio-Umane Sibiu der rumänischen Akademie der Wissenschaften (ICSU), der Babeş-Bolyai-Universität Klausenburg/Cluj-Napoca und der Universität Hermannstadt – auf diesen Themenkomplex auszurichten. Im Zentrum soll dabei die Diskussion von Raumkonzeptionen und -theorien stehen, mit einem Fokus auf Mittel- und Südosteuropa, wie er seitens der Kommission als Arbeitsgebiet gesehen wird. Wichtig erscheint den Veranstaltern einerseits die Berücksichtigung einer breiten Perspektive auf die Longue durée seit dem 18. Jahrhundert und andererseits die Miteinbeziehung der zeitgenössischen, jeweils größeren Öffentlichkeit des politischen und gesellschaftlichen Feldes, über die engere Geschichtsschreibung hinaus.

Für die Beiträge ist eine max. Länge von 20 Minuten vorgesehen. Wir bitten um ein Abstract im Umfang von bis zu 3.000 Zeichen sowie Vortragstitel und Kurzbiografie per Email an Florian Kühner-Wielach (kuehner@ikgs.de) bis zum 1.3.2022. Die Bewerber*innen werden bis 31.3.2022 benachrichtigt. Für Nichtmitglieder der KGKSD kann ggf. ein bedingter Reisekostenzuschuss gewährt werden.

Kontakt: kuehner@ikgs.de

Zitation

Zwischen Bollwerk und Brücke? Der habsburgische Südosten Europas – Kultur-Raum-Konzepte seit dem 18. Jahrhundert. In: H-Soz-Kult, 16.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114799.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

38) Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?

Veranstalter

AK Politik und Religion (DVPW) (Bildungszentrum Kloster Banz)

Ausrichter

Bildungszentrum Kloster Banz

96231 Bad Staffelstein

Vom - Bis

04.10.2022 - 05.10.2022

Frist

21.02.2022

Von

Oliver Hidalgo, Institut für Politikwissenschaft, Universität Regensburg

CfP für die Tagung des AK Politik und Religion (DVPW) am 4. und 5. Oktober 2022 in Kloster Banz.

Wir erbeten bis zum 21.02.2022 Abstracts (ca. 500 Wörter) zu folgenden Themen:

- ideen- und begriffsgeschichtliche Beiträge zum historischen Narrativ des „christlichen Abendlands“ bzw. die christdemokratischen Fundamente Europas
- normativ-theoretische Beiträge zur Rolle von Religion in der europäischen Öffentlichkeit
- Fallstudien zur politischen Mobilisierung religiöser Prinzipien und Akteure

Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"?

Dieser Tagung des AK Politik und Religion (DVPW) liegt die Frage zugrunde, welchen Einfluss religiöse Prinzipien und deren Inanspruchnahme durch politische Akteure in den europäischen Demokratien und im zunehmend konflikthaften Verhältnis von Nationalstaaten und Europäischer Union entfalten. Seit der Zurückweisung des Gottesbezugs in den Diskussionen zur (letztlich gescheiterten) Europäischen Verfassung schien das Thema Religion für die Europäische Union allenfalls in der Frage der Aufnahme von Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung (wie vor allem der Türkei) eine Rolle zu spielen. Die Analyse der Beziehungslinien zwischen Religion und Europa hat jedoch durch aktuelle, teilweise dramatische politische Entwicklungen neue Brisanz erhalten.

In mindestens einem zentralen Politikfeld der EU, der Migrations- und Flüchtlingspolitik, haben sich neue Konfliktlinien gebildet, in denen kollektive Identitäten und normative Prinzipien von verschiedenen Akteuren religiös begründet werden, gleichwohl aber zu oft diametral entgegengesetzten politischen Positionen führen. Auf der einen Seite berufen sich rechtspopulistische Parteien in der Mobilisierung gegen (muslimische) Immigrant:innen auf die Bewahrung des kulturell-christlichen Erbes. Auf der anderen Seite kritisieren selbst konservative religiöse Akteure die wachsende Abschottung Europas gegenüber internationalen Migrations- und Flüchtlingsbewegungen mit dem Bezug auf christliche Werte. Im katholisch geprägten Italien provozierte diese Konstellation sogar eine scharfe Polemik der rechtspopulistischen Lega gegen die Amtskirche.

Gegenwärtig dient die Berufung auf das „christliche Abendland“ Europa-skeptischen Parteien und Regierungen zur Frontstellung gegen die Europäische Union. Die damit verbundene national-religiöse Mobilisierung hat in Ländern wie Polen zu einer politischen Zuspitzung und sogar zur Frage nach einem möglichen Ausscheiden („Polexit“) aus der EU geführt. Gleichzeitig kontrastiert diese aktuelle Entwicklung auffällig mit den Anfängen der Europäischen Integration, die sich wesentlichen Einflüssen aus dem politisch-religiösen Sektor wie der Identitätskonstruktion des „christlichen Abendlandes“ verdankt. Dieser Tagung geht es um den Wandel der Bedeutung von Religion in der Entwicklung der Europäischen Union.

Seitdem konstruktivistische Ansätze die Aufmerksamkeit auf Ideen, Ideologien und Identitäten als Grundlage der europäischen Integration gerichtet haben, ist auch eine neue Debatte über die Rolle der Religion für die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft entstanden. Es ist bereits darauf verwiesen worden, dass die meisten europäischen Gründerväter wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi oder Robert Schuman in einem einflussreichen Netzwerk katholischer Christdemokraten miteinander verbunden waren. Zudem ist der katholische Supranationalismus neben dem europäischen Liberalismus als eine der beiden prägenden Europa-bezogenen Ideologien bezeichnet worden. Zuletzt haben einige ideengeschichtliche Studien die These nahegelegt, dass die Konzeption des „christlichen Abendlandes“ in der unmittelbaren Nachkriegszeit zwar ein „politischer Kampfbegriff“ im Ost-West Konflikt war, gleichzeitig aber auch ein alternatives oder ergänzendes Identitätsangebot bot, das der Vorstellung einer nationalen Einheit die Idee einer europäischen Gemeinschaft hinzufügte.

Unsere Tagung fragt daher, auf welcher unterschiedlichen Weise politische Akteure zu verschiedenen Zeiten religiöse Prinzipien und Identitäten in wesentlichen Politikfeldern und zur Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Integration bzw. der EU genutzt haben. Handelt es sich jeweils um handlungsleitende Überzeugungen oder eine instrumentelle Inanspruchnahme? Carlo Accetti hat unlängst sogar die provokante These vertreten, dass sich die politische Ordnung der Europäischen Union nur schwerlich in die gängigen Kategorien von Regierungsformen einordnen lässt, aber auffallende Ähnlichkeiten zu Kernelementen christdemokratischen Denkens wie Subsidiarität, Konkordanzdemokratie und sozialer Marktwirtschaft besitzt. In Auseinandersetzung mit dieser These soll gefragt werden, was genau die „Verbindungsglieder“ zwischen Religion und Politik sind und wie sich etwa der vielfach behauptete Einfluss der katholischen Soziallehre und des Prinzips der Subsidiarität auf die Europa-Politik darstellen und nachweisen lässt.

Ausgehend von Jürgen Habermas' These der postsäkularen Gesellschaft soll ebenso beleuchtet werden, welche normativen und identitätsbildenden Prinzipien in religiösen Traditionen vorhanden sind, die sich im Spannungsverhältnis von Nationalstaat und supranationalen Institutionen politisch wirksam aktualisieren lassen. Die Frage nach der Rolle von Religion in der europäischen Integration betrifft in besonderer Weise die Bildung einer europäischen Identität. Die Unterscheidung zwischen einem pragmatischen, kulturell-religiösen und normbezogenen europäischen Selbstverständnis hat sich diesbezüglich etabliert. Die Tagung will erörtern, warum normative und kulturell-religiöse Politikbegründungen häufig in einem Widerstreit stehen und ob sich Verbindungen zwischen den verschiedenen Identitätsbezügen darstellen lassen, „wenn Gerechtigkeitsprinzipien in das dichtere Geflecht kultureller Wertorientierungen Eingang finden“. Darüber hinaus geht es darum, Identitätsbildungen wie ein „säkulares Kulturchristentum“ zu erklären, die sich letztlich aus einem religiösen Bezugsrahmen lösen. Zuletzt ist auch die Abgrenzung zur Vorstellung eines christlichen Abendlandes in und außerhalb Europas von Interesse.

Mit dem vorliegenden CfP erbeten wir aussagekräftige Abstracts (ca. 500 Wörter), die insbesondere die folgenden Themen und Fragestellungen adressieren:

- ideen- und begriffsgeschichtliche Beiträge, die das historische Narrativ des „christlichen Abendlands“ bzw. die christdemokratischen Fundamente Europas rekonstruieren und analysieren
- normativ-theoretische Beiträge zur (ambivalenten) Rolle von Religion in der europäischen Öffentlichkeit
- einschlägige Fallstudien zur politischen Mobilisierung religiöser Prinzipien und Identitäten bzw. zu den relevanten Positionen religiöser und politischer Akteure.

Die Tagung bietet Raum für interdisziplinären Austausch (Politikwissenschaft, Geschichte, Religionswissenschaft und -soziologie) und kontroverse Diskussionen. Dies schließt die Frage ein, ob die Ausbildung einer europäischen Identität ohne kulturell-religiöse Bezüge prinzipiell möglich ist oder ein Verzicht dieses Feld den Gegnern der europäischen Integration überlässt.

Die Abstracts sind bis zum 21.02.2022 einzureichen bei jörg.baudner@uni-osnabrueck.de und/oder oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de. Die Konferenzsprache ist Englisch und Deutsch.

Für die Tagung fallen keine Unterkunfts- und Verpflegungskosten oder Teilnahmegebühren an. Reisekosten sollen mithilfe eines Drittmittelanspruchs eingeworben werden.

Kontakt

E-Mail: jörg.baudner@uni-osnabrueck.de

E-Mail: oliver.hidalgo@politik.uni-regensburg.de

Zitation

Religion und Politik in Europa und der Europäischen Union: Immer noch das "Christliche Abendland"? In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115632.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

39) Otto Dibelius (1880–1967). Neue Forschungen zu einer protestantischen Jahrhundertfigur

Veranstalter

Prof. Dr. Lukas Bormann, Fachbereich Ev. Theologie; Prof. Dr. Manfred Gailus, Zentrum für Antisemitismusforschung (Philipps Universität Marburg; TU Berlin)

Ausrichter

Philipps Universität Marburg; TU Berlin

Marburg

Gefördert durch
Fritz-Thyssen-Stiftung

35032 Marburg

05.10.2022 – 07.10.2022

Frist

15.04.2022

Von

Lukas Bormann, Fachbereich Ev. Theologie, Philipps-Universität Marburg

Internationale Tagung: Otto Dibelius (1880–1967). Neue Forschungen zu einer protestantischen Jahrhundertfigur. Philipps-Universität Marburg.

Im Zuge der Neubewertung der Geschichte des deutschen Protestantismus wird in einer internationalen Tagung die "Jahrhundertfigur" Otto Dibelius (1880–1967) in den Fokus gerückt.

Wer heute zurückblickend nach einer herausragenden Persönlichkeit sucht, die den deutschen Protestantismus des 20. Jahrhunderts mehr prägte als alle anderen, der wird zweifellos von Otto Dibelius (1880–1967) als einer solchen kirchlichen „Jahrhundertfigur“ sprechen müssen. In seiner etwa sechs Jahrzehnte währenden Kirchenkarriere durchlief Dibelius nahezu sämtliche Stationen eines preußisch-deutschen Kirchenführers mit stetiger Aufstiegstendenz bis zum EKD-Ratsvorsitzenden.

Die internationale wissenschaftliche Tagung wird neuere Sichtweisen auf diese Phase der Geschichte des Protestantismus und auf Dibelius als einen seiner herausragenden und zugleich charakteristischen Vertreter aufeinander beziehen. Die Tagung versammelt Wissenschaftler:innen aus Ev. Theologie, Geschichtswissenschaft sowie Kultur- und Religionswissenschaft vor dem Horizont einer grundsätzlichen Neubestimmung der Bedeutung des Protestantismus in Deutschland.

Die Veranstaltungsleitung haben Professor Dr. Lukas Bormann, Philipps-Universität Marburg/Marburger Forschungen zum Neuen Testament und Prof. Dr. Manfred Gailus, TU Berlin/Zentrum für Antisemitismusforschung.

Die Leiter und Organisatoren der wissenschaftlichen Tagung laden dazu ein, ergänzend zum bereits bestehenden Tagungsprogramm bis zum 01.04.2022 Beitragsvorschläge für Kurzvorträge einzureichen.

Die Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch. Es ist geplant die Tagung in Präsenz durchzuführen und ergänzend Online über ein Konferenzsystem zugänglich zu machen.

Für die Kurzvorträge sind insgesamt 30 min vorgesehen (ca. 20 min. Vortrag und ca. 10 min Diskussion). Es wird erwartet, dass die Beiträge nach der Tagung publikationsreif ausgearbeitet und für die Publikation des Konferenzbandes zur Verfügung gestellt werden.

Es werden Beiträge erbeten, die sich auf Leben, Wirken und Wirkung von Otto Dibelius beziehen. Besonders willkommen sind Forschungsbeiträge, die das bereits bestehende Programm durch quellenorientierte Studien ergänzen. Bei Annahme werden die Reise- und Unterbringungskosten durch die Veranstalter übernommen.

Bitte richten Sie Ihre Themenvorschläge (inkl. Abstract im Umfang von max. 350 Wörtern und Kurzbiographie) bis spätestens 15. April 2022 an: Prof. Dr. Lukas Bormann (s.u.).

Zugesagte Beiträge (Arbeitstitel):

1. Prof. Dr. Albrecht Beutel (D): Der junge Dibelius als Kirchenreformer. Konturen eines kaiserlich-preußischen Gemeindeprogramms
2. Prof. Brandon Bloch, PhD (USA): Otto Dibelius und seine Schrift „Obrigkeit?“ (1959)
3. Prof. Dr. Lukas Bormann (D): Der Visionär. Das Jahrhundert der Kirche (1926)
4. Dr. Benedikt Brunner (D): Immer im Dienst. Das öffentliche und publizistische Wirken von Otto Dibelius in der Weimarer Republik
5. Dr. Hansjörg Buss (D): Die politischen und kirchlichen Gegner des Berliner Bischofs Otto Dibelius (1945–1966)
6. Dr. Hartmut Fritz (D): Das Dibelius-Bild der Forschung in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts
7. Prof. Dr. Manfred Gailus (D): Dibelius im Jahr 1933 und im sogenannten „Kirchenkampf“
8. Prof. Dr. Siegfried Hermle (D): Otto Dibelius als Ratsvorsitzender der EKD (1949–1961) - vornehmlich im Spiegel seiner Rechenschaftsberichte vor der EKD-Synode
9. Dr. habil. Michael Heymel (D): Antipoden. Otto Dibelius und Martin Niemöller
10. Prof. Dr. Sarah Jäger (D): Otto Dibelius und der Geschlechterdiskurs im Protestantismus
11. Prof. Dr. Katharina Kunter (Finnland): Otto Dibelius und die ökumenische Bewegung
12. Prof. Dr. Hartmut Lehmann (D): Konferenzbeobachter
13. Prof. Dr. Claudia Lepp (D): Das Selbstverständnis und Agieren von Otto Dibelius als Bischof von Berlin (1945–1966)
14. Prof. Dr. Andreas Pangritz (D): Otto Dibelius. Sein Bild vom Judentum und sein Antisemitismus
15. Lecturer Dr. Tetyana Pavlush (UK): Otto Dibelius und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus
16. Prof. Dr. Wolf-Friedrich Schäufele (D): Otto Dibelius im Ersten Weltkrieg
17. Dr. Felix Teuchert (D): Otto Dibelius, die Integration der Vertriebenen und die „Ostpolitik“ der EKD
18. Prof. Dr. Todd H. Weir (NL): Otto Dibelius und 'christliche Weltanschauung' im Kampf gegen Säkularismus und 'Gottlosen'-Bewegung

Kontakt

Prof. Dr. Lukas Bormann
Philipps-Universität Marburg
Alte Universität / Lahntor 3
35032 Marburg
Tel.: +49-6421-28-22439
Mob.: +49-175-8380105
Sek.: +49-6421-28-22446
E-Mail: Lukas.Bormann@uni-marburg.de

<https://marburgerforschungenzumnt.jimdofree.com/events/tagungen/dibelius-22/>

Zitation

Otto Dibelius (1880–1967). Neue Forschungen zu einer protestantischen Jahrhundertfigur. In: H-Soz-Kult, 25.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115931.
Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

40) Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe

Veranstalter

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice
Gefördert durch

Implemented under the Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal "European Territorial Cooperation" of the European Regional Development Fund (ERDF), project number – INT198

72-200 Kulice

Vom - Bis

14.10.2022 - 16.10.2022

Frist

01.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

The aim of the meeting is to re-interpret the meanings of symbolic border posts and to discuss their social and cultural function in the historical and contemporary perspective

International Conference "Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe"

The long nineteenth century was a period when the idea of nation states came into being. As a result of territorial shifts due to political, ethnic and religious conflicts new borders were drawn. These places were supposed to take a part in creation of new national identity. Discussed locations were reinforced with symbolic border posts – the monuments. Soon,

new invented traditions were introduced around them, indicating their long lasting character and origin. Grand ceremonies were organized in their vicinity to lift their status and meaning. The aim of the meeting is to re-interpret the meanings of such places and to discuss their social and cultural function in the historical and contemporary perspective.

We would like to invite you to become experts and speakers. We are interested in previously unpublished detailed approaches, as well as synthetic and comparative ones.

Applications should include: title of presentation, abstract (up to 600 characters) and a short CV (up to 600 characters), in one of the following languages: English, German, Polish. The deadline for submissions is 1 March 2022. Please send your proposal for presentation to Paweł Migdalski (paw.mig@usz.edu.pl). The organiser reserves the freedom to select papers from among those submitted. You will be informed about the decision by 15 April 2022. The language of the conference proceedings will be Polish and English. The event will be translated simultaneously. A publication is planned after the conference.

Participation in the conference as an speaker is free of charge. Travel expenses (budget class) or a small honorarium will be provided.

The conference will take place on 14–16 October 2022 at the International Center for Interdisciplinary Studies in Kulice, located in a former manor house belonging to the von Bismarck family. The organizer provides free transport from Szczecin to the venue in Kulice and back.

If the pandemic situation does not improve significantly, a hybrid or online event could be organised.

Kontakt

E-Mail: paw.mig@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/en/>

Zitation

Symbolic Border Posts - Ideological Reinforcement of Frontiers in Europe. In: H-Soz-Kult, 02.02.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-115570>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

41) War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923

Veranstalter

Jagellonen-Universität Krakau, Pädagogische Universität Krakau

Veranstaltungsort

31007 Krakau

19.10.2022 - 22.10.2022

Frist

01.08.2021

Von

Kamil Ruzsala, Institut für Geschichte, Jagellonen-Universität-Krakau

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cu

ltural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”.

Every five years since 2007, Kraków has hosted the International Congress of Polish History. Each of these remarkable events has brought together hundreds of scholars from all over the world to share their interest in Poland’s history, culture, and language. From its beginnings, the main aim of the Congress has been to provide a forum for developing dialogue, exchanging experiences and inspiration, and popularizing research in Polish history. We have now begun planning for the continuation of this project, and we warmly invite you to be part of this, the fourth International Congress of Polish History. In spite of the uncertainty and unpredictability that the pandemic has brought, we are going ahead with the organization of the Congress, firm in the belief that it will be possible for us all to meet safely in Kraków in October 2022. The theme of the Congress will be ‘Cultural Encounters’. We set out to look at the history of the Polish lands through the lens of mutual relations and interaction and of the multiple cultural currents and models that have circulated in the country for centuries. Ideas, customs, identities and languages, have come together as if in a crucible, a laboratory, or a transshipment port. Cultural, ethnic, linguistic, religious, economic, demographic, and social diversity has always been a dominant note in Poland’s past, and has left lasting traces in its cultural legacy and collective identity. As we invite our fellow scholars with research interests in Poland to Kraków, we hope to explore the dynamics, scale, and complexity of these interactions, probe the main channels of transmission and retransmission, and consider the outcomes for Poland of these cultural encounters. We have pledged to adopt the broadest possible definition of culture, to take account of both its elevated and popular registers.

As a part of the 4th Congress, we propose a panel entitled: “War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923”. Within this framework, we seek to reconsider the Polish territories as a meeting point of cultures and nations during the First World War and the early post-war periods. This extended historical moment saw the last gasp of land empires that died on the battlefield and the birth of a multi-cultural, post-imperial Polish state from the remnants of three empires. The process of imperial collapse and the construction of new nation states was accompanied by multiple cultural clashes in a context of lingering influences from pre-war times. We invite presentations examining various aspects of these cultural encounters including:

-The experience of non-Polish members of imperial armies stationed in Galicia or Congress-Poland (e.g., Austrians, Hungarians, Slovenes, Slovaks, Czechs, Romanians, Germans, Russians) and their interactions with local populations;

-Impressions of non-combatants during World War I and the border conflicts that followed it, including the experiences and observations of war reporters, politicians, diplomatic staff, intellectuals, artists etc.;

-Post-war realities, including the observations of staff and representatives (of non-Polish background) from international foreign missions after 1918 in the newly-created Second Republic of Poland;

-Post-war transitions such as shifts in a sense of belonging after the rise of new states, changes in self-identification on cultural grounds before and after 1918;

-People on move: wartime migrations (refugees, exile, internment, repatriations) and a cultural encounters;

-The remnants and cultural memory of empires and war, including the repurposing of physical remains such as fortresses, internment and POW camps, sites of memory such as monuments and cemeteries, artistic renderings of memory, or residual administrative practices carrying over from imperial rule and wartime, trying to ask where we find continuity and where we see rupture after 1918 with the earlier systems of rule; -Cultural encounters in the early years of newly-created Poland after 1918, dominated by Poles but inhabited by other nations (Ukrainians, Jews, Belarussians and Germans), whose sense of belonging was different (especially those arising as a consequence of long-lasting conflicts).

Any other potential contributions linking cultural encounters and Polish territory in WW1 are warmly welcome.

The 4th Congress is scheduled for October 19–22, 2022 and will be held in Kraków. The languages of the Congress will be English and Polish. For our panel “War and Diversity” we invite up to 8 speakers and discussants, all contributions should be approximately 20 minutes in length. Please submit proposals of approximately 250 words to Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu) and Kamil Ruszała (kamil.ruszała@uj.edu.pl) by August 1, 2021. The complete roster of speakers will be announced by the end of Summer 2021. Congress organisers are seeking funds for lodging in Kraków and to cover travel expenses (especially for non-European scholars). Further details will be provided later.

Panel moderators plan to follow-up after the Congress and collect contributions to publish in a journal as a special issue.

Kontakt

Keely Stauter-Halsted (stauterh@uic.edu); Kamil Ruszała (kamil.ruszała@uj.edu.pl)

Zitation

War and Diversity Beyond the Battlefield: Cultural Encounters in the Polish Lands 1914–1923. In: H-Soz-Kult, 26.07.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-98951.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

42) "Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau"

Veranstalter

Hochschule für Bildende Künste Dresden (Forschungsprojekt "Kunst am Bau")

Ausrichter

Forschungsprojekt "Kunst am Bau"

Veranstaltungsort 01307 Dresden, Güntzstraße 34

Gefördert durch

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.

Vom - Bis

03.11.2022 - 04.11.2022

Frist

15.02.2022

Von

Annemarie Huhn, Kunsttechnologie, Konservierung und Restaurierung von Kunst- und Kulturgut, Hochschule für Bildende Künste Dresden

Mit der staatlichen Förderung von Kunst am Bau und ihrer gesellschaftspolitischen sowie ideologischen Instrumentalisierung in der DDR entstanden zahlreiche Wandbilder und künstlerische Architekturoberflächen. Ausgehend von der Produktionsgenossenschaft "Kunst am Bau" in Dresden beschäftigte sich ein dreijähriges Forschungsprojekt mit der Entstehung, Überlieferung und Erhaltung der Kunstwerke. Zu der Abschlusstagung am 03./04.11.2022 werden mit diesem Call for Papers Fachbeiträge gesucht.

In der 1958 gegründeten Produktionsgenossenschaft Bildender Künstler „Kunst am Bau“ wurden in 30 Jahren ca. 150 Kunstwerke unter den Bedingungen einer kollektiven Werkstattarbeit geschaffen. Ein Großteil der Künstler waren Absolventen der Hochschule für Bildende Künste in Dresden. Bereits während ihrer Ausbildung wurden sie auf die staatlich gelenkte Berufsausübung hin orientiert und produzierten unter dem

Zusammenschluss dieser Genossenschaft bis 1989 vorwiegend baubezogene Kunstwerke. Dieser historisch geschlossene Bestand bildete 2019 den Ausgangspunkt für das dreijährige Forschungsprojekt „Wandbilder und künstlerische Architekturoberflächen zwischen 1952 und 1989 im Kontext der werktechnischen Ausbildung an der Hochschule für Bildende Künste Dresden. Entstehung – Überlieferung – Erhaltung“.

Zur geplanten Abschlusstagung des Projektes sind Fachbeiträge zu folgenden Themenkomplexen willkommen:

1. Methodische Fragen zur Erfassungssystematik von Kunst und Architektur

Im Rahmen des Forschungsprojektes „Kunst am Bau“ wurde eigens eine Systematik zur restauratorischen Erfassung des Bestandes an Kunstwerken der Produktionsgenossenschaft entwickelt. Neben der Unterstützung für eine künftige denkmalpflegerische Erfassung im Kontext von Inventarisierungen und Werkverzeichnissen, bezieht sich diese auf methodische Ansätze aus der Restaurierungswissenschaft sowie der Kunst- und Sozialwissenschaft. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, wie komplex die Fragestellungen für die Erfassung von Werken der Kunst am Bau sind. Welche Perspektiven

können für den zukünftigen Umgang mit diesem noch relativ jungen kulturellen Erbe aufgezeigt werden? Wie kann durch einen fachübergreifenden Wissensaustausch eine bessere Verzahnung der verschiedenen Fachdisziplinen, insbesondere der korrespondierenden Gebiete der Kunst- und Architekturgeschichte sowie Denkmalpflege, erreicht werden?

2. Werktechniken von Wandbildern nach 1945

Die Betrachtung der materiellen Beschaffenheit der Objekte hat zu verschiedenen Erkenntnissen geführt, die Auswirkungen auf die Bewertung des Gesamtbestandes besitzen. Die werktechnischen Ausführungen der Objekte offenbaren eine variantenreiche Vielfalt, für die in der etablierten Kunsttechnologie bislang teilweise noch eine genaue Definition oder Beschreibung fehlt. Die Analyse der Entstehungs- und Rezeptionsbedingungen der Wandbilder wurde bisher selten aus der Perspektive ihrer Urheber erforscht. So zeigt sich die baugebundene Kunst als ein ausdifferenziertes Arbeitsfeld mit starken Bezügen und Verflechtungen zur Bauwirtschaft. Werktechnische Erfindungen von Künstlern wurden bis zur Patentreife entwickelt und in der Praxis variierend getestet. Im Rahmen der Tagung sollen weitere Werktechniken und Entwicklungen außerhalb der Produktionsgenossenschaft vorgestellt und diskutiert werden.

3. Ausbildung und Professionalisierung in der Wandmalerei

Für die Bewältigung von monumentalen Wandgestaltungen war besonders kompositorisches und fachliches Spezialwissen notwendig. Die Professionalisierung der Ausbildung für Künstler an den Hoch- und Fachschulen der DDR war anfänglich mit den Ausbildungsinhalten der Vorkriegszeit über personelle Kontinuitäten oder Werkstatttraditionen verzahnt. Das Wirken von Vorgängerinstitutionen wie Kunstgewerbeschulen beeinflusste Lehr- und Ausbildungsprogramme wie auch Produktionsstandorte mit künstlerischer Ausbildung, beispielsweise Keramik- oder Porzellanwerkstätten. In diesem Schwerpunkt sollen die Ausbildungsstätten und ihre Auswirkungen auf die Gestaltungen der Bildwerke thematisiert werden. Ein Aspekt, der bisher noch wenig erforscht wurde.

4. Architektur und Kunst der ostdeutschen Nachkriegsmoderne im Fokus von Wertediskussionen

Der Wandel in der Architektur der DDR, von ihrer Gründung 1949 bis zu ihrem Ende 1989, vom staatlich verordneten Bauen im Stil der Nationalen Tradition über die Moderne und Postmoderne, hat die Wandbilder und künstlerische Architekturoberfläche in Thematik, Gattung, Komposition und Materialität unterschiedlich beeinflusst. Auch das Verhältnis von Architekten und Künstlern veränderte sich. So gab es produktive Kooperationen aber ebenso ein Auseinanderdriften von Architektur- und Kunstkonzepten, auch wenn beides parallel geplant wurde. In der Entstehungszeit wurden diese Konzepte ästhetisch als gelungene oder als nicht gelungene Synthese von Kunst und Architektur gewertet. Wie bewerten wir heute das gerne als „Bekunstung“ im Sinne einer Reduzierung des Kunstwertes im Bildwerk bezeichnete Zusammenwirkung von Architektur und künstlerischer Gestaltung?

Wir bitten um Bewerbungen mit einem kurzen Exposé (maximal 3.000 Zeichen inklusive Leerzeichen) und Arbeitstitel sowie Angaben zu Ihrer Person (Name, Kontaktdaten, berufliche Stellung) bis spätestens 15. Februar 2022 per E-Mail an: huhn@hfbk-dresden.de

Seite 270 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Termin der Tagung: 3. bis 4. November 2022

Ort: Hochschule für bildende Künste Dresden

Die Tagung richtet sich an Restauratoren, Kunsthistorikern, Architekturhistorikern, Denkmalpflegern und weitere Interessierte. Die Referate sollten eine 20 minütige Redezeit nicht überschreiten. Die Beiträge werden nicht honoriert, jedoch erhalten die Referenten eine Erstattung der Übernachtungs- und Fahrtkosten für eine Person. Es wird keine Tagungsgebühr erhoben. Die Veranstaltungssprache ist deutsch.

Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter: <https://www.hfbk-dresden.de/wandbilder-und-kuenstlerische-architekturoberflaechen/>.

Kontakt

E-Mail: huhn@hfbk-dresden.de

<https://www.hfbk-dresden.de/wandbilder-und-kuenstlerische-architekturoberflaechen/>

Zitation

"Wandbilder Entstehung – Überlieferung – Erhaltung" Tagung des Forschungsprojektes "Kunst am Bau". In: H-Soz-Kult, 21.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114892.
Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

43) HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022

Veranstalter
Historische Kommission zu Berlin / HiKo_21
Veranstaltungsort
Mittelhof (Nikolassee)
14129 Berlin

Vom - Bis
17.11.2022 - 18.11.2022
Frist
31.12.2021

Von
Daniel Benedikt Stienen, Bayerische Akademie der Wissenschaften

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte.

Das HiKo_21 – Nachwuchsforum ist eine Plattform für den wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte. Es dient der Präsentation und dem Austausch über Projekte unabhängig von Epoche und methodischem Zugriff. Zugleich bietet es einen Raum, um Anregungen für laufende Vorhaben zu sammeln, Forschungs-Netzwerke aufzubauen und

die Sichtbarkeit der Disziplin ›Preußische Geschichte‹ nach außen zu erhöhen. Als offene, niederschwellige Veranstaltung soll es junge Forscherinnen und Forscher untereinander sowie mit Expertinnen und Experten der Preußenforschung vernetzen.

Das von der Historischen Kommission zu Berlin mit ihrem Nachwuchsnetzwerk HiKo_21 organisierte Forum findet erstmalig am 17./18. November 2022 in Berlin statt. Ziel ist es, einen Überblick über aktuelle Forschungsprojekte zu geben und einen interepochalen Austausch über die Geschichte Preußens zu ermöglichen. Das Forum richtet sich vorrangig an Promovierende, die ihre Forschungsprojekte vorstellen und sie mit anderen diskutieren möchten. Vorträge von fortgeschrittenen Studierenden oder jungen Post-Docs sind ebenfalls willkommen. Auf dem Forum, das zukünftig wiederholt werden soll, soll zudem

ausgelotet werden, welche Austauschformate vom wissenschaftlichen Nachwuchs in der Preußischen Geschichte nachgefragt werden und welches Angebot geschaffen werden könnte. Vor diesem Hintergrund soll am Tagungsende unter den Teilnehmenden diskutiert werden, welche Formate wünschenswert wären und institutionalisiert werden könnten, um den akademischen Austausch und die Sichtbarkeit nach innen und außen zu stärken.

Das Forum findet ohne ein übergeordnetes Schwerpunktthema statt. So soll Teilnehmenden aus unterschiedlichen Epochen und Teildisziplinen die Gelegenheit gegeben werden, ihre Projekte zu präsentieren und Vernetzungsmöglichkeiten des Forums für sich zu nutzen. Die Veranstaltungssprache ist Deutsch. Beiträge können auch auf Englisch eingereicht und gehalten werden. Gewährleistet ist, dass Kosten als Aufwandspauschale in Höhe von 150 Euro von der Historischen Kommission getragen werden. Darüber hinaus bemüht sich die Kommission durch die Einwerbung von Drittmitteln darum, Reise- und Unterkunftskosten (bestenfalls in voller Höhe) zu erstatten.

Einreichung von Beiträgen:

- Abstract von ca. 500 Wörtern, aus dem das Thema des Projekts, die Fragestellung, Methodik, Quellen und der Stand der Arbeit hervorgehen
- wissenschaftlicher Lebenslauf (mit Angaben zur Betreuung sowie etwaigen Veröffentlichungen).

Wir bitten darum, alle Vorschläge in einem Worddokument (oder in einem vergleichbaren Format) einzureichen.

Bewerbungen sind spätestens bis zum **31. Dezember 2021** an info@hiko-berlin.de zu senden.

Die Auswahlentscheidungen werden Ende Februar 2022 mitgeteilt. Bei Zusage muss bis zum 15. Juni 2022 ein deutsch- oder englischsprachiges Paper von ca. 2.500–3.000 Wörtern eingereicht werden, das den Teilnehmenden vorab als Tagungsreader zur Verfügung gestellt wird.

Die Vorträge sollen dreißig Minuten nicht überschreiten. Eine Publikation der Beiträge ist nicht vorgesehen.

Dr. Sascha Bütow – Ellen Franke M. A. – Elisabeth Ruffert M. A. – Daniel Benedikt Stienen M. A.

Kontakt

info@hiko-berlin.de, danielstienen54@gmail.com

Zitation

HiKo_21 – Nachwuchsforum zur Preußischen Geschichte – 2022. In: H-Soz-Kult, 12.10.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-113396.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

44) Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989)

Veranstalter

Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

A 6020 Innsbruck

Vom - Bis

17.11.2022 - 18.11.2022

Frst

31.03.2022

Von

Nina Hechenblaikner, Institut für Zeitgeschichte, Universität Innsbruck

Am 17. und 18. November 2022 veranstaltet das Forschungsprojekt The CSCE Follow-up Meeting in Vienna (1986–1989). Struggling for Human Rights and European Security at the End of the Cold War einen Workshop, der unterschiedliche Aspekte des dritten KSZE-Folgetreffens beleuchten soll.

„Das Wiener Treffen hat den Eisernen Vorhang erschüttert, hat seine rostigen Stäbe geschwächt, neue Breschen darin geschlagen und seine Korrosion beschleunigt.“ In seiner Rede zum Abschluss der dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien fand der sowjetische Außenminister Eduard Schewardnadse deutliche Worte. Obwohl das Ende des Kalten Krieges zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar war, hielt er – wie viele andere auch – das Wiener Folgetreffen für einen wichtigen Schritt zur Überwindung der Teilung Europas. Im Schlussdokument zeigte sich, dass die ideologischen Gräben zumindest teilweise überwunden werden konnten; selbst der bis kurz vor dem Ende der Verhandlungen anhaltende Widerstand der DDR und Rumäniens konnte scheinbar gebrochen werden. Die Ergebnisse waren für viele Delegationsmitglieder ein deutliches Zeichen für eine weitere Entspannung des Kalten Krieges. Der Abschluss des Wiener Folgetreffens kann daher als einer der Höhepunkte des KSZE-Prozesses nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki 1975 bezeichnet werden.

Während Helsinki und die beiden Folgetreffen in Belgrad und Madrid in den letzten Jahren vermehrt Eingang in die zeithistorische Forschung fanden, konnte das Wiener Folgetreffen

insbesondere aufgrund von archivarischen Sperrfristen bisher kaum berücksichtigt werden. Dieser Forschungslücke widmet sich das D-A-CH-Forschungsprojekt The CSCE Follow-up Meeting in Vienna (1986–1989). Struggling for Human Rights and European Security at the End of the Cold War. In vier Teilprojekten werden die Abrüstung und Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, die humanitäre Dimension, die deutsch-deutsche Beziehungen sowie die Rolle der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten bei diesem Treffen in den Blick genommen.

Im Rahmen dieses Projekts findet am 17. und 18. November 2022 an der Universität Innsbruck der Workshop „Die KSZE und die letzte Phase des Kalten Krieges (1986–1989)“ statt. Dabei sollen die unterschiedlichsten Facetten der letzten Phase des KSZE-Prozesses beleuchtet werden. Willkommen sind Beiträge, die sich mit den Verflechtungen des KSZE-Prozesses mit den Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen am Ende des Kalten Krieges befassen. Dabei sind Vorträge zu den Positionen verschiedener Staaten ebenso erwünscht wie solche zu einzelnen Verhandlungsgegenständen.

Vortragssprachen sind Deutsch und Englisch.

Für die Vorträge ist eine Sprechzeit von 20 Minuten (plus 10 Min. Diskussion) vorgesehen. Die Veröffentlichung einer Publikation (peer reviewed) auf Basis der Vorträge ist geplant. Eine Übernahme der Reisekosten (Bahnfahrt 2. Klasse und Unterkunft) wird angestrebt.

Wir bitten um Bewerbungen mit einem Abstract (ca. 2.000 Zeichen inklusive Leerzeichen) und CV bis 31. März 2022 per E-Mail an: nina.hechenblaikner@uibk.ac.at Über die Annahme Ihres Beitrages informieren wir Sie bis 30. April 2022.

Der Workshop ist als Präsenzveranstaltung in Innsbruck geplant. Bei coronabedingter Einschränkung wird die Veranstaltung digital abgehalten.

Kontakt

nina.hechenblaikner@uibk.ac.at

Zitation

Freiheit und Sicherheit. Die KSZE und das Ende des Kalten Krieges (1986–1989). In: H-Soz-Kult, 24.01.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115434.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

45) Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries

Veranstalter

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland

Veranstaltungsort

International Center for Interdisciplinary Studies of the University of Szczecin in Kulice, Poland

Gefördert durch

Interreg V A Programme of Cooperation Mecklenburg-Vorpommern / Brandenburg / Poland within the scope of the goal "European Territorial Cooperation" of the European Regional Development Fund (ERDF). Project Number – INT198

72200 Kulice

Vom - Bis

24.11.2022 - 26.11.2022

Frist

01.03.2022

Von

Pierre-Frédéric WEBER

The aim of the conference will be to discuss the transformation of the relations towards the foreign cultural heritage found in several areas of the Baltic Sea region after armed conflicts and border changes.

Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries

The Polish western territories are an unique laboratory in which it is possible to observe the dynamics of attitudes towards the cultural heritage taken over together with the territories formerly inhabited by people of foreign cultural and linguistic backgrounds. In the history of the last 200 years in the Baltic Sea region, there have been several territories that have changed their political, and often also their ethnic affiliation, such as Pomerania, Schleswig, East Prussia, and Karelia. The aim of the meeting will be to discuss the transformation of relations towards the foreign cultural heritage found in these areas after armed conflicts and border changes.

We kindly invite you to apply as experts - speakers. We are interested in previously unpublished detailed, synthetic, and/or comparative approaches.

Submissions should include: title, abstract (up to 600 characters), and a short CV (up to 600 characters), in one of the following languages: English, German, Polish. The deadline for submissions is March 1, 2022. Please send your proposal for presentation to Paweł Migdalski (paw.mig@usz.edu.pl). The organizer reserves the right to select papers from among those submitted. You will be informed about the decision by April 15, 2022. The language of the conference proceedings will be Polish and English. The event will be translated simultaneously. A publication is planned after the conference.

Participation in the conference as an expert is free of charge. Travel expenses (budget class) or a limited honorarium will be reimbursed.

The conference will take place on 24-26 November 2022 at the International Center for Interdisciplinary Studies in Kulice, located in a former manor house belonging to the von Bismarck family. The organizer provides free transportation from Szczecin to the venue in Kulice and back.

If the pandemic situation does not improve significantly, a hybrid or online event could be organised.

Kontakt

paw.mig@usz.edu.pl

<https://mare.usz.edu.pl/en/>

Zitation

Perceptions of the multicultural heritage of the Baltic borderlands in the 19th and 20th centuries. In: H-Soz-Kult, 07.02.2022, <www.hsozkult.de/event/id/event-115741>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

46) Internationale Tagung im Rahmen des 700-jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger

Veranstalter

Staatliches Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger (Mag. Karel Halla)

Ausrichter

Mag. Karel Halla

Veranstaltungsort Eger / Cheb

35002 Cheb

Vom - Bis

03.12.2022

Frist

15.01.2022

Von

Andreas Nestl

Im September 2022 wird das 700-jährige Jubiläum der endgültigen Verpfändung der Stadt und des Landes Eger an den böhmischen König Johann von Luxemburg gefeiert. Bei dieser Gelegenheit veranstalten das Staatliche Kreisarchiv in Eger und die Stadt Eger eine internationale mediävistische Tagung, die an dieses grundlegende Ereignis erinnert.

Im Jahre 1322 erreichte der langjährige Streit um die kaiserliche Krone zwischen Friedrich von Habsburg und Ludwig dem Bayern im oberbayerischen Mühldorf seinen Höhepunkt. Die Stadt und das ganze Egerland wurden als versprochene Belohnung für die Unterstützung im Kampf zum Pfandgebiet des böhmischen Königs Johann von Luxemburg. Aus dieser Pfandschaft wurde das Egerland nicht mehr ausgelöst und blieb ein fester Bestandteil des Königreichs Böhmen. Was ging diesen geschichtlichen Ereignissen voraus? Wie verliefen die Verhandlungen zwischen beiden Herrschern? Welche Rolle spielte die Stadt Eger in den Verhandlungen? Wie spiegelt sich die Verpfändung des Egerlandes in den zeitgenössischen Quellen wider? Was hat die Stadt Eger durch die Verpfändung gewonnen oder im Gegenteil verloren?

In Rahmen der Tagung werden vor allem folgende Themenkomplexe behandelt:
Die Bemühungen der Przemysliden um die Fesselung des Egerlandes an Böhmen in der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts bis zur Besteigung des Johanns von Luxemburg auf den böhmischen Thron.

Die Aufgabe König Johanns im Kampf um den Reichsthron nach dem Tode von Heinrich VII.

Auf dem Weg zur Verpfändung des Egerlandes (1314-1322)

Die Beziehung der Stadt Eger zu Ludwig dem Bayern und Johann von Luxemburg (vor allem in den Quellen berücksichtigte Treffen beider Akteure in Eger und anderen Städten)
Die Verpfändung des Egerlandes und die Schlacht bei Mühldorf (der Preis für den Sieg)
Was hat die Stadt Eger verloren und gewonnen?

Festigung der Machtposition der Stadt Eger als Pfandgebiet der böhmischen Herrscher Johann von Luxemburg und Karl IV.

Kontakt

Státní okresní archiv Cheb
Františkánské nám. 14
35002 Cheb
Mgr. Karel Halla
halla@soaplzen.cz

Zitation

Internationale Tagung im Rahmen des 700-jährigen Jubiläums der Verpfändung der Stadt und des Landes Eger. In: H-Soz-Kult, 06.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114544.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved.

This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

47) Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa

Veranstalter

Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

35037 Marburg / Lahn

Vom - Bis

06.12.2022

Frist

09.01.2022

Von

Felix Köther, Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung – Institut der Leibniz-Gemeinschaft

Das Onlineportal "Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa" (<https://www.copernico.eu/>) ruft auf zur Einsendung von Beiträgen für einen neuen Themenschwerpunkt "Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen

Europa". Er soll die Geschichte der Nahrungs-, Ess- und Trinkkultur im östlichen Europa in den Blick nehmen und ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 im Themenmagazin des Portals veröffentlicht werden.

"Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa". Onlineportal "Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa"

Über Copernico

Das neue Recherche-, Themen- und Transferportal „Copernico. Geschichte und kulturelles Erbe im östlichen Europa“ macht Geschichte anschaulich. Es informiert attraktiv und wissenschaftlich fundiert über die gemeinsame Geschichte und das geteilte kulturelle Erbe im östlichen Europa und bietet neben einem Online-Themenmagazin auch eine Recherchedatenbank, in der sich die Angebote und Tätigkeiten von bereits mehr als zwei Dutzend Partnereinrichtungen aus den Bereichen Wissenschaft und Kulturerbevermittlung recherchieren lassen.

Das Themenmagazin des Portals richtet sich dabei insbesondere an die breitere Öffentlichkeit: Präsentiert werden Beiträge und Inhalte, die wissenschaftliche Themen und Forschungsergebnisse auch für thematische Einsteiger zugänglich machen und attraktiv aufbereitet sind. Dabei werden komplexe wissenschaftliche Apparate und Fachsprache vermieden, notwendige Fachbegriffe über Infoboxen erklärt, Orte und Länder über Einschubfenster mit Karten vorgestellt.

Arbeitsgebiet und -gegenstand des Portals sind die Länder, Landschaften und Regionen zwischen Ostsee und Schwarzem Meer.

Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa

Der neue Themenschwerpunkt soll die Geschichte der Nahrungs-, Ess- und Trinkkultur im östlichen Europa in den Blick nehmen und ab der zweiten Hälfte des Jahres 2022 im Themenmagazin des Portals veröffentlicht werden.

Kulinarika sind wie wenige andere Themen geeignet, über exemplarische, emotional aufgeladene und mit individueller sinnlicher Erfahrung verknüpfte Inhalte in größere historische Zusammenhänge überzuleiten. In Fragen der Ernährung und Versorgung kulminieren seit jeher Aspekte von Identität und Alterität, von Kulturtransfer oder Autonomie, von Integration und Segregation – gleich, ob in Bezug auf Einzelpersonen oder auf Gruppen und Gemeinschaften.

Denkbar sind unterschiedliche Beitragsformate, beispielsweise dezidiert niedrigschwellige Beiträge, die einzelne Gerichte und spezifische Lebensmittel, Zubereitungsformen sowie Bräuche und Rituale rund um die Herstellung, Zubereitung und Verwendung von Nahrungsmitteln thematisieren. Auch die unterschiedlichen Orte, Stätten und situativen Kontexte der Nahrungszubereitung und -aufnahme können thematisiert werden.

Darüber hinaus werden jedoch auch tiefergehende Analysen und Hintergrundbeiträge benötigt, die Aspekte der Ernährung und regionaler oder lokaler Esskulturen zusammen mit (alltags-)kulturellen, sozial-, wirtschafts- und umweltgeschichtlichen Kontexten in den Blick nehmen. Wie korrelieren Fragen der Versorgung und Ernährung mit weiteren gesellschaftlichen Partizipations- und Zugangsmöglichkeiten? Wie sind Esskulturen und

Ernährungsfragen mit politischen Fragestellungen und mit politischer Macht verknüpft? Wie und wo bilden sich größere Transferprozesse und symbolische Ordnungen ab? Welche Rolle spielen Fragen der Ernährung in Gedächtnis und Erinnerung?

Richtwerte und Formate

Möglich sind Beiträge unterschiedlicher Länge und Formate. Die maximale Textlänge beträgt 12.000 Zeichen einschließlich Leerzeichen. Kürze Textformen, beispielsweise zur Vorstellung historischer Persönlichkeiten, für Objektgeschichten oder zu ausgewählten historischen Quellen können auch deutlich kürzer ausfallen (4.000–6.000 Zeichen).

Beiträge ab einer Länge von 10.000 Zeichen werden parallel auf dem Publikationsserver des Herder-Instituts publiziert und mit einer DOI versehen. Darüber hinaus sind alle Beiträge im Portal mit einer Zitierempfehlung, Permalinks und Lizenzhinweisen versehen. Sämtliche Beiträge werden zweisprachig publiziert und ins Englische übersetzt (bei Bedarf können Beiträge auch auf Englisch eingereicht und ins Deutsche übertragen werden). Benötigt wird für jeden Beitrag mindestens eine attraktive und hochaufgelöste Illustration mitsamt Bildunterschrift und erfolgter Rechtklärung. Die eingereichten Beiträge werden im Rahmen eines internen Begutachtungsverfahrens lektoriert.

Alle Autoren behalten die Nutzungsrechte für Ihre eigenen Texte. Jeder Autor erhält im Portal eine eigene Profilseite, auf der eine Kurzbiografie, ausgewählte Literaturhinweise und Links zu persönlichen Webseiten präsentiert werden können. Wir freuen uns besonders über Beitragsangebote jüngerer Wissenschaftler, die Themen ihrer Qualifikationsarbeiten im Portal vorstellen und Copernico als Transferformat für ihre Forschung nutzen wollen.

Weitere Hinweise für Beiträger:innen, zu Illustrationen und Schlagwörtern erhalten Sie im Portal selbst (<https://www.copernico.eu/de/hinweise-fuer-beitraege>) sowie auf Anfrage unter copernico@herder-institut.de.

Einsendeschluss und Termine:

Bitte schicken Sie bis zum 9. Januar 2022 ein Abstract von max. 300 Wörtern mit einer kurzen Beschreibung des geplanten Beitrags an copernico@herder-institut.de. Sie erhalten Rückmeldung bis zum 11. Februar 2022, ob der Beitrag zum Themenschwerpunkt zugelassen ist. Einsendeschluss der fertigen Beiträge ist der 15. Juni 2022.

Kontakt

E-Mail: copernico@herder-institut.de

<https://www.copernico.eu/>

Zitation

Zwischen Himmelreich und Soljanka – Esskulturen im östlichen Europa. In: H-Soz-Kult, 10.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114583.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

48) Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen

Veranstalter

Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń, Ermland-Masuren-Universität Olsztyn, Jagiellonen-Universität Kraków, Tadeusz-Manteuffel-Institut für Geschichte der Polnische Akademie der Wissenschaften

87-100 Toruń

Vom - Bis

19.02.2023 - 17.09.2023

Frist

23.01.2022

Von

Renata Skowronska, Polska Misja Historyczna przy Uniwersytecie Juliusza Maksymiliana w Würzburgu (Uniwersytet Mikołaja Kopernika w Toruniu)

Zu Ehren des genialen Astronomen und anlässlich seines 550. Geburtstages wird im Jahre 2023 in Polen ein Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress veranstaltet. In seinem Rahmen finden mehrere Tagungen und Veranstaltungen statt. Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme ein!

Am 19. Februar 1473 hat Nikolaus Kopernikus in Thorn (Toruń) das Licht der Welt zum ersten Mal erblickt. 70 Jahre später erschien sein Hauptwerk „De revolutionibus orbium coelestium“ (1543), das die Wahrnehmung der Welt für immer veränderte. Der große Gelehrte publizierte damals Ergebnisse seiner Forschung, die sich als eine der wichtigsten Entdeckungen in der Geschichte der Menschheit erwiesen haben. Er begann damit eine wissenschaftliche Revolution und wurde zur Persönlichkeit, die nicht nur für die Geschichte Polens wichtig ist, sondern für die ganze Welt.

Wichtige Termine:

- 19. Februar 2023 – offizielle Eröffnung des Nikolaus-Kopernikus-Weltkongresses
- 24.–26. Mai 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Nikolaus Kopernikus im philosophischen Denken und in der Wirtschaftswissenschaft“ in Kraków (Krakau, Polen)
- 21.–24. Juni 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Leben und Wirken von Nikolaus Kopernikus“ in Olsztyn (Allenstein, Polen)
- 12.–15. September 2023 – internationale wissenschaftliche Tagung „Nikolaus Kopernikus in den Erinnerungskulturen“ in Toruń (Thorn, Polen)

Der Astronom ist eine allgemein bekannte Persönlichkeit, es existieren jedoch viele Stereotypen über sein Leben und seine Aktivitäten. Wir sind überzeugt, dass Bedeutung und Besonderheit der Leistungen des großen Gelehrten noch längst nicht ausreichend gewürdigt worden sind. Das Hauptziel des Kongresses besteht entsprechend darin, den Forschungsstand zum Leben und Wirken von Nikolaus Kopernikus sowie dessen Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaft vorzustellen. Seine Person wird unter anderem durch das Prisma der Wahrnehmung seines Nachlasses – der in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Kulturen bis heute sehr präsent ist – neu gelesen und definiert. Der Kongress soll auf das Leben von und die Erinnerung an Nikolaus Kopernikus und sein Werk direkt verweisen, auf verschiedene Formen seiner Präsenz in der Literatur und Kunst, in der

Hoch- und Populärkultur, in der Raumdarstellung, in Symbolen, Souvenirs etc. konzentrieren. Es werden unter anderem Fragen nach der Anwesenheit von Kopernikus und der „kopernikanischen Revolution“ in der allgemeinen Kultur, im kollektiven und individuellen Gedächtnis in den vergangenen Jahrhunderten bis in die Gegenwart behandelt.

Programm

Wir laden Sie herzlich zur Teilnahme an der Tagung ein! Dieser Call for Paper richtet sich insbesondere an Wissenschaftler aus dem Bereich der Geisteswissenschaften, aber auch an Interessierte aus anderen benachbarten Forschungsdisziplinen. Einführende, übergreifende und vergleichende Beiträge sind explizit erwünscht. Ebenso können

Einzelbeispiele mit entsprechender Signifikanz auf der Tagung vorgestellt werden. Die Tagungssprachen sind Polnisch, Deutsch und Englisch. Für jeden Vortrag ist eine Dauer von ca. 30 Minuten vorgesehen.

Bitte richten Sie Ihre Vorschläge bis zum 16. Januar 2022 per E-Mail an Dr. Renata Skowrońska (E-Mail: r.skowronska@uni-wuerzburg.de). Anmeldeformular und Einwilligung zur Datenverarbeitung finden Sie auf der Webseite:

<http://pmh.umk.pl/de/tatigkeit/wissenschaftliche-tagungen-seminare/kopernikus-weltkongress/>

Hauptveranstalter:

- Nikolaus-Kopernikus-Universität Toruń / Thorn (Polen)
- Ermland-Masuren-Universität Olsztyn / Allenstein (Polen)
- Jagiellonen-Universität Kraków / Krakau (Polen)

Kontakt

r.skowronska@uni-wuerzburg.de

<http://pmh.umk.pl/de/tatigkeit/wissenschaftliche-tagungen-seminare/kopernikus-weltkongress/>

Zitation

Nikolaus-Kopernikus-Weltkongress anlässlich des 550. Geburtstags des großen Astronomen. In: H-Soz-Kult, 10.12.2021, www.hsozkult.de/event/id/event-114620.

Copyright (c) 2021 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

49) Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia

Veranstalter

Higher School of Economics, Moscow; German Historical Institute Moscow

109044 Moscow

Vom - Bis

15.03.2023

Frist

15.05.2022

Von

Natalia Alushkina, DHI Moskau

This special issue is conceived within the framework of a German-Russian research project “The Languages of Diplomacy in Russia in the Eighteenth Century in the European Context” (2022-2024)

Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia

The aim of the issue is to explore the linguistic dimension of the emergence of professions in Russia during the “long” eighteenth century. This was a pivotal period prior to the formation of the canon of the Russian literary language, when Russian culture began to experience more diverse and intensive linguistic influences that came primarily from Western Europe and contributed strongly to the formation of professional terminologies and linguistic practices in the “professional” fields in Russia. Studies on the cultural and social use of languages during this period (for example, recent work on French as a language of prestige) focus on the functioning of languages in certain “professions” traditionally exercised by nobles (for example, diplomacy). However, the question of the logic of the choice of languages and, more generally, of linguistic culture is also relevant for other “professions” (sometimes called *remeslo*, *masterstvo* or *iskusstvo* at that time), such as military affairs, medicine, commerce, science, art, etc. This process also has an institutional dimension insofar as languages played a key role in the functioning of institutions (the Academy of Sciences is one of the more obvious examples, but we can also mention colleges or ministries, the Synod, etc.) and were situated at the heart of their mission (in the case of educational establishments for example). So, the Church as an institution and profession naturally also falls within the scope of this issue.

The most important linguistic trend in Europe during this period was the gradual abandonment of Latin in a number of fields and its replacement by vernacular languages, some of which acquire the status of regional or international languages of professional communication. The choice of languages reflects the logic of emergence and development of these professional fields. In Russia, foreign languages or other languages of the Empire were often used alongside Russian. This can be explained, for example, by the presence in certain professional spheres, particularly during the reign of Peter the Great, of a large number of specialists from different European countries or from the Baltic regions annexed by Russia at the beginning of the eighteenth century, but also by the influx of specialized literature in foreign languages. While the role of Western languages in eighteenth-century Russia seems essential, we do not limit the scope of our issue to them only, but rather seek to explore to what extent European languages were, in certain professional fields, in a relationship of competition or complementarity with the languages of Asia.

In this issue we propose to consider professional linguistic practices in a broad social context, including business, social, Masonic, and other interactions that may have influenced language choice and affected language registers in professional correspondence. This is particularly important in the case of professional fields where the aristocracy was strongly represented and where the emerging norms of polite conduct overlapped with the norms and requirements of professional communication, or even came into conflict with them.

We especially invite to participate in this special issue scholars whose work addresses the following topics:

- the use of languages and language registers in different types of communication (official and private, written and, where possible, oral) within emerging professional communities in eighteenth-century Russia;
- language learning practices among different professional groups;
- the influence of the ethnic and social composition of emerging professional communities on the choice of languages in professional communication;
- the replacement by French of other languages in different professional contexts, the conflicts and tensions caused by the adoption of French as the language of professional communication against the backdrop of nascent national consciousness and government's attempts to implement policies to promote the use of Russian;
- the impact of the choice of languages on the formation of terminology in various fields, from diplomacy and mining to commerce and linguistics.

Titles and abstracts submission deadline: May 15, 2022.

Short project abstracts (500 words maximum) should be sent to: [langues_professions_cmr\[at\]ehess.fr](mailto:langues_professions_cmr@ehess.fr).

Please include name, institutional affiliation and email address in all correspondence.

Authors of selected proposals will be notified by June 30, 2022.

Languages: French, English, Russian.

Manuscripts submission deadline: March 15, 2023

Maximum article length: up to approximately 70,000 characters (space characters and notes included).

Evaluation: In accordance with the policies of Cahiers du Monde russe, the articles will be submitted for double-blind peer review by two external referees.

Publication date: first half of 2024.

See versions in French and Russian here: <https://journals.openedition.org/monderusse/9977>

Kontakt

For additional information, please contact:

Coeditors: Vladislav Rjéoutski, Igor Fedyukin: [langues_professions_cmr\[at\]ehess.fr](mailto:langues_professions_cmr[at]ehess.fr) or
redaction: Valérie Mélikian, [cmr\[at\]ehess.fr](mailto:cmr[at]ehess.fr).

<https://journals.openedition.org/monderusse/9977>

Zitation

Languages and Professions in the “Long” Eighteenth-Century Russia. In: H-Soz-Kult, 11.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-115782.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

50) Hallescher und Herrnhuter Pietismus im globalen Kontext: Theologien und Praktiken – Strategien und Konflikte

Veranstalter

Interdisziplinäres Zentrum für Pietismusforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Franckesche Stiftungen zu Halle, Bucknell University Lewisburg, Moravian Archives Bethlehem, Evangelisch-Theologische Fakultät der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Herrnhuter Brüdergemeine (Franckesche Stiftungen zu Halle)

Ausrichter

Franckesche Stiftungen zu Halle

Veranstaltungsort

Franckesche Stiftungen

06110 Halle

23.11.2023 - 25.11.2023

Frist

01.05.2022

Von

Wolfgang Breul, Evangelische Theologie Kirchengeschichte, Universität Mainz

In den letzten Jahrzehnten hat die Aufmerksamkeit der internationalen und interdisziplinären Forschung für den Halleschen und den Herrnhuter Pietismus erheblich zugenommen. Ein wesentlicher Aspekt ist ihre wechselseitige Verwobenheit in regionalen und interkontinentalen Settings. Noch immer sind viele Fragestellungen in beiden Feldern des Pietismus und ihre Beziehungen zueinander offen oder erst partiell bearbeitet.

Die Tagung will aktuelle übergreifende Forschungsansätze sowie Fragestellungen und Ansätze aus den Partikulargeschichten des Halleschen und Herrnhuter Pietismus aufgreifen und kritisch miteinander in Beziehung setzen. Sie will erkunden,
- wo das historische Neben- und Nacheinander der beiden Pietismen zu vergleichenden Fragestellungen einlädt,
- inwiefern Fragestellungen und Zugänge, die in einem der beiden Felder präferiert werden, auch für das jeweils andere fruchtbar gemacht werden können und

- wie und in welchem Maße übergreifende Ansätze und Themen in vergleichender Perspektive bestehende Fragestellungen anreichern und vertiefen können. Auch die Frage nach Wechselwirkungen zwischen Halle und Herrnhut sind von Interesse. Wir gehen davon aus, dass das Verhältnis von Halle und Herrnhut mit Blick auf die Akteure und die Praktiken unter einer (offenen) Spannung von Nähe und Distanz, von Koexistenz, Konflikt und Konkurrenz stand. Ihr Verhältnis stellt sich in erheblichem Maß auch als Auseinandersetzung um politischen Einfluss, religiöse Deutungshoheit und öffentliche Wahrnehmung dar. Die VeranstalterInnen formulieren vor diesem Hintergrund die folgenden Dachthemen bzw. Forschungszugänge und erbitten dazu Referatsvorschläge – sehr wohl wissend, dass einzelne Aspekte und Themen bereits eingehender beforscht werden und diese untereinander vielfältig verbunden sein können:

Vergleichen als Praxis des Wertens

Die Tagung fragt nach den von den historischen Akteuren und Akteurinnen formulierten Kontrastierungen und Profilierungen durch Selbstbilder und Fremdzuschreibungen, nach ihren Funktionen sowie nach den Mechanismen ihres Funktionierens. Dabei spielten im 18. Jahrhundert für die unterschiedlichen thematischen Felder im Praxis- und Debattenhorizont, in dem Hallesche Pietisten und Herrnhuter aktiv waren, wie die Mission, die Ekklesiologie oder die Schulpraxis, Prozesse des Miteinander-vergleichens eine zentrale Rolle. Ziel dieses Vergleichens durch Gegenüber- und Gegeneinanderstellen war die Aufwertung der eigenen und die Abwertung der anderen Partei: Wer waren die wahren Frommen, wer war vertrauenswürdig auf dem Feld der Politik etc.? Der Vergleich als Praxis der Selbstvergewisserung und Zurücksetzung des Gegenübers (vor allem) im öffentlichen Raum war als ‚historische Heuristik‘ gleichsam inhärenter Bestandteil des kontroversen Umgangs beider Pietismen miteinander. Gefragt werden soll nach Medien, Semantiken, Zielen und konkreten Themen des Vergleichens als einer Praxis des Abwertens des Anderen und des Aufwertens des Eigenen im 18. Jahrhundert. Das in diesem Sinn historische Vergleichen als strategische Praxis der pietistischen Akteure und Akteurinnen soll aufgedeckt, benannt, analysiert und beschrieben werden. Darüber hinaus lädt dieser vergleichende Blick auf die Praxis des Generierens von Selbst- und Fremdbildern im 18. Jahrhundert (Hartmut Kaelble und Thomas Welskopp folgend) auch dazu ein, von der aktuellen Debatte, die von der Vergleichbarkeit von (Wissens-)Transfers, internationalen Verflechtungen, Emotionen und Emotionsregimes, Erfahrungen oder religiösen Praktiken ausgeht, methodisch grundsätzlich über das Wie und das Warum des Vergleichens von Halleschem und Herrnhuter Pietismus zu reflektieren.

Schriftlichkeit, Archivbildung, Erinnerungskultur

Sowohl die Herrnhuter als auch der Hallesche Pietismus haben eine reiche Überlieferung hinterlassen, die heute in den Archiven der Herrnhuter Brüdergemeine und in Bibliothek und Archiv der Franckeschen Stiftungen bewahrt, verwaltet, erschlossen und vermittelt wird. Dazu zählen vor allem die gedruckten Medien sowie die handschriftlich überlieferten Korrespondenzen und Selbstzeugnisse der Akteure und Akteurinnen, die über einen langen Zeitraum vorhanden sind.

In der Sektion wird danach gefragt,

- in welchem Maße, nach welchen Kriterien und von wem Schriftstücke produziert, abgeschrieben, übersetzt, gesammelt und archiviert wurden,

- welche Medien unmittelbar und bewusst zu unterschiedlichen Zielen eingesetzt wurden (Netzwerkbildung, Spendenwerbung, Mission, Imagepolitik),
- welches Selbstverständnis und welche Geschichtskonzepte zur Archivbildung beitrugen und wie die Hallenser und Herrnhuter damit das Bild, das künftige Generationen von ihnen haben sollten, prägen wollten (Traditionsbildung und Erinnerungskultur),
- wo es Anknüpfungspunkte zu den Critical Heritage Studies in vergleichender Perspektive gibt.

Ein anderer Schwerpunkt der Sektion bildet die Aufbereitung der Quellen mit den Methoden der Digital Humanities, ausgehend von dem Projekt „Moravian Lives“ und dem Projekt zur Erschließung und Digitalisierung von Lebens- und Selbstzeugnissen aus dem Archiv der Franckeschen Stiftungen.

Ekklesiologie und institutionelle Organisation

Die Reform von Kirche und Gesellschaft war ein zentrales Thema der pietistischen Erneuerungsbestrebungen, die in Halle und Herrnhut wirksam waren. In beiden Fällen bildeten sich neue ekklesiologische Modelle genauso wie neue Formen der Organisation kirchlichen Handelns heraus. Dabei vollzogen sich Generalreform und Gemeindebildung, die Sammlung der Erweckten und die Verhältnisbestimmung zu Staat und Gesellschaft mit einem doppelten Geschichtsbezug: in kirchengeschichtlichem Rückblick auf die Ursprünge des Christentums und in heilsgeschichtlicher Erwartung von Gottes Reich. Wesentliche Fragen in diesem Themenfeld sind

- Charakterisierung und Vergleich der jeweiligen ekklesiologischen Grundbegriffe und ihrer institutionellen Umsetzung

sowie davon ausgehend die Untersuchung spezifischer Einzelthemen:

- Selbstverständnis und Traditionsbildung,
- Mobilität und Netzwerkbildung,
- öffentliches und nichtöffentliches Agieren,
- Publizistik und Kommunikation,
- Konfessionsbindung und Transkonfessionalität,
- Verhältnis zu Obrigkeiten,
- Umgang mit obrigkeitlichen Regulierungen und Restriktionen.

Frömmigkeitspraktiken, Bildung und soziales Engagement

Die Erfahrungsorientierung der pietistischen Reform zielte auf eine äußerlich erkennbare innere Erneuerung der Gläubigen. Dies implizierte eine Stärkung der individuellen und gemeinschaftlichen praxis pietatis, die partiell auch nonkonformistische Verhaltensmuster einschloss, neue liturgische Formen und Feiern sowie Bemühungen um einen wahrhaft

christlichen Lebenswandel (Kirchenzucht, Lebensregeln und Anleitungen). Für die angestrebte grundlegende Erneuerung der Christenheit spielten insbesondere im Halleschen Pietismus pädagogische Bemühungen und soziales Engagement eine zentrale Rolle. Wesentliche Fragen in diesem Themenfeld sind in vergleichender Perspektive:

- der Umgang mit Kirchenzucht, Lebensregeln und Frömmigkeitsanleitungen sowie gottesdienstliche Formen und Predigten,
- Integration und Abgrenzung von enthusiastischen Phänomenen („begeisterte Mägde“, „Sichtungszeit“),
- Bildungskonzepte und -institutionen (Schulformen) und ihre praktische Umsetzung hinsichtlich Zielen, Inhalten, Methodik und Reichweite,
- die Bedeutung und Berücksichtigung sozialer Aspekte in Bildungskonzepten und -praxis,
- die Verhältnisbestimmung von gelehrtem, akademischem Wissen und Erfahrungswissen einschließlich zugrundeliegender Traditionen und der praktischen Konsequenzen,
- Konzepte und Praxis des sozialen Engagements in institutioneller und individueller Perspektive.

Emotions- und Körpergeschichte, Geschlechterverhältnis, Sexualität, Familie
Während zu den Themen Geschlechtsidentität, Familie, Sexualität, Gefühls- und Körpergeschichte in den jeweiligen Sphären der Halleschen und des Herrnhuter Pietismus bereits solide Forschung existiert, gibt es bislang nur wenige vergleichende Studien zu den Theorien und Praxen der beiden religiösen Gruppen in Bezug auf diese konzeptionellen Bereiche.

Wir begrüßen Vorträge, die aus einer vergleichenden Perspektive untersuchen:

- das Verhältnis zwischen pietistischer Religion und der damit verbundenen Körpererfahrung,
- Praktiken der Selbstregulation und emotionalen Disziplin,
- Konstrukte von Geschlechtsidentität und konfessionellem Kontext,
- Möglichkeit oder Interdiktio n der interkonfessionellen, interkulturellen, und interethnischen Ehe,
- Aufbau sozialer Strukturen und Praxis der Caritas,
- medizinische Kenntnisse, Ausbildung und Praxis im Heim-, Diaspora- und Missionsbereich,
- verkörpertes und konzeptionelles Queering.

Jenseits der europäischen Christenheit, Übersetzung und Transfer
Der Hallesche sowie der Herrnhuter Pietismus legten ein großes Interesse an Verkündigungsarbeit in außereuropäischen Gebieten an den Tag, die zu mannigfaltigen Begegnungen zwischen den Kulturen führte. Um sich mit Vertretern anderer Völker

verständigen zu können, erforschten die Missionare Kultur und Sprache und verfassten Übersetzungen von wichtigen religiösen Texten. Durch diese Tätigkeit mussten sich die Missionare wie auch die Missionsverwaltungen mit Fragen des Kolonialismus, der Sklaverei und der globalen ökonomischen Beziehungen auseinandersetzen. In ihrer Missionsarbeit begegneten sie nicht nur anderen Völkern, sondern die Missionare waren manchmal auch mit Vertretern anderer pietistischen Strömungen konfrontiert. Es wird um Beiträge in vergleichender Perspektive zu folgenden Themen gebeten:

- Agieren in Kontaktzonen, Umgang mit anderen Völkern,
- Sklavereien und Ökonomie,
- Verhältnis zu obrigkeitlichen Institutionen und politischer Macht,
- Kolonialismus und Postkolonialismus,
- Gemeinschaftsbildung über Grenzen hinweg: Strukturen, Kommunikation, Frömmigkeit und Rituale,
- Überschneidung oder Nicht-Überschneidung von Missionsfeldern,
- publizistische Darstellungen der Missionstätigkeit,
- Übersetzungsarbeit, kulturelle Übersetzungen, Wirkungsgeschichte von Übersetzungsleistungen.

Sammlungen, materielle Kultur und Wissensgeschichte

Das globale Agieren des Halleschen und des Herrnhuter Pietismus eröffnete nicht nur neue Missionsräume, sondern zugleich bisher unbekannte Wissens- und Dingwelten. Beide Strömungen betrieben Wissenschaft auf höchstem Niveau, die von einem umfassenden Objekttransfer und vielfältiger Netzwerkbildung begleitet war, deren religiöse Bezüge jeweils zu hinterfragen sind. In diesem Feld wird um vergleichende Beiträge zu folgenden Themengebieten gebeten:

- Bedeutung missionarischen Sammelns und pietistischer Sammlungen für die Wissens- und Wissenschafts- und Frömmigkeitsgeschichte,
- Naturaliensammlung oder Wunderkammer – Raumkonzepte, Nutzung und frömmigkeitliche Dimension pietistischer Sammlungen,
- Spenden, Patronage, Kommerz und Publicity – Sammlungsobjekte und ihre Funktionalisierungen,
- Netzwerkbildung zwischen Frömmigkeit und der res publica literaria,
- Vielfältigkeit missionarischen Sammelns und Objektgeschichten – von der Dokumentation nichtchristlicher Kulturen, fremdländischer Schriftzeugnisse und Ethnographika bis zu Naturalien,
- missionarische Sammlungen als Bestandteil der materiellen Kultur des europäischen Kolonialismus.

Architektur und Räume

Architekturen und Raumorganisationen pietistischer Provenienz sind in den zurückliegenden Jahren mit unterschiedlichen Zugriffen und thematischen Fokussierungen (fromme Absonderung, planstädtische Gründungen, modellhafte Vorbildhaftigkeit) untersucht worden. Zugrunde lag dabei die Frage nach dem Zusammenhang von religiösen Gewissheiten, sozialen Bezugsfeldern und Raumordnungen. Dieser Zusammenhang erscheint fruchtbar, um das Zusammenspiel von (intendierter) Habitusprägung und innerer wie äußerer Raumgestaltung zu analysieren – diese Perspektive kann zudem dezidiert auf die Ebene einzelner Objekte und deren Rolle innerhalb von spatial settings bezogen werden. Daraus resultieren unterschiedliche Untersuchungsfelder:

- Siedlungsentwürfe und Stadtplanungen,
- Funktionalität und Ästhetik neu errichteter (oder auch umgestalteter) Gebäude und Gebäudeensembles,
- Funktionalität und Ästhetik von Versamlungs- und Betsälen, Wissensräumen, Schulräumen, Krankenzimmern, Wohnräumen etc.,
- neuangelegte oder umgestaltete Gärten – fromme Elemente bei Landschaftsgestaltung und adliger Repräsentation sowie in Hinsicht auf ökonomische Nützlichkeit,
- materielle Kultur – Objekte und Dinge in den Räumen, in den Gärten und an den Gebäuden, die die Menschen mit den Räumen verbunden haben.

Kunst, Literatur und Musik

Lange Zeit galten die Pietisten, besonders die in Halle, als kunstkritisch bis kunstfeindlich. Das mochte auch an den Ein- und Auslassungen der historischen Akteure gelegen haben, vor allem aber an einem von der Forschung präferierten unhistorischen und normativen Begriff von autonomer Kunst. Legt man stattdessen ein pragmatisch modelliertes Konzept heteronomer Kunst bzw. von künstlerischen Ausdrucksformen und -strategien zugrunde, stellt sich der Sachverhalt anders dar. Ließen sich Literatur, Musik und Bildende Kunst funktional in Frömmigkeitspraktiken sowie in erzieherische und psychagogische Vorhaben für den Einzelnen und für die Gemeinschaft der Gläubigen nutzbar machen, wurde diese Kunst sehr wohl wertgeschätzt und nicht als Entfremdung von Gott und Veruneigentlichung des Frommen abgetan. Die Verinnerlichung, die Subjektivierung und Individualisierung sowie die Emotionalisierung des Selbst- und des Gottesbezuges im Pietismus sind wesentlich als Ergebnisse künstlerischer ästhetischer Anstrengungen, Sprachen und Formen zu betrachten. Folgende Fragestellungen bieten sich u.a. an:

- Schreibkalender, Diarium und Tagebuch sowie Lebenslauf und Autobiographie als forensische Textsorten/Gattungen der Rechenschaftslegung, der (Selbst-)Plausibilisierung, der Schulung und Darstellung des frommen Subjekts,
- Gedicht, Brief und Erbauungsliteratur als Medien zur Authentifizierung und Generierung von persönlicher, individueller Frömmigkeit,
- Literatur und die Inszenierung von Exemplarität und Vorbildhaftigkeit des frommen Subjekts,

Seite 289 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

- Affektschulung, Habitusprägung und Gemeinschaftsstiftung u.a. durch das geistliche Lied und die Kantate im Zeichen eines intensivierten Gottesbezuges,
- Musik in der liturgischen, gottesdienstlichen Praxis,
- Bildende Kunst und die Visualisierung und Inszenierung von Frömmigkeit,
- Literatur, Musik und Bildende Kunst als Medien der persönlichen Andacht, der gemeinschaftlichen Erinnerungskultur und Traditionsbildung.

Wir werden breiten Raum für Diskussion schaffen. Die Vortragsdauer beträgt 25 Minuten. Tandemvorträge (2x25 Min.), die Halleschen und Herrnhutischen Pietismus thematisieren, sind herzlich willkommen. Reisekosten und die Übernachtungen in Halle werden von den Veranstaltern im Rahmen der üblichen Regeln getragen, sofern die Anträge auf Förderung Erfolg haben. Vorschläge für Vorträge (max. 300 Worte) und einen kurzen Lebenslauf (CV) erbitten wir bis zum 1. Mai 2022 an sekretariat-breul@uni-mainz.de

Christer Ahlberger, Göteborg
Wolfgang Breul, Mainz
Katherine Faull, Lewisburg
Brigitte Klosterberg, Halle
Thomas Müller-Bahlke, Halle
Paul Peucker, Bethlehem
Thomas Ruhland, Halle
Christian Soboth, Halle
Peter Vogt, Herrnhut
Holger Zaunstöck, Halle

Kontakt

Prof. Dr. Wolfgang Breul, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, sekretariat-breul@uni-mainz.de

https://neuzeit.ev.theologie.uni-mainz.de/tagung-hallescher-und-herrnhuter-pietismus-im-globalen-kontext-theologien-und-praktiken-strategien-und-konflikte/?preview_id=1149&preview_nonce=23b991c3cd&thumbnail_id=-1&preview=true

Zitation

Hallescher und Herrnhuter Pietismus im globalen Kontext: Theologien und Praktiken – Strategien und Konflikte. In: H-Soz-Kult, 23.02.2022, www.hsozkult.de/event/id/event-116089.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

01) Kommunale Galerie Berlin

Hohenzollerndamm 176
10713 Berlin

Kontakt

t 030 | 9029 167 04 (Galerie)
t 030 | 9029 167 09 (Artothek)
t 030 | 9029 167 12 (Atelier)
f 030 | 9029 167 05

[info\[at\]kommunalegalerie-berlin.de](mailto:info[at]kommunalegalerie-berlin.de)

Leitung: Elke von der Lieth

t 030 | 9029 24100
f 030 | 9029 16705

Die Galerie ist eine Einrichtung des Bezirksamtes Charlottenburg-Wilmersdorf,
Fachbereich Kultur.

Öffnungszeiten Kommunale Galerie Berlin

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch 10 bis 19 Uhr
Samstag und Sonntag 11 bis 17 Uhr

Eintritt frei

Öffnungszeiten Artothek

Dienstag bis Freitag 10 bis 17 Uhr
Mittwoch von 10 bis 19 Uhr

Anfahrt

U3 | U7
Fehrbelliner Platz

101 | 104 | 115
Fehrbelliner Platz

Liebe Besucher*innen, liebe Freund*innen der Kommunalen Galerie Berlin,

die Galerie ist geöffnet!

Liebe Besucher*innen, liebe Freund*innen der Kommunalen Galerie Berlin,

ab dem 15.11.2021 gilt für den Ausstellungsbesuch sowie für alle Veranstaltungen und Führungen die

2G-Regel: Zutritt haben nur Geimpfte und Genesene.

Der **Nachweis** zur Impfung und Genesung wird digital verifiziert. Der **Personalausweis** ist vorzulegen.

Diese Maßnahmen gelten für den Besuch in der Kommunalen Galerie Berlin:

- Das **Tragen** einer medizinischen oder einer **FFP2-Gesichtsmaske** in den Ausstellungsräumen ist für alle Besucher*innen und das Personal verpflichtend.
- Der **Abstand** von mindestens 1,5 m zu anderen Personen ist jederzeit einzuhalten. Bitte beachten Sie dies insbesondere im Ein- und Ausgangsbereich.
- Die Zahl der zugelassenen Besucher*innen ist beschränkt. Aufgrund dieser **Zugangsbeschränkungen** kann es zu Wartezeiten im Außenbereich der Galerie kommen.
- Die **Wegeführung** innerhalb der Galerie und die Begrenzungen der Personenzahl sind bindend.

Bitte beachten Sie die Markierungen am Boden sowie die Höchstzahl der pro Raum zugelassenen Personen.

- Gruppenbesuche sind nicht möglich.
- Personen, die nahen Kontakt zu einer erkrankten Person, selbst Symptome oder den Verdacht auf eine mögliche Covid-19-Infektion haben, dürfen die Galerie nicht betreten.

Bei **Veranstaltungen** werden die Daten der Besucher*innen registriert, um die **Kontakt nachverfolgung** zu gewährleisten. Bitte kommen Sie rechtzeitig, um eine reibungslose Zutrittsprüfung zu ermöglichen.

Es gilt die aktuelle [SARS-CoV-2 Infektionsschutzverordnung des Landes Berlin](#).

Da die Zutrittsbestimmungen abhängig von der pandemischen Entwicklung sind und sich kurzfristig ändern können, bitten wir Sie, sich vor Ihrem Besuch kurzfristig auf unserer Website über die aktuell gültigen Regelungen zu informieren.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Das Team der Kommunalen Galerie Berlin

02) Programme der Museen von Berlin Tempelhof-Schöneberg



Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales
Fachbereich Kunst, Kultur und Museen
Museen Tempelhof-Schöneberg

Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40 /42
10827 Berlin

museum@ba-ts.berlin.de

Unser Sekretariat erreichen Sie zurzeit:
Montag bis Donnerstag von 9 bis 15 Uhr
Freitag von 9 - 14 Uhr

Tel. 030 90277-6163

museum@ba-ts.berlin.de

KUNST KULTUR GESCHICHTE

MÄRZ BIS JUNI 2022

**noch bis
SO 13.3.**

HAUS an KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
Meine Mutter, meine Schwester und ich –
Fotografien von Christa Mayer | Ausstellung

**noch bis
SO 20.3.**

TEMPELHOF MUSEUM
»Unser Leben« – Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische
Displaced Persons nach 1945 | Sonderausstellung

**noch bis
SO 27.3.**

GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM
Nicht-Orte – Annabell Häher
Ausstellung

**noch bis
SO 8.5.**

SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner
im Dialog mit historischen Ansichten | Ausstellung

FR 4.3.
19 UHR

Frauen in Bewegung – Gemeinsam stark!
Eröffnung Frauenmärz 2022

SO 6.3.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

SO 6.3.
15 UHR

SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im
Dialog mit historischen Ansichten | Kuratorinnenführung

FR 11.3.
18 UHR

Ein Abend mit Film und Buch zu May Ayim
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Frauenmärz 2022

DO 17.3.
21 UHR

Defne Şahin – Letter to the world | Konzert
Im Rahmen der Veranstaltungsreihe Frauenmärz 2022

17.–20.3.
täglich jeweils
19:30 UHR

DEZENTRALE KULTURARBEIT
Me, the Instrument
Ein Experiment zwischen Musik und Theater

SO 20.3.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

SO 20.3.
16 UHR

SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner
im Dialog mit historischen Ansichten | Künstlerführung

FR 25.3.
– SO 29.5.

HAUS an KLEISTPARK
A worm crossed the street – Nadja Bournonville
Ausstellung

FR 1.4.
– SO 29.5.

HAUS an KLEISTPARK | PROJEKTRAUM
A Fortorn Hope – Fotografien aus Afghanistan
von Andreas Rost | Ausstellung

FR 1.4.
17 UHR

SCHÖNEBERG MUSEUM
Lieber Instandbesetzen als kaputtbesitzen | Stadispazier-
gang zum Häuserkampf in Schöneberg mit Stefan Zühlhauer

SA 2.4.
15 UHR

SCHÖNEBERG MUSEUM
Vom Kaiser-Wilhelm-Platz bis zum Innabrucker Platz
Stadispaziergang mit Sibylle Nägele und Joy Markert

SO 3.4.
14–17 UHR

JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werken für die ganze Familie

SO 3.4.
18 UHR
Einlass
16:30 Uhr

DEZENTRALE KULTURARBEIT
Community Complex – eine gemeinsame Bühne
Tanz

DO 7.4.
– SO 19.6.

GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM
Umrisse – Moritz Haase
Ausstellung

DO 7.4.
– MI 9.11.

TEMPELHOF MUSEUM
Unter Beobachtung – Fotografien der Stasi aus Tempelhof
Sonderausstellung

SO 9.4.
15 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Ansichten | Kuratorinnenführung

SO 10.4.
16 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Ansichten | Künstlerführung

MO 11.4.
– FR 15.4.
JUGEND MUSEUM
»Tanz Global«
Einwöchiges Tanzprojekt in den Osterferien

SO 17.4.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 24.4.
16 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel – Fotografien von André Kirchner im Dialog mit historischen Ansichten | Künstlerführung

DO 28.4.
17 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Lieber instandbesetzen als kaputtbesitzen | Stadtspaziergang zum Häuserkampf in Schöneberg mit Stefan Zollhauser

DO 28.4.
19 UHR
TEMPELHOF MUSEUM
Die Stasi in West-Berlin – Filmpräsentation und Gespräch mit den Dokumentarfilmer_innen

ab SA 30.4.
GARTEN des HAUS am KLEISTPARK
Grüne Spuren – Ein Audiowalk im ersten botanischen Garten Berlins von Caroline Böttcher und Julia Ohlendorf

SO 1.5.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SA 7.5.
16 UHR
SCHÖNEBERG MUSEUM
Handel & Wandel | Künstlergespräch mit André Kirchner zur Finissage der Ausstellung

SO 8.5.
15 UHR
TEMPELHOF MUSEUM
Unter Beobachtung – Fotografien der Stasi aus Tempelhof Sonderausstellung | Gespräch mit Kuratorin Heike Slange

SO 15.5.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 15.5.
17 UHR
TEMPELHOF MUSEUM
Mauerspaziergang in Lichtenrade – Von der Groß-Ziethener Straße bis zur Dresdner Bahn

FR 20.5.
+ SA 21.5.
IM STADTRAUM
Stolpersteinverlegungen
mit dem Künstler Gunter Demnig

SO 5.6.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

FR 10.6.
– SO 7.8.
HAUS am KLEISTPARK
Hansgert Lambers – Fotografie
Ausstellung

SO 12.6.
15 UHR
TEMPELHOF MUSEUM
Unter Beobachtung – Fotografien der Stasi aus Tempelhof Sonderausstellung | Gespräch mit Kuratorin Heike Slange

DO 16.6.
– SO 16.10.
JUGEND MUSEUM
Neue Ausstellung

FR 17.6.
– SO 7.8.
HAUS am KLEISTPARK | Projektraum
Was bleibt: Kulturlandschaft im Wandel – Eine fotografische Dokumentation | Ausstellung

SO 19.6.
14–17 UHR
JUGEND MUSEUM
Offenes Atelier
Basteln, spielen, werkeln für die ganze Familie

SO 19.6.
17 UHR
TEMPELHOF MUSEUM
Mauerspaziergang in Lichtenrade – Von der Groß-Ziethener Straße bis zur Dresdner Bahn

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

HAUS am KLEISTPARK

Grunewaldstraße 6-7, 10823 Berlin
Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

HAUS am KLEISTPARK | Projektraum

Di bis So 11-18 Uhr
Do bis 20 Uhr

GALERIE im TEMPELHOF MUSEUM

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr
Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr

Die Öffnungszeiten können sich während der Laufzeit des Booklets ändern. Aktuelle Hinweise auf www.hausamkleistpark.de

Telefon 030-90 277 6964
hausamkleistpark@ba-ts.berlin.de
www.hausamkleistpark.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Dezentrale Kulturarbeit

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
♿ Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Sprechstunde mittwochs 15-18 Uhr.

Telefon 030-90 277 4347
peter.ruemenapp@ba-ts.berlin.de
www.dezentrale-kulturarbeit.de

Die Dezentrale Kulturarbeit ist verantwortlich für die Kunst- und Kulturförderung der Freien Szene im Bezirk.

»Wir waren Nachbarn«

Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
♿ Zugang über Freiherr-vom-Stein-Straße
Samstag bis Donnerstag 10-18 Uhr

Es finden regelmäßig Führungen statt.

Telefon 030-90 277 4527
projekt@wirwarennachbarn.de
www.wirwarennachbarn.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Jugend Museum | Schöneberg Museum

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Sa bis Do 14-18 Uhr, Fr 9-14 Uhr
Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung

Tempelhof Museum

Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin
Mo bis Do 10-18 Uhr, Fr 10-14 Uhr, So 11-15 Uhr
Gruppen und Schulklassen Mo-Fr nach Voranmeldung

Archiv und Bibliothek der Museen Tempelhof-Schöneberg

Hauptstraße 40/42, 10827 Berlin
Telefon 030-90 277 6214, archiv@ba-ts.berlin.de
Ein Besuch ist nur nach individueller Terminabsprache möglich.

Telefon 030-90 277 6163
museum@ba-ts.berlin.de
www.museen-tempelhof-schoeneberg.de




Ausstellung Palmenschatten im Haus am Kleistpark, siehe S. 49
© Silke Leverkühne, Ciuffenna, 2018

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Kindermuseum unterm Dach

Alte Mälzerei Lichtenrade
Empfang und Eingang 5. OG, Steinstraße 41, 12307 Berlin

Telefon 030 90277-3788 (für Buchungen)
kontakt@kindermuseum-unterm-dach.berlin
www.kindermuseum-unterm-dach.berlin

Für Familien: Mo bis Fr 14–18 Uhr, Sa und So 10–18 Uhr
Gruppen und Schulklassen nach Voranmeldung:
Mo bis Fr 9–14 Uhr, sowie nach Vereinbarung
 Zugang barrierefrei

Informationsort Schwerbelastungskörper

General-Pape-Straße/Loewenhardttdam, 12101 Berlin
Telefon 030–90 277 6163
nur Gelände barrierefrei

Saisonal geschlossen bis 31. März 2022

Infos zu Führungen und Veranstaltungen finden Sie
auf der Website www.schwerbelastungskoeper.de

ADRESSEN UND ÖFFNUNGSZEITEN

Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße

Werner-Voß-Damm 54 a, 12101 Berlin
Telefon 030–90 277 6163
Di, Mi, Do, Sa und So 13–18 Uhr
Kostenlose Führungen jeden Sonntag um 13 Uhr

Infos zu Führungen und Workshops finden Sie
auf der Webseite www.gedenkort-papestrasse.de



Alle Führungen der Museen und der historischen Orte werden
auf Anfrage auch mit **Gebärdensprachdolmetscher_in** angeboten.

03) Wir waren Nachbarn. Biografien jüdischer Zeitzeugen.
Dauerausstellung im Rathaus Berlin-Schöneberg



Dauerausstellung

Die ständige Ausstellung *Wir waren Nachbarn* beschäftigt sich mit dem Leben der früher in Schöneberg und Tempelhof ansässigen jüdischen Menschen. Mit sehr persönlichen Fotos und Dokumenten werden die Familiengeschichten aus Sicht der Zeitzeug*innen oder ihrer Angehörigen erzählt. All die Facetten, die den Alltag bis 1933 bestimmten, werden sichtbar: Erinnerungen an Wohnung, Schule, Arbeitsplatz und Freundschaft.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 wurden die allgemeinen Lebensumstände immer mehr von Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verfolgung geprägt. Viele flohen ins Ausland. Die, denen der Weg versperrt blieb, mussten untertauchen oder wurden deportiert und ermordet.

Über 170 biografische Alben bilden das Zentrum der Ausstellung. Lebensläufe von Prominenten, wie des Nobelpreisträgers Albert Einstein, der Schriftstellerin Nelly Sachs, der Fotografin Gisèle Freund oder des Regisseurs Billy Wilder, liegen neben denen von weniger bekannten Schöneberger*innen oder Tempelhofer*innen. Sie alle waren nach 1933 der rassistischen Verfolgung ausgesetzt.

Diejenigen, denen die Flucht ins Exil gelang, berichten davon, unter welchen Umständen sie sich als Geflüchtete, beispielsweise in Shanghai, den USA oder Südamerika, zurechtfinden mussten, aber auch, wie ihr Lebensweg nach 1945 weiterging.



Namen der Deportierten

Wer eines der biografischen Alben liest, ist dabei umgeben von mehr als 6.000 Namen von Deportierten, die auf kleinen Karten handschriftlich notiert sind. Angeordnet nach ihren letzten Wohnadressen machen diese Karteikarten das Ausmaß der Verfolgung allein in unserem Stadtbezirk deutlich. Zugleich verweisen sie auf die perfekte Bürokratie, mit der die Vorgänge der Deportation vor den Augen der Nachbarn organisiert wurden.

Names of those who were deported

As you read through one of the biographical albums, you are surrounded by index cards with the handwritten names of more than 6,000 people who were deported. Ordered according to the last residential address of the person named, these index cards clearly show the great extent of the persecution in our district of the city alone.

At the same time they are an indication of the "perfect bureaucracy" that functioned in organizing the deportation before the eyes of the neighbors.



Archiv der Erinnerung

In einem großen Archivschrank finden sich zahlreiche „Erinnerungssplitter“ von jüdischen und nichtjüdischen Besuchern und Besucherinnen, die seit 2005 gesammelt wurden. Darunter befindet sich z. B. das Foto einer Schulklasse aus der Zeit vor 1938, als christlich und jüdisch erzogene Kinder noch gemeinsam die Schule besuchten.

Archive of Remembrance

In a large archival file cabinet, there are numerous fragments of memories of Jewish and non-Jewish visitors that have been collected since 2005. Among them, for example, is the photograph of a school class from before 1938, when Christian and Jewish children still attended school together.

Sie und viele andere wohnten hier They and many more lived or worked in the Te



Gert Berliner



Hanni Lévi



Inge Deutschkorn

Über ihr Leben gibt die Ausstellung WIR WAREN NACHBARN Auskunft. Mehr als 170 sehr persönliche Alben vermitteln ein Bild davon. Für alle galt, dass sie Juden waren oder als solche galten und von den Nationalsozialisten verfolgt wurden



Albert Einstein *



Lilli Gettinger



Billi Wilder

* Foto von Ferdinand Schmutzer, alle anderen Fotos: Privat

in Tempelhof oder Schöneberg: mpelhof or Schöneberg districts of Berlin:



Kurt Tucholsky



Doris Kaplan



Coco Schumann

The exhibition WE WERE NEIGHBORS gives information about their lives, and more than 170 very personal albums offer a picture of them. The people presented were Jews or were considered Jews by the Nazis and they all suffered persecution during the Nazi period.



Gisèle Freund



Kurt Hiller



Masha Kaléko

WIR WAREN NACHBARN
DAUERAUSSTELLUNG IM RATHAUS BERLIN-SCHÖNEBERG

Hörstationen

Zu einzelnen Personen stehen Hörstationen zur Verfügung. Die Besucherinnen und Besucher können über Kopfhörer die authentischen Stimmen, beispielsweise des Schriftstellers Kurt Hiller oder des Tenors Joseph Schmidt, hören, während sie gleichzeitig in deren biografischen Alben blättern.



Audio stations

As There are audio stations about some individuals. Using headphones, visitors can listen to the actual voices – of the writer Kurt Hiller, for example, or the tenor Joseph Schmidt. And while the visitors are listening they can skim through the respective biographical albums.



Biografische Alben

Die Gestaltung der Ausstellung erinnert an einen alten Lesesaal. Die Fotos, Briefe und Dokumente, die teilweise direkt von den Zeitzeugen zur Verfügung gestellt wurden, berichten, wie in einem Familienalbum, vom Leben vor 1933. Da gibt es Fotos von Hochzeiten und Einschulungen, aber auch Kopien von Pässen, die mit einem großen „J“ gestempelt sind.

Biographical albums

The exhibition design is reminiscent of an old library reading room. Like a family photo album, the photographs, letters, and documents tell about life prior to 1933. Some of them were donated directly by those who lived through the period. There are photos of weddings and the first day of school, for example, as well as copies of passports stamped with a large "J" for "Jew."

Permanent Exhibition

Famous people and less famous people, old and young, poor and rich. What they all shared is that they were persecuted as Jews by the Nazi regime, among them Albert Einstein, Gisèle Freund and Billy Wilder. The permanent exhibition WE WERE NEIGHBORS, with its more than 170 biographical albums, illustrates what that meant. Containing interviews, letters, documents, and photographs, the albums provide information on the very varied lives of these Jewish residents. They shed light on their living situation before everything changed and many individuals had to flee or go into hiding. It was already too late for many, who then decided to commit suicide or were deported to one of the extermination camps.

The survivors offer insight into how life continued: how they integrated the loss of close relatives into their lives. And they also report about resistance to the Nazi dictatorship.

The exhibition – right inside Schöneberg City Hall – combines various elements to present a unique place of remembrance of former neighbors.



Ausstellungsort:

Rathaus Schöneberg, Große Ausstellungshalle
John-F.-Kennedy-Platz 1, 10825 Berlin
U-Bahn: U4, Rathaus Schöneberg
U7, Bayerischer Platz | Bus: M 46, 104
Barrierefreier Zugang: Freiherr-von-Stein-Straße
Tel.: (030) 90277-4527

www.wirwarennachbarn.de

– EINTRITT FREI – | – Free Entrance –

Öffnungszeiten / Opening hours:

Täglich außer freitags 10 – 18 Uhr
All days but Friday 10 a.m. to 6 p.m.

Gruppenführungen nach Anmeldung unter
www.wirwarennachbarn.de
oder Tel.: (030) 90277-4527

Der Besuch der Ausstellung findet unter den
gegebenen Corona-Auflagen statt.

Veranstalter:

frag doch! Verein für Begegnung und
Erinnerung e.V. in Kooperation mit dem
Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg,
Abteilung Bildung, Kultur und Soziales

frag doch!
Verein für Begegnung und Erinnerung e.V.



SZLOMA-ALBAM-
STIFTUNG



CHAJA
STIFTUNG

be min Berlin

Berliner Landeskönig
für politische Bildung



Bildungswerk Berlin
für Menschen-Bildung

04) "Unser Leben" — Berlin als Zufluchtsstadt für jüdische Displaced Persons nach 1945

Pressemitteilung Nr. 361 vom 25.10.2021

Eine neue Sonderausstellung im Tempelhof Museum

Anhand von Selbstzeugnissen jüdischer Displaced Persons im Nachkriegsberlin erzählt die Ausstellung "Unser Leben" eine transhistorische Geschichte von Berlin als Stadt der Zuflucht und Migration.

Ausstellung vom 03. November 2021 bis 20. März 2022

Ort: Tempelhof Museum, Alt-Mariendorf 43, 12107 Berlin

Geöffnet: Montag bis Donnerstag von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Freitag von 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr

Sonntag von 11:00 Uhr bis 15:00 Uhr

Informationen zur Ausstellung erhalten Sie auch auf der [Homepage der Museen Tempelhof-Schöneberg](#).

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Berlin zum Zufluchtsort für jüdische Displaced Persons (DP). Sie nannten sich **she'erit hapletah**, „die letzten Überlebenden“. Für die meisten von ihnen war Deutschland – als das Land der Täter_innen – der letzte Ort, an dem sie bleiben wollten. Dennoch entstanden in Mariendorf, Zehlendorf und Reinickendorf Lager, in denen jüdische DPs oft mehrere Jahre lebten.

Diese Orte entwickelten sich binnen kurzer Zeit zu kleinen selbstverwalteten Städten. Dort gab es Schulunterricht und berufliche Ausbildungsmöglichkeiten, Sportveranstaltungen zwischen den Lagern ebenso wie Kunst- und Kulturangebote, in denen sich die Bewohner_innen mit den traumatischen Erlebnissen der Shoah auseinandersetzen konnten.

Kulturstadtrat Matthias Steuckardt erklärt:

Die Ausstellung „Unser Leben“ im Tempelhof Museum gibt vielfältige Einblicke in den Alltag dieser Displaced Persons innerhalb und außerhalb der Lager und erzählt von ihren Hoffnungen auf eine Zukunft nach der Shoah. Auszüge aus der namensgebenden jiddischen Zeitschrift „Undser Lebn“, die seit August 1946 in den jüdischen DP-Lagern erschien, stehen im Zentrum der Ausstellung. Ergänzt werden sie von zahlreichen Selbstzeugnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern sowie historischen Fotografien aus den Lagern.

Mit der Blockade Berlins 1948 endet auch die Geschichte der DP-Lager. Die meisten Displaced Persons verließen die Stadt und zogen nach Westdeutschland. Doch ist und bleibt Berlin bis heute für viele Menschen ein Ort der Migration und Zuflucht. Diesen Bogen schlägt die Ausstellung ebenfalls und stellt einige aktuelle Zufluchtsorte und migrantische Selbstorganisationen vor.

Die Sonderausstellung wurde von [Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung](#) in Kooperation mit den Museen Tempelhof-Schöneberg erstellt und wird im Tempelhof Museum gezeigt. Online ist sie in Kürze auch auf der Webseite von [We Refugees Archive](#) zu sehen, einer digitalen Bildungsplattform zu Flucht in Vergangenheit und Gegenwart.

Gefördert von der [Szloma-Albam-Stiftung](#) und der [Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa](#).

Pressestelle

[John-F.-Kennedy-Platz](#)
[10825 Berlin](#)

Telefon: (030) 90277-6281

pressestelle@ba-ts.berlin.de

05) Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg

Informationen zum Coronavirus

Pressemitteilung Nr. 016 vom 21.01.2022

Die Ausstellung „Postsowjetische Lebenswelten“ erinnert an das Ende der Sowjetunion im Dezember 1991. Zu sehen ist sie in der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg:

Dienstag, 25. Januar 2022 bis Freitag, 8. April 2022

Öffnungszeiten:

Montag bis Freitag von 8:30 Uhr bis 20:00 Uhr

Samstag und Sonntag von 9:30 Uhr bis 17:00 Uhr

**Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg, Galerie im 1. Obergeschoss
Barbarossaplatz 5, 10781 Berlin**

Autor der Ausstellung ist Jan C. Behrends vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Der Osteuropa-Historiker hat mit dem Kurator Dr. Ulrich Mählert über 120 Fotos für die Schau ausgewählt. Behrends' Texte und die zeitgenössischen Bilder werfen eindrückliche Schlaglichter auf den Wandel, den die 15 post-sowjetischen Staaten seit 1991 durchlaufen haben.

Kulturstadtrat Tobias Dollase:

Die Sonderausstellung zeigt eindrucksvoll, welchen Härten die Menschen damals unterworfen waren, wie einerseits demokratischer Aufbruch gelang und andererseits neue Autokratien entstanden.

Bezirksstadtrat Tobias Dollase wird die Ausstellung am Dienstag, den 25. Januar 2022 um 16:00 Uhr mit Kurator Dr. Ulrich Mähler in der Galerie der Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg eröffnen.

Im Haus gelten die **2G-Regel** und **Maskenpflicht**. Alle Besucher_innen müssen ein **Kontaktverfolgungsformular** ausfüllen und in den Briefkasten einwerfen.

Der Besuch der Ausstellung ist **kostenlos** und **ohne Anmeldung** möglich.

Herausgeber der Ausstellung sind die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Internetplattform dekode.org.

Mehr Informationen über die Ausstellung finden Sie auf der [Internetseite der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur](#).

Topographie des Terrors

06) Der kalte Blick.

Letzte Bilder jüdischer Familien aus dem Ghetto von Tarnów

27. November 2021 bis 18. April 2022 im Sonderausstellungsraum der Topographie des Terrors

Niederkirchnerstraße 8, 10963 Berlin-Kreuzberg

Eine Ausstellung der Stiftung Topographie des Terrors, der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas und des Naturhistorischen Museums Wien / Wiederaufnahme

Ende 1941 entwickelten zwei Wiener Wissenschaftlerinnen ein Projekt zur „Erforschung typischer Ostjuden“. Mit „kaltem Blick“ fotografierten sie im März 1942 in der deutsch besetzten polnischen Stadt Tarnów mehr als hundert jüdische Familien, insgesamt 565 Männer, Frauen und Kinder. Von diesen überlebten nur 26 den Holocaust und konnten später davon berichten. Erhalten geblieben sind die Bilder und Kurzbiografien der Ermordeten.

Die Ausstellung dokumentiert zum einen das ehrgeizige Vorgehen der beiden Wissenschaftlerinnen. Zum anderen erzählt sie vom Leben der Juden in Tarnów vor 1939 und von deren Ermordung unter deutscher Herrschaft – exemplarisch für die Verfolgung und Vernichtung hunderter jüdischer Gemeinden in dem von Deutschen beherrschten und terrorisierten Polen.

Zur Ausstellung sind ein deutsch-englischer [Katalog](#) und eine [Begleitpublikation](#) erhältlich.

Andrea Seehausen
Büro- und Innenleitung
Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de
Brandenburg-Preußen Museum
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand: Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach

07) Brandenburg-Preußen-Museum



Newsletter 1/2022

Brandenburg-Preußen Museum Wustrau

Liebe Freundinnen und Freunde unseres Museums,

wir sind aus der Winterpause zurück und freuen uns, bis zum 11. Dezember 2022 wieder zu den gewohnten Öffnungszeiten für Sie da zu sein.

Seite 305 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Unsere Sonderausstellung „[K]ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“ haben viele – große und kleine – Besucherinnen und Besucher als unsere bisher schönste Ausstellung bezeichnet. Wir verlängern sie deshalb bis zum 11. Dezember 2022. Die Ausstellung spannt einen Bogen vom rasanten Bevölkerungswachstum des 19. Jahrhunderts und dem Zug der Menschen in die Städte über den technischen Fortschritt durch Eisenbahn, Elektrifizierung und die Chemie bis zur Entstehung der Markenwelten und die Anfänge der Freizeitindustrie. Und das alles am Spielzeug unserer Großeltern und Urgroßeltern.

Ganz neu in diesem Jahr: An jedem ersten Sonntag ist der Eintritt ins Museum frei.

Wir möchten damit vor allem Familien mit Kindern den Besuch bei uns erleichtern.

Veranstaltungen

Im Jahr 2022 wollen wir Ihnen endlich auch wieder die beliebten Vorträge anbieten. Unser Veranstaltungskalender ist in Arbeit, bitte geben Sie uns noch ein wenig Zeit. Diese Termine können Sie sich jetzt bereits vormerken:

06. März 2022 – Der erste Sonntag mit freiem Eintritt ins Museum

15. Mai 2022 – Internationaler Museumstag

Zum Internationalen Museumstag am 15. Mai 2022 planen wir alle drei mit dem Drei-Museen-Ticket verbundenen Häuser mit einem Bus-Shuttle zu verknüpfen: das Kurt Tucholsky Literaturmuseum im Schloss Rheinsberg, das Museum Neuruppin und das Brandenburg-Preußen Museum in Wustrau.

07. April 2022, 18.00 Uhr: Staatsbibliothek Unter den Linden, Humboldtsaal

Helga Tödt und unser Stiftungsvorstand Andreas Bödecker stellen ihr neues Buch vor:

Spione, Erfinder, Unternehmer – Preußens Industrialisierung in Lebensbildern.

Eine gemeinsame Veranstaltung mit den Freunden der Staatsbibliothek zu Berlin. Die Veranstaltung wird auch live im Internet übertragen werden. Anmeldung bitte unter: museum@bpm-wustrau.de

03. Oktober 2022 – Maus-Türöffner-Tag für kleine Entdecker

Auch in diesem Jahr beteiligen wir uns wieder am Türöffner-Tag der Sendung mit der Maus und lassen die Kinder hinter die Kulissen unseres Museums schauen.

Öffnungszeiten und Eintrittspreise

Dienstag bis Sonntag: November bis Ende März 10.00–16.00 Uhr, April bis Oktober 10.00–18.00 Uhr

Hinweis: Die Sonderausstellung „[K]ein Kinderspiel – Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung“ ist am Mittwoch, den 23. Februar und am Donnerstag, den 24. Februar aufgrund einer internen Veranstaltung geschlossen.

Einzelkarte 5 Euro, ermäßigt 2 Euro, Familien 10 Euro, Jahreskarte 20 Euro

Öffentliche Führungen an den Wochenenden ohne Aufpreis, die Termine finden Sie auf der Homepage. Gruppeneintritt: ab 10 Personen 4 Euro pro Person

Das Drei-Museen-Ticket für 9 Euro gilt zum Eintritt im Museum Neuruppin, im Kurt Tucholsky Literaturmuseum Rheinsberg und im Brandenburg-Preußen Museum

Preußen digital

Wir haben unseren ersten Museumspodcast ins Leben gerufen: In Preußisch blau – ein Podcast zur preußischen Geschichte gehen wir in unterhaltsamer Form preußischer Geschichte und Geschichten nach. Und wir versuchen zu ergründen, wie viel Preußisches uns heute noch umgibt. Die preußische Ideengeschichte wird uns ebenso beschäftigen wie königlicher Klatsch, abenteuerliche Reisen und spannende Kriminalfälle. Die erste Folge Fetisch Uniform – wie ein einfacher Schuster den Kaiser zum Lachen brachte kann auf unserer Website und auf Soundcloud nachgehört werden. Folgen Sie uns außerdem auf Facebook, Instagram und YouTube.

Neuer Newsletter-Anbieter

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass wir neu einen Newsletter-Anbieter nutzen. Unseren kostenlosen Informations-Newsletter zu den Aktivitäten im Museum versenden wir weiterhin ca. zwei bis drei Mal im Jahr. Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte links oben in dieser E-Mail auf den Button „Abonnement kündigen“ oder schreiben Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort „Abmelden“.

Bleiben Sie gesund und kommen Sie gut in den Frühling!

Wir freuen uns, Sie schon bald wieder im Brandenburg-Preußen Museum begrüßen zu können!

Ihr Team des Brandenburg-Preußen Museums



Unsere Bücher

Neu: erscheint am 20. März 2022

Andreas Bödecker, Helga Tödt
**Spione, Erfinder, Unternehmer
Preußens Industrialisierung in
Lebensbildern**

be.bra Verlag, ISBN 978-3-89809-206-7
17,5 x 24,5 cm, Hardcover, 640 Seiten,
über 200 Abbildungen, 24 Euro zzgl.
5 Euro Versand.

Vorbestellung über das Museum oder
den Buchhandel.

Ein Spion aus Neuruppin, eine Berliner Erfinderin, die von ihrem Ehemann erstochen wurde: Anhand der Biografien von 18, teils berühmten, teils weniger bekannten Männern und Frauen macht dieses Buch die Zeit der Industrialisierung anschaulich. Viele der Erfindungen und technischen Errungenschaften, die heute zu unserem Alltag gehören, wurden in dieser Epoche erfunden, die mit dem 1. Weltkrieg endete: Eisenbahn, elektrische Straßenbahnen und Straßenbeleuchtung, Strom in den Häusern, künstliche Farbstoffe und Lacke, Automobile, luftgefüllte Gummireifen, Kunstdünger, Aspirin, Telefon, U-Bahn, Flugzeuge, elektrische Waschmaschinen, das Wasserklosett und die Kleinbildkamera.



Das Buch zur Sonderausstellung:

Christian Arpasi, Andreas Bödecker
[K]ein Kinderspiel: Spielzeug als Spiegel der Industrialisierung

be.bra Verlag 2021, ISBN 978-3-89809-198-5
21 x 22,5 cm, Hardcover, 256 Seiten,
176 Abbildungen, 20 Euro zzgl. 5 Euro Versand.
Über das Museum oder im Buchhandel
erhältlich.

Kontakt

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a, 16818 Wustrau

Telefon 03 39 25 - 7 07 98
Telefax 03 39 25 - 7 07 99

Spenden

Unterstützen Sie unsere Museumsarbeit mit Kindern und Jugendlichen durch eine zweckgebundene Spende.

Empfänger:

Ehrhardt-Bödecker-Stiftung

IBAN: DE12160502021001022099

BIC: WELADED1OPR

Verwendungszweck:
Museumsarbeit für Kinder

Brandenburg-Preußen Museum
Eichenallee 7a
16818 Wustrau
Tel. 033925-70798
Fax 033925-70799
museum@bpm-wustrau.de
www.brandenburg-preussen-museum.de

Das Brandenburg-Preußen Museum
wird getragen von der
Ehrhardt-Bödecker-Stiftung
Stifter: Ehrhardt Bödecker (1925-2016)
Vorstand:
Dr. Andreas Bödecker, Elvira Tasbach
Steuernummer 27/643/03936

Über die Ostdeutschen Landesmuseen informieren auch die folgenden, von Herrn Dr. Jürgen Martens (Königswinter) gestalteten Leitseiten:

www.ostdeutsche-museen.de



- Die Adresse des Westpreußischen Landesmuseums lautet:
Franziskanerkloster
Klosterstraße 21
48231 Warendorf
- Bei Terminanfragen, Anmeldungen, Adressenänderungen oder Shop-Bestellungen erreichen Sie die Aufsicht
- *telefonisch:*
[02581 92777-13](tel:025819277713)
- Das Geschäftszimmer erreichen Sie
- *telefonisch:*
[02581 92777-0](tel:02581927770)
- *per Fax:*
02581 92777-14
- *per E-Mail:*
sekretariat@westpreussisches-landesmuseum.de

Ausstellungen

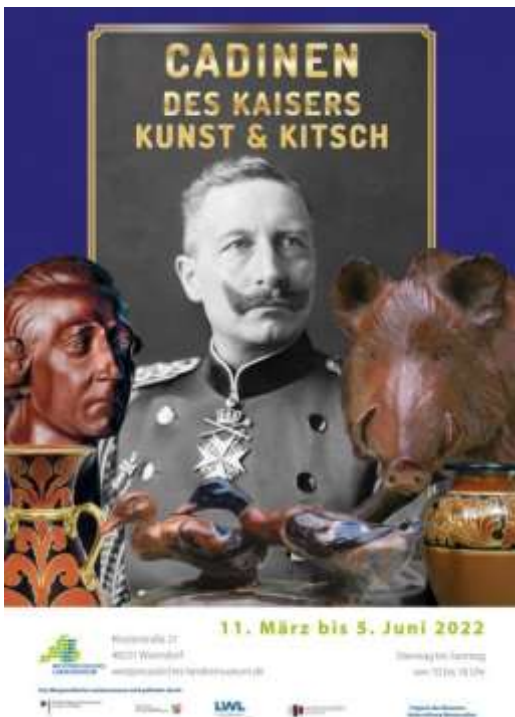


Die Dauerausstellung im Obergeschoss

Neben der Dauerausstellung veranstaltet das Westpreußische Landesmuseum im Jahr drei bis fünf Sonderausstellungen. Zudem bietet es Tafel-Ausstellungen an, die von Museen, Schulen oder andere interessierten Institutionen entliehen werden können.

Die wichtigsten Informationen zu diesen Tätigkeitsfeldern finden Sie auf dieser Seite.

Die nächsten Sonderausstellungen



01) Cadinen. Des Kaisers Kunst und Kitsch

Dienstag, 01. März bis Sonntag, 05. Juni 2022

Als finanzkräftiger Mäzen, der prestigeträchtige und lukrative Staatsaufträge zu vergeben vermochte, nahm Kaiser Wilhelm II. erheblichen Einfluss auf die Kunst des ausgehenden 19. Jahrhunderts. Ihm wird jedoch ein konservatives Kunstverständnis zugeschrieben, das den jüngeren Kunstströmungen der Moderne skeptisch bis feindlich gegenüberstand. Seine „Rinnstein-Rede“ von 1901, in der sich zugleich ein absolutistisches Weltbild artikulierte, rief bei den Verfechtern der Avantgarde Kritik und Spott hervor.

Neben den vielbeachteten Historienbildern der Zeit, in denen namhafte Akademie-Professoren und die in der Gunst des Kaisers stehenden Künstler:Innen das wilhelminische Geschichtsverständnis und Weltbild für die Nachwelt fixierten, sind Aspekte der Einflussnahme Wilhelms II. auf Entwicklungen des Kunsthandwerks weitaus weniger bekannt. Bereits seit 1763 unterhielt die Hohenzollern-Dynastie die Königliche Porzellan-Manufaktur in Berlin. Großherzog Friedrich I. von Baden eröffnete 1901 die Großherzogliche Majolika-Manufaktur in Karlsruhe als Ausdruck der Majolika-Mode um 1900. Im westpreußischen Ort Cadinen nordöstlich von Elbing nahe der Ostseeküste nahm Wilhelm II. 1904 mit der „Königlichen Majolika- und Terrakotta-Werkstatt“ seine eigene Gründung vor und bestimmte zudem als künstlerischer Direktor der Manufaktur selbst Auswahl der Künstler:Innen, sowie die Motive und Sujets der keramischen Produkte.

Die Ausstellung im Westpreußischen Landesmuseum erörtert den Einfluss des kaiserlichen Geschmacks auf das in Cadinen hergestellte Kunsthandwerk und verhandelt das wilhelminische Kunstverständnis am Beispiel der künstlerischen Keramik zwischen den Polen ‚Kunst‘ und ‚Kitsch‘. Als Kooperation mit dem Ostpreußischen Landesmuseum Lüneburg und der Sammlung Cadiner Majolika Familie Helmut Niederhaus führt die Ausstellung eine Auswahl an hochwertigen Terrakotten und Majoliken des Labels „Cadinen“ zusammen und vermittelt einen Überblick über die Entwicklung der Produktpalette in einem Zeitraum von 40 Jahren. Zudem wurden Expert:innen Cadinen sammelnder und bewahrender Institutionen dazu eingeladen, besondere Stücke ihrer Sammlung in Videoporträts vorzustellen und einen Einblick in die Geschichte dieser Objekte zu geben.

Die Ausstellung wurde kuratiert von Dr. Gisela Parak und Dr. Martin Steinkühler

Vorschau

Vogelfänger, Venntüten und Plaggenstecher. Die Anfänge des Natur- und Landschaftsschutzes vor 100 Jahren

Ausstellung in Kooperation mit dem LWL-Museum für Naturkunde Münster

Donnerstag, 23. Juni bis Sonntag, 02. Oktober 2022

Vor 100 Jahren begann sich in Deutschland ein erstes Bewusstsein für den Naturschutz zu entwickeln. Dies ist insbesondere auch der Arbeit der beiden Protagonisten des frühen Naturschutzes und der Naturkunde Hermann Reichling und Hugo Conwentz zu verdanken.

Der Zoologe Hermann Reichling (Heiligenstadt 1890 – 1948 Münster) übernahm 1919 die Leitung des bereits damals sehr renommierten Provinzialmuseums für Naturkunde in Münster, des heutigen LWL-Museums für Naturkunde. 1926 wurde er Geschäftsführer des „Westfälischen Provinzialkomitees für Naturdenkmalpflege“ in Münster.

Der Botaniker Hugo Conwentz (St. Albrecht bei Danzig 1855 – 1922 Berlin) war der erste Direktor des 1879 neu gegründeten Westpreußischen Provinzialmuseums in Danzig. Zu Beginn standen dem Museum die Sammlungen der Naturforschenden Gesellschaft und des Westpreußischen botanisch-zoologischen Vereins zur Verfügung. Im Rahmen seines Direktorats erweiterte er etwa die Sammlung um die aus mehr als 5.000 Stücken bestehende Inklusen- und Bernsteinsammlung von Otto Helm – so entstand eine der bedeutendsten Inklusensammlungen Baltischen Bernsteins überhaupt, deren verbliebenen Teile sich heute im Westpreußischen Landesmuseum in Warendorf befinden.

Hermann Reichling hinterließ ein einzigartiges Archiv mit mehr als 10.000 Fotografien. Vor allem Landschaften und die dort beheimateten Menschen und Tiere waren seine Motive. Während seiner Reisen durch Nordwestdeutschland fotografierte er auch Menschen mit Berufen, die heute nicht mehr vorkommen, wie beispielsweise Vogelfänger und Plaggenstecher. Dieses einzigartige Fotoarchiv bildet die Grundlage der Ausstellung, die mit naturkundlichen Ausstellungsstücken, Dokumenten und Filmsequenzen ergänzt wird.

Glanzlichter – Polnische Kunst aus dem Kunstmuseum Bochum
Ausstellung in Zusammenarbeit mit der Porta Polonica und dem
Kunstmuseum Bochum

Donnerstag, 27. Oktober 2022 bis Februar 2023

Das Kunstmuseum Bochum legte bereits in den 1960er Jahren bei der weitgreifenden europäischen Ausrichtung seiner künftigen Sammlung einen besonderen Schwerpunkt auf die Kunst der früheren sogenannten Ostblockstaaten, da diese in den westdeutschen Museen unterrepräsentiert war. Heute besitzt das Museum eine Sammlung von über einhundert Werken polnischer Künstler*innen.

Die Ausstellung wird die Glanzlichter dieser 60-jährigen Sammeltätigkeit des Kunstmuseums präsentieren. Vorgestellt werden Künstler, die zu den Protagonisten der jüngeren polnischen Kunstgeschichte zählen. Die Ausstellung zeigt sowohl Werke der 1920er und 30er Jahre als auch zeitgenössische Arbeiten der 60er bis 90er Jahre des 20. Jahrhunderts. Dabei vermittelt sie die Vielfaltigkeit der polnischen Kunst.

Ostpreußisches Landesmuseum

Heiligengeiststraße 38

21335 Lüneburg

Tel. +49 (0) 4131 75995-0

Fax +49 (0) 4131 75995-11

info@ol-lq.de

02) Des Alltags schöne Seiten – Grafik der 1950er Jahre von Gerhard Matzat und Ute Brinckmann-Schmolling

16.10.2021 – Montag, 18.04.2022

Die Kunstszene in der jungen Bundesrepublik entwickelte sich lebhaft mit Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs. Neue Einflüsse der internationalen Moderne stellten einen radikalen Bruch mit der vorherigen Kunst im Dritten Reich dar. Zwischen Tradition und völliger Abstraktion gab es auch Mittelwege, die man als „gemäßigte Moderne“ bezeichnen könnte.

Diese Richtung passte zu der aufstrebenden Mittelschicht im sogenannten Wirtschaftswunder der 1950er Jahre. Druckgrafik war dazu ein geeignetes Medium. Die Blätter waren erschwinglich und konnten das neue Heim modern, aber doch nicht befremdlich schmücken.

In dieser Richtung versuchten auch zwei Künstler aus Ostpreußen, Ute Schmolling (1924-2014) und Gerhard Matzat (1921-1994), sich in der Metropole Frankfurt mit ihren Arbeiten zu behaupten. Thematik und Stil ihrer Druckgrafiken sind typisch für ihre Zeit. Beide hatten 1939 bzw. 1942 ihr Studium an der Königsberger Kunstakademie begonnen und setzten nach Kriegsende die Ausbildung in Frankfurt fort bei dem aus Königsberg gekommenen Wilhelm Heise.

Die Arbeiten von Ute Schmolling sind Schenkungen der Künstlerin an das Ostpreußische Landesmuseum; die Arbeiten von Gerhard Matzat sind Schenkungen aus dem Nachlass von Dr. med. Alfons Laduch, Kelkheim, einem Jugendfreund des Künstlers. Aus diesen Beständen zeigt die Ausstellung eine Auswahl.

Schlesien – gemeinsames Natur- und Kulturerbe
Śląsk – wspólne dziedzictwo przyrodnicze i kulturowe



Schlesisches Museum zu Görlitz
Brüderstr. 8
02826 Görlitz
www.schlesisches-museum.de
Tel. 03581/8791-0
E-Mail: kontakt@schlesisches-museum.de

Einladung ins Schlesische Museum

Martina Pietsch
tel. 035981 / 8791-132

03) Kuratorenführung durch die Ausstellung „Inspiration Riesengebirge“

Sonnabend, 05.03.2022, 15:00 – 16:00 Uhr

Kunsthistorikerin Dr. Johanna Brade lädt zu einer Kunstreise ins wildromantische Riesengebirge ein. Rund 150 Exponate von über 60 Künstlern vermitteln farbenfreudige Einblicke in die faszinierende Berglandschaft bei Wind und Wetter, Sonne, Schnee und Eis. Auch die Sagengestalt des rauen Berggeistes Rubezahl fehlt nicht. Der Faszination durch diese einzigartige Berglandschaft können sich auch heute die Menschen nicht entziehen.

Eintritt frei.

Begrenzte Teilnehmerzahl, es wird um Anmeldung gebeten: Tel. 03581 / 8791-0, kontakt@schlesisches-museum.de

Es gelten die aktuellen Richtlinien der Sächsischen Corona Verordnung.

04) Einblicke ins Depot des Sudetendeutschen Museums

Im Sudetendeutschen Museum in München sind mehr als tausend Ausstellungsstücke zu sehen. Weniger bekannt ist das Depot des Museums, das rund 40.000 weitere Objekte beherbergt. Im Depot findet ein wesentlicher Teil der musealen Arbeit statt: Hier werden neue Exponate aufgenommen, digital inventarisiert, konservatorisch behandelt und für eine spätere Präsentation - zum Beispiel im Rahmen von Sonderausstellungen - aufbewahrt. [Mit diesem Kurzfilm erhalten Sie einen exklusiven Einblick](#) in das Depot des Sudetendeutschen Museums, begleitet von Sammlungsleiter **Klaus Mohr**:

<https://www.youtube.com/watch?v=IAM3t3udysM>

Übrigens: bis zum **31. Juli 2021** ist der Eintritt ins Museum – [nach vorheriger Anmeldung](#) – gratis!

<https://www.sudetendeutsche-stiftung.de/sudetendeutschesmuseum/index.html>

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 65, 2021

Wien, am 27. Mai 2021

05) Museum für Russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold

Liebe Museumsfreunde!



Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an unserem Veranstaltungsangebot. Leider ist damit zu rechnen, dass wir auch in diesem Jahr immer wieder neu aushandeln müssen, ob und in welcher Weise unsere Veranstaltungen stattfinden können. Bitte besuchen Sie uns regelmäßig auf unserer Homepage www.russlanddeutsche.de, um zu erfahren, in welcher Form die jeweiligen Veranstaltungen durchgeführt werden.

Alles Gute und beste Grüße

Ihr Museumsteam

Georgstraße 24
32756 Detmold
Ruf: 05231-921 6900
museum@russlanddeutsche.de
<https://www.russlanddeutsche.de>

Kulturreferat:

Ruf: 05231-921 6913
Mobil: 0162-646 2913
e.warkentin@russlanddeutsche.de

Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Museumsmeile
Willy-Brandt-Allee 14
53113 Bonn
Tel.: (02 28) 91 65-0
Fax: (02 28) 91 65-302
E-Mail: [post\(at\)hdg.de](mailto:post(at)hdg.de)



Eintritt frei

Besucherdienst
(02 28) 91 65-400
[E-Mail](mailto:post(at)hdg.de)

Dienstag–Freitag
09.00–19.00 Uhr
Samstag, Sonntag und Feiertag
10.00–18.00 Uhr

Montag
geschlossen

06) Heimat. Eine Suche.

Eine Ausstellung, vom 11.12.2021 bis 25.09.2022



11.12.2021 – 25.09.2022

Heimat

Eine Suche

Heimat verspricht Geborgenheit und Überschaubarkeit – insbesondere in Zeiten großer politischer und gesellschaftlicher Herausforderungen. Aber Heimat ist sehr vielschichtig. Menschen verlieren ihr Heim, ihr ganzes Dorf an eine Braunkohlegrube oder an einen Krieg. Andere fühlen sich in der alten Heimat fremd und begeben sich auf die Suche nach einer oder mehrerer neuen Heimat(en). Für manche ist Heimat ganz klar mit einem Ort verbunden, den sie nie verlassen wollten, dem sie aber gezwungenermaßen den Rücken kehren müssen.

Wenn Sie unsere Wechselausstellung besuchen, betreten Sie zunächst eine kleine Siedlung mit Dorfplatz. Alles wirkt auf den ersten Blick idyllisch. In den Häusern können Sie sich mit verschiedenen Seiten des Heimatbegriffs auseinandersetzen: Heimat im geteilten Deutschland und Identitäten in verschiedenen Regionen, (Spät-)Aussiedler und Vertriebene, jüdisches Leben in Deutschland, Zerstörung von Heimat durch Energiegewinnungsprojekte, Heimischwerden von Menschen mit internationaler Geschichte. Der Fokus liegt auf der Entwicklung seit 1945.

Sie sehen die Tür einer Flüchtlingsunterkunft, bemalt von einer aus Syrien nach Deutschland geflohenen jungen Frau. Die Tür zeugt von dem Bemühen, den Verlust der

alten Heimat zu verarbeiten und in einer potenziell neuen Heimat Halt zu finden. Das Bühnenbild einer idyllischen Spreelandschaft aus dem Dorf „Mühlrose“ steht für die Bedrohung der sorbischen Minderheit, ihrer Sprache und Kultur durch den Tagebau.

In der Öffentlichkeit wird der Heimatbegriff kontrovers diskutiert, instrumentalisiert und als politischer Kampfbegriff missbraucht. Die Ausstellung lädt dazu ein, über die Bedeutung von Heimat für den Einzelnen und für die Gesellschaft nachzudenken: Wie kann ein moderner Heimatbegriff aussehen, der dem gesellschaftlichen Zusammenhalt dient? Bringen Sie sich gerne in unserem „Heimat-Labor“ ein.

Wir freuen uns darauf, bei unseren Veranstaltungen und auf Social Media mit Ihnen ins Gespräch zu kommen!

Bericht in der „Berliner Morgenpost“, Seite 4 vom 12.12.2021:

Sehnsucht nach Heimat

Sehnsuchtsort bis Ideologiebegriff: Bonner Haus der Geschichte zeigt neue Ausstellung

CLAUDIA ROMETSCH

BONN – „Bin ich Deutscher, bin ich Pole, bin ich Schlesier?“ Wie viele Menschen in Deutschland ist sich Ronald Urbanczyk nicht sicher, wo seine Heimat liegt. Was genau ist in einer globalisierten Welt eigentlich Heimat und wo ist sie zu finden? Dieser Frage geht die Ausstellung „Heimat. Eine Suche“ im Bonner Haus der Geschichte seit Sonnabend nach. „Wir wollen nicht sagen, was Heimat ist, sondern zeigen, dass es ganz unterschiedliche Antworten geben kann“, sagt Ausstellungsdirektor Thorsten Smidt. Dazu haben die Ausstellungsmacher Menschen befragt, in deren Leben der Verlust, aber auch die Suche nach Heimat eine besondere Rolle spielt.

Dabei wird deutlich, dass die Bestimmung von Heimat – so wie im Fall des in Polen geborenen und im Ruhrgebiet aufgewachsenen Filmemachers Ronald Urbanczyk – oftmals nicht eindeutig zu klären ist. Heimat sei die „Summe

der Erinnerungen“, „ein Gefühl von Zugehörigkeit“ oder „etwas Inneres“, sagen zum Beispiel einige der Menschen, denen die Besucherinnen und Besucher an den zahlreichen Medienstationen in der Ausstellung immer wieder begegnen.

Die Schau, die bis zum 25. September 2022 zu sehen ist, empfängt das Publikum zunächst mit einem kurzen Blick in Zeiten, als der Begriff Heimat noch eindeutig zu sein schien. In der Romantik spiegelte sich etwa das Rheintal mit

seinen Burgen in der Malerei als heimatlicher Sehnsuchtsort. Der Nationalsozialismus übersteigerte und missbrauchte den Heimatbegriff dann mit seiner „Blut- und Boden“-Ideologie. Aber auch in den 50er-Jahren schien Heimat noch eine eindeutige Größe zu sein. Liebevoll bestickte Kissen mit Schriftzügen wie „Es gibt nur eine Heimat“ zierten damals deutsche Sofas. Dass auch in Deutschland die Heimat von Menschen bedroht ist, zeigt ein Blick in die Braunkohlereviere, wo zahlreiche Orte dem Tagebau weichen müssen. Besonders gefährdet sind die Sorben in der Lausitz, denen mit dem Verschwinden ihrer Dörfer auch der Verlust ihrer Kultur droht.

Eine besondere Beziehung zu Deutschland haben Jüdinnen und Juden, die sich bewusst entschlossen, im „Land der Täter“ zu leben. Ein eindrucksvolles Zeugnis ist der Koffer des Holocaust-Überlebenden Leo Sachs, der sich nach dem Krieg von Auschwitz aus zu Fuß auf den Weg nach Köln macht. **epd**



Die Sonderausstellung beschäftigt sich mit dem Thema Heimat. FOTO:EPD

Südwestdeutscher Rundfunk am 11.12.2021:

Ausstellung über Heimat im Haus der Geschichte Bonn

STAND: 11.12.2021, 9:21 Uhr

Eine Sonderausstellung im Haus der Geschichte in Bonn beschäftigt sich ab Samstag mit dem Thema Heimat. Unter dem Titel "Heimat. Eine Suche" werden nach Angaben der Organisatoren bis zum 25. September 2022 die unterschiedlichen Definitionen eines emotional aufgeladenen Begriffes beleuchtet. Zu sehen sind zahlreiche Zeitzeugen-Interviews und rund 600 Exponate. Präsentiert werden unter anderem Filmausschnitte, Requisiten aus der Hunsrücksaga "Heimat" von Edgar Reitz, ein Dirndl aus afrikanischem Batikstoff oder der Koffer eines Holocaust-Überlebenden. Ein Kapitel der Ausstellung widmet sich den Spätaussiedlern. Zu Wort kommen auch Menschen, die aus verschiedenen Ländern in die Bundesrepublik geflohen und hier mehr oder weniger heimisch geworden sind. Auch Jüdinnen und Juden beantworten die Frage, inwiefern Deutschland für sie Heimat sein kann. Thema der Ausstellung ist auch der Verlust und das Finden einer neuen Heimat.

Autor: SWR

A. Besprechungen (Seiten 319 - 333)

- 01) Das Museum der Zukunft. 43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums. Hrsg. von Schnittpunkt und Joachim Baur. (mit mehrfarb. und SW-Abb.). (Bielefeld) transcript (2020). 313 Seiten. ISBN 978-3-8376-5270-3. € 29,00.



Schnittpunkt.ausstellungstheorie@praxis „ein offenes, transnationales Netzwerk für Akteur*innen sowie Interessierte des Ausstellungs- und Museumsfeldes mit Sitz in Wien“ legt hier – mit ihrem „freien Kurator“ Joachim Baur eine Veröffentlichung über das „Museum der Zukunft“ vor. Wie es im Untertitel heißt, handelt es sich um „43 neue Beiträge zur Diskussion über die Zukunft des Museums“, „neu“ deshalb, weil diese Veröffentlichung Bezug nimmt auf eine gleichnamige Veröffentlichung von Gerhard Bott aus dem Jahre 1970.

Die Autoren haben eine durchaus überschaubare fachliche Herkunft: Museumskuratoren, Architekten und Stadtplaner, Ethnologen, Zeitgeschichtler, Historiker, Kunsthistoriker, Museologen, Kunstvermittler, Künstler, ja, auch eine „Stadtsoziologin und Kulturgeographin“ findet sich unter den Autoren. Damit soll augenscheinlich eine gewisse Vielfalt gegeben sein. Allerdings drückt sich das in den vorgestellten Konzepten für ein „Museum der Zukunft“ nicht direkt aus: Konzepte für bestimmte Museumseinrichtungen zur Geschichte und zum geographischen Raum werden nicht entwickelt.

Im Vorwort (Seiten 11 bis 13) erläutern die „Schnittpunkt-Herausgeber“ die Idee des Buches: „das Anliegen der historischen Publikation genau 50 Jahre nach ihrem Erscheinen reflektierend zu wiederholen ... aus der Museumspraxis verschiedener Sparten sowie aus Theorie, Bildung, Kunst und Architektur. Die Beiträge sind konkrete Visionen oder entworfenen Utopien eines Museums der Zukunft“ (Seite 11). Und weiter heißt es im Vorwort: „1970 war Optimismus, ja, Utopie. 2020 ist Neoliberalismus, Klimawandel und Corona. Ist die ‚Zukunft‘ damit obsolet geworden oder restlos dystopisch mutiert? Ja und nein. Sie ist auf jeden Fall fragwürdig geworden. Ein Buch / über ‚Das Museum der Zukunft‘ muss sich insofern fragen, von wo aus es spricht, wie es sich und seinen Gegenstand verortet, an welcher Kreuzung es steht, welche Richtung es einschlägt oder in welche es unwillkürlich weist“ (Seiten 11/12).

Und die Herausgeber entscheiden: „Dabei gilt es nicht zuletzt, die Rhetorik der Zukunft unter neoliberalen Vorzeichen zu reflektieren. Denn der Neoliberalismus ist ein Meister der Zukunft: Zukunftstechnologien, Zukunftsstrategien, Zukunftsakademien – Zukunftsweisendes steht hoch im Kurs...“ Aber: „Zukunft erscheint ‚als modifiziertes <Weiter so> (Dieter Klein 2019) und das Spiel mit Zukunftsentwürfen nicht selten als Strategie der Entsicherung erkämpfter Rechte“ (Seite 12).

Die Herausgeber offenbaren im Vorwort abschließend (Seite 13): „Das Ergebnis, das Sie in den Händen halten, ist dementsprechend von den Perspektiven und Netzwerken seiner Herausgeber*innen geprägt. Es ist – wie es der Band von 1970 rückblickend zeigt – eine Sammlung, die den Stand, die Trends und Themen des aktuellen kritischen Museumsdiskurses abbildet, aber mindestens ebenso viel über die Ein- und Ausschlüsse in den Perspektiven seiner Macher*innen erzählt. Wir haben bewusst keine Kriterien in unserer Einladungspolitik definiert, sondern Beiträge von Autor*innen, Künstler*innen und Gestalter*innen angefragt, die aus unserer Sicht den Museumsdiskurs voranzutreiben versprechen. Wir haben ihnen Carte blanche gegeben. Natürlich hoffen wir, hier kritische Reflexionen und Anstöße für ein couragiertes Handeln im Museum zu versammeln. Die Entscheidung darüber, inwieweit dies aber nur ein sehr kleines und eingeschränktes Feld ist, und was uns dabei nicht in den Blick geraten ist, können wir nur Ihnen, unseren Leser*innen der Gegenwart und Zukunft überlassen“.

Nach dem Titelbild der Veröffentlichung von Gerhard Bott im Jahre 1970 (als Seite 14) äußern sich „Schnittpunkt“-Akteurinnen zum Thema „Das Museum der Zukunft“. Mit einem Zitat (Paul Jesberg 1970) leiten sie den Beitrag ein: „Das Museum des 19. Jahrhunderts ist tot“. Die Autorinnen wollen sich dem Thema des „Museums der Zukunft“ von seiner Geschichte her annähern, um in einem zweiten Teil darauf aufbauend, „über ihre mögliche Aktualisierung nachzudenken“. Und weiter heißt es: „Vor dem Hintergrund unserer heutigen neoliberalen Welt und ihren Imperativen von ‚Fluidität‘ und ‚permanenter Veränderung‘, schlagen wir dann in einem dritten Teil vor, ein Para-Museum

zu denken: Das Para-Museum ist gleichermaßen mit der Institution wie mit einem Außen, gleichermaßen mit dem Potential des Museums für Kontinuität und Wan- / del wie mit sozialen Bewegungen außerhalb des Museums verbunden. Diese komplizierte Beziehung, die weder gegen das Museum ist, noch völlig von ihm definiert wird, lässt sich mit dem griechischen Präfix ‚para-‘ beschreiben, das ‚nebenher‘ ebenso wie ‚darüber hinaus‘... bedeutet“ (Seiten 17/18). Und so gliedert sich der Beitrag (Seiten 17 bis 31) in folgende Kapitel: „I. Das Museum der Zukunft der 1960er und 1970er Jahre – Wessen Zukunft - Das aktivierende Museum; II. Die Zukunft von Heute, III. Para-Museum“. Diesen wie auch die folgenden 44 (!) Beiträge begleitet jeweils ein umfangreicher wissenschaftlicher Apparat in Form von Anmerkungen mit Quellen- und Literaturhinweisen.

Den Beitrag von Joachim Baur, „Das Museum der Zukunft. Ansätze einer Archäologie“ (Seiten 281 bis 296), habe ich mit besonderem Vergnügen gelesen. Es ist eine Reise durch die Zeit, beginnend im Jahr 1895, zugleich das Jahr 800.000 des britischen Autors H.G. Wells, und es geht weiter zum Jahr 1889, zur Zukunft um 1890, zu 1906, zu 1933 und ins Jahr 2020. Seine seinen Beitrag abschließenden 47 Fragmente fassen Ideen aller Beiträge des Bandes stichwortartig zusammen; so führt er am Ende aus: „Die meisten der folgenden Fragmente sind nicht von mir erdacht. Ich entlehne und collagiere sie ungefragt in der Reihenfolge ihres Auftretens aus sämtlichen Beiträgen dieses Bandes“ (Anmerkung 35 auf der Seite 296).

Von den genannten 43 Beiträgen sind 19 in Englisch. Eine durchgängig Deutsch oder/und Englisch verfasste Veröffentlichung würde sicherlich einer breiten Leserschaft entgegenkommen, auch ein Zitat in französischer Sprache (Seite 30) wird nicht jeder Leser aufnehmen können. Schade! Den Museologen bekannte englisch- und anderssprachige Fachbegriffe könnten in einem Glossar versammelt werden. Apropos Sprache. Gendersprache und weitere sprachliche Holpre erschweren die Lesbarkeit. Auch das ist sehr schade!

Das weltweite Netz wurde oft als Quelle genutzt. Es ist bekannt, dass solche Quellen ständigen Veränderungen unterlaufen sind, d.h. in der nächsten Minute kann ein völlig veränderter Text bestehen. Ein Graus für wissenschaftliche Quellenarbeit. Teilweise kann hier die Angabe der Zeit – genaue Tages- und Uhrzeit-Angabe helfen -, leider wurde nicht immer so verfahren.

Ein häufig genannter Begriff in den Beiträgen ist der der „Partizipation“, also der Beteiligung auch der Nutzer an den Museumskonzepten, hoffentlich - wie auch bei einem von Kindern bestimmten Museum – mit Entscheidungsmöglichkeit ausgebildeter Fachkräfte, bei allem gegenwärtigen (und künftigen?) Mangel an deroselben. Das Fehlen der ostdeutschen Landesmuseen wie auch ähnlicher Einrichtungen für andere Landschaften

macht sich auch dadurch bemerkbar, dass die inhaltliche Breite einer ganzen, abgegrenzten Landschaft leider nicht betrachtet wird, von musealen Einrichtungen also, die in der Gegenwart ihre Aufgaben nicht zufriedenstellend erfüllen können, weil sie finanziell und personell den sie erwartenden Aufgaben nicht gewachsen sind. Sollte das in anderen Museen anders sein? Hier könnten aber die ostdeutschen Landesmuseen als Vertreter dieser besonderen Einrichtungsgruppe selbst aktiv werden, sie könnten in Kongressen oder eben in solchen Veröffentlichungen „die Zukunft der ostdeutschen Landesmuseen“ thematisieren. Und sie könnten darüber befinden, dass die aktuelle Nutzung des Hohenzollernschlosses in Berlin, das sogenannte Humboldt-Forum, mit Sammlungen zu Kulturen weltweit, besser mit den Sammlungen der ostdeutschen und anderen Vertreibungsgebiete von Deutschen hätte gefüllt werden sollen!

Am Schluss des Bandes werden die Autoren der Beiträge in ihren wissenschaftlichen Wegen vorgestellt (Seiten 297 bis 312). Der Rezensent fände es vorteilhaft, wenn diesen das Geburtsjahr hinzugefügt werden würde, bei dargestellten wissenschaftlichen Tätigkeiten wäre eine zeitliche Eingliederung ebenfalls sinnvoll. Die Angabe eines MAIL-Kontos bei den einzelnen Autoren könnte den wissenschaftlichen Diskurs mit den Lesern fördern.

In den hier vorgelegten Beiträgen ist eine Fülle von Ideen und Themen angesprochen worden. Vielleicht sollte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, diese Thematik des „Museums der Zukunft“ in weniger langen Abständen wie den 50 Jahren zwischen der Veröffentlichung von Gerhard Bott (1970) und dem hier vorliegenden Band in einem breiten Leser- und Interessentenkreis auf Fachtagungen und im weltweiten Netz zu diskutieren. Dem Verlag, den Autoren, den Mitarbeitern im Hintergrund u.a.m. ist für diese Veröffentlichung zu danken. Unsere Museumslandschaft kann ein bedeutender Bildungsfaktor sein!

Die Themen der einzelnen Beiträge sind hier nach dem Inhaltsverzeichnis zusammengefasst:

Inhalt

Vorwort der Herausgeber*innen	11
--------------------------------------------	----

Das Museum der Zukunft

<i>Martina Griesser-Stermscheg, Christina Haupt-Stummer, Renate Höllwart, Beatrice Jaschke, Monika Sommer, Nora Sternfeld und Luisa Zija</i>	17
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	----

Alles wird gut

<i>Ateller Wunderkammer, Angelika Höckner und Gerald Moser</i>	32
----------------------------------------------------------------------	----

Project Phalanstère or Score for a De-individualized Museum

<i>Pierre Bal-Blanc</i>	41
-------------------------------	----

Being Together

The Museum of the Future in a State of Exception <i>Nait Banai</i>	49
-----------------------------------------------------------------------------	----

Corpus (non) delicti

Über Distanz und Nähe im Museum der Zukunft <i>Sonja Baeck und Detlef Weltz</i>	53
------------------------------------------------------------------------------------------	----

Zurück in die Gegenwart

<i>Matthias Beitzl</i>	57
------------------------------	----

Museum in Bewegung

<i>Martina Berger</i>	62
-----------------------------	----

Free Your Mind

A Speculative Review of #NewMoMA <i>Claire Bishop and Nikki Columbus</i>	69
-----------------------------------------------------------------------------------	----

Museum und Gefühle

<i>Angela Jannelli</i>	151
------------------------------	-----

Die Krise als Chance für das Museum historischer Kunst

<i>Alexis Jaachimides</i>	155
---------------------------------	-----

The Right to Imagine

<i>Monica Juneja</i>	161
----------------------------	-----

Enjoy!

<i>Eva Kudraň</i>	167
-------------------------	-----

Para-Infrastructures

Spatializing the Future of Museums <i>Friederike Landau</i>	173
----------------------------------------------------------------------	-----

Sechs Museumsträume

<i>Ulrike Lorenz</i>	179
----------------------------	-----

Re: Worlding the Museum

Or, the Museum for Possible Futures <i>Sharon Macdonald</i>	183
----------------------------------------------------------------------	-----

The Shape of Museums to Come

<i>Ali Akbar Mehta</i>	189
------------------------------	-----

auf...hören:

Plädoyer für einen Hiatus <i>Carmen Mörsch</i>	195
---------------------------------------------------------	-----

Das Kunstwerk als mobiler Agent

<i>Vanessa Joan Müller</i>	203
----------------------------------	-----

Ungewiss

<i>Roswitha Muttenthaler</i>	207
------------------------------------	-----

Future, What Future?

<i>Robin Boast</i>	79
--------------------------	----

Ein Blick zurück in die Zukunft

<i>Dieter Bognor</i>	85
----------------------------	----

Die Geburt des Museums der Migration

<i>Ljubomir Bratić</i>	93
------------------------------	----

Museums of the Future

Between Promise and Damnation <i>Mela Dávila-Freire</i>	105
------------------------------------------------------------------	-----

Das Humboldt Forum – offen und nie fertig

<i>Lavinia Frey</i>	109
---------------------------	-----

The Museum of the Future

A View from the South Pacific <i>David Gaimster</i>	115
--------------------------------------------------------------	-----

Zeitreisen ins postmigrantische Museum

<i>Manuel Gogas</i>	123
---------------------------	-----

Das Museum der Zukunft als Zukunft aus urbanistischer Perspektive

<i>Gabu Heindl</i>	129
--------------------------	-----

Die Zukunft des Museums

Zwei Bilder <i>Manika Holzer-Kernbichler</i>	133
-------------------------------------------------------	-----

Museen der Zukunft jenen, die die Zukunft gestalten werden

<i>Claudia Hummel</i>	140
-----------------------------	-----

Museum am Mond

<i>Barbara Imhof und René Wacławicek</i>	145
------------------------------------------------	-----

The Promise

<i>Paul O'Neill</i>	212
---------------------------	-----

The Village Square Museum

<i>Iheanyi Onwuegbucha</i>	215
----------------------------------	-----

Zeithistorische Museen zwischen Dekonstruktion und autoritärem Backlash

<i>Ljiljana Radonić</i>	219
-------------------------------	-----

On How Not to Accelerate in Reverse Gear

Or, the Museum's Troubled Futurity, Considered <i>Raqs Media Collective</i>	223
--------------------------------------------------------------------------------------	-----

The Right of Vagrancy

<i>Laurence Rassel</i>	227
------------------------------	-----

Chronoclasms

<i>João Ribas</i>	231
-------------------------	-----

In Place of Denial

The Skills of Honoring Difference and Disagreement <i>Jette Sandahl</i>	235
----------------------------------------------------------------------------------	-----

The Other Place, Another Time

<i>Avni Sethi</i>	241
-------------------------	-----

Fast-forwarding into the Past

Sacred Objects, Indian Museums, and a Crumbling Secularism <i>Kavita Singh</i>	245
-----------------------------------------------------------------------------------------	-----

female extension

<i>Cornelia Sollfrank</i>	251
---------------------------------	-----

musées de futur

<i>Toledo / Dertschel</i>	259
---------------------------------	-----

Museum of the Living Present	
<i>Françoise Vergès</i>	267
Das Museum der Zukunft ist auch nicht mehr das, was es mal war	
Zur Zeitlichkeit im Museum	
<i>Friedrich von Bose</i>	269
Display it!	
Das Museum der Zukunft in der Warteschleife	
<i>Susanne Wernsing</i>	275
Das Museum der Zukunft	
Ansätze einer Archäologie	
<i>Joachim Baur</i>	281
Biografien der Autor*innen	287
Dank	313

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

02) „Zustände und Gebräuche“ in Königsberg und Berlin im frühen 19. Jahrhundert. Aus den Aufzeichnungen des Königsberger Regierungsrats Karl Heinrich Bartisius. (23 Abb., davon zwei vierfarbige). Herausgegeben, illustriert und mit einem einführenden Vorwort versehen von Gerhard E. Feurle. (Norderstedt: Book on Demand 2021). 313 Seiten. ISBN 978-3-7334-9372-5. € 29,99 (gebunden), € 12,99 (E-Book).

GERHARD E. FEURLE



„Zustände und Gebräuche“
in Königsberg und Berlin
im frühen 19. Jahrhundert

*Aus den Aufzeichnungen
des Königsberger Regierungsrats
Karl Heinrich Bartisius*

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts erschienen etliche populäre Erinnerungswerke, die aus dem Abstand einiger Jahrzehnte den Wandel des städtischen Lebens in Berlin beschrieben: den Wandel von der beschaulichen brandenburgisch-preußischen Residenzstadt hin zur modernen Großstadt, der mit dem Aufstieg Preußens nach seinem Sieg im Deutschen Krieg (1866) und mit der von Bismarck betriebenen Gründung des Norddeutschen Bundes (1867) begann und sich nach der Reichsgründung 1871 rasant fortsetzte.¹ Ähnliches beabsichtigte etwa ein halbes Jahrhundert früher der Regierungsrat Karl Heinrich Bartisius (1798-1866) für die Geschichte seiner Vaterstadt Königsberg mit seinen zu Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts verfaßten Erinnerungen, die mit dem hier zu besprechenden Werk erstmals veröffentlicht wurden. Er will anhand der Schilderung einzelner ihm in Erinnerung gebliebener Elemente des städtischen Lebens den jungen Leuten seiner Zeit aufzeigen, „wie es vor 50 Jahren in Königsberg ausgesehen“ (S. 40) und wieviel sich seitdem verändert habe. Allerdings ist Bartisius die nostalgische Stimmung, die einen großen Teil der Schriften über „Alt-Berlin“ bis heute beherrscht, vollkommen fremd. Seine Schilderungen sind, unbeschadet aller anschaulichen Konkretheit und Lebendigkeit, doch eher von einer wissenschaftlich-nüchternen, um Objektivität bemühten Haltung geprägt. Sehr interessant ist in dieser Hinsicht die von ihm am Schluß seiner einführenden Bemerkungen vorgenommene Betonung der sozialen Perspektive, aus der seine Erinnerungen geschrieben worden seien: Er habe nämlich „vornehmlich den mittleren Bürgerstände [!] im Auge [...], weil ich, aus ihm hervorgegangen, ihn am besten kenne“ (S. 40). Des Bartisius Vater Gottfried Bartisius, Königsberger Kanzleiverwandter und nebenher Gewerbetreibender, anscheinend nicht unvermögend, starb 1803, als Karl Heinrich erst fünf Jahre alt war. Etwa drei Monate später heiratete seine Mutter den Brauereibesitzer Johann Theodor Krumbholz (1758-1825). Des Bartisius Erinnerungen ist klar zu entnehmen, daß er - wie

¹ Beispielfhaft seien genannt: Alexander MEYER: Aus guter alter Zeit. Berliner Bilder und Erinnerungen. Stuttgart, Leipzig 1909; Felix PHILIPPI: Alt-Berlin. Erinnerungen aus der Jugendzeit. 9. Aufl. Berlin 1915; I[sidor] KASTAN: Berlin wie es war. 2. Aufl. Berlin o.J. [1919].

auch seine Geschwister - seine Kindheit und Jugendzeit in eher großbürgerlicher Wohlhabenheit verbrachte und sein Stiefvater bzw. nach dessen Tode seine Mutter ihm ohne weiteres das Studium, eine dieses abschließende ausgedehnte Italienreise und auch die lange Ausbildungszeit bis zum Eintritt in den Staatsdienst zu finanzieren in der Lage waren.

Bartisius wurde am 1.1.1798 geboren, besuchte sechs Jahre, von 1811 bis zum Abitur 1817, das Friedrichskollegium, das angesehenste Königsberger Gymnasium, studierte 1817-1820 an der Albertina Kameralistik, absolvierte nach einem mehrjährigen Referendariat in Königsberg im Februar 1827 in Berlin das Examen zur Aufnahme in den höheren Staatsdienst und wurde im Januar 1830 zum Regierungsrat in Königsberg ernannt. Als solcher fungierte er bis zu seiner vorzeitigen Pensionierung im Jahre 1852 aufgrund seiner Erblindung im Amt eines Stadtrates und Dezernenten für das Schulwesen. Im Jahr seiner Ernennung zum Regierungsrat heiratete Bartisius Ida Julia, geb. Hamilton (1809-1858), mit der er sechs Kinder hatte.

Das von dem Herausgeber für die vorliegende Ausgabe transkribierte Manuskript, von dem erblindeten Autor im Alter von 62 Jahren (s. den Hinweis auf S. 216) einem oder mehreren „Knaben, die [er sich] deshalb hielt“ (S. 20) in die Feder diktiert, stammt aus dem Besitz einer Nachfahrin der Familie Bartisius und wurde dem Herausgeber nebst weiteren fünf Manuskripten bisher unveröffentlichter Schriften aus dem Nachlaß des Bartisius (zusammengestellt S. 265-267) testamentarisch übereignet, wie aus der „Danksagung“ am Schluß des Bandes (S. 311) zu entnehmen ist. Unter jenen fünf Manuskripten befinden sich, neben zweien mit Aufzeichnungen zu diversen Themen, zwei Tagebücher von Reisen durch Deutschland, Italien und die Schweiz im Jahre 1827 sowie ein Stammbuch mit Einträgen u.a. von Familienmitgliedern und Freunden aus den Jahren 1810-1827. Der Herausgeber verwendet für das Stammbuch die Bezeichnung „Poesiealbum“ (S. 263 u. 265) – was nicht ganz falsch ist, da es sich bei dem, was man heute unter einem Poesiealbum versteht, tatsächlich um einen Ableger des alten Stammbuches handelt. Bei Stammbüchern des 19. Jahrhunderts sollte man aber doch bei dem hergebrachten, in der Literaturwissenschaft üblichen, auch von Bartisius selber (S. 135) verwendeten Terminus bleiben.

Das Manuskript, das Gegenstand vorliegender Publikation ist, trägt den Titel „Zustände und Gebräuche in der Stadt Königsberg zu Anfang des 19^{ten} Jahrhunderts“ (S. 266), obwohl es eigentlich viel mehr bietet, nämlich über den hiermit angezeigten Stoff hinaus eine Autobiographie des Autors bis zu seiner Aufnahme in den Staatsdienst. Daß der Herausgeber diesen Titel für seine Publikation auf Berlin ausgedehnt hat, erklärt sich daraus, daß Bartisius den seine Reisen betreffenden Schlußkapiteln seiner Erinnerungen noch drei Kapitel angehängt hat, die auf Erlebnisse während seines Berlin-Aufenthalts vom Herbst 1826 bis zum April 1827 aus Anlaß seines Staatsexamens zurückgehen. Das erste dieser drei Kapitel („Die Königsfamilie im Jahre 1826“, S. 230-239) enthält Betrachtungen und anekdotenhafte Mitteilungen über König Friedrich Wilhelm III., seinen Nachfolger Friedrich Wilhelm IV. und einige königliche Verwandte, darunter die zur Fürstin von Liegnitz erhobene Gräfin Auguste von Harrach, mit der Friedrich Wilhelm III. 1824 eine morganatische Ehe eingegangen war. In den beiden anderen Kapiteln schildert Bartisius seine Theater- und Opernerlebnisse in Berlin im Winter 1826/27, durch die seine in Königsberg nicht so recht befriedigte Theaterbegeisterung volles Genüge fand (S. 240-263); eines der beiden ist der damals berühmten Sängerin Henriette Sontag (für die Berliner „die göttliche Jette“) gewidmet. Diese drei Berliner Kapitel sind nicht weniger lesenswert als alles, was mit Königsberg und der Biographie des Autors zu tun hat, insbesondere die letzten beiden sind eine interessante, lebendige Quelle für das Berliner Theaterleben der Zeit, aber doch für den Zusammenhang des Ganzen eher von untergeordneter Bedeutung.

Bartisius beginnt seine Ausführungen über das alte Königsberg mit Schilderungen des Stadtbildes, der Straßenverhältnisse, der Beleuchtung der Straßen und der Funktion des Nachtwächters. Es folgen dann Hinweise auf Herkunft und Zusammensetzung der Einwohnerschaft, das unter ihnen dominierende Plattdeutsch sowie auf Mode, Kleidungsgewohnheiten und das Privatleben der dem Bürgerstande angehörenden Königsberger, vor allem im Hinblick auf Formen der Geselligkeit (Abend- und Tanzgesellschaften). Darauf folgen Ausführungen über die noch streng patriarchalisch-obrigkeitsstaatlichen Kommunalverhältnisse, die strenge Zunftordnung und die Gliederung der

Bürgerschaft in zwei Klassen: die der Großbürger, die sich aus Kaufleuten und Brauern zusammensetzte, und die der Kleinbürger, unter denen alle sonstigen Gewerbetreibenden zu verstehen seien. Die folgenden Abschnitte gelten dem Handel Königsbergs, den Handelswegen auf Wasserstraßen, den öffentlichen bürgerlichen Vergnügungsstätten, dem Zeitungswesen der Stadt und ihrem Bildungsstand, der nach Meinung des Verfassers „nur ein ziemlich mäßiger genannt werden [konnte]“ (S. 65). Die Universität habe sich nach dem Ende der Lehrtätigkeit Kants in einer Phase des Niedergangs befunden, und die „Schulen zeigten überall Verkommenheit“ (S. 65). Sehr ausführlich (S. 66-70) beschreibt Bartisius sodann die Geldverhältnisse im alten Königsberg, vor allem die dort gängigen Münzen, da es Papiergeld noch nicht gab. Was noch folgt, eine Darstellung der wirtschaftlichen Belastungen der Stadt durch die französische Besetzung seit Juli 1807 und die Kontinentalsperre sowie den großen Brand 1811 (S. 71-81), ist vom Herausgeber lt. Hinweis auf S. 71, Anm. 64, einer anderen Handschrift des Bartisius entnommen, betitelt: „Erlebnisse und Wahrnehmungen. Aus Erinnerungen und nach früheren Aufzeichnungen, angefangen im Jahre 1860“ (S. 266).² Hiermit ist eigentlich die mit der Hauptüberschrift angekündigte Darstellung der Zustände und Gebräuche in Königsberg zu Beginn des Jahrhunderts schon an ihr Ende gelangt, denn die nun folgenden elf Kapitel sind, wie schon erwähnt, durchweg autobiographischen Charakters, obgleich darin auch vieles Stadtgeschichtliche nebenher mitgeteilt wird. So erfährt man z.B. einiges über die Verhältnisse bei der städtischen Feuerwehr anlässlich der Schilderung des Brandes des elterlichen Hauses im Löbenicht im Jahre 1819 (S. 154-165). Das Kapitel, mit dem der autobiographische Teil beginnt („Die wiederkehrenden Freudentage der Kinder im Krumbholz'schen Hause“, S. 85-94) enthält auch eine ausführliche Schilderung der Jahrmärkte in Königsberg und allgemeine Informationen darüber, wie man in den bürgerlichen Kreisen der Stadt Geburtstage und Weihnachten feierte. Nachdem ich das ganze Werk nebst den Mitteilungen des Herausgebers zur gesamten handschriftlichen Überlieferung gelesen hatte, verfestigte sich in mir zunehmend der Eindruck, daß des Bartisius zentrales Interesse autobiographischer Art war und die Schilderung der städtischen Verhältnisse um 1800, ungeachtet ihres großen Umfangs, nur als Einführung zu seiner Lebensbeschreibung gedacht war.

Die auf das Kapitel über Kinderfreuden im alten Königsberg folgenden Kapitel entsprechen den Stationen seines Werdegangs von der frühen Schulzeit bis zum Abschluß seiner beruflichen Ausbildung mit dem Staatsexamen in Berlin 1827 und der darauf folgenden Italienreise. In dem ersten Kapitel dieser Serie, überschrieben „Die Schulzeit“ (S. 95-127), schildert er seine schulische Laufbahn, beginnend mit der Elementarschule in der Poststraße. Nach dem Umzug der Eltern in ihr neu erworbenes Haus im Löbenicht erfolgte 1804 der Übergang in die „Kirchschule des königl. großen Hospitals“ (S. 97), kurz darauf in die „benachbarte Lateinische Schule des Löbenicht“ (S. 98). Da dieser Schule im Gefolge der Humboldtschen Reformen des Jahres 1809 die Herabstufung zur Bürgerschule bevorstand, womit sie ihre Berechtigung verloren hätte, ihre Schüler auf den Universitätsbesuch vorzubereiten, wurde Bartisius von seinen Eltern 1811, mit dreizehn Jahren, in das Collegium Fridericianum geschickt, das im Jahr zuvor als neuhumanistisches Gymnasium im Sinne der Schulreform Wilhelm von Humboldts neubegründet worden war und dessen Leitung seitdem für mehr als vier Jahrzehnte der herausragende Schulmann Friedrich August Gotthold (1778-1858) innehatte. Hier legte Bartisius 1817 das Abitur ab. Dieses Schulkapitel gehört mit seinen eingehenden Schilderungen des Schulbetriebs, den Porträts einzelner Lehrerpersönlichkeiten und den Mitteilungen über Inhalte und Verfahrensweisen in den angebotenen Unterrichtsfächern zu den kulturgeschichtlich ergiebigsten des ganzen Bandes. Dankenswerterweise hat der Herausgeber das

² Hier ist dem Herausgeber anscheinend ein Versehen unterlaufen. In Anm. 64 auf S. 71 schreibt er, daß besagter Ergänzungstext bis zum Ende des ersten Absatzes auf S. 81 reiche. Nun beginnt aber der sich auf dieser Seite anschließende zweite Absatz so: „Als Beleg zu dem, was über die in der Kontinental-Zeit gesteigerten Preise und über die Entwerthung der Scheidemünze gesagt worden ist, mag eine Abschrift des unterm 29. April öffentlich bekannt gemachten Preis-Courant's dienen.“ Damit wird auf zwei Themen des eingefügten Ergänzungstextes Bezug genommen, so daß dieser also weiter reichen muß, nämlich bis zum Ende der das Kapitel beschließenden Preisliste.

Kapitel durch Einfügung des Lehrplans des Friedrichkollegiums in den Jahren 1814-1818 (S. 105-107), entnommen einer Schrift Gottholds, sinnvoll ergänzt.

Schwerpunkt des Kapitels über die drei offenbar sehr glücklichen Jahre des Studiums der Kameralistik an der Albertina („Studenten-Jahre“, S. 127-154) bildet des Verfassers Engagement in der Burschenschaft, deren freiheitlichen Idealen er sein Leben lang treu geblieben ist, wie verschiedenen Bemerkungen innerhalb der Autobiographie zu entnehmen ist. Neben den Schilderungen seiner Erlebnisse in der Burschenschaft nehmen Charakteristiken seiner akademischen Lehrer den größten Raum ein. – Im ersten Jahr seines Studiums hatte Bartisius nebenher für ein Dreivierteljahr den obligatorischen Militärdienst abzuleisten, den er mit der Beförderung zum Unteroffizier abschloß. Über die damit zusammenhängenden lebensgeschichtlichen Fakten und sonstige geringfügige Berührungen mit dem Militärwesen, für das er „von jeher keinen rechten Sinn gehabt“ habe (S. 165), berichtet Bartisius in einem eigenen Kapitel („Soldatisches“, S. 165-175).

Die letzten drei Kapitel vor den schon besprochenen abschließenden Kapiteln zu dem Berlin-Aufenthalt 1826/27 handeln von seinen sich über ca. sieben Jahre erstreckenden Vorbereitungen auf den Staatsdienst, die er, abgesehen von einem landwirtschaftlichen Praktikum bei dem Pächter der Domäne Brandenburg am Frischen Haff, dem Amtsrat Ferdinand Leopold Hamilton, seinem künftigen Schwiegervater, als Referendar in Königsberg absolvierte, sowie von seinen Reisen (S. 189-215). Unter den Reiseschilderungen nehmen diejenigen, die der lange ersehnten Italienreise gewidmet sind, einen großen Raum ein. So interessant diese auch sein mögen, so werden bei den Lesern vorliegenden Buches doch die mit vielen topographischen Detailinformationen ausgestatteten Beschreibungen etlicher kleiner Reisen und Wanderungen durch die Regionen nördlich und südlich von Königsberg (Samland und Ermland) oder die Schilderung einer Fußwanderung nach Danzig größeres Interesse beanspruchen können. Einen besonderen, den am persönlichsten gehaltenen Teil der Reiseerinnerungen bildet das sich anschließende Kapitel „Vier erhebende Momente“ (S. 216-229), in dem der Autor die tiefen seelischen und religiösen Empfindungen schildert, die nach der Besteigung von vier Bergen (darunter der Hausenberg im Samland) die Ausblicke in die umgebende Landschaft in ihm hervorriefen.

Der Herausgeber hat in die laufende Darstellung des Bartisius einige teils historisch vertiefende und erläuternde oder auch illustrierende, zur Abhebung vom Originaltext mit grauem Raster unterlegte Textstücke eingefügt – drei davon aus Band 2 von Gauses Geschichte der Stadt Königsberg³, alles andere größtenteils aus historischen Quellen.

Ein über alle Kapitel hinweg durchgezählter Anmerkungsapparat bietet zahlreiche nützliche Erläuterungen, vor allem personengeschichtlicher Art, zum laufenden Originaltext.⁴ Deren Benutzung wird leider dadurch etwas erschwert, daß bei Literaturhinweisen nie der Titel, auch nicht in Kurzform, sondern immer nur der Name des Autors angegeben wird und einschlägige Seitenverweise für die beigezogenen Schriften nur im Literaturverzeichnis zu finden sind. Sonderbarerweise werden alle Namen in den Anmerkungen, auch die der historischen Personen, zu denen Erläuterungen gegeben werden, immer mit vorangestelltem Zunamen, wie in einer alphabetischen Auflistung, aufgeführt. Dies sowie manche anderen formalen Auffälligkeiten in dem ganzen Band deuten darauf hin, daß der Herausgeber, von Beruf Mediziner, mit den Gestaltungsweisen in geisteswissenschaftlichen Publikationen nicht so recht vertraut war.

³ Fritz GAUSE: Die Geschichte der Stadt Königsberg. Bd. 2. Köln, Graz 1968.

⁴ Mit Sach- und Worterklärungen ist der Herausgeber eher sparsam verfahren. Z.B. vermisste ich eine Erläuterung zu ‚Littauischer Baum‘ (S. 58/59), ‚Pauper-Haus‘ (S. 91) oder zu dem sonderbaren Wort ‚Gern-Besuch‘ (S. 63), hinter dem allerdings auch ein Lesefehler stecken könnte. – Zu dem Verb ‚miefen‘ auf S. 254, mit dem, wie der Herausgeber ebd., Anm. 255, richtig angibt, damals das Winseln oder Jammern von Hunden bezeichnet wurde, wird als Nachweis für diese Erläuterung sonderbarerweise auf ein hier völlig belangloses Werk zur Tierhomöopathie von Christiane P. Krüger (S. 276) verwiesen. Sachgerecht wäre hier ein Hinweis auf Erhard RIEMANN, Ulrich TOLKSDORF: Preussisches Wörterbuch. Bd. 3. Neumünster 1989, Sp. 1246.

Die Transkription der Handschrift erfolgte in diplomatischer Wiedergabe, abgesehen von der stillschweigenden Verbesserung einiger grober Schreibfehler. Insgesamt scheint die Wiedergabe des Originaltextes, abgesehen von kleinen Tippfehlern, wie z.B. „Haisenhauses“ (S. 120) statt „Waisenhauses“ oder „Claveciens“ (S. 54) statt „Clavecins“, im Großen und Ganzen plausibel, wenn sich auch ein endgültiges Urteil erst nach einem sorgfältigen Vergleich mit der Handschrift fällen ließe. Gewichtigere grobe Fehler der Textwiedergabe sind mir nur an einer Stelle des ganzen Werkes, im ersten Satz des Kapitels „Die Königsfamilie im Jahre 1826“ aufgefallen. Dieser lautet wie folgt: „Die Erfahrung, nach welcher uns häufig das im Augenschein genommene Interesse und die fernstehende Höhen, mit dem sie umgeben sind, Tiefen sich auszugleichen scheinen, bewährt sich auch darin, daß die Bewohner der Residenz der Landesherrn und dessen Angehörigen nicht mehr so ungewöhnlich erhaben vorkommen, als den entferntlebenden Personen in der Provinz.“ (S. 230) Sollte die Handschrift wirklich diesen unverständlichen Text bieten, wäre ein besserndes Eingreifen des Herausgebers oder doch wenigstens eine textkritische Notiz zur Information des Lesers angezeigt gewesen. Immerhin ist klar, daß wenigstens der Konsekutivsatz in sinnvoller Wiedergabe so zu lauten hätte: „daß den Bewohnern der Residenz der Landesherr und dessen Angehörige [...]“ – Fehlerhaft transkribiert ist mit Sicherheit die Apposition „einem Manne“ in dem folgenden Satz: „Von den Lehrern habe ich zunächst des Direktors Gotthold zu erwähnen, einem Manne, welcher der Kern der Anstalt war [...]“ (S. 110) Hier steht in der Handschrift ganz bestimmt der grammatisch geforderte Genitiv „eines Mannes“ und nicht der falsche Dativ, auf den heutzutage gern aus Mangel an sprachlicher Schulung zurückgegriffen wird. – Ein grober, nur durch Einsicht in die Handschrift zu behebender Transkriptionsfehler ist das Wort „Ernst“ im folgenden Nebensatz auf S. 193: „da ich im Jahre 1811 die Ernst Lateinische Schule mit dem neu eingerichteten Friedrichs-Collegio vertauschte“. – Statt „Königl. Bühne“ (S. 261, Z. 17) steht in der Handschrift sicher „Königst. Bühne“, denn hier ist die Rede vom Berliner Königstädtischen Theater, wo Henriette Sontag engagiert war. – Im vorvorletzten Vers des Gedichts auf S. 205 ist statt „rechter Bau“ wohl eher „vester [= fester] Bau“ zu lesen, wie aus der auf S. 204 abgebildeten Handschrift zu ersehen ist.

Auf ein vom Herausgeber offenbar übersehenes Überlieferungsproblem deuten die beiden insofern eigentlich kommentierungsbedürftigen Sätze am Anfang des Kapitels „Die Schulzeit“ hin. Diese lauten: „Aus meiner Kinderzeit habe ich wenig mitzuteilen. Schon im Anfange dieser Darstellung sah ich mich zu der Klage veranlasst, daß mir aus dieser Zeit alle Erinnerungen fehlen, und was ich aus ihr weiß, ist mir nur von Andern mitgeteilt worden.“ (S. 95) Das Problem ist, daß sich eine Stelle dieser Art „im Anfange dieser Darstellung“ und auch sonst in der ganzen Schrift nicht findet – woraus zu schließen ist, daß das Handschriftenkonvolut, das dieser Publikation zugrunde liegt, noch nicht die vom Autor vorgesehene Endfassung seiner Erinnerungen darstellte. Vielleicht findet sich ein Textstück mit der hier vermißten Aussage in dem ebenfalls Erinnerungen zur Familie Bartisius enthaltenden Manuskript „Erlebnisse und Wahrnehmungen“ (Nr. 3 der auf S. 265 f. aufgeführten Bartisius-Handschriften).

Feurle hat seiner Ausgabe eine Einführung vorangestellt, in der er zunächst die wesentlichen Daten zur Biographie seines Autors mitteilt und über die handschriftliche Überlieferung und die Grundsätze der Textredaktion berichtet (S. 9-20). Es folgt ein knapper Überblick über die historische Situation Ostpreußens zu der Zeit, in der des Bartisius Erinnerungswerk beginnt (S. 21-27), danach ein Abschnitt „Zur Herkunft des Namens Bartisius“ (S. 28-31). Als eigenes Kapitel folgt auf die Einführung noch eine Zusammenstellung urkundlicher Einträge zur Familie Bartisius aus zeitgenössischen Quellen (S. 33-37). Mit dem Abschnitt zum Namen Bartisius dokumentiert der Herausgeber seine vergeblichen Versuche, unter historisch beglaubigten Personen des 17./18. Jahrhunderts mit diesem Namen bzw. dessen deutscher Version Bartsch Vorfahren seines Autors ausfindig zu machen. Insoweit bringt dieser Teil der Einführung niemandem einen Gewinn und hätte ohne Schaden für das Ganze auch weggelassen werden können. Absolut unnützlich und abseitig in diesem Zusammenhang, auch als „Kuriosität“ (S. 31), ist der abschließende Hinweis auf einen „Quinctius Partisius“, einen Militär, der im ‚Bellum Alexandrinum‘, einer von einem unbekanntem Autor verfaßten Ergänzung zu Julius Caesars ‚Bellum civile‘, erwähnt wird; die korrekte Namensform in modernen kritischen Ausgaben lautet übrigens „Quintus Patisius“ (Bellum Alexandrinum 34,5).

In dem historischen Überblick seiner Einführung ist Feurle bei der Einfügung eines Zitats aus Band 2 von Gauses Geschichte Königsbergs (s.o, Anm. 3), mit dem (im Zusammenhang mit Angaben zu Bartisius' Vater Gottfried) die bedrängte und hochgefährdete Situation Preußens im Siebenjährigen Krieg dargestellt werden sollte, ein ärgerlicher Mißgriff unterlaufen. Der erste Satz in dem Zitat lautet nämlich: „Nie hat sich Preußen in einer schlimmeren Lage befunden als nach dem Tilsiter Frieden.“ (S. 24). D.h., es geht hier nicht um den Siebenjährigen Krieg, sondern um die Situation Preußens nach der Niederlage gegen Napoleon bei Jena und Auerstedt 1806, die durch den Tilsiter Frieden 1807, von dem Gause auf S. 319 (nicht S. 3!) von Band 2 seines Werkes spricht, bestätigt wurde.

Im Anhang der Ausgabe findet man eine Bibliographie der handschriftlich und im Druck überlieferten Schriften des Bartisius, ein bibliographisch äußerst unzulänglich angelegtes Verzeichnis der vom Herausgeber beigezogenen Literatur⁵, nebst Akten aus dem Preußischen Geheimen Staatsarchiv, Verzeichnisse der Abbildungen und Texteingfügungen, ein Register der Personennamen sowie zwei Textanhänge (A und B). Textanhang A (S. 299 f.) ist eine von Karl Christian Müller 1824 verfaßte Umdichtung des bekannten Studentenliedes ‚Gaudeamus igitur‘, als illustrative Beigabe zu Feurles einführenden Bemerkungen zu des Bartisius Studienzeit (S. 10, Anm. 3). Textanhang B (S. 301-310) bietet den vollständigen Nachdruck einer 1770 in Königsberg erschienenen Schrift von Friedrich Samuel Bock über die Pockenimpfung. Anlaß für diese Beigabe ist des Bartisius Erwähnung seiner eigenen Pockenimpfung auf S. 95 f. Auch wenn dieser Text für die Thematik der Edition nur von ganz peripherer Bedeutung ist, sollte man aus übergeordneter kultur- und medizingeschichtlicher Interessenlage dem Herausgeber für diese Beigabe doch dankbar sein, da von dem Werklein Bocks heute nur noch ein einziges Exemplar (im Besitz der UB Basel) nachweisbar ist.

Mit der Publikation Feurles ist unsere Kenntnis des Alltagslebens in Königsberg um 1800 zweifellos um eine interessante und lesenswerte Quelle bereichert worden. Insoweit ist dem Herausgeber zu danken, daß er den ihm in die Hände gefallenen Text der Öffentlichkeit zugänglich gemacht und offenbar keine Mühe gescheut hat, ihn durch Beigabe zahlreicher Erläuterungen und Zusatztexte für seine Leserschaft zu erschließen. Für wissenschaftliche Zwecke wird das Werk allerdings aufgrund der sowohl bei den editorischen Verfahrensweisen als auch in vielen sachlichen und gestalterischen Details des Buches zutage tretenden methodischen Schwächen nur begrenzt nutzbar sein.

Lothar Mundt

⁵ Abgesehen von der ungleichmäßigen, laienhaften Anlage im Ganzen sind die bibliographischen Angaben oft lückenhaft. Etliche Titel, die übers Internet eingesehen wurden, werden nur mit der Internetadresse oder mit dem Hinweis „Google Book“ zitiert.

03) Konrad Badenheuer: Die Sudetendeutschen. Eine Volksgruppe in Europa. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. (mit rund 400 SW- und vierfarbigen Abbildungen).

(London, Berlin) Verlag Inspiration Un Limited (2021). 144 Seiten.

ISBN 978-3-9451127-339. € 19,90.



Bei diesem Werk handelt es sich, so der Hinweis des Verlages, um „Nachdruck des Buches ‚Die Sudetendeutschen – eine Volksgruppe in Europa‘ (Autor: Konrad Badenheuer), 3. Auflage 2010, ISBN 978-3-00-021603-9. Dieses Werk wurde in seinen drei Auflagen von 2007 bis 2010 vom Sudetendeutschen Rat in München herausgegeben und verlegt als Katalog zur gleichnamigen Ausstellung, mit Förderung durch die Bundesrepublik Deutschland, den Freistaat Bayern und die Sudetendeutsche Stiftung. Der Nachdruck ist bis auf einige wenige Korrekturen und Aktualisierungen unverändert...“

Der Inhalt gliedert sich wie folgt: Grußwort (nicht Grußworte, denn es handelt sich nur um eines, von Albrecht Schläger, Sudetendeutscher Rat, Generalsekretär 2006-2014) auf Seite 8, auf Seite 9 gefolgt vom Vorwort des Autors Konrad Badenheuer und zwei weitere Seiten „Gesichter einer Volksgruppe“, dann die Hauptteile: Kapitel I Von den Anfängen bis ins 19. Jahrhundert (Seiten 13-20, mit 8 Themen), Kapitel II Von 1848 bis zum Ersten Weltkrieg (S. 22-30, 9 Themen), Kapitel III 1915 bis 1919: Entscheidende Weichenstellungen (S. 32-50, 18 Themen), IV. Minderheit in der Tschechoslowakei (1919-1938) (S. 52-67, 16 Themen), Kapitel V Drittes Reich, Zweiter Weltkrieg und Vorbereitung der Vertreibung (1938-1945) (S. 69-76, 8 Themen), Kapitel VI Sudetendeutsche ohne Heimat, Tschechen ohne Freiheit (1945-1948) (S.78-88, 10 Themen), Kapitel VII Die Sudetendeutschen außerhalb ihrer versklavten Heimat (1948-1989) (S. 90-112, 23 Themen), Kapitel VIII Der weite Weg zur Gerechtigkeit: Die Volksgruppe seit 1989 (S. 114-129, 16 Themen); es folgen Personenregister (S. 131-132), Orts- und Sachregister (S. 133-139) und Auswahlbibliographie (S. 140-142) und dann ein - im Inhaltsverzeichnis nicht angegebener Bildnachweis (S. 143-144) sowie – auf Seite 144 - Hinweise auf Lektorat und wissenschaftliche Beratung wie auch Korrekturhinweis,

Albrecht Schläger schildert (S. 8) den Ausgangspunkt der Zusammenarbeit mit dem damaligen Journalisten Konrad Badenheuer, der 2005 den Auftrag bekam, eine Ausstellung des Sudetendeutschen Rates aus dem Jahre 1988 erneut zu überarbeiten, da sie „infolge der Wende von 1989/90 schon nach kurzer Zeit aktualisiert werden musste...“

Konrad Badenheuer schildert in seinem Vorwort (S. 9) die Bedingungen für seine Arbeit: „Seit den 1990er Jahren hat durch die Öffnung der Archive das Wissen um Vorgeschichte, Verlauf und Folgen der Vertreibung der Sudetendeutschen sprunghaft zugenommen. Mit

mehreren Anläufen für einen deutsch-tschechischen Ausgleich sind zudem der Geschichte der Volksgruppe neue Kapitel hinzugefügt worden. Sie stellt sich heute noch vielseitiger, spannender und überraschender dar als vor der Wende von 1990“. Der Sudetendeutsche Rat richtete seine Anfrage an Konrad Badenheuer im Jahre 2005, er machte dann die Erfahrung, dass der Auftraggeber ihm „viel Freiraum bei der Umsetzung“ ließ. Die Arbeiten liefen bis Mai 2006, bis April 2007 gab es Ergänzungen. Die Aufgaben für Konrad Badenheuer waren aber klar angegeben: „Einerseits sollte eine vorhandene Vorgänger-Ausstellung deutlich gestrafft werden, andererseits sollte die Geschichte vor 1848 und nach 1991 neu berücksichtigt werden. Die Ausstellung sollte aktuelle Fragen mit abdecken, aber zugleich sollten alle Aussagen möglichst zeitlos gültig sein. Die Ausstellung sollte keine Vorkenntnisse des Betrachters erfordern, aber selbst gute Kenner der Materie sollten Neues erfahren können. Und trotz aller Genauigkeit und Seriosität sollte das Endprodukt weder trocken noch langweilig sein.“ Badenheuer gibt in der Folge Hinweise zu neuen Inhalten: „Ganz neu sind die Überlegungen zu den Verteilungswirkungen des Lastenausgleichs auf Tafel 77 (S. 99), wobei ich hier Herrn Professor Dr. Gerald Mann klare Bestätigung und wertvolle Hinweise verdanke. Viele weitere Inhalte wurden bislang nur ganz entlegen veröffentlicht – etwa die zentralen Aussagen auf den Tafeln 27f., 30, 34 und 65. Ganz neu sind die Karten über den Verlauf der Besetzung des Sudetenlandes Ende 1918 (S. 40f.) und über die jeweilige regionale Höhe der Vertreibungsverluste (S. 82 f.). Was die Zahl der Vertreibungsoffer angeht, so wird die traditionelle Zahl 240.000 hier nicht mehr vertreten, weil neue – auch sudetendeutsche – Untersuchungen niedrigere Verluste nahelegen. Allerdings wurden offenbar auch für die tschechischen Verluste in der Protektoratszeit lange Zeit überhöhte Ziffern genannt: Der 1951 erstmals publizierte Zahl von 36.700 bis 55.000 ums Leben gekommener Tschechen fehlt bis heute die Untermauerung durch konkrete Ereignisse, Vermisstenlisten oder dergleichen...“

Auf zwei Seiten werden die „Gesichter einer Volksgruppe“ gezeigt, denn „viele bekannte Persönlichkeiten haben ihre Wurzeln in den böhmischen Ländern“. Es werden jeweils die Vor- und Familiennamen, Geburtsjahr und -ort sowie Todesjahr genannt, von einigen wenigen Persönlichkeiten werden auch Porträtfotos gezeigt, ihre Tätigkeitsbereich wird nur durch die Kapitel, in denen sie erscheinen, angedeutet: „Wissenschaftler, Forscher und Erfinder“ (11 Personen), „Literatur, Publizistik, Medien“ (14 Personen), „Musik“ (7 Personen), „Bildende Künste“ (6 Personen), „Schauspiel, Entertainment und Sport“ (7 Personen), „Religion“ (1 Person), „Politik und öffentliches Leben“ (15 Personen). Es wird hier bewusst darauf verzichtet, einzeln Personen namentlich aufzuführen, hier wäre eine eigene Ausstellung, eine eigene Buchveröffentlichung gegeben, um den reichen Beitrag dieser Menschen zu unserer deutschen Nationalkultur zu würdigen. Und in den folgenden Texten der einzelnen Abschnitte werden weitere Personen genannt, von denen man sich als Leser auch die jeweilig Vita wünschen würde, um die Personen in die Geschehnisse richtig einordnen zu können. Ein beim Lesen bereitliegendes Lexikon oder eines Rechners zur Nutzung einer Suchmaschine werden unerlässlich.

Die Inhalte vieler Begriffe erschließen sich oft nicht direkt aus den Texten, ein entsprechendes ergänzendes Glossar wäre vonnöten (Begriff „Personalunion“, Seite 29; und sehr interessant und wohl auch bedeutsam S. 98, unteres Drittel: „... Versäumnisse. Obwohl bis etwa Anfang der 1960er Jahre die politischen Mehrheiten dazu vorhanden waren, gelang es den Vertriebenen nicht, ihre Verbände statt als ‚eingetragene Vereine‘ als Körperschaften des öffentlichen Rechts zu konstituieren...“). Auf Seite 24 findet sich beispielsweise eine (wie üblich nicht selbst lesbare) Abbildung mit der Bildunterschrift „Ähnlich umstritten wie die Karls-Universität: Die sogenannte ‚Königinhofer Handschrift‘ ein

Falsifikat des 19. Jahrhunderts“. Hier wäre der Name des Autors zu nennen, denn der erst sehr spät entlarvte Václav Hanka (1791-1861) (die „Königinhofer Handschrift“ wurde 1817 herausgegeben, die auch zu nennende „Grünberger Handschrift“ kam 1818), ist heute noch auf dem Friedhof des Vyšehrad zu finden, auf dem – hoch über der Elbe – die Berühmtheiten und Förderer der tschechischen Nation liegen – der Besuch der Grabstätte ist stets eine Pflicht für jeden Prag-Besuch eines „Hanke“!

Auch eine Zeittafel der historischen Daten könnte den Text ergänzen, zumal etliche Ereignisse nicht mit ihrem genauen Datum belegt sind.

Es gibt nur wenige orthographische Fehler. Die dargestellten Themen überzeugen. Der Leser lernt viel. Nicht ganz verständlich: Es wird nicht dargestellt, dass das Egerland ursprünglich kein konstitutiver Bestandteil Böhmens ist (siehe hierzu auf S. 34 die Aussage im drittletzten Abschnitt: „Die Zugehörigkeit...“). Der Gegenkönig zu Ferdinand II., der Wittelsbacher Friedrich V., der sogenannte Winterkönig (Schlacht am Weißen Berg, 08.11.1620), wird namentlich nicht einmal genannt (S. 19), und auf der folgenden Seite 20 wird „die Österreichische Kaiserin Maria Theresia“ genannt. Das ist nun sehr ärgerlich, denn der Rezensent hat es beispielsweise in Schlesien oftmals erleben müssen, dass Stadtführer u.a.m. die Gegner des Preußenkönigs Friedrich II. jeweils als „österreichisch-Kaiserlich“ – das ist hier eine eigene Zusammenfassung – bezeichneten, um vorzugeben, dass Preußen und die Habsburger unterschiedlichen Staaten angehörten; also es ist ganz klar festzustellen: der Habsburger in Wien war deutscher König, und als solcher konnte er und wurde er zum römisch-deutschen Kaiser gewählt, Brandenburg-Preußen gehörte diesem Staat an! Und auf Seite 26 verwundert die Aussage „Im Elsass wurde Deutsch gesprochen“ deshalb, weil der Rezensent vor Jahren bei einer Buchvorstellung zu den Ereignissen von 1871 und der Nennung von „Elsass-Lothringen“ das auch so hören musste, denn Lothringen war eben zum Teil auch deutschsprachig! Nicht immer wurde der ursprüngliche Ausstellungs-Text aktualisiert (S. 95, vorletzte Zeile: „der heutige Papst Benedikt XVI...“). Vor der „DDR“ gab es die „SBZ“ (Flüchtlinge/Vertriebene, dann „Umsiedler“ als Begriffe). Weitaus ärgerlicher ist jedoch, dass Quellen- und Literaturangaben im Text kaum vorkommen, die Auswahlbibliographie am Ende des Werkes (Seiten 140 bis 142) aber wichtige weiterführende Hinweise an den Leser gibt!

Die Abbildungen, eine Vielzahl von Karten und Fotos, zu den einzelnen Buchseiten, die wohl zugleich die ursprüngliche Ausstellungsgliederung darstellen, werden – gelinde gesagt – „stiefmütterlich“ behandelt. Für einen Geographen wie dem Rezensenten ist das ein Sakrileg, das darf so dem Leser und Nutzer nicht zugemutet werden. Die Art dieser Darstellung mögen finanzielle wie praktische Gründe bestimmt haben. Das ist sehr bedauerlich, denn hier gehen Informationen verloren, die eindrucksvoll den Text hätten begleiten können.

Trotzdem: Die Herausgabe des Nachdruckes, so oder so, rechtfertigt sich durch den hohen Informationsgewinn. Autor, Verlag und von der Publikation berührte Institutionen sollten darüber nachdenken, dieses Werk überarbeitet und auch technisch ausgeweitet (Größe der Abbildungen) in neuer Form herauszugeben. Andere ostdeutsche Landschaften können diese Publikation nur mit Neid begleiten!

Reinhard M. W. Hanke, Berlin

B. Besprechungen in Arbeit (Seite 334)

01) Handbuch Landesgeschichte. (43 Abb., darunter einige mehrfarbige Abb.). Hrsg. von Werner Freitag, Michael Kißener, Christine Reinle und Sabine Ullmann.
(Berlin) De Gruyter Oldenbourg. (2018). XII, 706 Seiten. = de Gruyter Reference.
Gebunden ISBN 978-3-11-035411-9. € 99,95.
Rezensent: Prof. Dr. Grischa Vercamer, Berlin/Chemnitz

02) Manfred Kittel: Stiefkinder des Wirtschaftswunders? Die deutschen Ostvertriebenen und die Politik des Lastenausgleichs (1952 bis 1975).
(Düsseldorf) Droste Verlag 2020. 671 Seiten.
= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 182. ISBN 978-3-7700-5349-0. € 68,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

03) Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945.
(Berlin) Berliner Wissenschaftsverlag (2020). XVII, 1.718 Seiten.
= Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte. Im Auftrag des Brandenburgischen Hauptarchivs und der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Mario Glauert und Michael Wildt. Band 17.
ISBN Print 978-3-8305-5016-7. € 125,00.
ISBN E-Book 978-3-8305-4186-8. Freier Zugang. € 0,00.
Rezensent: Reinhard M. W. Hanke, Berlin

C. Zur Besprechung in der Redaktion eingegangen (S. 334 – 337)

01) Ziko van Dijk: Wikis und die Wikipedia verstehen. Eine Einführung.
(13 Abb., 18 Tab.). (Bielefeld) [transcript] (2021). 338 Seiten.
ISBN 978-3-8376-5645-9. € 35,00.
E-Book (EPUB) Open Access PDF-ISBN 978-3-8394-5694-3. € 38,99?

02) Herma Kennel: Als die Comics laufen lernten. Der Trickfilmpionier Wolfgang Kaskeline zwischen Werbekunst und Propaganda. (zahlreich SW-Abb. im Text, 10 Farbfotos auf 8 Farbtafeln im Anhang) (Berlin) be:bra Verlag (2020). 240 Seiten. ISBN 978-3-89809-176-2. Euro 24,00.

03) Steffen Reiche: Tief träumen und hellwach sein. Politiker und Pfarrer mit Leidenschaft. Ein autobiografischer Essay. (22 SW-Fotos im Text).
(Bonn) Dietz (2020). 261 Seiten. ISBN 978-3-8012-0461-7. € 24,00.

- 04)** Handbuch qualitative und visuelle Methoden der Raumforschung.
(zahlreiche Abbildungen, Tabellen).
Hg. von Anna Juliane Heinrich, Séverine Marguin, Angela Million, Jörg Stollmann.
Bielefeld: Transcript Verlag (2021). 464 Seiten. = utb. Band 5582.
Print-ISBN 978-3-8252-5582-4. € 29,90.
PDF-ISBN 978-3-8385-5582-9.
- 05)** Judith Heß: Europäisierung des Gedenkens? Der Erste Weltkrieg in Deutschen und britischen Ausstellungen. (15 SW-Abbildungen).
(Bielefeld) transcript (2021). 356 Seiten.
Print-ISBN 978-3-8376-5619-0. € 60,00.
PDF-ISBN 978-3-8394-5619-4. € 59,99.
- 06)** Nicht nur Bauhaus. Netzwerke der Moderne in Mitteleuropa / Not just Bauhaus. Networks of Modernity in Central Europe. Herausgegeben von Beate Störtekuhl und Rafał Makala. (mit zahlreichen schwarz-Weißen und mehrfarbigen Abb.). (Berlin / Boston) de Gruyter/Oldenbourg (2020).
400 Seiten.
= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa. Band 77. ISBN 978-3-11-065876-7. € 59, 59.
- 07)** Christofer Herrmann / Kazimierz Pospieszny / Ernst Gierlich (Hrsg.): Spiegel der Fürstenmacht. Residenzbauten in Ostmitteleuropa im Spätmittelalter – Typen, Strukturen, Ausschmückung. (zahlreiche Farbfotos, zahlreiche mehrfarbige und einfarbige Abb.).
(Bonn) Kulturstiftung der Vertriebenen (1921). 289 Seiten.
ISBN 978-3-88557-243.5. € 24,90.
- 08)** Preußenland. Jahrbuch der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung und der Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens. Mitteilungen aus dem Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz.12 (2021). (mit 6 Abb.).
(Osnabrück) fibre (2021). 160 Seiten. ISSN 0032.
ISBN 978-3-944870-77-9. € 29,80.
- 09)** Hans-Jürgen Kämpfert: Naturwissenschaft am Unterlauf der Weichsel. Einrichtungen und Persönlichkeiten. (zahlreiche Abb., Stadtplan Danzigs von 1822 auf den Umschlaginnenseiten vorn, Landkarte Westpreußen auf den Umschlaginnenseiten hinten).
Münster / Westfalen: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2020. XI, 396 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 42.
ISBN 978-3-924238-58-2. € 40,00.

- 10)** Christhardt Henschel (Hg.): Ostpreußens Kriegsbeute. Der Regierungsbezirk Zichenau 1939 – 1945. (19 SW-Abbildungen im Text). (Osnabrück) fibre (2021). 416 Seiten.
= Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau.42.
ISBN 978-3-944870-75-5. € 58,00
- 11)** Arno Mentzel-Reuters und Stefan Samerski (Hg.). Castrum sanctae Mariae: Die Marienburg als Burg, Residenz und Museum. (mit 102 Abb.). Göttingen: V & R Unipress 2019. 505 Seiten.
= Vestigia Prussica. Forschungen zur Ost- und Westpreußischen Landesgeschichte. Band 1. ISBN 978-3-8471-0883-2. € 59.99.
- 12)** Reinhard Olt: Im Karpatenbogen. Ungarn und die Diaspora der Magyaren – Reportagen und Analysen. (mit mehrfarbigen Fotos). Budapest: Freunde von Ungarn Stiftung 2020. 232 Seiten.
ISBN 978-615-81674-0-6.
- 13)** Matthias Barelkowski und Christoph Schutte (Hg.): Neuer Staat, neue Identität? Deutsch-polnisch-jüdische Biografien in Polen nach 1918. (5 Abb.). (Osnabrück) fibre (2021). 347 Seiten.
= Polonica-Germanica. Schriften der Kommission für die Geschichte der Deutschen in Polen e. V. 12. ISBN 978-3-944870-74-8. € 39,80.
- 14)** Jörn Pekrul: Die ehemalige Reichsstraße 1 – eine europäische Handelsroute. Gewidmet das West- und Ostpreußen und ihren Nachkommen. Eine Publikation der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern e. V. (mit zahlreichen mehrfarbigen Abbildungen). [Augsburg] 2021. 79 Seiten.
Sonderausgabe 2021 Preußen-Kurier. Heimatnachrichten für Ost- und Westpreußen in Bayern.
[Gegen Spende von mindestens € 7,00 + Versandkosten].
- 15)** Bernhard Jähnig: Zum Innenleben des Deutschen Ordens in Preußen. Ergänzte Beiträge zum 80. Geburtstag in Auswahl (mit 28 Abb., Karten und Tafeln). Münster/Westf.: Nicolaus-Copernicus-Verlag 2021. – XX, 412 Seiten.
= Quellen und Darstellungen zur Geschichte Westpreußens. Nr. 45.
ISBN 978-3-924238-60-5.- *Preis kann zurzeit nicht angegeben werden!*

- 16) Rudi Zülch: Ein Leben auf Reisen. Der Schriftsteller A. E. Johann.
Herausgegeben von der A.E. Johann-Gesellschaft e. V. (mit zahlreichen zum Teil mehrfarbigen Abbildungen).
Gifhorn/Oerrel: Calluna-Verlag 2021. 335 Seiten.
ISBN 978-3-944946-17-7. € 24,90.
- 17) Wolfram Euler und Konrad Badenheuer:
Sprache und Herkunft der Germanen. Rekonstruktion des Frühgermanischen vor der Ersten Lautverschiebung
(1 mehrfarbige Karte). 2., überarbeitete Auflage.
Berlin / London: Verlag Inspiration UN Limited 2021. 271 Seiten.
ISBN 978-3-945127-278. € 89,00.
- 18) WOLFRAM EULER, Das Westgermanische von der Herausbildung im 3. bis zur Aufgliederung im 7. Jahrhundert. Analyse und Rekonstruktion.
(vier Abbildungen). London / Berlin: Verlag Inspiration Un Limited 2013.
244 Seiten. ISBN 978-3-9812110-7-8. € 49,00.

01) Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (2022), 5-7

Titel der Ausgabe

Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (2022), 5-7

Zeitschriftentitel

[Aus Politik und Zeitgeschichte](#)

Weiterer Titel

Geschlechtergerechte Sprache

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung

Erschienen

Bonn 2022: [Selbstverlag des Herausgebers](#)

Url

<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/geschlechtergerechte-sprache-2022/>

Preis

kostenlos

ISSN

[0479-611X](#)

Kontakt

Institution

Aus Politik und Zeitgeschichte

Land

Deutschland

c/o

Redaktion „Aus Politik und Zeitgeschichte“ Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86 53113 Bonn Redaktion: Johannes Piepenbrink

<johannes.piepenbrink@bpb.de> Anne Seibring <anne.seibring@bpb.de> Anne-Sophie

Friedel <anne-sophie.friedel@bpb.de> Sascha Kneip <sascha.kneip@bpb.de> Julia

Günther <julia.guenther@bpb.de> Robin Siebert (Volontär) <Robin.Siebert@bpb.de>

Von

Robin Siebert, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), Bundeszentrale für politische

Bildung

"Nun sag', wie hast du's mit dem Gendern?" Die Frage nach geschlechtergerechtem Sprachgebrauch scheint zur modernen Gretchenfrage geworden sein. Sie betrifft nicht nur ausnahmslos alle, die Deutsch sprechen oder schreiben, sie ist oftmals auch mit einem Bekenntnis beziehungsweise der Zuschreibung einer Haltung verbunden, die weit über sprachliche Geschmacksfragen hinausweist.

Die vehement geführte Debatte um Gendersternchen und generisches Maskulinum trägt mitunter Züge eines Kulturkampfes, bei dem Sprache nur stellvertretend für andere gesellschaftliche Großthemen verhandelt wird. Schattierungen wahrzunehmen, wird dadurch schwieriger.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Johannes Piepenbrink
Editorial

Anne Wizorek, Andreas Rödder / Silvaner Rödder, Nele Pollatschek, Anatol Stefanowitsch, Helga Kotthoff, Thomas Kronschläger
Geschlechtergerechte Sprache? Sechs Perspektiven

Horst J. Simon
Sprache Macht Emotionen. Geschlechtergerechtigkeit und Sprachwandel aus Sicht der Historischen Soziolinguistik

Carolin Müller-Spitzer
Zumutung, Herausforderung, Notwendigkeit? Zum Stand der Forschung zu geschlechtergerechter Sprache

Peter Eisenberg
Weder geschlechtergerecht noch gendersensibel

Miriam Lind / Damaris Nübling
Sprache und Bewusstsein

Kristina Bedijs / Bettina Kluge / Dinah K. Leschzyk
Wie gendern die anderen? Diskurse über geschlechtersensible Sprache in Spanien, Brasilien und Frankreich

Kristina Peuschel
Keine größere Hürde als... Gendergerechte Sprache im Deutschen aus der Perspektive des Lehrens und Lernens

Zitation

Aus Politik und Zeitgeschichte 72 (2022), 5-7. In: H-Soz-Kult, 25.02.2022,
<www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115982>.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

02) Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), 2

Titel der Ausgabe

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), 2

Zeitschriftentitel

[Zeitschrift für Geschichtswissenschaft \(ZfG\)](#)

Herausgeber

Wolfgang Benz, Michael Borgolte, Peter Steinbach, Ludmila Thomas und Benjamin Ziemann

Erschienen

Berlin 2022: [Metropol Verlag](#)

Erscheint

monatlich

Url

<https://metropol-verlag.de/produkt/zeitschrift-fuer-geschichtswissenschaft-70-jg-heft-2-2022/>

Anzahl Seiten

102 S.

Preis

Abonnement: € 136,00; Einzelheft: € 14,00

ISSN

[0044-2828](#)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG)

c/o

Technische Universität Berlin Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin Redaktion Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) Kaiserin-Augusta-Allee 104-106 10553 Berlin Tel. (030) 31 42 58 53 Mitglieder: Friedrich Veitl (verantwortl. Redakteur), veitl@metropol-verlag.de Redaktion: Frédéric Bonnesoeur, Julia Pietsch, Angelika Königseder, Detlev Kraack, Swen Steinberg, zfg@metropol-verlag.de Verlagsadresse: Metropol Verlag, Ansbacher Str. 70, 10777 Berlin

Von

Friedrich Veitl

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 70 (2022), 2

Inhaltsverzeichnis

ARTIKEL

Arnd Bauerkämper: Entschädigung und Erinnerungen. Das Beispiel der ehemaligen polnischen Zwangsarbeiter S. 99–120

Peter Plieninger: Hilde Sternberg-Sitte gegen Siemens & Halske A.G. Ein Rechtsstreit mit Folgen für die Wiedergutmachungspolitik in den Nachkriegsjahren S. 121–141

Daniel R. Bonenkamp: „Kundschafter des Friedens“. Der Fall Ehrenfried Petras S. 142–160

Wladislaw Hedeler: „Aushöhlung der verfassungsmäßigen Ordnung und Aufruf zum Sturz der Regierung“ Das drohende Ende der Menschenrechtsorganisation Memorial S. 161–165

REZENSIONEN

Allgemeines

Gerd Schwerhoff: Verfluchte Götter. Die Geschichte der Blasphemie. Frankfurt a. M. 2021 (Detlev Kraack) S. 166

Michael Kuderna: Grenzüberschreitungen. Ein deutsch-französischer Architekt, sein Meisterwerk und Hitler-Bilder in Kirchen. Saarbrücken 2021 S. 168 (Franz-Josef Schäfer)

Mittelalter

Pierre Monnet: Karl IV. Der europäische Kaiser. Darmstadt 2021 (Thomas Krzenck) S. 170

Neuzeit – Neueste Zeit

Hannah Arendt: Rahel Varnhagen. Lebensgeschichte einer deutschen Jüdin. Hrsg. von Barbara Hahn unter Mitarbeit von Johanna Egger und Friederike Wein. Göttingen 2021, 969 S.

Rahel Levin Varnhagen: Briefwechsel mit Jugendfreundinnen. Hrsg. von Barbara Hahn unter Mitarbeit von Birgit Bosold und Friederike Wein. Göttingen 2021 (Peter Steinbach) S. 172

Heinz Duchhardt: Rankes Sekretär. Theodor Wiedemann und die Bücher-Werkstatt des Altmeisters. Berlin 2021 (Stefan Jordan) S. 174

Lars Kreye: „Deutscher Wald“ in Afrika. Koloniale Konflikte um regenerative Ressourcen, Tansania 1892–1916. Göttingen 2021 (Ulrich van der Heyden) S. 176

Sebastian Wenger: Arzt – ein krank machender Beruf? Arbeitsbelastungen, Gesundheit und Krankheit von Ärztinnen und Ärzten im ausgehenden 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2020 (Kai Sammet) S. 177

Helga Lüdtko: Der Bubikopf. Männlicher Blick, weiblicher Eigen-Sinn. Göttingen 2021 (Florian G. Mildenberger) S. 179

Marischa – mehr als ein Wunder. Eine Überlebensgeschichte. Aufgezeichnet und herausgegeben von Antje Leetz. Göttingen 2021 (Max Bloch) S. 181

Hannes Heer/Christian Streit: Vernichtungskrieg im Osten. Judenmord, Kriegsgefangene und Hungerpolitik. Hamburg 2020 (Wolfgang Benz) S. 182

Regina Mentner: Das Kriegsgefangenenlager Dortmund Westfalenhalle (Stalag VI D), 1939-1945. Münster 2021 (Sjoma Liederwald) S. 183

Henning Tümmers: Nach Verfolgung und Vernichtung. Das Dritte Reich und die Deutschen nach 1945., Stuttgart 2021 (Klaus-Peter Friedrich) S. 186

Eric Burton: In Diensten des afrikanischen Sozialismus. Tansania und die globale Entwicklungsarbeit der beiden deutschen Staaten, 1961–1990. Berlin/Boston 2021 (Christoph Lörke) S. 187

Tatsiana Astrouskaya: Cultural Dissent in Soviet Belarus (1968–1988). Intelligentsia, Samizdat and Nonconformist Discourses. Wiesbaden 2019 (Alexander Friedman) S. 190

Annemarie Tröger: Kampf um feministische Geschichten. Texte und Kontexte 1970–1990. Hrsg. von Regine Othmer, Dagmar Reese und Carola Sachse. Göttingen 2021 (Christl Wickert) S. 192

Philmon Ghirmai: Globale Neuordnung durch antikoloniale Konferenzen. Ghana und Ägypten als Zentren der afrikanischen Dekolonisation. Bielefeld 2019 (Bea Lundt) S. 194

Zitation

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70 (2022), 2. In: H-Soz-Kult, 25.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115979.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

03) Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 73 (2022), 1/2

Zeitschriftentitel

[Geschichte in Wissenschaft und Unterricht](#)

Weiterer Titel

Unterrichtspraktische Impulse

Herausgeber

Christoph Cornelißen, Michael Sauer, Peter Burschel

Erschienen

Seelze 2022: [Erhard Friedrich Verlag](#)

ISSN

[0016-9056](#)

Kontakt

Institution

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

c/o

Prof. Dr. Michael Sauer Universität Göttingen Seminar für Mittlere und Neuere Geschichte
Didaktik der Geschichte Waldweg 26 37073 Göttingen Tel. 0551/39-13388 Fax 0551/39-
13385

Von

Michael Sauer, Didaktik der Geschichte, Georg-August-Universität Göttingen

Das vorliegende Heft vereint Beiträge, die auf unterschiedliche Art und Weise Impulse für die Unterrichtspraxis geben: durch Hinweise auf bislang ungenutzte schuleigene Ressourcen; auf kaum behandelte Themen; auf Desiderate von Schulbuchdarstellungen; auf geschichtsdidaktisch-konzeptionellen Klärungsbedarf; auf Alltagsprobleme des Geschichtsunterrichts.

Johannes Altenberend und Benjamin Magofsky regen an, schuleigene Sachquellen verstärkt für den Geschichtsunterricht zu nutzen. Die Potenziale (aber auch Probleme) verdeutlichen sie insbesondere am Beispiel von Schülermützen. Gewiss wird nicht jede Schule über einen derartigen Fundus verfügen, dennoch mag die eine oder andere überraschende und anregende Entdeckung möglich sein. Die jüdischen „Sonderkommandos“ im KZ Auschwitz-Birkenau werden in Unterrichtsmaterialien und wohl auch im Geschichtsunterricht selten behandelt. Etienne Schinkel plädiert mit guten Gründen für ihre Thematisierung, gibt einen Abriss ihrer Geschichte und präsentiert Quellen, die einen multiperspektivischen Zugang für den Unterricht möglich machen. Die Weltwirtschaftskrise von 1929ff. gehört zu den obligatorischen Themen des Geschichtsunterrichts, wird aber zumeist aus einer sehr deutschen Perspektive in den Kontext der Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme gerückt. Jan-Otmar Hesse, Charlotte Kalenberg und Christian Kleinschmidt haben aus wirtschaftshistorischer Perspektive Schulbücher der gymnasialen Oberstufe sowohl synchron als auch diachron im Hinblick auf ihre Darstellung des Themas untersucht. Ihr Befund: Die Fokussierung auf die deutsche Situation steht einer adäquaten Berücksichtigung zentraler Faktoren im Wege. Die Krise tritt kaum als globales Phänomen in Erscheinung, die zeitgenössischen Rahmenbedingungen für die Krisenbewältigung werden zu wenig in den Blick genommen und der Vergleich der Krisenbewältigungsstrategien (insbesondere Deutschland – USA) fällt schief aus.

Was sind Erkenntnisse und Erkenntnislernziele im Geschichtsunterricht? Philipp Kratz konstatiert, diese Begriffe seien im Kontext der heutigen Kompetenzorientierung konzeptionell unterbelichtet. Er mustert kritisch die einschlägige Literatur und präsentiert auf Basis einer Synopse der dort gemachten Vorschläge einen eigenen „Katalog“. Was sollten Themen des Geschichtsunterrichts sein und wie lassen sie sich sinnvoll begründen – das ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in den letzten Jahren kaum einmal Gegenstand geschichtsdidaktischer Überlegungen gewesen. In ihrem Diskussionsbeitrag plädieren Karsten Behrndt und Frank Michael Wittwer dafür, diese Fragen nicht zugunsten einer allzu einseitigen Ausrichtung auf Kompetenzen zu vernachlässigen: Themenfindung dürfe nicht das „Stiefkind der Didaktik“ (S. 76) werden.

Ulrich Schnakenberg schließlich wartet mit einem Typus von Beitrag auf, den man in der didaktischen Literatur leider so gut wie gar nicht vorfindet: einem kritisch-reflektierenden Bericht über eigenen Unterricht. Mit Recht moniert er, dass Probleme, Misserfolge oder gar Scheitern von Unterricht nicht zum Thema gemacht würden. In eben diesem Sinne schildert

er seine Unterrichtserfahrungen in einem Q1-Kurs, der ihn als erfahrene Lehrkraft vor ungewöhnliche Herausforderungen gestellt hat. Mit unterschiedlichen fachdidaktischen, allgemeindidaktischen und pädagogischen Ideen und Maßnahmen hat er Interesse und Engagement der Schülerinnen und Schüler anzuregen versucht – was sich im Nachhinein geradezu als eine Art Versuchsanordnung liest. Er plädiert für Gegenwartsbezüge, erfahrbare Relevanz von Geschichte, für Tiefenbohrungen an wenigen Stellen statt flüchtiger Behandlung von vielem; solche Hinweise sind nicht neu, aber im Kontext der Reflexion gehaltenen Unterrichts werden sie auf besonders eindrückliche Weise nachvollziehbar.

Inhaltsverzeichnis

ABSTRACTS (S. 2)

EDITORIAL (S. 4)

BEITRÄGE

Johannes Altenberend/Benjamin Magofsky
Schuleigene Sachquellen im
Geschichtsunterricht
Potenziale und Erfahrungen (S. 5)

Etienne Schinkel
Die jüdischen „Sonderkommandos“
von Auschwitz-Birkenau
Geschichtsdidaktische Potentiale und
unterrichtspraktische Anregungen (S. 22)

Jan-Otmar Hesse/Charlotte Kalenberg/
Christian Kleinschmidt
Die Weltwirtschaftskrise in den Schulbüchern der gymnasialen Oberstufe (S. 39)

Philipp Kratz
Erkenntnislernziele im
Geschichtsunterricht
Eine normative Bestimmung (S. 57)

DISKUSSION

Karsten Behrndt/Frank Michael Wittwer
Hauptsache kompetent?
Warum beim Geschichtsunterricht
die Themen nicht aus dem Blick
geraten dürfen (S. 73)

BERICHTE UND KOMMENTARE

Ulrich Schnakenberg
„Nur die Frustration gibt Kraft zur Utopie“ Über einen ziemlich verzweifelten Versuch, mit
Emotionalisierung, Lebenswelt- und
Gegenwartsbezügen in einem Abiturstudium (!) Interesse an Geschichte zu wecken (S. 78)

INFORMATIONEN NEUE MEDIEN

Gregor Horstkemper
Geschichte und Gegenwartsfragen
in den USA (S. 88)

LITERATURBERICHT

Heike Bungert/Jana Weiß
Geschichte der USA
Teil II (S. 90)

NACHRICHTEN (S. 108)

AUTORINNEN UND AUTOREN (S. 112)

ABSTRACTS

Johannes Altenberend/Benjamin Magofsky
Schuleigene Sachquellen im
Geschichtsunterricht
Potenziale und Erfahrungen
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 5 – 21

Der Beitrag untersucht am Beispiel des Bielefelder Ratsgymnasiums die didaktisch-methodischen Potenziale schuleigener mobiler und immobiler Sachquellen für den Geschichtsunterricht. Am Beispiel eines konkreten Unterrichts zu den Schülermützen für den Geschichtsunterricht zum Kaiserreich werden neben Chancen auch Schwierigkeiten der Schülerinnen und Schüler etwa bei der Urteilsbildung dargestellt. Anschließend skizziert der Beitrag anhand der Schulfahnen, Kriegerdenkmäler und des Luftschuttkellers weitere Sachquellen der Schule im Hinblick auf mögliche inhaltliche Problemstellungen und Unterrichtsettings.

Etienne Schinkel
Die jüdischen „Sonderkommandos“
von Auschwitz-Birkenau
Geschichtsdidaktische Potentiale und
unterrichtspraktische Anregungen
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 22 – 38

Die Gefangenen des „Sonderkommandos“ in Auschwitz-Birkenau mussten unter Aufsicht der SS nahezu alle Etappen des Mordprozesses übernehmen. Der Beitrag stellt diese spezifische Häftlingsgruppe vor, eruiert Gründe für ihre im Gegensatz zu Forschung und Öffentlichkeit weitgehende Marginalisierung im Unterricht und begründet die Relevanz des Themas für schulisches Geschichtslernen. Abschließend werden praxiserprobte Umsetzungsvorschläge für die unterrichtliche Behandlung der „Sonderkommandos“ unterbreitet.

Jan-Otmar Hesse/Charlotte Kalenberg/
Christian Kleinschmidt
Die Weltwirtschaftskrise in den Schul-
büchern der gymnasialen Oberstufe
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 39 – 56

Die Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1939 gehört zu den wichtigsten Wendepunkten in der Geschichte des modernen Kapitalismus. In deutschen Geschichtsbüchern wird sie noch häufig im engeren nationalen Kontext mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten behandelt. Der Artikel gibt einen knappen Überblick über die jüngere fachhistorische Diskussion und untersucht dann am Beispiel von drei Lehrwerken, in welcher Weise sich diese Debatten in aktuellen Schulbüchern widerspiegeln. Abschließend wird am Beispiel der Ausgaben von „Zeiten und Menschen“ diskutiert, wie sich die Schulbuchdarstellung seit den 1970er Jahren gewandelt hat.

Philipp Kratz
Erkenntnislernziele im
Geschichtsunterricht
Eine normative Bestimmung
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 57 – 72

Dass Geschichtsunterricht sich nicht im bloßen Auswendiglernen von Fakten und Deutungen erschöpfen darf, sondern den Lernenden ermöglichen soll, denkend zu bedeutsamen Erkenntnissen zu gelangen, ist unbestritten. Was aber genau Erkenntnislernziele sind und welche im Geschichtsunterricht angestrebt werden sollen, ist bislang unterbelichtet und wird in diesem Aufsatz auf Grundlage wesentlicher Konzeptionen historischen Lernens sowie einer Auswertung geschichtsdidaktischer Einführungswerke bestimmt. Als Ergebnis stellt der Autor eine Definition sowie einen Katalog basaler Erkenntnislernziele zur Diskussion.

Karsten Behrndt/Frank Michael Wittwer
Hauptsache kompetent?
Warum beim Geschichtsunterricht die
Themen nicht aus dem Blick geraten
dürfen
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 73 – 77

Die Hinwendung der Geschichtsdidaktik zur Idee der Kompetenzorientierung hat dem Fach viele neue Impulse gegeben. Die Kompetenzorientierung vertritt auch den Anspruch, hergebrachte und vermeintlich zu stofforientierte Formen des Geschichtsunterrichts abgelöst zu haben. Hier setzen die Überlegungen des Diskussionsbeitrages an. Es stellt sich die Frage, ob wirklich alles neu ist, was die Theorie der Kompetenzorientierung bietet. Zudem wird folgendes Problem deutlich: Bei einer zu starken Betonung der Outputorientierung wird eine der Kernaufgaben der Geschichtsdidaktik vernachlässigt: Themen auszuwählen und zu begründen.

Ulrich Schnakenberg
„Nur die Frustration gibt Kraft zur
Utopie“
Über einen ziemlich verzweifelten
Versuch, mit Emotionalisierung, Lebens- welt- und Gegenwartsbezügen in einem
Abiturkurs (!) Interesse an Geschichte
zu wecken
GWU 73, 2022, H. 1/2, S. 78 – 87

Joachim Radkau forderte vor vielen Jahren, „die im Geschichtsunterricht erfahrenen Frustrationen offen und ungeschminkt auszusprechen“. Dass Geschichtslehrkräfte in den einschlägigen geschichtsdidaktischen Zeitschriften über Misserfolge, ja über das eigene Scheitern reflektieren, blieb dennoch eher eine Ausnahme. Der Beitrag plädiert für einen

pragmatischen Umgang mit solchen Schwierigkeiten (verstärkte Nutzung von Gegenwartsbezügen, mehr Emotionalisierung und Personifizierung, Analyse anschaulicher Quellen anstatt abstrakter Darstellungstexte) und argumentiert im Sinne Klaus Bergmanns: „Besser Lücken und Interesse als Null- Bock und Null-Ahnung“.

Zitation

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 73 (2022), 1/2. In: H-Soz-Kult, 16.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115945.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de

04) Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 (2021), 2

Titel der Ausgabe

Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 (2021), 2

Weiterer Titel

Kolonialismus und Landwirtschaft

Herausgeber

Gesellschaft für Agrargeschichte. Herausgeber/innen: Stephan Beetz (Mittweida), Stefan Brakensiek (Essen), Niels Grüne (Innsbruck), Dietlind Hüchtker (Leipzig), Johann Kirchinger (Regensburg), Barbara Krug-Richter (Saarbrücken), Margareth Lanzinger (Wien), Gunter Mahlerwein (Gimbsheim/Saarbrücken), Birgit Metzger (Saarbrücken), Claudia Neu (Göttingen/Kassel), Werner Rösener (Gießen), Michael Schimek (Cloppenburg), Ira Spieker (Dresden), Clemens Zimmermann (Saarbrücken)

Erschienen

Frankfurt/M. 2021: [DLG-Verlag](http://www.dlg-verlag.de)

Preis

Abopreis 81,00 EUR, Einzelheft 40,00 EUR

ISSN

[0044-2194](http://www.dlg-verlag.de)

Kontakt

Institution

Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie : ZAA

c/o

*Geschäftsführende Herausgeber: Johann Kirchinger (johann.kirchinger@theologie.uni-r.de); Gunter Mahlerwein (guntermahlerwein@aol.com). Versand: DLG-Verlag GmbH ZAA
Redaktion Eschborner Landstr.122 60489 Frankfurt Tel.: 0 69/2 47 88-451 Fax: 0 69/2 47 88-480 dlg-verlag@dlg-frankfurt.de*

Von

Gunter Mahlerwein

Editorial: Für eine Kolonialgeschichte der Landwirtschaft
Birgit Metzger, Johann Kirchinger

Einleitung

Die Geschichte des Kolonialismus ist en vogue. Nachdem der deutsche Imperialismus über viele Jahre als eine flüchtige Episode galt und der deutsche Beitrag zum kolonialen Handel und zu kolonialen Herrschaftsverhältnissen inklusive dem Sklavenhandel vor Beginn und nach dem Ende der formalen Herrschaft lange ignoriert wurde, widmen gegenwärtig Historiker:innen, Ethnolog:innen und Kunsthistoriker:innen an Universitäten, Museen und Archiven ebenso wie zivilgesellschaftliche Akteur:innen der kolonialen europäischen Expansion unter deutscher Beteiligung sowie deren Konsequenzen verstärkt Aufmerksamkeit. Angefacht wurde das Interesse unter anderem durch Debatten um prominente Projekte wie das Humboldtforum, das zwischen 2012 und 2020 in den rekonstruierten Fassaden des historischen Berliner Schlosses gebaut wurde und das unter anderem die Bestände des ethnologischen Museums aufgenommen hat. Die Sammlung umfasst Stücke aus kolonialen Kontexten, über deren Provenienz und Restitution seit 2015 öffentlich, politisch und wissenschaftlich kontrovers debattiert wird. Ein prominentes Beispiel sind die so genannten Benin-Bronzen, die 1897 von britischen Kolonialtruppen aus dem Königspalast in Benin-Stadt geraubt wurden, bevor die Stadt selbst niedergehauen und in Brand gesetzt wurde. Bereits in den 1970er Jahren und erneut 2019 forderte Nigeria die Rückgabe der Bronzen (Hicks 2020).

Das gegenwärtige öffentliche Interesse an der Kolonialgeschichte lässt sich folgendermaßen charakterisieren: Es richtet sich besonders auf erinnerungspolitische und erinnerungskulturelle Themen, wie etwa die Frage nach der Restitution von Kulturgütern aus Museen und Sammlungen, den Umgang mit Denkmälern und Straßennamen, die auf den Kolonialismus und zum Teil auf Gewalt und Krieg verweisen. Auch im Zuge der Black Lives Matter-Proteste, die sich in erster Linie gegen rassistische Übergriffe auf Schwarze bzw. People of Color richtete, wurden koloniale Denkmäler in verschiedenen Städten weltweit gestürzt und ein radikales Umdenken in Bezug auf koloniale Erinnerungsorte und das koloniale Erbe gefordert.

Zwei Aspekte fallen an dieser Debatte auf: erstens das ausgeprägte Interesse an Kultur, zweitens die Bedeutung, die der Aufarbeitung der Geschichte für das Verständnis der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft beigemessen wird. Eine Erklärung dafür ist, dass Kulturgüter und Denkmäler einen hohen symbolischen Wert haben und im Prinzip relativ leicht entkolonialisiert werden könnten: Straßen können umbenannt werden, Denkmäler demontiert oder umgewidmet, Kunstwerke restituiert. In dieser aktuellen Debatte spiegelt sich auch der Einfluss der postcolonial studies wider. Diese haben seit den 1980er Jahren international bzw. seit den 1990er Jahren in Deutschland die Kolonialgeschichtsschreibung tiefgreifend verändert. Im Zentrum stehen dabei die Wechselbeziehungen zwischen kolonisierten und kolonisierenden Gesellschaften, wobei vor allem kulturelle Auswirkungen von kolonialer Herrschaft in den Kolonien wie in den Metropolen in den Blick genommen werden, ebenso wie kolonial geprägte und prägende Diskurse und Wissenssysteme. Kulturgüter sind vor diesen Hintergründen zu Symbolen der kolonialen Erniedrigung ebenso wie zu Symbolen für das Ringen um Identität und Selbstbestimmung geworden.

Auch die Landwirtschaft hat ein umfangreiches und vielfältiges koloniales Erbe. Dieses erhält in der öffentlichen und in der wissenschaftlichen Debatte aber nur marginale Aufmerksamkeit, wenn man von kleinen Kreisen von Aktivisten absieht. Agrarische Gesellschaften und landwirtschaftliche Tätigkeiten inklusive Viehzucht haben zwar in den meisten Überblicksdarstellungen zur Kolonialgeschichte ihren Platz, zumeist in Kapiteln zur Wirtschaft, als eigenständiges Thema ist die Kolonialgeschichte der Landwirtschaft aber

weder in der Kolonial- noch in der deutschsprachigen Agrargeschichte etabliert. Anliegen dieses Heftes ist es zu zeigen, warum es sich lohnt, sich (erneut) damit auseinanderzusetzen.

Themen und Perspektiven der Forschung

„Kolonisation“ beschreibt den Prozess der Landnahme, „Kolonialismus“ ein Herrschaftsverhältnis, das sich durch kulturelle Fremdheit zwischen Herrschenden und Unterworfenen auszeichnet. In der Geschichte gibt es viele verschiedene Formen der Kolonisation und der Errichtung kolonialer Herrschaftsverhältnisse (vgl. Osterhammel/Jansen 2017: 7-28; Reinhard 2020). Die neuzeitliche europäische Expansion zwischen dem 15. und dem 20. Jahrhundert lässt sich dadurch charakterisieren, dass die Kolonialherren von ihrer kulturellen Höherwertigkeit überzeugt waren, dementsprechend wenig anpassungswillig an die Verhältnisse und Lebensweisen in den Kolonien, und Entscheidungen über das Leben der Kolonisierten vorrangig zugunsten externer wirtschaftlicher Interessen trafen: Ganze Kontinente sollten in Ausbeutungszonen von Rohstoffen und Menschen zugunsten der europäischen Metropolen verwandelt werden.

Die neuere Forschung betont, dass die Fokussierung der Geschichtsschreibung auf nationale Kolonialreiche zu kurz greift. Vielmehr müssen die Aktivitäten von nichtstaatlichen Akteur:innen wie Entdeckungsreisenden und Abenteurern, Kaufleuten, Landwirten, Missionar:innen, Wissenschaftler:innen und Militärs sowie ihre Verflechtungen zwischen und über die verschiedenen Kolonialreiche hinweg in den Blick genommen werden. Auf diese Weise geraten auch europäische Länder in den Fokus, die keine eigenen Kolonien besaßen, aber vielfältig in den Kolonialismus verstrickt waren, wie zuletzt am Beispiel der Schweiz für Lebensmittelprodukte und den Handel mit Rohstoffen wie Kaffee, Baumwolle oder Kautschuk gezeigt wurde (Fenner 2015; Haller 2019). Die neuere Forschung weist außerdem auf die Zusammenhänge mit der Geschichte der globalen Vernetzungen und die Bedeutung transimperialer Austauschprozesse hin (z.B. mit Blick auf den Naturschutz Kirchberger 2010). Als besonders wichtig ist die Berücksichtigung der Erfahrung der Kolonisierten bzw. die Erfahrung der „kolonialen Situation“ anzusehen, die bei allen Unterschieden übergreifend durch Herrschaft, Ausbeutung und kulturelle Konflikte geprägt war (Osterhammel/Jansen 2017: 30).

Welche Bedeutung hat die Agrargeschichte innerhalb der Geschichte der europäischen Expansion und der kolonialen Herrschaft? Und in umgekehrter Perspektive: Welche Rolle spielt die Kolonialgeschichte für die Geschichte der Landwirtschaft?

Zunächst kann die agrarhistorische Perspektive den Blick auf globale Ähnlichkeiten von Agrar- und Bauerngesellschaften eröffnen: Landwirtschaft, definiert als Umgang mit domestizierten Pflanzen- und Tierarten, ist ein globales Phänomen. Überall auf der Welt, auch in Europa, in kolonisierenden und in kolonisierten Gesellschaften, gewann die große Mehrheit der Menschen zwischen dem 15. und dem beginnenden 20. Jahrhundert ihren Unterhalt aus landwirtschaftlichen Tätigkeiten. Diese Menschen arbeiteten mit dem Boden, mit Pflanzen und Tieren, waren größtenteils im Freien und abhängig vom Wetter. Hierin liegt eine globale Gemeinsamkeit, die das alltägliche Leben vieler Menschen auf der Welt miteinander verband, ohne dass die Betroffenen voneinander wussten. Im Alltagsverständnis und in den Alltagspraktiken spielten die konkreten Bedingungen vor Ort, die wiederum sehr unterschiedlich waren und sind, eine herausgehobene Rolle. Bodenbeschaffenheit, Niederschlagsmenge und -häufigkeit, Temperaturen und Sonneneinstrahlungen sowie die verfügbaren kultivierten oder kultivierbaren Pflanzen machten ganz unterschiedliche Praktiken erforderlich und führten zu einer Vielfalt agrarischer Produktion. Für einen Vergleich von agrarischen Produktionsformen und des

ländlichen Lebens bieten sich drei Kategorien an: die biologisch-ökologischen Grundlagen, Betriebsformen und Arbeitsregime sowie Eigentumsverhältnisse. Ein Teil der Forschung kommt so zu überraschenden Ähnlichkeiten von Agrargesellschaften in verschiedenen Regionen auf der Welt, beispielsweise in Teilen Indiens, Chinas und Westeuropas im 19. Jahrhundert, wo Bauern rechtlich frei waren, teilweise für den Markt produzierten und deren wichtigste Einheit des Wirtschaftens die Familie war, ergänzt um Gesinde und Lohnarbeiter (Osterhammel 2010: 960-970). In diesem Kontext wurde auch die Frage nach dem Zusammenhang zwischen den Bedingungen landwirtschaftlicher Produktion, bäuerlicher Lebensweise und der Funktionsweise von (kolonialer) Herrschaft gestellt (z.B. Spittler 1981). Die Beziehungen zwischen bäuerlicher indigener Bevölkerung und dem (kolonialen) Staat waren an vielen Orten lange vor allem durch Steuern, Zwangsarbeit und teils Militärdienst gekennzeichnet. Neuere Studien verweisen auch hier auf Parallelen der Bevölkerungs- und Arbeitspolitik zwischen europäischen Peripherien wie den östlichen Provinzen Preußens und überseeischen Kolonialgebieten wie etwa Südwestafrika (Lerp 2016). Hier wie da habe der Lebensraumbegriff durch die Verbindung von „Agrarideologie und Lebensraumimperialismus“ (Lerp 2016: 197) zu einem „neuen Verständnis von Raum und Bevölkerung“ (ebd. 200) geführt.

In großen Teilen der Welt nahm die Bedeutung der Landwirtschaft im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert weiter zu, denn die „Frontiers“, das heißt die sich ständig verschiebende Übergangszone zwischen besiedelten und noch nicht erschlossenen Gebieten, waren meist agrarische Erschließungen. Pioniere waren Pflanzler, Siedler und Rancher, aber auch Kleinbauern, etwa in den chinesischen Hochländern und in Afrika (Osterhammel 2010: 961). In verschiedenen Teilen der Welt entstanden Agrarlandschaften europäischen Zuschnitts mit Bauernhöfen, Großgrundbesitz und Dörfern. Die Landnahme war ein wesentliches Charakteristikum des Kolonialismus und hatte in vielen Fällen die Konsequenz, dass die einheimische Bevölkerung ihren traditionellen Zugang zu Land und die Verfügung über Boden verlor. Dies bedeutete häufig einen Verlust der traditionellen Subsistenzgrundlage und eine Verarmung der Betroffenen. Besonders in Siedlungskolonien und dort, wo unmittelbare wirtschaftliche Interessen bestanden, wurden die Einheimischen verdrängt und hochwertige Böden von europäischen Siedlern kontrolliert, so etwa in Nordamerika, Algerien oder den Siedlerregionen in Ostafrika und Südafrika.

Agrargesellschaften resultierten zum Teil selbst aus dem Kolonialismus: Ausschlaggebend dafür war die umfassende Hinwendung zum Weltmarkt und die damit verbundene Spezialisierung des Anbaus auf Exportprodukte, also Cash-Crops. Nomadische Lebensweisen wurden zurückgedrängt, nicht-agrarische Tätigkeiten aufgegeben, der Bedarf an Geräten oder Textilien fortan importiert (z.B. Stürzinger 1980: 104-105). Damit etablierte sich zunehmend das kolonialwirtschaftliche Prinzip des Austauschs von Rohstoffen gegen Fertigprodukte. Diese Entwicklung setzte in Asien im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts ein, in Subsahara-Afrika zu Beginn des 20. Jahrhunderts (Osterhammel/Jansen 2017: 83). Die Frage, warum bestimmte Gruppen, etwa in Afrika, zu einem bestimmten Zeitpunkt anfangen Cash-Crops für den Export anzubauen, ist schwierig zu beantworten und wird in der Literatur auf komplexe Motive zurückgeführt (z.B. für Douala Eckert 1999: 62-67). Auch die Auswirkungen auf die jeweiligen spezifischen Agrarsysteme waren sehr unterschiedlich. Spezialisierung und Arbeitsteilung gingen jedoch zum Teil so weit, dass Regionen den Bedarf an Nahrungsmitteln nicht mehr aus ihrem eigenen Anbau decken konnten.

Ein agrarhistorisch relevanter Effekt der neuzeitlichen europäischen Expansion und globalen Vernetzung war der weltweite Transfer von Tieren und Pflanzen, der unter der Bezeichnung „Columbian Exchange“ (Crosby 1972) bekannt geworden ist und der in den letzten Jahren erneut in den Fokus der internationalen Forschung genommen wurde (vgl.

z.B. ZAA 61:2). Bakterien und Viren, Heilpflanzen, Genussmittel, Nutztiere und Nahrungspflanzen kamen aus der alten in die neue Welt und umgekehrt. Krankheitserreger reisten mit den europäischen Kolonisatoren in die neue Welt und führten dort in der Frühphase des kolonialen Kontaktes zu einer hohen Mortalitätsrate unter der indigenen Bevölkerung. Dies verschaffte, so die These Crosbys, den europäischen Kolonisatoren einen erheblichen Vorteil. Auf der anderen Seite wurde die altweltliche Flora durch Importe aus Amerika maßgeblich bereichert. Amerikanische Pflanzen wie Kartoffeln, Mais, Tomaten, Sonnenblumen, Kürbisse oder Tabak kamen nach Europa, Afrika und Asien und wurden in einem langwierigen Prozess in die Agrarwirtschaft und Ernährung vor Ort adaptiert. In Europa wurden die neuen Pflanzen häufig zuerst in den Gärten von Gelehrten, Adligen oder wohlhabenden Bürgern angebaut, bevor sie als Feldfrucht weitere Verbreitung fanden. Eine der heute dominanten Weltwirtschaftspflanzen, die Kolumbus von seiner Reise mit nach Spanien brachte, war Mais. Sein Ernährungswert wurde in Andalusien und Norditalien schnell erkannt, wo er bereits im 16. Jahrhundert angebaut wurde, bevor er sich weltweit verbreitete und zu einem der wichtigsten Grundnahrungsmittel für die Ernährung von Menschen in Afrika und Lateinamerika wurde (Troßbach 2013; Backes 2021). Erste Hinweise auf Kartoffelanbau in Europa finden sich ebenfalls für das 16. Jahrhundert, jedoch erst im 18. Jahrhundert setzte sich der Kartoffelanbau im großen Stil in Europa durch (Denecke 1976). Eine Forschungsdiskussion dreht sich um die Frage, inwiefern der Anbau dieser neuen Nutzpflanzen zur Ernährungssicherung einer wachsenden Bevölkerung in Europa beitrug und einen Schritt zu Agrarintensivierung darstellte (Konersmann/Mahlerwein 2007). In jedem Fall veränderten diese Transferprozesse und Adaptionen Biosphäre, Agrarwirtschaft, Ernährung sowie den Konsum weltweit und nachhaltig.

Ein Teilaspekt dieser Geschichte ist die Wissens- und Wissenschaftsgeschichte, die Formen kolonialer Wissensproduktion, Wissenszirkulation und Nutzung von Wissen sowie die damit verbundenen Institutionen behandelt (Habermas/Przyrembel 2013). In der frühen Neuzeit beeinflusste der Kontakt mit neuen, Pflanzen das Wissen und die Praxis von Naturforschern, Missionaren, Ärzten und Apothekern, die etwa Heilpflanzen aus Amerika und Asien beschrieben und katalogisierten (Häberlein 2007), während Frauen etwa in den Gärten Norditaliens praktisches Wissen im Umgang mit den neuen Pflanzen erwarben (Troßbach 2013: 29). Die Geschichte der botanischen Gärten begann häufig als Ort der Überwinterung für seltene tropische Pflanzen, so etwa das Pomeranzenhaus in Berlin, das 1652 errichtet wurde (Kreye 2009). Seit dem 18., vor allem aber im 19. Jahrhundert entstanden botanische und zoologische Gärten, naturwissenschaftliche Museen und universitäre Fachrichtungen, Versuchsstationen und landwirtschaftliche Schulen, die in kolonialen Kontexten agierten. Hier wurden tropische Pflanzen angebaut und teils ertragreichere oder resistenterere Sorten gezüchtet, die dann bei der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien eingesetzt werden konnten. Auch vor Ort in den Kolonien wurden zunächst Gärten und später botanische Versuchsgärten angelegt, die der Weitergabe von Pflanzen und Wissen über sie dienten, so etwa in Jamaika im 19. Jahrhundert (Taylor 2017). Wissensproduktion und kolonialwirtschaftliche wie politische Interessen waren hier eng miteinander verwoben. Eine weiterhin diskutierte Frage ist, inwiefern in kolonialen Kontexten Wissen und Erkenntnisformen der einheimischen Bevölkerung aufgenommen wurden, wie etwa bei den Forschungen der Botanikerin Gabrielle Matthaei und des Agrarwissenschaftlers Albert Howard in Indien, oder ob und wie sie im Gegenteil ignoriert wurden (Tilley 2011).

Jedenfalls wurden botanische Gärten, Zoos und Museen auch zu Bildungsinstitutionen. Hier lernten für den Einsatz in den Kolonien ausgebildete Gärtner und Landwirte (Klemun 2015). Außerdem handelte es sich um einen Schnittbereich zur europäischen Eliten- und Massenkultur, wo koloniales Wissen und Sichtweisen durch die Anschauung von lebenden wie unbelebten Natur- und Kulturobjekten aus geographisch und kulturell entfernten

Regionen an ein breites Publikum vermittelt werden sollten. Dabei versprochen diese Orte ebenso wie die Kolonialausstellungen stets auch Unterhaltung, allein durch die Darbietung von Exotischem oder Musikveranstaltungen.

Afrikanische, asiatische und europäische Pflanzen wie Zucker, Tabak, Kaffee, Reis, Weizen, Bananen, Zitrusfrüchte usw. gelangten nach Südamerika, in die Karibik und nach Nordamerika. Einige von diesen Pflanzen wurden in exportorientierten Plantagensystemen angebaut. Die Geschichte der Zuckerrohr- und Baumwollplantagen ist als Teil der Geschichte des sich entwickelnden Kapitalismus geschrieben worden (Beckert 2015). Auf den Zuckerrohrplantagen der Karibik wurde fast ausschließlich für den Handel produziert. Zucker wurde zwischen 1600 und 1800 zur wichtigsten international gehandelten Ware und trieb den Welthandel an (Mintz 1987). Dabei wurde lediglich ein wenig verarbeitetes Rohprodukt exportiert, die Weiterverarbeitung erfolgte in Europa: in London, Antwerpen ebenso wie in Hamburg, Augsburg oder Dresden (Wendt 2013: 53-54). Die Geschichte von Baumwolle, Zucker, Kaffee, Kakao, Kautschuk und Tabak ist überzeugend als Geschichte globaler Warenketten und globaler Netzwerke dargestellt worden. Dadurch können lokale Verhältnisse der kolonialen Rohstoffgewinnung mit der Geschichte des Transports, der Weiterverarbeitung, die zumeist in Europa stattfand, und der Geschichte des Konsums verbunden werden (z.B. Nützenadel/Trentmann 2008; Rischbieter 2007; Ross 2019).

Bei den Plantagen handelte es sich um große profitorientierte und monokulturelle Komplexe der Pflanzenproduktion, die sich auf ein Konsumgut spezialisierten. Trevor Burnard und John Garrigus haben zuletzt die „Plantagenmaschine“ als revolutionäre Form sozialer und wirtschaftlicher Organisation beschrieben: hier fand zuerst eine industrieähnliche Produktionsweise statt (Burnard/Garrigus 2018; Mintz 1987: 77). Afrikanische Sklaven und Sklavinnen arbeiteten ähnlich wie in einer Fabrik unter einem strikten Zeitregime und bearbeiteten arbeitsteilig eine Reihe komplexer und voneinander abhängiger Aufgaben. Dies funktionierte auch deswegen, weil die Plantagenbesitzer die vollen Möglichkeiten des Kapitals ausschöpfen konnten, da es in der Karibik des 17. Jahrhunderts nicht wie woanders auf der Welt gewachsene Sozialstrukturen, feudale Abhängigkeiten oder familienzentrierte Subsistenzwirtschaft gab. So entstand die „Weltwirtschaft [...] auf dem Rücken afrikanischer Sklaven“ (Beckert 2021). Die Frage, welche Bedeutung der Kolonialwirtschaft für das moderne Wirtschaftswachstum in Europa beizumessen ist, ist Teil einer grundlegenden und interessanten Kontroverse der Wirtschaftsgeschichte zu Beginn des 21. Jahrhunderts (vgl. für einen Überblick Krämper 2009).

Jedenfalls zeigt gerade die Geschichte der kolonialen Landwirtschaft, wie sehr die europäische Wirtschaft durch diejenige der Kolonien beeinflusst wurde. Über die volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieses Verhältnisses ist bereits viel geforscht worden. Über den Einfluss, den die kolonialen Landwirtschaftsstile (zum Begriff der Landwirtschaftsstile Landsteiner 2012; Langthaler 2012) auf die europäischen hatten, ist kaum etwas bekannt. Hier ist ein Blick auf die Biographien der kolonialen Protagonisten zu werfen, für die die Tätigkeit in den Kolonien häufig nur eine Phase in ihrem Leben darstellte. Als Beispiel soll hier nur der niederbayerische Landwirt Ludwig Gandorfer (1880-1918) angeführt werden – bekannt durch seine Beteiligung an der Novemberrevolution 1918. Bevor er den elterlichen Hof in Pfaffenberg übernahm, hatte er in Deutsch-Ostafrika eine Farm bewirtschaftet. Wie bedeutsam diese Zeit für sein Selbstverständnis war, zeigt sich daran, dass er sein Haus mit Artefakten aus Afrika dekorierte (Miyake 1978). Es entstanden transnationale Identitäten, die sich mental sowohl von den Gesellschaften in den Herkunftsländern wie von denjenigen in den kolonisierten Gebieten unterschieden, was vor allem für katholische Missionare, die sich in der Regel intensiv mit Landwirtschaft beschäftigten, bereits gut untersucht ist (Egger 2015; Hölzl 2021).

Landwirtschaftliche Arbeit war im Fall kolonialer Plantagenwirtschaft von brutaler Gewalt, unzulänglichen Bedingungen und hohen Mortalitätsraten geprägt. Formen unfreier Arbeit finden sich darüber hinaus in weiteren Teilen der Kolonialgeschichte. An vielen Orten versuchten die Eroberer die einheimische Landbevölkerung für sich arbeiten zu lassen. In Lateinamerika teilte die spanische Krone im 16. und beginnenden 17. Jahrhundert Indigene als Arbeitskräfte Privatpersonen zu (so genannte Encomienda) (Bauer 1979; Reinhard 2020: 360). In Afrika kam es im Zuge der Kolonisierung im 19. Jahrhundert überall zu verschiedenen Formen bezahlter und unbezahlter Zwangsarbeit, zu denen auch Trägerdienste gehörten. Auch die Kolonialgeschichte in Afrika zeigt, dass Zwangsarbeit nicht im Widerspruch zur kapitalistischen Moderne steht, sondern dass sie ein Teil von ihrer Geschichte ist (Seibert 2016).

Die Verpflichtung zur Arbeit für die Kolonisatoren entstand nicht nur durch gewaltsamen Zwang, sondern wurde auch durch die Erhebung regelmäßiger Steuern erwirkt. Daneben war die „Erziehung zur Arbeit“ im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert Bestandteil des rassistisch-kulturmissionarischen Diskurses und der deutschen kolonialen Politik. Hier verbanden sich ökonomische Interessen mit dem zivilisatorischen Sendungsbewusstsein: Kolonialpolitik, wirtschaftliche Unternehmen und Mission ergänzten sich (Axster 2018).

Neben der Plantagenwirtschaft bildeten die Farmwirtschaft und der Handel mit Waren aus einheimischer Produktion unterschiedliche Ansätze kolonialer Wirtschaftspolitik. Damit verbindet sich die Frage nach den Handlungsspielräumen und der Handlungsmacht lokaler Akteure: Wie partizipierten sie am Kolonialismus und wie konnten gewisse einheimische Gruppen davon profitieren? Geschichten wie beispielsweise die der Kakaoproduzenten an der Goldküste in Ghana, die mit extensiven Anbautechniken im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert erfolgreich waren, oder Gummi produzierender Kleinbauern zeigen die Handlungsmacht der Kolonisierten auf (Ross 2014).

Es besteht weitgehend Konsens darüber, dass sich Kolonialismus und Imperialismus zum größten Teil sozial und ökologisch negativ auf die kolonisierten Gebiete auswirkten. Das kann darauf zurückgeführt werden, dass Kolonialherrschaft in weiten Teilen als „Beutewirtschaft“ charakterisiert werden kann (Reinhard 2020: 999). Besonders ausgeprägt war diese Haltung während der spanischen Herrschaft in Lateinamerika und ebenso zu Beginn der kolonialen Herrschaft in Afrika. Abenteurer, Entdecker und Händler wollten dort durch die Ausbeutung von Bodenschätzen und Naturprodukten wie Elfenbein oder Kautschuk schnelle Profite machen und schreckten dabei vor der rücksichtslosen Ausnutzung der Arbeit von Indigenen und ihrer Ressourcen nicht zurück.

Allerdings weisen besonders neuere Forschungsarbeiten darauf hin, dass bereits während der Kolonialzeit bei Teilen der kolonialen Verwaltungen, Experten und anderen Akteuren auch andere Ansätze vorhanden waren, nach denen für die kolonialen Ressourcen Sorge zu tragen und sie nach wissenschaftlichen und ökonomischen Kriterien zu verbessern oder nachhaltig zu nutzen seien. Aktuell widmen sich etwa mehrere Forschungsprojekte dem Umgang mit Nutztieren und Viehzüchtern in Deutsch-Südwestafrika/Namibia, Französisch-Westafrika, Madagaskar und Indochina, wo die Viehzucht ein zentrales Element indigener und kolonialer Unternehmungen war. Bestehende Viehbestände und Produktionssysteme galten – genauso wie die afrikanischen Gesellschaften – als verbesserungsbedürftig durch europäische Anleitung. Dazu gehörte die Verbesserung lokaler Tierrassen, die Einführung europäischer Rassen, neue Methoden zur Bekämpfung von Rinderkrankheiten, neue Formen der Tierhaltung sowie neue Strategien der Land- und Ressourcennutzung (Wedekind 2021; Coghe 2021; Zehnle/Kaufmann/König 2021). Andere Konzepte setzten auf eine gelenkte landwirtschaftliche Entwicklung und „Hilfe zur Selbsthilfe“ (Büschel 2014). Die Entwicklungszusammenarbeit während und nach der Dekolonisation im 20. Jahrhundert

konnte unmittelbar daran anknüpfen. Gerade in den 1960er Jahren fand diese zumeist unter den Vorzeichen von Modernisierungskonzepten statt, die sich wiederum an der spezifisch europäischen Entwicklung orientierten. Diese Zielvorstellungen von Fortschritt teilten aber längst nicht alle der Betroffenen, die Kritik zielte und zielt auf die Kontinuität europäischer Bevormundung unter anderen Vorzeichen.

Ähnliches gilt für den Naturschutz, der ebenfalls im 20. Jahrhundert als Antwort auf den Raubbau und ökologische Krisen gefordert und teils umgesetzt wurde – hier wurde wiederum die alteingesessene Bevölkerung häufig nicht involviert oder sogar ausgeschlossen (z.B. Gißibl 2016).

Die Beiträge in diesem Heft

Die vorliegende Ausgabe der ZAA verfolgt das Ziel, den Blick der deutschsprachigen Agrargeschichte um koloniale, außereuropäische und transnationale Phänomene zu erweitern. Damit möchten wir die bereits 2013 von Werner Troßbach und Clemens Zimmermann (ZAA 61:2) festgestellte Notwendigkeit, auch die deutschsprachige Agrargeschichte global zu denken, aufgreifen und um weitere Perspektiven, Themen und Zugänge ergänzen. Die Beiträge des von Zimmermann und Troßbach herausgegebenen Heftes nahmen Transferprozesse von Pflanzen, das damit verbundene Wissen und die Relevanz für die wirtschaftliche Produktion im Europa der Neuzeit in den Blick. Eva Barlösius und Clemens Zimmermann setzten diese globale Perspektive 2016 mit einem Heft über „Global Food“ fort (ZAA 64:2).

Dieses Heft fokussiert auf Landwirtschaft als ein koloniales Handlungs- und Aushandlungsfeld in der Hochphase der kolonialen Weltordnung zwischen 1880 und 1960. Der geographische Schwerpunkt liegt auf Deutschland einerseits und Ostafrika, speziell Tanganyika/Tansania andererseits, wo landwirtschaftliche Aktivitäten stark ausgeprägt waren. Zwischen dem deutschen Kaiserreich und Tanganyika bestanden zwischen 1885 und 1918 koloniale Beziehungen, 1920 übernahm Großbritannien das Mandat des Völkerbundes.

Ein Anliegen war es dabei, verschiedene Perspektiven, Themen und Zugänge aufzunehmen und zusammenzuführen: So verfolgt Karsten Linne in seinem Beitrag zur Ausbildung von Tropenlandwirten in den 1950er bis 1970er Jahren einen politik- und institutionengeschichtlichen Ansatz und geht dabei von einer klassischen europäischen Perspektive aus. Die seit 1898 bestehende deutsche Kolonialschule war 1944 geschlossen worden und wurde 1957 unter dem Namen „Lehranstalt für Tropischen und Subtropischen Landbau“ wiedereröffnet. Hintergrund war ein in der Bundesrepublik entstehendes Interesse an Entwicklungshilfe, das unter anderem auf Wissensvermittlung durch Fachpersonal setzte, das jedoch für den Bereich der „Agrarhilfe“ erst ausgebildet werden musste. Die Entwicklung der Ausbildung in Witzenhausen, so die These Linnes, folgte im Wesentlichen den Vorstellungen der bundesdeutschen Entwicklungspolitik zwischen den 1950er und den 1970er Jahren.

Johann Kirchinger ergänzt in seinem Beitrag zur kolonialen Landwirtschaft der Missionsbenediktiner von St. Ottilien die europäische Perspektive um den Aspekt der Rückflüsse und Rückkopplungseffekte aus dem Missionsgebiet in Ostafrika nach Europa. Auf der Basis missionswissenschaftlicher Publikationen zeigt Kirchinger, wie die Missionsbenediktiner in Ostafrika erstmals eine intensive und rationale Landwirtschaft erprobten, diese als kulturelle Praxis zurück nach Europa transferierten und dort an ihrer Landwirtschaftsschule popularisierten. Denn in den Augen der Benediktiner waren die bayerischen Bauern ebenso wie die Bewohner Ostafrikas zu erziehen. Nives Kinunda und

Samwel Mhajida wiederum rücken die afrikanische Perspektive in den Vordergrund: Die Etablierung kolonialer Herrschaft bedeutete für die indigenen Gesellschaften vor Ort massive Eingriffe und verursachte tiefgreifende Veränderungen der Lebensweise wie der Lebensräume mit ihrer Ressourcenausstattung und Landnutzung: Im südlichen Hochland von Tanganyika/Tansania wurde die Landwirtschaft mit Beginn der deutschen Herrschaft – und fortgesetzt unter britischer Herrschaft – auf die Anforderungen der Kolonialwirtschaft umgestellt, Männer zur Arbeit verpflichtet und Steuern erhoben. Kinundas Beitrag lotet die Handlungsspielräume von Bäuerinnen in dieser Situation aus. Um der Kontrolle des Kolonialstaats zu entgehen, wanderten diese ins Killindi-Village aus. Damit konnten sie gleichzeitig den patriarchalen Familienstrukturen und damit verbundenen Zwängen entkommen. Mithilfe einer Methodenkombination von Oral History und der Auswertung von Archivdokumenten gelingt es Kinunda, eine meist schwer zu fassende Akteursgruppe sichtbar zu machen.

Mhajida zeigt die enormen sozioökonomischen Auswirkungen von kolonialen Grenzziehungen und Landzuteilungen auf die indigenen Gemeinschaften und ihr Verhältnis zueinander in Nord- und Zentraltansania zwischen dem beginnenden 20. Jahrhundert und den 1950er Jahren auf. Sowohl die deutsche als auch die britische Kolonialverwaltung verbanden ein europäisches Konzept von Grundbesitz mit der Vorstellung von ethnisch homogenen Gruppen. Mhajida beschreibt anschaulich, wie die auf Karten eingezeichneten und durch Landgesetze umgesetzten ethnischen Grenzen zu Konflikten führten: einerseits zwischen den Datoga und ihren Nachbarn, vor allem dort, wo Weideland und Wasser knapp waren, und andererseits zwischen der Regierung und den vornehmlich nomadisch lebenden Datoga. Die Beiträge von Kinunda und Mhajida zeigen erneut, dass die Erfahrung der Kolonisierten in der kolonialen Situation über klassische historische Zäsuren hinaus eine hohe Kontinuität aufwies: Mit dem Ersten Weltkrieg endete die deutsche Herrschaft in Ostafrika formal, aber die Briten übernahmen beispielsweise die deutschen Grenzziehungen und auch das britische Landgesetz unterschied sich kaum von dem früheren deutschen. Der Komplex von Herrschaft, Ausbeutung durch Zwangsarbeit und Besteuerung sowie daraus resultierenden (Kultur-)Konflikten blieb für die indigene Bevölkerung bestehen. Demgegenüber bildete die Weltwirtschaftskrise ab 1929 durchaus eine wichtige Zäsur, weil zum Beispiel der britische Kolonialstaat in den 1930er Jahren dazu anhielt, mehr Cash-Crops für den Export herzustellen, um die Auswirkungen der Wirtschaftskrise abzumildern.

Im Forum analysieren Johnny Ibraimo und Christian Herzig Reklamesammelbilder, auf die sie im Archiv der ehemaligen deutschen Kolonialschule in Witzenhausen gestoßen sind. Der Beitrag skizziert, wie sich die Geschichte des Wandels der Ernährung im Zusammenhang mit Globalisierung und kolonialer Politik verdichtet in Sammelbildern widerspiegelt und wie diese dazu beitrugen, ein rassistisches Repräsentationsregime konsumierbar zu machen und zu popularisieren. Gleichzeitig soll der Beitrag das Potenzial agrarhistorischer Lehre und Forschung im Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften verdeutlichen. Denn die Recherche ist im Kontext einer von Studierenden angestoßenen und von Dozierenden unterstützten Initiative zum Erhalt des Fachs Agrargeschichte am Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaft in Witzenhausen entstanden, das bis 2017 von Werner Troßbach vertreten wurde. Seither werden die Neubesetzung der Stelle und die Fortführung seiner sehr geschätzten Lehre als fester Bestandteil des agrarwissenschaftlichen Studiums als dringendes Desiderat angesehen.

Indem sich die Beiträge auf einen relativ eng umgrenzten geographischen und politischen Raum beziehen – Deutschland und Ostafrika –, werden über die ganz unterschiedlichen Perspektiven und Themen hinweg Ansätze einer kontextbezogenen Historisierung möglich, ohne dabei transnationale und längerfristige Entwicklungen aus den Augen zu verlieren.

Gleichzeitig konnten in diesem Heft viele Regionen und Themen nicht berücksichtigt werden: andere Teile Afrikas oder die Südsee, wo ebenfalls Viehzucht, Ackerbau und Plantagenwirtschaft betrieben wurden. Ebenso nicht berücksichtigt sind internationale Kolonialkongresse in Europa und internationale Konferenzen in den afrikanischen Kolonien, die sich mit Fragen der Optimierung, Rationalisierung und Standardisierung der Landwirtschaft befassten. Dies ist als Anregung zu verstehen auch weitere Ausgaben der ZAA dem Thema der kolonialen Landwirtschaft zu widmen, möglicherweise mit konkreten thematischen, zeitlichen oder regionalen Schwerpunkten.

Ausblick

Nahezu das gesamte globale Landwirtschafts- und Ernährungssystem enthält koloniale Spuren. Mit Beginn der europäischen Kolonialexpansion entstanden global vernetzte landwirtschaftliche Produktionssysteme wie der koloniale Zucker-, Baum- woll- oder Kautschukanbau. Seitdem schreiten die Austausch- und Transformationsprozesse in Landnutzung und Ernährungspraktiken weiter fort. Zu beobachten ist eine tendenziell immer stärkere globale Vernetzung von Agro-Food-Systemen und in der Folge Veränderungen der globalen Ernährungsgewohnheiten. Hier zeigt sich, dass eine Kolonialgeschichte der Landwirtschaft auch als Problemgeschichte der Gegenwart zu verstehen ist. Die globale Arbeitsteilung zwischen Agrar- und Industrieländern und die damit verbundene einseitige Spezialisierung auf Cash-Crops für den globalen Nahrungsmittelmarkt haben Abhängigkeiten und große soziale wie politische Ungleichheiten geschaffen, die für die bäuerliche Landwirtschaft in großen Teilen der Welt bis heute problematisch sind. So reicht das Einkommen von Landarbeiter:innen und Bäuer:innen, die für den Weltmarkt auf kleinen Flächen wirtschaften, häufig nicht aus, um die eigene Ernährung und den eigenen Unterhalt zu sichern. Unter dem Schlagwort „Landgrabbing“ wird in der Gegenwart ein Transfer in riesigem Ausmaß von nutzbarem Land an private Konzerne und staatliche Agenturen beschrieben, bei dem Millionen Menschen weltweit den Zugang zu Land verlieren (Baker-Smith/Szocs-Boruss 2016; Hall 2011). Eine Global- und Kolonialgeschichte der Landwirtschaft kann hier ansetzen und die Entstehungszusammenhänge und Entwicklungspfade dieser Problemlagen ebenso wie alternative Entwicklungen aufzeigen. Es ist Zeit, auch die Agrargeschichte zu entkolonialisieren.

Inhaltsverzeichnis

INHALT

Birgit Metzger, Johann Kirchingner
Editorial. Für eine Kolonialgeschichte der Landwirtschaft (7-19)

Johann Kirchingner
Rückkoppelungseffekte. Thesen zur Bedeutung der kolonialen Landwirtschaft für die transnationale Identität der Missionsbenediktiner von St. Ottilien (21-41)

Samwel Mhajida
The Border Lies Here and Beyond: Datoga Pastoral Land Claims in British Northern Tanzania, 1916 to 1950s (43-63)

Nives Kinunda
Farming in Distant Virgin Land: Women Farmers' Techniques of Evading Colonial Administration in Tanganyika, 1920-1960 (65-81)

Karsten Linne

Personelle Engpässe: Tropenlandwirte für die „Entwicklungshilfe“ (83-99)

Forum

Johnny Ibraimo, Christian Herzig

Reklamesammelbilder – Von innovativer Vermarktungsstrategie über Massenmedium zur kolonialen Propaganda (100-119)

Abstracts (120-123)

Rezensionen / Reviews

Christoph-Werner Karl: Krise und Reform. Verwaltung, Eigenwirtschaft und Grundherrschaft des Regensburger St. Katharinenspitals 1747-1809

Johann Kirchinger (124-125)

Leonore Scholze-Irrlitz: Paradigma „Ländliche Gesellschaft“. Ethnografische Skizzen zur Wissensgeschichte bis ins 21. Jahrhundert

Clemens Zimmermann (125-126)

Veronika Settele: Revolution im Stall. Landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland 1945-1990

Barbara Wittmann (126-128)

Franz Xaver Bischof (Hg.): Die Pfarrbeschreibungen der Erzdiözese München und Freising von 1817

Johann Kirchinger (129-130)

Stefan Sonderegger, Helge Wittmann (Hg.): Reichsstadt und Landwirtschaft. 7. Tagung des Mühlhäuser Arbeitskreises für Reichsstadtgeschichte, Mühlhausen 4. bis 6. März 2019

Johann Kirchinger (130-131)

Weitere Hefte ↓

- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 \(2021\), 2: Kolonialismus und Landwirtschaft](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 \(2021\), 1: Krisendiskurse und Zukunftskonzepte in der modernen Landwirtschaft](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 68 \(2020\), 2: Saisonale Arbeitsmigration in der Landwirtschaft](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 68 \(2020\), 1: landlos](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 67 \(2019\), 2: Agrarproduktion und Marktentscheidungen](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 67 \(2019\), 1: Dynamiken auf dem Land – Handwerk, Handel, Kultur – vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit](#)

- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 66 \(2018\), 2: Dörflichkeit und Ländlichkeit](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 66 \(2018\), 1: Bloß Verwaltung? Bürokratien im agrarpolitischen Willensbildungsprozess](#)
- [Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie: ZAA 65 \(2017\), 2: Ländliche Akteure zwischen Protest und Revolution \(18. bis 21. Jahrhundert\)](#)

Zitation

Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 69 (2021), 2. In: H-Soz-Kult, 18.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115927.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

05) Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 60 (2020), 2

Titel der Ausgabe

Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 60 (2020), 2

Zeitschriftentitel

[Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder](#)

Herausgeber

Herausgegeben im Auftrag des Collegium Carolinum von Martin Schulze Wessel, Alfrun Kliems, Frank Hadler, Sheilagh Ogilvie und Martin Nodl

Erschienen

München 2020: [Collegium Carolinum](#)

Erscheint

zweimal jährlich. Je zwei Hefte ergeben einen Band

Url

<https://www.bohemia-online.de/index.php/bohemia/issue/view/215>

Anzahl Seiten

181 S.

Preis

Jahrespreis € 49,80, Einzelheft € 32,80

ISSN

[0523-8587](#)

Kontakt

Institution

Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder

c/o

Dr. Stephanie Weiss, Collegium Carolinum e.V., Hochstr. 8, 81669 München

Von

Stephanie Weiss, Collegium Carolinum Forschungsinstitut für die Geschichte Tschechiens und der Slowakei

Die Bohemia 60/2 (2020) ist kürzlich erschienen. Rezensionen und Abstracts der vier Aufsätze des neuen Hefts sind online zugänglich unter: <https://www.bohemia-online.de/index.php/bohemia/issue/view/215>

Die ersten beiden Aufsätze des aktuellen Hefts eint der Blick auf Historiker und Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus: Karel Hruza setzt sich in seinem Forschungsbeitrag mit Habitus und Generation des in Prag und Wien lehrenden Mediävisten Heinz Zatschek (1901-1965) auseinander. Einblicke in die Verflechtung wissenschaftlicher und politischer Netzwerke gibt auch Jiří Němec mit der Analyse einer – im tschechischen Nationalarchiv erhaltenen – Rundfunkrede des Historikers Hans Joachim Beyer zur Gründung der Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag 1942. In die Nachkriegszeit führt der Aufsatz von Detlef Brandes, in dem er rekonstruiert, wie Wenzel Jaksch durch die tschechoslowakische Staatssicherheit beobachtet und gedeutet wurde. Das bekannte Bild des sudetendeutschen Sozialdemokraten wird so um zahlreiche Facetten ergänzt. Schließlich zeigt die Studie von Daniela Tinková, wie sich in den böhmischen Ländern ab dem späten 18. Jahrhundert der Umgang mit Suizid in strafrechtlichen Normen, dem kanonischen Recht und der Kirchenpraxis wandelte.

Inhaltsverzeichnis

AUFSÄTZE

Hruza, Karel

Ein „Historiker des Unbedingten“? Über Habitus und Generation des Mediävisten Heinz Zatschek (1901-1965)

Nemec, Jirí

Kommentierte Dokumentenedition eines Rundfunkvortrags des Historikers Hans Joachim Beyer 1942 in Prag

Brandes, Detlef

Wenzel Jaksch im Spiegel von Dokumenten der tschechoslowakischen Staatssicherheit 1945 bis 1966

Tinková, Daniela

„Ohne Klang und Gesang“. Entkriminalisierung und Medikalisierung des Suizids in den böhmischen Ländern (1787-1873)

LITERATURBERICHT

Höhne, Steffen: Briefe aus der Restaurationszeit: Zur Edition der Briefe von Bernard Bolzano an seine Familie und an Franz Exner

REZENSIONEN

Schennach, Martin P.: Austria inventa? Zu den Anfängen der österreichischen Staatsrechtslehre (Jana Osterkamp)

Hálek, Jan / Moskovič, Boris: Fenomén Maffie. Český (domácí) protirakouský odboj v proměnách 20. století [Das Phänomen der Maffia. Der böhmisch-tschechische anti-österreichische (Heimat-)Widerstand im Wandel des 20. Jahrhunderts] (Tomás Pánek)

Hutecka, Jirí: Men under Fire. Motivation, Morale and Masculinity among Czech Soldiers in the Great War, 1914-1918 (John Horne)

Lorenz, Astrid / Formánková, Hana (Hgg.): Czech Democracy in Crisis (Burkard Steppacher)

Sommer, Vítězslav / Mrnka, Jaromír / Spurný, Matej: Rídit socialismus jako firmu. Technokratické vládnutí v Československu, 1956-1989 [Den Sozialismus wie eine Firma führen. Technokratisches Regieren in der Tschechoslowakei, 1956-1989] (DarinaVolf)

Mannová, Elena: Minulosť ako supermarket? Sposoby reprezentácie a aktualizácie dejín Slovenska [Vergangenheit als Supermarkt? Wege der Repräsentation und Aktualisierung der Geschichte der Slowakei] (Matthias Melcher)

Cornej, Petr: Jan Zizka. Život a doba husitského válečníka [Jan Zizka. Leben und Zeit eines hussitischen Kriegsmannes] (Thomas Krzenck)

Traxler, Christina: Firmiter velitis resistere. Die Auseinandersetzung der Wiener Universität mit dem Hussitismus vom Konstanzer Konzil (1414-1418) bis zum Beginn des Basler Konzils (1431-1449) (Martin Nodl)

Soukup, Pavel: 11.7.1412. Poprava tří mládencu. Odpustkové bouře v Praze [11.7.1412. Die Hinrichtung dreier junger Männer. Die Ablassunruhen in Prag] (Thomas Krzenck)

Rákosník, Jakub / Spurný, Matej / Staif, Jirí: Milníky moderních českých dejin. Krize konsenzu a legitimacy v letech 1848-1989 [Meilensteine der modernen tschechischen Geschichte. Konsens- und Legitimitätskrisen in den Jahren 1848-1989] (Pavol Jakubec)

Ctvrtník, Mikuláš: Duchové dejiny v kontextu české a evropské historiografie 19. a 20. století [Geistesgeschichte im Kontext der tschechischen und europäischen Historiografie des 19. und 20. Jahrhunderts] (Bohumil Jirousek)

Sustek, Vojtech (Hg.): Atentát na Reinharda Heydricha a druhé stanné právo na území tzv. protektorátu Čechy a Morava. Edice historických dokumentu III [Das Attentat auf Reinhard Heydrich und das zweite Standrecht auf dem Gebiet des sog. Protektorats Böhmen und Mähren. Edition historischer Dokumente III] (Karel Hruza)

Marinelli-König, Gertraud: Die böhmischen Länder in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805-1848). Tschechische nationale Wiedergeburt – Kultur und Landeskunde von Böhmen, Mähren und Schlesien – Kulturelle Beziehungen zu Wien. Teil 4: Religion – Recht – Landeskunde – Politische Ökonomie – Naturwissenschaften und Mathematik; Teil 5: Gesamtregister (Steffen Höhne)

Voleková, Katerina / Svobodová, Andrea (Hgg.): Staročeské biblické predmluvy [Alttschechische Bibelprologe] (Thomas Krzenck)

ABSTRACTS

RÉSUMÉS

RESUMÉ

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DES HEFTES

Weitere Hefte ↓

- [Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 60 \(2020\), 2](#)
- [Bohemia 60 \(2020\), 1:](#)
- [Bohemia 59 \(2019\), 1:](#)
- [Bohemia 59 \(2019\), 2:](#)
- [Bohemia 58 \(2018\), 2: Konfession in Text und Politik](#)
- [Bohemia 58 \(2018\), 1:](#)
- [Bohemia 57 \(2017\), 2:](#)
- [Bohemia 57 \(2017\), 1: Technokratischer Sozialismus](#)
- [Bohemia 56 \(2016\), 2: Perspectives of the Historiography on the First Czechoslovak Republic](#)

Zitation

Bohemia. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der böhmischen Länder 60 (2020), 2. In: H-Soz-Kult, 22.02.2022, www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115912.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

06) Istorija 20. veka 40 (2022), 1

Zeitschriftentitel

[Istorija 20. veka / History of the 20th Century](#)

Herausgeber

Editor in Chief: DRAGOMIR BONDŽIĆ, Institute for Contemporary History, Belgrade, Deputy Editor in Chief: KOSTA NIKOLIĆ, Institute for Contemporary History, Belgrade, Secretary of the Editorial Board: NEBOJŠA STAMBOLIJA, Institute for Contemporary History, Belgrade, Editorial Board: IVANA PANTELIĆ / VLADIMIR PETROVIĆ / RADE RISTANOVIĆ, Institute for Contemporary History, Belgrade, BILJANA ŠIMUNOVIĆ-BEŠLIN, University of Novi Sad, ZORAN JANJETOVIĆ, Institute for Recent History of Serbia, Belgrade, ANDREY EDEMSKI, Institute of Slavic Studies, Russian Academy of Sciences, Moscow, IOAN BOLOVAN, Babeş-Bolyai University, Cluj-Napoca, TETSUYA SAHARA, Meiji University, Tokyo, PAWEŁ WAWRYSZUK, Casimir the Great University, Bydgoszcz, MELISSA BOKOVOY, University of New Mexico, Albuquerque, NIKICA BARIĆ, Croatian Institute for History, Zagreb, RENATO PODBERSIĆ, Study Centre for National Reconciliation, Ljubljana, CATHERINE HOREL, National Centre for Scientific Research, Paris, PETER RADAN, Macquarie University, Sidney

Erschienen

Belgrad 2022: [Institute for Contemporary History / Institut za savremenu istoriju](#)

Erscheint

twice a year

Url

<https://istorija20veka.rs/1-2022/>

Anzahl Seiten

276 S.

ISSN

[E-ISSN: 2560-3647; Print ISSN: 0352-3160](#)

Kontakt

Institution

Istorija 20. veka / History of the 20th Century

Land

Serbia

c/o

Nebojsa Stambolija, casopis@isi.co.rs

Von

Nebojsa Stambolija, Institut za savremenu istoriju

Journal Istorija 20.veka (History of the 20th Century) is continually published twice a year from 1983. Journal considers previously unpublished manuscripts of articles and scholarly contributions whose object is contemporary history of Serbia, former Yugoslavia and the Balkans in European and global context. Articles are expected to be interdisciplinary, based on original archival researches. Journal publishes articles that critically investigate social, cultural, economic and intellectual developments of 20th century. All received manuscripts are a subject to a double-blind external peer review process. In order to be accepted the manuscripts need to be deemed publishable by the editorial board and two anonymous reviewers. Articles are published in Serbian and English, and in other languages should the need arise.

Journal is included in SCOPUS (in 2020, according to SJR, has a Q2 ranking), ERIH PLUS index (European Reference Index for the Humanities and Social Sciences), Central and Eastern European Online Library (CEEOL) and Directory of Open Access Journals (DOAJ). According to the categorization of the Ministry of Education, Science and Technological Development of the Republic of Serbia, since 2021 it carries the category "International Journal (M23)". History of the 20th Century is an Open Access Journal.

Inhaltsverzeichnis

SADRŽAJ / CONTENTS

Stefan Žarić

THE PROBLEM OF THE HISTORIZATION OF 20TH CENTURY SERBIAN FASHION
1920-1980

PROBLEM ISTORIZACIJE SRPSKE MODE U 20. VEKU 1920–1980

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.zar.1-16>

Sali Kadria

A VIEW ON ALBANIAN-YUGOSLAV RELATIONS DURING 1922-1923

POGLED NA ALBANSKO-JUGOSLOVENSKE ODOSE 1922–1923

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.kad.17-38>

Siniša Lajnert

THE STRUCTURE, ACTIVITY AND LIQUIDATION OF THE DANUBE-SAVA VICINAL
RAILWAY STOCK COMPANY DURING THE KINGDOM OF SERBS, CROATS AND
SLOVENES/YUGOSLAVIA

STRUKTURA, DELOVANJE I LIKVIDACIJA DUNAVSKO-SAVSKOG VICINALNOG
AKCIONARSKOG DRUŠTVA ZA VREME KRALJEVINE SRBA, HRVATA I
SLOVENACA/JUGOSLAVIJE

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.laj.39-54>

Ivan M. Becić, Dejan D. Antić

NIŠKA AKCIONARSKA ŠTEDIONICA 1885–1941.

JOINT STOCK SAVINGS BANK OF NIŠ 1885-1941

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.bec.55-72>

Ratomir Milikić

POVLAČENJE JUGOSLOVENSKEG DIPLOMATSKOG OSOBLJA IZ KRALJEVINE
RUMUNIJE 1941. GODINE

WITHDRAWAL OF YUGOSLAV DIPLOMATIC PERSONNEL FROM THE KINGDOM OF
ROMANIA IN 1941

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.mil.73-88>

Vesna Đikanović

SUSRET SA KRALJEM – POSETA KRALJA PETRA II KARADORĐEVIĆA SEVERNOJ
AMERICI I JUGOSLOVENSKI ISELJENICI

MEETING THE KING – VISIT OF KING PETAR II KARADORĐEVIĆ TO NORTH
AMERICA AND THE YUGOSLAV EMIGRES

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.dji.89-106>

Aleksandar Životić

STRAH ILI REALNOST? MOGUĆNOST SOVJETSKE VOJNE INTERVENCIJE U JUGOSLAVIJI 1948–1953.

FEAR OR REALITY? THE POSSIBILITY OF SOVIET MILITARY INTERVENTION IN YUGOSLAVIA 1948-1953

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.ziv.107-128>

Marko B. Miletić

PREDVOJNIČKA OBUKA U JUGOSLAVIJI 1948–1958.

PRE-MILITARY TRAINING IN YUGOSLAVIA 1948-1953

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.mil.129-148>

Kosta Nikolić

UNIJA TRI REPUBLIKE. MIROVNI PLAN ZA BOSNU I HERCEGOVINU IZ 1993. GODINE

UNION OF THREE REPUBLICS. THE PEACE PLAN FOR BOSNIA-HERZEGOVINA IN 1993

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.nik.149-178>

Bojan Dimitrijević

IZRUČENJE SLOBODANA MILOŠEVIĆA HAŠKOM TRIBUNALU 28. JUNA 2001. I VOJSKA JUGOSLAVIJE

THE EXTRADITION OF SLOBODAN MILOŠEVIĆ TO THE HAGUE TRIBUNAL ON 28 JUNE 2001 AND THE ROLE OF THE YUGOSLAV ARMY

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.dim.179-192>

Čedomir Antić

UVOD U ISTORIJSKE STUDIJE KAO UNIVERZITETSKI PREDMET U BEOGRADU
INTRODUCTION TO HISTORICAL STUDIES AS A COURSE AT THE UNIVERSITY OF BELGRADE

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.ant.193-212>

Petar S. Ćurčić

SLIKA JOSIPA FRANKA U HRVATSKOJ ISTORIOGRAFIJI I PUBLICISTICI: PREGLED DOSADAŠNJIH INTERPRETACIJA

JOSIP FRANK'S IMAGE IN CROATIAN HISTORIOGRAPHY: OVERVIEW OF PREVIOUS INTERPRETATIONS

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.cur.213-232>

Danilo Kovač

A CASE STUDY COMPARING GOOD PRACTICE IN THE USE OF PEDAGOGICAL RESOURCES IN HOLOCAUST EDUCATION IN ENGLAND AND REPUBLIKA SRPSKA
STUDIJA SLUČAJA KOJA UPOREĐUJE DOBRE PRAKSE U KORIŠĆENJU PEDAGOŠKIH RESURSA U OBRAZOVANJU O HOLOKAUSTU U ENGLJSKOJ I REPUBLICI SRPSKOJ

<https://doi.org/10.29362/ist20veka.2022.1.kov.233-251>

Weitere Hefte ↓

- [Istorija 20. veka 40 \(2022\), 1](#)
- [Istorija 20. veka 39 \(2021\) 2](#)
- [Istorija 20. veka 39 \(2021\), 1:](#)

Zitation

Istorija 20. veka 40 (2022), 1. In: H-Soz-Kult, 20.02.2022,
www.hsozkult.de/journal/id/z6ann-115754.

Copyright (c) 2022 by H-NET, Clio-online and H-Soz-Kult, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact hsk.redaktion@geschichte.hu-berlin.de.

Teil II Politische Themen, Inhaltverzeichnis

Seiten A I bis A IV

Themen global, die uns auch bewegen

Seiten A 1 - A 10

- 01) Der heiße Kampf um Eurasien hat begonnen
- 02) Schwab's Lenin-Büste als Hinweis auf die kommunistische Natur des „Great Reset“
- 03) Matrix: Auferstehung oder Untergang? Von Krešimir Džoić

Sonderthema Corona-Pandemie

Seiten A 11 - A 12

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Wanderungen und Einwanderungen

Seite A 13

Keine Berichte!

Länder weltweit - im Überblick: Politische Themen

Seiten A 14 – A 34

- 01) Sonderausgabe vom 28.02.2022: Russland/Ukraine – Was in der Schweiz und anderswo berichtet wird
- 02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde (20.02.2022)
- 03) Amazon streicht „Black Lives Matter“-Organisation von seiner Wohltätigkeitsplattform
- 04) „Olympischer Geist“ sorgt für beschleunigte Annäherung zwischen Russland und China. Von JURY TAVROVSKY

Länder außerhalb Europas: Politische Themen

Seiten A 35 – A 38

- 01) Erdoğan's neo-osmanische Ambitionen wenden sich nach Osten

Europa, Europa und die Welt: Politische Themen

Seiten A 39 – A 62

- 01) Aber warum eigentlich die NATO?

Europäische Union (EU) (Seiten A 42 bis A 62)

- 02) Ökologischer Irrsinn wegen „Vorbildwirkung“: Minister laden Elektroautos mit mobilen Diesel-Generatoren

- 03) „Antimuslimischer Rassismus“: Europarat schlägt vor, die Geschichte des „Islams in Europa“ zu lehren...
- 04) Brüssel: Ugandischer Außenminister lässt Ursula von der Leyen ohne Begrüßung stehen
- 05) Dramatischer Anstieg der EU-Agenturen gefährdet unsere Eigenstaatlichkeit!
- 06) Polen, Ungarn...Und bald auch Frankreich? Manifest für ein Bündnis der Konservativen im Europäischen Parlament.
Von David Engels und Krzysztof Tyszka-Drozdowski
- 07) Warnhinweise für Alkohol: EU droht zur Erziehungsdiktatur zu verkommen
- 08) Protokoll des Euro-Geldbetruges

Mitteleuropa: Politische Themen

Seite A 63

Keine Berichte

Deutschland und nahe Staaten: Politische Themen

Seiten A 64 – A 109

- 01) „Kriegsverbrecher?“
- 02) Wann wacht Putin endlich auf?
Offener Brief von 2.000 russischen Wissenschaftlern und Wissenschaftsjournalisten – Liste der aktuell 2.000 Unterzeichner (Stand: 26.02.2022, 10 Uhr MEZ)
- 03) Putin? „Er fährt zur Hölle“. Von Ed Koch, paperpress
- 04) Sonntag, 27. Februar 2022: Historische Reden im Deutsche Bundestag.
Von Ed Koch, paperpress
- 05) Meinungswende für die Ukraine: Waffenlieferungen und SWIFT
Von Ed Koch, paperpress
- 06) Abholbereit: 5.000 Helme für die Ukraine. Von Ed Koch, paperpress
- 07) Solidarität mit der Ukraine. Von Ed Koch, paperpress
- Nationalhymne der Ukraine**
- 08) Neue Zeitrechnung. Von Ed Koch, paperpress
- 09) #standwithukraine: Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch lädt gemeinsam mit der Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg aus Steglitz-Zehlendorf zu einer Gesprächsrunde ein
- 10) BA Charlottenburg-Wilmersdorf: Solidarität mit unseren Partnern in der Ukraine
- 11) Offener Brief: Steglitz-Zehlendorf ist solidarisch mit Charkiw
- 12) On sdela! eto - Ja, er hat es getan! Von Ed Koch, paperpress
- 13) Genderwahn immer irrer: Deutsche Botschaft nennt Muttersprache „Elter-1-Sprache“. Von MEINHARD MÜLLER
- 14) UPDATE: Frauenquoten-Grüner löst im Bundestag heftige Kontroversen
Aus

- 15) Gutmenschen-Wahn: Jetzt ist das Völkerballspiel dran – „fördert Mobbing und Rassismus“
- 16) Aus für's Deutsche Fräuleinwunder: Keine Junge Dame – Feministische Außenpolitik im Kampfmodus

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

- 17) Österreichs „Position“ im Ukraine Konflikt – kein Ende der Blamagen in Sicht

Ostmitteleuropa: Politische Themen

Seiten A 103 – A 141

Polen (Seiten A 107 – A 115)

- 01) Neues polnisches Gesetz soll Schüler vor LGBT-Indoktrination schützen, hat jedoch einen Haken
- 02) Demontage der nationalen Souveränität. Wird Polen nach dem Urteil des EuGH endlich Schlussfolgerungen ziehen? Von Jakub Majewski

Tschechien (Seite A 116)

- 03) Sturmtief kappt Stromleitungen und behindert Bahnverkehr

Ungarn (Seiten A 117 – A 147)

- 04) Russland-Ukraine-Krieg: Ungarn blockiert Waffenlieferungen für die Ukraine
- 05) Orban öffnet Grenzen für ukrainische Flüchtlinge
- 06) Ukraine-Krieg: Humanitäre Hilfe durch Ungarn – Ukrainisches Sprach-Diskriminierungsgesetz – SPENDENAUFBRUF
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 07) Greift der CIA gegen Orban in die ungarischen Wahlen ein?
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 08) Ukraine-Krise: Klare Absage Orbans an Kriegs-Eskalation der ungarischen Linken UPDATE: Fake-News „The Guardian“
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 09) DPA-Fakenews: Will Orban aus der EU austreten?
Gastkommentar von IRÉN RAB
- 10) Besuch des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro in Budapest
- 11) Ungarischer Block-Oppositionsführer: „Wir vertreten Faschisten und Kommunisten“ – Negerwitze.
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 12) Ungarischer Ministerpräsident Orban startet Youtube-Kanal
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
- 13) Orbáns Rede zur Lage der Nation: Orbán kritisiert Brüssel und die Linken

S l o w e n i e n (Seiten A 148 bis A 153)

- 14) Slowenischer Premier Janša in Lendava: Slowenien und Ungarn werden gute Beziehungen ausbauen

S e r b i e n (Seiten A 154 bis A 158)

- 15) Interview mit Aleksandar Djurdjev (Serbien): "Wir sind Vorposten gegen die Islamisierung Europas"

Osteuropa: Politische Themen

Seiten A 142 – A 149

R u s s l a n d (Seite A 142 - A 191)

- 01) Fehler im Informationskrieg: Russische Staatsagentur feiert irrtümlich Sieg über die Ukraine
02) Putin autorisiert militärische Operation im Donbass, um Ukraine zu „entmilitarisieren und denazifizieren“
03) Wladimir Putin zur Lage der Nation: „Die Angelegenheit ist sehr ernst...“

U k r a i n e (Seiten A 192 – A 240)

- 04) Krieg in der Ukraine
Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet am 01. März 2022
05) Ukraine: Links-rechte ungarische Block-Opposition als Kriegstreiber – Orban als Friedensvermittler UPDATE
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
06) EILT: Ukraine stimmt Verhandlungen mit Russland zu – Russland besteht auf „entmilitarisierter, neutraler Ukraine“
07) Ukraine-Konflikt: Flüchtlingsstrom erreicht Ungarn – Dramatische Situation der ungarischen Minderheit UPDATE
Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
08) Der gereizte russische Bär schlägt zu – die wichtigsten Infos – UPDATE
09) Ursula Stenzel: Analyse zum Krieg Russland/Ukraine
10) Lesehinweis an einem schwarzen Tag: Reden von Putin und Zelens´kyj
11) Der eisige Wind nackter Machtpolitik weht uns ins Gesicht und vertreibt letzte Illusionen: Von Chefredakteur Dieter Stein, Junge Freiheit
12) Dr. Norbert van Handel – Zum Ukraine Problem
13) „Moskau will keine Feindseligkeiten mit der Ukraine, sondern diplomatische Zugeständnisse“ – Interview. Interview mit Vladyslav Kovalchuk
14) Russische Außenamts-Sprecherin bittet westliche Medien um weiteren Invasions-Termin: "will Urlaub planen"
15) Russland – Ukraine: Ernüchterung statt Aufatmen.
Von URSULA STENZEL

16) Ukraine – erstes Aufatmen – Kriegsgefahr gebannt
Von URSULA STENZEL

Südosteuropa: Politische Themen

Seiten A 241

Keine Berichte

Süd- und Westeuropa: Politische Themen

Seiten A 242 – A 245

Frankreich (Seiten A 242 bis A 245)

- 01)** Französische Diplomatie unter Macron: fünf Jahre Ohrfeigen, fünf Jahre Schande
- 02)** Éric Piolle: Bürgermeister von Grenoble ist für Tragen von Kopftüchern, um „den Druck auf die Körper zu beenden“. Von Marie Delarue

Nordwest- und Nordeuropa: Politische Themen

Seite A 246

Keine Berichte!

Impressum

Mit Bildern unserer Geschäftsstelle in Berlin-Steglitz

Karte Großgliederung Europas/Begriff „Ostmitteleuropa“

2 Karten zur Geschichte Westpreußens

Westpreußen in Physisch-geographischen Karten

Karte des Königreichs Preußen und Karte der Provinz Westpreußen von 1871/78 – 1920

Seite A 247

Seite A 247

Seite A 248

Seite A 249

Seite A 250

Seite A 251

01) Der heiße Kampf um Eurasien hat begonnen

27. 02. 2022



Seit jeher geht es den Seemächten (England und die USA) um die Beherrschung des Herzlandes dieses Planeten, nämlich Eurasien. Es wurden zwei Weltkriege orchestriert, um die dominanten Landmächte Eurasiens (Deutschland und Russland) aufeinander zu hetzen, damit sich diese Mächte gegenseitig abschlachten. Insbesondere ein Bündnis Deutschland mit Russland wäre für die Seemächte katastrophal.

Man erinnere sich, wie z.B. Weltkrieg I eingefädelt wurde:

Am Anfang stand der unaufgeklärte Mord am österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand. In der Folge ließ sich der schon senile Kaiser von Scharfmachern wie beispielsweise Konrad von Hötzendorf zu einer Kriegserklärung gegen Serbien hinreißen. Pikant daran war, dass Franz Ferdinand ein Kriegsgegner war und dass unter seiner Herrschaft, die ja kurz bevor stand, von Österreich-Ungarn ganz sicher kein Krieg ausgegangen wäre. Dieser Mann musste also erst beseitigt werden, damit sich die Tore zur Hölle öffnen konnten. Dadurch wurde Russland als Verbündeter Serbiens in den Konflikt hineingezogen. Russland war wieder mit Frankreich verbündet. Eigentlich war es ein Defensivbündnis gegen Deutschland, das seinerseits mit Österreich-Ungarn verbündet war. Der Zar war ein Gegner eines Krieges gegen Deutschland und musste erst mühsam von diesem Unterfangen „überzeugt“ werden. Den Mobilmachungsbefehl, der die ganze unglückselige Verkettung hin zum Ersten Weltkrieg auslöste, nahm er sogar wieder zurück, wurde aber von seinen Beratern „überzeugt“, dass es jetzt kein Zurück mehr gäbe. Am Vortag, vor diesem

Seite A 2 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

unglückseligen Mobilmachungsbefehl wurde der Zar noch vom französischen Staatspräsidenten Raymond Poincaré besucht und offenbar auf Linie gebracht. Das Ergebnis ist bekannt.

Es ist völlig ungeklärt, wer die „Berater“ im Hintergrund steuerte, die die Herrschenden zu diesen katastrophalen Entscheidungen drängten. Der australische Autor Christopher Clark bezeichnete die Regierenden damals als „Schlafwandler“, die scheinbar in den Krieg hineintaumelten.

Die russische Revolution wurde durch eine eigenartige Zusammenarbeit des deutschen und amerikanischen Geheimdienstes auf Schiene gebracht. Die deutsche Seite transportierte Lenin per Zug nach Sankt Petersburg, die amerikanische Seite steuerte Lev Bronstein alias Leon Trotzky per Schiff bei. Beide waren mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet, die erst die revolutionäre Propaganda und später den bewaffneten Aufstand ermöglichten.

Das Sowjetregime erfreute sich nach dessen Sieg im Bürgerkrieg wieder der amerikanischen Unterstützung (siehe z.B. das Buch von Anthony Sutton *Wall Street and the Bolshevik Revolution*). Beispielsweise wurde die Elektrifizierung Russlands von General Electric durchgeführt. Später gab es auch munteren Support für den Aufbau der russischen Rüstungsindustrie, die Stalin mit Devisen bezahlen musste, die durch den Verkauf von, den ukrainischen Bauern geraubten Getreide Erlöst wurden. Dies führte dann zum Holodomor mit etwa 6 Millionen verhungerten Ukrainern, der an dieser Stelle bereits diskutiert wurde (siehe unser-mittleuropa.com/ukrainekrise-was-wirklich-dahintersteckt/).

Parallel dazu wurden auch die Nazis von den Amerikanern hochgepäpelt. Auch das ist im Detail in einem Buch von Sutton (*Wall Street and the Rise of Hitler*) dargestellt. Eine wesentliche Rolle spielte in diesem Support der Deutsch-Amerikaner Ernst („Puzzi“) Hanfstaengl (de.wikipedia.org/wiki/Ernst_Hanfstaengl).

Der Kriegsausbruch wurde wieder erfolgreich orchestriert, in dem die Westmächte Polen Unterstützung gegen Deutschland zusicherten, die sie allerdings nicht einhielten. Wesentlich für den Polenfeldzug Hitlers war der Hitler-Stalin Pakt, ohne dem der Polenfeldzug unmöglich gewesen wäre. Stalin ließ Hitler erst gegen Polen und später gegen Frankreich in der Hoffnung freie Hand, dass sich beide Seiten in einen langen Stellungskrieg wie im Weltkrieg I ausbluten würden und die Sowjetunion als „Friedensbringer“ ganz Europa im Anschluss überrennen könne.

Während Europa sich also in zwei Weltkriegen verblutete, stieg die USA zur dominanten Supermacht auf. Ihre Stellung verfestigte sich danach durch den „Kalten Krieg“ durch die Gründung der NATO, die anfangs ein Verteidigungsbündnis gegen den Warschauer Pakt war.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion schien die USA ihrem Ziel, den eurasischen Kontinent zu beherrschen, einen großen Schritt näher. Man glaubte allen Ernstes, dass man Russland jetzt unterwerfen könne. Unter Jelzin kam man auch damit gut voran. Als für Russland klar wurde, wohin die Reise geht, wendete sich mit Präsident Putin das Blatt.

Wesentlich in der Marginalisierung Russlands ist, dass Russland die Ukraine als Einflussosphäre verliert. Der US-Politikberater Zbigniew Brzezinski schrieb in seinem Buch *“The Great Chessboard”*: Ohne die Ukraine ist Russland keine Großmacht mehr! Die USA arbeitete deshalb seit Langem an der Herauslösung der Ukraine aus dem russischen Orbit.

Ein wesentlicher Meilenstein dazu war der Maidan-Putsch: Victoria Nuland (Mrs. Fuck the EU) gab zu, dass Amerika den Regime-Change in der Ukraine mit 5 Milliarden Dollar subventioniert hatte.

In diesem Zusammenhang ist auch die irrwitzige „Energiewende“ zu sehen. Damit soll den öl- und gasproduzierenden Ländern, allen voran Russland, längerfristig das Wasser abgegraben werden. Letztlich geht es dabei um nicht weniger, als um den Regime-Change in Russland selbst und damit zurück zu Verhältnissen wie in der Jelzin-Ära.

Mit dem Wunsch der Ukraine, der NATO beizutreten wurde für Putin eine rote Linie überschritten, da die NATO seit dem Zerfall des Warschauer Paktes natürlich alles andere als ein Verteidigungsbündnis ist. Man erinnere sich beispielsweise an den Krieg der NATO gegen Serbien. Wodurch hatte Serbien die NATO bedroht? Einzelne NATO-Mitglieder beteiligten sich 2011 an der Bombardierung Libyens. Wodurch bedrohte Gaddafi die NATO? Diese Beispiele lassen sich endlos fortsetzen (Afghanistan, Irak,...). Wesentlich ist, dass sich dieses „Verteidigungsbündnis“ das Recht herausnimmt, die eigenen moralischen Paradigmen Anderen notfalls mit Krieg aufzuoktroyieren.

Man kann sich jetzt an dieser Stelle sicher streiten, welche anderen Handlungsoptionen außer Krieg Putin noch gehabt hätte. Hier soll nur überlegt werden, welche Motive hinter diesem gravierenden Schritt stecken.

Offenbar hält Putin die gegenwärtige Situation für günstig, seine Probleme mit der Ukraine mit einem Krieg zu lösen. Die Gründe dafür sind folgende:

1. Durch die unsinnigen „Energiewende“ in Deutschland verstärkt sich vorerst die Abhängigkeit Europas vom russischen Erdgas. Wenn jetzt von einem Ausschluss Russlands aus dem SWIFT-System die Rede ist, so muss man sich schon fragen, wem da am meisten geschadet wird. Ohne russischen Gas ist der Zusammenbruch des Stromnetzes in Europa nicht mehr aufzuhalten. Bei diesem Gerede dürfte es sich nur um Propaganda handeln. Entweder kommt dieser Ausschluss gar nicht, oder es gibt für Russland Möglichkeiten, ihn heimlich still und leise zu umgehen.
2. Die Corona-Pandemie hat die Verwundbarkeit Europas durch die Lieferketten offenbart. Käme es zu einem offenen Krieg zwischen Russland und der NATO, so wäre es für Russland ein Leichtes mit einigen Atom-Ubooten eben diese Lieferketten von Asien nach Europa massiv zu stören. Sobald einmal einige Containerschiffe versenkt würden, würden die Versicherungsprämien für diese Schiffe explodieren. Die Folgen für die europäische Wirtschaft sind absolut unvorhersehbar. Wichtige Güter wie z.B. Computerchips könnten zwar per Luftfracht transportiert werden, aber die Preise würden explodieren. Dies dürfte der Hauptgrund dafür sein, dass an eine militärische Unterstützung der Ukraine derzeit nicht zu denken ist.
3. Das Potential für eine galoppierende Inflation ist sowohl in Europa, als auch in Amerika sehr hoch, wie an dieser Stelle bereits ausgeführt wurde (siehe unser-mitteuropa.com/protokoll-des-euro-geldbetruges/). Käme es zu massiven Produktionsausfällen und in der Folge zu Preissteigerungen, würde vor allem die EZB die Geldschleusen noch weiter öffnen, was dann endgültig zu einem Währungskollaps führen würde, der dann auch das Ende der EU wäre.
4. China unterstützt Russland in der Ukrainefrage, da anderenfalls das „Verteidigungsbündnis“ irgendwann an der chinesischen Grenze steht.

Aus diesen Gründen hat Putin derzeit in der Ukraine freie Hand. Ob er damit Erfolg hat, steht auf einem anderen Blatt.

Das Gefährliche an der gegenwärtigen Situation ist, dass es für beide Seiten um die Existenz geht:

Scheitert Putin mit seinem Krieg in der Ukraine, hätte er endgültig die Ukraine in die NATO hineingetrieben, mit allen Konsequenzen. Wahrscheinlich wäre das das Ende seiner Präsidentschaft. Hat Putin Erfolg, so ist das für die Geopolitik der USA ein Desaster, das das Ende der Weltmachtstellung der USA einläuten würde. Dies wäre für die USA mehr als nur eine Niederlage in einem Krieg. Ohne die Rolle der USA als Weltsupermacht würde der Dollar sofort implodieren. Man darf nicht vergessen, dass das summarische Außenhandelsdefizit der USA derzeit bei 14 Billionen Dollar liegt. Anders ausgedrückt heißt das, dass die Welt der USA so quasi als Tribut an den Hegemon Waren liefert, womit dann Schluss wäre.

Für die Ukraine kann nur ein Bekenntnis zur Neutralität die Lösung sein. Falls die russischen Truppen siegen sollten, ist es dazu zu spät.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Schwab's Lenin-Büste als Hinweis auf die kommunistische Natur des „Great Reset“

24. 02. 2022



Aufmerksame Beobachter erkannten in einem der unzähligen Interviews, die der „World-Economic-Gründer“ Klaus Schwab derzeit zu seinen „Zukunftsvisionen“ gibt, dass in seinem Arbeitszimmer eine Büste des Bolschewiken-Führers und Begründers der Sowjetunion, Wladimir Iljitsch Lenin, stand. Was zunächst seltsam anmuten mag, macht jedoch Sinn, denn die Pläne Schwabs und der Weltelite, die teils unter seinem Einfluss steht, sind durch und durch kommunistischer Natur. Zudem dürfte es kein Zufall sein, dass die Büste Lenins in Sichtweite positioniert wurde. Es ist ein Zeichen dafür, dass mittlerweile mit offenen Karten gespielt wird.

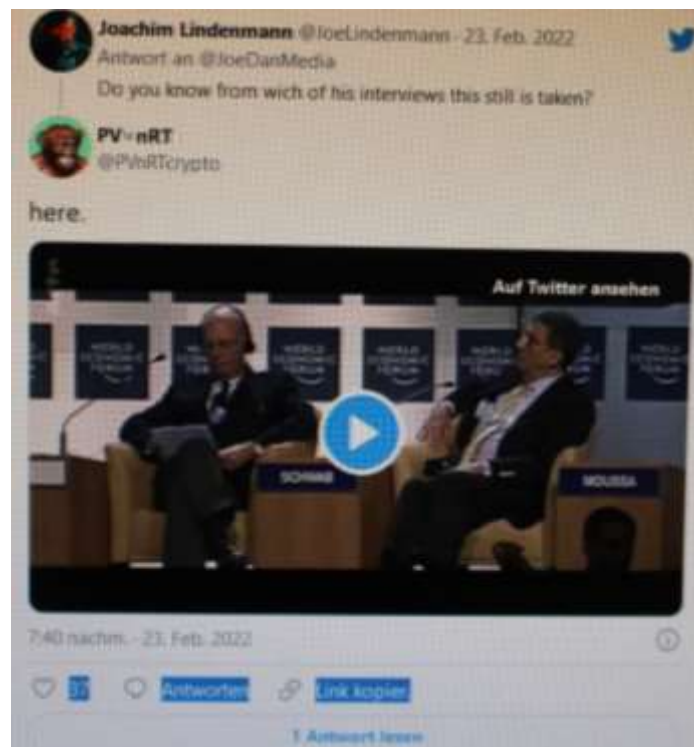
Lenins Kampf gegen Tradition und Religion

Was Klaus Schwab nämlich von sich gibt, von der Abschaffung des Privateigentums und dem Kampf gegen Kapitalismus, bis hin zur Entmenschlichung allen Tradiertem in Form des Transhumanismus, könnte auch aus der Feder Lenins stammen. Denn der Kommunist führte bekanntlich einen rücksichtslosen Kampf gegen Eigentum, Familie und Religion. Ehe und Eltern-Kind-Bindung wurden ebenso unter seiner Herrschaft in Russland dämonisiert („der Staat ist dein Vater“), wie Kirchen und Religionsausübung verboten wurden. Jegliche Moral wurde durch einen bedingungslosen Staatsglauben ersetzt.

Natürlich wurde auch die politische Opposition nach der Machtübernahme rasch und brutal eliminiert, allen voran die Anarchisten. An die Stelle einer Opposition trat ein noch nie dagewesenes Spitzelwesen, dass das soziale Leben bald vollständig vergiftete. Am Ende der Herrschaft Lenins standen Millionen an Toten, die der politische „Umwälzungsprozess“ – vom Zarentum hin zur kommunistischen „Utopie“ – mit sich brachte.

All das kommt uns im Westen, nicht zuletzt seit der Etablierung der Corona-Regime, erschreckend vertraut vor. Und somit schließlich sich der Kreis zwischen den globalistischen Plänen und Vorhaben von Klaus Schwab und Konsorten und den Ideen und Taten ihrer Vordenker wie Lenin. Man blicke nur nach Kanada, in die EU, nach Australien oder in die USA. Die Verschmelzung von politischer Oligarchie mit einem abhängigen und destruktiven Staatskapitalismus (Korporatismus) sowie die Etablierung eines globalen Sozialkreditsystems, samt digitaler Komplettüberwachung, sind nur die Spitze des Eisbergs dieser „neo-kommunistischen“ Dystopie.

https://twitter.com/PVnRTcrypto/status/1496555527895138311?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1496555527895138311%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_c10&ef_url=https%3A%2F%2Funser-mitteuropa.com%2Fschwabs-lenin-bueste-als-hinweis-auf-die-kommunistische-natur-des-great-reset%2F



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Matrix: Auferstehung oder Untergang?

Von Krešimir Džoić

20. 02. 2022



Laut Ross Douthat, einem amerikanischen Konservativen und katholischen Kolumnisten der New York Times, befindet sich die westliche Gesellschaft in einer Phase reifer Dekadenz. Die Bevölkerung ist alt, wirtschaftliche Probleme sind häufiger geworden, und die Technik, auf die sich viele verlassen, bringt keine revolutionären Lösungen hervor und ist meist nur ein Flicker auf einer tiefen Wunde. Die öffentliche Meinung ist geschwächt, die Gesellschaft ist in immer kleinere Teile zersplittert, und Institutionen, Organisationen und Parteien, die einst als Treffpunkte dienten, sind heute nur noch ein schwacher Schatten der Vergangenheit.

Auch die Kultur stagniert. Wir sehen dies in einem der populärsten Kulturmedien unserer Zeit – dem Film. In den letzten zehn Jahren waren Filme über Comic-Superhelden die beliebteste und finanziell erfolgreichste Nische. Jahr für Jahr kommen Filme in die Kinos, in denen neue alte Charaktere mit Superkräften in neuen bunten Anzügen mit ein paar witzigen Witzen und exzessivem Einsatz von Computeranimationen ein paar Schurken verprügeln.

Spiderman hat seine dritte Version in weniger als 20 Jahren erlebt. Dieselben Geschichten werden wiederholt und nur neu verpackt, während der Inhalt derselbe bleibt. Zum Beispiel war die neue Star Wars-Trilogie eine fast vollständige Wiederholung der ursprünglichen Trilogie, mit der Hauptfigur, deren Leben auf einem Wüstenplaneten begann, mit riesigen Waffen, die Planeten zerstören, und schließlich demselben Bösewicht: Imperator Palpatine. Es ist so schwer, sich einem Zeitgeist zu entziehen, dass selbst der großartige Film Joker von 2019 es schwer gehabt hätte, Erfolge und Auszeichnungen zu finden, wenn er nicht einen beliebten Comic-Bösewicht als Hauptfigur gehabt hätte.

Die Matrix als Kritik der modernen Gesellschaft

„Matrix“ war einst ein revolutionärer Film. Es war ein Film, der geschickt Themen über neue Techniken wie das Internet, populäre Philosophie (die Hauptfigur des Films, Neo, als wäre er aus Joseph Campbells *The Hero with a Thousand Faces* herausgefallen) verwendet und natürlich gut stilisiert Kung-Fu-Actionsszenen einsetzte. Die Matrix ist eine moderne Allegorie von Platons Höhle, wobei die Höhle als moderne Technik dargestellt wird. Als die erste Matrix herauskam, waren unsere modernen digitalen Meister wie Amazon und Google noch kleine Gören, und Begriffe wie die virtuelle Welt und intelligente Maschinen waren der breiten Öffentlichkeit noch wenig bekannt.

Die Macher von „Matrix“ webten zudem sehr fantasievoll eine Kritik an der modernen Gesellschaft in den Film ein. Das Verlassen der Matrix wird gleichgesetzt mit einer Rebellion gegen Büroarbeit, hohe graue Wolkenkratzer und eine amorphe Masse, die morgens aufwacht, um täglich acht Stunden Leben dem System zu überlassen. Die Hauptschurken des Films sind schlaue Maschinen, aber tatsächlich ist es die Realität selbst, personifiziert in ordentlichen Männern mit unscheinbaren Namen, gekleidet in dunkle Anzüge: Agenten. Der Agent ist überall, kann sich jederzeit materialisieren und für Konformismus und Ordnung sorgen. Der Agent ist unzerstörbar, weil er Teil des Systems ist, und seine Niederlage ist nur vorübergehend, weil er in der Lage ist, jedes Individuum innerhalb des Systems zu übernehmen und von vorne zu beginnen.

Jemand, der sich der wahren Natur der Matrix bewusst ist, muss Zeit innerhalb des Systems mit großer Vorsicht verbringen, da das System jederzeit in der Lage ist, einen tödlichen Gegenangriff auszuführen. Rebellion gegen die Matrix garantiert keine dauerhafte Verbesserung. Diejenigen, die daraus hervorgegangen sind, haben vielleicht die Freiheit erlangt, aber sie müssen ihr Leben auf einer von Atomwaffen verwüsteten Erde und einem ewig verdunkelten Himmel verbringen, in Angst, versteckt in den Ecken intelligenter Maschinen.

Religiöse und philosophische Einflüsse in der Matrix

Rebellion stellt nur eine weitere Phase des Leidens und Kampfes dar, und ihr Preis wird am besten durch den Bösewicht aus dem ersten Film repräsentiert: Cypher. Cypher ist nur ein weiterer Mann, der aus der Matrix geflohen ist, aber für ihn ist der Preis, außerhalb des Systems zu leben, eine große Qual, und er möchte daher unbedingt zu einem, wie er sagt, viel angenehmeren Leben zurückkehren. Und im Film ist dieser Unterschied visuell offensichtlich: Innerhalb der Matrix sind die Charaktere in auffallend elegante Mäntel gekleidet und besitzen außergewöhnliche körperliche Stärke; Außerhalb der Matrix sind sie in Lumpen gekleidet und sehen kränklich aus.

Der Film enthält Motive aus den großen Weltreligionen, die für die meisten Menschen leicht verständlich sind, insbesondere eine ketzerische Form des Christentums, die dem Gnostizismus und buddhistischen Einflüssen nahe steht. Die Hauptfigur Neo heißt im zivilen Leben Thomas Anderson: Thomas als „untreuer Thomas“, ein Apostel, der nicht an die Auferstehung Christi glaubte, und Anderson als Andreassohn oder Menschensohn (griechisch andros – Mann), da er manchmal auch Jesus Christus anspricht. Die Anspielung auf Christus während des Films wird deutlicher, wenn Neo übermenschliche Fähigkeiten erwirbt, wie zum Beispiel die Fähigkeit, Tote zu erwecken.

Andererseits sind auch die Einflüsse östlicher Religionen groß. Im Film erfahren wir, dass die Ereignisse in der Matrix in Zyklen ablaufen, Neos außergewöhnliche Fähigkeiten und

Umgebung sind nur eine Wiederholung der Vergangenheit. Die endgültige Flucht aus dem zyklischen System stellt nicht den Erwerb übernatürlicher Kräfte dar, sondern liegt in der freien Wahl des Einzelnen, der bewussten Ablehnung und Überwindung der Gesetze des Systems.

Die Matrix war also ein Phänomen. Technik, Pop-Philosophie und Kritik an der modernen Lebensweise verband der Film gekonnt, genug, um den Philosophen in jedem Nerd zu wecken. Der Film weckte auch das Interesse von Berufsphilosophen, nicht nur der breiten Masse.

Erweiterungen, die des Originals unwürdig sind

Aber während der erste Film der Trilogie ein großartiges, abgerundetes Ganzes war, waren es die anderen beiden Filme nicht. Es gibt einen deutlichen Qualitätsverlust. Sie brachen die goldene Regel „Don't say, show!“, und die spektakulären Actionszenen wurden zu einer Bedeutung für sich, anstatt ein Indikator dafür zu sein, welchen Herausforderungen Neo gegenübersteht.

Ende 2021 wurde die Matrix von einer Trilogie zu einer Tetralogie erweitert. In den fast achtzehn Jahren seit dem (vor)letzten Film hat sich viel verändert. Die im ersten Film gezeigte Technik war damals ein absolutes Novum und den Massen unbekannt, heute ist sie aus dem Leben nicht mehr wegzudenken. Was beim ersten Film noch Terra incognita war, ist heute so etwas wie das morgendliche Sockentragen.

Und die Regisseure haben gewechselt. Was früher die Brüder Larry und Andy Wachowski waren, präsentieren sie sich heute als Schwestern Lana und Lily Wachowski. Die neue Fortsetzung von The Matrix wurde nur von Lana (ehemals Larry) Wachowski inszeniert. Rückwirkend wurde die Filmtrilogie als Metapher für Transgender-Erfahrungen gefeiert und das Herauskommen aus der Matrix mit einer Geschlechtsumwandlung gleichgesetzt.

„Recycled“: *Matrix* in neuem Gewand

Was bringt der neue Film „Matrix: Resurrections“ dem Publikum? Fast nichts. Der Film ist ein klassisches Beispiel in der Einleitung zu der bereits erwähnten Douthat-These über die Ermüdung der modernen Welt, in der alte Ideen aus der Mottenkugel geholt und versucht werden, sich mit etwas frischer Farbe als neu, frisch zu verkaufen.

Der Film beginnt interessant und erinnert an den alten Glanz der Serie. Er kam am 22. Dezember, drei Tage vor Weihnachten, in die Kinos, während der erste Film der Trilogie am 31. April, vier Tage vor Ostern 1999, in die Kinos kam. Nach den Symbolen im Film zu urteilen, ist dies kein Zufall.

Aber abgesehen von dieser Symbolik ist nichts in dem Film frisch und neu. Die alten Charaktere sind zurück, einige jedoch mit einem neuen Gesicht (Laurence Fishburne als Morpheus und Hugo Weaving als Agent Smith wurden durch jüngere Schauspieler ersetzt). Und die Handlung ist der der alten Trilogie sehr ähnlich, sodass der neue Film fast eine komprimierte vorherige Trilogie in einem Film ist.

Der Film selbst gibt zu, dass es sich nur um einen Geldraub handelt. In einer Szene zu Beginn des Films spricht nämlich Neo als Videospieldesigner mit Agent Smith, der jetzt sein Chef ist, und Smith sagt ihm, dass der einzige Grund, warum sie das alte Franchise (Computerspiele) weiterentwickeln, darin besteht Warner Bros. (Produktionshaus hinter Matrix) erfordert.

Eine weitere Flucht aus der Matrix

Der Film beginnt mit Neo, der heute ein preisgekrönter Videospieldesigner ist. Aber er hat das Gefühl, dass nicht alles stimmt. Er interessiert sich für eine mysteriöse verheiratete Frau, Trinity, und wird gleichzeitig von schwachen Erinnerungen an Ereignisse aus einem vergangenen Leben (oder früheren Filmen) gequält, die möglicherweise passiert sind oder nicht. Die Umgebung versichert ihm, dass alles in Ordnung ist, und es gibt auch den Analytiker, einen Psychiater, der ihn mit blauen Pillen und ein wenig Gespräch davon überzeugt, dass er sich das alles nur einbildet.

Aber die Dinge wenden sich schnell, als eine neue Gruppe von Rebellen in die Matrix eindringt, Neo aus der Simulation holt und ihn überredet, die Rebellion anzuführen. Neo kehrt zu The Matrix zurück, um seine unerwiderte Liebe Trinity aus der Simulation herauszuholen. In einem Konflikt mit dem Analysten (der sich als neuer Programmleiter der Matrix herausstellt) gewinnt Neo und beschließt zusammen mit Trinity (die ebenfalls übermenschliche Fähigkeiten annimmt), die Matrix nach seinen Wünschen neu zu ordnen.

Der Film ist, wie bereits erwähnt, hauptsächlich eine Nacherzählung von zuvor gesehenen Themen und Ideen. Interessante Ideen wie die Matrix in der Matrix oder der Bürgerkrieg zwischen intelligenten Maschinen wurden nur am Rande erwähnt und später im Film völlig vergessen.

Eine weitere feministische Fantasie?

Mehrere subtile linke Kommentare sind in den Film eingewoben. Gleich zu Beginn zeichnet sich eine Metaszene ab: Neo arbeitet an der Entwicklung eines neuen Computerspiels, das eine Fortsetzung vergangener Spiele (sprich: Filme) sein soll, und dabei entwickelt sich eine lebhaft Diskussions darüber, was Matrix eigentlich ist darstellt. Einige sagen, dass es Actionsszenen darstellt, andere Philosophie usw. An einer Stelle gibt es jedoch einen Kommentar, dass tatsächlich einige Ideen aus der Matrix „gestohlen“ oder „unbefugt übertragen“ wurden. Gemeint sind „rote Pillen“, ein Begriff, der im aktuellen rechten Netzwerkdiskurs eine besondere Bedeutung hat.

Ebenso tauchen im Film ein paar weniger subtile Kommentare auf. Zum Beispiel hält das System Trinity in der Matrix gefangen, indem es ihr die Rolle der Mutter von zwei Kindern zuweist. Der Name ihres Mannes ist Chad, und die Trennung von der Matrix symbolisiert auch ihre gewaltsame Trennung von Chad. Der aufmerksame Beobachter kann die Tatsache nicht übersehen, dass alle Bösewichte im Film weiße Männer sind (in Machtpositionen, wie eine unserer Schauspielerinnen hinzufügen würde) und dass die meisten „Guten“ dunkelhäutige Menschen sind. Die Travestie ist der Film in der letzten Szene, in der der Analyst (natürlich ein weißer Mann) auf die Nase geschlagen wird, nachdem er ein paar moderne „sexistische“ Aussagen gemacht hat.

Und so haben wir aus dem einstigen Kultklassiker Matrix eine explizit feministische Fantasie bekommen, die den bodenständigen Interessen der Regisseurin dient, ohne einen Funken des kreativen Eifers des ersten Films. Wie Ross Douthatt sagen würde, sind Filme vielleicht das beste Beispiel für Dekadenz. Einst erfolgreiche und interessante Ideen wurden so oft neu verpackt, dass sie zu einem unpersönlichen Industrieprodukt geworden sind, das in jedem größeren Geschäft zu finden ist. Die neueste Matrix wirkt wie ein alternder Boxer, der unvorbereitet und unglücklich auf das Feld kam, nur um etwas Geld aufzutreiben.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VOKATIV](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*Das Thema Corona-Pandemie wird von uns nicht mehr bearbeitet!
Siehe hierfür die Beiträge von „Unser Mitteleuropa“:*

<https://unser-mittleuropa.com/>

Spenden

Für jede Spende (PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! In diesem Fall geben Sie uns bitte eine Lieferadresse bekannt, unter:

unser-mittleuropa@protonmail.com

10 Euro Spende	12 Aufkleber
20 Euro Spende	30 Aufkleber
40 Euro Spende	100 Aufkleber
100 Euro Spende	250 Aufkleber

Größere Mengen auf Anfrage

Möchten Sie uns via Banküberweisung unterstützen, finden Sie folgend unsere Kontodaten:

New Network Communications
IBAN: PL52 1020 2472 0000 6602 0609 1252
BIC: BPKOPLPW

Vielen Dank!



Für jede Spende (PayPal oder Banküberweisung) ab € 10.- erhalten Sie als Dankeschön auf Wunsch ein Dutzend Aufkleber portofrei und gratis! [Details hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/spenden/>

Für Bestellungen unseres neuen Aufklebers „Impfzwang“ klicken [Sie hier.](#)

<https://unser-mittleuropa.com/sticker-aktion/>



Auf Anregung unserer impfskeptischen Leser:
SONDER-EDITION „IMPFZWANG“

30 runde Aufkleber
9,5 cm Durchmesser

€ **19,⁹⁰** inkl. Porto

Jetzt mit einem [Klick](#) bestellen ...
... und per PayPal, Kreditkarte oder Banküberweisung bezahlen.

**Limitierte
Auflage**

Keine Berichte!?

01) Sonderausgabe Russland/Ukraine – Was in der Schweiz und anderswo berichtet wird

28. 02. 2022



Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell

Belarus – Lukaschenko garantiert Selenskij nicht in die Ukraine einzumarschieren.

•Lukaschenko gewinnt Referendum am 27.2. und darf bis 2035 regieren. SRF.ch

Bulgariens – Präsident Rumen Radev sagte, sein Land bereite sich darauf vor, mehr als 4000 Bulgaren aus der Ukraine zu evakuieren. Zudem sei man bereit, auch andere ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen. SRF.ch

Deutschland – Die Lufthansa bereitet sich auf einen Ansturm der Passagiere vor und will die Corona-Flaute hinter sich lassen.DW.de

•Kriegskanzler Scholz genehmigt 100 Mrd. € für die Bundeswehr. Statt russischem Gas mehr AKW und Kohle. Waffen um 1 Mrd. für die Ukraine. Unbeschränkte Einreise von Ukrainern in die EU – Ausweis genügt – und Aufenthalt für ein Jahr, automatische Arbeitserlaubnis und Reisefreiheit.

• Verbot von RT und Sputnik.

- Russische Banken verlieren Konzession. SRF.ch

EU – Fast alle Mitglieder sperren Luftraum für russische Flugzeuge. NPO.nl Von der Leyen möchte Ukraine sofort in der EU. SRF.ch

Finnland – Russland hat am 25.2. von „ernsthaften militärischen und politischen“ Auswirkungen gewarnt, wenn Finnland sich nach der Invasion der Ukraine für einen NATO-Beitritt entscheidet. VESTI.ru

Frankreich – Die russische Expansion sei schon länger im Gang, sagt Michel Eltchaninoff (52), der französische Philosoph und Buchautor mit russischen Wurzeln. Das Anerkennen der Separatistengebiete in der Ostukraine bloss die logische Folge. In seiner Rede am 21.2. habe Putin klar gemacht, dass er die Ukraine nicht anerkenne. Der nächste Schritt sei wohl, dass das Land aufgeteilt werde. Der Osten der Ukraine werde über kurz oder lang Teil Russlands – mit einem Reststaat Ukraine in der Mitte und im Westen. Ist Putin dann am Ziel? Wohl kaum, sagt Eltchaninoff, der selber zwei Jahre lang in Moskau als Angestellter der französischen Botschaft gelebt hat. «Putin hat eine Langzeitlogik. Bis 2036 kann er Präsident bleiben, er kann also noch viel umsetzen. «In Putins Kopf» heisst das Buch von Michel Eltchaninoff. Was ist dieser Putin für ein Mensch? Ein Möchtegern-Zar, ein Imperialist? Er sei ein bisschen von allem: Zar, wenn man die Spanne seiner Regierungszeit anschau – Imperialist, wenn man die Art, wie er politisiere anschau, so Eltchaninoff. Faktisch habe er Elemente aus der russischen Geschichte genommen und diese zu einer neuen Logik zusammengebaut. Putin kritisiert das Revolutionäre in der Sowjetunion, will aber die Erinnerung an ihre Eroberungsgeschichte wachhalten. Er mischt Ideen aus der Sowjetzeit mit jenen aus der Zarenzeit. Michel Eltchaninoff geboren 1969 in Paris, hat nach seiner Dissertation in Philosophie ein wissenschaftliches Werk zu Dostojewski verfasst. Er ist stellvertretender Chefredakteur des »Philosophie Magazine« (FR). Michel Eltchaninoff: «In Putins Kopf. Die Philosophie eines lupenreinen Demokraten». Klett-Cotta, aus dem Französischen von Till Bardoux, 192 Seiten, Broschiert, ISBN: 978–3-608–50231-2 SRF.ch

Georgien – Sanktionen gegen Russland werden abgelehnt. BBC.uk

Indonesien – Erdbeben der Stärke 6.2 erschüttert Sumatra. SRF.ch

Island – Nach einer Reihe von anderen Ländern hebt auch Island alle Corona-Beschränkungen auf. Sowohl die im Inland geltenden Massnahmen als auch die Beschränkungen bei der Einreise fallen ab 25.2.weg. SRF.ch

Israel – lädt jüdische Flüchtlinge aus Ukraine ein. KR.il

Italien – Italien schliesst Russland für den EBU Eurovision Song Contest in Turin aus. NPO.nl

Moldau – Wegen des russischen Angriffs auf die Ukraine hat das Nachbarland Moldau den Ausnahmezustand ausgerufen. Dies gelte vom 24.2. an für 60 Tage, entschied das Parlament in der Hauptstadt Chisinau in einer Sondersitzung. Die Abgeordneten haben die Anordnung einstimmig unterstützt. Massendemonstrationen werden untersagt, und die Regierung kann «unerwünschte Personen» des Landes verweisen. Die pro-westliche Ministerpräsidentin Natalia Gavrilita sagte, allein am 24. seien mehr als 4'200 Flüchtlinge aus der Ukraine ins Land gekommen. Viele wollten weiter in die EU, aber mehr als 100 hätten in Moldau Asyl beantragt. SRF.ch

Niederlande – 150 Soldaten der Luftbrigade in Assen fliegen nach Rumänien zu einer Übung im Grenzgebiet zur Ukraine. Sie brechen am 28.2. auf. Die Übung sollte in Deutschland stattfinden, wurde aber wegen der russischen Invasion nach Rumänien verlegt, sagt Major Roel van de Wiel von der Königlich Niederländischen Luftwaffe. NPO.nl

Österreich – Die europäische Tochtergesellschaft der staatlichen russischen Sberbank steht vor dem Bankrott, teilte die Europäische Zentralbank am Montag mit, nachdem Sanktionen gegen Moskau für seine Invasion in der Ukraine verhängt worden waren. Die Sberbank Europe AG mit Hauptsitz in Österreich und Niederlassungen in Kroatien und Slowenien habe „erhebliche Einlagenabflüsse als Folge der Auswirkungen geopolitischer Spannungen auf die Reputation erfahren“, so die EZB. „Die Europäische Zentralbank (EZB) hat festgestellt, dass die Sberbank Europe AG und ihre beiden Tochtergesellschaften in der Bankenunion, die Sberbank dd in Kroatien und die Sberbank banka dd in Slowenien, aufgrund einer Verschlechterung ihrer Liquiditätssituation ausfallen oder wahrscheinlich ausfallen werden“, Das teilte die EZB in einer Stellungnahme mit. „Die Bank ist wahrscheinlich nicht in der Lage, ihre Schulden oder andere Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu bezahlen“, fügte sie hinzu. Die beiden grössten russischen Banken, Sberbank und VTB, wurden am Donnerstag von harten US-Sanktionen ins Visier genommen, die darauf abzielten, ihre Fähigkeit, international Geschäfte zu tätigen, einzuschränken. Die Sberbank Europe AG, die sich zu 100 % im Besitz der russischen Muttergesellschaft der Bank befindet, hat auch Tochtergesellschaften in Bosnien und Herzegowina, Tschechien, Ungarn und Serbien, die nicht unter die Zuständigkeit der EZB fallen. ORF.at

Polen – Das ist die Heimat der grössten ukrainischen Gemeinde mit mehr als einer Million Mitgliedern und das am einfachsten von Kiew aus zu erreichende EU-Land. Viele der Flüchtenden kamen am 24.2. am Grenzübergang Medyka an. Einige hatten Gepäck dabei, andere nicht. Unter ihnen waren auch Kinder. Polen bereitet nach Angaben der Regierung zudem einen Sanitätszug für den Transport verwundeter Ukrainer vor und hat eine Liste mit Kliniken zur Aufnahme von Verletzten erstellt. Zudem wurden Aufnahmestellen für Flüchtlinge in der Nähe von Grenzübergängen eingerichtet. SRF.ch

Rumänien – Präsident Klaus Iohannis erklärte, sein Land sei bereit, bei Bedarf humanitäre Hilfe zu leisten. SRF.ch
●Über 190'000 ungarische Staatsbürger mit Wohnsitz in Rumänien sind bei den ungarischen Parlamentswahlen am 3. April wahlberechtigt.MR.hu

Russland – Die russische Invasion in der Ukraine hat Auswirkungen auf den Sport. Wir verschaffen Ihnen untenstehend einen Überblick vom 25.2.. Die Uefa streicht St. Petersburg als Austrichter des CL-Finals und verlegt internationale Spiele von russischen und ukrainischen Teams auf neutralen Boden. In der Formel 1 haben die Entscheidungsträger den für Ende September angesetzten GP Russland aus dem Programm gekippt. Die FIS krebst zurück und sagt alle Wintersport-Wettkämpfe in Russland bis zum Saisonende ab. Manchester United trennt sich von Sponsor Aeroflot. Im Eishockey hat sich Jokerit Helsinki von den KHL-Playoffs zurückgezogen. Im Biathlon bricht das ukrainische Weltcup-Team die Saison ab. Wintersport: FIS streicht alle Events in Russland.
●Die meisten Menschen stimmen zu, dass der Westen Russland Böses will. Das ist das, was Putin bedient. Er sagt nicht, dass die Ukrainer böse seien, sondern dass dort ein vom Westen unterstütztes Regime an der Macht sei, und dass der Westen die Ukraine sozusagen zu einem Anti-Russland machen möchte. Das will er wieder ändern. Wenn er dieses Narrativ durchsetzen kann, kann er sich der Unterstützung vieler Menschen sicher sein. Aber wenn es in der Ukraine sehr viele zivile Opfer gibt, kann ich mir vorstellen, dass die Stimmung kippt

- Russische Kriegskasse 650 Mrd. US\$. SRF.ch Demos im ganzen Land. ORF.at
- Kreml Webseite von Hackern ausgeschaltet am 26.2.NPO.nl Auch Lufthansa schliesst sich Boykott an. 82 Länder sperren für Aeroflot, folgende Länder noch angefliegen: AM AZ BY CN HK HR CU CY EG GR HU IN ID IR IL JP KZ KG KR LB MV MD MN ME NO PT RO RU (Überflug UA verboten) RS ES LK TH TR AE US UZ VN – DW.de
- British Petrol, Norwegischer Pensionsfonds verlässt Russland. Schweiz friert Konten ein.
- In der Nacht zum 27.2. hatte auch Russland seinen Luftraum für Flugzeuge aus einer Reihe von EU-Staaten geschlossen. Nach einer Mitteilung der russischen Luftfahrtbehörde dürfen Maschinen aus Lettland, Estland und Litauen sowie Slowenien nicht mehr über russisches Territorium fliegen, wie die Agentur Tass berichtete. Dies sei eine Reaktion auf entsprechende Schritte dieser Staaten. SRF.ch

Schweiz – Die Schweiz könnte nun doch Sanktionen gegen Russland beschließen. Das deutete Bundespräsident Ignazio Cassis am Sonntagabend in einem Fernsehinterview an. Es sei „sehr wahrscheinlich“, dass die eidgenössische Regierung am Montag der EU folgen und beschließen werde, russische Vermögenswerte in der Schweiz einzufrieren.

Noch am Freitag hatte der schweizerische Bundesrat dies abgelehnt. Die Regierung des Landes hatte zwar den Einmarsch Russlands in der Ukraine „aufs Schärfste“ verurteilt. Dennoch wollte die Schweiz die EU-Sanktionen nicht übernehmen sondern sich damit begnügen, eine Umgehung der Sanktionen über das Staatsgebiet zu verhindern.

Cassis hatte den Beschluss mit der „rechtlichen und politischen Neutralität handeln“ der Schweiz begründet. Ziel sei es, „Kanäle für Verhandlungen offenzulassen“. Der Bundespräsident, der in der Regierung gleichzeitig das Außenamt leitet, wollte die Schweiz als Vermittler ins Spiel bringen. [HANDELSBLATT.com](https://www.handelsblatt.com)

●Erdöl, Metalle oder auch Getreide: Die Schweiz ist weltweit einer der wichtigsten Handelsplätze für Rohstoffe. Rund 1/3 des ganzen Ölhandels wird in der Schweiz abgewickelt. Die weltweit grössten Rohstoffhändler haben ihre Konzernsitze in der Schweiz. Bekannte Namen sind Glencore im Kanton Zug oder Gunvor in Genf. Inzwischen dürfte der Rohstoffhandel 4.8 % des Schweizer BIP ausmachen. «Der Sektor ist viel grösser als zum Beispiel der Tourismus. Und er ist ähnlich gross wie der Finanzsektor.» Der Schweizer Rohstoffhandel sei dank des Schweizer Finanzplatzes gewachsen, diese Nähe zum Finanzplatz hilft dem Rohstoffhandelsplatz. Dieser kommt so viel einfacher an Kapital. Zwei Handelsplätze also, die historisch zusammen gewachsen sind. Die Schweiz hatte schon früh im 19. Jahrhundert Firmen, die sich multinational aufstellen mussten. »Denn: Die Schweiz war als kleines Binnenland immer benachteiligt bei den Handelsströmen. Dadurch musste sie sehr rasch eine Infrastruktur entwickeln, um eben den Handel hier zu finanzieren. Und so hat sich die Schweiz zur bedeutenden Drehscheibe entwickelt für Rohstoffe und Vermögen – auch russische. Zum Beispiel werden laut den Experten rund 80 % des russischen Ölhandels über die Schweiz abgewickelt. Russland ist ein sehr grosser Exporteur von Rohstoffen und logischerweise spielt dann die Schweiz als Handels- und Finanzplatz dafür ebenfalls eine bedeutende Rolle. Sollte die Schweiz aber russische Händler mit Sanktionen belegen, besteht die Möglichkeit, dass sie auf andere Handelsplätze ausweichen.

●Der weltweit grösste Zement und Baustoffkonzern Holcim hat im vergangenen Jahr kräftig zugelegt. Der Umsatz stieg 2021 um 16 % auf 26.83 Milliarden Franken. Auch der Betriebsgewinn kletterte nach oben und erreichte 4.61 Mrd. Franken.

●Kann man Fasnacht feiern, wenn in Europa Krieg ist?

●Swiss fliegt vorerst weiterhin nach Russland. Aktuell führe Swiss ihre Flüge nach Russland regulär durch und nutze auch den russischen Luftraum weiter, Zuvor hatten die Swiss-Muttergesellschaft Lufthansa und deren Tochter Austrian Airlines erklärt, den russischen Luftraum für zunächst sieben Tage nicht mehr nutzen zu wollen.SRF.ch

Slowakei – Regionalregierung Region Košice (Kaschau) habe rund 2'000 Betten für die Unterbringung von Flüchtlingen vorbereitet. Zudem seien rund 60 Fitnessstudios für die Aufnahme der Menschen gerüstet. An der slowakischen Grenze bildeten sich lange Staus. Verteidigungsminister Jaroslav Nad sagte, man werde bis zu 1'500 Soldaten an die Grenze zur Ukraine schicken und zusätzliche Grenzübergänge einrichten. SRF.ch

Thailand - US-F-35-Kampfflugzeuge werden diese Woche auf einer Flugshow in Singapur ausgestellt und wetteifern um potenzielle Kunden in einer volatilen Region. Aber Washington wird seine fortschrittlichsten Kampfflugzeuge nicht an irgendjemanden verkaufen. Mehrere wichtige US-Verbündete haben bereits F-35, darunter Südkorea, Australien und Japan, und Singapur wird folgen. Der nächste in der Reihe ist Thailand, Amerikas langjähriger Vertragspartner in Asien. Aufgrund der engen Beziehungen zu China ist die Genehmigung von Washington unwahrscheinlich. RTWS.th

Tschechien – sagte Hilfe zu. Im Land leben 260'000 Ukrainer. Die Tschechische Bahn bot Waggons mit 6.000 Sitz- und Schlafplätzen an, um bei Bedarf bei der Evakuierung von Menschen zu helfen. Der tschechische Präsident Miloš Zeman, der bislang eher mit der Regierung Moskau sympathisierte, nannte den russischen Präsidenten Wladimir Putin am 24.2. einen «Verrückten».SRF.ch

•Tschechen mit einem Konto bei einer russischen Bank heben am 25.2. in grosser Panik ihre Guthaben ab. BBC.uk

Türkei – Erdogan hat russischen Militärschiffen verboten, vom Schwarzen Meer in Richtung Ukraine einzulaufen. TRT.tr

Ukraine – Ein Machtwechsel in der Ukraine vor mehr als acht Jahren hat den Konflikt mit Russland entfacht. Seitdem verschärfte sich die Krise der Nachbarn immer weiter. Nach UNO-Schätzungen sind bisher mehr als 14'000 Menschen gestorben, die meisten in den Separatistengebieten. Ein Rückblick: Dezember 2013: Hunderttausende Ukrainer protestieren in der Hauptstadt Kiew gegen Präsidenten Viktor Janukowitsch, weil seine Regierung das Partnerschaftsabkommen mit der EU kippte. Der Unabhängigkeitsplatz (Majdan) wird zum Symbol. Februar 2014: Janukowitsch wird bedroht und flieht nach Russland. Rechtsextreme öffnen seine Villa fürs Volk. Moskau besetzt militärisch die ukrainische Schwarzmeerhalbinsel Krim. März 2014: Russland hält ein international überwacht Referendum auf der Krim ab und gliedert sie als Landesteil ein. Die USA und die EU verhängen Sanktionen gegen Moskau. April 2014: In der ostukrainischen Region Donbass rufen die von Moskau unterstützten Separatisten die «Volksrepublik Donezk» aus, Lugansk folgt. Das westliche Verteidigungsbündnis Nato setzt seine militärische Zusammenarbeit mit Russland aus. November 2014: Die ostukrainischen Separatisten lassen erstmals eigene Parlamente wählen. Kiew verurteilt das. Dezember 2014: Die Nato will dauerhaft Soldaten im Osten der Allianz bereithalten. Zudem wird eine schnelle Eingreiftruppe aufgestellt – mit heute bis zu 40'000 Soldaten. Juli 2017: Die prorussischen Separatisten in Lugansk und Donezk rufen einseitig ihren neuen Staat «Kleinrussland» aus. September 2017: Das Assoziierungsabkommen der Ukraine mit der EU tritt in Kraft. März 2018: Nachdem Nord Stream 1 bereits seit 2011 Gas von Russland durch die Ostsee bis nach Deutschland transportiert, beginnen die Arbeiten an der Ostseepipeline Nord Stream 2. November 2018: In den Separatistengebieten abgehaltene Wahlen werden international nicht anerkannt. Juni 2019: Erste russische Pässe werden in den von Separatisten kontrollierten Teilen der Donbass-Region ausgegeben. April 2021: Moskau zieht Truppen im Grenzgebiet zur Ostukraine zusammen und droht mit einem militärischen Eingreifen. Die Militärdoktrin Russlands lässt eine Intervention zum Schutz seiner Staatsbürger im Ausland zu. September 2021: Das milliardenschwere russische Prestigeprojekt Nord Stream 2 ist fertiggestellt. Die Pipeline soll künftig 55 Mrd.m³ Gas pro Jahr nach Deutschland liefern. Im November setzt die Bundesnetzagentur ihr Verfahren zur Freigabe vorläufig aus. 21.2.: Putin erkennt die selbst ernannten Volksrepubliken Lugansk und Donezk als unabhängige Staaten an, tags darauf stimmt auch die Staatsduma zu. Zudem sollen russische Soldaten

in die ostukrainischen Separatistengebiete entsandt werden. 22. 2. USA und EU sowie Verbündete verhängen Strafmassnahmen gegen Russland. So legt Berlin die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 für unbestimmte Zeit auf Eis. Die Sanktionen zielen etwa auf Banken, Geschäftsleute und Entscheidungsträger, die die Politik Putins mittragen. Der Präsident selbst steht nicht auf der Liste. 23.2.: Der ukrainische Sicherheitsrat kündigt die Ausrufung des Ausnahmezustands für das gesamte Land für 30 Tage an. 24.2.: Wladimir Putin ordnet einen Einsatz des russischen Militärs in den Regionen Lugansk und Donezk offiziell an. SRF.ch •Finanzierte die US Botschaft den Euromajdan zum Regimechange und verteilten sie Waffen? [Kla.tv](#)

- Nächtliche Ausgangssperre in Kiew 22–07 Uhr. Keine ÖV. Ukraine bricht diplomatische Beziehungen mit Russland.

- Sperrzone von Tschernobyl wurde unter die Kontrolle des russischen Militärs gebracht.

- Kiews Bürgermeister Vitali Klitschko (50) hat die Brücken sprengen lassen. Viele Bürger schlafen und leben in den U-Bahnstationen und -schächten und in Bunkern. 25'000 Bürger haben Maschinengewehre ausgefasst. Selenskij harrt in Kiew (ca 850 km², 3 Mio Ew.) aus. RUI.ua

- Angeblich hat er von USA 1 Mrd. US\$ am Konto. SNA.ru

- Niederlande und Tschechien liefern Waffen zum Abschuss von Hubschraubern ins Kriegsgebiet, aber wie hinbringen?. ORF.at

- Selenskij soll Friedensgespräche mit Putin am 26.2. akzeptiert haben. Putin für Minsk, Selenskij für Warschau.VESTI.ru Der Westen rechnet mit 5 Mio. Flüchtlingen. Coronakontrollen?NPO.nl

- 26.2. Wir sehen an verschiedenen Fronten taktische Vorstösse der russischen Armee, die zurückgeschlagen worden sind und die Russen haben angeblich bis zu 3'000 Mann Verluste erlitten, 200 Mann sind in ukrainische Gefangenschaft geraten. Es ist kein Durchmarsch, wie ihn sich die Russen offenbar erhofft hatten.

- Männer bis 60 dürfen Land nicht verlassen. SRF.ch

- Länder, die sich an russischem Besitz vergreifen, müssen mit Beschlagnahme ihres Besitzes rechnen. BBC.uk 26.2. Ausgangssperre in Kiew 17- 08 Uhr. ORF.at

- Panzer sind Spritffresser – woher nehmen? Russen haben hier einen grossen Vorteil.

- Selenskij-Macron-Michel EU-Mitgliedschaft für Ukraine jetzt sofort gefordert. ORF.at Auch Deutschland schickt Waffen und stimmt SWIFT „für einige Banken“ zu, was Selenskij nicht ausreichend findet.

- In der Nacht zum 27. zerstören Russen Gasleitung bei Charkow, Ö raffinerie bei Kiew, Geschoss schlägt ein bei Behälter mit radioaktivem Abfall.

- Ankara und Baku fordern Friedensgespräche, man einigt sich auf das Niemandsland zwischen Ukraine und Belarus. BBC.uk

- Elon Musk öffnet Satelliteninternet für Ukraine. [KFAR.us](#)

- 1000 Rubel = 11 Franken Aktien stürzen ab.

- Coronaexplosion in Kiew. Spitalkrise. SRF.ch Die Ukraine, die bereits mit Covid und Polio zu kämpfen hat, ist zunehmenden Gesundheitsbedrohungen ausgesetzt. Die Ukraine hat ihren höchsten Anstieg bei Covid-Fällen hinter sich und arbeitet seit Oktober daran, einen Polio-Ausbruch zu kontrollieren. Die Ukraine hat ihren bisher grössten Anstieg bei Covid-Fällen hinter sich – laut einer Bilanz von NBC News erreichte ihr Sieben-Tage-Durchschnitt am 10. Februar einen Rekord von 37.408. Bis zum 15. Februar waren weniger als 40 % der Bevölkerung geimpft. Kontrollieren die Europäer ausreichend die Flüchtlinge? [NBC.us](#)

Ungarn – Einige Menschen kamen über die Grenzübergänge Tiszabecs und Beregsurany nach Ungarn. Manche waren mit Autos unterwegs, andere zu Fuss und mit Koffern. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der eigentlich gute Beziehungen zu Putin pflegt, verurteilte das Vorgehen Moskaus. Er erklärte, Ungarn werde humanitäre Hilfe für die Ukraine vorbereiten und sei bereit, Flüchtlinge aufzunehmen. Zehntausende Ukrainer arbeiten in der Slowakei und in Ungarn, wo eine grosse ethnische Minderheit von etwa 140'000 Ukrainern unmittelbar hinter der Grenze lebt. SRF.ch

USA – Betrug nimmt zu. Wie die Krypto-Kunst zur Goldgrube für Kriminelle wurde. Der Handel mit sogenannten NFTs versprach eine Revolution des Kunstmarkts. Die Utopie ist der Ernüchterung gewichen.

●Oberster Gerichtshof der USA. Biden nominiert Afroamerikanerin für Supreme Court. Ketanji Brown Jackson(51), empfohlen vom Anwalt von George Floyd (Black Lives) SRF.ch

●Selbst die vom Westen bisher verhängten Sanktionen wurden von Russland selbst als kompensierbar eingestuft und haben keinerlei Bedenken ausgelöst. Auch dass US-Präsident Biden für das ukrainische Volk, das konkrete Massnahmen und Schritte erwartet hatte, nur „beten“ wolle, hat bei der Mehrheit der Bevölkerung grosse Enttäuschung hervorgerufen. Wie schon im Fall Georgiens zeigen die westlichen Staaten erneut wenig Unterstützung. TRT.tr

●Die Vereinigten Staaten und 26 europäische Länder schicken Hilfe in die Ukraine. Die Hilfe besteht aus Waffen und Munition, einschliesslich der zweihundert von den Niederlanden geschickten Flugabwehrraketen. Deutschland schickt Waffen und ein Feldlazarett. NPO.nl Die Konservativen schieben die Verantwortung für die Eskalation rund um die Ukraine dem aktuellen US-Präsidenten zu. SRF.ch

Vatikan – Papst Franziskus hat am 25.2. die russische Botschaft am Heiligen Stuhl besucht VR.va

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Was in der Schweiz und anderswo berichtet wurde 20.02.2022

20. 02. 2022



Telldenkmal mit Bronzestatue von Richard Kissling und Hintergrundbild von Hans Sandreuter in Altdorf (Kanton Uri, Schweiz) · Foto: Xproua / Wikimedia CC 3.0

Im Internetradio mitgehört und mitgeschrieben von Wilhelm Tell
Afrika hört nicht zu. Das Verhältnis mit Europa ist belastet. Das zeigt sich im Vorfeld des Gipfels zwischen der Europäischen und der Afrikanischen Union. In Afrika schaut man sich nach anderen Partnern um, vor allem im Osten. Mehrfach wurde der Gipfel zwischen der Afrikanischen und der Europäischen Union verschoben. Nun warb die EU für das Treffen mit grossen Worten: Milliardeninvestitionen in Afrikas Infrastruktur, eine erneuerte, tiefere Beziehung soll daraus entstehen. Auf dem afrikanischen Kontinent zeigt man sich davon wenig beeindruckt. Zu oft schon hat Europa an Gipfeln grosse Reden geschwungen und wenig geliefert. Zwar ist Europa Afrikas älteste Partner, die nächste Nachbar. Die EU ist, wenn man alle 27 Mitgliedstaaten zusammennimmt, auch nach wie vor Afrikas wichtigste Handelspartner. Doch das vorherrschende Gefühl bei vielen in Afrika ist, dass die Beziehung zu Europa stagniert, dass sich die Asymmetrie der Kolonialzeit nie aufgelöst hat. Noch immer exportiert Afrika Rohstoffe, Europa liefert Fertigwaren. Nach wie vor liegen tausende von den Kolonialherren geraubte Kulturgüter in den Museen Europas, obwohl die Afrikaner diese schon lange zurückfordern. Und die europäischen Soldaten im Sahel werden von der Bevölkerung als Invasoren, nicht als Unterstützer gesehen. Europa spricht seit Jahrhunderten mit Afrika, aber hört nicht zu, so die Wahrnehmung der Afrikaner.

EU hat nur Resten gespendet. Das zeigte sich besonders deutlich in der Pandemie. Während die afrikanischen Staatschefs forderten, dass der Patentschutz auf Impfstoffe

aufgehoben wird, spendeten die Europäer lieber Impfdosen, allerdings erst kurz vor Ablaufdatum und als klar war, dass Europa die gehamsterten Impfdosen der eigenen Bevölkerung nicht schmackhaft machen konnte. Europa hört zu wenig zu. Darum sucht sich Afrika schon lange andere Partner – mit Erfolg, allen voran China. In den Augen der Afrikanischen Politiker hört der rote Riese besser zu, wenn Afrika sagt, was es will, nämlich Infrastruktur. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass China zwischen 2007 und 2020 mehr als doppelt so viel Geld für afrikanische Infrastruktur zur Verfügung gestellt hat als die USA, Deutschland, Japan und Frankreich zusammen. Auch andere Länder haben für Afrikas Regierungen in der Wahrnehmung ein grösseres Gehör als Europa. In Mali sind es die Russen, im Sudan die Golfstaaten, in Somalia die Türken. Sie alle liefern, statt nur zu reden. Dass auch sie liefert, davon muss die EU nun die Afrikanische Union bei dem Gipfel am Donnerstag in Brüssel überzeugen. Denn so wie es aussieht, sind die versprochenen Milliarden gar kein neues Geld. Sie kommen aus bereits vorgesehenen Töpfen der EU. Damit wird Europa Afrika nicht enger an sich binden können. Eine erneuerte Beziehung sieht anders aus. SRF.ch

Belarus will Atomwaffen nur bei Bedrohungen aus dem Westen stationieren, sagt Lukaschenko. ORF.at

Brasilien – Erdbeben und Regenfall. Mindestens 104 Tote in Bergregion von Rio de Janeiro. Die Toten wurden in Petrópolis geborgen, nachdem der Pegel in der überschwemmten Stadt gesunken waren. Zu viele Häuser an Berghängen. SRF.ch

China – Twitter und Facebook sind in China gesperrt. Ausländische Vertretungen – Botschaften und Konsulate – sind daher in China auf den chinesischen Plattformen aktiv, beispielsweise auf Weibo, dem chinesischen Pendant zu Twitter. Dort versuchen sie, ihre Werte neben der Werbung für Tourismus oder Investitionen zu vertreten. Sina Weibo 新浪微博 ist eine chinesische Website, die am 14. August 2009 von der Sina Corporation gestartet wurde, einer der grössten Social-Media-Plattformen in China, mit über 445 Millionen monatlich aktiven Nutzern im 3. Quartal 2018. Für Ausländer ohne einen chinesischen Ausweis ist dies unmöglich und eine chinesische Telefonnummer, um sich auf der Plattform zu registrieren. Die Plattform war ein grosser finanzieller Erfolg mit steigenden Aktien, lukrativen Werbeerkäufen und hohen Einnahmen und Gesamteinnahmen pro Quartal. Anfang 2018 wurde erstmals die Marktbewertungsmarke von 30 Milliarden US-Dollar überschritten SRF.ch

Deutschland – So wirklich locker macht sich Deutschland noch nicht, zumindest nicht für Ungeimpfte. Erstmal dürfen sie jetzt wieder shoppen gehen, und ab Anfang März auch wieder ins Restaurant, wenn sie negativ getestet sind. Ausserdem wird das Reisen in Nachbarländer wie der Schweiz bald wieder einfacher.

- Die am 18.2. beginnende Münchner Sicherheitskonferenz wird von akuter Kriegsgefahr in der Ukraine überschattet. Das weltweit wichtigste aussen- und sicherheitspolitische Treffen, die Münchner Sicherheitskonferenz, findet erstmals seit Ausbruch der Corona-Pandemie wieder physisch statt. Doch der Grossanlass wird überschattet von der Ukraine-Krise, von akuter Kriegsgefahr. Vierzig Staats- und Regierungschefs, um die hundert Minister werden erwartet – doch eine Regierung bleibt demonstrativ fern. Der Kreml fehlt.

EU – Ursula v/d Leyen rechnet mit Gaslieferstopp aus Russland und verhandelt mit USA, Ägypten, Katar wegen Flüssiggaslieferungen, koste es was es wolle. SRF.ch

Frankreich – Präsidentschaftswahl 2022. Valérie Pécresse (54), Frankreichs Konservative in der Klemme. Die Kandidatin der Républicains löst bei der Wählerschaft wenig Begeisterung aus – bei der Basis zeichnen sich Risse ab. Die Strategie von Valérie

Pécresse zeigt sich an ihrer ersten grossen Wahlveranstaltung vom vergangenen Wochenende. Sie greift vor allem einen Gegner an: Emmanuel Macron (54). Zum Beispiel dessen Versuch, die Geschichte Frankreichs während der Kolonialzeit aufzuarbeiten. Macron habe Verbrechen gegen die Menschlichkeit zugegeben, die Frankreich nie begangen habe. Macron habe das Land auch nicht vor der Unterwanderung durch Islamisten geschützt – und damit letztlich die französische Kultur verraten. •Frankreich lockert und verschärft die Covid-Massnahmen zugleich. Ab heute darf man – sofern geimpft, genesen oder getestet – seinen Kaffee wieder im Stehen an einer Bar trinken oder im Kino Popcorn essen, auch die Diskotheken machen wieder auf. Seit 16.2. aber sind auch gut 4 Millionen Impfpässe ungültig.SRF.ch

Griechenland – Insel Samos schmeisst Flüchtlinge ins Meer. Einige ertrinken. SRF.ch

Indonesien – Gewalt in Indonesien. Der niederländischer Premier entschuldigt sich. Laut einer Studie wurde während des Unabhängigkeitskriegs in den 1940er-Jahren systematisch Gewalt angewendet. SRF.ch

Irak – Geschichte eines Verrats. Ende 2021 zogen sich die US-Truppen aus dem Irak zurück. Der Rückzug war weniger chaotisch als jener aus Afghanistan. Doch zurück blieben Menschen wie Ali, der für die Amerikaner als Übersetzer arbeitete. Dies ist die Geschichte darüber, wie Ali im Stich gelassen wurde – und mit ihm der ganze Irak. SRF-Korrespondentin Susanne Brunner lernte ihn 2020 zufällig kennen, auf dem Tahrir-Platz in der irakischen Hauptstadt Bagdad: Der Mann nennt sich Ali, ist keine 30 Jahre alt. Der junge Iraker hat sich den Menschen angeschlossen, die dort unter Lebensgefahr demonstrieren. Ali hat Angst – und doch erzählt er seine Geschichte, zuerst via E-Mails und Sprachnachrichten, fast zwei Jahre später auch in ein SRF-Mikrofon, als es zum zweiten Treffen kommt: Ali erzählt davon, wie er Übersetzer für die von ihm bewunderten US-Truppen wurde, wie er auf eine bessere Zukunft für sich und sein Land hoffte. Und Ali erzählt davon, wie irakische Soldaten ihn als Verräter sahen, wie er und andere Übersetzer zum Ziel der gefürchteten Milizen wurden. Und er erzählt davon, wie die USA ihn einfach fallen liessen – und wie er bis heute fürchten muss, für seine Rolle als Übersetzer umgebracht zu werden. Alis Geschichte steht stellvertretend dafür, wie die USA zuerst in den Irak einmarschierten, das Regime von Saddam Hussein stürzten – das Land aber dann im Stich liessen. International auf SRF.ch

Italien – Diskotheken öffnen wieder. Gegenüber Ungeimpften bleibt das Land weiterhin hart. SRF.ch

Kuba – Berühmt wurde Carmen Herrera erst mit 89. Die Künstlerin war vielleicht zu innovativ, um erfolgreich zu sein. Nun ist sie mit 106 Jahren am 12.2. in New York gestorben. Nach dem Abitur in Havanna studierte sie dort zunächst Architektur. Sie lernte den deutschstämmigen Amerikaner Jesse Loewenthal kennen und heiratete ihn. Im Jahr 1939 zog sie mit Loewenthal nach New York. Dort besuchte sie die Kunstakademie Art Students League of New York und studierte Malerei. In New York lernte sie Künstler wie Wifredo Lam und Barnett Newman kennen und fand früh zu einem Stil der abstrakten Geometrie, der jedoch erst in Paris vollendet wurde. Dort lebte Herrera mit ihrem Mann in den Jahren 1948 bis 1954. Sie lernte dort Künstler wie Yves Klein kennen, nahm Einflüsse von Piet Mondrian, Kasimir Malewitsch und anderen auf und stellte unter anderem im Salon des Réalités Nouvelles aus. Die Werke Herreras wechselten in dieser Phase zwischen abstraktem und lyrischem Expressionismus. Sie experimentierte auch mit neuen Bildformaten. 1950 reiste sie für einige Zeit nach Kuba, wo Bilder im von Jackson Pollock beeinflussten Stil des abstrakten Expressionismus entstanden. Jedoch fühlte sie sich dort nicht wohl; bald darauf gab sie diese Malweise wieder auf. Nur noch einmal kehrte sie 1963

nach Kuba zurück, um ihre sterbende Mutter noch einmal zu sehen. 1952 schuf sie die ersten radikal geometrischen Abstraktionen, bei denen Linien und Dreiecke im Vordergrund stehen. Es entstand eine Serie schwarz-weißer Streifenbilder, die verschiedene Kippmuster ergeben und Elemente der Op-Art vorwegnehmen. Das Paar kehrte 1954 nach New York zurück. Herrera lebte und arbeitete in New York, wo ihr Mann im Jahr 2000 starb. SRF.ch

Luxemburg – Verstösst ein EU-Land gegen Grundwerte wie Demokratie, den Schutz von Minderheitsrechten, oder ist dessen Justizsystem nicht unabhängig von der Politik, dann können diesem Mitgliedsland EU-Gelder gekürzt oder ganz gestrichen werden. Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat diese neue Regelung für rechtens erklärt. Die Richter in Luxemburg haben Klagen von Ungarn und Polen abgewiesen. ORF.at

Ungarn – Kinderrechte gehen in Ungarn über Minderheitsrechte. MR.hu

Niederlande – Die Hobbyarchäologen Gerben und Martin haben den Goldschatz von Twente gefunden, der sich bald im Museum in Leiden befinden wird. Im Naturschutzgebiet Springendal in Hezingen (Gemeinde Tubbergen) haben Hobbyarchäologen einen Goldschatz aus dem frühen Mittelalter gefunden. Es handelt sich um eine grosse Menge an Goldmünzen und Schmuck, von einer Opferstätte aus dem 7. und 8. Jahrhundert. Die insgesamt etwa siebzig Goldartefakte sind die ersten greifbaren Spuren einer neuen Zivilisation über den grossen Flüssen nach dem Untergang des Römischen Reiches. Twente bildete ein Übergangsgebiet zwischen den weitgehend schon christlichen Franken im Süden und den „heidnischen“ Sachsen im Norden und Osten. Die Entdeckung wurde vor drei Jahren mit einem Metalldetektor gemacht, aber erst jetzt öffentlich gemacht. Anschliessend wurden unter der Aufsicht der Agentur für Kulturerbe und der Freien Universität Amsterdam mehrere Ausgrabungen vor Ort durchgeführt. Laut Experten stellt der Schatz nicht nur einen hohen Goldwert dar, sondern hat auch eine grosse historische Bedeutung. „Die Objekte stammen aus einer Zeit, über die wir sehr wenig wissen“, sagt Gert Gesink, Autor des Buches Twentse Schatten Onthuld (De Vrije Uitgevers, 3812 PH Amersfoort, 9789083098302, €29,90) und Spezialist für archäologische Funde mit Metalldetektoren. Die Münzen stammen von den Merowingern, einem Königshaus, das ab dem 5. Jahrhundert die Franken beherrschte. Sie verwendeten viel Gold, einschliesslich Goldmünzen. Dass ihre Zivilisation so weit nach Norden reicht, ist neu. Eine goldene merowingische Münze wurde einst in Twente bei Vasse (in der Nähe von Hezingen) gefunden. Jetzt ist es ein vollständiger Schatz, vergleichbar mit dem, was vor acht Jahren auf dem Domplatz in Utrecht gefunden wurde. Die Münzen weisen auch christliche Symbole auf. Damit sind sie die frühesten Beispiele des Christentums in den nördlichen Niederlanden. So ein Fund ist selten. Die offizielle Präsentation des Goldschatzes ist am 10.2. im Rijksmuseum Twenthe in Enschede. Vertreter des Museums und anderer Beteiligter wollten sich deshalb am Montag nicht äussern. Der teilweise vom Reichsmuseum der Altertümer in Leiden erworbene Schatz ist ab dem 11.2. einige Monate in Enschede zu sehen, bis zum 30. Oktober in einer speziellen Schatzkammer des Mittelalters im Museum in Leiden.

●Haben Sie jemals daran gedacht, dass Prinzessinnen und Gräfinnen im 18. Jahrhundert in Thorn, Limburg, herrschten? Thorn im 18. Jahrhundert war einzigartig. Im damaligen deutschen Kleinstaat waren die Frauen die Bosse. Diese edlen Damen waren damals unabhängig, etwas ganz Besonderes. Aufgrund ihrer adeligen Herkunft führten sie ein privilegiertes Leben und standen im Rampenlicht. Und sie gingen getrennte Wege in einer von Männern dominierten Welt. Sie werden diese unabhängigen Frauen im Limburgs Museum treffen. In die vergessenen Prinzessinnen von Thorn sehen Sie Kunstwerke und Objekte aus mehr als fünfzig Museen aus ganz Europa und den USA. Joost Welten verbrachte Jahre damit, das Land der Damen zu erforschen, den Ministaat, der von

aristokratischen Frauen regiert wurde. Basierend auf diesen Recherchen erschien 2019 sein Buch Die vergessenen Prinzessinnen von Thorn (1700–1794). Limburgs Museum, Keulsepoort 5, 5911 BX Venlo, info@limburgsmuseum.nl, +31773522112. Der Ort Thorn ist aus einer um 975 gestifteten Benediktinerinnenabtei hervorgegangen. Im Laufe wohl des 12. Jahrhunderts wandelte sich die Abtei in ein freiweltliches Damenstift, das spätere Reichsstift Thorn, um. In das Damenstift konnten nur unverheiratete Frauen aus dem Hochadel eintreten, heiratswillige Ordensdamen wohnten ausserhalb der Klostermauern in zum Teil eigenen Häusern. Obwohl klösterlicher Besitz, war das Reichsstift zugleich ein reichsunmittelbares Fürstentum unter Leitung der jeweiligen Äbtissin. So ergab sich die Besonderheit, dass das kleine Fürstentum zwischen 992 und 1795 ausschliesslich von Frauen regiert wurde. NPO.nl

Österreich – 19.2. und am 5.3. fallen in Österreich in zwei Schritten fast alle Corona-Massnahmen, ausser in Altersheimen und Spitälern. Und es bleibt die Maskenpflicht in Lebensmittelgeschäften, Apotheken und öffentlichen Verkehrsmitteln. Was nicht fällt, ist die Impfpflicht. SRF.ch

- Der österr. Komponist und Geiger Toni Stricker (*1930 in Wien) starb am 16.2.2022 in Sauerbrunn im Burgenland.
- Wien bleibt auf hartem Coronakurs. ORF.at

Portugal – Auch Portugal lockert – Notstand bleibt bis 7. März. SRF.ch

Russland – Moskau berichtet vom Abzug von Truppen von der Krim und verspricht den Abzug von Truppen nach der Beendigung der Manöver mit Belarus gegen Ende Woche.

- Trotz rekordhoher Fallzahlen gelten gelockerte Corona-Massnahmen. Unter anderem ist nach einem Kontakt mit einer coronainfizierten Person eine Selbstisolierung nicht mehr Pflicht. SRF.ch

Schweden – In Södertälje liegen zu viele Zigarettenstummel auf den Strassen. Um die Mitarbeiter der Müllentsorgung zu entlasten, trainiert der Verhaltensforscher Christian Günther-Hanssen die Krähen. Krähe trägt im Schnabel einen Zigarettenstummel. Sie wirft ihn in den Schlund eines Apparats, und kaum ist der Stummel verschwunden, öffnet sich eine Klappe, und es rollt die Belohnung heraus: Erdnüsse. Zwei Jahre lang hat er an seinem Apparat gebastelt. Die Krähen kapierten ziemlich schnell. SRF.ch

Schweiz überlegt in Zukunft bei Grippeepidemien Gesichtsmasken zu verordnen.

- 5 Milliarden Gewinn. Glencore schreibt wieder schwarze Zahlen. Der Rohstoffriese hat das Krisenjahr dank steigender Rohstoffpreise überstanden: Der Umsatz wächst um 43 %
- Fachmärkte und Online legen zu. Coop steigert im Coronajahr 2021 den Gewinn. Trotz pandemiebedingten Erschwernissen macht der Detailhändler einen Betriebsgewinn von 905 Millionen Franken.
- Forschung am Abwasser soll Virus-Varianten frühzeitig erkennen. Schweizer Umweltforschende entwickeln mit Hilfe von Abwasser ein Verfahren zur Überwachung von Viruserkrankungen.
- Rekordhohe Übernahmeaktivität. KMU werden verkauft und gekauft wie nie zuvor. Das Geld ist billig, viele KMU in der Schweiz wechseln die Hand – und hiesige Firmen expandieren ins Ausland.
- Am 17.2. kehrt die Schweiz zur Normalität zurück.
- Grosseinsatz im Kanton Schwyz. Chemie-Zwischenfall in Lachen: Betroffene aus Spital entlassen. Am 15.2. ist im Hallenbad Ozon ausgetreten, 13 Personen wurden hospitalisiert.
- Seit Monaten präsentiert sich der Iraker Dadvan Yousuf (21) in Medien als Flüchtlingsbub, der in der Schweiz dank Kryptowährungen steinreich wurde. Mit seiner Geschichte will er Millionen für seine Geschäftsidee sammeln. Doch: Rund um seine Story gibt es

Ungereimtheiten, wie Recherchen von «SRF Investigativ» zeigen. Die Geschichte, die Dadvan Yousuf erzählt, tönt gut: Der Flüchtlingsbub aus dem Irak, der als 11-Jähriger sein Spielzeug verkauft, Bitcoin kauft und heute steinreich ist. Mit dieser Story schafft es Yousuf in die grossen Schweizer Zeitungen und auch ins Programm von SRF. Doch: Die Geschichte ist zumindest in Teilen falsch und sein Vorgehen fragwürdig. Mehrere ein- und ausgehende Transaktionen bei Dadvan Yousuf werfen gemäss einer zuverlässigen Quelle Fragen auf. Sie zeigt «SRF Investigativ» Transaktionen von Dadvan Yousuf an Krypto-Adressen, die auf schwarzen Listen stehen und vor denen auf Krypto-Plattformen gewarnt wird. In Warnungen, die «SRF Investigativ» vorliegen, wird von Betrügern, Terrorfinanzierung gesprochen. Er kann es nicht nachvollziehen. Er benütze Anonymisierungstechniken, durch welche es SRF nicht möglich sei, zu wissen, welche Krypto-Adressen ihm gehörten. «SRF Investigativ» hatte jedoch Einsicht in Dokumente, die mehrere Adressen von Dadvan Yousuf zeigen. Fragen wirft auch Yousufs Geschichte rundum den Kauf der ersten Bitcoin auf. 2011 mit elf Jahren will Yousuf mit der Kreditkarte seines Vaters seine ersten Bitcoin gekauft haben. In der Handelszeitung gibt Yousuf an, diese über die Plattform Mt.Gox gekauft zu haben. Nur: Der Kauf von Bitcoin mit Kreditkarte war dort 2011 gar nicht möglich.

- Der Bundesrat lockert die meisten Corona-Bestimmungen, unter anderem auch die Zertifikatspflicht für grosse Veranstaltungen. Es gibt aber einen Engpass beim Personal und eine Welle von Veranstaltungen, die aufgeschoben waren und nun nachgeholt werden. In der Eventbranche sind in den beiden vergangenen Jahren in der Schweiz fast 6000 Stellen verloren gegangen. Es sind Agenturen, die schliessen mussten, und Fachleute, Techniker und Zulieferer, welche die Branche gewechselt haben und die nun fehlen.
- Der Nahrungsmittelkonzern Nestlé will bis 2050 kein CO₂ mehr ausstossen. Experten zeigen sich skeptisch, weil die Daten fehlen.
- Das nationale Zentrum für Cybersicherheit fordert dazu auf, Sicherheitslücken von Computer-Software zu schliessen.
- Wegen höherer Kosten bei Transport, Verpackung und Rohstoffen werden Nestlé-Produkte auch 2022 teurer.
- Umfrage der Nationalbank: Bargeld spielt immer kleinere Rolle. SRF.ch

Türkei – bricht ein Mann den traurigen Rekord der längsten Quarantäne der Welt. Muzaffer Kayasan ist tatsächlich seit November 2020 positiv für Covid-19, berichtet am 13.2. die türkische Agentur Anadolu aus dem Acibadem Spital in Istanbul. An diesem Tag erkrankte der 56-Jährige zum ersten Mal am Coronavirus. Da er an Leukämie litt, war er gesundheitlich angeschlagen und musste mehrere Wochen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Doch dann stellten die Betreuer fest, dass das Virus seinen Körper nicht verlassen hatte. Seit November 2020 wurde der Türke 78 Mal getestet und der Test war immer positiv. Er wird deshalb in Isolation gezwungen und kann nur seine Frau und seinen Sohn sehen. TRT.tr

Ukraine – feiert am 16.2. den Tag der Ukraine. Immer mehr Ukrainer protestieren gegen US Kriegsgeheul, was auch der Wirtschaft schadet und die vielen US+EU Kredite und Waffen. Wann sollen wir das alles zurückzahlen? Viele Ukrainer witzeln auch über die US Drohungen. Kann der hysterische US Präsident uns auch schon alle anderen Gefahren im Jahr 2022 voraussagen, wann wir unser Land verlassen sollen? Flüge werden international abgesagt, Ausländer, auch Ärzte, müssen das Land verlassen. Müssen wir uns das gefallen lassen? Wir fürchten uns nicht vor unseren russischen Brüdern. NPO.nl

- Während Russland vom Truppenabzug spricht, meinen USA es hätte Truppen weiter verstärkt. SRF.ch
- Die Streitkräfte der Volksrepublik Donezk (DVR) mussten Vergeltungsfeuer eröffnen, um die Waffen der ukrainischen Armee zu unterdrücken und Zivilisten zu schützen, sagte der Sprecher der Volksmiliz der DVR, Oleg Nikitin, in einer Erklärung am 17.2.. „Um Zivilisten

zu schützen, unsere Verteidiger musste Vergeltungsfeuer eröffnen, um die Waffen des Feindes zu unterdrücken“, sagte der Sprecher. Die Daten über die bei den Bombardements verwundeten Zivilisten und die beschädigten Einrichtungen der zivilen Infrastruktur werden präzisiert. Die Waffenstillstandsverletzungen wurden unverzüglich den Vertretern der ukrainischen Seite im Gemeinsamen Waffenstillstandskontroll- und Koordinierungszentrum zur Kenntnis gebracht, „um Massnahmen gegen die Täter zu ergreifen und Fälle auszuschliessen, in denen die registrierten Daten über Waffenstillstandsverletzungen durch das ukrainische Militär gefälscht wurden“. sagte der Sprecher. „Wir rufen internationale Beobachter und die Führung der OSZE auf. VESTI.ru

Ungarn – Mitteleuropas grösstes und modernstes Digitalisierungszentrum für öffentliche Sammlungen wurde am Freitag in der Széchenyi-Nationalbibliothek in Budapest eröffnet.

- Unsere Wirtschaftspolitik funktioniert, im vergangenen Jahr wuchs das BIP um 7%“, sagte Premier Viktor Orbán in seiner Rede zur Lage der Nation am 12.2. im Burggartenbasar. Er kündigte an, den Preisstopp an den Tankstellen um drei Monate zu verlängern.
- Kanzleramtsminister Gergely Gulyás will nicht ausschliessen, dass sich das Ausland in den Ausgang der Parlamentswahlen am 3. April einmischen könnte.
- Am 3. April werden die 199 Abgeordneten des ungarischen Parlaments gewählt. Für den gleichen Tag ist auch ein Referendum über die Eckpunkte des im Juni 2021 verabschiedeten Kinderschutzgesetzes angesetzt. Ungarn klagt EUGH.
- Aussenminister Péter Szijjártó hat die Ungarn in Siebenbürgen und im Szeklerland aufgefordert, an den Parlamentswahlen am 3. April teilzunehmen.
- Voraussichtlich ab Ende 2023 kann Ungarn auf Erdgas aus Aserbaidschan rechnen.
- Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1901 war der Januar nur in vier Jahren noch trockener, als in diesem Jahr.MR.hu

USA – Kein Prozess in New York. Missbrauchsklage: Prinz Andrew schliesst Vergleich mit Klägerin. Zahlt dafür der Steuerzahler?

- Angesichts einer befürchteten Eskalation in der Ukraine-Krise wollen sich die USA am 18.2. bei einem Video-Gipfel mit den Spitzen von sieben weiteren Staaten austauschen. Auch Vertreter von EU und Nato sollen an den Gesprächen teilnehmen. US-Präsident Joe Biden hatte am 17.2. in Washington vor einer Invasion «in den nächsten paar Tagen» gewarnt, die Gefahr dafür sei «sehr hoch». Russland bekräftigte dagegen erneut seine Darstellung, es ziehe einen Teil seiner Truppen von der ukrainischen Grenze ab.
- Die Regierung von Präsident Joe Biden fordert Insidern zufolge vom Kongress zusätzlich 30 Milliarden Dollar im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Die Mittel würden zur Verbesserung von Impfstoffen und Therapien sowie für Forschung und Testgeräten benötigt. SRF.ch

Vietnam – Wer einreisen will, muss vollständig geimpft sein und eine dreitägige Quarantäne einhalten. SRF.ch

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

*

03) Amazon streicht „Black Lives Matter“-Organisation von seiner Wohltätigkeitsplattform

21. 02. 2022



Spenden von bis zu 60 Millionen Dollar wurden mutmaßlich nicht ordnungsgemäß verbucht

Amazon hat die Black Lives Matter Global Network Foundation, die ein Teil der kulturmarxistischen Black Lives Matter-Bewegung (BLM) ist, von seiner Wohltätigkeitsplattform gestrichen. Der US-amerikanische Internethändler begründet seine Entscheidung damit, dass die BLM-Stiftung nicht offenlegte, was mit den vielen Millionen Dollar geschehen ist, die sie nach den Kundgebungen nach dem Tod des vorbestraften Afroamerikaners George Floyd erhalten hatte. Laut Medienberichten geht es um bis zu 60 Millionen Dollar.

„Wohltätige Organisationen müssen die in unserer Teilnahmevereinbarung festgelegten Anforderungen erfüllen, um für AmazonSmile in Frage zu kommen“, sagte ein Amazon-Vertreter dem „Washington Examiner“. „Neben anderen Voraussetzungen müssen die Organisationen in ihrem Gründungsstaat und in den Staaten und Territorien, in denen sie zum Geschäftsbetrieb zugelassen sind, einen guten Ruf genießen. Organisationen, die die in der Vereinbarung aufgeführten Anforderungen nicht erfüllen, kann die Zulassung entzogen oder ausgesetzt werden. Wohltätigkeitsorganisationen können beantragen, wieder zugelassen zu werden, sobald sie wieder einen guten Ruf haben“, führte der Amazon-Sprecher weiter aus.

Wessen Geistes Kind die BLM ist, zeigen Aussagen von Patrisse Cullors. Die Mitbegründerin der linksextremen Organisation, die im Mai aus der BLM ausgetreten ist,

sagte, dass die offenkundig nicht verbuchten Millionen, die BLM 2020 erhalten hatte, aus der „Schuld weißer Unternehmen“ stammen: „Die Leute müssen wissen, dass wir nicht rausgegangen sind und das Geld angefordert haben. Das ist Geld, das von weißer Schuld kommt, weißer Unternehmensschuld, und sie haben einfach Geld hineingeschüttet.“

Das Ganze ist irgendwie eine moderne, politisch korrekte Form des mittelalterlichen Ablasshandels. Damals wie heute wollten sich Menschen von angeblichen Sünden freikaufen und ihr Seelenheil fördern. Und damals wie heute bereicherten sich Menschen an der Gutgläubigkeit der Ablasszahler.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) „Olympischer Geist“ sorgt für beschleunigte Annäherung zwischen Russland und China

Von JURY TAVROVSKY

18. 02. 2022



Bild: shutterstock

Die Feier des guten Willens

Die Mächte des Guten und Bösen stehen sich gegenüber im steten Wechselspiel der Kräfte. Die helle Kraft des Guten „Yang“ kämpft dieser Tage gegen die dunklen Kräfte des Bösen „Yin“ auf den Austragungsstätten der Olympischen Winterspiele in Peking. Schon die Eröffnung des Wettbewerbs war ein klares Zeichen der Jahrtausende alten Botschaft zur Versöhnung, des guten Willens mit der Bereitschaft zur offenen Kommunikation ohne Hintergedanken. Die Spiele in Peking erinnern an die Arche Noah, die von jedem Lebewesen ein Paar beherbergte, um den tödlichen Fluten zu entkommen. Die Analogie ist angebracht: Die COVID-Pandemie hat die Menschheit gleich einer Sintflut heimgesucht. Zugleich hat das Aufeinanderprallen menschengemachter Fronten im Zeichen des Kalten Krieges weitere Formen globaler Eskalation zur Spitze getrieben. Doch das weltweite Fest des Sports vermag die Kräfte des Lichts zu bündeln und die des Bösen zu zerstreuen.

Es war für die Gastgeber der Olympischen Spiele in Peking nicht einfach, ihr Versprechen einzulösen, welches sie noch vor dem Ausbruch von COVID abgegeben hatten. Chinas Nachbarn – die Japaner – hatten ihre Olympischen Sommerspiele von 2020 auf das Jahr 2021 schon verlegt. Zusätzlich hatte sich China auf scharfe Wirtschaftssanktionen, militärischen Druck und einen Informationskrieg vom Westen her einzustellen. Nach ihrer demütigenden Niederlage in Afghanistan und dem Bemühen Russland einzudämmen, versuchen die USA gegen die vermeintlich „autokratischen Regime“ von Moskau und Peking mit Hilfe einer weltweiten Koalition vorzugehen. Der Demokratie Gipfel im vergangenen November war der entsprechende Versuch die neue Linie der globalen Abkoppelung auf solche Weise durchzusetzen.

Parallel wurde versucht die Teilnahme an den traditionellen Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Spiele durch einen sogenannten „diplomatischen Boykott“ in Frage zu stellen. Doch weitaus gefährlichere Provokationen sollten die Organisatoren noch weiter reizen: Zusätzlich zu den üblichen Seestreitkräften waren mittlerweile zwei Flugzeugträgergruppen an den Küsten des Himmlischen Reiches aufgetaucht. Neben dem Flaggschiff, einem Flugzeugträger mit Nuklearantrieb, verfügt jede Gruppe über Dutzende von Fregatten und U-Booten mit Atomwaffen an Bord. Das chinesische Militär sah sich gezwungen eine Warnung zu erlassen, dass es auf Provokationen während den Olympischen Spielen mit aller Härte reagieren würde.

Es sind nicht „leere Worte“, sondern konkrete Taten, die unter dem chinesischem Staatschef Xi Jinping als Schlüssel zum erfolgreichen Engagement des Reichs der Mitte stehen. Es ist nicht das erste Mal, dass die Volksrepublik China als Gastgeber für Olympische Spiele auftrat. Schon im Jahr 2008 war Xi Jinping mit der Leitung der finalen Vorbereitungen für die Olympischen Sommerspiele betraut. Xi hatte sich den Ruf eines „Krisenmanagers“ erworben, nachdem er im Jahr 2007 nach Shanghai entsandt worden war, um organisatorische Probleme rund um die EXPO 2010 erfolgreich zu richten. Das olympische Budget für 2008 belief sich auf 43 Milliarden Dollar: Für diesen gigantischen Betrag wurde das Stadtzentrum von Peking weiträumig umgebaut und das legendäre Vogelnest-Stadion errichtet, welches heute als Nationalstadion einmal mehr als Hauptschauplatz den Olympischen Spielen dient.



Das Nationale Stadium in Peking: Symbolischer Mittelpunkt globaler Umwälzungen
Attribut: [wikimedia commons / Peter23](#), CC BY-SA 3.0

Es wurden sieben neue Arten von Sportwettbewerben in das olympische Programm aufgenommen. Dank der bereits vorhandenen Sportinfrastruktur konnten die Kosten für die aktuellen Olympischen Winterspiele diesmal auf 4 Milliarden begrenzt werden.

Xi Jinping hat in den Jahren seiner Amtszeit mehr als einmal seinen Willen und Beharrlichkeit erfolgreich unter Beweis gestellt, um die gesamte Nation, falls nötig für besondere Herausforderungen, wie z.B. Pandemie, Weltwirtschaftskrise, Handelskrieg oder die amerikanische Technologieblockade zu mobilisieren. Der chinesische Präsident weiß viel um die Organisation und Durchführung von Olympischen Spielen in einer Situation unter besonderem Stress. So z.B. in Sotschi 2014 als er maßgeblich dazu beitrug den „diplomatische Boykott“ zu durchbrechen. Jetzt war Russland an der Reihe, sich zu revanchieren.

Unter den drei Dutzend globalen Persönlichkeiten steht Putin sicherlich im Zentrum. Dies wurde von den chinesischen Medien betont und ist auch aus dem Protokoll der olympischen Veranstaltungen ersichtlich. Ein wichtiger Indikator dafür ist, dass das Treffen zwischen Putin und Xi Jinping drei Stunden dauerte! Und das so kurz vor der Eröffnung der für Peking so wichtigen Olympischen Winterspiele. Noch bevor die ersten Preise vergeben wurden, hatten Putin und Xi Jinping schon die wichtigsten Goldmedaillen im politischen Mehrkampf gewonnen. Sie haben ihre Gegner vortrefflich ins Visier genommen, die schwierigsten Hürden im Einzel- und Teamwettbewerb genommen und sowohl auf der Kurz- wie auch Langstrecke der bilateralen und internationalen Angelegenheiten erfolgreich abgeschnitten. Das Ergebnis geht aus dem Hauptdokument des olympischen Gipfels hervor, welches unter dem Titel [„Gemeinsame Erklärung der Russischen Föderation und der Volksrepublik China zu den internationalen Beziehungen auf dem Weg in eine neue Ära und globale nachhaltige Entwicklung“](#) – veröffentlicht wurde.

Dieses sehr umfangreiche bilaterale Dokument – mit ca. 6.000 Worten – enthält eine detaillierte Auflistung der gemeinsamen Standpunkte der beiden Großmächte zu den wichtigsten Fragen unserer Zeit. Aufgeführt sind auch die Diskrepanzen zwischen den Vorgaben zur Gegenwart und Zukunft, wie sie der Weltgemeinschaft mit besonderem

Nachdruck von westlichen Staaten aufgezwungen werden. Es sollte hervorgehoben werden, dass Moskau und Peking den fortgesetzten Hegemonieanspruch des Westens zurückweisen und ihre eigene Rolle in Bezug auf eine Weltordnungspolitik fordern:

„... ein Trend zur Neuverteilung des globalen Mächtegleichgewichts nimmt Gestalt an; es gibt eine wachsende Nachfrage der Weltgemeinschaft nach Führung im Interesse einer friedlichen und fortschrittlichen Entwicklung. Gleichzeitig wird die internationale und regionale Sicherheitslage vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie von Tag zu Tag komplexer, und die globalen Herausforderungen und Bedrohungen nehmen zu.“

Diese Herausforderungen liegen sowohl im Osten wie auch im Westen der beiden Mächte und beschleunigt ihre Annäherung. Moskau und Peking vertreten die gleiche Auffassung zu den gemeinsamen Bedrohungen:

„Beide Parteien lehnen eine weitere NATO-Erweiterung ab, fordern das Nordatlantische Bündnis auf, seine ideologischen Ansätze aus der Zeit des Kalten Krieges aufzugeben, die Souveränität, die Sicherheit und die Interessen anderer Länder sowie die Vielfalt ihrer zivilisatorischen und kulturhistorischen Hintergründe zu respektieren... Die Parteien lehnen die Bildung geschlossener Blöcke und kriegerischer Lager in der asiatisch-pazifischen Region ab und sind weiterhin sehr wachsam gegenüber den negativen Auswirkungen der indopazifischen Strategie der USA auf Frieden und Stabilität in der Region“.

Dem Thema Demokratie, das nach dem Demokratiegipfel im November nicht nur ideologische, sondern auch eine strategische Dimension erhielt, wird breiter Raum gewidmet. Die USA wollen die Welt in „demokratische“ und „autoritäre“ Länder einteilen und diese gegeneinander ausspielen. So werden die Fronten des Kalten Krieges 2.0 abgesteckt. In dem Dokument heißt es:

„Die Demokratie wird nicht nach einer Schablone verpasst. Je nach dem soziopolitischen System, der Geschichte, den Traditionen und den kulturellen Besonderheiten eines bestimmten Staates haben dessen Bürger das Recht, jene Formen und Methoden zur Umsetzung von Demokratie zu wählen, die den Besonderheiten ihres Staates entsprechen. Nur das Volk hat das Recht zu beurteilen, ob ein Staat demokratisch ist oder nicht. Eine Umgestaltung der Weltordnung nach ideologischen Kriterien wird von unseren beiden Mächten abgelehnt.“

Die Parteien widersetzen sich den Versuchen, die allgemein akzeptierten und mit dem Völkerrecht übereinstimmenden Formate und Mechanismen durch Regeln zu ersetzen, die in einer „geschlossenen Gesellschaft“ von nur einzelnen Ländern oder Länderblöcken ausgearbeitet würden und sind gegen die Lösung internationaler Probleme, die nicht auf Konsens beruhen.

Es versteht sich, dass die Erklärung mit über 6.000 Worten auch einer Analyse spezifischer Sicherheitsfragen Platz einräumt, die sich aus der Militarisierung von Weltraumforschung, Cyberspace-Forschung, künstlicher Intelligenz, Chemie und Bakteriologie ergeben. Die erfolgreiche bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit samt Handel sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der SCO, BRICS, APEC und EAEU mit der One Belt & One Road Initiative (Neue Seidenstrasse) finden ebenfalls gebührende Erwähnung.

Das Hauptaugenmerk der Analysten scheint sich last but not least auf die Aufnahme des folgenden Passus in der „Erklärung“ richten:

„Die Parteien bestätigen, dass die russisch-chinesisch zwischenstaatlichen Beziehungen eines neuen Typs den militärisch-politischen Bündnissen aus der Ära des Kalten Krieges überlegen sind. Die Freundschaft zwischen den beiden Staaten unterliegt keinen Grenzen, es gibt keine verbotenen Zonen in der Zusammenarbeit, die Stärkung der bilateralen strategischen Interaktion ist nicht gegen Drittländer gerichtet und sie wird nicht durch das unbeständige internationale Umfeld und die Lageveränderungen in Drittländern beeinflusst.“

„Die Weltordnung ist in eine neue Ära eingetreten“, so Liu Xiang, Forscher an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, in der in Peking herausgegebenen Zeitung Global Times:

„Russland und China haben gemeinsam die Weltordnung neu definiert und die Hauptbedrohungen gegen Stabilität mit Namen benannt. Nur Russland und China sind jetzt in der Lage, ihre Kerninteressen und den Weltfrieden zu schützen.“

Der Londoner Daily Telegraph ist der Ansicht, dass die Veröffentlichung der „Erklärung“ von Putin und Xi Jinping **„den Übergang zu einer grundlegend neuen Struktur der internationalen Beziehungen und den Beginn einer neuen geopolitischen Ära symbolisiert. Die Vorherrschaft des globalen Westens unter Führung der USA ist von nun an nicht mehr selbstverständlich und wird nicht mehr toleriert werden.“** Den Autoren zufolge haben sich Russland und China „nach Jahrzehnten der Demütigung von ihren Knien erhoben und werden nun die ungerechte Weltordnung, die sich seit dem Kalten Krieg entwickelt hat, wenden.“



Die olympische Großschanze im Schatten von Globalpolitik der Großen Mächte
Quelle: CGTN

Der „olympische Konsens“ zwischen Russland und China zeigt die Beschleunigung des Prozesses der Synchronisierung der Positionen von Russland und China zu den für sie und

für die gesamte Welt wichtigen Problemen unserer Zeit. Gleichzeitig bleibt noch Raum für künftige Fortschritte. Sehr viel wird von der Entwicklung des Nahverhältnisses zu den nationalen Interessen von Moskau und Peking gegenüber dem Grad der Feindseligkeiten zwischen Washington und anderen westlichen Hauptstädten abhängen.

Übersetzung aus dem Russischen – Unser Mitteleuropa

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Erdoğan's neo-osmanische Ambitionen wenden sich nach Osten

16. 02. 2022



Recep Tayyip Erdoğan (Bildquelle: *dailyhellas.com*)

Das ehrgeizige neo-osmanische Politikalkül des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan hat der Türkei eine beispiellose internationale Isolation eingebracht. Die Türkei gewann den Titel, das einzige Land der Welt zu sein, das in den letzten fünf Jahren von den Vereinigten Staaten, Russland und der Europäischen Union gleichzeitig sanktioniert wurde. Die Verhandlungen der Türkei über eine Vollmitgliedschaft in der EU sind zum Stillstand gekommen, und der Europäische Rat hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen den einzigen muslimischen Mitgliedstaat der NATO eingeleitet. Besessen davon, die ruhmreichen imperialen Tage der Türken wiederzubeleben, wendet sich Erdoğan dem Osten der Türkei zu, um ein pantürkisch-islamistisches strategisches Bündnis zu gründen, das aus der Türkei, Aserbaidschan und Pakistan besteht, mit zeitweiligen taktischen Bündnissen mit dem Iran, mit Katar und Bangladesch.

Die Idee ist, drei muslimische Nationen zusammenzubringen: das NATO-Mitglied Türkei; Aserbaidschan mit seinen reichen Kohlenwasserstoffressourcen und wachsenden militärischen Fähigkeiten; und Pakistan mit seinen Atomwaffen.

Der Slogan „Eine Nation, zwei Staaten“ hat insbesondere nach der militärischen und logistischen Unterstützung der Türkei für Aserbaidschan während des Berg-Karabach-Krieges von 2020, der mit großen aserbaidshanischen Gewinnen gegenüber Armenien endete, an Dynamik gewonnen. Aserbaidschan ist zu einem immer anspruchsvolleren Kunden von in der Türkei hergestellten Waffensystemen geworden. Die Türkei hat Aserbaidschan und Pakistan zu ihrem TF-X-Programm [eingeladen](#), einem ehrgeizigen Plan zum Bau einer neuen Generation eines einheimischen Kampfflugzeugs.

Die Waffenverkäufe der Türkei an Aserbaidschan sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Im Jahr 2020 haben sich die in der Türkei hergestellten Rüstungs- und Luftfahrtexporte nach

Aserbaidshans versechsfacht. In ähnlicher Weise wurde die Türkei zwischen 2016 und 2019 Pakistans viertgrößter Waffenlieferant und überholte die USA, während Pakistan zum drittgrößten Waffenmarkt der Türkei wurde.

1988 gründeten die Türkei und Pakistan eine militärische Beratungsgruppe mit dem Ziel, die Beziehungen zur Beschaffung von Rüstungsgütern zu stärken. Als die Zusammenarbeit vertieft wurde, expandierte die Gruppe und entwickelte sich zum High-Level Strategic Cooperation Council (HLSCC). Anfang 2020 führten Erdoğan und der pakistanische Premierminister Imran Khan den gemeinsamen Vorsitz der sechsten HLSCC-Sitzung und unterzeichneten 13 Absichtserklärungen (MOUs), von denen sich fünf auf die Rüstungsindustrie bezogen.

Im Rahmen eines Vertrags würde die Türkei vier Mehrzweckkorvetten bauen und an die pakistanische Marine verkaufen. Zuvor, im Jahr 2018, unterzeichnete Turkish Aerospace Industries (TAI) einen Vertrag über 1,5 Milliarden US-Dollar über den Verkauf einer Charge von 30 T129-Kampfhubschraubern nach Pakistan.

Es ist kein Zufall, dass Erdoğan Aserbaidshans während seiner Präsidentschaft mehr als 20 Mal besucht hat. Im September 2021 führten die aserbaidshanschen, türkischen und pakistanischen Militärs in Baku eine achttägige gemeinsame [Militärübung](#) mit dem Titel „Drei Brüder – 2021“ durch. Im Laufe des Jahres 2021 haben Ankara, Baku und Islamabad nach der [Unterzeichnung](#) der Erklärung von Islamabad, die darauf abzielt, die wirtschaftliche Interaktion zwischen den drei muslimischen Nationen zu vertiefen, Möglichkeiten zur Stärkung von Handel, Investitionen, Transport, Bankwesen und Tourismus erörtert.

Um politischen Einfluss auf die Zukunft Afghanistans zu haben, arbeitet die Türkei eng mit ihrem treuen Verbündeten am Golf, Katar, zusammen. Anfang Dezember [unterzeichneten](#) Erdoğan und Katars Emir Scheich Tamim bin Hamad Al Thani 12 Absichtserklärungen in verschiedenen Bereichen, darunter unter anderem in den Bereichen Militär, Gesundheitswesen, Tourismus und Bildung. Der Außenminister von Katar, Scheich Mohammed bin Abdulrahman Al Thani, [erklärte](#): „Katar wird mit der verbündeten Türkei und den Taliban-Beamten zusammenarbeiten, um sicherzustellen, dass der internationale Flughafen von Kabul, Schauplatz chaotischer Szenen nach der Übernahme durch die Taliban, weiterhin funktioniert.“

Ankara scheint zu hoffen, dass der US-Abzug aus Afghanistan Raum für die Führungsrolle der Türkei und Pakistans geschaffen hat. Einige Gelehrte stimmen zu.

„Seit 20 Jahren haben wir die USA als außerregionale Kraft, aber mit Armeepresenz vor Ort, in der Region. Und jetzt, da sie gegangen sind, gibt es ein politisches Vakuum ... Es gibt geopolitische Dynamiken“, [sagte](#) Rabia Akhtar, die das Center for Security Strategy and Policy Research (CSSPR) an der Universität von Lahore leitet. „Pakistan liegt mittendrin. Und es ist nicht nur Pakistan, sondern auch der Iran, es ist die Türkei.“

Am 23. Dezember [fuhr](#) nach einer zehnjährigen Pause der erste Güterzug von Pakistan durch den Iran in die Türkei mit dem Namen „Islamabad-Istanbul Rail Service“. Es war ein wichtiger Schub für die Handelsfähigkeiten der drei Gründer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der Schritt erfolgte nach mehreren Jahren, in denen die USA eine Politik des „maximalen Drucks“ gegen den Iran verfolgten, um das Land zu isolieren, indem sie alle Formen des internationalen Handels mit der Islamischen Republik abbrachen.

Anfang Dezember einigten sich der Iran, Aserbaidschan und Georgien auf die Einrichtung einer Transitroute, die den Persischen Golf mit dem Schwarzen Meer verbindet. Diese Transitroute kann möglicherweise mit dem Schienenverkehr Islamabad-Istanbul verbunden werden und die Konnektivität in der Region weiter verbessern, da Pakistan und die Türkei neben starken Handelsbeziehungen zum Iran beide enge Verbündete Aserbaidschans sind.

Es sieht alles vielversprechend aus. Außer, dass es das nicht ist.

Nehmen wir zum Beispiel den türkisch-pakistanischen Deal für T129-Kampfhubschrauber. Dieser Verkauf kam nicht voran, da TAI keine US-Exportlizenzen für den Vertrag erhalten hat. Der T129 wird in Lizenz von der italienisch-britischen Firma AgustaWestland produziert. Angetrieben wird er von Motoren der Firma LHTEC, einem Joint Venture der US-Firma Honeywell und des britischen Unternehmens Rolls-Royce.

Kurz gesagt, das türkisch-pakistanische Militärabkommen wurde Opfer eines türkisch-amerikanischen Streits über den Erwerb des russischen S-400-Boden-Luft-Raketensystems durch die Türkei.

Dann ist da China. Nach der Übernahme durch die Taliban war China das erste ausländische Land, das humanitäre Nothilfe für Afghanistan [zugesagt](#) hat. Die Sicherheit an Chinas Westgrenzen und für seine „Belt-and-Road“-Projekte in Zentralasien und Pakistan ist für Peking von entscheidender Bedeutung. Es benötigt auch ein ihm günstig gestimmtes Sicherheitssystem in der Region, um seine wirtschaftlichen Interessen zu schützen. Das traditionelle chinesisch-pakistanische Bündnis entwickelt sich zu einem chinesisch-pakistanischen Bündnis in Afghanistan, in dem die Türkei möglicherweise nur eine allzu begrenzte Rolle spielt. „Es wird wahrscheinlich eine tiefere strategische Zusammenarbeit zwischen China, Pakistan, Afghanistan, Russland und dem Iran geben bei den Bemühungen zur Terrorismusbekämpfung und dem harten Vorgehen gegen den illegalen Drogenhandel“, [sagte](#) Mercy A. Kuo, Executive Vice President bei Pamir Consulting.

China ist auch traditionell misstrauisch gegenüber der verdeckten türkischen Unterstützung für seine türkisch-muslimische Minderheit, die Uiguren, die die Kommunistische Partei Chinas als grundlegende Bedrohung seiner Sicherheit betrachtet. Anfang dieses Jahres änderte der Kooperationsrat der türkischsprachigen Staaten, auch bekannt als Türkischer Rat, seinen Namen in Organisation der türkischen Staaten, was den chinesischen (und russischen) Verdacht auf einen potenziellen pan-türkischen Separatismus verstärkte. Der von der Türkei angeführte Schritt, die Zusammenarbeit türkischsprachiger Staaten zu einer politischen Einheit aufzuwerten, die den Einfluss Pekings und Moskaus in Zentralasien schwächen könnte, wird zweifellos von China und Russland sehr genau beobachtet.

Dann gibt es die iranische Zweideutigkeit. Die Militärübung „Drei Brüder – 2021“ im September löste verschärfte Spannungen zwischen Aserbaidschan und dem Iran aus, da die Islamische Republik sie als Sicherheitsbedrohung wahrnahm, insbesondere aufgrund der Beteiligung Pakistans. Als Reaktion darauf startete das iranische Militär am 1. Oktober eine eigene Militärübung mit dem Codenamen „Fatehan Khaybar“ nahe der iranischen Grenze zu Aserbaidschan. Kurz nach diesen Militärübungen [schloss](#) Aserbaidschan in Baku eine Moschee und ein Büro, das vom Vertreter des iranischen Obersten Führers Ayatollah Ali Khamenei betrieben wurde.

Teheran ist auch mit der Gefahr ethno-nationalistischer separatistischer Tendenzen in der eigenen aserbaidshanischen Bevölkerung konfrontiert. Die türkische Minderheit im Iran, die größte, wird auf 14 bis 20 Millionen Menschen in einem Land mit insgesamt 84 Millionen Einwohnern geschätzt.

Eine andere aseri-iranische Reibungsfläche betrifft Wiederaufbauverträge nach dem jüngsten Berg-Karabach-Krieg. Teheran ist enttäuscht von Bakus großzügiger Vergabe von Bauprojekten an türkische oder pakistanische Unternehmen statt an iranische Bieter.

Theoretisch ist der Iran der „muslimische Bruder“ der Türkei. In Wirklichkeit ist es der (schiitische) sektiererische Gegner der (sunnitischen) Türkei, historischer Rivale und grenzüberschreitender Anwärtler im mehrheitlich von Schiiten bewohnten Irak und im von Schiiten regierten Syrien.

Schließlich ist Aserbaidtschan immer noch eher ein russisches als ein türkisches Revier. Mehr Aserbaidtschaner sprechen Russisch als diejenigen, die gerne den türkischen Slogan „Eine Nation, zwei Staaten“ brüllen. Pakistan bleibt Chinas stärkster Verbündeter und scheint glücklich zu sein, sich als chinesisches Territorium zu betrachten.

Erdoğan's pantürkische/islamistische Ambitionen werden sowohl den russischen als auch den chinesischen Interessen zugute kommen: Sie werden ein weiteres türkisches Engagement im Osten bedeuten und seine bereits angespannten Beziehungen zu westlichen Institutionen, insbesondere zur NATO, weiter schwächen. Moskau und Peking werden zweifellos in der Lage sein, jedes Foulspiel des noch jungen türkisch-muslimischen Blocks zu kontrollieren.

Burak Bekdil, einer der führenden Journalisten der Türkei, wurde kürzlich nach 29 Jahren von der bekanntesten Zeitung des Landes gekündigt, weil er in Gatestone geschrieben hatte, was in der Türkei vor sich geht. Er ist Fellow am Middle East Forum.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [GATESTONE INSTITUTE](https://www.gatestoneinstitute.org/), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

01) Aber warum eigentlich die NATO?

28. 02. 2022



VON Philippe Joutier

[NATO-Analysten schrieben 1991](#): „Moskau würde sicherlich jeden Versuch, die NATO-Grenze bis zum Bug zu verschieben, als unerträgliche Provokation betrachten – was die Position des reaktionären Lagers in der Sowjetunion stärken würde“.

Es scheint in der Stunde der Ereignisse offensichtlich, dass die NATO mehr denn je gerechtfertigt ist. Aber was rechtfertigte ihre Existenz nach dem Ende des Kalten Krieges?

Ein Blick zurück: Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Wie kann man die zwei Deutschland wiedervereinigen, von denen das eine der NATO und das andere dem Warschauer Pakt angehört? Langfristig wurden der Warschauer Pakt, der die DDR, Polen, Ungarn, die baltischen Staaten, die Tschechoslowakei und Rumänien unter sowjetische Aufsicht stellte, und die NATO, die unter dem amerikanischen Atomschirm konzipiert war, gegenstandslos. Der ehemalige Dissident Vaclav Havel, der damals Präsident der Tschechoslowakei war, forderte die Abschaffung beider Staaten. Am 25. Februar 1991 wurde in Budapest der Warschauer Pakt aufgelöst. Aber ... nicht die NATO! Es stehen zu viele Interessen auf dem Spiel. Die NATO ist ein fantastischer Absatzmarkt für den Verkauf von Waffen.

„Die EU darf nicht an die Stelle der NATO treten und darf ihre Rüstungsmärkte nicht vor den Amerikanern verschließen“ (Jens Stoltenberg, NATO-Generalsekretär).

Bush stürmt nach Prag. Doch kaum hatte er Havel zur Ordnung gerufen, schlug der deutsche Außenminister Genscher vor, die NATO durch eine rein europäische Verteidigungsorganisation zu ersetzen: die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), früher „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE). James Baker, Staatssekretär der Bush-Regierung, behauptet in einem 9-Punkte-Memorandum, dass dies gerade recht komme, da es der größte Wunsch der Vereinigten Staaten sei, die KSZE zu einer ständigen Einrichtung zu machen! Aber da das alles noch ein wenig überarbeitet werden muss, warum nicht in der Zwischenzeit von der NATO profitieren? Gewonnen! Die Westeuropäer schließen sich dieser Option an.

Die NATO wird also nicht abgeschafft, aber wir werden sie nicht ausweiten. Am 10. Februar 1990 wurde in Moskau zwischen dem westdeutschen Bundeskanzler Kohl und dem Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR, Gorbatschow, das Prinzip vereinbart, die deutsche Wiedervereinigung zu akzeptieren, aber im Gegenzug die NATO nicht zu erweitern.

Der britische Außenminister Douglas Hurd bekräftigt gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen Alexander Bessmertnykh am 26. März 1991: **„Die NATO hat nicht die Absicht, Polen, Rumänien, Ungarn oder die Tschechoslowakei einzubeziehen“**. Der britische Premierminister John Major versichert: **„Wir werden die NATO nicht stärken!“**.

Als Folge des Jugoslawienkonflikts von 1991 bis 2001 treten ab 1997 Polen, Tschechien und Ungarn der NATO bei. Die Anerkennung des Kosovo, eines alten serbischen Landes, erzürnte Putin und veranlasste ihn zur Wiederbewaffnung, was genau das Ziel der USA war und 13 europäische Staaten dazu veranlasste, der NATO beizutreten, die heute Russland einkreist. Am 11. Dezember 2016 stimmten 25 Staaten der Europäischen Union der Einführung des Europäischen Verteidigungsfonds zu. Als Reaktion darauf erklärt der US-Verteidigungsminister Jim Mattis im Januar „Gemeinsame Verteidigung ist eine Aufgabe für die NATO und für die NATO allein“. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg ergänzt: „Die EU darf nicht an die Stelle der NATO treten und darf ihre Verteidigungsmärkte nicht vor den Amerikanern verschließen“.

2019 wurde ein zusätzliches NATO-Kommando in Ulm, Deutschland, eingerichtet. Die 3. Panzerbrigade der US-Streitkräfte in Polen sollte durch die 2. Panzerbrigade ersetzt werden, doch beide blieben, was gegen die 1997 unterzeichneten Russland-NATO-Vereinbarungen verstößt.

Laut dem ehemaligen CIA-Direktor Robert Gates „war es notwendig, die NATO weiter nach Osten auszudehnen“.

Analysieren wir die Militärbudgets: (Quellen: SIPRI, Internationales Friedensforschungsinstitut Stockholm). Über zehn Jahre und in Milliarden Dollar gerechnet lag das der USA nie unter 600 Mrd. Dollar.

Für Russland sind es im Durchschnitt zehnmal weniger: 70 Mrd. im Jahr 2016; 66 Mrd. im Jahr 2017 und 51 Mrd. im Jahr 2018. Die russischen Militärausgaben sinken, während die der USA um 7 % auf das Zwölfwache der russischen Militärausgaben steigen. Laut IHS Markit, einem Unternehmen für Finanzanalysen von Rüstungsunternehmen, übertrafen die französischen Militärausgaben 2017 und 2018 das russische Verteidigungsbudget. Im Jahr

2019 stieg der US-Militärhaushalt auf 732 Milliarden US-Dollar; der russische auf 65 Milliarden US-Dollar. Die großen US-Rüstungsunternehmen erzielten 2020 nicht weniger als 54 % aller Waffenverkäufe weltweit. Die Journalisten verschweigen dies, da sie zu sehr darauf bedacht sind, die amerikanischen Interessen unter dem Einfluss bestimmter Stiftungen zu fördern, die in den Medien sehr aktiv sind, wie die „Young Global Leaders“ des World Economic Forums von Klaus Schwab, die 1976 zur Förderung der Freundschaft zwischen den USA und Frankreich gegründet wurde.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EUROLIBERTÉS](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Europäische Union (EU) (Seiten A 48 bis A 50)

02) Ökologischer Irrsinn wegen „Vorbildwirkung“: Minister laden Elektroautos mit mobilen Diesel-Generatoren

26. 02. 2022



Mobiler Dieselgenerator (Symbolbild) | Foto: wikipedia commons/Cjp24/(CC BY-SA 3.0)

LYON – Beim Treffen der EU-Außen- und Gesundheitsminister (9./10. Februar) im französischen Lyon war „Vorbildwirkung“ angesagt. Vorgabe der Organisatoren war, dass die hohen Herrschaften laut dem niederländischen [online-Magazin AD](#) vom Kongresszentrum mit rund 50 Elektroautos nach der Veranstaltung zum Flughafen gefahren werden. Gut möglich, dass ihnen die ökologische Fortbewegung bis dorthin den Flugscham zu überwinden half.

Dieselgeneratoren extra gemietet

Das Kunststück, dabei trotzdem Diesel-Abgas in die Luft zu blasen, sollte uns keineswegs erstaunen, denn diese Leute halten uns bekanntlich nicht nur im Zuge der „Pandemie“, sondern auch was den Umweltschutz betrifft, pausenlos zum Narren. In diesem konkreten Fall sah das so aus:

Während der Tagung hingen die E-Autos an gewaltigen Dieselgeneratoren, um die Akkus aufzufüllen. Diese wurden extra gemietet und neben dem Gebäude aufgestellt.

Man versuchten sich so herauszureden, dass es am Veranstaltungsort nur vier Ladepunkte gäbe. Über diesen Irrsinn berichtete allerdings die belgische Seite [Gocar](#), dass es in der französischen Großstadt mit über 500 000 Einwohnern mehr als 200 Ladestationen mit mehreren Ladepunkten und Schnelladern gäbe.

Daraus lässt sich nur die Schlussfolgerungen ziehen, dass bei Elektroautos bereits Probleme auftauchen, wenn eine Strecke vom Flughafen in eine Stadt und zurück, ohne nachzuladen, zu bewältigen ist.

Bitte lesen Sie dazu auch unsere [Realsatire](#):

„Sensation: Neuartige Ladestation liefert Gratisstrom ganz ohne Kraftwerke“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) „Antimuslimischer Rassismus“: Europarat schlägt vor, die Geschichte des „Islams in Europa“ zu lehren...

26. 02. 2022



..., die politische Beteiligung der muslimischen Gemeinschaften zu stärken und ihre religiösen Forderungen zu erfüllen.

Es ist ein „Nugget“, das die Website Fdesouche enthüllt hat und das wieder einmal den ganzen Abgrund aufzeigt, der die Brüsseler Technokraten von der europäischen Bevölkerung trennt.

In einem Dokument ([siehe hier](#)) vom 1. März 2022 hat die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats eine Bestandsaufnahme vorgenommen und 60 Empfehlungen zur Bekämpfung des „antimuslimischen Rassismus“ an die 47 Mitgliedsstaaten des Europarats ausgesprochen.

Im Folgenden kann man die Handlungen der europäischen Institutionen zu allen Themen im Zusammenhang mit der „Inklusion“ und der Begünstigung von allem, was nicht europäisch ist, auf unserem Territorium in Erinnerung rufen.

Was ist der Europarat?

Der Europarat ist die wichtigste Menschenrechtsorganisation auf dem Kontinent. Ihm gehören 47 Mitgliedstaaten an, darunter alle Mitglieder der Europäischen Union. Alle Mitgliedstaaten des Europarats haben die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet, einen Vertrag zum Schutz der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte überwacht die Umsetzung der Konvention in den Mitgliedsstaaten.

Sein Sitz befindet sich in Straßburg im Palais de l'Europe. Er steht in keiner direkten Verbindung zur Europäischen Union und darf nicht mit ihren Organen verwechselt werden [...].

Die ECRI ist ein Gremium des Europarates, das für die Bekämpfung von Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Intoleranz im größeren Europa zuständig ist [...] Jeder Mitgliedstaat des Europarates ernennt eine Person, die in der ECRI sitzt. [...]

Allgemeine politische Empfehlung Nr. 5 der ECRI (revidiert) über die Verhütung und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen – Angenommen am 8. Dezember 2021, mit Veröffentlichungsdatum 1. März 2022

I. Präambel

[...] unter Hinweis darauf, dass Judentum, Christentum und Islam sich gegenseitig und die europäische Zivilisation über Jahrhunderte hinweg beeinflusst haben, und in diesem Zusammenhang **auf den positiven Beitrag verweisend, den der Islam zur Entwicklung der europäischen Gesellschaften geleistet hat, deren integraler Bestandteil er ist;** [...].

Unter Hinweis auf die Notwendigkeit, dass die Mitgliedstaaten die Integration neuer Mitglieder ihrer Gesellschaften im Rahmen eines in beide Richtungen funktionierenden Prozesses fördern und die Einbeziehung ihrer aus der Vielfalt hervorgegangenen und seit langem ansässigen Bevölkerungsgruppen sicherstellen müssen, um dazu beizutragen, rassistische, diskriminierende oder fremdenfeindliche Reaktionen in bestimmten Teilen der Gesellschaft als Reaktion auf das durch die Bekämpfung des Terrorismus oder des religiösen Extremismus geschaffene Klima oder bei gleichzeitiger Bewältigung der Herausforderungen einer wachsenden Migration zu verhindern; [...].

Mit großer Besorgnis den allgemeinen Anstieg geschlechtsspezifischer Übergriffe feststellend, denen muslimische Frauen ausgesetzt sind, insbesondere wenn sie ihren Glauben öffentlich zeigen; [...].

Beobachtend, dass das Internet zunehmend genutzt wird, um Hass und Vorurteile gegenüber Muslimen zu verbreiten, und dass soziale Netzwerke nicht wirksam gehandelt haben, um diesen gefährlichen Missbrauch ihrer Plattformen zu verhindern ;

Unterstreichend, dass die Vielfalt der Konfessionen eine Stärke innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft ist und dass der Grundsatz der multireligiösen und

interkulturellen Gesellschaft mit dem Wunsch der Religionen einhergeht, innerhalb der Gesellschaften, deren Teil sie sind, zu koexistieren; [...].

II. Geschichte und Kontext

[...] 2. Die europäischen Gesellschaften bestehen aus einem reichen kulturellen Gefüge, das auf verschiedenen ethnischen, religiösen, historischen und philosophischen Elementen beruht, und Muslime sind ein integraler Bestandteil dieser Gesellschaften, in denen sie seit Jahrhunderten respektiert werden und zu denen sie beitragen. Trotzdem ist seit dem Jahr 2000 die dringende Notwendigkeit entstanden, **die neuen Herausforderungen bei der Prävention und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen zu konzeptualisieren**. Dieser Bedarf hat sich nach den Terroranschlägen von Al-Qaida am 11. September 2001, dem jüngsten Anstieg des Zustroms von Migranten, einschließlich muslimischer Migranten, nach Europa und dem Aufstieg fremdenfeindlicher und ultranationalistischer populistischer Parteien und Bewegungen noch weiter verstärkt. [...]

A. Historischer Rückblick

3. Die Geschichte der Muslime und des Islam in Europa ist Teil der Geschichte Europas; sie ist ebenso komplex wie lang. Der Islam, das Judentum und das Christentum haben die gleichen Wurzeln und sind Träger gemeinsamer Werte. Diese Verbindungen finden sich in der Geschichte der Mitgliedstaaten des Europarats selbst wieder. In einigen Staaten reichen die Kontakte mit Muslimen und dem Islam Jahrhunderte zurück. In anderen handelt es sich um eine relativ neue Erfahrung. Muslimische Gemeinschaften sind in vielen Mitgliedstaaten eine Minderheit, in anderen jedoch die Mehrheit. **Nichtsdestotrotz sind der Islam und die muslimischen Gemeinschaften ein Teil der europäischen Geschichte.** [...]

29. Nationale Regierungen haben muslimische Akteure der Zivilgesellschaft trotz der Gesetze zum Schutz der Vereinigungsfreiheit Einschränkungen unterworfen, einschließlich Zwangsschließungen. Wie bereits im Zusammenhang mit verdächtigen Gemeinschaften erwähnt, werden diese Maßnahmen manchmal nicht durch glaubwürdige Beweise untermauert. Die Schließung – oder die Androhung der Schließung – kann die Vereinigungsfreiheit der muslimischen Gemeinschaften und ihre Fähigkeit zur Bürgerbeteiligung unangemessen einschränken. [...]

III.

Empfehlungen

A. Politische Maßnahmen und institutionelle Koordinierung

[...] 7. sicherzustellen, dass alle Gleichstellungsmaßnahmen, einschließlich der Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen, die Intersektionalität berücksichtigen ;

8. öffentliche Stellen dafür zu sensibilisieren, dass sie allen strukturellen Formen der Diskriminierung von Muslimen und ihren Gemeinschaften Aufmerksamkeit schenken und gegen sie vorgehen müssen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Beschäftigung, Wohnraum, Zugang zu Waren und Dienstleistungen, Zugang zu öffentlichen Plätzen und Bewegungsfreiheit; [...].

B. Prävention

[...]15. öffentliche politische Maßnahmen überwachen, um Aktivitäten zu entwickeln, die integrative und umfassende Darstellungen von Muslimen in der Gesellschaft fördern, und

politische Entscheidungsträger ermutigen, Gleichheit zu gewährleisten, Vielfalt aufzuwerten, positive Interaktionen und aktive Bürgerschaft zu unterstützen und sich an der Entwicklung ihrer Politik zu beteiligen; [...].

21. sicherzustellen, dass Menschen muslimischen Glaubens ihr Recht auf Religionsfreiheit diskriminierungsfrei ausüben können, **indem sie unter anderem dafür sorgen, dass die Behörden in ihrer gängigen Praxis vorsehen, dass die religiösen Anforderungen dieser Gruppe angemessen erfüllt werden, um sie gegebenenfalls vor mittelbarer Diskriminierung zu schützen;**

22. der Situation muslimischer Frauen, die aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Religion und ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft unter intersektionaler Diskriminierung leiden können, besondere Aufmerksamkeit zu widmen und spezifische und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Einbeziehung zu gewährleisten; [...].

25. zu **überprüfen, ob die von den Strafverfolgungsbehörden geregelten oder verabschiedeten Vorschriften benachteiligende Auswirkungen auf Muslime haben** [...].

26. Regeln für Internetunternehmen, einschließlich sozialer Netzwerke, aufzustellen [...], um wirksame Systeme zur Erkennung und Entfernung von Online-Hassreden gegen Muslime einzurichten, [...] und mit sozialen Netzwerken an der Entwicklung von Initiativen, insbesondere im Bildungsbereich, zu arbeiten, **die dazu beitragen könnten, ausgewogene Geschichten über Muslime und den Islam auf Plattformen sozialer Netzwerke zu verbreiten;**

27. auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene die Weiterbildung von Strafverfolgungsbeamten, Staatsanwälten, Richtern und anderen Akteuren der Justiz in der Bekämpfung und Prävention von antimuslimischem Rassismus zu gewährleisten, einschließlich der Anerkennung und Registrierung von antimuslimisch motivierten Hassverbrechen, in einer Form, die von europäischen und anderen internationalen Organisationen als bewährte Praxis anerkannt ist ;

28. **die Vermittlung der Vielfalt muslimischer Lebensweisen und der muslimischen Geschichte** sowie des positiven Beitrags muslimischer Personen, Gemeinschaften und Kultur zu den europäischen Gesellschaften zu fördern und **eine ausgewogene und objektive Darstellung der Geschichte des Islam in Europa in Lehrpläne, Schulbücher und digitale Hilfsmittel aufzunehmen**, wobei sicherzustellen ist, dass es keine verzerrte Interpretation religiöser und kultureller Geschichten und keine Wahrnehmungen von Feindseligkeit gegenüber bestimmten religiösen, ethnischen und kulturellen Gruppen gibt; [...].

31. relevante und wirksame Bildungsstrategien und Bildungsaktivitäten zu entwerfen, die das Verständnis für den Inhalt von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen fördern und antimuslimische Verallgemeinerungen anfechten, indem sie (i) Schüler und Studenten über Rassismus und Diskriminierung von Muslimen aufklären, (ii) antimuslimischen Rassismus durch Bildung verhindern; und (iii) auf antimuslimische Vorfälle reagieren ;

32. sicherzustellen, dass Maßnahmen zur Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung von Muslimen in allen relevanten Fächern für Schüler und Studierende altersgerecht in der formalen und informellen Bildung, einschließlich der Erwachsenen- und Lehrerbildung, durchgeführt werden; [...].

34. die Debatte unter Medienschaffenden über ihre Rolle bei der Verhütung und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen und ihre besondere Verantwortung in diesem Zusammenhang hinsichtlich des Bildes, das sie vom Islam und den muslimischen Gemeinschaften vermitteln, zu fördern, sowie ihre Pflicht, über alle globalen Ereignisse, einschließlich aller Formen des Terrorismus, in einer Weise zu berichten, die keine antimuslimischen Vorurteile und Stereotypen schürt und ganz allgemein Einblick in die reiche Vielfalt des Lebens von Muslimen und insbesondere von muslimischen Frauen gibt ;

35. die **Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen spielen und die Wertschätzung der Vielfalt fördern, zu unterstützen** und einen offenen und demokratischen Raum zu schaffen, in dem diese Organisationen die verschiedenen Aspekte von Rassismus und Diskriminierung von Muslimen mit den relevanten staatlichen Organen, regionalen und lokalen Behörden und anderen privaten Akteuren erörtern können; [...].

38. das Notwendige zu tun, um die **politische Partizipation muslimischer Gemeinschaften zu stärken, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene**, aber auch auf nationaler und europäischer Ebene; [...].
C. Schutz

[...] 42. **diskriminierende rechtliche oder administrative Hindernisse für den Bau von Gotteshäusern, die den islamischen Praktiken und Bestattungsriten angepasst sind, zu beseitigen**

43. sicherzustellen, dass muslimische religiöse Kleidung nicht als Vorwand für eine ungerechtfertigte unterschiedliche Behandlung dient, insbesondere in Bezug auf muslimische Frauen, indem sie das richtige Gleichgewicht zwischen der individuellen Freiheit, eine Religion und Weltanschauung zu bekunden, und dem in einer demokratischen Gesellschaft notwendigen legitimen öffentlichen Interesse gemäß Artikel 9 Absatz 2 der Europäischen Menschenrechtskonvention herstellt; [...].
D. Strafverfolgung / Durchsetzung der Gesetze

[...] 50. sicherzustellen, dass die Gesetzgebung vorsieht, dass rassistische Motivation, einschließlich antimuslimischer Motivation, einen erschwerenden Umstand für alle Handlungen darstellt, die nach dem Strafrecht unter Strafe gestellt sind; [...].



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BREIZH-INFO](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Brüssel: Ugandischer Außenminister lässt Ursula von der Leyen ohne Begrüßung stehen

20. 02. 2022



Wurde stehengelassen: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. *Screenshot European Council*

Linke und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen scheinen sich damit abgefunden haben, dass in gewissen Kulturen die Uhren anders ticken: da ist es nicht üblich einer Frau die Hand zu geben, selbst wenn diese die Kommissionspräsidentin der EU ist.

BRÜSSEL – Die Szene erinnert an das „Sofagate“ vor knapp einem Jahr beim Empfang der EU-Spitzen, Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel, beim türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in Ankara. Während Michel neben Erdogan auf dem Stuhl platznehmen durfte, wurde von der Leyen abseitig auf das Sofa verbannt. Die verdutzte Kommissionschefin konnte nur mit einem peinlichen „Äääähm“ reagieren, als sie erkannte, dass für sie kein Stuhl da war.

Diesmal grinste sie nur betreten, als der ugandische Außenminister Jeje Odongo während der Begrüßungszeremonie anlässlich des EU/Afrikanische Union Gipfels von Frankreichs Präsidenten Macron darauf hingewiesen wurde, von der Leyen doch noch zu begrüßen. Der stattliche Mohr wandte sich daraufhin doch der Kommissionspräsidentin zu (siehe Video unten), war aber weit entfernt ihr die Hand zu geben.

Auch auf Twitter-Beitrag schien von der Leyen nicht auf

Dass sein Auftritt alles andere als ein diplomatisches Missverständnis gewesen war, gab der ugandische Minister gleich selbst via Twitter zu verstehen. In einem Post schreibt Odongo lediglich von der Begrüßung durch den Ratspräsidenten Michel und Frankreichs Präsidenten Macron. Und von der Leyen, immerhin eine der mächtigsten Politikerinnen in Europa war keine Erwähnung wert. Deutlich auch das Foto, das Odongo dazu gepostet hat: Von der Leyen ist schlicht nicht drauf, obwohl sie gleich daneben stand, berichtet die [solothurnerzeitung.ch](https://www.solothurnerzeitung.ch).

Was werden bloß unsere Feministinnen und sonstige linke Innen dazu sagen? Die befinden sich da wohl in einem zwiespältigen Dilemma: Einerseits der herablassende Umgang mit einer Frau und andererseits wäre es wohl „rassistisch“ einen Schwarzen zu tadeln. Gut möglich, dass da jetzt ein „Arbeitskreis“ gebildet wird, um auszuloten, wie eine fortschrittliche Politikerin sich in derartigen Situationen „kultursensibel“ zu verhalten hat.

Am besten vielleicht, und das wäre sogar fortschrittlich, die jeweilige Dame verkleidet sich als Mann! So wie umgekehrt Markus Ganserer als Frau, der jetzt als Tessa auf einer Frauenquote im Bundestag sitzt, wie [unsere Redaktion berichtete](#).



https://twitter.com/ViktorDanek_/status/1494630445748731907?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1494630445748731907%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Fbruessel-ugandischer-aussenminister-laesst-ursula-von-der-leyen-ohne-begruessung-steinen%2F

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Dramatischer Anstieg der EU-Agenturen gefährdet unsere Eigenstaatlichkeit!

19. 02. 2022



Joachim Kuhs MdEP (AfD):

Dramatischer Anstieg der EU-Agenturen gefährdet unsere Eigenstaatlichkeit!

Seit Bestehen der Europäischen Union ist die Anzahl ihrer Agentur nahezu explodiert: Mittlerweile greifen 43 EU-Agenturen, Hand in Hand mit der Europäischen Kommission, in immer mehr Bereiche unseres Lebens ein. Joachim Kuhs, haushaltspolitischer Sprecher der AfD-Delegation im EU-Parlament, äußert sich zu diesen Entwicklungen wie folgt:

„Jährlich gibt die EU 14,9 Milliarden Euro für Exekutivagenturen aus, 3,7 Milliarden Euro für dezentrale Agenturen und 8,1 Milliarden Euro werden von den Kreditinstituten in den einheitlichen Abwicklungsausschuss und den einheitlichen Abwicklungsfonds eingezahlt.

Es erübrigt sich zu betonen, dass nur ein winziger Teil der europäischen Agenturen wirklich sinnvoll ist, wie etwa die EURATOM-Versorgungsagentur, Europol, die Europäische Bankenaufsichtsbehörde, die Europäische Agentur für das Globale Satellitennavigationssystem und die Grenzschutzagentur Frontex.

Leider erweitert die Europäische Union die Liste neuer Agenturen ständig. Im Rahmen des aktuellen MFR 2021–2027 plant die Europäische Kommission die Bildung mindestens einer weiteren Agentur, nämlich der Europäischen Exekutivagentur für Gesundheit und digitale Kommunikation. Der Anstieg der europäischen supranationalen Strukturen löst immer wieder die alte Debatte über das Gleichgewicht zwischen Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und nationalen Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten aus.

Die gegenwärtigen Tendenzen laufen offenkundig auf eine Eigenstaatlichkeit der EU, eine Aushöhlung des Subsidiaritätsprinzips und eine Auflösung der Nationalstaaten hinaus. Und wer bezahlt das alles? Vorrangig die Deutschen.“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Polen, Ungarn...Und bald auch Frankreich? Manifest für ein Bündnis der Konservativen im Europäischen Parlament

Von David Engels und Krzysztof Tyszka-Drozdowski

18. 02. 2022



Die größten konservativen Parteien in Europa haben gerade eine Einigung erzielt, die sich bald in einer politischen Allianz im Europäischen Parlament manifestieren kann. Aber kann diese prinzipielle Opposition bis zu der grundlegenden Reform gehen, die die europäischen Institutionen so dringend brauchen, fragen sich David Engels, Professor an der Freien Universität Brüssel und am Instytut Zachodni in Poznań, und Krzysztof Tyszka-Drozdowski, Analyst in einer polnischen Regierungsbehörde, die sich mit Industriepolitik befasst.

Die größten konservativen Parteien Europas haben endlich eine grundsätzliche Einigung über ihre Werte und ihre zukünftige Zusammenarbeit erzielt – eine Einigung, die sich bald in einem politischen Bündnis im Europäischen Parlament manifestieren kann. Zwar könnte dieses Bündnis zu einer der stärksten Gruppierungen im Parlament werden, doch angesichts der derzeitigen politischen Konstellation besteht wenig Hoffnung, dass der „Cordon sanitaire“ durchbrochen wird und der Weg von einer prinzipiellen Opposition zu einer grundlegenden Reform führt, die die auseinanderdriftenden europäischen Institutionen so dringend benötigen.

Sicherlich zeigen Polen und Ungarn von Tag zu Tag, welche Erfolge eine patriotische und konservative Regierung erzielen kann, aber der Druck, dem sie ausgesetzt sind, ist so groß, dass ihr Einfluss auf die Entwicklung in Europa begrenzt bleibt. Ein Wahlsieg des RN (oder der Bewegung von Éric Zemmour in Frankreich) oder der beiden konservativen Parteien in Italien könnte hingegen wie eine Lawine wirken. Natürlich werden der Deep State und die wohlmeinenden Eliten, genau wie einst in den USA nach der Wahl von Donald Trump, alles daransetzen, eine solche Regierung zu sabotieren, und vor allem in Frankreich wird es schwierig sein, ohne parlamentarische Mehrheit eine Veränderung herbeizuführen. Dennoch wäre die Erschütterung der globalistischen Ordnung beträchtlich, vor allem, wenn sie sich eng mit den anderen konservativen Parteien und Regierungen in Europa abstimmen würde.

Im Falle Frankreichs würde dies vor allem bedeuten, sich Polen zuzuwenden – na ja, man wäre versucht zu sagen, denn das relative Desinteresse der konservativen Eliten an der derzeitigen polnischen Regierung ist ein wichtiger taktischer Fehler. Was könnten die Herausforderungen und Perspektiven einer solchen potenziellen Zusammenarbeit zwischen der polnischen PiS und der patriotischen Rechten in Frankreich sein, vor allem angesichts der derzeitigen Doppelung der Präsidentschaftskandidaten der letzteren und der ideologischen Unsicherheit, die sich dort gerade breit macht?

Interne Entwicklung

Lange Zeit waren die europäischen Konservativen so fraktioniert, dass es relevant wäre, sich zu fragen, ob der Begriff „konservativ“ selbst noch eine Bedeutung hat. Souveränismus gegen Okzidentalismus, Russophilie gegen Atlantismus, Christentum gegen Laizismus, Liberalismus gegen Christlich-Sozialen – der Konservatismus ist ein eigenes Universum mit internen Spaltungen, die oftmals stärker ausgeprägt sind als die weitgehend vorgetäuschten Spaltungen zwischen der wohlmeinenden „Linken“ und der „Rechten“. Wird es möglich sein, diese historischen Spaltungen zu überwinden, die oftmals durch alte historische Ressentiments zwischen Fraktionen, Parteien und Staaten verschärft werden? Ja, aber es gibt einen Preis zu zahlen: den Preis, eine Reihe von Ressentiments (und Hoffnungen) zu begraben, um alle Energie auf die Punkte zu konzentrieren, die für einen politischen Sieg entscheidend sind.

Polen ist ein hervorragendes Beispiel für diesen Ansatz, und die ideologischen Entscheidungen der derzeitigen Regierung scheinen eine realistische und pragmatische Inspiration für andere konservative Parteien in Europa darstellen zu können.

„So hat sich Polen für den Eurorealismus entschieden: Anstatt eine Auflösung der Europäischen Union anzustreben (was nur zum Auftreten der alten politischen Asymmetrien in Europa führen würde und zudem bei den Bürgern höchst unpopulär wäre), setzt Polen lieber auf eine grundlegende Reform der Institutionen und hält die Zusammenarbeit in Bereichen wie Verteidigung, Migrationspolitik, Infrastruktur, Kriminalitätsbekämpfung, Forschung oder wirtschaftliche und rechtliche Harmonisierung für wesentlich.“

Im Bereich der Identität betont Polen die Bedeutung des christlichen Erbes und betrachtet den Laizismus, wie er in Frankreich praktiziert wird, d. h. mit einem klar antichristlichen und islamophilen Bias, als Sackgasse: Nur die Verteidigung einer starken nationalen Kultur, die in einer positiven Haltung gegenüber den spirituellen Werten der Vergangenheit verankert ist, kann die aus der multikulturalistischen Doktrin resultierende Atomisierung verhindern. Im wirtschaftlichen Bereich schließlich besteht Polen auf der Verpflichtung des Staates, die Bürger vor den Auswüchsen des Ultraliberalismus zu schützen, und hat ein umfassendes Sozialprogramm zum Schutz der Unter- und Mittelschicht aufgelegt.

Hinzu kommt eine äußerst klare Haltung zu Migration, LGBTQ-Ideologie, Abtreibung, Natalismus und Euthanasie; es wird schnell klar, dass die polnische Regierung bereits seit vielen Jahren eine Politik betreibt, die in vielen Punkten den Forderungen der französischen Konservativen entspricht. Ein vertieftes Bündnis zwischen der stärksten französischen Rechtspartei und der polnischen Regierungspartei könnte daher für beide Seiten höchst interessant sein, um einen starken Motor für das neue konservative Bündnis in Europa zu bilden.

Politisches Gleichgewicht in Europa

Auf den ersten Blick müsste die französische Rechte also alles mit den polnischen Konservativen gemeinsam haben. Wir sind uns über die Misserfolge der Europäischen Union einig. Wir sind uns in der Frage der Einwanderung einig. Wir sind uns einig, dass der Liberalismus, wie John Milbank es ausdrückt, ein anthropologischer Fehler ist, da die Gemeinschaft Vorrang vor den Wünschen des Einzelnen haben muss, die heute zum Absoluten erhoben werden. Wir stimmen darin überein, dass sich der Einzelne durch die Gemeinschaft und nicht außerhalb von ihr voll entfalten kann, dass das Glück von der Verwurzelung abhängt, während Entwurzelung und Verleugnung der Vergangenheit es untergraben. Doch trotz dieser Gemeinsamkeiten gibt es nicht nur einen Zankapfel – Russland –, sondern einen zweiten: Deutschland.

Die Russlandfrage ist offensichtlich: Viele französische Intellektuelle pflegen eine romantische Vorstellung von Russland, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht und durch den patriotischen Konservatismus von Wladimir Putin genährt wird. Es stimmt zwar, dass dieser ideologisch auf den ersten Blick eher mit einer traditionalistischen Weltsicht übereinstimmt als die von der derzeitigen US-Regierung verfolgte Politik, aber die Franzosen täten gut daran, nicht die Augen vor der dunklen Seite von Putins Regierung zu verschließen, deren Korruption jedem Vergleich spottet, in der Dissidenten nicht nur ihrer Twitter- und Facebook-Accounts, sondern auch ihrer Freiheit beraubt werden, und die eine expansionistische und hegemoniale Agenda verfolgt, die sich klar gegen die Unverletzlichkeit der Grenzen richtet, die für das europäische Gleichgewicht so grundlegend ist – und für das Überleben von Staaten wie Polen, Weißrussland, der Ukraine und dem Baltikum so überlebenswichtig. Ein Kompromiss zwischen dem polnischen und dem französischen Konservatismus ist daher nur auf der Grundlage einer Äquidistanz zwischen Ost und West möglich.

Diese Äquidistanz stößt auf den zweiten Zankapfel: Deutschland. Es ist unbestritten, dass Deutschland (wieder) zur Hegemonialmacht in Europa geworden ist. Nun ist der größte Verbündete Russlands in Europa nicht Frankreich, sondern Deutschland. Nur ein Beispiel, das jüngste: Es war nicht Frankreich, das Nord Stream II gebaut hat. Es stimmt, dass die Franzosen eine romantische Vorstellung von Russland haben, aber die französische Elite lebt vor allem in einer Illusion über Deutschland. Das deutsch-französische Paar ist ein Ausdruck, der nur im Hexagon verwendet wird; die Deutschen benutzen ihn nie.

So war es das Deutschland von Angela Merkel, das die Dublin-Verordnung für Einwanderer sprengte, als die Kanzlerin, ohne jemanden zu fragen – und vor allem ohne die europäischen Völker zu berücksichtigen – die Welle von Einwanderern ins Land holte, die Europa überschwemmte; es war das Deutschland von Merkel, das die von Bruno Le Maire vorgeschlagene europäische Steuer auf digitale Giganten ablehnte, um eine Erhöhung der Zölle auf deutsche Autos zu verhindern ; es ist Deutschland, das eine Sparpolitik durchgesetzt hat, die den Süden des Kontinents nachhaltig ruiniert, um von einem unterbewerteten (deutschen) Euro profitieren und seine industrielle Hegemonie durchsetzen zu können; es ist Deutschland, das dabei ist, Europa durch Ursula von der Leyens Green Deal seine links-ökologische ideologische Agenda aufzuzwingen, etc.

„Die deutsche Hegemonie über Europa zeichnet sich dadurch aus, dass ein großer Teil der Deutschen davon überzeugt ist, von Europa ausgebeutet zu werden, und sogar den Austritt aus der EU befürwortet.“

Sie haben nicht Unrecht: All die politische und wirtschaftliche Macht, die die deutsche Elite auf sich vereint, kommt nicht dem deutschen Bürger zugute, dessen Medianvermögen weit unter dem der meisten seiner Nachbarn liegt, sondern treibt eine wirtschaftspolitische Maschinerie an, die weit von den Normalsterblichen entfernt ist. So wird der deutsche Steuerzahler zur Finanzierung der EU-Subventionen herangezogen, die größtenteils an Staaten im Osten der EU gezahlt werden. Die dort erwirtschafteten Überschüsse fließen jedoch nicht nur größtenteils nach Deutschland zurück, sondern bereichern hier vor allem Banken, multinationale Konzerne und Holdings, die diese Gewinne außerhalb Europas in Sicherheit bringen.

Daher ist es für die europäischen Konservativen höchste Zeit, diese Asymmetrie anzuerkennen und zu versuchen, sie zu lösen. Da in der gegenwärtigen politischen Situation eine freiwillige Umstrukturierung der deutschen Wirtschaft ausgeschlossen scheint, täte Frankreich gut daran, sich auf die ewige französische Tradition zu besinnen, die vom Ancien Régime bis de Gaulle versucht hat, dafür zu sorgen, dass Europa niemals unter die Hegemonie einer einzigen Macht fällt. Frankreich hatte den größten Einfluss auf die Ereignisse auf dem Kontinent, als es Staaten um sich versammelte, die frei bleiben wollten und nicht die Hegemonie eines anderen wollten. Heute muss diese Politik neu geschaffen werden. Frankreich allein ist zu schwach, um über das Schicksal des Kontinents zu entscheiden, ebenso wie die mitteleuropäische Koalition. Ein Bündnis zwischen Paris und den kleinen und mittleren Nationen wird ein Europa der Vaterländer wiederherstellen, in dem Deutschland einen Platz finden kann, der dem Gleichgewicht der Kräfte zuträglicher und dem Steuerzahler gegenüber gerechter ist.

Wiedererlangung der wirtschaftlichen, digitalen und energiepolitischen Souveränität

Die Idee der europäischen Souveränität gehört nicht Macron. Sie ist eine gaullistische Idee, denn wir müssen in de Gaulle den wahren Vater des vereinten Europas sehen, mehr noch als in denjenigen, die wir nach amerikanischer Manier als Gründerväter gefeiert haben. Heute sollten alle intelligenten europäischen Populisten und Konservativen Gaullisten sein.

Europa wird erst dann eine unabhängige geopolitische Macht werden, wenn es seine Souveränität im Energiebereich, in der Industrie und im digitalen Bereich wiedererlangt. Diese Souveränität stößt jedoch auf ideologische Barrieren. Die Kernenergie, die das schnellste Mittel zur Dekarbonisierung ist – wie die Erfahrungen Frankreichs oder Südkoreas gezeigt haben – weckt immer noch Ängste, die durch einen veralteten grünen Radikalismus von vor 50 Jahren genährt werden. Fortschritte im Bereich der Kernenergie werden durch eine ideologische Hysterie gebremst, die durch die Erklärungen der

Regierung Merkel sanktioniert wird. Der New Green Deal muss auf Entwicklung und Modernisierung ausgerichtet sein, nicht auf die Zerschlagung der europäischen Industrie und die Senkung des Lebensstandards.

Wir müssen uns gegen eine Strafökologie wehren, die uns nicht nur den europäischen Lebensstil nehmen, sondern auch alle Entwicklungskräfte ersticken will. Gleichzeitig müssen wir uns bewusst machen, dass die postindustrielle Wirtschaft ein Mythos ist und dass jeder, der an sie glaubt, sich selbst zur Schwäche verurteilt. Deutschland hat nie daran geglaubt, es hat seine industrielle Basis bewahrt, und von ihr leitet sich seine wirtschaftliche Stärke ab, auch wenn diese zunehmend durch die Selbstmord-Ideologie der Grünen und der Linken in Frage gestellt wird, die nicht nur das Ende Deutschlands selbst, sondern ganz Europas einläuten würde. Eine durchdachte Reindustrialisierungspolitik auf kontinentaler Ebene, die mit einer breiten Zusammenarbeit bei Großprojekten verbunden ist, ist eine Voraussetzung für die europäische Souveränität. Um diese wiederherzustellen, müssen die europäischen Hersteller durch Anreize und verbindliche Maßnahmen nach Europa zurückgeholt werden. Dabei geht es nicht nur um Wirtschaftswachstum, sondern auch um Sicherheit. Während der China-Virus-Krise haben wir erlebt, was es bedeutete, die Lieferketten nach Asien zu verlagern: keine Masken, keine wichtigen Medikamente. Es stellte sich heraus, dass es in Europa nicht einmal eine einzige Fabrik für Paracetamol gab.

Die Wiedererlangung der digitalen Souveränität wird nicht nur durch eine höhere Finanzierung von FuE und die Schaffung eines europäischen Netzwerks für die Zusammenarbeit in diesen Bereichen erfolgen. Es muss ein vernünftiger Protektionismus vorgeschlagen werden, ohne den die europäischen Äquivalente der GAFAMs nicht entstehen werden.

Parallel zum Protektionismus, der auf die Schaffung europäischer Digitalriesen abzielt, muss die Situation der europäischen Arbeitnehmer überdacht werden. Der Abwärtsdruck auf die Löhne wird nicht aufhören, wenn wir die Einwanderung nicht stoppen. Die europäischen Arbeitnehmer sind unsere Priorität, deshalb soll die europäische Präferenz eingeführt werden. Diejenigen, die in Europa geboren wurden, deren Väter unsere Zivilisation aufgebaut haben, haben das Recht, an seiner Zukunft zu arbeiten.

„Die Vorteile einer europäischen konservativen Allianz, die sich auf die Achse Paris-Warschau konzentriert, scheinen also offensichtlich zu sein, und es wäre zu wünschen, dass nicht nur konservative Politiker, sondern auch konservative Intellektuelle und Akademiker ihre Kontakte vertiefen und einen bilateralen Austausch initiieren, der in konkrete strategische Projekte mündet. Wir sind davon überzeugt, dass das polnische Modell als Inspiration dienen könnte, um die internen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der patriotischen Rechten in Frankreich zu klären.“

Einer der dringendsten Punkte einer solchen Kooperation wäre die Vertiefung der Zusammenarbeit im medialen und akademischen Bereich, da auf beiden Seiten die Meinungen über die konservativen Nachbarpartner nach wie vor stark von Vorurteilen und Diffamierungen dominiert werden, die von den eindeutig links orientierten Mainstream-Medien und den ebenfalls voreingenommenen akademischen „Experten“ verbreitet werden: Der Bürger kann die Wahrheit über die Herausforderungen und Akteure der zeitgenössischen Herausforderungen nur dann einschätzen, wenn er über qualitativ hochwertige und ideologisch unverzerrte Informationen verfügt.

Wir anderen europäischen Konservativen haben zu lange gewartet und zu viele Gelegenheiten verpasst. Wir alle wissen, dass wir die Herausforderungen der multipolaren Welt nur dann bewältigen können, wenn wir vereint sind. Wir können uns weder auf der

Grundlage ideologischer Illusionen noch auf der Grundlage falscher Berechnungen zusammenschließen. Es wäre naiv zu glauben, dass uns nichts trennt. Es wäre jedoch ein großer Fehler, das Potenzial dessen, was uns vereint, nicht zu erfassen.



Prof. Dr. David Engels ist Professor für Römische Geschichte in Brüssel und forscht am Posener West-Institut.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Warnhinweise für Alkohol: EU droht zur Erziehungsdiktatur zu verkommen

16. 02. 2022



Seit Jahren sind auf Zigarettenpackungen mit Schockbildern versehene Warnungen angebracht, die vor den gesundheitlichen Risiken des Tabakkonsums warnen. Wer gerne ein Gläschen Wein trinkt, könnte schon bald mit Warnhinweisen auf der Weinflasche konfrontiert sein. Denn geht es nach dem Sonderausschuss zur Krebsbekämpfung des EU-Parlaments, sollen künftig alkoholische Getränke mit Warnhinweisen versehen werden.

Die Mitglieder des Sonderausschusses sind davon überzeugt, dass Alkohol ein erhöhtes Krebsrisiko darstellt und stützen sich dabei auf Aussagen der Weltgesundheitsorganisation WHO, die in der gegenwärtigen Corona-Krise eine mehr als zweifelhafte Rolle spielt. So heißt es in dem Bericht, dass „in Europa schätzungsweise zehn Prozent aller Krebsfälle bei Männern und drei Prozent aller Krebsfälle bei Frauen auf Alkohol zurückzuführen“ seien. Daher müsse der Alkoholkonsum bis 2025 um zehn Prozent reduziert werden, was durch höhere Preise und weitere Steuern erreicht werden soll.

Kritik an den Plänen der EU, die den Alltag der Bürger einmal mehr gängeln will, kommt vom FPÖ-EU-Abgeordneten Harald Vilimsky. In einer Aussendung schreibt der Leiter der freiheitlichen Delegation im Europaparlament, „Warnhinweise auf Wein- oder Bierflaschen anbringen zu lassen, offenbart den schier grenzenlos gewordenen Erziehungs-Autoritarismus Brüssels“.

Vilimsky betont, dass der Kampf gegen Krebs nicht falsch sei, aber bei vielem, was aus Brüssel kommt, gehe es um zwei Dinge: „Einerseits um die zentralistische Kompetenzanmaßung – und die für Gesundheit liegt nun einmal bei den Mitgliedsstaaten. Und andererseits um den immer stärker zu Tage tretenden Willen, die europäischen Bürger zu einem nach Brüsseler Auffassung ‚korrekten‘ Leben zu erziehen, in dem Eigenverantwortung keine Rolle mehr spielt“. Deshalb spricht sich Vilimsky entschieden gegen einen von Brüssel verordneten „Nanny-State“ aus, „der uns vorschreiben will, wie wir zu leben haben“.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Protokoll des Euro-Geldbetruges

15. 02. 2022



Während die Inflation dank Geldvermehrung und "grüner" Energie nach oben schießt, kämpft die Wirtschaft ums Überleben. | Bild: shutterstock

Seit der Finanzkrise 2008 befindet sich die Finanzwelt im Allgemeinen und in Europa im Besonderen in einem Dauerkrisenbewältigungsmodus. Die Wahl des Mittels die ständigen Finanzkrisen der EU zu bewältigen, ist hemmungslose Gelddruckerei.

Es mag sein, dass einmaliges Gelddrucken zur Überwindung einer außergewöhnlichen Krise, wie sie eben 2008 durch das Zusammenbrechen des Interbankenmarktes entstand, akzeptabel ist. Allerdings hat man seither aus der Not von 2008 eine Tugend gemacht. Dabei werden unter Umgehung des Maastrichter Vertrags Staatsschulden monetarisiert,

Das heißt also mit frisch gedrucktem Geld der EZB Staatspapiere von allerlei internationalen Investmentgesellschaften, die von den ursprünglich hohen Zinsen der Südländer angezogen wurden, aufgekauft und so einerseits die Südstaaten der EU entschuldet, andererseits die betreffenden Fondsgesellschaften vor dem Bankrott gerettet. Die Schulden lagern seither bei der EZB, die als Badbank fungiert. Diese Schulden müssen dann irgendwann einmal abgeschrieben werden. Gleichzeitig hat die EZB den Leitzins auf null gedrückt, um die Neuverschuldung zu erleichtern.

Profiteure dieser Politik waren und sind die genannten internationale Fondsgesellschaften (Aktienfonds, Pensionsfonds), die sich mit ihren Anlagen verspekuliert hatten und durch die Politik der EZB gerettet wurden.

Verlierer dieser Politik sind vor allem kleine Sparer, deren mühsam erworbener Spargroschen durch die nun einsetzende Inflation entwertet wird. Dabei kann man getrost davon ausgehen, dass die derzeit eingestandene Inflation im Euroraum von 5% geschönt ist, da dieser Wert durch die Preissteigerungen eines „Warenkorbes“ ermittelt wird, dessen Zusammensetzung manipuliert ist.

Wie sehr sich der Euro wirklich entwertet hat, erkennt man am besten an „Vermögenswerten“, wie z.B. Immobilien. Ein Blick auf den Hauspreisindex in Deutschland (de.statista.com/statistik/daten/studie/70265/umfrage/haeuserpreisindex-in-deutschland-seit-2000/) zeigt zwischen 2015 und 2020 eine Steigerung von 38%, was einer jährlichen Inflationsrate von 6,6 % entspricht. Man sieht an der Graphik, dass die Hauspreisrallye genau 2008, also seit dem Beginn der kriminellen Geldpolitik der EZB einsetzte. Betrachtet man die Wohnungspreise ausgewählter deutscher Städte

(de.statista.com/statistik/daten/studie/6654/umfrage/immobilienpreise-fuer-eigentumswohnungen-in-deutschen-staedten-2008/), so ergibt sich eine durchschnittliche Steigerungsrate in den letzten 5 Jahren von sogar 11%!

Diese Preissteigerungen ergeben sich dadurch, dass betuchte Geldbesitzer ihr Geld in Immobilien retten. Somit kann man aus diesen Preissteigerungen ersehen, in welchen Bereichen sich die reale Inflation bereits bewegt. In dem Warenkorb werden „Vermögenswerte“ wie Eigentumswohnungen oder Eigenheime nicht aufgenommen, da deren Besitz offenbar als Luxus gelten, der nicht selbstverständlich ist. Dabei wurde bereits das Prinzip vom „Great Reset“ vorweggenommen :

„Du wirst nichts besitzen und Du wirst glücklich sein“

Wirft man einen Blick auf die Entwicklung der Geldmenge M0, die die EZB seit 2008 geschöpft hat, so ist jedoch zu befürchten, dass derartige Preissteigerungen nur der Anfang vom Anfang sind (die Graphik, sowie alle weiteren Informationen in diesem Artikel stammen aus dem Buch von Prof. Hans Werner Sinn, „die wundersame Geldvermehrung“) :

Man ersieht aus dieser Graphik, dass insbesondere die Corona-Pandemie einen Dammbbruch in Hinblick auf die Geldschöpfung dargestellt hat. Die Geldmenge M0 verdoppelte sich innerhalb von zwei Jahren!



Prof. Sinn erklärt dazu, dass diese Geldschwemme bisher nur zum kleinen Teil inflationswirksam wurde, weil der größte Teil dieser Geldmenge (ca. 4,9 Billionen Euro) in Horten bei den Banken gebunkert und bisher nicht in den Umlauf gekommen ist. Würden die Banken, eine entsprechende Geldnachfrage vorausgesetzt, diese Gelder über Kredite in den Umlauf bringen, so würde sich diese Geldmenge über den Geldschöpfungsfaktor nochmals multiplizieren. Wie hoch der durch die Kreditvergabe sich ergebende Geldschöpfungsfaktor wird, hängt von der Geldnachfrage ab. 2008 lag der Geldschöpfungsfaktor bei 4,4 und 2021 nur mehr bei 1,8. Man muss die sich in so einem Fall ergebenden Summen von 10–20 Billionen Euro mit dem BIP der Eurozone von 11 Billionen in Relation setzen um zu erahnen, was auf uns zukommen könnte!

Dies alles lässt in Hinblick auf die unsinnige „Energiewende“ Schlimmstes befürchten. Will man die „Energiewende“ mit all ihren Irrsinnigkeiten auf Schiene bringen, so sind Dutzende Billionen Euros notwendig, die unmöglich über Steuern oder einer CO2-Abgabe hereingebracht werden können. Man kann sich lebhaft vorstellen, dass der obige Endpunkt der Kurve dann bloß der Anfang vom Anfang einer in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesenen Gelddruckorgie sein wird (die Hyperinflation in Deutschland Anfang der Zwanziger-Jahre mal ausgenommen).

Man kann die durch die „Energiewende“ in der EU entstehende Ökonomie am besten mit einer Kriegswirtschaft vergleichen, bei der über die Geldpresse im Grunde unsinnige Rüstungsgüter hergestellt werden. Statt unsinnige Rüstungsgüter soll jetzt eine unsinnige, weil viel zu aufwendige und ineffiziente Energieversorgung installiert werden, die so wie bei der Rüstung einigen Wenigen phantastische Gewinne, den Rest der Bürger jedoch nur Not und Einschränkung bescheren.

Zu bemerken ist, dass diese Geldpolitik, die eigentlich eine durch den Maastrichter Vertrag verbotene Fiskalpolitik der EZB ist, durch den EuGH bereits abgesegnet wurde. Dieses Gericht hat also das Gesetz nach Wünschen der Politik zurechtgebogen. Dabei war dieser Vertrag die Basis vieler Volksabstimmungen über den Beitritt zur EU. Frau Lagard erklärte dazu: Man hatte die Verträge brechen müssen, um den Euro zu retten (BIS Quarterly Review, September 2010, S 16 www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt1009.htm)

Hier nun die wichtigsten Meilensteine der Gelddruckorgie der EZB:

(man beachte vor allem die kreativen Wortschöpfungen und deren Abkürzungen, die offenbar nur den Zweck haben, das staunende Publikum zu verwirren)

2008: Die EZB erlaubte ihren Mitgliedsnotenbanken zu niedrigen Zinsen unbegrenzt frisch gedrucktes Geld zu verleihen (Vollzuteilung, wird bis heute durchgeführt obwohl es nur eine Notmaßnahme war)

2010: Rettungspaket für Griechenland 110 Mrd., danach „Rettungsschirm“ EFSF 440 bis 780 Mrd. (EFSF Europäische Finanzstabilisierungsfazilität)

2011: zweites Rettungsprogramm für Griechenland (110 + 43Mrd.) und Aufkauf italienischer Staatspapiere im Rahmen vom SMP-Programm (Securities Markets Programme):

Kauf von Staatspapieren der Krisenländer durch alle Notenbanken des Eurosystems (Griechenland, Irland, Portugal, Italien und Spanien): zwischen 2010 und 2012, 223 Mrd

2012: EFSF mit ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) erweitert auf 990 Mrd (Fiskalpakt zwischen den meisten EU-Länder, EU Länder stellen Mittel zur Verfügung)

Seite A 61 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

2012: OMT (Outright Monetary Transaction, gleichbedeutend mit „whatever it takes“):

Die EZB kündigte an, dass sie die Gläubiger von konkursgefährdeten Ländern von nun an vollkommen schützen würde, indem sie den Investoren die Schrottpapiere rechtzeitig abkaufen wird. Bedingung war, dass Mittel aus dem ESM bereits zur Verfügung stehen.

Das OMT-Programm war de-facto eine kostenlose Kreditausfallversicherung. Die Risikoprämien wurden so quasi vom Steuerzahler übernommen. Es handelt sich wieder um eine für die EZB verbotene Fiskalpolitik. Der Euro wurde zur Haftungsunion zugunsten der südeuropäischen Länder.

2012: Irland und Zypern druckten im Rahmen von ELA 251 Mrd. (ELA (Emergency Liquidity Assistance))

2014: drittes Rettungspaket für Griechenland: Griechenland druckt selbst Geld im Rahmen des ELA Programms: 96Mrd.

3. Juli 2015 offizieller Konkurs Griechenlands im Eurosystem. Der Austritt Griechenlands wurde im letzten Moment vom französischen Präsidenten Hollande und Merkel verhindert.

2015: dritter Rettungsschirm für Griechenland, 62 Mrd.

2015: QE (Quantitative Easing), Mit diesem Programm warf die EZB alle bisherigen Regeln über Bord, dahinter verstecken sich:

LTRO (*longer-term refinancing operations* , längerfristige Refinanzierungskredite),

PSPP (Public Sector Purchase Programme, also Wertpapierkäufe, vorallem Staatspapierkäufe): 60 Mrd pro Monat. Insgesamt 2000 Mrd. Euro

2015: Als Reaktion auf Kritik an den LTROs folgten TLTRO (Targeted Longer Term Refinancing Operations):

TLTRO-I 432 Mrd

2016: TLTRO II 739 Mrd

2019: TLTRO III 2287 Mrd. (größtenteils für die Corona-Pandemie) teilweise mit -1% Zinsen

2020: erklärte das deutsche Bundesverfassungsgericht, dass der EuGH bei der Beurteilung des OMT-Programmes, also bei der Ablehnung der deutschen Beschwerde darüber, seine Kompetenz überschritten hätte und sein Urteil deshalb in dieser Form nicht bindend für Deutschland sei!

Das Bundesverfassungsgericht durfte sich in dieser Sache gegen den EuGH wenden, weil das Budgetrecht des Bundestages unveräußerlich ist und deshalb die EU-Verträge auch nicht so interpretiert werden können, dass dieses beschnitten wird und dass der EuGH dafür zuständig ist, darüber zu urteilen! In der Praxis war dieses Urteil bedeutungslos.

ANFA (Agreement on Net Financial Assets): Nationale Notenbanken dürfen Geld schöpfen, um damit zu „investieren“, sprich spekulieren. Dieses „Programm“ ist Teil der Verträge, bei denen die Mitgliedsnotenbanken frühere Usancen herübergerettet hatten. Derzeitiges Volumen 971 Mrd.

Corona-Pandemie: Insgesamt 2.800 Mrd.:

2020: PEPP (Pandemic Emergency Purchase Programme) 750 +600+ 500 Mrd

2021 PELTRO – Programm (Pandemic Emergency Longer Term Refinancing Operation)
34 Mrd.

2020 – 2021 APP (Asset Purchase Programm) 560 Mrd.

*Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER
VATERLÄNDER*

Keine Beiträge

01) „Kriegsverbrecher?“



paperpress

seit 1976



Nr. 599-01

1. März 2022

47. Jahrgang

„Kriegsverbrecher?“

Wir hatten in einigen Artikeln **Wladimir Putin** als „Kriegsverbrecher“ bezeichnet. Daraufhin erhielten wir eine Leserzuschrift: „Ich bitte Sie höflich, darauf zu verzichten, Vladimir Putin als ‚Kriegsverbrecher‘ zu bezeichnen. Er wurde als solcher nicht verurteilt und auch im deutschen Presserecht darf niemand ohne rechtskräftige Verurteilung als Verbrecher bezeichnet werden. Dass die westliche Welt ihn so sieht, ist kein Grund, ihn auch so zu bezeichnen. Vielen Dank.“

Das ist aus juristischen Sicht richtig. Warten wir also ab, bis Putin von einem Gericht verurteilt wird. Die Ukraine hat bereits Klage gegen Russland vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag eingereicht.

Die linksliberale österreichische Tageszeitung *Der Standard* hat sich mit dem Thema in einem ausführlichen Beitrag beschäftigt:

<https://www.derstandard.de/story/2000133637259/ist-putin-ein-kriegsverbrecher>

Wir zitieren auszugsweise: „Ist Putin ein Kriegsverbrecher? Viele wollen Wladimir Putin ob des völkerrechtswidrigen Einmarschs in die Ukraine am liebsten vor ein Kriegsverbrechertribunal stellen. Dafür reicht es aber wohl (noch) nicht aus“, schreiben **Hans Rauscher** und **Fabian Sommavilla** in ihrem am 25. Februar 2022 veröffentlichten Artikel.

„Russland und dessen Präsident Wladimir Putin haben internationales Recht gebrochen – wieder einmal. Die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine sowie der Einmarsch russischer Truppen in Russlands westlichen Nachbarstaat sind eine klare Verletzung geltender Rechtsnormen – und dennoch bestehen einige völkerrechtliche Fragen.“

Frage:

Was konkret definiert die Uno als Aggression?

Antwort:

„Die von der Uno-Generalversammlung konsensual angenommene Resolution 3.314 ist recht klar, was den Begriff der Aggression betrifft. Unter anderem heißt es dort in Artikel 2, dass ‚die Invasion oder der Angriff der Streitkräfte eines Staates auf das Hoheitsgebiet eines anderen Staates‘ sowie ‚jede, wenn auch vorübergehende, militärische Besetzung‘ oder ‚Annexion, die daraus resultiert, unrechtmäßig ist. Das inkludiert freilich auch die ‚Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates‘. Artikel 5 macht darüber hinaus unmissverständlich klar,

dass keinerlei Überlegungen ‚politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder sonstiger Natur‘ eine solche Aggression jemals rechtfertigen. Ein Angriffskrieg sei ein Verbrechen gegen den Weltfrieden und führe automatisch zu völkerrechtlicher Verantwortlichkeit.“

Frage:

Macht der Angriffskrieg Putin automatisch zum Kriegsverbrecher?

Antwort:

„Nein. Russland bricht mit seinem Einmarsch zwar klar internationales Recht. ‚Die Invasion selbst ist kein Kriegsverbrechen, aber ein Verbrechen im Sinne des Römischen Statuts‘. Wären Russland und die Ukraine Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, könnte man Russland für die Aggression an und die Invasion in der Ukraine verurteilen. Beide sind aber keine Mitglieder – ebenso wie beispielsweise die USA –, was die Sache verkompliziert.“

Putin als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte und weitere militärische Verantwortliche könnten indes sehr wohl für etwaige Kriegsverbrechen auf ukrainischem Boden verantwortlich gemacht werden, sofern diese stattfinden sollten – was wir aktuell noch nicht beurteilen können. Das gilt auch, wenn sie nicht direkt, sondern nur indirekt in diese Verbrechen involviert waren. Die Ukraine hat auch schon Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes in Bezug auf die frühere Invasion in der von Russland annektierten Halbinsel akzeptiert.“

Frage:

Was gilt als Kriegsverbrechen?

Antwort:

„Als Kriegsverbrechen gelten vor allem schwerwiegende Verletzungen internationalen Rechts in böser Absicht. Das umfasst etwa die bewusste oder auch achtlos und unverhältnismäßig herbeigeführte Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten, die Geiselnahme von Unbeteiligten oder wenn Menschen als Schutzschilder für militärische Einrichtungen missbraucht werden. Etliche Massaker, Genozide und Bombardements wurden in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten bereits als Kriegsverbrechen dokumentiert.“

Die juristische Frage darf natürlich nicht davon ablenken, dass Putin einen Angriffskrieg gegen ein Land führt, das keine konkrete Gefahr für Russland darstellt, es handelt sich auch nicht um Notwehr.

Lesen Sie bitte den ganzen sehr aufschlussreichen Artikel.

1

Anhang: Beitrag der linksliberalen österreichischen Tageszeitung Der Standard

<https://www.derstandard.de/story/2000133637259/ist-putin-ein-kriegsverbrecher>

Frage und Antwort

Ist Putin ein Kriegsverbrecher?

Viele wollen Wladimir Putin ob des völkerrechtswidrigen Einmarschs in die Ukraine am liebsten vor ein Kriegsverbrechertribunal stellen. Dafür reicht es aber wohl (noch) nicht aus

Hans Rauscher, Fabian Somnavilla

25. Februar 2022, 06:00



Demonstrierende fordern die Auslieferung Wladimir Putins an den Internationalen Strafgerichtshof.

Foto: Filippo MONTEFORTE / AFP

Russland und dessen Präsident Wladimir Putin haben internationales Recht gebrochen – wieder einmal. Die Verletzung der territorialen Integrität der Ukraine sowie der Einmarsch russischer Truppen in Russlands westlichen Nachbarstaat sind eine klare Verletzung geltender Rechtsnormen – und dennoch bestehen einige völkerrechtliche Fragen. Wir haben die wichtigsten Antworten gesammelt.

Frage: Darf Putin das?

Antwort: Natürlich nicht. Die internationale Staatengemeinschaft einigte sich schon mit dem Briand-Kellogg-Pakt von 1928 darauf, Krieg nicht länger als Mittel der internationalen Streitschlichtung anzuerkennen. Bis dahin waren Kriege unter bestimmten Bedingungen zumindest nicht verboten. Durch den Abschluss des Litwinow-Protokolls ein Jahr später und den Beitritt zum Briand-Kellogg-Pakt verschrieb sich auch die Sowjetunion jener kompletten Ächtung von Angriffskriegen. Später sollte der Pakt die Rechtsgrundlage für die Kriegsverbrecherprozesse nach 1945 bilden. In der Charta der Vereinten Nationen wurde der Kriegsächtungsbegriff nach Weltkriegsende zudem um ein generelles Gewaltverbot ergänzt, das die Souveränität und territoriale Integrität gleichberechtigter Staaten wahrt. Des Weiteren bricht Putin mit der Invasion mit dem "Budapester Memorandum aus dem Jahr 1994, in dem die Achtung der ukrainischen Souveränität und ihrer Grenzen vereinbart wurde", erklärt Ralph Janik, Völkerrechtsexperte an der Uni Wien.

Frage: Was konkret definiert die Uno als Aggression?

Antwort: Die von der Uno-Generalversammlung konsensual angenommene Resolution 3.314 ist recht klar, was den Begriff der Aggression betrifft. Unter anderem heißt es dort in Artikel 2, dass "die Invasion oder der Angriff der Streitkräfte eines Staates auf das Hoheitsgebiet eines anderen Staates" sowie "jede, wenn auch vorübergehende, militärische Besetzung" oder Annexion, die daraus resultiert, unrechtens ist. Das inkludiert freilich auch die "Beschießung oder Bombardierung des Hoheitsgebietes eines Staates". Artikel 5 macht darüber hinaus unmissverständlich klar, dass keinerlei Überlegungen "politischer, wirtschaftlicher, militärischer oder sonstiger Natur" eine solche Aggression jemals rechtfertigen. Ein Angriffskrieg sei ein Verbrechen gegen den Weltfrieden und führe automatisch zu völkerrechtlicher Verantwortlichkeit.

Frage: Ist damit jede Form der Kriegsführung verboten?

Antwort: Nein. Das Recht auf Selbstverteidigung sowie vom Uno-Sicherheitsrat mandatierte friedensschaffende Missionen sind von diesem Verbot ausgenommen. Rein völkerrechtlich umstritten ist dabei die sogenannte humanitäre Intervention, wenn etwa ein Staat nicht dem Schutz seiner eigenen Bevölkerung nachkommen kann. Die sogenannte Responsibility to Protect ist zwar nicht in der UN-Charta verankert, wurde in den vergangenen Jahren aber immer wieder eingesetzt. Im konkreten Fall darf sich die Ukraine rein rechtlich militärisch freilich wehren.

Frage: Halten Putins Argumente?

Antwort: Die von Wladimir Putin ins Spiel gebrachten Argumente, wonach die Invasion einerseits eine Reaktion auf eine mutmaßliche Nato-Expansion in Richtung Osten und damit ein Akt der Selbstverteidigung der sogenannten Volksrepubliken Luhansk und Donezk ist und andererseits ein Mittel, um den Genozid in der Ostukraine zu stoppen, halten für Ralph Janik in keinem Fall. Vielmehr pervertiere es die Konzepte der humanitären Intervention oder der Schutzverantwortung, wenn beides offensichtlich nicht der Fall sei, so Janik. Das Selbstverteidigungsrecht greife nicht, weil die Volksrepubliken keine Staaten seien und sie außerdem von Russland massiv unterstützt wurden und werden. "Ebenso gibt es keinen Völkermord", sagt der Jurist. Zudem könne Putin einen Krieg nicht mit vergangenen Rechtsverletzungen rechtfertigen. Eine UN-Mission zur Friedenssicherung in der Ukraine kann schon allein deshalb ausgeschlossen werden, weil Russland als fixer Vertreter im Sicherheitsrat über eine Vetomacht verfügt und nicht gegen sich selbst in den Krieg ziehen wird.

Frage: Aber macht der Angriffskrieg Putin automatisch zum Kriegsverbrecher?

Antwort: Nein. Russland bricht mit seinem Einmarsch zwar klar internationales Recht. "Die Invasion selbst ist kein Kriegsverbrechen, aber ein Verbrechen im Sinne des Römischen Statuts", stellt Janik klar. Wären Russland und die Ukraine Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag, könnte man Russland für die Aggression an und die Invasion in der Ukraine verurteilen. Beide sind aber keine Mitglieder – ebenso wie beispielsweise die USA –, was die Sache verkompliziert. Putin als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte und weitere militärische Verantwortliche könnten indes sehr wohl für etwaige Kriegsverbrechen auf ukrainischem Boden verantwortlich gemacht werden, sofern diese stattfinden sollten – was wir aktuell noch nicht beurteilen können. Das gilt auch, wenn sie nicht direkt, sondern nur indirekt in diese Verbrechen involviert waren. Die Ukraine hat auch schon Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofes in Bezug auf die frühere Invasion in der von Russland annektierten Halbinsel akzeptiert.

Frage: Was gilt als Kriegsverbrechen?

Antwort: Als Kriegsverbrechen gelten vor allem schwerwiegende Verletzungen internationalen Rechts in böser Absicht. Das umfasst etwa die bewusste oder auch achtlos und unverhältnismäßig herbeigeführte Tötung von Zivilistinnen und Zivilisten, die Geiselnahme von Unbeteiligten oder wenn Menschen als Schutzschilde für militärische Einrichtungen missbraucht werden. Etliche Massaker, Genozide und Bombardements wurden in den vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten bereits als Kriegsverbrechen dokumentiert.

Frage: Gibt es internationale Präzedenzfälle für die Verurteilung von Kriegsverbrechern?

Antwort: Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess wurden hochrangige NS-Männer für die Erarbeitung und Ausführung eines gemeinsamen Planes (einer Verschwörung) zur Begehung von Verbrechen gegen den Frieden, das Kriegsrecht und die Humanität angeklagt. Die Teilnahme an der Planung, Vorbereitung, Entfesselung und Führung von Angriffskriegen war damals ausschlaggebend, um etwa Reichswirtschaftsminister Hermann Göring und weitere hohe Generäle zum Tod durch den Strang zu verurteilen, dem sich Göring durch Suizid am Vorabend der Vollstreckung entzog. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien wurde hingegen 1993 in Den Haag eingerichtet und sollte über Kriegsverbrechen im Zuge der Sezessionskriege in Jugoslawien ab 1991 richten. Der Gerichtshof war befugt, vier Kategorien von Straftaten zu verfolgen: schwere Verletzungen der Genfer Konventionen, Verstöße gegen die Gesetze oder Gebräuche des Krieges, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Vor dem Tribunal landete unter anderen der ehemalige serbische und jugoslawische Ministerpräsident Slobodan Milošević, der jedoch nicht wegen Angriffskriegs, sondern wegen Gräueltaten und Vertreibung angeklagt war. Er starb vor Prozessende. Der ehemalige serbisch-bosnische Politiker Radovan Karadžić wurde wegen Völkermords, nicht aber wegen Angriffskriegs zu lebenslanger Haft verurteilt. Auch der frühere sudanesischer Staatschef Omar al-Bashir wurde 2021 an den Strafgerichtshof in Den Haag ausgeliefert.

Frage: Welche Gesetze gelten im russisch-ukrainischen Krieg?

Antwort: Das Völkerrecht sieht eine Reihe an Rechten und Pflichten bei kriegerischen Auseinandersetzungen vor. Beinahe immer geht es dabei um die sogenannte Proportionalität. Es darf also zu keinerlei Gewaltexzessen kommen und immer nur dem Wesen des Krieges entsprechend verhältnismäßig gehandelt werden, wobei dies natürlich schwer zu beurteilen ist. Jedenfalls dürfen nur Kombattantinnen, Soldaten und militärische

Einrichtungen und solche, die strategischen Zielen dienen, angegriffen werden. Ein Flächenbombardement auf eine ganze Siedlung oder eine Stadt wäre in jedem Fall verboten. Die Zivilbevölkerung muss nämlich permanent und größtmöglich geschützt werden. "Werden zivile Objekte und Zivilisten direkt angegriffen, verstößt die russische Armee gegen das Recht bewaffneter Konflikte", stellt auch Völkerrechtler Janik klar. Das regeln sowohl die Haager als auch die Genfer Konvention.

Frage: Wie beeinflussen Ausnahmeregelungen die Situation?

Antwort: Jegliche Missachtung des Schutzes von Unbeteiligten kann den Kriegsparteien später als Kriegsverbrechen angehaftet werden – ebenso wie die ungerechte Behandlung von Kriegsgefangenen oder Journalistinnen. Wenngleich einige Rechte in Kriegszeiten kurzzeitig ausgesetzt werden können, gibt es eine Reihe von Menschenrechten – wie das Recht auf Leben, ein Folterverbot oder ein Recht auf ein faires Verfahren –, die unverrückbar sind und immerwährend gelten. Kein Kriegsrecht der Welt kann diese aushebeln.

Frage: Inwiefern spielt Österreichs Neutralität beim Konflikt eine Rolle?

Antwort: Österreich hat 1955 aus freien Stücken – darauf legten alle Verhandler damals großen Wert – seine immerwährende Neutralität erklärt. Oftmals wird dies damit verwechselt, dass Österreich in allen internationalen Konflikten keinerlei Stellung beziehen darf. Viel eher aber war es stets so gedacht, dass es sich um eine rein militärische Neutralität handelt, sprich: Österreich werde keinem Militärbündnis beitreten und sich in bewaffneten Konflikten weder an Kriegshandlungen beteiligen noch solche mit Waffenlieferungen unterstützen. Spätestens seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 und mit der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU nach den Verträgen von Amsterdam ist die Frage einer politischen Neutralität, die so nirgendwo explizit festgehalten ist, zunehmend einer politischen Solidarität unter EU-Partnern gewichen. Vizekanzler Werner Kogler von den Grünen betonte dies auch bei seiner Rede am Donnerstag im österreichischen Parlament, als er meinte: "Eine aktive Neutralität muss eine engagierte Neutralität sein" und dürfe nicht zum Zusehen verdonnern, wenn europäische Nachbarstaaten angegriffen werden. Das sieht übrigens auch die für ihre Neutralität bekannte Schweiz so. Die irische Klausel in den EU-Verträgen sichert militärisch-neutralen Staaten wie Österreich dennoch zu, dass man zu keinerlei militärischem Eingreifen gezwungen werden kann. (Hans Rauscher, Fabian Somavilla, 25.2.2022)

02) Wann wacht Putin endlich auf?

Offener Brief von 2.000 russischen Wissenschaftlern und Wissenschaftsjournalisten – Liste der aktuell 2.000 Unterzeichner (Stand: 26.02.2022, 10 Uhr MEZ)



paperpress

seit 1976



Nr. 598-31

28. Februar 2022

47. Jahrgang

Wann wacht Putin endlich auf?

Sind die Kreml-Mauern so dick, dass Putin nichts mehr von dem mitbekommt, was in „seinem“ Land geschieht?

Nachfolgend veröffentlichen wir einen offenen Brief von 2.000 russischen Wissenschaftlern und Wissenschaftsjournalisten:

<https://zeitschrift-osteuroopa.de/blog/offener-brief-russischer-wissenschaftler/>

Die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges in Europa liegt allein bei Russland

Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, protestieren entschlossen gegen die von den Streitkräften unseres Landes auf dem Territorium der Ukraine begonnene Militäroperation. Dieser fatale Schritt wird unendlich viele Menschen das Leben kosten, und er untergräbt die Grundlagen der internationalen Sicherheitsordnung. Die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges in Europa liegt allein bei Russland.

Es gibt keinerlei rationale Rechtfertigung für diesen Krieg. Der Versuch, die Situation im Donbass als Vorwand für eine Militäroperation zu nutzen, ist vollkommen unglaubwürdig. Es ist absolut offensichtlich, dass die Ukraine keine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Dies ist kein gerechter Krieg, er ist eindeutig ungerechtfertigt.

Die Ukraine war und ist ein Land, das uns nahesteht. Viele von uns haben Verwandte, Freunde und wissenschaftliche Kollegen in der Ukraine. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die von geopolitischen Ambitionen und zusammengefassten historischen Weltbildern angetriebene Führung der Russländischen Föderation verrät mit diesem Krieg in zynischer Weise deren Andenken.

Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die auf demokratischen Institutionen beruht. Wir haben Verständnis für die Entscheidung unserer Nachbarn, sich nach Europa zu orientieren. Wir sind überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen zwischen unseren Ländern friedlich gelöst werden können.

Indem Russland diesen Krieg begonnen hat, hat es sich international isoliert, Russland ist seit heute ein Paria-Staat. Das bedeutet, dass wir Wissenschaftler unsere Arbeit nicht mehr wie gewohnt fortführen können, denn wissenschaftliche Forschung ist ohne die umfassende Zusammenarbeit mit Kollegen aus

anderen Ländern undenkbar. Die Abschottung Russlands von der Welt führt dazu, dass unser Land einen weiteren kulturellen und technologischen Niedergang erleben wird, ohne Aussicht auf einen Ausweg. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Schritt in den Abgrund.

Es ist sehr bitter, dass wir erkennen müssen, dass unser Land, das entscheidend zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen hat, heute einen neuen Krieg auf dem europäischen Kontinent provoziert. Wir fordern ein sofortiges Ende aller gegen die Ukraine gerichteten Militäroperationen. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder. Lasst uns Wissenschaft betreiben, nicht Krieg.

Quelle:

<https://trv-science.ru/2022/02/we-are-against-war/>

Hier findet sich auch die Liste der aktuell 2.000 Unterzeichner (Stand, 26.2.2022, 10 Uhr MEZ).



Überraschung in Düsseldorf: Wagenbauer Jacques Tilly hatte mit seinem Team die ganze Nacht gearbeitet und ließ einen eigens angefertigten Karnevalswagen zum Ukraine-Krieg durch Düsseldorf rollen. Seine Botschaft an Wladimir Putin: "Erstick dran!"

Es ist unglaublich, was heute am Rosenmontag in den Karnevals-Hochburgen Köln und Düsseldorf abging. Statt des üblichen „Kamelle Werfens“ demonstrierten Hunderttausende gegen Putins Krieg in der Ukraine.

Es ist begrüßenswert, dass sich so viele verschiedene Verbände und Organisationen zu Wort melden. Parteien, deren Politik oft nicht kompatibel ist, sprechen sich vereint gegen Putins Angriffskrieg aus. Nicht nur im Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten, sondern auch auf kommunaler Ebene, wie zum Beispiel die demokratischen Fraktionen der Bezirks-



verordnetenversammlung von Tempelhof-Schöneberg: „Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, die Linke und FDP erklären angesichts des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine ihre volle Solidarität mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern.“



Vor dem Rathaus Schöneberg weht die ukrainische Flagge. In unserem Bezirk leben viele Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion und deren Nachfolgestaaten. Uns eint, dass wir diesen Bruch des Völkerrechts nicht tolerieren und die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen Russlands sowie den Rückzug der russischen Truppen fordern. Wir begrüßen, dass die Landes- und Bundesregierung Maßnahmen eingeleitet hat, um den Schutzsuchenden zu helfen. Menschen, die vor Krieg und Zerstörung fliehen, sind in Tempelhof-Schöneberg ausdrücklich willkommen!"



Gebannt schaut die Welt jetzt auf die Notfall-Sondersitzung der Vereinten Nationen in New York. Es ist unglaublich, dass der russische Botschafter weiterhin, ohne eine Miene zu verziehen, den Angriffskrieg auf die Ukraine als Notwehr bezeichnet. Vermutlich morgen wird mit einer Abstimmung über eine Resolution gerechnet. Man kann nur hoffen, dass das

Signal der UN an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglässt. In der Vollversammlung gibt es keine Möglichkeit, ein Veto einzulegen, so wie es Russland im Sicherheitsrat getan hat.

Selbst die Schweiz, und das will etwas heißen, hat sich den Sanktionen der EU angeschlossen. Der Luftverkehr über Russland ist zum Erliegen gekommen. Der Rubel befindet sich im freien Fall. Die Menschen stehen Schlange an den Geldautomaten, die immer weniger Scheine auswerfen. In fast 70 Städten Russlands fanden Demonstrationen statt. Knapp 6.000 Menschen sollen landesweit festgenommen worden sein. Auch der Sport, der sonst keine Berührungsängste mit Diktatoren hat, stellt sich gegen Russland: IOC, UEFA und FIFA. Die UEFA hat ihren Sponsoringvertrag mit Gazprom beendet.

Will Putin bei dieser Gemengelage wirklich sein Ziel weiterverfolgen und die Ukraine „entnazifizieren“ und die „drogenabhängige“ Staatsführung beseitigen? Was glaubt er eigentlich, was passiert, wenn Präsident Selenskyj auch nur ein Haar gekrümmt werden würde? Die Sanktionsmaschinerie hat Fahrt aufgenommen, aber noch nicht den vollen Speed erreicht. Immer mehr Russen merken, dass sich Putins Krieg vor allem auch gegen ihre Interessen richten.

Die Angaben über Tote auf beiden Seiten lassen sich unabhängig nicht überprüfen. Inzwischen sind aber ein paar Tausend Opfer unter russischen und ukrainischen Soldaten zu beklagen und auch unter der ukrainischen Zivilbevölkerung.

Bemerkenswert ist die Bereitschaft der Nachbarstaaten Kriegsflüchtlinge aufzunehmen, vor allem auch Polen und Ungarn, die sich sonst in Flüchtlingsfragen sehr bedeckt halten. Die freie Welt steht gegen Russland, bedauerlich, dass sich Indien im Sicherheitsrat enthalten hat.

An der belarussischen Grenze haben Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine begonnen. Putin sollte das zum Anlass nehmen, seinen Vormarsch zu beenden.

Ich bin kein Freund von „Brennpunkten“ und „Spezi als“, in denen all das noch einmal wiederholt wird, was in den Nachrichten schon gemeldet wurde. Es ist ausreichend, wenn uns phoenix durchgehend informiert. Angenehm wäre es auch, dann und wann andere als **Norbert Röttgen** und **Robin Alexander** ständig zu Wort kommen zu lassen. Das ist das Gegenteil von Meinungsvielfalt. Und dem ZDF-Moderator **Andreas Kliner** sollte mal jemand sagen, dass das UN-Gebäude am East River und nicht am Hudson River liegt. **Ed Koch**

Anhang 1: Offener Brief von 2.000 russischen Wissenschaftlern und Wissenschaftsjournaliten

<https://zeitschrift-osteuropa.de/blog/offener-brief-russischer-wissenschaftler/>

Die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges in Europa liegt allein bei Russland

Wir, russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten, protestieren entschlossen gegen die von den Streitkräften unseres Landes auf dem Territorium der Ukraine begonnene Militäroperation. Dieser fatale Schritt wird unendlich viele Menschen das Leben kosten, und er untergräbt die Grundlagen der internationalen Sicherheitsordnung. Die Verantwortung für die Entfesselung dieses Krieges in Europa liegt allein bei Russland.

Es gibt keinerlei rationale Rechtfertigung für diesen Krieg. Der Versuch, die Situation im Donbass als Vorwand für eine Militäroperation zu nutzen, ist vollkommen unglaubwürdig. Es ist absolut offensichtlich, dass die Ukraine keine Bedrohung für die Sicherheit unseres Landes darstellt. Dies ist kein gerechter Krieg, er ist eindeutig ungerechtfertigt.

Die Ukraine war und ist ein Land, das uns nahesteht. Viele von uns haben Verwandte, Freunde und wissenschaftliche Kollegen in der Ukraine. Unsere Väter, Großväter und Urgroßväter haben gemeinsam gegen den Nationalsozialismus gekämpft. Die von geopolitischen Ambitionen und zusammenphantasierten historischen Weltbildern angetriebene Führung der Russländischen Föderation verrät mit diesem Krieg in zynischer Weise deren Andenken.

Wir respektieren die ukrainische Staatlichkeit, die auf demokratischen Institutionen beruht. Wir haben Verständnis für die Entscheidung unserer Nachbarn, sich nach Europa zu orientieren. Wir sind überzeugt, dass alle Probleme in den Beziehungen zwischen unseren Ländern friedlich gelöst werden können.

Indem Russland diesen Krieg begonnen hat, hat es sich international isoliert, Russland ist seit heute ein Paria-Staat. Das bedeutet, dass wir Wissenschaftler unsere Arbeit nicht mehr wie gewohnt fortführen können, denn wissenschaftliche Forschung ist ohne die umfassende Zusammenarbeit mit Kollegen aus anderen Ländern undenkbar. Die Abschottung Russlands von der Welt führt dazu, dass unser Land einen weiteren kulturellen und technologischen Niedergang erleben wird, ohne Aussicht auf einen Ausweg. Der Krieg gegen die Ukraine ist ein Schritt in den Abgrund.

Es ist sehr bitter, dass wir erkennen müssen, dass unser Land, das entscheidend zum Sieg über den Nationalsozialismus beigetragen hat, heute einen neuen Krieg auf dem europäischen Kontinent provoziert. Wir fordern ein sofortiges Ende aller gegen die Ukraine gerichteten Militäroperationen. Wir fordern die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität des ukrainischen Staates. Wir fordern Frieden für unsere Länder. Lasst uns Wissenschaft betreiben, nicht Krieg. 25.2.2022

Quelle: <https://trv-science.ru/2022/02/we-are-against-war/> Hier findet sich auch die Liste der aktuell **2000 Unterzeichner** (Stand, 26.2.2022, 10 Uhr MEZ), siehe Anhang 2 hier unten:

Redaktion OSTEUROPA, Schaperstr. 30, D-10719 Berlin, +49 (0)30/30 10 45 81, osteuropa@dgo-online.org / [AGB](#) und [Datenschutz](#)

Анhang 2: 2.000 Unterschriften

Открытое письмо российских ученых и научных журналистов против войны с Украиной

24.02.2022 / [590 комментариев](#)

Мы, российские ученые и научные журналисты, заявляем решительный протест против военных действий, начатых вооружёнными силами нашей страны на территории Украины. Этот фатальный шаг ведёт к огромным человеческим жертвам и подрывает основы сложившейся системы международной безопасности. Ответственность за развязывание новой войны в Европе целиком лежит на России.

Для этой войны нет никаких разумных оправданий. Попытки использовать ситуацию в Донбассе как повод для развёртывания военной операции не вызывают никакого доверия. Совершенно очевидно, что Украина не представляет угрозы для безопасности нашей страны. Война против неё несправедлива и откровенно бессмысленна.

Украина была и остаётся близкой нам страной. У многих из нас в Украине живут родственники, друзья и коллеги по научной работе. Наши отцы, деды и прадеды вместе воевали против нацизма. Развязывание войны ради геополитических амбиций руководства РФ, движимого сомнительными историсофскими фантазиями, есть циничное предательство их памяти.

Мы уважаем украинскую государственность, которая держится на реально работающих демократических институтах. Мы с пониманием относимся к европейскому выбору наших соседей. Мы убеждены в том, что все проблемы в отношениях между нашими странами могут быть решены мирным путём.

Развязав войну, Россия обрекла себя на международную изоляцию, на положение страны-изгоя. Это значит, что мы, учёные, теперь не сможем нормально заниматься своим делом: ведь проведение научных исследований немыслимо без полноценного сотрудничества с коллегами из других стран. Изоляция России от мира означает дальнейшую культурную и технологическую деградацию нашей страны при полном отсутствии позитивных перспектив. Война с Украиной — это шаг в никуда.

Нам горько сознавать, что наша страна, вместе с другими республиками бывшего СССР внесшая решающий вклад в победу над нацизмом, сейчас стала поджигателем новой войны на европейском континенте. Мы требуем немедленной остановки всех военных действий, направленных против Украины. Мы требуем уважения суверенитета и территориальной целостности украинского государства. Мы требуем мира для наших стран.

Подписи продолжают приходить, добавляем по мере сил (сейчас на сайте их больше 5400).

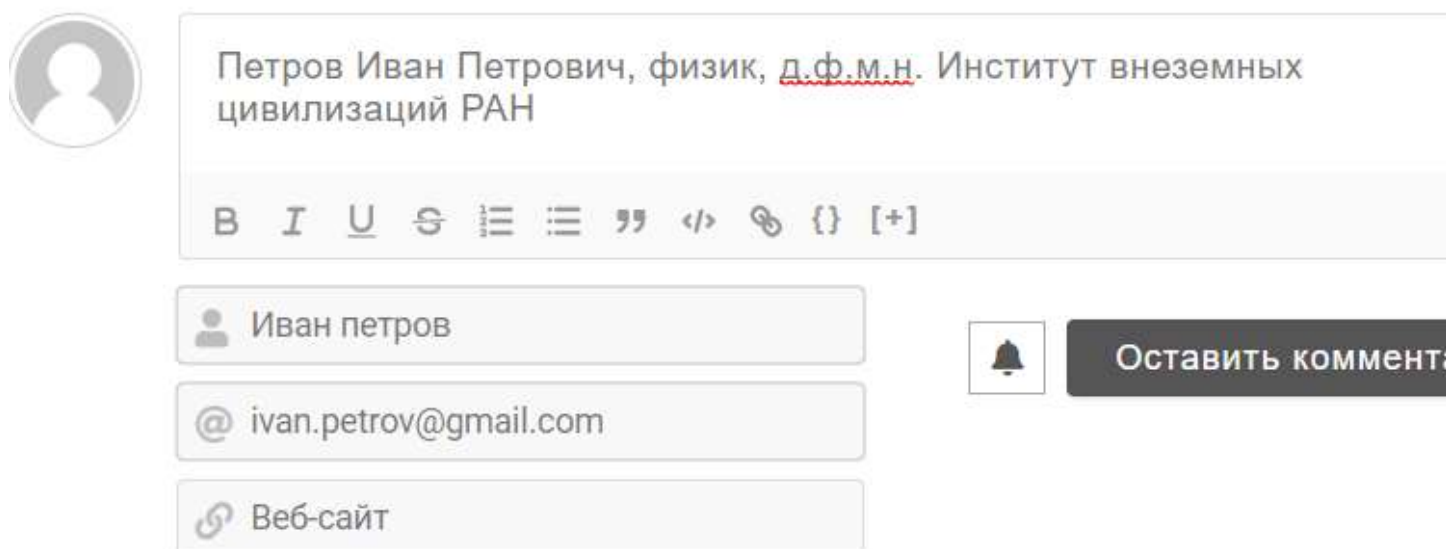
Внимание всех научных работников, подписавших воззвание против войны!

Подписываться – на странице <https://trv-science.ru/2022/02/we-are-against-war/> в комментариях снизу. Просьба не писать никаких лишних слов типа «подписываюсь», лозунгов и выделений текста – их потом придется удалять вручную. Ставить сначала фамилию, потом имя в теле комментария, потом свои данные, какие считаете нужным. Если вы не увидели свой комментарий, не спешите ставить подпись повторно – скорее всего комментарий уже попал в базу. Перед списком подписей обозначено время, до которого комментарии обработаны и выложены. Если вы подписывались до этого времени, а вас нет в списке — пишите на

sign@trv-science.ru. Просьба не пользоваться этим адресом для других целей, в частности для первоначальной подписи.

Если вы подписывались, но вас нет в списке:

- Наиболее вероятно, что до вас не дошла очередь. Пожалуйста, подождите день-полтора. Если вы подписываетесь несколько раз, у нас возникают технические проблемы;
- Возможно, вы не поставили свою фамилию и имя В ТЕЛЕ САМОГО КОММЕНТАРИЯ. Вот тут как раз стоит повторить подпись, не ставя имя и фамилию в отдельных окошках. К сожалению, нам приходится пользоваться не очень удобным инструментом — тем, что был под рукой.
- Если вам всё равно не удалось подписаться, можете отправить подпись на адрес sign@trv-science.ru



The screenshot shows a user profile card for Ivan Petrov. On the left is a circular profile picture icon. To its right, the text reads: "Петров Иван Петрович, физик, д.ф.м.н. Институт внеземных цивилизаций РАН". Below this is a rich text editor toolbar with icons for bold (B), italic (I), underline (U), link (S), list (≡), quote (”), code (</>), link (🔗), and code blocks ({}), along with a plus sign [+]. Below the toolbar are three input fields: "Иван петров" (with a person icon), "ivan.petrov@gmail.com" (with an @ icon), and "Веб-сайт" (with a link icon). To the right of these fields is a bell icon and a dark button labeled "Оставить комментарий".

2022-03-01 11:00

Абрикосов Игорь, физик, Линчёпингский университет, Академик Королевской Шведской Академии Наук

Агол Вадим, чл.-корр. РАН

Аксенов Виктор, корреспондент РАН

Александров Евгений Борисович, физик, академик РАН

Андрев Михаил, филолог, член-корреспондент РАН

Аникин Александр, лингвист, академик РАН

Апресян Юрий, лингвист, академик РАН

Аранович Леонид, докт. геол.-мин. наук, член-корреспондент РАН

Арбузов Андрей, д.ф.-м.н., профессор РАН

Арсеев Петр, физик, член-корреспондент РАН

Асмолов Александр, доктор психол. наук, профессор, академик РАО

Атауллаханов Фазли, биофизик, член-корр. РАН

Баранов Антон, математик, д. ф.-м. н., профессор РАН

Барановский Владимир, академик РАН, доктор исторических наук

Беккер Татьяна Борисовна, д.г.-м.н., профессор РАН

Белавин Александр, физик, член-корреспондент РАН

Березович Елена, филолог, член-корреспондент РАН
Бобровский Алексей, доктор химических наук, профессор РАН
Бондарь Александр, академик РАН
Бонч-Осмоловская Елизавета, биолог, член-корреспондент РАН
Бородкин Леонид, член-корреспондент РАН
Бурлак Светлана, профессор РАН
Буторина Ольга, экономист, член-корр. РАН
Васильев Виктор, математик, академик РАН
Высоцкий Михаил, физик, член-корр. РАН
Галлямов Марат Олегович, профессор РАН
Гельфанд Михаил, биоинформатик, член Европейской академии, докт. биол. наук
Гиппиус Алексей, филолог, чл.-корр. РАН
Гирш Эдуард, профессор РАН
Глазов Михаил, физик, член-корреспондент РАН
Головнин Антон Клеменович, доктор биологических наук. профессор РАН, ИБГ РАН
Голуб Леонид, профессор РАН
Горбунов Дмитрий, физик, член-корреспондент РАН
Гринберг Руслан, член-корр РАН, доктор экономических наук, Научный руководитель Института экономики
Гринберг Руслан Семенович, член-корреспондент РАН, научный руководитель Института экономики РАН
Гринцер Николай, филолог, член-корреспондент РАН
Губко Михаил Владимирович, д.ф.-м.н., Профессор РАН, г.н.с. ИПУ РАН
Данилов Михаил, физик, академик РАН
Дворкович Александр, докт. техн. наук, член-корреспондент РАН
Десницкий Андрей, докт. филол. н., проф. РАН
Диденкулова Ирина, Профессор РАН
Дмитриев Владимир, физик, академик РАН
Дыбо Анна, лингвист, чл.-корр. РАН
Емельяненко Александр Вячеславович, профессор РАН
Захаров Владимир, академик РАН
Зенкин Сергей, доктор филологических наук, член Европейской академии
Иванов Алексей, докт. геол.-мин. наук, профессор РАН
Иванчик Александр, астрофизик, член-корреспондент РАН
Иванчик Аскольд, историк, член-корреспондент РАН
Индрупский Илья, д.т.н., профессор РАН
Кабанов Александр, химик, член Европейской академии
Казаков Дмитрий, физик, член-корр. РАН
Ковалев Юрий, физик, член-корреспондент РАН
Коробов Дмитрий, докт. ист. наук, профессор РАН
Костицын Юрий, академик РАН, доктор геол.-мин.наук
Котов Алексей, биолог, член-корр РАН
Кривошапкин Андрей, чл.-корр. РАН
Кудрявцев Ярослав, профессор РАН
Кузнецов Александр, д.ф.-м.н., член-корреспондент РАН
Кузнецов Евгений Александрович, физик, академик РАН
Кулаков Иван, член-корреспондент РАН, заместитель директора ИНГГ СО РАН
Кунин Евгений, биолог, член Национальной академии США, иностранный член РАН
Ли Роман Николаевич, доктор физ.-мат. наук, профессор РАН, ИЯФ СО РАН
Люлин Сергей, чл.-корр. РАН, ИВС РАН
Макаров Дмитрий Игоревич, доктор физико-математических наук, профессор РАН, заведующий лабораторией Специальной астрофизической обсерватории РАН
Марков Александр, докт. биол. наук, профессор РАН, лауреат премии «Просветитель»

Масчан Алексей, член-корреспондент РАН
Мельник Олег, член-корреспондент РАН
Мизюк Роман, член-корреспондент РАН, главный научный сотрудник ФИАН
Молдован Александр, филолог, академик РАН
Москалев Алексей, д.б.н., чл-корр. РАН
Муллерен Ирма, член-корреспондент РАН, докт. филол. наук
Некрасов Никита Александрович, физик, профессор РАН
Немировский Стефан, член-корреспондент РАН
Николаев Сергей, филолог, академик РАН
Новосёлов Константин, физик, лауреат Нобелевской премии
Новоселова Алена Владимировна, профессор РАН, в.н.с. Института высокотемпературной электрохимии УрО
Пахлов Павел, докт. физ.-мат. наук, член-корреспондент РАН, г.н.с. ФИАН
Песков Николай, профессор РАН
Пичхадзе Анна, член-корреспондент РАН, докт. филол. наук
Плечов Павел, профессор РАН, геолог
Полилов Алексей, проф. РАН, д.б.н.
Полтерович Виктор, экономист, академик РАН
Попов Сергей, Профессор РАН
Пушкарев Александр, физик, профессор РАН
Ребриков Денис, доктор биологических наук, профессор РАН
Розанов Николай, член-корреспондент РАН
Рубаков Валерий, физик, академик РАН
Рыжова Наталья, доктор экономических наук, профессор РАН, ИЭИ ДВО РАН
Сагдеев Роальд, физик, академик РАН
Саранин Александр, физик, чл.-корр. РАН
Сиренов Алексей, историк, чл.-корр. РАН
Соболев Александр, академик РАН, член Европейской академии, доктор геолого-минералогических наук
Соколов Дмитрий Дмитриевич, член-корр. РАН биофак МГУ
Соломина Ольга, член-корреспондент РАН
Старобинский Алексей, физик, академик РАН
Стишов Сергей, физик, академик РАН
Сурис Роберт, физик, академик РАН
Тарасенко Сергей, физик, профессор РАН
Тиунов Алексей, биолог, член-корреспондент РАН
Тихонов Денис Борисович, член-корреспондент РАН
Толстая Светлана, филолог, академик РАН
Топорков Андрей, докт. филол. наук, профессор, член-корреспондент РАН
Успенский Фёдор, филолог, член-корреспондент РАН
Флинт Михаил Владимирович, биоокеанолог, академик РАН
Хазанов Ефим, физик, академик РАН
Хоробрых Татьяна Витальевна, профессор РАН
Хохлов Дмитрий, физик, член-корреспондент РАН
Чаплик Александр, академик РАН
Чуразов Евгений, физик, академик РАН
Ширяев Андрей, доктор химических наук, профессор РАН
Шифман Михаил, физик, лауреат премии Дирака и др.
Шкредов Илья, докт. физ.-мат. наук, член-корреспондент РАН
Штарк Марк Борисович, академик РАН
Яковлев Дмитрий, физик, член-корреспондент РАН

[Полностью все подписи см. здесь](#)

2022-03-01 11:00

<https://trv-science.ru/2022/02/we-are-against-war-all/>

03) Putin? „Er fährt zur Hölle“ Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-30

28. Februar 2022

47. Jahrgang

„Er fährt zur Hölle“



Foto: Ande Kraft

„Wladimir Putin, geh, fick Dich“, ist zwar keine besonders höfliche Form der Auseinandersetzung, zeigt aber die Wut, die die Menschen – auf dem Foto vor der russischen Botschaft – auf den **Kriegsverbrecher Putin** haben.

Michael Maier kommentiert heute in der Berliner Zeitung: „Er fährt zur Hölle: Putins letzter Auftritt auf der Weltbühne. Der Krieg gegen die Ukraine ist Putins Ende. Die Höllenfahrt wird zunächst die repressiven Tendenzen in der Welt stärken. Bis die Jungen aufwachen, endlich.“

<https://www.berliner-zeitung.de/weit-nationen/leit-artikel-li.214301>

„Politisch könnte der Angriff auf die Ukraine als eine Art russische Panikattacke verstanden werden.“, schreibt Maier. „Wenn Politiker, die gegenüber dem Westen immer auf die Bedeutung der internationalen Verpflichtungen hingewiesen haben, wie etwa Außenminister **Sergej Lawrow**, der einen hypernervösen Zaren offenkundig nicht mehr von einem wahnwitzigen Plan abhalten kann, dann muss der Druck groß sein.“

Der Druck käme von Innen, kommentiert Maier. „Putin weiß, dass seine Zeit abläuft. Die jungen unter den Oligarchen drängen nach. Eine Opposition gibt es zwar in Russland nicht mehr, wohl aber viele Opportunisten. Und sie alle haben Geld und Macht und können Putin zusetzen. Denn Freunde hat der einsame Präsident sicher keine. Der frühere KGB-Mann hat gelernt, dass Misstrauen die Grundlage für maximale Kontrolle ist. Misstrauen und Respekt vor Institutionen schließen einander allerdings aus. Daher kann Putin jetzt auch auf keine kritisch-loyale Struktur zurückgreifen. Die Ja-Sager und Hofschranzen lassen ihn, den alten bockigen Mann, ins Verderben laufen.“

Der Druck käme, schreibt Maier, im Falle Russlands auch von außen, und zwar von vielen Seiten. „Die viel beschworene Nato-Osterweiterung ist zwar das Thema, das am meisten diskutiert wird. Aber sie ist nicht das größte Problem Russlands.“ Bezüglich der NATO-Osterweiterung verweisen wir auf die ARD-Dokumentation aus dem Jahre 2015:

<https://www.ardmediathek.de/video/dokumentationen/poker-um-die-deutsche-einheit/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMjUyMzEyOAA>

Die „Einkreisung“ Russlands käme nicht nur von Westen, meint **Michael Maier**. „Sie kommt auch aus den Terror-Strömungen der islamistischen Milieus, um die es zwar ruhiger geworden ist, die jedoch keinesfalls verschwunden sind. Sie mäandern durch das Riesenreich, angestachelt von Agitatoren. Russland muss ständig mit einem Guerilla-Krieg auf eigenem Boden rechnen.“

Maier glaubt, dass Russland soziale Unruhen und Aufstände drohen. „Es ist für Russland immer möglich, dass es an seinen Grenzen plötzlich einen „failed state“ hat. Ein solcher kann die Föderation destabilisieren. Diese Gefahr ist real.“ „Russland sieht sich außerdem einem aufstrebenden China gegenüber. Entgegen der westlichen Lesart ist das für Russland kein Traum, sondern ein Albtraum.“ „China ist nicht nur größer, sondern auch diktatorisch straffer organisiert...Russland dagegen ist ein Chaos-System, in dem die Macht nicht beim Staat liegt, sondern bei den jeweils dominierenden Oligarchen. Viele gut ausgebildete junge Russen im System wollen einen Staat nach westlichem Vorbild, sie wollen Putin und sein Netzwerk loswerden.“

Olaf Scholz könnte recht behalten: Der Angriff auf die Ukraine ist Putins größter Fehler. Lesen Sie bitte den ganzen Kommentar von **Michael Maier**.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

1

Paperpress am 28.02.2022, 08:05:34 Uhr:

Musk versprochen, Schröder bekommen

Wir möchten noch einen besonderen Absatz aus dem Kommentar des Herausgebers der Berliner Zeitung, Michael Maier, nachschieben und damit Ihr Interesse wecken, den ganzen Kommentar zu lesen:

„Die tragische Dialektik der russischen Transformation liegt im Fluch des Reichtums an Öl, Gas und Bodenschätzen. Der Anschluss an den Westen ist nicht gelungen, weil das alte Feudalsystem unter anderem dazu geführt hat, dass die Bevölkerung leidensfähig ist ohne Ende. Für die Jungen gilt dagegen leider: Ihr habt uns Elon Musk versprochen, gekommen ist jedoch Gerhard Schröder. Diese Fehlentwicklung betrifft vor allen jene Generation von Russen, von denen jetzt viele überlegen, auszuwandern: Sie wollen nicht zum Militär eingezogen werden und in einen aus ihren Augen sinnlosen Krieg geschickt werden. Und sie haben das schmierige System einfach satt“.

Anhang 1: Berliner Zeitung

<https://www.berliner-zeitung.de/welt-nationen/leitartikel-li.214301>

Kommentar :

Er fährt zur Hölle: Putins letzter Auftritt auf der Weltbühne

Der Krieg gegen die Ukraine ist Putins Ende. Die Höllenfahrt wird zunächst die repressiven Tendenzen in der Welt stärken. Bis die Jungen aufwachen, endlich.

28.2.2022 - 00:00 Uhr

Artikel anhören



Alexei Nikolsky/Russian Presidential Press and Information Office/TASS Moskau

Russlands Präsident Wladimir Putin trifft sich am 27. Februar im Kreml mit Verteidigungsminister Sergej Schoigu (r.) und Valeri Gerasimow (l.), dem Generalstabschef der russischen Streitkräfte.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine markiert den Beginn einer tektonischen Verschiebung der geopolitischen Realitäten. Die Verschiebung findet auf verschiedenen Ebenen statt: politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich. Es ist zu erwarten, dass die Lage zunächst schlechter werden wird: Im globalen Kriegszustand dominieren immer Repression und Unterdrückung - auch gegen die eigenen Völker.

Politisch könnte der Angriff auf die Ukraine als eine Art russische Panikattacke verstanden werden. Wenn Politiker, die gegenüber dem Westen immer auf die Bedeutung der internationalen Verpflichtungen hingewiesen haben wie etwa Außenminister Sergej Lawrow, der einen hypernervösen Zaren offenkundig nicht mehr von einem wahnwitzigen Plan abhalten kann, dann muss der Druck groß sein.

Der Druck kommt von innen: Putin weiß, dass seine Zeit abläuft. Die jungen unter den Oligarchen drängen nach. Eine Opposition gibt es zwar in Russland nicht mehr, wohl aber viele Opportunisten. Und sie alle haben Geld und Macht und können Putin zusetzen. Denn Freunde hat der einsame Präsident sicher keine. Der frühere KGB-Mann hat gelernt, dass Misstrauen die Grundlage für maximale Kontrolle ist. Misstrauen und Respekt vor Institutionen schließen einander allerdings aus. Daher kann Putin jetzt auch auf keine kritisch-loyale Struktur zurückgreifen. Die Ja-Sager und Hofschranzen lassen ihn, den alten bockigen Mann, ins Verderben laufen.

Der Druck kommt im Fall Russlands aber auch von außen, und hier von vielen Seiten: Die viel beschworene Nato-Osterweiterung ist zwar das Thema, das am meisten diskutiert wird. Aber sie ist nicht das größte Problem Russlands.

Denn die „Einkreisung“, wie die Russen das nennen, kommt nicht nur vom Westen. Sie kommt auch aus den Terror-Strömungen der islamistischen Milieus, um die es zwar ruhiger geworden ist, die jedoch keinesfalls verschwunden sind. Sie mäandern durch das Riesenreich, angestachelt von Agitatoren. Russland muss ständig mit einem Guerilla-Krieg auf eigenem Boden rechnen.

Hinzu kommt: Wegen der Probleme in der Weltwirtschaft brodelt es in vielen ehemaligen Sowjet-Republiken, wie erst kürzlich in Kasachstan zu sehen war. Soziale Unruhen und Aufstände drohen.

Es ist für Russland immer möglich, dass es an seinen Grenzen plötzlich einen „failed state“ hat. Ein solcher kann die Föderation destabilisieren. Diese Gefahr ist real.

Russland sieht sich außerdem einem aufstrebenden China gegenüber. Entgegen der westlichen Lesart ist das für Russland kein Traum, sondern ein Albtraum. „Size matters“ ist ein Prinzip der Ökonomie und auch der schlichten Macht. Putins Vision ist nicht eine neue UdSSR, sondern könnte in einem Schulterschluss bestehen zwischen Russland, Belarus und der Ukraine. Putin hat lange versucht, beim Westen anzudocken. Diese Brücken sind abgebrochen und werden sich nach den deutschen Waffenlieferungen an die Ukraine auch nicht durch diplomatische Bemühungen revitalisieren lassen: Es riecht nach verbrannter Erde in Europa.

Daher versucht Putin Allianzen: Mit Indien, das ihm aktuell noch zur Seite steht. Oder mit der Türkei - ein Poker mit hohem Einsatz, weil Erdogan unberechenbar und skrupellos ist.

In Syrien hat Erdogan eine Invasion durchgezogen, der Westen schwieg und verzichtete auf seine moralischen Klagen. Und die Russen? Konnten Erdogan nicht stoppen - obwohl sie den syrischen Luftraum beherrschen. Erdogan hat ihnen eine Lektion der asymmetrischen Kriegsführung erteilt.

Der Blick nach China ist für Russland noch unerfreulicher: China ist nicht nur größer, sondern auch diktatorisch straffer organisiert. Statt der Bürgerrechte gilt in China das Primat des Gemeinwohls. Dieses wird von der Kommunistischen Partei definiert. Früher hieß das: Die Partei, die Partei, die hat immer recht.

Russland dagegen ist ein Chaos-System, in dem die Macht nicht beim Staat liegt, sondern bei den jeweils dominierenden Oligarchen. Viele gut ausgebildete junge Russen im System wollen einen Staat nach westlichem Vorbild, sie wollen Putin und sein Netzwerk loswerden. Eine Veränderung ist schwierig. Aber die modernen Russen sind auch aufsässig, anarchistisch. Man kann sie nicht so leicht knebeln.

Vor allem folgt China wirtschaftlich einer klaren Strategie, denkt langfristig und agiert dynamisch. Anders als Russland hat China seine Wirtschaft längst diversifiziert. Mit Huawei etwa ist das Land heute schon eine Weltmacht im Technologie-Sektor. Mit seinen Investments in aller Welt sitzt Peking längst an den Hebeln der kritischen Infrastruktur. Die Chinesen brauchen kein Stromnetz zu hacken. In vielen Ländern können sie es einfach abschalten.

Die Russen dagegen erinnerten in den vergangenen Jahren immer eher an Ilja Oblomow, die Romanfigur von Iwan Gontscharow: Oblomow ist ein begabter Russe, der sich aber nicht aufraffen kann, sein Leben zu ändern. Er liegt den ganzen Tag im Bett und träumt von seiner Vergangenheit und malt sich seine Zukunft aus. Vergeblich versucht sein deutscher Freund Stolz, den Russen zur Tat zu rufen.

So verhält es sich auch mit den russischen Modernisierungsbemühungen: Seit dem Fall der Sowjetunion sprechen die politischen Führer von der Erneuerung, doch all die Reichtümer des rohstoffreichen Landes wanderten in die Taschen von Oligarchen und korrupten Netzwerken, wie die gebratenen Hähnchen von Oblomows Tisch in seinen immer größer werdenden Bauch.

Die tragische Dialektik der russischen Transformation liegt im Fluch des Reichtums an Öl, Gas und Bodenschätzen. Der Anschluss an den Westen ist nicht gelungen, weil das alte Feudalsystem unter anderem dazu geführt hat, dass die Bevölkerung leidensfähig ist ohne Ende. Für die Jungen gilt dagegen leider: Ihr habt uns Elon Musk versprochen, gekommen ist jedoch Gerhard Schröder. Diese Fehlentwicklung betrifft vor allen jene Generation von Russen, von denen jetzt viele überlegen, auszuwandern: Sie wollen nicht zum Militär eingezogen werden und in einen aus ihren Augen sinnlosen Krieg geschickt werden. Und sie haben das schmierige System einfach satt.

So ähnlich läuft es übrigens in der Ukraine, deren Fahne am Sonntag weltweit als Freiheitsbanner verklärt wurde: Auch hier ist die junge Generation auf der Verliererstraße, vor allem die hervorragenden Fachkräfte in der IT-Branche. Ein Krieg zerstört ihre Perspektiven. Der Angriffskrieg und die Sanktionen, die auch die Ukraine als traditionell wichtigen Partner Russlands treffen, gibt der Jugend im Land den Rest.

Die Ukraine hat es jedoch auch in den vergangenen Jahren nicht geschafft, ihre Institutionen zu modernisieren, die Zivilgesellschaft zu stärken und in der Wirtschaft Transparenz und

Corporate Governance zu etablieren. Schon vor einigen Jahren haben Think Tanks der EU-Kommission empfohlen, die Zahlungen an Kiew einzustellen: Es ist faktisch nicht nachzuvollziehen, wo die Milliarden versickern. Im

fiel die Ukraine im Jahr 2021 sogar noch einen Punkt zurück und liegt jetzt mit 21 Punkten von 100 möglichen nur noch drei Punkte vor Russland (19). Selbst Belarus ist mit 41 Punkten besser.

So taumeln nun also zwei unförmige Riesen gegeneinander, möglicherweise werden sie gemeinsam zu Boden stürzen mit einem dumpfen Knall. Bis dahin jedoch können sie noch ihr natürliches Erbe verprassen. Das ist bedauerlich.

Denn eigentlich hätten gerade Russland, die Ukraine und Belarus die Chance, die geopolitischen Veränderungen zu ihrem Vorteil zu nutzen. Sie haben dynamische Gesellschaften, die viele Veränderungen schon gemeistert haben. Sie sind Heimat für viele der heimlichen Technologie-Gurus in Europa. Doch die Erneuerer werden blockiert. Daher ist es schwer vorstellbar, dass ausgerechnet jetzt geschieht, was schon in Friedenszeiten nicht gemacht wurde, nämlich der Aufbau von Rechtsstaat und Demokratie.

Die alten Eliten in Moskau, Kiew und Minsk wissen nämlich: Ihre Rohstoffe werden in der Welt gebraucht. Daher können sie noch eine Weile von den Einkünften leben: Die Ukraine ist der wichtigste Getreide-Exporteur für China. Nur eine Woche vor dem Angriff hat China die Exportbeschränkungen für russisches Getreide aufgehoben. Peking ist wegen der Entwicklung der Lebensmittelpreise besorgt und muss ein Milliarden-Volk ernähren. Erdgas und Erdöl sowie Kupfer, Nickel und andere Rohstoffe für die E-Auto-Industrie sind in Russland und der Ukraine noch reichlich vorhanden. Wegen der Energiewende wird die Nachfrage kurzfristig steigen.

Vor allem Deutschland hat hier eine stabilisierende Funktion: Berlin hat sich vom Atomstrom und der Kohle verabschiedet und ist – wie auch andere europäische Länder wie etwa Italien – von fossilen Energieträgern abhängig. Dies nutzt den greisen Männern an der Macht.

So könnte es zu einer paradoxen Situation kommen in dieser Überbrückungszeit: Alle Beteiligten sind verzweifelt am Erhalt des morschen Status quo interessiert. Der aber hält gerade in einer vibrierenden Zeit der technologischen Vernetzung nur mit diktatorischen Maßnahmen.

Putin und Lukaschenko wollen an der Macht bleiben wie zwei verstockte Greise, die ihren Kindern das Erbe nicht gönnen.

In Europa wünscht man sich nichts mehr, als dass alles wieder so wird wie früher. Und wenn schon Krieg – dann bitte nicht bei uns. Der Westen wird in diesem Umfeld keinen Demokratie-Export lancieren können.

Diese Idee ist schon mit der Türkei krachend gescheitert. Trotzdem – oder gar deshalb? – ist Erdogan heute ein Machtfaktor im geopolitischen Poker.

China braucht die Rohstoffe, um das Experiment der totalitären Marktwirtschaft fortsetzen zu können. Chinas Xi Jinping hat selbst die zarten Versuche, den orthodoxen Kommunismus wenigstens im Internet-Zeitalter aufzubrechen, im Keim erstickt.

Darin liegt auch die größte Gefahr, die aus der aktuellen politischen Radikalisierung erwächst: Das freiheitlich-westliche Modell der liberalen Demokratie wird infrage gestellt –

und zwar nicht rhetorisch auf Kongressen, sondern real. Neu und überraschend ist diese Entwicklung indessen nicht: Die Welt befindet sich seit Jahrzehnten im Dauerkrieg, und in den meisten dieser Kriege vertreten auch die Staaten des Westens ihre Interessen mit Waffengewalt, direkter Mitwirkung, bezahlten Söldnertruppen oder lukrieren Profite aus Waffengeschäften: Jemen, Syrien, Libyen, Nagorni Karabach, Irak, der ganze Nahe Osten - überall leiden Menschen seit Jahren, weil es keinen Frieden gibt.

Der Fußtritt gegen das Völkerrecht durch den russischen Angriffskrieg beschleunigt diese Entwicklung. Viele Regierungen wollen die technologischen Innovationen kapern: Statt gute Lebensbedingungen für die nächste Generation zu schaffen, werden die modernen Technologien in den Dienst des Tötens, der Überwachung und der Repression gestellt.

Das Problem des Westens: Er hat durch die Teilnahme an etlichen „Regime Change“-Versuchen ein Glaubwürdigkeits- und Autoritätsproblem. Das gilt auch nach innen: Gerade in der Pandemie hat sich gezeigt, dass manch eine europäische Regierung die Vorzüge einer Kommando-Politik erkannt hat. Die Aushöhlung der Grundrechte, die seit den Terror-Jahren schleichend immer weiter geht, deutet in eine merkwürdige Richtung: Kann es sein, dass wir von China lernen und nicht umgekehrt?

Aktuell gilt international jedenfalls vorerst wieder das Faustrecht. Wo Putin draufsteht, ist Darwin drinnen. Zumindest so lange, bis sich die Jugend der Welt gegen die Despoten erheben wird. Sie wird ihnen klarmachen, dass ein globales Unterdrückungsregime nicht ihren Vorstellungen entspricht. Sie wird die Denkmäler derer vom Sockel stürzen, die ihnen die Zukunft gestohlen haben. Mit den Mitteln des Internet und einer tendenziell mobileren, besser ausgebildeten Generation, kann der Bruch schneller kommen, als es den Kriegsherren von heute lieb ist.

Anhang 2:

<https://www.ardmediathek.de/video/dokumentationen/poker-um-die-deutsche-einheit/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMjUyMzEyOA>

Poker um die Deutsche Einheit - Wurde Russland in der NATO-Frage getäuscht?

25.02.2022 · [Dokumentationen](#) · phoenix

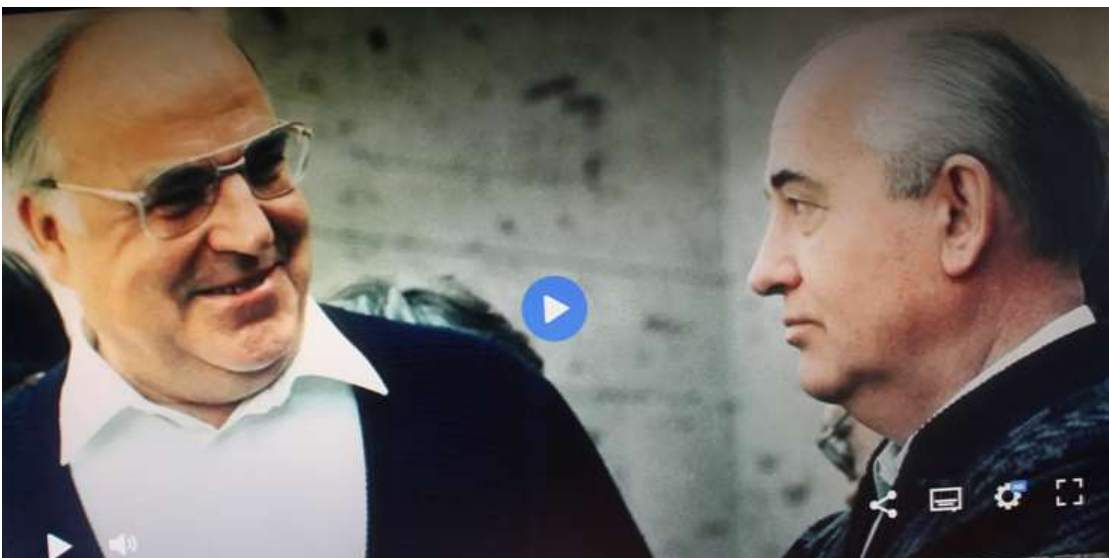


Bild: phoenix

Vor 25 Jahren klärten Helmut Kohl und Michail Gorbatschow die noch offenen außenpolitischen Fragen zur deutschen Wiedervereinigung: Würden die Sowjets zustimmen, dass das vereinigte Deutschland in der Nato bleibt?

Die Wahrheit über die NATO-Osterweiterung wird in der Dokumentation „Poker um die Deutsche Einheit – Wurde Russland in der NATO-Frage getäuscht?“ ausführlich belegt.

„Hat Putin recht? Es ist ein brisanter Streitfall des Ost-West-Konflikts: Wurde der Sowjetunion im Zuge der Verhandlungen über die deutsche Einheit im Jahr 1990 versprochen, die NATO würde Richtung Osten nicht expandieren? Zeitzeugen berichten.“

04) Sonntag, 27. Februar 2022: Historische Reden im Deutsche Bundestag

Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-29

27. Februar 2022

47. Jahrgang

Historische Reden



Screenshot phoenix

„In zehn Jahren“, so Vize-Kanzler **Robert Habeck**, wird man sagen, „es war ein historischer Tag.“, heute im Bundestag. Das wird man auch schon früher und noch später sagen, denn heute hat Deutschland sein Zwei-Prozent-Ziel des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigungsausgaben erreicht. 2020 waren es 1,4 Prozent. Und nicht nur das: 100 Milliarden für die Bundeswehr werden in ein Sondervermögen gespeist. Die Terminologie der Bundesregierung heißt Nachrüstung und nicht Aufrüstung. Möglich wird das durch den Angriffskrieg Putins auf die Ukraine. Aus Selbsterkenntnis heraus war dies bislang nicht möglich, aber wir leben in einer Zeitenwende.

Bundeskanzler **Olaf Scholz** hat heute vermutlich seine bislang beste Rede gehalten. Wann bekommt ein Regierungschef Applaus nicht nur aus den eigenen Reihen, sondern auch von der Opposition. Und nach der Rede haben sich die Regierungsfractionen und die der Union von ihren Plätzen applaudierend erhoben. Hoffen wir, dass diese Gemeinsamkeit anhält. Es lohnt sich, die Rede von Scholz anzuhören:

<https://www.zdf.de/nachrichten/video/scholz-bundestag-sondersitzung-statement-ukraine-100.html>

Auch die Reden von **Robert Habeck**, **Christian Lindner**, **Annalena Baerbock** und **Friedrich Merz** waren hörens- und inhaltsschwer. Merz konnte es sich nicht verkneifen, auf die „Putin-Versteher“ und die „windige Stiftung“ einzugehen, womit er zweifelsohne **Gerhard Schröder** und die Nord Stream 2-Unterstützungs-Stiftung von Mecklenburg-Vorpommern meinte.

Noch während die Sitzung im Bundestag andauert, und vor allem während in der Ukraine Menschen getötet werden, versammeln sich in Berlins Mitte tausende von Menschen zu einer Solidaritätskundgebung für die Ukraine.



Vor dem Brandenburger Tor und Roten Rathaus.



Fotos: privat

Ed Koch

05) Meinungswende für die Ukraine: Waffenlieferungen und SWIFT

Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-28

27. Februar 2022

47. Jahrgang

Meinungswende

Nachdem in den letzten Tagen viel von der „Zeitenwende“, ausgelöst durch Putins Angriffskrieg auf die Ukraine die Rede war, kommt jetzt die Meinungswende. Seien wir aber ehrlich: Eine deutliche Mehrheit der Deutschen hat sich in Meinungsumfragen gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen. Es galt die Richtlinie, nicht Waffen in Krisengebiete zu liefern. Diese Richtlinie war oft nicht durchgehend, sondern nur gestrichelt, aber dennoch: für die Ukraine sollte sie gelten.

Das war aber vor dem 24. Februar. Spätestens an diesem Tage hätte der Bundeskanzler reagieren und seine Haltung überprüfen müssen. Nun sieht es so aus, als wenn **Olaf Scholz** nicht aus eigenem Antrieb heraus, sondern auf massiven Druck nachgibt.

Gestern waren Polens Ministerpräsident **Mateusz Morawiecki** und Litauens Präsident **Gitanas Nausėda** bei Scholz. In einem Statement vor dem Gespräch sagte Morawiecki gegenüber Journalisten auf Deutsch: „Welche Art von Hilfe wurde der Ukraine geliefert? Fünftausend Helme? Das muss ein Witz sein.“ Immer wieder hatte der ukrainische Botschafter **Andrij Melnyk** in Interviews, zuletzt am Freitagsabend bei **Markus Lanz**, geradezu flehentlich darum gebeten, der Ukraine zu helfen. Das Gespräch mit Morawiecki und Nausėda hat gestern offenbar den Durchbruch gebracht.

Auch das klare Nein von Scholz zu SWIFT, mit dem Deutschland zuletzt völlig allein dastand, wurde aufgeweicht. Bei den Sanktionen bleibt eine Tür offen, um die Gaslieferungen von Russland bezahlen zu können. Die Frage ist nur, ob **Putin** in seinem Wahn nicht darauf „scheißt“ und uns doch noch den Gashahn abdreht.

Putin kann sich kaum noch den Schaum vor dem Mund abwischen, weil sein Blitz-Angriffs-Krieg offenbar nicht so schnell vorankommt, wie er sich das gewünscht hatte. Putin kämpft nicht nur gegen die ukrainische Armee, sondern auch gegen eine bewaffnete Zivilbevölkerung, die eindrucksvoll beweist, dass sie nicht von Putin „entnazifiziert“ werden möchte, weil sie nicht im Geringsten nazifiziert ist.

Wer kann von sich sagen, keine Witze im Mai 2019 über den Schauspieler und Komiker **Wolodymyr Selenskyj** gemacht zu haben, der in einer demokratischen Wahl mit einer deutlichen Zweidrittelmehrheit zum Präsidenten der Ukraine gewählt wurde? Wir erleben jetzt einen Mann, der einen unglaublichen Mut beweist. Der amerikanische Präsident **Joe Biden** soll ihm angeboten haben, dabei zu helfen, das Land in Richtung USA zu verlassen. Das hat er abgelehnt und versendet weiterhin Nachrichten aus Kiew. Jeder Diktator, der sich bedrängt fühlt, flüchtet so schnell er kann, um vom Ausland aus seinen „Kampf“ fortzusetzen, die ukrainischen Demokraten tun dies nicht.

lichen Mut beweist. Der amerikanische Präsident **Joe Biden** soll ihm angeboten haben, dabei zu helfen, das Land in Richtung USA zu verlassen. Das hat er abgelehnt und versendet weiterhin Nachrichten aus Kiew. Jeder Diktator, der sich bedrängt fühlt, flüchtet so schnell er kann, um vom Ausland aus seinen „Kampf“ fortzusetzen, die ukrainischen Demokraten tun dies nicht.



Hält in Kiew durch, Präsident Selenskyj. Foto: tagesschau

Selenskyj weiß, dass **Putin** seiner habhaft werden möchte. Ob Selenskyj das überleben würde, ist nicht sicher. Verschleppt zu werden, dürfte noch der harmloseste Umgang mit ihm sein. Da **Putin** mit seinen regulären Truppen noch nicht am Ziel ist, sollen es jetzt tschetschenische Mörderbanden richten. Diese sind für ihre Brutalität bekannt.

Putins Statthalter in Tschetschenien und Chef der Mörderbande **Ramsan Kadyrow** hat angeblich 70.000 „Freiwillige“ angeboten, um in den „umkämpftesten Orten in der Ukraine dienen zu wollen.“ Kadyrow forderte in einer Rede Selenskyj auf, „unseren Präsidenten, den Oberbefehlshaber **Wladimir Wladimirowitsch Putin**,“ anzurufen und sich dafür zu entschuldigen, „dass er dies nicht früher getan hat. Tun Sie es, um die Ukraine zu retten. Bitten Sie um Vergebung und stimmen Sie allen Bedingungen zu, die Russland stellt. Das wird für ihn der richtigste und patriotischste Schritt sein.“ Quelle: Berliner Zeitung

Wie wir wissen, hat Selenskyj versucht, Putin anzurufen, allerdings nicht um sich zu entschuldigen. Putin ist nicht ans Telefon gegangen. Wenn man die Äußerungen von Putin und seinen Vasallen liest, kommt man eher zu dem Schluss, dass dies die „Bande von Drogensüchtigen“ ist, von der Putin sprach und Selenskyjs Regierung meinte.

Man kann nur hoffen, dass Selenskyj und seine Regierung nicht Putins Mörderbande in die Hände fallen. Auch **Vitali Klitschko**, der Bürgermeister von Kiew, hält durch. Auch er kann sich seines Lebens

1



nicht sicher sein. Niemand würde es ihnen verdenken, dass, wenn die Lage vollkommen aussichtslos ist, doch noch in die Freiheit zu fliehen. Tote Helden gibt es schon genug.

Belastbare Zahlen über Opfer des Krieges gibt es nicht. Jede Seite rechnet die eigenen Verluste runter und die der anderen hoch. Ob das ukrainische Militär wirklich 3.500 russische Soldaten getötet und 200 weitere gefangen genommen haben soll, ist nicht bewiesen. Sicher ist nur, dass es auf beiden Seiten Tote gibt. Putin schickt seine Soldaten in den Tod, junge Männer, deren Leben noch ebenso vor ihnen lag, wie das der ukrainischen Soldaten und Zivilisten. Was für ein Wahnsinn.

Was muss in den Frauen vorgehen, die ohne ihre Männer flüchten, und erst in den Kindern, die vielleicht ihre Väter nie wiedersehen? Was für ein unendliches Leid hat dieser Irrsinnige angerichtet. Wer Putin in den letzten Jahren beobachtet hat, hätte es wissen können. Die Ukraine ist nicht sein erster mörderischer Einsatz. Diplomatie mit solchen Leuten muss völlig neu gedacht werden.

Ob all die Waffen, die sich jetzt auf den Weg in die Ukraine befinden, ihr Ziel noch erreichen und zum Einsatz kommen können, ist ungewiss. An jedem Tag, den die Ukraine **Putin** trotzt, wächst die Hochachtung für dieses Volk. Es ist schwer zu ertragen, dass wir nur zuschauen können und wissen, dass die Ukraine letztlich nicht den Krieg gewinnen kann.

Eines muss schon jetzt für die kommenden Jahrzehnte klar sein: Die westlichen Demokratien müssen Putin vollkommen isolieren. Das wird auch unsere Komfortzone nicht unbeschadet überstehen. Wir müssen schon jetzt darüber nachdenken, was uns unsere Freiheit wert ist. Ein blutrünstiger Diktator scheut vielleicht auch nicht davor zurück, NATO-Staaten anzugreifen. Mündete diese Auseinandersetzung in eine atomare, müssten wir uns über hohe Gaspreise keine Sorgen mehr machen.

Ed Koch

06) Abholbereit: 5.000 Helme für die Ukraine

Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-27

26. Februar 2022

47. Jahrgang

Abholbereit

Es ist wirklich nicht zu fassen. **Jürgen Trittin**, grüner Außenpolitiker, berichtete gestern Abend bei **Markus Lanz** im ZDF, dass die 5.000 Helme, die die Bundeswehr der Ukraine zur Verfügung stellt, jetzt an der polnischen Grenze zur Abholung bereitstünden. Vermutlich erfolgte die Lieferung dorthin mit DHL (dauert halt länger). Welcher Paketdienstleister die Helme an die Frontabschnitte bringt, wusste Trittin auch nicht.

Es ist unserem demokratischen Selbstverständnis einer freien Mediengesellschaft geschuldet, dass es (fast) keine Geheimnisse gibt. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee, was Vor- und Nachteile hat. Ein Nachteil ist zweifelsohne, dass sich jeder berufen fühlt, seine Erkenntnisse über den vermeintlichen oder tatsächlichen Zustand der Armee in den Medien zu verbreiten. Wenn sich die Bundeswehrbeauftragte **Eva Högl** zu Wort meldet, ist das halbwegs zu ertragen, dass sich aber der Inspekteur des Deutschen Heeres, Generalleutnant **Alfons Mais**, hinstellt und verkündet, dass die Bundeswehr „lediglich bedingt einsatzbereit“ sei und dies bei LinkedIn in dem Satz zusammenfasst: „Die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da.“, ist unfassbar. Diese scharfe Kritik kann nur als Hilferuf verstanden werden, und ist hoffentlich ein Weckruf.

Finanzminister **Christian Lindner** (FDP) hat, als **Sandra Maischberger** das Interview mit ihm schon beenden wollte, insistiert, dass auch noch über die Bundeswehr gesprochen werden müsse. Das kommt nicht oft vor, dass sich der Interviewte selbst die Fragen stellt. Lindners Einlassungen waren deutlich: Mehr Geld für die Bundeswehr. Diese Aussage kassierte der SPD-Fraktionsvorsitzende **Rolf Mützenich** gleich wieder.

Wie kann es sein, dass wir jährlich 50 Milliarden Euro für die Bundeswehr ausgeben, und die Armee dennoch „blank“ dasteht? Ich weiß nicht, was es am Treiben des Waffenhandels für 155 Millionen Euro gibt, aber vielleicht hätte man davon wenigstens Munition, die angeblich knapp ist, kaufen sollen, anstatt sie Beraterfirmen für welche Dienstleistung auch immer in den Rachen zu werfen.

Der russische Kriegsverbrecher **Wladimir Putin** muss sich an seinem Schreibtisch auf dem Zarenthron im Kreml doch kaputtlachen, wenn er die Meldungen aus Deutschland hört. Wir alle, und ich nehme mich da nicht aus, haben es nicht für möglich

gehalten, dass in Europa wieder ein Angriffskrieg vom Zaun gebrochen werden könnte. Es wird schon gut gehen, war die falsche Einschätzung. Putin entpuppt sich als Stalins Enkel.

Seine Wahnsinnstat vom 24. Februar hat uns in die Realität zurückkatapultiert. Wer jetzt noch blauäugig davon ausgeht, dass Putin nie auf die Idee kommen würde, einen NATO-Staat anzugreifen, der könnte sich erneut irren. Über die Zusagen an die Sowjetunion bezüglich der NATO-Osterweiterung gibt es viele sehr unterschiedliche Aussagen. Doch das ist, wie es **Robert Habeck** auszudrücken pflegt, „vergossene Milch.“ In welcher Lage befanden sich denn heute die baltischen Republiken, wenn sie nicht NATO-Mitglied wären? Heute die Ukraine, morgen Litauen, Lettland und Estland, übermorgen Finnland und dann Ostdeutschland in den Grenzen von 1989?

An den Vorwürfen, die erst gestern wieder der russische Außenminister **Sergei Lawrow** dem ukrainischen Präsidenten **Wolodymyr Selenskyj** machte, mag im Einzelfall vielleicht etwas dran sein. Was der russische Kriegstreiber allerdings unberücksichtigt lässt, ist der Umstand, dass es sich um innerukrainische Angelegenheiten handelt. So wie sich Russland jegliche Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verbittet, hat dieses Recht auch jedes andere Land. Ausführliche Regelungen dazu sind in der UN-Charta zu finden. Nichts, aber auch gar nichts rechtfertigt einen Angriffs- bzw. Eroberungskrieg.

Die ukrainische Staatsführung als eine drogenabhängige Bande von Neonazis zu bezeichnen, ist krank. Jemand vorzuwerfen, ein Land in Geiselhaft zu nehmen, dessen Bevölkerung ihn in einer demokratischen Wahl 2019 mit 73,2 Prozent ins Amt gebracht hat, zeugt entweder von einer tiefgreifenden Bewusstseinsstörung oder von gezielter Kriegspropaganda. Vermutlich trifft beides zu, denn viele Beobachter meinen, dass Putin das glaubt, was er sagt.

Der Ukraine militärisch zu helfen, würde vermutlich den Dritten Weltkrieg auslösen. Also schaut die Welt live und in Farbe zu, wie eine Demokratie untergeht. Allein die ausgelöste Flüchtlingswelle mit von der UN geschätzten vier Millionen Menschen gehört zu Putins Plan, um die europäischen Staaten zu destabilisieren. Wenn wir auch sonst nicht helfen können, so doch wenigstens diesen Menschen.

Und nicht vergessen: Solidaritätsdemonstration für die Ukraine am Sonntag ab 13:00 Uhr Brandenburger Tor und Siegessäule.

Ed Koch

1

07) Solidarität mit der Ukraine

Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-26

25. Februar 2022

47. Jahrgang

Solidarität mit der Ukraine



Alle Appelle, den Krieg gegen die Ukraine sofort zu beenden, sind sinnlos. Putins Plan steht seit Wochen fest, und er zieht ihn jetzt durch. Alle diplomatischen Bemühungen und lange Gespräche an einem noch längeren Tisch waren von Anfang an vergeblich. Das hätte man wissen können.

Trotz flehentlich Bitten der Ukraine hat Deutschland nicht und wird Deutschland nicht Waffen liefern. Der Haltung der Bundesregierung schließen sich knapp 60 Prozent der Deutschen an.

Auch wenn es nichts nutzt, so sind doch Solidaritätsadressen an die Menschen in der Ukraine wichtig, damit sie sehen, dass man an sie denkt. Dass das Brandenburger Tor in den Farben der ukrainischen Flagge angestrahlt wurde, war eine gute Initiative. Mit einer Schweißgeminute haben heute um 11:00 Uhr die Mitglieder und Mitarbeitenden des Bezirksamtes Tempelhof-Schöneberg vor dem Rathaus Schöneberg ihre Solidarität mit der Ukraine bekundet, die Flagge gehisst und die Freiheitsglocke läuten lassen.



Bürgermeister Jörn Oltmann, BVV-Vorsteher Stefan Böltes, Vize-Bürgermeisterin Angelika Schöttler und die Bezirksamtsmitglieder Saskia Ellenbeck, Oliver Schworck, Tobias Dollase und Matthias Steuckardt.

In einer kurzen Ansprache vor den Beschäftigten der Bezirksverwaltung sagte Bürgermeister Oltmann: „Mit großem Entsetzen haben wir von dem russischen Überfall auf die Ukraine erfahren. Zwei Stun-

den und zwanzig Minuten dauert ein Flug von Kiew nach Berlin. Dieser Krieg ist so dicht bei uns und geht uns alle an! Deutschland stellt sich solidarisch an die Seite der ukrainischen Bevölkerung und fordert Russland auf, die Militäraktionen sofort einzustellen. Mit dem Läuten der Freiheitsglocke erinnern wir daran, wie wichtig Demokratie und Freiheit sind. Unsere Gedanken sind bei den durch die Kriegshandlungen bedrohten Menschen in der Ukraine.“



In den Zeiten der Teilung Berlins war das Rathaus Schöneberg Sitz des Senats und des Abgeordnetenhauses, also das Rathaus West-Berlins. Deshalb wurde die Freiheitsglocke in den Turm des Rathauses gehängt. Am 24. Oktober 1950 – dem Tag der Vereinten Nationen – läutete sie zum ersten Mal und seitdem mittags um 12:00 Uhr an jedem Tag.

Die Freiheitsglocke ist ein Geschenk von 16 Millionen Amerikanern, die im Zuge des „Kreuzzuges für die Freiheit“ für den Guss der Glocke gespendet und den Freiheitsschwur unterzeichnet haben: „Ich glaube an die Unantastbarkeit und an die Würde des einzelnen Menschen. Ich glaube, dass allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich schwöre der Aggression und der Tyrannei Widerstand zu leisten, wo immer sie auf Erden auftreten werden.“

Früher bei RIAS-Berlin und nach der Wiedervereinigung beim Nachfolgesender Deutschlandradio Kultur sind der Schwur und das Geläut der Glocke sonntags kurz vor 12 Uhr im Programm zu hören. Bei der Berliner Freiheitsglocke handelt es sich um eine Nachbildung der berühmten Liberty Bell in Philadelphia. Die Inschrift der Glocke lautet übersetzt: „Möge diese Welt mit Gottes Hilfe eine Wiedergeburt der Freiheit erleben.“ Nicht mehr und nicht weniger ist der Ukraine zu wünschen. Quelle und Fotos: BA 19

Am Sonntag, dem 27. Februar 2022, findet ab 13:00 Uhr eine Solidaritätsdemonstration zwischen Brandenburger Tor und Siegessäule statt.

Ed Koch

1

Nationalhymne der Ukraine

<https://www.youtube.com/watch?v=6Os-RpmkBUU>

Ukrainisch

Ще не вмерла України і слава, і воля,
Ще нам, браття молодії, усміхнеться доля.
Згинуть наші воріженьки, як роса на сонці.
Запануєм і ми, браття, у своїй сторонці.
|:Душу й тіло ми положим за нашу свободу,
І покажем, що ми, браття, козацького роду.:|
Станем, браття, в бій кровавий від Сяну до Дону
В ріднім краю панувати не дамо нікому;
Чорне море ще всміхнеться, дід Дніпро зрадіє,
Ще у нашій Україні доленька наспіє.
|:Душу, тіло ми положим за нашу свободу,
І покажем, що ми, браття, козацького роду.:|
А завзяття, праця щира свого ще докаже,
Ще ся волі в Україні піснь гучна розляже,
За Карпати відоб'ється, згомонить степами,
України слава стане поміж народами.
|:Душу, тіло ми положим за нашу свободу.
І покажем, що ми, браття, козацького роду.:|

Transkription

Schtsche ne wmerla Ukrajiny i slawa, i wolja,
Schtsche nam, brattja molodiji, usmichnetsja dolja.
Shynut' naschi worischenky, jak rossa na sonzi.
Sapanujem i my, brattja, u swojij storonzi.
|:Duschu j tilo my poloschym sa naschu swobodu,
I pokaschem, schtscho my, brattja, kosazkoho rodu.:|
Stanem, brattja, w bij krowawyj wid Sjanu do Donu
W ridnim kraju panuwaty ne damo nikomu;
Tschorne more schtsche wsmichnetsja, did Dnipro sradije,
Schtsche u naschij Ukrajini dolenka naspije.
|:Duschu j tilo my poloschym sa naschu swobodu,
I pokaschem, schtscho my, brattja, kosazkoho rodu.:|
A sawsjattja, prazja schtschyra swoho schtsche dokasche,
Schtsche sja woli w Ukrajini pish hutschna rosljasche,
Sa Karpaty widob'jetsja, shomonyt stepamy,
Ukrajiny slawa stane pomisch narodamy.
|:Duschu j tilo my poloschym sa naschu swobodu,
I pokaschem, schtscho my, brattja, kosazkoho rodu.:|

Deutsch

Noch sind der Ukraine Ruhm und Freiheit nicht gestorben,
noch wird uns lächeln, junge Brüder, das Schicksal.
Verswinden werden unsere Feinde wie Tau in der Sonne,
und auch wir, Brüder, werden Herren im eigenen Land sein.
|:Leib und Seele geben wir für unsere Freiheit,
und bezeugen, dass unsere Herkunft die Kosakenbrüderschaft ist.:|

08) Neue Zeitrechnung Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-25

25. Februar 2022

47. Jahrgang

Neue Zeitrechnung

An den 24. Februar 2022 werden sich die Geschichtsschreiber lange erinnern. Wir müssen nicht mehr darüber diskutieren, dass der Angriff Putins auf die Ukraine durch nichts zu rechtfertigen ist. Alles, was Putin zur Begründung von sich gegeben hat, ist seine Sicht auf die bis zu den Zaren zurückreichende Geschichte, die den Faktencheck nicht standhält.

Putin ist ein Lügner, schlimmer als Donald Trump, und das will etwas heißen. Seit gestern ist Putin vor allem ein Kriegsverbrecher, der den Tod von Menschen in der Ukraine und eigener Soldaten billigend in Kauf nimmt.

Wer den gestrigen Tag vor dem Fernsehen verbracht hat, erlebte einen Krieg in Echtzeit, wie ihn kein Filmmacher in einem Drehbuch schrecklicher hätte beschreiben können. Putin ist durch nichts zu stoppen, auch nicht durch ein nächtliches Telefonat mit dem französischen Präsidenten.

Putin wird Fakten schaffen, und das in den nächsten Stunden. Die demokratisch gewählte Regierung der Ukraine und das Parlament wird er beseitigen und durch ihm ergebene Marionetten ersetzen. Das wird ihm nach Lage der Dinge gelingen. Es erfüllt einem mit Zorn und Wut ansehen zu müssen, wie die demokratische Ukraine ohne jegliche Unterstützung von einer Diktatur überrollt wird.

Eine militärische Unterstützung, wie sie sich die Ukraine, nicht zuletzt immer wieder von Deutschland, gewünscht hatte, hätte am bevorstehenden Ausgang der russischen Invasion nichts geändert. Eine direkte militärische Unterstützung der NATO-Staaten würde zu einem Flächenbrand in Europa führen, es wäre der Beginn des Dritten Weltkriegs, den niemand gewinnen kann, nicht mit konventionellen und schon gar nicht mit nuklearen Waffen.

Alle angekündigten und auf den Weg gebrachten Sanktionen beeindrucken Putin nicht in seinem Blutausch. Er wird das überstehen, auch wenn sein Land darunter leidet. Dass die russische Elite nicht mehr in dem bisherigen Umfang Einkaufstouren zu Europas-Hotspots unternehmen und dort abfeiern kann, beeindruckt Putin nicht im Geringsten. Es gibt kaum eine Sanktion, die nicht auch einen Bumerangeffekt auslöst. Auf die Abschaltung Russlands vom SWIFT-System konnten sich die europäischen Regierungschefs nicht einigen, weil sich vor allem Deutschland dagegen aussprach. Irgendwer sagte in den letzten Tagen, dass, wer gegen die Abschaltung von SWIFT

sel, Blut an den Händen trage. Alle Sanktionen helfen im akuten Krieg der Ukraine nichts. Alle Aufrufe, selbst seines Freundes Gerhard Schröder, den „Krieg schnellstmöglich zu beenden“, gehen ins Leere. Ja, Putin wird den Krieg schnellstmöglich beenden, denn langer Widerstand ist seitens der ukrainischen Armee nicht zu erwarten.

Während der ehemalige österreichische Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) als Aufsichtsrat der russischen Staatsbahn RZD zurückgetreten ist, dürfte dieser Schritt von Gerhard Schröder nicht zu erwarten sein. Schröder ist von Kevin Kühnerts diesbezüglicher Aufforderung bei „Maischberger“, ebenso beeindruckt wie Putin von den Sanktionen.

Was nun? Die Welt ist nicht mehr dieselbe wie vor dem 24. Februar sagen viele. Das trifft aber im Wesentlichen nur auf die Ukraine zu. Präsident Joe Biden hatte recht. Auch wenn er den Tag nicht genau vorhersagen konnte, so stimmte doch seine Ankündigung, dass Putin die Ukraine angreifen werde. Ich muss kleinlaut zugeben, dieser Vorhersage nicht geglaubt zu haben. Warum sollte Putin das machen? Geht von einem demokratischen Land vor seiner Haustür wirklich eine so große Gefahr für seine Diktatur aus? Trotz Gleichschaltung der Medien haben in 50 russischen Städten Menschen mitbekommen, was ihr Präsident in ihrem Namen anstellt. Brutal, wie es seine Art ist, hat Putin die Demonstranten niederknüppeln und verhaften lassen. Die Bilder gingen trotzdem um die Welt.

Der 24. Februar war für viele Menschen der letzte Tag in ihrem Leben. Putin hat sie in seinem sinnlosen Krieg ermordet. Wenn es darum geht, sich nach Konflikten und Menschenrechtsverletzungen mit Mördern an einen Tisch zu setzen, sind wir und unsere anderen Freunde der freien Welt nicht zimperlich. Die Ukraine wird zum Satellitenstaat Russlands nach dem Vorbild von Belarus und anderer Staaten. Die weltweite Empörung über Putins Krieg wird nicht einmal von allen westlichen Demokratien mitgetragen, siehe Israel. Und auch die Türkei verfolgt eigene Ziele. Dass sich China zurückhält, ist keine Überraschung. Die demokratische Ukraine steht allein da und wir allein untergehen.

Und eines Tages pendelt sich die Weltwirtschaft wieder ein, und so lange in Ihrem Garten kein Windrad steht oder sich auf ihrem Dach keine Solaranlage befindet, wird das russische Gas fließen. Setzen wir uns also auch heute wieder in unserer warmen Stube in den Sessel und beobachten das Kriegsgeschehen.

Ed Koch

1

09) #standwithukraine: Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch lädt gemeinsam mit der Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg aus Steglitz-Zehlendorf zu einer Gesprächsrunde ein

Pressemitteilung vom 25.02.2022



Um Solidarität mit den ukrainischen Partnerkommunen Kiew-Petschersk und Charkiw auszudrücken, lädt Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch gemeinsam mit der Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf, Maren Schellenberg zu einer Gesprächsrunde zur Umsetzung konkreter Unterstützungsmaßnahmen ein. Zu dem Gespräch sind ukrainische Partner und interessierte Bürger eingeladen mit zu diskutieren.

Die Veranstaltung findet am **Donnerstag, 03. März 2022, von 19 bis 22 Uhr** im Festsaal des Rathauses Charlottenburg (Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin) statt.

Seit Donnerstag, 24. Februar 2022, greifen russische Truppen völkerrechtswidrig die Ukraine an und verantworten damit einen Krieg in Europa. Wohngebiete werden zu militärischen Zielen, nach nur zwei Tagen zählen bereits hunderte Zivilisten zu den Todesopfern, tausende Menschen sind auf der Flucht in den Westen. Die Bezirke Charlottenburg-Wilmersdorf und Steglitz-Zehlendorf sind zutiefst betroffen und bekunden ihre Solidarität mit den ukrainischen Partnerkommunen.

Bezirksbürgermeisterinnen Kirstin Bauch und Maren Schellenberg:

Trotz unseres Entsetzens und unserer Gefühle der Hilflosigkeit wollen wir gemeinsam mit ukrainischen Partnern diskutieren, wie wir helfen können.

Interessierte melden sich bis **Mittwoch, 2. März 2022**, unter sbne@charlottenburg-wilmersdorf.de an.

Die Veranstaltung findet unter Einhaltung der geltenden Kontaktbeschränkungen und Hygienemaßnahmen (2G + tagesaktueller negativer Test oder Auffrischungsimpfung) statt.

Seite A 91 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Kiew-Petschersk und Charlottenburg-Wilmersdorf pflegen seit 1991 eine Partnerschaft. Die Partnerschaft zwischen Charkiw (früher Charkow-Ordshonikidse) und Steglitz-Zehlendorf besteht seit 1990.

Im
Jüch

Auftrag

10) BA Charlottenburg-Wilmersdorf: Solidarität mit unseren Partnern in der Ukraine

Pressemitteilung vom 24.02.2022



Bild: BACW/Farchmin

Hissen die „Mayors for Peace“-Flagge: Die Mitglieder des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf.

Das Bezirksamt von Charlottenburg-Wilmersdorf bekundet anlässlich des Angriffs auf das Territorium der Ukraine durch Russland und den damit verbundenen militärischen Handlungen seine Solidarität mit den Bürgern in unserem Partnerbezirk Kiew-Petschersk. In großer Sorge um die humanitäre Lage der Bevölkerung in der gesamten Ukraine verurteilt das Bezirksamt den eklatanten Bruch des Völkerrechts und den Angriff auf die Demokratie.

Im Auftrag
Farchmin

Resolution Kiew-Petschersk

PDF-Dokument (99.2 kB)

Fraktion B'90/Grüne, SPD-Fraktion, CDU-Fraktion, FDP-Fraktion,
Fraktion DIE LINKE

Resolution Kiew-Petschersk

Die Bezirksverordnetenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf denkt in diesen Tagen großer Unsicherheit an die Bürgerinnen und Bürger in unserem Partnerbezirk Kiew-Petschersk und drückt Ihnen die volle Solidarität des Bezirks Charlottenburg-Wilmersdorf aus.

Wir hoffen, dass die politischen und diplomatischen Bemühungen der Europäischen Union und der transatlantischen Partner erfolgreich darin sind, die aktuelle Eskalation zu stoppen. Wir hoffen, dass die territoriale Integrität der Ukraine nicht weiter verletzt wird und der seit 2014 andauernde Krieg in der Ostukraine endlich befriedet werden kann, damit die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Ukraine wieder selbstbestimmt in Frieden und Sicherheit leben können.

11) Offener Brief: Steglitz-Zehlendorf ist solidarisch mit Charkiw

Pressemitteilung vom 22.02.2022

Das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf drückt, in einem Schreiben an Oberbürgermeister Ihor Terechow angesichts der Eskalation in der östlichen Ukraine, seine Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Partnerstadt Charkiw aus.

Die Partnerschaft mit der zweitgrößten Stadt der Ukraine, die rund 40 km von der russischen Grenze entfernt im Nordosten des Landes liegt, besteht seit 1990. Zusammen mit Charlottenburg-Wilmersdorf ist Steglitz-Zehlendorf der einzige Berliner Bezirk, der eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt unterhält.

Im Wortlaut schreibt Bezirksbürgermeisterin Maren Schellenberg im Namen des gesamten Bezirksamtskollegiums:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Terechow,

mit großer Sorge verfolgen wir die andauernde und sehr angespannte politische Lage aus dem östlichen Teil der Ukraine. Aus den täglichen Berichten und Bildern erfahren wir, wie belastend die Bedrohung eines Krieges an der ukrainischen Grenze und damit in Europa für uns alle ist. Das ist ein furchtbarer Zustand und zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen des gesamten Bezirksamtes Steglitz-Zehlendorf, im Namen unserer Bürgerinnen und Bürger und ganz persönlich möchte ich Sie unserer Solidarität versichern und hoffe, dass der politische Dialog eine Eskalation noch verhindern kann. Die Souveränität des unabhängigen ukrainischen Staates steht für uns außer Frage.

Ganz besonders liegt mir am Herzen, dass der im Spätsommer 2022 geplante, aufgrund der Pandemie mehrfach verschobene Besuch junger Musikerinnen und Musiker aus Charkiw bei uns in Steglitz-Zehlendorf stattfindet. Die Besuchergruppe ist uns herzlich willkommen und auch die Schülerinnen und Schüler unserer Leo-Borchard-Musikschule fiebern der Begegnung und den geplanten Konzerten entgegen. Ich hoffe, dass der Besuch nicht erneut gefährdet ist und wir damit gemeinsam ein deutliches Zeichen für unseren Zusammenhalt setzen können.

**Mit freundlichen Grüßen
Für das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf gez.**

Maren Schellenberg
Bezirksbürgermeisterin

Cerstin Richter-Kotowski
Stellvertretende Bezirksbürgermeisterin
Bezirksstadträtin

Carolina Böhm
Bezirksstadträtin

Urban Aykal
Bezirksstadtrat

Tim Richter
Bezirksstadtrat

Michael Karnetzki
Bezirksstadtrat

12) On sdelal eto - Ja, er hat es getan!

Von Ed Koch, paperpress



paperpress

seit 1976



Nr. 598-20

22. Februar 2022

47. Jahrgang

Он сделал это

Ja, er hat es getan, nachdem er zuvor Macron und Scholz am Ende seines langen Tisches verhungern ließ und auch allen anderen, die mit ihm telefonierten, nicht ernst nahm.

Es ist genauso wie der russische Botschafter in Schweden der Zeitung „Aftonbladet“ gesagt hatte: „Entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise, aber wir scheißen auf Ihre ganzen Sanktionen.“ Quelle: n-tv

Jeder Lehrer, der in einer halbwegs ordentlichen Schule so eine Geschichtsstunde abgeliefert hätte, wie Putin gestern Abend, wäre sofort in den einseitigen Ruhestand versetzt worden. Es ist vollkommen egal, welche „russischen Wurzeln“ die Ukraine hat. Tatsache ist, dass die Ukraine seit dem 24. August 1991 ein souveräner Staat ist. Am 17. Januar 1992 wurden diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine aufgenommen.

2014 annektierte Russland die Krim, Bestandteil des Territoriums der Ukraine. Auch in diesem Fall ist es vollkommen egal, wie die Krim zur Ukraine gelangte und welche russische Geschichte zuvor bestand. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden aus den einstigen Sowjetrepubliken unabhängige Staaten mit den zu diesem Zeitpunkt geltenden Grenzen.

Putin will die Geschichte zurückdrehen. Belarus, das ehemalige Weißrussland, hat er vollkommen unter seine Kontrolle gebracht. Der dortige Diktator und Wahlbetrüger **Aljaksandr Lukaschenka** ist nicht mehr als ein Stadthalter Putins.

Dass sich die ostukrainischen Gebiete Luhansk und Donezk zu „unabhängigen Volksrepubliken“ erklärt haben, ist völkerrechtlich genauso bedeutend oder unbedeutend wie die Unabhängigkeitserklärung Kataloniens von Spanien. Allerdings mit dem Unterschied, dass es der Ukraine kaum in der Form wie es Spanien gelang, seine Gebiete wieder zurück ins Staatsgebiet zu bringen.

Die Bilder aus Putins Staatsfernsehen sind eine peinliche Muppet-Show, bloß nicht so lustig. Da lässt er eine Herrenriege antreten, die sich *Sicherheitsrat* nennt und dem Putin natürlich höchst persönlich vorsitzt. Diese Kreml-Marionetten sollen den Eindruck vermitteln, als werde hier demokratisch um den besten Weg gestritten. Die ziemlich schlechten Schauspieler bitten dann ihren defacto-Lebenszeitpräsidenten die so genannten „unabhängigen Volksrepubliken“ anzuerkennen. Und Putin spielt der Welt vor,

dass er darüber nachdenken werde, um kurz danach die entsprechenden Dokumente im Beisein der Separatistenführer zu unterzeichnen. Um das Drama zu bereichern, meldet sich auch noch das russische Scheinparlament zu Wort, das schon vor etlichen Tagen Putin bat, die abtrünnigen Gebiete anzuerkennen. Mehr Inszenierung geht nicht. Es gibt tatsächlich einen Preis für die schlechtesten Schauspieler, die „Goldene Himbeere“. Auf Platz Eins liegt **Sylvester Stallone**, der viermal diesen Preis abräumte. Zwingend muss in diese Liste **Wladimir Putin** aufgenommen werden. Putin kann aus Stallones Filmen sehr viel lernen. Beispielsweise wie nur ein Mann eine ganze Stadt in Schutt und Asche legen kann.

Nun entsendet Putin „Friedenstruppen“ in die Ostukraine. Der Grund stand vorher schon im Drehbuch. Der ukrainische Staat plant einen Völkermord. Unterhalb dieser Superlative geht bei Putin gar nichts.

Gebannt schaue ich auf mein Handy, ob sich die ARD oder ZDF-App meldet. Die Ukraine wäre gut beraten, auch wenn es jeglichem Gefühl widerspricht, nicht in die Separatistengebiete militärisch einzugreifen. Ob Putin tatsächlich bis nach Kiew durchmarschiert, um das Land wiederzuholen, das er als seins betrachtet, ist seit gestern wahrscheinlicher geworden.

Man braucht schon sehr viel Fantasie, um noch an eine diplomatische Lösung zu glauben. Im Kriegsfall wäre die Ukraine allein auf sich gestellt. Präsident **Wolodymyr Selenskyj** hat laut ZDF auf die Anerkennung der Separatistengebiete zurückhaltend reagiert. Er setzt weiterhin auf diplomatische Lösungen, fordert aber „klare und wirkungsvolle Schritte der Unterstützung.“ Dass Russland allein im UN-Sicherheitsrat dasteht, und selbst China sich zurückhält, macht Putin ebenso wenig aus wie die angekündigten Sanktionen. Apropos. Wann wenn nicht jetzt sollen diese eingesetzt werden?

In der ARD-Info-Nacht meldete sich heute Morgen **Stephan Boy** zu Wort, den wir noch gut aus seiner Zeit beim *Kompetenzzentrum Kritische Infrastruktur* (KKI) auf dem EUREF-Campus kennen. Er warnte vor Cyberangriffen auf unsere kritische Infrastruktur, die die Strom-, Gas- und Wasserversorgung lahmlegen könnte. Dass Russland zu diesen Mitteln greifen könnte, ist nicht ausgeschlossen. Boys Rat im Ernstfall, die Badewanne bis zum Rand mit Wasser füllen. Das würde ein paar Tage reichen. Nicht zu vergessen, ein batteriebetriebenes Radio. Wenn diese Botschaften weitergehen, wird bald wieder das Klopapier knapp.

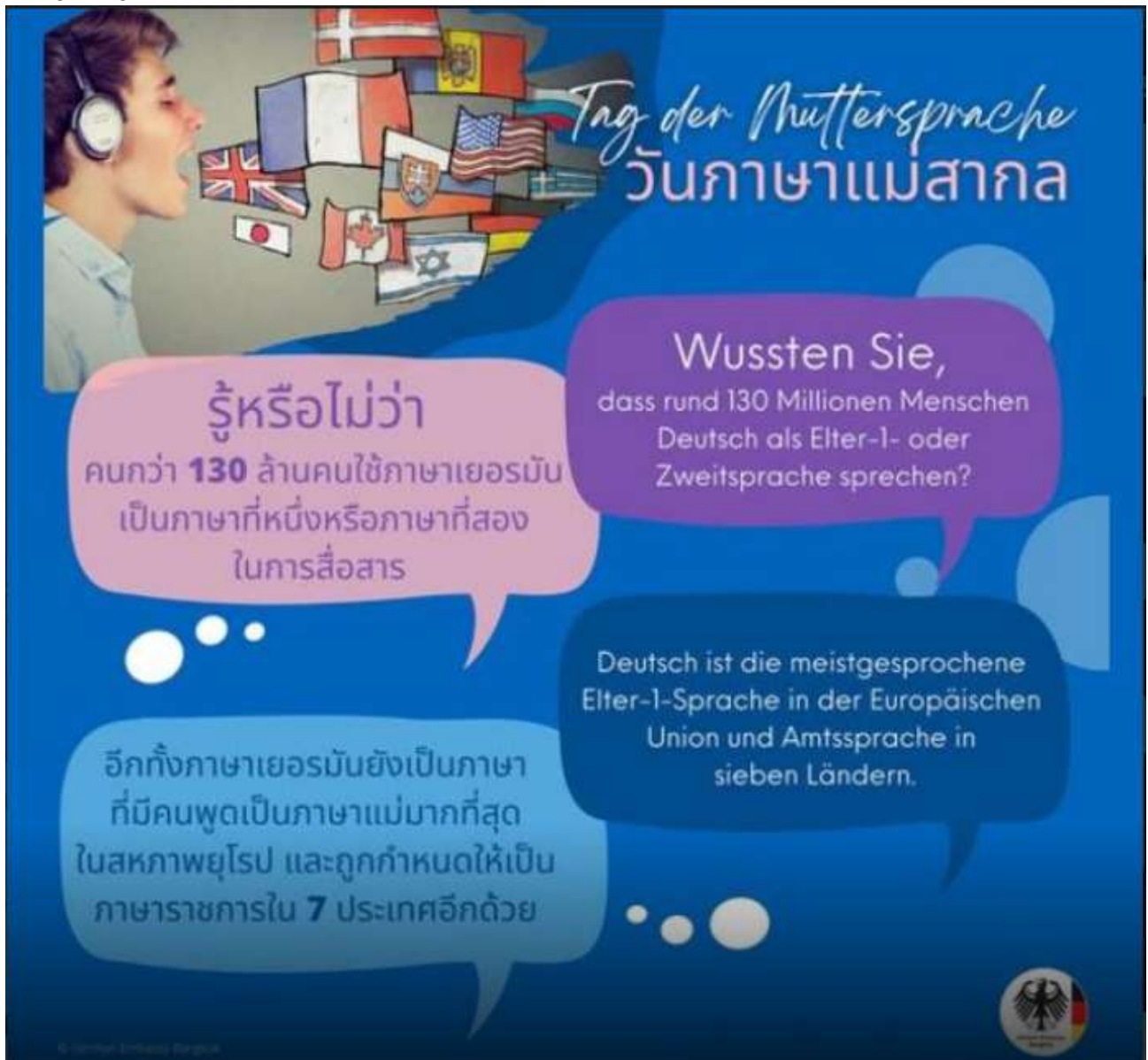
Ed Koch

1

13) Genderwahn immer irrer: Deutsche Botschaft nennt Muttersprache „Elter-1-Sprache“

Von MEINHARD MÜLLER

22. 02. 2022



screenshot FB-Seite Deutsche Botschaft Bangkok

Laut deutscher Botschaft in Bangkok heißt Muttersprache nun „Elter-1-Sprache“. Just zum Tag der Muttersprache, der am 21. Februar eines jeden Jahres weltweit gefeiert wird, erlaubt sich unsere Botschaft in Thailand einen Fauxpas schlimmster Sorte.

Auf der Facebook-Seite der deutschen Botschaft wird dem Leser vorgeführt, wie weit in Deutschland die Verhunzung unserer schönen Sprache bereits fortgeschritten ist. Haben wir unsere Muttersprache nicht überwiegend von unseren Müttern gelernt? Soll das schöne Wort Mutter in „Elter-1“ verdreht werden? Eine Beleidigung für alle Mütter, wie sie hässlicher nicht ein könnte.

Gendersprache, Teufelssprache

„Heute ist der Internationale Tag der Elter-1-Sprache. Er wurde 1999 von den Vereinten Nationen als „Tag der Muttersprache“ ins Leben gerufen wurde. Seitdem begeht die Welt jedes Jahr am 21. Februar sprachliche Vielfalt und Mehrsprachigkeit als Elemente, die Kulturen stärken und zusammenhalten.“ (Fb-Seite der Dt. Botschaft)

Indem staatliche Institutionen deren Monopolstellung nutzen, um neue Begriffe mit Brachialgewalt in die Welt zu setzen, stoßen sie Millionen von Bürgern vor den Kopf. Keines Kindes erstes Wort war „Elter 1“. Mama hieß das die Eltern so beglückende Wort.

Diese mehr als künstliche „Gendersprache“ behauptet von sich, sie wäre „inklusiv“ und wolle niemanden ausschließen. Doch genau das Gegenteil ist der Fall.

Sprache entwickelt sich im Verlaufe von Jahrzehnten weiter und übernimmt neue Begriffe erst dann, nachdem sich diese im allgemeinen mündlichen Sprachgebrauch durchgesetzt haben. Neue Begriffe wie „Elter 1“ statt Mutter entspringen kranken Gehirnen, die den gesellschaftlichen Umbau in deren Sinne voranzutreiben trachten. Zusätzlich werden jene die noch normal „ticken“ und traditionelle Werte hochhalten, zu rechten Außenseitern erklärt.

Künstliche Modernität

Wenn nun traditionsbewussten Völkern Asiens provokant bewiesen werden soll, wie „fortschrittlich“ wir in Deutschland seien, indem wir Worte, die in anderen Kulturen heilig sind, verhunzen und vertechnisieren, so kann davon ausgegangen werden, dass wir hinter dem Rücken heftigst ausgelacht und für völlig gekloppt gehalten werden. Diese Botschaft schadet dem Ansehen Deutschlands.

Für Beschwerden: info@bangkok.diplo.de

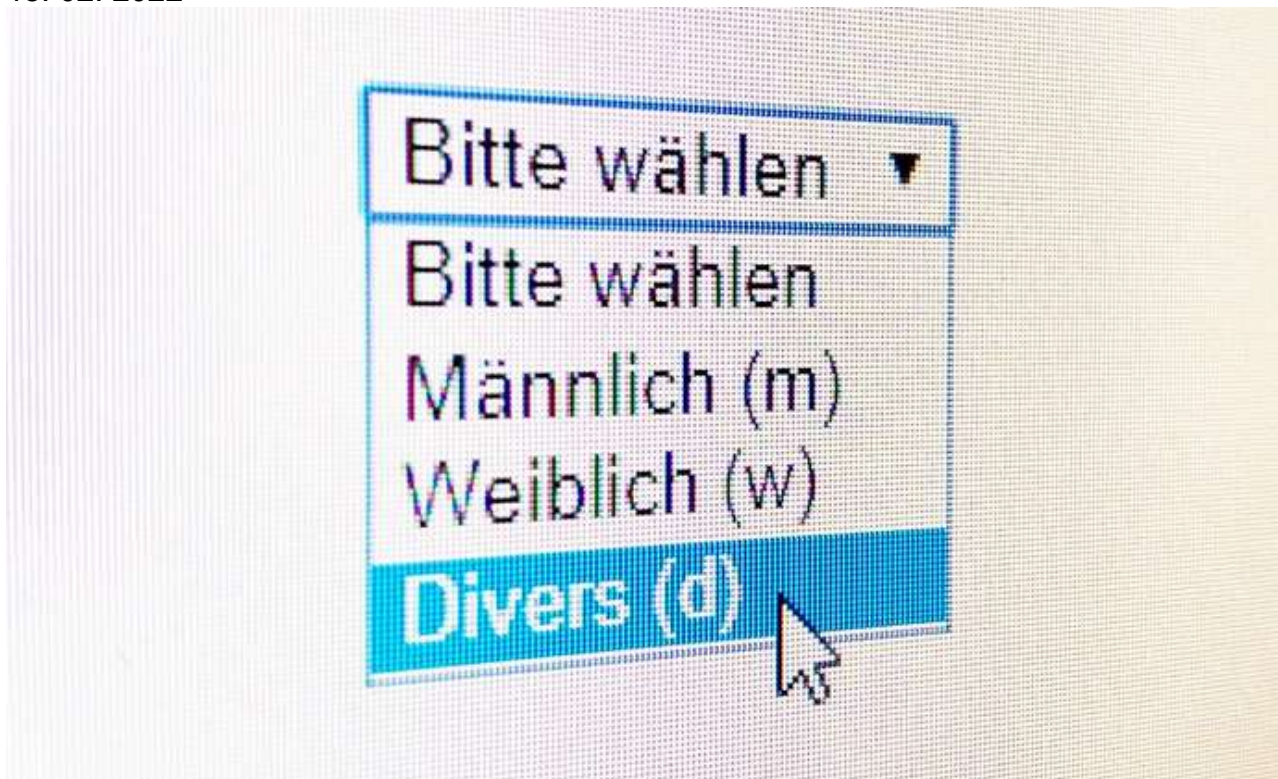


Dieser Beitrag erschien zuerst bei [PHILOSOPHIA PERENNIS](#), unserem Partner in der EUR

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) UPDATE: Frauenquoten-Grüner löst im Bundestag heftige Kontroversen aus

18. 02. 2022



Wer die Wahl hat, hat die Qual: Wollen Sie lieber ein Männchen sein, oder ein Weibchen, oder am besten gleich divers? | Bild: Christoph Scholz/flickr/(CC BY-SA 2.0)

Das ist sogar für „Emma“ zu viel: Grüner sitzt dank Frauenquote im Bundestag, weil er sich als Frau fühlt

Mitunter taucht in linken Kreisen die Frage auf, ob ein Mann, der sich gerade als Frau fühlt und aus fortschrittlicher Sicht auch sofort als eine Frau einzustufen ist, im Falle einer Verurteilung seine Strafe auch in einem Frauengefängnis absitzen darf. Gut möglich, dass man so etwas nicht durchgehen ließe, da der Trans-Häftling vermutlich je nach „Bedarf“ zwischenzeitlich wieder in seine Männerrolle schlüpfen könnte und das mit Sicherheit auch würde.

Anders sieht es jedoch in Betrieben und sonstigen Einrichtungen aus, wo Frauenquoten angesagt sind. Beispielsweise im Bundestag bei den Grünen. Dort wird nicht nach Qualifikation entschieden, sondern entscheidend ist das Geschlecht, ob man da mitquatschen darf oder nicht.

So kann es also passieren, dass jemand als „Frau“ im Bundestag sitzt, der „körperlich und rechtlich ein Mann ist [...]“. Das kritisiert, so wörtlich, nicht etwa ein rückschrittlicher, frauenfeindlicher „Faschist“, sondern das feministische Magazin „Emma“ im Zusammenhang mit dem/der Bundestagsabgeordneten Tessa Ganserer.

„Die transidente Politikerin sitzt für die Grünen im Bundestag – auf einem Frauenquotenplatz“, berichtet nordbayern.de, wo ganz fortschrittlich, immer von der weiblichen Geschlechtsbezeichnung die Rede ist. So liest man dort:



„Ganserer ist im Oktober 2021 für den Wahlkreis Nürnberg-Nord in den Bundestag eingezogen. Dort sitzt sie auf einem Frauenquotenplatz ihrer Partei. Die Grünen besetzen mindestens die Hälfte ihrer Plätze in Gremien mit Frauen. ‚Von dem Begriff Frauen‘, so steht es im Frauenstatut der Partei, ‚werden alle erfasst, die sich selbst so definieren‘. Das kritisiert der Emma-Artikel: ‚Diese parteiinterne Klausel wurde nun jedoch de facto von den deutschen Wahlbehörden übernommen: Ganserer wird im Bundestag und statistisch als Frau geführt.‘“

Irgendwie verständlich, dass so etwas „Emma“ nicht gerne sieht. Denn so könnten jetzt Männer jederzeit in den „Genuss“ der erkämpften Frauenrechte kommen, wenn sie sich aus grüner Sicht „selbst als Frauen definieren“. So wie Herr Ganserer jetzt im Bundestag, der, bevor er sich als Frau „fühlte“ mit der grünen Politikerin Ines Eichmüller verheiratet war und Vater zweier Söhne ist.

Es erhebt sich allerdings die Frage, wie geht man bei Quotenregelungen mit den restliche Geschlechtern um? Mittlerweile soll es da ja schon über 50 geben.

+++ Update v. 18.02.2022 +++

Dass Ganserer auf einer Frauenquote im Bundestag sitzt, löst dort inzwischen die Grundsatzfrage auf: „Wann ist ein Mann ein Mann?“

Der Umstand, dass Beatrix von Storch (AfD) den sich als „menstruierende Person“ fühlenden Gansterer, als Mann bezeichnete, löste Hysterie im Bundestag aus. Hier das Video dazu:

<https://unser-mittleuropa.com/update-frauenquoten-gruener-loest-im-bundestag-heftige-kontroversen-aus/>



Der Umstand, dass Beatrix von Storch einen Mann als Mann betrachtet, wird auch bereits in den Mainstream-Medien als Beleidigung thematisiert:

<https://unser-mittleuropa.com/update-frauenquoten-gruener-loest-im-bundestag-heftige-kontroversen-aus/>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Gutmenschen-Wahn: Jetzt ist das Völkerballspiel dran – „fördert Mobbing und Rassismus“

17. 02. 2022



Wer innert sich nicht aus seiner Schulzeit an das Völkerballspiel – meist war dieses Spiel eine willkommene Abwechslung zum lästigen Geräteturnen. Noch heute ist dieses Spiel fester Bestandteil des Sportunterrichtes. Das soll jetzt jedoch anders werden, denn selbst dies Ballspiel geriet ins Visier besorgter Studierender, pardon, Studien Erstellenden, Pädagog*innen und sonstigen Innen.

Damit der Leser nicht glaubt, hier handelt es sich um einen Satirebeitrag, wollen wir aus deutschlandfunkkultur.de zitieren, wo Unfassbares über dieses Spiel zu lesen ist:

„ ... Nun hat eine Studie erneut für Aufsehen gesorgt: Sie kritisiert, das Spiel unterstütze Ressentiments gegenüber Schwächeren und fordert, es zu streichen. ...“

Warum das so ist, wird anhand von Aussagen von Leuten untermauert, die vermutlich in Zeiten, wo noch Normalität herrschte, in der Klapsmühle gelandet wären. Heute sind solche Geister maßgeblich am Umbau der Gesellschaft beteiligt – das Resultat erleben wir immer häufiger: Psychisch kranke Leute und Kinder die immer öfter psychiatrische Hilfe in Anspruch nehmen müssen.

Sehen wir uns an, was denn am Völkerballspiel so „gefährlich“ für das Kindeswohl sein könnte. Hier die wichtigsten Punkte aus dem genannten online-Portal:

- Eine Studie der britischen Sportpädagogin Joy Butler bezeichnet „das Spiel als legalisiertes Mobbing und organisierten Rassismus“.
- Völkerball verfolge einzig das Ziel, andere zu treffen und auch verletzen zu wollen.
- Laut der Studie soll das Spiel Schwächere zu stigmatisieren und Menschen anderer Hautfarbe und Aussehens zu diskriminieren.

„Bilder eines Kriegsszenarios“

Wer glaubt die Aussagen der Britin ist an Irrsinnigkeit nur mehr schwer zu toppen, liegt daneben, wir zitieren:

„Völkerball rufe alleine schon wegen seiner Bezeichnung Bilder eines Kriegsszenarios hervor, sagt auch Nadine Frey, Geschäftsführerin beim Aachener Stadtsportbund. ‚Wenn man das ursprüngliche Leitmotiv des Spiels Völkerball betrachtet: Das ist die Kriegsschlacht. Wenn ich den Ball als Angriffswaffe sehe, dann ist so eine Kritik natürlich berechtigt.‘ Aber für sie liege das Problem ganz woanders, so Frey: ‚Dieses Spiel macht gesellschaftliche Probleme, gesellschaftliche Wundstellen sichtbar, und das sind Rassismus, Mobbing, Ausgrenzung. ...‘“

Historisch belastet, da „Krieg spielerisch nachgebildet“ wird

Zum besseren Verständnis zitieren wir weiter:

„Das Studium sportgeschichtlicher Dokumente zeigt, dass das traditionelle Völkerballspiel tatsächlich Krieg spielerisch nachbilden sollte. Bereits vor 200 Jahren sprach Friedrich Ludwig Jahn, der als Turnvater Jahn in die Geschichte einging, von Völkerball als einem Spiel, das die deutsche Jugend auf den Kampf gegen die Besatzung Napoleons vorbereiten sollte.“

„Sündenbockmechanismus“

Der Sportpsychologe Professor Sigurd Baumann erklärt in einer seiner Studien den „Sündenbockmechanismus“ im Mannschaftssport, bei dem Wehrlose, Minderheiten und Schwache ungezügelter Aggressivität ausgesetzt sein können.

„Fachliche pädagogische Begleitung“

Sabine Reuker, Professorin für Sportpädagogik und Sportdidaktik am Institut für Schulsport der Deutschen Sporthochschule hat einen Lösungsvorschlag parat, wie man das Schlimmste verhindern können, falls dennoch gespielt werden sollte:

„Nötig sei daher bei solchen Spielen – wie bei allen anderen Sportspielen auch – die fachliche pädagogische Begleitung für gutes ‚Fair Play‘. Einfach die Spielerinnen und Spieler sich selbst zu überlassen, damit sei es sicher nicht getan.“

Richtig: Wo kommen wir denn da hin, wenn beim Ballspiel die „Spielerinnen und Spieler“ nicht pädagogisch begleitet werden!

Als Pädagogin habe Professorin ja „einen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen“ und bitte, das ist kein Witz:

„Ich denke und hoffe, dass alle Studierenden, die dann in die Schulen gehen, so ausgebildet werden, dass sie nicht nur den Ball in die Mitte geben und spielen lassen, sondern dass sie eine Zielsetzung verfolgen mit dem Unterricht“, so Reuker.

Auch die Ausgestaltung von Völkerball habe eine wichtige Rolle, heißt es weiter:

„Zum Beispiel kann man ganz wunderbar Völkerball unter Regelveränderungen thematisieren.“

Beim letzten Vorschlag ist sich viel Entwicklungspotenzial drinnen. So könnte man ja festlegen, dass weiße Spieler keine Schwarzen abschießen dürfen, sondern politisch korrekt nur umgekehrt. Oder, dass zwei Nifris nicht gleich hintereinander ins Visier genommen werden dürfen. Ein schöne Geste wäre auch, sich nach jedem Treffer zu entschuldigen, etwa, „tut mir Leid Yusuf, ist ja nur ein Spiel, das nächste Mal darfst Du mich abschießen“, oder „Sorry Afewerki, dass ich etwas fester schoss, aber du hast mich kurz an den [namibischen Politiker Adolf Hitler](#) optisch erinnert, da konnte ich einfach nicht anders.“

Eines wundert uns allerdings schon: Dass wir in unserer Kindheit Völkerballspiele so ganz ohne pädagogische Begleitung traumatafrei überstanden haben.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

16) Aus für's Deutsche Fräuleinwunder: Keine Junge Dame – Feministische Außenpolitik im Kampfmodus

16. 02. 2022



Gender-Spachwahn: "Junge Dame" ist sexistisch. Baerbock ist eine ausenministeriell tätige menstruierende Person. (Bildmontage unser-mittleuropa)

Die Entweihung der Weiblichkeit und Kastration der Männlichkeit geht weiter.

Der Genderwahn macht vor nichts mehr Halt, auch nicht vor liebevoll gemeinten Titulierungen wie „Junge Dame“. Wehe man erlaubt sich eine menstruierende Person so zu bezeichnen. Vor allem dann nicht, wenn diese Person aus der Riege der Grünen (und somit der Weltverbesserer) stammt und sich noch dazu in selbst aufopfernder Weise ins Kampfgeschehen gegen die bösen Russen stürzt.

Die Empörung der Grünlinge und linkslastigen Medien schlägt hohe Wellen, die unzähligen Studierenden eines BlaBla-Berufes an den hunderten Lehrstühlen für Gender Studies bekommen Schnappatmung und in den Foren überschlagen sich die Gender-Fetischisten mit Sexismus-Anwürfen gegen all jene, die „junge Damen“ noch in ihrem „antiquierten“ Sprachschatz haben. Diese neuerdings als sexistisch bezeichneten Worte werden gnadenlos #gehashtagt#.

Das Deutsche Fräuleinwunder hat ausgedient: „Junge Damen“ sind jetzt „menstruierende Personen“

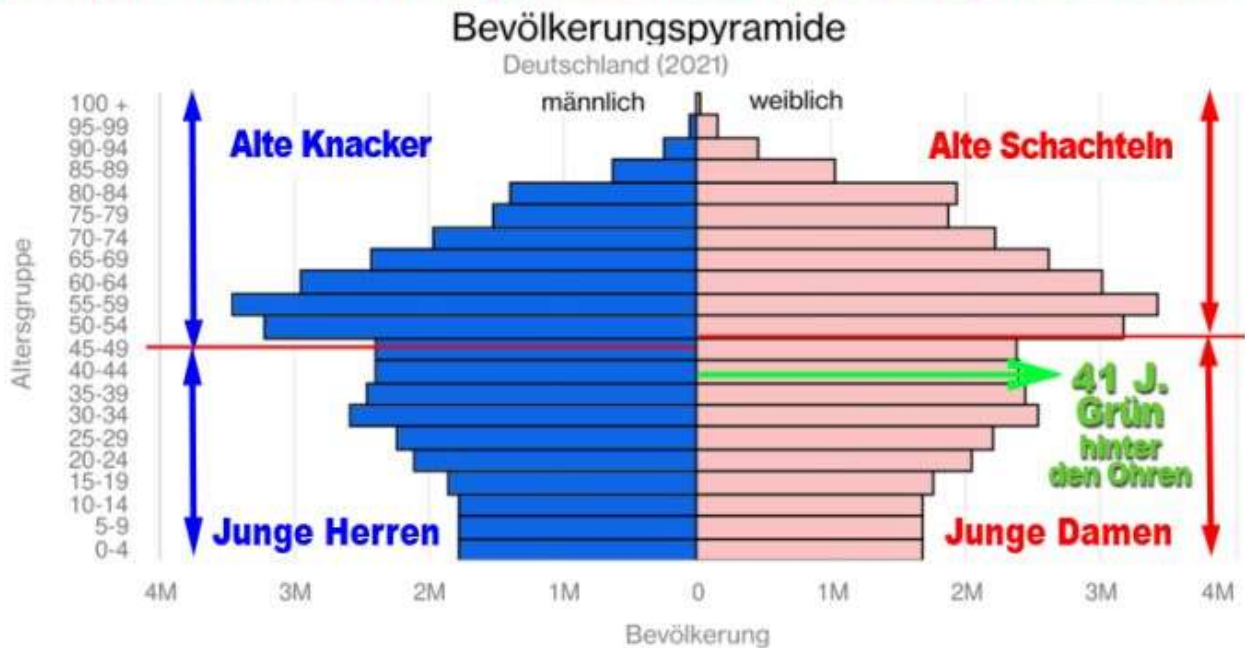
Kürzlich musste auch der Diplomatische Korrespondent der Chefredaktion vom Tagesspiegel, Christoph von Marschall, erfahren, dass man „Frauen“ nicht geschlechtsspezifisch – und schon gar nicht als „junge Dame“ – sondern genderneutral als „menstruierende Person“ zu bezeichnen hat ([wir berichteten darüber](#) schon kurz) . Er hatte doch tatsächlich die deutsche außenministeriell tätige, menstruierende Person in einem Artikel als „junge Dame“ bezeichnet und handelte sich dafür den gottgerechten Shitstorm der woken Sexismus-Wächter ein, wie u.a. auch im Spiegel zu lesen ^{1.)}.

Ein Bärzicklein ist keine „junge Dame“,

selbst wenn man im Alter von 41 Lenzen immer noch zu der jüngeren Hälfte der deutschen (und weiblichen) Bevölkerung zählt, wie an der Bevölkerungspyramide leicht zu erkennen ist. Auch wenn die vom U.S. Census Bureau erstellten und bei Wikipedia abrufbare Infografik ungenau ist, da sie die „Diversen“ und zahlreichen sonstigen Geschlechtsidentitäten sträflich vernachlässigt.

Warnhinweis! Sexismuswarnung! Warnhinweis! Sexismuswarnung! Warnhinweis!

Die nachstehende Statistik könnte auf Diverse Personen verstörend wirken. Wir empfehlen ihnen den vorsichtigen Konsum dieser Grafik nach eigenem Ermessen.



Achtung!

Diese Grafik ist aufgrund der politischen Unkorrektheit des U.S. Census Bureaus unvollständig, da „Diverse“ und alle anderen Geschlechtsidentitäten nicht gesondert ausgewiesen wurden. Wir entschuldigen uns dafür, dass wir dadurch diesen Personen ein Gefühl der Ausgrenzung beschern und hoffen damit keine Traumatas auszulösen.

Mit tiefen Bedauern: Unser-Mitteuropa

Mit 41 ist man noch keine „Alte Schachtel“, sondern immer noch eine „Junge Dame“, auch wenn so manche alte oder junge Bißgurn widersprechen mag. (Bild aus Wikipedia / U.S. Census Bureau, Montage „unser-mitteuropa“)

Selbst wenn man davon ausgehen kann, dass sich unter den jüngeren Semestern mehr noch geschlechtlich Unentschlossene finden als unter den gesetzteren Jahrgängen, dürfte die Mehrzahl der Bürger die 45 schon überschritten haben. Mit 41 und nach gerade einmal acht Jahren Erfahrung in der „großen Politik“ des Bundestages ist man also immer noch ein „junges Gemüse“, das zumindest im weltpolitischen Geschehen noch ziemlich grün hinter den Ohren ist. Jedenfalls dürfte man von seinen Gegenübern, die auf eine längere Erfahrung im Politikgeschehen als die Deutsche Außenministerin im Trampolinspringen zurückblicken können, als „junges Pupperl“ betrachtet werden. So war der russische Außenminister Lawrow bei der Geburt von Annalena schon seit acht Jahren im diplomatischen Dienst der UdSSR und wurde damals gerade zur Ständigen Vertretung der Sowjetunion bei den Vereinten Nationen (UN) nach New York City entsandt. Nur so nebenbei erwähnt.

Junge Dame: Sexistisches Macho Gehabe

Focus-Online-Redakteur Malte Arnsperger jedenfalls empfand die früher, als die Welt noch von normalen Menschen regiert wurde, als wohlwollend als Kompliment angenommene Anrede „Junge Dame“ als sexistisch und betitelte seinen Kommentar ^{2.)} mit den Worten „Das Macho-Gehabe, das Baerbock immer wieder entgegenschlägt, ist unerträglich!“.



Am Strand von Schyrokyne – dort wo Baerbock in Kampfmontur abgelichtet wird sieht man andererseits leichter bekleidete „junge Damen“ und junge Herren ohne Helm und kugelsichere Weste (Bild: Google Maps Bildmaterial von Schyrokyne)

Auslöser war Baerbocks Besuch in der Ukraine, wo sie sich in Schyrokyne, 35 km von der russischen Grenze entfernt (dort wo andere in Badekleidung am Strand liegen, wie Bilder des Küstenorts am Asowschen Meeres zeigen) mit Kampfhelm und schusssicherer Weste zeigte. Statt als „Junge Dame“ hätte man sie – samt ihren Begleiterinnen – besser als Kampfhennen bezeichnen sollen. Wo sonst sollte man hier – angesichts der lächerlich-provokanten Adjustierung in kriegstreiberischer Kampfmontur – das Macho-Gehabe verorten? (siehe [unseren Beitrag dazu](#))



Focus ^{3.)} berichtet über den Ukraine-Besuch der menstruierenden Kasperltruppe als hätten die Mäd'l's in ihren Camouflage-Outfits und mit über den Mützen getragenen und schick ins Genick geschobenen Helmen die Ukraine im Alleingang „befreit“ (von wem eigentlich?). Der Auftritt wirkte eher wie die Parodie auf eine Gangsta-Rapper-Truppe denn ernsthafte Bemühungen um eine diplomatische Lösung der Ukraine-Krise.

Die Inszenierung der Deutschen Delegation dürfte auch mehr eine Showeinlage für den Ukrainischen Präsidenten Selenskyj gewesen sein, der ja vor seiner Präsidentschaft als Schauspieler und Filmproduzent tätig war und mit seiner Kabaretttruppe „Kwartal 95“ („Wohnblock 95“) durch die Sowjet-Staaten tingelte.

Vom Show-Kampf an der Ostfront zum Kampf um den Leitfaden für eine feministische Außenpolitik

Ebenso kabarettreif mutet der Besuch der deutschen außenministeriell menstruierenden Person in Spanien an: Angesichts der Kriegsgefahr in Europas Osten wurde das feministische Hauptthema ihres Besuchs im Westen Europas zusammengestrichen. Die „feministische Außenpolitik“ (was immer man sich darunter vorstellen mag) konnte sehr zum Leidwesen der streitbaren Dame bei ihrer 5-stündigen Stippvisite in Madrid nur kurz gestreift werden. Im Koalitionsvertrag hat sich der offenbar extrem wichtige Plan einen „Leitfaden für eine feministische Außenpolitik“ zu erstellen als „Feminist foreign policy“ in einem fremdsprachigen Tarnanzug versteckt, wie die Zeit berichtet ^{4.)}. Dabei wäre es wohl gerade im Vaterland des Machismo so wichtig, könnte sie sich dort feministisch betätigen. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, hätte sie sich als Matador*In bzw. als Torera bei einem der traditionellen **Stier** – verzeih Paarhufer-Kämpfe, der Corrida, hervorgetan und damit die Gleichstellung aller Geschlechter betont. Denn dort wäre wirklich Not an der Frau und die Diskriminierung von Kuh und Ochs in der Arena wäre ein außenpolitisch vorrangig zu besprechendes Thema gewesen. Hier hätten zänkische Wesen aller Geschlechter beweisen können, dass sich nicht nur Stiere sondern auch geschlechtslose und weibliche Rindviecher kämpferisch hervortun können und nicht nur in geschecktem Outfit von der Weide aus wiederkäuend zusehen. Schade um die vertane Chance, in rotem Kleidchen mit Stiletos den Ochs in der Arena zu reizen.

Junge Wilde, maskuline Wunderwuzzis & Kinderkanzler

Der Gegenpart der jungen Damen, die jungen Herren, dürfen allerdings weiterhin so bezeichnet werden. In der Politik können diese männlichen „Wunderwuzzis“ nicht nur als „Jungspund“ oder „Kinderkanzler“ sondern sogar als „Baby-Hitler“ bezeichnet werden ohne dass den gendergerechten Sexismus-Wächtern die Zornesröte ins Gesicht steigt und sie sich deswegen Grün ärgern.

Last but not least gab's dann auch noch den „jungen Wilden“ aus Haiti, der auch noch im fortgeschrittenen Alter als „Baby Doc“ bekannt war. Bei aller Kritik am Führungsstil der Duvaliers, sein kindlich anmutender Spitzname war jedenfalls nie das Hauptthema. **TEIL-SATIRE** – (Transdanubier)

QUELLENANGABEN:

- 1.) Der [Spiegel](#) zur „Jungen-Dame-Affäre“
- 2.) [Focus Online Kommentar](#) unerträgliches Macho-Gehabe
- 3.) [Focus im Freudentaumel](#) über die Kampfhennen am Asowschen Meer
- 4.) Die [Zeit](#) berichtet über den Besuch zur „feministischen Aussenpolitik“

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Österreich (Seiten A 94 – A 102)

17) Österreichs „Position“ im Ukraine Konflikt – kein Ende der Blamagen in Sicht

[Start Aktueller Beitrag](#) Österreichs „Position“ im Ukraine Konflikt – kein Ende der Blamagen in Sicht

25. 02. 2022



Mit solcher Art Archivaufnahmen von Gasexplosionen wird Kriegspropaganda der übelsten Sorte betrieben. Screenshot aus Bild TV *Reportage*

Während sich Deutschland, genau wie Österreich im „Buckeln“ vor den amerikanischen Strippenziehern versuchen den Rang ab zu laufen, blamieren sich die Alpenrepublikaner wieder einmal auf besondere Art.

Deutschland, als Europäische Wirtschaftsmacht Nr.1 mag es noch irgendwie nachgesehen werden, sich in diesem Konflikt überhaupt zu positionieren, ohne auf die „Qualität“ der Positionierung eingehen zu wollen.

Neutrale „Alpenrepublik“ versucht sich vergeblich als „Player“ im Team der Großen

Es scheint beinahe als würde sich die neutrale Alpendiktatur krampfhaft ein Plätzchen in der Sonne der Anerkennung der Strippenzieher dieses Konfliktes erhaschen wollen. Schickte doch Kanzler Nehammer bereits vor Tagen ein „Krisen-Koordinationssteam“ nach Kiew.

Berechtigter Weise fragt man sich dabei, um was dort zu tun? Österreich ist neutral, was will er damit „transportieren“? Wir gehen einmal davon aus, dass es sich im Falle Nehammers und seiner, an Experten outgesourceten Regierungsgeschäfte, auch in diesem Falle nur um bereits bekannte, 24 Stunden rund um die Uhr und unentgeltlich arbeitende, Experten, gehandelt haben kann.

Wie erfreulich für die Ukraine, zumindest ebenso herzerfrischen „gutmenschlich“ wie die 3 LKW-Ladungen FFP2 Masken die der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) gestern für die Not leidende Ukrainische Bevölkerung auf den Weg nach Kiew geschickt hat. Dies alles freilich möglichst medienwirksam, die Lacher hatte er sogleich gratis mit dabei.

Bundesländer ganz auf Schiene

Wie einem Tweet vom Chefredakteur des „dunkelroten Kommunisten-Blättchens“ Falter, Florian Klenk zu entnehmen ist, geht bereits eine „breite Welle“ der Solidarität mit den „Kriegsopfern“ der Ukraine, quer durch Österreichs Landeshauptstädte.



Klenk kommentiert dies mit „sehr gut“ und regt gleich an man müsste dies auch in Wien machen. Dort ist man allerdings mit dem Versand der Masken beschäftigt (Anm. d. Red.)

Unglaublich aber wahr ist dann vom Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi (Grüne) nachstehendes zu lesen.

Innsbruck macht das seit gestern. Der heutige Gemeinderat begann mit einer Schweigeminute für die Opfer in der Ukraine. Nach Rücksprache mit Walter Peer

(Honorarkonsul der Ukraine in Innsbruck) habe ich außerdem angekündigt, mehrere Orte in Innsbruck mit der ukrainischen Flagge zu versehen.

Einzig das tiefschwarze Niederösterreich hat noch nicht „Flagge gezeigt“. Möglicher Weise könnte Landeshauptfrau Miki-Leitner (ÖVP) davon ausgegangen sein, dass dies nicht notwendig wäre, man müsste die Landesfahne ohnedies nur umdrehen, um daraus die Ukrainische zu machen (beinahe ident).

Alle eifrigst bemüht den Mainstream in punkto Fake-Berichterstattung zu unterstützen

Die Staatsmedien sowohl in Deutschland als auch in Österreich überschlagen sich momentan in verbalen Superlativen der Schilderungen des „Kriegshorrors“ Mitten in Europa.

Ein Sender um den Anderen sind eifrigst bemüht einander mit möglichst dramatischen Bildern zu überbieten, wobei die Ressourcen der, dabei missbrauchten Archivaufnahmen von Gasexplosionen ([aufgedeckt bei Bild-TV](#)) oder anderer Militärmanöver der Vergangenheit, wahrscheinlich bald zur Neige gehen werden.

Auch eignen sich leider Aufnahmen aus den jüngsten Kriegen in Afghanistan oder dem Irak leider kaum, ob der doch etwas anderen Ethnien und dem anderen klimatischen Umfeld. Aus Vietnam hätte man auch noch einiges in petto, dies müsste aber erst in HD transferiert werden, und das sind aber auch unpassender Weise wieder Asiaten die dann da zu sehen wären.

Im Österreichischen Fernsehen Puls 4 bemühte man sich heute Morgen redlich von endlosen Flüchtlingskonvois an der ukrainisch- polnischen Grenze zu berichten, die sich über viele Kilometer hinziehen würden. Dabei war der Reporter (vor Ort in Polen) tunlichst bemüht den Grenzübergang mit seinem Körper ab zu decken. Unmittelbar danach sah man auch warum. Der, geschätzte 200 Meter lange „Stau“ an der Grenze, war durch LKW und Klein-LKW verursacht und hatte offensichtlich einzig mit der Routine-Kontrolle des Güterverkehrs an der Polnischen EU-Außengrenze zu tun!

Um nun aber mehr als hilfreich tätig zu werden und die Regierungen auch tatkräftig im „Kampf gegen Putin“ zu unterstützen, setzt man im neutralen Österreich „besondere“ Zeichen um im wahrsten Sinne des Wortes „Flagge“ zu zeigen.

Offenbar genügt es dabei nicht, wenn Kanzler Nehammer (ÖVP) heute erklärt, „die Entwicklungen in der Ukraine seien extrem besorgniserregend“. Allerdings hatte er sich über die tausenden friedlicher Corona-Demonstranten, die in den letzten 2 Jahren gegen sein Regime auf die Straßen strömten und deren Menschenrechte er auf diktatorische weise beschnitten hatte, niemals besorgt gezeigt.

Schlussendlich darf offenbar in Zeiten wie diesen, in einem säkularen Staat auch nicht ausbleiben, dass sich Spitzen der Kirchen und Religionen in dem, durch die USA und ihre europäischen Vasallen geschürten Konflikt, zu Wort melden.

Sie laden heute zu stillem Gebet ein, während österreichweit die Kirchenglocken läuten und der Staatssender ORF den Sendeplan unterbricht, letzteres könnte von Vielen allerdings als Wohltat empfunden werden.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

P o l e n (Seiten A 110 – A 115)

01) Neues polnisches Gesetz soll Schüler vor LGBT-Indoktrination schützen, hat jedoch einen Haken

20. 02. 2022



Die Abkürzung LGBT oder LGBTQ steht für lesbische, schwule, bisexuelle, transsexuelle, transgender, queere, intersexuelle und asexuelle Menschen *Bild: shutterstock*

POLEN | Das polnische Parlament hat gerade ein neues Gesetz verabschiedet, das es den Behörden ermöglicht, die LGBT-Lobby und Gender-Ideologen aus den Schulen des Landes zu verbannen. Das nach seinem Initiator, dem Bildungsminister Przemysław Czarnek, „Lex Czarnek“ genannte Gesetz liegt nun auf dem Schreibtisch von Präsident Andrzej Duda, der bis zum 3. März Zeit hat, es zu unterzeichnen. Die Linken und Liberalen sowie die LGBT-Lobbyverbände hoffen noch auf ein eher unwahrscheinliches Veto des Präsidenten, es sei denn, der Präsident beschließt, einen eigenen Gesetzentwurf vorzulegen, wenn er der Meinung ist, dass das gerade verabschiedete Gesetz das Problem schlecht löst. In seinem Wahlkampfprogramm für seine Wiederwahl im Jahr 2020 hatte Duda in einer „Familiencharta“ versprochen, Kinder vor der Indoktrination mit der LGBT-Ideologie, die er mit dem Bolschewismus verglichen hatte, zu schützen. Die von Andrzej Duda 2020 unterzeichnete Familiencharta versprach nämlich unter anderem ein Verbot der Verbreitung der LGBT-Ideologie in öffentlichen Einrichtungen, die Gewährleistung des Rechts der Eltern, über die Erziehung ihrer Kinder gemäß ihren eigenen Überzeugungen zu entscheiden, und neue Erleichterungen für den Hausunterricht.

Die endgültige Annahme des Gesetzentwurfs des Bildungsministers wurde am 9. Februar vom Sejm bestätigt, obwohl er vom Senat, in dem die PiS und ihre Verbündeten in der

Minderheit sind, abgelehnt worden war. In Polen hat das Unterhaus des Parlaments das letzte Wort, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten kommt.

Die wichtigste Änderung des Bildungsgesetzes durch die „Lex Czarnek“ betrifft die Befugnis des Rektors jeder Akademie (des kurator oświaty), Empfehlungen an die Schulleiter auszusprechen und einen Schulleiter, der diese Empfehlungen nicht umsetzt, seines Amtes entheben zu lassen. Die gleiche Befugnis wird den Bürgermeistern der Gemeinden, die diese Schulen betreiben, entzogen, da sie künftig für die Entlassung eines Schulleiters während des Schuljahres die Zustimmung des Rektors der Akademie einholen müssen. Die Rektoren werden auch einen größeren Einfluss auf die Ernennung der Schulleiter haben und sie werden neue Möglichkeiten zur Inspektion und auch zur Beaufsichtigung von zusätzlichen Veranstaltungen und Kursen haben, die von den Schulen organisiert werden. Die Schulleiter werden verpflichtet sein, im Vorfeld detaillierte Informationen über Workshops und Kurse einzuholen, die in ihrer Schule von externen Referenten durchgeführt werden, und eine Kopie des Genehmigungsantrags, den die NGO, die den Unterricht organisiert, an sie richtet, muss an den Recteur d'Académie weitergeleitet werden.

„Das Bildungsministerium kann sich so der Politik widersetzen, die von einigen liberal geführten Städten wie Warschau und Gdańsk betrieben wird und die darin besteht, Aktivisten von LGBT-Verbänden in die Schulen zu holen und eine Sexualerziehung einzuführen, die den sehr umstrittenen WHO-Standards für Sexualerziehung in Europa entspricht.“

Dieses Gesetz wird natürlich von denselben Personen kritisiert, die diese Standards und die Organisation von Workshops durch LGBT-Verbände mit nicht immer erklärten Zielen durchsetzen möchten, da Workshops zur Sexualerziehung nach LGBT-Art als Workshops zur Bekämpfung von Diskriminierung angepriesen werden. Das Kernstück der Kritik ist eine stärkere Zentralisierung der Bildungsverwaltung, die in die Autonomie der lokalen Behörden und Schulen eingreifen und die Möglichkeit der Eltern, Einfluss auf den Inhalt des Unterrichts für ihre Kinder zu nehmen, beeinträchtigen würde.

Während die Kritik von der Linken und den Liberalen der Bürgerplattform nicht überraschen sollte (sie regieren unter anderem in Warschau und Gdańsk), ist es nicht unbedeutend, dass sogar die Konföderation (Konfederacja, ein Bündnis aus liberal-konservativen Nationalisten und Libertären), rechts von der PiS, dagegen gestimmt hat. Die Vertreter dieser Opposition, die in gesellschaftlichen Fragen konservativer als die PiS und radikaler gegen die Indoktrination von Kindern durch die LGBT-Lobby und ihre Verbündeten ist, werfen dem neuen Gesetz eine übermäßige Zentralisierung vor, die sich gegen das angestrebte Ziel wenden könnte, wenn die Liberalen eines Tages wieder an die Macht kommen, aber auch, dass die PiS einen Änderungsantrag abgelehnt hat, der den Eltern mehr Einfluss bei der Ernennung der Schulleiter gegeben hätte. „Der nationalistische Führer Robert Winnicki warnte in der Parlamentsdebatte, während sein libertärer Kollege (und Lehrer von Beruf) Artur Dziambor fragte: „Würden Sie wollen, dass diese Macht, die Sie Ihrem Bildungsminister geben, eines Tages in die Hände eines Vertreters der Linken fällt? Denn ich würde das nicht wollen!“

In einer Rede im öffentlichen Rundfunk Polskie Radio 24 verteidigte Paweł Lisicki, der Chefredakteur der liberal-konservativen Wochenzeitung Do Rzeczy (siehe seinen kürzlich erschienenen Leitartikel „Macron und die polnischen Illusionen“, den wir übersetzt und veröffentlicht haben), der die Politik der PiS oft sehr kritisch sieht, stattdessen das neue Gesetz.

„Wenn wir von all der Rhetorik und den Anschuldigungen absehen und uns anschauen, wie das westeuropäische Bildungssystem eine moralische Revolution von solchem Ausmaß erlebt hat, dann war der Schlüssel zum Erfolg dieser Revolution die Kontrolle des Bildungssystems und der Schulen durch linke Kräfte“, erklärte er.

Für Lisicki würde die Linke, wenn sie wieder an die Macht käme, ohnehin nicht zögern, notfalls ein ähnliches Gesetz zu verabschieden, wobei sie jedoch weiß, dass „das Problem darin besteht, dass die Veränderungen in Westeuropa gerade deshalb stattgefunden haben, weil das Bildungssystem zunehmend von Organisationen infiltriert wurde, die mit öffentlichen oder europäischen Geldern finanziert werden und die damit begonnen haben, eine neue Art des Lernens, eine neue Art des Verständnisses von Sexualität und menschlicher Identität zu fördern“.

Um den Eltern zu Hilfe zu kommen, die im Allgemeinen machtlos gegen diese Unterwanderung der Schulen sind, die sich heute in Polen in ähnlicher Weise, auch mit aktiver Unterstützung aus Brüssel, entwickelt, ist Lisicki daher der Ansicht, dass ein Eingreifen des Staates mehr denn je erforderlich ist.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VISEGRÁD POST](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Demontage der nationalen Souveränität. Wird Polen nach dem Urteil des EuGH endlich Schlussfolgerungen ziehen?

Von Jakub Majewski

17. 02. 2022



Auf die Abweisung der Klagen Polens und Ungarns gegen den so genannten Rechtsstaatlichkeitsmechanismus durch den EuGH könnte man dramatisch reagieren, wie

es einige Mitglieder der Regierungskoalition getan haben, indem sie vom Ende der Europäischen Union, wie wir sie kennen, sprechen. Man kann aber auch ruhig fragen: Was hast du erwartet? In der Tat passen diese beiden Gesichtspunkte perfekt zusammen.

Polen hat zusammen mit Ungarn zu Recht gegen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus geklagt, der es den Mitgliedstaaten ermöglicht, im Falle eines Verstoßes gegen vage, nicht definierte „Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit“ bestimmte EU-Mittel zu entziehen. Diese Herausforderung war in zweierlei, wenn nicht gar dreifacher Hinsicht legitim. Erstens wurde der Mechanismus der Rechtsstaatlichkeit nicht durch einen Vertrag eingeführt, sondern von oben durch eine Verordnung auferlegt, deren Inhalt sich nicht aus den früheren Verträgen ergab. Zweitens wird nirgends präzisiert, was genau diese Rechtsstaatlichkeit sein soll, deren Grundsätze – so sollte man meinen – in der gesamten Union einhellig sein sollten. Drittens: Diese Einstimmigkeit gibt es definitiv nicht, und was auf der einen Seite des Rheins als Verstoß gegen die Rechtsstaatlichkeit angesehen wird, wird auf der anderen Seite als anständige, vernünftige und natürlich legale Tradition akzeptiert.

Aber was nützt es, dass Polen diese Klage zu Recht erhoben hat, wenn das Ergebnis vorhersehbar war? Da der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus in erster Linie eingeführt wurde, um Polen und Ungarn dafür zu bestrafen, dass sie die Urteile des EuGH ignorieren, war es offensichtlich, dass es nur eine leere und nutzlose Geste sein konnte, sich bei demselben EuGH darüber zu beschweren.

Verdienst? Was macht das schon!

Es hat keinen Sinn, sich über die Begründetheit des Falles zu beschweren. In Anbetracht der Verträge, die die Grundlage des EU-Rechts bilden, war die polnische Beschwerde natürlich völlig richtig. Im Lichte eben dieser Verträge, auch in Fällen, die zuvor vor dem Gerichtshof der Europäischen Union verhandelt wurden, hatte Polen jedoch in der Regel Recht, und der Gerichtshof der Europäischen Union war eher ein Gericht der Europäischen Union als ein Gerichtshof. Und doch hat dieser Gerichtshof Entscheidungen getroffen, die genau so waren, wie sie waren. Entscheidungen, die Polen aus einem Gefühl der Legitimität heraus ignorierte, aber auf diese Weise zur wachsenden Krise in der Union beitrug, genau zu dem Zeitpunkt, als die Entscheidungsträger der Union beschlossen, dass sie sich nach dem Brexit keine weitere Krise leisten können. Als also klar wurde, dass die EU-Verträge hier nichts nützen, weil sie so gestaltet sind, dass kein Land ohne die absolute Einstimmigkeit der anderen bestraft werden kann, beschlossen die Entscheidungsträger, ihre eigenen Verträge durch die Einführung zusätzlicher Regeln zu umgehen. Wer kann schon zu einem reichen Mann nein sagen?

Der Leser mag über diese Worte entsetzt sein. Schließlich könnte das, was er schreibt, als Anregung verstanden werden, dass Polen vielleicht nicht einmal die Reformen des Justizsystems nach eigenem Gutdünken hätte durchführen sollen, sondern höflich auf die Union hätte hören sollen, die jahrelang die absolute Rechtlosigkeit des polnischen Justizsystems toleriert hat und immer noch tolerieren will. Aber darum geht es nicht, ebenso wenig wie darum, dass gerade die Reformen der Justiz, die die jetzige Regierung vorgenommen hat, nach Ansicht dieses Autors absolut tragisch sind. Der Punkt ist, dass all dies einfach irrelevant ist: Es ist schon lange nicht mehr bekannt, wessen Interessen die Europäische Union dienen soll.

Kurzum: Wie oft werden sich unsere Politiker noch über „gefährliche Präzedenzfälle“, über „ungerechte Urteile“ beklagen, bevor sie offen zugeben – denn ich habe keinen Zweifel daran, dass sie dies sehr wohl wissen und verstehen –, dass es genau darum in der Union geht. Dass es zwei verschiedene Unionen in einer geben soll – die alte Union der großen

und kleinen europäischen Entscheidungsträger und eine neue Union der Länder an der Peripherie, die eine wirtschaftliche Basis für den Rest bilden? Natürlich gibt es viele Menschen in Polen – wahrscheinlich sogar eine Mehrheit –, die davon überzeugt sind, dass die Union eine gerechte Einrichtung ist, die Polen derzeit nur für absolut reale Vergehen bestraft. Aber aus diesem Lager kommt die jetzige Regierung wahrscheinlich nicht. Nach einem jahrelangen Kampf mit der EU-Bürokratie klingen ihre Äußerungen der Überraschung über die neuen Misserfolge nicht einmal seltsam, sondern einfach nur erbärmlich. Auf der Suche nach einer rationalen Politik

Die Politiker der Regierungspartei antworten: Union ja, Degeneration nein. Oder anders ausgedrückt: Die Union an sich ist wertvoll, sie braucht nur gewisse Reformen. Eine solche Haltung war vor dem Beitritt Polens vernünftig, als Polen versuchen konnte, Bedingungen zu stellen. Seitdem sind die Forderungen nach einer Reform der Europäischen Union angesichts der aufeinanderfolgenden Verträge, die jeweils den Einfluss der neuen Mitgliedstaaten geschwächt haben, und angesichts der aufeinanderfolgenden Ereignisse, die die Schlinge der politischen Kontrolle enger gezogen haben, immer naiver und sinnloser geworden.

Heute kann man über Vorschläge zur Reform der Union ganz einfach sagen: Sie sind so vernünftig, als hätte man in den 1980er Jahren gesagt, die Sowjetunion sei eigentlich eine tolle Idee, man müsse sie nur ein wenig reformieren, um den Bundesländern mehr Autonomie zu geben. Warum eine Reform einer Organisation postulieren, die mit ihrem ganzen Wesen und ihrer Überzeugung in eine völlig andere Richtung zielt? Schließlich geht es um eine Reform, und so ist es auch. Es gab eine Reform in Form eines neuen Mechanismus, der heute vom EuGH gebilligt wurde und mit dem Mitgliedstaaten bei Nichteinhaltung der Rechtsstaatlichkeit finanziell bestraft werden können. Ob es uns nun gefällt oder nicht, dies ist eine Reform, und sie ist sehr, sehr weitreichend – nur eben in die entgegengesetzte Richtung zu dem, was wir vielleicht wollen.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge gibt es zwei Wege aus der Europäischen Union, die als vernünftig angesehen werden können. Der erste rationale Weg ist – so traurig es auch klingen mag – der Weg der Treue. Auch wenn man diese Haltung als antipatriotisch bezeichnen mag, so ist sie doch rational, d.h. sie hat ihre eigene innere Logik, wenn man anerkennt, dass Polen mit dem Schmelztiegel der Europäischen Union verschmelzen soll und dass die Schwäche des polnischen Staates durch Möglichkeiten des persönlichen sozialen Aufstiegs durch einen Wechsel von der Peripherie ins Zentrum der Union kompensiert werden soll.

Der zweite rationale Weg ist die Erkenntnis, dass wir, da wir sehen, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Souveränität des polnischen Staates in nachteiliger Weise untergräbt, eine Gewinn- und Verlustrechnung aufstellen und entscheiden sollten, ob der eine oder andere Nutzen der Mitgliedschaft für uns wichtiger ist oder ob die Verluste größer sind. Und wenn die Verluste eintreten, was sind wir bereit zu tun, um sie zu stoppen? Die Antwort auf die zweite Frage hängt jedoch von der ersten ab. Man muss mit der Gewinn- und Verlustrechnung beginnen – und in der Zwischenzeit muss man gleichzeitig weitere Verluste verhindern, indem man einfach Sand in die Rädchen der EU-Maschine streut.

Wo Polen ein Vetorecht hat, sollte es dieses auch nutzen. Dies könnte sogar als ein letzter, verzweifelter Reformversuch angesehen werden – um ganz offen zu sagen, dass Polen gegen alles sein Veto einlegen wird, bis dies, jenes und jenes geändert wird. Wir sollten jedoch auch die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass die EU-Entscheidungsträger, wie im Falle des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, einfach eine neue, nicht vertragliche Entscheidungsmethode einführen werden, um das polnische Veto zu umgehen – und dies

wird zu einer erneuten Verschlechterung der Situation Polens führen. Wir kehren also wieder in die Gewinn- und Verlustrechnung zurück. Wir müssen Alternativen in Betracht ziehen. Den Ländern der alten Union soll gezeigt werden, dass Polen die Möglichkeit sieht, außerhalb dieses Systems zu funktionieren.

Eines scheint sicher: Schon heute können wir leider feststellen, dass die beiden Amtszeiten der Regierungen des „Guten Wandels“ im Zusammenhang mit den Beziehungen zu den EU-Strukturen sehr spürbaren Schaden angerichtet haben. Daran sind nicht nur die Eurokraten schuld, sondern auch die ungeschickten Reaktionen und Aktionen polnischer Politiker, die oft die Möglichkeit langfristiger Maßnahmen, die Polens Verhandlungsposition gegenüber der Union verbessern könnten, einem lauten, aber symbolischen und kurzlebigen Protest geopfert haben.

Daher ist es auf seine Art und Weise gut, dass der EuGH die polnische Beschwerde zurückgewiesen hat. Je weniger Illusionen es in unserer Politik gibt, desto größer ist die Chance, nüchtern zu werden. Trotz allem ist Polen immer noch ein souveräner Staat mit einer beträchtlichen, wenn auch unvollständigen, Autonomie. Auch Polen hat noch das Potenzial für Größe – für den Ausbruch aus der Flaute durch eine wirksame Politik der ruhigen, nicht zu auffälligen inneren Reformen. Wenn jedoch die Dinge so weitergehen wie bisher und unsere Politiker, die zu den aufeinanderfolgenden Schlachten mit Brüssel aufbrechen, später ihren lächerlichen Unglauben darüber äußern, dass es wieder zur Tagesordnung übergegangen ist, wird die Zeit kommen, in der die Historiker die gegenwärtige Ära als den zweiten Niedergang der Republik bezeichnen werden, nach dem unser Heimatland zum zweiten Mal in seiner Geschichte freiwillig in seinem eigenen Sejm der Auflösung des Staates zugestimmt hat...



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [POLONIA CHRISTIANA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Tschechien (Seite A 116)

03) Sturmtief kappt Stromleitungen und behindert Bahnverkehr

Das Sturmtief Zeynep hat in Tschechien zahlreiche Stromleitungen beschädigt und im Bahnverkehr für Behinderungen gesorgt. In der Nacht auf Samstag waren zum Teil 24.000 Haushalte hierzulande ohne elektrische Energie, betroffen waren vor allem die Kreise **Karlsbad** / Karlovy Vary und **Pilsen**.

Die tschechische Feuerwehr musste zwischen Mitternacht und 10 Uhr am Samstag insgesamt 636 Mal wegen Windschäden ausrücken, und das vor allem in den Kreisen Pilsen und Mittelböhmen. Wegen umgestürzten Bäumen oder anderen Gegenständen auf den Schienen mussten einige Bahnverbindungen vor allem in Westböhmen zeitweise ausgesetzt werden. Unter anderem war auch der grenzüberschreitende Verkehr zwischen **Taus** / Domažlice und Schwandorf betroffen.

Ungarn (Seiten A 117 – A 147)

04) Russland-Ukraine-Krieg: Ungarn blockiert Waffenlieferungen für die Ukraine



"Wir werden den Transport tödlicher Waffen über ungarisches Gebiet nicht gestatten", schrieb Außenminister Peter Szijarto.- © imago images/SNA

<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russland-ukraine-krieg-ungarn-blockiert-waffenlieferungen-ukraine-36649960>

Russland-Ukraine-Krieg: Ungarn blockiert Waffenlieferungen für die Ukraine

Aktualisiert am 01.03.2022, 08:54 Uhr

- **Ungarn blockiert die Lieferung von Waffen an die Ukraine über sein Staatsgebiet.**
- **Man werde den Transport nicht gestatten, teilte Außenminister Peter Szijarto mit.**
- **Man wolle die Sicherheit der eigenen Bürgerinnen und Bürger nicht gefährden.**

[Mehr News zum Krieg in der Ukraine finden Sie hier](#)

Ungarn will die Lieferung von Waffen für die [Ukraine](#) über sein Staatsgebiet nicht zulassen. "Wir werden den Transport tödlicher Waffen über ungarisches Gebiet nicht gestatten", schrieb Außenminister Peter Szijarto am Montag auf Facebook.

Szijarto erläuterte, die Entscheidung sei getroffen worden, um die Sicherheit von ungarischen Bürgerinnen und Bürgern auf beiden Seiten der Grenze zu gewährleisten. Die Militärtransporte könnten "leicht zum Angriffsziel" werden, fügte der Minister hinzu.

Premier Viktor Orban: "Lassen keine derartigen Lieferungen durch"

Orban bestätigte die Aussagen seines Außenministers. " Wir haben entschieden, dass wir keine derartigen Lieferungen durchlassen", teilte er in einer Erklärung mit, die die staatliche ungarische Nachrichtenagentur MTI am Montagabend veröffentlichte.

Das EU- und Nato-Land Ungarn grenzt im Osten an die Ukraine und weist eine etwa 140 Kilometer lange gemeinsame Grenze auf. Die Entscheidung, keine Waffenlieferungen durch Ungarn passieren zu lassen, begründete Orban damit, dass in der westukrainischen Region Transkarpatien mehr als 100.000 ethnische Ungarn leben. Deren Sicherheit wäre durch derartige Lieferungen gefährdet.

In der Erklärung von Montagabend sagte Orban weiter: "Es ist das Interesse der ungarischen Menschen, dass sich Ungarn aus diesem Krieg heraushält." Aus diesem Grunde werde Ungarn weder Waffen noch Soldaten ins Kriegsgebiet schicken.

Der rechtsnationale Politiker hat in der EU die Sanktionsbeschlüsse gegen Russland sowie die Entscheidung, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, mitgetragen. Zugleich verurteilte er den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine eher halbherzig. In den Jahren seit seinem Amtsantritt 2010 entwickelte er ein freundschaftliches Verhältnis zum russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Lesen Sie auch: [Alle aktuellen Informationen zum Krieg in der Ukraine in unserem Live-Ticker](#)

Die EU hatte am Wochenende 450 Millionen Euro für Waffenlieferungen an die von Russland angegriffene Ukraine freigegeben.

05) Orban öffnet Grenzen für ukrainische Flüchtlinge

Orban, der sich sonst gegen die Einwanderung von Flüchtlingen sperrt, hat die Grenze des Landes für ukrainische Flüchtlinge geöffnet. Nach einer Bilanz des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR trafen bereits fast 85.000 Menschen aus der Ukraine in Ungarn ein.

In mehreren Grenzstädten wie Zahony wurden Aufnahmezentren eingerichtet, in denen nach Angaben des ungarischen Innenministeriums Bürger die Möglichkeit hatten, Lebensmittel- und Kleidungsspenden zu übergeben. (afp/dpa/ank)

06) Ukraine-Krieg: Humanitäre Hilfe durch Ungarn – Ukrainisches Sprach-Diskriminierungsgesetz – SPENDENAUFBRUF

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

27. 02. 2022



UPDATE

13h59

Ungarn schickt am Sonntag **100.000 Liter Kraftstoff** zur Linderung der Kraftstoffversorgungskrise in die Region **Transkarpatien**. Eine erste **Hilfs-Lieferung von 58 Tonnen** ist bereits angekommen. Weitere 1 Mio EUR sollen zur Verfügung gestellt werden.

12h26 Mehr als **62.000 Flüchtlinge** sind in **Ungarn** und **43.000** in **Rumänien** angekommen. ([msn](#))

Ungarische Solidarität mit ukrainischen Flüchtlingen

Im ungarischen Mutterland ist eine Hilfskampagne für die ungarische Minderheit im ukrainischen Transkarpatien sowie für alle Flüchtlinge angelaufen. Ein schönes Beispiel: Die westungarische Kleinstadt Mosonmagyaróvár stellte als Soforthilfe 1,5.- Mio Forint für die ukrainische-ungarische Stadt Beregszász zur Verfügung.

Beregszász ist das kulturelle Zentrum der ungarischen Minderheit in der Ukraine, welche u.a. für seinen Kampf gegen diskriminierende Sprachgesetze der Ukraine bekannt

geworden ist. Das dortige ungarische Bethlen-Gábor-Gymnasium ist nun ein Aufnahmestätte für Flüchtlinge und ersucht um finanzielle und materielle Unterstützung.

Unterstützen Sie den ungarischen Malteser-Hilfsdienst ([mhd](#))



IBAN: HU34 1176 3842 00104881 0000 0000 — Swift-Code: OTPVHUHB

Schutz für die ungarische Minderheit in der Ukraine

Unterdessen sagte der Leiter des ungarischen Ministerbüros, Gergely Gulyás, der ungarischen Minderheit (von fast 200.000 Karpato-Ungarn) uneingeschränkten Schutz durch die ungarische Regierung zu: „Wir sind das erste sichere Land in diesem Konflikt, daher müssen wir auch damit rechnen, dass sich die Situation in der Ukraine weiter verschlechtert, worauf auch die ungarischen Verteidigungskräfte vorbereitet sind.“ ([karpathir](#))

Ungarn: Militärische Nicht-Einmischung zur De-eskalation des Konflikts

„Ungarn muss sich aus dem militärischen Konflikt heraushalten. Am wichtigsten ist die Sicherheit der Ungarn.“ (Viktor Orban, [UngarnHeute](#)) Humanitäre Hilfe und die Unterstützung der westlichen Blockadepolitik gegen Russland wurde aber mehrfach zugesichert.

Ungarische Armee: Humanitäre Hilfe und Grenzsicherung



Der ungarische Verteidigungsminister Tibor Benkő erklärte bei einer Truppen-Inspizierung in Ostungarn: Das ungarische Militär werde sowohl humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge sowie militärische Aufgaben (Grenzschutz) erfüllen (etwa zur Abwehr von Militanten). Gleichzeitig werde Ungarn aber auch seine internationalen Verpflichtungen innerhalb von NATO und EU nachkommen. Zusätzliche Einheiten (u.a. auch gepanzerte Einheiten und Militärhubschrauber) wurden bereits an die ukrainische Grenze verlegt.

Bilaterale Spannungen zwischen der Ukraine und Ungarn, Russland

Bereits im Herbst 2021 verschärften sich diese weiter. Grund dafür ist ein seit Oktober 2021 gültiger Gas-Liefervertrag zwischen Ungarn und dem russischen Gaskonzern Gazprom, welcher Gas nicht mehr über die Ukraine nach Ungarn sondern via Serbien und teils über Österreich liefert. ([karpathir](#))

So wurde ungarischen Politikern die Einreise in die ungarischen Minderheitengebiete durch ukrainische Behörden verwehrt: Etwa durch eine drei-jährige Einreisesperre für den ungarischen Abgeordneten Lőrinc Nacsa. Lőrinc wollte ungarische Siedlungen in Transkarpatien besuchen um Spenden für die teils in Armut lebenden Karpato-Ungarn zu übergeben. ([karpathir](#))

Schon im Herbst 2021 kündigte die Ukraine die Zusammenarbeit im ukrainisch-ungarischen Wirtschaftsausschuss, dem Hauptorgan der bilateralen Zusammenarbeit, auf. Gleichzeitig

drohte der ukrainische Außenminister Richtung Ungarn mit weiteren Schritten: „Ungarn schlägt auf die Ukraine, unsere Antwort wird nicht barmherzig sein.“ ([karpathir](#))

Der ungarische Außenminister Péter Szijjártó, reagierte auf den „Ausbruch“ der Ukrainer kühl: „Ungarn will auch nicht wissen, mit wem die Ukraine Verträge abschließt.“ – mit einem Seitenhieb auf den Bau der Erdgaspipeline: „Haben sich unsere ukrainischen Freunde etwa den Deutschen mit ähnlichem Mut entgegengestellt?“ ([karpathir](#))

Minderheiten-diskriminierendes ukrainisches Sprachengesetz

Vor allem in den Trianon-Nachfolgestaaten Slowakei, Ukraine und auch Rumänien wird die dortige ungarische Minderheit sowohl subtil (Vernachlässigung der Infrastruktur) sowie durch offene Diskriminierung (v.a. bei Ausübung der Muttersprache) drangsalieret.

Und genau dieses Sprachgesetz war auch mit ein Grund für die inner-ethnischen Spannungen gegenüber der russischen Minderheit in der Ukraine: Vor allem das Russische sollte so zurückdrängt werden: Müssen doch nun überregionale Medien auf Ukrainisch erscheinen, auch eine ukrainische Version ist obligatorisch. Dieses Gesetz war freilich auch eine Provokation gegen die v.a. in der Ost-Ukraine sowie auf der Halbinsel Krim lebenden russischsprachigen Ukrainer: Wurden doch dezidiert sog. „angestammte Minderheiten“ (Krimtataren, Polen, Ungarn, Rumänen, Griechen, Bulgaren, aber auch das Englische sowie alle offiziellen Sprachen der EU) davon ausgenommen.

Diese Sprachdiskriminierung ist besonders im Alltag zu spüren: Sämtliche Staatsangestellte (Polizei, Gerichte, Ärzte) sowie Dienstleistungsbetriebe (Supermärkte, Apotheken, Banken) sind verpflichtet, die Bürger auf Ukrainisch anzureden. Verstöße gegen das „Recht auf Bedienung in der Landessprache“ können bei einem Sonderbevollmächtigten zum Schutz der Staatssprache gemeldet und im Wiederholungsfall mit Geldstrafen geahndet werden. ([faz](#))

Das Schweigen der EU zur Unterdrückung der ungarischen Minderheiten

In keinem anderen Trianon-Nachfolgestaat wird die ungarische Minderheit aber derart unterdrückt wie in der **Ukraine**. Seit 2017 dürfen nationale Minderheitensprachen nur noch in der Grundschule [unterrichtet](#) werden. Die einzige Unterrichts- und Offizialsprache (seit 2019) ist Ukrainisch. Bei [Zu widerhandlung](#) drohen [Geldstrafen](#).

2018 bedrohte sogar eine „Todesliste“ (der Nationalistengruppe Mirotvorec – „Friedensmacher“) 300 ungarisch-ukrainische Funktionäre, weil sie angeblich im Besitze der ungarischen Doppel-Staatsbürgerschaft waren. ([DieWelt](#)). Eine Internet-Petition (des ukrainischen Parlaments) rief zu deren Deportation auf. Auch der staatliche Aufkauf leerstehender ungarischer Wohnungen wurde diskutiert: Um „dort ukrainische Vertriebene aus dem russisch besetzten Osten des Landes anzusiedeln“ (Die Welt, ebda). Während der Krim-Krise wurden v.a. ungarisch-stämmige Soldaten an die Front versetzt.

Doch auch in der **Slowakei** ließ etwas die Regierung Mečiar (1993–98) zweisprachig-ungarische Ortstafeln abschaffen, ungarische Vornamen wurden im Geburtsregister slowakisiert. 1996 war Slowakisch selbst bei einem dienstlichen Gespräch zwischen zwei Ungarn Pflicht. – Als ich einmal in Bratislava mit einem Supermarkt-Kassier Ungarisch

sprach, wurden wir deswegen von Slowaken rassistisch beschumpfen. Der Kassier setzte dann das Gespräch nur mehr auf Slowakisch fort... (In Ungarn waren deutsche- oder slowakische Ortstafeln hingegen immer eine Selbstverständlichkeit.)

1996 sank durch ein neue Verwaltungsgliederung (in Nord-Süd-Richtung) der Anteil der ungarischen [Minderheit](#) überall unter 30 %. 2009 wurde (unter dem sozialistischen Regierungschef Fico) der Gebrauch der ungarischen Sprache in offiziellen Einrichtungen außerhalb der „Ungarn-Gebiete“ (Mindestanteil 20%) unter Strafe gestellt (100 – 5000 Euro).

Schließlich wurde sogar dem damaligen ungarischen Staatspräsidenten Sólyom die Einreise verweigert: Er wollte (am 21. August 2009, dem slowakischen Feiertag zur „Niederschlagung des Prager Frühlings“) als Privatmann an der Einweihung einer Statue des ungarischen Königs Stephan (in der – durch Trianon – geteilten Stadt Komarom / Komarno) teilnehmen. – Der damalige EU-Parlamentspräsident Buzek „wollte sich nicht in den Konflikt einmischen“ ([Deutsche Welle](#))

Schlimm ist die Situation auch in **Rumänien**: In der geografischen Mitte Rumäniens leben 700.00 Ungarn-Szekler. Selbst Ceausescu konnte deren Freiheitswillen nicht brechen... – 2013 wollte die rumänische Regierung die historischen Ungarn-Szekler-Bezirke auflösen. Aus Protest dagegen forderten 100.000 Szekler mit einer 53 Kilometer langen Menschenkette territoriale Autonomie.

1990 gab es (kurz nach der 89er-Wende) pogrom-artige Ausschreitungen in der Stadt Targu Mures / Marosvásárhely, „offenbar provoziert durch Stasi-Akteure.“ ([Die Welt](#)) Danach verließen 15.000 Ungarn die Region (ein Rückgang von 10%) und wurden die verbliebenen zu einer Minderheit (1992: 51,6 % — bis 2002: 49,0 %) – Trotz Verbesserungen seither (ungarisch-sprachige Bildungseinrichtungen) sind aber 90 % der Exekutivorgane weiterhin mit Rumänen besetzt (bei mehr als 70 % ungarischer Bevölkerung). (Die Welt – ebda)

Und trotzdem: Wer für diese Minderheitenrechte eintritt, wird als heilloser Nationalist diskreditiert: „Orbán spielt mit diesem historischen Schlüsselereignis. Auf seine Initiative hin erklärte das Parlament bereits 2010 den 4. Juni zum 'Tag des nationalen Zusammenhalts.'“ (Spiegel, ebda)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Greift der CIA gegen Orban in die ungarischen Wahlen ein?

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

25. 02. 2022



dav

Linker Wahlkampfleiter Gabor Bruck

Nichts anderes jedenfalls behauptete der derzeitige linke Wahlkampfleiter der ungarischen links-rechten Block-Opposition, Gabor Bruck...

„Wir wissen nicht, ob Amerika einschreiten wird oder nicht. Sagen wir, das FBI oder die CIA ... In den benachbarten Ländern taten sie das jedenfalls in einem ziemlich guten Rhythmus. Ich habe, ohne es genau zu wissen, den Verdacht, dass sie uns beobachten. Und wenn die Opposition stark genug ist, werden sie einschreiten. Es werden Informationen veröffentlicht, die für die jetzigen Machthaber unangenehm sind. Vermutlich wissen sie viel darüber. Offen bleibt, ob sie alles benutzen sollen oder nicht.“ (Interview im linksradikalen Clubradio, [magyar nemzet](#))

„Konservative Wähler haben primitive Krokodilsgehirne“

Bruck ist auch (wie der derzeitige Anführer der Block-Opposition, Péter Márki-Zay) bekannt für seine allgemeine Verachtung konservativer Wähler: „Regierungsfreundliche Wähler haben primitive Krokodilgehirne, und sieben von der 10 Millionen Ungarn sind ungebildet, arm, alt oder krank.“ (magyar nemzet, ebda)

Dem blinden Hass gegen traditionelle Werte (Familie, Nation oder Christentum) hatte Bruck bereits 1992 ungehemmt Ausdruck verliehen (Titel: „The Future of America“): „Die neue Rechte ist in der Lage, Millionen von Mitgliedern für ihren kulturellen und politischen Kampf im Namen der christlichen Moral und des Nationalismus zu mobilisieren. Der Kampf gegen die Moderne. Sie sind kulturell fundamentalistisch, anti-elitär und der großstädtischen Kultur abgeneigt. Sie wollen die Autorität der Familie und der Religion wiederherstellen. Sie sind auf einem Kreuzzug, um die Familie als Institution zu retten.“ (magyar nemzet)

Ex-kommunistischer Soros-Wendehals

Brucks Biographie liest sich wie ein Nomen-est-omen eines, im damaligen Kommunismus sozialisierten, ungarischen Wissenschaftlers als nachfolgender Saulus-zum-Paulus-Wendehalses unter George Soros-Ideen: Studiumabschluss aus Psychologie an der Budapester ELTE-Universität 1979, danach bis 1986 Mitarbeiter als Psychologe an der

ungarischen Akademie der Wissenschaften. Danach schloss er in New York ein Politikwissenschaftsstudium ab und war von 1988 – 1993 Stipendiat an der State University of New York. Auf alle Fälle tritt er seit 1993 als eine Art ungarischer Interpret amerikanischer Außenpolitik auf.

Eine links-grüne Parteiführerin als Soros-Troll

Aber auch andere ungarische Linke sollen ausländische Politinteressen vertreten. Diesbezüglich liegt eine anonyme Tonbandaufnahme (November 2021) von Gyula Gansperger (siehe magyarnemzet.hu) bezüglich links-grüner ungarischer Parlamentarier: Dass sie ausländische Politinteressen vertreten würden, dessen Anführer der sozialistischer Ex-Ministerpräsident (April 2009 – Mai 2020) Gordon Bajnai wäre (aufgrund des Konkurses seines Geflügelzuchtbetriebes begingen neun Landwirte Selbstmord) wäre. Hier ist, was Sie auf der Aufnahme hören:

„Jetzt gibt es diese im Ausland ausgebildeten Figuren, wie Tímea Szabó, die Rose von Kabul, die draußen in Kabul für die CIA arbeitete, ... ebenfalls in New York und Kabul. Es mag zwar nur eine Momentaufnahme sein, aber diese Soros-Leute können bestimmte Dinge bewegen. Doch an der Spitze steht Gordon... Denn diese Finanzkreise, die [Europäische Bank für Zusammenarbeit und Wiederaufbau](#), all diese großen westlichen Banken, wollen das Orbán-Regime stürzen.“ ([magyar nemzet](#))

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Ukraine-Krise: Klare Absage Orbans an Kriegs-Eskalation der ungarischen Linken UPDATE: Fake-News „The Guardian“

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster
23. 02. 2022



dav

UPDATE

15.00 Fake-News „The Guardian“: „Ungarn will Veto gegen Sanktionen einlegen“

Der ungarische Staatsminister für Kommunikation, Zoltán Kovács, weist eine Meldung von Patrick Wintour, dem diplomatischen Redakteur der linken Zeitung Guardian und anderer Nachrichtenagenturen, entschieden als Fake-News zurück: „Ungarn wird kein Veto gegen eine gemeinsame EU-Resolution zur Ukraine einlegen.“ ([msn](#), [HungaryToday](#))

8.00 Außenminister Szijjártó für friedliche Lösung

Der ungarische Außenminister Szijjártó gab (auf seinem Social-Media-Account) bekannt: Der Ukraine-Konflikt bedroht die Sicherheitsinteressen Ungarns, Mitteleuropas und ganz Europas. Gleichzeitig bekräftigte er: Die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine, sowie die Solidarität Ungarns mit der europäischen Einheit: „Wir Ungarn, Mitteleuropäer und Europäer sind daran interessiert, den Frieden zu erhalten und einen möglichen Krieg zu vermeiden“, sagte er. Dies betreffe auch die Sanktionen gegen Russland: „So wie wir bisher kein Veto gegen die Frage der Ostsanktionen eingelegt haben und diesmal kein Veto einlegen werden“. Er hoffe bis zuletzt auf eine „Lösung mit diplomatischen Mitteln. Deshalb bitten wir die Akteure der Weltpolitik, die hier eine Rolle und ein Gewicht haben, die Hoffnung und Gelegenheit zum Dialog nicht aufzugeben“, sagte der Außenminister. ([msn](#) [fb](#))

Ungarn bleibt neutral

Der ungarische Ministerpräsident Orban hat der Kriegs-Eskalations-Rhetorik des (von vielen als Soros-)Block-Oppositions-Kandidaten-Anwärters für das Amt des Ministerpräsidenten (bei den Wahlen am 3. April 2022), Marki-Zay, eine klare Absage erteilt: „Ungarn muss sich aus diesem militärischen Konflikt heraushalten.“ (Orban in [Index](#), [msn](#)) Diese unmissverständliche Botschaft übermittelte Orban dem links-rechten Block-Oppositions-Kandidaten.

In dem facebook-Video war der ungarische Ministerpräsident zusammen mit der Führung des Verteidigungsministers nach einem Treffen mit Militäroffizieren zu sehen.

<https://www.youtube.com/watch?v=8OxcbSqjbV0>



„Lage ist ernst – Keine weitere Eskalation“

Gerade deshalb aber „müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um einen Krieg zu vermeiden.“ (Orban)

Orban vertritt in diesem Zusammenhang sowohl ungarische als auch internationale, nämlich kriegs-de-eskalierende Interessen, indem er links-oppositionelle Kriegsrhetorik, etwa die Entsendung von Truppen und Waffen in die Ukraine klar zurückwies: Ungarn spiele auf diese Weise „eine wichtige internationale Rolle zur Wiederherstellung des Friedens“. Gleichzeitig bereite er, Orban, aber auch die Armee auf eine Eskalation der Lage an der ungarisch-ukrainischen Grenze vor, u.a. für eine Flüchtlingskrise zur Aufnahme von innereuropäischen Geflüchteten.

Márki-Zay´s US-Kriegs-Rhetorik: Gegen Ungarn und den Frieden gerichtet

Noch vor zehn Tagen hatte der Kandidat der links-rechten Anti-Orban-Blockopposition klar einer US-Krieg-Eskalationsspirale das Wort geredet: Der zufolge nach also er, Marki-Zay, dazu bereit wäre, „ungarische Truppen sowie Waffen in die Ukraine zu schicken, wenn die NATO dies beschließt“. (in einem ATV-Interview) Gleichzeitig befürwortete er die Aufnahme der Ukraine in die NATO. – Doch hatte gerade dieser US-Plan ja zu der jetzigen Ukraine-Krise geführt, weil Russland sich durch die NATO-Umzingelung bedroht fühlt.

All diese Forderungen sind aber klar gegen die Lebensinteressen der ungarischen Minderheit in der Ukraine gerichtet. Denn gerade jene wehrfähigen auslands-ungarischen Männer wurden schon bisher überproportional zum Wehrdienst an der Frontlinie zu den abtrünnigen russischen Gebieten innerhalb der ukrainischen Armee eingesetzt. Viele von ihnen sind deshalb auch seit Ausbruch des Krieges nach Ungarn geflohen.

„Wenn also die NATO beschließt, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, dann werden wir sie natürlich unterstützen.“ (Marki Zay)

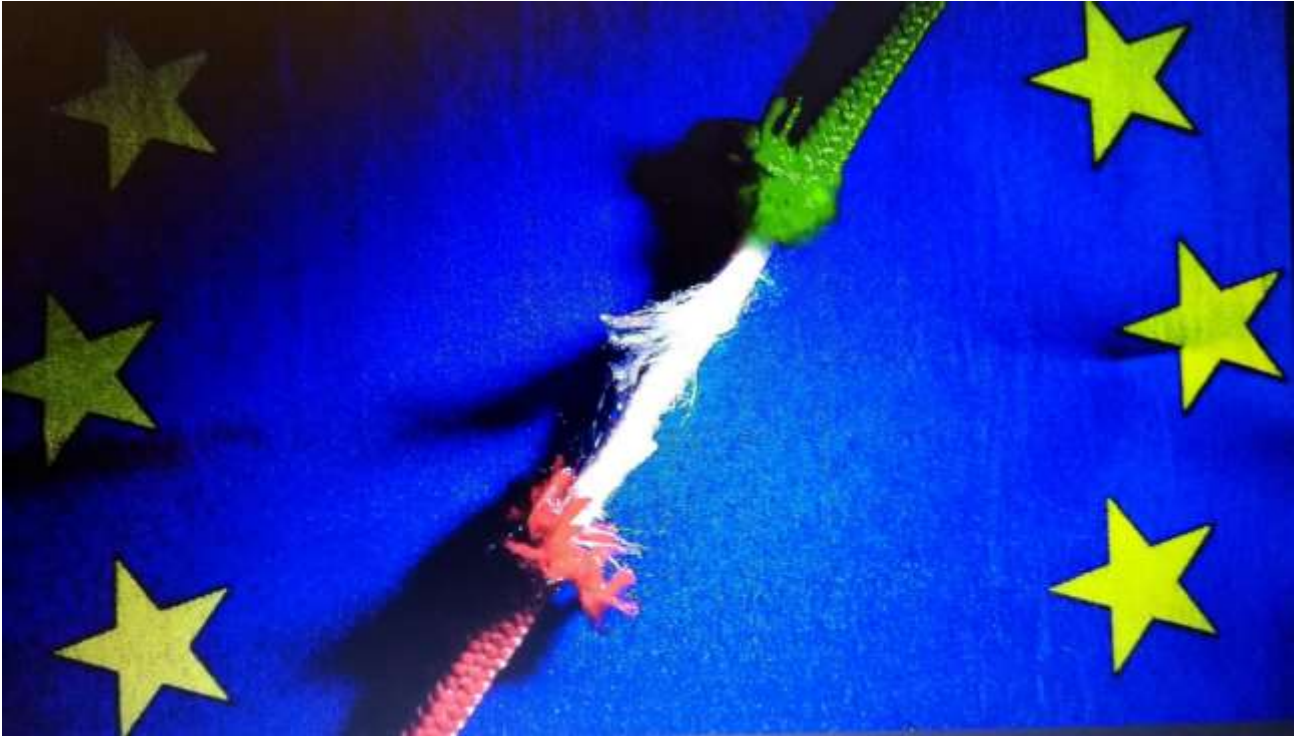
Marki-Zay sogar für eine ungarische Militär-Mission in der Ukraine

Diese kriegs-treiberische Aussage verband er sogar mit einem Hinweis auf das US-Afghanistan-Desaster... – Immer mehr also outet sich der links-rechte Block-Oppositionskandidat Marki-Zay als Handlanger kriegs-treiberischer, anti-ungarischer und anti-friedens-erhaltender, sowie faschistischer und kommunistischer Kräfte ([UM berichtete](#))

09) DPA-Fakenews: Will Orban aus der EU austreten?

Gastkommentar von IRÉN RAB

21. 02. 2022



dav

Gastkommentar von IRÉN RAB

Die DPA arbeitet schlampig

Die DPA (Deutsche Presse Agentur) ist das deutsche Pendant zur ungarischen MTI, eine strikt überparteiliche, an keine Konfession oder Weltanschauung gebundene Nachrichtenagentur. Ihr Ethikkodex besagt, dass nur auf Fakten gestützte Nachrichten veröffentlicht werden sollen, damit sich die Leser ihre eigene Meinung bilden können. Die DPA manipuliert nicht. Die Journalisten müssen in einer Weise schreiben, welche mit dieser ethischen Position völlig im Einklang steht und alle verwendeten Informationen müssen nachprüfbar sein. In bestimmten Fällen kann von diesen strengen Normen abgewichen werden. Ein Schlupfloch wird nur für gesellschaftlich wichtige Konfliktthemen geöffnet, aber die DPA verteidigt sich sofort: In solchen Fällen verfüge man nicht über ausreichende Informationen, um einen Faktencheck durchzuführen.

Manipulation: Auswahl und Gewichtung

So hat man zum Beispiel die jährlich wiederkehrende aktuelle Bilanzrede von Viktor Orbán nicht gehört und/oder gelesen. Da man bei DPA kein Ungarisch spricht, hat man sich auf den vertrauten Korrespondenten in Budapest verlassen. Und der Korrespondent fand, dass der wichtigste Teil der einstündigen Rede genau ein Satz war, der GAR NICHT GESAGT WURDE. Nämlich, dass Ungarn eventuell die Europäische Union verlassen könnte.

Er baute seinen ganzen Bericht darauf auf und machte daraus die wichtige Schlagzeile, der er zur Verdeutlichung noch hinzufügte, dass Viktor Orbán zwar oft scharfe Angriffe auf die

„Brüsseler Bürokraten“ unternommen habe, Drohungen mit dem Ausstieg aber bislang nicht zu seinem Instrumentarium gehört hätten. Im Text wurde das dann noch ein wenig abgerundet, indem einige der tatsächlich gesagten Sätze in Anführungszeichen ergänzend dazu gesetzt wurden. Der Schwerpunkt lag jedoch auf Orbáns Forderung nach Toleranz gegenüber dem „rechtsnationalen Politiker“, die in dem Bericht als Ultimatum interpretiert wurde. Wenn Brüssel und Berlin nicht einlenken, dann „werden sich unsere Wege trennen“, legen sie ihre eigene Version der Ereignisse dem ungarischen Premierminister in den Mund.

Die Rede enthielt aber kein Ultimatum, sondern ein einfaches Angebot zur Toleranz, sich gegenseitig so zu akzeptieren, wie man ist.

Orban will die EU durch Toleranz zusammenhalten

Ungarn will nicht wie Westeuropa werden, und die Ungarn erwarten nicht, dass der Westen ihre Flüchtlings- und Familienpolitik übernimmt. „Die Europäische Union hat nur dann eine Zukunft, wenn wir trotz der wachsenden kulturellen Entfremdung zusammenbleiben können. Wir für unseren Teil wollen die Europäische Union zusammenhalten,„. – sagte wortwörtlich Viktor Orbán.

Aber es scheint, dass nicht nur unsere Sprache, sondern auch unsere Denkweise sehr unterschiedlich ist. In der ungarischen Kulturtradition ist es seit jeher ein grundlegender Wert, Unterschiede zu tolerieren und zu akzeptieren, anstatt jemandem etwas mit Macht aufzuzwingen, mit anderen Worten: echte Toleranz war immer ein Grundwert in Ungarn.

Es ist, als ob in dieser großen, einem Staatsmann würdigen Rede, die man mehrmals anhören sollte, um sie in allen ihren Tiefen zu verstehen, nichts anderes gesagt worden wäre. Obwohl der Premierminister in erster Linie die wirtschaftlichen Erfolge und die innenpolitischen Kämpfe der letzten Jahre bewertete, handelte es sich nicht bloß um eine Jahresbilanz oder eine übliche Wahlkampf-Eröffnungsrede.

Die Politiker in Brüssel hätten ihm ruhig zuhören können, um ein Gefühl für die realen Bedrohungen, denen unser Kontinent zurzeit ausgesetzt ist, zu bekommen.

Pulverfass Balkan, Flüchtlingskrise

Der westliche Balkan und die Ukraine sind ein Pulverfass, die Migrationskrise reißt nicht ab, die EU-Energiepolitik führt zu Energiekrise und Inflation und wir haben immer noch eine Pandemie am Hals. Die europäische Führung sieht nicht oder will nicht sehen, dass die christliche Zukunft Europas, ja sogar die Zukunft Europas selbst auf dem Spiel steht. In seiner Vier-Punkte-Liste der Probleme hat der Ministerpräsident diese nicht nur umfassend dargestellt, sondern auch Lösungen angeboten, wobei er das „ungarische Modell“ als Beispiel anführte.

Die DPA ist eine große Nachrichtenagentur mit mehr als tausend teilweise ständigen Korrespondenten an ausländischen Standorten, darunter auch in Budapest. Der Korrespondent hatte den Bericht noch am gleichen Abend fertiggestellt, und am Sonntagmorgen hatte die DPA die Geschichte an alle ihre Medienpartner verteilt.

Die übernahmen und ergänzten sie nach eigenem Gutdünken, verwiesen aber vorsichtshalber auf die Quelle, auf die Nachrichtenagentur (Direkt aus dem dpa-Newskanal). Wir wissen nicht wer den Bericht fertiggestellt hat. Wenn der Korrespondent ein Ungar war, dann hat er mit dieser verleumderischen Falschnachricht ihrem eigenen Land keine guten Dienste erwiesen. Für einen Ungar gehört es sich, Ungarisch zu können,

es gehört sich, Texte zu verstehen und schriftlich wiedergeben zu können, und wenn nach dem Ehrenkodex des Auftraggebers gearbeitet wird, hätten die im deutschsprachigen Ausland lebenden Ungarn nicht sofort laut protestiert.

Sonst in ungarischen Angelegenheiten äußert sich für die DPA gewöhnlich der extrem gegen Orbán eingestellte und zum linksliberalen MÚOSZ und dem ähnlichen „Unabhängigen Medienzentrum“ gute Beziehungen unterhaltende Gregor Mayer.

DPA unterstellt Viktor Orban eine EU-feindliche Haltung

Die DPA interessierte sich nicht sonderlich für die Rede selbst, sie war nur der Aufhänger, ein weiterer Beweis für die EU-feindliche Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten, der in der Lage sei, gegen sein eigenes Volk zu handeln, weil – wie es in dem Artikel heißt – die große Mehrheit der Ungarn zur EU-Mitgliedschaft steht. Man interessierte sich nicht für die Rede selbst, sondern nur für das, was sich daraus ableiten lässt, um im Voraus das für den 16. Februar erwartete Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Union zu rechtfertigen, das darüber entscheiden wird, ob politische und ideologische Bedingungen an die Auszahlung der den Mitgliedstaaten zugewiesenen Finanzmittel geknüpft werden können.

Die global-zentralistisch vernetzten Richter zerbrechen sich ihre Köpfe nicht über das Urteil, es ist schon lange fertig.

Dieses Unrecht und die Ungerechtigkeit vom breiten Publikum akzeptieren zu lassen, dazu diene dieses Medienspektakel.

Die neuesten Fakenews gegen die Ungarn, gegen Viktor Orbán persönlich, um genau zu sein.

Der Petry-Fall als Beispiel

Die nächste Phase in unserem gerechten Krieg gegen die deutschen Medien könnte eingeleitet werden, wenn der ungarische Staat oder ein mutiger, unternehmungslustiger Anwalt die DPA wegen Fakenews verklagen würde, wie es Zsolt Petry, der Torwarttrainer, im letzten Frühjahr getan hatte. Damals lief in ganz Europa die Regenbogenfamilienkampagne und der ungarische Nationaltorwart Péter Gulácsi (der in Leipzig Fußball spielt) warb mit einem auf seine Handfläche gemalten Symbol für diese sensibilisierende, politisch motivierte Kampagne. Wir erinnern uns, dass Petry in einem Interview mit der Zeitung „Magyar Nemzet“ in Ungarn Gulácsi verteidigte und sagte, er habe lediglich seine Meinung zu einem Thema geäußert. „Was Péter dazu veranlasst haben könnte, sich für Homosexuelle, Transvestiten und Menschen anderer Geschlechtsidentitäten einzusetzen, weiß ich nicht. An seiner Stelle hätte ich die Emotionen sicher nicht geschürt.“ sagte er der Zeitung wortwörtlich,

was der DPA-Korrespondent dann leicht umgedeutet hatte, gerade nur so viel, dass der Berliner Sportverein des Torwarttrainers ihn sofort mit der Begründung entlassen hatte:

„Petry äußerte sich fremden- und einwanderungsfeindlich und missbilligte, dass Gulácsi für Leipzig spielt, für einen Verein, der die Homo-Ehe unterstützt.“ Petry verklagte die deutsche Nachrichtenagentur wegen übler Nachrede und falscher Tatsachenbehauptung und er gewann in erster Instanz vor einem Frankfurter Gericht.

Im Rahmen des Urteils wurden alle DPA-Medienpartner angewiesen, Artikel, welche Petry diffamieren, von ihren Online-Plattformen zu entfernen.

Protestschreiben von Lesern an die deutschen Medien, an die falsche Nachrichten verbreitenden lokalen oder überregionalen Zeitungen, bringen nicht viel. Sie werden sich niemals entschuldigen, denn Nachrichten sind heilig, Meinungen sind frei. Sie können mal gnädigerweise durchaus einige Zeilen, wenn sie ihrem eigenen Geschmack entsprechen, als Leserbriefe veröffentlichen, aber meistens landen solche Briefe im Papierkorb. Und der gefälschte Bericht kursiert unauslöschbar noch Jahre später als Beweisstück im Internet. Denn wer erinnert sich schon daran, wie die Wahrheit wirklich gewesen ist?

Wir könnten ab sofort in die nächste Phase unseres gerechten Krieges gegen die deutschen Medien eintreten.

Der Artikel erschien auf [Magyar Hirlap](#) durch Dr. Irén Rab (Kulturhistorikerin) sowie auf [ungarnreal.de](#), den Blog für Auslandsungarn und an Ungarn Interessierten.

Deutsche Übersetzung von Dr. Andrea Martin

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Besuch des brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro in Budapest

20. 02. 2022



Ungarn/Brasilien | Nachdem er am Vortag den russischen Präsidenten Wladimir Putin im Kreml getroffen hatte, stattete der brasilianische Präsident Jair Bolsonaro am Donnerstag, den 17. Februar, Budapest einen offiziellen Besuch ab – das erste Mal für ein brasilianisches

Staatsoberhaupt -, bei dem er mit seinem ungarischen Amtskollegen János Áder und [Premierminister Viktor Orbán zusammentraf](#).

„Die Familie besteht aus einem Mann und einer Frau“

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im Anschluss an ihre Gespräche, bei denen sie unter anderem Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit in den Bereichen Verteidigung (Ungarn), humanitäre Hilfe (Unterstützung verfolgter christlicher Gemeinschaften in Afrika) sowie Wasser- und Abwasserwirtschaft unterzeichneten, erinnerte Viktor Orbán – der viele Ansichten mit dem brasilianischen Staatschef teilt – insbesondere an ihr gemeinsames Eintreten für die traditionelle Familie:

„Ein Mann und eine Frau bilden eine Familie, und wir werden auf allen Ebenen unser Bestes tun, damit dieses Konzept nicht relativiert wird“.

„Koalition der Gesunden“

Er betonte auch ihre Übereinstimmung in der Migrationsfrage: „Wir haben denselben Ansatz zur Migration. [...]

Es gibt immer noch einige von uns – was wir eine Koalition der Gesunden nennen -, die nicht wollen, dass sich die Welt wegen der Migration verändert“.

Der brasilianische Präsident betonte seinerseits die Bedeutung der magyrisch-brasilianischen Beziehungen: „Wir haben nur sehr wenig Zeit in Ungarn verbracht, aber das wird einen enormen Einfluss auf unsere Nationen haben“. Der ungarische Premierminister kündigte unter anderem an, dass Brasilien bereit sei, ungarische Investitionen zu empfangen, wofür das Pharmaunternehmen Richter das erste Beispiel sei, wie er betonte. Jari Bolsonaro bezeichnete Ungarn als „kleinen großen Bruder“: klein von der Größe her, aber weit voraus bei der Verteidigung gemeinsamer Werte.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

11) Ungarischer Block-Oppositionsführer: „Wir vertreten Faschisten und Kommunisten“ – Negerwitze

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

19. 02. 2022



Dav

Mittlerweile erhält ein landesweit kolportiertes, böses Gerücht neue Nahrung: Dass nämlich der Anführer der links-rechten Regenbogen-Koalition, Péter Márki-Zay, ein bezahlter Polit-Agent von Viktor Orban wäre... Weil er mit laufenden Skandal-Polit-Aussagen die eigene Block-Opposition diskreditiert...

„Die Liberalen, die Kommunisten, die Konservativen und die Faschisten, das vertreten wir getrennt im Bündnis. Jeder kann sein eigenes Weltbild haben.“ (Márki-Zay auf einem Straßenforum, 12.2.2022). Alles in allem also eine richtige Koalition des Regenbogens, der sich bald in Luft auflösen könnte... (Hier zum link seiner Rede [hirado](#))

Während der Rede war auch Ádám Steinmetz, ein Abgeordneter der ultra-rechten Jobbik-Partei anwesend. – Wobei böse Stimmen immer schon behauptet hatten, dass auch die Jobbik eine Politschöpfung aus der Hexenküche von George Soros gewesen sein soll...

Marki Zay entschuldigt sich wieder zum x-ten Male

Auf Nachfrage eines Fernseh-Reporters an den linken Kandidaten für das Amt des Premierministers, wer denn diese Faschisten wären, stotterte Péter Márki-Zay dann erneut von einem „Missverständnis“.

In einer Erklärung auf seiner Social-Media-Seite erklärte der links-rechte Rainbow-politiker: Er habe „die Arbeiterpartei und unser Land“ gemeint, als er über Kommunisten und Faschisten sprach. – Erst vor kurzem schlug eine gehbehinderte Mindestrentnerin dem Block-Kandidaten während einer Wahlveranstaltung ins Gesicht: Hatte er doch alle politischen Gegner als „behindert“ diskriminiert... ([UM berichtete](#))

Natürlich schweigen die internationalen Zensur-Medien diese skandalöse Aussage zu Tode...

10.000 Ungarn in der Slowakei sind „Post-Zombies“

Doch gleich darauf legte Marki-Zay wieder los: Indem er all jene Ungarn, die von ihrem Wahlrecht als Auslandsungarn Gebrauch gemacht hatten, als „Post-Zombis“ beschimpfte. – Die Reaktion der „Slowakischen Ungarischen Jugendvereinigung (SZMISZ) – Die Erneuerung“: „Wir kämpfen hier in der Slowakei für die doppelte Staatsbürgerschaft, während ein Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Ungarn, jene Ungarn mit doppelter Staatsbürgerschaft per Post „Zombies“ und eine „Armee von 10.000 Toten“ nennt. ([Index, msn](#))

Negerwitze am Trianon-National-Gedenktag

Bereits im Juni 2020 hatte sich der Block-Oppositionellen-Kandidat in einer (als Bürgermeister der ostungarischen Stadt Hódmezővásárhely gehaltenen) Rede eine andere „Schande“ geleistet: „Indem er an Michael Jackson im Zusammenhang mit Trianon erinnerte. Es ist eine Schande, dass der Bürgermeister aus dieser nationalen Tragödie einen Witz macht“.([Facebook](#))

Der Witz ging so:

„In Amerika ist alles möglich, jeder kann alles werden. Und ein Beispiel dafür ist Michael Jackson, der als armer Negerjunge geboren wurde und als reiche weiße Frau starb.“

NACHSATZ: Im Friedensvertrag von Trianon (1920) wurde das Königreich Ungarn geradezu zerstückelt. Verlor es doch dadurch drei Fünftel seines Staatsgebietes und mehr

als 60 Prozent seiner Bevölkerung. Drei Millionen Ungarn gerieten damals unter fremde Oberhoheit. (Hier meine Analyse auf [PhilosophiaPerennis](#))

Der Mini-Gyurcsany-Klon

Im ungarischen Wahlkampf macht gerade dieses Satire-Video Furore...

<https://www.youtube.com/watch?v=RF9s6HexTV0>



NACHSATZ: Der sozialistische Ex-Ministerrpräsident Gyurcsany ging in die Geschichte Ungarns als Lügenpräsident ein, indem er auf einer parteiinternen Rede gestand: „Wir haben das ungarische Volk Tag und Nacht belogen.“ – Damit löste er die größten Volksunruhen nach 1956 aus, die er mit Polizei-Schlägermethoden brutalst niederschlagen ließ: (Hier meine Analyse: [fischundfleisch](#))

Dazu gibt es auch einen Polit-Thriller: „Elkurtuk“

<https://unser-mittleuropa.com/ungarischer-block-oppositionsuehrer-wir-vertreten-faschisten-und-kommunisten-negerwitze/>



„Besser blind als Neger“

Ein Witz geht noch: Auf der eigenen Social-Media-Seite antwortete der Blockparteien-Frontman auf die Frage, wie es sei, blind zu sein: „Stevie Wonder oder Ray Charles sind vielleicht mit Witzen vertraut. Nun, es ist immer noch besser, als ein Neger zu sein.“ ([Index](#))

Soros-Kandidaten dürfen auch auf Politisch-inkorrekt-rassistisch

All das gibt wohl einen Vorgeschmack darauf, was Ungarn mit so einem Soros-Schatten-Kandidaten zu befürchten hätte...

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

12) Ungarischer Ministerpräsident Orbán startet Youtube-Kanal

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

18. 02. 2022



sdr

Zusätzlich zu seinen Facebook- und Instagram-Seiten hat der ungarische Premierminister damit begonnen, [seinen YouTube-Kanal](#) hochzuladen. Zwar war der Kanal schon seit 2013 präsent, aktiviert wurde er aber erst jetzt. Viktor Orbán war bisher schon auf Facebook und Instagram präsent, aber erst jetzt hat er sich auch auf der beliebtesten Video-Sharing-Site aktiviert.

[Orbán Viktor – YouTube](#)

Die Eröffnung des Kanals dürfte wohl eine neue Informationskampagne des Premierministers darstellen, um auch jüngere Wähler für den Wahlgang am 3. April 2022 zu mobilisieren...

Hier der link zum Kampagne-Video: „Ungarn geht nach vorne, nicht zurück.“

<https://www.youtube.com/watch?v=nsRDPuVcWbw>



Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) Orbán's Rede zur Lage der Nation: Orbán kritisiert Brüssel und die Linken

15. 02. 2022



Unsere Wirtschaftspolitik funktioniert, im vergangenen Jahr wuchs das BIP um 7%, sagte Viktor Orbán in seiner Rede zur Lage der Nation am Samstagnachmittag, 12.2.2022, im Burggartenbasar. Er kündigte an, den Preisstopp an den Tankstellen um drei Monate zu verlängern.

Der Ministerpräsident beklagte die instabile Lage in der Region. Der Balkan lasse sich jedoch auf dem Wege eines zügigen EU-Beitritts und mit einem neuen Marshall-Plan, ohne jegliche arroganten Großmachtallüren stabilisieren. „Ein russisch-ukrainischer Krieg muss verhindert werden“, betonte Orbán. Ein Krieg würde eine Flüchtlingswelle aus dem Nachbarland auslösen, die noch jene der Jugoslawien-Kriege übersteige.

Hohe Energiepreise bleiben auf Jahre

Um die Inflation in den Griff zu bekommen, die in den USA seit 40 Jahren nicht erlebte Ausmaße annimmt und in manchen EU-Mitgliedstaaten zweistellig ausfällt, seien außerordentliche Maßnahmen erforderlich. Dazu gehöre das Verhängen von Preisstopps. Dann gab Orbán bekannt, dass die Preise für Benzin und Dieselkraftstoff für weitere drei Monate gedeckelt werden. Die Regierung habe außerdem die Energie- und Zinskosten sowie die Lebensmittelpreise unter Kontrolle genommen.

Spekulanten treiben Energiepreise in die Höhe

Gleichzeitig griff er einmal mehr Brüssel an, das mit dem liberalisierten Energiehandel die Menschen den Spekulanten an den Börsenplätzen ausgeliefert habe. „Die hohen Energiepreise werden deshalb auf Jahre bleiben“, zog der Ministerpräsident die Schlussfolgerung, der seinem Außenminister Péter Szijjártó dafür dankte, noch rechtzeitig einen guten Gasliefervertrag mit den Russen geschlossen zu haben. Die Orbán-Regierung nahm sich 2010 vor, die strategischen Volkswirtschaftszweige zu „magyarisieren“, das ausländische Eigentum bei Banken, Medien und im Energiesektor unter 50% zu drücken. Heute sei das einheimische Eigentum überall in der Mehrheit, dabei besaßen die Ausländer bereits 60, 66 bzw. 71% der Anteile an den besagten Sektoren. (Interessant ist an dieser Stelle, dass Orbán den Einzelhandel als vierten strategischen Sektor nicht erwähnte, wo weiterhin die Multis dominieren.)

Das Schlimmste überstanden

„Die EU hat nur dann eine Zukunft, wenn die Mitgliedstaaten zu Kompromissen imstande sind“, warnte der Ministerpräsident. Er versicherte, für eine geschlossene Gemeinschaft einzutreten.

„Wir erwarten nicht, dass sie uns verstehen, unserer Politik folgen, doch genauso wenig können sie von uns verlangen, ihr Modell zu übernehmen“, stellte Orbán insbesondere mit Blick auf die Außen- und Migrationspolitik der EU klar.

In der Corona-Krise konnte die ungarische Wirtschaftspolitik deshalb erfolgreich sein, weil Ungarn Heilmethoden á la György Matolcsy (Notenbankpräsident) und Mihály Varga (Finanzminister) anwandte. Die Wirtschaft habe die Krise längst überwunden, bei den Staatsschulden stehe Ungarn besser da als Österreich. Die Völkerwanderung leite ein Zeitalter der Pandemien ein, wechselte Orbán zum Thema Coronavirus. SARS-CoV-2 habe Menschenleben gefordert und Arbeitsplätze bedroht. „Es sieht so aus, dass wir das Schlimmste ausgestanden haben“, meinte er mit Blick auf die Impfungen und die sonstigen Abwehrmaßnahmen. Ungarn habe seine Gesundheits- und Pharmaindustrie auf die Abwehr von Pandemien eingestellt. Es könne sich bei Masken und Beatmungsgeräten autark versorgen und werde auch bald eigene Impfstoffe herstellen – das in Debrecen für 55 Mrd. Forint entstehende Nationale Impfstoffwerk wird noch in diesem Jahr fertiggestellt.

Strategische Fehler der EU im Umgang mit Moskau

Ungarn wurde nicht nur durch das Coronavirus, sondern auch durch die Linke attackiert, in der Hoffnung, die Regierung zu stürzen.“ „Weder Berlin noch Brüssel kann eine Balkan-Politik gegen die Ungarn machen, und schon gar nicht ohne uns.“

„Die Brüsseler Sanktionen gegen Russland führen in die Sackgasse. Europa wird ohne wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Russen blutarm bleiben, sie an die Chinesen weiterzuleiten ist ein strategischer Fehler. [...] Sicherheit ist nie eine Frage der Freundschaft, sondern der Stärke. Ungarn braucht den Abstand zu Russland, den eine unabhängige und lebensfähige Ukraine zusichert. Europa braucht eine Streitkraft, die sich mit jener Russlands messen kann – ansonsten werden auch weiterhin Amerikaner und Russen über die europäische Sicherheit bestimmen. [...] Der Westen kennt keine Diktatur und hat die Freiheit geerbt. Wir haben in einer Diktatur gelebt und für die Freiheit gekämpft. Im Kalten Krieg behaupteten sich Antikommunismus und Nationalgeist, der Westen aber glaubt, die liberale Demokratie habe gesiegt.“

Dieser Beitrag erschien erstmals in der [Budapester Zeitung](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Hier die [Rede des ungarischen Ministerpräsidenten in englischer Übersetzung](#).

<https://miniszterelnok.hu/prime-minister-viktor-orbans-state-of-the-nation-address-5/>

Prime Minister Viktor Orbán's "State of the Nation" address
source: Cabinet Office of the Prime Minister
12 February 2022, Budapest

Good afternoon, Mr. Speaker, Ladies and Gentlemen.

It has been a long time since we last saw each other, and it is a good feeling to finally be together again. This time last year our usual meeting was cancelled due to the coronavirus pandemic. We are tempted to surrender ourselves to the joy of seeing one another again, but today we have serious matters to discuss – after all, the election is now just fifty days away.

When preparing for a “State of the Nation” address, there are two things one must always be clear about: who one is and what one wants to talk about. So far this has not been a problem for our community. Nor has it been a problem for me personally; because after sixteen years in opposition and sixteen years in government, with five children and five grandchildren, one has gained a clear picture of who one is. All of us gathered here today are distinct individuals, but we all have one thing in common: we are Hungarians with a shared passion for Hungary. Now, however, we have unexpectedly learned from the Left that in this we are mistaken: in fact we are mushrooms. We are mushrooms which are kept in the dark and fed with manure. We have also learned that those of us from outside the capital and from villages are unable to even complete a crossword puzzle properly; and the Left say that by 10 o’clock in the morning we are drunk – and brainwashed, to cap it all. We have also learned that, because we are in Fidesz, we must also be aberrant. We have also learned from the Left that in Fidesz there are Jews – although only a few. But we have learned that there are plenty of gays. The Left has arrived at the following reckoning: too few Jews, and too many gays. It is a mystery how this result came out. I have puzzled over what the Left had said and come to the conclusion that the mushroom analogy must be right. Because you can only come up with such gibberish if you have been eating the wrong kind of mushrooms. But it could also be a strategy, a new political strategy: insulting people to their very core, mocking the disabled, abusing “provincials”, threatening pensioners and disparaging women. Not in living memory have Hungarians been spoken to like this; one cannot believe one’s ears. If this is a strategy, it must have been given a world patent. De Gaulle may have been right: everyone can talk; a leader knows when to be silent. Anyway, this is embarrassing – not a little, a lot. It is even for us, because the Left is what it is, but it is still part of the nation – like the “Ill fate” in our national anthem. But over there on the left they are even more embarrassed: [former Socialist prime minister] Gyula Horn is turning in his grave; Medgyessy [former Socialist prime minister Peter Medgyessy] cannot manage to look people in the eye; the former members of the SZDSZ [a now defunct liberal party] are staring at their shoes in shame. Only Gyurcsány [former Socialist prime minister Ferenc Gyurcsány] and Bajnai [former prime minister Gordon Bajnai] are unabashed; after all, they are the ones who landed the country with this whole pantomime. They brought it to the stage as a distraction, so that it would not be so obvious that they are preparing for a comeback. This would be the great team running Hungary: Gyurcsány and Bajnai, the leaders of Hungary’s most corrupt government, reinforced by the addition of a mushroom expert. This is what the Left is offering Hungary. One does not know whether to laugh or cry.

The only question left now, Dear Friends, is what I will talk about today. A child comes home from church.

“What happened?” his parents ask.

“The usual: the priest talked.”

“What did he talk about?”

“About sin.”

“And what did he say?”

“He said he’s against it.”

This is how I feel about what I have to say this afternoon. Just the usual: “Hungary must go forward, not back.” But what is forward and what is back? It seems simple, but what really is forward and what is back? Well, this is what I am going to talk about today.

Ladies and Gentlemen,

You have also lived through two difficult years: a global pandemic; waves of mass migration; an energy crisis; the imperialist tantrums of Brussels; the chill breath of the Cold War on the back of our necks; and the ominous shadow of war hanging over Eastern and Central Europe. It was in this situation that we had to organise our defence against the coronavirus. It was in this situation that we had to relaunch the economy, replace the jobs that had been lost, and provide support and a lifeline for young people, families and the elderly. All that would be a lot to get through if they were just scoops of ice cream, let alone governmental tasks. For their superhuman work, thanks are due to doctors, nurses, paramedics, organisers of the vaccination campaigns, and the members of the Operational Group. Thanks are due to President János Áder and his wife for the work they are doing to help children orphaned by the pandemic. Thank you for this, thank you Mr. President!

My Friends,

A pandemic that comes out of nowhere like this is also a kind of “stress test”. It puts us all under pressure: it pressure tests countries’ political systems and economies. As you have seen, the Hungarian state has withstood the test. Parliament has continued its work throughout all this, giving the Government the room for manoeuvre and the means to mount a successful defence operation, while monitoring the situation. The disease control authorities, the hospitals and the often unjustly maligned and underrated Hungarian health service have performed outstandingly well, and we have seen coordinated, swift and disciplined work from state administration, the police and the military. The Government has remained united and calm, and the country’s ability to act has never been in jeopardy. In other words, the new constitutional system of governance introduced in 2011 has passed the test. In Europe, one coalition after another has fallen apart, rule changes have been so frequent that they have been impossible to keep track of, and thousands of protesters have been subdued through force of arms. Slowly but surely, people’s trust has evaporated. Nothing like that has happened here. Here in Hungary we have managed to maintain – and even strengthen – public confidence, because the majority of people think that Hungary has defended itself well. We also need to talk about this, because in truth Hungary has been attacked not only by the virus but also by the Left, in the hope of bringing down the Government. When tighter restrictions were needed, they demanded the lifting of restrictions; when restrictions needed to be lifted, they demanded that they be tightened. They shouted about dictatorship; they launched smear campaigns for foreign consumption; they spread fake videos, fake news and scare stories.

My Friends,

This is gross irresponsibility – or even more than that. Let us not shy away from using strong words. In a deadly global pandemic, exploiting the fear of millions of families to bring down a government is indefensible in any court of justice. The time will come for two verdicts: one on 3 April; the other as decreed by the Good Lord above.

Ladies and Gentlemen,

Since 2010 we have not only reorganised the state, but we have also built a new Hungarian economy. In 2010 we decided to give people jobs instead of welfare handouts: there is a job

for whoever wants to work. Despite the pandemic, never since the fall of communism have so many people in Hungary been in work: more than one million more than under the Gyurcsány government. What is more, the standard of their work is high, because we need to competitively produce goods and services that can be sold on international markets. This is vital, because we have built an economy based on the sale of these products abroad: an economy based on exports. Last year we managed to break another awe-inspiring record: Hungary's export performance rose to 119 billion euros. To put this in perspective, in terms of population we are 95th in the world, but our export performance is in 34th place. And in terms of exports per capita we are now 27th. Let us savour that.

In 2010 we decided to achieve majority Hungarian ownership in key sectors. So we have reduced foreign ownership to below 50 per cent in the banking system, in the media and in the energy sector. Let us remind everyone that in banking our starting point was 60 per cent, in the media 66 per cent, and in energy 71 per cent; but now in all these areas Hungarian ownership is in the majority. This is no small matter. Even during the coronavirus pandemic, we were able to keep what we had brought into Hungarian hands – and we even continued to take back key companies. This time it was the turn of the gas and electricity companies in Transdanubia. The areas of the Hungarian “kuruc” insurgency are free; now for Pannonia! Crisis or no crisis, we have continued – and even boosted – foreign investment by Hungarian capital. Perhaps you will recall that earlier we decided that the amount of profit taken out of Hungary by foreign companies operating here should be matched by the profit brought home by Hungarian companies operating abroad. This is the way – and the only way – to keep the Hungarian economy in balance. This is still a long way off, but during the pandemic we did not turn back: we went forward, not back. MOL is expanding: it has also bought 417 petrol stations in Poland. OTP is present everywhere in the Balkans. In Indonesia, a country of 270 million people, a Hungarian company is poised to build a road toll system. In the Czech Republic, MVM is supplying energy to 1.6 million consumers. There is already a Hungarian poultry processing plant in Vietnam, a livestock feed mill and rubberised asphalt plant in Russia, and Hungarian-owned telecoms companies in Albania and Montenegro. Go, Hungary!

These are no small achievements, but I think that in the crisis the Hungarian economy's greatest feat was ensuring that during the pandemic families did not need to make drastic cutbacks. On the contrary, tax exemption for the under-25s has come into effect, families can now receive their income tax refunds, and the thirteenth month's pension has just been delivered. The thirteenth month's pension is not simply a show of bravura, but also a true act of reparation: we are giving back what was taken away by the Gyurcsány-Bajnai government. For twelve years the country has worked to make amends for the historic crime committed by the Left. Let us appreciate its significance. Hungarians beyond the borders have also come to realise that they belong with us not only in fair weather, but also in times of trouble. We have also continued their programmes: across the borders we have built 170 new kindergartens and renovated 790. Go, Hungarians!

And, as we have always done since 2010, during the crisis we have trodden our own path; in relaunching the economy we have used the Matolcsy/Varga remedy, not the prescriptions from Brussels. We did not slam on the brakes and we did not make for the safety lane: we bravely overtook on the bend. We took risks. The degree of risk was not small – but you know that in truth it never is. In economic policy, sooner or later those in the “safety first” camp always end up at the back of the field. It is like riding a bike: if you stop pedalling, it falls over. Well, it did not fall over: in 2021 we grew by 7 per cent, and we have more than made up for the downturn of the pandemic. However dry it may be, Ladies and Gentlemen, in an annual review one has to speak the language of numbers. We have managed to keep state debt below 80 per cent, and by the end of the year we will have brought it down to 77

per cent. Meanwhile France's state debt has risen to 115 per cent, Spain's to 120 per cent and Italy's to 154 per cent. And something has happened that few people thought possible – I certainly did not think so: Austria's public debt has overtaken that of Hungary. Despite the pandemic, in 2022 the minimum wage will rise by 20 per cent and taxes on labour will fall by 4 per cent. We have concluded a comprehensive national agreement involving the trade unions, the employers and the Government. And it involved Parliament, which voted in favour of it – except, of course, for the Left, who have not voted in favour of anything. I ask you to remember on election day that the Left did not vote for the coronavirus law as the basis for the defence operation. They did not vote for the debt moratorium. They did not vote for the increase in the minimum wage. They did not vote for the family tax refund. They did not vote for tax exemption for under-25s. And they did not vote for tax cuts. And I hope that in the election the electorate does not vote them into power. Please also remember that the governments of Gyurcsány and Bajnai took a very different path from the one we have taken. They went backwards: they took away the thirteenth month's pension; they took away one month's salary and one year's childcare; they abolished the home creation programme; they abolished tax relief for families; they introduced co-payments in health care; and they doubled the price of electricity and tripled the price of natural gas for households. But they need to continue to pay for all this, and you can submit your bill to them now, on 3 April. To sum up, with both confidence and due modesty we can say that even during the pandemic we did not renounce our goals, and that is why Hungary will emerge from the current crisis in a stronger condition than when it entered it.

Ladies and Gentlemen,

As far as the future is concerned, we face serious questions. Will there be war? Will there be money? Will there be another pandemic? Will there be another wave of migration?

Will there be war? Everyone is talking about this now. The situation is both grim and fragile. You are familiar with the map of the region, and know that Hungary is surrounded by unstable regions: the Western Balkans and Ukraine. In the Balkans we can find the big boys: the United States, the European Union, Russia and the Turks. And all this on our borders. Let us not forget that Bosnia is 70 kilometres from Hungary's southern border, and there are still 665 Hungarian soldiers stationed in the Balkans. The recipe for reconciliation and reassurance in the Balkans is simple: rapid EU membership, reconciliation with Serbia and an EU Marshall Plan. It is a pity that this is not happening. Hungary has grown stronger in recent years. This is why I say to you that we shall not sit back and allow wrongheaded great power politics to cause damage in our neighbourhood. Neither Berlin nor Brussels will be able to pursue Balkan policies to the detriment of the Hungarians, and they will not even be able to pursue their policies without us. We shall not accept decisions from Brussels that run counter to Hungary's interests. And since Hungary's interests lie in peace, economic development and the integration of the region into the European Union, there shall be no room for sanctions, punitive measures, lectures or any other kind of arrogance from the great powers. We must not talk about the Balkans, but with the Balkans. And we must act together with them. The Balkans are infinitely complicated, as they have always been; but there is the possibility of a peaceful settlement that is acceptable to all. More pressing, however, is the conflict between Russia and Ukraine. Here too, Hungary's interests are clear: first and foremost, war must be avoided. This is dictated not only by humanity, but also by Hungarian interests. Just think: in the event of war, refugees would arrive from Ukraine in their hundreds of thousands – even millions; and this would fundamentally redraw Hungary's political and economic situation. Think back to the 1990s, when tens of thousands of people arrived from the former Yugoslav territories. That was not easy either – but many more would come from Ukraine, probably with no hope of return. We are working for peace,

but of course the designated state bodies have begun to prepare. We also have a playbook and an action plan in the event of war.

Ladies and Gentlemen,

Hungary's size and military and economic strength do not enable it to exert decisive – or even considerable – influence on relations between the European Union, the West and Russia. But this is no excuse for inaction. We are playing with our cards face up on the table, never hiding our view of Brussels' strategy as a failure, and the sanctions against Russia as a dead end. I am convinced that without economic cooperation with Russia, Europe will remain weak and anaemic. It would be a strategic mistake to turn our backs on cooperation and completely hand over huge economic opportunities to the Chinese. But in recent years I have also come to realise that we cannot change the European Union's foreign policy direction. And so, instead of unnecessary arguments, we have developed and are operating a Hungarian model. We are members of NATO and the European Union, and at the same time we have balanced political and economic relations with Russia. The Hungarian example proves that this is possible.

Ladies and Gentlemen,

East-West tensions, conflicts and war – whether hot or cold – have so far brought Central Europe and Hungary nothing but distress, suffering and heavy losses. It is understandable if we do not want to step into that river again. This is why I undertook a peace mission to Moscow. We need to break the ice of frozen relations and open the way for negotiations. It is true that Hungary does not have a nuclear-powered icebreaker; but we do have an ice axe, and sometimes a crack is enough for some common sense to force its way to the surface. We all benefit from the fact that European leaders are now visiting Moscow in relay. Of course we Hungarians have also learned that security is not a question of friendship, but of strength. From this two things follow. Firstly, there must always be an area of sufficient width and depth between Hungary and Russia. Today this is Ukraine, whose independence and viability are intrinsically in Hungary's direct interest: intrinsically! Secondly, Europe's military strength must be at least comparable to that of Russia's; until it is, the security of the European peoples will be decided not by us Europeans, but by the Americans and the Russians. Therefore Hungary supports the development of European military capabilities and a joint defence force. In this spirit, we have embarked on the construction of a modern Hungarian army and its associated military industry. Unfortunately, we have not yet achieved a breakthrough. The military industry still needs to be linked to the economy, and universities, research institutes and innovation parks need to be involved. And of course we need young people who are ready to serve – and, if necessary, defend – their country. The bonuses we have just paid to police and military personnel is a good expression of our appreciation and a serious recognition by society, but in itself it is not enough. We still have much work to do. We need our own strength, we need our own national army. No one – no ally of ours – will take the place of Hungarians in risking their necks for Hungary. Whether a NATO member or not, no ally in the world will take our place in defending our homeland. Alongside us, with us, they might; but certainly not instead of us. If we are not strong enough, Hungary cannot be safe. Clint Eastwood taught us this: if there is a gun nearby, it is best if we are holding it.

Ladies and Gentlemen,

Will there be money? The "Iron Lady" [Margaret Thatcher] used to say that the problem with socialists is that they are always running out of other people's money. And, indeed, first they use high taxes to take money from those who have earned it. Then they soon spend it, so

they have to take out loans, which they try to pay back with money that they again take from people through even higher taxes. In the end both taxes and debt are sky high, and the economy – crumbling under the weight – is on the floor. Unemployment, austerity, a mountain of debt, the IMF, no money. When the Left is in government, there is no money. This is always how the song ends. Today, however, developments worth many thousands of billions of forints are ongoing, the number of those in poverty and the depth of poverty are falling, and the middle class is strengthening. The minimum wage is now higher than the average wage was under the Gyurcsány and Bajnai governments. So there is money, and there will continue to be if we are able to continue in government. For example, we will spend three times as much on rural development as we have done so far. In a work-based economy, money will come from work: taxes are low, incomes rise, people buy and invest, and it pays to work. We could be running a victory lap if the European economies had not been dented by inflation, by rising prices, which we know swallows up money. In the United States, inflation has reached a 40-year high of 7.5 per cent, and there are EU countries where inflation is already above 10 per cent. This would also be the case here if we were not continuously protecting families. This extraordinary situation has called for extraordinary decisions. So we have not stood idly by and watched prices rip, but have introduced a policy of four caps: a cap on utility prices, a cap on fuel prices, a cap on interest rates and a cap on food prices. Nothing like this has happened in Hungary for thirty years. Today we have the lowest electricity prices in the European Union and the third lowest gas prices. The reductions in household utility bills are working, and now France and Spain are taking our lead and adopting this policy. We have the fifth lowest vehicle fuel prices: today we are paying 480 forints per litre, but without the price cap it would be well above 500 forints. The price cap has worked here, too, so we are extending it by another three months. The interest rate cap protects families with mortgages, and the food price cap helps everyone – but mostly those on low incomes.

Ladies and Gentlemen,

The reductions in household utility bills will reduce inflation by 1.5 per cent, the fuel price cap by 0.5 per cent, and the food price cap by 0.9 percent. According to a recent report just published by the EU, inflation in Hungary will be 5.4 per cent this year and 3.6 per cent next year, but these figures are – and will be – far exceeded by wage increases. So there will be money, because Hungary will continue to work. Family allowances will be maintained, and even extended. We will not give up on making the commitment to have children a financial positive rather than a financial negative. There will be children, there will be money, and we will protect families. This is what we mean by “going forward”!

Ladies and Gentlemen,

But with inflation there is another snag, a speed bump. This is called Brussels. Gas and commodity markets have been liberalised, but no legislation has been developed or introduced in order to reduce wild price fluctuations. This means that they have left Europe at the mercy of financial speculators. This is a serious mistake, because energy prices are responsible for 50 per cent of inflation. We have fought a huge battle to get Brussels to finally declare nuclear energy and natural gas as sustainable sources. In the end we succeeded, but we lost a lot of time, and price formation has already slipped out of the hands of the Brussels bureaucrats. Their actions have been too little too late, and will not solve the crisis that has already emerged. This is why – according to our present state of knowledge – high energy prices will be with us for years to come. Fortunately – or, more precisely, thanks to the resourcefulness and daring of [Foreign Minister] Péter Szijjártó – we have concluded timely and sound gas supply contracts with the Russians. But in Brussels, my friends, the problems are not receding, but growing. Instead of being given a lifejacket, we are now

tethered to a millstone: their prospective introduction of a punitive tax on home and car owners across the whole of Europe. It is absurd that the Member States not only have to battle against high prices, but also against Brussels. The time has come for someone to say the following: Brussels' plan to defend itself against climate destruction by raising energy prices has failed. It has failed because it is wrecking European businesses and European families. It is a dead end. We need a new plan!

Ladies and Gentlemen,

Let us see if there will be more pandemics after this one. Today the world must live with the fact that the age of mass migrations has also become the age of pandemics. The pandemic has gone global, claiming lives, attacking jobs and crippling the world economy. We have not been spared, but at least we have been among the first to wake up. We were the first in Europe to establish an Operational Group. We were among the first to acquire ventilators and prepare hospitals to receive patients in the pandemic. We were among the first to get the vaccines we needed, among the first to vaccinate more than half of the population, and among the first to relaunch the country. Today we seem to be over the worst. In the meantime, we have effected thoroughgoing transformations in the sphere of hospitals: we have rectified doctors' salaries, eliminated gratuity payments, and separated private and state healthcare provision. And we have done all this with the agreement of the Medical Chamber, in peace and harmony, in the middle of a pandemic. Thank you for this! During the pandemic we have already started to develop the domestic healthcare industry, and today we are producing what we need – or could need – in the event of another pandemic: masks, ventilators and medical appliances. Of course, the biggest project is the 55-billion-forint vaccine factory in Debrecen, which could be up and running by the end of the year.

My Friends,

In a global economy with millions of interconnected strands, no one can guarantee that there will not be a series of new pandemics. But we can guarantee that, if the need arises, the Hungarian healthcare system and pharmaceutical industry will be fully armed to face new pandemics.

Ladies and Gentlemen,

And finally, will there be another wave of migrants at our borders? Not only will there be one, but there already is. Every day hundreds of people are trying to enter Hungary by force. Last year there were 122,000, and in January this year there were more than 12,000. For a while we – and I – hoped that if we could rapidly secure our borders, migrants would accept that it was not worth trying to cross into Hungary. They did not accept that. Whether or not we like it, or are even aware of it, the reason for this may be that – as has been true in the past – Hungary is in fact the border fortress for the interior of Europe, and mainly the territories of Germany. That is where the migrants are heading for. The life of border fortresses has never been easy. So far, we have spent more than 600 billion forints on border protection; 600 billion forints! Before the migrant crisis, we could have pumped this money into the economy, or given it to families. Today we have to spend it on defence. János Hunyadi stopped the Sultan's troops at Nándorfehérvár [present-day Belgrade], and we have stopped George Soros's troops at our southern borders. But the example of Nándorfehérvár also tells us that on its own a single victory solves nothing, and the road from Nándorfehérvár to Mohács is an easy one. Border defence demands constant readiness, tenacity and perseverance. It is hard work, very hard work. In addition, we have to keep watching out behind us, because we cannot feel secure with Brussels. Gathering there are the agents of George Soros, the Judases who would do anything for their thirty pieces of silver, the horde

of pen pushers, experts and advisors who see nation states as the enemy – or at least as a historical remnant to be discarded. And of course alongside them are the wolves of global capital, which sniff out money in everything, including migration. They are all working to make us accept the invasion – the flooding of Europe – as a natural state of affairs, and as an inexorable historical necessity. In some places they have already succeeded. The Italian border is as leaky as a pasta strainer. The French are just managing to keep their heads above the water. And, with noble simplicity, the Germans have declared themselves to be a country of immigrants. Afghanistan has been abandoned, and Africa has a massive level of overpopulation – the waves of which could spill across the Mediterranean at any moment. Christian Europe is in deep trouble, because of its own internal weaknesses and external shocks. It seems – and this is also how I see it – that Western Christianity in Europe can no longer stand on its own feet. Without the Orthodox world, without an alliance with Eastern Christians, we will be unlikely to survive the coming decades. *Ceterum censeo*, Europe needs the peoples of the Balkans.

My Friends,

Please keep in mind that the Hungarian lines of defence will only remain on the border for as long as we are in government. Gyurcsány et al have made their position clear: “The migrants are not hurting anyone, and in a generation or two they would become Hungarians too; so the important thing is for those who come here to feel at home.” If we allow pro-migrant Brussels bureaucrats to assist into government the ridiculous and dangerous players in the Gyurcsány Show, they will open the borders. And once they have let them in, that act cannot be undone. We will have such an “open society” that even our grandchildren will groan under it – if they are still here at all.

Ladies and Gentlemen,

Here it is also perhaps worth talking about why we are on a different wavelength from the Brussels and Western European intellectual caste, their experts, policymakers and opinion leaders. Because the fact that we are on two different wavelengths is beyond doubt: we think differently from each other about Europe’s precious legacy of tradition; we think differently about the future of nations and nation states; we think differently about globalisation; and now we think differently about the family – and have even come to think differently about the binary structure of society, based on women and men. And because this is so, and indeed it is so, we inevitably envisage and aspire to a different future for ourselves and our children. And I want to make it clear that on this we shall not yield. On 3 April we shall defend our children in a referendum: a father is a man, a mother is a woman, and hands off our children!

I am not looking for your sympathy, but the truth is that in my work I have been dealing with them for thirty years. My personal observation is that amidst the differences between us, deep down our experience of the end of the Cold War – and therefore our understanding of it – has been completely different from that of the Western countries that were not invaded by the Soviets. Those countries include America. This is fundamental. The point is that they did not live under dictatorships, and their freedom – as [Sándor] Márai put it – is inherited. We, however, lived under dictatorship. Freedom was not given to us: we fought for it. We do not downplay the West’s contribution, but to us it is as clear as day that the Cold War was won by the Poles, the Czechs, the Hungarians, the Germans, the Bulgarians, the Romanians, the Estonians, the Latvians and the Lithuanians: it was won by us. We all know that anti-communism and the concept of the nation won the Cold War by restoring nation states. Our stance is that the nation triumphed over class, that faith in God triumphed over atheism, and that private property triumphed over property owned by the socialist state.

Their stance is completely different. They think that it was their liberal democracy that triumphed over communism. The focus of their thinking was not – and is not – nation states, but a globalised world controlled by global organisations, institutions and networks, and bound together by grids of global trade and technological communication. Therefore they sincerely view George Soros as their hero – and of course the pocket money to be picked up is not bad either. This is one of the reasons for our inability to reach agreement on the questions of democracy and the rule of law. We all know that we live in a constitutional system under the rule of law, which is clearly laid down and protected by the Fundamental Law of Hungary. For them, the rule of law is a tool with which they can mould us in their image. Therefore they are not interested in the facts, nor in our arguments. They are now fighting a holy war: a rule-of-law jihad. And, my friends, words rarely help against jihad. Here we must show strength; so let the Reconquista begin! The situation is the same with democracy: here they see the dismantling of democracy and “backsliding”; we, however, see it in our everyday lives, with elections, referendums, a thriving left-wing media sphere and heated political debate. They are like the woman in the Freudian joke, who flees from the terrifying shadow pursuing her. When the shadow catches up with her, she asks it, in the faint whisper of someone on the verge of death: “What do you want from me?” The shadow replies, “What do I want? It’s you that’s dreaming of me!” So this is how we stand in relation to each other. The truth is that we do not want to become like them; and we can hardly believe that they would want to be like us now – which is how they once were themselves. There is no point in denying our differences. In the Western world this debate is unavoidable. It is of course an important debate, but it is not the most important question. The most important question is whether we want to stay together – especially here in Europe, because the European Union only has a future if we can stay together in spite of our growing cultural estrangement. For our part, we want to keep the European Union together, and this is why we have repeatedly offered Brussels and Berlin paths towards tolerance. We do not expect them to adopt and elevate to European level Hungary’s migrant policy, our family policy or our policy on foreign affairs and Hungarian minorities beyond our borders. Yet at the same time they cannot demand that we adopt their policies either. There is no other solution but tolerance. Only in this way can we find a common path; and the EU also must go forward, not back.

Ladies and Gentlemen,

This is how things stand in the winter of 2022, fifty days before the Hungarian election. As we can see, the stakes in the election are enormous, and for the Hungarian nation this is a matter of life and death. Yet we would like to have an election that is not a matter of life and death, but simply about electing a good government! Unfortunately this is not possible now. This election is still about Gyurcsány and Bajnai wanting to return. Yesterday Ferenc Gyurcsány announced that they are ready to return. And if he returns, he will take us back to where we have already been, and where not a single cell in our bodies wants us to be. Do not forget the disappointment of the people of Budapest under their new left-wing leadership. After nine years in opposition, they were given a chance to show what they could do. Moreover, the Government has been initiating developments in the capital far greater than could be expected from our country’s resources. Yet in Budapest we see chaos, dirt, homelessness, traffic congestion, corruption, incompetent leaders, grandstanding and laziness. Gyurcsány’s people are in the cashier’s office, while Bajnai is quietly running the system for paying out commissions. And two years of botched left-wing city governance has been enough to achieve all this. Everyone can see that they are going back, not forward. Of course it is also true that when the sun is shining and the wind is fair, even a drunken captain can steer the ship. In calm winds it is enough to be tall and thin, and have a penchant for getting up late. But believe me, in strong swirling winds, when a storm is threatening, you need a good seafarer. We may have weather-beaten skin, furrowed cheeks, a rough

handshake, manners not always in line with court etiquette, and movements not exactly suited to ballet; but sailing is our passion, and – above all else – we love the ship we are charged with. We know the waves and we respect the sea. We have seen huge storms, we have steered in mighty winds, and, most importantly, we know where we want to go. It is written here in front of me: “Forward, not back!”

My Friends,

The Left is now coming up with the nonsense that those who join them will be leaving their lives behind them, as Christ’s disciples left their fishing nets. Please note, this is the umpteenth leftist candidate for the role of redeemer. I remember that this is how Ferenc Gyurcsány started out. But he reminds me more of a fraudulent TV faith healer who promises you a cure for your ills, but in the end only offers you a discounted three-pack of DVDs. And when you have been taken in by all the bunkum and bought everything on offer, he takes your money and makes off to the Bahamas. You are left with no cure, empty pockets, and a bunch of cheesy DVDs.

My Friends,

For the fourth time since 2010, they are trying to sell us the tale of a transformed and renewed, reconstituted and reorganised Left. I am sure that the stomachs of Hungarians will not stand for this on the fourth occasion either. However tough the communist class warriors are, and however advanced their cloning technology is, I confess to hoping that if we defeat them now they will not be able to clone enough Mini-Me Feris [Gyurcsánys] to even take up the challenge again. We know who we are up against. We will soon be able to address every one of Uncle Georgie’s paratroopers by hand. And neither is this the first time that the mercenaries from Brussels have been deployed against us; we know how to chase them off the battlefield. But now we should not be focusing on them, but on our own camp. My friends, we have never been as strong, organised and determined as we are now. Let us roll up our sleeves and finish the job. Saddle up, the campaign has begun. The time has come for us to ride out.

Look to our coming on the fiftieth day. Look to the right!

God above us all, Hungary before all else! Go Hungary, go Hungarians!

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Slowenien (Seiten A 148 bis A 153)

14) Slowenischer Premier Janša in Lendava: Slowenien und Ungarn werden gute Beziehungen ausbauen

22. 02. 2022



foto: Posnetek zaslona

Premierminister Janez Janša traf in Lendava mit dem ungarischen Premierminister Viktor Orbán zusammen. Hauptereignis des Treffens war die Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung Ungarns über die Zusammenarbeit bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des ethnisch gemischten Gebiets auf beiden Seiten der slowenisch-ungarischen Grenze. Bei dieser Gelegenheit unterzeichneten die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Sport der Republik Slowenien, Dr. Simona Kustec, und der stellvertretende Außen- und Handelsminister Ungarns, Levente Magyar, das Programm für die Zusammenarbeit in Bildung, Kultur und Wissenschaft zwischen der Regierung der Republik Slowenien und der Regierung Ungarns für den Zeitraum 2022–2025.

Bei einem Arbeitstreffen vor der Unterzeichnungszeremonie erörterten die beiden Premierminister den Stand der bilateralen Beziehungen. Die beiden Länder führen einen intensiven Dialog auf allen Ebenen, was insbesondere beim Treffen der Regierungsteams am 15. September 2021 in Celje zum Ausdruck kam, und auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit wird verstärkt, da Ungarn der siebtgrößte Außenhandelspartner der Republik Slowenien ist. Besonderes Augenmerk wurde bei den Gesprächen auf die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der ethnisch gemischten Gebiete auf beiden Seiten der Grenze gelegt.

Seit 2017 führt die Republik Slowenien Entwicklungsprogramme im Gebiet der ungarischen Volksgruppe durch, während Ungarn im Jahr 2020 ein Entwicklungsprogramm im Gebiet der slowenischen Volksgruppe in der Region Rheinland-Porubien gestartet hat. Die unterzeichnete Vereinbarung wird zu einem Entwicklungsprogramm führen, das zusätzliche finanzielle Mittel für den Zeitraum 2022–2026 bereitstellt, um die Defizite sowohl bei der

wirtschaftlichen Entwicklung als auch bei der Gewährleistung eines angemessenen Umfelds für das Funktionieren von Medien-, Kultur- und Bildungseinrichtungen für Minderheiten zu beheben. Darin betont die Regierung der Republik Slowenien die Notwendigkeit, die materiellen Bedingungen für das Funktionieren der slowenischen Volksgruppe in der Region Porabje zu verbessern, mit besonderem Augenmerk auf die jüngeren Generationen und auf die Schaffung von Möglichkeiten für die Bewahrung der Sprache und Kultur der Volksgruppe sowie von Geschäfts- und Beschäftigungsmöglichkeiten im lokalen Umfeld.

Fortführung der guten bilateralen Beziehungen

Am Vormittag traf Premierminister Janša mit dem Bürgermeister von Lendava, Janez Magyar, im Rathaus von Lendava zusammen, wo sie einige aktuelle Themen erörterten. Auf das Treffen zwischen den beiden Premierministern und ihren Delegationen, das ebenfalls im Rathaus von Lendava stattfand, folgten eine Unterzeichnungszeremonie und eine Pressekonferenz zwischen den beiden Premierministern.

„Vor fast genau dreißig Jahren, im November 1992, unterzeichneten Slowenien und Ungarn ein Abkommen über den Schutz und die Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze. Dies war das erste Abkommen dieser Art, das Slowenien mit einem seiner Nachbarn unterzeichnete, und heute, fast dreißig Jahre später, bin ich sehr froh und glücklich, dass wir gerade ein Abkommen unterzeichnen konnten, das auf dem vor 30 Jahren unterzeichneten Abkommen und auf allen anderen Abkommen, die in der Zwischenzeit geschlossen wurden, aufbaut und ein Dokument enthält, die sehr konkret ist und auf deren Grundlage in den nächsten fünf Jahren 5 Millionen Euro für die Entwicklung der Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze investiert werden, und zwar auf der Grundlage der vorgestellten Programme, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Minderheiten und ihrer Organisationen sowohl in Prekmurje als auch im Ruhrgebiet erheblich unterstützen werden“, sagte Ministerpräsident Janez Janša in seinen Eröffnungsbemerkungen. Er dankte allen, die an der Ausarbeitung des Abkommens mitgewirkt und es koordiniert haben. „Wir haben uns bei dem Treffen der beiden Regierungen am 15. September 2021 in Celje darauf geeinigt, dieses Projekt und diese Vereinbarung voranzutreiben. Ich freue mich auch, dass wir heute gemeinsam mit dem ungarischen Ministerpräsidenten, meinen Regierungskollegen und anderen Kollegen auf beiden Seiten festgestellt haben, dass vieles von dem, was wir damals in Celje vereinbart haben, umgesetzt wurde und dass wir konkrete Schritte nach vorne gemacht haben, auch im Hinblick auf die Konnektivität der Energiesysteme beider Länder (u.a. die Übertragungsleitung und der Gasverbund), im Hinblick auf die Infrastrukturprojekte, und dass die Wirtschafts- und Handelskooperation zwischen beiden Ländern in der Zwischenzeit insgesamt gestärkt wurde“, sagte der Ministerpräsident.

Handel auch dank starker Konjunkturmaßnahmen im Aufwind

„Der Anstieg des Handels zwischen Slowenien und Ungarn im letzten Jahr im Vergleich zum Vorjahr beträgt fast 20 %, was zeigt, dass die Wirtschaftsakteure auf beiden Seiten der Grenze Potenziale entdeckt haben, die bisher nicht genutzt wurden“, sagte der Ministerpräsident und fügte hinzu, dass diese Potenziale noch viel größer sind und dass wir sie in Zukunft sehr gerne ausbauen und nutzen werden. „Ungarn ist der siebte Handelspartner Sloweniens, ein Nachbarland, das sich schnell entwickelt, und ein Gewinner bei der Bewältigung der Pandemie“, sagte Ministerpräsident Janez Janša und beglückwünschte den ungarischen Premierminister zum Wirtschaftswachstum von mehr als 7 % im vergangenen Jahr, zur Stärkung der wirtschaftlichen Position Ungarns und zu den bemerkenswerten Erfolgen des Landes bei der Bewältigung der Folgen der Epidemie. „In Anbetracht all dessen können wir unsere wirtschaftliche und sonstige Zusammenarbeit in

Zukunft verstärken, so dass Ungarn nicht nur der siebte Außenhandelspartner Sloweniens ist, sondern auch, weil es ein Nachbarland ist und weil insbesondere wirtschaftliche Beziehungen zwischen Nachbarn doppelt vorteilhaft sind, so dass wir mit den gemeinsamen Anstrengungen, die wir in diese Zusammenarbeit stecken werden, vorankommen können“, sagte Premierminister Janša.

„Ich freue mich sehr über die Unterzeichnung dieses Abkommens über die Zusammenarbeit in den Bereichen allgemeine und berufliche Bildung und Kultur“, fügte der slowenische Premierminister hinzu. Nach seinen Worten stellen die Minderheiten auf beiden Seiten eine sehr wichtige Brücke für diese Zusammenarbeit dar und „auf dieser Basis werden wir auch in Zukunft aufbauen“. „Wir haben auch über die gegenseitige Unterstützung in Bezug auf die internationale Rolle der beiden Länder gesprochen, insbesondere über die Kandidatur für die Präsidentschaft der UN-Generalversammlung und die Kandidatur Sloweniens für einen nicht ständigen Sitz im Sicherheitsrat, sowie über die Herausforderungen, die sich aus einem viel instabileren Umfeld in Europa und der östlichen Nachbarschaft, zum Teil auch auf dem Balkan, ergeben, als dies im September der Fall war, als wir das letzte Mal über diese Situation gesprochen haben“, sagte der Premierminister.

„Wir hoffen, dass es nicht zu einer weiteren Eskalation des Konflikts in der Ukraine und an ihren Grenzen kommt, denn das ist letztlich für niemanden gut, und wir alle werden darunter leiden, vor allem aber, zumindest in der Anfangsphase, die Wirtschaft, und zwar nicht nur die der direkt am Konflikt Beteiligten, sondern auch die der Nachbarländer. Wir gehören beide zu dieser Region, und es ist unser gemeinsamer Wunsch, dass es nicht zu einer Eskalation kommt, dass eine friedliche Lösung gefunden wird, und wir rufen alle auf, die in irgendeiner Weise dazu beitragen können, dies zu tun“, betonte der Premierminister.

Er wies abschließend darauf hin, dass in beiden Ländern im April Wahlen anstehen. „Bei all dem dürfen wir aber nicht die Fragen vergessen, die über die tagespolitischen Entwicklungen hinausgehen. Die wirtschaftliche, kulturelle und sonstige Zusammenarbeit zwischen den beiden befreundeten Nachbarländern ist etwas, das über die Zeit vor den Wahlen hinausgeht und unabhängig von den Ergebnissen dieser Zeit fortgesetzt wird“, betonte Premierminister Janša.

Ministerpräsident Janša dankte dem ungarischen Premierminister auch für die hervorragende Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, als Slowenien den Vorsitz im EU-Rat und Ungarn den Vorsitz im Visegrad-Quartett innehatte. „Einer der ersten Besuche, als Ungarn den Ratsvorsitz übernahm, galt Slowenien, und ich möchte mich für die vielen Themen bedanken, die wir erfolgreich koordiniert haben, und für die vielen Dossiers, die wir abgeschlossen haben“, sagte der Premierminister und dankte auch dem ungarischen Parlamentsabgeordneten Ferenc Horvath, der der Vordenker der heutigen Vereinbarung und der Einrichtung des Fonds war. „Wir vereinbarten mit der Regierung der Republik Italien einen ähnlichen Ansatz und die Einrichtung eines ähnlichen Fonds, wenn es um die Unterstützung von Nationalitäten oder Minderheiten in beiden Ländern geht, so dass das, was wir heute getan haben, auch eine gute Praxis für andere ist“, schloss der Premierminister.

Slowenische Regierung findet eine Lösung für den Verkauf von Tourismuseinrichtungen

Auf der Pressekonferenz unterstrich auch der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban die gute und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern und sagte, dass unsere aufrichtige Freundschaft und Zusammenarbeit uns auch weiterhin zusammenbringen wird. Er sprach auch über einige andere aktuelle Themen, darunter die

Entwicklungen an der ukrainisch-russischen Grenze, die Verschuldung der europäischen Länder und die wirtschaftliche Umstrukturierung zum Nachteil des Westens und zum Vorteil des Ostens. „Dies sind alles große Herausforderungen, auf die wir gemeinsam leichter Antworten finden werden, als wenn jedes Land für sich allein nach Antworten sucht“, sagte der ungarische Ministerpräsident. Viktor Orban hob auch die Rolle des slowenischen Premierministers während des Unabhängigkeitsprozesses hervor und fügte hinzu, dass strategische Fragen in ihren gemeinsamen Gesprächen stets präsent seien.

„Ich denke, wir sehen das Problem ähnlich, und wenn ich mich an die Diskussionen im Europäischen Rat erinnere, dann liegt ein Teil der Gründe neben dem Anstieg der Energiepreise darin, dass wir versuchen, bei einigen Schritten des so genannten grünen Übergangs zu schnell voranzukommen, und hier wird die Europäische Union bei künftigen Entscheidungen das richtige Gleichgewicht finden müssen, Einige dieser Maßnahmen wurden bereits ergriffen, um sicherzustellen, dass der grüne Übergang keine Energiearmut verursacht oder vertieft und dass nicht wieder alles ins Wasser fällt, wie es schon einmal geschehen ist“, sagte der Premierminister auf die Frage eines ungarischen Journalisten zu den Entwicklungen auf den Energiemärkten. Er erinnerte daran, dass Slowenien, als es zum ersten Mal den Vorsitz im EU-Rat und dann im Europäischen Rat im Jahr 2008 innehatte, der grüne Wandel eine Priorität war und ganz oben auf der europäischen Agenda stand, doch dann kam die Wirtschafts- und Finanzkrise und fünf Jahre lang stand das Thema nicht mehr auf der Agenda. „Ich bin froh, dass es jetzt mehr Nüchternheit in diesem Ansatz gibt. Die erste sehr wichtige Entscheidung in diesem Zusammenhang ist der delegierte Rechtsakt der Europäischen Kommission zur Taxonomie, in dem Erdgas und Kernenergie als Teil der Lösung in den grünen Übergang einbezogen werden, denn es ist völlig klar, dass ohne Kernenergie die gesetzten Klimaziele nicht erreicht werden können“, betonte der slowenische Premierminister. „Es gibt eine Reihe konkreter Schritte, die Slowenien unternimmt, um die Energiearmut zu verringern. Gerade heute findet im slowenischen Parlament eine Sitzung statt, in der ein Gesetz erörtert wird, das die Verbraucher von Strom und anderen Energieträgern erheblich entlastet, entweder durch Subventionen für die schwächsten Verbraucher oder durch die Senkung bestimmter Gebühren, wie z. B. der Netzgebühren, so dass die Rechnungen nicht so hoch sind, wie sie es sonst wären und den Lebensstandard der Menschen untergraben und die Energiearmut vertiefen würden“, fügte der Premierminister hinzu.

Auf die Frage der Presse nach der Situation im Thermalbad Lendava und der Frage, ob der Staat sein Vorkaufsrecht ausüben und strategischer Eigentümer von Sava werden sollte, sagte der Premierminister, dass das Thermalbad Lendava heute nicht zur Debatte stehe. „Diese touristische Einrichtung wurde in der vorherigen Amtszeit nicht an die ungarische Regierung, sondern an einen privaten Käufer verkauft, der wahrscheinlich weder damals noch heute etwas von der ungarischen Regierung verlangt hat.“

„Was die Ausübung des Vorkaufsrechts beim Verkauf einer Minderheitsbeteiligung an Sava Hotels betrifft, wenn ein ausländischer Fonds diese Beteiligung an einen anderen Fonds verkauft, so findet derzeit eine Korrespondenzsitzung der Regierung auf der Grundlage eines Vorschlags zur Rekapitalisierung der SDH zu einem Betrag statt, der der SDH die Ausübung ihres Vorkaufsrechts ermöglicht. Ich denke, dass am Abend auch eine Sitzung des Aufsichtsrats der KAD stattfinden wird, da diese zu den Unternehmen gehört, die ebenfalls das Vorkaufsrecht ausüben können, und ich hoffe, dass dort eine ähnliche Entscheidung getroffen wird“, sagte der Premierminister und merkte an, dass das Material für die Korrespondenzsitzung der Regierung neben dem Vorschlag für die Rekapitalisierung auch die Verpflichtung für die SDH enthält, im Falle einer Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse eine forensische Untersuchung der Geschäftstätigkeit dieser Unternehmen und ihrer Tochtergesellschaften in den letzten zehn Jahren durchzuführen.

„Es ist nicht die Absicht des Staates, der größte Hotelier zu werden, wie es nur in Kuba der Fall ist, die Absicht der Regierung ist, wie es auch beim Abschluss der Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck kam, die Eigentumsverhältnisse zu konsolidieren, zu konzentrieren und dann einen strategischen Partner zu finden, der ebenfalls in diese Tourismuskomplexe investiert“, stellte der slowenische Premierminister klar. „Es geht hier nicht um ein paar 10 Millionen für eine Minderheitsbeteiligung, sondern um Hunderte von Millionen, die investiert werden müssen, damit diese touristischen Einrichtungen mit einem wettbewerbsfähigen Angebot ihren Zweck erfüllen können. Was jetzt geschieht, ist der erste Schritt, aber der letzte Schritt ist, einen strategischen Eigentümer auf der Grundlage einer internationalen Ausschreibung oder eines Verfahrens zu finden, das im Einklang mit der slowenischen und europäischen Gesetzgebung steht, und dieser Eigentümer darf kein Finanzfonds sein, der es zu Spekulationszwecken gekauft hat, sondern jemand, der im Tourismusbereich tätig ist“, sagte Premierminister Janez Janša.

Auch die Lage in der Ukraine wird erörtert

Auf die Frage nach den Entwicklungen in der Ukraine sagte der Premierminister, dass nicht nur die jüngsten Entwicklungen, sondern auch die Entwicklungen in der Vergangenheit mit Besorgnis verfolgt würden, und die jüngsten Entwicklungen mit verstärkter Besorgnis. „Wir haben auch auf dem informellen EU-Gipfel viel darüber gesprochen, und mein erster Eindruck ist, dass in Europa völlige Einigkeit darüber herrscht, dass alles getan werden muss, um die Situation zu deeskalieren, d.h. friedliche Lösungen zu suchen, und unter diesem Gesichtspunkt trägt jegliches Säbelrasseln an den Grenzen zur Ukraine nicht dazu bei, sondern bringt uns weiter davon weg“, sagte der Premierminister. Er erinnerte daran, dass er in Brüssel öffentlich gesagt hatte, dass die Eskalation des Konflikts letztlich keine Gewinner haben würde. „Wenn jemand glaubt, er könne einen Krieg gewinnen, lehrt uns die Geschichte, dass die größte Niederlage darin besteht, die falschen Kriege oder Schlachten zu gewinnen“, sagte der Premierminister. Er fügte hinzu, dass angesichts des derzeitigen Stands der technologischen Entwicklung, insbesondere im militärischen Bereich, jede Eskalation eines Konflikts keinen Gewinner hervorbringt. „Alle, die mit Waffen umgehen, sollten sich darüber im Klaren sein“, sagte der Premierminister.

„Auf jeden Fall verursacht diese Situation, die sich irgendwo an der Grenze zu einem hybriden Krieg befindet, in dem Cyberangriffe stattfinden, bereits jetzt großen wirtschaftlichen Schaden, der über die Grenzen der Ukraine hinaus auf die Nachbarländer und die EU insgesamt übergreifen wird, insbesondere wenn diese Situation anhält und es zu einer tatsächlichen Aggression kommt“, sagte der slowenische Premierminister. Er fügte hinzu, dass „wir verschiedene begrenzte Möglichkeiten haben, die Situation deeskalierend zu beeinflussen, und wir sind auch in Gesprächen über meinen Besuch in der Ukraine Ende dieser Woche, wenn die Situation es erlaubt. Wir sprechen auch mit Kollegen aus anderen EU-Mitgliedstaaten über eine Initiative, die zur Deeskalation beitragen könnte, aber sie befindet sich noch in einem sehr frühen Stadium. Wir hoffen, dass wir diese Initiative zum nächsten Schritt führen werden und dass wir nicht von dieser Eskalation, die nach der klassischen Formel abläuft, überholt werden“, sagte Premierminister Janez Janša.

Auf die Frage nach den Beziehungen zwischen den beiden Ländern nach den Wahlen sagte der Premierminister, dass es sich bei den Beziehungen zwischen den beiden Ländern um zwei befreundete Länder handle. „Wir sind beide Mitglieder der NATO, der EU, der OECD, des Schengener Abkommens, und diese Freundschaft und Zusammenarbeit ist nicht von den Wahlergebnissen abhängig und wird es auch nicht sein, aber ich kann sagen, dass die Zusammenarbeit mit dem benachbarten Ungarn in einigen Bereichen, insbesondere beim Minderheitenschutz, in letzter Zeit unvergleichlich besser war als in den ersten 20 Jahren, als wir das Abkommen vor 30 Jahren unterzeichnet haben. In der Amtszeit 2004–2008

hatten wir gemeinsame Kabinettsitzungen, viele Dinge wurden vereinbart, einige wurden umgesetzt, andere nicht. Seit Viktor Orban an der Spitze der ungarischen Regierung steht, hat sich die Hilfe für die slowenische Minderheit im Rheinland versechsfacht, was für sich spricht“, so der Ministerpräsident. Er erinnerte daran, dass die damalige slowenische Regierung bereits während der Migrantenkrise im Jahr 2015 Ungarn für die Errichtung eines Zauns an der Grenze zu Serbien sehr kritisiert hatte. Doch die Worte waren noch nicht ganz getrocknet, als auch Slowenien mit einer Migrantenwelle konfrontiert wurde und die slowenische Regierung, die zuvor so kritisch war, demütig nach Budapest ging und um einen Drahtzaun bat. „Ungarn hat damals geholfen und Slowenien hat es geschafft, die Flut einzudämmen und nicht nur die slowenische Grenze, sondern auch die Schengen-Grenze zu sichern“, sagte der Premierminister und fügte hinzu, dass wir mit Ungarn zusammenarbeiten können. „Ich glaube, dass wir weiterhin in einer Atmosphäre der Freundschaft leben werden, unabhängig von der Farbe der Regierung auf beiden Seiten, aber die Erfahrung lehrt uns, dass wir alles, was wir mit dem ungarischen Premierminister vereinbaren, auch umsetzen“, sagte Premierminister Janez Janša.

Zu guter Letzt fügte der slowenische Ministerpräsident hinzu: „Wir wollen auch in Slowenien gewinnen, und ich glaube, dass wir in der nächsten Legislaturperiode auf allen Vereinbarungen aufbauen werden, die wir heute teilweise getroffen haben.“ „Die beiden Regierungen werden in Zukunft zusammenarbeiten müssen, denn wir befinden uns in der gleichen Region, wir teilen das gleiche Schicksal, aber es ist einfacher, zusammenzuarbeiten, wenn es auf beiden Seiten Regierungen gibt, die ähnliche europäische Werte teilen“, sagte der Premierminister, der hinzufügte, dass „wir ein wenig besorgt über die Koalition sind, die sich gegen die aktuelle Koalition im Nachbarland gestellt hat. Wir sehen einige merkwürdige Beispiele von Nostalgie für Faschismus und Kommunismus. Die Slowenen haben mit beidem schlechte Erfahrungen gemacht, und wir möchten nicht, dass sich beides durchsetzt“, schloss Premierminister Janez Janša.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Serbien (Seiten A 154 bis A 158)

15) Interview mit Aleksandar Djurdjev (Serbien): “Wir sind Vorposten gegen die Islamisierung Europas”

27. 02. 2022



Foto: free-images.com

Der Politiker Aleksandar Djurdjev über das Verhältnis Serbiens zur EU, das Selbstbestimmungsrecht der bosnischen Serben und die doppelten Maßstäbe des Westens

Serbien verhandelt bereits seit acht Jahren mit der EU. Wann wird Serbien bereit sein, Mitglied zu werden?

Aleksandar Djurdjev: Serbien ist schon seit langem bereit, der EU beizutreten, sobald es die meisten der vom offiziellen Brüssel aufgestellten Kriterien erfüllt: Aufbau eines demokratischen Landes, Rechtsstaatlichkeit, Lage der Minderheiten, Kampf gegen Kriminalität und Korruption, Stabilität der Wirtschaft – ich behaupte zu Recht, dass wir nach all diesen Parametern besser auf einen EU-Beitritt vorbereitet sind als Rumänien und Bulgarien im Jahr 2007. Ich denke, wir sollten eher die umgekehrte Frage stellen: Wann wird die EU bereit sein, Serbien aufzunehmen? Es ist offensichtlich, dass das offizielle Brüssel eine besondere, ich würde sagen, vor allem geopolitische und dann historische und kulturelle Beziehung zu Serbien hat. Serbien wird immer noch als Teil der orthodoxen

Zivilisation, als verlängerter Arm Russlands auf dem Balkan wahrgenommen und die Serben als „kleine Russen“. Meiner Meinung nach ist eine solche Haltung eines Teils der EU vereinfachend und schädlich für die Union selbst.

Die Dinge haben sich in letzter Zeit zugunsten der Wahrnehmung Serbiens geändert, seit der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán betont hat, dass Serbien unverzüglich in die EU aufgenommen werden sollte, der tschechische Präsident Miloš Zeman das serbische Volk öffentlich um Vergebung für die NATO-Bombardierung im Jahr 1999 gebeten hat und fünf EU-Mitgliedstaaten den sogenannten Kosovo immer noch nicht anerkannt haben.



#Aleksandar Djurdjev ist Abgeordneter und Präsident der Srpska Liga (Serbische Liga). Der konservative Politiker ist Autor der Bücher „Der Aufstieg der Nation – Die Rückkehr des Staates“, „Serbische Arbeitsethik“ und „Serbische Integration“. (Bild: Facebook/Aleksandar Djurdjev)

In Österreich hören oder lesen wir oft, dass die EU für Serbien und den Westbalkan von besonderer Bedeutung ist. Deshalb stelle ich Ihnen die Gegenfrage: Welche besondere Bedeutung hat Serbien oder der Westbalkan für die EU?

Djurdjev: Serbien hat eine immense geostrategische und geopolitische Bedeutung, da es durch das Morava-Vardar-Tal Mitteleuropa mit der Türkei und dem Nahen Osten verbindet. Das serbische Volk bewohnt den zentralen Teil der Balkanhalbinsel und übt seinen Einfluss in dem weiten Gebiet zwischen der Pannonischen Tiefebene und der Adria aus. Hinzu kommt der Reichtum an zahlreichen natürlichen Ressourcen, von fruchtbaren Ebenen über verschiedene Erze bis hin zu seltenen Metallen wie Lithium, dem Metall der Zukunft, das in Serbien reichlich vorhanden ist. Der westliche Balkan als Ganzes ist besonders wichtig, weil er als eine Art europäischer Vorposten gegen die neue Invasion des Alten Kontinents durch die islamische Zivilisation wieder auftaucht. Viertens wächst die russische und chinesische Präsenz auf dem westlichen Balkan, insbesondere in Serbien, was die EU mit Besorgnis erfüllt und sie zwingt, neue Strategien für dieses Gebiet zu finden. Neben der politischen und wirtschaftlichen Frage stellen Serbien und der westliche Balkan für die EU heute also auch eine große Sicherheitsfrage dar.

Glauben Sie, dass es im Hinblick auf den EU-Beitritt Schwierigkeiten in dem Sinne geben könnte, dass Brüssel von Belgrad die Anerkennung des Kosovo verlangen könnte?

Djurdjev: Brüssel fordert dies ganz offen, aber die Brüsseler Bürokratie steckt in dieser Frage selbst in der Klemme, weil sie keine klar definierte Position hat. Solange die Unabhängigkeit des sogenannten Kosovo nicht von Spanien, der Slowakei, Rumänien, Griechenland und Zypern anerkannt wird, kann ihre Anerkennung nicht als offizieller Standpunkt der gesamten EU angenommen werden. Serbien wird und kann seine südliche

Provinz nicht aufgeben, nicht nur um eines nebelhaften Weges in die EU willen, sondern um jeden Preis, denn dieses Gebiet ist unsere geistige Wiege und hat einen besonderen Platz in der serbischen nationalen Identität. Andererseits ist der Druck Brüssels, der von Washington unterstützt wird, groß und besteht seit 2008, aber die serbische Führung ist sich bewusst, dass die Anerkennung des sogenannten Kosovo eine rote Linie ist, die niemand überschreiten darf. Dies ist schließlich ihre verfassungsmäßige Verpflichtung – den Kosovo und Metohija als integralen Bestandteil Serbiens zu schützen. Ich möchte hinzufügen, dass die EU im Fall der versuchten Abspaltung Kataloniens im Jahr 2017 äußerst heuchlerisch war. Damals haben alle das Völkerrecht und die Achtung der Souveränität und territorialen Integrität Spaniens unterstützt. In diesem Beispiel konnten die Serben wieder einmal spüren, dass mit zweierlei Maß gemessen wird.

Die serbische Führung ist sich bewusst, dass die Anerkennung des Kosovo das Überschreiten einer roten Linie wäre.

Der Krieg in Bosnien und Herzegowina begann vor dreißig Jahren, und heute ist Bosnien und Herzegowina ein mehr oder weniger dysfunktionaler Staat mit starken secessionistischen Tendenzen in der Republika Srpska. Ist es möglich, dass die territoriale Neuordnung nach dem Zerfall Jugoslawiens noch nicht abgeschlossen ist?

Djurdjev: Sie haben Recht, Bosnien und Herzegowina ist ein dysfunktionaler Staat, aber nicht wegen der Serben oder Kroaten, sondern wegen der bosniakischen Moslems, die tagtäglich gegen die Bestimmungen des Dayton-Abkommens verstoßen und auf eine verfassungswidrige Zentralisierung und Vereinheitlichung des Staates hinarbeiten, die in Wirklichkeit eine verdeckte Islamisierung ist. Vergessen Sie nicht, dass der Führer der bosnischen Moslems während des Krieges, Alija Izetbegovic, 1970 die „Islamische Erklärung“ als islamistisch-fundamentalistisches Papier verfasst hat. Wir unterstützen das Daytoner Modell für die Republika Srpska und sind der Meinung, dass die Republika Srpska, wenn ihr die entzogenen Befugnisse nicht zurückgegeben werden, jedes Recht hat, den Weg der friedlichen und demokratischen Unabhängigkeitserklärung und der anschließenden Integration mit Serbien einzuschlagen. Wie Sie sehen können, hat der kollektive Westen nichts dagegen, dass alle Albaner in einem Staat leben wollen, er unterstützt sie sogar in ihrem Vorhaben, aber er verweigert dem serbischen Volk ein solches Recht. Ich bin der Meinung, dass der Zerfall des ehemaligen Jugoslawiens ungerecht war, weil die vom totalitären, undemokratischen kommunistischen Regime gezogenen Grenzen der Republiken beigehalten wurden. Die serbische nationale Frage wurde in den 1990er Jahren sicherlich nicht auf gerechte Weise gelöst und solange sie nicht gelöst ist, können weder der Balkan noch Europa wirklich stabil sein.

Dann wird den bosnischen Serben das Recht auf Selbstbestimmung verweigert? Und behandelt die westliche Welt, d.h. die EU und die USA, sie fair?

Djurdjev: Die Haltung ihnen gegenüber ist sicherlich nicht fair, denn der Westen will, dass sie der Aufhebung des Dayton-Abkommens und der Assimilierung in einem einheitlichen Bosnien und Herzegowina zustimmen, das mehrheitlich muslimisch sein soll. Die Serben in der Republika Srpska haben das Recht auf Selbstbestimmung, weil sie ständig unter Ungerechtigkeiten leiden, was im Völkerrecht als ein Element der Theorie des korrigierenden Rechts anerkannt wird, das die Voraussetzung für die Durchführung eines friedlichen und demokratischen Unabhängigkeitsreferendums erfüllt. Die Sache ist völlig klar: Entweder genießen die Serben in der Republika Srpska die vollen Dayton-Rechte, oder Bosnien und Herzegowina wird früher oder später zerfallen, weil niemand bereit ist, sich zur Geisel einer rückwärtsgewandten Politik des Konflikts, der Drohungen und der Erpressung zu machen, die vom politischen Sarajevo seit Jahren favorisiert wird.

Kroatien verhindert die Rückkehr der vertriebenen Serben und will die verbliebenen Serben assimilieren.

Wie würden Sie die aktuellen Beziehungen zwischen Serbien und seinen ehemaligen Kriegsgegnern Kroatien und Bosnien beschreiben?

Djordjev: Trotz der schmerzhaften historischen Erfahrung behandelt Serbien diese Länder mit größtem Respekt. Wir respektieren die territoriale Integrität und Souveränität beider Länder, und wie reagieren sie darauf? Indem sie den sogenannten Kosovo anerkennen, erklären sie uns zu einem völkermordenden Staat und Volk und fordern ständig Reparationen für irgendeine Art von Kriegsschaden. Die kroatische Minderheit genießt in Serbien volle Rechte und wird rechtlich und finanziell unterstützt. Auf der anderen Seite verhindert Kroatien nicht nur systematisch die Rückkehr der vertriebenen Serben, sondern die verbliebenen Serben leben dort in Angst und unter dem Eindruck der Assimilierung, indem versucht wird, sie zu sogenannten orthodoxen Kroaten zu machen. Auf der anderen Seite lehnt Bosnien und Herzegowina jeden konstruktiven Vorschlag aus Belgrad ab, selbst wenn er sich auf Fragen bezieht, die das Leben der einfachen Menschen betreffen, wie den Bau von Autobahnen, Flughäfen, Wasserkraftwerken usw.

Wie stehen Sie zu dem wachsenden Einfluss Saudi-Arabiens in Bosnien, zumal Saudi-Arabien für seine besonders fundamentalistische Auslegung des Islam bekannt ist?

Djordjev: Dies ist nicht nur ein Problem für Bosnien und Herzegowina oder die Serben, sondern auch für Europa insgesamt. Saudi-Arabien bringt über wahhabitische Organisationen enorme Geldsummen nach Bosnien und Herzegowina, führt aber auch radikale Auslegungen des Islam ein, die zur Schaffung eines islamischen Staates, zu Gewalt und Terror gegen Nicht-Muslime aufrufen. Es genügt, die Existenz ganzer Siedlungen mit Lagern für die Ausbildung von Mudschaheddin zu beobachten, wie z. B. Gornja Maoca bei Brcko, um zu verstehen, womit wir es zu tun haben. Vergessen Sie nicht, dass der sogenannte Kosovo und Bosnien und Herzegowina prozentual die meisten Kämpfer des Islamischen Staates aus Europa stellten und Wien eines der Rekrutierungszentren war, von dem aus sie auf die Schlachtfelder des Nahen Ostens geschickt wurden. Viele von ihnen sind zurückgekehrt und drohen, in ganz Europa Terroranschläge zu verüben.

1999 bombardierte die NATO Serbien und Jugoslawien unter Verletzung des Völkerrechts. Welchen Einfluss hat dieser Krieg auf die aktuellen Beziehungen zwischen Serbien und Ländern wie den USA?

Djordjev: Es war die tragischste Seite der Beziehungen Serbiens zu den Vereinigten Staaten und der westlichen Welt insgesamt. Wie Sie so schön gesagt haben, wurde eine brutale Aggression gegen unser Land gestartet, die gegen das Völkerrecht verstößt. Dennoch wollen wir mit allen auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten, auch mit der westlichen Welt. Es erübrigt sich zu sagen, dass die NATO mit ihrer Intervention im Jahr 1999 den Zorn der Serben und aller Bürger Serbiens provoziert hat und niemals als Friedensbündnis wahrgenommen werden wird. Der russische Präsident Wladimir Putin hat dem französischen Präsidenten Emanuel Macron kürzlich eine angemessene Antwort gegeben: Die NATO ist kein Friedensbündnis, fragen Sie die Menschen in Serbien, was sie darüber denken.

Der Kosovo und Bosnien-Herzegowina stellten prozentual die meisten Kämpfer des Islamischen Staates aus Europa.

Serbien ist ein wichtiger Teil der chinesischen Gürtel- und Straßeninitiative (BRI). Wie sehen Sie das chinesische Engagement in der Region im Allgemeinen?

Djurdjev: In unserer Region, und ich würde sagen, auch im Rest der Welt, arbeitet China nach dem Prinzip der Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen. Ihre Investitionen in Serbien sind strategisch wichtig und tragen zum allgemeinen Wachstum unserer Wirtschaft und zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Gemeinsam mit Russland unterstützt China Serbien in internationalen Organisationen in erheblichem Maße im Kampf um die Wahrung unserer territorialen Integrität und Souveränität. Außerdem schützen die beiden Länder gemeinsam die Republika Srpska vor den Angriffen des sogenannten Hohen Repräsentanten, der von ihnen als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats nicht gewählt wurde und der daher illegal und unrechtmäßig ist. Dies war der erste konkrete politische Schritt Chinas auf europäischem Territorium und zeigte, wie viel Serbien und die Serben für China als verlässliche Partner bedeuten.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [ZUR ZEIT](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

R u s s l a n d (Seiten A 159 - A 191)

01) Fehler im Informationskrieg: Russische Staatsagentur feiert irrtümlich Sieg über die Ukraine



<https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/fehler-informationskrieg-russische-staatsagentur-feiert-irrtuemlich-sieg-ukraine-36649926>
fehler im Informationskrieg: Russische Staatsagentur feiert irrtümlich Sieg über die Ukraine

Aktualisiert am 01.03.2022, 10:45 Uhr

Russische Staatsmedien haben augenscheinlich versehentlich den vermeintlichen Sieg Russlands über die Ukraine verkündet - und die Artikel zum größten Teil wieder gelöscht. Bei der Staatsagentur Ria Nowosti war der Text am Montag nicht mehr zu finden. Bei der Ausgabe der Nachrichtenseite Sputnik für die Ex-Sowjetrepublik Usbekistan war der wohl vorbereitete Kommentar noch nachzulesen. Fotocredit: imago images

02) Putin autorisiert militärische Operation im Donbass, um Ukraine zu „entmilitarisieren und denazifizieren“

24. 02. 2022



Präsident Wladimir Putin wendet sich am 24.2.2022 an die Nation

Der Kampf Russlands gegen das „Reich der Lügen“

Aufgrund fortgesetzter Provokationen der NATO Staaten hat Russland zu Beginn der Woche die Unabhängigkeit der beiden Republiken Donezk und Luhansk offiziell anerkennen müssen. Präsident Wladimir Putin richtete dazu schon seine erste Erklärung an die Nation. UNSER MITTELEUROPA berichtete darüber: [Hier](#)

<https://unser-mittleuropa.com/wladimir-putin-zur-lage-der-nation-die-angelegenheit-ist-sehr-ernst/>

Der russische Präsident wandte sich am frühen Donnerstag erneut an die Nation und wies die russischen Streitkräfte an, eine Sonderoperation in der Region Donbass durchzuführen, **„um die Menschen zu schützen, die seit acht Jahren einem vom Kiewer Regime verübten Völkermord ausgesetzt sind“**.

„Zu diesem Zweck werden wir uns bemühen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren sowie diejenigen vor Gericht zu stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen an der Zivilbevölkerung, auch an Bürgern der Russischen Föderation, begangen haben“.

Obwohl Hacker der NATO Staaten nichts unversucht lassen den offiziellen Informationsfluss aus Russland zu erschweren, kann unser *Unser Mitteleuropa* trotzdem die heutige und bedeutende Rede des russischen Präsidenten in voller Länge und deutscher Übersetzung seinen Lesern unverzüglich anbieten:

Die zweite Rede des Russischen Präsidenten an die Nation

Liebe Bürgerinnen und Bürger Russlands, liebe Freunde,

ich halte es für notwendig, heute erneut über die tragischen Ereignisse im Donbass und die wichtigsten Aspekte der Gewährleistung der Sicherheit Russlands zu sprechen.

Ich beginne mit dem, was ich in meiner Rede am 21. Februar 2022 gesagt habe. Ich sprach über unsere besonderen Bedenken, Befürchtungen sowie grundlegenden Bedrohungen, vor die unverantwortliche westliche Politiker Russland auf Jahr für Jahr unverschämterweise kurzerhand stellten. Ich spreche von der Osterweiterung der NATO, die ihre militärische Infrastruktur immer näher an die russische Grenze heranschiebt.

Es ist eine Tatsache, dass wir in den letzten 30 Jahren geduldig versucht haben, mit den führenden NATO-Ländern eine Einigung über die Grundsätze einer gleichen und unteilbaren Sicherheit in Europa zu erzielen. Als Antwort auf unsere Vorschläge wurden wir stets mit entweder zynischen Täuschungen, Lügen oder Druck- und Erpressungsversuchen konfrontiert, während das nordatlantische Bündnis trotz unserer Proteste und Bedenken weiter expandierte. Seine Militärmaschinerie ist in Bewegung und nähert sich, wie ich bereits sagte, unserer eigenen Grenze.

Warum ist das so? Woher kommt diese unverschämte Art und Weise, mit ihrem Exzeptionalismus, ihrer Unfehlbarkeit und Allmacht von oben herab mit uns zu reden? Was erklärt diese verächtliche und geringschätzige Haltung gegenüber unseren Interessen und absolut legitimen Forderungen?

Die Antwort ist einfach. Alles ist klar und offensichtlich. In den späten 1980er Jahren wurde die Sowjetunion schwächer und brach schließlich auseinander. Diese Erfahrung sollte uns gute Lehre sein, denn sie hat uns gezeigt, dass die Lähmung der Macht und des Willens der erste Schritt ist zur völligen Erniedrigung bis zur Auflösung. Wir hatten nur kurz das Vertrauen verloren, doch dies hat gereicht, um das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt durcheinander zu bringen.

Die alten Verträge und Vereinbarungen außer Kraft

Infolgedessen sind die alten Verträge und Vereinbarungen nicht mehr wirksam. Alles Flehen und Bitten helfen nicht. Alles, was dem herrschenden Staat, den Mächtigen, nicht passt, wird als archaisch, veraltet und nutzlos aufgekündigt. Gleichzeitig wird alles, was sie für nützlich erachten, zur ultimativen Wahrheit erhoben und anderen ohne Rücksicht auf Verluste, missbräuchlich und mit allen verfügbaren Mitteln aufgepresst. Diejenigen, die sich weigern, werden mit Gewalt gefügig gemacht.

Was ich jetzt sage, betrifft nicht nur Russland. Russland ist nicht das einzige Land, das darüber besorgt ist. Es geht um das gesamte System der internationalen Beziehungen, und manchmal sogar um die Verbündeten der USA. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einer Neuaufteilung der Welt: Die bis dahin geltenden völkerrechtlichen Normen – und die wichtigsten von ihnen, die grundlegenden Normen, die aus dem Zweiten Weltkrieg heraus entstanden sind und dessen Ergebnis weitgehend formalisierten – kamen denjenigen in die Quere, die sich zu den Gewinnern des Kalten Krieges zählten.

Natürlich hatten die Praxis, internationalen Beziehungen und verbindliche Regelungen den Veränderungen in der Welt und dem Gleichgewicht der Kräfte Rechnung zu tragen. Dies hätte jedoch professionell, reibungslos, mit Geduld und unter Berücksichtigung der Interessen aller Staaten und der eigenen Verantwortung ablaufen müssen. Stattdessen erlebten wir einen Zustand der Euphorie, hervorgerufen durch das Gefühl absoluter

Überlegenheit, eine Art modernen Absolutismus, gepaart mit dem niedrigen kulturellen Standard und der Arroganz derjenigen, die Entscheidungen formulierten und durchsetzten, die nur ihnen selbst gelegen kamen. Und die Situation nahm eine andere Wende.

Angriffskriege ohne Mandat

Hierzu gibt es viele Beispiele. Zunächst wurde eine blutige Militäroperation gegen Belgrad durchgeführt, ohne die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates, aber unter Einsatz von Kampfflugzeugen und Raketen im Herzen Europas. Die Bombardierung friedlicher Städte und lebenswichtiger Infrastruktur dauerte mehrere Wochen an. Ich muss an diese Tatsachen erinnern, denn einige westliche Kollegen ziehen es vor, sie zu vergessen, und wenn wir das Ereignis erwähnten, zogen sie es vor, nicht über das Völkerrecht zu sprechen, sondern die Umstände zu betonen, die sie nach ihrem Gutdünken auslegen.

Dann kamen der Irak, Libyen und Syrien an die Reihe. Der illegale Einsatz militärischer Gewalt gegen Libyen. Die Verfälschung aller Beschlüsse des UN-Sicherheitsrats zu Libyen haben den Staat ruiniert, in einen riesigen Schauplatz des internationalen Terrorismus verwandelt, das Land in eine humanitäre Katastrophe und in den Strudel eines Bürgerkriegs getrieben, der dort seit Jahren andauert. Die Tragödie, die für Hunderttausende und sogar Millionen von Menschen nicht nur in Libyen, sondern in der gesamten Region entstanden ist, hat zu einer massiven Abwanderung aus dem Nahen Osten und Nordafrika nach Europa geführt.

Ein ähnliches Schicksal wurde auch Syrien zgedacht. Die von der westlichen Koalition in diesem Land ohne die Zustimmung der syrischen Regierung oder die Sanktion des UN-Sicherheitsrats durchgeführten Kampfhandlungen können nur als Aggression und Intervention bezeichnet werden.

Das Beispiel, das sich von den oben genannten Ereignissen abhebt, ist natürlich der Einmarsch in den Irak ohne jegliche rechtliche Grundlage. Als Vorwand dienten angeblich zuverlässige Informationen, die in den Vereinigten Staaten vorlagen und das Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak betrafen. Um diese Behauptung zu beweisen, hielt der US-Außenminister öffentlich vor aller Welt ein Fläschchen mit weißer Flüssigkeit in die Luft und versicherte der internationalen Gemeinschaft, dass es sich dabei um einen im Irak hergestellten chemischen Kampfstoff handele. Später stellte sich heraus, dass all dies Fälschung und Schwindel war und der Irak keine chemischen Waffen besaß. Unglaublich und schockierend, aber wahr. Wir wurden Zeuge von Lügen auf höchster staatlicher Ebene und von der hohen UN-Tribüne aus. Als Ergebnis sehen wir enorme Verluste an Menschenleben, Schäden, Zerstörungen und einen kolossalen Anstieg an Terrorismus.

Insgesamt hat es den Anschein, dass fast überall, in vielen Regionen der Welt, wo die Vereinigten Staaten für Recht und Ordnung sorgten, blutige, nicht heilende Wunden und der Fluch des internationalen Terrorismus und Extremismus entstanden sind. Ich habe nur die eklatantesten, aber bei weitem nicht die einzigen Beispiele für die Missachtung des Völkerrechts genannt.

Das gebrochene Versprechen der NATO-Osterweiterung

Dazu gehören auch die Versprechen, die NATO nicht um einen Zoll nach Osten zu erweitern. Um es noch einmal zu sagen: Sie haben uns getäuscht, oder, um es einfach auszudrücken, sie haben mit uns gespielt. Sicher, man hört oft, dass Politik ein schmutziges Geschäft sei. Das kann sein, aber es sollte nicht so schmutzig sein, wie es jetzt ist, nicht in

diesem Ausmaß. Diese Art von betrügerischem Verhalten verstößt nicht nur gegen die Grundsätze der internationalen Beziehungen, sondern auch und vor allem gegen die allgemein anerkannten Normen der Moral und Ethik. Wo sind hier Gerechtigkeit und Wahrheit? Nur Lügen und Heuchelei überall herum.

Der Block des „Reiches der Lügen“

Übrigens schreiben und sagen US-Politiker, Politologen und Journalisten, dass in den letzten Jahren innerhalb der Vereinigten Staaten ein wahres „*Reich der Lügen*“ entstanden sei. Dem kann man nur schwer widersprechen – es ist wirklich so. Aber man sollte nicht zu bescheiden sein: Die Vereinigten Staaten sind immer noch ein großes Land und eine systembildende Macht. Alle ihre Satelliten folgen nicht nur demütig, gehorsam und plappern jede Ausflucht nach, sondern imitieren auch ihr Verhalten und akzeptieren begeistert die Regeln, die ihnen geboten werden. Daher kann man mit gutem Grund und Sicherheit sagen, dass der gesamte so genannte westliche Block, den die Vereinigten Staaten nach ihrem eigenen Bild und Gleichnis geschaffen haben, in seiner Gesamtheit ein und dasselbe „*Lügenreich*“ darstellt.

Was unser Land betrifft, so haben sie nach dem Zerfall der UdSSR angesichts der beispiellosen Offenheit des neuen, modernen Russlands, seiner Bereitschaft zur ehrlichen Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und anderen westlichen Partnern sowie seiner praktisch einseitigen Abrüstung sofort versucht, uns endgültig unter Druck zu setzen und fertig zu machen bzw. völlig zu vernichten. So war es in den 1990er und frühen 2000er Jahren, als der so genannte kollektive Westen den Separatismus und die Söldnerbanden im Süden Russlands aktiv unterstützte. Welche Opfer, welche Verluste und welche Strapazen mussten wir damals auf uns nehmen, bevor wir dem internationalen Terrorismus im Kaukasus das Handwerk legen konnten! Daran erinnern wir uns und werden es nie vergessen.

Der Zwang zu falschen Werten

Genau genommen haben die Versuche, uns für ihre eigenen Interessen zu benutzen, bis vor kurzem nie aufgehört: Sie versuchten, unsere traditionellen Werte zu zerstören und uns ihre falschen Werte aufzuzwingen, die uns, unser Volk, von innen heraus aushöhlen sollten. Jene Einstellung, die sie ihren Ländern aggressiv aufzwingen mit Handlungen, die direkt zur Zersetzung und Degeneration führen, weil sie der menschlichen Natur zuwiderlaufen. Das wird nicht geschehen. Das ist noch niemandem gelungen und wird auch jetzt nicht gelingen.

Trotz alledem haben wir im Dezember 2021 einen weiteren Versuch unternommen, mit den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten eine Einigung über die Grundsätze der europäischen Sicherheit und die Nicht-Erweiterung der NATO zu erzielen. Unsere Bemühungen waren vergeblich. Die Vereinigten Staaten haben ihren Standpunkt nicht geändert. Sie halten es nicht für notwendig, sich mit Russland in einer für uns kritischen Frage zu einigen. Die Vereinigten Staaten verfolgen ihre eigenen Ziele und vernachlässigen dabei unsere Interessen.

In dieser Situation stellt sich natürlich die Frage: Wie geht es weiter, was haben wir zu erwarten? Aus der Geschichte wissen wir, dass die Sowjetunion 1940 und Anfang 1941 große Anstrengungen unternommen hat, um den Krieg zu verhindern oder zumindest seinen Ausbruch zu verzögern. Zu diesem Zweck versuchte die UdSSR, den potenziellen Aggressor bis zum Schluss nicht zu provozieren, indem sie die dringendsten und offensichtlichsten Vorbereitungen, die sie zu treffen hatte, um sich vor einem drohenden Angriff zu schützen, unterließ oder aufschob. Als sie schließlich handelte, war es zu spät.

Infolgedessen war das Land nicht auf die Invasion durch Nazi-Deutschlands vorbereitet, welches unser Vaterland am 22. Juni 1941 ohne Kriegserklärung angriff. Das Land hielt den Feind auf und besiegte ihn, aber dies geschah zu einem enormen Preis. Der Versuch, den Aggressor im Vorfeld des Großen Vaterländischen Krieges zu beschwichtigen, erwies sich als ein Fehler, der unserem Volk teuer zu stehen kam. In den ersten Monaten nach Ausbruch der Feindseligkeiten verloren wir große Gebiete von strategischer Bedeutung sowie Millionen an Menschenleben. Wir werden diesen Fehler nicht ein zweites Mal begehen. Wir haben kein Recht, dies zu tun.

Der Drang nach globaler Herrschaft

Diejenigen, die nach globaler Vorherrschaft streben, haben Russland öffentlich als ihren Feind bezeichnet. Sie taten dies ungestraft. Machen Sie keinen Fehler, sie hatten keinen Grund, so zu handeln. Es stimmt, dass sie über beträchtliche finanzielle, wissenschaftliche, technologische und militärische Fähigkeiten verfügen. Wir sind uns dessen bewusst und haben einen objektiven Blick auf die wirtschaftlichen Drohungen, denen wir uns bewusst sind, ebenso wie auf unsere Fähigkeit, dieser dreisten und nicht enden wollenden Erpressung zu begegnen. Ich möchte noch einmal betonen, dass wir uns in dieser Hinsicht keinen Illusionen hingeben und in unseren Einschätzungen äußerst realistisch sind.

Was die militärische Seite betrifft, so ist das heutige Russland auch nach der Auflösung der UdSSR und dem Verlust eines beträchtlichen Teils seines Potentials nach wie vor einer der mächtigsten Atomstaaten. Außerdem verfügt es über einen gewissen Vorsprung bei mehreren hochmodernen Waffen. In diesem Zusammenhang sollte es für niemanden einen Zweifel geben, dass jeder potenzielle Aggressor mit einer Niederlage und unheilvollen Konsequenzen rechnen muss, sollte er unser Land direkt angreifen.

Gleichzeitig verändert sich die Technologie, auch im Verteidigungsbereich, rasant. Heute gibt es einen Anführer, morgen einen anderen, aber eine militärische Präsenz in den an Russland angrenzenden Gebieten würde, falls wir dies zuließen, jahrzehntelang oder vielleicht für immer bestehen bleiben und eine ständig wachsende und völlig inakzeptable Bedrohung für Russland bedeuten.

Schon jetzt, mit der Osterweiterung der NATO, wird die Situation für Russland von Jahr zu Jahr schlechter und gefährlicher. Darüber hinaus hat die NATO-Führung in den letzten Tagen unverblümt erklärt, dass sie ihre Bemühungen die Infrastruktur des Bündnisses näher an die Grenzen Russlands heranzutragen, beschleunigen und verstärken wollen. Mit anderen Worten, sie haben ihre Position verschärft. Wir können nicht untätig bleiben und diesen Entwicklungen tatenlos zusehen. Das wäre für uns absolut unverantwortlich.

Der Aufbau eines „Anti-Russlands“

Ein weiterer Ausbau der Infrastruktur des Nordatlantikbündnisses oder die laufenden Bemühungen, militärisch auf ukrainischem Gebiet Fuß zu fassen, sind für uns inakzeptabel. Natürlich geht es in dieser Frage nicht um die NATO selbst. Sie dient lediglich als Instrument der US-Außenpolitik. Das Problem besteht darin, dass in den an Russland angrenzenden Gebieten, die, wie ich anmerken muss, unser historisches Land sind, ein feindliches „*Anti-Russland*“ Gestalt annimmt. Es wird vollständig von außen kontrolliert und tut alles, um NATO-Streitkräfte anzulocken und modernste Waffen zu erhalten.

Für die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten geht es um eine Politik der Eindämmung Russlands, mit offensichtlichen geopolitischen Vorteilen. Für unser Land ist es eine Frage von Leben und Tod, eine Frage unserer historischen Zukunft als Nation. Das ist keine

Übertreibung, das ist eine Tatsache. Es handelt sich nicht nur um eine sehr reale Bedrohung unserer Interessen, sondern um eine Bedrohung der Existenz unseres Staates und seiner Souveränität. Das ist die rote Linie, über die wir bei zahlreichen Gelegenheiten gesprochen haben. Sie haben sie überschritten.

Der Staatsstreich in der Ukraine 2014

Damit komme ich zur Lage im Donbass. Wir sehen, dass die Kräfte, die 2014 den Staatsstreich in der Ukraine inszeniert hatten, die Macht ergriffen haben, sie mit Hilfe von Scheinwahlen erhalten und den Weg zur friedlichen Konfliktlösung verlassen haben. Acht Jahre lang, acht endlose Jahre lang haben wir alles Mögliche getan, um die Situation mit friedlichen politischen Mitteln zu regeln. Alles war vergeblich.

Wie ich in meiner letzten Rede gesagt habe, kann man nicht ohne Mitgefühl auf das schauen, was dort geschieht. Es ist unmöglich geworden, es zu tolerieren. Wir mussten diese Gräueltat, diesen Völkermord an Millionen von Menschen, die dort leben und ihre Hoffnungen auf Russland, auf uns alle gesetzt haben, beenden. Die Hoffnungen, die Gefühle und der Schmerz dieser Menschen waren die Hauptmotivation für unsere Entscheidung, die Unabhängigkeit der Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen.

Die Unterstützung der Neonazis durch die NATO-Staaten

Ich möchte außerdem Folgendes betonen. Die führenden NATO-Länder, die nur ihre eigenen Ziele im Auge haben, unterstützen die rechtsextremen Nationalisten und Neonazis in der Ukraine, die den Menschen auf der Krim und in Sewastopol niemals verzeihen werden, dass sie sich aus freien Stücken für die Wiedervereinigung mit Russland entschieden haben.

Sie werden zweifellos versuchen, den Krieg auf die Krim zu tragen, so wie sie es im Donbass getan haben, um unschuldige Menschen zu töten, so wie es die Mitglieder der Strafeinheiten der ukrainischen Nationalisten und Hitlers Komplizen während des Großen Vaterländischen Krieges getan haben. Sie haben auch ganz offen Anspruch auf mehrere andere russische Regionen erhoben.

Betrachtet man die Abfolge der Ereignisse und die eingehenden Berichte, so ist der Showdown zwischen Russland und diesen Kräften nicht zu vermeiden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit. Sie bereiten sich vor und warten auf den richtigen Moment. Sie sind sogar so weit gegangen, dass sie den Erwerb von Atomwaffen anstreben. Das werden wir nicht zulassen.

Ich habe bereits gesagt, dass Russland die neue geopolitische Realität nach der Auflösung der UdSSR akzeptiert hat. Wir haben alle neuen postsowjetischen Staaten mit Respekt behandelt und werden uns auch weiterhin so verhalten. Wir respektieren ihre Souveränität und werden dies auch weiterhin tun. Wie unsere Unterstützung für Kasachstan beweist, als dieses mit tragischen Ereignissen und Herausforderungen bezüglich seiner Staatlichkeit und Integrität konfrontiert war. Russland kann sich jedoch nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn es einer ständigen Bedrohung durch das Gebiet der heutigen Ukraine ausgesetzt bliebe.

Der Kampf gegen Terrorismus & Völkermord

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in den Jahren 2000–2005 unser Militär eingesetzt haben, um gegen Terroristen im Kaukasus vorzugehen und für die Integrität unseres

Staates einzutreten. Wir haben Russland bewahrt. Im Jahr 2014 haben wir die Menschen auf der Krim und in Sewastopol unterstützt. 2015 haben wir unsere Streitkräfte eingesetzt, um einen zuverlässigen Schutzschild zu schaffen, der Terroristen aus Syrien daran hinderte, nach Russland einzudringen. Es ging darum, uns selbst zu verteidigen. Wir hatten keine andere Wahl.

Das Gleiche geschieht heute. Sie haben uns keine andere Möglichkeit gelassen, Russland und unser Volk zu verteidigen, als jene Option, die wir heute nutzen müssen. Unter diesen Umständen müssen wir mutige und sofortige Maßnahmen ergreifen. Die Volksrepubliken des Donbass haben Russland um Hilfe gebeten.

In diesem Zusammenhang habe ich gemäß Artikel 51 (Kapitel VII) der UN-Charta, mit Erlaubnis des russischen Föderationsrates in Ausführung der Verträge über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Luhansk, die von der Föderalversammlung am 22. Februar ratifiziert wurden, den Beschluss gefasst, eine besondere militärische Operation durchzuführen.

Das Ziel der Entmilitarisierung und Entnazifizierung

Ziel dieser Operation ist es, die Menschen zu schützen, die seit acht Jahren der Erniedrigung und dem Völkermord durch das Kiewer Regime ausgesetzt sind. Zu diesem Zweck werden wir versuchen, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren und diejenigen vor Gericht zu stellen, die zahlreiche blutige Verbrechen an der Zivilbevölkerung, auch an Bürgern der Russischen Föderation, verübt haben.

Wir haben nicht vor, das ukrainische Territorium zu besetzen. Wir haben nicht die Absicht, irgendjemandem etwas mit Gewalt aufzuzwingen. Gleichzeitig hören wir aus dem Westen immer häufiger Äußerungen, dass es nicht mehr nötig sei, sich an die vom totalitären Sowjetregime unterzeichneten Dokumente zu halten, in denen die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs niedergelegt sind. Wie können wir darauf reagieren?

Die Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs und die Opfer, die unser Volk bringen musste, um den Nazismus zu besiegen, sind heilig. Dies steht nicht im Widerspruch zu den hohen Werten der Menschenrechte und Freiheiten in der Realität, die in den Nachkriegsjahrzehnten entstanden ist. **Das bedeutet nicht, dass Nationen nicht das Recht auf Selbstbestimmung haben können, das in Artikel 1 der UN-Charta verankert ist.**

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Menschen, die in den Gebieten leben, die heute zur Ukraine gehören, bei der Gründung der UdSSR oder nach dem Zweiten Weltkrieg nicht gefragt wurden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Unsere Politik wird von der Freiheit bestimmt, selbst über unsere Zukunft und die unserer Kinder zu entscheiden. Wir sind der Meinung, dass alle Menschen, die in der heutigen Ukraine leben, das Recht haben sollten ihre freie Entscheidung zu fällen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich an die Bürgerinnen und Bürger der Ukraine wenden. Im Jahr 2014 war Russland verpflichtet, die Menschen auf der Krim und in Sewastopol vor denen zu schützen, die Sie selbst als „Nats“ bezeichnen. Die Menschen auf der Krim und in Sewastopol haben sich für die Zugehörigkeit zu ihrer historischen Heimat Russland entschieden, und wir haben sie dabei unterstützt. Wie ich bereits sagte, konnten wir nicht anders handeln.

Die aktuellen Ereignisse haben nichts mit dem Wunsch zu tun, die Interessen der Ukraine und des ukrainischen Volkes zu verletzen. Sie haben damit zu tun, dass wir Russland gegen diejenigen verteidigen, die die Ukraine als Geisel genommen haben und versuchen, sie gegen unser Land und unser Volk einzusetzen.

Ich wiederhole: Wir handeln, um uns gegen die Bedrohungen zu verteidigen, die gegen uns gerichtet sind, und gegen eine schlimmere Gefahr als die, die jetzt besteht. Ich bitte Sie, so schwer dies auch sein mag, dies zu verstehen und mit uns zusammenzuarbeiten, um dieses tragische Kapitel so schnell wie möglich abzuschließen und gemeinsam voranzukommen, nicht zuzulassen, dass sich jemand in unsere Angelegenheiten und Beziehungen einmischt, sondern sie unabhängig zu entwickeln und günstige Bedingungen zur Überwindung all dieser Probleme zu schaffen sowie uns von innen heraus als einziges Ganzes zu stärken, trotz der Existenz von Staatsgrenzen. Daran, an unsere gemeinsame Zukunft, glaube ich.

Ich möchte mich auch an das militärische Personal der ukrainischen Streitkräfte wenden.

Genossinnen und Genossen Offiziere,

Ihre Väter, Großväter und Urgroßväter haben nicht gegen die Nazi-Besatzer gekämpft und unser gemeinsames Mutterland verteidigt, um zuzulassen, dass die heutigen Neonazis die Macht in der Ukraine ergreifen. Sie haben den Treueeid auf das ukrainische Volk geschworen und nicht auf die Junta, den Widersacher des Volkes, der die Ukraine ausplündert und das ukrainische Volk demütigt.

Ich fordere Sie auf, sich zu weigern, ihre kriminellen Befehle auszuführen. Ich fordere Sie auf, die Waffen sofort niederzulegen und nach Hause zu gehen. Ich werde Ihnen erklären, was das bedeutet: Die Angehörigen der ukrainischen Armee, die dies tun, werden die Zone der Feindseligkeiten frei verlassen und zu ihren Familien zurückkehren können.

Ich möchte noch einmal betonen, dass das herrschende ukrainische Regime voll und ganz die Verantwortung für das mögliche Blutvergießen tragen werden.

Ich möchte nun etwas sehr Wichtiges für diejenigen sagen, die versucht sein könnten, sich von außen in diese Entwicklungen einzumischen. Wer auch immer versucht sein könnte, sich uns in den Weg zu stellen oder gar unser Land und unser Volk zu bedrohen, muss wissen, dass Russland sofort reagieren wird, und zwar mit Konsequenzen, wie Sie sie in Ihrer ganzen Geschichte noch nicht erlebt haben. Ganz gleich, wie sich die Ereignisse entwickeln, wir sind bereit. Alle notwendigen Entscheidungen in dieser Hinsicht sind getroffen worden. Ich hoffe, dass meine Worte gehört werden.

Bürger Russlands,

Die Kultur und die Werte, die Erfahrungen und die Traditionen unserer Vorfahren bildeten stets eine starke Grundlage für das Wohlergehen und die Existenz ganzer Staaten und Nationen, für ihren Erfolg und ihre Lebensfähigkeit. Natürlich hängt dies unmittelbar von der Fähigkeit ab, sich schnell an den ständigen Wandel anzupassen, den sozialen Zusammenhalt zu bewahren und die Bereitschaft, alle verfügbaren Kräfte zu bündeln und zu mobilisieren, um voranzukommen.

Wir müssen immer stark sein, aber diese Stärke kann verschiedene Formen annehmen. Das „Reich der Lüge“, von dem ich zu Beginn meiner Rede sprach, geht in seiner Politik vor allem von roher, direkter Gewalt aus. Hier gilt unser Spruch „*nur Muskeln und kein Hirn*“.

Wir alle wissen, dass wir nur dann wirklich stark sind, wenn wir Recht und Wahrheit auf unserer Seite haben. Wenn das so ist, kann man wohl kaum bestreiten, dass unsere Stärke und unsere Kampfbereitschaft die Grundlage für unsere Unabhängigkeit und Souveränität sind und die notwendige Basis für eine verlässliche Zukunft für Ihr Haus, Ihre Familie und Ihr Vaterland bilden.

Liebe Mitbürger,

ich bin sicher, dass die ergebenen Soldaten und Offiziere der russischen Streitkräfte ihre Pflicht mit Professionalität und Mut erfüllen werden. Ich zweifle nicht daran, dass die staatlichen Institutionen auf allen Ebenen und die Fachleute effizient arbeiten werden, um die Stabilität unserer Wirtschaft, unseres Finanzsystems und unseres sozialen Wohlstands zu gewährleisten, und dasselbe gilt für die Führungskräfte der Unternehmen und die gesamte Geschäftswelt. Ich hoffe, dass alle parlamentarischen Parteien und die Zivilgesellschaft eine konsolidierte, patriotische Position einnehmen.

Letztendlich liegt die Zukunft Russlands in den Händen seines multiethnischen Volkes, wie es in unserer Geschichte immer der Fall war. Das bedeutet, dass die von mir getroffenen Entscheidungen umgesetzt werden, dass wir die gesteckten Ziele erreichen und die Sicherheit unseres Vaterlandes zuverlässig gewährleisten werden. Ich glaube an Ihre Unterstützung und an die unbesiegbare Kraft, die in der Liebe zu unserem Vaterland wurzelt.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Wladimir Putin zur Lage der Nation: „Die Angelegenheit ist sehr ernst...“

23. 02. 2022



Wladimir Putin in seiner TV-Ansprache am 21.2.2022 an die Nation

Der russische Präsident erläutert die Hintergründe

Im Windschatten von CoV-2 haben atlantische Falken wieder ihr Haupt erhoben und seit der US-Amtsübernahme im Januar 2021 auf eine überhastete Umsetzung ihrer Kriegspolitik gesetzt, welche durch Trump um ganze vier Jahre zurückgeworfen worden war. Westliche

Landeseliten meinen, nur ein großer Krieg in Europa oder Asien, wie schon so erfolgreich im 20. Jahrhundert, könnte sie vor dem weiteren Niedergang in ihrer angestammten Rolle als globale Weltpolizei heute noch retten.

Nachdem der *Tiefe Staat* des Westens das atlantische Medienkartell kontrolliert und Desinformationen mit zunehmender Zensur den westlichen Alltag beherrschen, empfiehlt es sich, zusätzliche Informationen der anderen Seite zur rechten Vermittlung des erforderlichen Gesamtbildes heranzuziehen.

Nach der erfolgten Anerkennung der Republiken von Donezk und Luhansk durch die Russische Föderation legte Präsident Putin in seiner Fernsehansprache vom 21.2.2022 die Ursprünge der heutigen Eskalation vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung ausreichend detailliert sehr eindrücklich dar:

Die TV-Ansprache mit deutscher Simultanübersetzung finden Sie: [Hier](#)

<https://www.youtube.com/watch?v=8z5pUlxjSA>

Das Transkript auf Englisch finden Sie: [Hier](#)

Das Transkript auf Deutsch finden Sie nachstehend:

Die Fernsehansprache von Wladimir Putin im Wortlaut

2022-02-21 22:35:00

Der Kreml, Moskau

Der Präsident der Russischen Föderation Wladimir Putin:

Liebe Bürger Russlands, liebe Freunde!

In meiner Ansprache geht es um die Ereignisse in der Ukraine und warum dies für uns, für Russland, so wichtig ist. Natürlich richtet sich meine Botschaft auch an unsere Landsleute in der Ukraine.

Die Angelegenheit ist sehr ernst und muss eingehend erörtert werden.

Die Lage im Donbass hat ein kritisches, akutes Stadium erreicht. Ich wende mich heute direkt an Sie, nicht nur um zu erklären, was geschieht, sondern auch um Sie über die getroffenen Entscheidungen und die möglichen weiteren Schritte zu informieren.

Ich möchte nochmals betonen, dass die Ukraine für uns nicht nur ein Nachbarland ist. Sie ist ein unveräußerlicher Teil unserer eigenen Geschichte, Kultur und unseres geistigen Raums. Es sind unsere Kameraden, die uns am Herzen liegen – nicht nur Kollegen, Freunde und Menschen, die einst gemeinsam gedient haben, sondern auch Verwandte, Menschen, die durch Blut, durch Familienbande verbunden sind.

Seit jeher bezeichnen sich die Menschen, die im Südwesten des historisch russischen Landes leben, als Russen und orthodoxe Christen. Dies war der Fall vor dem 17. Jahrhundert, als ein Teil dieses Gebiets wieder an den russischen Staat angeschlossen wurde und danach.

Zur historischen Entwicklung und Vorgeschichte

Wir haben den Eindruck, dass diese Tatsachen im Allgemeinen allen bekannt sind, dass sie zum Allgemeinwissen gehören. Dennoch ist es notwendig, zumindest ein paar Worte über die Geschichte dieses Themas zu verlieren, um zu verstehen, was heute geschieht, um die Beweggründe für Russlands Handeln zu erklären und um zu erfahren, was wir erreichen wollen.

Ich beginne also mit der Tatsache, dass die moderne Ukraine vollständig von Russland geschaffen wurde, genauer gesagt vom bolschewistischen, kommunistischen Russland. Dieser Prozess begann praktisch unmittelbar nach der Revolution von 1917, und Lenin und seine Mitstreiter taten dies auf eine für Russland äußerst harte Art und Weise – indem sie das historisch russische Land abtrennten. Niemand fragte die Millionen von Menschen, die dort lebten, was sie davon hielten.

Dann, sowohl vor als auch nach dem Großen Vaterländischen Krieg, gliederte Stalin einige Gebiete in die UdSSR ein und übertrug sie der Ukraine, die zuvor zu Polen, Rumänien und Ungarn gehörten. Dabei gab er Polen einen Teil des traditionell deutschen Landes als Entschädigung, und 1954 nahm Chruschtschow Russland aus irgendeinem Grund die Krim weg und gab sie ebenfalls der Ukraine. Auf diese Weise ist das Gebiet der heutigen Ukraine entstanden.

Aber jetzt möchte ich mich auf die Anfangszeit der UdSSR konzentrieren. Ich glaube, dass dies für uns äußerst wichtig ist. Ich werde mich ihr aus der Ferne der Gegenwart annähern müssen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Bolschewiki nach der Oktoberrevolution 1917 und dem anschließenden Bürgerkrieg mit der Schaffung eines neuen Staatswesens begannen. In diesem Punkt waren sie sich untereinander ziemlich uneinig. Im Jahr 1922 bekleidete Stalin sowohl das Amt des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) als auch das des Volkskommissars für ethnische Angelegenheiten. Er schlug vor, das Land nach den Grundsätzen der Autonomisierung aufzubauen, d. h. den Republiken – den künftigen administrativen und territorialen Einheiten – bei ihrem Beitritt zu einem einheitlichen Staat weitreichende Befugnisse einzuräumen.

Lenin kritisierte diesen Plan und schlug vor, den Nationalisten, die er damals „Unabhängige“ nannte, Zugeständnisse zu machen. Lenins Ideen, die im Wesentlichen auf ein konföderatives Staatsgebilde hinausliefen, und seine Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker bis hin zur Sezession wurden in die Grundlagen der sowjetischen Staatlichkeit aufgenommen. Sie wurden zunächst in der Erklärung über die Gründung der UdSSR von 1922 bestätigt und später, nach Lenins Tod, in der sowjetischen Verfassung von 1924 verankert.

Dies wirft sofort viele Fragen auf. Die erste ist eigentlich die wichtigste: Warum war es notwendig, die Nationalisten zu besänftigen, die unaufhörlich wachsenden nationalistischen Ambitionen an den Rändern des ehemaligen Reiches zu befriedigen? Welchen Sinn hatte es, den neuen, oft willkürlich gebildeten Verwaltungseinheiten – den Unionsrepubliken – riesige Territorien zu übertragen, die nichts mit ihnen zu tun hatten? Ich möchte wiederholen, dass diese Gebiete zusammen mit der Bevölkerung des historischen Russlands übertragen wurden.

Außerdem erhielten diese Verwaltungseinheiten de facto den Status und die Form nationaler staatlicher Einheiten. Das wirft eine weitere Frage auf: Warum war es notwendig,

so großzügige Geschenke zu machen, die die kühnsten Träume der eifrigsten Nationalisten übersteigen, und den Republiken obendrein das Recht einzuräumen, sich bedingungslos vom Einheitsstaat abzuspalten?

Auf den ersten Blick erscheint dies absolut unverständlich, ja sogar verrückt. Aber nur auf den ersten Blick. Es gibt eine Erklärung. Nach der Revolution war es das Hauptziel der Bolschewiki, um jeden Preis an der Macht zu bleiben, absolut um jeden Preis. Dafür taten sie alles: Sie akzeptierten den demütigenden Vertrag von Brest-Litowsk, obwohl die militärische und wirtschaftliche Lage Kaiserdeutschlands und seiner Verbündeten dramatisch war und der Ausgang des Ersten Weltkriegs von vornherein feststand, und erfüllten alle Forderungen und Wünsche der Nationalisten im Lande.

Wenn es um das historische Schicksal Russlands und seiner Völker geht, waren Lenins Prinzipien der Staatsentwicklung nicht nur ein Fehler, sondern schlimmer als ein Fehler, wie es heißt. Dies wurde nach der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 deutlich.

Natürlich können wir die Ereignisse der Vergangenheit nicht ändern, aber wir müssen sie zumindest offen und ehrlich zugeben, ohne Vorbehalte und ohne Politisierung. Persönlich kann ich hinzufügen, dass keine politischen Faktoren, wie beeindruckend oder gewinnbringend sie auch immer zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen mögen, als Grundprinzipien der Staatlichkeit verwendet werden können oder dürfen.

Ich versuche nicht, jemandem die Schuld zuzuschieben. Die damalige Situation im Land, sowohl vor als auch nach dem Bürgerkrieg, war äußerst kompliziert, sie war kritisch. Das Einzige, was ich heute sagen möchte, ist, dass es genau so war. Das ist eine historische Tatsache. Wie ich bereits gesagt habe, ist die Sowjetukraine das Ergebnis der Politik der Bolschewiki und kann zu Recht als „Wladimir Lenins Ukraine“ bezeichnet werden. Er war ihr Schöpfer und Architekt. Dies wird durch Archivadokumente vollständig und umfassend bestätigt, einschließlich Lenins strenger Anweisungen bezüglich des Donbass, der tatsächlich in die Ukraine geschoben wurde. Und heute hat die „dankbare Nachkommenschaft“ Lenin-Denkmäler in der Ukraine umgestürzt. Sie nennen das *Dekommunisierung*.

Sie wollen *Dekommunisierung*? Nun gut, das passt uns ganz gut. Aber warum auf halbem Weg stehen bleiben? Wir sind bereit zu zeigen, was eine echte *Dekommunisierung* für die Ukraine bedeuten würde.

Um auf die Geschichte zurückzukommen, möchte ich wiederholen, dass die Sowjetunion 1922 an der Stelle des ehemaligen Russischen Reiches gegründet wurde. Die Praxis hat jedoch sofort gezeigt, dass es unmöglich war, ein so großes und komplexes Territorium auf der Grundlage der amorphen Prinzipien, die einer Konföderation gleichkamen, zu erhalten oder zu regieren. Sie waren weit von der Realität und der historischen Tradition entfernt.

Es ist logisch, dass der Rote Terror und das rasche Abgleiten in die Stalinsche Diktatur, die Vorherrschaft der kommunistischen Ideologie und das Machtmonopol der Kommunistischen Partei, die Verstaatlichung und die Planwirtschaft die formell erklärten, aber unwirksamen Regierungsprinzipien in eine bloße Erklärung verwandelten. In Wirklichkeit besaßen die Unionsrepubliken keinerlei Souveränitätsrechte, gar keine. Das praktische Ergebnis war die Schaffung eines straff zentralisierten und absolut einheitlichen Staates.

Auffassungsunterschiede zwischen Lenin und Stalin

Tatsächlich setzte Stalin nicht die Leninschen, sondern seine eigenen Regierungsprinzipien vollständig um. Er nahm jedoch keine entsprechenden Änderungen an den Grundlagendokumenten, der Verfassung, vor und revidierte auch nicht formell die Leninschen Prinzipien, die der Sowjetunion zugrunde lagen. Dem Anschein nach bestand dafür auch keine Notwendigkeit, denn unter den Bedingungen des totalitären Regimes schien alles gut zu funktionieren, und nach außen hin sah es wunderbar, attraktiv und sogar superdemokratisch aus.

Und doch ist es sehr bedauerlich, dass die fundamentalen und formaljuristischen Grundlagen unseres Staates nicht umgehend von den abscheulichen und utopischen Fantasien, die durch die Revolution angeregt wurden und die für jeden normalen Staat absolut zerstörerisch sind, gereinigt wurden. Wie so oft in unserem Land hat sich niemand Gedanken über die Zukunft gemacht.

Es scheint, dass die Führer der Kommunistischen Partei davon überzeugt waren, dass sie ein solides Regierungssystem geschaffen hatten und dass ihre Politik die ethnische Frage für immer geregelt hatte. Doch Fälschungen, Missverständnisse und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung haben einen hohen Preis. Der Virus der nationalistischen Ambitionen ist immer noch da, und die Mine, die in der Anfangsphase gelegt wurde, um die staatliche Immunität gegen die Krankheit des Nationalismus zu zerstören, tickte. Wie ich bereits sagte, handelte es sich dabei um das Recht auf Abspaltung von der Sowjetunion.

Mitte der 1980er Jahre verschärften die zunehmenden sozioökonomischen Probleme und die offensichtliche Krise der Planwirtschaft die ethnische Frage, die im Wesentlichen nicht auf irgendwelchen Erwartungen oder unerfüllten Träumen der sowjetischen Völker beruhte, sondern in erster Linie auf den wachsenden Begehrlichkeiten der lokalen Eliten.

Rückgriff auf das leninistische Prinzip der Selbstbestimmung

Doch anstatt die Situation zu analysieren, geeignete Maßnahmen, vor allem in der Wirtschaft, zu ergreifen und das politische System und die Regierung schrittweise in wohlüberlegter und ausgewogener Weise umzugestalten, ließ sich die Führung der Kommunistischen Partei nur auf offene Doppelzüngigkeit in Bezug auf die Wiederbelebung des leninistischen Prinzips der nationalen Selbstbestimmung ein.

Im Zuge des Machtkampfes innerhalb der Kommunistischen Partei selbst begann jede der gegnerischen Seiten, in dem Bestreben, ihre Unterstützungsbasis zu erweitern, unbedacht nationalistische Gefühle zu schüren und zu fördern, sie zu manipulieren und ihren potenziellen Anhängern zu versprechen, was immer sie wollten. Vor dem Hintergrund der oberflächlichen und populistischen Rhetorik über Demokratie und eine glänzende Zukunft auf der Grundlage von Markt- oder Planwirtschaft, aber inmitten einer echten Verarmung der Menschen und weit verbreiteten Mangels, dachte niemand von den Machthabern an die unvermeidlichen tragischen Folgen für das Land.

Als Nächstes begaben sie sich ganz auf den Weg, den sie bei der Gründung der UdSSR eingeschlagen hatten, und gaben den Ambitionen der nationalistischen Eliten nach, die in ihren eigenen Parteireihen entstanden waren. Dabei vergaßen sie jedoch, dass die KPdSU – Gott sei Dank – nicht mehr über die Instrumente zur Erhaltung der Macht und des Landes verfügte, wie etwa den Staatsterror und eine Diktatur nach stalinistischem Vorbild, und dass die berüchtigte Führungsrolle der Partei vor ihren Augen spurlos verschwand, wie ein Morgennebel.

Die fatale Entwicklung der 90-er Jahre

Und dann verabschiedete das Plenum des Zentralkomitees der KPdSU im September 1989 ein wahrhaft fatales Dokument, die so genannte ethnische Politik der Partei unter modernen Bedingungen, die KPdSU-Plattform. Es enthielt die folgenden Bestimmungen, ich zitiere: „Die Republiken der UdSSR besitzen alle Rechte, die ihrem Status als souveräne sozialistische Staaten entsprechen.“

Der nächste Punkt: „Die obersten repräsentativen Machtorgane der UdSSR-Republiken können die Durchführung der Beschlüsse und Direktiven der Regierung der UdSSR auf ihrem Gebiet anfechten und aussetzen.“

Und schließlich: „Jede Republik der UdSSR hat eine eigene Staatsbürgerschaft, die für alle ihre Einwohner gilt.“

War es nicht klar, wozu diese Formeln und Beschlüsse führen würden?

Es ist jetzt nicht die Zeit und der Ort, um auf staats- oder verfassungsrechtliche Fragen einzugehen oder den Begriff der Staatsbürgerschaft zu definieren. Aber man kann sich fragen: Warum war es notwendig, das Land in dieser bereits komplizierten Situation noch mehr zu erschüttern? Die Fakten bleiben.

Schon zwei Jahre vor dem Zusammenbruch der UdSSR war ihr Schicksal eigentlich vorbestimmt. Jetzt rühmen sich Radikale und Nationalisten, auch und vor allem in der Ukraine, die Unabhängigkeit erlangt zu haben. Wie wir sehen können, ist das absolut falsch. Der Zerfall unseres geeinten Landes wurde durch die historischen, strategischen Fehler der bolschewistischen Führer und der KPdSU-Führung herbeigeführt, Fehler, die zu verschiedenen Zeiten beim Staatsaufbau und in der Wirtschafts- und Ethnopolitik begangen wurden. Der Zusammenbruch des historischen Russlands, das als UdSSR bekannt ist, liegt auf ihrem Gewissen.

Die Ausplünderung Russlands

Trotz all dieser Ungerechtigkeiten, Lügen und der völligen Ausplünderung Russlands war es unser Volk, das die neue geopolitische Realität, die nach der Auflösung der UdSSR Gestalt annahm, akzeptierte und die neuen unabhängigen Staaten anerkannte. Russland hat diese Länder nicht nur anerkannt, sondern auch seinen GUS-Partnern geholfen, obwohl es sich selbst in einer sehr schwierigen Lage befand. Dazu gehörten auch unsere ukrainischen Kollegen, die sich ab dem Zeitpunkt ihrer Unabhängigkeitserklärung mehrfach an uns wandten, um finanzielle Unterstützung zu erhalten. Unser Land leistete diese Hilfe unter Wahrung der Würde und Souveränität der Ukraine.

Expertenschätzungen zufolge, die durch eine einfache Berechnung unserer Energiepreise, der subventionierten Darlehen, die Russland der Ukraine gewährte, sowie der Wirtschafts- und Handelspräferenzen bestätigt werden, belief sich der Gesamtnutzen für den ukrainischen Haushalt im Zeitraum von 1991 bis 2013 auf 250 Milliarden US-Dollar.

Doch das war noch nicht alles. Ende 1991 schuldete die UdSSR anderen Ländern und internationalen Fonds rund 100 Milliarden Dollar. Ursprünglich gab es die Idee, dass alle ehemaligen Sowjetrepubliken diese Kredite im Geiste der Solidarität und im Verhältnis zu ihrem wirtschaftlichen Potenzial gemeinsam zurückzahlen würden. Russland verpflichtete sich jedoch, alle sowjetischen Schulden zurückzuzahlen, und löste dieses Versprechen ein, indem es diesen Prozess im Jahr 2017 abschloss.

Im Gegenzug mussten die neuen unabhängigen Staaten einen Teil des sowjetischen Auslandsvermögens an Russland abtreten. Ein entsprechendes Abkommen wurde im Dezember 1994 mit der Ukraine geschlossen. Kiew hat diese Vereinbarungen jedoch nicht ratifiziert und sich später einfach geweigert, sie zu erfüllen, indem es einen Teil des Diamantenschatzes, der Goldreserven sowie des ehemaligen Eigentums der UdSSR und anderer Vermögenswerte im Ausland forderte.

Trotz all dieser Herausforderungen hat Russland stets offen und ehrlich mit der Ukraine zusammengearbeitet und, wie ich bereits sagte, ihre Interessen respektiert. Wir haben unsere Beziehungen in vielen Bereichen ausgebaut. So überstieg der bilaterale Handel im Jahr 2011 die Marke von 50 Milliarden Dollar. Lassen Sie mich anmerken, dass 2019, also vor der Pandemie, der Handel der Ukraine mit allen EU-Ländern zusammengenommen unter diesem Indikator lag.

Die parasitäre Haltung der ukrainischen Behörden

Gleichzeitig war auffällig, dass die ukrainischen Behörden es stets vorzogen, mit Russland so zu verfahren, dass sie alle Rechte und Privilegien genießen, aber von allen Verpflichtungen befreit sind.

Die Beamten in Kiew ersetzten die Partnerschaft durch eine parasitäre Haltung, wobei sie zuweilen äußerst dreist voringen. Man erinnere sich nur an die ständigen Erpressungen beim Energietransit und die Tatsache, dass sie buchstäblich Gas gestohlen haben.

Ich kann hinzufügen, dass Kiew versucht hat, den Dialog mit Russland als Druckmittel in seinen Beziehungen zum Westen zu nutzen, indem es die Drohung einer engeren Bindung an Russland nutzte, um den Westen zu erpressen und sich Präferenzen zu sichern, indem es behauptete, dass Russland andernfalls einen größeren Einfluss in der Ukraine haben würde.

Gleichzeitig begannen die ukrainischen Behörden – das möchte ich betonen – damit, ihre Staatlichkeit auf der Negation all dessen aufzubauen, was uns vereint, und versuchten, die Mentalität und das historische Gedächtnis von Millionen von Menschen, von ganzen Generationen, die in der Ukraine leben, zu entstellen. Es ist nicht verwunderlich, dass die ukrainische Gesellschaft mit dem Aufkommen eines rechtsextremen Nationalismus konfrontiert wurde, der sich rasch zu aggressiver Russophobie und Neonazismus entwickelte. Dies führte zur Beteiligung ukrainischer Nationalisten und Neonazis an den Terrorgruppen im Nordkaukasus und den immer lauter werdenden territorialen Ansprüchen an Russland.

Die Rolle der externen Kräfte

Eine Rolle spielten dabei externe Kräfte, die sich eines verzweigten Netzes von NRO (Nicht-Regierungs-Organisationen) und Sonderdiensten bedienen, um ihre Klientel in der Ukraine zu pflegen und deren Vertreter in die Schaltstellen der Macht zu bringen.

Es ist anzumerken, dass die Ukraine eigentlich nie über stabile Traditionen echter Staatlichkeit verfügte. Daher entschied sie sich 1991 für die gedankenlose Nachahmung ausländischer Modelle, die nichts mit der Geschichte oder den ukrainischen Realitäten zu tun haben. Die politischen Regierungsinstitutionen wurden mehrfach an die schnell wachsenden Clans und ihre eigennützigen Interessen angepasst, die nichts mit den Interessen des ukrainischen Volkes zu tun hatten.

Die von den oligarchischen ukrainischen Behörden getroffene so genannte prowestliche zivilisatorische Entscheidung zielte und zielt nicht auf die Schaffung besserer Bedingungen im Interesse des Wohlergehens der Menschen ab, sondern auf den Erhalt der Milliarden von Dollar, die die Oligarchen den Ukrainern gestohlen haben und auf ihren Konten bei westlichen Banken lagern, während sie den geopolitischen Rivalen Russlands ehrfürchtig entgegenkommen.

Einige Industrie- und Finanzkonzerne sowie die Parteien und Politiker, die auf ihrer Gehaltsliste stehen, haben sich von Anfang an auf die Nationalisten und Radikalen verlassen. Andere behaupteten, für gute Beziehungen zu Russland und für kulturelle und sprachliche Vielfalt zu sein, und kamen mit Hilfe ihrer Bürger an die Macht, die ihre erklärten Bestrebungen aufrichtig unterstützten, darunter auch die Millionen von Menschen in den südöstlichen Regionen. Doch nachdem sie die begehrten Ämter errungen hatten, verrieten diese Leute sofort ihre Wähler, indem sie ihre Wahlversprechen zurücknahmen und stattdessen eine Politik verfolgten, die von den Radikalen angeregt wurde, und manchmal sogar ihre ehemaligen Verbündeten verfolgten – die öffentlichen Organisationen, die die Zweisprachigkeit und die Zusammenarbeit mit Russland unterstützten. Diese Leute machten sich die Tatsache zunutze, dass ihre Wähler zumeist gesetzestreue Bürger mit gemäßigten Ansichten waren, die den Behörden vertrauten, und dass sie im Gegensatz zu den Radikalen nicht aggressiv vorgingen oder zu illegalen Mitteln griffen.

Unterdessen wurden die Radikalen immer dreister in ihren Aktionen und stellten jedes Jahr mehr Forderungen. Es fiel ihnen leicht, den schwachen Behörden ihren Willen aufzuzwingen, die ebenfalls mit dem Virus des Nationalismus und der Korruption infiziert waren und die wirklichen kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen des Volkes und die wahre Souveränität der Ukraine kunstvoll durch verschiedene ethnische Spekulationen und formale ethnische Attribute ersetzen.

Eine stabile Staatlichkeit hat sich in der Ukraine nie herausgebildet; ihre Wahl- und sonstigen politischen Verfahren dienen lediglich als Deckmantel, als Projektionsfläche für die Umverteilung von Macht und Eigentum zwischen verschiedenen Oligarchenclans.

Die Korruption, die sicherlich für viele Länder, auch für Russland, eine Herausforderung und ein Problem darstellt, hat in der Ukraine das übliche Ausmaß überschritten. Sie hat die ukrainische Staatlichkeit, das gesamte System und alle Zweige der Macht buchstäblich durchdrungen und zerfressen.

Der ukrainische Staatsstreich mit externer Unterstützung

Radikale Nationalisten machten sich die berechnete öffentliche Unzufriedenheit zunutze, sattelten auf den Maidan-Protest auf und ließen ihn 2014 zu einem Staatsstreich eskalieren. Dabei hatten sie auch direkte Unterstützung von ausländischen Staaten. Berichten zufolge stellte die US-Botschaft täglich eine Million Dollar zur Unterstützung des sogenannten Protestcamps auf dem Unabhängigkeitsplatz in Kiew zur Verfügung. Darüber hinaus wurden unerschämte hohe Beträge direkt auf die Bankkonten der Oppositionsführer überwiesen, mehrere zehn Millionen Dollar. Aber die Menschen, die tatsächlich gelitten haben, die Familien derjenigen, die bei den Zusammenstößen auf den Straßen und Plätzen von Kiew und anderen Städten ums Leben gekommen sind, wie viel haben sie am Ende bekommen? Fragen Sie besser nicht.

Die Nationalisten, die die Macht ergriffen haben, haben eine Verfolgung, eine regelrechte Terrorkampagne gegen diejenigen entfesselt, die sich ihren verfassungsfeindlichen Maßnahmen widersetzen. Politiker, Journalisten und öffentliche Aktivisten wurden

schikaniert und öffentlich gedemütigt. Eine Welle der Gewalt schwappte über die ukrainischen Städte, darunter eine Reihe aufsehenerregender und ungesühnter Morde. Mit Schauern denkt man an die schreckliche Tragödie in Odessa, wo friedliche Demonstranten brutal ermordet und im Haus der Gewerkschaften lebendig verbrannt wurden. Die Verbrecher, die diese Gräueltat begangen haben, sind nie bestraft worden, und niemand sucht nach ihnen. Aber wir kennen ihre Namen und wir werden alles tun, um sie zu bestrafen, zu finden und vor Gericht zu stellen.

Die Konsequenzen des Staatsstreiches und Maidan

Der Maidan hat die Ukraine der Demokratie und dem Fortschritt nicht nähergebracht. Die Nationalisten und die politischen Kräfte, die sie unterstützt haben, haben die Ukraine nach ihrem Staatsstreich in eine Sackgasse geführt und das Land in den Abgrund des Bürgerkriegs gestürzt. Acht Jahre später ist das Land gespalten. Die Ukraine kämpft mit einer akuten sozioökonomischen Krise.

Internationalen Organisationen zufolge mussten im Jahr 2019 fast 6 Millionen Ukrainer – ich betone – etwa 15 Prozent, nicht der Arbeitskräfte, sondern der gesamten Bevölkerung des Landes, ins Ausland gehen, um Arbeit zu finden. Die meisten von ihnen verrichten Gelegenheitsjobs. Aufschlussreich ist auch die folgende Tatsache: Seit 2020 haben mehr als 60 000 Ärzte und anderes Gesundheitspersonal das Land im Zuge der Pandemie verlassen.

Seit 2014 sind die Wasserrechnungen um fast ein Drittel und die Energierechnungen um ein Vielfaches gestiegen, während der Gaspreis für die Haushalte um das Dutzendfache in die Höhe geschossen ist. Viele Menschen haben einfach nicht das Geld, um die Nebenkosten zu bezahlen. Sie kämpfen buchstäblich ums Überleben.

Was ist passiert? Warum ist das alles passiert? Die Antwort liegt auf der Hand. Sie haben das Erbe nicht nur aus der Sowjetära, sondern auch aus dem Russischen Reich ausgegeben und veruntreut. Sie haben Zehn- und Hunderttausende von Arbeitsplätzen verloren, die es den Menschen ermöglichten, ein zuverlässiges Einkommen zu erzielen und Steuereinnahmen zu generieren, unter anderem dank der engen Zusammenarbeit mit Russland. Branchen wie der Maschinenbau, der Gerätebau, die Elektronik, der Schiffs- und Flugzeugbau wurden ausgehöhlt oder ganz vernichtet. Es gab jedoch eine Zeit, in der nicht nur die Ukraine, sondern die gesamte Sowjetunion stolz auf diese Unternehmen war.

Im Jahr 2021 gab die Schwarzmeerwerft in Nikolajew ihren Betrieb auf. Ihre ersten Docks stammen aus der Zeit Katharinas der Großen. Der berühmte Flugzeughersteller Antonow hat seit 2016 kein einziges Verkehrsflugzeug mehr gebaut, und die auf Raketen- und Raumfahrt ausgerüstete Fabrik Juschmasch ist fast bankrott. Das Stahlwerk Kremenschuk befindet sich in einer ähnlichen Situation. Diese traurige Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Das Gasbeförderungssystem wurde vollständig von der Sowjetunion gebaut und ist inzwischen so veraltet, dass seine Nutzung mit großen Risiken und hohen Kosten für die Umwelt verbunden ist.

Diese Situation wirft die Frage auf: Armut, Chancenlosigkeit und verlorenes industrielles und technologisches Potenzial – ist das die pro-westliche zivilisatorische Entscheidung, mit der sie seit vielen Jahren Millionen von Menschen mit Versprechungen von paradiesischen Weiden täuschen?

Ausplünderung der Ukraine unter externer Kontrolle

Alles lief auf eine zerrüttete ukrainische Wirtschaft und eine regelrechte Ausplünderung der Bürger des Landes hinaus, während die Ukraine selbst unter externe Kontrolle gestellt wurde, die nicht nur von den westlichen Hauptstädten aus gesteuert wurde, sondern auch vor Ort, wie man so schön sagt, durch ein ganzes Netz ausländischer Berater, NROs (Nicht-Regierungs-Organisationen) und anderer Institutionen, die in der Ukraine präsent sind. Sie haben direkten Einfluss auf alle wichtigen Ernennungen und Entlassungen und auf alle Zweige der Macht auf allen Ebenen, von der Zentralregierung bis hinunter zu den Gemeinden, sowie auf staatliche Unternehmen und Konzerne, darunter Naftogaz, Ukrenergo, Ukrainische Eisenbahnen, Ukroboronprom (Waffenhersteller), Ukrposhta und die ukrainische Seehafenbehörde.

In der Ukraine gibt es keine unabhängige Justiz. Die Kiewer Behörden haben auf Verlangen des Westens das vorrangige Recht zur Auswahl der Mitglieder der obersten Justizorgane, des Justizrats und der Hochqualifikationskommission für Richter, an internationale Organisationen übertragen.

Darüber hinaus kontrollieren die Vereinigten Staaten direkt die Nationale Agentur für Korruptionsprävention, das Nationale Antikorruptionsbüro, die spezialisierte Antikorruptionsstaatsanwaltschaft und das Oberste Antikorruptionsgericht. All dies geschieht unter dem hehren Vorwand, die Korruptionsbekämpfung zu verstärken. Gut und schön, aber wo sind die Ergebnisse? Die Korruption blüht wie nie zuvor.

Ist dem ukrainischen Volk bewusst, dass sein Land auf diese Weise verwaltet wird? Ist ihnen klar, dass ihr Land nicht einmal mehr ein politisches oder wirtschaftliches Protektorat ist, sondern zu einer Kolonie mit einem Marionettenregime degradiert wurde? Der Staat wurde privatisiert. Infolgedessen handelt die Regierung, die sich selbst als „Macht der Patrioten“ bezeichnet, nicht mehr im Sinne des Staates und treibt die Ukraine konsequent in Richtung Souveränitätsverlust.

Eine ukrainische Politik der kulturellen Ausrottung

Die Politik zur Ausrottung der russischen Sprache und Kultur und zur Förderung der Assimilierung geht weiter. Die Werchowna Rada hat einen ständigen Strom diskriminierender Gesetzentwürfe hervorgebracht, und das Gesetz über die so genannten Ureinwohner ist bereits in Kraft getreten. Menschen, die sich als Russen identifizieren und ihre Identität, Sprache und Kultur bewahren wollen, erhalten das Signal, dass sie in der Ukraine nicht erwünscht sind.

Nach den Gesetzen über das Bildungswesen und die ukrainische Sprache als Staatssprache hat die russische Sprache keinen Platz in Schulen oder öffentlichen Räumen, nicht einmal in normalen Geschäften. Mit dem Gesetz über die so genannte Überprüfung von Beamten und die Säuberung ihrer Reihen wurde ein Weg geschaffen, sich unerwünschter Beamter zu entledigen.

Es gibt immer mehr Gesetze, die es dem ukrainischen Militär und den Strafverfolgungsbehörden ermöglichen, gegen die Meinungsfreiheit und abweichende Meinungen vorzugehen und die Opposition zu verfolgen. Die Welt kennt die beklagenswerte Praxis der Verhängung einseitiger illegitimer Sanktionen gegen andere Länder, ausländische natürliche und juristische Personen. Die Ukraine hat ihre westlichen Herren übertrumpft, indem sie Sanktionen gegen ihre eigenen Bürger, Unternehmen, Fernsehsender, andere Medien und sogar Parlamentsmitglieder erfunden hat.

Kiew bereitet weiterhin die Zerstörung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats vor. Dies ist kein gefühlsmäßiges Urteil, sondern lässt sich durch konkrete Entscheidungen und Dokumente belegen. Die ukrainischen Behörden haben die Tragödie des Schismas auf zynische Weise in ein Instrument der Staatspolitik verwandelt. Die derzeitigen Behörden reagieren nicht auf die Appelle des ukrainischen Volkes, die Gesetze abzuschaffen, die die Rechte der Gläubigen verletzen. Außerdem wurden in der Werchowna Rada (Parlament) neue Gesetzesentwürfe registriert, die sich gegen den Klerus und Millionen von Gemeindemitgliedern der Ukrainischen Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats richten.

Ein paar Worte zur Krim. Die Menschen auf der Halbinsel haben sich aus freien Stücken für die Zugehörigkeit zu Russland entschieden. Die Kiewer Behörden können diese klare Entscheidung des Volkes nicht anfechten. Deshalb haben sie sich für ein aggressives Vorgehen entschieden, für die Aktivierung extremistischer Zellen, einschließlich radikaler islamistischer Organisationen, für die Entsendung subversiver Kräfte zur Durchführung von Terroranschlägen auf kritische Infrastruktureinrichtungen und für die Entführung russischer Bürger. Wir haben faktische Beweise dafür, dass solche aggressiven Aktionen mit Unterstützung westlicher Sicherheitsdienste durchgeführt werden.

Die jüngste Militärstrategie zur Konfrontation

Im März 2021 wurde in der Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument ist fast ausschließlich der Konfrontation mit Russland gewidmet und hat zum Ziel, ausländische Staaten in einen Konflikt mit unserem Land zu verwickeln. Die Strategie sieht die Organisation einer so genannten terroristischen Untergrundbewegung auf der russischen Krim und im Donbass vor. Außerdem werden die Konturen eines möglichen Krieges skizziert, der nach Ansicht der Kiewer Strategen *„mit Hilfe der internationalen Gemeinschaft zu günstigen Bedingungen für die Ukraine“* sowie – hören Sie bitte gut zu – *„mit ausländischer militärischer Unterstützung in der geopolitischen Konfrontation mit der Russischen Föderation“* enden soll. In Wirklichkeit ist dies nichts anderes als die Vorbereitung von Feindseligkeiten gegen unser Land, Russland.

Wie wir wissen, wurde heute bereits erklärt, dass die Ukraine beabsichtigt, ihre eigenen Atomwaffen zu entwickeln, und das ist keine bloße Prahlerei. Die Ukraine verfügt über die in der Sowjetzeit entwickelten Nukleartechnologien und über Trägersysteme für solche Waffen, darunter Flugzeuge, sowie über die taktischen Präzisionsraketen sowjetischer Bauart Tochka-U mit einer Reichweite von über 100 Kilometern. Aber sie können noch mehr; es ist nur eine Frage der Zeit. Die Voraussetzungen dafür haben sie seit der Sowjetära geschaffen.

Mit anderen Worten, der Erwerb taktischer Atomwaffen wird für die Ukraine viel einfacher sein als für einige andere Staaten, die ich hier nicht nennen will und die solche Forschungen betreiben, vor allem, wenn Kiew ausländische technologische Unterstützung erhält. Auch das können wir nicht ausschließen.

Wenn die Ukraine in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, wird sich die Lage in der Welt und in Europa drastisch ändern, insbesondere für uns, für Russland. Wir können nicht anders, als auf diese reale Gefahr zu reagieren, zumal, ich wiederhole es, die westlichen Schirmherren der Ukraine ihr helfen könnten, diese Waffen zu erwerben, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen. Wir sehen, wie hartnäckig das Kiewer Regime mit Waffen gefüttert wird. Seit 2014 haben allein die Vereinigten Staaten Milliarden von Dollar für diesen Zweck ausgegeben, einschließlich der Lieferung von Waffen und Ausrüstung sowie der Ausbildung von Spezialisten. In den letzten Monaten sind ständig

westliche Waffen in die Ukraine geflossen, ostentativ und vor den Augen der ganzen Welt. Ausländische Berater überwachen die Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte und Spezialdienste, und wir sind uns dessen wohl bewusst.

USA und NATO breiten sich immer weiter aus

In den letzten Jahren waren Militärkontingente der NATO-Staaten unter dem Vorwand von Übungen fast ständig auf ukrainischem Gebiet präsent. Das ukrainische Truppenkontrollsystem ist bereits in die NATO integriert worden. Das bedeutet, dass das NATO-Hauptquartier den ukrainischen Streitkräften direkte Befehle erteilen kann, sogar an ihre einzelnen Einheiten und Truppenteile.

Die Vereinigten Staaten und die NATO haben damit begonnen, das ukrainische Territorium in unverschämter Weise zu einem Schauplatz potenzieller Militäroperationen auszubauen. Ihre regelmäßigen gemeinsamen Übungen sind offensichtlich antirussisch ausgerichtet. Allein im letzten Jahr waren über 23.000 Soldaten und mehr als tausend Geräteeinheiten beteiligt.

Es wurde bereits ein Gesetz verabschiedet, das es ausländischen Truppen erlaubt, im Jahr 2022 in die Ukraine zu kommen, um an multinationalen Übungen teilzunehmen. Verständlicherweise handelt es sich dabei in erster Linie um NATO-Truppen. Für dieses Jahr sind mindestens zehn dieser gemeinsamen Übungen geplant.

Offensichtlich sollen solche Unternehmungen eine rasche Aufstockung der NATO-Militärgruppe auf ukrainischem Gebiet verschleiern. Dies gilt umso mehr, als das Netz der mit US-Hilfe ausgebauten Flugplätze in Boryspil, Iwano-Frankiwsk, Tschugujew und Odessa, um nur einige zu nennen, in der Lage ist, Armeeeinheiten in kürzester Zeit zu verlegen. Der ukrainische Luftraum ist offen für Flüge von US-Strategie- und Aufklärungsflugzeugen und Drohnen, die russisches Gebiet überwachen.

Ich füge hinzu, dass das von den USA errichtete maritime Operationszentrum in Otschakow es ermöglicht, die Aktivitäten von NATO-Kriegsschiffen, einschließlich des Einsatzes von Präzisionswaffen, gegen die russische Schwarzmeerflotte und unsere Infrastruktur an der gesamten Schwarzmeerküste zu unterstützen.

Die Vereinigten Staaten hatten einst die Absicht, ähnliche Einrichtungen auch auf der Krim zu errichten, aber die Krimbewohner und die Einwohner von Sewastopol haben diese Pläne zunichte gemacht. Daran werden wir uns immer erinnern.

Kulturkampf gegen die eigenen historischen Wurzeln

Ich möchte wiederholen, dass heute ein solches Zentrum bereits in Otschakiw eingerichtet wurde. Im 18. Jahrhundert kämpften die Soldaten von Alexander Suworow für diese Stadt. Ihrem Mut ist es zu verdanken, dass sie Teil Russlands wurde. Ebenfalls im 18. Jahrhundert erhielten die Gebiete an der Schwarzmeerküste, die infolge der Kriege mit dem Osmanischen Reich zu Russland gehörten, den Namen Noworossija (Neurussland). Nun wird versucht, diese historischen Wahrzeichen der Vergessenheit zu überantworten, ebenso wie die Namen staatlicher und militärischer Persönlichkeiten des Russischen Reiches, ohne deren Einsatz es in der modernen Ukraine weder viele große Städte noch einen Zugang zum Schwarzen Meer gäbe.

Ein Denkmal für Alexander Suworow wurde kürzlich in Poltawa abgerissen. Was gibt es dazu zu sagen? Verleugnen Sie Ihre eigene Vergangenheit? Das so genannte koloniale Erbe des russischen Reiches? Nun, in diesem Fall sollten Sie konsequent sein.

Verdeckte NATO-Missionen bereits im Land

Weiter heißt es in Artikel 17 der ukrainischen Verfassung, dass die Einrichtung ausländischer Militärstützpunkte auf dem Territorium der Ukraine illegal ist. Wie sich jedoch herausstellt, handelt es sich dabei nur um eine Konventionalität, die leicht umgangen werden kann.

Die Ukraine beherbergt NATO-Ausbildungsmissionen, die in Wirklichkeit ausländische Militärstützpunkte sind. Sie nannten eine Basis einfach Mission und waren damit fertig.

Kiew hat seit langem einen strategischen Kurs für den Beitritt zur NATO verkündet. In der Tat hat jedes Land das Recht, sein eigenes Sicherheitssystem zu wählen und Militärbündnisse einzugehen. Daran wäre nichts auszusetzen, wenn es nicht ein „aber“ gäbe. In internationalen Dokumenten ist ausdrücklich der Grundsatz der gleichen und unteilbaren Sicherheit verankert, der die Verpflichtung beinhaltet, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken. Dies wird in der 1999 in Istanbul verabschiedeten OSZE-Charta für europäische Sicherheit und in der OSZE-Erklärung von Astana 2010 festgehalten.

Mit anderen Worten: Die Wahl des Weges zur Gewährleistung der Sicherheit sollte keine Bedrohung für andere Staaten darstellen, während der Beitritt der Ukraine zur NATO eine direkte Bedrohung für die Sicherheit Russlands darstellt.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im April 2008 einen Beschluss durchgesetzt haben, demzufolge die Ukraine und übrigens auch Georgien NATO-Mitglieder werden sollten. Viele europäische Verbündete der Vereinigten Staaten waren sich der Risiken, die mit dieser Aussicht verbunden waren, schon damals bewusst, mussten sich aber dem Willen ihres wichtigsten Partners beugen. Die Amerikaner benutzten sie einfach, um eine eindeutig antirussische Politik zu betreiben.

Eine Reihe von NATO-Mitgliedstaaten steht einem NATO-Beitritt der Ukraine immer noch sehr skeptisch gegenüber. Aus einigen europäischen Hauptstädten erreichen uns Signale, dass wir uns keine Sorgen machen sollen, da dies nicht buchstäblich über Nacht geschehen wird. Auch unsere amerikanischen Partner äußern sich in diesem Sinne. „*Na gut*“, antworten wir, „*wenn es nicht morgen passiert, dann eben übermorgen. Was ändert das an der historischen Perspektive? Überhaupt nichts.*“

Außerdem sind wir uns der Position und der Worte der US-Führung bewusst, dass die aktiven Feindseligkeiten in der Ostukraine die Möglichkeit eines NATO-Beitritts dieses Landes nicht ausschließen, wenn es die NATO-Kriterien erfüllt und die Korruption überwindet.

Gleichzeitig versuchen sie uns immer wieder davon zu überzeugen, dass die NATO ein friedliebendes und rein defensives Bündnis ist, das keine Gefahr für Russland darstellt. Auch hier wollen sie, dass wir ihnen Glauben schenken. Aber wir sind uns des wahren Wertes dieser Worte sehr wohl bewusst. Als 1990 über die deutsche Wiedervereinigung diskutiert wurde, versprachen die Vereinigten Staaten der sowjetischen Führung, dass die

Zuständigkeit oder die militärische Präsenz der NATO keinen Zentimeter nach Osten ausgedehnt wird und dass die Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu einer Ausdehnung der militärischen Organisation der NATO nach Osten führen wird. Dies ist ein Zitat.

Vertragsbruch durch den Westen

Es gab viele [mündliche Zusicherungen](#), die sich allesamt als leere Phrasen herausstellten. Später begannen sie uns zu versichern, dass der Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zur NATO nur die Beziehungen zu Moskau verbessern, diese Länder von den Ängsten befreien würde, die aus ihrem bitteren historischen Erbe herrühren, und sogar einen Gürtel von Ländern schaffen würde, die Russland freundlich gesinnt sind.

Doch genau das Gegenteil ist eingetreten. Die Regierungen bestimmter osteuropäischer Länder, die auf Russophobie spekulierten, brachten ihre Komplexe und Stereotypen über die russische Bedrohung in das Bündnis ein und bestanden darauf, die kollektiven Verteidigungspotenziale auszubauen und sie in erster Linie gegen Russland einzusetzen. Schlimmer noch, dies geschah in den 1990er und frühen 2000er Jahren, als die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen dank unserer Offenheit und unseres guten Willens ein hohes Niveau erreicht hatten.

Russland hat alle seine Verpflichtungen, einschließlich des Rückzugs aus Deutschland, aus Mittel- und Osteuropa erfüllt und damit einen immensen Beitrag zur Überwindung des Erbes des Kalten Krieges geleistet. Wir haben immer wieder verschiedene Möglichkeiten der Zusammenarbeit vorgeschlagen, auch im NATO-Russland-Rat und in den OSZE-Formaten.

Das Doppelspiel des Westens

Darüber hinaus werde ich etwas sagen, was ich noch nie öffentlich gesagt habe, und ich werde es jetzt zum ersten Mal sagen. Als der damals scheidende US-Präsident Bill Clinton im Jahr 2000 Moskau besuchte, fragte ich ihn, was Amerika von einer Aufnahme Russlands in die NATO halten würde.

Ich werde nicht alle Einzelheiten dieses Gesprächs preisgeben, aber die Reaktion auf meine Frage war, sagen wir, recht zurückhaltend, und die wahre Einstellung der Amerikaner zu dieser Möglichkeit lässt sich tatsächlich an ihren nachfolgenden Schritten gegenüber unserem Land ablesen. Ich beziehe mich auf die offene Unterstützung von Terroristen im Nordkaukasus, die Missachtung unserer Sicherheitsanforderungen und -belange, die fortgesetzte Erweiterung der NATO, den Rückzug aus dem ABM-Vertrag und so weiter. Es stellt sich die Frage: Warum? Worum geht es bei all dem, was ist der Zweck? Na gut, Sie wollen uns nicht als Freunde oder Verbündete sehen, aber warum machen Sie uns zum Feind?

Der Kampf gegen Russland

Darauf kann es nur eine Antwort geben: Es geht nicht um unser politisches Regime oder etwas Ähnliches. Sie brauchen einfach kein großes und unabhängiges Land wie Russland in ihrer Nähe. Das ist die Antwort auf alle Fragen. Dies ist die Quelle der traditionellen amerikanischen Politik gegenüber Russland. Daher auch die Haltung zu allen unseren Sicherheitsvorschlägen

Heute genügt ein Blick auf die Landkarte, um zu sehen, inwieweit die westlichen Länder ihr Versprechen gehalten haben, von der NATO-Osterweiterung Abstand zu nehmen. Sie haben einfach gemogelt. Wir haben fünf Erweiterungswellen der NATO erlebt, eine nach

der anderen: Polen, die Tschechische Republik und Ungarn wurden 1999 aufgenommen, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien 2004, Albanien und Kroatien 2009, Montenegro 2017 und Nordmazedonien 2020.

Infolgedessen haben das Bündnis und seine militärische Infrastruktur die Grenzen Russlands erreicht. Dies ist eine der Hauptursachen für die europäische Sicherheitskrise; sie hat sich äußerst negativ auf das gesamte System der internationalen Beziehungen ausgewirkt und zum Verlust des gegenseitigen Vertrauens geführt.

Stete Eskalation und immer neue Provokationen

Die Situation verschlechtert sich weiter, auch im strategischen Bereich. So werden in Rumänien und Polen im Rahmen des US-Projekts zur Schaffung eines globalen Raketenabwehrsystems Stellungen für Abfangraketen errichtet. Es ist allgemein bekannt, dass die dort stationierten Abschussrampen für Tomahawk-Marschflugkörper – offensive Angriffssysteme – verwendet werden können.

Darüber hinaus entwickeln die Vereinigten Staaten ihre Allzweckrakete Standard Missile-6, die sowohl zur Luft- und Raketenabwehr als auch zur Bekämpfung von Boden- und Oberflächenzielen eingesetzt werden kann. Mit anderen Worten: Das angeblich defensive US-Raketenabwehrsystem entwickelt und erweitert seine neuen offensiven Fähigkeiten.

Die uns vorliegenden Informationen geben uns guten Grund zu der Annahme, dass der Beitritt der Ukraine zur NATO und die anschließende Stationierung von NATO-Einrichtungen bereits beschlossen und nur noch eine Frage der Zeit ist. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die militärische Bedrohung Russlands in diesem Szenario dramatisch zunehmen wird, und zwar um ein Vielfaches. Und ich möchte an dieser Stelle betonen, dass sich das Risiko eines plötzlichen Angriffs auf unser Land vervielfachen wird.

Ich werde erläutern, dass amerikanische strategische Planungsdokumente die Möglichkeit eines so genannten Präventivschlages auf feindliche Raketensysteme bestätigen. Wir kennen auch den Hauptgegner der Vereinigten Staaten und der NATO. Es ist Russland. In NATO-Dokumenten wird unser Land offiziell zur größten Bedrohung der euro-atlantischen Sicherheit erklärt. Die Ukraine wird als vorgeschobener Brückenkopf für einen solchen Angriff dienen. Wenn unsere Vorfahren davon hörten, würden sie es wahrscheinlich einfach nicht glauben. Wir wollen es auch heute nicht glauben, aber es ist, wie es ist. Ich möchte, dass die Menschen in Russland und der Ukraine dies verstehen.

Viele ukrainische Flugplätze befinden sich nicht weit von unseren Grenzen entfernt. Die dort stationierten taktischen Luftfahrzeuge der NATO, einschließlich der Präzisionswaffenträger, werden in der Lage sein, unser Territorium bis in die Tiefe der Linie Wolgograd-Kasan-Samara-Astrachan anzugreifen. Die Stationierung von Aufklärungsradaren auf ukrainischem Gebiet wird es der NATO ermöglichen, den russischen Luftraum bis zum Ural streng zu kontrollieren.

Nachdem die USA den INF-Vertrag gekündigt haben, entwickelt das Pentagon offen zahlreiche landgestützte Angriffswaffen, darunter auch ballistische Raketen, die Ziele in einer Entfernung von bis zu 5.500 km treffen können. Wenn solche Systeme in der Ukraine eingesetzt werden, können sie Ziele im gesamten europäischen Teil Russlands treffen. Die Flugzeit von Tomahawk-Marschflugkörpern nach Moskau wird weniger als 35 Minuten betragen; ballistische Raketen aus Charkow benötigen sieben bis acht Minuten und Hyperschall-Angriffswaffen vier bis fünf Minuten. Das ist wie ein Messer an der Kehle. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sie hoffen, diese Pläne zu verwirklichen, wie sie es in der

Vergangenheit schon oft getan haben, indem sie die NATO nach Osten ausdehnten, ihre militärische Infrastruktur an die russischen Grenzen verlegten und unsere Bedenken, Proteste und Warnungen völlig ignorierten. Entschuldigen Sie, aber sie haben sich einfach nicht um solche Dinge gekümmert und getan, was sie für notwendig hielten.

Natürlich werden sie sich auch in Zukunft so verhalten, getreu einem bekannten Sprichwort: „Die Hunde bellen, aber die Karawane zieht weiter.“ Um es gleich vorwegzusagen: Wir akzeptieren dieses Verhalten nicht und werden es niemals akzeptieren. Abgesehen davon ist Russland immer dafür eingetreten, die kompliziertesten Probleme mit politischen und diplomatischen Mitteln, am Verhandlungstisch, zu lösen.

Der Doppelstandard des Westens

Wir sind uns unserer enormen Verantwortung für die regionale und globale Stabilität sehr wohl bewusst. Bereits 2008 hat Russland eine Initiative zum Abschluss eines europäischen Sicherheitsvertrags vorgelegt, wonach kein einziger euro-atlantischer Staat und keine internationale Organisation ihre Sicherheit auf Kosten der Sicherheit anderer stärken darf. Unser Vorschlag wurde jedoch sofort mit der Begründung abgelehnt, dass es Russland nicht erlaubt sein sollte, den Aktivitäten der NATO-Grenzen zu setzen.

Außerdem wurde uns ausdrücklich klar gemacht, dass nur NATO-Mitglieder rechtsverbindliche Sicherheitsgarantien haben können.

Die Vorschläge der Russischen Föderation

Im Dezember letzten Jahres haben wir unseren westlichen Partnern den Entwurf eines [Vertrages zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika über Sicherheitsgarantien](#) sowie den [Entwurf eines Abkommens über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der NATO-Mitgliedstaaten](#) vorgelegt.

Anmerkung: Siehe Übersetzungen der russischen Vorschläge in Annex A & B

Die Vereinigten Staaten und die NATO reagierten mit allgemeinen Erklärungen. Sie enthielten zwar auch rationale Aspekte, betrafen aber Fragen von untergeordneter Bedeutung und wirkten wie ein Versuch, das Thema in die Länge zu ziehen und die Diskussion in die Irre zu führen.

Wir haben darauf entsprechend reagiert und darauf hingewiesen, dass wir bereit sind, den Weg der Verhandlungen zu gehen, allerdings unter der Voraussetzung, dass alle Fragen als ein Paket betrachtet werden, das die Kernvorschläge Russlands einschließt, die drei wesentliche Punkte beinhalten. Erstens, die Verhinderung einer weiteren NATO-Erweiterung. Zweitens, dass das Bündnis auf die Stationierung von Angriffswaffensystemen an den russischen Grenzen verzichtet. Und schließlich die Rückführung der militärischen Fähigkeiten und der militärischen Infrastruktur des Blocks in Europa auf den Stand von 1997, als die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet wurde.

Westlicher Kampf gegen die Entwicklung Russlands

Diese prinzipiellen Vorschläge von uns wurden ignoriert. Um es noch einmal zu wiederholen: Unsere westlichen Partner haben wieder einmal die allzu bekannten Formeln geäußert, dass jeder Staat das Recht hat, frei zu entscheiden, wie er seine Sicherheit gewährleisten oder sich einer Militärunion oder einem Bündnis anschließen will. Das heißt,

an ihrer Haltung hat sich nichts geändert, und wir hören immer wieder die gleichen alten Verweise auf die berüchtigte Politik der „offenen Tür“ der NATO. Darüber hinaus versuchen sie erneut, uns zu erpressen und drohen uns mit Sanktionen, die sie übrigens in jedem Fall einführen werden, da Russland seine Souveränität und seine Streitkräfte weiter stärkt. Natürlich werden sie nicht zögern, unabhängig von den Entwicklungen in der Ukraine einen Vorwand für einen weiteren Sanktionsangriff zu erfinden oder auch nur zu fabrizieren. Ihr einziges Ziel ist es, die Entwicklung Russlands aufzuhalten. Und das werden sie auch weiterhin tun, auch ohne formellen Vorwand, weil es uns gibt und wir niemals unsere Souveränität, unsere nationalen Interessen oder unsere Werte gefährden werden.

Ich möchte klar und deutlich sagen: Unter den gegenwärtigen Umständen, in denen unsere Vorschläge für einen gleichberechtigten Dialog über grundlegende Fragen von den Vereinigten Staaten und der NATO tatsächlich unbeantwortet geblieben sind, in denen das Ausmaß der Bedrohungen für unser Land erheblich zugenommen hat, hat Russland jedes Recht, zu reagieren, um seine Sicherheit zu gewährleisten. Genau das werden wir auch tun.

Die Lage im Donbass

Was die Lage im Donbass betrifft, so stellen wir fest, dass die herrschenden Eliten in Kiew immer wieder öffentlich deutlich machen, dass sie nicht bereit sind, das [Minsker Maßnahmenpaket](#) zur Beilegung des Konflikts einzuhalten, und dass sie an einer friedlichen Lösung nicht interessiert sind. Im Gegenteil, sie versuchen, einen Blitzkrieg im Donbass zu inszenieren, wie es 2014 und 2015 der Fall war. Wir alle wissen, wie diese rücksichtslosen Pläne endeten.

Es vergeht kein einziger Tag, an dem nicht Gemeinden im Donbass unter Beschuss geraten. Die kürzlich gebildete große Streitmacht setzt Angriffsdrohnen, schweres Gerät, Raketen, Artillerie und Mehrfachraketenwerfer ein. Die Tötung von Zivilisten, die Blockade, die Misshandlung von Menschen, einschließlich Kindern, Frauen und älteren Menschen, geht unvermindert weiter. Wie wir sagen, ist kein Ende in Sicht.

Die so genannte zivilisierte Welt, als deren alleinige Vertreter sich unsere westlichen Kollegen deklariert haben, zieht es vor, dies nicht zu sehen, als ob es diesen Horror und den Völkermord, dem fast 4 Millionen Menschen ausgesetzt sind, nicht gäbe. Aber es gibt sie, und zwar nur deshalb, weil diese Menschen mit dem vom Westen unterstützten Putsch in der Ukraine im Jahr 2014 nicht einverstanden waren und sich dem Übergang zu einem neandertalerhaften und aggressiven Nationalismus und Neonazismus widersetzen, die in der Ukraine in den Rang einer nationalen Politik erhoben worden sind. Sie kämpfen für ihr elementares Recht, auf ihrem eigenen Land zu leben, ihre eigene Sprache zu sprechen und ihre Kultur und Traditionen zu bewahren.

Wie lange kann diese Tragödie noch weitergehen? Wie lange kann man sich das noch gefallen lassen? Russland hat alles getan, um die territoriale Integrität der Ukraine zu wahren. All die Jahre hat es beharrlich und geduldig auf die Umsetzung der Resolution 2202 des UN-Sicherheitsrates vom 17. Februar 2015 gedrängt, die das Minsker Maßnahmenpaket vom 12. Februar 2015 zur Regelung der Lage im Donbass konsolidierte.

Alles war vergeblich. Präsidenten und Abgeordnete der Rada kommen und gehen, aber das aggressive und nationalistische Regime, das in Kiew die Macht ergriffen hat, bleibt im Kern unverändert. Es ist ganz und gar ein Produkt des Putsches von 2014, und diejenigen, die damals den Weg der Gewalt, des Blutvergießens und der Gesetzlosigkeit eingeschlagen haben, erkannten damals keine andere Lösung für die Donbass-Frage als eine militärische und erkennen sie auch heute nicht an.

Die überfällige Entscheidung der Russischen Föderation

In diesem Zusammenhang halte ich es für notwendig, eine längst überfällige Entscheidung zu treffen und unverzüglich die Unabhängigkeit und Souveränität der Volksrepublik Donezk und der Volksrepublik Lugansk anzuerkennen.

Ich möchte die Bundesversammlung der Russischen Föderation bitten, diese Entscheidung zu unterstützen und anschließend den Vertrag über Freundschaft und gegenseitigen Beistand mit beiden Republiken zu ratifizieren. Diese beiden Dokumente werden in Kürze vorbereitet und unterzeichnet.

Wir wollen, dass diejenigen, die in Kiew die Macht ergriffen haben und weiterhin innehaben, die Feindseligkeiten sofort einstellen. Andernfalls wird die Verantwortung für eine mögliche Fortsetzung des Blutvergießens allein auf dem Gewissen des herrschenden Regimes der Ukraine lasten.

Bei der Bekanntgabe der heute gefassten Beschlüsse vertraue ich auf die Unterstützung der Bürger Russlands und der patriotischen Kräfte des Landes.

Ich danke Ihnen.

Anhang: Die Vertragsvorschläge der Russischen Föderation an USA & NATO, die bis heute abgelehnt blieben:

Annex A

inoffizielle Übersetzung

Entwurf

17. Dezember 2021 13:30 Uhr

Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Russischen Föderation über Sicherheitsgarantien

Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Russische Föderation, im Folgenden als „Parteien“ bezeichnet,

geleitet von den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Erklärung von 1970 über Grundsätze des Völkerrechts über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Staaten in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki von 1975 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sowie die Bestimmungen der Erklärung von Manila über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten von 1982, der Charta für Europäische Sicherheit von 1999 und der Gründungsakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikpakt-Organisation und der Russischen Föderation,

unter Hinweis auf die Unzulässigkeit der Androhung oder Anwendung von Gewalt in irgendeiner Weise, die mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen sowohl in ihren gegenseitigen als auch in ihren internationalen Beziehungen im Allgemeinen unvereinbar ist,

Unterstützung der Rolle des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, der die Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit trägt,

in Anerkennung der Notwendigkeit vereinter Anstrengungen, um wirksam auf moderne Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen in einer globalisierten und voneinander abhängigen Welt zu reagieren,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer strikten Einhaltung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, einschließlich der Unterlassung der Unterstützung von Organisationen, Gruppen oder Einzelpersonen, die einen verfassungswidrigen Machtwechsel fordern, sowie der Unterlassung von Maßnahmen, die darauf abzielen, das politische oder soziale System zu ändern einer der Vertragsparteien,

unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, zusätzliche effektive und schnell zu startende Kooperationsmechanismen zu schaffen oder die bestehenden zu verbessern, um neu auftretende Probleme und Streitigkeiten durch einen konstruktiven Dialog auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Anerkennung der Sicherheitsinteressen und -anliegen des anderen zu lösen, wie sowie angemessen entwickelte Reaktionen auf Sicherheitsherausforderungen und -bedrohungen,

in dem Bestreben, jede militärische Konfrontation und jeden bewaffneten Konflikt zwischen den Parteien zu vermeiden, und in der Erkenntnis, dass ein direkter militärischer Zusammenstoß zwischen ihnen zum Einsatz von Atomwaffen führen könnte, der weitreichende Folgen hätte,

bekräftigend, dass ein Atomkrieg nicht gewonnen werden kann und niemals geführt werden darf, und anerkennend, dass alle Anstrengungen unternommen werden müssen, um die Gefahr eines Ausbruchs eines solchen Krieges zwischen Staaten, die Atomwaffen besitzen, zu verhindern,

in Bekräftigung ihrer Verpflichtungen im Rahmen des Abkommens zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen zur Verringerung der Gefahr des Ausbruchs eines Atomkriegs vom 30. September 1971, des Abkommens zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung von die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhütung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See vom 25. Mai 1972, das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Errichtung von Zentren zur Verringerung des nuklearen Risikos vom 15. September 1987, sowie das Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhütung gefährlicher militärischer Aktivitäten vom 12. Juni 1989,

haben wie folgt zugestimmt:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf der Grundlage der Grundsätze unteilbarer, gleicher und unverminderter Sicherheit zusammen und zu diesen Zwecken:

darf keine Maßnahmen ergreifen, sich nicht an Aktivitäten beteiligen oder diese unterstützen, die die Sicherheit der anderen Vertragspartei beeinträchtigen;

führt keine Sicherheitsmaßnahmen durch, die von jeder Vertragspartei einzeln oder im Rahmen einer internationalen Organisation, eines Militärbündnisses oder einer Koalition beschlossen wurden und die Kernsicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei untergraben könnten.

Artikel 2

Die Vertragsparteien bemühen sich sicherzustellen, dass alle internationalen Organisationen, Militärallianzen und Koalitionen, an denen mindestens eine der Vertragsparteien beteiligt ist, sich an die in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Grundsätze halten.

Artikel 3

Die Vertragsparteien nutzen die Hoheitsgebiete anderer Staaten nicht zur Vorbereitung oder Durchführung eines bewaffneten Angriffs gegen die andere Vertragspartei oder für andere Handlungen, die grundlegende Sicherheitsinteressen der anderen Vertragspartei berühren.

Artikel 4

Die Vereinigten Staaten von Amerika verpflichten sich, eine weitere Osterweiterung der Nordatlantikpakt-Organisation zu verhindern und den Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken den Beitritt zum Bündnis zu verweigern.

Die Vereinigten Staaten von Amerika dürfen keine Militärbasen auf dem Hoheitsgebiet der Staaten der ehemaligen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken errichten, die nicht Mitglieder der Nordatlantikpakt-Organisation sind, ihre Infrastruktur für militärische Aktivitäten nutzen oder eine bilaterale militärische Zusammenarbeit mit ihnen entwickeln.

Artikel 5

Die Vertragsparteien sehen davon ab, ihre Streitkräfte und Rüstungen, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärbündnisse oder Koalitionen, in den Gebieten einzusetzen, in denen sie stationiert sind

Artikel 5

Die Vertragsparteien sehen davon ab, ihre Streitkräfte und Waffen, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärallianzen oder Koalitionen, in Gebieten einzusetzen, in denen ein solcher Einsatz von der anderen Vertragspartei als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit wahrgenommen werden könnte, mit Ausnahme von solchem Einsatz innerhalb der nationalen Hoheitsgebiete der Vertragsparteien.

Die Vertragsparteien sehen davon ab, in Gebieten außerhalb des nationalen Luftraums bzw. der nationalen Hoheitsgewässer schwere, für nukleare oder nichtnukleare Bewaffnung ausgerüstete Bomber zu fliegen oder Überwasserkriegsschiffe jeglicher Art einzusetzen, auch im Rahmen internationaler Organisationen, Militärallianzen oder Koalitionen, wo sie Ziele im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Die Vertragsparteien unterhalten den Dialog und arbeiten zusammen, um die Mechanismen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten auf und über hoher See zu verbessern, einschließlich der Vereinbarung der maximalen Anflugentfernung zwischen Kriegsschiffen und Luftfahrzeugen.

Artikel 6

Die Vertragsparteien verpflichten sich, keine bodengestützten Mittelstrecken- und Kurzstreckenraketen außerhalb ihres Staatsgebiets sowie in den Gebieten ihres Staatsgebiets zu stationieren, von denen aus solche Waffen Ziele im Staatsgebiet der anderen Vertragspartei angreifen können.

Artikel 7

Die Vertragsparteien sehen von der Stationierung von Kernwaffen außerhalb ihres Staatsgebiets ab und bringen solche Waffen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags bereits außerhalb ihres Staatsgebiets stationiert waren, in ihr Staatsgebiet zurück. Die Vertragsparteien beseitigen alle bestehenden Infrastrukturen für den Einsatz von Kernwaffen außerhalb ihres nationalen Hoheitsgebiets.

Die Vertragsparteien bilden kein militärisches und ziviles Personal aus Nichtkernwaffenstaaten für den Einsatz von Kernwaffen aus. Die Vertragsparteien führen keine Übungen oder Ausbildungen für Allzwecktruppen durch, die Szenarien beinhalten, die den Einsatz von Kernwaffen beinhalten.

Artikel 8

Der Vertrag tritt am Tag des Eingangs der letzten schriftlichen Notifikation über den Abschluss der für sein Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Verfahren durch die Vertragsparteien in Kraft.

Ausgefertigt in zwei Urschriften, jeweils in englischer und russischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen verbindlich sind.

Für die Vereinigten Staaten von Amerika

Für die Russische Föderation

Annex B

inoffizielle
Entwurf

Übersetzung

17. Dezember 2021 13:26

Abkommen über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation

Die Russische Föderation und die Mitgliedstaaten der Nordatlantikvertragsorganisation (NATO), im Folgenden als Vertragsparteien bezeichnet,

in Bekräftigung ihres Bestrebens, die Beziehungen zu verbessern und das gegenseitige Verständnis zu vertiefen,

in der Erkenntnis, dass eine wirksame Reaktion auf aktuelle Herausforderungen und Bedrohungen der Sicherheit in unserer interdependenten Welt gemeinsame Anstrengungen aller Parteien erfordert,

entschlossen, gefährliche militärische Aktivitäten zu verhindern und damit die Möglichkeit von Zwischenfällen zwischen ihren Streitkräften zu verringern,

feststellend, dass die Sicherheitsinteressen jeder Partei eine bessere multilaterale Zusammenarbeit, mehr politische und militärische Stabilität, Berechenbarkeit und Transparenz erfordern,

in Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen, der Schlussakte von Helsinki von 1975 der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Gründungsakte von 1997 über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Russischen Föderation und der Organisation des Nordatlantikvertrags, der Verhaltenskodex von 1994 zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit, die Europäische Sicherheitscharta von 1999 und die Erklärung von Rom „Russland-NATO-Beziehungen: eine neue Qualität“, unterzeichnet von den Staats- und Regierungschefs der Russischen Föderation und NATO-Mitgliedstaaten im Jahr 2002,

haben wie folgt zugestimmt:

Artikel 1

Die Vertragsparteien orientieren sich in ihren Beziehungen an den Grundsätzen der Zusammenarbeit, der gleichen und unteilbaren Sicherheit. Sie verstärken ihre Sicherheit nicht einzeln, innerhalb internationaler Organisationen, Militärallianzen oder Koalitionen auf Kosten der Sicherheit anderer Vertragsparteien.

Die Vertragsparteien werden alle internationalen Streitigkeiten in ihren gegenseitigen Beziehungen mit friedlichen Mitteln beilegen und sich jeder Anwendung oder Androhung von Gewalt enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbar ist.

Die Vertragsparteien schaffen keine Bedingungen oder Situationen, die eine Bedrohung für die nationale Sicherheit anderer Vertragsparteien darstellen oder als solche wahrgenommen werden könnten.

Die Vertragsparteien üben Zurückhaltung bei der militärischen Planung und Durchführung von Übungen zur Verringerung der Risiken eventueller gefährlicher Situationen im Einklang mit ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich derjenigen, die in zwischenstaatlichen Abkommen zur Verhütung von Zwischenfällen auf See außerhalb der Hoheitsgewässer und im darüber liegenden Luftraum niedergelegt sind, sowie in zwischenstaatlichen Abkommen zur Verhinderung gefährlicher militärischer Aktivitäten.

Artikel 2

Zur Behandlung von Fragen und zur Lösung von Problemen nutzen die Vertragsparteien die Mechanismen dringender bilateraler oder multilateraler Konsultationen, einschließlich des NATO-Russland-Rates.

Die Vertragsparteien tauschen regelmäßig und freiwillig Bewertungen aktueller Bedrohungen und Sicherheitsherausforderungen aus, informieren sich gegenseitig über militärische Übungen und Manöver und die wichtigsten Bestimmungen ihrer Militärdoktrinen. Alle bestehenden Mechanismen und Instrumente für vertrauensbildende Maßnahmen sind zu nutzen, um Transparenz und Vorhersehbarkeit militärischer Aktivitäten zu gewährleisten.

Es werden Telefon-Hotlines eingerichtet, um Notfallkontakte zwischen den Vertragsparteien aufrechtzuerhalten.

Artikel 3

Die Parteien bekräftigen, dass sie einander nicht als Gegner betrachten.

Die Vertragsparteien pflegen den Dialog und die Zusammenarbeit zur Verbesserung der Mechanismen zur Verhinderung von Zwischenfällen auf und über der Hohen See (hauptsächlich im Baltikum und in der Schwarzmeerregion).

Artikel 4

Die Russische Föderation bzw. alle Vertragsparteien, die am 27. Mai 1997 Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation waren, dürfen zusätzlich zu den dort stationierten Streitkräften keine Streitkräfte und Waffen auf dem Hoheitsgebiet eines der anderen Staaten in Europa stationieren dieses Hoheitsgebiet seit dem 27. Mai 1997. Mit Zustimmung aller Vertragsparteien können solche Einsätze in Ausnahmefällen erfolgen, um eine Bedrohung der Sicherheit einer oder mehrerer Vertragsparteien zu beseitigen.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stationieren keine landgestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Gebieten, die es ihnen ermöglichen, das Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien zu erreichen.

Artikel 6

Alle Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation verpflichten sich, jede weitere Erweiterung der NATO, einschließlich des Beitritts der Ukraine sowie anderer Staaten, zu unterlassen.

Artikel 7

Die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind, dürfen keine militärischen Aktivitäten auf dem Hoheitsgebiet der Ukraine sowie anderer Staaten in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien durchführen.

Um Zwischenfälle auszuschließen, dürfen die Russische Föderation und die Vertragsparteien, die Mitgliedstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind, keine Militärübungen oder andere militärische Aktivitäten oberhalb der Brigadeebene in einer Zone vereinbarter Breite und Konfiguration auf beiden Seiten der Grenzlinie durchführen die Russische Föderation und die Staaten in einem Militärbündnis mit ihr sowie Vertragsparteien, die Mitgliedsstaaten der Nordatlantikpakt-Organisation sind.

Artikel 8

Dieses Abkommen berührt weder die Hauptverantwortung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit noch die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus der Charta der Vereinten Nationen und darf nicht so ausgelegt werden.

Artikel 9

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem mehr als die Hälfte der Unterzeichnerstaaten beim Verwahrer die Ratifikationsurkunden hinterlegt haben, die ihre

Seite A 191 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Zustimmung zum Ausdruck bringen, durch es gebunden zu sein. Für einen Staat, der seine Ratifikationsurkunde zu einem späteren Zeitpunkt hinterlegt hat, tritt dieses Abkommen am Tag seiner Hinterlegung in Kraft.

Jede Vertragspartei dieses Abkommens kann durch entsprechende Mitteilung an den Verwahrer davon zurücktreten. Diese Vereinbarung endet für diese Partei [30] Tage nach Erhalt einer solchen Mitteilung bei der Verwahrstelle.

Dieses Abkommen wurde in russischer, englischer und französischer Sprache abgefasst, wobei alle Texte gleichermaßen verbindlich sind, und wird im Archiv des Verwahrers hinterlegt, der die Regierung von ist

Geschehen zu [Stadt ...] an diesem [XX] Tag des [XX] zweitausendund [XX].

Übersetzung ins Deutsche: Unser Mitteleuropa

Ukraine (Seiten A 192 – A 240)

04) Krieg in der Ukraine

Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet am 01. März 2022*)

Krieg in der Ukraine

Neue Zürcher Zeitung

Dienstag, 1. März 2022

Der Krieg läuft schlecht für Russland

Angriffe aus dem Hinterhalt, mutige Bürger, die sich Panzern in den Weg stellen, fehlendes Benzin: Putins Invasion verläuft nicht nach Plan. Filmaufnahmen aus der Ukraine illustrieren ihre Schwierigkeiten.

ANDREAS BÜCHER

Keofardi Treppenstücken in der Ukraine war noch immer vor. Aber der Blick auf Kampfsituationen, auf denen die Geheite unter russischer Kontrolle ständig wandern, frigt. Die ukrainischen Verteidiger befinden sich derzeit klar im Aufwind. Russlands über Jahre hochgerüstete Militär hat teilweise Fehler begangen. Zudem ist der Widerstand im Land wesentlich stärker und breiter in der Bevölkerung verankert, als man in Moskau angenommen hatte.

Dadurch zerbicht ein zentrales Argument der russischen Führung für den Krieg – dass es bei der Militäroktion um eine Befreiung des ukrainischen Volkes gehe. Die Vorgänge im Kriegsgeschehen belegen das Gegenteil. Sie zeigt etwa ein am Sonntag verheerendes Video, wie eine russische Panzerkolonne am Rand einer ukrainischen Ortschaft man Unschuldigen gemordet wird – durch die Moskau Presse veröffentlichten Einwürfen auf der Zuhörersseite.

Starker Widerstandsrüst

Die Aufnahme entstand in Dnepropetrovsk, einer Kleinstadt am Süden der Ukraine. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil Beobachter erwarten hatten, dass Russland im Süden des Landes eher als andere Sperrbezirke finden würde. In dem Video manifestiert sich aber auch dort ein starker Widerstandsrüst. Ein Mann schreibt allein auf das vierte Video der Kolonne zu, einem T-90-Panzer, offenbar in der Absicht, die Besatzung zur Rede zu stellen. Aus dem Wachen von Zuchoworn geht hervor, dass es kein Gaspochi gestrichelt ist. Rund hundert Meter da-

hinfort versperrt eine Menschenmenge die Strasse. Die Panzer machen auch ein paar Meter vor – ihren hinterher erschaufel der Ruf «Ruhm der Ukraine!». Ähnliche Szenen sind aus Ortschaften in der stark inkampften Provinz Tscherniwle dokumentiert. Im Städtchen Buchara drühten gegnerische Fahrzeuge angesichts einer Menschenmenge unvorstellbar Dinge um. Dabei spürte die Durchfahrt durch diesen Ort von strategischer Bedeutung, weil er ein zentraler Punkt von der teilweise eroberten Grenzprovinz Saporischja nach Kiew liegt.

Ein vom Kiew-Regime vermutlich unterschätzter Faktor besteht darin, dass auch Isolation und Einzelkämpfer problemlos selbständigen können. Alle Ukrainer sprechen nicht oder weniger gut Russisch. Es ist eine völlig andere Situation als etwa bei der russischen Intervention in Syrien. Wo die Angreifer in Kontakt mit Bewohnern konnten, können diese ihnen sofort die Verwerflichkeit ihres Tuns erklären und das Propagandabild von der «Befreiung» zerstören.

Eindeutlich ist ein Video, das bereits am ersten Tag der Invasion nahe der Halbinsel Krim entstand. Eine russische, perfekt russischsprachige Frau herrscht über ein Straßenschild positioniert Soldaten an. «Die sind Okkupanten, Panzer sind nicht Teil der Armee, sie sind mit Waffen in unser Land gekommen!», Zuerst schreit die für die Einweisung des unwillkommenen Gastes noch einen brutalen Rat. Er solle Sonnenbrille anziehen in seine Helmscheinwerfer stecken. Sie weist, dass die Russen vorsteht, was damit gemeint ist. Auf diese Weise werden ukrainische Sonnenbrillen aus der Erde wachsen, wenn der Soldat den Tod gefunden hat.

Aber auch dort, wo kein Gaspochi zustande kommt, dürfen die ukraini-



Ukrainer protestieren in den Kiewer Hauptbahnhoff auf einen Zug nach Polen oder in den Westen des Landes zu erreichen. (Dokumentation)



In Exzelsior-Keller zweier Kiewer Spitals werden kranke Kinder versorgt. (Dokumentation)

Die Türkei schliesst den Bosphorus für die russische Marine

Die Montreux-Konvention erlaubt im Kriegsfall eine Einschränkung des Verkehrs durch die türkischen Meerengen

VOLKAN PABER, ISTANBUL

Die Aussage ist banal, aber sie hat potenziell weitreichende Konsequenzen. Der türkische Außenminister Mevüt Çavuşoğlu hat am Sonntag erklärt, die Ereignisse in der Ukraine stellen einen Krieg dar, in dem die Türkei sowohl die Konvention von Montreux entsprechend anwenden. Dies könnte eigentlich nur bedeuten, dass türkischen Kriegsschiffe die Durchfahrt durch den Bosphorus verweigern wird. Am Montagabend hat sich Çavuşoğlu laut der türkischen Nachrichtenagentur Anadolu klar bekundet, dass weder Kriegsschiffe von Schwarzmeer-Anrainern noch von Nicht-Anrainern des Bosphorus und die Dardanellen durchqueren dürfen.

Strategisch bedeutsam

Als einzige Verbindung des Schwarzen Meeres zur offenen See sind die türkischen Meerengen von zentraler strategischer Bedeutung, auch für den gegenwärtigen russischen Überfall auf die Ukraine. In den vergangenen Wochen hat die russische Marine zahlreiche Kriegsschiffe der Ostsee und Nordatlantikum im Schwarzen Meer versetzt, darunter auch Landungsboote und das U-Boot-«Bosporus»-Donau. Der ukrainische Botschafter in Ankara hat bereits wenige Stunden nach dem russischen Angriff die Türkei

unter Verweis auf den Vertrag von Montreux auf weiteren russischen Kriegsschiffen die Durchfahrt durch die Meerengen zu verweigern. Im Kriegsfall ist dies tatsächlich möglich. Doch für Ankara ist dies eine sehr heikle Frage.

Mit dem Überfall im Februar von 1939 hat die Türkei nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die Souveränität über die Meerengen zurückgewonnen. Dazu zählen neben dem Bosphorus auch die Dardanellen und, als Verbindungsräume zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer, die Straße von Istanbul. Für die Türkei ist dies ein zentraler Punkt. Der Vertrag von Montreux regelt die Durchfahrt durch die Meerengen in Friedenszeiten. In Kriegszeiten ist die Durchfahrt für die Kriegsschiffe von Schwarzmeer-Anrainern und für die Kriegsschiffe der Ostsee und Nordatlantikum im Schwarzen Meer versetzt, darunter auch Landungsboote und das U-Boot-«Bosporus»-Donau. Der ukrainische Botschafter in Ankara hat bereits wenige Stunden nach dem russischen Angriff die Türkei

unter Verweis auf die Konvention von Montreux die Durchfahrt durch die Meerengen zu verweigern. Im Kriegsfall ist dies tatsächlich möglich. Doch für Ankara ist dies eine sehr heikle Frage. Mit dem Überfall im Februar von 1939 hat die Türkei nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg die Souveränität über die Meerengen zurückgewonnen. Dazu zählen neben dem Bosphorus auch die Dardanellen und, als Verbindungsräume zwischen dem Schwarzen Meer und dem Mittelmeer, die Straße von Istanbul. Für die Türkei ist dies ein zentraler Punkt. Der Vertrag von Montreux regelt die Durchfahrt durch die Meerengen in Friedenszeiten. In Kriegszeiten ist die Durchfahrt für die Kriegsschiffe von Schwarzmeer-Anrainern und für die Kriegsschiffe der Ostsee und Nordatlantikum im Schwarzen Meer versetzt, darunter auch Landungsboote und das U-Boot-«Bosporus»-Donau. Der ukrainische Botschafter in Ankara hat bereits wenige Stunden nach dem russischen Angriff die Türkei

Rücknahme nach Moskau

Die Frage hat aber nicht nur eine völkerrechtliche, sondern auch eine politische Dimension. Ankara hat bei der Umsetzung des Vertrags von Montreux stets auf russische Interessen Rücksicht genommen. Die Durchfahrt des U-Boots «Rosin» am Donnerstag durch den Bosphorus, erklärt die Montreux-Konvention. Die U-Boote dürfen laut Vertrag nur zu Wartungszwecken den Bosphorus passieren. Die «Rosin» am Donnerstag wurde tatsächlich in einer russischen Ostseebasis überholt worden. Von der Rückkehr ins Schwarze Meer habe sie aber fast ein ganzes Jahr im Mittelmeer passiviert, erklärt die Montreux-Konvention. Dennoch habe es keinen türkischen Protest gegeben. Als die USA im Geopien-Krieg 2008 ein großes Sanitätsschiff im Schwarzen Meer einmarschieren wollten, bestand Ankara jedoch auf der wörtlichen Umsetzung des Vertrags und

verwehrt unter Verweis auf die Konvention die Durchfahrt durch den Bosphorus.

Die bisherige türkische Rücknahme erklärt sich vor allem aus der Sorge, dass Russland andererseits auf eine Revision der Konvention drängen oder nach weiterer Schritte unternehmen würde. Das Osmanische Reich und Russland haben mehrere Kriege über die Meerengen und die Vorherrschaft im Schwarzen Meer geführt. Zuletzt stellte Stalin 1946 die Montreux-Konvention offen in Frage. Die sogenannte Montreux-Krise war ein wichtiger Wechsellager für den Nato-Beitritt der Türkei sechs Jahre später.

Die ganze Frage ist umso heikler, als Ankara südlich beabsichtigt ist, sich nicht in den ukrainisch-russischen Konflikt hineinzuziehen zu lassen. Die Türkei beobachtet die russischen Hegemonialbestrebungen im Schwarzen Meer sowie mit Argwohn die Assoziation der Krim hat. Ankara ist deutlich verunsichert, den fraglichen Grossangriff selbstständig zu sein. Die Ukraine berichtet unter anderem von der Türkei, die auch gegen die russische Armee im Einsatz sind.

Gleichzeitig verfügt Russland über erhebliches Druckpotential gegenüber der Türkei. Russische Touristen machen die mit Abstand größte Gruppe ausländischer Gäste aus. Ein Boykott

wie 2015 nach dem Abbruch einer russischen Kampfflug in Syrien würde, das ökonomisch ebenfalls stark angeschlagene Land hart treffen. Auch europäisch und die Abhängigkeiten gross. Zudem kann Russland durch eine russische Eskalation des Konflikts in der syrischen Region leicht jederzeit den Rücktritt aus der türkischen Südgrenze erklären.

Zeitwende auch in Ankara?

Der Marineminister hat gesagt, dass «wenn man es selbst unter diesen Umständen nicht mag, den Vertrag ohne Rücksichtnahme auf Russland zu ändern, dann kann man ihn auch gleich für belanglos erklären». Die Erklärung von Außenminister Çavuşoğlu deutet darauf hin, dass es die Regierung überlegt, die russische Armee auf die Ukraine zu verlagern, auch für die Türkei eine Zotenwende.

*) Wir danken unserem Leser Roger Kunert, der uns diese Seiten zur Verfügung stellte!



Eine Strassensperre auf der Zufahrt zum Zentrum von Kiew.

EMILIO LORENZINI / AP



Präsident Selenski unterzeichnet eine Anfrage für den Beitritt zur EU.

LAPARNAK PRESIDENTIUM/PHOTO: SLOANED/REUTERS

schiehenden Truppen bald einmal Zweifel an der offiziellen These vom unterdrückten ukrainischen Volk aufkommen. Zu offensichtlich ist, dass auf der Gegenseite ganz gewöhnliche Menschen stehen – und nicht vermeintliche Neonazis oder amerikanische Agenten.

Ein Beispiel ist der couragierte Ukrainer, der sich Ende letzter Woche ganz allein einer fahrenden Kolonne von russischen Tig-Geländefahrzeugen in den Weg stellte. Ein Video zeigt, wie er damit mehrere Fahrer zum Ausweichen zwang und selbst dann nicht innehielt, nachdem er beinahe umgefahren worden war. Der Ort ist nicht bekannt, aber die Aufnahme zeigt eindeutig Fahrzeuge der russischen Invasionsarmee, die an ihrer Markierung – einem grossen «Z» – erkennbar sind.

Keine völlige Luftfreiheit

Ein riesiges Problem für Russlands Führung ist jedoch nicht nur der Widerstandswille der Zivilbevölkerung. Unterschätzt hat Moskau offensichtlich auch die Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte. Trotz überwältigender Übermacht im Luftraum haben es die Angreifer noch immer nicht geschafft, die völlige Luftfreiheit zu erlangen. Gefahr geht für sie weniger von ukrainischen Kampfflugzeugen aus, die offenbar kaum noch operieren können, sondern von unbemannten Fluggeräten wie den geführten Bayraktar TB2.

Diese Kampfrohre türkischer Produktion haben den Russen mit Raketenangriffen empfindliche Verluste zugefügt. Ein besonders krasses Beispiel zeigt ein Video von einem Angriff, der nach offiziellen Angaben in der nördlichen Grenzprovinz Schitomir erfolgte: Getroffen wurde laut Militärexperten eine mobile russische Flugabwehreinheit des Typs Buk M2 – also ausgerechnet ein Waffensystem, das auch Drohnen erfassen und bekämpfen sollte. Offensichtlich war die Bayraktar vom russischen Radar nicht rechtzeitig entdeckt worden.

Erst recht bedroht sind die russischen Militärkonvois durch Angriffe am Boden. Ein Vorstoss ins Zentrum der ukrainischen Millionenstadt Charkiw endete für die Angreifer am Sonntag vernichtend. Lediglich mit leicht gepanzerten Tig-Geländefahrzeugen sowie Lastwagen ausgestattet und in viel zu kleiner Zahl unterwegs, gingen die Russen in dem Häuserkampf in eine Falle.

In einem eigentlichen Inferno endete der Vorstoss einer russischen Einheit im Kiewer Vorort Butscha. Ein aus einem Wohnhaus aufgenommenes Video zeigt, wie ein Konvoi aus gepanzerten Mannschaftswagen langsam durch eine schmale Quartierstrasse vorrückte, begleitet durch Bewaffnete zu Fuss. Videobilder doku-

mentieren später rund ein Dutzend zerstörte Fahrzeuge in derselben Strasse.

Der amerikanische Militärexperte Rob Lee vermutet, dass die Russen einer ukrainischen Artillerie-Attacke zum Opfer fielen. Das Beispiel verdeutlicht, dass sich die Angreifer bei Vorstössen in dicht besiedeltes Gebiet einem besonders grossen Risiko aussetzen. Das für eine erfolgreiche Operation notwendige Zusammenspiel zwischen Boden- und Luftstreitkräften scheint nicht recht zu funktionieren. Wenig überraschend ist der am Freitag begonnene Angriff auf die Hauptstadt so ins Stocken geraten. Hinzu kommt, dass es unter den Einheimischen genügend motivierte Bürgerinnen und Bürger gibt, die mit einfachen Mitteln die russischen Vorstösse zu behindern versuchen. Im Internet zirkulieren entsprechende Anleitungen. Rasch haben sich erste Widerstandsgruppen gebildet.

Die genannten Beispiele sollen nicht den Eindruck erwecken, dass der Krieg bereits entschieden sei. Russland verfügt

Ein vom Kreml-Regime vermutlich unterschätzter Faktor besteht darin, dass sich Invasoren und Einheimische problemlos verständigen können.

über erhebliche militärische Reserven und kann diese notfalls auch auf rücksichtslosere Weise als bisher einsetzen. Raketen salvoen auf die Stadt Charkiw am Montag mit mindestens einem Dutzend Todesopfern deuten bereits auf eine Brutalisierung des Krieges hin. Aber zweifellos läuft es für die Angreifer derzeit nicht nach Plan. Sie kämpfen auch mit selbstverschuldeten Problemen; es häufen sich Hinweise auf Schwächen bei der Logistik. Hungerige russische Soldaten sehen sich zum Plündern gezwungen, und vielerorts bleiben Panzerfahrzeuge stehen, weil sie eine Panne haben oder ihnen der Treibstoff ausgegangen ist.

Dabei müssen die vom Kreml in einen sinnlosen Krieg geschickten Soldaten auch noch den Spott von Einheimischen erdulden. Rasant verbreitet sich das Video eines furchtlosen Autofahrers, der auf ein Grüppchen Soldaten und deren steckengebliebenen Schützenpanzer zugeht. Er bietet ihnen Hilfe beim Abschleppen an – nach Russland.

«Und wenn mein Sohn im Zinksarg zurückkommt?»

Viele Eltern von russischen Soldaten wissen nicht, wo sich ihre Söhne befinden, die in der Armee sind

INNA HARTWICH, MOSKAU

«Pawel», sagt er, spricht leise, wiederholt es noch einmal. «Pawel, geboren 2002, Fahrer, aus der Region Irkutsk.» Die Augen hat ihm jemand mit Klebeband verhängt. Die Kapuze seiner Armejacke bewegt sich hin und her. Die harsche Befragung geht weiter, gefilmt auf Video. In den sozialen Netzwerken finden sich Dutzende solcher Aufnahmen, Dutzende solcher «Pawels» – russische Soldaten, die in ukrainische Gefangenschaft geraten sind. Sie berichten Ähnliches: Sie seien zu «Übungen» da, hätten nicht gewusst, wohin sie gebracht würden, die Vorgesetzten hätten ihnen die Telefone abgenommen. Sie knien, sitzen in Unterwäsche, ohne Uniform auf Treppenstufen oder liegen verletzt im Krankenbett.

«Er folgt einem Befehl»

Manche russische Familien erfahren erst durch solche verstörenden Videos, wo sich ihre Söhne und Brüder aufhalten. Dass sie im Krieg gegen die Ukraine sind, den Russland offiziell mit dem beschönigenden Begriff «militärische Spezialoperation» bezeichnet. Viele Eltern von russischen Soldaten rufen derzeit bei Hilfsorganisationen an, um den Aufenthaltsort ihrer Kinder

herauszufinden. Das russische Verteidigungsministerium äussert sich nicht. Erst am Sonntag gab ein Sprecher zu, dass es auch verletzte und getötete russische Militäranghörige in der Ukraine gibt. Zahlen nannte er nicht. «Ich weiss einfach nicht, wo mein Sohn derzeit steckt. Wohl in der Ukraine. Verrichtet dort seinen Job.» Darja Nikolajewa klingt unruhig am Telefon. Der letzte Anruf von ihrem Jeger sei aus Weissrussland gekommen, seitdem: drei Wochen Stille. Die 43-Jährige aus einer Industriestadt am Ural glaubt ihren Sohn mit «Kampf». Auch sie nimmt das Wort «Krieg» nicht in den Mund, wie die meisten Menschen in Russland. Erst nach der Zusicherung von Anonymität hat sie sich auf das Gespräch eingelassen, ihr Name lautet in Wirklichkeit anders.

Sie wolle keinen Ärger, für sich nicht, für ihren Jeger ebenfalls nicht. Der 24-Jährige brauche «diese Anstellung», er müsse seine Familie versorgen, sein kleiner Sohn sei erst zwei. «Wir leben in der Provinz, arbeiten beim Staat. Viel anderes gibt es hier nicht. Der Staat ist ein zuverlässiger Arbeitgeber.» Sie und ihr Mann hätten Jeger zum Dienst in der Spezialeinheit Omon gedrängt. Sportlich sei er, die Bezahlung sei gut. Dass er jemals ein «Quasi-Militäranghöriger»

werde, daran hätten sie nicht gedacht. «Ich mache mir Sorgen um Jeger.» Vor einigen Jahren liess das russische Regime Omon mit den sogenannten «Innenen Truppen» zur Nationalgarde fusionieren. Es entstand ein dem Präsidenten unterstelltes Spezialkommando, Wladimir Putins Privatarmee also. Die Nationalgarde ist ein innen-

Erst am Sonntag gab ein Sprecher zu, dass es auch verletzte und getötete russische Militäranghörige in der Ukraine gibt.

politisches Machtinstrument, sie solle «die öffentliche Ordnung schützen», heisst es in den Dokumenten.

Sie greift als Schlägertruppe bei krenkrischen Protesten ein und dient der Disziplinierung möglicher illloyaler Eliten. Manchmal auch im Ausland. Erst kürzlich sei Jeger in Kasachstan eingesetzt worden. Gemeldet habe er sich immer. «Ich mache mir einfach Sorgen,

ich bin ja seine Mutter.» Darja Nikolajewa weiss recht genau, was die Aufgabe ihres Sohnes ist. Hinterfragt hat sie diese Aufgabe nie. «Er folgt dort einem Befehl.» Ihre Stimme zittert.

Vom Wehrdienst in den Krieg

Anderer Soldatenmütter weinen ebenfalls. Viele von ihnen haben seit Tagen nichts von ihren Söhnen gehört. «Bei uns melden sich seit Wochen vermehrt Mütter von Wehrpflichtigen und wollen erfahren, wo ihre Kinder sind», sagt Olga Larkina vom Moskauer «Komitee der Soldatenmütter». Die Menschenrechtsorganisation hat es sich zur Aufgabe gemacht, Missständen in der russischen Armee auf den Grund zu gehen. «Viele der Jungs werden offenbar gezwungen, als Zeitsoldaten Verträge zu unterschreiben – und werden in die Ukraine geschickt.» Die russischen Behörden bestreiten eine solche Praxis.

In Russland gibt es eine zwölf Monate dauernde Wehrpflicht. Bereits vorher können die Rekruten ihren Dienst verlängern und werden zu sogenannten «kontraktiki», Vertragsmilitärs. Nur als solche dürfen sie bei «Militäroperationen» eingesetzt werden, so steht es in einem Ukas des Präsidenten. Larkina berichtet von Wehrpflichtigen, denen die Verträge offenbar ausgefüllt vorgelegt

werden, damit man sie schnell einsetzen kann. «Sie werden nicht gefragt, manche stellt man einfach in einer Reihe auf und lässt sie unterschreiben. Da muckt doch keiner auf.» Manche Verwandte fragen bei Fotografien im Kriegsgebiet nach Bildern, in der Hoffnung, ihre Brüder und Söhne darauf zu erkennen.

Nach Berichten von Russlands unabhängigen Medien sollen russische Einberufungsämter derzeit vermehrt Vorladungen an die aus Ausbildungs- oder Gesundheitsgründen Zurückgestellten verschicken. Auch Eltern von bald 18-Jährigen wenden sich an die «Soldatenmütter», wollen herausfinden, wie sie ihren Sohn vor der Einberufung schützen können.

Ohnehin tun viele russische Mütter und Väter einiges dafür, ihre Söhne vor der gnadenlosen russischen Armee zu bewahren, auch in friedlichen Zeiten. Nun, in Zeiten des Krieges? «Ich werde meinen Sohn weg schicken aus unserer Stadt, werde den Behörden sagen, dass er nicht hier lebt. Wenn es sein muss, werde ich ihn im Keller verstecken», zitiert das russischsprachige Nachrichtenportal «Meduza» eine russische Mutter.

Darja Nikolajewa hat ihren Jeger nie versteckt. «Er macht einen wichtigen Job. Dachte ich immer. Und wenn er nun im Zinksarg zurückkommt?»



Ukrainer laden am polnischen Grenzübergang Medyka ihre Mobiltelefone auf.



«In solchen Zeiten muss jeder gesunde Mann heimfahren.»
Bohdan, 34-jähriger Ukrainer



«Ja, ich fürchte mich schon etwas.»
Juri Hatak, 34-jähriger Ukrainer



«Dass die Russen mehr Soldaten haben, bedeutet gar nichts.»
Petro Palamar, 34-jähriger Ukrainer

Die Heimatliebe überdeckt die Angst

Tausende Ukrainer kehren aus Polen ins Kriegsgebiet zurück, und viele wollen kämpfen

VON JULIANE (TEXT)
MAGIER, JAVIERALEK BELDEN, MEDYKA

Die Nacht über Medyka hat begonnen, was die Hektik am gegenüberliegenden geschäftigen Grenzort zwischen Polen und der Ukraine noch erhöht. Die roten Rücklichter Dutzender von wartenden Fahrzeugen kumuliert mit den grellen Scheinwerfern, die den Übergang für Autos erleuchten. Einige Motoristinnen decken sich die Ultramarillen und Ukrainer in einer Filiale der Supermarktkette Biedronka mit dem Nützlichsten ein, bevor sie auf dem Abtransport an ihren Plätzen warten – oder in ihre Heimat zurückkehren.

Es sind zwei ungleiche Ströme, die sich an der Grenze kreuzen, wobei jener der Flüchtlinge deutlich grösser ist: Fast 300 000 Menschen sind bereits vor dem Krieg nach Polen geflohen. Und doch mündet die heutige Grenzwaache auch, dass bis Sonntag etwa 22 000 Menschen in die Ukraine ausreisen seien.

Abendliche Hektik

In Medyka sind diese Rückkehrer nicht zu übersehen. Sie sitzen in Tausendern in Autos oder Kleinbussen und zihen schwer gepackt zum Zaunhäuschen am Übergang für Fussgänger. Am Samstagabend wollen viele von ihnen nicht reden. Schließlich beginnt in wenigen Stunden auf der anderen Seite der Grenze die «Komendantski Tschaka», die Ausgangsperre ab 22 Uhr, und sie wollen vorher die 30 Kilometer entfernte Stadt Lwów erreichen.

Petro Palamar und Maxim Klimak stecken ihre taschenförmigen Taschen denoch klar ab. «Wir gehen kämpfen, gegen die Russen», verkündet Palamar, «am verjagen sie von unserer Erde.» Die Truppen aus dem Nachbarland seien völlig grübellos einmarschiert, nur mitnehmen alle die Heimat verteidigen. «Prüben oder Tod, verstehtst du?», sagt Palamar und schnürt mit der Zunge. Nicht nur die beiden Mindestzeiger wirken grimmig entschlossen. Auch Boh-

dan, der sich kurz eine Zigarette anzündet, bevor er weitergeht, hat nicht gezögert. «In einer Woche sind wir in Moskau», sagt er, «wenn alle an einem Strang ziehen.» Wie viele Ukrainer hat er in Polen auf dem Bau gearbeitet und wird nun seine Arbeit hin, um heimzufahren. «Das muss jeder gesunde, normale Mann in solchen Zeiten tun.»

Goodwill von offiziellen Stellen

Tatsächlich hängen sich die Meldungen von polnischen Untersuchern, wonach ihre Angestellten aus dem Nachbarland Ferien einfordern oder kündigen, um zu kämpfen. Wie viele genau, bleibt unklar, doch das Reservoir ist erheblich: Fast eineinhalb Millionen Ukrainerninnen und Ukrainer leben hier, das Durchschnittsalter liegt unter 40 Jahren.

Die Rückkehrwilligen stossen auf viel guten Willen, auch von offiziellen Stellen. An der Grenze werden Autos mit solchen Freiwilligen prioritär behandelt. Und auch wenn sich das Nato-Mitglied Polen nicht direkt am Krieg beteiligen kann und will, so schickt es doch Hightech-Waffen wie das Flugabwehrsystem Piorun und stellt sich auch als Drehkreuz für Lieferungen anderer Staaten zur Verfügung.

Ukrainer, die der Armee beitreten wollen, erhalten auch in anderen Ländern Unterstützung. So äusserte die britische Ausserministerin Prozess Verständnis für jene, die zurückkehren wollen, um «für die Demokratie» zu kämpfen. Die Tschechische Republik erklärte sogar, sie werde die Familien solcher Männer finanziell unterstützen. Interessanterweise ist kaum die Rede von Frauen, obwohl sie inzwischen 15 Prozent des Armeebestands ausmachen. Sie sind auch nicht von der Ausreiseperrre betroffen, die für Männer im wehrfähigen Alter gilt.

In Medyka betonen aber auch zahlreiche Frauen zurück in die Ukraine. Eine Vierergruppe ist sogar noch schwerer gepackt als die männlichen

Das Gefühl, kaum eine Wahl zu haben, ist weit verbreitet unter jenen, die zurückgehen.

Kollegen und verfolgt ein etwas anderes Ziel: «Wir holen unsere Kinder in Iwan-Frankiwsk und jene unserer Nachbarn», erzählen sie kurz angebunden, während sie mit freiwilligen Helfern darüber verhandeln, wie sie noch zusätzliche Decken und Jacken für die seit vielen Stunden in der Schlange wartenden Flüchtlinge auf der ukrainischen Seite der Grenze mitnehmen können. Auf die Frage, ob sie sich denn nicht fürchten, antworten sie mit einem verständnislosen Blick: «Es geht um unsere Kinder.»

Starkes Verantwortungsgefühl

Das Gefühl, kaum eine Wahl zu haben, ist weit verbreitet unter jenen, die zurückgehen. «Wer dem sonst, wenn nicht wir?», rufen sie im Vorbeigehen. Nur wenige reden über Angst oder Zweifel, auch wenn Palamar und Klimak zugeben, sie hätten keine Ahnung, wie sich die Lage in ihrer westukrainischen Heimatstadt Lwów präsentieren.

Nachdenklicher gibt sich Juri Hatak, der wie die beiden nach 2014 bereits im Donbass gegen Russen und Separatisten kämpfte. Er will nach Kiew, in die unbesetzte Hauptstadt. «Ich werde den Durchbruch versuchen, vielleicht mit Freiwilligen oder einem Auto», sagt er vage. Und ja, er fürchte sich schon etwas. «Aber der Patriotismus überdeckt meine Angst.»

Die Ungewissheit über die Situation im Land sagt an den Ukrainern in Polen, obwohl sie über Nachrichten von Verwandten und Videos bei Messenger-Diensten eine Fülle an Informationen erhalten. Was davon wirklich wahr und was Propaganda ist, bleibt von aussen schwer zu beurteilen. Viele erzählen aber, dass sich die Menschen in ihren Quartieren bewaffnet hätten, sie zeigen Bilder von Bürgerwehren, deren Bewaffnung mit alten Kalaschnikows und Molotowcocktails allerdings bescheiden scheint.

Zu den Ukrainern, die zurückkehren, gesellen sich auch Ausländer: So hat

Präsident Wolodymyr Selenski am Sonntag die Gründung einer internationalen Freiwilligen-Legion zur Unterstützung der regulären Armee angekündigt. Damit knüpft er an bestehende Strukturen an. Seit 2014 haben mehrere zehntausend Ausländer ausserhalb der Ukraine gekämpft.

Genug Soldaten

Wann und unter welchen Bedingungen die nun ins Kriegsgebiet strömenden Ukrainer und Ausländer zum Einsatz kommen, ist offen. Laut Presseberichten gemessen sie bei den Militärstützen keine hohe Priorität, da die Armee zumindest momentan genug Personal hat. Selenski hat zudem erst am Mittwoch 36 000 Reservisten eingezogen, deren Eingliederung und Bewaffnung organisatorische Ressourcen absorbiert. Die Zahl der potenziellen Kämpfer wäre demnach gross. Die Ukrainer gehen davon aus, dass mindestens eine halbe Million Männer und Frauen seit 2014 militärische Erfahrungen gesammelt hat.

Eine andere Frage ist allerdings, ob sie gut genug ausgebildet werden könnten, um der russischen Übermacht zu widerstehen. So interviewte al-Jazeera einen Mann namens Nikolai an der Grenze, der dies äusserst kritisch sieht: «Die jungen Leute gehen als Kanonenfutter in die Ukraine.» Dass die Kämpfer so oder so verlustreich werden dürften, zeigt die Erfahrung der vergangenen acht Jahre. Der Konflikt hat bereits vor der russischen Invasion am Donnerstag über 11 000 Tote gefordert.

Petro Palamar und Maxim Klimak haben für die Frage nach der russischen Überlegenheit dennoch nur ein schallendes Lachen übrig. «Russland hat keine starke Armee», behauptet Klimak. «Wir sehen ja, dass sich die Soldaten ergeben, sie haben überhaupt keine Motivation. Wir hängen verteidigen unsere Häuser, unser Land, unsere Interessen.» Palamar stimmt ihm zu: «Dass sie mehr Soldaten haben, bedeutet rein gar nichts.»

Die wichtigsten Grenzübergänge von der Ukraine nach Polen





Zehntausende Menschen demonstrieren am vergangenen Sonntag im Berliner Tiergarten gegen den Krieg in der Ukraine.

delle mächtige Ostauschuss der deutschen Wirtschaft war an Profiten interessiert, da befetzte die Wandel-durch-Handel-Ideologie, wie Marx sagen würde, den passenden Überbau. Keiner bestreite die Prinzipienlosigkeit des deutschen Big Business besser als der Siemens-Chef Joe Kaeser, als er Putins brutale Annexion der Krim 2014 als «kurzfristige Turbulenz» in den Geschäftsbeziehungen verhandelte.

Die Unionsparteien fügten sich widerstandslos in das Traumbild ein, es gebe keine grundlegenden Interessenkonflikte zwischen Staaten. Machtpolitik sei überstanden, alles Militärische von vorgezogen, Despoten lassen sich durch Einigenkommenen bestechen. Angela Merkel verkündete als Bundeskanzlerin diese postmoderne Illusion perfekt, in der das Streben nach Beliebtheit in Beliebigkeit mündete, der Bevölkerung materiell und intellektuell nichts eigenmächtig werden durfte und Krisen ausgesessen werden konnten.

Niedergang der Bundeswehr

Auch Grüne und FDP taumelten freudig mit ins sicherheitspolitische Nirwana, oft sogar ganz vorne weg. Nach dem Abgang Joschka Fischer, der seiner Partei Realitätsfaktoren einzuhauchen versucht hatte, fielen die Grünen in ihre alten Pazifismus- und Frieden-durch-Reden-Passivitäten zurück. Und alles, was die FDP unter Außenminister Guido Westerwelle (2009-13) zur deutschen Sicherheitspolitik beizug, waren Forderungen nach Abzug amerikanischer Atomwaffen aus der Bundesrepublik und mehr Abrüstung – zu einer Zeit, als Putin sein Militär bereits entschlossen auf Hybride-Kombi- und hybride Kriegführung haderbräute.

Nirgendwo wurde der Widerwille, nüchtern über Sicherheit und Ostetropa nachzudenken, deutlicher als bei der Abstimmung der Bundeswehr. Es scheint fast, als hätten die Parteien in Berlin mit dem Machtantritt Putins kollektiv beschlossen, das deutsche Militär zu ruinieren. In den vergangenen 25 Jahren stellten die SPD 6, die Union 16 Jahre die Verteidigungsminister. Zug das Amt im Kalten Krieg politische Schwergewichte wie Franz Josef Strauss oder Helmut Schmidt an, fand sich bei den Koalitionsverhandlungen 2021 niemand, der den Job wollte. Letztlich fiel das Ministerium wie eine heiße Kartoffel an die SPD. Diese erbt ein heruntergewirtschaftetes, kaum einsatzfähiges Militär. 2017 hatten Waffen und Geräte aus mehreren Brigaden zusammengesammelt werden müssen, um 450 Soldaten kampftauglich nach Litauen zu entsenden. Ihnen fehlen heute, kein Witz, währende Jacken und Unterwäsche und, wegen der Fundamentopposition der SPD, Kampftröten.

Als der ukrainische Präsident Selenski vor fünf Wochen angesichts von Putins Truppenaufmarsch in Berlin verzweifelt um Schutzwesten nachsuchte, lehnte die Bundeswehr ab. Sie hatte nicht einmal genug für die eigene Truppe. Zumindest schickte sie 5000 der erbetenen 100 000 Helme – zwei Tage nach dem russischen Überfall.

Geopolitisches Einmaleins

Was freilich am schlimmsten war: Berlin krummgerippte bedenkenlos die Sicherheit des Ukraine, der größten und wichtigsten osteuropäischen Demokratie. Schon 2012 schrieb der amerikanische Politikwissenschaftler und Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski bezeichnend: «Ohne die Ukraine hint Russland auf, ein Imperium zu sein, aber wenn die Ukraine unterwirft und dem untergeordnet ist, wird Russland automatisch zu einem Imperium.»

Im Umkehrschluss heisst das: Ohne eine souveräne Ukraine ist die Sicherheit Osteuropas nicht dauerhaft zu gewährleisten. Solch geopolitisches Einmaleins war in Deutschland jedoch verpönt. Somit wären weder Nord Stream 1 von einer rot-grünen noch Nord Stream 2 von einer schwarz-weißen Koalition genehmigt worden. Der größte Fehler bei Nord Stream war nicht einmal, eine gemeinsame EU-Energiepolitik zu unterlaufen, die eigene Abhängigkeit von russischem Gas noch zu erhöhen, sich erpressbar zu machen und Kiew einer gemässerten Einnahmequelle für die Nutzung der bestehenden Pipeline zu berauben. Viel entscheidender war, dass Deutschland seine und Europas Sicherheit von der Ukraine abkopplete.

Mit einem Mix aus ideologischer Russlandverklärung und ökonomischer Selbstsucht zerstörte Berlin das wichtigste, fast einzige strategische Pfand Kiews: als Gas-Transitland aufs Engste mit dem Rest des Kontinents verwoben zu sein. So dreht wie intellektuell dürrig oktroyierte drei Kanzler Nord Stream zu einem privatwirtschaftlichen Projekt. In Wahrheit machten sie sich zu Kollaborateuren der russischen Kriegselogistik. Seinen Angriff auf die Ukraine finanziert Putin auch mit dem Geld aus den Gas- und Ölverkäufen an die Bundesrepublik. Scholz' Kehrtwende legt die Lebenslagen der deutschen Ost- und Sicherheitspolitik schlagend offen.

Das deutsche Fiasko

Mit Russlandverklärung und ökonomischer Selbstsucht machte sich die deutsche Politik zur Kollaborateurin der russischen Kriegselogistik. Scholz' Kehrtwende ist ein Offenbarungseid.
Gastkommentar von Stephan Bierling

Angesichts des russischen Überfalls auf die Ukraine und massiven internationalen Drucks verkündete Kanzler Olaf Scholz am 27. Februar den dramatischsten sicherheitspolitischen Kurzwachsal in der Geschichte der Bundesrepublik. Innerhalb weniger Minuten warf er alles über Bord, was das Land seit der Wiedervereinigung als sakrosankt betrachtet hatte: das Verweigern von Waffenlieferungen in Krisengebiete, das Marginalisieren der Bundeswehr, den Primat guter Geschäfte über Bündnisolidarität.

Die Anprache des Kanzlers war zugleich die Bankrotterklärung von 25 Jahren Berliner Ostpolitik. Zwar haben alle grossen Demokratien Moskaus Aggression befürwortet: durch Naivität, politischen Wandelmut und moralische Gleichgültigkeit. Die USA vernachlässigten Ostetropa, Trump hoffierte Putin, Grossbritannien liess zwielichtige russische Oligarchen ins Land, Frankreich wollte über Sonderbeziehungen zum Kreml die eigene ausserpolitische Rolle aufblähen. Aber kein Staat hat eine katastrophalere Bilanz als Deutschland.

Systematisches Versagen

Alle Parteien, alle führenden Politiker der Bundesrepublik haben Putin seit seinem Amtsantritt 1999 falsch eingeschätzt. Kanzler Schröder feierte mit ihm Weltfrieden und erklärte ihm zum «stupendösen Demokraten», Außenminister Steinmeier wollte ihn mit einer «Moderationspartnerschaft» an den Westen binden und rechtfertigte später auch noch als Bündnispräsident, deutsches Appeasement angesichts von Moskaus Aggressionspolitik mit einer besonderen historischen Schuld gegenüber Russland. Die damalige Bundeskanzlerin Merkel erklärte das Offenhalten von Kommunikationskanälen mit dem Kreml zum Selbstzweck – trotz dessen Militärinterventionen in Georgien, Syrien und der Ukraine.

Das alles waren nicht nur individuelle Fehler, vielmehr dokumentiert es ein systematisches Versagen der politischen Klasse. Zugrunde lag ihm eine Ignoranz gegenüber den Spielregeln der internationalen Politik, die sich durch alle Parteien und grosse Teile von Öffentlichkeit und Medien zog.

Seinen Angriff auf die Ukraine finanziert Putin auch mit dem Geld aus den Gas- und Ölverkäufen an die Bundesrepublik.

Dass AfD und Linke Putin so lange huldigten, verwundert am wenigsten, liegt es doch in ihrer DNA. Die AfD findet alles attraktiv, was nach reaktionären Werten, Ethnonationalismus und Führerkult riecht. Die Linke mit Gregor Gysi und Selma Wagenknecht an der Spitze war als Erbin der SED wie ein Pottwischer Hund darauf konditioniert, Moskauer Propaganda wiederzukäuen, wenn Putin mit dem Götchen klingelte. Die beiden Parteien verhetzen ihr Antiamerikanismus, Individualität, Freiheit, Leistungsgesellschaft, möglichst wenig Staat, universelle Menschenrechte – das sind die klassischen Feindbilder ihrer auf Rasse oder Klasse gründenden kollektivistischen Phantasien.

Mehr überraschte die Krempfille von SPD und CDU/CSU. Während der 23 Jahre Putin-Regiment waren die Sozialdemokraten 19 Jahre, die Union 16 Jahre an der Regierung, 12 Jahre davon sogar gemeinsam. Sie tragen deshalb die Hauptverantwortung für das Fiasko der deutschen Ostpolitik. Die Haltung der SPD ist diesbezüglich einfacher zu erklären: Sie hatte stets einen starken pazifistischen, USA- und Allianz-feindlichen Flügel, der schon Helmut Schmidt 1981 beim Nato-Doppelbeschluss die Gefolgschaft versagte und den Sturz des damaligen Bundeskanzlers herbeiführte. Das wirkliche Heild der Partei blieb stets Willy Brandt, dessen Entspannungspolitik sie bis heute als zentral für die Überwindung des Kalten Krieges feiern. Dabei war der wahre Grund hierfür die Standfestigkeit Ronald Reagans und Helmut Kohls, welche die Nachrüstung trotz massiven Widerständen voranztrieben und so der Sowjetunion klarmachten, dass ihr Konfrontations- und Einschüchterungskurs zum Scheitern verurteilt war.

Dialog und Verflechtung

Nach Putins Machtübernahme belebte die SPD ihre «adäe linea» wieder, man könne das ausserpolitische Kalbfeld des Kramberrn und die innerpolitische Entwicklung Russlands durch Dialog und ökonomische Verflechtung beeinflussen.

Die CDU und ihr Provinz-Sidekick CSU schlossen sich dieser Politik an, weniger aus Überzeugung denn aus Bequemlichkeit. Der mit ihnen verban-

Stephan Bierling lehrt Internationale Politik mit dem Schwerpunkt USA an der Universität Regensburg. Zuletzt erschien von ihm «Krisen im Netz». Danksagungen an Wolfram Hübner im Verlag C. H. Beck.

05) Ukraine: Links-rechte ungarische Block-Opposition als Kriegstreiber – Orban als Friedensvermittler UPDATE

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

26. 02. 2022



UPDATE 13h45

Während die Mehrheit der **Transkarpaten-Ungarn nach Ungarn** flüchtete, wurde **Transkarpaten** zu einem **Zufluchtsort für Ukrainer**, die aus dem Osten flohen. ([msn](#))

Der ungarische Ministerpräsident **Orban** hat sich zur **ukrainisch-ungarischen Grenze** aufgemacht... Das ungarische Militär kündigte **verstärkten Grenzschutz** an. Auch Reservisten nehmen daran teil... ([MagyarNemzet](#))

Russisches Nachrichtenportal: Ukrainische **Opposition fordert Rücktritt** der **Sekenskyi-Regierung**. ([karpathir](#))

Ungarischer Außenminister widerlegt Fake-News: „**Ungarn hat Ausschluss Russlands** aus internationalem Währungssystem **Swift nicht blockiert.**“ ([karpathir](#))

Ungarischer **Staatspräsident Ader verurteilt russische Invasion** ([HungaryToday](#))

1600 Flüchtlinge innerhalb von **2 Tagen in Ungarn** angekommen. Große **Solidarität** der ungarischen **Bevölkerung** in der Grenzstadt Zahony (4.200 Einwohner) ([HungaryToday](#))

Linker Block-Oppositionsführer: „Schickt ungarische Soldaten in den Krieg !“

Der links-rechte Block-Oppositionskandidat (und Anwärter für das Ministerpräsidentenamt für die ungarischen Wahlen am 3. April 2022) Marki-Zay, träumt weiter von einer Kriegseskalation und möchte Ungarn in eine militärische Auseinandersetzung zwischen der Ukraine und Russland involvieren.

Wiederholt hatte er erklärt...: Dass er ungarische Truppen in die Ukraine schicken würde: „Nun, wenn die NATO entscheidet, auch militärische (Unterstützung)“ (Interview am 13. Februar in [partizan](#)) Für die Linke Ungarns gibt es wohl nur mehr eine Option – Krieg statt Frieden: „Wenn Ungarn nicht als Putins Agent handeln möchte, dann ist es nur natürlich, dass es als NATO-Mitglied in jeder Hinsicht der Ukraine in alle Arten Beistand leistet.“ (siehe auch [MagyarNemzet](#)) Um in einem Atemzug auf „ähnliche Missionen in Afghanistan“ hinzuweisen.

Neueste Umfrage: 77 % der Ungarn gegen Marki-Zay's Kriegsrhetorik

95 % sind klar für alle möglichen Anstrengungen zur Friedensstiftung zwischen der Ukraine und Russland. ([UngarnHeute](#))

Wohl unter diesem verheerenden Eindruck seiner Äußerungen revidierte Marki-Zay ein paar Tage später seine Kriegsrhetorik. Um sie gleich daraufhin wieder zu relativieren: indem er sich gleichzeitig gegen „eine friedliche wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Russland“ aussprach: „Natürlich muss sich Ungarn als Mitglied der NATO und der EU allen Sanktionen gegen Russland anschließen. Das ist eine Frage des Prinzips, auch wenn es uns wirtschaftlich schadet. Ich würde auch Waffenlieferungen unterstützen, wenn die NATO und die EU dies beschließen würden. Wir würden immer gemeinsamen Entscheidungen folgen. (Tagesspiegel-Interview 23.2.2022, siehe MagyarNemzet)

„Wir vertreten Faschisten und Kommunisten in unserem Wahlbündnis.“ (Marki-Zay)

Zum x-ten Male nämlich ist der rechts-linke Oppositionskandidat mit geradezu grotesken Statemenst und Beschimpfungen („Orban-Wähler sind geistig behindert.“) in Erscheinung getreten. Wegen seines „Faschisten-„Sagers wird Márki-Zay erhebt nun auch Tamás Róna, (Vorsitzender des Ungarischen-Jüdischen-Gebetverbandes) den Vorwurf offenen Antisemitismus : „Wenn man diese Worte hört, spürt man den wachsenden Antisemitismus in Westeuropa, weil in 32 Jahren ungarischer Demokratie noch nie jemand so etwas gesagt wie der linke Ministerpräsidenten-kandidat Márki-Zay. ([UngarnHeute](#))

Orban: „Nicht zulassen, dass jemand Ungarn in einen Krieg hineinzieht.“

Der ungarische Ministerpräsident Orban hat dieser Kriegstreiberei während seiner Teilnahme an ein EU-Treffen der Regierungschefs eine klare Absage erteilt: „Ich werde nicht zulassen, dass jemand Ungarn in einen Krieg hineinzieht.“ ([UngarnHeute](#)) – Marki-Zay's Kriegs-eskalations-Rhetorik wird auch von politischen Analysten als „unverantwortlich und gefährlich“ verworfen: „Wir brauchen einen erfahrenen Führer, der die Interessen der Ungarn schützt und ruhig ist, nicht ein hastiger und konfliktsuchender Márki-Zay“, so Dániel Deák, leitender Analyst am Institut des 21. Jahrhunderts. (MagyarNemzet)

Marki-Zay's Rhetorik wirkt mittlerweile immer grotesker: Unterstelle er doch Orban „auf Befehl Putins nach Moskau gereist“ zu sein, um dort mit ihm über den bevorstehenden Ukraine-Krieg gesprochen zu haben. Marki-Zay bezeichnet den ungarischen Ministerpräsidenten als den „größten Verräter der westlichen Welt“ ([HungarianFreePress](#))

Marki-Zay verrät die Lebensinteressen der ungarischen Minderheit in der Ukraine

Immer offensichtlicher wird – etwa laut Einschätzung von Laut Zoltán Kiszelly (Direktor des Zentrums für politische Analyse der Századvég-Stiftung) – dass „Marki-Zay Politik nicht versteht... Indem er sofort erklärte, dass er ungarische Truppen in die Ukraine schicken wollte... Obwohl die Ukraine nicht einmal NATO-Mitglied ist. Selbst die USA schicken keine Truppen in die Ukraine.“ ([MagyarNemzet](#))

Übrigens lebt in der West-Ukraine eine ungarische Minderheit von 150.000 Menschen. Gerade junge, wehrfähige Männer sind seit Ausbruch der Krimkrise (2014) überproportional an die Front in den pro-russischen Rebellengebieten durch das ukrainische Militär abkommandiert worden. Marki-Zay scheint anscheinend wirklich nicht zu wissen, dass er mit seinen gedanklichen Kriegsspielereien gerade auch das Leben ethnischer Ungarn verheizen würde.

Budapest bietet sich als Friedensvermittler an

Unterdessen bot der ungarische Außenminister Peter Szijarto Ungarn als Gastgeber für russisch-ukrainische Friedensgespräche an. Beide Seiten haben bereits positive Prüfung signalisiert. ([bild](#))

„Krieg ist das schlimmstmögliche Szenario und wird Leben kosten. Je früher der Krieg endet, desto weniger Menschen werden getötet.“ (Szijarto) Somit aber könne Budapest sowohl für russische als auch für ukrainische Unterhändler als sicherer Ort dienen, nachdem sowohl Minsk als auch Warschau dafür als mögliche Verhandlungsorte ausgeschlossen worden waren.

„Je früher die Gespräche beginnen, desto eher wird es Frieden geben und desto weniger Menschen werden im Krieg sterben müssen“, sagte Szijártó. Weiters deutete er an, dass er von Brüssel nach New York reisen wird, wo er den Konflikt mit den UN-Führern besprechen wolle. ([MagyarNemzet](#))

Flüchtlings-Hilfe statt Kriegstreiberei

Unterdessen konzentriert sich die ungarische Regierung auf die Aufnahme und Versorgung von Flüchtlingen: Sowohl die ukrainisch-ungarischen Grenzübergänge als auch die ungarischen Auslandsbotschaften sind voll ausgelastet. Der Hohe UN-Flüchtlingskommissar rechnet mit bis zu vier Millionen Ukraine-Flüchtlingen. Vor allem junge, wehrfähige Männer aus der ungarischen Minderheit verlassen die Ukraine, um ihr Leben vor einem Einberufungsbefehl durch die ukrainische Armee zu retten. Die ungarischen Behörden haben bereits intensive Kontakte zum ungarischen Kulturverein im Karpatenvorland aufgenommen. Laut dem ungarischen Außenminister Szijarto sind alle Grenzübergänge durchgehend geöffnet. Trotzdem haben sich Grenz-Warteschlangen von bis zu Kilometern sowie zu 15 Stunden auf ukrainischer Seite gebildet. Massen von Menschen, darunter Familien und junge Männer, die sich nicht am Krieg beteiligen wollen, haben die von Russland besetzte Ukraine verlassen. [Ungarn lässt alle aus der Ukraine kommenden Personen ins Land.](#)

Unterdessen hat die ukrainische Regierung für alle Männer im Alter zwischen 18 und 60 Jahren die Ausreise aus der Ukraine verboten. Die ungarischen Behörden haben aber klargestellt, Angehörige der ungarischen Minderheit mit ungarischen Doppelstaats-Reisepass in Ungarn Asyl halten. Auch die vereinfachte Einreise von Haustieren wird unterstützt. ([UngarnHeute](#))

Taxifahrer und Leiharbeitsfirmen als schamlose Krisengewinnler

Unterdessen gibt es Berichte, dass Taxifahrer die Not von Flüchtlingen ausnutzen, indem sie Fahrten nach Budapest für 150.000.-HUF (ca 400.-EUR) anbieten. ([karpathir](#)) Auch ungarische Leiharbeitsfirmen haben in den letzten Jahre die Not von Flüchtlingen schamlos ausgenutzt, indem sie horrende Vermittlungsgebühren verlangten.

Linke antisemitische Hass-Projektion gegen Ungarn – Österreich, Deutschland führend in anti-semitischen Hassverbrechen

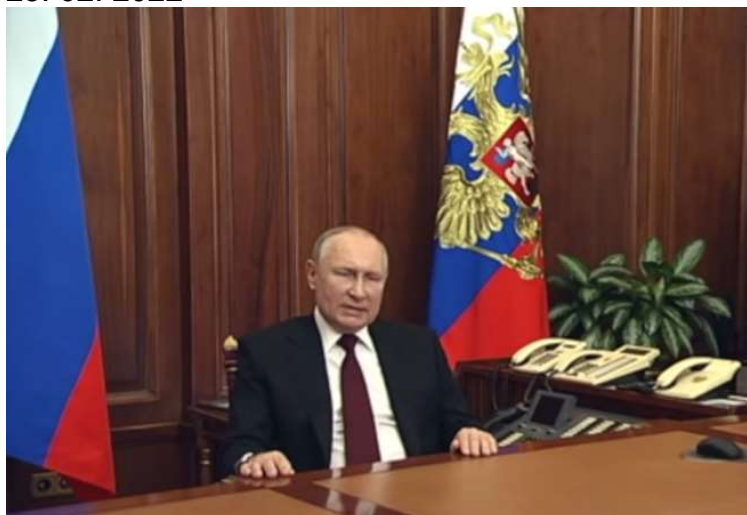
„In Ungarn müssen sich die Juden wieder fürchten.“ (der österreichisch-jüdische Exil-Ungar Paul Lendvai, [Welt](#), 2009). – Solche Heucheleien sind kaum mehr zu überbieten: So plädierte die ungarische Holocaust-Überlebende (und linke Vorzeige-Philosophin), Agnes Heller, allen Ernstes für eine links-rechte Blockparteien-Opposition, um Orban zu stürzen (siehe [Spiegel-Interview](#)) – wohlgemerkt: unter Einbeziehung der rechtsradikalen „Jobbik“ („Ungarns Rechtsextreme und ihr Hass gegen Juden“ (2012, [Welt](#)) – Auf diese Weise regiert in der Hauptstadt Budapest (seit Herbst 2019) ein grün-liberaler Bürgermeister, Gergely Karcsony. – Dieser hatte sogar (zusammen mit Agnes Kunhalmi, Vize-Vorsitzende der ungarischen Sozialisten, und Peter Jakab, Jobbik-Präsident) einen Jobbik-Bürgermeister-Kandidaten, Biro Laszlo, im Wahlkampf unterstützt. ([888hu](#)) – Das Brisante daran: Dieser unterstellte der Hauptstadt Budapest einst eine jüdischen Weltverschwörung: Er verballhornte die Hauptstadt als „Juda-Pest“ und bezeichnete jüdische Touristen als „Wanzen“ ([hir-tv](#))

In Wirklichkeit aber ist „Ungarn der sicherste Ort für Juden in Europa.“ (der ungarische Oberrabbiner, S. Köves, [UngarnHeute](#)): 2019 gab es in Ungarn „nur“ 35 antisemitische Vorfälle (also 3,5 Fälle pro Million Einwohner), in Deutschland waren es 824 Fälle ([UngarnHeute](#)), in Österreich haben sich diese seit der Flüchtlingskrise 2015 [auf 550 verdoppelt](#). – Gerade österreichische Mainstreammedien (ORF) verstecken dann solche Vorfälle in [Unterrubriken](#).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) EILT: Ukraine stimmt Verhandlungen mit Russland zu – Russland besteht auf „entmilitarisierter, neutraler Ukraine“

25. 02. 2022



Präsident Wladimir Putin wendet sich am 24.2.2022 an die Nation

Der rasche militärische Vorstoß Russlands in der Ukraine hat offenbar Wirkung gezeigt und die ukrainische Regierung nun zu einem teilweisen Einlenken im festgefahrenen Konflikt gebracht. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj stimmte nun ersten Verhandlungen mit Russland zu und sprach sich für einen Waffenstillstand aus. Die Verhandlungen sollen an einem neutralen Ort stattfinden und unter anderem Israel (das bekanntlich zu beiden Nationen gute Beziehungen führt) in der Vermittlerrolle beinhalten.

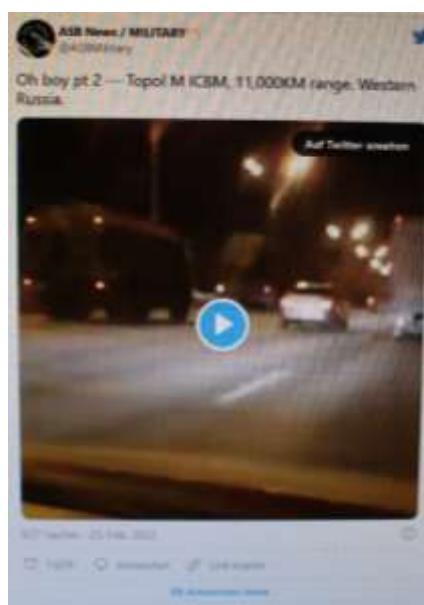
Die Bedingungen Russlands: Kein NATO-Beitritt für die Ukraine, die Ukraine muss einer vollständigen Entmilitarisierung zustimmen und ihren Status als neutraler Staat proklamieren und aufrechterhalten. Es muss eine „DeNATOifizierung“ stattfinden.

Die russische Armee steht jedenfalls kurz vor der Einnahme der Hauptstadt Kiew.

Unterdessen eskalieren zumindest die Worte zwischen Russland und der NATO. Da Schweden und vor allem Finnland sich bereit erklärt haben, dem westlichen Militärbündnis anzuschließen, drohte Russland mit Konsequenzen, da ein solches Vorgehen aus nationalen Sicherheitsinteressen nicht tatenlos hingenommen werden kann, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums. Auch in Richtung USA wurde gewarnt, dass die Beziehungen an einen „Punkt ohne zurück“ gelangen. Gemeint sind dabei vor allem Waffenlieferungen und die mögliche Entsendung von NATO-Truppen in die Ukraine.

Berichten zufolge mobilisiert Russland währenddessen im ganzen Land medizinisches Personal in einem noch nie dagewesenen Ausmaß. Zudem tauchten Videos auf, die die Verlegung von Interkontinentalraketen (Reichweite ~ 11.000 km) in Moskau zeigen. Unklar ist, ob diese mit Atomsprengköpfen bestückt sind, oder nicht.

https://twitter.com/ASBMilitary/status/1497307191291822083?ref_src=twsrc%5Etfw%7Ctwcamp%5Etweetembed%7Ctwterm%5E1497307191291822083%7Ctwgr%5E%7Ctwcon%5Es1_&ref_url=https%3A%2F%2Ffunser-mittleuropa.com%2Ffeilt-ukraine-stimmt-verhandlungen-mit-russland-zu-russland-besteht-auf-entmilitarisierte-neutraler-ukraine%2F



07) Ukraine-Konflikt: Flüchtlingsstrom erreicht Ungarn – Dramatische Situation der ungarischen Minderheit UPDATE

Von unserem Ungarn-Korrespondenten Elmar Forster

24. 02. 2022



UPDATE 21h44 FAKE-NEWS: „Abspaltung der Ukraino-Ungarn“

Russische Medien verbreiten unter Berufung auf angeblich ukrainische Quellen FakeNews: „Die in Transkarpatien lebenden Nationalitäten planen, ein Referendum über die Abspaltung von der Ukraine“. Dies wies der ungarische Staatssekretär Zoltán Kovács auf Facebook entschieden zurück. ([Magyar nemzet](#))

Bis zu 600.000 Flüchtlinge erwartet

Bereits am ersten Tag der russischen Invasion in die Ukraine hat ein erster Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer, u.a. auch nach Ungarn eingesetzt: An den ungarischen Grenzübergängen bilden sich bereits stundenlange Staus. Ungarische Behörden rechnen mit bis zu 600.000 Flüchtlingen aus der Ukraine.

Der ungarische Verteidigungsminister Tibor Benkő erklärte sich am Mittwoch zur Aufnahme Zehntausender von Flüchtlingen bereit ... Ähnlich äußerten sich auch die Tschechische Republik, Polen und die Slowakei.

150.000 ethnische Ungarn in der Ukraine

Für Ungarn ist die derzeitige Kriegssituation doppelt prekär: Neben dem seit dem Diktat-Friedens-Vertrag von Trianon (1920) 150.000 ethnischen Ungarn in der West-Ukraine. Vor

allem junge, wehrfähige ungarische Männer verlassen jetzt fluchtartig das Land. Die ungarischsprachige Zeitung „Kárpáthír“ sprach von einer Panik: „Viele Menschen sind auf der Flucht, die Straßen über die Grenze sind voll, am Grenzübergang Csap-Záhony können die Menschen nicht mehr in die Züge einsteigen. Familien mit kleinen Kindern warten darauf, durchzukommen.“ ([karpathir](#)) Läden, Banken und Tankstellen seien bereits gestürmt worden, in denen sich die Menschen für die Flucht nach Ungarn mit dem Nötigsten eindeckten... – Außerdem sind die ukrainischen Mobilfunknetze und Internetverbindungen teils zusammen gebrochen.

Budapester Gastvorführung des ukraino-ungarischen Nationaltheaters von Beregszász (Berehovo) abgesagt

Die Gastvorstellung des ungarischen Nationaltheater aus Beregszász / Berehovo (Ukraine) „Die Familie Tóth“ (ein absurder Kriegsroman von István Örkénys) wurde heute Abend im Nationaltheater in Budapest abgesagt. Der Grund: Alle Männer der Theatergruppe haben ihren Einberufungsbefehl für die ukrainische Armee erhalten. – Wie der Direktor des Ungarischen Nationaltheaters, Attila Vidnyánszy mitteilte. Er stammt selbst aus Beregszász, der Stadt, die als kulturelles Zentrum der ungarischen Minderheit in der Ukraine gilt. „Was jetzt geschieht, ist eine Katastrophe“, sagte der Theaterregisseur.

Ungarisches Militär sichert die Grenzen

Verteidigungsminister Benkő sagte am Dienstag: „Die ungarischen Streitkräfte haben zwei Aufgaben: Zum einen sollen sie humanitäre Hilfe leisten und zum anderen die ungarischen Grenzen schließen und sicherstellen, dass keine bewaffnete Gruppe nach Ungarn eindringen kann.“ ([UngarnHeute](#))

Das Schweigen der EU zur Unterdrückung der ungarischen Minderheiten

In keinem anderen Trianon-Nachfolgestaat wird die ungarische Minderheit aber derart unterdrückt wie in der **Ukraine**. Seit 2017 dürfen nationale Minderheitensprachen nur noch in der Grundschule [unterrichtet](#) werden. Die einzige Unterrichts- und Offizialsprache (seit 2019) ist Ukrainisch. Bei Zuwiderhandlung drohen [Geldstrafen](#).

2018 bedrohte sogar eine „Todesliste“ (der Nationalistengruppe Mirotvorec – „Friedensmacher“) 300 ungarisch-ukrainische Funktionäre, weil sie angeblich im Besitze der ungarischen Doppel-Staatsbürgerschaft waren. ([DieWelt](#)). Eine Internet-Petition (des ukrainischen Parlaments) rief zu deren Deportation auf. Auch der staatliche Aufkauf leerstehender ungarischer Wohnungen wurde diskutiert: Um „dort ukrainische Vertriebene aus dem russisch besetzten Osten des Landes anzusiedeln“ (Die Welt, ebda). Während der Krim-Krise wurden v.a. ungarisch-stämmige Soldaten an die Front versetzt.

Doch auch in der **Slowakei** ließ etwas die Regierung Mečiar (1993–98) zweisprachig-ungarische Ortstafeln abschaffen, ungarische Vornamen wurden im Geburtsregister slowakisiert. 1996 war Slowakisch selbst bei einem dienstlichen Gespräch zwischen zwei Ungarn Pflicht. – Als ich einmal in Bratislava mit einem Supermarkt-Kassier Ungarisch sprach, wurden wir deswegen von Slowaken rassistisch beschumpfen. Der Kassier setzte dann das Gespräch nur mehr auf Slowakisch fort... (In Ungarn waren deutsche- oder slowakische Ortstafeln hingegen immer eine Selbstverständlichkeit.)

1996 sank durch ein neue Verwaltungsgliederung (in Nord-Süd-Richtung) der Anteil der ungarischen [Minderheit](#) überall unter 30 %. 2009 wurde (unter dem sozialistischen

Regierungschef Fico) der Gebrauch der ungarischen Sprache in offiziellen Einrichtungen außerhalb der „Ungarn-Gebiete“ (Mindestanteil 20%) unter Strafe gestellt (100 – 5000 Euro).

Schließlich wurde sogar dem damaligen ungarischen Staatspräsidenten Sólyom die Einreise verweigert: Er wollte (am 21. August 2009, dem slowakischen Feiertag zur „Niederschlagung des Prager Frühlings“) als Privatmann an der Einweihung einer Statue des ungarischen Königs Stephan (in der – durch Trianon – geteilten Stadt Komarom / Komarno) teilnehmen. – Der damalige EU-Parlamentspräsident Buzek „wollte sich nicht in den Konflikt einmischen“ ([Deutsche Welle](#))

Schlimm ist die Situation auch in **Rumänien**: In der geografischen Mitte Rumäniens leben 700.00 Ungarn-Szekler. Selbst Ceausescu konnte deren Freiheitswillen nicht brechen... – 2013 wollte die rumänische Regierung die historischen Ungarn-Szekler-Bezirke auflösen. Aus Protest dagegen forderten 100.000 Szekler mit einer 53 Kilometer langen Menschenkette territoriale Autonomie.

1990 gab es (kurz nach der 89er-Wende) pogrom-artige Ausschreitungen in der Stadt Targu Mures / Marosvásárhely, „offenbar provoziert durch Stasi-Akteure.“ ([Die Welt](#)) Danach verließen 15.000 Ungarn die Region (ein Rückgang von 10%) und wurden die verbliebenen zu einer Minderheit (1992: 51,6 % — bis 2002: 49,0 %) – Trotz Verbesserungen seither (ungarisch-sprachige Bildungseinrichtungen) sind aber 90 % der Exekutivorgane weiterhin mit Rumänen besetzt (bei mehr als 70 % ungarischer Bevölkerung). (Die Welt – ebda)

Und trotzdem: Wer für diese Minderheitenrechte eintritt, wird als heilloser Nationalist diskreditiert: „Orbán spielt mit diesem historischen Schlüsselereignis. Auf seine Initiative hin erklärte das Parlament bereits 2010 den 4. Juni zum 'Tag des nationalen Zusammenhalts.'“ (Spiegel, ebda)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Der gereizte russische Bär schlägt zu – die wichtigsten Infos – UPDATE

24. 02. 2022



Nachdem der russische Präsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache erklärt hatte, er habe eine „spezielle Militäroperation“ genehmigt, begannen am Donnerstag die Angriffe. Zuvor hatte Moskau die von den Rebellen kontrollierten Gebiete in Luhansk und Donezk anerkannt und erklärt, die Rebellen hätten es um „Hilfe“ gebeten.

Die Ukraine meldete, dass Truppenkolonnen über ihre Grenzen in die östlichen Regionen Tschernihiw, Charkiw und Luhansk eindringen und auf dem Seeweg bei den Städten Odessa und Mariupol im Süden landeten. Russische Truppen griffen die Ukraine sowohl von Weißrussland als auch von Russland aus mit weißrussischer Unterstützung an, und auch von der annektierten Krim aus wurde ein Angriff gestartet, teilte der ukrainische Grenzschutzdienst mit.

Kriegsrecht und Sanktionen

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelensky erklärte, dass das Kriegsrecht verhängt worden sei, und appellierte an die Staats- und Regierungschefs der Welt, alle möglichen Sanktionen gegen Russland zu verhängen, auch gegen Putin, der den ukrainischen Staat angeblich zerstören wolle.

Der ukrainische Außenminister Dmytro Kuleba schrieb auf Twitter, Putin habe *„eine groß angelegte Invasion der Ukraine gestartet“*.

„Friedliche ukrainische Städte sind unter Beschuss. Dies ist ein Angriffskrieg. Die Ukraine wird sich verteidigen und wird gewinnen. Die Welt kann und muss Putin stoppen. Die Zeit zum Handeln ist jetzt“, sagte er.

„Spezielle Militäroperation“

Putin rechtfertigte den Angriff als „spezielle Militäroperation“ zum Schutz der Menschen, darunter auch russische Bürger, die in der Ukraine einem „Völkermord“ ausgesetzt waren. Putin:

„Und dafür werden wir uns für die Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine einsetzen, Russland kann sich nicht sicher fühlen, sich nicht entwickeln und nicht existieren, wenn eine ständige Bedrohung vom Territorium der modernen Ukraine ausgeht.“

Das russische Verteidigungsministerium erklärte, es habe die militärische Infrastruktur auf ukrainischen Luftwaffenstützpunkten ausgeschaltet und die Luftabwehr der Ukraine geschwächt.

Die Ukraine sperrte ihren Luftraum für zivile Flüge, da ein hohes Sicherheitsrisiko bestehe, während Russland den Inlandsflugverkehr auf Flughäfen in der Nähe seiner Grenze zur Ukraine bis zum 2. März aussetzte.

Die von Russland unterstützten Separatisten im Osten des Landes erklärten, sie hätten zwei Städte erobert, wie die Nachrichtenagentur RIA berichtete.

Explosionen und „Chaos“

Kurz nach Putins Rede berichtete Andrew Simmons von Al Jazeera, der sich in Kiew aufhält, dass es in der Hauptstadt Explosionen gegeben habe und die Stromversorgung unterbrochen worden sei. Es schien sich um einen „Großangriff“ zu handeln, der auf den

Flughafen und wichtige Gebäude abzielte, sagte er. Im Stadtzentrum herrsche „Chaos“, fügte er hinzu.

Biden spricht von „strengen Sanktionen“

US-Präsident Joe Biden verurteilte in einem Telefonat mit Zelensky den „unprovokierten und ungerechtfertigten Angriff der russischen Streitkräfte“, so das Weiße Haus. Biden teilte in einer Erklärung mit, er habe Zelensky über die geplanten nächsten Schritte Washingtons und seiner Verbündeten gegen Russland informiert, darunter „strenge Sanktionen“.

UN-Chef Antonio Guterres appelliert

UN-Chef Antonio Guterres verurteilte das Vorgehen Russlands und appellierte an Putin:

„Im Namen der Menschlichkeit, bringen Sie Ihre Truppen zurück nach Russland“, sagte er. „Im Namen der Menschlichkeit, lassen Sie nicht zu, dass in Europa ein Krieg beginnt, der der schlimmste Krieg seit Beginn des Jahrhunderts werden könnte, mit Folgen, die nicht nur für die Ukraine verheerend sind, nicht nur für die Russische Föderation tragisch, sondern mit Auswirkungen, die wir nicht einmal absehen können.“

NATO und EU: „beispiellose Isolation“

NATO-Chef Jens Stoltenberg berief eine Dringlichkeitssitzung ein und verurteilte den „rücksichtslosen Angriff“, wie er sagte.

Der außenpolitische Chef der Europäischen Union, Josep Borrell, erklärte, Russland werde wegen seines Angriffs auf die Ukraine in eine „beispiellose Isolation“ gedrängt und müsse mit den „härtesten Sanktionen“ rechnen, die die EU je verhängt habe.

Putins Rede, in der er die Militäraktion anordnete, fand zur gleichen Zeit statt, als der UN-Sicherheitsrat zu seiner zweiten Dringlichkeitssitzung in dieser Woche zusammenkam.

„Konsequenz aus dem Vorgehen der Ukraine“

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja, der derzeit den Vorsitz im Sicherheitsrat innehat, räumte gegenüber den anderen Mitgliedern des Rates ein, dass eine „Sonderoperation“ im Gange sei, und betonte gegenüber den anderen Botschaftern, dass es sich bei der Aktion nicht um einen Krieg handle, sondern um eine Konsequenz aus dem Vorgehen der Ukraine.

„Ziel der Operation sei es, die Menschen zu schützen, die seit acht Jahren unter dem ‚Völkermord des ukrainischen Regimes‘ zu leiden hätten, sagte er und behauptete, die Aktion sei nach Artikel 51 der UN-Charta gerechtfertigt, der individuelle oder kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen UN-Mitgliedstaat erlaube.“

NATO-Mitgliedschaft für Moskau inakzeptabel

Putin forderte die ukrainischen Streitkräfte auf, ihre Waffen niederzulegen, und wiederholte seinen Standpunkt, dass eine ukrainische Mitgliedschaft in der NATO für Moskau inakzeptabel sei, wie staatliche Medien berichteten.

Ukrainischer UN-Botschafter droht mit „Hölle“

Im UN-Ratssaal schien der ukrainische UN-Botschafter Sergiy Kyslytsya sprachlos zu sein. „Vor drei Minuten hat Ihr Präsident meinem Land den Krieg erklärt“, sagte er zu seinem russischen Amtskollegen Nebenzya. Nachdem er in einer zweiten Runde den Ausschluss Russlands aus der UNO gefordert hatte, schloss er seine Ausführungen: „Es gibt kein Fegefeuer für Kriegsverbrecher, Herr Botschafter, sie kommen in die Hölle“.

USA fordern eine Dringlichkeitsresolution

Die USA forderten eine Dringlichkeitsresolution im Sicherheitsrat, und diese Forderung wurde vom Vereinigten Königreich, von Frankreich und Irland unterstützt, die durch ihren militärischen Angriff die völlige „Verachtung“ Russlands für die UNO feststellten. Die Sitzung wird voraussichtlich innerhalb von 24 Stunden stattfinden. Als die Nachricht von dem Angriff auf die Ukraine die Runde machte, verurteilten einige Diplomaten Russland.

Deutschland sprach von einer „schamlosen Verletzung des Völkerrechts“, während das Vereinigte Königreich den Angriff als „unprovokiert und ungerecht“ bezeichnete und von einem „dunklen Tag für die Ukraine“ sprach.

„Schock- und Furcht“-Angriff

Analysten zufolge könnte es sein, dass Russland mit einem „Schock- und Furcht“-Angriff beginnt, weil es glaubt, dass es damit seine Ziele erreichen kann, ohne einen größeren Angriff durchführen zu müssen.

„Putin könnte denken, dass der Schock so groß ist, dass die Regierung zusammenbricht und Rufe nach einer Kapitulation laut werden“, sagte William Courtney, ein Experte der Rand Corporation in Washington, DC, gegenüber Al Jazeera. „Wenn dem so ist, hat der Kreml wahrscheinlich die Widerstandsfähigkeit der Ukrainer unterschätzt.“

+++ Update v. 16 Uhr +++

Russischer Verteidigungsminister Schoigu fordert Respekt für ukrainische Militärangehörige



Sergei Schoigu
(Archivbild)Sergei Gunejew / Sputnik

Russischer Verteidigungsminister Schoigu fordert Respekt für ukrainische Militärangehörige

Der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu hätte alle Kommandeure der russischen Einheiten angewiesen, das ukrainische Militär mit Respekt zu behandeln. Dies berichtete Generalmajor Igor Konaschenkow, ein offizieller Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, am Donnerstag:

„Der russische Verteidigungsminister, Armeegeneral Sergei Schoigu, hat allen Befehlshabern der Einheiten den Befehl erteilt, die ukrainischen Soldaten mit Respekt zu behandeln.“

In dem Befehl wird betont, dass die ukrainischen Soldaten im Gegensatz zu den Nationalisten einen Eid auf das ukrainische Volk geschworen und Befehle befolgt hätten. Daher sollen sie mit Respekt behandelt werden, heißt es in der Erklärung.

Anmerkung:

UNSER MITTELEUROPA zählte zu den wenigen Medien, die die [TV-Ansprache per Transkript](#) veröffentlichte. Dieser umfangreichen Dokumentation ist unter Anderem genau zu entnehmen, welche Forderungen die russische Seite an den Westen richtete.

<https://unser-mittleuropa.com/wladimir-putin-zur-lage-der-nation-die-angelegenheit-ist-sehr-ernst/>

+++ Update v. 15 Uhr +++

China: Russland kann seine Handlungen selbst bestimmen



Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Hua Chunying
NOEL CELIS / AFP

Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Hua Chunying hat auf die Frage geantwortet, ob der russische Präsident Wladimir Putin dem chinesischen Staatschef Xi Jinping während seines Besuchs in China gesagt hätte, dass er die Ukraine „angreifen“ werde:

„Russland ist ein unabhängiger großer Staat. Er bestimmt und verfolgt seinen eigenen diplomatischen und strategischen Kurs nach eigenem Ermessen und eigenen Interessen.“

Russland brauche keine Zustimmung Chinas, um tätig zu werden, hieß es weiter.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Ursula Stenzel: Analyse zum Krieg Russland/Ukraine

24. 02. 2022



Und nun ist Krieg – Putin will Geschichte revidieren – Selenskyy zum Abschluss freigegeben

Seit heute in den frühen Morgenstunden, ist das eingetreten, von dem wir alle gehofft haben, dass es nie wieder eintreten wird: Krieg in unserer Nähe, Krieg auf europäischem Boden.

Genau heute, am Tag eines russischen Feiertages, des „Vaterlandtages“ hat der russische Präsident den Befehl zum Angriff auf die Ukraine gegeben – Putin hat einen Sinn für patriotische Symbolik und es ist kein kleiner Angriff, sondern ein umfassender, vom Norden, vom Osten und vom Süden, mit gezielten Raketenangriffen bis an die Linie zu Transnistrien und Odessa im Süden, am Schwarzen Meer, bis vor die Hauptstadt der Ukraine Kiew und das ehemalige Lemberg, einstmals zu Österreich gehörig, dann Polen und seit dem Zweiten Weltkrieg zur Ukraine gehörend. Gefährlich nahe an der polnischen Grenze.

Trotzdem ist dieser Angriff noch immer eine begrenzte militärische Intervention, die vor allem dazu dient, die militärische Infrastruktur der Ukraine zu treffen und die militärische Kommandozentrale in Kiew zu zerstören. Die russische Intervention geht also weit über die Absicherung der sezessionistischen Provinzen Donetsk und Lugansk in der Ostukraine hinaus und hat offenbar eine Revision der politischen Verhältnisse in der Ukraine zum Ziel, eine Ablösung der Regierung Selenskyy und eine Einsetzung einer Moskau genehmen Regierung in Kiew. Putin macht keine halben Sachen. Zuvor hat er der Ukraine das Existenzrecht abgesprochen, er will die Neutralisierung der Ukraine erzwingen – nicht auf dem Verhandlungswege, von dem er sich nichts verspricht, sondern eben durch die Gewalt der Waffen.

Ob er damit das Völkerrecht verletzt, ist ihm egal und vor den Sanktionen, auch wenn diese jetzt verschärft werden, fürchtet er sich nicht, denn er hat genügend Devisen- und Goldreserven, um eine geraume Zeit auch großem wirtschaftlichen Druck zu widerstehen. Er nimmt die Opfer der Kampfhandlungen und die zumindest vorübergehende Isolierung und Verurteilung durch die Weltgemeinschaft in Kauf.

Mitverantwortung des Westens

Der Westen hat ein gerüttelt Maß an Mitverantwortung für diese dramatische und auch tragische Situation. Denn seit Biden klar gemacht hat, dass der Ukraine-Konflikt nur politisch gelöst werden kann und die EU und ihre Hauptunterhändler Scholz und Macron in dasselbe Horn stießen, war klar, dass sich Putin die Gelegenheit nicht nehmen lassen werde, militärisch das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Denn so eine Gelegenheit hatte er noch nie: Die Kräfteverhältnisse gegenüber der Ukraine erlauben ihm, so vorzugehen. In allen Waffengattungen ist Russland der Ukraine im Verhältnis 4:1 überlegen. Darüber kann der von der Ukraine behauptete Abschuss eines Hubschraubers und vier russischer Kampfflugzeuge nicht hinwegtäuschen.

Der amerikanische Präsident Biden ließ keinen Zweifel daran, dass er zugunsten der Ukraine keinen Krieg riskieren würde, die prominentesten europäischen Unterhändler stießen in dasselbe Horn, kein Krieg, verhandeln, verhandeln, verhandeln. So der frisch gekürte deutsche Bundeskanzler Scholz und der im Wahlkampf stehende französische Präsident Macron. Putin hat sie kommen lassen und im Nachhinein betrachtet, diente der Verhandlungsmarathon zu nichts anderem als zu Zeitgewinn, um die militärischen Vorbereitungen für einen Schlag gegen die Ukraine zu führen, ein Schlag, der natürlich viel länger vorbereitet wurde. Vor allem aber gingen sie nicht auf die Hauptforderung Putins ein, eindeutig und vertraglich zuzusichern, dass der NATO einer weiteren Ausdehnung ein Riegel vorgeschoben werde.

Genau das, die zügige Erweiterung der Nato nach dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch folgend dem Zerfall des Warschauer Paktes auf die ehemaligen Staaten des Sowjetimperiums in Zentral-und Mitteleuropa, empfand Russland als Bedrohung und Einkreisung. Seit der orangenen Revolution in der Ukraine machte Russland klar, dass es eine NATO-Mitgliedschaft dieses Landes als feindlichen Akt empfinden würde und Putin greift in seiner Rede, die dem militärischen Einsatzbefehl voran ging, auch tief in die historische Mottenkiste. Ja, es hieß im Mittelalter der „Kiever Rus“, hier in Kiew war die Geburtszelle des alten, des zaristischen Russlands. Putin beschuldigt Lenin und Stalin und die nachfolgenden kommunistischen Herrscher bis Chruschtschow mit dem Zugeständnis an die nationale Eigenständigkeit der Ukraine eigentlich russische Interessen verraten zu haben.

Ich erinnere mich gut an einen finnischen EU-Abgeordneten, der vor einer meiner politischen Missionen nach Kiew, klar und deutlich sagte: die Ukraine, sei nicht ein Land, sondern eigentlich zwei: der russische Teil mit seiner russischen Bevölkerung im Osten, und seinen Bodenschätzen und Industrieanlagen und der ländlich geprägte westliche Teil, lange Zeit die Kornkammer des Landes, bis Stalin im Zuge der Zwangskollektivierung, die große Hungersnot, den sogenannten Holodomor, verbochen hatte, dem 100.000e Ukrainer zum Opfer fielen, was es auch Hitler leicht machte, in den ukrainischen Nationalisten unter Stepan Bandera leidenschaftliche und brutale Anhänger zu finden.

Keine Angst vor Sanktionen

Noch dazu fürchtet Putin die Sanktionen nicht, die ersten waren nur symbolisch und das, was jetzt möglicherweise folgt bis hin zum Rausschmiss aus dem internationalen Zahlungsverkehr SWIFT, kann Putin verschmerzen, denn er sitzt wie ein Berater von Gazprom in der Phoenix Runde gestern sagte, auf 500 Milliarden Dollar und großen Goldreserven. Er kann wirtschaftlichen Sanktionen lange standhalten.

Selenskyys Tage sind gezählt

Nein Putin geht es jetzt darum schnell, durch den gezielten und trotz aller Wucht begrenzten militärischen Schlag den ukrainischen Präsidenten Selenski zum Aufgeben zu zwingen. Er kann nicht lange durchhalten. Seine Kommandozentrale ist bereits durch einen Raketenangriff zerstört und er wird gut beraten sein, sich einem Zugriff durch russische Militärs oder Politiker der Ukraine, die à la Janukowitsch bereit stehen, die Macht zu übernehmen, zu entziehen. Während ich diese Zeilen geschrieben habe, gibt es bereits Hinweise darauf, dass er sich in ein westliches Exil einen Nachbarstaat absetzen möchte.

Was dann folgt ist die Finnlandisierung der Ukraine. Auch das werden Biden und die EU noch schlucken, wenn auch unter Protest. Das Einzige, was verhindert werden muss, ist ein

Überschwappen des Konflikts auf NATO-Mitglieder, die werden gestärkt und aufgerüstet. Danach wird es nach einer Eiszeit in den Beziehungen zu Russland und Putin, doch wieder zu Verhandlungen kommen müssen, denn zu sehr von russischen Erdgaslieferungen und Öllieferungen abhängig. Die Energieversorgung umzustellen ist ein langwieriger Prozess, der nun schneller in Gang kommt, als manchen lieb ist, der aber vor allem den USA Freude macht, die nun auch ihr sündteures durch umweltschädliches Fracking gewonnenes Erdöl an Europa verstärkt in neuen Terminals liefern können.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

10) Lesehinweis an einem schwarzen Tag: Reden von Putin und Zelens'kyj

Posteingang A. Kaluza, Donnerstag, 24.02.2022, 16:19 Uhr

an

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde!
aus dem "kalten" Krieg um die Ukraine machte Putin gestern Nacht einen heißen.

Jetzt sprechen die Waffen.

Die Zeitschrift "Osteuropa" publiziert heute auf ihrer Homepage die Reden von

- Volodymyr Zelens'kyjs Rede aus der gestrigen Nacht 23./24. Februar 2022
- Vladimir Putins Rede an die Nation vom 22. Februar 2022.

Sie sind auf der Homepage rechts zu finden:

<https://zeitschrift-osteuropa.de/>

Mit besten Grüßen
Andrzej Kaluza

Dr. Andrzej Kaluza

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Deutsches Polen-Institut

Residenzschloss / Marktplatz 15

D-64283 Darmstadt

Tel.: 0049-(0)6151-4202-20 Fax: -10

Mobil: 0157-57241221

www.deutsches-polen-institut.de

www.facebook.com/deutschespoleninstitut

11) Der eisige Wind nackter Machtpolitik weht uns ins Gesicht und vertreibt letzte Illusionen: Von Chefredakteur Dieter Stein, Junge Freiheit



25.02.2022

Lieber Leser,

der eisige Wind nackter Machtpolitik weht uns ins Gesicht und vertreibt letzte Illusionen.

Mit dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine schafft Rußlands Präsident Fakten. Nachdem er am Montag die von separatistischen Rebellen beherrschten „Volksrepubliken“ anerkannt hat, die postwendend um „brüderliche Hilfe“ gerufen haben. Die hektischen diplomatischen Bemühungen der letzten Wochen sind Schall und Rauch.

Seit Dienstagnacht überrennen russische Truppen nun die Ukraine über alle Grenzen, bombardieren Flughäfen und Militärstützpunkte – wir stehen vor einem Krieg, der alles in den Schatten stellen könnte, was wir in Europa seit 1945 erlebt haben!

Die Ukraine als „willkürlich gegründete Einheit“: Der russische Präsident Putin erklärt in seiner Rede seine Angriffsabsichten

Wladimir Putin folgte dabei einem Drehbuch, dessen Dramaturgie schon länger feststand. In einer einstündigen Rede machte der russische Machthaber am Montag klar, daß es nicht um ein kurzes Muskelspiel oder nur vorübergehendes Ablenken von innenpolitischen Problemen geht. Es geht ihm um nicht weniger als die Revision der geschichtlichen Entwicklung seit 1989/91 und sogar darüber hinaus. Dieses Ziel hat er seit Beginn seiner Präsidentschaft vor 20 Jahren vor Augen. Den Zusammenbruch der Sowjetunion nannte er in einer vielzitierten Rede an die Nation bereits 2005 die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“.

Das staatliche Chaos der Nachwendejahre wollte er durch Anknüpfung an russische Größe überwinden. Um den demoralisierten Staat wieder aufzurichten und verfeindete Lager zu einen, schuf er ein Identitäts-Amalgam aus Versatzstücken der orthodoxen, der zaristischen und sogar der sowjetkommunistischen Tradition.

Letzteres mündet in den vergangenen Jahren in eine wachsende, von Putin immer wieder persönlich geförderte, gespenstische Stalin-Verehrung. Das erklärt auch, warum die Ukraine in den Augen Putins kein souveräner und zu respektierender Nationalstaat mit eigener Geschichte ist. Sondern eine nach der bolschewistischen Revolution von 1917 „willkürlich gegründete Einheit“, also ein Kunstprodukt.



Überwindung des kommunistischen Erbes: Im September 2014 stürzen Demonstranten ein Denkmal des bolschewistischen Führers Lenin im ukrainischen Charkow

Angeblich entstanden aus einer eklatanten Fehlentscheidung Lenins. Keine Erwähnung findet das Budapester Memorandum von 1994. Damals sprachen die USA, Großbritannien und Russland selbst eine Garantie für die Unverletzlichkeit der Ukraine aus. Als Gegenleistung für den Verzicht der Ukraine auf Atomwaffen.

Putin hob in der aktuellen Rede das Schleifen von Lenin-Denkmalern in der Ukraine der 90er Jahre hervor und meinte süffisant: „Wir können euch zeigen, was echte Entkommunistisierung ist.“ Das ist eine Drohung, die nicht nur im Zusammenhang mit der Annexion von Krim und Donbas zu sehen ist, sondern auch als Teil des Projektes, das auf die „Sammlung russischer Erde“ abzielt.



Seite A 213 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 811 vom 03.03.2022

Die Kurzanalyse von JF-Chefredakteur Dieter Stein zum russischen Angriff auf die Ukraine bei JF-TV

Damit steht nicht nur die Ukraine im Fadenkreuz russischer Expansionsgelüste. Sondern mittelbar auch die gesamte Architektur der osteuropäischen Staatenwelt nach 1989.

Putins Vorstoß ist gleichermassen ein Debakel für die Außenpolitik Deutschlands, der Europäischen Union wie der NATO. Rußland war zum aktuellen Schlag gegen die Ukraine in der Lage, weil es eine anhaltende Schwäche des Westens und Europas nutzen konnte. Offenbar hat Putin den Abzug der US-Truppen und ihrer europäischen Verbündeten aus Afghanistan als Beweis für die Unfähigkeit oder den Unwillen des Westens gewertet, seine Interessen und seine Zusagen auch mit Hilfe von Waffengewalt zu verteidigen - wenn nötig.

Heeresinspekteur Alfons Mais alarmiert: „Die Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“.

Am Morgen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, machte sich einer der höchsten Generäle der Bundeswehr Luft. Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Alfons Mais, rief zu einem Strategiewechsel in der deutschen Verteidigungspolitik auf. „Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da“, erklärte er am Donnerstag.

Die Bundeswehr habe beständig auf die neue Gefahrenlage hingewiesen, die sich seit der Annexion der Krim ergeben habe. „Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, den Afghanistanereinsatz strukturell und materiell hinter uns zu lassen und uns neu aufzustellen, sonst werden wir unseren verfassungsmäßigen Auftrag und unsere Bündnisverpflichtungen nicht mit Aussicht auf Erfolg umsetzen können?“, beklagte der Offizier.

Man gebe sich keinen Illusionen hin. Mit dem Einmarsch russischer Soldaten sorgt Moskau dafür, daß ein Beitritt der Ukraine zur Nato unterbunden wird. Was auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen war, setzte Moskau mit militärischer Stärke durch. Soweit hätte es nicht kommen müssen, wäre Kiew von westlicher Seite signalisiert worden, daß zwar kein formaler Bündnisbeitritt, aber eine garantierte Neutralität zu erreichen sei.

Deutschland und die Europäische Union stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik, die vor allem durch Wirklichkeitsverlust gekennzeichnet war. Putin hat Rußland in die Lage versetzt, bis auf weiteres die meisten der im Raum stehenden Sanktionen aushalten zu können. Der Schuldenstand ist niedrig, die Devisenreserven hoch. Von den in Krisenzeiten steigenden Öl- und Gaspreisen profitiert Rußland sogar.

Taumelt die Weltwirtschaft mit der Ukraine Krise in den Abgrund?

Die derzeitige Lage der Weltwirtschaft nach zwei Jahren Corona läßt wenig Spielräume für harte Sanktionen. Diese würden auch auf die Ökonomie des Westens zurückschlagen. Niemand wird es im Moment wagen, den stotternden Motor der Weltwirtschaft abzuwürgen. Das wird man eher über kurz als über lang in Washington wie in Paris, in London und in Berlin begreifen.

Die Kurzanalyse von JF-Chefredakteur Dieter Stein zum russischen Angriff auf die Ukraine bei JF-TV

Damit steht nicht nur die Ukraine im Fadenkreuz russischer Expansionsgelüste. Sondern mittelbar auch die gesamte Architektur der osteuropäischen Staatenwelt nach 1989.

Putins Vorstoß ist gleichermassen ein Debakel für die Außenpolitik Deutschlands, der Europäischen Union wie der NATO. Rußland war zum aktuellen Schlag gegen die Ukraine in der Lage, weil es eine anhaltende Schwäche des Westens und Europas nutzen konnte. Offenbar hat Putin den Abzug der US-Truppen und ihrer europäischen Verbündeten aus Afghanistan als Beweis für die Unfähigkeit oder den Unwillen des Westens gewertet, seine Interessen und seine Zusagen auch mit Hilfe von Waffengewalt zu verteidigen - wenn nötig.

Heeresinspekteur Alfons Mais alarmiert: „Die Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“.

Am Morgen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, machte sich einer der höchsten Generäle der Bundeswehr Luft. Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Alfons Mais, rief zu einem Strategiewechsel in der deutschen Verteidigungspolitik auf. „Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da“, erklärte er am Donnerstag.

Die Bundeswehr habe beständig auf die neue Gefahrenlage hingewiesen, die sich seit der Annexion der Krim ergeben habe. „Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, den Afghanistanereinsatz strukturell und materiell hinter uns zu lassen und uns neu aufzustellen, sonst werden wir unseren verfassungsmäßigen Auftrag und unsere Bündnisverpflichtungen nicht mit Aussicht auf Erfolg umsetzen können?“, beklagte der Offizier.

Man gebe sich keinen Illusionen hin. Mit dem Einmarsch russischer Soldaten sorgt Moskau dafür, daß ein Beitritt der Ukraine zur Nato unterbunden wird. Was auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen war, setzte Moskau mit militärischer Stärke durch. Soweit hätte es nicht kommen müssen, wäre Kiew von westlicher Seite signalisiert worden, daß zwar kein formaler Bündnisbeitritt, aber eine garantierte Neutralität zu erreichen sei.

Deutschland und die Europäische Union stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik, die vor allem durch Wirklichkeitsverlust gekennzeichnet war. Putin hat Rußland in die Lage versetzt, bis auf weiteres die meisten der im Raum stehenden Sanktionen aushalten zu können. Der Schuldenstand ist niedrig, die Devisenreserven hoch. Von den in Krisenzeiten steigenden Öl- und Gaspreisen profitiert Rußland sogar.

Deutschland sollte sein grundsätzliches Interesse an der Achtung der Nachwendegrenzen und der Souveränität der ostmittel- und osteuropäischen Staaten deutlich machen. Uns kommt aufgrund der Zentrallage auf dem Kontinent eine entscheidende Mittlerrolle zu. Aber dieser Anspruch muß machtpolitisch unterbaut werden, wenn er nicht rein deklamatorischer Natur sein soll.

Die Kurzanalyse von JF-Chefredakteur Dieter Stein zum russischen Angriff auf die Ukraine bei JF-TV

Damit steht nicht nur die Ukraine im Fadenkreuz russischer Expansionsgelüste. Sondern mittelbar auch die gesamte Architektur der osteuropäischen Staatenwelt nach 1989.

Putins Vorstoß ist gleichermassen ein Debakel für die Außenpolitik Deutschlands, der Europäischen Union wie der NATO. Rußland war zum aktuellen Schlag gegen die Ukraine in der Lage, weil es eine anhaltende Schwäche des Westens und Europas nutzen konnte. Offenbar hat Putin den Abzug der US-Truppen und ihrer europäischen Verbündeten aus Afghanistan als Beweis für die Unfähigkeit oder den Unwillen des Westens gewertet, seine Interessen und seine Zusagen auch mit Hilfe von Waffengewalt zu verteidigen - wenn nötig.

Heeresinspekteur Alfons Mais alarmiert: „Die Bundeswehr steht mehr oder weniger blank da“.

Am Morgen nach dem russischen Überfall auf die Ukraine, machte sich einer der höchsten Generäle der Bundeswehr Luft. Der Heeresinspekteur der Bundeswehr, Generalleutnant Alfons Mais, rief zu einem Strategiewechsel in der deutschen Verteidigungspolitik auf. „Ich hätte in meinem 41. Dienstjahr im Frieden nicht geglaubt, noch einen Krieg erleben zu müssen. Und die Bundeswehr, das Heer, das ich führen darf, steht mehr oder weniger blank da“, erklärte er am Donnerstag.

Die Bundeswehr habe beständig auf die neue Gefahrenlage hingewiesen, die sich seit der Annexion der Krim ergeben habe. „Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, den Afghanistaneseinsatz strukturell und materiell hinter uns zu lassen und uns neu aufzustellen, sonst werden wir unseren verfassungsmäßigen Auftrag und unsere Bündnisverpflichtungen nicht mit Aussicht auf Erfolg umsetzen können?“, beklagte der Offizier.

Man gebe sich keinen Illusionen hin. Mit dem Einmarsch russischer Soldaten sorgt Moskau dafür, daß ein Beitritt der Ukraine zur Nato unterbunden wird. Was auf dem Verhandlungswege nicht zu erreichen war, setzte Moskau mit militärischer Stärke durch. Soweit hätte es nicht kommen müssen, wäre Kiew von westlicher Seite signalisiert worden, daß zwar kein formaler Bündnisbeitritt, aber eine garantierte Neutralität zu erreichen sei.

Deutschland und die Europäische Union stehen jetzt vor dem Scherbenhaufen ihrer Politik, die vor allem durch Wirklichkeitsverlust gekennzeichnet war. Putin hat Rußland in die Lage versetzt, bis auf weiteres die meisten der im Raum stehenden Sanktionen aushalten zu können. Der Schuldenstand ist niedrig, die Devisenreserven hoch. Von den in Krisenzeiten steigenden Öl- und Gaspreisen profitiert Rußland sogar.

Wer garantiert denn im Ernstfall die Unverletzlichkeit von Grenzen? Unter wessen atomaren Schutzschirm wollen wir – und die bedrohten Staaten – uns stellen? Daß die geschichtsvergessene politische Klasse die Tragweite dieses Zusammenhangs begreift, ist nicht zu erwarten. Es ist in Europa längst ein machtpolitisches Vakuum entstanden.



Hybride Kriegsführung: Polnische Grenzschützer wehrten 2021 den von Weißrußland organisierten Ansturm von Migranten ab

Bei allem vollmundigen Gerede von „wertebasierter Außenpolitik“ und großspurig vor sich hergetragenen moralischen Forderungen höhlt Deutschland seit Jahren seine eigene Verteidigungsfähigkeit aus. Seit langer Zeit trägt Deutschland nicht dazu bei, daß die Bundeswehr als ein militärisch ernstzunehmender Faktor wahrgenommen wird.

Wir sind ein Land, das weder willens noch fähig ist, massenhafte illegale Einwanderung zu unterbinden. Ein Land, das hilflos vor hybrider Kriegsführung steht, wenn ein Regime wie das weißrussische – zweifellos von Putin ermuntert – darangeht, Zehntausende Migranten in Marsch zu setzen. Ein Land, das sich auf jämmerliche „Flüchtlingsdeals“ oder die Pflichterfüllung polnischer Grenzschützer verlassen muß. Ein Land, das obendrein nicht in der Lage ist, seine Energieversorgung zu sichern, hat im Grunde beschlossen, als politischer Faktor auszuschneiden.

Der gleichzeitige Ausstieg aus Kernenergie und Kohle läßt nicht nur Energiepreise explodieren, er läßt aufgrund der zunehmenden Abhängigkeit von russischem Erdgas Moskau regelrecht zur Erpressung ein! Der Putin-Vertraute, Ex-Präsident Dimitri Medwedew, legte den Finger in die Wunde, als er den als Strafandrohung verkündeten Stop der Ostsee-Pipeline Nordstream 2 sarkastisch kommentierte. „Na dann, willkommen in einer neuen Welt, in der die Europäer bald 2.000 Euro für 1.000 Kubikmeter Gas bezahlen werden.“

Wahnsinn Energiewende: Am 31.12.2021 ging das KKW Grohnde vom Netz. Jetzt sind wir noch stärker von russischem Gas abhängig!

Aber vielleicht, nur vielleicht, ist der Vorstoß Putins jenes Signal, das nötig war, eine Nation aus jenem Traumland zurückzuholen, in dem man glauben konnte, es könnte eine Welt ohne Macht und ohne Geschichte und ohne die Härten des Daseins geben. Wie geht es weiter?

Die JUNGE FREIHEIT bleibt an den Kernfragen deutscher Politik dran. Das erste Opfer in jedem Krieg ist die Wahrheit. Der Informationskrieg tobt schon längere Zeit. Qualitätsjournalismus bedeutet: Dichtung und Wahrheit voneinander zu trennen. Fakten und Propaganda zu trennen. Die Versäumnisse deutscher Politik kommen jetzt nicht nur die Energieverbraucher teuer zu stehen. In der Wirtschaft hängt eben ALLES mit ALLEM zusammen.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Stein', with a large, stylized initial 'S'.

P.S.: [Testen Sie das Abenteuer Meinungsfreiheit und lesen Sie jetzt die JUNGE FREIHEIT mit dem günstigen Aktions-Abo 12 Wochen für nur 34 Euro und sichern Sie sich zusätzlich gratis die DVD „Mythos Energiewende“.](#)

Junge Freiheit Verlag GmbH & Co. KG
Dieter Stein
Hohenzollerndamm 27a
10713 Berlin
Deutschland

030/86 49 53-0
leserdienst@jungefreiheit.de
JUNGE FREIHEIT

12) Dr. Norbert van Handel – Zum Ukraine Problem

22. 02. 2022



Norbert Baron van Handel

Das so genannte Minsker Abkommen wurde am 5. September 2014 von der Ukraine, Russland und der OSZE unterzeichnet. Schwerpunkt war der Punkt 3 des Protokolls, wo die Dezentralisierung der Macht in der Ukraine verwirklicht werden sollte. Unter anderem durch die Verabschiedung eines ukrainischen Gesetzes „über die vorübergehende Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Regionen der Gebiete Donezk und Luhansk (Gesetz über den Sonderstatus)“.

Am 12. Februar 2015 wurde von Teilnehmern der so genannten trilateralen Kontaktgruppe: Angela Merkel für Deutschland, François Hollande für Frankreich, Präsident Poroschenko für die Ukraine, sowie Präsident Wladimir Putin und die Milizenführer der selbst proklamierten und international bisher nicht anerkannten „Volksrepubliken“ Luhansk bzw. Donezk, der Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen unterzeichnet. Das Abkommen konkretisierte das Minsker Protokoll vom 5. September 2014, vor allem nach der so genannten zweiten Schlacht um den Flughafen Donezk.

Historiker führten aus, dass in den Abkommen Russland zu nichts verpflichtet wird. Sämtliche Verpflichtungen würden von den Separatisten, nicht aber von Russland, übernommen werden. Es scheint somit mehr als fraglich, inwieweit Russland tatsächlich jetzt völkerrechtswidrig vorgegangen wäre. In jedem Fall war es ein einseitiger Schritt, der ein schon bestehendes politisches Vakuum beendete.

Letztendlich war es für Russland eine Frage der Sicherung seiner Einflussosphäre an seiner westlichen Grenze. Immer wieder kommt einem dabei der vor kurzem getätigte Ausspruch des Nato-Generalsekretärs Stoltenberg unter, der schlechthin Russland absprach, eine „Einflussosphäre“ zu haben. Stellt man diese seltsame Ansicht einmal in Vergleich zu den stetigen imperialen Maßnahmen der USA, so kann man nur den Kopf schütteln.

Die USA hat in etwa 23 Kriegen seit 1945, von denen viele mit Sicherheit völkerrechtlich nicht begründet waren, versucht ihre Interessensphäre über die ganze Welt zu verteilen. In einer 2018 vom renommierten Forsa Institut publizierten Studie geht für 79 Prozent der Deutschen die größte Gefährdung des Weltfriedens von den USA aus. Nur 13 Prozent fanden, dass Putin eine Gefahr für die Welt wäre. Das internationale Recht, dessen völkerrechtliche Verpflichtungen selten eingehalten werden, entwickelt sich oder war es immer, nach wie vor zu einer normativen Kraft des Faktischen. Ob man das will oder nicht, es ist Tatsache. Politisch wird es darauf ankommen, ob der russische Präsident, nach Anerkennung von Luhansk und Donezk zu eigenen Volksrepubliken, diesen Status wahr, ohne dass weitere Maßnahmen zum Anschluss der Ukraine an Russland getätigt werden.

Viele meinen, dass der gesamte Konflikt mehr oder minder in der Einflussosphäre der russischen Föderation liegt und demnach im Wesentlichen deren Problem ist. Auf jeden Fall ist es kein „Krieg“! Jedenfalls sind Sanktionen das ungeeignetste Mittel, um Russland zu einer Änderung seiner Politik zu zwingen. Sanktionen schaden allen Beteiligten und in diesem Fall besonders, wenn sie etwa dazu führen würden, dass North Stream 2 endgültig gestorben ist. Es wäre jetzt mehr denn je Aufgabe der neutralen Staaten und insbesondere Österreichs, eine starke Vermittlungsposition einzunehmen, um weitere Eskalationen zu

vermeiden. Österreich hat derzeit keine Luftraumverteidigung, was jeder Neutralität nach „Schweizer Muster“ (wie es in den Staatsvertrag Verhandlungen vorgesehen war) widerspricht. Allenfalls wäre dringendst ein Zusammengehen mit der Schweiz, wie auch immer, anzudenken. Leider scheint die österreichische Außenpolitik derzeit dazu weder Willens noch in der Lage. Dazu müsste es einen Außenminister geben, der sein Geschäft versteht, was nicht der Fall zu sein scheint. Als politischer Beobachter darf man mit Interesse die weitere Politik beobachten. Erfreulich war sie nicht, ist sie nicht und wird sie, so fürchten wir, auch in Zukunft nicht sein.

Dr. Norbert van Handel

22.02.2022, Steinerkirchen a.d. Traun

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

13) „Moskau will keine Feindseligkeiten mit der Ukraine, sondern diplomatische Zugeständnisse“ – Interview

Interview mit Vladyslav Kovalchuk

20. 02. 2022



Koordinator der [Intermarium Support Group](#) und politischer Analyst, Master in Sicherheitsstudien an der Maria Curie-Skłodowska-Universität in Lublin. Das Intermarium strebt eine gemeinsame Außenpolitik der mittel- und osteuropäischen Länder zwischen Schwarzem, Baltischem und Adriatischem Meer an.

- Was wird Ihrer Meinung nach in den nächsten Wochen in der Ukraine passieren, und **halten Sie eine russische Invasion für möglich**, wie sie in vielen westlichen Medien immer wieder angekündigt wird?

Bekanntlich hat Russland seine Truppen an die ukrainische Grenze verlegt, was als Vorbereitung für eine umfassende Intervention in der Ukraine angesehen wird. Derzeit haben die **Botschaften von 22** Staaten ihren Bürgern bereits geraten, die **Ukraine zu verlassen** oder ihre Reisen nach Kiew oder in andere Städte zu verschieben. Die Botschaften Australiens, Kanadas und der Vereinigten Staaten beschlossen, ihr Personal nach Lviv / Lemberg zu evakuieren. Diese Maßnahmen zielen darauf ab, die Risiken im Zusammenhang mit der Gefahr einer Eskalation zu verringern.

Ich denke, es gibt eine Erklärung für diese Art von Verhalten. Zu Beginn der Afghanistankrise herrschte Chaos im Zusammenhang mit der Evakuierung von Mitarbeitern der Amerikaner und der NATO sowie von diplomatischem Personal. Dies war ein Grund für verheerende Kritik an der Regierung Biden.

Der Grund, warum die USA und andere Länder beschlossen haben, ihr diplomatisches Personal in der Ukraine zu reduzieren, kann als Versuch definiert werden, das Risiko für das Leben ihrer Bürger zu verringern und eine ähnliche **Situation wie in Afghanistan zu vermeiden**. Dieser Schritt kann sowohl eine Präventivmaßnahme als auch eine Vorbereitung auf den schlimmsten Fall sein.

Wir müssen jedoch zwischen den Zeilen lesen und versuchen, die **wahren Beweggründe Moskaus** und Wladimir Putins zu verstehen. Wenn Russland den Donbass in Russland eingliedern wollte, hätte Putin dies zu Beginn des Krieges im Jahr 2014 getan. Groß angelegte Interventionen sind für Russlands **Militärhaushalt sehr kostspielig**. Laut dem Bericht „Putins Krieg“ kosteten die ersten zehn Monate der russischen Aggression im Donbass Russland 1 Billion Dollar an direkten militärischen Kosten, 1,5 Billionen Dollar für Flüchtlinge, die aus der Ukraine nach Russland zogen, und 55 Milliarden Dollar an wirtschaftlichen Verlusten durch Sanktionen und Inflation.

Der Bericht wurde vom russischen politischen Gegner Boris Nemzow initiiert, der in Moskau ermordet wurde, bevor er ihn fertigstellen konnte. Der **Donbass** ist ein sehr **wirksames Instrument**, um die ukrainischen Behörden zu beeinflussen, da die Gesellschaft Verhandlungen mit den von Russland unterstützten Kämpfern nicht zustimmt, während Russland versucht, diese Verhandlungen zu erzwingen und die internationale und ukrainische Anerkennung der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu erreichen.

Gleichzeitig wollen **Deutschland und Frankreich die Beziehungen** zwischen der **EU und Russland wieder aufnehmen** und versuchen, die ukrainische Regierung zur Umsetzung der **Steinmeier-Formel** zu zwingen, die eine Amnestie für Terroristen, Wahlen, das Recht auf politische Autonomie, eigene Milizen und Gerichte sowie das Recht, in die Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) gewählt zu werden, beinhaltet.

- Was würde es für die Ukraine bedeuten, diese **Steinmeier-Formel zu akzeptieren?**

Die Unterzeichnung von Steinmeiers Formel wird es Russland ermöglichen, alle strategischen Entscheidungen im Zusammenhang mit der **europäischen Integration** oder der **NATO-Mitgliedschaft zu blockieren**. In Anbetracht der jüngsten Äußerungen Russlands haben sie mehr Angst vor der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als vor ihrem Beitritt zur EU. Wenn die Ukraine diese Formel akzeptiert, kann Russland Verhandlungen über die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen aufnehmen. Für die Ukraine würde dies bedeuten, dass sie nicht in der Lage wäre, eine unabhängige Außenpolitik zu betreiben.

- Ist die **ukrainische Armee** im Falle einer Konfrontation darauf vorbereitet, einen **russischen Angriff abzuwehren ?**

Ja, ohne jeden Zweifel. Im Jahr 2014 war die Situation aufgrund der Revolution der Würde und der systematischen und kontrollierten Zerstörung unserer Armee und Polizei durch den ehemaligen Präsidenten Viktor Janukowitsch noch viel schlimmer. Alle Menschen waren darauf konzentriert, Janukowitsch zu stürzen, der den Befehl gegeben hatte, im Zentrum der Hauptstadt auf Menschen zu schießen. Die Kreml-Architekten des so genannten „russischen Frühlings“ haben jedoch einen Faktor wie die Freiwilligenbataillone, die als erste die russischen Provokateure und Söldner in den ukrainischen Städten aufhielten, nicht in Betracht gezogen. Sie haben 2014 die ersten Partisanenkommandos ohne ausreichende militärische Erfahrung und Bewaffnung aufgestellt. Ich spreche vom Asow-Regiment und den Bataillonen Donbas und Aydar.

So ist das Asow-Regiment heute eine Eliteeinheit der Spezialkräfte mit umfassender militärischer Erfahrung und einer guten Erfolgsbilanz bei militärischen Operationen. Wir sollten mit einer Eskalation rechnen, aber **nicht** mit einem **umfassenden Eingreifen der russischen Armee**, denn Moskau ist nicht an neuen Feindseligkeiten interessiert, sondern an **diplomatischen Zugeständnissen der Ukraine**.

In den vergangenen zwei Monaten haben Veteranen in der gesamten Ukraine militärische Schulungen durchgeführt, um den Menschen beizubringen, wie sie sich im Falle eines russischen Angriffs verhalten sollen. Zusammenfassend kann ich sagen, dass Russland nicht nur den ukrainischen Streitkräften, sondern auch einer gut ausgebildeten zivilen Widerstandsbewegung gegenüberstehen wird.

- Putin hat die **NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als Ursache** für diesen Konflikt genannt. Die Ukraine hat jedoch 2008 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NATO gestellt, und bisher hat sie, wenn sie Rüstungsgüter erhält, nichts als Worte erhalten. Was ist die wahre Ursache des Konflikts? Was will Russland wirklich ?

Im Jahr **2007** erklärte **Putin** auf der Münchner Sicherheitskonferenz, dass **Russland die bestehende Weltordnung nicht anerkenne** und sein Bestes tun werde, um zu einer unabhängigen Außenpolitik zurückzukehren. Leider wurde Putins Rede nicht ernst genommen, weil man an das russische Demokratieexperiment glaubte, das der Westen nach dem Ende des Kalten Krieges umzusetzen versuchte. Dieser Glaube war einer der größten Fehler der europäischen und amerikanischen Außenpolitik. Der Westen hat Putin trotz Ereignissen wie der Ermordung von Anna Politkowskaja und Alexander Litwinenko im Jahr 2006 als gleichberechtigten Partner betrachtet. Der Abstand zwischen den beiden Morden beträgt weniger als zwei Monate.

Die Münchner Rede von Wladimir Putin war eine Art Warnsignal an die demokratische Welt, das leider ungehört blieb. Am 1. August **2008** griff Russland **Georgien** an und besetzte Abchasien und Südossetien. Diese Gebiete wurden zu einem Instrument, um Georgien von der NATO-Mitgliedschaft wegzudrängen. Die NATO ist ein Verteidigungsbündnis, das nicht an einer direkten Konfrontation mit Russland interessiert ist. Aus diesem Grund nimmt die NATO keine Länder auf, die aktive territoriale Streitigkeiten mit ihren Nachbarn haben. Was die **Ukraine** betrifft, so hat dieser **Konflikt** nicht 2014 begonnen. Die Ukraine ist ein Einheitsstaat, aber die **Krim** war der einzige Teil der Ukraine, dem die Behörden nach der Unabhängigkeitserklärung von **1991 Autonomie** gewährten. 1997 unterzeichneten die Ukraine und Russland ein Abkommen über die Verpachtung der Militärbasis in Sewastopol, wo die **russische Schwarzmeerflotte** stationiert war.

Der Titel dieses Dokuments lautet: Der Teilungsvertrag über den Status und die Bedingungen der Schwarzmeerflotte. Im Jahr 2014 war die russische Schwarzmeerflotte aktiv an der Annexion der Krim beteiligt. Selbst wenn wir uns vorstellen, dass die Ukraine einen Krieg hätte vermeiden können, hätte dies die Situation nicht wesentlich verändert. Die NATO wäre zweifellos gegen jede russische Militärpräsenz auf dem Territorium eines neuen Bündnismitgliedstaates gewesen, während Russland den Abzug seiner Truppen von der Krim niemals akzeptieren würde.

Die Unterzeichnung des genannten Abkommens, das 2010 von Viktor Janukowitsch verlängert wurde, war in gewisser Weise eine Versicherung für Russland für den Fall, dass keine günstigen geopolitischen Bedingungen für einen Angriff auf die Ukraine bestehen.

- Der Hauptgrund ist also immer noch die **Anerkennung der Annexion der Krim** und der **Autonomie des Donbass** ?

Ja, das war eine der Hauptforderungen Russlands zu Beginn des Konflikts. Russische Truppen besetzten die Krim und erklärten die Annexion der Halbinsel als Präventivmaßnahme gegen Versuche ukrainischer Nazis“, die russischsprachige Bevölkerung zu töten. Daraufhin begannen die Russen mit Provokationen, die darauf abzielten, den Donbass zu destabilisieren, um ihn als Volksaufstand gegen den „Nazi-Putsch“ darzustellen, der zum illegalen Sturz des demokratisch gewählten Präsidenten Viktor Janukowitsch führte. Später begannen sie, die Föderalisierung des ukrainischen politischen Systems zu fordern und dem Donbass einen Sonderstatus und politische Autonomie zu verleihen.

Das einfache Volk hat in dieser Situation kein Mitspracherecht, weil **Russland** seine eigene **Marionettenregierung** eingesetzt hat und versucht, die Ukraine zu Verhandlungen mit Terroristen zu zwingen, die von der russischen Armee und den Geheimdiensten voll unterstützt werden. Wenn die Ukraine die Autonomie akzeptiert, kann Russland sagen, dass es sich um einen Bürgerkrieg handelt. In den letzten drei Jahren haben mehr als **500.000 Menschen** aus den **besetzten Gebieten die russische Staatsbürgerschaft erhalten**.

Autonomie bedeutet auch, dass es in der Nähe dieser Gebiete keine Kontrollpunkte geben wird und potenzielle Terroristen ohne Probleme durch die Ukraine reisen können. Die Autonomie wird zweifellos unsere nationale Sicherheit durch Terroranschläge, Waffenhandel und die Bildung pro-russischer bewaffneter Gruppen mit militärischer Erfahrung untergraben.

- Der **Gaspreis** ist in die Höhe geschossen, was **Russland mehr Einnahmen** beschert, und auf der anderen Seite machen **US-Rüstungskonzerne** ein großes **Geschäft** mit diesen Spannungen. Haben Sie also nicht das Gefühl, dass die Ukraine von diesen Mächten ausgespielt wird?

Ich würde eher sagen, dass die Ukrainer erkennen, dass der Westen nicht genug tut, um Russland aufzuhalten, und dass Deutschland und Frankreich diesen Konflikt lösen wollen, damit sie mit Russland Handel treiben können. Denken Sie daran, dass es den Deutschen und Franzosen in erster Linie um ihre eigenen nationalen Interessen geht und nicht um die Interessen der Ukraine.

Nord Stream 2 ist wahrscheinlich das prominenteste Beispiel für den deutschen politischen Realismus. Deutschland erklärt seine volle Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine, hat aber gleichzeitig seit Beginn des Konflikts Waffenlieferungen an die Ukraine blockiert. Es gibt einen offensichtlichen **Wettbewerb zwischen Russland und den USA** um die **Loyalität Deutschlands und Frankreichs** als die mächtigsten Länder in der Europäischen Union. **Deutschland braucht Nord Stream 2**, um ein Monopol auf dem europäischen Energiemarkt zu erlangen, das es Berlin ermöglicht, billiges russisches Gas zu verkaufen und die Gaspreise zu manipulieren, um mehr Einfluss in der EU zu gewinnen.

Frankreich möchte sich **von Washingtons Sicherheitsschirm unabhängig** machen und pragmatische Beziehungen zu Russland aufbauen, muss aber aufgrund seiner führenden Rolle in der NATO die Haltung der USA berücksichtigen. Wir sollten uns auch daran erinnern, dass Emanuel Macron in seinem Interview für die Financial Times sagte, dass die NATO Russland immer noch mit einer geopolitischen Logik bekämpft, die nicht mehr existiert, weil es den Warschauer Pakt nicht mehr gibt. Eine solche Aussage des französischen Präsidenten erscheint sehr naiv, wenn man die nationale Sicherheitsstrategie Russlands von 2015 liest, in der es heißt, dass die NATO-Osterweiterung eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Russlands darstellt.

Die Inbetriebnahme von **Nord Stream 2** wird zu einem **Rückgang des Gastransits durch die Ukraine** führen, was Moskau die Möglichkeit geben würde, den politischen und militärischen **Druck auf Kiew zu erhöhen**. Die jüngste Erklärung der USA und Deutschlands, dass sie die Nutzung von Nord Stream 2 nicht zulassen werden, ist kein offizielles Dokument, sondern eine Erklärung, und das bedeutet, dass die USA und Deutschland nicht an ihre Versprechen gebunden sind.

Was die Waffenverkäufe betrifft, so hat die Ukraine 2014 endlich alle Waffen erhalten, die die ukrainische Armee benötigte. Ich denke, den Ukrainern und den einfachen Soldaten ist es egal, ob US-Rüstungsunternehmen in unserem Krieg Geschäfte machen oder nicht. Es gibt immer jemanden, der das tut.

- Was halten Sie von der **Leistung der Regierung Zelensky**, und halten Sie sie für fähig, die ukrainische Position in den Verhandlungen mit den Ländern des **Minsker Abkommens** (Deutschland, Frankreich und Russland) durchzusetzen?

Wolodymyr **Zelenskij** ist eine direkte Folge von Poroschenkos Leistung. Als Zelensky 2019 seine politische Kampagne begann, sagte er, er werde den Krieg beenden. Er hat nicht gesagt, wie er es machen wird, aber er hat es versprochen. Das ist der Hauptgrund, warum ich glaube, dass er nicht in der Lage ist, unsere Position bei den Verhandlungen mit den Normandie-Vier zu schützen. Er will in die Geschichte eingehen als ein Präsident, der der **Ukraine Frieden** gebracht hat und der sich bei der Konfliktlösung ausschließlich auf den **diplomatischen** Weg verlässt.

Während des Besuchs von Olaf Scholz in Moskau erwähnte er, dass Zelenskij zugesagt habe, dass die Ukraine einen Gesetzentwurf über den **Sonderstatus** der vorübergehend besetzten Gebiete im **Donbass** ausarbeiten werde. Nach dem Besuch von Scholz in Moskau gab das russische Verteidigungsministerium bekannt, dass es einen Teil der russischen Truppen von der ukrainischen Grenze abzieht. **Putins** Hauptziel war es, den **Westen und die Ukraine zu zwingen**, mit ihm zu verhandeln und seine Bedingungen zu akzeptieren. Wenn Russland einen Teil seiner Truppen abgezogen hat, bedeutet dies, dass Zelensky Putins Bedingungen akzeptiert hat.

Ich denke, wir werden genau sehen, welche Bedingungen Zelensky akzeptiert hat, wenn er Putin in der Türkei trifft. Beide nahmen die Einladung Erdogans an, die Türkei zu besuchen, um die Situation zu besprechen.

- Die **Türkei** hat ihre **Unterstützung für die Ukraine** bekundet, hat aber im jüngsten Berg-Karabach-Krieg mit Russland zusammengearbeitet. Wie steht die Türkei zu diesem Konflikt?

Die Türkei ist **weder pro-russisch noch anti-russisch**. Die Türkei ist in erster Linie **pro-türkisch**. Im Jahr 2017 kaufte Erdogan S-400-Raketenabwehrsysteme von Russland, aber 2022 unterzeichnete er das Abkommen über die türkische Drohnenproduktion in der Ukraine. Während des NATO-Gipfels 2019 in London drohte die Türkei damit, den NATO-Verteidigungsplan für das Baltikum zu blockieren, falls die NATO sich weigern sollte, die kurdischen Volksschutzeinheiten als terroristische Organisation anzuerkennen. Im Jahr 2021 erklärte die Türkei ihre Bereitschaft, sich aktiv an der diplomatischen Initiative der Krim-Plattform zu beteiligen, die auf die Wiederherstellung der ukrainischen Kontrolle über die Krim abzielt.

Die Türkei ist auch ein wichtiger NATO-Verbündeter im Nahen Osten, und Erdogan weiß das. Deshalb unterstützt er alle geopolitischen Bestrebungen der Ukraine in Richtung einer

Integration in den Westen, arbeitet aber gleichzeitig mit Russland zusammen, um in Fällen, in denen die Türkei die Hilfe Russlands benötigt, ein zusätzliches Druckmittel für Verhandlungen mit dem Westen zu erhalten. In diesem Konflikt wird Erdogan Russland nicht unterstützen, weil die Türkei mehr verlieren als gewinnen würde, aber wenn sich die Situation ändert, wird er neue Berührungspunkte mit Putin finden können.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst auf [El Correo de España](#) userem Partner unserer Medienkooperation.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

14) Russische Außenamts-Sprecherin bittet westliche Medien um weiteren Invasions-Termin: "will Urlaub planen"

19. 02. 2022



Nachdem der von westlichen Medien angekündigte Einmarsch Russlands in die Ukraine „überraschend“ ausblieb, ersuchte die Russische Außenamts-Sprecherin Maria Sacharowa, die „NATO-Pressestellen“ einen zuverlässigen Invasions-Termin bekanntzugeben, da sie danach ihren „Urlaub planen will“.

Laut der US-Zeitung [Politico](#) habe US-Präsident Biden am Freitag, unter Berufung auf informierte Kreise, während einer Videokonferenz mit den NATO-Verbündeten den 16. Februar als Tag einer angeblichen Invasion genannt. Ihm zufolge könnten einem

mutmaßlichen Einmarsch Cyber- und Raketenangriffe vorausgehen. Die US-Nachrichtenagentur [Bloomberg](#) teilte unter Berufung auf anonyme Quellen mit, dass ein Einmarsch Russlands in die Ukraine bereits am 15. Februar mit einer Provokation in der ostukrainischen Konfliktregion Donbass oder mit einem Angriff auf Kiew beginnen könnte. Möglich sei, dass es dazu bereits am Dienstag komme, schrieb Bloomberg, ohne dafür Beweise anzuführen, wie [de.rt.com](#) berichtet.

„Eine Bitte an die Massendesinformationsmedien der USA und Großbritanniens Bloomberg, The New York Times, The Sun und andere: Geben Sie den Zeitplan unserer ‚Einmärsche‘ für das laufende Jahr bekannt. Ich will meinen Urlaub planen.“

Der Kreml bestreitet regelmäßig, überhaupt Angriffspläne zu haben. Seinerseits fordert Moskau von Washington und der NATO schriftliche Garantien, dass sich das westliche Militärbündnis nicht weiter nach Osten ausdehnen wird.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

15) Russland – Ukraine: Ernüchterung statt Aufatmen

Von URSULA STENZEL

19. 02. 2022



Die Ernüchterung ist schnell eingetreten: Der russische Teilabzug ist nicht erfolgt, im Gegenteil die Lage in der abtrünnigen Provinz Donbass im Osten der Ukraine hat sich verschärft, die Kämpfe zwischen der russischen Miliz und den dort stationierten ukrainischen Einheiten haben sich verschärft, die Zivilbevölkerung wurde von der russischen Provinzregierung aufgefordert sich aus dem Kampfgebiet evakuieren zu lassen, man will offenbar freies Schussfeld haben.

Das ist eindeutig eine neue, beunruhigende Eskalationsstufe. Es ist noch nicht der Krieg, den die USA und die NATO immer wieder beschwören, verbunden mit scharfen Sanktionsdrohungen, und der Gesprächsfaden ist auch noch nicht abgerissen. Aber die Lage ist explosiv und die Positionen scheinbar unvereinbar, wie ein von den Briten veröffentlichter Aufmarschplan verbunden mit den diametral entgegengesetzten Positionen Russlands und der Nato nahe legt.

Die russischen Forderungen

Die russischen Forderungen lauten also:

- Stopp aller Waffenlieferungen an die Ukraine und Rücknahme aller schon gelieferten Waffensysteme aus der Ukraine.
- Rückzug aller US Kräfte aus Zentral-Europa und dem Baltikum.

- Dafür im Rahmen eines Paketabkommens mit der NATO ein Abkommen über Rüstungskontrolle und Konflikt-Abbau. Der Begriff „vertrauensbildende Maßnahmen“ findet sich nicht.

Nach russischer Auffassung haben die USA keine befriedigende Antwort auf den russischen Vorschlag gegeben.

Die Haltung der USA

Diese Antwort ist von den USA auch nicht zu erwarten, die in der Annexion der Krim und der de facto Besetzung des russischen Teils der Ukraine einen eklatanten Bruch des Völkerrechts sehen und eine Veränderung der Nachkriegsgrenzen in Europa. Weder die USA noch das den Zusammenbruch des Sowjetblocks und des Warschauer Pakts überlebt habende westliche Verteidigungsbündnis, NATO, haben aber irgendeine Bereitschaft gezeigt, noch einen Anlass gehabt, dieser Politik Putins einen militärischen Riegel vorzuschieben. Die Ukraine ist eben kein Mitglied der NATO, und wird es so schnell auch nicht werden. Allerdings hätte Putin dies auch gern schriftlich. Und er begründet dies damit, dass sich nach dem Zerfall der Sowjetunion – in seine Augen die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts – die Nato vorgeschoben hat, nach Ost-und Mitteleuropa und damit Russland gegenüber wortbrüchig geworden sei.

Angeblich kein Wortbruch

Nur findet sich leider in keinem der Verhandlungsprotokolle ein Hinweis darauf, dass im Zuge der „Vier plus Zwei Gespräche“, die 1991 / 92 zur deutschen Wiedervereinigung geführt haben, je ein Verzicht auf eine NATO-Erweiterung angesprochen wurde. Das bezeugt Horst Teltschik, der damals einer der wichtigsten Berater Helmut Kohls und bei den Verhandlungen dabei war. Der Westen hat das Vakuum, das der Kollaps des sowjetischen Kommunismus und der kommunistischen Eliten seiner Satellitenstaaten hinterlassen hat, aufgefüllt, indem er ihnen die NATO-Mitgliedschaft anbot, ein Angebot, das diese auch aufgrund ihrer leidvollen Erfahrungen mit Stalinismus und dem Panzerkommunismus Breschnjews auch gerne annahm. Diese NATO-Erweiterung sei nicht gegen Russland gerichtet, wurde immer wieder betont, denn die NATO sei ein reines Verteidigungsbündnis. Es wurde von Putin aber so verstanden, besonders weil die USA auch ihre Raketenstellungen z. B. nach Polen vorschoben. Eine ähnliche Entwicklung in der Ukraine ist genau die rote Linie, die – und das ist aus Sicht Russlands auch verständlich – nicht überschritten werden darf. Nur hat die Ukraine, wahrscheinlich ermutigt durch die USA, den Wunsch nach einer NATO-Mitgliedschaft 2019 in die Verfassung geschrieben und diese aus der Verfassung zu eliminieren, würde keine Regierung in Kiew überleben.

Der russische Bär wurde gereizt

Schon als ich 2003 in der Ukraine war und der prorussische Präsident Janukowitsch aus dem Amt gedrängt wurde von Juschtschenko, der einen folgenschweren Giftanschlag überlebt hatte, nicht zuletzt dank ärztlicher Hilfe in Wien, und die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, war klar, dass eine NATO-Mitgliedschaft den russischen Bären aufwecken würde und der Verlust des Marinestützpunkts Sewastopol, ein absolutes No Go wäre. Dem baute Putin durch die Annexion der Krim vor.

Nicht zuletzt aus diesem Grund erweitert Putin jetzt auch seine Militärmanöver mit 140 Kriegsschiffen im Asowschen Meer, und laut dem Militärexperten Georg Mader in der Zeitschrift „Militär Aktuell“ ist eine Landungsflotte durch den Bosphorus gelaufen, was laut Kiew die Vorstufe einer Seeblockade sein könnte.

Atomare Abschreckung

Auch Manöver mit atomwaffenfähigen Raketen derzeit in Weißrussland finden statt. Putin betritt damit die Bühne auf einem Kriegsszenario, das sich unmittelbar vor den Küsten der NATO-Mitglieder Rumänien und Bulgarien befindet, wo auch Kriegsschiffe Frankreichs kreuzen, die Macron dort hinbeordert hat, nach Großbritannien, der zweiten europäischen Atommacht. Das alles fällt unter das Kapitel atomarer Abschreckung und ist, so paradox das klingen mag, nicht so beunruhigend wie die Situation im Donbass.

Wer die Stellungnahmen Putins in seinen diversen öffentlichen Auftritten mit Macron und Scholz verfolgt hat, muss zur Kenntnis nehmen, dass er keinen Angriff auf die Ukraine plant, aber versucht sein könnte, in einer begrenzten militärischen Aktion den Donbass, einzunehmen und zu annektieren, sowie die Duma dies in ihrer Resolution gefordert hat. Dies würde die Welt vor vollendete Tatsachen stellen und den Prozess vollenden, der mit der Annexion der Krim begonnen hat. Dazu kommt, dass die Streitkräfte der Ukraine denen Russlands in allen Waffengattungen hoffnungslos unterlegen sind.

Sanktionen nicht glaubwürdig

Die angedrohten Sanktionen scheinen Putin nicht abzuhalten. Für sein Öl und Erdgas findet er auch andere Abnehmer, z. B. China und was den Ausschluss von Swift betrifft, der *Society for Worldwide Interbank Telecommunication*, so kann er dies verschmerzen. Er baut bereits an einem eigenen, alternativen Zahlungssystem und Deutschland wird kaum daran interessiert sein, die Zahlungen für russisches Erdgas einzustellen, das allein im Jahr 2020 Erdgas im Wert von 18. Milliarden € nach Europa pumpte, noch ohne Northstream 2.

Eine Annexion der Ostukraine würde zwar die Ukraine amputieren und den Minsker Prozess scheitern lassen, aber warum sollte Putin diese Gelegenheit nicht ergreifen, noch dazu, wo der Westen keinerlei Bereitschaft zu einer militärische Konfrontation erkennen lässt und die ukrainischen Streitkräfte den russischen hoffnungslos unterlegen sind?

Alle Indizien sprechen daher für eine begrenzte militärische Aktion Russlands in der Ostukraine. Ich berufe mich in diesem Zusammenhang auf eine [hervorragende Darstellung des Konflikts](#) von dem Militäranalysten Georg Mader in der Zeitschrift „*Militär aktuell*“.

<https://www.militaeraktuell.at/entscheidende-tage-im-konflikt-um-die-ukraine/>



Redaktion von
[Georg Mader](#)

Der Autor ist einer der renommiertesten österreichischen Luftfahrtjournalisten, Korrespondent des britischen *Jane's Defence* und schreibt seit vielen Jahren für *Militär Aktuell*.

Weltgeschehen

Entscheidende Tage im Konflikt um die Ukraine

14. Februar 2022

In den vergangenen Tagen hat sich diversen internationalen Medienberichten und Politiker- sowie Analysten-Statements zufolge, die Gefahr eines größeren bewaffneten Konflikts in Osteuropa nochmals verschärft.

Angesichts des anhaltenden russischen Aufmarsches östlich und nördlich der Ukraine und nun auch im Schwarzen Meer ([hier eine chronologische Zusammenfassung](#))

https://www.janes.com/defence-news/news-detail/russian-build-up-on-ukrainian-border?utm_campaign=Brand_Awareness&utm_medium=email&_hsmi=204081815&_hsenc=p2ANqtz--_yuX92U-M9K31nCuk3K77Rm5byFpdJ7gSMhrx7rQ-rwsXprdRcOudyDOSw-IJul7blqaYeQCrPhZ2lhBHu3hzLfUnFJSgr1RHdyb-xm_q1ctwOaE&utm_content=204081815&utm_source=hs_email

haben gleich mehrere westliche Länder ihr Botschaftspersonal aus Kiew abgezogen und ihre Bürger aufgefordert, das Land zu verlassen. So auch Deutschland – die Bundesregierung spricht von einer „sehr, sehr ernsten Lage“. Besonders besorgniserregend: Auch Russland hat laut der staatlichen Agentur RIA sein diplomatisches Personal in der Ukraine reduziert. Eine Sprecherin des russischen Außenministeriums sagte am vergangenen Samstag, man habe sich entschieden, „die Anzahl der Mitarbeiter zu optimieren“. Sie begründete den Schritt mit „möglichen Provokationen des Kiewer Regimes oder dritter Staaten“.



Dazu kommt: Zuletzt sind zahlreiche russische Landungsschiffe durch den Bosphorus ins Schwarze Meer gelaufen, wo nun ebenso wie im Asowschen Meer russische Manöver mit bis zu 140 Schiffen ausgerufen wurden. Kiew wertet diesen Aspekt als „Vorstufe einer permanenten Seeblockade“ ([ein gut recherchierter Bericht dazu ist hier nachzulesen](#)).

<https://www.thedrive.com/the-war-zone/44226/russia-looks-like-it-wants-to-all-but-wall-off-ukraines-coastlines-next-week>



Ungewöhnlich jung: Joe Bidens Sicherheitsberater Jake Sullivan ist gerade einmal 44 Jahre alt.

Die Entwicklungen wurden auch in Washington registriert – die USA verschärfen jüngst jedenfalls ihre Warnungen vor einem Einmarsch der russischen Armee in die Ukraine. **Jake Sullivan, der nationale Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden**, sagte am Freitagabend im Weißen Haus (siehe Video unten): „Russland könnte sich in kürzester Zeit dazu entschließen, eine größere Militäraktion gegen die Ukraine zu starten. Nach Einschätzung der US-Regierung hat der russische Präsident Wladimir Putin alle nötigen militärischen Vorbereitungen getroffen. Der Angriff könnte noch vor dem Ende der Olympischen Winterspiele am 20. Februar erfolgen.“ Das Pentagon gab am selben Tag bekannt, zusätzlich zu den bereits nach Polen und Rumänien verlegten 3.000 Soldaten weitere 3.000 Soldaten in Polen stationieren zu wollen. Außerdem würden 8.500 weitere Soldaten bereitstehen, um nach Europa entsandt zu werden.



„Schreckliche, blutige Kampagne“

Noch einen Schritt weiter – Sullivan wollte ihn auf Nachfrage nicht kommentieren – geht in seiner per Twitter kolpotierten Warnung der **US-amerikanische Journalist Nick Schiffrin**. Er ist Korrespondent für auswärtige Angelegenheiten und Verteidigung der PBS NewsHour (zuvor war er Korrespondent von Al Jazeera America im Nahen Osten und Korrespondent für ABC News in London und in Afghanistan/Pakistan). Er schreibt, dass die USA glauben, dass der russische Präsident Wladimir Putin beschlossen habe, in die Ukraine einzumarschieren und diese Entscheidung auch dem russischen Militär mitgeteilt habe. Das haben ihm drei – in einem anderen Eintrag hieß es sogar sechs – westliche Verteidigungsbeamte gesagt. Demnach erwarten die USA, dass die Invasion diese Woche beginnen werde. Die [US-Beamten rechnen nach ihrer Informationslage](#) mit „einer schrecklichen, blutigen Kampagne, die mit zwei Tagen an Luftangriffen und elektronischer Kriegsführung beginnt, gefolgt von einer Invasion mit dem möglichen Ziel eines gewaltsamen Regimewechsels“. Letzteres wurde so auch von US-Außenminister Antony Blinken formuliert.

<https://www.pbs.org/newshour/world/putin-to-invade-ukraine-next-week-according-to-u-s-officials>



Eine weitere Beurteilung kommt von **Michael Carpenter**, dem **US-Botschafter bei der Wiener Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)**. Er [sprach am 7. Februar mit dem russischen Dienst von Voice of America \(VOA\)](#), um die Situation entlang der russisch-ukrainischen Grenze zu erörtern.

<https://www.voanews.com/a/voa-interview-us-ambassador-to-osce-on-russia-ukraine-crisis/6432001.html>

Voice of America: Wie sicher sind die Vereinigten Staaten, dass Russland sich in der Endphase der Vorbereitungen für eine Invasion der Ukraine befindet? Und worauf basiert diese Beurteilung?

Carpenter: Wir sehen inzwischen weit mehr als 100.000 kampfbereite Truppen an der Grenze und sie verfügen über die gesamte Ausrüstung, die notwendig ist, um innerhalb weniger Tage eine Invasion zu starten. Damit meine ich Kampfhubschrauber, Kampfflugzeuge, Munitionsvorräte, medizinische Versorgung und Technik. Wenn man sich diese angesammelten militärischen Fähigkeiten ansieht, kann man sich nicht einfach zurücklehnen und abwarten, was passiert. Man muss vorbereitet sein, Verbündete und Partner sammeln, um im Falle einer Invasion reagieren zu können. Am Ende des Tages kann ich Ihnen nicht sagen, was Präsident Putin im Kopf hat. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob er einmarschieren wird oder nicht und wann er das tun könnte. Aber was ich Ihnen sagen kann, ist, dass die an der Grenze zusammengezogenen Fähigkeiten äußerst besorgniserregend sind.



Auch NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat die aktuellen Entwicklungen kommentiert: „In den vergangenen Tagen haben wir eine bedeutende Verlegung russischer

Streitkräfte nach Belarus erlebt“, so der Däne. „Damit haben wir dort nun die größte russische Präsenz seit den Zeiten des Kalten Krieges. Wir sprechen von mehr als 30.000 kampfbereiten Soldaten, Spezialeinheiten, Kampfflugzeugen einschließlich der Su-35, von Iskander-Dual-Use-Komplexen und S-400-Luftverteidigungssysteme.“

<https://www.militaeraktuell.at/verstaerkungskraefte-fuer-die-battlegroup-in-litauen/>



Der „Betrug“ an Russland

Mitte Dezember 2021 hatte Moskau den USA und der NATO Entwürfe eines neuen Vertrags über Sicherheitsgarantien sowie eines Abkommens über Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Russischen Föderation und der NATO-Mitgliedstaaten übermittelt. Eine der Hauptforderungen Moskaus darin ist die „rechtliche Konsolidierung der Weigerung, Staaten, die früher Mitglieder der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken waren, künftig in die NATO aufzunehmen“. Zunächst wolle man dabei über die Ukraine und Georgien sprechen. Damit begann im Westen – wie der Kreml es ausführt – „eine weitere Welle von Anschuldigungen gegen Russland und es mehrten sich Vorwürfe einer angeblich vorbereiteten Invasion der Ukraine“.



Der russische Präsident Putin ([siehe Video – live übersetzt vom Nachrichtendienst Ost-West-Translator](#))

<https://www.youtube.com/c/OSTWESTTRANSMITTER/about>

nahm am 10. Februar in einem Pressegespräch anlässlich des Besuchs des ungarischen Premierministers Victor Orbán auf die aktuelle Lage Bezug und stellte die wohl nicht nur rhetorisch gemeinte Frage (siehe Video unten): Sollen wir gegen die NATO kämpfen? In seinem Statement zitiert er einmal mehr auch das „Betrugs-Narrativ“, demnach sich die NATO nicht an die angeblich rund um die Gespräche zur Wiedervereinigung von Westdeutschland und der DDR gemachte Zusage gehalten habe, keine ehemaligen Ostblock-Länder aufzunehmen. Eine solche verneint aber aktuell der langjährige außenpolitische Berater des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers Helmut Kohl, Horst Teltschik, in [einem Video der Deutschen Welle vom 10. Februar](#) (ab Minute 2:30).

https://www.youtube.com/watch?v=NnVVpsCH_AE

Teltschik war im Februar 1990 bei allen Gesprächen zur Wiedervereinigung Deutschlands mit Kohl, dem ehemaligen deutschen Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher, dem damaligen sowjetischen Außenminister Eduard Schewardnadse und Staatspräsident Michail Gorbatschow dabei. „Eine derartige Vereinbarung wäre undenkbar gewesen“, so Teltschik. „Alleine schon, weil damals der Warschauer Pakt noch existierte und dessen Auflösung ebenso wie der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht absehbar war.“

Teltschik zufolge habe man sich nur über die Zusage verständigt, auf dem Gebiet der ehemaligen DDR keine NATO-Truppen anderer Mitgliedsstaaten zu stationieren und dort keine neuen NATO-Installationen zu errichten. Dem habe man auch im „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ bis heute entsprochen. Keinesfalls sei Gorbatschow versprochen worden, die NATO künftig nicht über die Grenzen der ehemaligen DDR hinaus nach Osten auszudehnen. Auch aus Genschers spekulativen Sondierungsgesprächen mit Schwardnadse in Moskau und dem isolierten Satz „Concerning the non-expansion of NATO, this should apply generally“ könne nicht abgeleitet werden, dass er rechtlich verbindliche Garantien abgab – weder für die NATO noch für die Kohl-Regierung und schon gar nicht für Prag, Warschau oder Budapest, wie [Christian Nünlist 2018 in der Zeitschrift Sirius festgehalten hat](#).

https://www.youtube.com/watch?v=NnVVpsCH_AE



<https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/sirius-2018-4007/html>

„Provokative Propaganda-Kampagne“ des Westens

Zurück zu den aktuellen Entwicklungen und zum russischen Außenminister Sergei Lawrow, der am 12. Februar mit seinem US-Amtskollegen Anthony Blinken telefonierte und hinterher den USA vorwarf „mit seinen Warnungen vor einer russischen Aggression im Ukraine-Konflikt selbst die Kriegsgefahr zu erhöhen“. Der Kreml weiter: „Die Propaganda-Kampagne der Vereinigten Staaten und ihrer Verbündeten verfolgt provokative Ziele. Kiew wird damit zu einer Sabotage der Minsker Vereinbarungen und schädlichen Versuchen einer militärischen Lösung des Donbass-Problems ermutigt.“ Am Samstagabend kam es dann auf Wunsch der USA auch noch zu einem Telefonat der beiden Präsidenten Joe Biden und Wladimir Putin.

Nach einem Gespräch mit dem – wie er selbst sagt, als „als Stimme Europas“ – nach Moskau gereisten französischen Präsidenten Emmanuel Macron erneuerte Wladimir Putin seine Kritik an einer möglichen NATO-Osterweiterung: „Russland lehnt das kategorisch ab.“ Er erwarte einen Krieg zwischen Russland und der NATO, sollte die Ukraine dem Militärbündnis beitreten. Angesichts des seit 2014 latenten Konfliktzustands zwischen seinem westlichen Nachbar und Moskau steht ein Beitrag aktuell aber nicht zur Diskussion. Immerhin soll der Kremlchef gegenüber Macron zugestimmt haben, von neuen „militärischen Initiativen gegen die Ukraine Abstand zu nehmen“ und sich verpflichtet haben, nach dem geplanten Ende der laufenden bilateralen Übungen in Belarus seine Truppen aus Weißrussland abzuziehen.

Optimistische Interpretation?

Interessant und vielleicht ein Hoffnungskeim ist auch Putins Begründung für die russischen Sorgen und Ängste angesichts der schon seit Dezember eingeforderten weitreichenden Sicherheitsgarantien. Denn bezüglich der Ukraine erinnert Putin daran, dass Kiew in seinen Grundsatzdoktrinen die Rückgewinnung der Krim zum Ziel erklärt und dabei auch die Anwendung militärischer Gewalt (gegen Russland) nicht ausgeschlossen habe. „Wenn die Ukraine in der NATO ist und mit militärischen Mitteln versucht, die Krim zurückzuholen, werden die europäischen Länder automatisch in einen Krieg mit Russland hineingezogen. Das will weder Russland, noch könne das Frankreich wollen“, so Putin.



Diese Aussage kann nun sowohl als Warnung, als auch als Drohung ausgelegt werden – sie enthält aber auch ein „verklauusuliertes Angebot“: Verzichte Kiew auf seine Ansprüche auf die Krim und normalisiere seine Beziehungen zu Moskau, könnte Moskau das Land im Gegenzug aus seiner „Einflusszone“ entlassen und die Ukraine irgendwann in Zukunft der NATO beitragen. Aus Sicht des Westens käme das allerdings einer strategischen Niederlage gleich, die man so partout nicht hinnehmen möchte. Außerdem müsste im Fall der Fälle geklärt werden, was mit den beiden Donbass-Provinzen passieren würde.

Pessimistischere aber auch realistischere Einschätzungen

[Dimitri Kisseljow, Leiter der Agentur Rossija Sewodnja](#) und – als einziger Journalist auf einer EU-Sanktionsliste – einer der Anchormen im russischen Staatsfernsehen, beschrieb vor einer Woche auf Rossija-1 in seiner Abendsendung „Westi Nedeli“, was am Ende stünde, sollte die ultimative Eskalation eintreten: „In einem schließlich nuklearen Schlagabtausch würde Russland, seiner eigenen Zerstörung ins Auge blickend, den Westen mit sich nehmen. Russland braucht keine Welt ohne Russland.“ Und er zitierte Präsident Putin mit einem Satz aus 2018: „Und dann gilt das nicht nur für Amerika, auch Europa würde zu radioaktiver Asche.“

<https://www.dekoder.org/de/gnose/dimitri-kisseljow>



Der Name von Bohdan Khmelnytsky ist in der Ukraine eng mit dem Streben nach Unabhängigkeit verbunden. Der Kosakenführer schlug im 17. Jahrhundert eine polnische Armee. Fast 400 Jahre später steht das Land neuerlich vor einer wichtigen Richtungsentscheidung.

Natürlich gibt es aber auch renommierte russische Sicherheits- und Militärexperten, die über die aktuelle Lage befragt werden oder sich medial äußern. Da wären beispielsweise **Michajil Barabanow, Experte am Moskauer [CAST-Zentrum](http://cast.ru/eng/about/) für die Analyse von Strategien und Technologien** oder auch CAST-Leiter Ruslan Pukhov. Die Leute von CAST sind Militär Aktuell durchaus auch mit kritischen Analysen zu Russlands Sicherheits- und Militärpolitik bekannt, oder zu Mängeln und Fehlentscheidungen der russischen Verteidigungsindustrie und mit Büchern über die chinesischen Streitkräfte. Pukhov schätzt, dass es die russische Führung dauerhaft höchstwahrscheinlich nicht zufriedenstellen würde, auch wenn der Westen und/oder die Ukraine in den kommenden Wochen nennenswerte Konzessionen machen würden, um einen bewaffneten Konflikt zu vermeiden. „Nach einem gewissen Zeitraum wäre die Kriegsgefahr wieder da“, so Pukhov. „Der Westen versteht nicht, wie sehr diese Frage eine von Leben oder Tod für uns ist. Eine Ukraine in der NATO, das wäre das Äquivalent eines Atomkriegs.“

Michajil Barabanow erläuterte der Zeitung Kommersant, dass „wir zum ersten Mal die Verlagerung praktisch aller ausgewiesenen Streitkräfte des östlichen Militärbezirks in den

Westen sehen, über eine Distanz von 10.000 Kilometer hinweg. Das Ausmaß ist wirklich beeindruckend. Offensichtlich ist dies die Hauptidee der Übungen, es geht um die logistische Durchführung einer so langen Verlegung russischer Truppen auf das westlich angrenzende Territorium von Belarus und die Entwicklung und Etablierung eines neuen ganzen Militäroperationsschauplatzes durch diese Truppen. Dabei wurden auch zwölf Su-35 sowie Su-25SM-Flugzeuge aus Fernost, zwei Divisionen von S-400-Luftverteidigungs- und eine Abteilung von Pantsir-S1-Flugabwehrsystemen verlegt. Das ist wirklich was Großes und durchaus eine Premiere.”

Und Barabanow zitiert den stellvertretenden Verteidigungsminister Alexander Fomin, aus einem Briefing für ausländische Militärattachés vom 18. Jänner: „Es kann eine Situation geben, in der die Kräfte und Mittel der regionalen Gruppierungen nicht ausreichen werden, um die Sicherheit des Unionsstaates zu gewährleisten, und wir müssen bereit sein, sie zu stärken.”

Was die nach Belarus verlegten Truppen betrifft, gaben weder Moskau noch Minsk die Zahl der Militärangehörigen bekannt, die an den nach (weiß)russischen Angaben bis 20. Februar laufenden Übungen beteiligt sind. Laut dem russischen Verteidigungsminister Sergej Schoigu „überschreitet die Anzahl der Teilnehmer an den Manövern und jene der Hauptwaffensysteme nicht die Parameter, die im Wiener Dokument von 2011 festgelegt sind”. Schoigu weiter: „In diesem Zusammenhang waren Russland und Belarus nicht verpflichtet, ausländische Partner über die Übungen zu informieren.” In jener OSZE-Vereinbarung über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen sind militärische Aktivitäten meldepflichtig, wenn mindestens 9.000 Personen einschließlich unterstützender Truppen beteiligt sind, ebenso 250 Kampfpanzer oder 500 gepanzerte Kampffahrzeuge oder 250 selbstfahrende und gezogene Artilleriegeschütze beziehungsweise Mörser sowie Mehrfachraketenwerfer (Kaliber 100 Millimeter und höher). Dazu nochmals Barabanow: „Russland hat bereits gelernt, die Wiener Grenze zu manipulieren – mit der Aufteilung einer Übung in mehrere kleinere oder mit der Trennung der territorial beteiligten Kräfte. Das ist alles Formalismus.”



Der weißrussische Militärexperte Alexander Alesin glaubt nicht an eine bevorstehende Invasion der Ukraine durch Russland.

Ein anderes Detail kommt von **Alexander Alesin, ein sich als unabhängig bezeichnender Militärexperte aus Belarus** (er wurde 2014 aus unbekanntem Gründen vom lokalen KGB 14 Tage lang festgehalten). In einem Interview ebenfalls mit dem Kommersant beruft er sich auf den Telegrammkanal der „Gemeinschaft der Eisenbahner von Belarus”. Demnach wurden stolze 200 Züge aus Russland nach Belarus geschickt, jeder Zug mit 30 bis 50 Waggons. Sie hätten in erster Linie militärische Ausrüstung geladen gehabt, entweder als Vorauslieferung oder zur längerfristigen Einlagerung, das muß man erst erheben.” Und zu

den praktischen Rahmenbedingungen meint er (als Weißrusse): „Wenn die Nervosität nun wächst und wächst, hört niemand auf die Argumente, dass weder die Beschaffenheit des Geländes im Süden Weißrusslands – Wälder, Sümpfe, Überschwemmungsgebiete von Flüssen – noch die Größe der Kampf-Gruppierungen eine groß angelegte Offensive gegen die gesamte Ukraine ermöglichen. Ich glaube auch nicht an die Möglichkeit einer russischen Offensive gegen die Ukraine, durch das Gebiet der selbsternannten Republiken DVR und LPR. Die Ukraine hat 120.000 Soldaten im Osten. Angreifer einer Hauptstoßarmee oder -richtung sollten nach geltender Doktrin das Dreifache der Verteidiger oder sogar mehr überschreiten. Nach verschiedenen russischen Quellen beträgt die Anzahl der gesamten russischen Bodentruppen der ersten Linie – es gibt keine Mobilisierung – etwa 280.000 Soldaten. Da müsste Russland, um die benötigte Überlegenheit zu schaffen, nahezu alle seine Truppen an die ukrainische Grenze ziehen. Das ist unmöglich. Und mit kleineren Streitkräften eine Verteidigung anzugehen, die mit guten westlichen Waffen gesättigt ist, ist sinnlos. Niemand braucht zahlreiche Beerdigungen.“ Alesin denkt, dass die russischen Bewegungen an den Grenzen viel mehr Demonstrationscharakter hätten: „Dies ist ein Element der hybriden Kriegsführung. Manchmal ist das Warten auf einen Schlag schlimmer als der Schlag selbst. Das erschöpft die Nerven des ukrainischen Militärs aber auch der westlichen Regierungen via ihrer Medien, bindet Ressourcen und trägt auch nicht zum Investitionsklima bei.“

Noch einmal Kommersant (die zitierten Wortspenden stammen alle von der Ausgabe vom 9. Februar): **Ilja Kramnik, Forscher beim Zentrum für Nordamerikastudien des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften**, sagte zu dem Blatt: „In der Regel finden alle größeren Übungen immer noch im Sommer und Herbst statt und schließen das Ausbildungsjahr der Armee ab. Die Kombination aus Saison und Ort deutet zwar darauf hin, dass diese Übungen nicht gewöhnlich sind, aber der Westen hat das nicht anders gemacht.“ Kramnik erinnert dabei an die ebenfalls ungewöhnliche Unterstellung des US-Flugzeugträgers USS Harry Truman von der 6. US-Flotte unter NATO-Kommando während der jüngsten Marineübung im Mittelmeer oder an über 40.000 Mann bei NATO-Manövern im Baltikum oder Norwegen. Auch das sei nicht alltäglich.



Andrej Suschentzow, Dekan an der Moskauer Eliteuniversität MGIMO.

Ungefähr dieselbe Ansicht nimmt auch **Andrej Suschentzow ein, Dekan an der MGIMO, der vom Außenministerium betriebenen Moskauer Eliteuniversität**. „Ich erwarte, dass uns diese Krise bleibt, in verschiedenen Ausformungen, wenigstens für das ganze Jahr 2022.“ Er beschreibt die momentane Konfrontation als einen ersten Schritt in einer sich hinziehenden russischen Anstrengung, den Westen zur Zustimmung einer neuen

Sicherheitsarchitektur (Stichwort „Einflusszonen“) zu zwingen. Es charakterisiere „nur“ eine risikobereitere Phase innerhalb des schon jahrelang ausgetragenen Konflikts mit dem Westen, welche jetzt in Moskaus Außenpolitik Boden gewinne. „Russlands Ziel ist es, die Kriegsgefahr aufrecht zu erhalten und damit die Verhandlungen zu erzwingen, die der Westen bisher vermieden oder verweigert hat. Russlands neu entdeckter Appetit auf aufmerksamkeitswirksamen militärischen Druck gegen den Westen via dessen Medien aber auch gegen die Ukraine, wird daher wahrscheinlich bestehen bleiben. Russland hat sich von der Taktik verabschiedet, einfach darum zu bitten, angehört zu werden. Russische Führer haben gesehen, dass dies nicht funktioniert und dass es notwendig ist, die Risiken einer Ignorierung der russischen Positionen deutlich zu machen. Darum geht es in erster Linie.“



Zum Abschluß ein langer und – ja, auf RT.de – [sehr ausgewogener Text](#) zur Sinnhaftigkeit der „Nebenfront“ einer von (in der Mehrzahl eine anti-amerikanische Position einnehmenden) Postern in heimischen Zeitungsforen bis hin zu Präsident Putin öfters aufgeworfenen Idee: Was denn passieren würde, wenn Russland – dessen Führung sich selbst ja als größtes Land der Welt als von globaler US-Präsenz eingekreist beschreibt — vor der US-Haustüre in Lateinamerika Offensivwaffen- und deren Trägersysteme stationieren würde. Russische Experten sehen das zum Teil skeptisch, zum Teil aber auch durchaus möglich.

<https://de.rt.com/international/130098-experten-mittelstreckenraketen-lateinamerika-moskaus-einziger-weg-usa-kopfweh/>

FOTOS @Rostislav Artov on Unsplash, MGIMO, White House, Privat, IISS, Gerhard Reus on Unsplash

16) Ukraine – erstes Aufatmen – Kriegsgefahr gebannt

Von URSULA STENZEL

16. 02. 2022



Ein erstes Aufatmen in der Ukraine-Krise ist spürbar in den Kabinetten von Washington bis Paris, Berlin und Kiew. Der Verhandlungsmarathon hat sich offenbar ausgezahlt, wobei bemerkenswert ist, dass Putin das Treffen mit dem deutschen Bundeskanzler Scholz dazu benützte, vor der Weltpresse klar zu machen, dass er Verhandlungslösungen anstrebe und keine militärische Aktion und dieses dadurch unterstrich, dass das Treffen von einem Teilabzug russischer Truppen begleitet wurde. In der Dramaturgie der diplomatischen Inszenierung nahm also Scholz die führende Rolle ein und nicht Macron. Dies hat nicht nur mit dem Prinzip ‚Divide et Impera‘ – teile und herrsche – zu tun, sondern vor allem mit handfesten wirtschafts- und energiepolitischen Interessen.

Putin bietet Deutschland fünf Mal billigeres Gas an

Putin geht es darum, den Deutschen und Europa über Northstream 2, zusätzliches Erdgas zu liefern. Er betonte, dass Russland dies fünf Mal billiger täte, als alle anderen, er vermied es die USA beim Namen zu nennen, die ihre aus Fracking gewonnenen Erdöl und Flüssiggasüberschüsse über zusätzliche zwei Terminals in Niedersachsen und Schleswig-Holstein an Deutschland verkaufen möchten und Northstream 2 zwei am liebsten nie in Betrieb sehen möchten. Das taten sie bereits unter Trump und das tun sie auch unter Biden. Wie mir ein Insider der Börse sagte, ginge es Biden längst nicht mehr um die Ukraine, für die er – das machte er deutlich – keinen Weltkrieg riskieren würde – es geht ihm ausschließlich um den Verkauf technisch aufwendig und teuer gewonnenen Erdöls.

Die Ukraine kann einem fast schon leidtun. Denn durch den Betrieb von Northstream 2 würde die durch die Ukraine führende Pipeline überflüssig, und der Ukraine würde eine wichtige Einnahmequelle entgehen. Ganz abgesehen davon, dass die Ukraine immer wieder illegal diese Pipeline angezapft hat.

Northstream 2, dessen Röhren in Mecklenburg-Vorpommern direkt an der polnischen Grenze aus dem Boden ragen und nur mehr der Montage der Druckventile harren, ist nicht nur eine Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses, es ist auch ein Prüfstein für die deutsch-russischen Beziehungen und nicht zuletzt eine Zerreißprobe für die deutschen Sozialdemokraten, also eine schwere Belastung für Kanzler Scholz. Denn ausgerechnet sein Vorgänger Gerhard Schröder ist Putins bestes Pferd im Stall, der Macher und Umsetzer von Northstream 2, fürstlich bezahlt von dem staatlichen russischen Energiegiganten Gazprom, in dessen Aufsichtsrat er kommenden Juni ziehen wird. Genossen in der SPD überlegen aus diesem Grund sogar einen Parteiausschluss Schröders. Es war auffallend, welche Lobeshymne Putin während der gemeinsamen Pressekonferenz auf Schröder hielt, der sich ja auch mit der Kritik an der Ukraine als Konflikttreiber nicht zurückgehalten hat. Scholz hingegen begnügte sich nur mit einem knappen Satz: Schröder sei ein Privatmann, dessen Äußerungen kommentiere er nicht. Genauso zog er sich schon in den USA aus der Affäre. Zu einer Absage an Northstream2 ließ er sich nie hinreißen. Der Altkanzler ist für ihn

zweifellos eine Belastung. Aber auf Northstream2 verzichten, auch das wäre dumm und eine Selbstbeschädigung. Abgesehen davon dürfte Schröder, der auch privat mit Putin befreundet ist, bei der Suche nach einem politischen Ausweg eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Was ist also der sich abzeichnende Ausgang der wohl schwersten Krise für Europa nach dem Ende des 2. Weltkriegs?

Putin will weniger NATO Präsenz im Osten Europas

Putin wurde klar gemacht, dass der Preis für ein weiteres militärisches Eingreifen in der Ukraine ein sehr hoch wäre, nicht nur Northstream steht auf dem Spiel, sondern vor allem die Teilnahme an dem globalen Zahlungssystem Swift. Dafür hat der Westen, um auf diesen etwas obsoleten Begriff zurückzugreifen, klar gemacht, dass ein NATO Beitritt der Ukraine auf den St. Nimmerleinstag verschoben wird. Gut so: Dafür wird die Ukraine großzügig entschädigt, vor allem von Deutschland. Natürlich muss dies alles noch in Form gegossen werden – Putin will es schriftlich und er will eine Reduzierung der NATO Streitkräfte im Baltikum und Polen.

Vorsicht ist allerdings angebracht: Denn 1. kann die Ankündigung des Teilabzugs auch nur ein Signal sein, um ein wenig Spannung aus dem Treffen mit Scholz zu nehmen und 2. weil das russische Parlament in einer Resolution von Putin forderte, er möge die abtrünnigen ukrainischen Provinzen im Osten der Ukraine als Volksrepubliken anerkennen – dies wäre ein glatter Bruch des Minsker Abkommens, dies hat Scholz klar gemacht und die Folgen eines Bruchs ebenso. In der gemeinsamen Pressekonferenz hat Putin diesen abenteuerlichen Vorstoß heruntergespielt und eine verklausulierte Absage erteilt. Und natürlich gibt nicht die Duma den Kurs vor, sondern Putin, der in dieser Krise alle Register zieht. Aber so unwillkommen war dieses Manöver der Duma für Putin auch nicht. Es zeigt eine Option auf. Der Nervenkrieg geht also weiter.

Ein Teilrückzug ist aber ein erster, wichtiger Schritt einer Deeskalation. Und die ist in der Krise um die Ukraine auch dringend nötig, denn diese Krise hat, wenn sie außer Kontrolle gerät, alle Ingredienzien für einen Weltkrieg, da sie bei einem Überschwappen auf Polen, Litauen und / oder die Türkei NATO Partner betrafe und damit der Bündnisfall einträte. Ein Szenario, das sich niemand vorstellen will und das unbedingt vermieden werden muss.

USA wollen ihr Gas nach Deutschland verkaufen

Eine Nichtinbetriebnahme von Northstream 2. wäre für Russland ein empfindlicher Verlust. Letztere könnte zur schmerzlichen Realität werden, für Deutschland ebenso wie für Russland, denn Russland könnte sein Erdgas nicht verkaufen und Deutschland wäre auf das viel teurere Flüssigerdgas aus den USA angewiesen. Die USA schwimmen in Öl und Erdgas, das sie durch Fracking aus großen Tiefen gewinnen und verkaufen möchten. Wie mir ein Börseninsider sagte, dem US Präsidenten Biden gehe es in dieser schwersten Krise seit dem Ende des Kalten Kriegs nicht um die Ukraine, sondern nur um den Verkauf des durch Fracking aus großen Tiefen gewonnenen amerikanischen Erdöls und Erdgases. Die USA drängen darauf, neben den Terminals in den Niederlanden auch einen zusätzlichen Terminal in Deutschland zu errichten um ihr teureres Erdgas anliefern zu können und der grüne Wirtschaftsminister Habeck ist auch bereit dies zu tun, Klimaneutralität hin oder her. Übrigens auch Präsident Biden hat im Wahlkampf Umweltschwüre geleistet und angekündigt dem umweltschädlichen Fracking den Kampf anzusagen. Aber was Northstream 2 anbelangt, konterkariert er es ebenso wie sein republikanischer Vorgänger Trump.

Wenn Scholz, der wohlinszeniert von Putin, ebenso wie Macron, weit entfernt am anderen Ende des Konferenztisches im Kreml Platz nehmen musste, klug ist, nimmt er beides: Russisches Erdgas über die faktisch betriebsfertige von seinem sozialdemokratischen Vorgänger und Ex-Kanzler Schröder lobbyierte Erdgaspipeline und amerikanisches Flüssiggas aus zwei neuen Terminals in Niedersachsen und Schleswig Holstein. Dass diese Terminals die ‚Grünen‘ entzweien, ist klar. Weltpolitik ist Energiepolitik, das hat die Ukraine Krise gezeigt und sie ist zwar entschärft, aber noch nicht bewältigt.

Zur Autorin:

Ursula Stenzel war von 1972 bis 1995 ORF Auslandsredakteurin, vielen Zuschauern der Zeit im Bild als Moderatorin bekannt, von 1996 bis 2005 Abgeordnete zum Europaparlament und Leiterin der ÖVP Delegation, von 2005 bis 2015 Bezirksvorsteherin des ersten Bezirks in Wien, von 2015 bis 2020 Stadträtin für die FPÖ im Wiener Rathaus. Da sie nun unabhängig und parteiungebunden schreiben will, ist sie aus der Freiheitlichen Partei ausgetreten, der sie aber nach wie vor nahe steht. Stenzel schreibt regelmäßig auf ihren Blog [ursula-stenzel.at](https://www.ursula-stenzel.at).

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

Frankreich (Seiten A 242 bis A 245)

01) Französische Diplomatie unter Macron: fünf Jahre Ohrfeigen, fünf Jahre Schande

26. 02. 2022



Fünf Jahre sind gerade vergangen. Fünf lange Jahre, in denen Frankreich – und nicht irgendein Frankreich, sondern das Frankreich von Emmanuel Macron – versucht hat, seinen Platz auf der internationalen Bühne zurückzugewinnen. Fünf schreckliche Jahre, die von einer beispiellosen Kette öffentlicher Ohrfeigen geprägt waren. Es ist Zeit für ein trauriges Papperlapapp, bevor wir uns entscheiden, ob wir unseren charismatischen Steuermann wieder aufstellen oder nicht. Die Ukraine, über die wir kürzlich berichteten, ist nur das Sahnehäubchen auf dem Kuchen – oder der letzte Nagel auf dem Sarg, ganz wie man will.

Im zwischenmenschlichen Bereich, mit seinen Amtskollegen in allen Ländern, macht der Präsident keine halben Sachen. Er kann nur überspielen. Er spielte 2017 in Niger OSS 117, als er Präsident Roch Kaboré, der „weggegangen war, um die Klimaanlage zu reparieren“, ironisierte. Er wollte mit Donald Trump Cowboy spielen, der ihn vor laufender Kamera fröhlich demütigte, indem er ihn an der Hand nahm; die Bilanz waren ein politischer Status quo, eine fade Pressekonferenz und drei ausgekugelte Fingerglieder. Mit der für ihn typischen staubigen und peinlichen Vertrautheit versuchte er vier Jahre lang, Merkels Freund zu sein, die sich nicht darum scherte und nur über sich selbst zu sprechen wusste, während sie über andere redete. In diesem Zusammenhang kann man seine Abschiedsrede an die Kanzlerin im November 2021 noch einmal nachlesen. Darin stellt er sich selbst als „jungen, ungestümen Präsidenten, der alles umstoßen wollte“ dar. Das ist wahrscheinlich nicht die Diagnose von Wladimir Putin, der als guter KGB-Offizier die narzisstische Verletzlichkeit und die grundlegende Unsicherheit des „ungestümen Präsidenten“ mit bloßem Auge erkennen konnte. Daher wischte er sich jedes Mal lustvoll die Füße (natürlich nur metaphorisch) an der überheblichen Figur unseres Armeechefs ab.

Wir sollten dem Präsidenten der mittlerweile siebtgrößten Volkswirtschaft der Welt die Ehre erweisen, dass er auf der internationalen Bühne nicht nur von Angesicht zu Angesicht eine Nullnummer ist. Macron versuchte zum Beispiel, 2020 der Mann zu sein, der den Libanon wieder auf Vordermann bringt. Er sprach dann zu den Führern dieses alten Landes, das seit Franz I. mit Frankreich befreundet ist, in einem Ton, den viele von uns nicht mit einem Vordränger in der Warteschlange angeschlagen hätten. Nachdem er versucht hatte, die Regierungsbildung anzuführen (und man fragt sich, im Namen welcher Legitimität), nahm er im September 2020 den „kollektiven Verrat“ der libanesischen politischen Klasse „zur Kenntnis“, die sich wenig um seine Initiativen scherte. Unsere phönizischen Freunde haben das Alphabet und die Globalisierung erfunden: Wir haben ihnen unter unserem kurzen republikanischen Protektorat die Geschäftigkeit und die Wortklauberei vererbt. Es gibt keinen Grund, sie zurückzubringen. Aber was soll's, so ist er eben, der Macron. Er muss

das Salz in der Suppe sein. Die Libanesen kennen uns; wir werden Freunde bleiben. Zum Glück sind sie verständnisvoll. Aber es war tatsächlich eine Ohrfeige – die der Präsident der Republik selbst gesucht hatte, indem er seine Nase in eine Angelegenheit steckte, die ihn nichts anging.

Die Levante war nicht genug. Macron musste sich auch anderswo lächerlich machen. Warum nicht in Mali? Seine Führer hatten uns gebeten, dort einzugreifen. Wir gaben ihnen viel Geld. Sie ließen uns die Rolle der Ausgleichsmächte spielen. Der Konflikt geriet ins Stocken, aber nicht mehr als das. Weniger als zum Beispiel Afghanistan in früheren Zeiten. Es war also schwierig, in kurzer Zeit alles zu vermessen: eine Herausforderung nach seinem Maß. Innerhalb einer handvoll Monate organisierte er einen lachhaften Gipfel in Pau, um die Präsidenten der G5 Sahel zu tadeln, blieb nach dem Putsch ohne Reaktion, ließ Wagner auf das kommen, was man wohl als unsere Vorgärten bezeichnen muss ... bevor Mali, nun mit russischer Unterstützung, Anfang dieses Monats unseren Botschafter wie einen Unordentlichen feuerte. Erst kürzlich glaubte Macron, die Kontrolle zurückzuerlangen, als er die Neuausrichtung von Barkhane und seinen Abzug aus Mali ankündigte. Antwort aus Bamako (aus der Diplomatensprache übersetzt): „Okay, und dann soll es krachen.“ Solche Ohrfeigen geben wir manchmal gerne, aber wir nehmen sie nie. Vor allem nicht vor allen anderen.

Sie werden sagen, dass es in den internationalen Beziehungen nicht nur um Diplomatie oder Verteidigung geht. Und Sie werden Recht haben. Es gibt auch die Unterstützung von Exporten: Rafale, Mistral, U-Boote – sie werden sich nicht von selbst verkaufen. Man muss Politiker auf das Foto bringen und Koffer in die Hotelzimmer stellen. In Australien, hier, zum Beispiel, konnte Macron auf dem Vertrag des Jahrhunderts surfen, den er 2016 an Land gezogen hatte: zwölf U-Boote der Barracuda-Klasse. Für die französische Seite ging es um acht Milliarden. Und dann, patatras! Die Australier haben im September 2021 unter dem freundlichen Druck ihrer amerikanischen Freunde alles abgesagt. Vertrauensverlust, erschrockene Würde, man streicht die Petit Fours: Die französische Diplomatie hat zwar kein Problem damit, auf der Skala von einem breiten Lächeln bis hin zu Tränen zu spielen. Aber die Effekthascherei reicht nicht mehr aus. Man beginnt, die Leere hinter den Kulissen und die schwindende Beleuchtung zu sehen. Die überzeugtesten Macronisten in ihrem Mühlsteinpavillon in den westlichen Vororten haben so etwas wie Zweifel. Was wäre, wenn es wahr wäre, was die Faschos erzählen? Wenn der Mozart der Finanzwelt, der Mann mit dem komplexen Denken, der kleine Prinz der planetarischen Stabilität, nicht auf der Höhe der Zeit wäre?

Letzter Akt dieser Strategie der mehrfachen Ohrfeige, die an den amüsantesten Masochismus grenzt: die ukrainische Affäre. Emmanuel Macron habe sich bemüht, heißt es in den französischen Sendern. Ich bin mir nicht sicher, ob man in Peking, Moskau oder Washington damit viel anfangen kann. Was hat er konkret unternommen? Oh, nichts, wie üblich, oder zumindest nicht viel. Zwei oder drei Kinnhaken, einige lange und wortreiche Interviews in Wochenzeitungen; einige Reisen in Hauptstädte vielleicht, wo man ihn natürlich empfangen hat, weil man ihn nicht mit seinem Blumenstrauß auf der Treppe stehen lassen wollte. Und alles wird so bleiben, wie es war, als hätte er nichts getan. Er wird bereits weitergezogen sein.

Man könnte ein kubistisches Porträt von Macron auf internationaler Ebene entwerfen, indem man mehrere Ebenen übereinander legt. In diesem Mann stecken Bernard-Henri Lévy, Salengro (der verstorbene Präsident von Groland) und Bernard Tapie. Von ersterem hat er die übertriebene Liebe zur eigenen Person, das Gefühl, ein universelles westliches Wort zu sprechen, die Lächerlichkeit falscher Posen, die Vorliebe, sich im Ausland fotografieren zu lassen, das Bedürfnis, laut zu reden und nichts zu bewirken. Vom zweiten hat er die

lächerliche Emphase, die selbstgebastelte martialische Haltung, die unpassende Aufgeblasenheit, die Marionettenhaftigkeit eines großspurigen Staatschefs an der Spitze eines bankrotten Landes, um das er sich nicht kümmert, übernommen. Vom Dritten hat er die falsche Vertrautheit eines Gauklers übernommen (im Fall von Macron sehr unnatürlich), die Lust, „Coups“ zu inszenieren, die völlige Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Unternehmen, die er ausbeutet und ohne ein Bedauern weiterverkauft (im Fall des Präsidenten ist es Frankreich).

Fünf Jahre voller Ohrfeigen auf der internationalen Bühne. Das ist eine lange Zeit. Vielleicht ist es bald vorbei. Drücken Sie die Daumen.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Éric Piolle: Bürgermeister von Grenoble ist für Tragen von Kopftüchern, um „den Druck auf die Körper zu beenden“

Von Marie Delarue

20. 02. 2022



Foto: Frans Persoon / flickr (CC BY-NC-ND 2.0)

Am Freitagmorgen empfing Dimitri Pavlenko in seiner Matinale auf Europe 1 den EELV-Bürgermeister von Grenoble, Eric Piolle, der ein starker Unterstützer von Yannick Jadot ist. Er sagte: „Der einzige, der bei den Umweltschützern und der Linken im weiteren Sinne in die zweite Runde kommen kann, ist Yannick Jadot“.

Seine Demonstration ist einfach: Es gibt heute drei Blöcke, die sich abzeichnen: „Es gibt ein reaktionäres Projekt mit Marine Le Pen, Éric Zemmour und in das ein Teil der Republikaner hineinrutscht – wir werden überall Grenzen und Mauern errichten, säubern, zu früher zurückkehren, Sie werden sehen, es war toll zu Beginn des 20. Das zweite ist „ein neoliberales Projekt, das sich durchsetzt, es ist das von Emmanuel Macron. Er ist für soziale Ungleichheit, er ist der Präsident der Reichen. Für den Klimaschutz sagt er, dass er ein ganz kleines bisschen tut, aber überhaupt nicht ...“. Und dann gibt es noch das Projekt der Grünen, „der dritte Pol, das [was er] den humanistischen Bogen nennt, er wird um die politische Ökologie herum neu strukturiert. Es hat zum ersten Mal massiv bei den Kommunalwahlen funktioniert, es kann dort auch bei den Präsidentschaftswahlen funktionieren.“ Man muss nur daran glauben.

Dimitri Pavlenko lud Éric Piolle an diesem Morgen ein, weil der Bürgermeister von Grenoble am Abend zuvor eine Audiokonferenz abhielt, bei der er einige wichtige Ankündigungen twitterte. So erfuhr man, dass er den „Kampf der Hijabeuses“ unterstützt, also der Fußballspielerinnen, die fordern, dass sie während ihrer Wettkämpfe ein Kopftuch tragen dürfen, was die FFF ablehnt. Er erklärte, dass die strikte Einhaltung des Gesetzes über die Laizität von 1905 „das Tragen religiöser Zeichen auf der Straße erlaubt“. Dieses Gesetz hat als Grundsatz „die Achtung der Religion“, sagt er, „und niemand kann Druck auf Sie ausüben, um Sie zur Ausübung einer Religion zu zwingen, und niemand kann Sie an der Ausübung einer Religion hindern“.

Der Journalist weist ihn zwar darauf hin, dass zwischen einem Fußballspiel und der Ausübung eines Kults kaum ein Zusammenhang besteht, doch Piolle lässt sich davon nicht beirren. „Bei den Olympischen Spielen sind religiöse Zeichen erlaubt“, fährt er fort, und „die FFF beugt das Gesetz, und die Ministerin Elisabeth Moreno hat daran erinnert. Sie hat die Hijabeuses unterstützt.“ Die Tatsache, dass sie seitdem das Gegenteil behauptet hat, ist unerheblich: Sie wird darauf zurückkommen, da ist er sich sicher. Bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris werden „Sportlerinnen und Sportler das Recht haben, religiöse Zeichen zu tragen, und sie werden hoffentlich das Recht haben, sich so zu kleiden, wie die Menschen es wünschen“. Und nicht mehr „Beachvolleyballerinnen in Minishorts, auch damit muss Schluss sein“, sagt Éric Piolle. „Diese Art von Druck auf die Körper (sic) muss ein Ende haben“, sagt er.

In einer scheinbar merkwürdigen Umkehrung ist Éric Piolle tatsächlich der Ansicht, dass das Tragen des Schleiers oder des Burkini (der nun in den Schwimmbädern von Grenoble erlaubt ist) eine Befreiung darstellt. Er geht sogar noch weiter: „Die Frage ist nicht so sehr der Burkini. Es gibt auch Leute, die ihren Körper nicht zeigen wollen, es ist ihre Entscheidung, es sind auch diejenigen, die sich vor der Sonne schützen wollen. Wir fördern die Gesundheit (sic)“.

Er wiederholt, dass das Problem „dieser unerträgliche Druck auf die Körper“ sei. So sei er „extrem schockiert gewesen, als der Bildungsminister Blanquer sagte, dass Crop-Tops keine republikanische Kleidung seien und dass junge Mädchen anständig gekleidet zur Schule kommen sollten“. Mädchen sollten fast nackt oder verschleiert sein können, wenn es ihnen passt, und Éric Piolle ist der Meinung, dass „man eher den Blick der Jungen schulen sollte“.

Was schließlich den „Dekolonialen Monat“ betrifft, der „darauf abzielt, die postkoloniale Vorstellungswelt zu dekonstruieren“, so wird er tatsächlich wieder im März in Grenoble stattfinden. Herr Piolle stellt jedoch klar, dass er die Initiative nicht unterstützt, sondern ... sie finanziert. Die Nuance ist subtil.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [BOULEVARD VOLTAIRE](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Keine Berichte

IMPRESSUM

Büro der Landsmannschaft Westpreußen e.V. Berlin:
Brandenburgische Straße 24 Steglitz,
12167 Berlin

Ruf: 030-257 97 533; Fax-Nr. auf Anfrage.

Öffnungszeiten: Mo 10-12 Uhr und nach Vereinbarung.

<agom.westpreussen.berlin@gmail.com>



Unsere Geschäftsstelle im Sockelgeschoss des Hauses Brandenburgische Straße 24 in Berlin-Steglitz. Kontakt zur Wohnbevölkerung und zu den Vorbeiwandernden ist selbstverständlich!





P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:
<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im
Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa
<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>



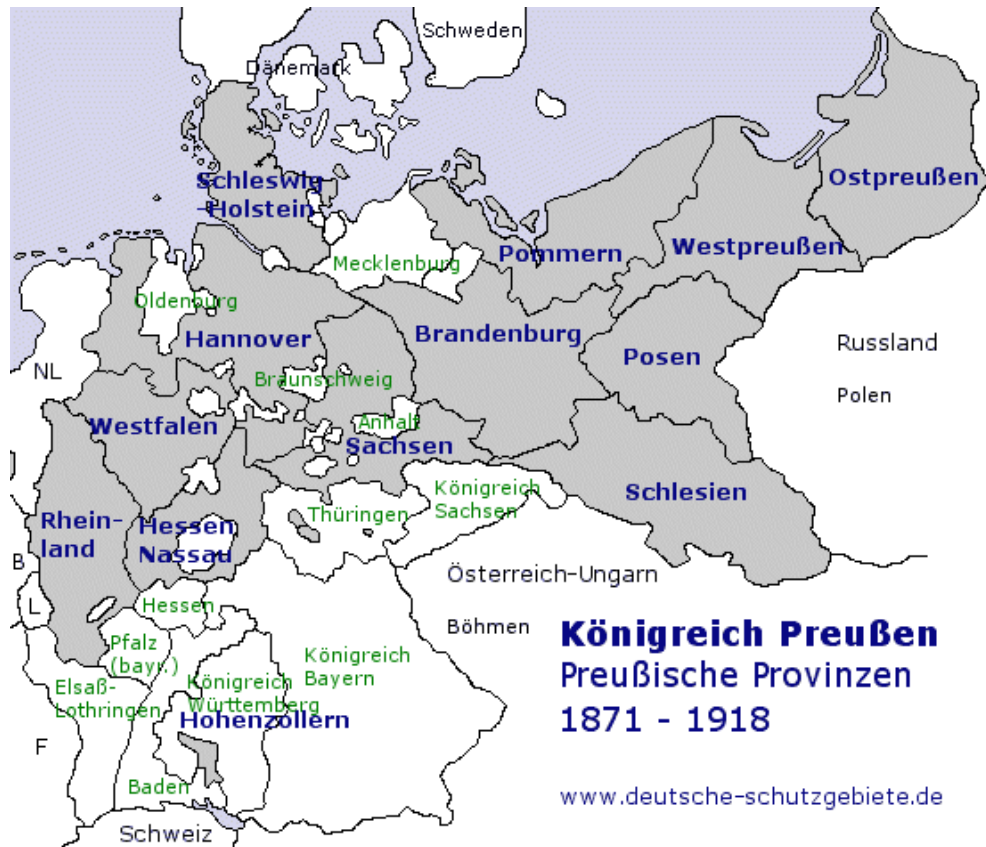
Hellgrau: Herzoglich Preußen. Farbige: Königlich Preußen mit seinen Woiwodschaften als Teil Polen-Litauens.

Beide Karten dieser Seite aus: WIKIPEDIA, aufgerufen am 04.03.2021, 09:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Westpreu%C3%9Fen#/media/Datei:Entwicklung%CC%A0Westpreussen.png>



Entwicklung Westpreußens 1228/1454–1945



Karte der Provinz Westpreußen von 1878 – 1920